REGIERUNGSVORLAGE

500 der Beilagen zu den Stenographischen Protokollen des Nationalrates XXI. GP

Bundesfinanzgesetz

für das Jahr

2002

(1. Jänner bis 31. Dezember 2002)
und
Erläuterungen zum Bundesfinanzgesetz

BUNDESMINISTERIUM
FÜR FINANZEN

Wien 2001
WIENER ZEITUNG
digitale publikationen

740359

Bundesfinanzgesetz

für das Jahr

2002

(1. Jänner bis 31. Dezember 2002)
und
Erläuterungen zum Bundesfinanzgesetz

BUNDESMINISTERIUM
FÜR FINANZEN

Wien 2001
WIENER ZEITUNG
digitale publikationen

II

Inhalt

Seite

Bundesfinanzgesetz für das Jahr 2002 1
Gliederungselemente des Bundesvoranschlages 11

Anlagen:

I. Bundesvoranschlag 2002 (Ausgaben und Einnahmen):

Kapitel

01 Präsidentschaftskanzlei 12
02 Bundesgesetzgebung 14
03 Verfassungsgerichtshof 16
04 Verwaltungsgerichtshof 18
05 Volksanwaltschaft 20
06 Rechnungshof 22
10 Bundeskanzleramt mit Dienststellen 24
11 Inneres 34
12 Bildung und Kultur 42
13 Kunst 56
14 Wissenschaft 60
15 Soziale Sicherheit und Generationen 66
16 Sozialversicherung 74
17 Gesundheit 76
19 Jugend, Familie und Senioren 82
18 Umwelt 84
20 Äußeres 86
30 Justiz 90
40 Militärische Angelegenheiten 94
50 Finanzverwaltung 98
51 Kassenverwaltung 106
52 Öffentliche Abgaben 110
53 Finanzausgleich 114
54 Bundesvermögen 118
55 Pensionen 126
58 Finanzschuld, Währungstauschverträge 128
56 Sonstige Finanzierungen und Veranlagungen 132
60 Land-, Forst- und Wasserwirtschaft 136
61 Umwelt neu 148
63 Wirtschaft und Arbeit 150
64 Bauten und Technik 160
65 Verkehr, Innovation und Technologie 170
70 Öffentliche Leistung und Sport 184

Zusammenfassung nach Gruppen und Kapitel 186

Ia. Kapitelweise Gegenüberstellung der Ausgaben und Einnahmen und Unterschied zum Bundesvoranschlag 2001 188

Ib. Kapitelweise Aufgliederung der Sachausgaben nach Gebarungsgruppen und Unterschied zum Bundesvoranschlag 2001 190

Ic. Summarische Aufgliederung der Ausgaben und Einnahmen nach Gebarungsgruppen und Aufgabenbereichen 192

II. Stellenplan 195

III. Fahrzeugplan 329

Erläuterungen zum Bundesfinanzgesetz für das Jahr 2002 ..... (1)-(5)

Bundesgesetz über die Bewilligung des Bundesvoranschlages für das Jahr 2002 (Bundesfinanzgesetz 2002 - BFG 2002)

Der Nationalrat hat beschlossen:

Artikel I. Der als Anlage I angeschlossene Bundesvoranschlag für das Finanzjahr 2002 wird nach Maßgabe der Bestimmungen dieses Bundesgesetzes bewilligt. Die Ausgaben und Einnahmen des Bundesvoranschlages ergeben folgende Schlusssummen:

	Allgemeiner Haushalt	Ausgleichs-haushalt	Gesamt-haushalt
	(Beträge in Millionen Euro)		
Ausgaben:	58 307,294	41 541,205	99 848,499
Einnahmen:	57 478,017	42 370,482	99 848,499
Abgang:	829,277	-	-
Überschuss:	-	829,277	-

Der Abgang des allgemeinen Haushaltes vermindert sich um jene Beträge, die voraussichtlich während des Finanzjahres 2002 an Mehreinnahmen und Ausgabeneinsparungen anfallen und nicht für die Bedeckung von Überschreitungen gemäß § 41 Abs. 3 und 5 des Bundeshaushaltsgesetzes (BHG), BGBl. Nr. 213/1986, sowie Art. IV bis VII oder zum Ausgleich von Mindereinnahmen herangezogen werden.

Artikel II. (1) Der Bundesminister für Finanzen ist ermächtigt, nach den Bestimmungen des BHG

1. bis zur Höhe des sich aus Art. I ergebenden Abganges des allgemeinen Haushaltes
2. zuzüglich der im Ausgleichshaushalt veranschlagten Ausgaben für die Tilgung von Schulden und von Kapital aus Währungstauschverträgen (abzüglich 7/58429 und 7/58439) sowie der im Ausgleichshaushalt verrechneten Ausgaben für die Tilgung kurzfristiger Verpflichtungen und für Kapitalzahlungen für den Erwerb von Wertpapieren (Kapitel 58)
3. abzüglich der im Ausgleichshaushalt veranschlagten Einnahmen aus Kapitalzahlungen aus Währungstauschverträgen (abzüglich 8/58429 und 8/58439) sowie der im Ausgleichshaushalt verrechneten Einnahmen aus Aufnahmen kurzfristiger Verpflichtungen und für Kapitalzahlungen aus der Entnahme von Wertpapieren aus dem Bundesbesitz (Kapitel 58)

Kreditoperationen durchzuführen. Der für die Rückzahlung von Schulden veranschlagte Betrag vermindert sich um jene Beträge, die voraussichtlich im Finanzjahr 2002 für die Rückzahlung von Schulden nicht in Anspruch genommen werden und die nicht für die Bedeckung von Überschreitungen gemäß § 41 Abs. 3 und 5 BHG sowie Art. V und VI herangezogen werden.

(2) Der Höchstbetrag, bis zu dem die Ermächtigung gemäß Abs. 1 ausgeübt werden kann, erhöht sich um jene Beträge, die sich aus der Ausnützung der Ermächtigungen

1. gemäß Art. III,
2. gemäß Art. VII und
3. gemäß § 41 Abs. 3 Z 1 BHG bei den Voranschlagsansätzen 1/60304, 1/60314 und 1/60324 bis zu einem Betrag von insgesamt 50,87 Millionen Euro

ergeben.

(3) Die Ermächtigungen gemäß Abs. 2 Z 2 und 3 dürfen nur in Anspruch genommen werden, wenn eine Bedeckung dieser Überschreitungen durch Ausgabeneinsparungen und/oder andere Mehreinnahmen nicht

sichergestellt werden kann.

(4) Zusätzlich zu den Bestimmungen der Abs. 1 bis 3 ist der Bundesminister für Finanzen ermächtigt, nach den Bestimmungen des BHG Kreditoperationen im Zusammenhang mit § 2 Abs. 1 Z 10 und Abs. 4 des Bundesfinanzierungsgesetzes, BGBl. Nr. 763/1992, bis zu einem Betrag von insgesamt 20 vH der Ausgaben des Gesamthaushalts durchzuführen.

Artikel III. (1) Zeichnet sich im Laufe des Finanzjahres 2002 ein Konjunkturrückgang und ein Zurückbleiben der Einnahmen des allgemeinen Haushaltes gegenüber den veranschlagten Einnahmen (Art. I) und durch das erwartete Zurückbleiben der Einnahmen ein höherer Abgang des allgemeinen Haushaltes (Art. I) ab, ist der Bundesminister für Finanzen ermächtigt, den sich dadurch abzeichnenden höheren Abgang des allgemeinen Haushaltes bis zu 3 vH der veranschlagten Einnahmen des allgemeinen Haushaltes (Art. I), durch Einnahmen aus Kreditoperationen im Wege des Ausgleichshaushaltes zu bedecken. Ein Konjunkturrückgang ist dann gegeben, wenn sich gegenüber der der Erstellung des Bundesvoranschlagsentwurfes 2002 mit 4,1 vH zu Grunde gelegten nominellen Wachstumsrate der österreichischen Wirtschaft während des Finanzjahres 2002 eine Minderung um 1 Prozentpunkt oder mehr abzeichnet.

(2) Ergibt sich im Laufe des Finanzjahres auf Grund der Eigenmittelvorschriften der Europäischen Gemeinschaft die Verpflichtung, einen höheren Beitrag an den Gesamthaushalt der Europäischen Gemeinschaften gegenüber dem beim Voranschlagsansatz 2/52904 veranschlagten Beitrag zu leisten, ist der Bundesminister für Finanzen ermächtigt, den sich dadurch ergebenden Mehrbedarf bis zu 20 vH des veranschlagten Betrages durch Einnahmen aus Kreditoperationen im Rahmen des Ausgleichshaushaltes zu bedecken.

Artikel IV. (1) Wenn von einer betriebsähnlichen Einrichtung Mehreinnahmen erzielt werden, kann der Bundesminister für Finanzen die Verwendung dieser Mehreinnahmen für betriebsnotwendige Investitionen der betriebsähnlichen Einrichtung durch Zustimmung zu einer Überschreitung beim betreffenden Voranschlagsansatz bewilligen, so weit Ausgaben für derartige Investitionen in diesem Bundesgesetz veranschlagt sind und die Durchführung dieser Investitionen für die betreffende betriebsähnliche Einrichtung betriebswirtschaftlich zweckmäßig ist.

(2) Wenn bei Voranschlagsansätzen für zweckgebundene Einnahmen Mehreinnahmen anfallen, aus denen dem Widmungszweck entsprechende Mehrausgaben zu tätigen sind, kann der Bundesminister für Finanzen beim betreffenden Voranschlagsansatz einer Überschreitung nach Maßgabe der anfallenden zweckgebundenen Mehreinnahmen zustimmen. Werden Ausgaben nach Maßgabe zweckgebundener Einnahmen (zweckgebundene Ausgaben) nicht unter einem eigenen Voranschlagsansatz veranschlagt, so kann die Überschreitung auch dann genehmigt werden, wenn nur der zweckgebundene Ausgabenteil des Voranschlagsansatzes überschritten wird.

(3) Wenn bei den Voranschlagsansätzen 2/51305, 2/51306, 2/51314, 2/51315, 2/51325, 2/51405, 2/51406, 2/51415, 2/51425 und 2/51426 durch Zahlungen der EU Mehreinnahmen anfallen, aus denen gemäß den Vorschriften der Europäischen Gemeinschaft dem Widmungszweck entsprechende Mehrausgaben zu tätigen sind, kann der Bundesminister für Finanzen beim betreffenden Voranschlagsansatz einer Überschreitung nach Maßgabe der diesbezüglich anfallenden Mehreinnahmen zustimmen. Sind Ausgaben nach Maßgabe der Bereitstellung entsprechender Mittel durch die EU nicht unter einem eigenen Voranschlagsansatz veranschlagt, so kann die Überschreitung auch dann genehmigt werden, wenn nur der auf EU-Mittel bezogene Ausgabenanteil des Voranschlagsansatzes überschritten wird.

(4) Den in den Abs. 1 bis 3 vorgesehenen Überschreitungen kann bereits zugestimmt werden, sobald der voraussichtliche Anfall entsprechender Mehreinnahmen belegbar ist. Als Mehreinnahmen im Sinne des Abs. 1 sind solche Einnahmen anzusehen, die jeweils den für eine einzelne betriebsähnliche Einrichtung veranschlagten Gesamteinnahmenbetrag, ausgenommen zweckgebundene Einnahmen, übersteigen.

Artikel V. (1) Der Bundesminister für Finanzen ist ermächtigt, im Finanzjahr 2002 die Zustimmung zu Überschreitungen zu geben

1. bei den Voranschlagsansätzen des Ermessens der Unterteilungen 3, 8 und 9 der Kapitel 01 bis 70 bis zur Höhe des jeweils vorgesehenen Voranschlagsbetrages - lautet ein Voranschlagsansatz auf einen Betrag unter 0,36 Millionen Euro, dann bis zu einem Betrag von 0,36 Millionen Euro

- wenn die Bedeckung durch Ausgabeneinsparungen und/oder Mehreinnahmen bei Voranschlagsansätzen jener Kapitel sichergestellt werden kann, die in den Zuständigkeitsbereich des selben haushaltsleitenden Organes fallen;

2. bei den Voranschlagsansätzen des Ermessens der Unterteilungen 6 der Paragrafe 1111, 6525 und 6533 bis zur Höhe von Ausgabeneinsparungen bei anderen Voranschlagsansätzen desselben Paragrafen, wobei die Ansatzüberschreitung 50 vH des Ansatzbetrages, bei welchem die Ausgabeneinsparung erfolgt, nicht übersteigen darf;
3. beim Voranschlagsansatz 1/11009 bis zu einem Betrag von 0,15 Millionen Euro für Vorschussleistungen des Bundes als Träger von Privatrechten gemäß § 9 des Wachbediensteten-Hilfeleistungsgesetzes, BGBl. Nr. 177/1992, wenn die Bedeckung durch Ausgabeneinsparungen und/oder Mehreinnahmen innerhalb des Kapitels 11 sichergestellt werden kann;
4. beim Voranschlagsansatz 1/11506 bis zu einem Betrag von 30 vH des veranschlagten Betrages für Maßnahmen der Flüchtlingsbetreuung, wenn die Bedeckung durch gleichhohe Ausgabeneinsparungen bei den Voranschlagsansätzen 1/11508 und/oder 1/11528 sichergestellt werden kann;
5. bei den Voranschlagsansätzen 1/13006, 1/13016, 1/13026, 1/13046, 1/13066, 1/13076 und 1/13096 für kulturpolitische Maßnahmen bis zu einem Betrag von insgesamt 2,18 Millionen Euro, wenn die Bedeckung durch gleichhohe Ausgabeneinsparungen beim Voranschlagsansatz 1/10008 sichergestellt werden kann;
6. beim Voranschlagsansatz 1/14186 bis zu einem Betrag von 3,63 Millionen Euro zur Finanzierung von Forschungs- und Technologieprojekten im Rahmen von EU-Programmen, wenn die Bedeckung durch Einsparungen bei den Ermessensausgaben und/oder Mehreinnahmen des Kapitels 14 sichergestellt werden kann;
7. beim Voranschlagsansatz 1/40108 bis zu einem Betrag von 36,34 Millionen Euro für Investitionsausgaben, wenn die Bedeckung durch Mehreinnahmen aus der Veräußerung von militärischem Altgerät bzw. -material sichergestellt werden kann;
8. beim Voranschlagsansatz 7/51919 bis zu einem Betrag von 6 177,19 Millionen Euro zur Tilgung zusätzlicher, auf Grund der Marktentwicklung notwendiger Mehraufnahmen von kurzfristigen Verpflichtungen, erhöht um jene Beträge, um welche die Ermächtigung zur Aufnahme von Kreditoperationen gemäß Art. III Abs. 2 ausgenützt wird, wenn die Bedeckung durch Mehreinnahmen beim Voranschlagsansatz 8/51919 sichergestellt werden kann;
9. beim Voranschlagsansatz 1/54708 bis zu einem Betrag von 363,36 Millionen Euro für Zahlungen nach dem Ausfuhrförderungsgesetz 1981, BGBl. Nr. 215, wenn die Bedeckung durch gleichhohe Ausgabeneinsparungen beim Voranschlagsansatz 1/54709 sichergestellt werden kann;
10. beim Voranschlagsansatz 1/60048 bis zu einem Betrag von 2,18 Millionen Euro für notstandspolizeiliche Maßnahmen gemäß §§ 31 und 138 des Wasserrechtsgesetzes 1959, BGBl. Nr. 215, wenn die Bedeckung durch Ausgabeneinsparungen und/oder Mehreinnahmen im Kapitel 60 sichergestellt werden kann;
11. bei den Voranschlagsansätzen 1/60106, 1/60136, 1/60146, 1/60156, 1/60166, 1/60176, 1/60186, 1/60216, 1/60226, 1/60246, 1/60356 und 1/60376 bis zu 100 vH der beim jeweiligen Voranschlagsansatz veranschlagten Ausgaben für den Bundesanteil an solchen Agrarförderungen, welche gemäß § 3 des Landwirtschaftsgesetzes 1992, BGBl Nr. 375, und § 72 Abs. 4 oder 5 des Weingesetzes 1999, BGBl. I Nr. 141, bzw. des Forstgesetzes 1975, BGBl. Nr. 440, gemeinsam von Bund und Ländern bzw. vom Bund finanziert werden, wenn die Bedeckung dieser Überschreitungen bei den jeweils anderen, in dieser Überschreitungsermächtigung angeführten Voranschlagsansätzen durch gleichhohe Ausgabeneinsparungen sichergestellt werden kann;
12. beim Voranschlagsansatz 1/61226 im Ausmaß jenes Betrages, der sich aus der Nichtverwendung der Anteile des Altlastenbeitrages für die Erfüllung der Aufgaben gemäß §§ 13 und 14 des Altlastensanierungsgesetzes, BGBl. Nr. 299/1989, ergibt und durch Ausgabeneinsparungen beim Voranschlagsansatz 1/61228 bedeckt werden kann;
13. beim Voranschlagsansatz 1/61266 bis zu einem Betrag von 0,73 Millionen Euro für EU-Förderungen im Rahmen der EAGFL-Ausrichtung, wenn die Bedeckung durch gleichhohe Ausgabeneinsparungen beim Voranschlagsansatz 1/60206 sichergestellt werden kann;
14. bei den Voranschlagsansätzen 1/63156 und 1/63666 für Förderungsmaßnahmen im Ausmaß jenes Betrages, der durch gleichhohe Ausgabeneinsparungen beim jeweils anderen Voranschlagsansatz bedeckt werden kann;
15. bei den Voranschlagsanäatzen 1/63186, 1/63636 und 1/63638 für EU-Maßnahmen im Ausmaß jenes Betrages, der durch gleichhohe Ausgabeneinsparungen beim jeweils anderen Voranschlagsansatz bedeckt werden kann;
16. beim Voranschlagsansatz 1/63516 für Zahlungen für arbeitsmarktpolitische Maßnahmen, wenn die Bedeckung durch Ausgabeneinsparungen beim Voranschlagsansatz 1/63518 sichergestellt werden

kann, wobei die Ansatzüberschreitung 15 vH des Ansatzbetrages, bei dem die Ausgabeneinsparung erfolgt, nicht übersteigen darf;

17. beim Voranschlagsansatz 1/63558 bis zu einem Betrag von 7,27 Millionen Euro für Zahlungen nach dem Arbeitslosenversicherungsgesetz 1977, BGBl. Nr. 609, und dem Karenzgeldgesetz, BGBl. I Nr. 47/1997, wenn die Bedeckung durch Ausgabeneinsparungen bei den zweckgebundenen Voranschlagsansätzen des Titels 635 sichergestellt werden kann;
18. bei den Voranschlagsansätzen 1/63665 und 1/63666 im Ausmaß jenes Betrages, der durch gleichhohe Ausgabeneinsparungen beim jeweiligen anderen Voranschlagsansatz und/oder durch Mehreinnahmen beim Voranschlagsansatz 2/63664 bedeckt werden kann;
19. bei den Voranschlagsanäatzen 1/65306, 1/65308, 1/65316 und 1/65318 für Zahlungen aus zweckgebundenen Mitteln des Innovations- und Technologiefonds im Ausmaß jenes Betrages, der durch gleichhohe Ausgabeneinsparungen beim jeweils anderen Voranschlagsansatz bedeckt werden kann.

(2) Der Bundesminister für Finanzen ist weiters ermächtigt, im Finanzjahr 2002 die Genehmigung zu Überschreitungen zu geben

1. bei den Voranschlagsansätzen des Ausgabentitels 512 in Höhe der gemäß § 53 BHG und Art. X für die Rücklagenzuführung zulässigen Beträge, wobei die Bedeckung in den nicht in Anspruch genommenen Teilen der Voranschlagsansätze oder zweckgebundenen Einnahmen oder Einnahmen der Voranschlagsansätze der Titel 2/513 und 2/514 zu finden ist;
2. bei Voranschlagsansätzen bis zu jener Höhe, in der in Vorjahren zu Gunsten dieser Voranschlagsansätze oder Verwendungszwecke Beträge einer Rücklage zugeführt wurden, wobei die Bedeckung durch Mehreinnahmen bei den Voranschlagsansätzen 2/51217, 2/51227, 2/51247, 2/51267, 2/51277 bzw. 2/51287 sicherzustellen ist;
3. für Hilfeleistungen in Katastrophen-, Seuchen- und Epidemiefällen sowie für Sondermaßnahmen der Bundesregierung im In- und Ausland, für die Durchführung von Staatsbesuchen, Konferenzen, Tagungen und ähnlichem, wenn die für diese Zwecke erforderlichen Mehrausgaben im Zeitpunkt der Budgeterstellung nicht vorhersehbar gewesen sind, und im Einzelfall oder bei Hilfeleistungen in Katastrophenfällen, wenn sie in mehreren selbstständigen Teilmaßnahmen erfolgen, die Ausgaben hiefür jeweils nicht mehr als 2,91 Millionen Euro im Finanzjahr 2002 betragen und beim Paragrafen 5181 bedeckt werden können.

(3) Der Bundesminister für Finanzen ist ermächtigt, überplanmäßige Ausgaben aus Währungstauschverträgen bis zu einem Gesamtbetrag von 3 633,64 Millionen Euro und im Falle der vorzeitigen Rückzahlung von Finanzschulden bis zu einem Gesamtbetrag von 3 633,64 Millionen Euro zu genehmigen, wenn die Bedeckung der Mehrausgaben durch Ausgabeneinsparungen und/oder Mehreinnahmen sichergestellt werden kann.

Artikel VI. (1) Der Bundesminister für Finanzen ist ermächtigt, im Finanzjahr 2002 die Zustimmung zu Überschreitungen zu geben

1. bei den Voranschlagsansätzen des Ermessens der Unterteilungen 3, 6 und 8 zur Finanzierung der Forschungs- und Entwicklungsoffensive sowie von konkreten Investitions- und Infrastrukturvorhaben bis insgesamt zu jenem Betrag, der für diese Zwecke einer Rücklage zugeführt worden ist, wenn die Bedeckung durch Mehreinnahmen sichergestellt werden kann;
2. bei den Voranschlagsansätzen des Ermessens der Unterteilung 8 der Kapitel 01 bis 70 für Vergütungen gemäß § 49 des Bundeshaushaltsgesetzes, wenn die Bedeckung durch Mehreinnahmen sichergestellt werden kann;
3. bei den Voranschlagsansätzen des Ermessens der Unterteilung 8 der Kapitel 01 bis 70 für Zahlungen auf Grund des Bundesimmobiliengesetzes, BGBl. I Nr. 141/2000, bis zu einem Betrag von insgesamt 378 Millionen Euro, wenn die Bedeckung durch Ausgabeneinsparungen bis zu einem Betrag von insgesamt 372 Millionen Euro beim Voranschlagsansatz 1/54608 und/oder durch sonstige Ausgabeneinsparungen und/oder durch Mehreinnahmen sichergestellt werden kann;
4. bei den Voranschlagsansätzen des Ermessens der Unterteilungen 3 und 8 im Ausmaß von 50 vH jener Mehreinnahmen, die beim Voranschlagsansatz 2/54608 aus der Veräußerung unbeweglichen Bundesvermögens erzielt werden, ohne dass eine Ersatzanschaffung notwendig ist, wobei dieser Anteil von jenem haushaltsleitenden Organ in Anspruch genommen werden kann, in dessen Zuständigkeitsbereich das veräußerte Bundesvermögen zuletzt genutzt wurde;
5. bei den Voranschlagsansätzen des Ermessens der Unterteilungen 3 und 8 für allfällige Kostensteigerungen beim Betriebs- und sonstigen Aufwand im Kapitel 20 bis zu einem Betrag von insgesamt 7,27 Millionen Euro, wenn die Bedeckung durch Mehreinnahmen beim Voranschlagsansatz

2/54608 durch Veräußerungen unbeweglichen Bundesvermögens im Ausland sichergestellt werden kann;

6. bei den Voranschlagsansätzen 1/10008, 1/10046, 1/10048, 1/12216, 1/12446, 1/12476, 1/15006, 1/15016, 1/15018, 1/60206, 1/61266, 1/63186, 1/63416, 1/63418, 1/63666, 1/65236 und 1/65258 für die Restfinanzierung des Bundesanteils an den EU-Strukturfondsprogrammen der Periode 1995 bis 1999 bis zu einem Betrag von insgesamt 29,07 Millionen Euro, wenn die Bedeckung durch Ausgabeneinsparungen und/oder Mehreinnahmen sichergestellt werden kann;
7. beim Voranschlagsansatz 1/11198 bis zu einem Betrag von 0,73 Millionen Euro für den Fall der Inanspruchnahme in solchen Angelegenheiten der staatlichen Verwaltung, die nicht ausdrücklich einem anderen Bundesministerium als dem Bundesministerium für Inneres zugewiesen sind, wenn die Bedeckung durch Ausgabeneinsparungen und/oder Mehreinnahmen sichergestellt werden kann;
8. bei den Voranschlagsansätzen 1/11506, 1/11508 und 1/11528 bis zu einem Betrag von insgesamt 14,53 Millionen Euro für Maßnahmen der Flüchtlingsbetreuung und im Bereich des Bundesasylamtes, wenn die Bedeckung durch Ausgabeneinsparungen und/oder Mehreinnahmen sichergestellt werden kann;
9. bei den Voranschlagsansätzen 1/12043, 1/54013, 1/54043, 1/54093, 1/60023, 1/63013, 1/65693 und 1/65133 bis zu einem Betrag von insgesamt 1 vH der veranschlagten Einnahmen des allgemeinen Haushalts für Zahlungen zur Kapitalaufstockung an Unternehmungen, an denen der Bund beteiligt ist, wenn die Bedeckung durch Ausgabeneinsparungen und/oder durch Mehreinnahmen sichergestellt werden kann;
10. beim Voranschlagsansatz 1/50018 bis zu einem Betrag von 1,45 Millionen Euro für Einhebungsvergütungen gemäß § 2a Abs. 4 des Zollrechts-Durchführungsgesetzes, BGBl. Nr. 659/1994, wenn die Bedeckung durch Ausgabeneinsparungen und/oder Mehreinnahmen sichergestellt werden kann;
11. beim Voranschlagsansatz 1/50296 bis zu einem Betrag von 29,07 Millionen Euro für Zahlungen an den HIPC-Trust-Fonds, wenn die Bedeckung durch Ausgabeneinsparungen und/oder Mehreinnahmen sichergestellt werden kann;
12. bei den Voranschlagsansätzen 1/58828, 7/58829 und 1/58908 bis zu einem Betrag von insgesamt 726,73 Millionen Euro zum Abschluss von Devisentermingeschäften zur Wechselkurs-Absicherung von Fremdwährungszahlungen bzw. Währungstauschverträgen, wenn die Bedeckung durch Ausgabeneinsparungen und/oder Mehreinnahmen sichergestellt werden kann;
13. beim Voranschlagsansatz 1/58908 bis zu einem Betrag von 72,67 Millionen Euro für sonstige Zahlungen beim Eingehen von Finanzschulden und Währungstauschverträgen, wenn die Bedeckung durch Ausgabeneinsparungen und/oder Mehreinnahmen sichergestellt werden kann;
14. beim Voranschlagsansatz 1/61208 bis zu einem Betrag von 4,00 Millionen Euro für gemäß den §§ 26, 31 und 32 Abs. 3 des Abfallwirtschaftsgesetzes, BGBl. Nr. 325/1990, nicht vorhersehbar gewesene Maßnahmen, wenn die Bedeckung durch Ausgabeneinsparungen und/oder Mehreinnahmen sichergestellt werden kann;
15. beim Voranschlagsansatz 1/65148 für Eisenbahn-Infrastruktur bis zu einem Betrag von 94,47 Millionen Euro, wenn die Bedeckung durch Ausgabeneinsparungen und/oder Mehreinnahmen sichergestellt werden kann;
16. beim Voranschlagsansatz 1/65198 bis zu einem Betrag von 7,27 Millionen Euro für die Zahlung an die Austro Control GmbH, wenn die Bedeckung durch Ausgabeneinsparungen und/oder Mehreinnahmen sichergestellt werden kann;
17. beim Voranschlagsansatz 1/65603 für konkrete Straßenbausonderinvestitionen bis zu einem Betrag von 50,87 Millionen Euro, wenn die Bedeckung durch Ausgabeneinsparungen und/oder Mehreinnahmen sichergestellt werden kann;
18. beim Voranschlagsansatz 1/65633 bis zu einem Betrag von 58,14 Millionen Euro für Zahlungen gemäß § 11 des ASFINAG-Ermächtigungsgesetzes 1997, BGBl. I Nr. 113, wenn die Bedeckung durch Mehreinnahmen beim Voranschlagsansatz 2/54624 sichergestellt werden kann.

(2) Der Bundesminister für Finanzen hat im Finanzjahr 2002 die Zustimmung zu Überschreitungen bei den Voranschlagsansätzen des Paragrafen 6351 für arbeitsmarktpolitische Maßnahmen gemäß § 51 Abs. 2 AMSG nach Maßgabe der dem Bund vom Arbeitsmarktservice überwiesenen Mittel bis zu einem Betrag von 10 vH der vorgesehenen Ansatzbeträge zu geben.

Artikel VII. Der Bundesminister für Finanzen ist ermächtigt, im Finanzjahr 2002 die Zustimmung zu Überschreitungen zu geben

1. beim Voranschlagsansatz 1/50138 bis zu einem Betrag von 87,21 Millionen Euro für Zahlungen zur Schuldenerleichterung auf Grund internationaler, multilateral abgestimmter Maßnahmen;

2. beim Voranschlagsansatz 1/50236 bis zu einem Betrag von 14,53 Millionen Euro für Zahlungen an die OeKB-AG zur Verminderung der Beschaffungskosten von Kreditoperationen gemäß Ausfuhrfinanzierungsförderungsgesetz 1981, BGBl. Nr. 216, und für Finanzierungen auf Grund des Schwellenländerprogrammes;
3. beim Voranschlagsansatz 1/50418 bis zu einem Betrag von 29,07 Millionen Euro für Ausfuhrerstattungen gemäß EU-Marktordnungsvorschriften;
4. beim Voranschlagsansatz 1/51918 für auf Grund der Marktentwicklung notwendige Mehraufnahmen kurzfristiger Verpflichtungen bis zu einem Betrag von 72,67 Millionen Euro;
5. beim Voranschlagsansatz 1/54718 für den Fall der Inanspruchnahme aus der Kursrisikogarantie bis zu einem Betrag von 72,67 Millionen Euro;
6. bei den Voranschlagsansätzen 1/54718 und 1/54719 für den Fall der Inanspruchnahme aus Haftungen bis zu einem Betrag von insgesamt 145,35 Millionen Euro;
7. bei den Voranschlagsansätzen 1/54728 und 1/54729 bis zu einem Betrag von insgesamt 290,69 Millionen Euro für den Fall der Inanspruchnahme gemäß § 7 Abs. 2 des Ausfuhrförderungsgesetzes 1981;
8. bei den Voranschlagsansätzen des Ermessens der UT 9 des Kapitels 58 im Ausgleichshaushalt für die Durchführung von nicht vorhersehbaren, ordentlichen Tilgungen von Finanzschulden und Währungstauschverträgen bis zu einem Betrag von 1 453,46 Millionen Euro pro Voranschlagsansatz;
9. bei den Voranschlagsansätzen 1/58008, 1/58018, 1/58028, 1/58208, 1/58218 und 1/58228 bis zu einem Betrag von insgesamt 72,67 Millionen Euro für Stückzinsen aus dem Erwerb von Wertpapieren;
10. bei den Voranschlagsansätzen 7/58009, 7/58019, 7/58029, 7/58209, 7/58219 und 7/58229 bis zu einem Betrag von insgesamt 726,73 Millionen Euro zum Erwerb von Wertpapieren;
11. beim Voranschlagsansatz 1/58908 bis zu einem Betrag von 72,67 Millionen Euro für Disagio bei Käufen und Verkäufen von Wertpapieren;
12. beim Voranschlagsansatz 1/65693 bis zu einem Betrag von 218,02 Millionen Euro gemäß Art. II § 10 des ASFINAG-Gesetzes, BGBl. Nr. 591/1982.

Artikel VIII. (1) Den Überschreitungen gemäß Art. IV bis VII darf nur zugestimmt werden, wenn über den bei einem Voranschlagsansatz veranschlagten Betrag hinausgehende, unvorhersehbare und unabweisliche Ausgaben dies erfordern und wenn ohne diese Maßnahme die ordnungsgemäße Ausübung der Verwaltung im Hinblick auf die Beachtung der Grundsätze der Sparsamkeit, Wirtschaftlichkeit und Zweckmäßigkeit wesentlich beeinträchtigt wird und zu diesem Zeitpunkt bei anderen Voranschlagsansätzen Ausgaben und/oder Mehreinnahmen in der zur Bedeckung der Überschreitung erforderlichen Höhe bereitgestellt werden können, wobei bei den Überschreitungen gemäß Art. IV, V Abs. 1 und 2 und VI als Mehreinnahmen zur Bedeckung von Mehrausgaben nur jene des allgemeinen Haushaltes herangezogen werden dürfen.

(2) Der Bundesminister für Finanzen ist ermächtigt, bis 24. Jänner 2003 die Genehmigung zu Überschreitungen bei den Voranschlagsansätzen 1/19137, 1/19397, 1/63457 und 1/63577 für Zahlungen gemäß § 52 Abs. 3 BHG zu geben, welche aus der Abfuhr an gesetzlich vorgesehene Rechtsträger auf Grund der Abrechnung für das Finanzjahr 2002 resultieren.

Artikel IX. (1) Der Bundesminister für Finanzen ist ermächtigt, im Finanzjahr 2002 namens des Bundes gemäß § 66 BHG

1. die Haftung als Bürge und Zahler (§ 1357 ABGB) für gemäß § 1 Abs. 2 des Bundesgesetzes, mit dem Bestimmungen über die Abwicklung der Bundeswohnbaufonds getroffen und das Bundesfinanzgesetz 1989, das Wohnbauförderungsgesetz 1984 und das Bundesgesetz BGBl. Nr. 373/1988 geändert werden, BGBl. Nr. 301/1989, durchzuführende Kreditoperationen (Anleihen, Darlehen und sonstige Kredite) in einem Ausmaß zu übernehmen, dass der Gesamtbetrag (Gegenwert) der Haftung 36 Millionen Euro an Kapital und 36 Millionen Euro an Zinsen und Kosten und die Kreditoperation im Einzelfall 36 Millionen Euro an Kapital nicht übersteigt;
2. die Haftung als Bürge und Zahler (§ 1357 ABGB) für Schuldverschreibungen von Einlagensicherungseinrichtungen gemäß § 93a Abs. 3 des Bankwesengesetzes, BGBl. Nr. 532/1993, bis zu einem Gesamtbetrag von 7 Millionen Euro an Kapital und 7 Millionen Euro an Zinsen und Kosten zu übernehmen;
3. die Ausfallshaftung für Kredite von Kreditinstituten für Maßnahmen gemäß §§ 27, 35 und 51a des Arbeitsmarktförderungsgesetzes, BGBl. Nr. 31/1969, in einem Ausmaß zu übernehmen, dass der Gesamtbetrag (Gegenwert) der Haftung 21 Millionen Euro an Kapital und 4 Millionen Euro an

Zinsen und Kosten nicht übersteigt;

4. die Ausfallshaftung für vom Arbeitsmarktservice gemäß § 48 des Arbeitsmarktservicegesetzes, BGBl. Nr. 313/1994, aufzunehmende Kredite in einem Ausmaß zu übernehmen, dass der Gesamtbetrag (Gegenwert) der Haftung 73 Millionen Euro an Kapital und 73 Millionen Euro an Zinsen und Kosten nicht übersteigt;
5. die Haftung als Bürge und Zahler gemäß § 1357 ABGB oder in Form von Garantien für die von der Autobahnen- und Schnellstraßen-Finanzierungs-Aktiengesellschaft durchzuführenden Kreditoperationen in einem Ausmaß zu übernehmen, dass der Gesamtbetrag (Gegenwert) der Haftung 363 Millionen Euro an Kapital und 363 Millionen Euro an Zinsen und Kosten zuzüglich allfälliger Rückzahlungen von in Vorjahren auf Grund des ASFINAG-Gesetzes, BGBl. Nr. 591/1982, stammenden Kreditoperationen mit Bundeshaftungen und die Kreditoperation im Einzelfall 363 Millionen Euro an Kapital nicht übersteigt;
6. die Haftung als Bürge und Zahler gemäß § 1357 ABGB oder in Form von Garantien für von der Schieneninfrastrukturfinanzierungs-Gesellschaft zur Finanzierung der ihr durch Art. IV des Infrastrukturfinanzierungsgesetzes 1997, BGBl. I Nr. 113, übertragenen Aufgaben durchzuführenden Kreditoperationen in einem Ausmaß zu übernehmen, dass der Gesamtbetrag (Gegenwert) der Haftungen 291 Millionen Euro an Kapital und 291 Millionen Euro an Zinsen und Kosten zuzüglich allfälliger Rückzahlungen von in Vorjahren aus Art. IV des Infrastrukturfinanzierungsgesetzes 1997 stammenden Kreditoperationen und die Kreditoperationen im Einzelfall 291 Millionen Euro an Kapital nicht übersteigt.

(2) Der Bundesminister für Finanzen darf Haftungen für Kreditoperationen gemäß Abs. 1 nur übernehmen, wenn die prozentuelle Gesamtbelastung bei Kreditoperationen in inländischer oder ausländischer Währung unter Berücksichtigung eventueller Währungstauschverträge unter Zugrundelegung der im § 65 b Abs. 2 BHG umschriebenen finanzmathematischen Formel das im § 65b Abs. 1 Z 2 und 3 BHG bestimmte jeweilige Höchstausmaß einen Bankarbeitstag vor Festlegung der Konditionen nicht überschreitet.

(3) Auf Haftungen gemäß Abs. 1 Z 1 bis 3 sowie Z 5 bis 7 ist § 66 Abs. 2 Z 3 BHG, auf Haftungen gemäß Abs. 1 Z 1 und 2 ist darüber hinaus § 66 Abs. 2 Z 2 BHG nicht anzuwenden.

Artikel X. (1) Der Bundesminister für Finanzen ist ermächtigt, für eine widmungsgemäße Verwendung in einem späteren Finanzjahr die im Finanzjahr 2002 durch Zahlung nicht in Anspruch genommenen Teile

1. der beim Voranschlagsansatz 1/64698 sowie der beim Voranschlagsansatz 1/40108 als Investitionsausgaben für die Landesverteidigung - wobei die Zweckbestimmung für bewegliches Anlagevermögen auch aus den Voranschlagsposten ersichtlich sein muss - genehmigten Ausgabenbeträge im Wege einer Rücklagenzuführung (allgemeine Rücklage) zu reservieren;
2. der bei den Voranschlagsansätzen 1/10008 (EFRE-Kofinanzierung für Werkverträge (EU), geb. Post), 1/10046 (EFRE-Kofinanzierung für FER (EU) geb. Post), 1/12006 (für Kofinanzierungen der EU (ESF-Mittel) (geb. Post)), 1/12008 (für Kofinanzierungen der EU (ESF-Mittel/Neue Periode) (geb. Post)), 1/12216 (für Kofinanzierungen der EU (ESF-Mittel/Alte und Neue Periode) (geb. Post)), 1/12438 (für Kofinanzierungen der EU (ESF-Mittel/Neue Periode) (geb. Post)), 1/12757 (für laufende Transferzahlungen gem. FAG), 1/12857 (für laufende Transferzahlungen gem. FAG), 1/13006 (für Kulturhauptstadt Graz (geb. Post)), 1/13046 (für das Österreichische Filminstitut), 1/14108 (Bildungsmaßnahmen der EU (ESF-Mittel/Ziel 3) (geb. Post)und Bildungsmaßnahmen der EU (ESF-Mittel-Ziel 3/Nat. Anteil)), 1/14116 (Bildungsmaßnahmen der EU (ESF-Mittel/Ziel 3) (geb. Post) und Bildungsmaßnahmen der EU (ESF-Mittel/Ziel 3/Nat. Anteil)), 1/14146, 1/14176 (für Apart-Stipendien), 1/14178 (Joint Venture (IMP-IMBA) und medizinische Informatik (ZEM)), 1/14186, 1/14188 (für Start/Wittgenstein-Programme), 1/14208 (für klinischen Mehraufwand und VAMED, Bildungsmaßnahmen der EU (ESF-Mittel-Ziel 3) (geb. Post) und Bildungsmaßnahmen der EU (ESF-Mittel-Ziel 3/Nat. Anteil)), 1/14308 (für Prozesskosten und außergerichtliche Vergleiche), 1/15016 (für Gemeinschaftsinitiativen), 1/20076, 1/20078, 1/20506, 1/20508, 1/50008 (für Gemeinschaftsinitiativen), 1/50118, 1/50128, 1/50296 (für HIPC-Trust-Fonds), 1/50428, 1/51816, 1/51817, 1/51818, 1/54729, 1/54826, 1/60826, 1/61208, 1/61246, 1/61248, 1/61258, 1/61266, 1/63416, 1/63418, 1/63626, 1/63656, 1/63665, 1/63666 (für Betriebe), 1/65236, 1/65246, 1/65256, 1/65258 (EU-Kofinanzierung), 1/65316, 1/65326, 1/65338 (für Technologie- und Forschungsschwerpunkte an Unternehmungen) und 1/65346 (für Kompetenzzentren) genehmigten Ausgabenbeträge im Wege einer Rücklagenzuführung (besondere Rücklage) zu reservieren;

3. der bei den Voranschlagsansätzen 1/60106, 1/60136, 1/60146, 1/60156, 1/60166, 1/60176, 1/60186, 1/60216, 1/60226, 1/60246, 1/60356 und 1/60376 genehmigten Ausgabenbeträge für Bundesanteile an solchen Agrarförderungen, welche gemäß § 3 des Landwirtschaftsgesetzes 1992, BGBl. Nr. 375, bzw. gemäß § 72 Abs. 4 oder 5 des Weingesetzes 1999, BGBl. I Nr. 141, gemeinsam von Bund und Ländern finanziert werden, im Wege einer Rücklagenzuführung (besondere Rücklage) zu reservieren;
4. in Höhe von 50 vH jener Ausgabenbeträge des Ermessens der Unterteilung 8, die nicht ohnedies bereits nach dem BHG oder dem BFG 2002 rücklagefähig sind, mit Ausnahme der Vergütungen und Überweisungen im Bundeshaushalt sowie der Ausgaben für Finanzschulden, im Wege einer Rücklagenzuführung (besondere Aufwendungen-Rücklage) zu reservieren.

(2) Der Bundesminister für Finanzen ist ermächtigt, für eine widmungsgemäße Verwendung in einem späteren Finanzjahr die im Finanzjahr 2002 durch Zahlung nicht in Anspruch genommenen Teile der Einnahmen der Voranschlagsansätze 2/51305, 2/51306, 2/51314, 2/51315, 2/51325, 2/51405, 2/51406, 2/51415, 2/51425 und 2/51426 einer Rücklage zuzuführen (besondere Einnahmen-Rücklage).

(3) Der Bundesminister für Finanzen hat für eine widmungsgemäße Verwendung in einem späteren Finanzjahr den im Finanzjahr 2002 gemäß § 17a Abs. 4 und 5 BHG ermittelten Unterschiedsbetrag der Paragrafe 3031, 3032, 6056 und 6058 einer Rücklage zuzuführen (Flexibilisierungs-Rücklage).

Artikel XI. (1) Der Bundesminister für Finanzen ist ermächtigt, im Finanzjahr 2002 über Bestandteile des unbeweglichen Bundesvermögens im Rahmen der ihm gemäß § 64 BHG übertragenen Befugnis nach Maßgabe folgender Bestimmungen zu verfügen:

1. gemäß § 64 Abs. 1 Z 1 und 2 BHG bis zu einem Entgelt (Preis, Wert) von 4 Millionen Euro für den einzelnen Bestandteil des unbeweglichen Bundesvermögens;
2. gemäß § 64 Abs. 4 BHG bis zu einem Schätzwert von 36 000 Euro im Einzelfall;
3. gemäß § 64 Abs. 5 BHG bis zu einem Schätzwert der Belastung von 18 000 Euro im Einzelfall.

Verfügungen über unbewegliches Bundesvermögen, bei denen die unter Z 1 bis 3 angeführten Wertgrenzen überschritten werden, bedürfen der Bewilligung durch ein Bundesgesetz im Sinne des Art. 42 Abs. 5 B-VG, die vom Bundesminister für Finanzen einzuholen ist.

(2) Die im laufenden Finanzjahr gemäß § 64 Abs. 1 Z 1 und 2 BHG innerhalb des Ermächtigungsrahmens gemäß Abs. 1 Z 1 bis 3 getroffenen Verfügungen dürfen insgesamt den Wert von 36 Millionen Euro nicht übersteigen.

(3) Über jede im laufenden Finanzjahr getroffene Verfügung gemäß § 64 Abs. 1 Z 1 und 2 BHG, bei der das Entgelt für den einzelnen Bestandteil des unbeweglichen Bundesvermögens, über den verfügt wurde, 2 Millionen Euro übersteigt, hat der Bundesminister für Finanzen dem mit der Vorberatung von Bundesfinanzgesetzen betrauten Ausschuss des Nationalrates binnen einem Monat nach Ablauf dieses Finanzjahres zusammenfassend zu berichten.

Artikel XII. (1) Der Bundesminister für Finanzen ist ermächtigt, im Finanzjahr 2002 über Bestandteile des beweglichen Bundesvermögens im Rahmen der ihm gemäß §§ 62 und 63 BHG übertragenen Befugnis nach Maßgabe folgender Bestimmungen zu verfügen.

(2) Übersteigt bei einer Verfügung gemäß §§ 62 und 63 Abs. 1 Z 1 und 2 BHG

1. die Forderung, auf die verzichtet wird, oder der Wert des einzelnen sonstigen Bestandteiles des beweglichen Bundesvermögens, über den verfügt wird, 2 Millionen Euro, oder
2. der Wert aller sonstigen Bestandteile des beweglichen Bundesvermögens, über die durch das jeweilige Rechtsgeschäft gleichzeitig verfügt wird, insgesamt 11 Millionen Euro,

so bedarf eine solche Verfügung der Bewilligung durch ein Bundesgesetz im Sinne des Art. 42 Abs. 5 B-VG, die vom Bundesminister für Finanzen einzuholen ist. Hievon kann bei einem Verzicht auf eine Forderung des Bundes Abstand genommen werden, wenn dadurch aus wirtschafts- oder arbeitsmarktpolitischen Interessen die Einleitung oder Durchführung eines Konkurs- oder Ausgleichsverfahrens vermieden werden könnte, jedoch die Bewilligung des Nationalrates nicht mehr rechtzeitig eingeholt werden kann.

(3) Übersteigt bei einer Verfügung gemäß §§ 62 und 63 Abs. 1 Z 1 und 2 BHG die Forderung, auf die verzichtet wurde, oder der Wert des einzelnen sonstigen Bestandteiles des beweglichen Bundesvermögens, über den verfügt wurde, 0,30 Millionen Euro, hat der Bundesminister für Finanzen

dem mit der Vorberatung von Bundesfinanzgesetzen betrauten Ausschuss des Nationalrates über jede derartige im laufenden Finanzjahr getroffene Verfügung binnen einem Monat nach Ablauf dieses Finanzjahres zusammenfassend zu berichten.

Artikel XIII. Die Regelungen über die Planstellen- und Personalbewirtschaftung des Bundes und die Anzahl der Planstellen für Bundesbedienstete für das Jahr 2002 werden durch den Stellenplan 2002 festgelegt (Anlage II).

Artikel XIV. Die Regelungen, nach denen die Ausgaben für die Anzahl und die Kategorie der bei einem Organ des Bundes im Jahre 2002 verwendeten Kraft-, Luft- und Wasserfahrzeuge bestritten werden dürfen, werden durch den Fahrzeugplan für das Jahr 2002 (Anlage III) getroffen.

Artikel XV. (1) Der Bundesminister für Finanzen ist ermächtigt, eine Ausgabenbindung hinsichtlich der im Bundesvoranschlag 2002 bei den Voranschlagsansätzen des Ermessens der Unterteilungen 3, 6 und 8 vorgesehenen Ausgaben im Ausmaß von bis zu 3 vH zu verfügen. Hievon ausgenommen sind die Ausgaben nach Maßgabe zweckgebundener Einnahmen, aus EU-Mitteln, mit Gegenverrechnung im Bundeshaushalt, der Kapitel 51 und 58, der Anwender der Flexibilisierungsklausel, die Ausgaben, die für die Erbringung gemeinwirtschaftlicher Leistungen (Voranschlagsansätze 1/65158 und 1/65178) zu zahlen sind, sowie Sachausgaben (UT 8) für Bundesbedienstete, die im Rahmen von Ämterlösungen bei ausgegliederten Unternehmungen tätig sind und von diesen ersetzt werden.

(2) Der Bundesminister für Finanzen ist ermächtigt, die gemäß Abs. 1 verfügten Ausgabenbindungen zum Teil oder zur Gänze aufzuheben oder deren Umlegung auf andere Voranschlagsansätze zu genehmigen.

Artikel XVI. So weit in diesem Bundesgesetz auf andere Bundesgesetze verwiesen wird, sind diese in ihrer jeweils geltenden Fassung anzuwenden.

Artikel XVII. Dieses Bundesgesetz tritt am 1. Jänner 2002 in Kraft und gilt für die Zeit vom 1. Jänner 2002 bis 31. Dezember 2002.

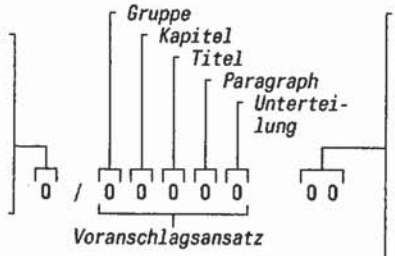
Artikel XVIII. Mit der Vollziehung dieses Bundesgesetzes ist unbeschadet der den obersten Organen nach Maßgabe der Haushaltsvorschriften zustehenden Befugnis zur Bestreitung der einzelnen Ausgaben innerhalb ihres Teilvoranschlages

1. so weit in diesem Bundesgesetz Bestimmungen über den Stellenplan getroffen werden, die Bundesministerin für öffentliche Leistung und Sport im Einvernehmen mit dem Bundesminister für Finanzen,
2. im Übrigen der Bundesminister für Finanzen betraut.

Gliederung 1)

Der Bundesvoranschlag ist nach einem dekadisch nummerierten Ansatzplan erstellt und zeigt folgende Gliederungselemente:

Haushalt	Zuordnungsziffer
Ausgaben des allgemeinen Haushaltes	1
Einnahmen des allgemeinen Haushaltes	2
Ausgaben des Ausgleichshaushaltes	7
Einnahmen des Ausgleichshaushaltes	8



Aufgabenbereich

Kennziffer	Einzelne Aufgabenbereiche
11	Erziehung und Unterricht
12	Forschung und Wissenschaft
13	Kunst
14	Kultus
21	Gesundheit
22	Soziale Wohlfahrt
23	Wohnungsbau
32	Straßen
33	Sonstiger Verkehr
34	Land- und Forstwirtschaft
35	Energiewirtschaft (Elektrizitäts-, Gas- und Wasserwirtschaft)
36	Industrie und Gewerbe (einschließlich Bergbau)
37	Öffentliche Dienstleistungen
38	Private Dienstleistungen (einschließlich Handel)
41	Landesverteidigung
42	Staats- und Rechtssicherheit
43	Übrige Hoheitsverwaltung

Bei den *Einnahmenansätzen* ist die 5. Dekade (= Unterteilung) für folgende Kennzeichnungen reserviert:

		Standardtext im Ansatzplan, wenn keine spezielle Ansatzbezeichnung vorliegt
0, 1	Zweckgebundene Einnahmen (Erfolgswirksame Einnahmen)	Zweckgebundene erfolgswirksame Einnahmen
2, 3	Zweckgebundene Einnahmen (Bestandswirksame Einnahmen)	Zweckgebundene bestandswirksame Einnahmen
4, 5, 6	Sonstige Einnahmen (Erfolgswirksame Einnahmen)	Erfolgswirksame Einnahmen
7, 8, 9	Sonstige Einnahmen (Bestandswirksame Einnahmen)	Bestandswirksame Einnahmen

Bei den *Ausgabenansätzen* ist die 5. Dekade (= Unterteilung) finanzwirtschaftlichen Gliederungselementen, das sind die Gebarungsgruppen, vorbehalten, deren Kennzeichnung wie folgt vorgenommen wird:

Gebarungsgruppe	Standardtext im Ansatzplan, wenn keine spezielle Ansatzbezeichnung vorliegt	Kurzbezeichnung	erfolgswirksame Gebarung (E) oder bestandswirksame Geb. (B)
Personalausgaben:			
0 = Aufwendungen *(Gesetzliche Verpflichtungen)*, Personalausgaben	Personalausgaben	A/G-P	E
Sachausgaben:			
2 = Anlagen *(Gesetzliche Verpflichtungen)*	Anlagen (Gesetzl. Verpflichtungen)	An/G	B
3 = Anlagen (Ermessensausgaben)	Anlagen	An	B
4 = Förderungen *(Gesetzliche Verpflichtungen)*	Förderungen (Gesetzl. Verpflichtungen)	F/G	E
5 = Förderungen - Darlehen (Ermessensausgaben)	Förderungen (D)	F-D	B
6 = Förderungen - Zuschuss (Ermessensausgaben)	Förderungen	F	E
7 = Aufwendungen *(Gesetzliche Verpflichtungen)*, Sachausgaben	Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen)	A/G-S	E
8 = Aufwendungen - erfolgswirksam (Ermessensausgaben)	Aufwendungen	A	E
9 = Aufwendungen - bestandswirksam (Ermessensausgaben)	Aufwendungen (B)	A-B	B

1) Nähere Einzelheiten können dem vom Bundesministerium für Finanzen im Verlag der Österreichischen Staatsdruckerei herausgegebenen ,,Leitfaden für den Ansatz- und Kontenplan des Bundes'' (in Kontenpläne der Gebietskörperschaften - KOG I. und II. Teil, Neufassung 1990) entnommen werden.

2) Im allgemeinen Haushalt nur Darlehensrückzahlungen.

(Beträge in Millionen EURO)

VA-Ansatz	AB	AUSGABEN Bezeichnung	Anm.	Erfolgsw. Ausgaben pers.	Erfolgsw. Ausgaben sachl.	Bestands-wirksame Ausgaben	Bundesvor-anschlag 2002	Bundesvor-anschlag 2001	Erfolg 2000
1/01		**Präsidentschaftskanzlei:**							
1/01000	43	Personalausgaben		2,812	.....	.....	2,812	2,812	2,823
1/01003	43	Anlagen		.....	.....	0,134	0,134	0,134	0,062
1/01005		Bezugsvorschüsse		.....	.....	0,014	0,014	0,015	0,011
	23			.....	.....	*0,007*	*0,007*	*0,007*	*0,004*
	43			.....	.....	*0,007*	*0,007*	*0,007*	*0,006*
1/01007		Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen)		.....	0,347	.....	0,347	0,347	0,327
	22			.....	*0,049*	.....	*0,049*	*0,049*	*0,036*
	43			.....	*0,298*	.....	*0,298*	*0,298*	*0,291*
1/01008	43	Aufwendungen		.....	1,302	.....	1,302	1,302	1,663
		Gesamtausgaben 01...		2,812	1,649	0,148	4,609	4,611	4,886

(Beträge in Millionen EURO)

VA-Ansatz	AB	EINNAHMEN Bezeichnung	Anm.	Erfolgswirksame Einnahmen	Bestandswirksame Einnahmen	Bundesvoranschlag 2002	Bundesvoranschlag 2001	Erfolg 2000
2/01		**Präsidentschaftskanzlei:**						
2/01004	43	Erfolgswirksame Einnahmen		0,077	.....	0,077	0,080	0,081
2/01008	43	Sonstige bestandswirksame Einnahmen		.....	0,003	0,003	0,000	.....
2/01009		Bezugsvorschussersätze		.....	0,010	0,010	0,011	0,010
	23			.....	*0,002*	*0,002*	*0,002*	*0,004*
	43			.....	*0,008*	*0,008*	*0,009*	*0,007*
		Gesamteinnahmen 01...		0,077	0,013	0,090	0,090	0,091

(Beträge in Millionen EURO)

VA-Ansatz	AB	AUSGABEN Bezeichnung	Anm.	Erfolgsw. Ausgaben pers.	Erfolgsw. Ausgaben sachl.	Bestands-wirksame Ausgaben	Bundesvor-anschlag 2002	Bundesvor-anschlag 2001	Erfolg 2000
1/02		**Bundesgesetzgebung:**							
1/021		Nationalrat:	*						
1/02106	43	Förderungen		.....	0,581	.....	0,581	0,945	4,070
1/02107		Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen)		.....	40,811	.....	40,811	40,811	41,497
	22			.....	*0,037*	.....	*0,037*	*0,037*	*0,055*
	43			.....	*40,774*	.....	*40,774*	*40,773*	*41,441*
1/02108	43	Aufwendungen		.....	3,638	.....	3,638	3,271	3,519
1/02118	43	Leistungen im Zusammenhang mit Restitutionsfragen		.....	0,001	.....	0,001	0,001	.....
1/0212		Ausgaben für nichtständige Ausschüsse:							
1/02123	43	Anlagen		.....	.....	0,001	0,001	0,029	.....
1/02128	43	Aufwendungen		.....	0,001	.....	0,001	0,102	.....
		Summe 0212...		.....	0,001	0,001	0,002	0,131	.....
		Summe 021...		.....	45,032	0,001	45,033	45,159	49,085
1/022		Bundesrat:	*						
1/02207		Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen)		.....	6,190	.....	6,190	6,190	5,862
	22			.....	*0,008*	.....	*0,008*	*0,008*	*0,001*
	43			.....	*6,182*	.....	*6,182*	*6,182*	*5,861*
1/02208	43	Aufwendungen		.....	1,042	.....	1,042	0,964	0,894
		Summe 022...		.....	7,232	.....	7,232	7,154	6,756
1/023		Gemeinsame Ausgaben für Mitglieder des NR, BR und EP:	*						
1/02304	43	Förderungen (Gesetzl. Verpflichtungen)		.....	12,337	.....	12,337	12,072	12,072
1/02306	43	Förderungen		.....	0,028	.....	0,028	0,008	0,005
1/02307		Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen)		.....	2,432	.....	2,432	2,432	2,331
	22			.....	*0,005*	.....	*0,005*	*0,005*	*0,002*
	43			.....	*2,427*	.....	*2,427*	*2,427*	*2,328*
1/02308	43	Aufwendungen		.....	0,999	.....	0,999	0,718	0,786
		Summe 023...		.....	15,796	.....	15,796	15,230	15,193
1/024		Parlamentsdirektion:							
1/02400	43	Personalausgaben		15,807	.....	.....	15,807	15,589	15,414
1/02403	43	Anlagen		.....	.....	1,248	1,248	1,118	1,164
1/02405		Bezugsvorschüsse		.....	.....	0,070	0,070	0,070	0,068
	23			.....	.....	*0,037*	*0,037*	*0,037*	*0,036*
	43			.....	.....	*0,033*	*0,033*	*0,033*	*0,032*
1/02407		Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen)		.....	0,299	.....	0,299	0,299	0,268
	22			.....	*0,179*	.....	*0,179*	*0,179*	*0,181*
	43			.....	*0,120*	.....	*0,120*	*0,120*	*0,087*
1/02408		Aufwendungen		.....	14,853	.....	14,853	13,904	17,067
	11			.....	*0,291*	.....	*0,291*	*0,291*	*0,323*
	43			.....	*14,562*	.....	*14,562*	*13,614*	*16,744*
		Summe 024...		15,807	15,152	1,318	32,277	30,980	33,981
		Gesamtausgaben 02...		15,807	83,212	1,319	100,338	98,522	105,016

Anmerkungen:
1/021 Verwaltungs-Aufwendungen beim Titel 1/024 veranschlagt.
1/022 Verwaltungs-Aufwendungen beim Titel 1/024 veranschlagt.
1/023 Verwaltungs-Aufwendungen beim Titel 1/024 veranschlagt.

(Beträge in Millionen EURO)

VA-Ansatz	AB	EINNAHMEN Bezeichnung	Anm.	Erfolgswirksame Einnahmen	Bestandswirksame Einnahmen	Bundesvoranschlag 2002	Bundesvoranschlag 2001	Erfolg 2000
2/02		**Bundesgesetzgebung:**						
2/021		Nationalrat:						
2/02104	43	Erfolgswirksame Einnahmen		2,270	.....	2,270	1,560	1,513
2/022		Bundesrat:						
2/02204	43	Erfolgswirksame Einnahmen		0,441	.....	0,441	0,340	0,325
2/023		Gemeinsame Einnahmen für Mitglieder des NR, BR und EP:						
2/02304	43	Erfolgswirksame Einnahmen		0,124	.....	0,124	0,111	0,105
2/024		Parlamentsdirektion:						
2/02404	43	Erfolgswirksame Einnahmen		0,120	.....	0,120	0,120	0,105
2/02408	43	Sonstige bestandswirksame Einnahmen		.....	0,008	0,008	0,008	0,009
2/02409		Bezugsvorschussersätze		.....	0,058	0,058	0,058	0,050
	23			.....	*0,044*	*0,044*	*0,044*	*0,037*
	43			.....	*0,014*	*0,014*	*0,015*	*0,013*
		Summe 024...		0,120	0,066	0,186	0,186	0,164
		Gesamteinnahmen 02...		2,955	0,066	3,021	2,198	2,107

(Beträge in Millionen EURO)

VA-Ansatz	AB	AUSGABEN Bezeichnung	Anm.	Erfolgsw. Ausgaben pers.	Erfolgsw. Ausgaben sachl.	Bestands-wirksame Ausgaben	Bundesvor-anschlag 2002	Bundesvor-anschlag 2001	Erfolg 2000
1/03		**Verfassungsgerichtshof:**							
1/03000	42	Personalausgaben		2,574	.....	.....	2,574	2,574	2,602
1/03003	42	Anlagen		.....	.....	0,105	0,105	0,105	0,102
1/03005		Bezugsvorschüsse		.....	.....	0,014	0,014	0,015	0,015
	23			.....	.....	*0,007*	*0,007*	*0,007*	*0,009*
	42			.....	.....	*0,007*	*0,007*	*0,007*	*0,006*
1/03007		Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen)	..	.....	1,903	.....	1,903	1,904	1,840
	22			.....	*0,044*	.....	*0,044*	*0,044*	*0,038*
	42			.....	*1,859*	.....	*1,859*	*1,859*	*1,802*
1/03008	42	Aufwendungen		.....	0,599	.....	0,599	0,599	0,599
		Gesamtausgaben 03...		2,574	2,502	0,119	5,195	5,196	5,157

(Beträge in Millionen EURO)

VA-Ansatz	AB	EINNAHMEN Bezeichnung	Anm.	Erfolgswirksame Einnahmen	Bestandswirksame Einnahmen	Bundesvoranschlag 2002	Bundesvoranschlag 2001	Erfolg 2000
2/03		**Verfassungsgerichtshof:**						
2/03004	42	Erfolgswirksame Einnahmen		0,058	.....	0,058	0,058	0,036
2/03008	42	Sonstige bestandswirksame Einnahmen		.....	0,004	0,004	0,004	0,000
2/03009		Bezugsvorschussersätze		.....	0,011	0,011	0,011	0,012
	23			.....	*0,001*	*0,001*	*0,001*	*0,000*
	42			.....	*0,010*	*0,010*	*0,010*	*0,012*
		Gesamteinnahmen 03...		0,058	0,015	0,073	0,073	0,049

(Beträge in Millionen EURO)

VA-Ansatz	AB	AUSGABEN Bezeichnung	Anm.	Erfolgsw. Ausgaben pers.	Erfolgsw. Ausgaben sachl.	Bestands-wirksame Ausgaben	Bundesvor-anschlag 2002	Bundesvor-anschlag 2001	Erfolg 2000
1/04		**Verwaltungsgerichtshof:**							
1/04000	42	Personalausgaben		10,098	.....	.....	10,098	10,075	9,725
1/04003	42	Anlagen		.....	.....	0,319	0,319	0,320	0,258
1/04005		Bezugsvorschüsse		.....	.....	0,020	0,020	0,020	0,005
	23			.....	.....	*0,005*	*0,005*	*0,005*	.....
	42			.....	.....	*0,015*	*0,015*	*0,015*	*0,005*
1/04007		Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen)		.....	0,111	.....	0,111	0,111	0,104
	22			.....	*0,110*	.....	*0,110*	*0,110*	*0,103*
	42			.....	*0,001*	.....	*0,001*	*0,001*	*0,000*
1/04008	42	Aufwendungen		.....	0,927	.....	0,927	0,976	0,890
		Gesamtausgaben 04...		10,098	1,038	0,339	11,475	11,502	10,982

(Beträge in Millionen EURO)

VA-Ansatz	AB	EINNAHMEN Bezeichnung	Anm.	Erfolgswirksame Einnahmen	Bestandswirksame Einnahmen	Bundesvoranschlag 2002	Bundesvoranschlag 2001	Erfolg 2000
2/04		**Verwaltungsgerichtshof:**						
2/04004	42	Erfolgswirksame Einnahmen		0,319	.....	0,319	0,319	0,290
2/04008	42	Sonstige bestandswirksame Einnahmen		.....	0,001	0,001	0,001	.....
2/04009		Bezugsvorschussersätze		.....	0,011	0,011	0,011	0,011
	23			.....	*0,002*	*0,002*	*0,002*	*0,001*
	42			.....	*0,009*	*0,009*	*0,009*	*0,011*
		Gesamteinnahmen 04...		0,319	0,012	0,331	0,331	0,302

(Beträge in Millionen EURO)

VA-Ansatz	AB	AUSGABEN Bezeichnung	Anm.	Erfolgsw. Ausgaben pers.	Erfolgsw. Ausgaben sachl.	Bestands-wirksame Ausgaben	Bundesvor-anschlag 2002	Bundesvor-anschlag 2001	Erfolg 2000
1/05		**Volksanwaltschaft:**							
1/05000	42	Personalausgaben		2,381	.....	.....	2,381	2,281	2,206
1/05003	42	Anlagen		.....	.....	0,051	0,051	0,051	0,025
1/05005		Bezugsvorschüsse		.....	.....	0,015	0,015	0,015	0,015
	23			.....	.....	*0,008*	*0,008*	*0,007*	*0,007*
	42			.....	.....	*0,007*	*0,007*	*0,007*	*0,007*
1/05007		Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen)		.....	1,357	.....	1,357	1,206	1,120
	22			.....	*0,023*	.....	*0,023*	*0,024*	*0,020*
	42			.....	*1,334*	.....	*1,334*	*1,182*	*1,100*
1/05008	42	Aufwendungen		.....	0,478	.....	0,478	0,478	0,483
		Gesamtausgaben 05...		2,381	1,835	0,066	4,282	4,031	3,847

(Beträge in Millionen EURO)

VA-Ansatz	AB	EINNAHMEN Bezeichnung	Anm.	Erfolgswirksame Einnahmen	Bestandswirksame Einnahmen	Bundesvoranschlag 2002	Bundesvoranschlag 2001	Erfolg 2000
2/05		**Volksanwaltschaft:**						
2/05004	42	Erfolgswirksame Einnahmen		0,077	.....	0,077	0,075	0,113
2/05008	42	Sonstige bestandswirksame Einnahmen		.....	0,003	0,003	0,003	.....
2/05009		Bezugsvorschussersätze		.....	0,009	0,009	0,009	0,010
	23			.....	*0,003*	*0,003*	*0,002*	*0,002*
	42			.....	*0,006*	*0,006*	*0,007*	*0,009*
		Gesamteinnahmen 05...		0,077	0,012	0,089	0,087	0,123

(Beträge in Millionen EURO)

VA-Ansatz	AB	AUSGABEN Bezeichnung	Anm.	Erfolgsw. Ausgaben pers.	Erfolgsw. Ausgaben sachl.	Bestands-wirksame Ausgaben	Bundesvor-anschlag 2002	Bundesvor-anschlag 2001	Erfolg 2000
1/06		**Rechnungshof:**							
1/06000	43	Personalausgaben		18,305	.....	.....	18,305	17,786	17,481
1/06003	43	Anlagen		.....	.....	0,459	0,459	0,459	0,534
1/06005		Bezugsvorschüsse		.....	.....	0,061	0,061	0,061	0,012
	23			.....	.....	*0,035*	*0,035*	*0,035*	*0,007*
	43			.....	.....	*0,026*	*0,026*	*0,025*	*0,005*
1/06007		Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen)		.....	0,618	.....	0,618	0,616	0,580
	22			.....	*0,237*	.....	*0,237*	*0,237*	*0,205*
	43			.....	*0,381*	.....	*0,381*	*0,379*	*0,375*
1/06008	43	Aufwendungen	*	.....	4,276	.....	4,276	3,971	3,158
		Gesamtausgaben 06...		18,305	4,894	0,520	23,719	22,892	21,766

Anmerkungen:
1/06008 Hievon 2002 0,001 Millionen Euro Ausgaben nach Maßgabe zweckgebundener Einnahmen beim VA-Ansatz 2/06000.

(Beträge in Millionen EURO)

VA-Ansatz	AB	EINNAHMEN Bezeichnung	Anm.	Erfolgswirksame Einnahmen	Bestandswirksame Einnahmen	Bundesvoranschlag 2002	Bundesvoranschlag 2001	Erfolg 2000
2/06		**Rechnungshof:**						
2/06000	43	Zweckgebundene erfolgswirksame Einnahmen	*	0,001	.....	0,001	0,001	.....
2/06004	43	Erfolgswirksame Einnahmen		0,082	.....	0,082	0,082	0,070
2/06008	43	Sonstige bestandswirksame Einnahmen		.....	0,004	0,004	0,004	.....
2/06009		Bezugsvorschussersätze		.....	0,048	0,048	0,048	0,044
	23			.....	*0,033*	*0,033*	*0,033*	*0,030*
	43			.....	*0,015*	*0,015*	*0,015*	*0,014*
		Gesamteinnahmen 06...		0,083	0,052	0,135	0,135	0,113

Anmerkungen:
2/06000 Korrespondierende Ausgaben beim VA-Ansatz 1/06008 mitveranschlagt.

(Beträge in Millionen EURO)

VA-Ansatz	AB	AUSGABEN Bezeichnung	Anm.	Erfolgsw. Ausgaben pers.	Erfolgsw. Ausgaben sachl.	Bestands-wirksame Ausgaben	Bundesvor-anschlag 2002	Bundesvor-anschlag 2001	Erfolg 2000
1/10		**Bundeskanzleramt mit Dienststellen:**							
1/100		Bundeskanzleramt:							
1/1000		Zentralleitung:							
1/10000	43	Personalausgaben		26,817	.....	.....	26,817	26,745	29,619
1/10003	43	Anlagen		.....	.....	2,393	2,393	2,188	1,928
1/10005		Bezugsvorschüsse		.....	.....	0,207	0,207	0,207	0,107
	23			.....	.....	*0,092*	*0,092*	*0,092*	*0,045*
	43			.....	.....	*0,115*	*0,115*	*0,115*	*0,061*
1/10006		Förderungen	*	.....	2,295	.....	2,295	2,249	5,392
	12			.....	*0,025*	.....	*0,025*	*0,025*	*0,030*
	38			.....	*0,005*	.....	*0,005*	*0,005*	*0,005*
	43			.....	*2,265*	.....	*2,265*	*2,219*	*5,357*
1/10007		Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen)	..	.....	20,548	.....	20,548	20,535	20,071
	21			.....	*0,008*	.....	*0,008*	*0,009*	*0,002*
	22			.....	*0,462*	.....	*0,462*	*0,454*	*0,413*
	43			.....	*20,078*	.....	*20,078*	*20,072*	*19,655*
1/10008		Aufwendungen	*	.....	31,947	.....	31,947	34,485	34,005
	21			.....	*0,015*	.....	*0,015*	*0,013*	*0,012*
	43			.....	*31,932*	.....	*31,932*	*34,472*	*33,993*
1/10004	*43*	*Förderungen (Gesetzl. Verpflichtungen)*	...	.....	.....	.....	.....	.....	0,380
		Summe 1000	..	26,817	54,790	2,600	84,207	86,409	91,501
1/10038	43	Bundesgesetzblatt		.....	1,600	.....	1,600	1,600	3,241
1/1004		Regional- und strukturpolitische Maßnahmen:							
1/10046	36	Förderungen		.....	0,510	.....	0,510	0,550	1,087
1/10048	36	Aufwendungen		.....	159,885	.....	159,885	72,678	73,762
		Summe 1004	..	.....	160,395	.....	160,395	73,228	74,849
1/10078	43	Zahlungen an die BIG		.....	0,290	.....	0,290	0,290	0,375
1/1008		Unabhängiger Bundesasylsenat (UBAS):							
1/10080	42	Personalausgaben		3,445	.....	.....	3,445	3,408	3,297
1/10083	42	Anlagen		.....	.....	0,054	0,054	0,223	0,030
1/10087		Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen)	..	.....	0,044	.....	0,044	0,044	0,040
	22			.....	*0,041*	.....	*0,041*	*0,041*	*0,040*
	42			.....	*0,003*	.....	*0,003*	*0,003*	*0,000*
1/10088	42	Aufwendungen		.....	1,877	.....	1,877	1,756	1,983
		Summe 1008	..	3,445	1,921	0,054	5,420	5,431	5,350
1/1001		*Verwaltungsakademie:*							
1/10010	*11*	*Personalausgaben*		.....	.....	.....	.....	.....	0,439
1/10013	*11*	*Anlagen*		.....	.....	.....	.....	.....	.....
1/10016	*11*	*Förderungen*		.....	.....	.....	.....	.....	0,020
1/10017		*Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen)*	..	.....	.....	.....	.....	.....	0,003
	11			.....	.....	.....	.....	.....	*0,000*
	22			.....	.....	.....	.....	.....	*0,003*
1/10018	*11*	*Aufwendungen*		.....	.....	.....	.....	.....	0,531
		Summe 1001	..	.....	.....	.....	.....	.....	0,994
1/1002		*Konsumentenschutz:*							
1/10026	*43*	*Förderungen*		.....	.....	.....	.....	.....	0,046
1/10028	*43*	*Aufwendungen*		.....	.....	.....	.....	.....	0,502
		Summe 1002	..	.....	.....	.....	.....	.....	0,548

Anmerkungen:
1/10006 Hievon 2002 0,600 Millionen Euro Ausgaben nach Maßgabe zweckgebundener Einnahmen beim VA-Ansatz 2/10000.
1/10008 Hievon 2002 0,002 Millionen Euro Ausgaben nach Maßgabe zweckgebundener Einnahmen beim VA-Ansatz 2/10000.

(Beträge in Millionen EURO)

VA-Ansatz	AB	EINNAHMEN Bezeichnung	Anm.	Erfolgswirksame Einnahmen	Bestandswirksame Einnahmen	Bundesvoranschlag 2002	Bundesvoranschlag 2001	Erfolg 2000
2/10		**Bundeskanzleramt mit Dienststellen:**						
2/100		Bundeskanzleramt:						
2/1000		Zentralleitung:						
2/10000	43	Zweckgebundene erfolgswirksame Einnahmen	*	0,602	.....	0,602	0,602	0,092
2/10004		Erfolgswirksame Einnahmen		9,074	.....	9,074	8,529	4,132
	21			*0,001*	.....	*0,001*	*0,001*	.....
	43			*9,073*	.....	*9,073*	*8,528*	*4,132*
2/10008	43	Sonstige bestandswirksame Einnahmen		.....	0,054	0,054	0,054	0,029
2/10009		Bezugsvorschussersätze		.....	0,209	0,209	0,197	0,271
	23			.....	*0,061*	*0,061*	*0,056*	*0,103*
	43			.....	*0,148*	*0,148*	*0,141*	*0,168*
		Summe 1000...		9,676	0,263	9,939	9,382	4,523
2/10034	43	Bundesgesetzblatt		1,600	.....	1,600	1,600	2,792
2/1004		Regional- und strukturpolitische Maßnahmen:						
2/10044	36	Erfolgswirksame Einnahmen		0,002	.....	0,002	0,002	.....
2/1008		Unabhängiger Bundesasylsenat (UBAS):						
2/10084	42	Erfolgswirksame Einnahmen		0,021	.....	0,021	0,021	0,012
2/10088	42	Bestandswirksame Einnahmen		.....	0,001	0,001	0,001	.....
		Summe 1008...		0,021	0,001	0,022	0,022	0,012
2/1001		*Verwaltungsakademie:*						
2/10014		*Erfolgswirksame Einnahmen*		.....	.....	.....	.....	0,024
	11			.....	.....	.....	.....	*0,024*
	43			.....	.....	.....	.....	.....

Anmerkungen:
2/10000 Korrespondierende Ausgaben beim VA-Ansatz 1/10006 und 1/10008 mitveranschlagt.

(Beträge in Millionen EURO)

VA-Ansatz	AB	AUSGABEN Bezeichnung	Anm.	Erfolgsw. Ausgaben pers.	Erfolgsw. Ausgaben sachl.	Bestands-wirksame Ausgaben	Bundesvor-anschlag 2002	Bundesvor-anschlag 2001	Erfolg 2000
1/1005		*Mittel d. Innovations-u. Technologiefonds (ITF) (zweckgeb. Geb):*							
1/10058	*43*	*Aufwendungen*		.....	.....	.....	.....	.....	0,400
1/1006		*Zusammenarbeit mit ZOR und NUS:*							
1/10066		*Förderungen*		.....	.....	.....	.....	.....	2,205
	38			.....	.....	.....	.....	.....	*0,300*
	43			.....	.....	.....	.....	.....	*1,905*
1/10068	*43*	*Aufwendungen*		.....	.....	.....	.....	.....	0,009
		Summe 1006...		.....	.....	.....	.....	.....	2,213
		Summe 100...		30,262	218,996	2,654	251,912	166,958	179,470

(Beträge in Millionen EURO)

VA-Ansatz	AB	EINNAHMEN Bezeichnung	Anm.	Erfolgswirksame Einnahmen	Bestandswirksame Einnahmen	Bundesvoranschlag 2002	Bundesvoranschlag 2001	Erfolg 2000
2/1005		*Mittel d. Innovations-u. Technologiefonds (ITF) (zweckgeb. Geb):*						
2/10050	*43*	*Zweckgebundene erfolgswirksame Einnahmen*		.....	.....	.....	.....	0,400
2/1006		*Zusammenarbeit mit ZOR und NUS:*						
2/10064	*43*	*Erfolgswirksame Einnahmen*		.....	.....	.....	.....	0,003
		Summe 100...		11,299	0,264	11,563	11,006	7,753

(Beträge in Millionen EURO)

VA-Ansatz	AB	AUSGABEN Bezeichnung	Anm.	Erfolgsw. Ausgaben pers.	Erfolgsw. Ausgaben sachl.	Bestands-wirksame Ausgaben	Bundesvor-anschlag 2002	Bundesvor-anschlag 2001	Erfolg 2000
1/101		Staatsarchiv und Archivamt:							
1/10100	12	Personalausgaben		4,499	...	...	4,499	4,499	4,410
1/10103	12	Anlagen	*	...	...	0,338	0,338	0,206	0,187
1/10106	12	Förderungen		...	0,006	...	0,006	0,006	0,005
1/10107		Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen)		...	0,078	...	0,078	0,078	0,074
	12			...	*0,007*	...	*0,007*	*0,007*	*0,000*
	22			...	*0,071*	...	*0,071*	*0,071*	*0,073*
1/10108	12	Aufwendungen	*	...	1,738	...	1,738	2,045	1,326
		Summe 101...		4,499	1,822	0,338	6,659	6,833	6,002
1/102		Bundesstatistik (Statistisches Zentralamt):							
1/1021		Amt des Österr. Statistischen Zentralamtes:							
1/10210	43	Personalausgaben		8,123	...	...	8,123	8,289	8,563
1/10217	22	Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen)		...	0,139	...	0,139	0,139	0,116
1/10218	43	Aufwendungen		...	0,147	...	0,147	0,147	0,065
		Summe 1021...		8,123	0,286	...	8,409	8,575	8,744
1/1022		Bundesanstalt 'Statistik Österreich':							
1/10227	43	Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen)		...	1,454	...	1,454	2,545	3,081
1/10228	43	Aufwendungen		...	54,044	...	54,044	57,305	48,815
		Summe 1022...		...	55,498	...	55,498	59,850	51,897
		Summe 102...		8,123	55,784	...	63,907	68,424	60,641
1/103		Österreichische Staatsdruckerei:							
1/1031		Amt der Österreichischen Staatsdruckerei:							
1/10310	43	Personalausgaben		1,451	...	...	1,451	1,481	1,413
1/10318	43	Aufwendungen		...	0,007	...	0,007	0,007	0,003
		Summe 103...		1,451	0,007	...	1,458	1,488	1,416

Anmerkungen:
1/10103 Hievon 2002 0,002 Millionen Euro Bedeckung durch Rücklagenentnahme beim VA-Ansatz 2/51248.
1/10108 Hievon 2002 0,001 Millionen Euro Bedeckung durch Rücklagenentnahme beim VA-Ansatz 2/51248.

(Beträge in Millionen EURO)

VA-Ansatz	AB	EINNAHMEN Bezeichnung	Anm.	Erfolgswirksame Einnahmen	Bestandswirksame Einnahmen	Bundesvoranschlag 2002	Bundesvoranschlag 2001	Erfolg 2000
2/101		Staatsarchiv und Archivamt:						
2/10104		Erfolgswirksame Einnahmen		0,197	.....	0,197	0,197	0,082
	12			*0,196*	.....	*0,196*	*0,196*	*0,082*
	43			*0,001*	.....	*0,001*	*0,001*	.....
2/10107	12	Bestandswirksame Einnahmen		.....	0,002	0,002	0,002	.....
		Summe 101...		0,197	0,002	0,199	0,199	0,082
2/102		Bundesstatistik (Statistisches Zentralamt):						
2/1021		Amt des Österr. Statistischen Zentralamtes:						
2/10214		Erfolgswirksame Einnahmen		9,088	.....	9,088	9,253	8,591
	11			*9,064*	.....	*9,064*	*9,229*	*8,576*
	43			*0,024*	.....	*0,024*	*0,024*	*0,015*
2/1022		Bundesanstalt 'Statistik Österreich':						
2/10224	43	Erfolgswirksame Einnahmen		0,001	.....	0,001	0,001	.....
		Summe 102...		9,089	.....	9,089	9,254	8,591
2/103		Österreichische Staatsdruckerei:						
2/1031		Amt der Österreichischen Staatsdruckerei:						
2/10314	43	Erfolgswirksame Einnahmen		1,458	.....	1,458	1,488	1,438

(Beträge in Millionen EURO)

VA-Ansatz	AB	AUSGABEN Bezeichnung	Anm.	Erfolgsw. Ausgaben pers.	Erfolgsw. Ausgaben sachl.	Bestands-wirksame Ausgaben	Bundesvor-anschlag 2002	Bundesvor-anschlag 2001	Erfolg 2000
1/104		Presse- und Parteienförderung:							
1/1042		Staatsbürgerliche Bildungsarbeit der politischen Parteien:							
1/10424	43	Förderungen (Gesetzl. Verpflichtungen) ...		.....	8,553	.....	8,553	8,275	8,275
1/1043		Zuwendungen an politische Parteien:							
1/10434	43	Förderungen (Gesetzl. Verpflichtungen) ...		.....	14,311	.....	14,311	14,393	14,659
1/1044		Publizistikförderung:							
1/10446	38	Förderungen		.....	0,413	.....	0,413	0,413	0,407
1/1045		Presseförderung (Allgemeine Förderung):							
1/10456	38	Förderungen		.....	5,862	.....	5,862	5,862	5,862
1/1046		Presseförderung (Besondere Förderung):							
1/10466	38	Förderungen		.....	9,593	.....	9,593	9,593	9,593
1/1047		Presseförderung - Journalistenausbildung:							
1/10476	38	Förderungen		.....	0,533	.....	0,533	0,533	0,533
		Summe 104...		.....	39,265	.....	39,265	39,069	39,330
1/105		Bundesministerium; Sonstiger Zweckaufwand:							
1/1050		Volksgruppenförderung:							
1/10506	43	Förderungen		.....	3,768	.....	3,768	3,768	4,493
1/1051		Zwangsarbeiter-Entschädigungen:							
1/10518	43	Aufwendungen		.....	0,001	.....	0,001	0,001	7,267
		Summe 105...		.....	3,769	.....	3,769	3,769	11,760
1/107		*Sportangelegenheiten:*							
1/1070		*Sportförderung:*							
1/10704	*11*	*Förderungen (Gesetzl. Verpflichtungen)* ...		.....	.....	.....	.....	.....	7,994
1/10706	*11*	*Förderungen*		.....	.....	.....	.....	.....	0,446
1/10708	*11*	*Aufwendungen*		.....	.....	.....	.....	.....	0,205
		Summe 1070...		.....	.....	.....	.....	.....	8,645
1/1075		*Bundessportheime und Sporteinrichtungen (Haus des Sports):*							
1/10750	*11*	*Personalausgaben*		.....	.....	.....	.....	.....	0,076
1/10753	*11*	*Anlagen*		.....	.....	.....	.....	.....	0,002
1/10757	*11*	*Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen)* ..		.....	.....	.....	.....	.....	0,000
1/10758	*11*	*Aufwendungen*		.....	.....	.....	.....	.....	-0,049
		Summe 1075...		.....	.....	.....	.....	.....	0,029
1/1076		*Amt der Bundessporteinrichtungen:*							
1/10760	*11*	*Personalausgaben*		.....	.....	.....	.....	.....	0,210
1/10768	*11*	*Aufwendungen*		.....	.....	.....	.....	.....	0,001
		Summe 1076...		.....	.....	.....	.....	.....	0,211
1/1077		*Bundessporteinrichtungen Gesellschaft m. b. H.:*							
1/10776	*11*	*Förderungen*		.....	.....	.....	.....	.....	0,647
1/10778	*11*	*Aufwendungen*		.....	.....	.....	.....	.....	0,953
		Summe 1077...		.....	.....	.....	.....	.....	1,600
		Summe 107...		.....	.....	.....	.....	.....	10,485

(Beträge in Millionen EURO)

VA-Ansatz	AB	EINNAHMEN Bezeichnung	Anm.	Erfolgswirksame Einnahmen	Bestandswirksame Einnahmen	Bundesvoranschlag 2002	Bundesvoranschlag 2001	Erfolg 2000
2/104		Presse- und Parteienförderung:						
2/1042		Staatsbürgerliche Bildungsarbeit der politischen Parteien:						
2/10424	43	Erfolgswirksame Einnahmen		0,001	.....	0,001	0,001	.....
2/1043		Zuwendungen an politische Parteien:						
2/10434	43	Erfolgswirksame Einnahmen		0,001	.....	0,001	0,001	.....
2/1044		Publizistikförderung:						
2/10444	38	Erfolgswirksame Einnahmen		0,001	.....	0,001	0,001	.....
2/1045		Presseförderung (Allgemeine Förderung):						
2/10454	38	Erfolgswirksame Einnahmen		0,001	.....	0,001	0,001	.....
2/1046		Presseförderung (Besondere Förderung):						
2/10464	38	Erfolgswirksame Einnahmen		0,001	.....	0,001	0,001	.....
2/1047		Presseförderung - Journalistenausbildung:						
2/10474	38	Erfolgswirksame Einnahmen		0,001	.....	0,001	0,001	.....
		Summe 104...		0,006	.....	0,006	0,006	.....
2/105		Bundesministerium; Sonstiger Zweckaufwand:						
2/1050		Volksgruppenförderung:						
2/10504	43	Erfolgswirksame Einnahmen		0,001	.....	0,001	0,001	.....
2/107		*Sportangelegenheiten:*						
2/1070		*Sportförderung:*						
2/10700	*11*	*Zweckgebundene erfolgswirksame Einnahmen*		.....	.....	.....	.....	*0,008*
2/10704	*11*	*Erfolgswirksame Einnahmen*		.....	.....	.....	.....	*0,002*
2/10709	*11*	*Darlehensrückzahlungen*		.....	.....	.....	.....	.....
		Summe 1070...		.....	.....	.....	.....	*0,010*
2/1075		*Bundessportheime und Sporteinrichtungen (Haus des Sports):*						
2/10754	*11*	*Erfolgswirksame Einnahmen*		.....	.....	.....	.....	*0,086*
2/10757	*11*	*Bestandswirksame Einnahmen*		.....	.....	.....	.....	*0,000*
		Summe 1075...		.....	.....	.....	.....	*0,087*
2/1076		*Amt der Bundessporteinrichtungen:*						
2/10764	*11*	*Erfolgswirksame Einnahmen*		.....	.....	.....	.....	*0,258*
		Summe 107...		.....	.....	.....	.....	*0,355*

(Beträge in Millionen EURO)

VA-Ansatz	AB	AUSGABEN Bezeichnung	Anm.	Erfolgsw. Ausgaben pers.	Erfolgsw. Ausgaben sachl.	Bestands-wirksame Ausgaben	Bundesvor-anschlag 2002	Bundesvor-anschlag 2001	Erfolg 2000
1/108		*Strahlensch., Veterinärw., Lebensmittelang. u. Gentechnologie:*							
1/1081		*Strahlenschutz:*							
1/10813	21	*Anlagen*		.....	.....	.....	.....	.....	0,029
1/10817	21	*Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen)*		.....	.....	.....	.....	.....	0,013
1/10818	21	*Aufwendungen*		.....	.....	.....	.....	.....	1,223
		Summe 1081		.....	.....	.....	.....	.....	1,265
1/1082		*Veterinärwesen:*							
1/10826		*Förderungen*		.....	.....	.....	.....	.....	.....
	21			.....	.....	.....	.....	.....	.....
	34			.....	.....	.....	.....	.....	.....
1/10827	34	*Epizootie*		.....	.....	.....	.....	.....	0,162
1/10828	34	*Aufwendungen*		.....	.....	.....	.....	.....	0,027
		Summe 1082		.....	.....	.....	.....	.....	0,189
1/1083		*Lebensmittel, Chemikalien:*							
1/10836	21	*Förderungen*		.....	.....	.....	.....	.....	.....
1/10837	21	*Entschädigungen*		.....	.....	.....	.....	.....	0,005
1/10838	21	*Lebensmittel- und Chemikalienkontrolle*		.....	.....	.....	.....	.....	0,010
		Summe 1083		.....	.....	.....	.....	.....	0,015
1/1084		*Gentechnologie:*							
1/10846	21	*Förderungen*		.....	.....	.....	.....	.....	.....
1/10848	21	*Aufwendungen*		.....	.....	.....	.....	.....	0,013
		Summe 1084		.....	.....	.....	.....	.....	0,013
		Summe 108		.....	.....	.....	.....	.....	1,482
1/109		*Dienststellen:*							
1/1090		*Lebensmitteluntersuchungsanstalten:*							
1/10900	21	*Personalausgaben*		.....	.....	.....	.....	.....	2,100
1/10903	21	*Anlagen*		.....	.....	.....	.....	.....	0,008
1/10907	21	*Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen)*		.....	.....	.....	.....	.....	0,000
1/10908	21	*Aufwendungen*		.....	.....	.....	.....	.....	0,600
		Summe 1090		.....	.....	.....	.....	.....	2,709
1/1091		*Veterinärmedizinische Anstalten:*							
1/10910	34	*Personalausgaben*		.....	.....	.....	.....	.....	1,754
1/10913	34	*Anlagen*		.....	.....	.....	.....	.....	0,003
1/10917	34	*Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen)*		.....	.....	.....	.....	.....	0,001
1/10918	34	*Aufwendungen*		.....	.....	.....	.....	.....	0,773
		Summe 1091		.....	.....	.....	.....	.....	2,531
1/1092		*Veterinärmedizinischer Grenzbeschaudienst:*							
1/10920	34	*Personalausgaben*		.....	.....	.....	.....	.....	0,398
1/10923	34	*Anlagen*		.....	.....	.....	.....	.....	.....
1/10927	22	*Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen)*		.....	.....	.....	.....	.....	0,003
1/10928	34	*Aufwendungen*		.....	.....	.....	.....	.....	0,263
		Summe 1092		.....	.....	.....	.....	.....	0,664
		Summe 109		.....	.....	.....	.....	.....	5,904
		Gesamtausgaben 10		44,335	319,643	2,992	366,970	286,541	316,490

(Beträge in Millionen EURO)

VA-Ansatz	AB	EINNAHMEN Bezeichnung	Anm.	Erfolgswirksame Einnahmen	Bestandswirksame Einnahmen	Bundesvoranschlag 2002	Bundesvoranschlag 2001	Erfolg 2000
2/108		*Strahlensch., Veterinärw., Lebensmittelang. u. Gentechnologie:*						
2/10824	*34*	*Epizootie*		...	...	...	...	0,012
2/1084		*Verschiedene Einnahmen:*						
2/10844	*21*	*Erfolgswirksame Einnahmen*		...	...	...	...	0,000
		Summe 108		...	...	...	...	0,012
2/109		*Dienststellen:*						
2/1090		*Lebensmitteluntersuchungsanstalten:*						
2/10904	*21*	*Erfolgswirksame Einnahmen*		...	...	...	...	0,279
2/1091		*Veterinärmedizinische Anstalten:*						
2/10914	*34*	*Erfolgswirksame Einnahmen*		...	...	...	...	1,007
2/1092		*Veterinärmedizinischer Grenzbeschaudienst:*						
2/10924	*34*	*Erfolgswirksame Einnahmen*		...	...	...	...	0,792
		Summe 109		...	...	...	...	2,077
		Gesamteinnahmen 10		22,050	0,266	22,316	21,953	20,308

(Beträge in Millionen EURO)

VA-Ansatz	AB	AUSGABEN Bezeichnung	Anm.	Erfolgsw. Ausgaben pers.	Erfolgsw. Ausgaben sachl.	Bestands-wirksame Ausgaben	Bundesvor-anschlag 2002	Bundesvor-anschlag 2001	Erfolg 2000
1/11		Inneres:							
1/110		Bundesministerium für Inneres:							
1/1100		Zentralleitung:							
1/11000	43	Personalausgaben		73,140	.....	.....	73,140	73,140	74,511
1/11003	43	Anlagen	*	.....	.....	15,216	15,216	15,175	9,446
1/11005		Bezugsvorschüsse		.....	.....	1,670	1,670	1,670	1,445
	23			.....	.....	*0,712*	*0,712*	*0,712*	*0,621*
	43			.....	.....	*0,958*	*0,958*	*0,958*	*0,824*
1/11006		Förderungen		.....	0,245	.....	0,245	0,245	0,248
	11			.....	*0,002*	.....	*0,002*	*0,002*	*0,039*
	21			.....	*0,001*	.....	*0,001*	*0,001*	*0,002*
	22			.....	*0,001*	.....	*0,001*	*0,001*	*0,003*
	43			.....	*0,241*	.....	*0,241*	*0,241*	*0,205*
1/11007		Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen)		.....	7,162	.....	7,162	6,399	6,593
	22			.....	*1,283*	.....	*1,283*	*1,246*	*1,178*
	43			.....	*5,879*	.....	*5,879*	*5,153*	*5,415*
1/11008	43	Aufwendungen	*	.....	43,992	.....	43,992	48,643	48,018
1/11009	43	Aufwendungen (B)		.....	.....	0,002	0,002	0,002	0,003
		Summe 1100...		73,140	51,399	16,888	141,427	145,275	140,265
1/1101		Zahlungen an die BIG:							
1/11018		Aufwendungen		.....	15,292	.....	15,292	14,991	15,048
	42			.....	*14,341*	.....	*14,341*	*14,039*	*14,067*
	43			.....	*0,951*	.....	*0,951*	*0,952*	*0,981*
1/1102		Menschenrechtskoordinator und Beiräte:							
1/11023	43	Anlagen		.....	.....	0,001	0,001	0,001	.....
1/11026	43	Förderungen		.....	0,072	.....	0,072	0,072	0,007
1/11028	43	Aufwendungen		.....	1,220	.....	1,220	1,220	0,250
		Summe 1102...		.....	1,292	0,001	1,293	1,293	0,258
		Summe 110...		73,140	67,983	16,889	158,012	161,558	155,571

Anmerkungen:

1/11003 Hievon 2002 0,001 Millionen Euro Ausgaben nach Maßgabe zweckgebundener Einnahmen beim VA-Ansatz 2/11000 und 0,001 Millionen Euro Ausgaben nach Maßgabe zweckgebundener Einnahmen beim VA-Ansatz 2/11300.

1/11008 Hievon 2002 0,007 Millionen Euro Ausgaben nach Maßgabe zweckgebundener Einnahmen beim VA-Ansatz 2/11000 und 0,002 Millionen Euro nach Maßgabe zweckgebundener Einnahmen beim VA-Ansatz 2/11300.

(Beträge in Millionen EURO)

VA-Ansatz	AB	EINNAHMEN Bezeichnung	Anm.	Erfolgswirksame Einnahmen	Bestandswirksame Einnahmen	Bundesvoranschlag 2002	Bundesvoranschlag 2001	Erfolg 2000
2/11		**Inneres:**						
2/110		Bundesministerium für Inneres:						
2/1100		Zentralleitung:						
2/11000	43	Zweckgebundene erfolgswirksame Einnahmen	*	0,070	.....	0,070	0,070	0,221
2/11004	43	Erfolgswirksame Einnahmen		0,546	.....	0,546	0,520	0,413
2/11007	43	Bestandswirksame Einnahmen		.....	0,002	0,002	0,002	.....
2/11008	43	Sonstige bestandswirksame Einnahmen		.....	0,040	0,040	0,038	0,032
2/11009		Bezugsvorschussersätze		.....	1,952	1,952	1,952	1,999
	23			.....	*0,941*	*0,941*	*0,941*	*0,983*
	43			.....	*1,011*	*1,011*	*1,011*	*1,016*
		Summe 1100...		0,616	1,994	2,610	2,582	2,665
2/1102		Menschenrechtskoordinator und Beiräte:						
2/11024	43	Erfolgswirksame Einnahmen		0,001	.....	0,001	0,001	.....
2/11028	43	Sonstige bestandswirksame Einnahmen		.....	0,001	0,001	0,001	.....
		Summe 1102...		0,001	0,001	0,002	0,002	.....
		Summe 110...		0,617	1,995	2,612	2,584	2,665

Anmerkungen:
2/11000 Korrespondierende Ausgaben bei den VA-Ansätzen 1/11003 (0,001 Millionen Euro), 1/11008 (0,007 Millionen Euro), 1/11308 (0,037 Millionen Euro) und 1/11408 (0,025 Millionen Euro) mitveranschlagt.

(Beträge in Millionen EURO)

VA-Ansatz	AB	AUSGABEN Bezeichnung	Anm.	Erfolgsw. Ausgaben pers.	Erfolgsw. Ausgaben sachl.	Bestands-wirksame Ausgaben	Bundesvor-anschlag 2002	Bundesvor-anschlag 2001	Erfolg 2000
1/111		Bundesministerium für Inneres (Zweckaufwand):	*						
1/1110		Flugpolizei und Flugrettungsdienst:							
1/11103	43	Anlagen	*	.....	.....	1,253	1,253	1,580	1,277
1/11107	43	Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen)		.....	0,004	.....	0,004	0,004	0,000
1/11108	43	Aufwendungen	*	.....	4,534	.....	4,534	5,021	5,659
		Summe 1110...		.....	4,538	1,253	5,791	6,605	6,937
1/1111		Zivilschutz:							
1/11113	41	Anlagen		.....	.....	0,073	0,073	0,073	0,089
1/11116	41	Förderungen		.....	0,851	.....	0,851	0,851	0,851
1/11118	41	Aufwendungen		.....	0,805	.....	0,805	0,805	0,579
		Summe 1111...		.....	1,656	0,073	1,729	1,729	1,520
1/1112		Zivilschutz (Mittel d. Katastrophenfonds) (zweckgeb. Gebarung):	*						
1/11123	41	Anlagen		.....	.....	0,063	0,063	0,063	0,001
1/11126	41	Förderungen		.....	0,001	.....	0,001	0,001	.....
1/11128	41	Aufwendungen		.....	3,570	.....	3,570	3,569	3,532
		Summe 1112...		.....	3,571	0,063	3,634	3,634	3,533
1/1114		Kriminalpol. Beratungsdienst und Opferschutzeinrichtungen:							
1/11143	43	Anlagen		.....	.....	0,037	0,037	0,037	0,036
1/11146	22	Förderungen		.....	0,378	.....	0,378	0,451	1,628
1/11148		Aufwendungen		.....	1,666	.....	1,666	1,521	0,293
	22			.....	*1,381*	.....	*1,381*	*1,235*	.....
	43			.....	*0,285*	.....	*0,285*	*0,286*	*0,293*
		Summe 1114...		.....	2,044	0,037	2,081	2,009	1,957
1/1116		Auslandseinsätze gemäß BGBl. I Nr. 38/1997:							
1/11163	43	Anlagen		.....	.....	0,112	0,112	0,112	0,045
1/11168	43	Aufwendungen		.....	3,784	.....	3,784	3,784	3,586
		Summe 1116...		.....	3,784	0,112	3,896	3,896	3,631
1/1117		Zivildienst:							
1/11177		Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen)		.....	45,871	.....	45,871	46,191	38,247
	21			.....	*13,604*	.....	*13,604*	*13,830*	*12,575*
	22			.....	*6,602*	.....	*6,602*	*6,551*	*5,428*
	43			.....	*25,665*	.....	*25,665*	*25,810*	*20,244*
1/11178	43	Aufwendungen		.....	1,839	.....	1,839	1,810	19,511
1/11173	*43*	*Anlagen*		.....	.....	.....	.....	.....	.....
		Summe 1117...		.....	47,710	.....	47,710	48,000	57,759
1/1118		Einrichtungen zur Verkehrsüberwachung:	*						
1/11183	42	Anlagen (zweckgeb. Geb.)		.....	.....	2,088	2,088	2,088	1,594
1/11188	42	Aufwendungen (zweckgeb. Geb.)		.....	2,180	.....	2,180	2,180	2,434
		Summe 1118...		.....	2,180	2,088	4,268	4,268	4,028
1/1119		Angelegenheiten gem. Anlage zu §2, Teil 2, Abschn. E, Z13. BMG:							
1/11198	43	Aufwendungen		.....	0,073	.....	0,073	0,073	17,878
		Summe 111...		.....	65,556	3,626	69,182	70,214	97,242

Anmerkungen:
1/111 Verwaltungs-Aufwendungen beim Titel 1/110 mitveranschlagt.
1/11103 Hievon 2002 0,002 Millionen Euro Ausgaben nach Maßgabe zweckgebundener Einnahmen beim VA-Ansatz 2/11130.
1/11108 Hievon 2002 0,435 Millionen Euro Ausgaben nach Maßgabe zweckgebundener Einnahmen beim VA-Ansatz 2/11130.
1/1112 Korrespondierende Einnahmen beim VA-Ansatz 2/11120 veranschlagt.
1/1118 Korrespondierende Einnahmen beim VA-Ansatz 2/11130 mitveranschlagt.

(Beträge in Millionen EURO)

VA-Ansatz	AB	EINNAHMEN Bezeichnung Anm.	Erfolgswirksame Einnahmen	Bestandswirksame Einnahmen	Bundesvoranschlag 2002	Bundesvoranschlag 2001	Erfolg 2000
2/111		Bundesministerium für Inneres (Zweckaufwand):					
2/1110		Flugpolizei und Flugrettungsdienst:					
2/11104	43	Erfolgswirksame Einnahmen	0,073	.....	0,073	1,512	3,215
2/11107	43	Bestandswirksame Einnahmen	.....	1,091	1,091	0,800	0,007
		Summe 1110...	0,073	1,091	1,164	2,312	3,222
2/1111		Zivilschutz:					
2/11114	41	Erfolgswirksame Einnahmen	0,002	.....	0,002	0,002	0,001
2/11117	41	Bestandswirksame Einnahmen	.....	0,002	0,002	0,002	.....
		Summe 1111...	0,002	0,002	0,004	0,004	0,001
2/1112		Zivilschutz (Mittel d. Katastrophenfonds) (zweckgeb. Gebarung):					
2/11120	41	Zweckgebundene erfolgswirksame Einnahmen *	3,634	.....	3,634	3,634	3,634
2/1113		Strafgelder gemäß § 100 Abs. 10 StVO:					
2/11130	42	Zweckgebundene erfolgswirksame Einnahmen *	24,345	.....	24,345	24,345	24,905
2/1114		Kriminalpol. Beratungsdienst und Opferschutzeinrichtungen:					
2/11144	43	Erfolgswirksame Einnahmen	0,001	.....	0,001	0,001	.....
2/11147	43	Bestandswirksame Einnahmen	.....	0,001	0,001	0,001	.....
		Summe 1114...	0,001	0,001	0,002	0,002	.....
2/1116		Auslandseinsätze gemäß BGBl. I Nr. 38/1997:					
2/11164	43	Erfolgswirksame Einnahmen	0,020	.....	0,020	0,020	0,012
2/11167	43	Bestandswirksame Einnahmen	.....	0,001	0,001	0,001	.....
		Summe 1116...	0,020	0,001	0,021	0,021	0,012
2/1117		Zivildienst:					
2/11174	43	Erfolgswirksame Einnahmen	18,976	.....	18,976	18,683	21,222
2/11177	*43*	*Bestandswirksame Einnahmen*	.....	.....	.....	.....	.....
		Summe 1117...	18,976	.....	18,976	18,683	21,222
2/1118		Einrichtungen zur Verkehrsüberwachung:					
2/11184	42	Erfolgswirksame Einnahmen	0,059	.....	0,059	0,058	0,307
2/11187	42	Bestandswirksame Einnahmen	.....	0,036	0,036	0,036	.....
		Summe 1118...	0,059	0,036	0,095	0,094	0,307
2/1119		Angelegenheiten gem. Anlage zu §2, Teil 2, Abschn. E. Z13. BMG:					
2/11194	43	Erfolgswirksame Einnahmen	0,002	.....	0,002	0,002	0,021
		Summe 111...	47,112	1,131	48,243	49,098	53,323

Anmerkungen:
2/11120 Korrespondierende Ausgaben beim Paragraph 1/1112 veranschlagt.
2/11130 Korrespondierende Ausgaben bei den VA-Ansätzen 1/11103 (0,002 Millionen Euro), 1/11108 (0,435 Millionen Euro), 1/11183 (2,088 Millionen Euro) und 1/11188 (2,180 Millionen Euro) sowie bei den Paragraphen 1/1131 (6,280 Millionen Euro) und 1/1141 (13,360 Millionen Euro) mitveranschlagt.

(Beträge in Millionen EURO)

VA-Ansatz	AB	AUSGABEN Bezeichnung	Anm.	Erfolgsw. Ausgaben pers.	Erfolgsw. Ausgaben sachl.	Bestands-wirksame Ausgaben	Bundesvor-anschlag 2002	Bundesvor-anschlag 2001	Erfolg 2000
1/112		Bundesministerium für Inneres (Sonstiger Zweckaufwand):	*						
1/1121		Einrichtungen für die Kriegsgräberfürsorge:							
1/11213	43	Anlagen		.....	.....	0,001	0,001	0,001	.....
1/11218	43	Aufwendungen		.....	0,447	.....	0,447	0,374	0,381
		Summe 1121...		.....	0,447	0,001	0,448	0,375	0,381
1/1122		Fremdenwesen:							
1/11226	43	Förderungen		.....	0,530	.....	0,530	0,509	0,430
1/11228	43	Aufwendungen		.....	2,326	.....	2,326	2,279	1,830
		Summe 1122...		.....	2,856	.....	2,856	2,788	2,260
		Summe 112...		.....	3,303	0,001	3,304	3,163	2,641
1/113		Bundespolizei:							
1/1130		Bundespolizei:							
1/11300	42	Personalausgaben		524,482	.....	.....	524,482	528,653	529,206
1/11303	42	Anlagen	*	.....	.....	8,976	8,976	9,586	8,039
1/11307		Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen)	..	.....	12,154	.....	12,154	11,790	11,611
	22			.....	*11,812*	.....	*11,812*	*11,448*	*11,396*
	42			.....	*0,342*	.....	*0,342*	*0,342*	*0,215*
1/11308	42	Aufwendungen	*	.....	96,015	.....	96,015	95,070	91,267
		Summe 1130...		524,482	108,169	8,976	641,627	645,100	640,122
1/1131		Bundespolizei (zweckgeb. Gebarung):	*						
1/11310	42	Personalausgaben		5,123	.....	.....	5,123	5,123	5,092
1/11313	42	Anlagen		.....	.....	0,378	0,378	0,378	0,373
1/11317	22	Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen)	..	.....	0,027	.....	0,027	0,027	0,021
1/11318	42	Aufwendungen		.....	0,752	.....	0,752	0,752	0,726
		Summe 1131...		5,123	0,779	0,378	6,280	6,280	6,212
		Summe 113...		529,605	108,948	9,354	647,907	651,381	646,334
1/114		Bundesgendarmerie:							
1/1140		Bundesgendarmerie:							
1/11400	42	Personalausgaben		569,345	.....	.....	569,345	570,260	578,082
1/11403	42	Anlagen		.....	.....	17,090	17,090	17,010	12,633
1/11407		Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen)	..	.....	14,218	.....	14,218	13,855	14,101
	22			.....	*14,012*	.....	*14,012*	*13,649*	*13,897*
	42			.....	*0,206*	.....	*0,206*	*0,206*	*0,204*
1/11408	42	Aufwendungen	*	.....	107,832	.....	107,832	106,887	101,787
		Summe 1140...		569,345	122,050	17,090	708,485	708,013	706,602
1/1141		Bundesgendarmerie (zweckgeb. Gebarung):	*						
1/11410	42	Personalausgaben		10,414	.....	.....	10,414	10,414	11,378
1/11413	42	Anlagen		.....	.....	0,585	0,585	0,585	0,471
1/11417	22	Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen)	..	.....	0,298	.....	0,298	0,298	0,302
1/11418	42	Aufwendungen		.....	2,063	.....	2,063	2,063	1,903
		Summe 1141...		10,414	2,361	0,585	13,360	13,360	14,053
		Summe 114...		579,759	124,411	17,675	721,845	721,373	720,655

Anmerkungen:

1/112 Die Verwaltungs-Aufwendungen werden im Rahmen der mittelbaren Bundesverwaltung von den Bundesländern getragen.

1/11303 Hievon 2002 0,729 Millionen Euro Ausgaben nach Maßgabe zweckgebundener Einnahmen beim VA-Ansatz 2/11300.

1/11308 Hievon 2002 0,037 Millionen Euro Ausgaben nach Maßgabe zweckgebundener Einnahmen beim VA-Ansatz 2/11000 und 1,379 Millionen Euro Ausgaben nach Maßgabe zweckgebundener Einnahmen beim VA-Ansatz 2/11300.

1/1131 Korrespondierende Einnahmen beim VA-Ansatz 2/11130 mitveranschlagt.

1/11408 Hievon 2002 0,025 Millionen Euro Ausgaben nach Maßgabe zweckgebundener Einnahmen beim VA-Ansatz 2/11000.

1/1141 Korrespondierende Einnahmen beim VA-Ansatz 2/11130 mitveranschlagt.

(Beträge in Millionen EURO)

VA-Ansatz	AB	EINNAHMEN Bezeichnung	Anm.	Erfolgswirksame Einnahmen	Bestandswirksame Einnahmen	Bundesvoranschlag 2002	Bundesvoranschlag 2001	Erfolg 2000
2/112		Bundesministerium für Inneres (Sonstiger Zweckaufwand):						
2/1121		Einrichtungen für die Kriegsgräberfürsorge:						
2/11214	43	Erfolgswirksame Einnahmen		0,001	.....	0,001	0,001	.....
2/1122		Fremdenwesen:						
2/11224	43	Erfolgswirksame Einnahmen		0,001	.....	0,001	0,001	.....
		Summe 112...		0,002	.....	0,002	0,002	.....
2/113		Bundespolizei:						
2/1130		Bundespolizei:						
2/11300	42	Zweckgebundene erfolgswirksame Einnahmen	*	2,111	.....	2,111	2,111	3,461
2/11304	42	Erfolgswirksame Einnahmen		33,062	.....	33,062	32,201	28,632
2/11307	42	Bestandswirksame Einnahmen		.....	0,400	0,400	0,212	0,262
		Summe 1130...		35,173	0,400	35,573	34,524	32,355
2/11317	42	Bestandswirksame Einnahmen		.....	0,024	0,024	0,024	.....
		Summe 113...		35,173	0,424	35,597	34,548	32,355
2/114		Bundesgendarmerie:						
2/1140		Bundesgendarmerie:						
2/11404	42	Erfolgswirksame Einnahmen		6,450	.....	6,450	5,968	6,045
2/11407	42	Bestandswirksame Einnahmen		.....	0,988	0,988	0,832	0,469
		Summe 1140...		6,450	0,988	7,438	6,800	6,515
2/11417	42	Bestandswirksame Einnahmen		.....	0,003	0,003	0,003	.....
		Summe 114...		6,450	0,991	7,441	6,803	6,515

Anmerkungen:
2/11300 Korrespondierende Ausgaben bei den VA-Ansätzen 1/11003 (0,001 Millionen Euro), 1/11008 (0,002 Millionen Euro), 1/11303 (0,729 Millionen Euro) und 1/11308 (1,379 Millionen Euro) mitveranschlagt.

(Beträge in Millionen EURO)

VA-Ansatz	AB	AUSGABEN Bezeichnung Anm.	Erfolgsw. Ausgaben pers.	Erfolgsw. Ausgaben sachl.	Bestands-wirksame Ausgaben	Bundesvor-anschlag 2002	Bundesvor-anschlag 2001	Erfolg 2000
1/115		Besondere Einrichtungen:						
1/1150		Flüchtlingsbetreuung und Integration:						
1/11500	22	Personalausgaben	3,867	.....	.....	3,867	3,867	3,858
1/11503	22	Anlagen	.....	.....	0,245	0,245	0,245	0,089
1/11506	22	Förderungen	.....	3,016	.....	3,016	3,016	5,828
1/11507	22	Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen)	.....	2,736	.....	2,736	2,736	2,579
1/11508		Aufwendungen	.....	22,683	.....	22,683	22,683	23,606
	22		.....	*22,028*	.....	*22,028*	*22,066*	*23,083*
	43		.....	*0,655*	.....	*0,655*	*0,618*	*0,523*
		Summe 1150...	3,867	28,435	0,245	32,547	32,547	35,960
1/1151		KZ-Gedenkstätte Mauthausen (Mauthausen Memorial):						
1/11510	13	Personalausgaben	0,312	.....	.....	0,312	0,312	0,322
1/11513	13	Anlagen	.....	.....	0,011	0,011	0,011	0,031
1/11516	13	Förderungen	.....	0,025	.....	0,025	0,025	0,015
1/11517	22	Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen)	.....	0,007	.....	0,007	0,007	0,005
1/11518	13	Aufwendungen	.....	2,938	.....	2,938	2,915	2,521
		Summe 1151...	0,312	2,970	0,011	3,293	3,271	2,894
1/1152		Bundesasylamt:						
1/11520	22	Personalausgaben	3,915	.....	.....	3,915	3,915	4,009
1/11523	22	Anlagen	.....	.....	0,016	0,016	0,016	0,093
1/11527	22	Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen)	.....	0,089	.....	0,089	0,089	0,089
1/11528	22	Aufwendungen	.....	3,404	.....	3,404	3,335	3,064
		Summe 1152...	3,915	3,493	0,016	7,424	7,355	7,255
		Summe 115...	8,094	34,898	0,272	43,264	43,174	46,109
1/116		Sicherheitsakademie:						
1/1160		Sicherheitsakademie:						
1/11603	42	Anlagen	.....	.....	0,218	0,218	0,218	0,037
1/11606	42	Förderungen	.....	0,001	.....	0,001	0,001	.....
1/11607		Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen)	.....	0,022	.....	0,022	0,022	.....
	22		.....	*0,002*	.....	*0,002*	*0,002*	.....
	42		.....	*0,020*	.....	*0,020*	*0,020*	.....
1/11608	42	Aufwendungen	.....	0,984	.....	0,984	0,621	0,345
		Summe 116...	.....	1,007	0,218	1,225	0,862	0,382
		Gesamtausgaben 11...	1.190,598	406,106	48,035	1.644,739	1.651,724	1.668,934

(Beträge in Millionen EURO)

VA-Ansatz	AB	EINNAHMEN Bezeichnung	Anm.	Erfolgswirksame Einnahmen	Bestandswirksame Einnahmen	Bundesvoranschlag 2002	Bundesvoranschlag 2001	Erfolg 2000
2/115		Besondere Einrichtungen:						
2/1150		Flüchtlingsbetreuung und Integration:						
2/11504	22	Erfolgswirksame Einnahmen		0,593	.....	0,593	0,573	0,535
2/11508	22	Sonstige bestandswirksame Einnahmen		.....	0,003	0,003	0,003	0,003
		Summe 1150...		0,593	0,003	0,596	0,577	0,538
2/1151		KZ-Gedenkstätte Mauthausen (Mauthausen Memorial):						
2/11514	13	Erfolgswirksame Einnahmen		0,205	.....	0,205	0,200	0,238
2/11518	13	Sonstige bestandswirksame Einnahmen		.....	0,002	0,002	0,002	.....
		Summe 1151...		0,205	0,002	0,207	0,202	0,238
2/1152		Bundesasylamt:						
2/11524	22	Erfolgswirksame Einnahmen		0,014	.....	0,014	0,014	0,006
2/11528	22	Sonstige bestandswirksame Einnahmen		.....	0,001	0,001	0,001	0,001
		Summe 1152...		0,014	0,001	0,015	0,015	0,006
		Summe 115...		0,812	0,006	0,818	0,794	0,782
2/116		Sicherheitsakademie:						
2/1160		Sicherheitsakademie:						
2/11604	42	Erfolgswirksame Einnahmen		0,008	.....	0,008	0,008	0,019
2/11607	42	Bestandswirksame Einnahmen		.....	0,005	0,005	0,005	.....
		Summe 116...		0,008	0,005	0,013	0,013	0,019
		Gesamteinnahmen 11...		90,174	4,552	94,726	93,841	95,659

(Beträge in Millionen EURO)

VA-Ansatz	AB	AUSGABEN Bezeichnung	Anm.	Erfolgsw. Ausgaben pers.	Erfolgsw. Ausgaben sachl.	Bestands-wirksame Ausgaben	Bundesvor-anschlag 2002	Bundesvor-anschlag 2001	Erfolg 2000
1/12		**Bildung und Kultur:**							
1/120		Bundesministerium für Bildung, Wissenschaft und Kultur:							
1/1200		Zentralleitung (Verwaltungsbereich Bildung):							
1/12000	43	Personalausgaben		33,492	.....	.....	33,492	33,085	31,671
1/12003		Anlagen	*	.....	.....	14,252	14,252	10,618	3,638
	11			.....	.....	*2,486*	*2,486*	*2,486*	*3,091*
	43			.....	.....	*11,766*	*11,766*	*8,132*	*0,547*
1/12005		Bezugsvorschüsse		.....	.....	3,270	3,270	3,270	2,291
	23			.....	.....	*1,453*	*1,453*	*1,453*	*0,740*
	43			.....	.....	*1,817*	*1,817*	*1,817*	*1,551*
1/12006		Förderungen		.....	7,122	.....	7,122	7,485	6,499
	13			.....	*0,196*	.....	*0,196*	*0,208*	*0,214*
	43			.....	*6,926*	.....	*6,926*	*7,277*	*6,285*
1/12007		Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen)		.....	45,148	.....	45,148	45,148	44,867
	11			.....	*0,187*	.....	*0,187*	*0,187*	*0,038*
	14			.....	*44,490*	.....	*44,490*	*44,490*	*44,490*
	22			.....	*0,367*	.....	*0,367*	*0,367*	*0,312*
	43			.....	*0,104*	.....	*0,104*	*0,104*	*0,027*
1/12008		Aufwendungen	*	.....	69,751	.....	69,751	66,409	58,199
	11			.....	*32,039*	.....	*32,039*	*32,038*	*34,717*
	13			.....	*0,648*	.....	*0,648*	*0,648*	*0,551*
	43			.....	*37,064*	.....	*37,064*	*33,723*	*22,931*
		Summe 1200		33,492	122,021	17,522	173,035	166,015	147,165
1/1201		Zahlungen an die BIG:							
1/12013	11	Anlagen		.....	.....	0,001	0,001	0,001	.....
1/12018	11	Aufwendungen	*	.....	138,078	.....	138,078	138,078	119,508
		Summe 1201		.....	138,078	0,001	138,079	138,079	119,508
1/1202		BM f. Bild., Wiss. u. Kult.-Schulraum (zweckgeb. Gebarung):							
1/12028	11	Aufwendungen		.....	0,001	.....	0,001	0,001	.....
1/1203		Schulen in BIG-Gebäuden (zweckgeb. Gebarung):							
1/12038	11	Aufwendungen		.....	0,001	.....	0,001	0,001	.....
1/12043	13	Kapitalbeteiligungen		.....	.....	0,001	0,001	0,001	.....
1/1205		Museen (Anstalten öffentlichen Rechts):							
1/12057	13	Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen)		.....	56,368	.....	56,368	48,971	41,796
		Summe 120		33,492	316,469	17,524	367,485	353,068	308,468
1/122		Bundesministerium; Zweckaufwand:	*						
1/1220		Allgemein-pädagogische Erfordernisse:							
1/12203	11	Anlagen		.....	.....	0,009	0,009	0,009	0,030
1/12206	11	Förderungen		.....	2,689	.....	2,689	2,689	2,689
1/12207	11	Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen)		.....	56,810	.....	56,810	56,810	52,561
1/12208	11	Aufwendungen	*	.....	15,420	.....	15,420	15,420	15,343
		Summe 1220		.....	74,919	0,009	74,928	74,928	70,623

Anmerkungen:
1/12003 Hievon 2002 0,003 Millionen Euro Ausgaben nach Maßgabe zweckgebundener Einnahmen beim VA-Ansatz 2/54602.
1/12008 Hievon 2002 0,001 Millionen Euro Ausgaben nach Maßgabe zweckgebundener Einnahmen beim VA-Ansatz 2/12000.
1/12018 Hievon 2002 33,959 Millionen Euro Ausgaben nach Maßgabe entsprechender Einnahmen beim VA-Ansatz 2/12014.
1/122 Verwaltungs-Aufwendungen beim Titel 1/120 mitveranschlagt.
1/12208 Hievon 2002 0,051 Millionen Euro Ausgaben nach Maßgabe zweckgebundener Einnahmen beim VA-Ansatz 2/12200.

(Beträge in Millionen EURO)

VA-Ansatz	AB	EINNAHMEN Bezeichnung Anm.	Erfolgswirksame Einnahmen	Bestandswirksame Einnahmen	Bundesvoranschlag 2002	Bundesvoranschlag 2001	Erfolg 2000
2/12		**Bildung und Kultur:**					
2/120		Bundesministerium für Bildung, Wissenschaft und Kultur:					
2/1200		Zentralleitung (Verwaltungsbereich Bildung):					
2/12000	43	Zweckgebundene erfolgswirksame Einnahmen .....*	0,001	.....	0,001	0,001	.....
2/12004		Erfolgswirksame Einnahmen	1,060	.....	1,060	1,060	11,949
	11		*0,125*	.....	*0,125*	*0,385*	*11,647*
	43		*0,935*	.....	*0,935*	*0,675*	*0,302*
2/12007	43	Bestandswirksame Einnahmen	.....	0,005	0,005	0,005	0,003
2/12009		Bezugsvorschussersätze	.....	2,907	2,907	2,907	2,565
	23		.....	*1,439*	*1,439*	*1,437*	*0,816*
	43		.....	*1,468*	*1,468*	*1,469*	*1,749*
		Summe 1200...	1,061	2,912	3,973	3,973	14,517
2/1201		Einnahmen von der BIG:					
2/12014	11	Erfolgswirksame Einnahmen	33,959	.....	33,959	34,755	.....
2/1202		BM f. Bild., Wiss. u. Kultur-Schulraum (zweckgeb. Gebarung):					
2/12020	11	Zweckgebundene erfolgswirksame Einnahmen	0,001	.....	0,001	0,001	.....
2/1203		Schulen in BIG-Gebäuden (zweckgeb. Gebarung):					
2/12030	11	Zweckgebundene erfolgswirksame Einnahmen	0,001	.....	0,001	0,001	.....
2/1205		Museen (Anstalten öffentlichen Rechts):					
2/12054	13	Erfolgswirksame Einnahmen	5,858	.....	5,858	5,451	4,518
		Summe 120...	40,880	2,912	43,792	44,181	19,035
2/122		Bundesministerium; Zweckaufwand:					
2/1220		Allgemein-pädagogische Erfordernisse:					
2/12200	11	Zweckgebundene erfolgswirksame Einnahmen .....*	0,051	.....	0,051	0,051	0,134
2/12204	11	Erfolgswirksame Einnahmen	0,073	.....	0,073	0,073	0,035
2/12207	11	Bestandswirksame Einnahmen	.....	0,002	0,002	0,002	.....
		Summe 1220...	0,124	0,002	0,126	0,126	0,169

Anmerkungen:
2/12000 Korrespondierende Ausgaben beim VA-Ansatz 1/12008 mitveranschlagt.
2/12200 Korrespondierende Ausgaben beim VA-Ansatz 1/12208 mitveranschlagt.

(Beträge in Millionen EURO)

VA-Ansatz	AB	AUSGABEN Bezeichnung	Anm.	Erfolgsw. Ausgaben pers.	Erfolgsw. Ausgaben sachl.	Bestands-wirksame Ausgaben	Bundesvor-anschlag 2002	Bundesvor-anschlag 2001	Erfolg 2000
1/1221		Erwachsenenbildung:							
1/12216	11	Förderungen		.....	10,805	.....	10,805	10,805	13,030
1/1225		Allgemein bildendes Schulwesen:							
1/12256	11	Förderungen		.....	6,784	.....	6,784	6,130	6,784
1/1226		Berufsbildendes Schulwesen:							
1/12266	11	Förderungen		.....	0,087	.....	0,087	0,087	0,087
1/1227		Lehrer- und Erzieherbildung:							
1/12276	11	Förderungen		.....	0,067	.....	0,067	0,067	0,066
1/1229		Denkmalfonds (zweckgebundene Gebarung):							
1/12293	13	Anlagen		.....	.....	0,001	0,001	0,001	.....
1/12296	13	Förderungen		.....	0,009	.....	0,009	0,009	.....
		Summe 1229...		.....	0,009	0,001	0,010	0,010	.....
		Summe 122...		.....	92,671	0,010	92,681	92,027	90,590
1/124		Nachgeordnete Dienststellen:							
1/1240		Hofmusikkapelle:							
1/12400	13	Personalausgaben		0,712	.....	.....	0,712	0,712	0,680
1/12403	13	Anlagen		.....	.....	0,046	0,046	0,046	0,007
1/12407	13	Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen)		.....	0,001	.....	0,001	0,001	.....
1/12408	13	Aufwendungen		.....	0,389	.....	0,389	0,389	0,386
		Summe 1240...		0,712	0,390	0,046	1,148	1,149	1,073
1/1241		Bundesschullandheime und Schulsportveranstaltungen:							
1/12410	11	Personalausgaben		1,843	.....	.....	1,843	1,843	1,817
1/12413	11	Anlagen		.....	.....	0,102	0,102	0,102	0,141
1/12417	11	Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen)		.....	0,017	.....	0,017	0,017	0,010
1/12418	11	Aufwendungen		.....	1,272	.....	1,272	1,272	1,236
		Summe 1241...		1,843	1,289	0,102	3,234	3,234	3,204
1/1242		Sonstige Einrichtungen für Jugenderziehung:							
1/12420	11	Personalausgaben		0,825	.....	.....	0,825	0,825	0,898
1/12428	11	Aufwendungen		.....	4,763	.....	4,763	4,763	4,517
1/12423	*11*	*Anlagen*		.....	.....	.....	.....	.....	.....
1/12427	*11*	*Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen)*		.....	.....	.....	.....	.....	0,023
		Summe 1242...		0,825	4,763	.....	5,588	5,588	5,438
1/1243		Bundesstaatliche Einrichtungen der Erwachsenenbildung:							
1/12430	11	Personalausgaben		3,498	.....	.....	3,498	3,498	3,333
1/12433	11	Anlagen		.....	.....	0,131	0,131	0,131	0,055
1/12437		Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen)		.....	0,112	.....	0,112	0,112	0,108
	11			.....	*0,078*	.....	*0,078*	*0,078*	*0,071*
	22			.....	*0,034*	.....	*0,034*	*0,034*	*0,037*
1/12438	11	Aufwendungen		.....	2,284	.....	2,284	2,284	2,491
		Summe 1243...		3,498	2,396	0,131	6,025	6,026	5,988
1/1244		Museen:							
1/12440	13	Personalausgaben		9,829	.....	.....	9,829	12,312	13,726
1/12443	13	Anlagen		.....	.....	1,665	1,665	2,850	3,680
1/12446	13	Förderungen		.....	12,333	.....	12,333	12,333	8,480
1/12447	13	Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen)		.....	0,289	.....	0,289	0,347	0,362
1/12448	13	Aufwendungen		.....	19,580	.....	19,580	22,856	23,309
		Summe 1244...		9,829	32,202	1,665	43,696	50,699	49,557

(Beträge in Millionen EURO)

VA-Ansatz	AB	EINNAHMEN Bezeichnung	Anm.	Erfolgswirksame Einnahmen	Bestandswirksame Einnahmen	Bundesvoranschlag 2002	Bundesvoranschlag 2001	Erfolg 2000
2/1221		Erwachsenenbildung:						
2/12214	11	Erfolgswirksame Einnahmen		0,001	.....	0,001	0,001	.....
2/1229		Denkmalfonds (zweckgebundene Gebarung):						
2/12290	13	Zweckgebundene erfolgswirksame Einnahmen		0,010	.....	0,010	0,010	0,000
		Summe 122...		0,135	0,002	0,137	0,136	0,169
2/124		Nachgeordnete Dienststellen:						
2/1240		Hofmusikkapelle:						
2/12404	13	Erfolgswirksame Einnahmen		0,422	.....	0,422	0,422	0,423
2/12407	13	Bestandswirksame Einnahmen		.....	0,002	0,002	0,002	.....
		Summe 1240...		0,422	0,002	0,424	0,424	0,423
2/1241		Bundesschullandheime und Schulsportveranstaltungen:						
2/12414	11	Erfolgswirksame Einnahmen		1,671	.....	1,671	1,671	1,706
2/12417	11	Bestandswirksame Einnahmen		.....	0,003	0,003	0,003	0,007
		Summe 1241...		1,671	0,003	1,674	1,675	1,713
2/1242		Sonstige Einrichtungen für Jugenderziehung:						
2/12424	11	Erfolgswirksame Einnahmen		4,738	.....	4,738	4,738	4,822
2/12427	*11*	*Bestandswirksame Einnahmen*		.....	.....	.....	.....	0,048
		Summe 1242...		4,738	.....	4,738	4,738	4,870
2/1243		Bundesstaatliche Einrichtungen der Erwachsenenbildung:						
2/12434	11	Erfolgswirksame Einnahmen		0,894	.....	0,894	0,894	0,993
2/12437	11	Bestandswirksame Einnahmen		.....	0,003	0,003	0,003	.....
		Summe 1243...		0,894	0,003	0,897	0,897	0,993
2/1244		Museen:						
2/12444	13	Erfolgswirksame Einnahmen		0,322	.....	0,322	0,436	0,625
2/12447	13	Bestandswirksame Einnahmen		.....	0,002	0,002	0,002	.....
		Summe 1244...		0,322	0,002	0,324	0,439	0,625

(Beträge in Millionen EURO)

VA-Ansatz	AB	AUSGABEN Bezeichnung	Anm.	Erfolgsw. Ausgaben pers.	Erfolgsw. Ausgaben sachl.	Bestands-wirksame Ausgaben	Bundesvor-anschlag 2002	Bundesvor-anschlag 2001	Erfolg 2000
1/1245		Museen (zweckgebundene Gebarung):	*						
1/12450	13	Personalausgaben		0,015	.....	.....	0,015	0,109	0,235
1/12453	13	Anlagen		.....	.....	0,022	0,022	0,044	0,304
1/12456	13	Förderungen	*	.....	0,586	.....	0,586	0,586	0,373
1/12457	13	Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen)		.....	0,001	.....	0,001	0,001	.....
1/12458	13	Aufwendungen		.....	0,035	.....	0,035	0,229	0,609
		Summe 1245...		0,015	0,622	0,022	0,659	0,969	1,522
1/1246		Nationalbibliothek: *Nationalbibliothek und Phonothek*							
1/12460	12	Personalausgaben		11,016	.....	.....	11,016	11,016	11,316
1/12463	12	Anlagen		.....	.....	2,107	2,107	2,107	2,470
1/12467	12	Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen)		.....	0,015	.....	0,015	0,015	0,012
1/12468	12	Aufwendungen		.....	3,641	.....	3,641	3,641	4,128
		Summe 1246...		11,016	3,656	2,107	16,779	16,779	17,926
1/1247		Bundesdenkmalamt:							
1/12470	13	Personalausgaben		8,142	.....	.....	8,142	8,142	7,808
1/12473	13	Anlagen		.....	.....	0,238	0,238	0,238	0,236
1/12476	13	Förderungen		.....	9,674	.....	9,674	9,674	10,198
1/12477	13	Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen)		.....	0,013	.....	0,013	0,013	0,006
1/12478		Aufwendungen		.....	3,607	.....	3,607	3,607	3,607
	13			.....	*3,534*	.....	*3,534*	*3,534*	*3,492*
	43			.....	*0,073*	.....	*0,073*	*0,073*	*0,115*
		Summe 1247...		8,142	13,294	0,238	21,674	21,673	21,855
1/1248		Bundesdenkmalamt (zweckgebundene Gebarung):	*						
1/12483	13	Anlagen		.....	.....	0,025	0,025	0,025	0,007
1/12486	13	Förderungen	*	.....	3,351	.....	3,351	3,205	3,090
1/12488	13	Aufwendungen		.....	0,036	.....	0,036	0,036	0,084
		Summe 1248...		.....	3,387	0,025	3,412	3,266	3,180
1/1249		Nationalbibliothek (zweckgebundene Gebarung):							
1/12490	12	Personalausgaben		0,017	.....	.....	0,017	0,017	0,006
1/12493	12	Anlagen		.....	.....	0,036	0,036	0,036	0,036
1/12497	12	Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen)		.....	0,001	.....	0,001	0,001	.....
1/12498	12	Aufwendungen		.....	0,437	.....	0,437	0,436	0,441
		Summe 1249...		0,017	0,438	0,036	0,491	0,491	0,483
		Summe 124...		35,897	62,437	4,372	102,706	109,874	110,227

Anmerkungen:

1/1245 Korrespondierende Einnahmen bei den VA-Ansätzen 2/12450 (0,073 Millionen Euro) und 2/52180 (0,586 Millionen Euro) veranschlagt.

1/12456 Korrespondierende Einnahmen beim VA-Ansatz 2/52180.

1/1248 Korrespondierende Einnahmen bei den VA-Ansätzen 2/12480 (2,533 Millionen Euro) und 2/52180 (0,879 Millionen Euro) veranschlagt.

1/12486 Hievon 2002 0,879 Millionen Euro beim VA-Ansatz 2/52180 und 2,472 Millionen Euro beim VA-Ansatz 2/12480 Ausgaben nach Maßgabe zweckgebundener Einnahmen.

(Beträge in Millionen EURO)

VA-Ansatz	AB	EINNAHMEN Bezeichnung	Anm.	Erfolgswirksame Einnahmen	Bestandswirksame Einnahmen	Bundesvoranschlag 2002	Bundesvoranschlag 2001	Erfolg 2000
2/1245		Museen (zweckgebundene Gebarung):						
2/12450	13	Zweckgebundene erfolgswirksame Einnahmen		0,073	.....	0,073	0,383	0,743
2/1246		Nationalbibliothek:						
		Nationalbibliothek und Phonothek						
2/12464	12	Erfolgswirksame Einnahmen		0,124	.....	0,124	0,124	0,043
2/12467	12	Bestandswirksame Einnahmen		.....	0,003	0,003	0,003	0,001
		Summe 1246...		0,124	0,003	0,127	0,127	0,044
2/1247		Bundesdenkmalamt:						
2/12474	13	Erfolgswirksame Einnahmen		0,011	.....	0,011	0,011	0,010
2/12477	13	Bestandswirksame Einnahmen		.....	0,003	0,003	0,003	.....
		Summe 1247...		0,011	0,003	0,014	0,014	0,010
2/1248		Bundesdenkmalamt (zweckgebundene Gebarung):						
2/12480	13	Zweckgebundene erfolgswirksame Einnahmen		2,533	.....	2,533	2,387	2,341
2/1249		Nationalbibliothek (zweckgebundene Gebarung):						
2/12490	12	Zweckgebundene erfolgswirksame Einnahmen		0,491	.....	0,491	0,491	0,478
		Summe 124...		11,279	0,016	11,295	11,573	12,239

(Beträge in Millionen EURO)

VA-Ansatz	AB	AUSGABEN Bezeichnung	Anm.	Erfolgsw. Ausgaben pers.	Erfolgsw. Ausgaben sachl.	Bestands-wirksame Ausgaben	Bundesvor-anschlag 2002	Bundesvor-anschlag 2001	Erfolg 2000
1/126		Nachgeordnete Dienststellen auf Landesebene:							
1/1260		Schulaufsichtsbehörden:							
1/12600	11	Personalausgaben		58,743	.....	.....	58,743	58,743	51,583
1/12603	11	Anlagen		.....	.....	1,666	1,666	1,666	1,134
1/12607		Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen)		.....	6,726	.....	6,726	6,726	6,312
	11			.....	*5,859*	.....	*5,859*	*5,853*	*5,568*
	22			.....	*0,867*	.....	*0,867*	*0,873*	*0,745*
1/12608	11	Aufwendungen		.....	7,329	.....	7,329	7,329	7,762
		Summe 1260...		58,743	14,055	1,666	74,464	74,463	66,791
1/1261		*Schulpsychologie - Bildungsberatung:*	*						
1/12610	*11*	*Personalausgaben*		.....	.....	.....	.....	.....	7,312
1/12613	*11*	*Anlagen*		.....	.....	.....	.....	.....	0,052
1/12617		*Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen)*		.....	.....	.....	.....	.....	0,162
	11			.....	.....	.....	.....	.....	*0,020*
	22			.....	.....	.....	.....	.....	*0,142*
1/12618	*11*	*Aufwendungen*		.....	.....	.....	.....	.....	1,304
		Summe 1261...		.....	.....	.....	.....	.....	8,830
		Summe 126...		58,743	14,055	1,666	74,464	74,463	75,621
1/127		Allgemein bildende Schulen:							
1/1270		Allgemein bildende höhere Schulen:							
1/12700	11	Personalausgaben		901,882	.....	.....	901,882	901,882	880,403
1/12703	11	Anlagen		.....	.....	7,038	7,038	7,038	6,668
1/12707		Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen)		.....	25,979	.....	25,979	25,979	25,740
	11			.....	*25,881*	.....	*25,881*	*25,881*	*25,574*
	21			.....	*0,098*	.....	*0,098*	*0,098*	*0,166*
1/12708		Aufwendungen		.....	46,720	.....	46,720	46,720	49,263
	11			.....	*46,621*	.....	*46,621*	*46,621*	*49,168*
	21			.....	*0,099*	.....	*0,099*	*0,099*	*0,095*
		Summe 1270...		901,882	72,699	7,038	981,619	981,619	962,075
1/1271		Höhere Internatsschulen des Bundes:							
1/12710	11	Personalausgaben		20,360	.....	.....	20,360	20,360	20,242
1/12713	11	Anlagen		.....	.....	0,365	0,365	0,365	0,484
1/12717	11	Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen)		.....	0,238	.....	0,238	0,238	0,251
1/12718	11	Aufwendungen		.....	2,308	.....	2,308	2,308	2,376
		Summe 1271...		20,360	2,546	0,365	23,271	23,272	23,352
1/1272		Allgemein bildende höhere Schulen (zweckgebundene Gebarung):							
1/12723	11	Anlagen		.....	.....	0,727	0,727	0,727	0,574
1/12728	11	Aufwendungen		.....	1,599	.....	1,599	1,599	1,727
		Summe 1272...		.....	1,599	0,727	2,326	2,326	2,300
1/1273		Höhere Internatsschulen des Bundes (zweckgebundene Gebarung):							
1/12733	11	Anlagen		.....	.....	0,007	0,007	0,007	0,013
1/12738	11	Aufwendungen		.....	0,022	.....	0,022	0,022	0,041
		Summe 1273...		.....	0,022	0,007	0,029	0,029	0,054
1/1274		Bds.-Blindenerz. Inst. und Bds. Inst. für Gehörlosenbildung:							
1/12740	11	Personalausgaben		7,507	.....	.....	7,507	7,507	7,421
1/12743	11	Anlagen		.....	.....	0,285	0,285	0,285	0,285
1/12747	11	Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen)		.....	0,014	.....	0,014	0,014	0,034
1/12748	11	Aufwendungen		.....	1,248	.....	1,248	1,248	1,248
		Summe 1274...		7,507	1,262	0,285	9,054	9,054	8,988

Anmerkungen:
1/1261 Ab dem BVA 2001 bei Paragraph 1/1260 mitveranschlagt.

(Beträge in Millionen EURO)

VA-Ansatz	AB	EINNAHMEN Bezeichnung	Anm.	Erfolgswirksame Einnahmen	Bestandswirksame Einnahmen	Bundesvoranschlag 2002	Bundesvoranschlag 2001	Erfolg 2000
2/126		Nachgeordnete Dienststellen auf Landesebene:						
2/1260		Schulaufsichtsbehörden:						
2/12604	11	Erfolgswirksame Einnahmen		16,355	.....	16,355	16,182	16,065
2/12607	11	Bestandswirksame Einnahmen		.....	0,004	0,004	0,004	0,003
		Summe 1260...		16,355	0,004	16,359	16,186	16,069
2/1261		*Schulpsychologie - Bildungsberatung:*						
2/12614	*11*	*Erfolgswirksame Einnahmen*		.....	.....	.....	.....	1,510
2/12617	*11*	*Bestandswirksame Einnahmen*		.....	.....	.....	.....	.....
		Summe 1261...		.....	.....	.....	.....	1,510
		Summe 126...		16,355	0,004	16,359	16,186	17,579
2/127		Allgemein bildende Schulen:						
2/1270		Allgemein bildende höhere Schulen:						
2/12704		Erfolgswirksame Einnahmen		3,161	.....	3,161	3,089	2,983
	11			*3,091*	.....	*3,091*	*3,019*	*2,854*
	21			*0,070*	.....	*0,070*	*0,070*	*0,129*
2/12707	11	Bestandswirksame Einnahmen		.....	0,009	0,009	0,009	0,002
		Summe 1270...		3,161	0,009	3,170	3,098	2,985
2/1271		Höhere Internatsschulen des Bundes:						
2/12714	11	Erfolgswirksame Einnahmen		2,914	.....	2,914	2,878	2,802
2/12717	11	Bestandswirksame Einnahmen		.....	0,003	0,003	0,003	0,001
		Summe 1271...		2,914	0,003	2,917	2,881	2,803
2/1272		Allgemein bildende höhere Schulen (zweckgebundene Gebarung):						
2/12720	11	Zweckgebundene erfolgswirksame Einnahmen		2,326	.....	2,326	2,326	2,747
2/1273		Höhere Internatsschulen des Bundes (zweckgebundene Gebarung):						
2/12730	11	Zweckgeb. erfolgswirksame Einnahmen		0,029	.....	0,029	0,029	0,063
2/1274		Bds.-Blindenerz. Inst. und Bds. Inst. für Gehörlosenbildung:						
2/12744	11	Erfolgswirksame Einnahmen		0,581	.....	0,581	0,545	0,664
2/12747	11	Bestandswirksame Einnahmen		.....	0,003	0,003	0,003	.....
		Summe 1274...		0,581	0,003	0,584	0,548	0,664

(Beträge in Millionen EURO)

VA-Ansatz	AB	AUSGABEN Bezeichnung	Anm.	Erfolgsw. Ausgaben pers.	Erfolgsw. Ausgaben sachl.	Bestands-wirksame Ausgaben	Bundesvor-anschlag 2002	Bundesvor-anschlag 2001	Erfolg 2000
1/1275		Allgemein bildende Pflichtschulen:							
1/12757	11	Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen) ..		.....	2. 673, 905	.....	2. 673, 905	2. 673, 905	2. 668, 061
1/12758	11	Aufwendungen		.....	0, 228	.....	0, 228	0, 228	0, 301
		Summe 1275...		.....	2. 674, 133	.....	2. 674, 133	2. 674, 133	2. 668, 362
1/1276		Bundesschülerheime (Allgemein bildende):							
1/12760	11	Personalausgaben		4, 822	.....	.....	4, 822	4, 822	4, 431
1/12763	11	Anlagen		.....	.....	0, 109	0, 109	0, 109	0, 092
1/12767	11	Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen) ..		.....	0, 010	.....	0, 010	0, 010	0, 010
1/12768	11	Aufwendungen		.....	1, 691	.....	1, 691	1, 691	1, 679
		Summe 1276...		4, 822	1, 701	0, 109	6, 632	6, 631	6, 212
1/1277		Bds. Blindenerz. Inst. u. Bds. Inst. f. Gehörlosenb. (zweckg. Geb.):							
1/12773	11	Anlagen		.....	.....	0, 002	0, 002	0, 002	0, 017
1/12778	11	Aufwendungen		.....	0, 029	.....	0, 029	0, 029	0, 012
		Summe 1277...		.....	0, 029	0, 002	0, 031	0, 031	0, 030
1/1278		Bundesschülerheime (Allgemein bildende) (zweckgeb. Gebarung):							
1/12783	11	Anlagen		.....	.....	0, 002	0, 002	0, 002	.....
1/12788	11	Aufwendungen		.....	0, 024	.....	0, 024	0, 024	0, 019
		Summe 1278...		.....	0, 024	0, 002	0, 026	0, 026	0, 019
		Summe 127...		934, 571	2. 754, 015	8, 535	3. 697, 121	3. 697, 121	3. 671, 392
1/128		Berufsbildende Schulen:							
1/1280		Technische und gewerbliche Lehranstalten:							
1/12800	11	Personalausgaben		375, 051	.....	.....	375, 051	375, 051	367, 783
1/12803	11	Anlagen		.....	.....	7, 631	7, 631	7, 631	7, 716
1/12807	11	Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen) ..		.....	4, 863	.....	4, 863	4, 863	5, 537
1/12808		Aufwendungen		.....	27, 662	.....	27, 662	27, 662	27, 624
	11			.....	*27, 661*	.....	*27, 661*	*27, 661*	*27, 624*
	21			.....	*0, 001*	.....	*0, 001*	*0, 001*	.....
		Summe 1280...		375, 051	32, 525	7, 631	415, 207	415, 206	408, 661
1/1281		Sozialakad., LA f. Tourismus, Sozial- u. wirtsch. Berufe:							
1/12810	11	Personalausgaben		256, 559	.....	.....	256, 559	256, 559	254, 356
1/12813	11	Anlagen		.....	.....	3, 499	3, 499	3, 499	3, 614
1/12817	11	Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen) ..		.....	7, 427	.....	7, 427	7, 427	7, 263
1/12818	11	Aufwendungen		.....	19, 056	.....	19, 056	19, 056	18, 910
		Summe 1281...		256, 559	26, 483	3, 499	286, 541	286, 541	284, 143
1/1282		Handelsakademien und Handelsschulen:							
1/12820	11	Personalausgaben		274, 139	.....	.....	274, 139	274, 139	265, 262
1/12823	11	Anlagen		.....	.....	3, 194	3, 194	3, 194	3, 782
1/12827	11	Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen) ..		.....	5, 693	.....	5, 693	5, 693	5, 793
1/12828		Aufwendungen		.....	14, 707	.....	14, 707	14, 707	14, 125
	11			.....	*14, 706*	.....	*14, 706*	*14, 706*	*14, 125*
	21			.....	*0, 001*	.....	*0, 001*	*0, 001*	.....
		Summe 1282...		274, 139	20, 400	3, 194	297, 733	297, 732	288, 963
1/1283		Technische und gewerbl. Lehranstalten (zweckgeb. Gebarung):							
1/12833	11	Anlagen		.....	.....	1, 015	1, 015	1, 015	0, 777
1/12838	11	Aufwendungen		.....	4, 383	.....	4, 383	4, 311	4, 470
		Summe 1283...		.....	4, 383	1, 015	5, 398	5, 326	5, 247

(Beträge in Millionen EURO)

VA-Ansatz	AB	EINNAHMEN Bezeichnung Anm.	Erfolgswirksame Einnahmen	Bestandswirksame Einnahmen	Bundesvoranschlag 2002	Bundesvoranschlag 2001	Erfolg 2000
2/1275		Allgemein bildende Pflichtschulen:					
2/12754	11	Erfolgswirksame Einnahmen	0,001	.....	0,001	0,001	0,003
2/1276		Bundesschülerheime (Allgemein bildende):					
2/12764	11	Erfolgswirksame Einnahmen	1,946	.....	1,946	1,946	1,776
2/12767	11	Bestandswirksame Einnahmen	.....	0,003	0,003	0,003	.....
		Summe 1276...	1,946	0,003	1,949	1,949	1,776
2/1277		Bds. Blindenerz. Inst. u. Bds. Inst. f. Gehörlosenb. (zweckg. Geb.):					
2/12770	11	Zweckgebundene erfolgswirksame Einnahmen	0,031	.....	0,031	0,031	0,058
2/1278		Bundesschülerheime (Allgemein bildende) (zweckgeb. Gebarung):					
2/12780	11	Zweckgebundene erfolgswirksame Einnahmen	0,026	.....	0,026	0,026	0,058
		Summe 127...	11,015	0,018	11,033	10,889	11,156
2/128		Berufsbildende Schulen:					
2/1280		Technische und gewerbliche Lehranstalten:					
2/12804	11	Erfolgswirksame Einnahmen	0,605	.....	0,605	0,568	0,468
2/12807	11	Bestandswirksame Einnahmen	.....	0,004	0,004	0,004	0,012
		Summe 1280...	0,605	0,004	0,609	0,572	0,479
2/1281		Sozialakad., LA f. Tourismus, Sozial- u. wirtsch. Berufe:					
2/12814	11	Erfolgswirksame Einnahmen	0,174	.....	0,174	0,160	0,419
2/12817	11	Bestandswirksame Einnahmen	.....	0,003	0,003	0,003	0,005
		Summe 1281...	0,174	0,003	0,177	0,163	0,424
2/1282		Handelsakademien und Handelsschulen:					
2/12824		Erfolgswirksame Einnahmen	0,108	.....	0,108	0,108	0,094
	11		*0,107*	.....	*0,107*	*0,107*	*0,094*
	21		*0,001*	.....	*0,001*	*0,001*	.....
2/12827	11	Bestandswirksame Einnahmen	.....	0,002	0,002	0,002	0,004
		Summe 1282...	0,108	0,002	0,110	0,110	0,099
2/1283		Technische und gewerbl. Lehranstalten (zweckgeb. Gebarung):					
2/12830	11	Zweckgebundene erfolgswirksame Einnahmen	5,398	.....	5,398	5,326	5,631

(Beträge in Millionen EURO)

VA-Ansatz	AB	AUSGABEN Bezeichnung Anm.	Erfolgsw. Ausgaben pers.	Erfolgsw. Ausgaben sachl.	Bestands-wirksame Ausgaben	Bundesvor-anschlag 2002	Bundesvor-anschlag 2001	Erfolg 2000
1/1284		Sozialakad., LA f. Tourismus, Soz. - u. wirt. Berufe (zweckg. Geb.):						
1/12843	11	Anlagen	.....	.....	0,282	0,282	0,282	0,216
1/12848	11	Aufwendungen	.....	4,991	.....	4,991	4,898	4,552
		Summe 1284...	.....	4,991	0,282	5,273	5,180	4,768
1/1285		Berufsbildende Pflichtschulen:						
1/12857	11	Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen) ..	.....	102,606	.....	102,606	102,606	100,170
1/12858	11	Aufwendungen	.....	0,122	.....	0,122	0,122	0,122
		Summe 1285...	.....	102,728	.....	102,728	102,728	100,292
1/1286		Bundesschülerheime (Berufsbildende):						
1/12860	11	Personalausgaben	4,678	.....	.....	4,678	4,678	4,370
1/12863	11	Anlagen	.....	.....	0,229	0,229	0,229	0,293
1/12867	11	Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen) ..	.....	0,005	.....	0,005	0,005	0,003
1/12868	11	Aufwendungen	.....	2,559	.....	2,559	2,559	2,414
		Summe 1286...	4,678	2,564	0,229	7,471	7,471	7,080
1/1287		Handelsakademien und Handelsschulen (zweckgeb. Gebarung):						
1/12873	11	Anlagen	.....	.....	0,306	0,306	0,306	0,265
1/12878	11	Aufwendungen	.....	0,453	.....	0,453	0,453	0,378
		Summe 1287...	.....	0,453	0,306	0,759	0,759	0,643
1/1288		Bundesschülerheime (Berufsbildende) (zweckgeb. Gebarung):						
1/12883	11	Anlagen	.....	.....	0,009	0,009	0,009	0,005
1/12888	11	Aufwendungen	.....	0,022	.....	0,022	0,022	0,008
		Summe 1288...	.....	0,022	0,009	0,031	0,032	0,013
		Summe 128...	910,427	194,549	16,165	1.121,141	1.120,975	1.099,810
1/129		Anstalten der Lehrer- und Erzieherbildung:						
1/1290		Pädagogische Akademien:						
1/12900	11	Personalausgaben	69,272	.....	.....	69,272	69,272	67,660
1/12903	11	Anlagen	.....	.....	0,814	0,814	0,814	0,813
1/12907	11	Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen) ..	.....	6,820	.....	6,820	6,820	7,397
1/12908	11	Aufwendungen	.....	6,323	.....	6,323	6,323	6,323
		Summe 1290...	69,272	13,143	0,814	83,229	83,228	82,193
1/1291		BA für Kindergartenpädagogik und Sozialpädagogik:						
1/12910	11	Personalausgaben	48,468	.....	.....	48,468	48,468	47,851
1/12913	11	Anlagen	.....	.....	0,432	0,432	0,432	0,416
1/12917	11	Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen) ..	.....	2,865	.....	2,865	2,865	2,964
1/12918	11	Aufwendungen	.....	5,475	.....	5,475	5,475	5,475
		Summe 1291...	48,468	8,340	0,432	57,240	57,241	56,705
1/1292		Berufspädagogische Akademien:						
1/12920	11	Personalausgaben	4,954	.....	.....	4,954	4,954	4,947
1/12923	11	Anlagen	.....	.....	0,179	0,179	0,179	0,174
1/12927	11	Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen) ..	.....	0,470	.....	0,470	0,470	0,360
1/12928	11	Aufwendungen	.....	0,870	.....	0,870	0,870	0,830
		Summe 1292...	4,954	1,340	0,179	6,473	6,473	6,311
1/1293		Bundesanstalten für Leibeserziehung:						
1/12930	11	Personalausgaben	3,155	.....	.....	3,155	3,155	3,102
1/12933	11	Anlagen	.....	.....	0,137	0,137	0,137	0,136
1/12937	11	Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen) ..	.....	1,585	.....	1,585	1,585	1,585
1/12938	11	Aufwendungen	.....	0,934	.....	0,934	0,934	0,970
		Summe 1293...	3,155	2,519	0,137	5,811	5,811	5,793

(Beträge in Millionen EURO)

VA-Ansatz	AB	EINNAHMEN Bezeichnung	Anm.	Erfolgswirksame Einnahmen	Bestandswirksame Einnahmen	Bundesvoranschlag 2002	Bundesvoranschlag 2001	Erfolg 2000
2/1284		Sozialakad., LA f. Tourismus, Soz. - u. wirt. Berufe (zweckg. Geb.):						
2/12840	11	Zweckgebundene erfolgswirksame Einnahmen		5,273	.....	5,273	5,180	5,207
2/1285		Berufsbildende Pflichtschulen:						
2/12854	11	Erfolgswirksame Einnahmen		0,001	.....	0,001	0,001	.....
2/1286		Bundesschülerheime (Berufsbildende):						
2/12864	11	Erfolgswirksame Einnahmen		3,767	.....	3,767	3,737	3,534
2/12867	11	Bestandswirksame Einnahmen		.....	0,003	0,003	0,003	.....
		Summe 1286...		3,767	0,003	3,770	3,740	3,534
2/1287		Handelsakademien und Handelsschulen (zweckgeb. Gebarung):						
2/12870	11	Zweckgebundene erfolgswirksame Einnahmen		0,759	.....	0,759	0,759	0,737
2/1288		Bundesschülerheime (Berufsbildende) (zweckgeb. Gebarung):						
2/12880	11	Zweckgebundene erfolgswirksame Einnahmen		0,031	.....	0,031	0,032	0,015
		Summe 128...		16,116	0,012	16,128	15,883	16,125
2/129		Anstalten der Lehrer- und Erzieherbildung:						
2/1290		Pädagogische Akademien:						
2/12904	11	Erfolgswirksame Einnahmen		0,233	.....	0,233	0,233	0,192
2/12907	11	Bestandswirksame Einnahmen		.....	0,002	0,002	0,002	.....
		Summe 1290...		0,233	0,002	0,235	0,235	0,192
2/1291		BA für Kindergartenpädagogik und Sozialpädagogik:						
2/12914	11	Erfolgswirksame Einnahmen		1,025	.....	1,025	0,988	1,068
2/12917	11	Bestandswirksame Einnahmen		.....	0,002	0,002	0,002	.....
		Summe 1291...		1,025	0,002	1,027	0,990	1,068
2/1292		Berufspädagogische Akademien:						
2/12924	11	Erfolgswirksame Einnahmen		0,028	.....	0,028	0,028	0,009
2/12927	11	Bestandswirksame Einnahmen		.....	0,002	0,002	0,002	0,000
		Summe 1292...		0,028	0,002	0,030	0,031	0,009
2/1293		Bundesanstalten für Leibeserziehung:						
2/12934	11	Erfolgswirksame Einnahmen		0,031	.....	0,031	0,031	0,010
2/12937	11	Bestandswirksame Einnahmen		.....	0,003	0,003	0,003	0,000
		Summe 1293...		0,031	0,003	0,034	0,034	0,010

(Beträge in Millionen EURO)

VA-Ansatz	AB	AUSGABEN Bezeichnung	Anm.	Erfolgsw. Ausgaben pers.	Erfolgsw. Ausgaben sachl.	Bestands-wirksame Ausgaben	Bundesvor-anschlag 2002	Bundesvor-anschlag 2001	Erfolg 2000
1/1294		Pädagogische Institute:							
1/12940	11	Personalausgaben		9,877	.....	.....	9,877	9,877	9,482
1/12943	11	Anlagen		.....	.....	0,206	0,206	0,206	0,192
1/12947	11	Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen)		.....	10,998	.....	10,998	10,998	11,228
1/12948	11	Aufwendungen		.....	4,542	.....	4,542	4,542	4,777
		Summe 1294...		9,877	15,540	0,206	25,623	25,623	25,679
1/1295		Pädagogische Akademien (zweckgebundene Gebarung):							
1/12953	11	Anlagen		.....	.....	0,039	0,039	0,039	0,064
1/12958	11	Aufwendungen		.....	0,092	.....	0,092	0,092	0,136
		Summe 1295...		.....	0,092	0,039	0,131	0,131	0,200
1/1296		BA für Kindergartenpäd. u. Sozialpäd. (zweckgeb. Gebarung):							
1/12963	11	Anlagen		.....	.....	0,012	0,012	0,012	0,008
1/12968	11	Aufwendungen		.....	0,030	.....	0,030	0,030	0,046
		Summe 1296...		.....	0,030	0,012	0,042	0,042	0,054
1/1297		Berufspädag. Akademien (zweckgebundene Gebarung):							
1/12973	11	Anlagen		.....	.....	0,007	0,007	0,007	0,015
1/12978	11	Aufwendungen		.....	0,022	.....	0,022	0,022	0,002
		Summe 1297...		.....	0,022	0,007	0,029	0,029	0,016
1/1298		Bundesanstalten für Leibeserziehung (zweckgeb. Gebarung):							
1/12983	11	Anlagen		.....	.....	0,002	0,002	0,002	.....
1/12988	11	Aufwendungen		.....	0,019	.....	0,019	0,019	0,006
		Summe 1298...		.....	0,019	0,002	0,021	0,021	0,006
1/1299		Pädagogische Institute (zweckgebundene Gebarung):							
1/12993	11	Anlagen		.....	.....	0,003	0,003	0,003	0,014
1/12998	11	Aufwendungen		.....	0,145	.....	0,145	0,145	0,082
		Summe 1299...		.....	0,145	0,003	0,148	0,148	0,096
		Summe 129...		135,726	41,190	1,831	178,747	178,747	177,054
		Gesamtausgaben 12...		2.108,856	3.475,386	50,103	5.634,345	5.626,275	5.533,162

(Beträge in Millionen EURO)

VA-Ansatz	AB	EINNAHMEN Bezeichnung Anm.	Erfolgswirksame Einnahmen	Bestandswirksame Einnahmen	Bundesvoranschlag 2002	Bundesvoranschlag 2001	Erfolg 2000
2/1294		Pädagogische Institute:					
2/12944	11	Erfolgswirksame Einnahmen	0,010	.....	0,010	0,010	0,005
2/12947	11	Bestandswirksame Einnahmen	.....	0,002	0,002	0,002	.....
		Summe 1294...	0,010	0,002	0,012	0,012	0,005
2/1295		Pädagogische Akademien (zweckgebundene Gebarung):					
2/12950	11	Zweckgebundene erfolgswirksame Einnahmen	0,131	.....	0,131	0,131	0,199
2/1296		BA für Kindergartenpäd. u. Sozialpäd. (zweckgeb. Gebarung):					
2/12960	11	Zweckgebundene erfolgswirksame Einnahmen	0,042	.....	0,042	0,042	0,079
2/1297		Berufspädag. Akademien (zweckgebundene Gebarung):					
2/12970	11	Zweckgebundene erfolgswirksame Einnahmen	0,029	.....	0,029	0,029	0,014
2/1298		Bundesanstalten für Leibeserziehung (zweckgeb. Gebarung):					
2/12980	11	Zweckgebundene erfolgswirksame Einnahmen	0,021	.....	0,021	0,021	0,019
2/1299		Pädagogische Institute (zweckgebundene Gebarung):					
2/12990	11	Zweckgebundene erfolgswirksame Einnahmen	0,148	.....	0,148	0,148	0,095
		Summe 129...	1,698	0,011	1,709	1,674	1,691
		Gesamteinnahmen 12...	97,478	2,975	100,453	100,523	77,994

(Beträge in Millionen EURO)

VA-Ansatz	AB	AUSGABEN Bezeichnung	Anm.	Erfolgsw. Ausgaben pers.	Erfolgsw. Ausgaben sachl.	Bestands-wirksame Ausgaben	Bundesvor-anschlag 2002	Bundesvor-anschlag 2001	Erfolg 2000
1/13		Kunst:							
1/130		Bundesministerium (Zweckaufwand):							
1/1300		Bildende Künste, künstlerische Fotografie:							
		Bildende Künste und Ausstellungen							
1/13003	13	Anlagen		.....	.....	0,217	0,217	0,185	0,184
1/13006		Förderungen		.....	6,355	.....	6,355	5,805	8,429
	13			.....	*6,355*	.....	*6,355*	*5,805*	*4,978*
	22			.....	.....	.....	.....	.....	*3,452*
1/13008	13	Aufwendungen		.....	1,517	.....	1,517	1,517	1,605
		Summe 1300...		.....	7,872	0,217	8,089	7,506	10,219
1/1301		Musik u. darst. Kunst; Allg. Kulturangelegenheiten:							
		Musik und darstellende Kunst							
1/13016	13	Förderungen		.....	31,295	.....	31,295	31,399	31,152
1/13018	13	Aufwendungen		.....	7,210	.....	7,210	5,289	5,931
		Summe 1301...		.....	38,505	.....	38,505	36,689	37,083
1/1302		Literatur- und Verlagswesen:							
		Literatur							
1/13023	13	Anlagen		.....	.....	0,002	0,002	0,002	.....
1/13026	13	Förderungen		.....	8,704	.....	8,704	8,704	8,728
1/13028	13	Aufwendungen		.....	0,338	.....	0,338	0,338	0,299
		Summe 1302...		.....	9,042	0,002	9,044	9,044	9,028
1/1303		Kunstförderungsbeiträge (zweckgeb. Gebarung):	*						
1/13033	13	Anlagen		.....	.....	0,363	0,363	0,363	0,241
1/13035	13	Förderungen (D)		.....	.....	0,004	0,004	0,004	.....
1/13036	13	Förderungen		.....	7,445	.....	7,445	7,445	5,014
1/13038	13	Aufwendungen		.....	0,494	.....	0,494	0,494	0,402
		Summe 1303...		.....	7,939	0,367	8,306	8,306	5,656
1/1304		Film und neue Medien:							
		Filmwesen							
1/13043	13	Anlagen		.....	.....	0,122	0,122	0,154	0,006
1/13045	13	Förderungen (D)		.....	.....	0,001	0,001	0,001	.....
1/13046	13	Förderungen		.....	11,539	.....	11,539	12,234	12,347
1/13048	13	Aufwendungen		.....	0,771	.....	0,771	0,626	0,765
		Summe 1304...		.....	12,310	0,123	12,433	13,015	13,119
1/1305		Künstlerhilfe:							
1/13056	22	Förderungen		.....	2,564	.....	2,564	2,564	.....
1/1306		Bi- u. multilaterale, kult. Angelegenh.; Auszeichnungsangel.:							
		Innerstaatl. Durchführung kulturell. Auslandsangelegenheiten							
1/13066	13	Förderungen		.....	0,195	.....	0,195	0,210	0,173
1/13068	13	Aufwendungen		.....	0,220	.....	0,220	0,220	0,239
		Summe 1306...		.....	0,415	.....	0,415	0,430	0,412

Anmerkungen:
1/1303 Korrespondierende Einnahmen bei den VA-Ansätzen 2/13033 (0,004 Millionen Euro) und 2/52180 (8,302 Millionen Euro) veranschlagt.

(Beträge in Millionen EURO)

VA-Ansatz	AB	EINNAHMEN Bezeichnung	Anm.	Erfolgswirksame Einnahmen	Bestandswirksame Einnahmen	Bundesvoranschlag 2002	Bundesvoranschlag 2001	Erfolg 2000
2/13		**Kunst:**						
2/130		Bundesministerium (Zweckaufwand):						
2/1300		Bildende Künste, künstlerische Fotografie: *Bildende Künste und Ausstellungen*						
2/13004	13	Erfolgswirksame Einnahmen		0,002	.....	0,002	0,002	.....
2/1301		Musik u. darst. Kunst; Allg. Kulturangelegenheiten: *Musik und darstellende Kunst*						
2/13014	13	Erfolgswirksame Einnahmen		0,001	.....	0,001	0,001	.....
2/1302		Literatur- und Verlagswesen: *Literatur*						
2/13024	13	Erfolgswirksame Einnahmen		0,001	.....	0,001	0,001	.....
2/1303		Kunstförderungsbeiträge (zweckgebundene Gebarung):	*					
2/13033	13	Zweckgebundene Darlehensrückzahlungen		.....	0,004	0,004	0,004	.....
2/1304		Film und neue Medien: *Filmwesen*						
2/13044	13	Erfolgswirksame Einnahmen		0,009	.....	0,009	0,009	0,002
2/13049	13	Darlehensrückzahlungen		.....	0,001	0,001	0,001	0,001
		Summe 1304...		0,009	0,001	0,010	0,010	0,003
2/1305		Künstlerhilfe:						
2/13054	13	Erfolgswirksame Einnahmen		0,001	.....	0,001	0,001	.....
2/1306		Bi- u. multilaterale, kult. Angelegenh.; Auszeichnungsangel.: *Innerstaatl. Durchführung kulturell. Auslandsangelegenheiten*						
2/13064	13	Erfolgswirksame Einnahmen		0,001	.....	0,001	0,001	.....

Anmerkungen:

2/1303 Die Eingänge aus dem Kunstförderungsbeitrag gemäß dem Kunstförderungsbeitragsgesetz, BGBl. Nr. 573/1981, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 132/2000, sind beim VA-Ansatz 2/52180 veranschlagt.

(Beträge in Millionen EURO)

VA-Ansatz	AB	AUSGABEN Bezeichnung Anm.	Erfolgsw. Ausgaben pers.	Erfolgsw. Ausgaben sachl.	Bestands-wirksame Ausgaben	Bundesvor-anschlag 2002	Bundesvor-anschlag 2001	Erfolg 2000
1/1307		Kulturentwicklung-Kulturinitiativen:						
1/13076	13	Förderungen	.....	3,205	.....	3,205	3,205	3,218
1/13078	13	Aufwendungen	.....	0,064	.....	0,064	0,064	0,053
		Summe 1307...	.....	3,269	.....	3,269	3,269	3,271
1/1308		Zahlungen an die BIG:						
1/13088	13	Aufwendungen	.....	0,054	.....	0,054	0,054	0,047
1/1309		EU-Angelegenheiten: *Angelegenheiten der EU; Öffentlichkeitsarbeit*						
1/13096	13	Förderungen	.....	0,008	.....	0,008	0,008	0,004
1/13098	13	Aufwendungen	.....	0,072	.....	0,072	0,057	0,058
		Summe 1309...	.....	0,080	.....	0,080	0,065	0,062
		Summe 130...	.....	82,050	0,709	82,759	80,942	78,896
1/131		Bundesministerium (Sonstiger Zweckaufwand):						
1/1310		Amt der Bundestheater:						
1/13100	13	Personalausgaben	3,661	.....	.....	3,661	3,661	3,270
1/13105		Bezugsvorschüsse	.....	.....	0,022	0,022	0,022	.....
	13		.....	.....	*0,011*	*0,011*	*0,011*	.....
	23		.....	.....	*0,011*	*0,011*	*0,011*	.....
1/13107	13	Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen)	.....	0,091	.....	0,091	0,091	0,086
1/13108	13	Aufwendungen	.....	0,021	.....	0,021	0,021	0,012
		Summe 1310...	3,661	0,112	0,022	3,795	3,794	3,367
1/1311		Bundestheatergesellschaften:						
1/13117	13	Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen)	.....	133,645	.....	133,645	133,645	133,645
1/13118	13	Aufwendungen	.....	0,001	.....	0,001	0,001	.....
		Summe 1311...	.....	133,646	.....	133,646	133,646	133,645
		Summe 131...	3,661	133,758	0,022	137,441	137,440	137,013
		Gesamtausgaben 13...	3,661	215,808	0,731	220,200	218,382	215,908

(Beträge in Millionen EURO)

VA-Ansatz	AB	EINNAHMEN Bezeichnung	Anm.	Erfolgswirksame Einnahmen	Bestandswirksame Einnahmen	Bundesvoranschlag 2002	Bundesvoranschlag 2001	Erfolg 2000
2/1307		Kulturentwicklung-Kulturinitiativen; Öffentlichkeitsarbeit:						
2/13074	13	Erfolgswirksame Einnahmen		0,001	.....	0,001	0,001	.....
2/1309		EU-Angelegenheiten: *Angelegenheiten der EU; Öffentlichkeitsarbeit*						
2/13094	13	Erfolgswirksame Einnahmen		0,002	.....	0,002	0,002	.....
		Summe 130...		0,018	0,005	0,023	0,023	0,003
2/131		Bundesministerium (Sonstiger Zweckaufwand):						
2/1310		Amt der Bundestheater:						
2/13104	13	Erfolgswirksame Einnahmen		2,657	.....	2,657	2,657	3,298
2/13109		Darlehensrückzahlungen		.....	0,016	0,016	0,016	0,025
	13			.....	*0,008*	*0,008*	*0,008*	*0,021*
	23			.....	*0,008*	*0,008*	*0,008*	*0,004*
		Summe 1310...		2,657	0,016	2,673	2,673	3,323
2/1311		Bundestheatergesellschaften:						
2/13114	13	Erfolgswirksame Einnahmen		0,138	.....	0,138	0,138	.....
		Summe 131...		2,795	0,016	2,811	2,812	3,323
		Gesamteinnahmen 13...		2,813	0,021	2,834	2,834	3,326

(Beträge in Millionen EURO)

VA-Ansatz	AB	AUSGABEN Bezeichnung	Anm.	Erfolgsw. Ausgaben pers.	Erfolgsw. Ausgaben sachl.	Bestands-wirksame Ausgaben	Bundesvor-anschlag 2002	Bundesvor-anschlag 2001	Erfolg 2000
1/14		Wissenschaft:							
1/140		Bundesministerium für Bildung, Wissenschaft und Kultur:							
1/1400		Zentralleitung (Verwaltungsbereich Wissenschaft):							
1/14000	43	Personalausgaben		16,614	.....	.....	16,614	16,614	16,773
1/14003	43	Anlagen		.....	.....	0,627	0,627	0,627	0,546
1/14005		Bezugsvorschüsse		.....	.....	1,381	1,381	1,381	1,267
	23			.....	.....	*0,472*	*0,472*	*0,472*	*0,411*
	43			.....	.....	*0,909*	*0,909*	*0,908*	*0,855*
1/14006	43	Förderungen		.....	0,499	.....	0,499	0,499	0,459
1/14007		Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen)		.....	0,197	.....	0,197	0,197	0,165
	22			.....	*0,191*	.....	*0,191*	*0,191*	*0,165*
	43			.....	*0,006*	.....	*0,006*	*0,006*	*0,000*
1/14008	43	Aufwendungen	*	.....	6,234	.....	6,234	6,234	6,147
		Summe 1400...		16,614	6,930	2,008	25,552	25,552	25,357
1/14018	12	Zahlungen an die BIG		.....	138,078	.....	138,078	138,078	128,226
1/1402		*Amt des BFPZ Arsenal:*							
1/14020	*12*	*Personalausgaben*		.....	.....	.....	.....	.....	1,147
1/14027	*12*	*Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen)*		.....	.....	.....	.....	.....	0,032
1/14028	*12*	*Aufwendungen*		.....	.....	.....	.....	.....	0,031
		Summe 1402...		.....	.....	.....	.....	.....	1,210
		Summe 140...		16,614	145,008	2,008	163,630	163,630	154,794
1/141		Bundesministerium (Zweckaufwand):							
1/1410		Hochschulische Einrichtungen:							
1/14106	12	Förderungen		.....	20,421	.....	20,421	20,421	20,377
1/14107	12	Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen)		.....	146,614	.....	146,614	113,911	105,408
1/14108	12	Aufwendungen		.....	51,844	.....	51,844	51,844	62,913
		Summe 1410...		.....	218,879	.....	218,879	186,176	188,698
1/1411		Wissenschaftliche Einrichtungen:							
1/14116	12	Förderungen		.....	2,702	.....	2,702	2,702	2,665
1/14117		Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen)		.....	0,603	.....	0,603	0,603	0,586
	12			.....	*0,073*	.....	*0,073*	*0,073*	*0,279*
	43			.....	*0,530*	.....	*0,530*	*0,531*	*0,307*
1/14118	12	Aufwendungen		.....	2,301	.....	2,301	2,301	2,270
		Summe 1411...		.....	5,606	.....	5,606	5,606	5,521
1/1412		Bibliothekarische Einrichtungen:							
1/14126	12	Förderungen		.....	0,230	.....	0,230	0,230	0,230
1/1413		Forschungsvorhaben:							
1/14138	12	Aufwendungen		.....	6,670	.....	6,670	7,760	8,912
1/14136	*12*	*Förderungen*		.....	.....	.....	.....	.....	0,387
		Summe 1413...		.....	6,670	.....	6,670	7,760	9,299
1/1414		Wissenschaftliche Forschung:							
1/14146	12	Förderungen		.....	5,123	.....	5,123	5,123	13,844
1/1416		Forschungseinrichtungen:							
1/14166	12	Förderungen		.....	11,336	.....	11,336	11,336	12,426
1/14168	12	Aufwendungen		.....	0,001	.....	0,001	0,001	0,460
		Summe 1416...		.....	11,337	.....	11,337	11,337	12,886

Anmerkungen:
1/14008 Hievon 2002 0,001 Millionen Euro Ausgaben nach Maßgabe zweckgebundener Einnahmen beim VA-Ansatz 2/14000.

(Beträge in Millionen EURO)

VA-Ansatz	AB	EINNAHMEN Bezeichnung Anm.	Erfolgswirksame Einnahmen	Bestandswirksame Einnahmen	Bundesvoranschlag 2002	Bundesvoranschlag 2001	Erfolg 2000
2/14		**Wissenschaft:**					
2/140		Bundesministerium für Bildung, Wissenschaft und Kultur:					
2/1400		Zentralleitung (Verwaltungsbereich Wissenschaft):					
2/14000	43	Zweckgebundene erfolgswirksame Einnahmen ..... *	0,001	.....	0,001	0,001	.....
2/14004		Erfolgswirksame Einnahmen	0,188	.....	0,188	0,188	0,129
	21		*0,001*	.....	*0,001*	*0,001*	.....
	43		*0,187*	.....	*0,187*	*0,187*	*0,129*
2/14007	43	Bestandswirksame Einnahmen	.....	0,003	0,003	0,003	.....
2/14009		Bezugsvorschussersätze	.....	1,962	1,962	1,962	1,230
	23		.....	*0,407*	*0,407*	*0,407*	*0,352*
	43		.....	*1,555*	*1,555*	*1,555*	*0,878*
		Summe 1400...	0,189	1,965	2,154	2,154	1,359
2/1402		*Amt des BFPZ Arsenal:*					
2/14024	*12*	*Erfolgswirksame Einnahmen*	.....	.....	.....	.....	1,192
		Summe 140...	0,189	1,965	2,154	2,154	2,551
2/141		Bundesministerium (Zweckaufwand):					
2/1410		Hochschulische Einrichtungen:					
2/14104		Erfolgswirksame Einnahmen	32,717	.....	32,717	0,014	0,272
	12		*32,710*	.....	*32,710*	*0,008*	*0,266*
	23		*0,007*	.....	*0,007*	*0,007*	*0,006*
2/14109		Darlehensrückzahlungen	.....	0,019	0,019	0,019	0,010
	12		.....	*0,009*	*0,009*	*0,009*	.....
	23		.....	*0,010*	*0,010*	*0,010*	*0,010*
		Summe 1410...	32,717	0,019	32,736	0,033	0,282

Anmerkungen:
2/14000 Korrespondierende Ausgaben beim VA-Ansatz 1/14008 mitveranschlagt.

(Beträge in Millionen EURO)

VA-Ansatz	AB	AUSGABEN Bezeichnung Anm.	Erfolgsw. Ausgaben pers.	Erfolgsw. Ausgaben sachl.	Bestands-wirksame Ausgaben	Bundesvor-anschlag 2002	Bundesvor-anschlag 2001	Erfolg 2000
1/1417		Österr. Akademie der Wissenschaften und Forschungsinstitute:						
1/14176	12	Förderungen	.....	33, 206	.....	33, 206	33, 206	33, 206
1/14178		Aufwendungen	.....	10, 905	.....	10, 905	9, 451	6, 787
	12		.....	*10, 139*	.....	*10, 139*	*8, 686*	*6, 021*
	43		.....	*0, 766*	.....	*0, 766*	*0, 765*	*0, 765*
		Summe 1417...	.....	44, 111	.....	44, 111	42, 657	39, 992
1/1418		Forschungsvorhaben in internationaler Kooperation:						
1/14186	12	Förderungen	.....	4, 869	.....	4, 869	4, 869	6, 339
1/14187	43	Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen)	.....	2, 908	.....	2, 908	2, 908	15, 957
1/14188		Aufwendungen	.....	12, 453	.....	12, 453	12, 816	15, 287
	12		.....	*8, 564*	.....	*8, 564*	*8, 927*	*8, 093*
	43		.....	*3, 889*	.....	*3, 889*	*3, 889*	*7, 194*
		Summe 1418...	.....	20, 230	.....	20, 230	20, 593	37, 582
1/1415		*Anwendungsorientierte Forschung:*						
1/14156	*12*	*Förderungen*	.....	.....	.....	.....	.....	0, 794
1/14157		*Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen)*	.....	.....	.....	.....	.....	12, 360
	12		.....	.....	.....	.....	.....	*6, 307*
	43		.....	.....	.....	.....	.....	*6, 054*
1/14158	*12*	*Aufwendungen*	.....	.....	.....	.....	.....	0, 136
		Summe 1415...	.....	.....	.....	.....	.....	13, 290
1/1419		*Forschungsunternehmungen:*						
1/14196	*12*	*Förderungen*	.....	.....	.....	.....	.....	6, 414
1/14198	*12*	*Aufwendungen*	.....	.....	.....	.....	.....	2, 398
		Summe 1419...	.....	.....	.....	.....	.....	8, 812
		Summe 141...	.....	312, 186	.....	312, 186	279, 482	330, 155
1/142		Universitäten und wissenschaftliche Einrichtungen:						
1/1420		Universitäten:						
1/14200	12	Personalausgaben	901, 261	.....	.....	901, 261	901, 261	886, 591
1/14203	12	Anlagen	.....	.....	128, 613	128, 613	93, 403	44, 717
1/14207	12	Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen)	.....	55, 304	.....	55, 304	55, 304	56, 889
1/14208		Aufwendungen	.....	520, 462	.....	520, 462	534, 779	511, 201
	12		.....	*520, 461*	.....	*520, 461*	*534, 778*	*511, 201*
	21		.....	*0, 001*	.....	*0, 001*	*0, 001*	.....
		Summe 1420...	901, 261	575, 766	128, 613	1. 605, 640	1. 584, 747	1. 499, 398
1/1421		Universitäten (zweckgebundene Gebarung):						
1/14210	12	Personalausgaben	3, 919	.....	.....	3, 919	3, 919	6, 829
1/14213	12	Anlagen	.....	.....	1, 817	1, 817	1, 817	2, 015
1/14217	12	Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen)	.....	2, 907	.....	2, 907	2, 907	4, 088
1/14218	12	Aufwendungen	.....	13, 801	.....	13, 801	13, 801	16, 428
		Summe 1421...	3, 919	16, 708	1, 817	22, 444	22, 443	29, 360
1/1422		Bibliotheken (zweckgebundene Gebarung):						
1/14220	12	Personalausgaben	0, 003	.....	.....	0, 003	0, 003	.....
1/14223	12	Anlagen	.....	.....	0, 001	0, 001	0, 001	.....
1/14227	12	Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen)	.....	0, 001	.....	0, 001	0, 001	.....
1/14228	12	Aufwendungen	.....	0, 022	.....	0, 022	0, 022	0, 029
		Summe 1422...	0, 003	0, 023	0, 001	0, 027	0, 027	0, 029
1/1423		Bibliotheken:						
1/14230	12	Personalausgaben	0, 112	.....	.....	0, 112	0, 112	0, 039
1/14233	12	Anlagen	.....	.....	0, 239	0, 239	0, 239	0, 582
1/14237	12	Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen)	.....	0, 004	.....	0, 004	0, 004	.....
1/14238	12	Aufwendungen	.....	1, 110	.....	1, 110	1, 110	1, 451
		Summe 1423...	0, 112	1, 114	0, 239	1, 465	1, 466	2, 071

(Beträge in Millionen EURO)

VA-Ansatz	AB	EINNAHMEN Bezeichnung	Anm.	Erfolgswirksame Einnahmen	Bestandswirksame Einnahmen	Bundesvoranschlag 2002	Bundesvoranschlag 2001	Erfolg 2000
2/1418		Forschungsvorhaben in internationaler Kooperation:						
2/14184	43	Erfolgswirksame Einnahmen		0,001	.....	0,001	0,001	.....
2/1416		*Forschungseinrichtungen:*						
2/14164	*12*	*Erfolgswirksame Einnahmen*		.....	.....	.....	.....	0,004
		Summe 141...		32,718	0,019	32,737	0,034	0,286
2/142		Universitäten und wissenschaftliche Einrichtungen:						
2/1420		Universitäten:						
2/14204		Erfolgswirksame Einnahmen		9,349	.....	9,349	9,094	4,327
	12			*9,348*	.....	*9,348*	*9,093*	*4,327*
	21			*0,001*	.....	*0,001*	*0,001*	.....
2/14205	12	Studienbeiträge		141,857	.....	141,857	70,929	.....
2/14207	12	Bestandswirksame Einnahmen		.....	0,073	0,073	0,073	0,026
		Summe 1420...		151,206	0,073	151,279	80,096	4,352
2/1421		Universitäten (zweckgebundene Gebarung):						
2/14210	12	Zweckgebundene erfolgswirksame Einnahmen		22,442	.....	22,442	22,441	30,704
2/14212	12	Zweckgebundene bestandswirksame Einnahmen		.....	0,002	0,002	0,002	.....
		Summe 1421...		22,442	0,002	22,444	22,443	30,704
2/1422		Bibliotheken (zweckgebundene Gebarung):						
2/14220	12	Zweckgebundene erfolgswirksame Einnahmen		0,027	.....	0,027	0,027	0,090
2/1423		Bibliotheken:						
2/14234	12	Erfolgswirksame Einnahmen		0,010	.....	0,010	0,010	0,005
2/14237	12	Bestandswirksame Einnahmen		.....	0,002	0,002	0,002	.....
		Summe 1423...		0,010	0,002	0,012	0,012	0,005

(Beträge in Millionen EURO)

VA-Ansatz	AB	AUSGABEN Bezeichnung	Anm.	Erfolgsw. Ausgaben pers.	Erfolgsw. Ausgaben sachl.	Bestands-wirksame Ausgaben	Bundesvor-anschlag 2002	Bundesvor-anschlag 2001	Erfolg 2000
1/1424		Wissenschaftliche Anstalten:							
1/14240	12	Personalausgaben		16,095	.....	.....	16,095	16,095	16,147
1/14243	12	Anlagen		.....	.....	2,168	2,168	2,168	2,316
1/14247		Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen)		.....	0,044	.....	0,044	0,044	0,044
	12			.....	*0,016*	.....	*0,016*	*0,015*	*0,018*
	21			.....	*0,028*	.....	*0,028*	*0,028*	*0,026*
1/14248		Aufwendungen	*	.....	5,853	.....	5,853	5,853	6,199
	12			.....	*5,841*	.....	*5,841*	*5,841*	*6,188*
	21			.....	*0,012*	.....	*0,012*	*0,012*	*0,011*
		Summe 1424...		16,095	5,897	2,168	24,160	24,160	24,707
1/1425		Wissenschaftliche Anstalten (zweckgebundene Gebarung):							
1/14250	12	Personalausgaben		0,008	.....	.....	0,008	0,008	.....
1/14253	12	Anlagen		.....	.....	0,003	0,003	0,003	.....
1/14257	12	Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen)		.....	0,004	.....	0,004	0,004	.....
1/14258	12	Aufwendungen		.....	0,013	.....	0,013	0,013	0,014
		Summe 1425...		0,008	0,017	0,003	0,028	0,028	0,014
1/14268	*12*	*Aufwendungen*		.....	.....	.....	.....	.....	.....
		Summe 142...		921,398	599,525	132,841	1.653,764	1.632,871	1.555,579
1/143		Universitäten der Künste:							
1/1430		Universitäten der Künste:							
1/14300	13	Personalausgaben		96,194	.....	.....	96,194	96,194	96,125
1/14303	13	Anlagen		.....	.....	6,215	6,215	5,089	4,309
1/14306	13	Förderungen		.....	0,344	.....	0,344	0,344	0,344
1/14307	13	Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen)		.....	14,244	.....	14,244	14,244	15,635
1/14308	13	Aufwendungen		.....	21,366	.....	21,366	21,366	20,108
		Summe 1430...		96,194	35,954	6,215	138,363	137,237	136,522
1/1431		Universitäten der Künste (zweckgebundene Gebarung):							
1/14310	13	Personalausgaben		0,073	.....	.....	0,073	0,073	0,139
1/14313	13	Anlagen		.....	.....	0,240	0,240	0,240	0,569
1/14317	13	Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen)		.....	0,087	.....	0,087	0,087	0,116
1/14318	13	Aufwendungen		.....	1,199	.....	1,199	1,199	1,254
		Summe 1431...		0,073	1,286	0,240	1,599	1,599	2,078
		Summe 143...		96,267	37,240	6,455	139,962	138,836	138,599
1/146		Fachhochschulen:							
1/14603	12	Anlagen		.....	.....	0,036	0,036	0,036	0,003
1/14606	12	Förderungen		.....	94,257	.....	94,257	79,940	64,710
1/14607	12	Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen)		.....	0,011	.....	0,011	0,011	.....
1/14608	12	Aufwendungen		.....	0,638	.....	0,638	0,638	0,526
		Summe 146...		.....	94,906	0,036	94,942	80,625	65,239
		Gesamtausgaben 14...		1.034,279	1.188,865	141,340	2.364,484	2.295,444	2.244,366

Anmerkungen:
1/14248 Die Verausgabung von 0,872 Millionen Euro ist an die Zustimmung des Bundesministeriums für Wirtschaft und Arbeit gebunden.

(Beträge in Millionen EURO)

VA-Ansatz	AB	EINNAHMEN Bezeichnung	Anm.	Erfolgswirksame Einnahmen	Bestandswirksame Einnahmen	Bundesvoranschlag 2002	Bundesvoranschlag 2001	Erfolg 2000
2/1424		Wissenschaftliche Anstalten:						
2/14244		Erfolgswirksame Einnahmen		0,203	.....	0,203	0,203	0,056
	12			*0,198*	.....	*0,198*	*0,199*	*0,043*
	21			*0,005*	.....	*0,005*	*0,005*	*0,013*
2/14247	12	Bestandswirksame Einnahmen		.....	0,001	0,001	0,001	.....
		Summe 1424...		0,203	0,001	0,204	0,205	0,056
2/1425		Wissenschaftliche Anstalten (zweckgebundene Gebarung):						
2/14250	12	Zweckgebundene erfolgswirksame Einnahmen		0,028	.....	0,028	0,028	0,217
		Summe 142...		173,916	0,078	173,994	102,811	35,424
2/143		Universitäten der Künste:						
2/1430		Universitäten der Künste:						
2/14304	13	Erfolgswirksame Einnahmen		3,525	.....	3,525	3,416	3,162
2/14305	13	Studienbeiträge		3,488	.....	3,488	1,744	.....
2/14307	13	Bestandswirksame Einnahmen		.....	0,004	0,004	0,004	0,007
		Summe 1430...		7,013	0,004	7,017	5,164	3,169
2/1431		Universitäten der Künste (zweckgebundene Gebarung):						
2/14310	13	Zweckgebundene erfolgswirksame Einnahmen		1,598	.....	1,598	1,598	1,877
2/14312	13	Zweckgebundene bestandswirksame Einnahmen		.....	0,001	0,001	0,001	0,002
		Summe 1431...		1,598	0,001	1,599	1,599	1,879
		Summe 143...		8,611	0,005	8,616	6,763	5,049
2/146		Fachhochschulen:						
2/14604	12	Erfolgswirksame Einnahmen		0,006	.....	0,006	0,006	0,028
2/14607	12	Bestandswirksame Einnahmen		.....	0,002	0,002	0,002	.....
		Summe 146...		0,006	0,002	0,008	0,008	0,028
		Gesamteinnahmen 14...		215,440	2,069	217,509	111,771	43,338

(Beträge in Millionen EURO)

VA-Ansatz	AB	AUSGABEN Bezeichnung	Anm.	Erfolgsw. Ausgaben pers.	Erfolgsw. Ausgaben sachl.	Bestands-wirksame Ausgaben	Bundesvor-anschlag 2002	Bundesvor-anschlag 2001	Erfolg 2000
1/15		**Soziale Sicherheit und Generationen:**							
1/150		BM für soziale Sicherheit und Generationen:							
1/1500		Zentralleitung:							
1/15000	43	Personalausgaben		34,031	.....	.....	34,031	34,031	34,818
1/15003	43	Anlagen		.....	.....	3,061	3,061	2,555	1,034
1/15006		Förderungen	*	.....	6,365	.....	6,365	7,165	8,497
	12			.....	*0,001*	.....	*0,001*	*0,001*	.....
	21			.....	*2,907*	.....	*2,907*	*2,907*	*3,157*
	22			.....	*3,457*	.....	*3,457*	*4,257*	*5,340*
1/15007		Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen)	..	.....	4,850	.....	4,850	4,848	5,566
	21			.....	*0,001*	.....	*0,001*	*0,001*	*0,009*
	22			.....	*0,450*	.....	*0,450*	*0,450*	*0,491*
	43			.....	*4,399*	.....	*4,399*	*4,397*	*5,066*
1/15008		Aufwendungen		.....	19,127	.....	19,127	19,092	13,283
	12			.....	*0,530*	.....	*0,530*	*0,596*	*0,543*
	22			.....	*0,001*	.....	*0,001*	*0,001*	*0,003*
	43			.....	*18,596*	.....	*18,596*	*18,495*	*12,736*
1/15004	*43*	*Förderungen (Gesetzl. Verpflichtungen)*	...	.....	.....	.....	.....	.....	1,123
		Summe 1500	...	34,031	30,342	3,061	67,434	67,691	64,321
1/1501		Zahlungen im Zusammenhang mit der EU:							
1/15016	22	Förderungen		.....	0,004	.....	0,004	0,004	0,573
1/15018	22	Aufwendungen		.....	0,004	.....	0,004	0,004	0,049
		Summe 1501	...	.....	0,008	.....	0,008	0,008	0,622
1/15038	43	Zahlungen an die BIG		.....	0,004	.....	0,004	.....	.....
1/15045		Bezugsvorschüsse		.....	.....	0,193	0,193	0,193	0,217
	23			.....	.....	*0,004*	*0,004*	*0,004*	.....
	43			.....	.....	*0,189*	*0,189*	*0,189*	*0,217*
		Summe 150	...	34,031	30,354	3,254	67,639	67,892	65,159
1/151		Bundesministerium; Opferfürsorge:							
1/15117	21	Heilfürsorge		.....	1,090	.....	1,090	1,148	1,156
1/15127	22	Versorgungsgebühren		.....	15,632	.....	15,632	13,604	13,953
1/15137	22	Entschädigungen		.....	0,022	.....	0,022	0,022	0,019
1/15147	22	Orthopädische Versorgung		.....	0,015	.....	0,015	0,015	0,003
1/15158	22	Aufwendungen		.....	0,193	.....	0,193	0,196	0,184
1/1516		Ehrengaben- und Hilfsfondsgesetz:							
1/15166	22	Förderungen		.....	1,817	.....	1,817	1,817	.....
		Summe 151	...	.....	18,769	.....	18,769	16,802	15,316
1/152		Bundesministerium; Hilfeleistungen an Opfer von Verbrechen:							
1/15207	22	Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen)	..	.....	0,690	.....	0,690	0,654	0,574
1/15217	21	Heilfürsorge		.....	0,145	.....	0,145	0,145	0,013
1/15227	22	Orthopädische Versorgung		.....	0,029	.....	0,029	0,029	0,026
1/15237	22	Rehabilitation		.....	0,015	.....	0,015	0,015	.....
1/15248	22	Aufwendungen		.....	0,040	.....	0,040	0,040	0,024
1/15255	22	Darlehen		.....	.....	0,004	0,004	0,004	.....
1/15269	22	Aufwendungen (B)		.....	.....	0,858	0,858	0,821	0,769
		Summe 152	...	.....	0,919	0,862	1,781	1,709	1,406

Anmerkungen:
1/15006 Hievon 2002 0,002 Millionen Euro Ausgaben nach Maßgabe zweckgebundener Einnahmen beim VA-Ansatz 2/15000.

(Beträge in Millionen EURO)

VA-Ansatz	AB	EINNAHMEN Bezeichnung	Anm.	Erfolgswirksame Einnahmen	Bestandswirksame Einnahmen	Bundesvoranschlag 2002	Bundesvoranschlag 2001	Erfolg 2000
2/15		**Soziale Sicherheit und Generationen:**						
2/150		BM für soziale Sicherheit und Generationen:						
2/1500		Zentralleitung:						
2/15000		Zentralleitung; zweckgeb. erfolgswirksame Einnahmen	*	0,002	.....	0,002	0,002	0,002
	22			*0,001*	.....	*0,001*	*0,001*	.....
	43			*0,001*	.....	*0,001*	*0,001*	*0,002*
2/15004		Erfolgswirksame Einnahmen		1,368	.....	1,368	1,549	1,497
	21			*0,002*	.....	*0,002*	*0,002*	*0,003*
	22			*0,003*	.....	*0,003*	*0,003*	*0,002*
	43			*1,363*	.....	*1,363*	*1,543*	*1,492*
2/15007	43	Bestandswirksame Einnahmen		.....	0,014	0,014	0,014	.....
		Summe 1500...		1,370	0,014	1,384	1,565	1,499
2/15049		Bezugsvorschussersätze		.....	0,284	0,284	0,284	0,334
	23			.....	*0,024*	*0,024*	*0,024*	*0,020*
	43			.....	*0,260*	*0,260*	*0,260*	*0,314*
2/15054	43	Beiträge zu den Kosten der Bundesaufsicht		1,105	.....	1,105	1,105	1,081
		Summe 150...		2,475	0,298	2,773	2,953	2,913
2/151		Bundesministerium; Opferfürsorge:						
2/15104	22	Erfolgswirksame Einnahmen		0,016	.....	0,016	0,016	0,005
2/152		Bundesministerium; Hilfeleistungen an Opfer von Verbrechen:						
2/15204	22	Erfolgswirksame Einnahmen		0,015	.....	0,015	0,015	0,024
2/15259	22	Darlehensrückzahlungen		.....	0,004	0,004	0,004	.....
2/15267	22	Bestandswirksame Einnahmen		.....	0,073	0,073	0,073	0,083
		Summe 152...		0,015	0,077	0,092	0,092	0,107

Anmerkungen:
2/15000 Korrespondierende Ausgaben beim VA-Ansatz 1/15006 mitveranschlagt.

(Beträge in Millionen EURO)

VA-Ansatz	AB	AUSGABEN Bezeichnung	Anm.	Erfolgsw. Ausgaben pers.	Erfolgsw. Ausgaben sachl.	Bestands-wirksame Ausgaben	Bundesvor-anschlag 2002	Bundesvor-anschlag 2001	Erfolg 2000
1/153		Bundesministerium; Sonstige Leistungen:							
1/15317	22	Entschädigungen nach dem Impfschadengesetz		.....	2,180	.....	2,180	2,108	1,897
1/15327	22	Kleinrentnerentschädigung		.....	0,131	.....	0,131	0,131	.....
1/1534		Pflegevorsorge (Kostenersatz):							
1/15347	22	Leistungen nach dem Bundespflegegeldgesetz		.....	1.308,111	.....	1.308,111	1.271,775	1.264,400
		Summe 153...		.....	1.310,422	.....	1.310,422	1.274,013	1.266,296
1/154		Bundesministerium; Allgemeine Fürsorge:							
1/15436	22	Förderungen		.....	1,017	.....	1,017	1,017	5,596
1/15446	22	Nationalfonds für Behinderte		.....	4,724	.....	4,724	4,724	.....
1/15456	22	Maßnahmen für Behinderte		.....	72,673	.....	72,673	72,673	.....
1/15427	*22*	*Kleinrentnerentschädigung*		.....	.....	.....	.....	.....	0,117
		Summe 154...		.....	78,414	.....	78,414	78,414	5,713
1/157		Einrichtungen der Kriegsopfer- und Heeresversorgung:							
1/1570		Bundessozialämter:							
1/15700	22	Personalausgaben		26,247	.....	.....	26,247	26,247	27,004
1/15703	22	Anlagen		.....	.....	2,932	2,932	1,570	1,026
1/15707	22	Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen)		.....	0,885	.....	0,885	0,885	0,596
1/15708	22	Aufwendungen		.....	21,611	.....	21,611	17,801	15,175
		Summe 1570...		26,247	22,496	2,932	51,675	46,503	43,801
1/15717	22	Entschädigung für Kriegsgefangenschaft		.....	5,814	.....	5,814	5,814	.....
1/15737	21	Heilfürsorge		.....	7,849	.....	7,849	7,994	5,621
1/15747	22	Berufliche und soziale Maßnahmen		.....	0,218	.....	0,218	0,218	0,130
1/15757	22	Orthopädische Versorgung		.....	6,177	.....	6,177	6,177	5,268
1/15767	22	Versorgungsgebühren		.....	324,275	.....	324,275	337,588	342,514
1/15777	22	Krankenversicherung		.....	13,437	.....	13,437	14,171	14,990
1/15778	22	Härteausgleiche		.....	1,054	.....	1,054	1,090	1,037
1/1578		Vertrag mit der Bundesrepublik Deutschland:							
1/15787		Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen)		.....	0,654	.....	0,654	0,654	0,717
	21			.....	*0,520*	.....	*0,520*	*0,518*	*0,655*
	22			.....	*0,134*	.....	*0,134*	*0,136*	*0,062*
1/15788	22	Aufwendungen		.....	0,001	.....	0,001	0,001	0,001
		Summe 1578...		.....	0,655	.....	0,655	0,656	0,718
1/15798	22	Fahrausweise und Sonderfürsorge		.....	0,145	.....	0,145	0,145	0,143
		Summe 157...		26,247	382,120	2,932	411,299	420,356	414,222

(Beträge in Millionen EURO)

VA-Ansatz	AB	EINNAHMEN Bezeichnung Anm.	Erfolgswirksame Einnahmen	Bestandswirksame Einnahmen	Bundesvoranschlag 2002	Bundesvoranschlag 2001	Erfolg 2000
2/153		Bundesministerium; Sonstige Leistungen:					
2/15314	22	Erfolgswirksame Einnahmen	0,002	.....	0,002	0,002	.....
2/1534		Pflegevorsorge (Kostenersatz):					
2/15344	22	Erfolgswirksame Einnahmen	0,001	.....	0,001	0,001	.....
		Summe 153...	0,003	.....	0,003	0,003	.....
2/154		Bundesministerium; Allgemeine Fürsorge:					
2/15494	22	Erfolgswirksame Einnahmen	0,003	.....	0,003	0,003	0,000
2/157		Einrichtungen der Kriegsopfer- und Heeresversorgung:					
2/1570		Bundessozialämter:					
2/15704		Erfolgswirksame Einnahmen	0,028	.....	0,028	0,028	0,022
	22		*0,027*	.....	*0,027*	*0,027*	*0,022*
	43		*0,001*	.....	*0,001*	*0,001*	.....
2/15707	22	Bestandswirksame Einnahmen	.....	0,010	0,010	0,010	0,009
		Summe 1570...	0,028	0,010	0,038	0,038	0,031
2/15714	22	Entschädigung für Kriegsgefangenschaft	0,001	.....	0,001	0,001	.....
2/15784		Vertrag mit der Bundesrepublik Deutschland/Kostenersatz	0,451	.....	0,451	0,451	0,431
	21		*0,370*	.....	*0,370*	*0,369*	*0,373*
	22		*0,081*	.....	*0,081*	*0,082*	*0,058*
2/15794	22	Sonstige Einnahmen der Kriegsopfer- und Heeresversorgung	4,506	.....	4,506	4,651	6,173
		Summe 157...	4,986	0,010	4,996	5,140	6,635

(Beträge in Millionen EURO)

VA-Ansatz	AB	AUSGABEN Bezeichnung	Anm.	Erfolgsw. Ausgaben pers.	Erfolgsw. Ausgaben sachl.	Bestands-wirksame Ausgaben	Bundesvor-anschlag 2002	Bundesvor-anschlag 2001	Erfolg 2000
1/155		*Arbeitsmarktpolitik (I):*							
1/1550		*Ämter des AMS:*							
1/15500	22	*Personalausgaben*		.....	.....	.....	.....	.....	13,641
1/15507	22	*Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen)*		.....	.....	.....	.....	.....	0,270
1/15508	22	*Aufwendungen*		.....	.....	.....	.....	.....	0,442
		Summe 1550		.....	.....	.....	.....	.....	14,354
1/1551		*Arbeitsmarktpolitische Maßnahmen gemäß AMFG und AMSG:*							
1/15515	22	*Förderungen (D)*		.....	.....	.....	.....	.....	.....
1/15516	22	*Förderungen*		.....	.....	.....	.....	.....	99,442
1/15518		*Aufwendungen*		.....	.....	.....	.....	.....	1,560
	12			.....	.....	.....	.....	.....	*0,031*
	22			.....	.....	.....	.....	.....	*1,530*
		Summe 1551		.....	.....	.....	.....	.....	101,002
1/1553		*Arbeitsmarktpolitische Maßnahmen (EU):*							
1/15536	22	*Förderungen*		.....	.....	.....	.....	.....	3,732
1/15538	22	*Aufwendungen*		.....	.....	.....	.....	.....	0,313
		Summe 1553		.....	.....	.....	.....	.....	4,045
1/15547	22	*Sonderunterstützung*		.....	.....	.....	.....	.....	17,006
1/1555		*Arbeitsmarktpolitische Leistungen gem. AlVG und KGG:*							
1/15554	22	*Wiedereinstellungsbeihilfe gemäß KGG*		.....	.....	.....	.....	.....	0,342
1/15557	22	*Leistungen nach dem AlVG und KGG*		.....	.....	.....	.....	.....	835,135
		Summe 1555		.....	.....	.....	.....	.....	835,477
1/15567	22	*Zahlungen und Überweisungen gem. AMPFG*		.....	.....	.....	.....	.....	.....
1/1557		*Überweisung an das AMS:*							
1/15578	22	*Überweisung an das AMS gem. § 41 (2) AMSG.*		.....	.....	.....	.....	.....	45,239
1/15587	22	*Kostenersatz an die Träger der Krankenversicherung*		.....	.....	.....	.....	.....	12,049
1/15597	22	*Beitrag d. Arbeitslosenvers. z. Schlechtw. entsch. im Baugew.*		.....	.....	.....	.....	.....	2,180
		Summe 155		.....	.....	.....	.....	.....	1.031,353
1/156		*Arbeitsmarktpolitik (II):*							
1/15626	22	*Sicherung der Jugendausbildung*		.....	.....	.....	.....	.....	10,218
1/15627	22	*Überbrückungshilfen an ehemalige öffentlich Bedienstete*		.....	.....	.....	.....	.....	0,244
1/15656	22	*Beschäftigungsprogramm*		.....	.....	.....	.....	.....	7,052
		Summe 156		.....	.....	.....	.....	.....	17,514

(Beträge in Millionen EURO)

VA-Ansatz	AB	EINNAHMEN Bezeichnung	Anm.	Erfolgswirksame Einnahmen	Bestandswirksame Einnahmen	Bundesvoranschlag 2002	Bundesvoranschlag 2001	Erfolg 2000
2/155		*Arbeitsmarktpolitik (I):*						
2/1550		*Ämter des AMS:*						
2/15500	22	*Zweckgebundene erfolgswirksame Einnahmen*		.....	.....	.....	.....	0,030
2/1551		*Arbeitsmarktpolitische Maßnahmen gemäß AMFG und AMSG:*						
2/15510	22	*Zweckgebundene erfolgswirksame Einnahmen*		.....	.....	.....	.....	0,064
2/15513	22	*Zweckgebundene Darlehensrückzahlungen*		.....	.....	.....	.....	0,359
		Summe 1551...		.....	.....	.....	.....	0,424
2/15530	22	*Überweisungen für arbeitsmarktpol. Maßn. (EU)*	..	.....	.....	.....	.....	.....
2/15580	22	*Arbeitslosenversicherungsbeiträge (zweckgeb. Einnahmen)*		.....	.....	.....	.....	797,706
2/15581	22	*Beitrag der Gebietskörperschaften (zweckgeb. Gebarung)*		.....	.....	.....	.....	1,875
2/15590	22	*Überweisungen von der BUAK*		.....	.....	.....	.....	0,195
		Summe 155...		.....	.....	.....	.....	800,230
2/156		*Arbeitsmarktpolitik (II):*						
2/15664	22	*Arbeitsmarktpolitische Maßnahmen gemäß § 51 a AMFG*		.....	.....	.....	.....	0,419

(Beträge in Millionen EURO)

VA-Ansatz	AB	AUSGABEN Bezeichnung	Anm.	Erfolgsw. Ausgaben pers.	Erfolgsw. Ausgaben sachl.	Bestands-wirksame Ausgaben	Bundesvor-anschlag 2002	Bundesvor-anschlag 2001	Erfolg 2000
1/159		*Verschiedene Dienststellen*:							
1/1590		*Heimarbeitskommissionen*:							
1/15900	*22*	*Personalausgaben*		.....	.....	.....	.....	.....	0,052
1/15908	*22*	*Aufwendungen*		.....	.....	.....	.....	.....	0,016
		Summe 1590...		.....	.....	.....	.....	.....	0,068
1/1592		*Arbeitsinspektion*:							
1/15920	*21*	*Personalausgaben*		.....	.....	.....	.....	.....	4,301
1/15923	*21*	*Anlagen*		.....	.....	.....	.....	.....	0,001
1/15927		*Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen)*		.....	.....	.....	.....	.....	0,260
	21			.....	.....	.....	.....	.....	*0,170*
	22			.....	.....	.....	.....	.....	*0,090*
1/15928	*21*	*Aufwendungen*		.....	.....	.....	.....	.....	1,108
		Summe 1592...		.....	.....	.....	.....	.....	5,670
		Summe 159...		.....	.....	.....	.....	.....	5,739
		Gesamtausgaben 15...		60,278	1.820,998	7,048	1.888,324	1.859,186	2.822,718

(Beträge in Millionen EURO)

VA-Ansatz	AB	EINNAHMEN Bezeichnung	Anm.	Erfolgswirksame Einnahmen	Bestandswirksame Einnahmen	Bundesvoranschlag 2002	Bundesvoranschlag 2001	Erfolg 2000
2/159		*Verschiedene Dienststellen:*						
2/1590		*Heimarbeitskommissionen:*						
2/15904	*22*	*Erfolgswirksame Einnahmen*		.....	.....	.....	.....	0,002
2/1592		*Arbeitsinspektion:*						
2/15924	*21*	*Erfolgswirksame Einnahmen*		.....	.....	.....	.....	0,094
2/15927	*21*	*Bestandswirksame Einnahmen*		.....	.....	.....	.....	0,007
		Summe 1592		.....	.....	.....	.....	0,100
		Summe 159		.....	.....	.....	.....	0,102
		Gesamteinnahmen 15		7,498	0,385	7,883	8,208	810,411

(Beträge in Millionen EURO)

VA-Ansatz	AB	AUSGABEN Bezeichnung	Anm.	Erfolgsw. Ausgaben pers.	Erfolgsw. Ausgaben sachl.	Bestands-wirksame Ausgaben	Bundesvor-anschlag 2002	Bundesvor-anschlag 2001	Erfolg 2000
1/16		**Sozialversicherung:**	*						
1/160		Bundesministerium; Pensionsversicherung (Bundesbeitrag):							
1/16007	22	PVA der Arbeiter; Bundesbeitrag		.....	1.577,686	.....	1.577,686	1.490,694	1.372,070
1/16027	22	VA der österr. Eisenbahnen; Bundesbeitrag.		.....	44,120	.....	44,120	43,546	49,577
1/16037	22	PVA der Angestellten; Bundesbeitrag		.....	863,661	.....	863,661	792,679	688,255
1/16047	22	VA des österr. Bergbaues; Bundesbeitrag		.....	121,843	.....	121,843	115,419	105,056
1/16057	22	Überweisung gem. § 34 (1) GSVG		.....	701,438	.....	701,438	684,723	674,291
1/16067	22	SVA der gewerbl. Wirtschaft; Bundesbeitrag		.....	311,280	.....	311,280	33,139	336,446
1/16077	22	Betrag gem. § 31 (2) BSVG		.....	341,780	.....	341,780	342,144	324,194
1/16087	22	SVA der Bauern; Bundesbeitrag		.....	677,165	.....	677,165	653,445	601,898
		Summe 160...		.....	4.638,973	.....	4.638,973	4.155,789	4.151,787
1/161		Bundesministerium; Ausgleichszulagen:							
1/16107	22	PVA der Arbeiter; Ausgleichszulagen		.....	383,175	.....	383,175	457,294	392,760
1/16127	22	VA der österr. Eisenbahnen; Ausgleichszulagen		.....	3,394	.....	3,394	4,731	3,365
1/16137	22	PVA der Angestellten; Ausgleichszulagen		.....	46,271	.....	46,271	93,486	45,515
1/16147	22	VA des österr. Bergbaues; Ausgleichszulagen		.....	3,982	.....	3,982	6,017	4,440
1/16157	22	SVA der gewerbl. Wirtschaft; Ausgleichszulagen		.....	64,759	.....	64,759	79,097	70,075
1/16167	22	SVA der Bauern; Ausgleichszulagen		.....	230,729	.....	230,729	240,831	224,959
		Summe 161...		.....	732,310	.....	732,310	881,456	741,114
1/162		Bundesministerium; Leistungen zur Krankenversicherung:							
1/16217	22	SVA der Bauern; Bundesbeitrag zur Krankenversicherung		.....	0,001	.....	0,001	0,001	48,140
1/16227	22	Zuschuss zum Ausgleichsfonds der Krankenversicherungsträger		.....	0,001	.....	0,001	0,001	.....
1/16237	22	Teilersatz der Aufwendungen für Jugendlichenuntersuchungen		.....	1,671	.....	1,671	1,671	1,533
		Summe 162...		.....	1,673	.....	1,673	1,674	49,673
1/164		Bundesministerium; sonst. Leistungen zur Sozialversicherung:							
1/16407	22	Bundesbeitrag zur Unfallversicherung gem. §74a(2)ASVG		.....	0,799	.....	0,799	0,799	0,700
1/16417	22	Vorschüsse auf ausländische Renten		.....	0,001	.....	0,001	0,001	.....
1/16427	22	SVA der Bauern; Bundesbeitrag zur Unfallversicherung		.....	29,069	.....	29,069	27,616	26,526
1/16437	22	Ersatzleistungen gem. § 117 B-KUVG		.....	0,218	.....	0,218	0,218	0,235
		Summe 164...		.....	30,087	.....	30,087	28,634	27,461
1/165		BM; Leistungen n. d. Nachtschwerarbeitsgesetz (NSchG):							
1/16507	22	Ersatz der Aufwendungen für das Sonderruhegeld		.....	33,982	.....	33,982	29,360	27,170
1/16517	22	Vergütung f. d. Einhebung d. Nachtschwerarbeits-Beitrages		.....	0,070	.....	0,070	0,070	0,068
		Summe 165...		.....	34,052	.....	34,052	29,429	27,237
		Gesamtausgaben 16...		.....	5.437,095	.....	5.437,095	5.096,982	4.997,272

Anmerkungen:
1/16 Personal- und Sachausgaben beim Paragraph 1/1500 mitveranschlagt.

(Beträge in Millionen EURO)

VA-Ansatz	AB	EINNAHMEN Bezeichnung	Anm.	Erfolgswirksame Einnahmen	Bestandswirksame Einnahmen	Bundesvoranschlag 2002	Bundesvoranschlag 2001	Erfolg 2000
2/16		**Sozialversicherung:**						
2/160		Bundesministerium; Pensionsversicherung (Bundesbeitrag):						
2/16004	22	Erfolgswirksame Einnahmen		0,001	.....	0,001	0,001	386,077
2/161		Bundesministerium; Ausgleichszulagen:						
2/16104	22	Erfolgswirksame Einnahmen		0,001	.....	0,001	0,001	0,088
2/162		Bundesministerium; Leistungen zur Krankenversicherung:						
2/16204	22	Erfolgswirksame Einnahmen		0,001	.....	0,001	0,001	.....
2/164		Bundesministerium; sonst. Leistungen zur Sozialversicherung:						
2/16404	22	Erfolgswirksame Einnahmen		0,001	.....	0,001	0,001	1,353
2/165		BM; Leistungen n. d. Nachtschwerarbeitsgesetz (NSchG):						
2/16504	22	Erfolgswirksame Einnahmen		10,538	.....	10,538	10,538	11,264
		Gesamteinnahmen 16...		10,542	.....	10,542	10,542	398,781

(Beträge in Millionen EURO)

VA-Ansatz	AB	AUSGABEN Bezeichnung	Anm.	Erfolgsw. Ausgaben pers.	Erfolgsw. Ausgaben sachl.	Bestands-wirksame Ausgaben	Bundesvor-anschlag 2002	Bundesvor-anschlag 2001	Erfolg 2000
1/17		Gesundheit:							
1/172		Bundesministerium; Gesundheitsvorsorge:							
1/1720		Vorsorgemedizin; Epidemiologische Maßnahmen:							
1/17203	21	Anlagen		.....	.....	0,145	0,145	0,036	.....
1/17206	21	Förderungen		.....	6,177	.....	6,177	6,074	4,998
1/17207	21	Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen)		.....	0,436	.....	0,436	0,363	0,289
1/17208	21	Aufwendungen		.....	14,171	.....	14,171	10,866	8,248
1/17204	*21*	*Förderungen (Gesetzl. Verpflichtungen)*		.....	.....	.....	.....	.....	.....
		Summe 1720		.....	20,784	0,145	20,929	17,340	13,535
1/17217	21	Überweisung an den Krankenanstalten-Zusammenarbeitsfonds		.....	0,002	.....	0,002	0,002	.....
1/1722		Bekämpfung des Suchtmittelmissbrauches:							
1/17223	21	Anlagen		.....	.....	0,145	0,145	0,018	.....
1/17226	21	Förderungen		.....	1,817	.....	1,817	1,677	1,680
1/17228	21	Aufwendungen		.....	1,817	.....	1,817	2,180	0,383
		Summe 1722		.....	3,634	0,145	3,779	3,876	2,062
1/1723		Gesundheitsförderung, Aufklärung u. Information (zweckg. Geb.):							
1/17236	21	Förderungen	*	.....	7,250	.....	7,250	7,267	4,137
1/1724		Mutter-Kind-Pass (zweckgeb. Gebarung):							
1/17247	21	Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen)	*	.....	30,595	.....	30,595	30,595	25,322
1/17218	*12*	*Klinischer Mehraufwand (Universitätskliniken)*		.....	.....	.....	.....	.....	59,877
		Summe 172		.....	62,265	0,290	62,555	59,081	104,933

Anmerkungen:
1/17236 Korrespondierende Einnahmen beim VA-Ansatz 2/17230 veranschlagt.
1/17247 Ausgaben nach Maßgabe zweckgebundener Einnahmen beim VA-Ansatz 2/17240.

(Beträge in Millionen EURO)

VA-Ansatz	AB	EINNAHMEN Bezeichnung	Anm.	Erfolgswirksame Einnahmen	Bestandswirksame Einnahmen	Bundesvoranschlag 2002	Bundesvoranschlag 2001	Erfolg 2000
2/17		**Gesundheit:**						
2/172		Bundesministerium; Gesundheitsvorsorge:						
2/1723		Gesundheitsförderung, Aufklärung u. Information (zweckg. Geb.):						
2/17230	21	Anteil der Umsatzsteuer	*	7,250	.....	7,250	7,267	7,267
2/1724		Mutter-Kind-Pass (zweckgeb. Gebarung):						
2/17240	21	Zweckgebundene erfolgswirksame Einnahmen	*	30,595	.....	30,595	30,595	25,322
2/17294		Erfolgswirksame Einnahmen		2,725	.....	2,725	2,725	2,697
	21			*2,725*	.....	*2,725*	*2,725*	*2,081*
	12			.....	.....	.....	.....	*0,616*
2/17297	21	Bestandswirksame Einnahmen		.....	0,001	0,001	0,001	.....
		Summe 172...		40,570	0,001	40,571	40,589	35,286

Anmerkungen:
2/17230 2002 Überweisung vom VA-Ansatz 2/52824 in Höhe von 7,267 Millionen Euro.
Korrespondierende Ausgaben beim VA-Ansatz 1/17236 veranschlagt.
2/17240 Korrespondierende Ausgaben beim VA-Ansatz 1/17247 veranschlagt.

(Beträge in Millionen EURO)

VA-Ansatz	AB	AUSGABEN Bezeichnung	Anm.	Erfolgsw. Ausgaben pers.	Erfolgsw. Ausgaben sachl.	Bestands-wirksame Ausgaben	Bundesvor-anschlag 2002	Bundesvor-anschlag 2001	Erfolg 2000
1/173		Veterinärw., Lebensmittelang., Gentechnologie u. Strahlensch.:							
1/1731		Veterinärwesen:							
1/17316		Förderungen		.....	0,035	.....	0,035	0,034	0,021
	21			.....	*0,023*	.....	*0,023*	*0,022*	*0,021*
	34			.....	*0,012*	.....	*0,012*	*0,012*	.....
1/17317	34	Epizootie		.....	3,741	.....	3,741	2,485	0,796
1/17318	34	Aufwendungen		.....	7,430	.....	7,430	7,049	0,150
		Summe 1731...		.....	11,206	.....	11,206	9,568	0,967
1/1732		Lebensmittel, Chemikalien:							
1/17326	21	Förderungen		.....	0,003	.....	0,003	0,003	0,003
1/17327	21	Entschädigungen		.....	0,022	.....	0,022	0,022	0,010
1/17328	21	Lebensmittel- und Chemikalienkontrolle		.....	0,496	.....	0,496	0,486	0,205
		Summe 1732...		.....	0,521	.....	0,521	0,511	0,219
1/1733		Gentechnologie:							
1/17336	21	Förderungen		.....	0,005	.....	0,005	0,005	-0,001
1/17338	21	Aufwendungen		.....	0,378	.....	0,378	0,370	0,298
		Summe 1733...		.....	0,383	.....	0,383	0,376	0,298
1/1734		Strahlenschutz:							
1/17346	21	Förderungen		.....	0,008	.....	0,008	0,007	0,008
1/17347	21	Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen)		.....	0,073	.....	0,073	0,073	0,038
1/17348	21	Aufwendungen		.....	1,088	.....	1,088	1,063	0,431
		Summe 1734...		.....	1,169	.....	1,169	1,143	0,476
		Summe 173...		.....	13,279	.....	13,279	11,597	1,959
1/174		Bundesministerium; Gesundheit; Rechtsangelegenheiten:							
1/17408		Aufwendungen		.....	0,363	.....	0,363	0,327	0,298
	11			.....	*0,156*	.....	*0,156*	*0,138*	*0,106*
	21			.....	*0,207*	.....	*0,207*	*0,189*	*0,192*
1/17417	21	Aufwand nach dem Bäderhygienegesetz		.....	0,218	.....	0,218	0,185	0,159
1/17427	21	Zweckzuschüsse nach dem Krankenanstaltengesetz (KAG)		.....	402,537	.....	402,537	394,902	472,105
1/17437	21	Aufwand nach dem Tuberkulosegesetz		.....	2,035	.....	2,035	1,787	2,074
1/17447	21	Entschädigungen nach Sanitätsgesetzen		.....	2,030	.....	2,030	1,989	1,797
1/17457	11	Studienförderung/Medizinisch-technische Schulen		.....	3,634	.....	3,634	3,525	3,623
1/17467	11	Schülerbeihilfen		.....	0,182	.....	0,182	0,171	0,155
		Summe 174...		.....	410,999	.....	410,999	402,886	480,210
1/179		Dienststellen:							
1/1790		Lebensmitteluntersuchungsanstalten:							
1/17900	21	Personalausgaben		8,102	.....	.....	8,102	8,102	5,861
1/17903	21	Anlagen		.....	.....	0,970	0,970	0,880	0,800
1/17907	21	Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen)		.....	0,003	.....	0,003	0,003	0,000
1/17908	21	Aufwendungen		.....	4,439	.....	4,439	4,248	2,516
		Summe 1790...		8,102	4,442	0,970	13,514	13,232	9,177
1/1791		Bundesinstitut für Arzneimittel:							
1/17910	21	Personalausgaben		3,689	.....	.....	3,689	3,689	3,869
1/17913	21	Anlagen		.....	.....	0,618	0,618	0,478	0,252
1/17917	21	Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen)		.....	0,004	.....	0,004	0,003	0,001
1/17918	21	Aufwendungen		.....	2,645	.....	2,645	2,677	1,286
		Summe 1791...		3,689	2,649	0,618	6,956	6,848	5,409

(Beträge in Millionen EURO)

VA-Ansatz	AB	EINNAHMEN Bezeichnung Anm.	Erfolgswirksame Einnahmen	Bestandswirksame Einnahmen	Bundesvoranschlag 2002	Bundesvoranschlag 2001	Erfolg 2000
2/173		Veterinärw., Lebensmittelang., Gentechnologie u. Strahlensch.:					
2/17314	34	Epizootie	0,382	.....	0,382	0,422	0,142
2/1733		Gentechnologie:					
2/17334		Erfolgswirksame Einnahmen	0,107	.....	0,107	0,107	0,039
	21		*0,098*	.....	*0,098*	*0,097*	*0,039*
	34		*0,009*	.....	*0,009*	*0,009*	.....
2/17337		Bestandswirksame Einnahmen	.....	0,006	0,006	0,006	.....
	21		.....	*0,005*	*0,005*	*0,005*	.....
	34		.....	*0,001*	*0,001*	*0,001*	.....
		Summe 1733...	0,107	0,006	0,113	0,113	0,039
		Summe 173...	0,489	0,006	0,495	0,534	0,181
2/174		Bundesministerium; Gesundheit; Rechtsangelegenheiten:					
2/17494	21	Erfolgswirksame Einnahmen	0,004	.....	0,004	0,004	0,001
2/179		Dienststellen:					
2/1790		Lebensmitteluntersuchungsanstalten:					
2/17904	21	Erfolgswirksame Einnahmen	2,351	.....	2,351	2,351	0,949
2/17907	21	Bestandswirksame Einnahmen	.....	0,015	0,015	0,015	.....
		Summe 1790...	2,351	0,015	2,366	2,365	0,949
2/1791		Bundesinstitut für Arzneimittel:					
2/17914	21	Erfolgswirksame Einnahmen	0,752	.....	0,752	0,752	0,720
2/17917	21	Bestandswirksame Einnahmen	.....	0,012	0,012	0,012	0,003
		Summe 1791...	0,752	0,012	0,764	0,765	0,723

(Beträge in Millionen EURO)

VA-Ansatz	AB	AUSGABEN Bezeichnung Anm.	Erfolgsw. Ausgaben pers.	Erfolgsw. Ausgaben sachl.	Bestands-wirksame Ausgaben	Bundesvor-anschlag 2002	Bundesvor-anschlag 2001	Erfolg 2000
1/1793		Bakteriologisch-serologische Untersuchungsanstalten:						
1/17930	21	Personalausgaben	8,044	.....	.....	8,044	8,044	7,571
1/17933	21	Anlagen	.....	.....	0,872	0,872	0,761	0,329
1/17937	21	Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen)	.....	0,109	.....	0,109	0,104	0,093
1/17938	21	Aufwendungen	.....	5,789	.....	5,789	5,618	5,617
		Summe 1793...	8,044	5,898	0,872	14,814	14,527	13,610
1/1794		Bundes-Hebammenakademien:						
1/17948	21	Aufwendungen	.....	0,036	.....	0,036	0,436	0,377
1/17940	*21*	*Personalausgaben*	.....	.....	.....	.....	.....	.....
1/17943	*21*	*Anlagen*	.....	.....	.....	.....	0,001	.....
1/17947	*22*	*Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen)*	.....	.....	.....	.....	.....	.....
		Summe 1794...	.....	0,036	.....	0,036	0,437	0,377
1/1795		Veterinärmedizinische Anstalten:						
1/17950	34	Personalausgaben	6,864	.....	.....	6,864	6,864	5,120
1/17953	34	Anlagen	.....	.....	0,575	0,575	0,564	0,785
1/17957	34	Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen)	.....	0,003	.....	0,003	0,003	0,000
1/17958	34	Aufwendungen	.....	5,947	.....	5,947	5,269	2,807
		Summe 1795...	6,864	5,950	0,575	13,389	12,700	8,712
1/1796		Veterinärmedizinischer Grenzbeschaudienst:						
1/17960	34	Personalausgaben	1,627	.....	.....	1,627	1,627	1,308
1/17963	34	Anlagen	.....	.....	0,167	0,167	0,164	0,032
1/17967	22	Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen)	.....	0,025	.....	0,025	0,025	0,009
1/17968	34	Aufwendungen	.....	1,784	.....	1,784	1,716	1,012
		Summe 1796...	1,627	1,809	0,167	3,603	3,531	2,361
		Summe 179...	28,326	20,784	3,202	52,312	51,275	39,646
		Gesamtausgaben 17...	28,326	507,327	3,492	539,145	524,839	626,749

(Beträge in Millionen EURO)

VA-Ansatz	AB	EINNAHMEN Bezeichnung	Anm.	Erfolgswirksame Einnahmen	Bestandswirksame Einnahmen	Bundesvoranschlag 2002	Bundesvoranschlag 2001	Erfolg 2000
2/1793		Bakteriologisch-serologische Untersuchungsanstalten:						
2/17934	21	Erfolgswirksame Einnahmen		14,128	.....	14,128	14,128	13,892
2/17937	21	Bestandswirksame Einnahmen		.....	0,012	0,012	0,012	0,001
		Summe 1793...		14,128	0,012	14,140	14,140	13,892
2/1794		Bundes-Hebammenakademien:						
2/17944	21	Erfolgswirksame Einnahmen		0,018	.....	0,018	0,218	0,190
2/17947	21	Bestandswirksame Einnahmen		.....	0,001	0,001	0,001	.....
		Summe 1794...		0,018	0,001	0,019	0,219	0,190
2/1795		Veterinärmedizinische Anstalten:						
2/17954	34	Erfolgswirksame Einnahmen		5,581	.....	5,581	5,581	2,559
2/17957	34	Bestandswirksame Einnahmen		.....	0,012	0,012	0,012	0,000
		Summe 1795...		5,581	0,012	5,593	5,592	2,559
2/1796		Veterinärmedizinischer Grenzbeschaudienst:						
2/17964	34	Erfolgswirksame Einnahmen		3,304	.....	3,304	3,304	2,798
2/17967	34	Bestandswirksame Einnahmen		.....	0,003	0,003	0,003	.....
		Summe 1796...		3,304	0,003	3,307	3,307	2,798
		Summe 179...		26,134	0,055	26,189	26,388	21,112
		Gesamteinnahmen 17...		67,197	0,062	67,259	67,515	56,580

(Beträge in Millionen EURO)

VA-Ansatz	AB	AUSGABEN Bezeichnung	Anm.	Erfolgsw. Ausgaben pers.	Erfolgsw. Ausgaben sachl.	Bestands-wirksame Ausgaben	Bundesvor-anschlag 2002	Bundesvor-anschlag 2001	Erfolg 2000
1/19		**Jugend, Familie und Senioren:**							
		Jugend und Familie							
1/191		Familien- und seniorenpolitische Maßnahmen:							
		Familienpolitische Maßnahmen							
1/1911		Familien- und seniorenpolitische Aktivitäten:							
		Familienpolitische Aktivitäten							
1/19114	22	Förderungen (Gesetzl. Verpflichtungen)		.....	1,503	.....	1,503	1,503	.....
1/19116	22	Förderungen		.....	1,545	.....	1,545	1,545	1,503
1/19118	22	Aufwendungen	*	.....	2,059	.....	2,059	2,059	1,472
		Summe 1911		.....	5,107	.....	5,107	5,107	2,975
1/1913		Reservefonds für Familienbeihilfen:							
1/19137	22	Zahlung an den Reservefonds für Familienbeihilfen		.....	0,002	.....	0,002	0,002	.....
		Summe 191		.....	5,109	.....	5,109	5,109	2,975
1/193		Ausgleichsfonds für Familienbeihilfen (zweckgeb. Geb.):							
1/19307	22	Familienbeihilfen		.....	2.695,726	.....	2.695,726	2.715,784	2.711,036
1/19317	22	Mutter-Kind-Pass-Bonus und Kleinkindbeihilfen		.....	10,174	.....	10,174	10,174	8,583
1/19327	22	Schulfahrtbeihilfen und Lehrlingsfahrtbeihilfen		.....	2,471	.....	2,471	2,471	2,098
1/19337	22	Schülerfreifahrten		.....	307,374	.....	307,374	298,415	283,104
1/19347	22	Schulbücher		.....	93,749	.....	93,749	93,588	92,156
1/19357	22	Lehrlingsfreifahrten		.....	14,591	.....	14,591	14,376	15,419
1/1936		Härteausgleich:							
1/19365	22	Förderungen (D)		.....	.....	0,073	0,073	0,073	.....
1/19368	22	Aufwendungen		.....	2,108	.....	2,108	2,108	0,753
		Summe 1936		.....	2,108	0,073	2,181	2,180	0,753
1/1937		Familienberatungsstellen:							
1/19376	22	Förderungen		.....	10,901	.....	10,901	10,901	9,090
1/1938		Sonstige familienpolitische Maßnahmen:							
1/19386	22	Förderungen		.....	2,180	.....	2,180	2,180	1,408
1/19387	22	Sonstige Maßnahmen	*	.....	334,838	.....	334,838	1.183,383	1.002,715
1/19388	22	Aufwendungen		.....	2,398	.....	2,398	2,398	0,059
1/19389	22	Unterhaltsvorschüsse		.....	.....	86,125	86,125	83,617	81,371
		Summe 1938		.....	339,416	86,125	425,541	1.271,579	1.085,554
1/19397	22	Überweisungen		.....	995,364	.....	995,364	0,002	104,616
		Rückzahlungen und Überweisungen							
		Summe 193		.....	4.471,874	86,198	4.558,072	4.419,469	4.312,409
1/194		Jugend:							
1/1941		Außerschulische Jugenderziehung:							
1/19416	11	Förderungen		.....	6,760	.....	6,760	6,759	6,079
1/19418	11	Aufwendungen		.....	1,037	.....	1,037	1,038	0,677
		Summe 194		.....	7,797	.....	7,797	7,797	6,755
		Gesamtausgaben 19		.....	4.484,780	86,198	4.570,978	4.432,375	4.322,139

Anmerkungen:
1/19118 Hievon 2002 0,001 Millionen Euro Ausgaben nach Maßgabe zweckgebundener Einnahmen beim VA-Ansatz 2/19110.
1/19387 Hievon 2002 3,634 Millionen Euro Überweisung an VA-Ansatz 2/63550.

(Beträge in Millionen EURO)

VA-Ansatz	AB	EINNAHMEN Bezeichnung	Anm.	Erfolgswirksame Einnahmen	Bestandswirksame Einnahmen	Bundesvoranschlag 2002	Bundesvoranschlag 2001	Erfolg 2000
2/19		**Jugend, Familie und Senioren:**						
		Jugend und Familie						
2/191		Familien- und seniorenpolitische Maßnahmen:						
		Familienpolitische Maßnahmen						
2/1911		Familien- und seniorenpolitische Aktivitäten:						
		Familienpolitische Aktivitäten						
2/19110	22	Zweckgebundene erfolgswirksame Einnahmen	*	0,001	.....	0,001	0,001	.....
2/19114	22	Erfolgswirksame Einnahmen		0,001	.....	0,001	0,001	.....
		Summe 1911...		0,002	.....	0,002	0,002	.....
2/1913		Reservefonds für Familienbeihilfen:						
2/19134	22	Erfolgswirksame Einnahmen		0,001	.....	0,001	0,001	.....
		Summe 191...		0,003	.....	0,003	0,003	.....
2/193		Ausgleichsfonds für Familienbeihilfen (zweckgeb. Geb.):						
2/19300	22	Dienstgeberbeiträge (Sektion A)		3.357,185	.....	3.357,185	3.219,874	3.140,080
2/19301	22	Mehrkindzuschlag (Ersatz von Selbstträgern)		0,004	.....	0,004	0,004	.....
2/19310	22	Anteil der Einkommen- und Körperschaftsteuer	*	435,020	.....	435,020	414,901	404,810
2/19311	22	Abgeltung von Ansätzen für Einkommensteuer	*	690,392	.....	690,392	690,392	690,392
2/19320	22	Beiträge von land- und forstwirtschaftlichen Betrieben		6,613	.....	6,613	6,613	6,265
2/19330	22	Beiträge der Länder		10,731	.....	10,731	10,731	10,731
2/19340	22	Transferzahlungen von privaten Haushalten (Selbstbehalt)		22,819	.....	22,819	22,819	22,939
2/1936		Härteausgleich:						
2/19361	22	Zweckgebundene erfolgswirksame Einnahmen		0,001	.....	0,001	0,001	0,000
2/19363	22	Darlehensrückzahlungen		.....	0,051	0,051	0,051	0,037
		Summe 1936...		0,001	0,051	0,052	0,052	0,037
2/19371	22	Familienberatungsstellen		0,001	.....	0,001	0,001	.....
2/19382	22	Unterhaltsvorschüsse		.....	35,254	35,254	34,527	37,154
2/19390	22	Ersatz vom Reservefonds für Familienbeihilfen		0,001	.....	0,001	19,554	.....
		Summe 193...		4.522,767	35,305	4.558,072	4.419,469	4.312,409
2/194		Jugend:						
2/1941		Außerschulische Jugenderziehung:						
2/19414	11	Erfolgswirksame Einnahmen		0,010	.....	0,010	0,010	0,000
		Gesamteinnahmen 19...		4.522,780	35,305	4.558,085	4.419,482	4.312,409

Anmerkungen:
2/19110 Korrespondierende Ausgaben beim VA-Ansatz 1/19118 mitveranschlagt.
2/19310 Überweisung vom VA-Ansatz 2/52874.
2/19311 Überweisung vom VA-Ansatz 2/52875.

(Beträge in Millionen EURO)

VA-Ansatz	AB	AUSGABEN Bezeichnung	Anm.	Erfolgsw. Ausgaben pers.	Erfolgsw. Ausgaben sachl.	Bestands-wirksame Ausgaben	Bundesvor-anschlag 2002	Bundesvor-anschlag 2001	Erfolg 2000
1/18		*Umwelt:*							
1/180		*Bundesministerium für Umwelt, Jugend und Familie:*							
1/1800		*Zentralleitung:*							
1/18000	43	*Personalausgaben*		...	...	...	...	...	4,622
1/18003	43	*Anlagen*		...	...	...	...	...	0,019
1/18005		*Bezugsvorschüsse*		...	...	...	...	...	0,007
	23			...	...	...	...	...	...
	43			...	...	...	...	...	*0,007*
1/18007		*Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen)*		...	...	...	...	...	0,070
	22			...	...	...	...	...	*0,070*
	43			...	...	...	...	...	*0,000*
1/18008	43	*Aufwendungen*		...	...	...	...	...	1,503
		Summe 1800		...	...	...	...	...	6,222
1/1801		*Umweltbundesamt Gesellschaft m. b. H. (UBA-GmbH):*							
1/18017	21	*Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen)*		...	...	...	...	...	5,385
1/18018	21	*Aufwendungen*		...	...	...	...	...	...
		Summe 1801		...	...	...	...	...	5,385
		Summe 180		...	...	...	...	...	11,607
1/186		*Umweltschutz:*							
1/1860		*Umweltpolitische Maßnahmen:*							
1/18603	21	*Anlagen*		...	...	...	...	...	...
1/18606	21	*Förderungen*		...	...	...	...	...	0,073
1/18607	21	*Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen)*		...	...	...	...	...	...
1/18608	21	*Aufwendungen*		...	...	...	...	...	1,425
		Summe 1860		...	...	...	...	...	1,497
1/1862		*Altlastensanierung (zweckgeb. Geb.):*							
1/18626	21	*Förderungen*		...	...	...	...	...	5,497
1/18628	21	*Aufwendungen*		...	...	...	...	...	0,291
		Summe 1862		...	...	...	...	...	5,787
1/1863		*Siedlungswasserwirtschaft:*							
1/18636	37	*Förderungen*		...	...	...	...	...	0,430
1/1864		*Sonstige Umweltmaßnahmen:*							
1/18646	37	*Förderungen*		...	...	...	...	...	2,907
1/18648	37	*Aufwendungen*		...	...	...	...	...	3,125
		Summe 1864		...	...	...	...	...	6,032
1/18656		*EU-Förderungen*		...	...	...	...	...	0,638
	21			...	...	...	...	...	*0,186*
	37			...	...	...	...	...	*0,452*
		Summe 186		...	...	...	...	...	14,385
		Gesamtausgaben 18		...	...	...	...	...	25,992

(Beträge in Millionen EURO)

VA-Ansatz	AB	EINNAHMEN Bezeichnung Anm.	Erfolgswirksame Einnahmen	Bestandswirksame Einnahmen	Bundesvoranschlag 2002	Bundesvoranschlag 2001	Erfolg 2000
2/18		*Umwelt:*					
2/180		*Bundesministerium für Umwelt, Jugend und Familie:*					
2/1800		*Zentralleitung:*					
2/18000	43	*Zweckgebundene erfolgswirksame Einnahmen*	.....	.....	.....	.....	0,012
2/18004	43	*Erfolgswirksame Einnahmen*	.....	.....	.....	.....	0,950
2/18007	43	*Bestandswirksame Einnahmen*	.....	.....	.....	.....	0,000
2/18009		*Bezugsvorschussersätze*	.....	.....	.....	.....	0,042
	23		.....	.....	.....	.....	*0,009*
	43		.....	.....	.....	.....	*0,034*
		Summe 1800...	.....	.....	.....	.....	1,005
2/1801		*Umweltbundesamt Gesellschaft m.b.H. (UBA-GmbH):*					
2/18014	21	*Erfolgswirksame Einnahmen*	.....	.....	.....	.....	.....
		Summe 180...	.....	.....	.....	.....	1,005
2/186		*Umweltschutz:*					
2/1860		*Umweltpolitische Maßnahmen:*					
2/18604	21	*Erfolgswirksame Einnahmen*	.....	.....	.....	.....	0,013
2/18607	21	*Bestandswirksame Einnahmen*	.....	.....	.....	.....	.....
		Summe 1860...	.....	.....	.....	.....	0,013
2/1862		*Altlastensanierung (zweckgeb. Geb.):*					
2/18620	21	*Zweckgebundene erfolgswirksame Einnahmen*	.....	.....	.....	.....	.....
2/1863		*Siedlungswasserwirtschaft:*					
2/18630	37	*Zweckgebundene erfolgswirksame Einnahmen*	.....	.....	.....	.....	0,430
2/18634	37	*Erfolgswirksame Einnahmen*	.....	.....	.....	.....	.....
		Summe 1863...	.....	.....	.....	.....	0,430
		Summe 186...	.....	.....	.....	.....	0,443
		Gesamteinnahmen 18...	.....	.....	.....	.....	1,448

(Beträge in Millionen EURO)

VA-Ansatz	AB	AUSGABEN Bezeichnung	Anm.	Erfolgsw. Ausgaben pers.	Erfolgsw. Ausgaben sachl.	Bestands-wirksame Ausgaben	Bundesvor-anschlag 2002	Bundesvor-anschlag 2001	Erfolg 2000
1/20		Äußeres:							
1/200		Bundesministerium für auswärtige Angelegenheiten:							
1/2000		Zentralleitung:							
1/20000	43	Personalausgaben		26,453	.....	.....	26,453	26,453	26,839
1/20003	43	Anlagen		.....	.....	0,836	0,836	0,872	0,398
1/20005		Bezugsvorschüsse		.....	.....	0,109	0,109	0,109	0,039
	23			.....	.....	*0,022*	*0,022*	*0,022*	*0,010*
	43			.....	.....	*0,087*	*0,087*	*0,087*	*0,029*
1/20006		Förderungen		.....	5,073	.....	5,073	5,135	5,149
	12			.....	*0,008*	.....	*0,008*	*0,008*	.....
	21			.....	*0,001*	.....	*0,001*	*0,001*	*0,001*
	43			.....	*5,064*	.....	*5,064*	*5,126*	*5,147*
1/20007		Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen)		.....	0,459	.....	0,459	0,459	0,418
	22			.....	*0,443*	.....	*0,443*	*0,443*	*0,414*
	43			.....	*0,016*	.....	*0,016*	*0,016*	*0,004*
1/20008	43	Aufwendungen	*	.....	18,902	.....	18,902	18,430	20,638
		Summe 2000		26,453	24,434	0,945	51,832	51,458	53,480
1/20018	43	Internationales Diplomatenseminar Hellbrunn		.....	0,058	.....	0,058	0,058	.....
1/20028	43	Presse und Information		.....	0,545	.....	0,545	0,581	0,645
1/2003		Beiträge an internationale Organisationen:							
1/20036	43	Förderungen		.....	10,943	.....	10,943	11,670	12,276
1/20037	43	Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen)		.....	39,444	.....	39,444	40,210	44,758
		Summe 2003		.....	50,387	.....	50,387	51,880	57,034
1/20048	43	Internationale Konferenzen in Österreich		.....	2,601	.....	2,601	2,689	2,048
1/2007		Ost-Förderprogramme für MOEL und NUS:							
1/20076		Förderungen		.....	10,880	.....	10,880	11,607	18,662
	38			.....	*3,656*	.....	*3,656*	*4,019*	*7,741*
	43			.....	*7,224*	.....	*7,224*	*7,588*	*10,921*
1/20078	43	Aufwendungen		.....	0,046	.....	0,046	0,046	0,036
		Summe 2007		.....	10,926	.....	10,926	11,653	18,698
1/2008		*OSZE-Vorsitz 2000*:							
1/20083	*43*	*Anlagen*		.....	.....	.....	.....	.....	.....
1/20087	*43*	*Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen)*		.....	.....	.....	.....	.....	.....
1/20088	*43*	*Aufwendungen*		.....	.....	.....	.....	0,145	2,688
		Summe 2008		.....	.....	.....	.....	0,145	2,688
		Summe 200		26,453	88,951	0,945	116,349	118,464	134,594

Anmerkungen:
1/20008 Hievon 2002 0,001 Millionen Euro Ausgaben nach Maßgabe zweckgebundener Einnahmen beim VA-Ansatz 2/20000.

(Beträge in Millionen EURO)

VA-Ansatz	AB	EINNAHMEN Bezeichnung Anm.	Erfolgswirksame Einnahmen	Bestandswirksame Einnahmen	Bundesvoranschlag 2002	Bundesvoranschlag 2001	Erfolg 2000
2/20		**Äußeres:**					
2/200		Bundesministerium für auswärtige Angelegenheiten:					
2/2000		Zentralleitung:					
2/20000	43	Zweckgebundene erfolgswirksame Einnahmen .....*	0,001	.....	0,001	0,001	.....
2/20004	43	Erfolgswirksame Einnahmen	1,140	.....	1,140	1,139	0,706
2/20008	43	Sonstige bestandswirksame Einnahmen	.....	0,025	0,025	0,025	0,033
2/20009		Bezugsvorschussersätze	.....	0,084	0,084	0,084	0,066
	23		.....	*0,011*	*0,011*	*0,011*	*0,011*
	43		.....	*0,073*	*0,073*	*0,073*	*0,055*
		Summe 2000...	1,141	0,109	1,250	1,249	0,805
2/2007		Ost-Förderprogramme für MOEL und NUS:					
2/20074	43	Erfolgswirksame Einnahmen	0,002	.....	0,002	0,002	0,054
2/2008		*OSZE-Vorsitz 2000:*					
2/20084	*43*	*Erfolgswirksame Einnahmen*	.....	.....	.....	0,001	.....
		Summe 200...	1,143	0,109	1,252	1,252	0,860

Anmerkungen:
2/20000 Korrespondierende Ausgaben beim VA-Ansatz 1/20008 mitveranschlagt.

(Beträge in Millionen EURO)

VA-Ansatz	AB	AUSGABEN Bezeichnung	Anm.	Erfolgsw. Ausgaben pers.	Erfolgsw. Ausgaben sachl.	Bestands-wirksame Ausgaben	Bundesvor-anschlag 2002	Bundesvor-anschlag 2001	Erfolg 2000
1/201		Vertretungsbehörden:							
1/20100	43	Personalausgaben		38,734			38,734	38,698	38,154
1/20103	43	Anlagen				4,621	4,621	4,403	3,246
1/20105	43	Bezugsvorschüsse				0,029	0,029	0,029	0,012
1/20106	22	Förderungen	*		0,366		0,366	0,366	0,342
1/20107		Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen)			2,217		2,217	2,217	1,760
	21				*1,381*		*1,381*	*1,381*	*1,024*
	22				*0,626*		*0,626*	*0,626*	*0,596*
	43				*0,210*		*0,210*	*0,209*	*0,140*
1/20108		Aufwendungen			69,606		69,606	69,570	71,177
	21				*0,320*		*0,320*	*0,320*	*0,371*
	43				*69,286*		*69,286*	*69,250*	*70,807*
		Summe 201...		38,734	72,189	4,650	115,573	115,282	114,691
1/203		Österreichische Kulturinstitute:							
1/20300	13	Personalausgaben		2,689			2,689	2,725	2,757
1/20303	13	Anlagen				0,254	0,254	0,763	0,050
1/20305	13	Bezugsvorschüsse				0,007	0,007	0,007	0,001
1/20307		Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen)			0,153		0,153	0,153	0,115
	13				*0,008*		*0,008*	*0,008*	*0,003*
	21				*0,110*		*0,110*	*0,110*	*0,081*
	22				*0,035*		*0,035*	*0,034*	*0,032*
1/20308		Aufwendungen			4,541		4,541	4,642	4,984
	13				*4,512*		*4,512*	*4,613*	*4,953*
	21				*0,029*		*0,029*	*0,029*	*0,031*
		Summe 203...		2,689	4,694	0,261	7,644	8,291	7,907
1/204		Kulturelle Vorhaben:							
1/2040		Ministerium und Vertretungen:							
1/20406		Förderungen			0,414		0,414	0,414	0,399
	11				*0,027*		*0,027*	*0,027*	*0,014*
	13				*0,387*		*0,387*	*0,387*	*0,385*
	43								
1/20408	13	Aufwendungen			4,600		4,600	4,673	4,178
		Summe 204...			5,014		5,014	5,087	4,577
1/205		Entwicklungshilfe:							
1/20506		Förderungen			49,381		49,381	50,835	50,713
	11				*16,208*		*16,208*	*16,208*	*18,406*
	12				*1,090*		*1,090*	*1,090*	*0,746*
	21				*6,112*		*6,112*	*6,111*	*4,925*
	22				*2,036*		*2,036*	*2,036*	*0,996*
	33				*0,219*		*0,219*	*0,437*	*0,035*
	34				*7,704*		*7,704*	*8,068*	*7,644*
	35				*1,529*		*1,529*	*1,965*	*1,196*
	36				*4,500*		*4,500*	*4,938*	*4,826*
	38				*1,221*		*1,221*	*1,221*	*0,022*
	43				*8,762*		*8,762*	*8,761*	*11,917*
1/20508	43	Aufwendungen			5,814		5,814	5,450	5,734
		Summe 205...			55,195		55,195	56,285	56,447
		Gesamtausgaben 20...		67,876	226,043	5,856	299,775	303,409	318,216

Anmerkungen:
1/20106 Hievon 2002 0,001 Millionen Euro Ausgaben nach Maßgabe zweckgebundener Einnahmen beim VA-Ansatz 2/20100.

(Beträge in Millionen EURO)

VA-Ansatz	AB	EINNAHMEN Bezeichnung	Anm.	Erfolgswirksame Einnahmen	Bestandswirksame Einnahmen	Bundesvoranschlag 2002	Bundesvoranschlag 2001	Erfolg 2000
2/201		Vertretungsbehörden:						
2/20100	43	Zweckgebundene erfolgswirksame Einnahmen	*	0,001	.....	0,001	0,001	.....
2/20104		Erfolgswirksame Einnahmen		3,221	.....	3,221	3,221	5,057
	21			*0,312*	.....	*0,312*	*0,312*	*0,298*
	43			*2,909*	.....	*2,909*	*2,908*	*4,759*
2/20108	43	Sonstige bestandswirksame Einnahmen		.....	0,127	0,127	0,127	0,091
2/20109	43	Bezugsvorschussersätze		.....	0,018	0,018	0,018	0,015
		Summe 201...		3,222	0,145	3,367	3,367	5,163
2/203		Österreichische Kulturinstitute:						
2/20304		Erfolgswirksame Einnahmen		0,121	.....	0,121	0,121	0,130
	13			*0,117*	.....	*0,117*	*0,117*	*0,128*
	21			*0,002*	.....	*0,002*	*0,002*	.....
	43			*0,002*	.....	*0,002*	*0,002*	*0,001*
2/20308	13	Sonstige bestandswirksame Einnahmen		.....	0,004	0,004	0,004	0,006
2/20309	13	Bezugsvorschussersätze		.....	0,002	0,002	0,002	0,002
		Summe 203...		0,121	0,006	0,127	0,127	0,138
2/204		Kulturelle Vorhaben:						
2/2040		Ministerium und Vertretungen:						
2/20404	13	Erfolgswirksame Einnahmen		0,108	.....	0,108	0,108	0,067
2/205		Entwicklungshilfe:						
2/20504		Erfolgswirksame Einnahmen		0,321	.....	0,321	0,321	0,226
	38			*0,073*	.....	*0,073*	*0,073*	*0,148*
	43			*0,248*	.....	*0,248*	*0,248*	*0,078*
2/20509	43	Darlehensrückzahlungen		.....	2,093	2,093	2,093	0,197
		Summe 205...		0,321	2,093	2,414	2,413	0,423
		Gesamteinnahmen 20...		4,915	2,353	7,268	7,267	6,650

Anmerkungen:
2/20100 Korrespondierende Ausgaben beim VA-Ansatz 1/20106 mitveranschlagt.

(Beträge in Millionen EURO)

VA-Ansatz	AB	AUSGABEN Bezeichnung	Anm.	Erfolgsw. Ausgaben pers.	Erfolgsw. Ausgaben sachl.	Bestands-wirksame Ausgaben	Bundesvor-anschlag 2002	Bundesvor-anschlag 2001	Erfolg 2000
1/30		Justiz:							
1/300		Bundesministerium für Justiz:							
1/30000	43	Personalausgaben		14,113			14,113	14,084	13,527
1/30003	43	Anlagen				0,371	0,371	0,371	0,247
1/30005		Bezugsvorschüsse				0,850	0,850	0,850	0,832
	23					*0,269*	*0,269*	*0,269*	*0,241*
	43					*0,581*	*0,581*	*0,581*	*0,591*
1/30006		Förderungen	*		16,844		16,844	16,201	15,596
	12				*0,073*		*0,073*	*0,062*	*0,062*
	43				*16,771*		*16,771*	*16,139*	*15,534*
1/30007		Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen)			0,160		0,160	0,160	0,159
	22				*0,157*		*0,157*	*0,156*	*0,151*
	43				*0,003*		*0,003*	*0,004*	*0,008*
1/30008	43	Aufwendungen			5,247		5,247	5,610	4,514
1/30018	42	Zahlungen an die BIG			2,951		2,951	2,951	2,938
		Summe 300...		14,113	25,202	1,221	40,536	40,227	37,813
1/301		Oberster Gerichtshof und Generalprokuratur:							
1/30100	42	Personalausgaben		8,997			8,997	8,961	8,855
1/30103	42	Anlagen				0,094	0,094	0,094	0,127
1/30107		Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen)			0,102		0,102	0,102	0,097
	22				*0,099*		*0,099*	*0,099*	*0,093*
	42				*0,003*		*0,003*	*0,003*	*0,003*
1/30108	42	Aufwendungen			0,741		0,741	0,778	0,670
		Summe 301...		8,997	0,843	0,094	9,934	9,934	9,749
1/302		Justizbehörden in den Ländern:							
1/30200	42	Personalausgaben		284,296			284,296	283,707	282,988
1/30203	42	Anlagen				6,773	6,773	6,773	7,461
1/30207		Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen)			82,295		82,295	81,103	81,654
	22				*5,569*		*5,569*	*5,539*	*5,528*
	42				*76,726*		*76,726*	*75,564*	*76,126*
1/30208	42	Aufwendungen			129,176		129,176	134,334	135,529
1/30209	42	Aufwendungen (B)				0,007	0,007	0,007	0,001
		Summe 302...		284,296	211,471	6,780	502,547	505,925	507,633
1/303		Justizanstalten:							
1/3030		Justizanstalten:							
1/30300	42	Personalausgaben		127,759			127,759	127,458	126,601
1/30303	42	Anlagen				2,805	2,805	4,767	2,726
1/30306	22	Förderungen			0,145		0,145	0,163	0,138
1/30307		Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen)			3,394		3,394	3,327	3,613
	42				*3,394*		*3,394*	*3,327*	*3,613*
	22								
1/30308	42	Aufwendungen			80,884		80,884	80,471	80,237
		Summe 3030...		127,759	84,423	2,805	214,987	216,185	213,315
1/3031		Justizanstalt St. Pölten:	*						
1/30310	42	Personalausgaben		3,022			3,022	3,023	2,820
1/30313	42	Anlagen				0,022	0,022	0,005	0,037
1/30317	42	Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen)			0,069		0,069	0,068	0,076
1/30318	42	Aufwendungen			1,623		1,623	1,659	1,504
		Summe 3031...		3,022	1,692	0,022	4,736	4,754	4,437

Anmerkungen:
1/30006 Hievon 2002 0,004 Millionen Euro Ausgaben nach Maßgabe zweckgebundener Einnahmen beim VA-Ansatz 2/30000.
1/3031 Anwendung der Flexibilisierungsklausel

(Beträge in Millionen EURO)

VA-Ansatz	AB	EINNAHMEN Bezeichnung	Anm.	Erfolgswirksame Einnahmen	Bestandswirksame Einnahmen	Bundesvoranschlag 2002	Bundesvoranschlag 2001	Erfolg 2000
2/30		**Justiz:**						
2/300		Bundesministerium für Justiz:						
2/30000	43	Zweckgebundene erfolgswirksame Einnahmen	*	0,004	.....	0,004	0,004	0,012
2/30004	43	Erfolgswirksame Einnahmen		0,298	.....	0,298	0,291	0,224
2/30007	43	Bestandswirksame Einnahmen		.....	0,002	0,002	0,002	.....
2/30009		Bezugsvorschussersätze		.....	0,879	0,879	0,879	0,887
	23			.....	*0,276*	*0,276*	*0,276*	*0,280*
	43			.....	*0,603*	*0,603*	*0,603*	*0,608*
		Summe 300...		0,302	0,881	1,183	1,176	1,123
2/301		Oberster Gerichtshof und Generalprokuratur:						
2/30104	42	Erfolgswirksame Einnahmen		0,174	.....	0,174	0,167	0,151
2/30107	42	Bestandswirksame Einnahmen		.....	0,002	0,002	0,002	.....
		Summe 301...		0,174	0,002	0,176	0,169	0,151
2/302		Justizbehörden in den Ländern:						
2/30204	42	Erfolgswirksame Einnahmen		609,020	.....	609,020	600,502	534,535
2/30207	42	Bestandswirksame Einnahmen		.....	0,008	0,008	0,008	0,010
		Summe 302...		609,020	0,008	609,028	600,510	534,545
2/303		Justizanstalten:						
2/3030		Justizanstalten:						
2/30304	42	Erfolgswirksame Einnahmen		36,257	.....	36,257	33,364	33,134
2/30307	42	Bestandswirksame Einnahmen		.....	0,027	0,027	0,027	0,008
		Summe 3030...		36,257	0,027	36,284	33,391	33,142
2/3031		Justizanstalt St. Pölten:	*					
2/30314	42	Erfolgswirksame Einnahmen		0,832	.....	0,832	0,851	0,810
2/30317	42	Bestandswirksame Einnahmen		.....	0,001	0,001	0,001	0,007
		Summe 3031...		0,832	0,001	0,833	0,852	0,818

Anmerkungen:
2/30000 Korrespondierende Ausgaben beim VA-Ansatz 1/30006 mitveranschlagt.
2/3031 Anwendung der Flexibilisierungsklausel

(Beträge in Millionen EURO)

VA-Ansatz	AB	AUSGABEN Bezeichnung	Anm.	Erfolgsw. Ausgaben pers.	Erfolgsw. Ausgaben sachl.	Bestands-wirksame Ausgaben	Bundesvor-anschlag 2002	Bundesvor-anschlag 2001	Erfolg 2000
1/3032		Justizanstalt für Jugendliche Wien-Erdberg:	*						
1/30320	42	Personalausgaben		1,577	.....	.....	1,577	1,559	1,514
1/30323	42	Anlagen		.....	.....	0,007	0,007	0,007	0,002
1/30327	42	Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen)		.....	0,007	.....	0,007	0,006	0,009
1/30328	42	Aufwendungen		.....	0,468	.....	0,468	0,485	0,466
		Summe 3032...		1,577	0,475	0,007	2,059	2,056	1,991
		Summe 303...		132,358	86,590	2,834	221,782	222,996	219,744
1/305		Bewährungshilfe:							
1/30500	42	Personalausgaben		5,625	.....	.....	5,625	5,625	5,733
1/30506	22	Förderungen		.....	1,599	.....	1,599	1,606	1,606
1/30508	42	Aufwendungen		.....	21,809	.....	21,809	21,809	20,930
		Summe 305...		5,625	23,408	.....	29,033	29,040	28,268
		Gesamtausgaben 30...		445,389	347,514	10,929	803,832	808,122	803,207

Anmerkungen:
1/3032 Anwendung der Flexibilisierungsklausel

(Beträge in Millionen EURO)

VA-Ansatz	AB	EINNAHMEN Bezeichnung	Anm.	Erfolgswirksame Einnahmen	Bestandswirksame Einnahmen	Bundesvoranschlag 2002	Bundesvoranschlag 2001	Erfolg 2000
2/3032		Justizanstalt für Jugendliche Wien-Erdberg:	*					
2/30324	42	Erfolgswirksame Einnahmen		0,077	.....	0,077	0,074	0,085
2/30327	42	Bestandswirksame Einnahmen		.....	0,001	0,001	0,001	.....
		Summe 3032...		0,077	0,001	0,078	0,075	0,085
		Summe 303...		37,166	0,029	37,195	34,318	34,044
2/305		Bewährungshilfe:						
2/30504	42	Erfolgswirksame Einnahmen		0,002	.....	0,002	0,002	.....
2/30507	42	Bestandswirksame Einnahmen		.....	0,002	0,002	0,002	.....
		Summe 305...		0,002	0,002	0,004	0,004	.....
		Gesamteinnahmen 30...		646,664	0,922	647,586	636,178	569,863

Anmerkungen:
2/3032 Anwendung der Flexibilisierungsklausel

(Beträge in Millionen EURO)

VA-Ansatz	AB	AUSGABEN Bezeichnung	Anm.	Erfolgsw. Ausgaben pers.	Erfolgsw. Ausgaben sachl.	Bestands-wirksame Ausgaben	Bundesvor-anschlag 2002	Bundesvor-anschlag 2001	Erfolg 2000
1/40		**Militärische Angelegenheiten:**							
1/400		Bundesministerium für Landesverteidigung:							
1/40000	41	Personalausgaben		54,267	.....	.....	54,267	54,266	54,224
1/40003	41	Anlagen		.....	.....	1,017	1,017	1,017	0,718
1/40005		Bezugsvorschüsse		.....	.....	3,707	3,707	3,707	3,152
	23			.....	.....	*1,113*	*1,113*	*1,113*	*0,742*
	41			.....	.....	*2,594*	*2,594*	*2,594*	*2,410*
1/40006	41	Förderungen	*	.....	0,265	.....	0,265	0,265	0,323
1/40007		Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen)	..	.....	1,052	.....	1,052	1,052	0,834
	21			.....	*0,005*	.....	*0,005*	*0,005*	*0,004*
	22			.....	*1,021*	.....	*1,021*	*1,021*	*0,805*
	41			.....	*0,026*	.....	*0,026*	*0,025*	*0,024*
1/40008	41	Aufwendungen		.....	7,122	.....	7,122	7,195	7,614
1/40018	41	Zahlungen an die BIG		.....	4,578	.....	4,578	4,506	4,175
		Summe 400...		54,267	13,017	4,724	72,008	72,008	71,040
1/401		Heer und Heeresverwaltung:							
1/40100	41	Personalausgaben		745,596	.....	.....	745,596	745,597	738,680
1/40103	41	Liegenschaftsankäufe	*	.....	.....	0,727	0,727	0,727	2,858
1/40107		Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen)	..	.....	152,495	.....	152,495	158,585	176,997
	21			.....	*10,039*	.....	*10,039*	*10,427*	*24,314*
	22			.....	*27,624*	.....	*27,624*	*27,443*	*23,478*
	41			.....	*114,832*	.....	*114,832*	*120,715*	*129,205*
1/40108	41	Aufwendungen	*	.....	617,710	.....	617,710	611,620	684,261
1/40138	41	Aufwendungen (Bauvorhaben)	*	.....	67,586	.....	67,586	68,967	46,878
		Summe 401...		745,596	837,791	0,727	1.584,114	1.585,495	1.649,674
1/402		Heer und Heeresverwaltung (zweckgebundene Gebarung):							
1/40208	41	Soldatenheime		.....	6,250	.....	6,250	6,250	6,082
1/404		Heeresgeschichtl. Museum, Militärhistorisches Institut:							
1/4040		Heeresgeschichtl. Museum, Militärhistorisches Institut:							
1/40400	12	Personalausgaben		2,648	.....	.....	2,648	2,647	2,662
1/40403	12	Anlagen		.....	.....	0,280	0,280	0,280	0,164
1/40407	12	Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen)	..	.....	0,001	.....	0,001	0,001	0,001
1/40408	12	Aufwendungen		.....	0,685	.....	0,685	0,687	0,659
		Summe 4040...		2,648	0,686	0,280	3,614	3,615	3,486
1/4041		Heeresgeschichtliches Museum (zweckgebundene Gebarung):	*						
1/40413	12	Anlagen		.....	.....	0,080	0,080	0,080	.....
1/40418	12	Aufwendungen		.....	0,066	.....	0,066	0,065	0,063
		Summe 4041...		.....	0,066	0,080	0,146	0,145	0,063
		Summe 404...		2,648	0,752	0,360	3,760	3,760	3,549

Anmerkungen:

1/40006 Hievon 2002 0,145 Millionen Euro Ausgaben nach Maßgabe zweckgebundener Einnahmen beim VA-Ansatz 2/40000.

1/40103 Hievon 2002 0,075 Millionen Euro Ausgaben nach Maßgabe zweckgebundener Einnahmen beim VA-Ansatz 2/54602.

1/40108 Hievon 2002 0,002 Millionen Euro Ausgaben nach Maßgabe zweckgebundener Einnahmen beim VA-Ansatz 2/54602 und 2/50352.

1/40138 Hievon 2002 0,287 Millionen Euro Ausgaben nach Maßgabe zweckgebundener Einnahmen beim VA-Ansatz 2/40100.

1/4041 Korrespondierende Einnahmen beim Paragraph 2/4041 veranschlagt.

(Beträge in Millionen EURO)

VA-Ansatz	AB	EINNAHMEN Bezeichnung Anm.	Erfolgswirksame Einnahmen	Bestandswirksame Einnahmen	Bundesvoranschlag 2002	Bundesvoranschlag 2001	Erfolg 2000
2/40		**Militärische Angelegenheiten:**					
2/400		Bundesministerium für Landesverteidigung:					
2/40000	41	Zweckgebundene erfolgswirksame Einnahmen .....*	0,145	.....	0,145	0,145	0,210
2/40004		Erfolgswirksame Einnahmen	8,495	.....	8,495	8,495	9,126
	21		*0,001*	.....	*0,001*	*0,001*	*0,000*
	41		*8,494*	.....	*8,494*	*8,494*	*9,126*
2/40008	41	Sonstige bestandswirksame Einnahmen	.....	0,002	0,002	0,002	.....
2/40009		Bezugsvorschussersätze	.....	3,270	3,270	3,270	2,914
	23		.....	*0,799*	*0,799*	*0,799*	*0,686*
	41		.....	*2,471*	*2,471*	*2,471*	*2,228*
		Summe 400...	8,640	3,272	11,912	11,913	12,250
2/401		Heer und Heeresverwaltung:					
2/40100	41	Zweckgebundene erfolgswirksame Einnahmen .....*	0,287	.....	0,287	0,287	0,010
2/40104		Erfolgswirksame Einnahmen	22,576	.....	22,576	22,576	23,577
	21		*0,036*	.....	*0,036*	*0,036*	*0,037*
	37		*0,218*	.....	*0,218*	.....	.....
	41		*22,322*	.....	*22,322*	*22,539*	*23,540*
2/40114	41	Zahlungen internationaler Organisationen	0,001	.....	0,001	0,001	.....
		Summe 401...	22,864	.....	22,864	22,864	23,588
2/402		Heer und Heeresverwaltung (zweckgebundene Gebarung):					
2/40200	41	Soldatenheime (zweckgebundene Einnahmen)	6,250	.....	6,250	6,250	6,082
2/404		Heeresgeschichtl. Museum, Militärhistorisches Institut:					
2/4040		Heeresgeschichtl. Museum, Militärhistorisches Institut:					
2/40404	12	Erfolgswirksame Einnahmen	0,108	.....	0,108	0,108	0,102
2/40407	12	Bestandswirksame Einnahmen	.....	0,001	0,001	0,001	.....
		Summe 4040...	0,108	0,001	0,109	0,109	0,102
2/4041		Heeresgeschichtliches Museum (zweckgebundene Gebarung):					
2/40410	12	Zweckgebundene erfolgswirksame Einnahmen	0,146	.....	0,146	0,145	0,146
		Summe 404...	0,254	0,001	0,255	0,255	0,249

Anmerkungen:
2/40000 Korrespondierende Ausgaben beim VA-Ansatz 1/40006 mitveranschlagt.
2/40100 Korrespondierende Ausgaben beim VA-Ansatz 1/40138 mitveranschlagt.

(Beträge in Millionen EURO)

VA-Ansatz	AB	A U S G A B E N Bezeichnung	Anm.	Erfolgsw. Ausgaben pers.	Erfolgsw. Ausgaben sachl.	Bestands-wirksame Ausgaben	Bundesvor-anschlag 2002	Bundesvor-anschlag 2001	Erfolg 2000
1/405		Heeres-Land- und Forstwirtschaftsbetriebe:							
1/4050		Allentsteig (betriebsähnl. Einrichtung):							
1/40500	34	Personalausgaben		2,632	.....	.....	2,632	2,632	2,186
1/40503	34	Anlagen		.....	.....	0,172	0,172	0,172	0,172
1/40507	34	Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen)		.....	0,153	.....	0,153	0,153	0,153
1/40508	34	Aufwendungen		.....	1,005	.....	1,005	1,005	0,810
		Summe 405...		2,632	1,158	0,172	3,962	3,962	3,320
		Gesamtausgaben 40...		805,143	858,968	5,983	1.670,094	1.671,475	1.733,665

(Beträge in Millionen EURO)

VA-Ansatz	AB	EINNAHMEN Bezeichnung	Anm.	Erfolgswirksame Einnahmen	Bestandswirksame Einnahmen	Bundesvoranschlag 2002	Bundesvoranschlag 2001	Erfolg 2000
2/405		Heeres-Land- und Forstwirtschaftsbetriebe:						
2/4050		Allentsteig (betriebsähnl. Einrichtung):						
2/40504	34	Erfolgswirksame Einnahmen		2,373	.....	2,373	2,373	2,241
2/40508	34	Sonstige bestandswirksame Einnahmen		.....	0,012	0,012	0,012	0,007
		Summe 405...		2,373	0,012	2,385	2,385	2,248
		Gesamteinnahmen 40...		40,381	3,285	43,666	43,666	44,416

(Beträge in Millionen EURO)

VA-Ansatz	AB	AUSGABEN Bezeichnung	Anm.	Erfolgsw. Ausgaben pers.	Erfolgsw. Ausgaben sachl.	Bestandswirksame Ausgaben	Bundesvoranschlag 2002	Bundesvoranschlag 2001	Erfolg 2000
1/50		Finanzverwaltung:							
1/500		Bundesministerium für Finanzen:							
1/5000		Zentralleitung:							
1/50000	43	Personalausgaben		45,785	.....	.....	45,785	45,124	43,314
1/50003	43	Anlagen		.....	.....	0,311	0,311	0,311	0,370
1/50007		Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen)		.....	1,046	.....	1,046	1,038	0,728
	21			.....	*0,007*	.....	*0,007*	*0,007*	.....
	22			.....	*0,662*	.....	*0,662*	*0,652*	*0,615*
	43			.....	*0,377*	.....	*0,377*	*0,379*	*0,113*
1/50008	43	Aufwendungen		.....	19,308	.....	19,308	19,241	19,934
		Summe 5000...		45,785	20,354	0,311	66,450	65,714	64,346
1/5001		Einhebungsvergütung gem. Art. II Abs. 3 Eigenmittelbeschluss:							
1/50018	43	Einhebungsvergütungen gem. § 2a Abs. 4 ZollR-DG		.....	0,007	.....	0,007	0,007	.....
1/5002		IT-Bereich:							
1/50028	43	Aufwendungen		.....	79,489	.....	79,489	79,489	84,939
		Summe 500...		45,785	99,850	0,311	145,946	145,210	149,285
1/501		Bundesministerium für Finanzen (Zweckaufwand):							
1/50107	43	Zurückstellung von Silbermünzen	*	.....	5,816	.....	5,816	5,816	16,009
1/50118	38	Österreichische Bundesfinanzierungsagentur (ÖBFA)		.....	2,166	.....	2,166	2,144	1,824
1/50128	43	Bundes-Wertpapieraufsicht (BWA)		.....	2,943	.....	2,943	2,907	2,898
1/50138	43	Schuldenerleichterung infolge internationaler Aktionen		.....	139,452	.....	139,452	93,748	59,425
1/50148	43	Bundesbeschaffungs GmbH (BB-GmbH)		.....	2,180	.....	2,180	2,180	.....
1/50187	43	Dienstgeberabgabe für U-Bahn Wien		.....	0,655	.....	0,655	0,654	0,654
		Summe 501...		.....	153,212	.....	153,212	107,449	80,809
1/502		Bundesministerium für Finanzen (Förderungsmaßnahmen):							
1/50216	34	Tierversicherungsförderungsgesetz		.....	0,018	.....	0,018	0,018	0,018
1/50226		Betreuung der Bundesbediensteten und ihrer Angehörigen	*	.....	0,114	.....	0,114	0,114	0,100
	21			.....	*0,074*	.....	*0,074*	*0,074*	*0,059*
	22			.....	*0,040*	.....	*0,040*	*0,040*	*0,041*
1/5023		ÖKB-AG:							
1/50236	36	Förderungen - Zuschuss		.....	21,802	.....	21,802	17,441	13,983
1/50238	36	Aufwendungen		.....	2,180	.....	2,180	0,002	2,256
		Summe 5023...		.....	23,982	.....	23,982	17,444	16,239
1/5024		Zahlungen an Innovations- und Technologiefonds:							
1/50247	43	Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen)		.....	31,975	.....	31,975	31,976	21,802
1/50248	43	Aufwendungen		.....	0,001	.....	0,001	0,001	.....
		Summe 5024...		.....	31,976	.....	31,976	31,977	21,802

Anmerkungen:

1/50107 Hievon 2002 5,814 Millionen Euro Ausgaben nach Maßgabe zweckgebundener Einnahmen beim VA-Ansatz 2/54070 und 0,002 Millionen Euro Ausgaben nach Maßgabe zweckgebundener Einnahmen beim VA-Ansatz 2/50100.

1/50226 Hievon 2002 0,014 Millionen Euro Ausgaben nach Maßgabe zweckgebundener Einnahmen beim VA-Ansatz 2/50200.

(Beträge in Millionen EURO)

VA-Ansatz	AB	EINNAHMEN Bezeichnung Anm.	Erfolgswirksame Einnahmen	Bestandswirksame Einnahmen	Bundesvoranschlag 2002	Bundesvoranschlag 2001	Erfolg 2000
2/50		**Finanzverwaltung:**					
2/500		Bundesministerium für Finanzen:					
2/5000		Zentralleitung:					
2/50000	43	Zweckgebundene erfolgswirksame Einnahmen .....*	0,003	.....	0,003	0,004	0,270
2/50004	43	Erfolgswirksame Einnahmen	62,395	.....	62,395	59,855	62,062
2/50007	43	Bestandswirksame Einnahmen	.....	0,006	0,006	0,006	0,002
		Summe 5000...	62,398	0,006	62,404	59,865	62,334
2/5001		Einhebungsvergütung gem. Art. II Abs. 3 Eigenmittelbeschluss:					
2/50014	43	Einhebungsvergütungen	120,000	.....	120,000	27,979	30,003
2/50015	43	Einhebungsvergütungen gem. § 2a Abs. 4 ZollR-DG .	0,001	.....	0,001	0,001	.....
		Summe 5001...	120,001	.....	120,001	27,980	30,003
2/5002		IT-Bereich:					
2/50024	43	Erfolgswirksame Einnahmen	2,439	.....	2,439	2,439	0,027
		Summe 500...	184,838	0,006	184,844	90,285	92,363
2/501		Bundesministerium für Finanzen (Zweckaufwand):					
2/50100	43	Einschmelzerlöse aus zurückgestellten Silbermünzen .....*	0,002	.....	0,002	0,002	10,195
2/50124	43	Bundes-Wertpapieraufsicht (BWA)	2,645	.....	2,645	2,565	3,026
2/50134	43	Amtshaftungsrückersätze	0,001	.....	0,001	0,001	0,000
2/50194	43	Erfolgswirksame Einnahmen	0,123	.....	0,123	0,123	0,245
		Summe 501...	2,771	.....	2,771	2,692	13,467
2/502		Bundesministerium für Finanzen (Förderungsmaßnahmen):					
2/50200	43	Geldstrafen und Geldbußen gemäß BDG (zweckgeb. Einn.) .....*	0,014	.....	0,014	0,015	0,033
2/50204		Erfolgswirksame Einnahmen	0,727	.....	0,727	0,727	0,440
	43		*0,727*	.....	*0,727*	*0,727*	*0,440*
	21		.....	.....	.....	.....	.....
2/50234	43	Laufende Einnahmen aus Zuschüssen	2,235	.....	2,235	2,235	2,429

Anmerkungen:
2/50000 Korrespondierende Ausgaben bei den VA-Ansätzen 1/50403 (0,002 Millionen Euro) und VA-Ansatz 1/50408 (0,001 Millionen Euro)
2/50100 Korrespondierende Ausgaben beim VA-Ansatz 1/50107 mitveranschlagt.
2/50200 Korrespondierende Ausgaben beim VA-Ansatz 1/50226 mitveranschlagt.

(Beträge in Millionen EURO)

VA-Ansatz	AB	AUSGABEN Bezeichnung	Anm.	Erfolgsw. Ausgaben pers.	Erfolgsw. Ausgaben sachl.	Bestands-wirksame Ausgaben	Bundesvor-anschlag 2002	Bundesvor-anschlag 2001	Erfolg 2000
1/5025		Hagel-Frostversicherung (Mittel d. Kat. Fonds) (zweckgeb. Geb.):							
1/50256	43	Förderungen	*	.....	12,354	.....	12,354	11,628	10,980
1/50294		Zuschuss an Finanzierungsgarantie Ges. m. b. H.		.....	0,727	.....	0,727	0,727	0,699
	36			.....	*0,726*	.....	*0,726*	*0,726*	*0,699*
	38			.....	*0,001*	.....	*0,001*	*0,001*	.....
1/50295		Bezugsvorschüsse		.....	.....	3,577	3,577	3,575	3,399
	23			.....	.....	*1,575*	*1,575*	*1,550*	*1,130*
	33			.....	.....	*0,945*	*0,945*	*0,945*	*1,011*
	43			.....	.....	*1,057*	*1,057*	*1,079*	*1,258*
1/50296		Sonstige Förderungen		.....	7,929	.....	7,929	13,742	10,498
	36			.....	*0,002*	.....	*0,002*	*5,908*	*6,576*
	43			.....	7,927	.....	*7,927*	*7,834*	*3,922*
1/50204		*Förderungen (Gesetzl. Verpflichtungen)*		.....	.....	.....	.....	.....	4,360
	21			.....	.....	.....	.....	.....	.....
	38			.....	.....	.....	.....	.....	*4,360*
		Summe 502...		.....	77,100	3,577	80,677	79,224	68,096
1/503		Bundesministerium für Finanzen; Staatsvertrag:	*						
1/5030		Schäden im Inland:							
1/50307	43	Entschädigungszahlungen		.....	0,003	.....	0,003	0,003	.....
1/50308	43	Zahlungen auf Grund zwischenstaatl. Vereinbarungen		.....	0,001	.....	0,001	0,001	.....
	45								
		Summe 5030...		.....	0,004	.....	0,004	0,004	.....
1/5031		Schäden im Ausland:							
1/50317	43	Entschädigungszahlungen		.....	4,727	.....	4,727	5,451	5,018
1/50318	43	Sonstige Zahlungen		.....	0,007	.....	0,007	0,007	0,000
		Summe 5031...		.....	4,734	.....	4,734	5,459	5,018
1/5032		Finanz- und Ausgleichsvertrag:							
1/50327	43	Entschädigungszahlungen		.....	0,004	.....	0,004	0,004	.....
1/5033		Sonstige Leistungen im Zusammenhang mit dem Staatsvertrag:							
1/50338	43	Aufwendungen		.....	0,007	.....	0,007	0,007	.....
1/5034		Verwaltung ehemals deutscher Vermögenswerte:							
1/50343	37	Anlagen		.....	.....	0,001	0,001	0,001	.....
1/50347	37	Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen)		.....	0,011	.....	0,011	0,011	0,001
1/50348	37	Aufwendungen		.....	0,022	.....	0,022	0,022	0,018
		Summe 5034...		.....	0,033	0,001	0,034	0,034	0,018
1/5035		Verwertung ehemals deutscher Vermögenswerte:							
1/50358	43	Abwicklungskosten		.....	0,223	.....	0,223	0,223	0,074
		Summe 503...		.....	5,005	0,001	5,006	5,731	5,110

Anmerkungen:
1/50256 Ausgaben nach Maßgabe zweckgebundener Einnahmen beim VA-Ansatz 2/50250.
1/503 Verwaltungs-Aufwendungen beim Titel 1/500 und 1/504 mitveranschlagt.

(Beträge in Millionen EURO)

VA-Ansatz	AB	EINNAHMEN Bezeichnung Anm.	Erfolgswirksame Einnahmen	Bestandswirksame Einnahmen	Bundesvoranschlag 2002	Bundesvoranschlag 2001	Erfolg 2000
2/5025		Hagel-Frostversicherung (Mittel d. Kat. Fonds) (zweckgeb. Geb.):					
2/50250	43	Zweckgebundene erfolgswirksame Einnahmen ..... *	12, 354	.....	12, 354	11, 628	10, 980
2/50296		Einnahmen aus Zuschüssen	0, 003	.....	0, 003	0, 003	2, 057
	36		*0, 003*	.....	*0, 003*	*0, 003*	*0, 022*
	23		.....	.....	.....	.....	*2, 035*
2/50299		Bezugsvorschussersätze	.....	2, 963	2, 963	3, 907	3, 392
	23		.....	*1, 743*	*1, 743*	*1, 748*	*0, 963*
	33		.....	*0, 001*	*0, 001*	*0, 945*	*1, 152*
	43		.....	*1, 219*	*1, 219*	*1, 214*	*1, 277*
		Summe 502...	15, 333	2, 963	18, 296	18, 514	19, 331
2/503		Bundesministerium für Finanzen; Staatsvertrag:					
2/5030		Schäden im Inland:					
2/50304	43	Erfolgswirksame Einnahmen	0, 001	.....	0, 001	0, 001	.....
2/5031		Schäden im Ausland:					
2/50314	43	Erfolgswirksame Einnahmen	0, 015	.....	0, 015	0, 015	0, 034
2/5034		Verwaltung ehemals deutscher Vermögenswerte:					
2/50344	37	Erfolgswirksame Einnahmen	0, 014	.....	0, 014	0, 015	0, 019
2/50347	37	Bestandswirksame Einnahmen	.....	0, 001	0, 001	0, 001	.....
2/50349	43	Darlehensrückzahlungen	.....	0, 400	0, 400	0, 400	0, 513
		Summe 5034...	0, 014	0, 401	0, 415	0, 415	0, 533
2/5035		Verwertung ehemals deutscher Vermögenswerte:					
2/50352	43	Zweckgebundene bestandswirksame Einnahmen ..... *	.....	0, 002	0, 002	0, 002	0, 014
2/50354	43	Erfolgswirksame Einnahmen	0, 089	.....	0, 089	0, 088	0, 232
2/50358	43	Sonstige bestandswirksame Einnahmen	.....	2, 185	2, 185	3, 999	4, 418
2/50359	43	Darlehensrückzahlungen	.....	0, 007	0, 007	0, 009	0, 010
		Summe 5035...	0, 089	2, 194	2, 283	4, 098	4, 674
		Summe 503...	0, 119	2, 595	2, 714	4, 529	5, 240

Anmerkungen:
2/50250 Korrespondierende Ausgaben beim VA-Ansatz 1/50256 mitveranschlagt.
2/50352 Korrespondierende Ausgaben bei den VA-Ansätzen 1/40108 und 1/64753 mitveranschlagt.

(Beträge in Millionen EURO)

VA-Ansatz	AB	AUSGABEN Bezeichnung	Anm.	Erfolgsw. Ausgaben pers.	Erfolgsw. Ausgaben sachl.	Bestands-wirksame Ausgaben	Bundesvor-anschlag 2002	Bundesvor-anschlag 2001	Erfolg 2000
1/504		Finanzlandesdirektionen:							
1/5040		Dienststellen:							
1/50400	43	Personalausgaben		496,901	.....	.....	496,901	493,235	477,824
1/50403	43	Anlagen	*	.....	.....	3,974	3,974	4,013	1,845
1/50407		Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen)	..	.....	12,209	.....	12,209	12,212	11,808
	22			.....	*12,093*	.....	*12,093*	*12,066*	*11,643*
	43			.....	*0,116*	.....	*0,116*	*0,147*	*0,165*
1/50408	43	Aufwendungen	*	.....	67,854	.....	67,854	67,808	68,833
		Summe 5040...		496,901	80,063	3,974	580,938	577,269	560,309
1/50418	43	Ausfuhrerstattungen gemäß EU-Vorschriften.		.....	72,673	.....	72,673	72,673	63,409
1/50428	43	Zahlungen an die BIG		.....	5,232	.....	5,232	5,232	4,873
		Summe 504...		496,901	157,968	3,974	658,843	655,174	628,591
1/507		Sonstige nachgeordnete Dienststellen:							
1/5070		Bundespensionsamt:							
1/50700	43	Personalausgaben		5,814	.....	.....	5,814	5,741	5,540
1/50703	43	Anlagen		.....	.....	0,036	0,036	0,036	0,032
1/50707		Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen)	..	.....	0,120	.....	0,120	0,120	0,118
	22			.....	*0,118*	.....	*0,118*	*0,118*	*0,115*
	43			.....	*0,002*	.....	*0,002*	*0,002*	*0,003*
1/50708	43	Aufwendungen		.....	2,943	.....	2,943	2,763	2,689
		Summe 5070...		5,814	3,063	0,036	8,913	8,661	8,379
1/5071		Finanzprokuratur:							
1/50710	43	Personalausgaben		4,288	.....	.....	4,288	4,215	4,137
1/50713	43	Anlagen		.....	.....	0,009	0,009	0,009	0,007
1/50717		Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen)	..	.....	0,046	.....	0,046	0,046	0,045
	22			.....	*0,045*	.....	*0,045*	*0,045*	*0,045*
	43			.....	*0,001*	.....	*0,001*	*0,001*	*0,000*
1/50718	43	Aufwendungen		.....	0,378	.....	0,378	0,378	0,349
		Summe 5071...		4,288	0,424	0,009	4,721	4,648	4,538

Anmerkungen:

1/50403 Hinsichtlich eines Teilbetrages von 1,417 Millionen Euro ist das Bundesministerium für Finanzen anweisungsberechtigt.
Hievon 2002 0,002 Millionen Euro Ausgaben nach Maßgabe zweckgebundener Einnahmen beim VA-Ansatz 2/50000.

1/50408 Hievon 2002 0,581 Millionen Euro Ausgaben nach Maßgabe zweckgebundener Einnahmen beim VA-Ansatz 2/52180 und 0,001 Millionen Euro nach Maßgabe zweckgebundener Einnahmen beim VA-Ansatz 2/50000.
Hinsichtlich eines Teilbetrages von 1,085 Millionen Euro ist das Bundesministerium für Finanzen anweisungsberechtigt.

(Beträge in Millionen EURO)

VA-Ansatz	AB	EINNAHMEN Bezeichnung	Anm.	Erfolgswirksame Einnahmen	Bestandswirksame Einnahmen	Bundesvoranschlag 2002	Bundesvoranschlag 2001	Erfolg 2000
2/504		Finanzlandesdirektionen:						
2/5040		Dienststellen:						
2/50404	43	Erfolgswirksame Einnahmen		46,303	.....	46,303	44,719	18,804
2/50407	43	Bestandswirksame Einnahmen		.....	0,115	0,115	0,115	0,128
		Summe 5040...		46,303	0,115	46,418	44,834	18,931
2/50434	38	Gebarung gemäß § 22 KHVG		0,001	.....	0,001	0,001	0,219
		Summe 504...		46,304	0,115	46,419	44,835	19,150
2/507		Sonstige nachgeordnete Dienststellen:						
2/5070		Bundespensionsamt:						
2/50704	43	Erfolgswirksame Einnahmen		0,697	.....	0,697	0,697	0,674
2/50707	43	Bestandswirksame Einnahmen		.....	0,004	0,004	0,004	.....
		Summe 5070...		0,697	0,004	0,701	0,701	0,674
2/5071		Finanzprokuratur:						
2/50714	43	Erfolgswirksame Einnahmen		1,690	.....	1,690	1,690	1,874
2/50717	43	Bestandswirksame Einnahmen		.....	0,003	0,003	0,003	0,000
		Summe 5071...		1,690	0,003	1,693	1,693	1,874

(Beträge in Millionen EURO)

VA-Ansatz	AB	AUSGABEN Bezeichnung Anm.	Erfolgsw. Ausgaben pers.	Erfolgsw. Ausgaben sachl.	Bestands-wirksame Ausgaben	Bundesvor-anschlag 2002	Bundesvor-anschlag 2001	Erfolg 2000
1/5072		*Hauptpunzierungs- und Probieramt:*						
1/50720	*43*	*Personalausgaben*	.....	.....	.....	.....	0,465	1,468
1/50723	*43*	*Anlagen*	.....	.....	.....	.....	0,002	0,003
1/50727		*Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen)*	.....	.....	.....	.....	0,015	0,028
	22		.....	.....	.....	.....	*0,010*	*0,027*
	43		.....	.....	.....	.....	*0,004*	*0,001*
1/50728	*43*	*Aufwendungen*	.....	.....	.....	.....	0,062	0,331
		Summe 5072...	.....	.....	.....	.....	0,544	1,830
		Summe 507...	10,102	3,487	0,045	13,634	13,853	14,747
1/508		Unternehmungen mit Bundesbediensteten:						
1/5080		Österreichisches Postsparkassenamt:						
1/50800	38	Personalausgaben	41,205	.....	.....	41,205	40,769	39,629
1/50807	38	Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen)	.....	1,199	.....	1,199	1,199	1,084
1/50808	38	Aufwendungen	.....	0,080	.....	0,080	0,080	0,084
		Summe 5080...	41,205	1,279	.....	42,484	42,049	40,796
1/5081		Österreichische Salinen AG:						
1/50810	36	Personalausgaben	0,138	.....	.....	0,138	0,134	0,127
1/50818	36	Aufwendungen	.....	0,003	.....	0,003	0,002	0,000
		Summe 5081...	0,138	0,003	.....	0,141	0,136	0,127
1/5082		Amt der Münze Österreich:						
1/50820	37	Personalausgaben	1,417	.....	.....	1,417	1,381	1,364
1/50828	37	Aufwendungen	.....	0,004	.....	0,004	0,005	0,004
		Summe 5082...	1,417	0,004	.....	1,421	1,385	1,368
1/5083		Ämter gem. Poststrukturgesetz: *Amt der Post- und Telekom Austria AG*						
1/50830	33	Personalausgaben	1.170,033	.....	.....	1.170,033	1.177,300	1.147,617
1/50837	33	Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen)	.....	0,072	.....	0,072	0,073	.....
1/50838	33	Aufwendungen	.....	79,868	.....	79,868	81,321	77,017
		Summe 5083...	1.170,033	79,940	.....	1.249,973	1.258,693	1.224,634
		Summe 508...	1.212,793	81,226	.....	1.294,019	1.302,264	1.266,926
		Gesamtausgaben 50...	1.765,581	577,848	7,908	2.351,337	2.308,905	2.213,566

(Beträge in Millionen EURO)

VA-Ansatz	AB	EINNAHMEN Bezeichnung Anm.	Erfolgswirksame Einnahmen	Bestandswirksame Einnahmen	Bundesvoranschlag 2002	Bundesvoranschlag 2001	Erfolg 2000
2/5072		*Hauptpunzierungs- und Probieramt:*					
2/50724	*43*	*Erfolgswirksame Einnahmen*	.....	.....	.....	0,251	1,927
2/50727	*43*	*Bestandswirksame Einnahmen*	.....	.....	.....	0,002	0,001
		Summe 5072...	.....	.....	.....	0,253	1,928
		Summe 507...	2,387	0,007	2,394	2,647	4,475
2/508		Unternehmungen mit Bundesbediensteten:					
2/5080		Österreichisches Postsparkassenamt:					
2/50804	38	Ersätze der Österreichischen Postsparkasse	41,903	.....	41,903	41,405	40,200
2/5081		Österreichische Salinen AG:					
2/50814	36	Ersätze der Österreichischen Salinen AG	0,141	.....	0,141	0,137	0,127
2/5082		Amt der Münze Österreich:					
2/50824	37	Ersätze der Münze Österreich AG	1,422	.....	1,422	1,386	1,285
2/5083		Ämter gem. Poststrukturgestz: *Amt der Post- und Telekom Austria AG*					
2/50834	33	Erfolgswirksame Einnahmen	1.231,587	.....	1.231,587	1.241,397	1.220,941
		Summe 508...	1.275,053	.....	1.275,053	1.284,327	1.262,553
		Gesamteinnahmen 50...	1.526,805	5,686	1.532,491	1.447,827	1.416,580

(Beträge in Millionen EURO)

VA-Ansatz	AB	AUSGABEN Bezeichnung	Anm.	Erfolgsw. Ausgaben pers.	Erfolgsw. Ausgaben sachl.	Bestands-wirksame Ausgaben	Bundesvor-anschlag 2002	Bundesvor-anschlag 2001	Erfolg 2000
51		**Kassenverwaltung:**	*						
1/510		Effekten- und Geldverkehr des Bundes:							
1/51038	43	Kursverluste		.....	3,634	.....	3,634	3,632	.....
1/5104		Effekten- und Geldverkehrskosten:							
1/51048	43	Aufwendungen		.....	0,001	.....	0,001	0,001	.....
		Summe 510...		.....	3,635	.....	3,635	3,633	.....
1/511		Geldverkehr des Bundes (zweckgeb. Gebarung):							
1/5110		Innovations- und Technologiefonds:	*						
1/51107	43	Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen)		.....	0,001	.....	0,001	0,001	.....
1/51108	43	Aufwendungen		.....	31,980	.....	31,980	31,980	25,478
		Summe 5110...		.....	31,981	.....	31,981	31,981	25,478
1/5111		Siedlungswasserwirtschaft:	*						
1/51117	43	Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen)		.....	0,001	.....	0,001	0,001	.....
1/51118	43	Aufwendungen		.....	232,119	.....	232,119	214,169	159,084
		Summe 5111...		.....	232,120	.....	232,120	214,170	159,084
		Summe 511...		.....	264,101	.....	264,101	246,151	184,562
1/512		Rücklagen:							
1/51219	43	Zuführung an allgemeine Rücklage		.....	.....	0,001	0,001	0,001	89,284
1/51229	43	Zuführung an Rücklage (Flexibilisierungsklausel)		.....	.....	0,001	0,001	0,001	0,584
1/51249	43	Zuführung an zweckgebundene Einnahmen-Rücklage		.....	.....	0,215	0,215	0,216	662,614
1/51259	43	Zuführung an Ausgleichsrücklage		.....	.....	0,001	0,001	0,001	21,570
1/51269	43	Zuführung an besondere Rücklage		.....	.....	0,001	0,001	0,001	372,371
1/51279	43	Zuführung an besondere Einnahmen-Rücklage.		.....	.....	0,009	0,009	0,009	26,968
1/51289	43	Zuführung an besondere Aufwendungen-Rücklage		.....	.....	0,001	0,001	0,001	35,814
		Summe 512...		.....	.....	0,229	0,229	0,230	1.209,205

Anmerkungen:

51 Verwaltungs-Aufwendungen beim Titel 1/500 mitveranschlagt.

1/5110 Ausgaben nach Maßgabe zweckgebundener Einnahmen beim VA-Ansatz 2/51100 (31,981 Millionen Euro).
2002 Überweisung an VA-Ansatz 2/65300 (31,978 Millionen Euro).

1/5111 Ausgaben nach Maßgabe zweckgebundener Einnahmen beim VA-Ansatz 2/51110 (10,177 Millionen Euro) und durch veranschlagte Rücklagenentnahme beim VA-Ansatz 2/51248 (221,943 Millionen Euro).
2002 Überweisung an VA-Ansatz 2/61230 (232,120 Millionen Euro).

(Beträge in Millionen EURO)

VA-Ansatz	AB	EINNAHMEN Bezeichnung	Anm.	Erfolgswirksame Einnahmen	Bestandswirksame Einnahmen	Bundesvoranschlag 2002	Bundesvoranschlag 2001	Erfolg 2000
51		**Kassenverwaltung:**						
2/510		Effekten- und Geldverkehr des Bundes:						
2/51034	43	Kursgewinne		0,001	.....	0,001	0,001	0,000
2/51044	43	Erträge aus dem Effekten- und Geldverkehr		56,250	.....	56,250	54,507	145,534
		Summe 510...		56,251	.....	56,251	54,508	145,534
2/511		Geldverkehr des Bundes (zweckgeb. Gebarung):						
2/5110		Innovations- und Technologiefonds:						
2/51100		Zweckgebundene erfolgswirksame Einnahmen	*	31,981	.....	31,981	31,981	22,630
	12			*0,001*	.....	*0,001*	.....	*0,067*
	36			*0,002*	.....	*0,002*	*0,002*	*0,369*
	43			*31,978*	.....	*31,978*	*31,979*	*22,194*
2/5111		Siedlungswasserwirtschaft:						
2/51110	43	Zweckgebundene erfolgswirksame Einnahmen	*	10,177	.....	10,177	14,538	625,029
		Summe 511...		42,158	.....	42,158	46,519	647,658
2/512		Rücklagen:						
2/51217	43	Entnahme aus allgemeiner Rücklage (nicht veranschlagt)		.....	0,001	0,001	0,001	58,397
2/51218	43	Entnahme aus allgemeiner Rücklage (veranschlagt)	*	.....	0,728	0,728	2,109	0,336
2/51227	43	Entn. aus Rückl. (Flexibilisierungsklausel) (nicht veranschl.)		.....	0,001	0,001	0,001	.....
2/51228	43	Entn. aus Rücklage (Flexibilisierungsklausel) (veranschl.)		.....	0,001	0,001	0,001	.....
2/51247	43	Entnahme aus zweckgeb. Einnahmen-Rücklage (nicht veranschl.)		.....	0,157	0,157	0,161	60,547
2/51248	43	Entnahme aus zweckgeb. Einnahmen-Rücklage (veranschlagt)	*	.....	222,673	222,673	201,838	70,840
2/51257	43	Entnahme aus Ausgleichsrücklage		.....	0,001	0,001	0,001	.....
2/51258	43	Verringerung der Ausgleichsrücklage		.....	0,001	0,001	0,001	.....
2/51267	43	Entnahme aus besonderer Rücklage (nicht veranschlagt)		.....	0,001	0,001	0,001	211,273
2/51268	43	Entnahme aus besonderer Rücklage (veranschlagt)		.....	0,001	0,001	0,001	6,759
2/51277	43	Entnahme aus besonderer Einnahmen-Rückl. (nicht veranschl.)		.....	0,009	0,009	0,009	25,764
2/51278	43	Entnahme aus besonderer Einnahmen-Rückl. (veranschlagt)		.....	0,001	0,001	0,001	.....
2/51287	43	Entnahme aus bes. Aufwendungen-Rücklage (nicht veranschl.)		.....	0,001	0,001	0,001	15,049
2/51288	43	Entnahme aus bes. Aufwendungen-Rücklage (veranschlagt)	*	.....	0,364	0,364	0,364	0,220
2/51297	43	Auflösung von Rücklagen	*	.....	151,546	151,546	73,270	480,453
		Summe 512...		.....	375,486	375,486	277,760	929,637

Anmerkungen:

2/51100 Korrespondierende Ausgaben beim Paragraph 1/5110.

2/51110 Korrespondierende Ausgaben beim Paragraph 1/5111.

2/51218 Korrespondierende Ausgaben 2002 der Entnahme aus Rücklage beim VA-Ansatz 1/65023 (0,727 Millionen Euro).

2/51248 Korrespondierende Ausgaben 2002 der Entnahme aus Rücklage bei den VA-Ansätzen 1/10103 (0,002 Millionen Euro), 1/10108 (0,001 Millionen Euro), 1/51118 (221,943 Millionen Euro)und 1/65204 (0,727 Millionen Euro).

2/51288 Korrespondierende Ausgaben 2002 der Entnahme aus Rücklage beim VA-Ansatz 1/65118 (0,363 Millionen Euro).

2/51297 Hievon 2,206 Millionen Euro vom VA-Ansatz 1/64503, 0,384 Millionen Euro vom VA-Ansatz 1/64508, 2,048 Millionen Euro vom VA-Ansatz 1/64533, 0,538 Millionen Euro vom VA-Ansatz 1/64538, 2,487 Millionen Euro vom VA-Ansatz 1/64608, 6,391 Millionen Euro vom VA-Ansatz 1/64613, 0,727 Millionen Euro vom VA-Ansatz 1/64663, 0,231 Millionen Euro vom VA-Ansatz 1/64673, 9,417 Millionen Euro vom VA-Ansatz 1/64713, 0,034 Millionen Euro vom VA-Ansatz 1/64718, 9,645 Millionen Euro vom VA-Ansatz 1/64723, 0,174 Millionen Euro vom VA-Ansatz 1/64728, 3,533 Millionen Euro vom VA-Ansatz 1/64743, 0,013 Millionen Euro vom VA-Ansatz 1/64748, 3,412 Millionen Euro vom VA-Ansatz 1/64753, 4,683 Millionen Euro vom VA-Ansatz 1/64758, 52,811 Millionen Euro vom VA-Ansatz 1/51817 und 52,812 Millionen Euro vom VA-Ansatz 1/51818.

(Beträge in Millionen EURO)

VA-Ansatz	AB	AUSGABEN Bezeichnung	Anm.	Erfolgsw. Ausgaben pers.	Erfolgsw. Ausgaben sachl.	Bestands-wirksame Ausgaben	Bundesvor-anschlag 2002	Bundesvor-anschlag 2001	Erfolg 2000
1/518		Sonstige Pauschalvorsorgen:							
1/5180		Pauschalvorsorge für Personal:							
1/51800	43	Personalausgaben		0,002	.....	.....	0,002	159,880	.....
1/51807	43	Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen)		.....	0,002	.....	0,002	58,138	.....
		Summe 5180...		0,002	0,002	.....	0,004	218,019	.....
1/5181		Pauschalvorsorge für Sachausgaben:							
1/51816	43	Förderungen		.....	1,017	.....	1,017	1,017	.....
1/51817		Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen)		.....	268,526	.....	268,526	130,811	.....
	43			.....	*268,526*	.....	*268,526*	*130,811*	.....
	21			.....	.....	.....	.....	.....	.....
1/51818		Aufwendungen		.....	158,020	.....	158,020	188,956	.....
	43			.....	*158,020*	.....	*158,020*	*188,956*	.....
	21			.....	.....	.....	.....	.....	.....
		Summe 5181...		.....	427,563	.....	427,563	320,785	.....
1/5182		*Pauschalvorsorge für Offensivprogramm:*							
1/51823	*43*	*Anlagen*		.....	.....	.....	.....	218,019	.....
1/51826	*12*	*Förderungen*		.....	.....	.....	.....	436,037	.....
1/51828	*12*	*Aufwendungen*		.....	.....	.....	.....	72,673	.....
		Summe 5182...		.....	.....	.....	.....	726,728	.....
		Summe 518...		0,002	427,565	.....	427,567	1.265,532	.....
519		Sonstige Kassenverwaltungs-Ausgaben:							
1/51908	43	Allgemeine Ausgaben		.....	0,001	.....	0,001	0,001	0,000
5191		Kurzfristige Verpflichtungen:							
1/51918	43	Kurzfristige Verpflichtungen d. Bundes (Zinsen u. Begebungsk.)		.....	211,481	.....	211,481	245,633	185,698
7/51919	43	Kurzfristige Verpflichtungen des Bundes (Tilgung)		.....	.....	12.354,382	12.354,382	12.354,382	39.233,995
		Summe 5191...		.....	211,481	12.354,382	12.565,863	12.600,015	39.419,693
1/5192		Devisentermingeschäfte:							
1/51928	43	Aufwendungen		.....	0,003	.....	0,003	0,003	.....
7/51929	43	Aufwendungen (B)		.....	.....	10.900,925	10.900,925	10.900,925	.....
		Summe 5192...		.....	0,003	10.900,925	10.900,928	10.900,928	.....
		Summe 519...		.....	211,485	23.255,307	23.466,792	23.500,945	39.419,693
		Summe 1/51...		0,002	906,786	0,229	907,017	1.761,183	1.579,466
		Summe 7/51...		.....	.....	23.255,307	23.255,307	23.255,307	39.233,995
		Gesamtausgaben 51...		0,002	906,786	23.255,536	24.162,324	25.016,490	40.813,461

(Beträge in Millionen EURO)

VA-Ansatz	AB	EINNAHMEN Bezeichnung	Anm.	Erfolgswirksame Einnahmen	Bestandswirksame Einnahmen	Bundesvoranschlag 2002	Bundesvoranschlag 2001	Erfolg 2000
2/513		Zahlungen von der EU:						
2/51305	43	Europ. Sozialfonds (EU/Arbeitsmarktpolitik)		0,001	.....	0,001	30,600	18,323
2/51306	43	Europ. Regionalfonds (EU)		46,707	.....	46,707	3,438	82,628
2/51314	43	EAGFL/Garantie (EU)		0,001	.....	0,001	0,001	.....
2/51315	43	EAGFL/Ausrichtung und FIAF (EU)		0,001	.....	0,001	50,871	89,765
2/51325	43	Europ. Sozialfonds (EU/Übrige)		0,001	.....	0,001	0,001	11,973
		Summe 513...		46,711	.....	46,711	84,911	202,689
2/514		Zahlungen aus den EU-Strukturfonds (Periode 2000-2006):						
2/51405	43	Europ. Sozialfonds (EU/Arbeitsmarktpolitik)		104,067	.....	104,067	98,808	42,224
2/51406	43	Europ. Sozialfonds (EU/Übrige)		0,001	.....	0,001	0,001	.....
2/51415	43	Europ. Regionalfonds (EU)		139,168	.....	139,168	93,385	12,167
2/51425	43	EAGFL/Ausrichtung und FIAF (EU)		14,535	.....	14,535	14,535	3,188
2/51426	43	EAGFL/Garantie (EU)		1.010,152	.....	1.010,152	973,816	1.025,551
		Summe 514...		1.267,923	.....	1.267,923	1.180,544	1.083,130
519		Sonstige Kassenverwaltungs-Einnahmen:						
2/51904	43	Allgemeine Einnahmen		0,001	.....	0,001	0,001	61,319
8/5191		Kurzfristige Verpflichtungen:						
8/51919	43	Kurzfristige Aufnahmen des Bundes		.....	12.354,382	12.354,382	12.354,382	39.233,995
2/5192		Devisentermingeschäfte:						
2/51924	43	Erfolgswirksame Einnahmen		47,579	.....	47,579	47,251	.....
8/51929	43	Bestandswirksame Einnahmen		.....	10.900,925	10.900,925	10.900,925	.....
		Summe 5192...		47,579	10.900,925	10.948,504	10.948,176	.....
		Summe 519...		47,580	23.255,307	23.302,887	23.302,559	39.295,314
		Summe 2/51...		1.460,623	375,486	1.836,109	1.691,493	3.069,968
		Summe 8/51...		.....	23.255,307	23.255,307	23.255,307	39.233,995
		Gesamteinnahmen 51...		1.460,623	23.630,793	25.091,416	24.946,800	42.303,963

(Beträge in Millionen EURO)

VA-Ansatz	AB	AUSGABEN Bezeichnung	Anm.	Erfolgsw. Ausgaben pers.	Erfolgsw. Ausgaben sachl.	Bestands-wirksame Ausgaben	Bundesvor-anschlag 2002	Bundesvor-anschlag 2001	Erfolg 2000
1/52		Öffentliche Abgaben:	*						

Anmerkungen:
1/52 Verwaltungs-Aufwendungen beim Titel 1/504 mitveranschlagt.

(Beträge in Millionen EURO)

VA-Ansatz	AB	EINNAHMEN Bezeichnung	Anm.	Erfolgswirksame Einnahmen	Bestandswirksame Einnahmen	Bundesvoranschlag 2002	Bundesvoranschlag 2001	Erfolg 2000
2/52		**Öffentliche Abgaben:**						
2/520		*Einkommen- und Vermögensteuern:*						
2/52004	43	Veranlagte Einkommensteuer	*	3.342,950	.....	3.342,950	3.197,605	2.817,523
2/52014	43	Lohnsteuer	*	17.078,119	.....	17.078,119	16.133,369	14.467,672
2/52024	43	Kapitalertragsteuer	*	486,908	.....	486,908	472,373	471,452
2/52025	43	Kapitalertragsteuer auf Zinsen		1.744,148	.....	1.744,148	1.598,802	1.473,499
2/52034	43	Körperschaftsteuer	*	4.760,071	.....	4.760,071	4.505,716	3.864,991
2/52036	43	Abgabe von Zuwendungen		0,363	.....	0,363	0,363	0,290
2/52066	43	Erbschafts- und Schenkungssteuer		196,217	.....	196,217	152,613	111,183
2/52074	43	Abgabe von land- und forstwirtschaftlichen Betrieben		20,348	.....	20,348	20,348	20,049
2/52084	43	Bodenwertabgabe		5,450	.....	5,450	5,450	5,001
2/52086	43	Wohnbauförderungsbeitrag		639,521	.....	639,521	617,719	594,807
2/52044	*43*	*Gewerbesteuer*	*	.....	.....	.....	0,001	9,798
2/52054	*43*	*Bundesgewerbesteuer*		.....	.....	.....	0,001	7,328
2/52064	*43*	*Vermögensteuer*		.....	.....	.....	.....	1,012
2/52065	*43*	*Erbschaftssteueräquivalent*		.....	.....	.....	.....	0,189
2/52094	*43*	*Sonderabgabe von Banken*		.....	.....	.....	.....	-3,390
		Summe 520...		28.274,095	.....	28.274,095	26.704,362	23.841,404
2/521		Einkommen- und Vermögensteuern (zweckgebundene Beiträge):						
2/52180	13	Kunstförderungsbeitrag	*	14,534	.....	14,534	14,535	10,573
		Summe 520 und 521...		28.288,629	.....	28.288,629	26.718,896	23.851,977
2/522		Umsatzsteuer:						
2/52204	43	Umsatzsteuer		18.458,900	.....	18.458,900	17.877,517	17.056,039
2/523		Ein- und Ausfuhrabgaben:						
2/52304	43	Zölle, Ein- und Ausfuhrabgaben		254,355	.....	254,355	254,355	260,855
2/52364	*43*	*Zölle* *Übrige Ein- und Ausfuhrabgaben*		.....	.....	.....	.....	.....
		Summe 523...		254,355	.....	254,355	254,355	260,855
2/524		Verbrauchsteuern:						
2/52404	43	Tabaksteuer		1.257,240	.....	1.257,240	1.257,240	1.196,578
2/52414	43	Biersteuer		203,484	.....	203,484	203,484	161,480
2/52444	43	Mineralölsteuer		2.797,904	.....	2.797,904	2.768,835	2.725,744
2/52464	43	Alkoholsteuer		123,544	.....	123,544	123,544	130,405
2/52484	43	Schaumweinsteuer		25,435	.....	25,435	25,435	24,615
		Summe 524...		4.407,607	.....	4.407,607	4.378,538	4.238,823
2/525		Stempel-, Rechtsgebühren und Bundesverwaltungsabgaben:						
2/52514	43	Stempel-, Rechtsgebühren und Bundesverwaltungsabgaben		812,627	.....	812,627	799,401	791,084

Anmerkungen:
2/52004)
2/52014 Anteilige korrespondierende Ausgaben für Familienlastenausgleich bei den VA-Ansätzen 2/52874, 2/52875 und
2/52024 für den Katastrophenfonds bei VA-Ansatz 2/52894.
2/52034)
2/52044 Korrespondierende Ausgaben beim VA-Ansatz 2/52814.
2/52180 Korrespondierende Ausgaben beim Paragraph 1/1303 (8,306 Millionen Euro) sowie bei den VA-Ansätzen 1/12456 (0,586 Millionen Euro), 1/12486 (0,879 Millionen Euro), 1/50408 (0,581 Millionen Euro) und 2/52804, AB 13 (4,186 Millionen Euro).

(Beträge in Millionen EURO)

VA-Ansatz	AB	AUSGABEN Bezeichnung	Anm.	Erfolgsw. Ausgaben pers.	Erfolgsw. Ausgaben sachl.	Bestands-wirksame Ausgaben	Bundesvor-anschlag 2002	Bundesvor-anschlag 2001	Erfolg 2000
1/52		Öffentliche Abgaben:	*						
1/527		Verschiedene Kosten:							
1/52708	43	Druckkosten		.....	0,727	.....	0,727	0,799	0,384
1/52718	43	Verkaufsvergütungen		.....	5,959	.....	5,959	6,613	5,266
1/52728	43	Verfahrenskosten		.....	1,526	.....	1,526	1,526	1,481
		Gesamtausgaben 52...		.....	8,212	.....	8,212	8,939	7,131

Anmerkungen:
1/52 Verwaltungs-Aufwendungen beim Titel 1/504 mitveranschlagt.

(Beträge in Millionen EURO)

VA-Ansatz	AB	EINNAHMEN Bezeichnung Anm.	Erfolgswirksame Einnahmen	Bestandswirksame Einnahmen	Bundesvoranschlag 2002	Bundesvoranschlag 2001	Erfolg 2000
2/526		Verkehrsteuern:					
2/52604	43	Kapitalverkehrsteuern	123,544	.....	123,544	123,544	115,488
2/52605	43	Sicherheitsabgabe	32,703	.....	32,703	30,523	28,066
2/52606	43	Werbeabgabe	72,673	.....	72,673	72,673	33,275
2/52614	43	Punzierungskontrollgebühr	1,308	.....	1,308	.....	.....
2/52615	43	Energieabgabe	654,056	.....	654,056	712,194	562,455
2/52624	43	Normverbrauchsabgabe	436,037	.....	436,037	436,037	433,372
2/52634	43	Grunderwerbsteuer	465,106	.....	465,106	457,839	452,186
2/52644	43	Versicherungssteuer	770,332	.....	770,332	741,263	745,186
2/52645	43	Motorbezogene Versicherungssteuer	1.104,627	.....	1.104,627	1.090,093	975,116
2/52654	43	Straßenbenützungsabgabe	79,940	.....	79,940	72,673	84,042
2/52661	33	Kraftfahrzeugsteuer (zweckgebundene Einnahmen) *	79,213	.....	79,213	79,213	78,360
2/52664	43	Kraftfahrzeugsteuer	127,613	.....	127,613	106,102	53,771
2/52674	43	Spielbankabgabe	109,009	.....	109,009	101,742	104,508
2/52675	43	Konzessionsabgabe	210,751	.....	210,751	203,484	197,464
2/52690	21	Altlastenbeitrag (zweckgebundene Einnahmen) *	105,375	.....	105,375	94,475	70,536
		Summe 526...	4.372,287	.....	4.372,287	4.321,853	3.933,825
		Summe 522 bis 526...	28.305,776	.....	28.305,776	27.631,665	26.280,626
2/52704	43	Nebenansprüche und Resteingänge weggefallener Abgaben	181,682	.....	181,682	145,346	254,023
		Summe 520 bis 527...	56.776,087	.....	56.776,087	54.495,907	50.386,626
2/528		Ab Überweisungen (I):					
2/52804		Ertragsanteile der Länder und Gemeinden *	-13.612,641	.....	-13.612,641	-12.962,746	-12.602,841
	13		*-4,186*	.....	*-4,186*	*-4,186*	*-2,794*
	43		*-13.608,455*	.....	*-13.608,455*	*-12.958,560*	*-12.600,047*
2/52805	43	Steueranteil für Krankenanstaltenfinanzierung *	-110,677	.....	-110,677	-107,919	-104,327
2/52814	43	Gewerbesteuer an die Gemeinden *	-0,001	.....	-0,001	-0,001	-11,790
2/52824	21	Umsatzsteueranteil für Gesundheitsförderung *	-7,250	.....	-7,250	-7,267	-7,267
2/52825	21	Für Gesundheits- und Sozialbereichs-Beihilfengesetz	-1.219,450	.....	-1.219,450	-1.177,300	-1.090,336
2/52834	37	Steueranteil für Siedlungswasserwirtschaft	-0,001	.....	-0,001	-0,001	-47,276
2/52874	22	An Ausgleichsfonds für Familienbeihilfen (Anteile) *	-435,020	.....	-435,020	-414,901	-404,810
2/52875	22	An Ausgleichsfonds für Familienbeihilfen (Abgeltungen) *	-690,392	.....	-690,392	-690,392	-690,392
2/52894	43	An den Katastrophenfonds *	-324,710	.....	-324,710	-306,349	-298,342
		Summe 528...	-16.400,142	.....	-16.400,142	-15.666,877	-15.257,380
2/529		Ab Überweisungen (II):					
2/52904	43	Beitrag zur Europäischen Union	-2.398,204	.....	-2.398,204	-2.361,867	-2.091,961
		Gesamteinnahmen 52...	37.977,741	.....	37.977,741	36.467,163	33.037,285

Anmerkungen:

2/52661 Korrespondierende Ausgaben bzw. Überweisungen bei folgendem VA-Ansatz:

	BVA 2002	BVA 2001 Mill. Eur	Erfolg 2000
1/65204	79,213	94,475	78,360

2/52690 Korrespondierende Ausgaben beim VA-Ansatz 1/61218 (21,802 Millionen Euro), beim VA-Ansatz 1/61226 (63,325 Millionen Euro), beim VA-Ansatz 1/61228 (19,524 Millionen Euro) und bei 1/61248 (0,726 Millionen Euro).

2/52804 AB 13: Korrespondierende Einnahmen beim VA-Ansatz 2/52180.

2/52805 Hievon 2002 Überweisung an VA-Ansatz 2/53205 in Höhe von 110,677 Millionen Schillung.

2/52814 Korrespondierende Einnahmen beim VA-Ansatz 2/52044.

2/52824 Korrespondierende Einnahmen beim VA-Ansatz 2/52204. Überweisung an VA-Ansatz 2/17230.

2/52874 Korrespondierende Einnahmen bei den VA-Ansätzen 2/52004, 2/52014, 2/52024 und 2/52034. Überweisung an VA-Ansatz 2/19310.

2/52875 Korrespondierende Einnahmen bei den VA-Ansätzen 2/52004 und 2/52014. Überweisung an VA-Ansatz 2/19311.

2/52894 Korrespondierende Einnahmen bei den VA-Ansätzen 2/52004, 2/52014, 2/52024 und 2/52034. Überweisung an VA-Ansatz 2/53400.

(Beträge in Millionen EURO)

VA-Ansatz	AB	AUSGABEN Bezeichnung	Anm.	Erfolgsw. Ausgaben pers.	Erfolgsw. Ausgaben sachl.	Bestands-wirksame Ausgaben	Bundesvor-anschlag 2002	Bundesvor-anschlag 2001	Erfolg 2000
1/53		Finanzausgleich:	*						
1/530		Leistungen an Länder und Gemeinden:							
1/53007	43	Ertragsanteilekopfquoten-Ausgleich der Länder		.....	102,469	.....	102,469	101,015	99,007
1/53017	43	Finanzkraftstärkung der Gemeinden		.....	90,083	.....	90,083	84,643	78,896
1/53027	43	Bedarfszuweisung an Länder		.....	789,977	.....	789,977	697,659	604,234
1/53047	43	Finanzzuweisung f. umweltschonende u. energiesparende Maßn.		.....	77,397	.....	77,397	84,300	59,393
1/53057	43	Bedarfszuweisung an Gemeinden		.....	18,740	.....	18,740	15,630	.....
1/53058	43	Bedarfszuweisungen an Gemeinden		.....	1,090	.....	1,090	1,090	0,363
1/53067	43	Polizeikostenersatz an Städte mit eigenem Statut		.....	1,889	.....	1,889	1,817	1,731
1/53077	34	Finanzzuweisungen in Agrarangelegenheiten.		.....	14,500	.....	14,500	14,535	14,535
1/53097	33	Finanzzuweisungen in Nahverkehrsangelegenheiten		.....	169,473	.....	169,473	170,636	155,398
1/53037	*43*	*Kostenersatz an Gemeinden für Volkszählung 2001*		.....	.....	.....	.....	18,168	.....
		Summe 530...		.....	1.265,618	.....	1.265,618	1.189,493	1.013,556
1/532		Zweckzuschüsse des Bundes I:							
1/53207	21	Zuschüsse für Krankenanstalten		.....	110,677	.....	110,677	107,919	104,327
1/53217	23	Zuschüsse nach dem Bundes-Sonderwohnbaugesetz		.....	24,000	.....	24,000	21,802	22,348
1/5322		Zuschüsse zur Theaterführung an Länder und Gemeinden:							
1/53227	13	Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen) ..		.....	21,300	.....	21,300	21,293	21,293
1/53228	13	Aufwendungen		.....	0,218	.....	0,218	0,218	0,218
		Summe 5322...		.....	21,518	.....	21,518	21,511	21,511
1/53237	23	Zuschüsse nach §3 WBF-ZG		.....	4,360	.....	4,360	5,087	5,284
1/53247	23	Zuschüsse nach §1 und §5 WBF-ZG		.....	1.780,500	.....	1.780,500	1.780,484	1.780,484
1/53287	21	Zuschüsse für Umweltschutz an Länder und Gemeinden		.....	6,900	.....	6,900	8,721	8,721
1/53297	22	Kinderbetreuungseinrichtungen		.....	0,002	.....	0,002	0,002	27,088
1/53258	*43*	*Raumheizungszuschüsse*		.....	.....	.....	.....	.....	16,008
		Summe 532...		.....	1.947,957	.....	1.947,957	1.945,526	1.985,772
1/533		Zweckzuschüsse des Bundes II:							
1/53307	43	Zuschüsse aufgrund von Sondergesetzen		.....	0,001	.....	0,001	0,001	3,997

Anmerkungen:
1/53 Verwaltungs-Aufwendungen beim Titel 1/500 mitveranschlagt.

(Beträge in Millionen EURO)

VA-Ansatz	AB	EINNAHMEN Bezeichnung	Anm.	Erfolgswirksame Einnahmen	Bestandswirksame Einnahmen	Bundesvoranschlag 2002	Bundesvoranschlag 2001	Erfolg 2000
2/53		Finanzausgleich:						
2/532		Zweckzuschüsse und Finanzzuweisungen, Beiträge u. Ersätze:						
2/53204	43	Übergenüsse an Zweckzuschüssen des Bundes		0,002	.....	0,002	0,002	.....
2/53205	21	Überweisung für Krankenanstaltenfinanzierung ...*		110,677	.....	110,677	107,919	104,327
2/53214	43	Übergenüsse an Finanzzuweisungen des Bundes		0,001	.....	0,001	0,001	.....
		Summe 532...		110,680	.....	110,680	107,922	104,327

Anmerkungen:
2/53205 2002 Überweisung vom VA-Ansatz 2/52805 in Höhe von 106,677 Millionen Euro.

(Beträge in Millionen EURO)

VA-Ansatz	AB	AUSGABEN Bezeichnung	Anm.	Erfolgsw. Ausgaben pers.	Erfolgsw. Ausgaben sachl.	Bestands-wirksame Ausgaben	Bundesvor-anschlag 2002	Bundesvor-anschlag 2001	Erfolg 2000
1/534		Katastrophenfonds (zweckgeb. Geb.):							
1/53408	43	Schäden im Vermögen privater Personen		.....	11,527	.....	11,527	10,875	24,830
1/53418	43	Zahlungen an Länder		.....	32,309	.....	32,309	30,482	26,778
1/53428	43	Schäden im Vermögen der Gemeinden		.....	24,905	.....	24,905	23,497	23,990
1/5343		Verwaltung des Katastrophenfonds:							
1/53438	43	Aufwendungen		.....	0,004	.....	0,004	0,004	0,000
1/53458	43	Schäden im Vermögen des Bundes	*	.....	20,294	.....	20,294	19,147	17,261
1/53468	43	Vorbeugung gegen Hochwasser- und Lawinenschäden	*	.....	219,687	.....	219,687	207,087	169,172
1/53478	43	Warn- und Alarmsystem	*	.....	3,634	.....	3,634	3,634	3,634
1/53488	43	Hagelversicherung	*	.....	12,354	.....	12,354	11,628	10,980
		Summe 534...		.....	324,714	.....	324,714	306,353	276,644
		Gesamtausgaben 53...		.....	3.538,290	.....	3.538,290	3.441,373	3.279,969

Anmerkungen:

1/53458 Korrespondierende Einnahmen bei den VA-Ansätzen 2/60050, 2/60890 und 2/65660, die bei den VA-Ansätzen 1/60058, 1/60808, 1/60858 und 1/65668 verausgabt werden.

1/53468 Korrespondierende Einnahmen bei den VA-Ansätzen 2/60050, 2/60890, 2/65460, 2/65650, 2/65660, 2/65410 und 2/65440, die bei den VA-Ansätzen 1/60058, 1/60126, 1/60808, 1/60836, 1/60838, 1/60858, 1/60876, 1/65466, 1/65653, 1/65658, 1/65668, 1/65413, 1/65418 und 1/65448 verausgabt werden.

1/53478 Korrespondierende Einnahmen beim VA-Ansatz 2/11120, die bei den VA-Ansätzen 1/11123, 1/11126 und 1/11128 verausgabt werden.

1/53488 Korrespondierende Einnahmen beim VA-Ansatz 2/50250, die beim VA-Ansatz 1/50256 verausgabt werden.

(Beträge in Millionen EURO)

VA-Ansatz	AB	E I N N A H M E N Bezeichnung Anm.	Erfolgswirksame Einnahmen	Bestandswirksame Einnahmen	Bundesvoranschlag 2002	Bundesvoranschlag 2001	Erfolg 2000
2/534		Katastrophenfonds (zweckgebundene Einnahmen):					
2/53400	43	Dotierung des Katastrophenfonds ..... *	324,714	.....	324,714	306,353	277,807
		Gesamteinnahmen 53...	435,394	.....	435,394	414,275	382,134

Anmerkungen:
2/53400 Überweisung vom VA-Ansatz 2/52894 (324,710 Millionen Euro) und Zinsen aus der Veranlagung von Bankguthaben sowie aus Kursgewinnen und Rückzahlungen (0,004 Millionen Euro).

(Beträge in Millionen EURO)

VA-Ansatz	AB	AUSGABEN Bezeichnung	Anm.	Erfolgsw. Ausgaben pers.	Erfolgsw. Ausgaben sachl.	Bestands-wirksame Ausgaben	Bundesvor-anschlag 2002	Bundesvor-anschlag 2001	Erfolg 2000
54		Bundesvermögen:	*						
1/540		Kapitalbeteiligung:							
1/5401		Österreichische Industrieholding Aktiengesellschaft:							
1/54013	36	Anlagen		.....	.....	0,001	0,001	0,001	.....
1/54022	36	Entschädigungen für verstaatlichte Unternehmungen		.....	.....	0,002	0,002	0,002	.....
1/54043	35	Sonstige Elektrizitätswirtschaft (2. Verstaatlichungsgesetz)		.....	.....	0,001	0,001	0,001	.....
1/54052	38	Internationale Finanzinstitutionen		.....	.....	134,013	134,013	131,768	79,848
1/54093		Sonstige Unternehmungen		.....	.....	0,010	0,010	0,011	0,814
	23			.....	.....	*0,001*	*0,001*	*0,001*	*0,814*
	32			.....	.....	*0,002*	*0,002*	*0,002*	.....
	33			.....	.....	*0,002*	*0,002*	*0,003*	.....
	36			.....	.....	*0,002*	*0,002*	*0,002*	.....
	37			.....	.....	*0,001*	*0,001*	*0,001*	.....
	38			.....	.....	*0,001*	*0,001*	*0,001*	.....
	43			.....	.....	*0,001*	*0,001*	*0,001*	.....
1/54063	*33*	*Post-u. Telekom Beteiligungsverwaltungsgesellschaft*		.....	.....	.....	.....	.....	.....
		Summe 540...		.....	.....	134,027	134,027	131,783	80,662
1/541		Kapitalbeteiligung (Sonstiger Aufwand):							
1/54107	43	Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen)		.....	0,002	.....	0,002	0,002	.....
1/54108	43	Aufwendungen		.....	0,109	.....	0,109	0,109	-0,007
		Summe 541...		.....	0,111	.....	0,111	0,111	-0,007

Anmerkungen:
54 Verwaltungs-Aufwendungen beim Titel 1/500 mitveranschlagt; falls jedoch Finanzlandesdirektionen anweisungsberechtigt sind, sind die Verwaltungs-Aufwendungen beim Paragraph 1/5040 mitveranschlagt.

(Beträge in Millionen EURO)

VA-Ansatz	AB	EINNAHMEN Bezeichnung	Anm.	Erfolgswirksame Einnahmen	Bestandswirksame Einnahmen	Bundesvoranschlag 2002	Bundesvoranschlag 2001	Erfolg 2000
2/54		**Bundesvermögen:**						
2/540		Kapitalbeteiligung (Erträge):						
2/54014	36	Österreichische Industrieholding Aktiengesellschaft		0,001	.....	0,001	0,001	.....
2/5404		Elektrizitätswirtschaft:						
2/54044	35	Erfolgswirksame Einnahmen		18,276	.....	18,276	18,277	18,277
2/5405		Internationale Finanzinstitutionen:						
2/54054	38	Erfolgswirksame Einnahmen		0,001	.....	0,001	0,001	.....
2/54057	38	Bestandswirksame Einnahmen		.....	0,001	0,001	0,001	.....
		Summe 5405...		0,001	0,001	0,002	0,002	.....
2/5407		Oesterreichische Nationalbank:						
2/54070	38	Zweckgebundene Einnahmen	*	5,814	.....	5,814	5,814	5,814
2/54074	38	Erfolgswirksame Einnahmen		554,367	.....	554,367	868,314	768,116
		Summe 5407...		560,181	.....	560,181	874,128	773,930
2/54094		Sonstige Unternehmungen		2,315	.....	2,315	2,545	4,557
	23			*1,112*	.....	*1,112*	*1,112*	*1,588*
	32			*0,001*	.....	*0,001*	*0,230*	*1,290*
	33			*0,618*	.....	*0,618*	*0,619*	*0,887*
	36			*0,581*	.....	*0,581*	*0,581*	*0,727*
	37			*0,001*	.....	*0,001*	*0,001*	.....
	38			*0,002*	.....	*0,002*	*0,002*	*0,066*
2/54065	*33*	*Post- u. Telekombeteiligungsverwaltungsgesellschaft*		.....	.....	.....	.....	.....
		Summe 540...		580,774	0,001	580,775	894,952	796,764
2/541		Kapitalbeteiligung (Erlöse):						
2/54104	43	Erfolgswirksame Einnahmen		0,002	.....	0,002	0,002	.....
2/5418		Veräußerungserlöse:						
2/54184		Erfolgswirksame Einnahmen		0,002	.....	0,002	0,002	46,361
	33			*0,001*	.....	*0,001*	*0,001*	.....
	38			*0,001*	.....	*0,001*	*0,001*	*46,361*
2/54187		Bestandswirksame Einnahmen		.....	0,007	0,007	0,007	4,433
	23			.....	*0,001*	*0,001*	*0,001*	.....
	32			.....	*0,001*	*0,001*	*0,001*	*4,433*
	33			.....	*0,003*	*0,003*	*0,003*	.....
	35			.....	*0,001*	*0,001*	*0,001*	.....
	38			.....	*0,001*	*0,001*	*0,001*	.....
		Summe 5418...		0,002	0,007	0,009	0,009	50,794
2/54197		Erlöse aus Liquidation und Kapitalherabsetzung		.....	0,003	0,003	0,003	.....
	13			.....	*0,001*	*0,001*	*0,001*	.....
	33			.....	*0,002*	*0,002*	*0,002*	.....
		Summe 541...		0,004	0,010	0,014	0,014	50,794

Anmerkungen:
2/54070 Korrespondierende Ausgaben beim VA-Ansatz 1/50107 (5,814 Millionen Euro).

(Beträge in Millionen EURO)

VA-Ansatz	AB	AUSGABEN Bezeichnung	Anm.	Erfolgsw. Ausgaben pers.	Erfolgsw. Ausgaben sachl.	Bestands-wirksame Ausgaben	Bundesvor-anschlag 2002	Bundesvor-anschlag 2001	Erfolg 2000
1/542		Bundesdarlehen:							
1/54215	36	Österreichische Industrieholding Aktiengesellschaft		.....	.....	0,001	0,001	0,001	.....
1/54255		Sonstige Unternehmungen		.....	.....	0,654	0,654	0,654	0,413
	23			.....	.....	*0,652*	*0,652*	*0,652*	*0,413*
	32			.....	.....	*0,001*	*0,001*	*0,001*	.....
	33			.....	.....	*0,001*	*0,001*	*0,001*	.....
1/54285	43	Ausland		.....	.....	0,001	0,001	0,001	.....
		Summe 542...		.....	.....	0,656	0,656	0,656	0,413
1/545		Einziehungen zum Bundesschatz:							
1/54507	43	Zahlungen im Zusammenhang mit den Einziehungen (Ges. Verpf.)		.....	0,018	.....	0,018	0,015	.....
1/54508	43	Zahlungen im Zusammenhang mit den Einziehungen (Aufw.)		.....	0,102	.....	0,102	0,087	0,040
		Summe 545...		.....	0,120	.....	0,120	0,102	0,040
1/546		Unbewegliches Bundesvermögen:							
1/54608	43	Aufwendungen		.....	372,639	.....	372,639	1,211	0,570

(Beträge in Millionen EURO)

VA-Ansatz	AB	EINNAHMEN Bezeichnung	Anm.	Erfolgswirksame Einnahmen	Bestandswirksame Einnahmen	Bundesvoranschlag 2002	Bundesvoranschlag 2001	Erfolg 2000
2/542		Bundesdarlehen:						
2/5421		Österreichische Industrieholding Aktiengesellschaft:						
2/54214	36	Zinsen		3,270	.....	3,270	4,724	16,023
2/54219	36	Darlehensrückzahlungen		.....	98,471	98,471	191,493	123,021
		Summe 5421...		3,270	98,471	101,741	196,217	139,044
2/5425		Sonstige Unternehmungen:						
2/54254		Zinsen		5,963	.....	5,963	6,003	6,211
	23			*5,658*	.....	*5,658*	*5,687*	*5,906*
	32			*0,001*	.....	*0,001*	*0,001*	.....
	33			*0,304*	.....	*0,304*	*0,314*	*0,305*
2/54259		Darlehensrückzahlungen		.....	8,579	8,579	8,540	6,773
	23			.....	*7,989*	*7,989*	*7,953*	*5,956*
	32			.....	*0,004*	*0,004*	*0,001*	.....
	33			.....	*0,585*	*0,585*	*0,585*	*0,818*
	36			.....	*0,001*	*0,001*	*0,001*	.....
		Summe 5425...		5,963	8,579	14,542	14,543	12,984
2/5428		Ausland:						
2/54284	43	Zinsen		0,691	.....	0,691	1,085	1,282
2/54289	43	Darlehensrückzahlungen		.....	8,857	8,857	15,616	3,270
		Summe 5428...		0,691	8,857	9,548	16,700	4,552
2/5429		Sonstige Darlehensempfänger:						
2/54294	43	Zinsen		0,005	.....	0,005	0,005	0,003
2/54299	43	Darlehensrückzahlungen		.....	0,012	0,012	0,012	0,013
		Summe 5429...		0,005	0,012	0,017	0,017	0,017
		Summe 542...		9,929	115,919	125,848	227,477	156,597
2/543		Beitragsleistungen für Miteigentumsanteile:						
2/5430		Flughafenbetriebsgesellschaften:						
2/54304	33	Erträge		0,163	.....	0,163	0,182	.....
2/54307	33	Rückzahlungen		.....	0,454	0,454	0,454	.....
		Summe 543...		0,163	0,454	0,617	0,636	.....
2/545		Einziehungen zum Bundesschatz:						
2/5451		Einziehungen auf Grund bes. Bestimmungen:						
2/54514	43	Sonstige Einziehungen		4,396	.....	4,396	4,545	4,334
2/546		Unbewegliches Bundesvermögen:						
2/54602	43	Veräußerungen (zweckgeb. Einnahmen)	*	.....	0,081	0,081	0,080	4,505
2/54607	43	Veräußerungen		.....	868,455	868,455	912,543	557,580
2/54608	43	Veräußerungen (sonstige)		.....	0,003	0,003	0,003	13,271
2/54624	43	Fruchtgenussentgelte und Abgeltung		15,044	.....	15,044	87,208	106,748
2/54626	43	Fruchtgenussentgelt		0,001	.....	0,001	0,001	.....
2/54644	43	Erfolgswirksame Einnahmen		0,218	.....	0,218	0,218	0,048
		Summe 546...		15,263	868,539	883,802	1.000,053	682,153

Anmerkungen:

2/54602 Korrespondierende Ausgaben bei den VA-Ansätzen 1/12003 (0,003 Millionen Euro), 1/40103 (0,075 Millionen Euro), 1/40108 (0,001 Millionen Euro), 1/60813 (0,001 Millionen Euro) und 1/64753 (0,001 Millionen Euro).

(Beträge in Millionen EURO)

VA-Ansatz	AB	AUSGABEN Bezeichnung	Anm.	Erfolgsw. Ausgaben pers.	Erfolgsw. Ausgaben sachl.	Bestands-wirksame Ausgaben	Bundesvor-anschlag 2002	Bundesvor-anschlag 2001	Erfolg 2000
1/547		Haftungsübernahmen des Bundes:							
1/5470		Ausfuhrförderungsgesetz (AFG) (zweckgeb. Geb.):							
1/54707	36	Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen) (AFG)		.....	2,399	.....	2,399	2,180	2,937
1/54708	36	Nebengebarung (AFG)		.....	239,820	.....	239,820	218,019	177,305
1/54709	36	Zahlungen aus Finanzhaftungen (AFG)(B)		.....	.....	557,182	557,182	579,202	419,100
		Summe 5470...		.....	242,219	557,182	799,401	799,401	599,342
1/5471		Sonstige Finanzhaftungen:							
1/54718	36	Nebengebarung zu sonstigen Finanzhaftungen	*	.....	57,412	.....	57,412	56,685	51,200
1/54719		Zahlungen aus Finanzhaftungen (B)		.....	.....	0,018	0,018	0,015	.....
	22			.....	.....	*0,001*	*0,001*	*0,000*	.....
	32			.....	.....	*0,001*	*0,001*	*0,000*	.....
	33			.....	.....	*0,002*	*0,002*	*0,000*	.....
	34			.....	.....	*0,011*	*0,011*	*0,015*	.....
	35			.....	.....	*0,002*	*0,002*	*0,000*	.....
	36			.....	.....	*0,001*	*0,001*	*0,000*	.....
		Summe 5471...		.....	57,412	0,018	57,430	56,700	51,200
1/5472		Ausfuhrförderungsgesetz (AFG) (Übrige Gebarung):							
1/54728	36	Nebengebarung (AFG)		.....	0,002	.....	0,002	0,002	.....
1/54729	36	Zahlungen aus Finanzhaftungen (AFG)(B)		.....	.....	72,671	72,671	50,869	.....
		Summe 5472...		.....	0,002	72,671	72,673	50,871	.....
1/5473		Haftungen gegenüber Dritten:							
1/54738	12	Aufwendungen		.....	0,001	.....	0,001	0,001	.....
		Summe 547...		.....	299,634	629,871	929,505	906,973	650,542

Anmerkungen:
1/54718 Hievon 2002 3,634 Millionen Euro Ausgaben nach Maßgabe zweckgebundener Einnahmen beim VA-Ansatz 2/54710.

(Beträge in Millionen EURO)

VA-Ansatz	AB	EINNAHMEN Bezeichnung Anm.	Erfolgswirksame Einnahmen	Bestandswirksame Einnahmen	Bundesvoranschlag 2002	Bundesvoranschlag 2001	Erfolg 2000
2/547		Haftungsübernahmen des Bundes:					
2/5470		Ausfuhrförderungsgesetz (AFG)(zweckgeb. Geb.):					
2/54700	36	Zweckgebundene erfolgswirksame Einnahmen	261,622	.....	261,622	261,622	273,080
2/54702	36	Zweckgebundene bestandswirksame Einnahmen	.....	537,779	537,779	537,779	339,967
		Summe 5470...	261,622	537,779	799,401	799,401	613,047
2/5471		Sonstige Finanzhaftungen:					
2/54710	36	Zweckgebundene erfolgswirksame Einnahmen (AFFG).*	3,634	.....	3,634	3,634	2,072
2/54714		Erfolgswirksame Einnahmen	40,612	.....	40,612	39,943	40,525
	36		*40,612*	.....	*40,612*	*36,819*	*40,525*
	38		.....	.....	.....	*3,125*	.....
2/54717		Bestandswirksame Einnahmen	.....	0,009	0,009	0,010	0,003
	22		.....	*0,001*	*0,001*	*0,001*	.....
	32		.....	*0,001*	*0,001*	*0,001*	.....
	33		.....	*0,002*	*0,002*	*0,002*	.....
	34		.....	*0,001*	*0,001*	*0,001*	.....
	35		.....	*0,002*	*0,002*	*0,002*	.....
	36		.....	*0,002*	*0,002*	*0,003*	*0,003*
		Summe 5471...	44,246	0,009	44,255	43,587	42,600
		Summe 547...	305,868	537,788	843,656	842,988	655,648

Anmerkungen:
2/54710 Korrespondierende Ausgaben beim VA-Ansatz 1/54718 mitveranschlagt.

(Beträge in Millionen EURO)

VA-Ansatz	AB	AUSGABEN Bezeichnung	Anm.	Erfolgsw. Ausgaben pers.	Erfolgsw. Ausgaben sachl.	Bestands-wirksame Ausgaben	Bundesvor-anschlag 2002	Bundesvor-anschlag 2001	Erfolg 2000
548		Besondere Zahlungsverpflichtungen bzw. Forderungen:							
1/54817	36	ERP-Fonds		.....	0,383	.....	0,383	0,388	0,393
1/5482		Internationales Amtssitz- und Konferenzzentrum Wien:							
1/54826	37	Kostenersatz an IAKW		.....	17,223	.....	17,223	7,994	9,447
1/54828	37	Aufwendungen für Internationales Zentrum Wien		.....	1,671	.....	1,671	0,872	1,268
		Summe 5482...		.....	18,894	.....	18,894	8,866	10,716
1/54838	33	Abgeltung an Donaukraftwerke f. Aufwand im öffentl. Interesse		.....	37,863	.....	37,863	37,863	5,886
5484		Sonstige Zahlungsverpflichtungen bzw. Forderungen:							
1/54846		Förderungen		.....	10,175	.....	10,175	10,538	6,180
	33			.....	*0,364*	.....	*0,364*	*0,727*	.....
	38			.....	*2,181*	.....	*2,181*	*2,180*	*2,180*
	43			.....	*7,630*	.....	*7,630*	*7,631*	*4,000*
	11			.....	.....	.....	.....	.....	.....
1/54847		Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen)		.....	7,415	.....	7,415	7,414	3,585
	12			.....	*1,817*	.....	*1,817*	*1,599*	*1,566*
	21			.....	*5,597*	.....	*5,597*	*5,814*	*2,019*
	36			.....	*0,001*	.....	*0,001*	*0,001*	.....
7/54847	36	Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen)		.....	0,001	.....	0,001	0,001	.....
1/54848		Aufwendungen		.....	0,002	.....	0,002	79,881	15,888
	36			.....	*0,001*	.....	*0,001*	*0,001*	.....
	38			.....	*0,001*	.....	*0,001*	*79,880*	*15,888*
		Summe 5484...		.....	17,593	.....	17,593	97,833	25,653
		Summe 548...		.....	74,733	.....	74,733	144,950	42,648
		Summe 1/54...		.....	747,236	764,554	1.511,790	1.185,785	774,868
		Summe 7/54...		.....	0,001	.....	0,001	0,001	.....
		Gesamtausgaben 54...		.....	747,237	764,554	1.511,791	1.185,786	774,868

(Beträge in Millionen EURO)

VA-Ansatz	AB	EINNAHMEN Bezeichnung	Anm.	Erfolgswirksame Einnahmen	Bestandswirksame Einnahmen	Bundesvoranschlag 2002	Bundesvoranschlag 2001	Erfolg 2000
2/548		Besondere Zahlungsverpflichtungen bzw. Forderungen:						
2/5482		Internationales Amtssitz- und Konferenzzentrum Wien:						
2/54824	37	Erfolgswirksame Einnahmen		0,221	.....	0,221	0,312	1,171
2/54834	43	Verschiedene Abfuhren		2,539	.....	2,539	2,539	22,644
2/5484		Sonstige Zahlungsverpflichtungen bzw. Forderungen:						
2/54844	43	Zinsen aus Zahlungsverpflichtungen		0,087	.....	0,087	0,182	0,293
2/54847	43	Rückzahlung aus Zahlungsverpflichtungen		.....	3,081	3,081	3,081	3,257
		Summe 5484...		0,087	3,081	3,168	3,263	3,550
		Summe 548...		2,847	3,081	5,928	6,114	27,365
		Gesamteinnahmen 54...		919,244	1.525,792	2.445,036	2.976,779	2.373,654

(Beträge in Millionen EURO)

VA-Ansatz	AB	AUSGABEN Bezeichnung	Anm.	Erfolgsw. Ausgaben pers.	Erfolgsw. Ausgaben sachl.	Bestands-wirksame Ausgaben	Bundesvor-anschlag 2002	Bundesvor-anschlag 2001	Erfolg 2000
1/55		Pensionen:	*						
1/550		Bedienstete der Hoheitsverwaltung des Bundes:							
1/55000	43	Ruhebezüge		1.968,707	.....	.....	1.968,707	1.888,113	1.803,079
1/55010	43	Versorgungsbezüge		481,530	.....	.....	481,530	476,879	472,501
1/55020	43	Außerordentliche Versorgungsgenüsse		0,581	.....	.....	0,581	0,581	0,515
1/55030	43	Dienstgeberbeiträge		73,908	.....	.....	73,908	72,237	70,742
1/55047	22	Familien- und Geburtenbeihilfen		.....	6,977	.....	6,977	6,759	5,693
1/55057	43	Leistungen nach dem Bundespflegegeldgesetz		.....	38,008	.....	38,008	37,281	37,117
		Summe 550...		2.524,726	44,985	.....	2.569,711	2.481,850	2.389,647
1/551		Ersätze an Länder:							
1/55107	43	Ersätze für Pensionen der Landeslehrer		.....	730,071	.....	730,071	710,450	696,721
1/552		Sonstige Bedienstete:							
1/55200	43	Ruhebezüge		64,315	.....	.....	64,315	62,135	61,869
1/55210	43	Versorgungsbezüge		18,241	.....	.....	18,241	17,659	17,486
1/55220	43	Außerordentliche Versorgungsgenüsse		2,544	.....	.....	2,544	2,544	2,480
1/55230	43	Dienstgeberbeiträge		2,834	.....	.....	2,834	2,762	2,637
1/55247	22	Familien- und Geburtenbeihilfen		.....	0,073	.....	0,073	0,073	0,056
1/55257	43	Leistungen nach dem Bundespflegegeldgesetz		.....	2,471	.....	2,471	2,471	1,871
		Summe 552...		87,934	2,544	.....	90,478	87,643	86,400
1/55305		Pensionsvorschüsse		.....	.....	0,073	0,073	0,073	0,017
	23			.....	.....	*0,013*	*0,013*	*0,015*	.....
	33			.....	.....	*0,032*	*0,032*	*0,032*	*0,016*
	43			.....	.....	*0,028*	*0,028*	*0,026*	*0,001*
1/55400	43	Geldaushilfen		0,073	.....	.....	0,073	0,073	0,004
1/555		Sonstige Pensionsleistungen:							
1/5550		Österreichische Bundesbahnen:							
1/55507	33	Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen)		.....	1.730,195	.....	1.730,195	1.714,498	1.694,569
1/5551		Ämter gem. Poststrukturgesetz: *Österr. Post AG, Telekom Austria AG*							
1/55517	33	Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen)		.....	923,018	.....	923,018	901,579	872,256
		Summe 555...		.....	2.653,213	.....	2.653,213	2.616,077	2.566,824
1/55907	22	Entschädigung für Kriegsgefangenschaft		.....	0,727	.....	0,727	0,727	.....
		Gesamtausgaben 55...		2.612,733	3.431,540	0,073	6.044,346	5.896,892	5.739,613

Anmerkungen:
1/55 Verwaltungs-Aufwendungen bei den zuständigen Ressorts (insbesondere beim Kapitel 50) mitveranschlagt.

(Beträge in Millionen EURO)

VA-Ansatz	AB	EINNAHMEN Bezeichnung Anm.	Erfolgswirksame Einnahmen	Bestandswirksame Einnahmen	Bundesvoranschlag 2002	Bundesvoranschlag 2001	Erfolg 2000
2/55		**Pensionen:**					
2/550		Bedienstete der Hoheitsverwaltung des Bundes:					
2/55004	43	Beiträge von Gemeinden für ehemalige Polizeibedienstete	0,015	.....	0,015	0,015	0,011
2/55005	43	Ersätze der Österreichischen Postsparkasse AG	3,256	.....	3,256	3,328	3,472
2/55006	43	Beiträge von Unternehmungen mit Bundesbediensteten	5,452	.....	5,452	5,450	16,235
		Summe 550...	8,723	.....	8,723	8,793	19,718
2/551		Ersätze von Ländern:					
2/55104	43	Beiträge von Landeslehrern gem. § 107a LDG	14,346	.....	14,346	14,077	13,701
2/552		Sonstige Bedienstete:					
2/55205	43	Beiträge von Unternehmungen mit Bundesbediensteten	11,933	.....	11,933	11,315	12,448
2/55309		Pensionsvorschussersätze	.....	0,037	0,037	0,051	0,035
	23		.....	*0,011*	*0,011*	*0,010*	.....
	43		.....	*0,026*	*0,026*	*0,035*	*0,007*
	33		.....	.....	.....	*0,006*	*0,028*
2/555		Sonstige Pensionsleistungen:					
2/5550		Österreichische Bundesbahnen:					
2/55504	33	Beitrag der Österreichischen Bundesbahnen	511,060	.....	511,060	510,127	484,528
2/5551		Ämter gem. Poststrukturgesetz: *Österr. Post AG, Telekom Austria AG*					
2/55514	33	Beitrag der Ämter gem. Poststrukturgesetz *Beitrag der Post- und Telekom Austria AG*	288,246	.....	288,246	286,942	273,242
		Summe 555...	799,306	.....	799,306	797,068	757,770
2/556		Sonstige Pensionseinnahmen:					
2/55604		Pensionsbeiträge	555,955	.....	555,955	560,308	539,705
	33		*0,065*	.....	*0,065*	*0,062*	*0,087*
	43		*555,890*	.....	*555,890*	*560,246*	*539,618*
2/55614	43	Überweisungen von Pensionsträgern	18,168	.....	18,168	18,532	20,891
2/55615		Beitrag zur Pension gem. § 13a PG	90,841	.....	90,841	78,267	47,189
	33		*16,316*	.....	*16,316*	*13,808*	*11,471*
	43		*74,525*	.....	*74,525*	*64,459*	*35,718*
2/55624	43	Verschiedene Einnahmen	0,002	.....	0,002	0,002	0,299
		Summe 556...	664,966	.....	664,966	657,108	608,084
2/55904	22	Entschädigung für Kriegsgefangenschaft	0,727	.....	0,727	0,727	.....
		Gesamteinnahmen 55...	1.500,001	0,037	1.500,038	1.489,139	1.411,755

(Beträge in Millionen EURO)

VA-Ansatz	AB	AUSGABEN Bezeichnung	Anm.	Erfolgsw. Ausgaben pers.	Erfolgsw. Ausgaben sachl.	Bestands-wirksame Ausgaben	Bundesvor-anschlag 2002	Bundesvor-anschlag 2001	Erfolg 2000
58		Finanzschuld, Währungstauschverträge:							
580		Titrierte Finanzschuld in heimischer Währung:							
5800		Anleihen:							
1/58008	43	Verzinsung und Aufgeld		.....	4.466,782	.....	4.466,782	4.887,685	5.040,466
7/58009	43	Tilgung		.....	.....	10.812,379	10.812,379	7.382,223	7.469,238
		Summe 5800...		.....	4.466,782	10.812,379	15.279,161	12.269,908	12.509,704
5801		Bundesobligationen und Schuldverschreibungen:							
1/58018	43	Verzinsung und Aufgeld		.....	95,007	.....	95,007	57,000	178,764
7/58019	43	Tilgung		.....	.....	59,592	59,592	12,355	348,342
		Summe 5801...		.....	95,007	59,592	154,599	69,355	527,106
5802		Bundesschatzscheine:							
1/58028	43	Verzinsung und Aufgeld		.....	174,543	.....	174,543	211,605	226,453
7/58029	43	Tilgung		.....	.....	145,346	145,346	1.154,748	1.254,719
		Summe 5802...		.....	174,543	145,346	319,889	1.366,353	1.481,173
		Summe 580...		.....	4.736,332	11.017,317	15.753,649	13.705,617	14.517,983
581		Nicht titrierte Finanzschuld in heimischer Währung:							
5810		Kredite und Darlehen:							
1/58108	43	Verzinsung und Aufgeld		.....	1.095,148	.....	1.095,148	1.152,930	1.194,178
7/58109	43	Tilgung		.....	.....	1.965,166	1.965,166	958,557	1.076,839
		Summe 581...		.....	1.095,148	1.965,166	3.060,314	2.111,487	2.271,016
582		Titrierte Finanzschuld in fremder Währung:							
5820		Anleihen:							
1/58208	43	Verzinsung und Aufgeld		.....	596,237	.....	596,237	682,087	778,657
7/58209	43	Tilgung		.....	.....	1.049,728	1.049,728	1.866,648	1.892,317
		Summe 5820...		.....	596,237	1.049,728	1.645,965	2.548,735	2.670,974
5821		Bundesobligationen und Schuldverschreibungen:							
1/58218	43	Verzinsung und Aufgeld		.....	26,027	.....	26,027	122,892	23,135
7/58219	43	Tilgung		.....	.....	0,002	0,002	58,073	.....
		Summe 5821...		.....	26,027	0,002	26,029	180,965	23,135
5822		Bundesschatzscheine:							
1/58228	43	Verzinsung und Aufgeld		.....	0,002	.....	0,002	0,002	21,413
7/58229	43	Tilgung		.....	.....	0,003	0,003	153,311	191,226
		Summe 5822...		.....	0,002	0,003	0,005	153,313	212,639
		Summe 582...		.....	622,266	1.049,733	1.671,999	2.883,012	2.906,748
583		Nicht titrierte Finanzschuld in fremder Währung:							
5830		Kredite und Darlehen:							
1/58308	43	Verzinsung und Aufgeld		.....	68,194	.....	68,194	65,170	64,208
7/58309	43	Tilgung		.....	.....	0,001	0,001	0,001	11,000
		Summe 583...		.....	68,194	0,001	68,195	65,171	75,209

(Beträge in Millionen EURO)

VA-Ansatz	AB	EINNAHMEN Bezeichnung	Anm.	Erfolgswirksame Einnahmen	Bestandswirksame Einnahmen	Bundesvoranschlag 2002	Bundesvoranschlag 2001	Erfolg 2000
58		**Finanzschuld, Währungstauschverträge:**						
580		Titrierte Finanzschuld in heimischer Währung:						
5800		Anleihen:						
2/58004	43	Erfolgswirksame Einnahmen		241,535	.....	241,535	241,859	388,452
8/58009	43	Erlöse - Anleihen		.....	1.509,098	1.509,098	1.501,657	13.796,481
		Summe 5800...		241,535	1.509,098	1.750,633	1.743,517	14.184,934
5801		Bundesobligationen und Schuldverschreibungen:						
2/58014	43	Erfolgswirksame Einnahmen		0,006	.....	0,006	0,006	1,283
8/58019	43	Erlöse - Bundesobligationen und Schuldverschreibungen		.....	0,002	0,002	0,002	1,599
		Summe 5801...		0,006	0,002	0,008	0,008	2,882
5802		Bundesschatzscheine:						
2/58024	43	Erfolgswirksame Einnahmen		0,002	.....	0,002	0,002	.....
8/58029	43	Erlöse - Bundesschatzscheine		.....	0,003	0,003	0,002	210,000
		Summe 5802...		0,002	0,003	0,005	0,004	210,000
		Summe 580...		241,543	1.509,103	1.750,646	1.743,529	14.397,816
581		Nicht titrierte Finanzschuld in heimischer Währung:						
5810		Kredite und Darlehen:						
2/58104	43	Erfolgswirksame Einnahmen		0,001	.....	0,001	0,001	.....
8/58109	43	Erlöse - Kredite und Darlehen		.....	0,001	0,001	0,001	360,000
		Summe 581...		0,001	0,001	0,002	0,002	360,000
582		Titrierte Finanzschuld in fremder Währung:						
5820		Anleihen:						
2/58204	43	Erfolgswirksame Einnahmen		1,780	.....	1,780	1,785	1,986
8/58209	43	Erlöse - Anleihen		.....	0,002	0,002	0,002	161,231
		Summe 5820...		1,780	0,002	1,782	1,787	163,217
5821		Bundesobligationen und Schuldverschreibungen:						
2/58214	43	Erfolgswirksame Einnahmen		0,005	.....	0,005	0,005	.....
8/58219	43	Erlöse - Bundesobligationen und Schuldverschreibungen		.....	0,002	0,002	0,002	.....
		Summe 5821...		0,005	0,002	0,007	0,007	.....
5822		Bundesschatzscheine:						
2/58224	43	Erfolgswirksame Einnahmen		0,002	.....	0,002	0,002	.....
8/58229	43	Erlöse - Bundesschatzscheine		.....	0,003	0,003	0,002	645,454
		Summe 5822...		0,002	0,003	0,005	0,004	645,454
		Summe 582...		1,787	0,007	1,794	1,798	808,670
583		Nicht titrierte Finanzschuld in fremder Währung:						
5830		Kredite und Darlehen:						
2/58304	43	Erfolgswirksame Einnahmen		0,001	.....	0,001	0,001	.....
8/58309	43	Erlöse - Kredite und Darlehen		.....	0,001	0,001	0,001	.....
		Summe 583...		0,001	0,001	0,002	0,002	.....

(Beträge in Millionen EURO)

VA-Ansatz	AB	AUSGABEN Bezeichnung	Anm.	Erfolgsw. Ausgaben pers.	Erfolgsw. Ausgaben sachl.	Bestands-wirksame Ausgaben	Bundesvor-anschlag 2002	Bundesvor-anschlag 2001	Erfolg 2000
584		Ausgaben aus Währungstauschverträgen:							
5840		In heimischer Währung:							
1/58408	43	Verzinsung und Aufgeld		.....	257,452	.....	257,452	263,828	191,716
7/58409	43	Tilgung		.....	.....	0,003	0,003	183,319	73,974
		Summe 5840...		.....	257,452	0,003	257,455	447,147	265,689
5841		In fremder Währung:							
1/58418	43	Verzinsung und Aufgeld		.....	343,278	.....	343,278	357,989	361,419
7/58419	43	Tilgung		.....	.....	1.753,651	1.753,651	185,300	1.412,649
		Summe 5841...		.....	343,278	1.753,651	2.096,929	543,289	1.774,068
7/5842		In heimischer Währung:							
7/58429	43	Kapitalauszahlung		.....	.....	0,001	0,001	0,001	.....
7/5843		In fremder Währung:							
7/58439	43	Kapitalauszahlung		.....	.....	0,001	0,001	0,001	.....
		Summe 584...		.....	600,730	1.753,656	2.354,386	990,438	2.039,757
1/587		Gebarung mit Gegenposition:							
1/5870		Sonstige Wertpapiergebarung:							
1/58708	43	Stückzinsen mit Gegenposition		.....	0,002	.....	0,002	0,002	63,792
7/58709	43	Erwerb von Wertpapieren mit Gegenposition. *Tilgung von Bundestitel mit Gegenposition*		.....	.....	1.500,001	1.500,001	0,002	3.848,873
		Summe 5870...		.....	0,002	1.500,001	1.500,003	0,004	3.912,665
1/5871		Doppelte Wertpapierleihe:							
7/58719	43	Wertpapierleihe		.....	.....	0,002	0,002	0,002	.....
		Summe 587...		.....	0,002	1.500,003	1.500,005	0,006	3.912,665
588		Pauschalvorsorge und Devisentermingeschäfte:							
5880		Ausgelaufene Schulden in fremder Währung (PV):							
1/58808	43	Verzinsung und Aufgeld		.....	0,029	.....	0,029	0,029	0,000
7/58809	43	Tilgung		.....	.....	0,015	0,015	0,015	.....
		Summe 5880...		.....	0,029	0,015	0,044	0,044	0,000
5881		Kreditoperationen nach Voranschlagserstellung (PV):							
1/58818	43	Verzinsung und Aufgeld		.....	933,712	.....	933,712	191,190	.....
7/58819	43	Tilgung		.....	.....	1.000,001	1.000,001	1.453,458	.....
		Summe 5881...		.....	933,712	1.000,001	1.933,713	1.644,648	.....
5882		Devisentermingeschäfte:							
1/58828	43	Aufwendungen		.....	0,002	.....	0,002	0,002	.....
7/58829	43	Aufwendungen (B)		.....	.....	0,005	0,005	150,407	177,990
		Summe 5882...		.....	0,002	0,005	0,007	150,409	177,990
		Summe 588...		.....	933,743	1.000,021	1.933,764	1.795,101	177,991
1/589		Sonstiger Aufwand:							
1/58908	43	Aufwendungen		.....	462,456	.....	462,456	694,147	270,698
1/58918	43	Aufwendungen mit Gegenposition		.....	0,006	.....	0,006	0,006	262,712
		Summe 589...		.....	462,462	.....	462,462	694,153	533,409
		Summe 1/58...		.....	8.518,877	.....	8.518,877	8.686,565	8.677,610
		Summe 7/58...		.....	.....	18.285,897	18.285,897	13.558,421	17.757,167
		Gesamtausgaben 58...		.....	8.518,877	18.285,897	26.804,774	22.244,985	26.434,778

(Beträge in Millionen EURO)

VA-Ansatz	AB	EINNAHMEN Bezeichnung	Anm.	Erfolgswirksame Einnahmen	Bestandswirksame Einnahmen	Bundesvoranschlag 2002	Bundesvoranschlag 2001	Erfolg 2000
584		Einnahmen aus Währungstauschverträgen:						
5840		In heimischer Währung:						
2/58404	43	Zinsen und Aufgeld		431,623	.....	431,623	439,688	329,894
8/58409	43	Kapital		.....	562,421	562,421	218,579	88,313
		Summe 5840...		431,623	562,421	994,044	658,267	418,207
5841		In fremder Währung:						
2/58414	43	Zinsen und Aufgeld		413,280	.....	413,280	531,468	504,566
8/58419	43	Kapital		.....	1.049,728	1.049,728	178,236	1.307,508
		Summe 5841...		413,280	1.049,728	1.463,008	709,704	1.812,074
8/5842		In heimischer Währung:						
8/58429	43	Erlöse - Schulden aus Währungstauschverträgen		.....	0,001	0,001	0,001	.....
8/5843		In fremder Währung:						
8/58439	43	Erlöse - Schulden aus Währungstauschverträgen		.....	0,001	0,001	0,001	.....
		Summe 584...		844,903	1.612,151	2.457,054	1.367,973	2.230,281
2/587		Gebarung mit Gegenposition:						
2/5870		Sonstige Wertpapiergebarung:						
2/58704	43	Stückzinsen mit Gegenposition		0,002	.....	0,002	0,002	154,060
8/58709	43	Kapitalaufnahmen mit Gegenposition		.....	1.500,002	1.500,002	0,003	3.848,873
		Entnahme von Bundestitel mit Gegenposition						
		Summe 5870...		0,002	1.500,002	1.500,004	0,005	4.002,932
2/5871		Doppelte Wertpapierleihe:						
8/58719	43	Wertpapierleihe		.....	0,002	0,002	0,002	.....
		Summe 587...		0,002	1.500,004	1.500,006	0,007	4.002,932
588		Pauschalvorsorge und Devisentermingeschäfte:						
8/58809	43	Schuldaufnahmen gem. Art. II BFG		.....	14.493,903	14.493,903	13.887,869	.....
5882		Devisentermingeschäfte:						
2/58824	43	Erfolgswirksame Einnahmen		0,002	.....	0,002	3,066	2,588
8/58829	43	Bestandswirksame Einnahmen		.....	0,005	0,005	153,315	191,226
		Summe 5882...		0,002	0,005	0,007	156,380	193,814
		Summe 588...		0,002	14.493,908	14.493,910	14.044,249	193,814
2/589		Sonstige Einnahmen:						
2/58904	43	Erfolgswirksame Einnahmen		0,015	.....	0,015	0,015	129,829
2/58914	43	Erfolgswirksame Einnahmen mit Gegenposition		0,004	.....	0,004	0,004	172,444
		Summe 589...		0,019	.....	0,019	0,019	302,273
		Summe 2/58...		1.088,258	.....	1.088,258	1.217,904	1.685,101
		Summe 8/58...		.....	19.115,175	19.115,175	15.939,675	20.610,685
		Gesamteinnahmen 58...		1.088,258	19.115,175	20.203,433	17.157,580	22.295,786

(Beträge in Millionen EURO)

VA-Ansatz	AB	AUSGABEN Bezeichnung	Anm.	Erfolgsw. Ausgaben pers.	Erfolgsw. Ausgaben sachl.	Bestands-wirksame Ausgaben	Bundesvor-anschlag 2002	Bundesvor-anschlag 2001	Erfolg 2000
56		*Sonstige Finanzierungen und Veranlagungen:*							
560		*Titrierte Finanzschuld in heimischer Währung:*							
5600		*Anleihen:*							
1/56008	43	*Verzinsung und Aufgeld*		...	...	...	...	...	183,113
7/56009	43	*Tilgung*		...	...	...	...	...	...
		Summe 5600		...	...	...	...	...	183,113
5601		*Bundesobligationen und Schuldverschreibungen:*							
1/56018	43	*Verzinsung und Aufgeld*		...	...	...	...	...	13,453
7/56019	43	*Tilgung*		...	...	...	...	...	...
		Summe 5601		...	...	...	...	...	13,453
5602		*Bundesschatzscheine:*							
1/56028	43	*Verzinsung und Aufgeld*		...	...	...	...	...	...
7/56029	43	*Tilgung*		...	...	...	...	...	...
		Summe 5602		...	...	...	...	...	...
		Summe 560		...	...	...	...	...	196,566
561		*Nicht titrierte Finanzschuld in heimischer Währung:*							
5610		*Kredite und Darlehen:*							
1/56108	43	*Verzinsung und Aufgeld*		...	...	...	...	...	5,142
7/56109	43	*Tilgung*		...	...	...	...	...	6,449
		Summe 561		...	...	...	...	...	11,591
562		*Titrierte Finanzschuld in fremder Währung:*							
5620		*Anleihen:*							
1/56208	43	*Verzinsung und Aufgeld*		...	...	...	...	...	69,161
7/56209	43	*Tilgung*		...	...	...	...	...	...
		Summe 5620		...	...	...	...	...	69,161
5621		*Bundesobligationen und Schuldverschreibungen:*							
1/56218	43	*Verzinsung und Aufgeld*		...	...	...	...	...	...
7/56219	43	*Tilgung*		...	...	...	...	...	...
		Summe 5621		...	...	...	...	...	...
5622		*Bundesschatzscheine:*							
1/56228	43	*Verzinsung und Aufgeld*		...	...	...	...	...	2,468
7/56229	43	*Tilgung*		...	...	...	...	...	202,936
		Summe 5622		...	...	...	...	...	205,404
		Summe 562		...	...	...	...	...	274,565
563		*Nicht titrierte Finanzschuld in fremder Währung:*							
5630		*Kredite und Darlehen:*							
1/56308	43	*Verzinsung und Aufgeld*		...	...	...	...	...	...
7/56309	43	*Tilgung*		...	...	...	...	...	...
		Summe 563		...	...	...	...	...	...

(Beträge in Millionen EURO)

VA-Ansatz	AB	EINNAHMEN Bezeichnung	Anm.	Erfolgswirksame Einnahmen	Bestandswirksame Einnahmen	Bundesvoranschlag 2002	Bundesvoranschlag 2001	Erfolg 2000
56		*Sonstige Finanzierungen und Veranlagungen:*						
560		*Titrierte Finanzschuld in heimischer Währung:*						
5600		*Anleihen:*						
2/56004	43	*Erfolgswirksame Einnahmen*		.....	.....	.....	.....	46,183
2/56009		*Erlöse - Anleihen*		.....	.....	.....	.....	.....
8/56009	43	*Erlöse - Anleihen*		.....	.....	.....	.....	2.202,969
		Summe 5600		.....	.....	.....	.....	2.249,153
5601		*Bundesobligationen und Schuldverschreibungen:*						
2/56014	43	*Erfolgswirksame Einnahmen*		.....	.....	.....	.....	.....
8/56019	43	*Erlöse - Bundesobligationen und Schuldverschreibungen*		.....	.....	.....	.....	.....
		Summe 5601		.....	.....	.....	.....	.....
5602		*Bundesschatzscheine:*						
2/56024	43	*Erfolgswirksame Einnahmen*		.....	.....	.....	.....	.....
8/56029	43	*Erlöse - Bundesschatzscheine*		.....	.....	.....	.....	.....
		Summe 5602		.....	.....	.....	.....	.....
		Summe 560		.....	.....	.....	.....	2.249,153
561		*Nicht titrierte Finanzschuld in heimischer Währung:*						
5610		*Kredite und Darlehen:*						
2/56104	43	*Erfolgswirksame Einnahmen*		.....	.....	.....	.....	10,104
8/56109	43	*Erlöse - Kredite und Darlehen*		.....	.....	.....	.....	359,680
		Summe 561		.....	.....	.....	.....	369,784
562		*Titrierte Finanzschuld in fremder Währung:*						
5620		*Anleihen:*						
2/56204	43	*Erfolgswirksame Einnahmen*		.....	.....	.....	.....	.....
8/56209	43	*Erlöse - Anleihen*		.....	.....	.....	.....	.....
		Summe 5620		.....	.....	.....	.....	.....
5621		*Bundesobligationen und Schuldverschreibungen:*						
2/56214	43	*Erfolgswirksame Einnahmen*		.....	.....	.....	.....	.....
8/56219	43	*Erlöse - Bundesobligationen und Schuldverschreibungen*		.....	.....	.....	.....	.....
		Summe 5621		.....	.....	.....	.....	.....
5622		*Bundesschatzscheine:*						
2/56224	43	*Erfolgswirksame Einnahmen*		.....	.....	.....	.....	.....
8/56229	43	*Erlöse-Bundesschatzscheine*		.....	.....	.....	.....	85,152
		Summe 562		.....	.....	.....	.....	85,152
563		*Nicht titrierte Finanzschuld in fremder Währung:*						
5630		*Kredite und Darlehen:*						
2/56304	43	*Erfolgswirksame Einnahmen*		.....	.....	.....	.....	.....
8/56309	43	*Erlöse - Kredite und Darlehen*		.....	.....	.....	.....	.....
		Summe 563		.....	.....	.....	.....	.....

(Beträge in Millionen EURO)

VA-Ansatz	AB	AUSGABEN Bezeichnung	Anm.	Erfolgsw. Ausgaben pers.	Erfolgsw. Ausgaben sachl.	Bestands-wirksame Ausgaben	Bundesvor-anschlag 2002	Bundesvor-anschlag 2001	Erfolg 2000
564		*Ausgaben aus Währungstauschverträgen:*							
5640		*In heimischer Währung:*							
1/56408	43	*Verzinsung und Aufgeld*		...	...	...	...	...	57,922
7/56409	43	*Tilgung*		...	...	...	...	...	...
		Summe 5640		...	...	...	...	...	57,922
5641		*In fremder Währung:*							
1/56418	43	*Verzinsung und Aufgeld*		...	...	...	...	...	40,951
7/56419	43	*Tilgung*		...	...	...	...	...	...
		Summe 5641		...	...	...	...	...	40,951
7/5642		*In heimischer Währung:*							
7/56429	43	*Kapitalauszahlung*		...	...	...	...	...	136,500
7/5643		*In fremder Währung:*							
7/56439	43	*Kapitalauszahlung*		...	...	...	...	...	136,288
		Summe 564		...	...	...	...	...	371,660
565		*Zahlungen:*							
5650		*Kredite und Darlehen in heimischer Währung:*							
1/56508	43	*Sonstige Ausgaben*		...	...	...	...	...	56,287
7/56509	43	*Kapitalauszahlung*		...	...	...	...	...	2.729,549
		Summe 5650		...	...	...	...	...	2.785,836
5651		*Kredite und Darlehen in fremder Währung:*							
1/56518	43	*Sonstige Ausgaben*		...	...	...	...	...	...
7/56519	43	*Kapitalauszahlung*		...	...	...	...	...	719,054
		Summe 5651		...	...	...	...	...	719,054
		Summe 565		...	...	...	...	...	3.504,891
568		*Devisentermingeschäfte:*							
5680		*Devisentermingeschäfte:*							
1/56808	43	*Aufwendungen*		...	...	...	...	...	4,196
7/56809	43	*Aufwendungen (B)*		...	...	...	...	...	1.680,917
		Summe 568		...	...	...	...	...	1.685,113
569		*Sonstiger Aufwand:*							
1/56908	43	*Aufwendungen*		...	...	...	...	...	107,410
5691		*Kurzfristige Verpflichtungen:*							
1/56918	43	*Kurzfristige Verpflichtungen (Zinsen)*		...	...	...	...	...	8,239
7/56919	43	*Kurzfristige Verpflichtungen (Tilgung)*		...	...	...	...	...	815,372
		Summe 5691		...	...	...	...	...	823,611
1/56928	43	*Auszahlung der Veranlagungserträge*		...	...	...	...	...	13,903
		Summe 569		...	...	...	...	...	944,925
		Summe 1/56		...	...	...	...	...	562,245
		Summe 7/56		...	...	...	...	...	6.427,065
		Gesamtausgaben 56		...	...	...	...	...	6.989,310

(Beträge in Millionen EURO)

VA-Ansatz	AB	EINNAHMEN Bezeichnung	Anm.	Erfolgswirksame Einnahmen	Bestandswirksame Einnahmen	Bundesvoranschlag 2002	Bundesvoranschlag 2001	Erfolg 2000
564		*Einnahmen aus Währungstauschverträgen:*						
5640		*In heimischer Währung:*						
2/56404	43	*Zinsen und Aufgeld*		...	...	...	...	51,418
8/56409	43	*Kapital*		...	...	...	...	...
		Summe 5640		...	...	...	...	51,418
5641		*In fremder Währung:*						
2/56414	43	*Zinsen und Aufgeld*		...	...	...	...	69,091
8/56419	43	*Kapital*		...	...	...	...	...
		Summe 5641		...	...	...	...	69,091
8/5642		*In heimischer Währung:*						
8/56429	43	*Erlöse - Schulden aus Währungstauschverträgen*		...	...	...	...	136,500
8/5643		*Finanzschuld in fremder Währung:*						
8/56439	43	*Erlöse- Schulden aus Währungstauschverträgen*		...	...	...	...	136,288
		Summe 564		...	...	...	...	393,297
565		*Rückzahlungen:*						
5650		*Kredite und Darlehen in heimischer Währung:*						
2/56504	43	*Zinsen*		...	...	...	...	208,477
8/56509	43	*Kapitalrückzahlung*		...	...	...	...	173,349
		Summe 5650		...	...	...	...	381,826
5651		*Kredite und Darlehen in fremder Währung:*						
2/56514	43	*Zinsen*		...	...	...	...	51,463
8/56519	43	*Kapitalrückzahlung*		...	...	...	...	851,408
		Summe 5651		...	...	...	...	902,871
		Summe 565		...	...	...	...	1.284,697
568		*Devisentermingeschäfte:*						
5680		*Devisentermingeschäfte:*						
2/56804	43	*Erfolgswirksame Einnahmen*		...	...	...	...	4,196
8/56809	43	*Bestandswirksame Einnahmen*		...	...	...	...	1.680,917
		Summe 568		...	...	...	...	1.685,113
569		*Sonstige Einnahmen:*						
2/56904	43	*Erfolgswirksame Einnahmen*		...	...	...	...	107,410
8/5691		*Kurzfristige Verpflichtungen:*						
8/56919	43	*Kurzfristige Aufnahmen*		...	...	...	...	800,802
2/56924	43	*Erträge aus Veranlagungen*		...	...	...	...	13,903
		Summe 569		...	...	...	...	922,116
		Summe 2/56		...	...	...	...	562,245
		Summe 8/56		...	...	...	...	6.427,065
		Gesamteinnahmen 56		...	...	...	...	6.989,311

(Beträge in Millionen EURO)

VA-Ansatz	AB	AUSGABEN Bezeichnung	Anm.	Erfolgsw. Ausgaben pers.	Erfolgsw. Ausgaben sachl.	Bestands-wirksame Ausgaben	Bundesvor-anschlag 2002	Bundesvor-anschlag 2001	Erfolg 2000
1/60		Land-, Forst- und Wasserwirtschaft:							
1/600		BM f. Land- und Forstwirtsch., Umwelt u. Wasserwirtschaft:							
1/6000		Zentralleitung:							
1/60000	43	Personalausgaben		45,921	.....	.....	45,921	45,776	40,584
1/60003		Anlagen		.....	.....	0,417	0,417	0,415	0,218
	41			.....	.....	*0,003*	*0,003*	*0,003*	*0,006*
	43			.....	.....	*0,414*	*0,414*	*0,412*	*0,212*
1/60005		Bezugsvorschüsse		.....	.....	0,354	0,354	0,354	0,341
	23			.....	.....	*0,067*	*0,067*	*0,066*	*0,098*
	43			.....	.....	*0,287*	*0,287*	*0,287*	*0,244*
1/60007		Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen)		.....	4,182	.....	4,182	4,182	4,542
	22			.....	*0,683*	.....	*0,683*	*0,682*	*0,645*
	43			.....	*3,499*	.....	*3,499*	*3,500*	*3,896*
1/60008		Aufwendungen	*	.....	10,913	.....	10,913	10,913	11,848
	41			.....	*0,002*	.....	*0,002*	*0,002*	.....
	43			.....	*10,911*	.....	*10,911*	*10,911*	*11,848*
		Summe 6000		45,921	15,095	0,771	61,787	61,640	57,533
1/60018	34	Agrarmarkt Austria		.....	36,923	.....	36,923	36,923	34,089
1/60023		Kapitalbeteiligungen		.....	.....	0,003	0,003	0,003	1,001
	34			.....	.....	*0,001*	*0,001*	*0,001*	*0,001*
	38			.....	.....	*0,002*	*0,002*	*0,002*	*1,000*
1/60027	13	Zahlungen im Zuge von Ausgliederungen		.....	3,270	.....	3,270	3,416	1,544
1/6003		Agrar- und forstpol. sowie wasserwirtschaftliche Unterlagen:	*						
1/60038	34	Aufwendungen		.....	25,555	.....	25,555	25,555	28,137
1/6004		Notstandspol. Maßnahmen gem. §§ 31 u. 138 WRG 1959:							
1/60048	37	Aufwendungen		.....	0,647	.....	0,647	0,647	1,100
1/6005		Vollziehung des Hydrographiegesetzes:	*						
1/60058	43	Aufwendungen	*	.....	6,368	.....	6,368	6,368	4,734
1/60068	34	Land-, forst- und wasserwirtschaftliche Sonderaufgaben	*	.....	2,730	.....	2,730	2,730	2,361
1/6007		Qualitätskontrolle:							
1/60073	43	Anlagen		.....	.....	0,035	0,035	0,035	0,034
1/60077	43	Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen)		.....	0,002	.....	0,002	0,002	0,002
1/60078	43	Aufwendungen		.....	0,083	.....	0,083	0,083	0,083
		Summe 6007		.....	0,085	0,035	0,120	0,119	0,119
1/6008		Sonstige Aufgaben:	*						
1/60086		Förderungen		.....	1,453	.....	1,453	1,453	2,274
	34			.....	*1,453*	.....	*1,453*	*1,453*	*2,274*
	37			.....	.....	.....	.....	.....	.....
1/60087	43	Intern. Nahrungsmittelhilfe (Gesetzl. Verpflichtungen)		.....	1,490	.....	1,490	1,490	1,490
1/60088	43	Internationale Maßnahmen		.....	2,237	.....	2,237	2,237	2,241
		Summe 6008		.....	5,180	.....	5,180	5,180	6,005
1/6009		Vollziehung des Forstgesetzes 1975:							
1/60098	34	Aufwendungen	*	.....	1,073	.....	1,073	1,073	0,985
		Summe 600		45,921	96,926	0,809	143,656	143,655	137,607

Anmerkungen:
1/60008 Hievon 2002 0,001 Millionen Euro Ausgaben nach Maßgabe zweckgebundener Einnahmen beim VA-Ansatz 2/60000.
1/6003 Verwaltungs-Aufwendungen beim Paragraph 1/6000 mitveranschlagt.
1/6005 Verwaltungs-Aufwendungen beim Paragraph 1/6000 mitveranschlagt.
1/60058 Hievon 2002 6,206 Millionen Euro Ausgaben nach Maßgabe zweckgebundener Einnahmen beim VA-Ansatz 2/60050.
1/60068 Verwaltungs-Aufwendungen beim Paragraph 1/6000 mitveranschlagt.
1/6008 Verwaltungs-Aufwendungen beim Paragraph 1/6000 mitveranschlagt.
1/60098 Hievon 2002 0,872 Millionen Euro Ausgaben nach Maßgabe zweckgebundener Einnahmen beim VA-Ansatz 2/60090.

(Beträge in Millionen EURO)

VA-Ansatz	AB	EINNAHMEN Bezeichnung	Anm.	Erfolgswirksame Einnahmen	Bestandswirksame Einnahmen	Bundesvoranschlag 2002	Bundesvoranschlag 2001	Erfolg 2000
2/60		**Land-, Forst- und Wasserwirtschaft:**						
2/600		BM f. Land- u. Forstwirtsch., Umwelt u. Wasserwirtschaft:						
2/6000		Zentralleitung:						
2/60000	43	Zweckgebundene erfolgswirksame Einnahmen	*	0,001	.....	0,001	0,001	.....
2/60004		Erfolgswirksame Einnahmen		26,659	.....	26,659	25,179	8,052
	34			*14,534*	.....	*14,534*	*14,535*	*2,907*
	43			*12,125*	.....	*12,125*	*10,644*	*5,145*
2/60005	43	Sonstige Einnahmen von der EU		0,001	.....	0,001	0,001	0,012
2/60008		Sonstige bestandswirksame Einnahmen		.....	0,011	0,011	0,011	0,010
	41			.....	*0,003*	*0,003*	*0,003*	.....
	43			.....	*0,008*	*0,008*	*0,008*	*0,010*
2/60009		Bezugsvorschussersätze		.....	0,407	0,407	0,407	0,376
	23			.....	*0,078*	*0,078*	*0,078*	*0,098*
	43			.....	*0,329*	*0,329*	*0,329*	*0,278*
		Summe 6000...		26,661	0,418	27,079	25,599	8,450
2/60028		Kapitalbeteiligungen		.....	0,003	0,003	0,003	0,006
	34			.....	*0,001*	*0,001*	*0,001*	*0,006*
	38			.....	*0,002*	*0,002*	*0,002*	.....
2/6003		Agrar- und forstpol. sowie wasserwirtschaftliche Unterlagen:						
2/60034	34	Erfolgswirksame Einnahmen		0,004	.....	0,004	0,004	0,410
2/6004		Notstandspol. Maßnahmen gem. §§ 31 u. 138 WRG 1959:						
2/60044	37	Erfolgswirksame Einnahmen		0,218	.....	0,218	0,218	0,365
2/6005		Vollziehung des Hydrographiegesetzes:						
2/60050	43	Mittel des Katastrophenfonds (zweckgebundene Einnahmen)	*	6,206	.....	6,206	6,206	4,861
2/60054	43	Erfolgswirksame Einnahmen		0,003	.....	0,003	0,003	0,001
		Summe 6005...		6,209	.....	6,209	6,209	4,863
2/60064	34	Land-, forst- und wasserwirtschaftliche Sonderaufgaben		0,003	.....	0,003	0,003	0,000
2/6007		Qualitätskontrolle:						
2/60074	43	Erfolgswirksame Einnahmen		0,036	.....	0,036	0,036	0,005
2/60077	43	Bestandswirksame Einnahmen		.....	0,003	0,003	0,003	0,001
		Summe 6007...		0,036	0,003	0,039	0,039	0,006
2/6009		Vollziehung des Forstgesetzes 1975:						
2/60090	34	Zweckgebundene erfolgswirksame Einnahmen	*	0,872	.....	0,872	0,872	0,358
2/60094	34	Erfolgswirksame Einnahmen		0,002	.....	0,002	0,002	.....
		Summe 6009...		0,874	.....	0,874	0,874	0,358
		Summe 600...		34,005	0,424	34,429	32,950	14,458

Anmerkungen:
2/60000 Korrespondierende Ausgaben beim VA-Ansatz 1/60008 mitveranschlagt.
2/60050 Korrespondierende Ausgaben beim VA-Ansatz 1/60058 mitveranschlagt.
2/60090 Korrespondierende Ausgaben beim VA-Ansatz 1/60098 mitveranschlagt.

(Beträge in Millionen EURO)

VA-Ansatz	AB	AUSGABEN Bezeichnung	Anm.	Erfolgsw. Ausgaben pers.	Erfolgsw. Ausgaben sachl.	Bestands-wirksame Ausgaben	Bundesvor-anschlag 2002	Bundesvor-anschlag 2001	Erfolg 2000
1/601		BM (Förderung d. Land- u. Forstwirtsch. u. d. Ernährungswesens):	*						
1/60106	34	Beratungs- und Weiterbildungsmaßnahmen		.....	8,996	.....	8,996	8,997	12,335
1/60126	34	Erschl. v. Wildbacheinzugsgeb. (Mittel d. Kat. Fonds, zweckg. Geb.)	*	.....	7,413	.....	7,413	7,413	6,607
1/60136	34	Förderung der Weinwirtschaft	*	.....	1,453	.....	1,453	1,453	2,073
1/60146	34	Qualitätsverbessernde und produktionsumlenkende Maßnahmen	*	.....	16,700	.....	16,700	16,721	27,470
1/60156	34	Betriebserhaltende und infrastrukturelle Maßnahmen		.....	22,005	.....	22,005	24,622	26,725
1/60166	34	Absatz- und Verwertungsmaßnahmen		.....	1,453	.....	1,453	2,907	3,103
1/60176		Sozialpolitische Maßnahmen		.....	0,001	.....	0,001	0,001	0,036
	22			.....	*0,001*	.....	*0,001*	*0,001*	*0,035*
	23			.....	.....	.....	.....	.....	*0,001*
1/6018		Land- und forstwirtschaftliche Kredite:							
1/60186	34	Förderungen		.....	56,177	.....	56,177	73,596	15,443
1/60188	34	Aufwendungen		.....	0,400	.....	0,400	0,400	0,284
		Summe 6018...		.....	56,577	.....	56,577	73,995	15,727
1/60196	12	Förderung von Forschungs- und Versuchsvorhaben	*	.....	0,223	.....	0,223	0,224	0,240
1/60198	12	Forschungs- und Versuchswesen	*	.....	2,504	.....	2,504	2,504	2,791
		Summe 601...		.....	117,325	.....	117,325	138,837	97,109
1/602		Agrarische Strukturförderung:							
1/60206	34	Kofinanzierte Förderungsmaßnahmen (EAGFL-Ausrichtung)		.....	15,552	.....	15,552	64,679	76,743
1/60216	34	Kofinanzierte Förderungsmaßnahmen; Anteile des Bundes		.....	2,326	.....	2,326	31,395	112,372
1/60226	34	Nationale Förderungsmaßnahmen		.....	5,814	.....	5,814	11,628	11,451
1/60236	34	Finanzinstrument f. d. Ausr. d. Fischerei (FIAF); Mittel der EU		.....	0,727	.....	0,727	0,727	0,452
1/60246	34	Sektorpl. Fischerei u. Aquak., Erzeugerorg. d. Fisch. wes.; BA		.....	0,363	.....	0,363	0,363	0,388
		Summe 602...		.....	24,782	.....	24,782	108,791	201,406

Anmerkungen:

1/601 Verwaltungs-Aufwendungen beim Paragraph 1/6000 mitveranschlagt.
1/60126 Korrespondierende Einnahmen beim VA-Ansatz 2/60890.
1/60136 Hievon 2002 0,002 Millionen Euro Ausgaben nach Maßgabe zweckgebundener Einnahmen beim VA-Ansatz 2/60100.
1/60146 Hievon 2002 0,001 Millionen Euro Ausgaben nach Maßgabe zweckgebundener Einnahmen beim VA-Ansatz 2/60140.
1/60196 Hievon 2002 0,001 Millionen Euro Ausgaben nach Maßgabe zweckgebundener Einnahmen beim VA-Ansatz 2/60190.
1/60198 Hievon 2002 0,002 Millionen Euro Ausgaben nach Maßgabe zweckgebundener Einnahmen beim VA-Ansatz 2/60190.

(Beträge in Millionen EURO)

VA-Ansatz	AB	EINNAHMEN Bezeichnung	Anm.	Erfolgswirksame Einnahmen	Bestandswirksame Einnahmen	Bundesvoranschlag 2002	Bundesvoranschlag 2001	Erfolg 2000
2/601		BM (Förderung d. Land- u. Forstwirtsch. u. d. Ernährungswesens):						
2/60100	34	Zweckgebundene erfolgswirksame Einnahmen	*	0,002	.....	0,002	0,004	0,000
2/60104	34	Erfolgswirksame Einnahmen		0,017	.....	0,017	0,015	0,026
2/60109	34	Darlehensrückzahlungen		.....	0,001	0,001	0,001	.....
2/60140	34	Milch und Milchprodukte (zweckgeb. Einnahmen)	*	0,001	.....	0,001	0,001	.....
2/60190	12	Intern. Forschungs- und Versuchsvorhaben, zweckg. Einnahmen	*	0,003	.....	0,003	0,003	0,733
		Summe 601...		0,023	0,001	0,024	0,024	0,759
2/602		Agrarische Strukturförderung:						
2/60204	34	Erfolgswirksame Einnahmen		0,002	.....	0,002	0,002	.....

Anmerkungen:
2/60100 Korrespondierende Ausgaben beim VA-Ansatz 1/60136 mitveranschlagt.
2/60140 Korrespondierende Ausgaben beim VA-Ansatz 1/60146 mitveranschlagt.
2/60190 Korrespondierende Ausgaben beim VA-Ansatz 1/60196 und 1/60198.

(Beträge in Millionen EURO)

VA-Ansatz	AB	AUSGABEN Bezeichnung	Anm.	Erfolgsw. Ausgaben pers.	Erfolgsw. Ausgaben sachl.	Bestands-wirksame Ausgaben	Bundesvor-anschlag 2002	Bundesvor-anschlag 2001	Erfolg 2000
1/603		Marktordnungsmaßnahmen:							
1/60304	34	EAGFL-Garantie (Ackerkult., Zucker u. Textilpfl.) Überw. a. d. AMA		.....	430,223	.....	430,223	430,223	443,664
1/60314	34	EAGFL-G., (Obst u. Gem., Weinb. u. sonst. pflanzl. Erz.)		.....	6,541	.....	6,541	6,541	4,232
1/60324	34	EAGFL-Garantie (Tierische Erzeugnisse), Überw. an die AMA		.....	144,619	.....	144,619	144,619	116,921
1/60346	34	Flankierende Maßnahmen (EAGFL-Garantie)		.....	0,727	.....	0,727	0,727	0,617
1/60356	34	Nationale Marktordnungsausg. u. flank. Maßn. (Bundesanteile)		.....	5,523	.....	5,523	5,523	5,977
1/60366	34	Förderungen der Entwicklung d. ländl. Raumes, EAGFL-Garantie		.....	353,626	.....	353,626	348,103	398,465
1/60376	34	Förderung der Entwicklung des ländl. Raumes, Bundesanteil		.....	329,789	.....	329,789	273,395	244,399
		Summe 603...		.....	1.271,048	.....	1.271,048	1.209,131	1.214,274
1/604		Marktordnungspolitische Maßnahmen:							
1/60466	34	Tiere und tier. Produkte, Förderungen (zweckgeb. Geb.)	*	.....	0,001	.....	0,001	0,001	.....
1/60486	34	Milch und Milchprodukte, Förderungen (zweckgeb. Geb.)	*	.....	0,001	.....	0,001	0,001	.....
		Summe 604...		.....	0,002	.....	0,002	0,002	.....
1/605		Lehr- und Versuchsanstalten:							
1/6050		Landwirtschaftliche Bundeslehranstalten:							
1/60500	11	Personalausgaben		27,043	.....	.....	27,043	27,043	27,737
1/60503	11	Anlagen	*	.....	.....	1,679	1,679	1,679	1,724
1/60507	11	Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen)		.....	0,488	.....	0,488	0,488	0,520
1/60508	11	Aufwendungen	*	.....	5,756	.....	5,756	5,756	5,912
		Summe 6050...		27,043	6,244	1,679	34,966	34,968	35,892
1/6051		Bundesämter für Landwirtschaft und landwirtsch. Bundesanst.:							
1/60510	12	Personalausgaben		29,703	.....	.....	29,703	29,703	25,215
1/60513	12	Anlagen		.....	.....	4,819	4,819	4,819	5,610
1/60517	12	Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen)		.....	0,151	.....	0,151	0,151	0,065
1/60518	12	Aufwendungen		.....	10,441	.....	10,441	10,441	8,816
		Summe 6051...		29,703	10,592	4,819	45,114	45,114	39,706
1/6052		Forstwirtschaftliche Bundeslehranstalten:							
1/60520	11	Personalausgaben		4,479	.....	.....	4,479	4,479	4,443
1/60523	11	Anlagen	*	.....	.....	0,098	0,098	0,098	0,079
1/60527	11	Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen)		.....	0,032	.....	0,032	0,032	0,047
1/60528	11	Aufwendungen	*	.....	0,643	.....	0,643	0,643	0,641
		Summe 6052...		4,479	0,675	0,098	5,252	5,252	5,210

Anmerkungen:

1/60466 Hievon 2002 0,001 Millionen Euro Ausgaben nach Maßgabe zweckgebundener Einnahmen beim VA-Ansatz 2/60460.
1/60486 Hievon 2002 0,001 Millionen Euro Ausgaben nach Maßgabe zweckgebundener Einnahmen beim VA-Ansatz 2/60480.
1/60503 Hievon 2002 0,004 Millionen Euro Ausgaben nach Maßgabe zweckgebundener Einnahmen beim VA-Ansatz 2/60500.
1/60508 Hievon 2002 0,011 Millionen Euro Ausgaben nach Maßgabe zweckgebundener Einnahmen beim VA-Ansatz 2/60500.
1/60523 Hievon 2002 0,001 Millionen Euro Ausgaben nach Maßgabe zweckgebundener Einnahmen beim VA-Ansatz 2/60520.
1/60528 Hievon 2002 0,001 Millionen Euro Ausgaben nach Maßgabe zweckgebundener Einnahmen beim VA-Ansatz 2/60520.

(Beträge in Millionen EURO)

VA-Ansatz	AB	EINNAHMEN Bezeichnung Anm.	Erfolgswirksame Einnahmen	Bestandswirksame Einnahmen	Bundesvoranschlag 2002	Bundesvoranschlag 2001	Erfolg 2000
2/603		Marktordnungsmaßnahmen:					
2/60304	34	Erfolgswirksame Einnahmen	0,533	.....	0,533	0,533	0,527
2/60305	34	Zucker, EU-Eigenmittel	36,222	.....	36,222	36,222	34,443
2/60324	*34*	*Milchquotenregelung, Zusatzabgabe*	.....	.....	.....	.....	.....
		Summe 603...	36,755	.....	36,755	36,755	34,970
2/604		Marktordnungspolitische Maßnahmen:					
2/60460	34	Tiere und tier. Produkte, zweckgeb. Einnahmen ....*	0,001	.....	0,001	0,001	0,012
2/60480	34	Milch und Milchprodukte, zweckgeb. Einnahmen ....*	0,001	.....	0,001	0,001	-0,166
		Summe 604...	0,002	.....	0,002	0,002	-0,153
2/605		Lehr- und Versuchsanstalten:					
2/6050		Landwirtschaftliche Bundeslehranstalten:					
2/60500	11	Zweckgebundene erfolgswirksame Einnahmen .....*	0,015	.....	0,015	0,015	0,079
2/60504	11	Erfolgswirksame Einnahmen	4,782	.....	4,782	4,782	4,639
2/60505	11	Bildungsmaßnahmen der EU	0,001	.....	0,001	0,001	.....
2/60507	11	Bestandswirksame Einnahmen	.....	0,018	0,018	0,018	0,038
		Summe 6050...	4,798	0,018	4,816	4,816	4,756
2/6051		Bundesämter für Landwirtschaft und landwirtsch. Bundesanst.:					
2/60514	12	Erfolgswirksame Einnahmen	5,909	.....	5,909	5,909	4,784
2/60515	12	Intern. Forschungskooperation, lfde. Einnahmen	0,001	.....	0,001	0,001	.....
2/60517	12	Bestandswirksame Einnahmen	.....	0,053	0,053	0,053	0,019
		Summe 6051...	5,910	0,053	5,963	5,963	4,803
2/6052		Forstwirtschaftliche Bundeslehranstalten:					
2/60520	11	Zweckgebundene erfolgswirksame Einnahmen .....*	0,002	.....	0,002	0,002	0,015
2/60524	11	Erfolgswirksame Einnahmen	1,072	.....	1,072	1,072	0,631
2/60527	11	Bestandswirksame Einnahmen	.....	0,001	0,001	0,001	0,004
		Summe 6052...	1,074	0,001	1,075	1,075	0,650

Anmerkungen:
2/60460 Korrespondierende Ausgaben beim VA-Ansatz 1/60466.
2/60480 Korrespondierende Ausgaben beim VA-Ansatz 1/60486.
2/60500 Korrespondierende Ausgaben beim VA-Ansatz 1/60503 und 1/60508 mitveranschlagt.
2/60520 Korrespondierende Ausgaben beim VA-Ansatz 1/60523 und 1/60528 mitveranschlagt.

(Beträge in Millionen EURO)

VA-Ansatz	AB	AUSGABEN Bezeichnung	Anm.	Erfolgsw. Ausgaben pers.	Erfolgsw. Ausgaben sachl.	Bestands-wirksame Ausgaben	Bundesvor-anschlag 2002	Bundesvor-anschlag 2001	Erfolg 2000
1/6053		Forstliche Bundesversuchsanstalt:							
1/60530	12	Personalausgaben		8,308	.....	.....	8,308	8,308	8,302
1/60533	12	Anlagen		.....	.....	0,332	0,332	0,332	0,417
1/60537	12	Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen)		.....	0,028	.....	0,028	0,028	0,028
1/60538	12	Aufwendungen		.....	1,926	.....	1,926	1,926	1,966
		Summe 6053...		8,308	1,954	0,332	10,594	10,593	10,713
1/6054		Bundesanstalt für Agrarwirtschaft:							
1/60540	12	Personalausgaben		1,199	.....	.....	1,199	1,199	1,226
1/60543	12	Anlagen		.....	.....	0,029	0,029	0,029	0,036
1/60547	12	Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen)		.....	0,001	.....	0,001	0,001	0,001
1/60548	12	Aufwendungen		.....	0,203	.....	0,203	0,203	0,201
		Summe 6054...		1,199	0,204	0,029	1,432	1,432	1,464
1/6056		Bundesanstalt für Bergbauernfragen:	*						
1/60560	12	Personalausgaben		0,550	.....	.....	0,550	0,534	0,498
1/60563	12	Anlagen		.....	.....	0,029	0,029	0,031	0,016
1/60567	12	Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen)		.....	0,001	.....	0,001	0,001	.....
1/60568	12	Aufwendungen		.....	0,167	.....	0,167	0,167	0,156
		Summe 6056...		0,550	0,168	0,029	0,747	0,733	0,669
1/6058		Bundesamt für Wasserwirtschaft:	*						
1/60580	12	Personalausgaben		3,879	.....	.....	3,879	3,857	3,861
1/60583	12	Anlagen		.....	.....	0,109	0,109	0,109	0,141
1/60587	12	Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen)		.....	0,040	.....	0,040	0,040	0,007
1/60588	12	Aufwendungen		.....	0,823	.....	0,823	0,823	0,708
		Summe 6058...		3,879	0,863	0,109	4,851	4,829	4,718
1/6055		*Bundesanstalten für Milchwirtschaft:*							
1/60550	*12*	*Personalausgaben*		.....	.....	.....	.....	.....	3,665
1/60553	*12*	*Anlagen*		.....	.....	.....	.....	.....	0,175
1/60557	*12*	*Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen)*		.....	.....	.....	.....	.....	0,058
1/60558	*12*	*Aufwendungen*		.....	.....	.....	.....	.....	1,574
		Summe 6055...		.....	.....	.....	.....	.....	5,471
1/6059		*Bundesanstalt für Landtechnik:*							
1/60590	*12*	*Personalausgaben*		.....	.....	.....	.....	.....	1,794
1/60593	*12*	*Anlagen*		.....	.....	.....	.....	.....	0,122
1/60597	*12*	*Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen)*		.....	.....	.....	.....	.....	0,006
1/60598	*12*	*Aufwendungen*		.....	.....	.....	.....	.....	0,359
		Summe 6059...		.....	.....	.....	.....	.....	2,282
		Summe 605...		75,161	20,700	7,095	102,956	102,922	106,126
1/607		Sonstige Einrichtungen des Schul- und Ausbildungswesens:							
1/6071		Land- und forstw. Berufs- und landwirtsch. Fachschulen:							
1/60717	11	Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen)		.....	33,229	.....	33,229	33,229	34,031
1/6072		Forstliche Ausbildungsstätten:							
1/60720	34	Personalausgaben		1,677	.....	.....	1,677	1,677	1,697
1/60723	34	Anlagen		.....	.....	0,071	0,071	0,071	0,221
1/60727	34	Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen)		.....	0,009	.....	0,009	0,009	0,010
1/60728	34	Aufwendungen		.....	0,435	.....	0,435	0,435	0,536
		Summe 6072...		1,677	0,444	0,071	2,192	2,193	2,464
		Summe 607...		1,677	33,673	0,071	35,421	35,422	36,495

Anmerkungen:
1/6056 Anwendung der Flexibilisierungsklausel
1/6058 Anwendung der Flexibilisierungsklausel

(Beträge in Millionen EURO)

VA-Ansatz	AB	EINNAHMEN Bezeichnung Anm.	Erfolgswirksame Einnahmen	Bestandswirksame Einnahmen	Bundesvoranschlag 2002	Bundesvoranschlag 2001	Erfolg 2000
2/6053		Forstliche Bundesversuchsanstalt:					
2/60534	12	Erfolgswirksame Einnahmen	0,476	.....	0,476	0,476	0,233
2/60535	12	Intern. Forschungskooperation, lfde. Einnahmen	0,001	.....	0,001	0,001	.....
2/60537	12	Bestandswirksame Einnahmen	.....	0,007	0,007	0,007	0,003
		Summe 6053...	0,477	0,007	0,484	0,484	0,236
2/6054		Bundesanstalt für Agrarwirtschaft:					
2/60544	12	Erfolgswirksame Einnahmen	0,006	.....	0,006	0,007	0,007
2/60545	12	Intern. Forschungskooperation, lfde. Einnahmen	0,001	.....	0,001	0,001	.....
2/60547	12	Bestandswirksame Einnahmen	.....	0,001	0,001	0,001	.....
		Summe 6054...	0,007	0,001	0,008	0,009	0,007
2/6056		Bundesanstalt für Bergbauernfragen: *					
2/60564	12	Erfolgswirksame Einnahmen	0,005	.....	0,005	0,004	0,007
2/60565	12	Intern. Forschungskooperation, lfde. Einnahmen	0,001	.....	0,001	0,001	0,026
2/60567	12	Bestandswirksame Einnahmen	.....	0,001	0,001	0,001	.....
		Summe 6056...	0,006	0,001	0,007	0,006	0,033
2/6058		Bundesamt für Wasserwirtschaft: *					
2/60584	12	Erfolgswirksame Einnahmen	0,509	.....	0,509	0,472	0,529
2/60585	12	Intern. Forschungskooperation, lfde. Einnahmen	0,001	.....	0,001	0,001	.....
2/60587	12	Bestandswirksame Einnahmen	.....	0,003	0,003	0,003	.....
		Summe 6058...	0,510	0,003	0,513	0,476	0,529
2/6055		*Bundesanstalten für Milchwirtschaft:*					
2/60554	*12*	*Erfolgswirksame Einnahmen*	.....	.....	.....	.....	2,001
2/60555	*12*	*Intern. Forschungskooperation, lfde. Einnahmen*	.....	.....	.....	.....	.....
2/60557	*12*	*Bestandswirksame Einnahmen*	.....	.....	.....	.....	0,025
		Summe 6055...	.....	.....	.....	.....	2,026
2/6059		*Bundesanstalt für Landtechnik:*					
2/60594	*12*	*Erfolgswirksame Einnahmen*	.....	.....	.....	.....	0,328
2/60595	*12*	*Intern. Forschungskooperation, lfde. Einnahmen*	.....	.....	.....	.....	0,073
2/60597	*12*	*Bestandswirksame Einnahmen*	.....	.....	.....	.....	.....
		Summe 6059...	.....	.....	.....	.....	0,401
		Summe 605...	12,782	0,084	12,866	12,829	13,441
2/606		Übergangsregelungen:					
2/60624	34	Laufende Einnahmen gem. BGBl. Nr. 1103/94	0,001	.....	0,001	0,001	0,624
2/607		Sonstige Einrichtungen des Schul- und Ausbildungswesens:					
2/6071		Land- und forstwirtsch. Berufs- und landwirtsch. Fachschulen:					
2/60714	11	Erfolgswirksame Einnahmen	0,001	.....	0,001	0,001	.....
2/6072		Forstliche Ausbildungsstätten:					
2/60724	34	Erfolgswirksame Einnahmen	0,667	.....	0,667	0,668	0,640
2/60725	34	Bildungsmaßnahmen der EU	0,001	.....	0,001	0,001	.....
2/60727	34	Bestandswirksame Einnahmen	.....	0,004	0,004	0,004	0,005
		Summe 6072...	0,668	0,004	0,672	0,672	0,645
		Summe 607...	0,669	0,004	0,673	0,673	0,645

Anmerkungen:
2/6056 Anwendung der Flexibilisierungsklausel
2/6058 Anwendung der Flexibilisierungsklausel

(Beträge in Millionen EURO)

VA-Ansatz	AB	AUSGABEN Bezeichnung	Anm.	Erfolgsw. Ausgaben pers.	Erfolgsw. Ausgaben sachl.	Bestands-wirksame Ausgaben	Bundesvor-anschlag 2002	Bundesvor-anschlag 2001	Erfolg 2000
1/608		Einrichtungen für Schutzwasserbau und Lawinenverbauung:	*						
1/6080		Wildbach- und Lawinenverbauungsdienst:							
1/60800	34	Personalausgaben		10,851	.....	.....	10,851	10,851	11,514
1/60803	34	Anlagen		.....	.....	0,370	0,370	0,370	0,676
1/60807		Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen)	..	.....	0,246	.....	0,246	0,246	0,252
	22			.....	*0,241*	.....	*0,241*	*0,241*	*0,248*
	34			.....	*0,005*	.....	*0,005*	*0,004*	*0,004*
1/60808	34	Aufwendungen	*	.....	1,554	.....	1,554	1,554	3,529
		Summe 6080...		10,851	1,800	0,370	13,021	13,020	15,971
1/6081		Öffentliches Wassergut:							
1/60813	34	Anlagen	*	.....	.....	0,003	0,003	0,003	0,010
1/60817	34	Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen)	..	.....	0,011	.....	0,011	0,011	0,023
1/60818	34	Aufwendungen		.....	0,058	.....	0,058	0,058	0,108
		Summe 6081...		.....	0,069	0,003	0,072	0,072	0,141
1/6082		Wildbach- und Lawinenverbauung:	*						
1/60826	34	Bundeszuschüsse für Wildbach- und Lawinenverbauungen		.....	0,004	.....	0,004	0,004	3,634
1/60828	34	Klausenkofelbach - Verwaltung (zweckgebundene Gebarung)	*	.....	0,001	.....	0,001	0,001	.....
		Summe 6082...		.....	0,005	.....	0,005	0,005	3,634
1/6083		Wildbach- und Lawinenverbauung (Mittel d. Katastrophenfonds):	*						
1/60836	34	Bundeszuschüsse für vorbeugende Maßnahmen (zweckgeb. Geb.)	*	.....	59,467	.....	59,467	59,467	59,755
1/60838	34	Projektierungsk. f. Wildbach-u. Lawinenverbauungen(zweckg. Geb)	*	.....	2,907	.....	2,907	2,907	2,849
		Summe 6083...		.....	62,374	.....	62,374	62,373	62,604
1/6084		Bundesflüsse:	*						
1/60848	34	Bau-, Projektierungsk., Gefahrenzonenpläne		.....	2,020	.....	2,020	2,020	6,422
1/6085		Bundesflüsse (Mittel des Katastrophenfonds):	*						
1/60858	34	Bau-, Projektierungsk., Gefahrenzonenpläne (zweckgeb. Geb.)	*	.....	24,418	.....	24,418	24,418	24,398
1/6086		Interessentengewässer:							
1/60866	34	Bundesz. f. Bau-, Projektk., Gefahrenzonenpl.		.....	0,001	.....	0,001	0,001	.....
1/6087		Interessentengewässer (Mittel des Katastrophenfonds):							
1/60876	34	Bundesz. f. Bau-, Projektk., Gefahrenzonenpl. (zweckgeb. Geb.)	*	.....	23,162	.....	23,162	23,162	24,434
		Summe 608...		10,851	113,849	0,373	125,073	125,072	137,603

Anmerkungen:

1/608 Die Verwaltungs-Aufwendungen werden, soweit nicht ausgewiesen, im Rahmen der Auftragsverwaltung von den Bundesländern getragen.
1/60808 Hievon 2002 0,001 Millionen Euro Ausgaben nach Maßgabe zweckgebundener Einnahmen beim VA-Ansatz 2/60890.
1/60813 Hievon 2002 0,001 Millionen Euro Ausgaben nach Maßgabe zweckgebundener Einnahmen beim VA-Ansatz 2/54602.
1/6082 Verwaltungs-Aufwendungen beim Paragraph 1/6080 mitveranschlagt.
1/60828 Korrespondierende Einnahmen beim VA-Ansatz 2/60820.
1/6083 Verwaltungs-Aufwendungen beim Paragraph 1/6080 mitveranschlagt.
1/60836 Korrespondierende Einnahmen beim VA-Ansatz 2/60890.
1/60838 Korrespondierende Einnahmen beim VA-Ansatz 2/60890.
1/6084 Verwaltungs-Aufwendungen beim Paragraph 1/6000 mitveranschlagt.
1/6085 Verwaltungs-Aufwendungen beim Paragraph 1/6000 mitveranschlagt.
1/60858 Korrespondierende Einnahmen beim VA-Ansatz 2/60890.
1/60876 Korrespondierende Einnahmen beim VA-Ansatz 2/60890.

(Beträge in Millionen EURO)

VA-Ansatz	AB	EINNAHMEN Bezeichnung Anm.	Erfolgswirksame Einnahmen	Bestandswirksame Einnahmen	Bundesvoranschlag 2002	Bundesvoranschlag 2001	Erfolg 2000
2/608		Einrichtungen für Schutzwasserbau und Lawinenverbauung:					
2/6080		Wildbach- und Lawinenverbauungsdienst:					
2/60804	34	Erfolgswirksame Einnahmen	0,096	.....	0,096	0,096	0,121
2/60807	34	Bestandswirksame Einnahmen	.....	0,006	0,006	0,006	0,030
		Summe 6080...	0,096	0,006	0,102	0,102	0,151
2/6081		Öffentliches Wassergut:					
2/60814	34	Erfolgswirksame Einnahmen	3,551	.....	3,551	3,551	2,418
2/6082		Wildbach- und Lawinenverbauung:					
2/60820	34	Klausenkofelbach-Verwaltung (zweckgebundene Einnahmen) *	0,001	.....	0,001	0,001	.....
2/6084		Bundesflüsse:					
2/60844	34	Bundesflüsse (erfolgswirksame Einnahmen)	2,017	.....	2,017	3,389	4,892
2/60845	34	Finanzierungsbeiträge Dritter (aus EU-Mitteln)	0,001	.....	0,001	0,001	1,174
		Summe 6084...	2,018	.....	2,018	3,390	6,065
2/60890	34	Mittel des Katastrophenfonds (zweckgebundene Einnahmen) *	117,368	.....	117,368	117,367	118,712
		Summe 608...	123,034	0,006	123,040	124,412	127,346

Anmerkungen:
2/60820 Korrespondierende Ausgaben beim VA-Ansatz 1/60828.
2/60890 Korrespondierende Ausgaben bei den VA-Ansätzen 1/60126 (7,413 Millionen Euro), 1/60808 (0,001 Millionen Euro), 1/60836 (59,467 Millionen Euro), 1/60838 (2,907 Millionen Euro), 1/60858 (24,418 Millionen Euro) und 1/60876 (23,162 Millionen Euro) veranschlagt.

(Beträge in Millionen EURO)

VA-Ansatz	AB	AUSGABEN Bezeichnung	Anm.	Erfolgsw. Ausgaben pers.	Erfolgsw. Ausgaben sachl.	Bestands-wirksame Ausgaben	Bundesvor-anschlag 2002	Bundesvor-anschlag 2001	Erfolg 2000
1/609		Sonstige nachgeordnete Dienststellen:							
1/6090		Phytosanitäre Kontrollen:							
1/60903	43	Anlagen		.....	.....	0,004	0,004	0,004	.....
1/60908	43	Aufwendungen		.....	0,356	.....	0,356	0,355	0,390
		Summe 6090...		.....	0,356	0,004	0,360	0,360	0,390
1/6091		Bundeskellereiinspektion:							
1/60910	43	Personalausgaben		1,154	.....	.....	1,154	1,154	1,192
1/60913	43	Anlagen		.....	.....	0,100	0,100	0,100	0,100
1/60917	43	Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen)		.....	0,004	.....	0,004	0,004	0,008
1/60918	43	Aufwendungen		.....	0,361	.....	0,361	0,361	0,361
		Summe 6091...		1,154	0,365	0,100	1,619	1,619	1,661
1/6093		Bundesgärten:							
1/60930	37	Personalausgaben		7,267	.....	.....	7,267	7,305	7,566
1/60933	37	Anlagen		.....	.....	0,230	0,230	0,230	0,230
1/60937	37	Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen)		.....	0,163	.....	0,163	0,163	0,096
1/60938	37	Aufwendungen		.....	3,110	.....	3,110	3,110	4,852
		Summe 6093...		7,267	3,273	0,230	10,770	10,808	12,744
1/6096		Forstwirtschaftliche Bundeslehr- und Versuchsforste:							
1/60960	34	Personalausgaben		0,452	.....	.....	0,452	0,452	0,403
1/60963	34	Anlagen		.....	.....	0,054	0,054	0,054	0,036
1/60967	34	Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen)		.....	0,061	.....	0,061	0,061	0,059
1/60968	34	Aufwendungen		.....	0,301	.....	0,301	0,301	0,273
		Summe 6096...		0,452	0,362	0,054	0,868	0,867	0,770
1/6094		*Bundesgestüt Piber - Spanische Reitschule:*							
1/60940	*13*	*Personalausgaben*		.....	.....	.....	.....	.....	4,000
1/60943	*13*	*Anlagen*		.....	.....	.....	.....	.....	0,111
1/60947	*13*	*Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen)*		.....	.....	.....	.....	.....	0,493
1/60948	*13*	*Aufwendungen*		.....	.....	.....	.....	.....	1,307
		Summe 6094...		.....	.....	.....	.....	.....	5,911
		Summe 609...		8,873	4,356	0,388	13,617	13,653	21,476
1/606		*Übergangsregelungen:*							
1/60606	*34*	*Degressive Ausgleichszahlungen*		.....	.....	.....	.....	.....	.....
1/60608	*34*	*Degressive Ausgleichszahlungen, Aufw.*		.....	.....	.....	.....	.....	.....
		Summe 606...		.....	.....	.....	.....	.....	.....
		Gesamtausgaben 60...		142,483	1.682,661	8,736	1.833,880	1.877,485	1.952,094

(Beträge in Millionen EURO)

VA-Ansatz	AB	EINNAHMEN Bezeichnung Anm.	Erfolgswirksame Einnahmen	Bestandswirksame Einnahmen	Bundesvoranschlag 2002	Bundesvoranschlag 2001	Erfolg 2000
2/609		Sonstige nachgeordnete Dienststellen:					
2/60904	43	Grenzbeschaudienst	0,400	.....	0,400	0,400	0,224
2/6091		Bundeskellereiinspektion:					
2/60914	43	Erfolgswirksame Einnahmen	0,105	.....	0,105	0,105	0,082
2/60917	43	Bestandswirksame Einnahmen	.....	0,008	0,008	0,008	0,009
		Summe 6091...	0,105	0,008	0,113	0,113	0,091
2/6093		Bundesgärten:					
2/60934	37	Erfolgswirksame Einnahmen	1,824	.....	1,824	1,824	1,285
2/60937	37	Bestandswirksame Einnahmen	.....	0,009	0,009	0,009	0,008
		Summe 6093...	1,824	0,009	1,833	1,833	1,293
2/6096		Forstwirtschaftliche Bundeslehr- und Versuchsforste:					
2/60964	34	Erfolgswirksame Einnahmen	1,165	.....	1,165	1,165	0,936
2/60967	34	Bestandswirksame Einnahmen	.....	0,024	0,024	0,024	.....
		Summe 6096...	1,165	0,024	1,189	1,188	0,936
2/6094		*Bundesgestüt Piber - Spanische Reitschule:*					
2/60944	*13*	*Erfolgswirksame Einnahmen*	.....	.....	.....	.....	2,022
2/60947	*13*	*Bestandswirksame Einnahmen*	.....	.....	.....	.....	0,169
		Summe 6094...	.....	.....	.....	.....	2,191
		Summe 609...	3,494	0,041	3,535	3,535	4,736
		Gesamteinnahmen 60...	210,767	0,560	211,327	211,182	196,825

(Beträge in Millionen EURO)

VA-Ansatz	AB	AUSGABEN Bezeichnung	Anm.	Erfolgsw. Ausgaben pers.	Erfolgsw. Ausgaben sachl.	Bestands-wirksame Ausgaben	Bundesvor-anschlag 2002	Bundesvor-anschlag 2001	Erfolg 2000
1/61		**Umwelt neu:**							
1/610		Bundesministerium; Zweckaufwand I:							
1/61003	43	Anlagen		.....	.....	0,581	0,581	0,581	0,680
1/61007	43	Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen)		.....	0,044	.....	0,044	0,044	0,052
1/61008	43	Aufwendungen		.....	6,759	.....	6,759	6,759	5,029
		Summe 610...		.....	6,803	0,581	7,384	7,384	5,760
1/611		Bundesministerium; Zweckaufwand II:							
1/6110		Umweltbundesamt Gesellschaft m. b. H. (UBA-GmbH):							
1/61107	21	Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen)		.....	16,155	.....	16,155	16,155	10,770
1/61108	21	Aufwendungen		.....	0,001	.....	0,001	0,001	.....
		Summe 611...		.....	16,156	.....	16,156	16,156	10,770
1/612		Umweltschutz:							
1/6120		Umweltpolitische Maßnahmen:							
1/61203	21	Anlagen		.....	.....	0,036	0,036	0,036	0,280
1/61206	21	Förderungen		.....	8,140	.....	8,140	8,139	7,792
1/61208	21	Aufwendungen	*	.....	15,891	.....	15,891	14,365	17,336
1/61207	*21*	*Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen)*		.....	.....	.....	.....	.....	.....
		Summe 6120...		.....	24,031	0,036	24,067	22,540	25,408
1/6121		Ersatzvornahmen (Altlasten): *Ersatzvornahmen ALSAG*							
1/61218	21	Aufwendungen	*	.....	39,679	.....	39,679	39,679	4,876
1/6122		Altlastensanierung (zweckgeb. Geb.):							
1/61226	21	Förderungen	*	.....	63,325	.....	63,325	57,704	31,308
1/61228	21	Aufwendungen	*	.....	19,524	.....	19,524	14,244	2,008
		Summe 6122...		.....	82,849	.....	82,849	71,948	33,316
1/6123		Siedlungswasserwirtschaft (zweckgeb. Geb.):							
1/61236	37	Förderungen	*	.....	267,145	.....	267,145	248,686	185,406
1/6124		Sonstige Umweltmaßnahmen:							
1/61246	37	Förderungen		.....	32,703	.....	32,703	25,435	11,335
1/61248	37	Aufwendungen	*	.....	6,395	.....	6,395	6,250	3,427
		Summe 6124...		.....	39,098	.....	39,098	31,685	14,762
1/6125		Strahlenschutz:							
1/61253	21	Anlagen		.....	.....	0,581	0,581	0,581	0,239
1/61258	21	Aufwendungen		.....	5,146	.....	5,146	4,782	3,881
		Summe 6125...		.....	5,146	0,581	5,727	5,363	4,120
1/61266		EU-Förderungen		.....	0,007	.....	0,007	0,007	4,597
	21			.....	*0,002*	.....	*0,002*	*0,002*	*0,327*
	37			.....	*0,005*	.....	*0,005*	*0,005*	*4,271*
		Summe 612...		.....	457,955	0,617	458,572	419,910	272,486
		Gesamtausgaben 61...		.....	480,914	1,198	482,112	443,450	289,017

Anmerkungen:
1/61208 Hievon 2002 0,002 Millionen Euro Ausgaben nach Maßgabe zweckgebundener Einnahmen beim VA-Ansatz 2/61000.
1/61218 Hievon 2002 21,802 Millionen Euro nach Maßgabe zweckgebundener Einnahmen beim VA-Ansatz 2/52690.
1/61226 Korrespondierende Einnahmen bei den VA-Ansätzen 2/61220 und 2/52690 mitveranschlagt.
1/61228 Korrespondierende Einnahmen beim VA-Ansatz 2/52690 mitveranschlagt.
1/61236 Korrespondierende Einnahmen beim VA-Ansatz 2/61230 mitveranschlagt.
1/61248 Hievon 2002 3,406 Millionen Euro Ausgaben nach Maßgabe zweckgebundener Einnahmen beim VA-Ansatz 2/61230 und 0,726 Millionen Euro beim VA-Ansatz 2/52690.

(Beträge in Millionen EURO)

VA-Ansatz	AB	EINNAHMEN Bezeichnung Anm.	Erfolgswirksame Einnahmen	Bestandswirksame Einnahmen	Bundesvoranschlag 2002	Bundesvoranschlag 2001	Erfolg 2000
2/61		**Umwelt neu:**					
2/610		Bundesministerium; Zweckaufwand I:					
2/61000	43	Zweckgebundene erfolgswirksame Einnahmen .....*	0,002	.....	0,002	0,002	0,176
2/61004	43	Erfolgswirksame Einnahmen	0,147	.....	0,147	0,147	0,109
2/61007	43	Bestandswirksame Einnahmen	.....	0,001	0,001	0,001	.....
		Summe 610...	0,149	0,001	0,150	0,150	0,285
2/612		Umweltschutz:					
2/6120		Umweltpolitische Maßnahmen:					
2/61204	21	Erfolgswirksame Einnahmen	0,008	.....	0,008	0,008	0,140
2/61207	21	Bestandswirksame Einnahmen	.....	0,003	0,003	0,003	.....
		Summe 6120...	0,008	0,003	0,011	0,011	0,140
2/6121		Ersatzvornahmen (Altlasten): *Ersatzvornahmen ALSAG*					
2/61214	21	Erfolgswirksame Einnahmen	0,065	.....	0,065	0,065	0,073
2/6122		Altlastensanierung (zweckgeb. Geb.):					
2/61220	21	Zweckgebundene erfolgswirksame Einnahmen .....*	0,002	.....	0,002	0,002	.....
2/6123		Siedlungswasserwirtschaft (zweckgeb. Geb.):					
2/61230	37	Zweckgebundene erfolgswirksame Einnahmen .....*	270,551	.....	270,551	252,092	187,133
		Summe 612...	270,626	0,003	270,629	252,170	187,345
		Gesamteinnahmen 61...	270,775	0,004	270,779	252,320	187,631

Anmerkungen:
2/61000 Korrespondierende Ausgaben beim VA-Ansatz 1/61208 mitveranschlagt.
2/61220 Korrespondierende Ausgaben beim VA-Ansatz 1/61226 mitveranschlagt.
2/61230 Korrespondierende Ausgaben bei den VA-Ansätzen 1/61236 (267,145 Millionen Euro und 1/61248 (3,406 Millionen Euro) mitveranschlagt.

(Beträge in Millionen EURO)

VA-Ansatz	AB	AUSGABEN Bezeichnung	Anm.	Erfolgsw. Ausgaben pers.	Erfolgsw. Ausgaben sachl.	Bestands-wirksame Ausgaben	Bundesvor-anschlag 2002	Bundesvor-anschlag 2001	Erfolg 2000
1/63		**Wirtschaft und Arbeit:**							
1/630		Bundesministerium für Wirtschaft und Arbeit:							
1/6300		Zentralleitung:							
1/63000	43	Personalausgaben		44,963	.....	.....	44,963	44,963	46,474
1/63003	43	Anlagen		.....	.....	1,078	1,078	1,078	0,456
1/63007		Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen)		.....	5,217	.....	5,217	5,217	4,492
	22			.....	*0,573*	.....	*0,573*	*0,573*	*0,654*
	43			.....	*4,644*	.....	*4,644*	*4,644*	*3,838*
1/63008		Aufwendungen		.....	17,421	.....	17,421	17,415	16,543
	21			.....	*0,001*	.....	*0,001*	*0,001*	*0,002*
	43			.....	*17,420*	.....	*17,420*	*17,414*	*16,541*
		Summe 6300...		44,963	22,638	1,078	68,679	68,673	67,966
1/6301		Kapitalbeteiligungen:							
1/63013		Sonstige Unternehmungen		.....	.....	0,002	0,002	0,002	218,927
	35			.....	.....	*0,001*	*0,001*	*0,001*	*0,908*
	38			.....	.....	*0,001*	*0,001*	*0,001*	*218,019*
1/63016		Zuschüsse an Unternehmungen mit Bundesbeteiligung		.....	0,001	.....	0,001	6,511	5,946
	36			.....	*0,001*	.....	*0,001*	*4,942*	*4,502*
	38			.....	.....	.....	.....	*1,570*	*1,444*
		Summe 6301...		.....	0,001	0,002	0,003	6,514	224,873
1/6302		Wirtschaftliche Landesverteidigung:	*						
1/63028	41	Aufwendungen		.....	0,026	.....	0,026	0,026	0,017
1/63026	*41*	*Förderungen*		.....	.....	.....	.....	.....	.....
		Summe 6302...		.....	0,026	.....	0,026	0,026	0,017
1/6304		Zivilschutzmaßnahmen:	*						
1/63048	41	Aufwendungen		.....	0,032	.....	0,032	0,032	0,013
1/63043	*41*	*Anlagen*		.....	.....	.....	.....	.....	.....
		Summe 6304...		.....	0,032	.....	0,032	0,032	0,013
		Summe 630...		44,963	22,697	1,080	68,740	75,245	292,868

Anmerkungen:
1/6302 Verwaltungs-Aufwendungen beim Titel 1/630 mitveranschlagt.
1/6304 Verwaltungs-Aufwendungen beim Titel 1/630 mitveranschlagt.

(Beträge in Millionen EURO)

VA-Ansatz	AB	EINNAHMEN Bezeichnung Anm.	Erfolgswirksame Einnahmen	Bestandswirksame Einnahmen	Bundesvoranschlag 2002	Bundesvoranschlag 2001	Erfolg 2000
2/63		**Wirtschaft und Arbeit:**					
2/630		Bundesministerium für Wirtschaft und Arbeit:					
2/6300		Zentralleitung:					
2/63004		Erfolgswirksame Einnahmen	13,211	.....	13,211	13,217	13,627
	21		*0,003*	.....	*0,003*	*0,003*	*0,006*
	43		*13,208*	.....	*13,208*	*13,214*	*13,621*
2/63007	43	Bestandswirksame Einnahmen	.....	0,467	0,467	0,467	0,018
2/63001	*43*	*Zweckgebundene erfolgswirksame Einnahmen*	.....	.....	.....	.....	.....
		Summe 6300...	13,211	0,467	13,678	13,684	13,645
2/6301		Kapitalbeteiligungen:					
2/63014		Erträge	7,195	.....	7,195	7,195	6,255
	35		*0,001*	.....	*0,001*	*0,001*	.....
	38		*7,194*	.....	*7,194*	*7,194*	*6,255*
2/63017		Erlöse	.....	0,002	0,002	0,002	.....
	35		.....	*0,001*	*0,001*	*0,001*	.....
	38		.....	*0,001*	*0,001*	*0,001*	.....
		Summe 6301...	7,195	0,002	7,197	7,197	6,255
2/6302		Wirtschaftliche Landesverteidigung:					
2/63024	41	Erfolgswirksame Einnahmen	0,001	.....	0,001	0,001	.....
2/6304		Zivilschutzmaßnahmen:					
2/63044	41	Erfolgswirksame Einnahmen	0,010	.....	0,010	0,002	0,001
		Summe 630...	20,417	0,469	20,886	20,884	19,901

(Beträge in Millionen EURO)

VA-Ansatz	AB	AUSGABEN Bezeichnung Anm.	Erfolgsw. Ausgaben pers.	Erfolgsw. Ausgaben sachl.	Bestands-wirksame Ausgaben	Bundesvor-anschlag 2002	Bundesvor-anschlag 2001	Erfolg 2000
1/631		Bundesministerium (Förderungsmaßnahmen): *						
1/63108	38	Verein 'Österreich Werbung'	.....	24,095	.....	24,095	24,095	25,435
1/6313		Bergbau und Grundstoffe - Förderung:						
1/63136	36	Förderungen	.....	0,001	.....	0,001	5,087	9,561
1/63138	36	Aufwendungen	.....	0,356	.....	0,356	0,356	0,043
1/63135	*36*	*Förderungen (D)*	.....	.....	.....	.....	.....	.....
		Summe 6313...	.....	0,357	.....	0,357	5,443	9,604
1/6314		Regional- und strukturpolitische Massnahmen:						
1/63146	36	Förderungen	.....	0,001	.....	0,001	0,001	9,828
1/63145	*36*	*Förderungen (D)*	.....	.....	.....	.....	.....	.....
		Summe 6314...	.....	0,001	.....	0,001	0,001	9,828
1/6315		Sonstige Wirtschaft (einschl. Energiewesen u. Tourismus):						
1/63156		Förderungen	.....	75,229	.....	75,229	62,095	65,306
	35		.....	*0,654*	.....	*0,654*	*0,654*	*0,342*
	36		.....	*50,350*	.....	*50,350*	*38,982*	*36,050*
	38		.....	*24,225*	.....	*24,225*	*22,459*	*28,913*
1/63158		Aufwendungen	.....	7,406	.....	7,406	7,406	10,333
	36		.....	*6,627*	.....	*6,627*	*6,627*	*9,694*
	38		.....	*0,779*	.....	*0,779*	*0,779*	*0,640*
1/63152	*38*	*Anlagen (Gesetzl. Verpflichtungen)*	.....	.....	.....	.....	.....	.....
1/63154	*36*	*Zuschüsse gem. Gewerbestrukturverbesserungsgesetz 1969*	.....	.....	.....	.....	.....	.....
		Summe 6315...	.....	82,635	.....	82,635	69,501	75,639
1/6317		Technologie- und Forschungsförderung (gewerblich):						
1/63176	36	Förderungen	.....	0,001	.....	0,001	1,234	8,783
1/63178	36	Aufwendungen	.....	0,787	.....	0,787	0,787	3,744
		Summe 6317...	.....	0,788	.....	0,788	2,021	12,527
1/63186		Strukturmaßnahmen EU	.....	14,539	.....	14,539	9,160	6,840
	36		.....	*11,486*	.....	*11,486*	*6,107*	*6,840*
	38		.....	*3,053*	.....	*3,053*	*3,053*	.....
	33		.....	.....	.....	.....	.....	.....
1/6319		Sonstige Förderungsmaßnahmen:						
1/63195		Bezugsvorschüsse	.....	.....	0,809	0,809	0,809	0,715
	23		.....	.....	*0,171*	*0,171*	*0,171*	*0,124*
	43		.....	.....	*0,638*	*0,638*	*0,638*	*0,591*
1/63196	43	Förderungen	.....	0,001	.....	0,001	0,086	0,069
		Summe 6319...	.....	0,001	0,809	0,810	0,895	0,784
1/6312		*Elektrizitätswirtschaft:*						
1/63125	*35*	*Förderungen (D)*	.....	.....	.....	.....	.....	.....
1/63126	*35*	*Förderungen*	.....	.....	.....	.....	.....	.....
		Summe 6312...	.....	.....	.....	.....	.....	.....
		Summe 631...	.....	122,416	0,809	123,225	111,116	140,656

Anmerkungen:
1/631 Verwaltungs-Aufwendungen beim Titel 1/630 mitveranschlagt.

(Beträge in Millionen EURO)

VA-Ansatz	AB	EINNAHMEN Bezeichnung	Anm.	Erfolgswirksame Einnahmen	Bestandswirksame Einnahmen	Bundesvoranschlag 2002	Bundesvoranschlag 2001	Erfolg 2000
2/631		Bundesministerium (Förderungsmaßnahmen):						
2/6312		Elektrizitätswirtschaft:						
2/63124	35	Erfolgswirksame Einnahmen		0,025	.....	0,025	0,025	0,004
2/63129	35	Darlehensrückzahlungen		.....	0,128	0,128	0,129	0,031
		Summe 6312...		0,025	0,128	0,153	0,153	0,035
2/6315		Sonstige Wirtschaft (einschl. Energiewesen u. Tourismus):						
2/63154		Erfolgswirksame Einnahmen		0,146	.....	0,146	0,146	0,089
	36			*0,143*	.....	*0,143*	*0,143*	*0,077*
	38			*0,003*	.....	*0,003*	*0,003*	*0,013*
2/63159		Darlehensrückzahlungen		.....	1,091	1,091	1,091	0,847
	36			.....	*1,089*	*1,089*	*1,089*	*0,847*
	38			.....	*0,002*	*0,002*	*0,002*	.....
		Summe 6315...		0,146	1,091	1,237	1,237	0,937
2/6319		Sonstige Förderungsmaßnahmen:						
2/63199		Bezugsvorschussersätze		.....	0,806	0,806	0,806	0,801
	23			.....	*0,334*	*0,334*	*0,334*	*0,140*
	43			.....	*0,472*	*0,472*	*0,472*	*0,661*
2/6313		*Bergbau und Grundstoffe - Förderung:*						
2/63134	*36*	*Erfolgswirksame Einnahmen*		.....	.....	.....	.....	.....
2/63139	*36*	*Darlehensrückzahlungen*		.....	.....	.....	.....	.....
		Summe 6313...		.....	.....	.....	.....	.....
2/6314		*Regional- und strukturpolitische Massnahmen:*						
2/63144	*36*	*Erfolgswirksame Einnahmen*		.....	.....	.....	.....	.....
		Summe 631...		0,171	2,025	2,196	2,196	1,773

(Beträge in Millionen EURO)

VA-Ansatz	AB	AUSGABEN Bezeichnung	Anm.	Erfolgsw. Ausgaben pers.	Erfolgsw. Ausgaben sachl.	Bestands-wirksame Ausgaben	Bundesvor-anschlag 2002	Bundesvor-anschlag 2001	Erfolg 2000
1/633		Bergbehörden:							
1/63300	43	Personalausgaben		1,917	.....	.....	1,917	1,917	1,880
1/63303	43	Anlagen		.....	.....	0,091	0,091	0,091	0,091
1/63307		Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen)		.....	0,047	.....	0,047	0,047	0,025
	22			.....	*0,046*	.....	*0,046*	*0,046*	*0,025*
	43			.....	*0,001*	.....	*0,001*	*0,001*	*0,000*
1/63308	43	Aufwendungen		.....	0,327	.....	0,327	0,327	0,355
		Summe 633...		1,917	0,374	0,091	2,382	2,383	2,351
1/634		Bundesministerium; Sonstiger Zweckaufwand:							
1/6341		Zahlungen im Zusammenhang mit der EU:							
1/63416	22	Förderungen		.....	0,001	.....	0,001	0,009	1,038
1/63418	22	Aufwendungen		.....	0,012	.....	0,012	0,012	9,388
		Summe 6341...		.....	0,013	.....	0,013	0,021	10,426
1/6342		Insolvenz-Ausfallgeld-Fonds (zweckgeb. Geb.):	*						
1/63423	43	Anlagen		.....	.....	0,003	0,003	0,003	.....
1/63427	43	Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen)		.....	0,001	.....	0,001	0,001	.....
1/63428	43	Aufwendungen		.....	0,010	.....	0,010	0,010	0,009
		Summe 6342...		.....	0,011	0,003	0,014	0,014	0,009
1/63457	22	Bundesbeitrag zur Arbeitsmarktpolitik		.....	0,001	.....	0,001	0,001	181,682
		Summe 634...		.....	0,025	0,003	0,028	0,037	192,117
1/635		Arbeitsmarktpolitik (I):	*						
1/6350		Ämter des AMS:							
1/63500	22	Personalausgaben		51,162	.....	.....	51,162	51,161	37,205
1/63503	22	Anlagen		.....	.....	0,001	0,001	0,001	.....
1/63507	22	Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen)		.....	1,526	.....	1,526	1,525	0,781
1/63508	22	Aufwendungen		.....	1,235	.....	1,235	1,235	0,769
		Summe 6350...		51,162	2,761	0,001	53,924	53,923	38,755

Anmerkungen:
1/6342 Korrespondierende Einnahmen beim Paragraph 2/6342.
1/635 Zweckgebunden im Sinne des § 1 AMPFG

(Beträge in Millionen EURO)

VA-Ansatz	AB	EINNAHMEN Bezeichnung	Anm.	Erfolgswirksame Einnahmen	Bestandswirksame Einnahmen	Bundesvoranschlag 2002	Bundesvoranschlag 2001	Erfolg 2000
2/633		Bergbehörden:						
2/63304	43	Gebühren		0,290	.....	0,290	0,291	0,171
2/63305	43	Sonstige erfolgswirksame Einnahmen		19,915	.....	19,915	19,915	21,592
2/63307	43	Bestandswirksame Einnahmen		.....	0,003	0,003	0,003	0,000
		Summe 633...		20,205	0,003	20,208	20,208	21,763
2/634		Bundesministerium; Sonstiger Zweckaufwand:						
2/6342		Insolvenz-Ausfallgeld-Fonds (zweckgeb. Geb.):	*					
2/63420	43	Zweckgebundene erfolgswirksame Einnahmen		0,014	.....	0,014	0,014	.....
2/63464	22	Überweisung vom AMS		0,001	.....	0,001	21,803	.....
		Summe 634...		0,015	.....	0,015	21,817	.....
2/635		Arbeitsmarktpolitik (I):	*					
2/6350		Ämter des AMS:						
2/63500	22	Zweckgebundene erfolgswirksame Einnahmen		0,131	.....	0,131	0,131	0,000

Anmerkungen:
2/6342 Zweckgebunden im Sinne des § 13 Insolvenz-Entgeltsicherungsgesetz 1977, zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 107/1997 (Korrespondierende Ausgaben beim Paragraph 1/6342).
2/635 Zweckgebunden im Sinne des § 1 AMPFG.

(Beträge in Millionen EURO)

VA-Ansatz	AB	AUSGABEN Bezeichnung Anm.	Erfolgsw. Ausgaben pers.	Erfolgsw. Ausgaben sachl.	Bestands-wirksame Ausgaben	Bundesvor-anschlag 2002	Bundesvor-anschlag 2001	Erfolg 2000
1/6351		Arbeitsmarktpolitische Maßnahmen gemäß AMFG und AMSG:						
1/63513	22	Anlagen	.....	.....	0,001	0,001	0,001	.....
1/63515	22	Förderungen (D)	.....	.....	0,001	0,001	0,001	1,962
1/63516		Förderungen	.....	501,224	.....	501,224	519,392	413,265
	12		.....	*0,023*	.....	*0,023*	*0,023*	*0,053*
	22		.....	*501,201*	.....	*501,201*	*519,368*	*413,212*
1/63518		Aufwendungen	.....	11,991	.....	11,991	11,991	7,461
	12		.....	*1,001*	.....	*1,001*	*1,001*	*0,905*
	22		.....	*10,990*	.....	*10,990*	*10,990*	*6,556*
1/63517	*22*	*Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen)*	.....	.....	.....	.....	0,001	.....
		Summe 6351...	.....	513,215	0,002	513,217	531,386	422,688
1/63527	22	Überweisungen für sonstige Maßnahmen	.....	39,970	.....	39,970	21,802	.....
1/63547	22	Sonderunterstützung	.....	48,468	.....	48,468	53,633	42,518
1/6355		Arbeitsmarktpolitische Leistungen gem. AlVG und KGG:						
1/63554	22	Wiedereinstellungsbeihilfe gemäß KGG	.....	1,453	.....	1,453	1,453	0,815
1/63557	22	Leistungen nach dem AlVG und KGG	.....	1.958,591	.....	1.958,591	2.473,255	1.869,391
1/63558	22	Aufwendungen	.....	0,002	.....	0,002	0,002	.....
		Summe 6355...	.....	1.960,046	.....	1.960,046	2.474,710	1.870,206
1/63567	22	Zahlungen und Überweisungen gem. AMPFG	.....	1.112,403	.....	1.112,403	823,892	581,383
1/6357		Überweisung an das AMS:						
1/63577	22	Überweisung an das AMS	.....	0,002	.....	0,002	0,002	127,729
1/63578	22	Überweisung an das AMS gem. § 41 (2) AMSG.	.....	215,548	.....	215,548	215,548	150,251
		Summe 6357...	.....	215,550	.....	215,550	215,550	277,980
1/63587	22	Kostenersatz an die Träger der Krankenversicherung	.....	25,726	.....	25,726	25,072	12,413
1/63597	22	Beitrag d. Arbeitslosenvers. z. Schlechtw. entsch. im Baugew.	.....	3,634	.....	3,634	3,634	.....
		Summe 635...	51,162	3.921,773	0,003	3.972,938	4.203,601	3.245,944

(Beträge in Millionen EURO)

VA-Ansatz	AB	EINNAHMEN Bezeichnung Anm.	Erfolgswirksame Einnahmen	Bestandswirksame Einnahmen	Bundesvoranschlag 2002	Bundesvoranschlag 2001	Erfolg 2000
2/6351		Arbeitsmarktpolitische Maßnahmen gemäß AMFG und AMSG:					
2/63510	22	Zweckgebundene erfolgswirksame Einnahmen	0,362	.....	0,362	0,361	0,281
2/63513	*22*	*Zweckgebundene Darlehensrückzahlungen*	.....	.....	.....	1,744	0,954
		Summe 6351...	0,362	.....	0,362	2,105	1,235
2/63530	22	Überweisungen für arbeitsmarktpol. Maßn. (EU)	0,002	.....	0,002	0,002	2,806
2/63550	22	Überweisung vom Familienlastenausgleich (zweckgeb. Einn.) *	3,634	.....	3,634	346,213	354,552
2/6357		Überweisung vom AMS:					
2/63570	22	Überweisung vom AMS	0,001	.....	0,001	0,001	.....
2/63580	22	Arbeitslosenversicherungsbeiträge (zweckgeb. Einnahmen)	3.952,022	.....	3.952,022	3.836,252	2.918,667
2/63581	22	Beitrag der Gebietskörperschaften (zweckgeb. Gebarung)	14,535	.....	14,535	16,715	11,767
2/63590	22	Überweisungen von der BUAK	2,250	.....	2,250	2,180	2,314
2/63591	22	Bundesbeitrag zur Arbeitsmarktpolitik	0,001	.....	0,001	0,001	181,682
		Summe 635...	3.972,938	.....	3.972,938	4.203,601	3.473,022

Anmerkungen:
2/63550 Überweisung vom VA-Ansatz 1/19387.

(Beträge in Millionen EURO)

VA-Ansatz	AB	AUSGABEN Bezeichnung	Anm.	Erfolgsw. Ausgaben pers.	Erfolgsw. Ausgaben sachl.	Bestands-wirksame Ausgaben	Bundesvor-anschlag 2002	Bundesvor-anschlag 2001	Erfolg 2000
1/636		Arbeitsmarktpolitik (II):							
1/63626	22	Sicherung der Jugendausbildung		.....	0,001	.....	0,001	21,802	24,293
1/63627	22	Überbrückungshilfen an ehemalige öffentlich Bedienstete		.....	0,988	.....	0,988	2,962	0,648
1/6363		Arbeitsmarktpolitische Maßnahmen (EU):							
1/63636	22	Förderungen		.....	55,745	.....	55,745	71,733	58,707
1/63638	22	Aufwendungen		.....	60,532	.....	60,532	60,531	5,223
		Summe 6363...		.....	116,277	.....	116,277	132,265	63,930
1/63656	22	Beschäftigungsprogramm		.....	0,001	.....	0,001	0,001	5,288
1/6366		Unternehmensbezogene Arbeitsmarktförderung gem. AMFG:							
1/63665	22	Förderungen (D)		.....	.....	7,267	7,267	7,267	.....
		Arbeitsmarktpol. Maßnahmen gem. § 51a AMFG (D)							
1/63666	22	Förderungen		.....	34,678	.....	34,678	43,894	2,736
		Arbeitsmarktpol. Maßnahmen gem. § 51a AMFG							
		Summe 6366...		.....	34,678	7,267	41,945	51,162	2,736
1/63647	*22*	*Ersatz der Sonderunterstützung nach dem Mutterschutzgesetz*		.....	.....	.....	.....	.....	.....
		Summe 636...		.....	151,945	7,267	159,212	208,191	96,896
1/639		Verschiedene Dienststellen:							
1/6390		Heimarbeitskommissionen:							
1/63900	22	Personalausgaben		0,215	.....	.....	0,215	0,214	0,158
1/63903	22	Anlagen		.....	.....	0,001	0,001	0,002	.....
1/63907	22	Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen)		.....	0,007	.....	0,007	0,006	.....
1/63908	22	Aufwendungen		.....	0,066	.....	0,066	0,066	0,036
		Summe 6390...		0,215	0,073	0,001	0,289	0,289	0,193
1/6392		Arbeitsinspektion:							
1/63920	21	Personalausgaben		16,568	.....	.....	16,568	16,568	12,846
1/63923		Anlagen		.....	.....	0,584	0,584	0,585	0,117
	21			.....	.....	*0,584*	*0,584*	*0,585*	*0,117*
	41			.....	.....	.....	.....	.....	.....
1/63926	21	Förderungen		.....	0,001	.....	0,001	0,018	0,015
1/63927		Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen)		.....	1,374	.....	1,374	1,374	0,973
	21			.....	*1,003*	.....	*1,003*	*1,003*	*0,720*
	22			.....	*0,371*	.....	*0,371*	*0,371*	*0,252*
1/63928		Aufwendungen		.....	5,125	.....	5,125	5,131	2,721
	21			.....	*5,125*	.....	*5,125*	*5,131*	*2,721*
	41			.....	.....	.....	.....	.....	.....
		Summe 6392...		16,568	6,500	0,584	23,652	23,675	16,671
		Summe 639...		16,783	6,573	0,585	23,941	23,964	16,865
1/632		*Einrichtungen des Patentwesens:*							
1/6320		*Österreichisches Patentamt:*							
1/63200	*36*	*Personalausgaben*		.....	.....	.....	.....	.....	2,621
1/63203	*36*	*Anlagen*		.....	.....	.....	.....	.....	0,078
1/63207	*22*	*Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen)*		.....	.....	.....	.....	.....	0,037
1/63208	*36*	*Aufwendungen*		.....	.....	.....	.....	.....	0,576
		Summe 632...		.....	.....	.....	.....	.....	3,312
		Gesamtausgaben 63...		114,825	4.225,803	9,838	4.350,466	4.624,536	3.991,009

(Beträge in Millionen EURO)

VA-Ansatz	AB	EINNAHMEN Bezeichnung Anm.	Erfolgswirksame Einnahmen	Bestandswirksame Einnahmen	Bundesvoranschlag 2002	Bundesvoranschlag 2001	Erfolg 2000
2/636		Arbeitsmarktpolitik (II):					
2/6366		Unternehmensbezogene Arbeitsmarktförderung gem. AMFG:					
2/63664	22	Erfolgswirksame Einnahmen	21,804	.....	21,804	21,805	.....
		Arbeitsmarktpolitische Maßnahmen gemäß § 51 a AMFG					
2/63669	22	Darlehensrückzahlungen	.....	0,001	0,001	0,001	.....
		Arbeitsmarktpol. Maßnahmen gem. § 51 a AMFG (Darl. Rückz.)					
		Summe 636...	21,804	0,001	21,805	21,806	.....
2/639		Verschiedene Dienststellen:					
2/6390		Heimarbeitskommissionen:					
2/63904	22	Erfolgswirksame Einnahmen	0,003	.....	0,003	0,003	0,001
2/63907	22	Bestandswirksame Einnahmen	.....	0,002	0,002	0,002	.....
		Summe 6390...	0,003	0,002	0,005	0,005	0,001
2/6392		Arbeitsinspektion:					
2/63924		Erfolgswirksame Einnahmen	0,299	.....	0,299	0,299	0,302
	21		*0,298*	.....	*0,298*	*0,298*	*0,300*
	43		*0,001*	.....	*0,001*	*0,001*	*0,002*
2/63927		Bestandswirksame Einnahmen	.....	0,005	0,005	0,005	.....
	21		.....	*0,004*	*0,004*	*0,004*	.....
	41		.....	*0,001*	*0,001*	*0,001*	.....
		Summe 6392...	0,299	0,005	0,304	0,304	0,302
		Summe 639...	0,302	0,007	0,309	0,309	0,303
2/632		*Einrichtungen des Patentwesens:*					
2/6320		*Österreichisches Patentamt:*					
2/63204	*36*	*Gebühren gemäß Patent- und Markenschutzgesetz*	.....	.....	.....	.....	3,336
2/63205	*36*	*Sonstige erfolgswirksame Einnahmen*	.....	.....	.....	.....	0,161
2/63209	*36*	*Darlehensrückzahlungen*	.....	.....	.....	.....	0,009
		Summe 632...	.....	.....	.....	.....	3,506
		Gesamteinnahmen 63...	4.035,852	2,505	4.038,357	4.290,822	3.520,268

(Beträge in Millionen EURO)

VA-Ansatz	AB	AUSGABEN Bezeichnung	Anm.	Erfolgsw. Ausgaben pers.	Erfolgsw. Ausgaben sachl.	Bestands-wirksame Ausgaben	Bundesvor-anschlag 2002	Bundesvor-anschlag 2001	Erfolg 2000
1/64		**Bauten und Technik:**							
1/640		Verwaltungs- und betr. ähnl. Einrichtungen:							
1/6401		Bundesmobilienverwaltung:							
1/64010	37	Personalausgaben		1,098	.....	.....	1,098	1,098	1,103
1/64013	37	Anlagen		.....	.....	0,400	0,400	0,400	0,487
1/64017	37	Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen)		.....	0,001	.....	0,001	0,001	0,001
1/64018	37	Aufwendungen		.....	0,698	.....	0,698	0,698	0,701
		Summe 6401...		1,098	0,699	0,400	2,197	2,197	2,291
1/6402		Schönbrunner Tiergartenamt:							
1/64020	37	Personalausgaben		0,470	.....	.....	0,470	0,471	0,470
1/64028	37	Aufwendungen		.....	0,011	.....	0,011	0,011	0,009
		Summe 6402...		0,470	0,011	.....	0,481	0,481	0,480
1/6403		Beschussämter:							
1/64030	43	Personalausgaben		0,385	.....	.....	0,385	0,385	0,377
1/64033	43	Anlagen		.....	.....	0,026	0,026	0,026	0,026
1/64037	43	Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen)		.....	0,002	.....	0,002	0,002	0,000
1/64038	43	Aufwendungen		.....	0,142	.....	0,142	0,142	0,137
		Summe 6403...		0,385	0,144	0,026	0,555	0,555	0,540
1/6404		Amt der Bundesimmobilien:							
1/64040	37	Personalausgaben		15,407	.....	.....	15,407	15,407	.....
1/64048	37	Aufwendungen		.....	0,581	.....	0,581	0,581	.....
		Summe 6404...		15,407	0,581	.....	15,988	15,988	.....
1/6406		Bäder:	*						
1/64063	37	Anlagen		.....	.....	0,011	0,011	0,011	0,018
1/64067	37	Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen)		.....	0,011	.....	0,011	0,011	0,006
1/64068	37	Aufwendungen		.....	0,062	.....	0,062	0,062	0,058
		Summe 6406...		.....	0,073	0,011	0,084	0,084	0,082
1/6407		Regierungsgebäude:							
1/64073	43	Anlagen		.....	.....	0,189	0,189	0,189	0,202
1/64078	43	Aufwendungen		.....	2,296	.....	2,296	2,296	1,933
		Summe 6407...		.....	2,296	0,189	2,485	2,485	2,135
		Summe 640...		17,360	3,804	0,626	21,790	21,790	5,529

Anmerkungen:
1/6406 Personalausgaben beim VA-Ansatz 1/64500 mitveranschlagt.

(Beträge in Millionen EURO)

VA-Ansatz	AB	EINNAHMEN Bezeichnung	Anm.	Erfolgswirksame Einnahmen	Bestandswirksame Einnahmen	Bundesvoranschlag 2002	Bundesvoranschlag 2001	Erfolg 2000
2/64		**Bauten und Technik:**						
2/640		Verwaltungs- und betr. ähnl. Einrichtungen:						
2/6401		Bundesmobilienverwaltung:						
2/64014	37	Erfolgswirksame Einnahmen		0,021	.....	0,021	0,021	0,059
2/64017	37	Bestandswirksame Einnahmen		.....	0,001	0,001	0,001	.....
		Summe 6401...		0,021	0,001	0,022	0,022	0,059
2/6402		Schönbrunner Tiergartenamt:						
2/64024	37	Erfolgswirksame Einnahmen		1,253	.....	1,253	1,253	0,529
2/6403		Beschussämter:						
2/64034	43	Erfolgswirksame Einnahmen		0,154	.....	0,154	0,154	0,131
2/64037	43	Bestandswirksame Einnahmen		.....	0,001	0,001	0,001	.....
		Summe 6403...		0,154	0,001	0,155	0,155	0,131
2/6404		Amt der Bundesimmobilien:						
2/64044	37	Erfolgswirksame Einnahmen		15,988	.....	15,988	15,988	.....
2/6406		Bäder:						
2/64064	37	Erfolgswirksame Einnahmen		0,194	.....	0,194	0,193	0,159
2/64067	37	Bestandswirksame Einnahmen		.....	0,001	0,001	0,001	.....
		Summe 6406...		0,194	0,001	0,195	0,194	0,159
2/6407		Regierungsgebäude:						
2/64074	43	Erfolgswirksame Einnahmen		0,001	.....	0,001	0,001	.....
2/64077	43	Bestandswirksame Einnahmen		.....	0,002	0,002	0,002	.....
		Summe 6407...		0,001	0,002	0,003	0,003	.....
		Summe 640...		17,611	0,005	17,616	17,616	0,877

(Beträge in Millionen EURO)

VA-Ansatz	AB	AUSGABEN Bezeichnung Anm.	Erfolgsw. Ausgaben pers.	Erfolgsw. Ausgaben sachl.	Bestands-wirksame Ausgaben	Bundesvor-anschlag 2002	Bundesvor-anschlag 2001	Erfolg 2000
1/641		Förderungsmaßnahmen (Bauten und Technik): *						
1/6414		Wohnbauforschung:						
1/64145	12	Förderungen (D)	.....	.....	0,001	0,001	0,001	.....
1/64146	12	Förderungen	.....	0,295	.....	0,295	0,295	0,146
1/64148	12	Aufwendungen	.....	0,003	.....	0,003	0,003	0,258
		Summe 6414...	.....	0,298	0,001	0,299	0,299	0,405
1/6417		Technisches Versuchswesen:						
1/64175	12	Förderungen (D)	.....	.....	0,001	0,001	0,001	.....
1/64176	12	Förderungen	.....	1,655	.....	1,655	1,655	2,674
1/64178	12	Aufwendungen	.....	0,727	.....	0,727	0,727	0,926
		Summe 6417...	.....	2,382	0,001	2,383	2,383	3,599
1/6418		Allgemeine Bauforschung:						
1/64186	12	Förderungen	.....	0,006	.....	0,006	0,006	0,006
1/64188	12	Aufwendungen	.....	0,283	.....	0,283	0,283	0,161
		Summe 6418...	.....	0,289	.....	0,289	0,290	0,167
1/6419		Sonstige Förderungsmaßnahmen:						
1/64198	43	Aufwendungen	.....	0,182	.....	0,182	0,182	0,298
1/64196	*34*	*Förderungen*	.....	.....	.....	.....	.....	0,436
		Summe 6419...	.....	0,182	.....	0,182	0,182	0,734
1/64166	*33*	*Wasserbau - Mittel des Katastrophenfonds (zweckgeb. Geb.)*	.....	.....	.....	.....	.....	1,586
		Summe 641...	.....	3,151	0,002	3,153	3,153	6,491

Anmerkungen:
1/641 Verwaltungs-Aufwendungen beim Paragraph 1/6300 mitveranschlagt.

(Beträge in Millionen EURO)

VA-Ansatz	AB	EINNAHMEN Bezeichnung Anm.	Erfolgswirksame Einnahmen	Bestandswirksame Einnahmen	Bundesvoranschlag 2002	Bundesvoranschlag 2001	Erfolg 2000
2/641		Förderungsmaßnahmen (Bauten und Technik):					
2/6412		Sonstige Wohnungsfürsorge:					
2/64124	23	Erfolgswirksame Einnahmen	0,002	.....	0,002	0,002	0,003
2/64129	23	Darlehensrückzahlungen	.....	0,009	0,009	0,009	0,015
		Summe 6412...	0,002	0,009	0,011	0,011	0,018
2/6414		Wohnbauforschung:					
2/64144	12	Erfolgswirksame Einnahmen	0,051	.....	0,051	0,051	0,053
2/64149	12	Darlehensrückzahlungen	.....	0,363	0,363	0,363	0,314
		Summe 6414...	0,051	0,363	0,414	0,414	0,367
2/6417		Technisches Versuchswesen:					
2/64174	12	Erfolgswirksame Einnahmen	0,133	.....	0,133	0,133	0,662
2/64179	12	Darlehensrückzahlungen	.....	0,014	0,014	0,014	.....
		Summe 6417...	0,133	0,014	0,147	0,147	0,662
2/6418		Allgemeine Bauforschung:					
2/64184	12	Erfolgswirksame Einnahmen	0,001	.....	0,001	0,001	.....
2/6415		*Wasserbau (Wasserbautenförderungsgesetz)*:					
2/64159	*33*	*Darlehensrückzahlungen*	.....	.....	.....	.....	0,015
2/64160	*33*	*Wasserbau - Mittel des Katastrophenfonds (zweckgeb. Einn.)*	.....	.....	.....	.....	1,622
		Summe 641...	0,187	0,386	0,573	0,573	2,684

(Beträge in Millionen EURO)

VA-Ansatz	AB	AUSGABEN Bezeichnung	Anm.	Erfolgsw. Ausgaben pers.	Erfolgsw. Ausgaben sachl.	Bestands-wirksame Ausgaben	Bundesvor-anschlag 2002	Bundesvor-anschlag 2001	Erfolg 2000
1/645		Bundesgebäudeverwaltung:							
1/6450		Burghauptmannschaft Österreich:							
		Dienststellen der Bundesgebäudeverwaltung (Amtsorgane)							
1/64500	37	Personalausgaben		9,294	.....	.....	9,294	11,630	14,085
1/64503	37	Anlagen		.....	.....	0,363	0,363	0,400	0,187
1/64507	37	Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen)		.....	0,044	.....	0,044	0,051	0,034
1/64508	37	Aufwendungen		.....	1,817	.....	1,817	3,560	2,159
		Summe 6450...		9,294	1,861	0,363	11,518	15,641	16,465
1/6452		Kongresszentrum in der Wiener Hofburg:	*						
1/64523	37	Anlagen		.....	.....	0,167	0,167	0,167	0,080
1/64527	37	Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen)		.....	0,160	.....	0,160	0,160	-0,183
1/64528	37	Aufwendungen		.....	1,243	.....	1,243	1,243	1,017
		Summe 6452...		.....	1,403	0,167	1,570	1,570	0,914
1/64548	37	Zahlungen an die BIG		.....	0,363	.....	0,363	0,371	0,345
1/6453		*Dienststellen der Bundesgebäudeverwaltung (betr. ähnl. Einr.):*							
1/64530	*37*	*Personalausgaben*		.....	.....	.....	.....	.....	23,022
1/64533	*37*	*Anlagen*		.....	.....	.....	.....	.....	0,060
1/64537	*37*	*Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen)*		.....	.....	.....	.....	.....	0,019
1/64538	*37*	*Aufwendungen*		.....	.....	.....	.....	.....	3,038
		Summe 6453...		.....	.....	.....	.....	.....	26,139
		Summe 645...		9,294	3,627	0,530	13,451	17,581	43,863
1/646		Bundesgebäudeverwaltung - Liegenschaftsverwaltung:							
1/6460		Betriebskosten und Hauserfordernisse:							
1/64600	37	Personalausgaben		0,254	.....	.....	0,254	2,242	2,581
1/64603	37	Anlagen		.....	.....	0,015	0,015	0,015	0,015
1/64607	37	Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen)		.....	1,453	.....	1,453	14,171	12,465
1/64608	37	Aufwendungen		.....	4,522	.....	4,522	12,413	12,164
		Summe 6460...		0,254	5,975	0,015	6,244	28,840	27,224
1/64613		Ankäufe f. Schulen d. Unterrichts- u. d. Wissenschaftsverwaltung		.....	.....	0,145	0,145	1,039	0,684
	11			.....	.....	*0,071*	*0,071*	*0,361*	*0,604*
	12			.....	.....	*0,074*	*0,074*	*0,678*	*0,080*
1/64663	43	Sonstige Liegenschaftsankäufe		.....	.....	0,523	0,523	2,108	3,943
1/64673	33	Liegenschaftsankäufe für Flugplätze		.....	.....	0,254	0,254	0,363	0,436
1/64683	43	Liegenschaftserwerb im Tauschwege		.....	.....	0,669	0,669	5,087	6,729
1/64698		Überweisungen an die Länder gem. §1 Abs. 2 Z 2 FAG		.....	0,196	.....	0,196	0,872	1,486
	11			.....	*0,003*	.....	*0,003*	*0,203*	.....
	12			.....	*0,036*	.....	*0,036*	*0,036*	*0,043*
	37			.....	*0,095*	.....	*0,095*	*0,371*	*0,500*
	43			.....	*0,062*	.....	*0,062*	*0,262*	*0,943*
1/64633	*41*	*Liegenschaftsankäufe für die Landesverteidigung*		.....	.....	.....	.....	.....	0,039
1/64688	*43*	*Unbewegliches Bundesvermögen, Vergütungen.*		.....	.....	.....	.....	.....	.....
		Summe 646...		0,254	6,171	1,606	8,031	38,309	40,542

Anmerkungen:
1/6452 Personalausgaben beim VA-Ansatz 1/64500 mitveranschlagt.

(Beträge in Millionen EURO)

VA-Ansatz	AB	EINNAHMEN Bezeichnung	Anm.	Erfolgswirksame Einnahmen	Bestandswirksame Einnahmen	Bundesvoranschlag 2002	Bundesvoranschlag 2001	Erfolg 2000
2/645		Bundesgebäudeverwaltung:						
2/6450		Burghauptmannschaft Österreich:						
		Dienststellen der Bundesgebäudeverwaltung (Amtsorgane)						
2/64504	37	Erfolgswirksame Einnahmen		0,654	.....	0,654	0,890	0,814
2/64507	37	Bestandswirksame Einnahmen		.....	0,006	0,006	0,006	0,001
		Summe 6450...		0,654	0,006	0,660	0,896	0,815
2/6452		Kongresszentrum in der Wiener Hofburg:						
2/64524	37	Erfolgswirksame Einnahmen		0,813	.....	0,813	0,813	1,317
2/64527	37	Bestandswirksame Einnahmen		.....	0,001	0,001	0,001	0,001
		Summe 6452...		0,813	0,001	0,814	0,814	1,318
2/6453		*Dienststellen der Bundesgebäudeverwaltung (betr. ähnl. Einr.):*						
2/64534	*37*	*Erfolgswirksame Einnahmen*		.....	.....	.....	.....	4,376
2/64537	*37*	*Bestandswirksame Einnahmen*		.....	.....	.....	.....	0,000
		Summe 6453...		.....	.....	.....	.....	4,376
		Summe 645...		1,467	0,007	1,474	1,710	6,509
2/646		Bundesgebäudeverwaltung - Liegenschaftsverwaltung:						
2/64600	37	Zweckgebundene erfolgswirksame Einnahmen	*	0,291	.....	0,291	1,600	1,239
2/64604	37	Erfolgswirksame Einnahmen		2,958	.....	2,958	29,509	25,758
2/64607	37	Bestandswirksame Einnahmen		.....	0,003	0,003	0,003	0,003
		Summe 646...		3,249	0,003	3,252	31,113	26,999

Anmerkungen:
2/64600 Korrespondierende Ausgaben bei dem VA-Ansatz 1/64758 (0,291 Millionen Euro) mitveranschlagt.

(Beträge in Millionen EURO)

VA-Ansatz	AB	AUSGABEN Bezeichnung	Anm.	Erfolgsw. Ausgaben pers.	Erfolgsw. Ausgaben sachl.	Bestands-wirksame Ausgaben	Bundesvor-anschlag 2002	Bundesvor-anschlag 2001	Erfolg 2000
1/647		Bundesgebäudeverwaltung (Hochbau):	*						
1/6475		Sonstige Bundesgebäude:							
1/64753		Anlagen	*	.....	.....	45,813	45,813	115,506	111,982
	13			.....	.....	*41,763*	*41,763*	*45,780*	*38,734*
	43			.....	.....	*4,050*	*4,050*	*49,732*	*59,793*
	12			.....	.....	.....	.....	*0,003*	.....
	23			.....	.....	.....	.....	*0,005*	*0,019*
	42			.....	.....	.....	.....	*19,986*	*13,436*
1/64758		Aufwendungen	*	.....	17,442	.....	17,442	95,236	76,560
	13			.....	*13,186*	.....	*13,186*	*17,440*	*10,075*
	23			.....	*0,002*	.....	*0,002*	*2,617*	*5,300*
	37			.....	*0,001*	.....	*0,001*	*0,004*	*0,058*
	43			.....	*4,253*	.....	*4,253*	*72,259*	*53,783*
	12			.....	.....	.....	.....	*0,001*	.....
	21			.....	.....	.....	.....	*0,004*	*0,857*
	42			.....	.....	.....	.....	*2,910*	*6,488*
		Summe 6475...		.....	17,442	45,813	63,255	210,742	188,542
1/64708		*Überweisungen an die Länder gem. §1 Abs. 2 Z 2 FAG*		.....	.....	.....	.....	18,425	19,149
	11			.....	.....	.....	.....	*6,068*	*8,008*
	12			.....	.....	.....	.....	*6,177*	*3,642*
	43			.....	.....	.....	.....	*6,179*	*7,498*
1/6471		*Schulen der Unterrichtsverwaltung:*							
1/64713	*11*	*Anlagen*		.....	.....	.....	.....	52,920	54,673
1/64718	*11*	*Aufwendungen*		.....	.....	.....	.....	37,427	38,956
		Summe 6471...		.....	.....	.....	.....	90,347	93,629
1/6472		*Schulen der Wissenschaftsverwaltung:*							
1/64723	*12*	*Anlagen*		.....	.....	.....	.....	13,052	16,849
1/64728	*12*	*Aufwendungen*		.....	.....	.....	.....	23,437	23,310
		Summe 6472...		.....	.....	.....	.....	36,489	40,160
1/6473		*Bauten für die Landesverteidigung:*							
1/64738		*Aufwendungen*		.....	.....	.....	.....	.....	*8,257*
	23			.....	.....	.....	.....	.....	*0,291*
	41			.....	.....	.....	.....	.....	*7,966*
1/6474		*Land- und forstwirtschaftliche Schulen und Anstalten:*							
1/64743		*Anlagen*		.....	.....	.....	.....	20,014	12,817
	11			.....	.....	.....	.....	*9,034*	*6,026*
	34			.....	.....	.....	.....	*10,980*	*6,791*
1/64748		*Aufwendungen*		.....	.....	.....	.....	7,522	7,518
	11			.....	.....	.....	.....	*3,578*	*3,826*
	34			.....	.....	.....	.....	*3,944*	*3,692*
		Summe 6474...		.....	.....	.....	.....	27,536	20,335
		Summe 647...		.....	17,442	45,813	63,255	383,538	370,072

Anmerkungen:

1/647 Verwaltungs-Aufwendungen bei den Paragraphen 1/6300 und 1/6450 mitveranschlagt bzw. im Rahmen der mittelbaren Bundesverwaltung von den Bundesländern getragen.

1/64753 Hievon 2002 0,039 Millionen Euro nach Maßgabe zweckgebundener Einnahmen beim VA-Ansatz 2/64700, 0,001 Millionen Euro Ausgaben nach Maßgabe zweckgebundener Einnahmen beim VA-Ansatz 2/50352 und 0,001 Millionen Euro Ausgaben nach zweckgebundener Einnahmen bei VA-Ansatz 2/54602.

1/64758 Hievon 2002 0,291 Millionen Euro Ausgaben nach Maßgabe zweckgebundener Einnahmen beim VA-Ansatz 2/64600 und 1,214 Millionen Euro Ausgaben nach Maßgabe zweckgebundener Einnahmen beim VA-Ansatz 2/64700.

(Beträge in Millionen EURO)

VA-Ansatz	AB	EINNAHMEN Bezeichnung	Anm.	Erfolgswirksame Einnahmen	Bestandswirksame Einnahmen	Bundesvoranschlag 2002	Bundesvoranschlag 2001	Erfolg 2000
2/647		Bundesgebäudeverwaltung (Hochbau):						
2/64700	37	Zweckgebundene erfolgswirksame Einnahmen	*	1,253	.....	1,253	1,253	2,368
2/64704	37	Erfolgswirksame Einnahmen		0,146	.....	0,146	0,145	-0,007
		Summe 647...		1,399	.....	1,399	1,399	2,361

Anmerkungen:
2/64700 Korrespondierende Ausgaben bei den VA-Ansätzen 1/64753 (0,039 Millionen Euro) und 1/64758 (1,214 Millionen Euro) mitveranschlagt.

(Beträge in Millionen EURO)

VA-Ansatz	AB	AUSGABEN Bezeichnung	Anm.	Erfolgsw. Ausgaben pers.	Erfolgsw. Ausgaben sachl.	Bestands-wirksame Ausgaben	Bundesvor-anschlag 2002	Bundesvor-anschlag 2001	Erfolg 2000
1/649		Bundesamt für Eich- und Vermessungswesen:							
1/6490		Einrichtungen des Eich- und Vermessungswesens:							
1/64900	43	Personalausgaben		52,019	.....	.....	52,019	52,019	50,898
1/64903	43	Anlagen		.....	.....	2,149	2,149	2,149	2,561
1/64907		Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen)		.....	1,647	.....	1,647	1,647	1,304
	22			.....	*1,590*	.....	*1,590*	*1,590*	*1,266*
	43			.....	*0,057*	.....	*0,057*	*0,057*	*0,038*
1/64908	43	Aufwendungen		.....	9,910	.....	9,910	9,910	9,838
		Summe 649		52,019	11,557	2,149	65,725	65,725	64,601
1/642		*Bundesstraßenverwaltung:*							
1/6420		*Bundesstraßen:*							
1/64203	*32*	*Anlagen*		.....	.....	.....	.....	.....	15,400
1/64208	*32*	*Aufwendungen*		.....	.....	.....	.....	.....	14,025
		Summe 6420		.....	.....	.....	.....	.....	29,425
1/6422		*Bundesstraßen (sonstige Ausgaben):*							
1/64223	*32*	*Anlagen (Hochbauten, Geräte, Fahrzeuge, Betriebsausstattung)*		.....	.....	.....	.....	.....	2,457
1/64227	*32*	*Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen)*		.....	.....	.....	.....	.....	0,165
1/64228	*32*	*Aufwendungen*		.....	.....	.....	.....	.....	32,279
		Summe 6422		.....	.....	.....	.....	.....	34,901
1/6425		*Katastrophenfonds - Vorbeugende Maßnahmen (zweckgeb. Geb.):*							
1/64253	*32*	*Anlagen*		.....	.....	.....	.....	.....	2,095
1/64258	*32*	*Aufwendungen*		.....	.....	.....	.....	.....	0,415
		Summe 6425		.....	.....	.....	.....	.....	2,510
1/6426		*Katastrophenfonds - Beseitigung von Schäden (zweckgeb. Geb.):*							
1/64268	*32*	*Aufwendungen*		.....	.....	.....	.....	.....	0,700
1/6427		*Straßenforschung:*							
1/64276	*12*	*Förderungen*		.....	.....	.....	.....	.....	0,075
1/64278	*12*	*Aufwendungen*		.....	.....	.....	.....	.....	0,328
		Summe 6427		.....	.....	.....	.....	.....	0,402
		Summe 642		.....	.....	.....	.....	.....	67,938
1/644		*Wasserbauverwaltung:*							
1/6440		*Wasserstraßendirektion:*							
1/64400	*33*	*Personalausgaben*		.....	.....	.....	.....	.....	0,821
1/64403	*33*	*Anlagen*		.....	.....	.....	.....	.....	0,009
1/64407	*33*	*Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen)*		.....	.....	.....	.....	.....	0,009
1/64408	*33*	*Aufwendungen*		.....	.....	.....	.....	.....	0,638
		Summe 6440		.....	.....	.....	.....	.....	1,477
1/6441		*Amt der Wasserstraßendirektion:*							
1/64410	*33*	*Personalausgaben*		.....	.....	.....	.....	.....	0,693
1/64418	*33*	*Aufwendungen*		.....	.....	.....	.....	.....	0,035
		Summe 6441		.....	.....	.....	.....	.....	0,728
1/64438	*33*	*Donau-Hochwasserschutz-Konkurrenz*		.....	.....	.....	.....	.....	0,025
1/64448	*33*	*Donau-Hochwasserschutz-Konkurrenz (zweckgebundene Gebarung)*		.....	.....	.....	.....	.....	0,218
		Summe 644		.....	.....	.....	.....	.....	2,449
		Gesamtausgaben 64		78,927	45,752	50,726	175,405	530,097	601,485

(Beträge in Millionen EURO)

VA-Ansatz	AB	EINNAHMEN Bezeichnung	Anm.	Erfolgswirksame Einnahmen	Bestandswirksame Einnahmen	Bundesvoranschlag 2002	Bundesvoranschlag 2001	Erfolg 2000
2/649		Bundesamt für Eich- und Vermessungswesen:						
2/6490		Einrichtungen des Eich- und Vermessungswesens:						
2/64904	43	Erfolgswirksame Einnahmen		13,508	.....	13,508	13,507	12,210
2/64907	43	Bestandswirksame Einnahmen		.....	0,018	0,018	0,018	0,002
		Summe 649...		13,508	0,018	13,526	13,526	12,212
2/642		*Bundesstraßenverwaltung:*						
2/64200	*32*	*Zweckgebundene erfolgswirksame Einnahmen*		.....	.....	.....	.....	13,188
2/64202	*32*	*Veräußerungserlöse (zweckgeb. Einnahmen)*		.....	.....	.....	.....	1,127
2/64204	*32*	*Erfolgswirksame Einnahmen*		.....	.....	.....	.....	0,111
2/64207	*32*	*Bestandswirksame Einnahmen*		.....	.....	.....	.....	0,013
2/64250	*32*	*Katastrophenfonds - Vorbeugende Maßnahmen (zweckgeb. Einn.)*		.....	.....	.....	.....	4,712
2/64260	*32*	*Katastrophenfonds - Beseitigung von Schäden (zweckgeb. Einn.)*		.....	.....	.....	.....	1,275
2/6427		*Straßenforschung:*						
2/64274	*12*	*Erfolgswirksame Einnahmen*		.....	.....	.....	.....	0,006
		Summe 642...		.....	.....	.....	.....	20,432
2/644		*Wasserbauverwaltung:*						
2/6440		*Wasserstraßendirektion:*						
2/64400	*33*	*Mittel des Katastrophenfonds (zweckgebundene Einnahmen)*		.....	.....	.....	.....	0,509
2/64404	*33*	*Erfolgswirksame Einnahmen*		.....	.....	.....	.....	0,184
2/64407	*33*	*Bestandswirksame Einnahmen*		.....	.....	.....	.....	0,003
		Summe 6440...		.....	.....	.....	.....	0,696
2/6441		*Amt der Wasserstraßendirektion:*						
2/64414	*33*	*Ersätze der Österr. Donau-Betriebs-Aktiengesellschaft*		.....	.....	.....	.....	.....
2/6442		*Wasserbauten (Mittel des Katastrophenfonds) (zweckgeb. Geb.):*						
2/64421	*33*	*Zweckgeb. erfolgswirksame Einn. für vorbeugende Maßnahmen*		.....	.....	.....	.....	0,327
		Summe 644...		.....	.....	.....	.....	1,023
		Gesamteinnahmen 64...		37,421	0,419	37,840	65,936	73,097

(Beträge in Millionen EURO)

VA-Ansatz	AB	AUSGABEN Bezeichnung	Anm.	Erfolgsw. Ausgaben pers.	Erfolgsw. Ausgaben sachl.	Bestands-wirksame Ausgaben	Bundesvor-anschlag 2002	Bundesvor-anschlag 2001	Erfolg 2000
1/65		Verkehr, Innovation und Technologie:							
1/650		Bundesministerium für Verkehr, Innovation und Technologie:							
1/6500		Zentralleitung:							
1/65000	43	Personalausgaben		29,880	...	...	29,880	29,880	24,619
1/65003	43	Anlagen	*	...	...	1,238	1,238	1,239	0,762
1/65007		Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen)		...	1,217	...	1,217	1,217	1,127
	22			...	*0,505*	...	*0,505*	*0,505*	*0,374*
	43			...	*0,712*	...	*0,712*	*0,713*	*0,753*
1/65008	43	Aufwendungen	*	...	11,481	...	11,481	11,481	8,800
		Summe 6500		29,880	12,698	1,238	43,816	43,817	35,308
1/6501		Schifffahrtspolizei:							
1/65010	43	Personalausgaben		2,594	...	...	2,594	2,594	2,553
1/65013	43	Anlagen		...	...	0,357	0,357	0,357	0,087
1/65017		Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen)		...	0,165	...	0,165	0,165	0,114
	22			...	*0,123*	...	*0,123*	*0,123*	*0,095*
	43			...	*0,042*	...	*0,042*	*0,042*	*0,020*
1/65018	43	Aufwendungen		...	1,859	...	1,859	1,859	2,043
		Summe 6501		2,594	2,024	0,357	4,975	4,976	4,798
1/6502		Post- und fernmeldebehördliche Tätigkeiten:							
		Fernmeldebehördliche Tätigkeiten							
1/65023	43	Anlagen	*	...	...	1,663	1,663	1,663	1,061
1/65027	43	Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen)		...	0,586	...	0,586	0,586	0,317
1/65028	43	Aufwendungen		...	8,968	...	8,968	8,968	8,245
		Summe 6502		...	9,554	1,663	11,217	11,218	9,622
1/6503		*Bundesstraßen- und Wasserstraßenverwaltung:*	*						
1/65030	*43*	*Personalausgaben*		...	...	...	...	...	3,426
1/65033	*43*	*Anlagen*		...	...	...	...	...	0,109
1/65037		*Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen)*		...	...	...	...	...	0,045
	22			...	...	...	...	...	*0,045*
	43			...	...	...	...	...	*0,000*
1/65038	*43*	*Aufwendungen*		...	...	...	...	...	0,220
		Summe 6503		...	...	...	...	...	3,800
		Summe 650		32,474	24,276	3,258	60,008	60,011	53,528

Anmerkungen:

1/65003 Hievon 2002 0,218 Millionen Euro Ausgaben nach Maßgabe zweckgebundener Einnahmen beim VA-Ansatz 2/65000.

1/65008 Hievon 2002 0,946 Millionen Euro Ausgaben nach Maßgabe zweckgebundener Einnahmen beim VA-Ansatz 2/65000.

1/65023 Hievon 2002 0,727 Millionen Euro Ausgaben Bedeckung durch veranschlagte Rücklagenentnahme beim VA-Ansatz 2/51218.

1/6503 Ab dem BVA 2001 beim Paragraph 1/6500 mitveranschlagt.

(Beträge in Millionen EURO)

VA-Ansatz	AB	EINNAHMEN Bezeichnung Anm.	Erfolgswirksame Einnahmen	Bestandswirksame Einnahmen	Bundesvoranschlag 2002	Bundesvoranschlag 2001	Erfolg 2000
2/65		**Verkehr, Innovation und Technologie:**					
2/650		Bundesministerium für Verkehr, Innovation und Technologie:					
2/6500		Zentralleitung:					
2/65000	43	Zweckgebundene erfolgswirksame Einnahmen .....*	1,164	.....	1,164	1,164	2,662
2/65004	43	Erfolgswirksame Einnahmen	0,620	.....	0,620	0,620	0,759
2/65007	43	Bestandswirksame Einnahmen	.....	0,007	0,007	0,007	.....
		Summe 6500...	1,784	0,007	1,791	1,791	3,421
2/6501		Schifffahrtspolizei:					
2/65014	43	Erfolgswirksame Einnahmen	1,580	.....	1,580	1,580	1,805
2/65017	43	Bestandswirksame Einnahmen	.....	0,011	0,011	0,011	0,010
		Summe 6501...	1,580	0,011	1,591	1,592	1,815
2/6502		Post- und fernmeldebehördliche Tätigkeiten: *Fernmeldebehördliche Tätigkeiten*					
2/65024	43	Erfolgswirksame Einnahmen	13,698	.....	13,698	13,553	835,197
2/65025	43	Erfolgswirksame Einnahmen (TKG)	58,138	.....	58,138	116,277	.....
2/65027	43	Bestandswirksame Einnahmen	.....	0,004	0,004	0,004	0,005
		Summe 6502...	71,836	0,004	71,840	129,834	835,202
2/6503		*Bundesstraßen- und Wasserstraßenverwaltung:*					
2/65030	43	*Zweckgebundene erfolgswirksame Einnahmen .....**	.....	.....	.....	.....	.....
		Summe 650...	75,200	0,022	75,222	133,217	840,438

Anmerkungen:
2/65000 Korrespondierende Ausgaben bei den VA-Ansätzen 1/65003 und 1/65008 mitveranschlagt.
2/65030 Ab dem BVA 2001 beim VA-Ansatz 2/65000 mitveranschlagt.

(Beträge in Millionen EURO)

VA-Ansatz	AB	AUSGABEN Bezeichnung	Anm.	Erfolgsw. Ausgaben pers.	Erfolgsw. Ausgaben sachl.	Bestands-wirksame Ausgaben	Bundesvor-anschlag 2002	Bundesvor-anschlag 2001	Erfolg 2000
1/651		Bundesministerium (Zweckaufwand):	*						
1/6510		Öffentlicher Personennah- und Regionalverkehr (VV/ÖPNRV-G):							
1/65107	33	Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen) ..		.....	53,233	.....	53,233	53,233	.....
1/65108	33	Aufwendungen		.....	16,555	.....	16,555	16,555	40,627
		Verkehrsverbünde							
		Summe 6510...		.....	69,788	.....	69,788	69,788	40,627
1/65118		Allgemeiner Verkehr	*	.....	4,275	.....	4,275	4,474	2,610
	12			.....	*0,036*	.....	*0,036*	*0,036*	*0,056*
	33			.....	*4,239*	.....	*4,239*	*4,438*	*2,555*
1/65133		Kapitalbeteiligungen		.....	.....	0,010	0,010	0,010	365,472
	33			.....	.....	*0,008*	*0,008*	*0,008*	*365,472*
	36			.....	.....	*0,002*	*0,002*	*0,002*	.....
	38			.....	.....	.....	.....	.....	.....
1/65138	33	Gesellschafterzuschüsse		.....	0,001	.....	0,001	0,001	.....
1/65148	33	Kosten f. Eisenbahn-Infrastruktur		.....	1.166,399	.....	1.166,399	1.231,805	679,491
1/65158	33	Gemeinwirtschaftliche Leistungen		.....	632,379	.....	632,379	635,431	635,431
1/65178	33	Gemeinwirtschaftliche Leistungen (Telefon und Zeitungen)		.....	54,505	.....	54,505	109,591	127,177
		Gemeinwirtschaftliche Leistungen (PTA)							
1/65198	33	Entgelt an Austro-Control		.....	0,002	.....	0,002	0,002	6,904
		Summe 651...		.....	1.927,349	0,010	1.927,359	2.051,101	1.857,713

Anmerkungen:
1/651 Verwaltungs-Aufwendungen beim Titel 1/650 mitveranschlagt.
1/65118 Hievon 2002 0,363 Millionen Euro Ausgaben Bedeckung durch veranschlagte Rücklagenentnahme beim VA-Ansatz 2/51288.

(Beträge in Millionen EURO)

VA-Ansatz	AB	EINNAHMEN Bezeichnung	Anm.	Erfolgswirksame Einnahmen	Bestandswirksame Einnahmen	Bundesvoranschlag 2002	Bundesvoranschlag 2001	Erfolg 2000
2/651		Bundesministerium (Zweckaufwand):						
2/6513		Kapitalbeteiligungen:						
2/65134	33	Erträge		0,001	.....	0,001	0,001	.....
2/65137	36	Erlöse		.....	0,001	0,001	0,001	.....
		Summe 651...		0,001	0,001	0,002	0,002	.....

(Beträge in Millionen EURO)

VA-Ansatz	AB	AUSGABEN Bezeichnung	Anm.	Erfolgsw. Ausgaben pers.	Erfolgsw. Ausgaben sachl.	Bestandswirksame Ausgaben	Bundesvoranschlag 2002	Bundesvoranschlag 2001	Erfolg 2000
1/652		Bundesministerium (Förderungsmaßnahmen):	*						
1/65204	33	Bundesbeitrag f. U-Bahnteil (Schienenverbund)	*	.....	109,010	.....	109,010	109,009	109,009
1/65236		Förderungen - EU-Kofinanzierung	*	.....	0,008	.....	0,008	0,008	3,207
	33			.....	*0,001*	.....	*0,001*	*0,001*	*0,066*
	36			.....	*0,007*	.....	*0,007*	*0,007*	*3,141*
1/6524		Verkehrswirtschaftliche Maßnahmen:							
1/65246	33	Förderungen		.....	4,799	.....	4,799	4,799	2,844
1/65248	33	Aufwendungen		.....	0,460	.....	0,460	0,460	0,405
		Summe 6524...		.....	5,259	.....	5,259	5,259	3,248
1/6525		Innovation u. strukturpolitische Maßnahmen:							
1/65256	36	Förderungen		.....	3,060	.....	3,060	3,060	8,434
1/65258	36	Aufwendungen		.....	0,562	.....	0,562	0,562	0,354
1/65255	*36*	*Förderungen (D)*		.....	.....	.....	.....	.....	.....
		Summe 6525...		.....	3,622	.....	3,622	3,622	8,788
1/65266	33	Förderungen an Privatbahnen		.....	26,234	.....	26,234	26,234	26,234
1/6528		Sonstige Förderungen:							
1/65286		Förderungen		.....	0,001	.....	0,001	0,001	0,498
	33			.....	*0,001*	.....	*0,001*	*0,001*	*0,498*
	38			.....	.....	.....	.....	.....	.....
1/65295		Bezugsvorschüsse		.....	.....	0,283	0,283	0,283	0,152
	23			.....	.....	*0,041*	*0,041*	*0,041*	*0,015*
	43			.....	.....	*0,242*	*0,242*	*0,243*	*0,138*
1/6527		*Technologieförderung gem. ITF-Gesetz:*							
1/65276	*36*	*Förderungen*	*	.....	.....	.....	.....	.....	0,291
1/65278	*36*	*Aufwendungen*	*	.....	.....	.....	.....	.....	0,109
		Summe 6527...		.....	.....	.....	.....	.....	0,400
		Summe 652...		.....	144,134	0,283	144,417	144,417	151,537
1/653		Wirtschaftlich-technische Forschung/Technologie:							
1/6530		Mittel d. Innovations-u. Technologiefonds (ITF)(zweckgeb. Geb.):							
1/65306	12	Förderungen	*	.....	15,775	.....	15,775	15,775	3,901
1/65308	12	Aufwendungen	*	.....	12,458	.....	12,458	12,458	17,820
		Summe 6530...		.....	28,233	.....	28,233	28,233	21,721

Anmerkungen:

1/652 Verwaltungs-Aufwendungen beim Titel 1/650 mitveranschlagt.

1/65204 Hievon 2002 79,213 Millionen Euro Ausgaben nach Maßgabe zweckgebundener Einnahmen beim VA-Ansatz 2/52661 sowie 0,727 Millionen Euro Bedeckung durch veranschlagte Rücklagenentnahme beim VA-Ansatz 2/51248.

1/65236 Nationale Förderungsmittel bei den Ansätzen 1/65246 und 1/65256 veranschlagt.

1/65276 Ab dem BVA 2000 bei VA-Ansatz 1/65306 mitveranschlagt.

1/65278 Ab dem BVA 2000 bei VA-Ansatz 1/65308 und 318 mitveranschlagt.

1/65306 Ausgaben nach Maßgabe zweckgebundener Einnahmen beim VA-Ansatz 2/65300 (15,775 Millionen Euro)

1/65308 Ausgaben nach Maßgabe zweckgebundener Einnahmen beim VA-Ansatz 2/65300 (12,458 Millionen Euro)

(Beträge in Millionen EURO)

VA-Ansatz	AB	EINNAHMEN Bezeichnung	Anm.	Erfolgswirksame Einnahmen	Bestandswirksame Einnahmen	Bundesvoranschlag 2002	Bundesvoranschlag 2001	Erfolg 2000
2/652		Bundesministerium (Förderungsmaßnahmen):						
2/65219	33	Länden- und Hafeneinrichtungen		.....	0,204	0,204	0,204	0,213
2/6525		Innovation u. strukturpolitische Maßnahmen:						
2/65254	36	Erfolgswirksame Einnahmen		0,002	.....	0,002	0,002	0,009
2/65259	36	Darlehensrückzahlungen		.....	0,001	0,001	0,001	.....
		Summe 6525...		0,002	0,001	0,003	0,003	0,009
2/65299		Bezugsvorschussersätze		.....	0,099	0,099	0,099	0,152
	23			.....	*0,019*	*0,019*	*0,019*	*0,022*
	43			.....	*0,080*	*0,080*	*0,080*	*0,130*
2/6527		*Technologieförderung gem. ITF-Gesetz:*						
2/65270	*36*	*Mittel gem. ITF - Gesetz (zweckgeb. Einn.)*	*	.....	.....	.....	.....	0,400
		Summe 652...		0,002	0,304	0,306	0,306	0,774
2/653		Wirtschaftlich-technische Forschung/Technologie:						
2/6530		Mittel d. Innovations-u. Technologiefonds(ITF) (zweckgeb. Geb.):						
2/65300	43	Zweckgebundene erfolgswirksame Einnahmen	*	31,976	.....	31,976	31,976	25,078
2/65301	36	Zweckgebundene erfolgswirksame Einnahmen	*	0,001	.....	0,001	0,001	0,068
2/65303	36	Zweckgebundene Darlehensrückzahlungen	*	.....	0,001	0,001	0,001	0,561
		Summe 6530...		31,977	0,001	31,978	31,978	25,707

Anmerkungen:
2/65270 Ab dem BVA 2000 bei VA-Ansatz 2/65300 mitveranschlagt
2/65300 Korrespondierende Ausgaben 2002 bei den VA-Ansätzen 1/65306 (15,775 Millionen Euro), 1/65308 (12,458 Millionen Schillling), 1/65316 VAP 7330/153 (3,634 Millionen Euro) und 1/65318 (0,109 MillionenEuro)
2/65301 Korrespondierende Ausgaben 2002 beim VA-Ansatz 1/65318 VAP 7292/051 (0,001 Millionen Euro) veranschlagt
2/65303 Korrespondierende Ausgaben 2002 beim VA-Ansatz 1/65318 VAP 7293/051 (0,001 Millionen Euro) veranschlagt

(Beträge in Millionen EURO)

VA-Ansatz	AB	AUSGABEN Bezeichnung	Anm.	Erfolgsw. Ausgaben pers.	Erfolgsw. Ausgaben sachl.	Bestands-wirksame Ausgaben	Bundesvor-anschlag 2002	Bundesvor-anschlag 2001	Erfolg 2000
1/6531		Technologie- u. Forschungsförderung (gewerbliche)/FFF:							
1/65316	36	Förderungen	*	.....	40,698	.....	40,698	40,698	50,142
1/65318	36	Aufwendungen	*	.....	0,111	.....	0,111	0,111	0,352
		Summe 6531...		.....	40,809	.....	40,809	40,809	50,494
1/6532		Technologie- u. Forschungsförderung (wissenschaftl.)/FWF:							
1/65326	12	Förderungen		.....	41,387	.....	41,387	41,387	37,754
1/6533		Forschungs- und Technologietransfer:							
1/65336	12	Förderungen		.....	3,714	.....	3,714	3,714	3,326
1/65337		Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen) ..		.....	19,840	.....	19,840	19,840	6,707
	12			.....	*14,753*	.....	*14,753*	*14,753*	*6,707*
	43			.....	*5,087*	.....	*5,087*	*5,087*	.....
1/65338	12	Aufwendungen		.....	7,678	.....	7,678	8,894	8,536
		Summe 6533...		.....	31,232	.....	31,232	32,447	18,569
1/6534		Sondervorhaben-Technologie: *Sondervorhaben-Technologie (Technologiemilliarde)*							
1/65346	12	Förderungen		.....	7,271	.....	7,271	7,271	5,647
1/65348	12	Aufwendungen		.....	0,002	.....	0,002	0,002	1,743
		Summe 6534...		.....	7,273	.....	7,273	7,273	7,391
1/6535		Forschungsunternehmungen:							
1/65356	12	Förderungen		.....	37,351	.....	37,351	37,787	28,590
1/65358	12	Aufwendungen		.....	11,846	.....	11,846	11,846	10,683
		Summe 6535...		.....	49,197	.....	49,197	49,632	39,273
1/6536		Bundesamt FPZ Arsenal: *Amt des BFPZ Arsenal*							
1/65360	12	Personalausgaben		4,360	.....	.....	4,360	4,506	3,163
1/65367	12	Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen) ..		.....	0,124	.....	0,124	0,124	0,088
1/65368	12	Aufwendungen		.....	0,153	.....	0,153	0,153	0,104
		Summe 6536...		4,360	0,277	.....	4,637	4,782	3,355
		Summe 653...		4,360	198,408	.....	202,768	204,564	178,557
1/654		Wasserbauverwaltung:							
1/6541		Wasserstraßendirektion:							
1/65410	33	Personalausgaben		3,037	.....	.....	3,037	3,110	2,242
1/65413	33	Anlagen	*	.....	.....	0,203	0,203	0,203	0,109
1/65417	33	Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen) ..		.....	0,054	.....	0,054	0,054	0,025
1/65418	33	Aufwendungen	*	.....	10,995	.....	10,995	10,995	8,051
		Summe 6541...		3,037	11,049	0,203	14,289	14,361	10,426
1/6542		Amt der Wasserstrassendirektion:							
1/65420	33	Personalausgaben		2,980	.....	.....	2,980	3,179	2,121
1/65428	33	Aufwendungen		.....	0,629	.....	0,629	0,629	0,155
		Summe 6542...		2,980	0,629	.....	3,609	3,808	2,276
1/65438	33	Donau-Hochwasserschutz-Konkurrenz		.....	0,327	.....	0,327	0,327	0,254
1/65448	33	Donau-Hochwasserschutz-Konkurrenz (zweckgebundene Gebarung)	*	.....	1,163	.....	1,163	1,163	0,836

Anmerkungen:

1/65316 VAP 7330/153 Ausgaben nach Maßgabe zweckgebundener Einnahmen beim VA-Ansatz 2/65300 (3,634 Millionen Euro)

1/65318 Ausgaben nach Maßgabe zweckgebundener Einnahmen beim VA-Ansatz 2/65300 (0,109 Millionen Euro), 2/65301 (0,001 Millionen Euro) und 2/65303 (0,001 Millionen Euro)

1/65413 Zweckgebundene Ausgaben nach Maßgabe zweckgebundener Einnahmen beim VA-Ansatz 2/65410 (0,037 Millionen Euro).

1/65418 Zweckgebundene Ausgaben nach Maßgabe zweckgebundener Einnahmen beim VA-Ansatz 2/65410 (4,923 Millionen Euro).

1/65448 Zweckgebundene Ausgaben nach Maßgabe zweckgebundener Einnahmen beim VA-Ansatz 2/65440

(Beträge in Millionen EURO)

VA-Ansatz	AB	EINNAHMEN Bezeichnung Anm.	Erfolgswirksame Einnahmen	Bestandswirksame Einnahmen	Bundesvoranschlag 2002	Bundesvoranschlag 2001	Erfolg 2000
2/6533		Forschungs- und Technologietransfer:					
2/65334	43	Erfolgswirksame Einnahmen	0,057	.....	0,057	0,057	.....
2/6536		Bundesamt FPZ Arsenal:					
		Amt des BFPZ Arsenal					
2/65364	12	Erfolgswirksame Einnahmen	4,637	.....	4,637	4,782	.....
2/65354	*12*	*Erfolgswirksame Einnahmen*	.....	.....	.....	.....	3,343
		Summe 653...	36,671	0,001	36,672	36,817	29,050
2/654		Wasserbauverwaltung:					
2/6541		Wasserstraßendirektion:					
2/65410	33	Mittel des Katastrophenfonds (zweckgebundene Einnahmen) *	4,960	.....	4,960	4,960	3,089
2/65414		Erfolgswirksame Einnahmen	1,625	.....	1,625	1,625	1,463
	33		*1,622*	.....	*1,622*	*1,623*	*1,463*
	37		*0,003*	.....	*0,003*	*0,003*	.....
2/65417	33	Bestandswirksame Einnahmen	.....	0,010	0,010	0,010	.....
		Summe 6541...	6,585	0,010	6,595	6,595	4,552
2/6542		Amt der Wasserstrassendirektion:					
2/65424	33	Ersätze der Österr. Donau-Betriebs-Aktiengesellschaft	5,886	.....	5,886	5,886	1,691
2/6544		Wasserbauten (Mittel des Katastrophenfonds) (zweckgeb. Geb.):					
2/65440	33	Zweckgeb. erfolgswirksame Einn. für vorbeugende Maßnahmen *	1,163	.....	1,163	1,163	0,785

Anmerkungen:
2/65410 Korrespondierende Ausgaben bei VA-Ansatz 1/65413 und 418 veranschlagt
2/65440 Korrespondierende Ausgaben beim VA-Ansatz 1/65448 veranschlagt

(Beträge in Millionen EURO)

VA-Ansatz	AB	AUSGABEN Bezeichnung	Anm.	Erfolgsw. Ausgaben pers.	Erfolgsw. Ausgaben sachl.	Bestands-wirksame Ausgaben	Bundesvor-anschlag 2002	Bundesvor-anschlag 2001	Erfolg 2000
1/6545		Wasserbau (Wasserbautenförderungsgesetz):							
1/65455	33	Förderungen (D)		.....	.....	0,066	0,066	0,066	0,066
1/65456	33	Förderungen		.....	0,003	.....	0,003	0,003	.....
		Summe 6545...		.....	0,003	0,066	0,069	0,069	0,066
1/65466	33	Wasserbau - Mittel des Katastrophenfonds (zweckgeb. Geb.)	*	.....	56,950	.....	56,950	44,351	7,079
1/6547		Marchfeldkanal:							
1/65474	34	Marchfeldkanal Betriebsgesellschaft		.....	0,545	.....	0,545	0,545	.....
1/65476	34	Marchfeldkanal - Errichtungsgesellschaft *Marchfeldkanal*		.....	1,277	.....	1,277	1,277	0,756
		Summe 6547...		.....	1,822	.....	1,822	1,822	0,756
1/65486	38	Zuschüsse an Unternehmungen mit Budesbeteiligung		.....	1,235	.....	1,235	1,235	1,235
		Summe 654...		6,017	73,178	0,269	79,464	67,136	22,929
1/655		Bundesprüfanstalt für Kraftfahrzeuge:							
1/65500	33	Personalausgaben		1,301	.....	.....	1,301	1,301	1,228
1/65503	33	Anlagen		.....	.....	0,226	0,226	0,226	0,114
1/65508	33	Aufwendungen		.....	0,941	.....	0,941	0,941	0,902
		Summe 655...		1,301	0,941	0,226	2,468	2,468	2,244

Anmerkungen:
1/65466 Zweckgebundene Ausgaben nach Maßgabe zweckgebundener Einnahmen beim VA-Ansatz 2/65460

(Beträge in Millionen EURO)

VA-Ansatz	AB	EINNAHMEN Bezeichnung	Anm.	Erfolgswirksame Einnahmen	Bestandswirksame Einnahmen	Bundesvoranschlag 2002	Bundesvoranschlag 2001	Erfolg 2000
2/6545		Wasserbau (Wasserbautenförderungsgesetz):						
2/65454	33	Erfolgswirksame Einnahmen		0,002	.....	0,002	0,002	.....
2/65459	33	Darlehensrückzahlungen		.....	0,029	0,029	0,029	0,034
		Summe 6545...		0,002	0,029	0,031	0,031	0,034
2/65460	33	Wasserbau-Mittel des Katastrophenfonds (zweckgeb. Einn.)	*	56,950	.....	56,950	44,351	7,655
		Summe 654...		70,586	0,039	70,625	58,027	14,717
2/655		Bundesprüfanstalt für Kraftfahrzeuge:						
2/65504	33	Erfolgswirksame Einnahmen		0,279	.....	0,279	0,279	0,616
2/65507	33	Bestandswirksame Einnahmen		.....	0,006	0,006	0,006	0,000
		Summe 655...		0,279	0,006	0,285	0,285	0,616

Anmerkungen:
2/65460 Korrespondierende Ausgaben beim VA-Ansatz 1/65466 veranschlagt

(Beträge in Millionen EURO)

VA-Ansatz	AB	AUSGABEN Bezeichnung	Anm.	Erfolgsw. Ausgaben pers.	Erfolgsw. Ausgaben sachl.	Bestands-wirksame Ausgaben	Bundesvor-anschlag 2002	Bundesvor-anschlag 2001	Erfolg 2000
1/656		Bundesstrassenverwaltung:							
1/6560		Bundesstraßen:							
1/65603	32	Anlagen	*	.....	.....	115,214	115,214	120,966	116,703
1/65608	32	Aufwendungen	*	.....	102,061	.....	102,061	96,509	77,971
		Summe 6560...		.....	102,061	115,214	217,275	217,475	194,674
1/6562		Bundesstraßen (sonstige Ausgaben):							
1/65623	32	Anlagen (Hochbauten, Geräte, Fahrzeuge, Betriebsausstattung)	*	.....	.....	19,186	19,186	19,186	12,842
1/65627	32	Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen)		.....	1,090	.....	1,090	1,817	0,533
1/65628	32	Aufwendungen	*	.....	180,955	.....	180,955	180,955	150,927
		Summe 6562...		.....	182,045	19,186	201,231	201,958	164,301
1/6563		Bundesstraßen A + S:							
1/65633	32	Anlagen		.....	.....	7,267	7,267	7,267	23,855
1/6565		Katastrophenfonds - Vorbeugende Maßnahmen (zweckgeb. Geb.):							
1/65653	32	Anlagen		.....	.....	30,138	30,138	30,138	25,480
1/65658	32	Aufwendungen		.....	2,928	.....	2,928	2,928	2,510
		Summe 6565...		.....	2,928	30,138	33,066	33,066	27,990
1/6566		Katastrophenfonds - Beseitigung von Schäden (zweckgeb. Geb.):							
1/65668	32	Aufwendungen	*	.....	20,269	.....	20,269	19,121	10,774
1/6567		Straßenforschung:							
1/65675	12	Förderungen (D)		.....	.....	0,004	0,004	0,004	.....
1/65676	12	Förderungen		.....	0,546	.....	0,546	0,546	0,115
1/65678	12	Aufwendungen		.....	1,712	.....	1,712	1,712	0,471
		Summe 6567...		.....	2,258	0,004	2,262	2,262	0,586
1/6569		Straßengesellschaften:							
1/65692	32	Anlagen (Gesetzl. Verpflichtungen)		.....	.....	0,001	0,001	0,001	.....
1/65693	32	Anlagen		.....	.....	0,001	0,001	0,001	.....
1/65698	32	Aufwendungen	*	.....	2,180	.....	2,180	2,180	0,211
		Summe 6569...		.....	2,180	0,002	2,182	2,182	0,211
		Summe 656...		.....	311,741	171,811	483,552	483,331	422,391

Anmerkungen:
1/65603 Zweckgebundene Ausgaben nach Maßgabe zweckgebundener Einnahmen beim VA-Ansatz 2/65600 und 2/65602
1/65608 Zweckgebundene Ausgaben nach Maßgabe zweckgebundener Einnahmen beim VA-Ansatz 2/65600 und 2/65602
1/65623 Zweckgebundene Ausgaben nach Maßgabe zweckgebundener Einnahmen beim VA-Ansatz 2/65600 und 2/65602
1/65628 Zweckgebundene Ausgaben nach Maßgabe zweckgebundener Einnahmen beim VA-Ansatz 2/65600 und 2/65602
1/65668 Zweckgebundene Ausgaben nach Maßgabe zweckgebundener Einnahmen beim VA-Ansatz 2/65660
1/65698 Zweckgebundene Ausgaben nach Maßgabe zweckgebundener Einnahmen beim VA-Ansatz 2/65602 VAP 0002/501.

(Beträge in Millionen EURO)

VA-Ansatz	AB	EINNAHMEN Bezeichnung	Anm.	Erfolgswirksame Einnahmen	Bestandswirksame Einnahmen	Bundesvoranschlag 2002	Bundesvoranschlag 2001	Erfolg 2000
2/656		Bundesstrassenverwaltung:						
2/65600	32	Zweckgebundene erfolgswirksame Einnahmen	*	42,108	.....	42,108	42,108	34,670
2/65602	32	Veräußerungserlöse (zweckgeb. Einnahmen)	*	.....	7,815	7,815	7,815	11,443
2/65604	32	Erfolgswirksame Einnahmen		1,631	.....	1,631	1,631	0,331
2/65607	32	Bestandswirksame Einnahmen		.....	0,632	0,632	0,632	0,375
2/65650	32	Katastrophenfonds - Vorbeugende Maßnahmen (zweckgeb. Einn.)	*	33,066	.....	33,066	33,066	26,901
2/65660	32	Katastrophenfonds - Beseitigung von Schäden (zweckgeb. Einn.)	*	20,269	.....	20,269	19,121	11,181
2/6567		Straßenforschung:						
2/65674	12	Erfolgswirksame Einnahmen		0,018	.....	0,018	0,018	.....
2/65679	12	Darlehensrückzahlungen		.....	0,007	0,007	0,007	.....
		Summe 6567...		0,018	0,007	0,025	0,025	.....
		Summe 656...		97,092	8,454	105,546	104,399	84,901

Anmerkungen:
2/65600 Korrespondierende Ausgaben bei den VA-Ansätzen 1/65603, 608, 623 und 628 veranschlagt.
2/65602 Korrespondierende Ausgaben bei den VA-Ansätzen 1/65603, 608, 623, 628 und 698 veranschlagt
2/65650 Korrespondierende Ausgaben beim VA-Ansatz 1/65653 (30,138 Millionen Euro) und 1/65658 (2,928 Millionen Euro)
2/65660 Korrespondierende Ausgaben beim VA-Ansatz 1/65668 veranschlagt

(Beträge in Millionen EURO)

VA-Ansatz	AB	AUSGABEN Bezeichnung	Anm.	Erfolgsw. Ausgaben pers.	Erfolgsw. Ausgaben sachl.	Bestands-wirksame Ausgaben	Bundesvor-anschlag 2002	Bundesvor-anschlag 2001	Erfolg 2000
1/657		Österreichischer Verkehrssicherheitsfonds (zweckgeb. Geb.):	*						
1/65703	32	Anlagen		.....	.....	0,036	0,036	0,036	.....
1/65706	32	Förderungen		.....	0,880	.....	0,880	0,880	0,519
1/65707	32	Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen)		.....	1,785	.....	1,785	1,784	1,499
1/65708	32	Aufwendungen		.....	0,715	.....	0,715	0,715	0,420
		Summe 657...		.....	3,380	0,036	3,416	3,416	2,438
1/658		Einrichtungen des Patentwesens:							
1/6580		Österreichisches Patentamt:							
1/65800	36	Personalausgaben		10,573	.....	.....	10,573	10,646	7,712
1/65803	36	Anlagen		.....	.....	0,343	0,343	0,343	0,213
1/65807		Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen)		.....	0,412	.....	0,412	0,412	0,119
	22			.....	*0,162*	.....	*0,162*	*0,162*	*0,111*
	36			.....	*0,250*	.....	*0,250*	*0,249*	*0,008*
1/65808	36	Aufwendungen		.....	2,658	.....	2,658	2,658	2,075
		Summe 6580...		10,573	3,070	0,343	13,986	14,058	10,119
1/65817	36	Oberster Patent- und Markensenat		.....	0,100	.....	0,100	0,100	0,100
		Summe 658...		10,573	3,170	0,343	14,086	14,159	10,219
		Gesamtausgaben 65...		54,725	2.686,577	176,236	2.917,538	3.030,603	2.701,556

Anmerkungen:
1/657 Ausgaben nach Maßgabe zweckgebundener Einnahmen beim Titel 2/657.

(Beträge in Millionen EURO)

VA-Ansatz	AB	EINNAHMEN Bezeichnung	Anm.	Erfolgswirksame Einnahmen	Bestandswirksame Einnahmen	Bundesvoranschlag 2002	Bundesvoranschlag 2001	Erfolg 2000
2/657		Österreichischer Verkehrssicherheitsfonds (zweckgeb. Geb.):	*					
2/65700	32	Zweckgebundene erfolgswirksame Einnahmen		3,416	.....	3,416	3,416	2,747
2/658		Einrichtungen des Patentwesens:						
2/6580		Österreichisches Patentamt:						
2/65804	36	Gebühren gemäß Patent- und Markenschutzgesetz ..		24,309	.....	24,309	24,309	20,483
2/65805		Sonstige erfolgswirksame Einnahmen		0,069	.....	0,069	0,069	0,458
	21			*0,001*	.....	*0,001*	*0,001*	.....
	36			*0,068*	.....	*0,068*	*0,068*	*0,458*
2/65807	36	Bestandswirksame Einnahmen		.....	0,004	0,004	0,004	.....
2/65809	36	Darlehensrückzahlungen		.....	0,037	0,037	0,037	0,028
		Summe 658...		24,378	0,041	24,419	24,420	20,969
		Gesamteinnahmen 65...		307,625	8,868	316,493	360,887	994,212

Anmerkungen:
2/657 Korrespondierende Ausgaben beim Titel 1/657 veranschlagt.

(Beträge in Millionen EURO)

VA-Ansatz	AB	AUSGABEN Bezeichnung	Anm.	Erfolgsw. Ausgaben pers.	Erfolgsw. Ausgaben sachl.	Bestands-wirksame Ausgaben	Bundesvor-anschlag 2002	Bundesvor-anschlag 2001	Erfolg 2000
1/70		**Öffentliche Leistung und Sport:**							
1/700		BM für öffentliche Leistung und Sport:							
1/7000		Zentralleitung:							
1/70000	43	Personalausgaben		7,269	.....	.....	7,269	7,269	4,474
1/70003	43	Anlagen		.....	.....	0,310	0,310	1,109	0,116
1/70005		Bezugsvorschüsse		.....	.....	0,047	0,047	0,047	0,013
	23			.....	.....	*0,020*	*0,020*	*0,020*	*0,007*
	43			.....	.....	*0,027*	*0,027*	*0,027*	*0,006*
1/70007		Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen)		.....	3,352	.....	3,352	3,352	2,589
	22			.....	*0,080*	.....	*0,080*	*0,080*	*0,045*
	43			.....	*3,272*	.....	*3,272*	*3,272*	*2,544*
1/70008	43	Aufwendungen		.....	5,011	.....	5,011	5,011	2,538
		Summe 700...		7,269	8,363	0,357	15,989	16,789	9,730
1/702		Dienststellen:							
1/7020		Verwaltungsakademie:							
1/70200	11	Personalausgaben		1,726	.....	.....	1,726	1,726	1,335
1/70203	11	Anlagen		.....	.....	0,120	0,120	0,120	0,080
1/70206	11	Förderungen		.....	0,132	.....	0,132	0,132	0,042
1/70207		Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen)		.....	0,035	.....	0,035	0,034	0,011
	11			.....	*0,019*	.....	*0,019*	*0,019*	*0,003*
	22			.....	*0,016*	.....	*0,016*	*0,016*	*0,008*
1/70208	11	Aufwendungen		.....	3,064	.....	3,064	3,064	2,542
		Summe 702...		1,726	3,231	0,120	5,077	5,076	4,010
1/703		Sportangelegenheiten:							
1/7030		Sportförderung:							
1/70304	11	Förderungen (Gesetzl. Verpflichtungen)		.....	36,336	.....	36,336	34,883	25,435
1/70305	11	Förderungen (D)		.....	.....	0,030	0,030	0,030	0,031
1/70306	11	Förderungen		.....	12,812	.....	12,812	15,243	13,034
1/70308	11	Aufwendungen		.....	1,304	.....	1,304	1,413	0,746
		Summe 7030...		.....	50,452	0,030	50,482	51,569	39,246
1/7031		Bundessportheime und Sporteinrichtungen (Haus des Sports):							
1/70310	11	Personalausgaben		0,377	.....	.....	0,377	0,377	0,214
1/70313	11	Anlagen		.....	.....	0,087	0,087	0,022	0,013
1/70317	11	Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen)		.....	0,002	.....	0,002	0,002	0,000
1/70318	11	Aufwendungen		.....	0,220	.....	0,220	0,285	0,267
		Summe 7031...		0,377	0,222	0,087	0,686	0,686	0,494
1/7032		Amt der Bundessporteinrichtungen:							
1/70320	11	Personalausgaben		0,798	.....	.....	0,798	0,798	0,617
1/70328	11	Aufwendungen		.....	0,014	.....	0,014	0,014	0,005
		Summe 7032...		0,798	0,014	.....	0,812	0,812	0,621
1/7033		Bundessporteinrichtungen Gesellschaft m. b. H. :							
1/70336	11	Förderungen		.....	2,725	.....	2,725	2,725	1,956
1/70337	11	Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen)		.....	0,001	.....	0,001	0,001	.....
1/70338	11	Aufwendungen		.....	2,653	.....	2,653	2,983	2,995
		Summe 7033...		.....	5,379	.....	5,379	5,709	4,951
		Summe 703...		1,175	56,067	0,117	57,359	58,777	45,312
		Gesamtausgaben 70...		10,170	67,661	0,594	78,425	80,642	59,052

(Beträge in Millionen EURO)

VA-Ansatz	AB	EINNAHMEN Bezeichnung	Anm.	Erfolgswirksame Einnahmen	Bestandswirksame Einnahmen	Bundesvoranschlag 2002	Bundesvoranschlag 2001	Erfolg 2000
2/70		**Öffentliche Leistung und Sport:**						
2/700		BM für öffentliche Leistung und Sport:						
2/7000		Zentralleitung:						
2/70004	43	Erfolgswirksame Einnahmen		3,318	.....	3,318	3,318	0,015
2/70009		Bezugsvorschussersätze		.....	0,020	0,020	0,020	0,000
	23			.....	*0,007*	*0,007*	*0,007*	*0,000*
	43			.....	*0,013*	*0,013*	*0,013*	*0,000*
2/70000	*43*	*Zweckgebundene erfolgswirksame Einnahmen*		.....	.....	.....	.....	.....
		Summe 700...		3,318	0,020	3,338	3,338	0,015
2/702		Dienststellen:						
2/7020		Verwaltungsakademie:						
2/70204		Erfolgswirksame Einnahmen		0,042	.....	0,042	0,042	0,244
	11			*0,041*	.....	*0,041*	*0,041*	*0,244*
	43			*0,001*	.....	*0,001*	*0,001*	.....
2/70205	11	EU-Förderprogramm		0,001	.....	0,001	0,001	.....
2/70208	11	Sonstige bestandswirksame Einnahmen		.....	0,001	0,001	0,001	.....
		Summe 702...		0,043	0,001	0,044	0,044	0,244
2/703		Sportangelegenheiten:						
2/7030		Sportförderung:						
2/70304	11	Erfolgswirksame Einnahmen		0,057	.....	0,057	0,057	0,036
2/70309	11	Darlehensrückzahlungen		.....	0,026	0,026	0,026	0,035
		Summe 7030...		0,057	0,026	0,083	0,083	0,071
2/7031		Bundessportheime und Sporteinrichtungen (Haus des Sports):						
2/70314	11	Erfolgswirksame Einnahmen		0,055	.....	0,055	0,053	0,032
2/70317	11	Bestandswirksame Einnahmen		.....	0,003	0,003	0,003	.....
		Summe 7031...		0,055	0,003	0,058	0,057	0,032
2/7032		Amt der Bundessporteinrichtungen:						
2/70324	11	Erfolgswirksame Einnahmen		0,764	.....	0,764	0,764	0,548
2/7033		Bundessporteinrichtungen Gesellschaft m.b.H.:						
2/70334	11	Erfolgswirksame Einnahmen		0,001	.....	0,001	0,001	.....
		Summe 703...		0,877	0,029	0,906	0,904	0,651
		Gesamteinnahmen 70...		4,238	0,050	4,288	4,286	0,911

Zusammenfassung nach Gruppen und Kapitel
(Beträge in Millionen EURO)

Kap.	AUSGABEN Bezeichnung	Erfolgsw. Ausgaben pers.	Erfolgsw. Ausgaben sachl.	Bestands-wirksame Ausgaben	Bundesvor-anschlag 2002	Bundesvor-anschlag 2001	Erfolg 2000
	Allgemeiner Haushalt						
0	Oberste Organe						
01	Präsidentschaftskanzlei	2,812	1,649	0,148	4,609	4,611	4,886
02	Bundesgesetzgebung	15,807	83,212	1,319	100,338	98,522	105,016
03	Verfassungsgerichtshof	2,574	2,502	0,119	5,195	5,196	5,157
04	Verwaltungsgerichtshof	10,098	1,038	0,339	11,475	11,502	10,982
05	Volksanwaltschaft	2,381	1,835	0,066	4,282	4,031	3,847
06	Rechnungshof	18,305	4,894	0,520	23,719	22,892	21,766
	Gruppe 0...	51,977	95,130	2,511	149,618	146,755	151,654
1	Innenverwaltung						
10	Bundeskanzleramt mit Dienststellen	44,335	319,643	2,992	366,970	286,541	316,490
11	Inneres	1.190,598	406,106	48,035	1.644,739	1.651,724	1.668,934
12	Bildung und Kultur	2.108,856	3.475,386	50,103	5.634,345	5.626,275	5.533,162
13	Kunst	3,661	215,808	0,731	220,200	218,382	215,908
14	Wissenschaft	1.034,279	1.188,865	141,340	2.364,484	2.295,444	2.244,366
15	Soziale Sicherheit und Generationen	60,278	1.820,998	7,048	1.888,324	1.859,186	2.822,718
16	Sozialversicherung	.....	5.437,095	.....	5.437,095	5.096,982	4.997,272
17	Gesundheit	28,326	507,327	3,492	539,145	524,839	626,749
18	Umwelt	.....	.....	.....	.....	.....	25,992
19	Jugend, Familie und Senioren	.....	4.484,780	86,198	4.570,978	4.432,375	4.322,139
	Gruppe 1...	4.470,333	17.856,008	339,939	22.666,280	21.991,749	22.773,730
20	Äußeres	67,876	226,043	5,856	299,775	303,409	318,216
30	Justiz	445,389	347,514	10,929	803,832	808,122	803,207
40	Militärische Angelegenheiten	805,143	858,968	5,983	1.670,094	1.671,475	1.733,665
5	Finanzen						
50	Finanzverwaltung	1.765,581	577,848	7,908	2.351,337	2.308,905	2.213,566
51	Kassenverwaltung	0,002	906,786	0,229	907,017	1.761,183	1.579,466
52	Öffentliche Abgaben	.....	8,212	.....	8,212	8,939	7,131
53	Finanzausgleich	.....	3.538,290	.....	3.538,290	3.441,373	3.279,969
54	Bundesvermögen	.....	747,236	764,554	1.511,790	1.185,785	774,868
55	Pensionen	2.612,733	3.431,540	0,073	6.044,346	5.896,892	5.739,613
56	Sonstige Finanzierungen und Veranlagungen	.....	.....	.....	.....	.....	562,245
58	Finanzschuld, Währungstauschverträge	.....	8.518,877	.....	8.518,877	8.686,565	8.677,610
	Gruppe 5...	4.378,316	17.728,789	772,764	22.879,869	23.289,641	22.834,469
6	Wirtschaft						
60	Land-, Forst- und Wasserwirtschaft	142,483	1.682,661	8,736	1.833,880	1.877,485	1.952,094
61	Umwelt neu	.....	480,914	1,198	482,112	443,450	289,017
63	Wirtschaft und Arbeit	114,825	4.225,803	9,838	4.350,466	4.624,536	3.991,009
64	Bauten und Technik	78,927	45,752	50,726	175,405	530,097	601,485
65	Verkehr, Innovation und Technologie	54,725	2.686,577	176,236	2.917,538	3.030,603	2.701,556
	Gruppe 6...	390,960	9.121,707	246,734	9.759,401	10.506,170	9.535,161
70	Öffentliche Leistung und Sport	10,170	67,661	0,594	78,425	80,642	59,052
	Summe Allgemeiner Haushalt...	10.620,164	46.301,820	1.385,310	58.307,294	58.797,963	58.209,153
	Ausgleichshaushalt						
51	Kassenverwaltung	.....	.....	23.255,307	23.255,307	23.255,307	39.233,995
54	Bundesvermögen	.....	0,001	.....	0,001	0,001	.....
56	Sonstige Finanzierungen und Veranlagungen	.....	.....	.....	.....	.....	6.427,065
58	Finanzschuld, Währungstauschverträge	.....	.....	18.285,897	18.285,897	13.558,421	17.757,167
	Summe Ausgleichshaushalt...	.....	0,001	41.541,204	41.541,205	36.813,729	63.418,227
	Gesamtausgaben...	10.620,164	46.301,821	42.926,514	99.848,499	95.611,692	121.627,380

Zusammenfassung nach Gruppen und Kapitel
(Beträge in Millionen EURO)

Kap.	EINNAHMEN Bezeichnung	Erfolgswirksame Einnahmen	Bestandswirksame Einnahmen	Bundesvoranschlag 2002	Bundesvoranschlag 2001	Erfolg 2000
	Allgemeiner Haushalt					
0	Oberste Organe					
01	Präsidentschaftskanzlei	0,077	0,013	0,090	0,090	0,091
02	Bundesgesetzgebung	2,955	0,066	3,021	2,198	2,107
03	Verfassungsgerichtshof	0,058	0,015	0,073	0,073	0,049
04	Verwaltungsgerichtshof	0,319	0,012	0,331	0,331	0,302
05	Volksanwaltschaft	0,077	0,012	0,089	0,087	0,123
06	Rechnungshof	0,083	0,052	0,135	0,135	0,113
	Gruppe 0...	3,569	0,170	3,739	2,914	2,786
1	Innenverwaltung					
10	Bundeskanzleramt mit Dienststellen	22,050	0,266	22,316	21,953	20,308
11	Inneres	90,174	4,552	94,726	93,841	95,659
12	Bildung und Kultur	97,478	2,975	100,453	100,523	77,994
13	Kunst	2,813	0,021	2,834	2,834	3,326
14	Wissenschaft	215,440	2,069	217,509	111,771	43,338
15	Soziale Sicherheit und Generationen	7,498	0,385	7,883	8,208	810,411
16	Sozialversicherung	10,542	.....	10,542	10,542	398,781
17	Gesundheit	67,197	0,062	67,259	67,515	56,580
18	Umwelt	.....	.....	.....	.....	1,448
19	Jugend, Familie und Senioren	4.522,780	35,305	4.558,085	4.419,482	4.312,409
	Gruppe 1...	5.035,972	45,635	5.081,607	4.836,669	5.820,253
20	Äußeres	4,915	2,353	7,268	7,267	6,650
30	Justiz	646,664	0,922	647,586	636,178	569,863
40	Militärische Angelegenheiten	40,381	3,285	43,666	43,666	44,416
5	Finanzen					
50	Finanzverwaltung	1.526,805	5,686	1.532,491	1.447,827	1.416,580
51	Kassenverwaltung	1.460,623	375,486	1.836,109	1.691,493	3.069,968
52	Öffentliche Abgaben	37.977,741	.....	37.977,741	36.467,163	33.037,285
53	Finanzausgleich	435,394	.....	435,394	414,275	382,134
54	Bundesvermögen	919,244	1.525,792	2.445,036	2.976,779	2.373,654
55	Pensionen	1.500,001	0,037	1.500,038	1.489,139	1.411,755
56	Sonstige Finanzierungen und Veranlagungen	.....	.....	.....	.....	562,245
58	Finanzschuld, Währungstauschverträge	1.088,258	.....	1.088,258	1.217,904	1.685,101
	Gruppe 5...	44.908,066	1.907,001	46.815,067	45.704,581	43.938,723
6	Wirtschaft					
60	Land-, Forst- und Wasserwirtschaft	210,767	0,560	211,327	211,182	196,825
61	Umwelt neu	270,775	0,004	270,779	252,320	187,631
63	Wirtschaft und Arbeit	4.035,852	2,505	4.038,357	4.290,822	3.520,268
64	Bauten und Technik	37,421	0,419	37,840	65,936	73,097
65	Verkehr, Innovation und Technologie	307,625	8,868	316,493	360,887	994,212
	Gruppe 6...	4.862,440	12,356	4.874,796	5.181,147	4.972,033
70	Öffentliche Leistung und Sport	4,238	0,050	4,288	4,286	0,911
	Summe Allgemeiner Haushalt...	55.506,245	1.971,772	57.478,017	56.416,709	55.355,635
	Ausgleichshaushalt					
51	Kassenverwaltung	.....	23.255,307	23.255,307	23.255,307	39.233,995
54	Bundesvermögen	.....	.....	.....	.....	.....
56	Sonstige Finanzierungen und Veranlagungen	.....	.....	.....	.....	6.427,065
58	Finanzschuld, Währungstauschverträge	.....	19.115,175	19.115,175	15.939,675	20.610,685
	Summe Ausgleichshaushalt...	.....	42.370,482	42.370,482	39.194,982	66.271,745
	Gesamteinnahmen...	55.506,245	44.342,254	99.848,499	95.611,692	121.627,380

Anlage I.a Kapitelweise Gegenüberstellung der Ausgaben und Einnahmen
(Beträge in Millionen EURO)

Kap.	Ausgaben-Einnahmen Bezeichnung	pers. Erfolgswirksame Ausgaben	sachliche Ausgaben Erfolgswirksame Ausgaben	sachliche Ausgaben Bestandsw. Ausgaben	sachliche Ausgaben Summe	Ausgaben-Summe	Erfolgswirksame Einnahmen	Bestandswirksame Einnahmen	Einnahmen-Summe	Abgang (-) Überschuß (+)
	Allgemeiner Haushalt									
01	Präsidentschaftskanzlei	2,812	1,649	0,148	1,797	4,609	0,077	0,013	0,090	- 4,519
02	Bundesgesetzgebung	15,807	83,212	1,319	84,531	100,338	2,955	0,066	3,021	- 97,317
03	Verfassungsgerichtshof	2,574	2,502	0,119	2,621	5,195	0,058	0,015	0,073	- 5,122
04	Verwaltungsgerichtshof	10,098	1,038	0,339	1,377	11,475	0,319	0,012	0,331	- 11,144
05	Volksanwaltschaft	2,381	1,835	0,066	1,901	4,282	0,077	0,012	0,089	- 4,193
06	Rechnungshof	18,305	4,894	0,520	5,414	23,719	0,083	0,052	0,135	- 23,584
10	Bundeskanzleramt mit Dienststellen	44,335	319,643	2,992	322,635	366,970	22,050	0,266	22,316	- 344,654
11	Inneres	1.190,598	406,106	48,035	454,141	1.644,739	90,174	4,552	94,726	- 1.550,013
12	Bildung und Kultur	2.108,856	3.475,386	50,103	3.525,489	5.634,345	97,478	2,975	100,453	- 5.533,892
13	Kunst	3,661	215,808	0,731	216,539	220,200	2,813	0,021	2,834	- 217,366
14	Wissenschaft	1.034,279	1.188,865	141,340	1.330,205	2.364,484	215,440	2,069	217,509	- 2.146,975
15	Soziale Sicherheit und Generationen	60,278	1.820,998	7,048	1.828,046	1.888,324	7,498	0,385	7,883	- 1.880,441
16	Sozialversicherung	.....	5.437,095	.....	5.437,095	5.437,095	10,542	.....	10,542	- 5.426,553
17	Gesundheit	28,326	507,327	3,492	510,819	539,145	67,197	0,062	67,259	- 471,886
18	Umwelt	.....	.....	.....	.....	.....	.....	.....	.....	.....
19	Jugend, Familie und Senioren	.....	4.484,780	86,198	4.570,978	4.570,978	4.522,780	35,305	4.558,085	- 12,893
20	Äußeres	67,876	226,043	5,856	231,899	299,775	4,915	2,353	7,268	- 292,507
30	Justiz	445,389	347,514	10,929	358,443	803,832	646,664	0,922	647,586	- 156,246
40	Militärische Angelegenheiten	805,143	858,968	5,983	864,951	1.670,094	40,381	3,285	43,666	- 1.626,428
50	Finanzverwaltung	1.765,581	577,848	7,908	585,756	2.351,337	1.526,805	5,686	1.532,491	- 818,846
51	Kassenverwaltung	0,002	906,786	0,229	907,015	907,017	1.460,623	375,486	1.836,109	+ 929,092
52	Öffentliche Abgaben	.....	8,212	.....	8,212	8,212	37.977,741	.....	37.977,741	+37.969,529
53	Finanzausgleich	.....	3.538,290	.....	3.538,290	3.538,290	435,394	.....	435,394	- 3.102,896
54	Bundesvermögen	.....	747,236	764,554	1.511,790	1.511,790	919,244	1.525,792	2.445,036	+ 933,246
55	Pensionen	2.612,733	3.431,540	0,073	3.431,613	6.044,346	1.500,001	0,037	1.500,038	- 4.544,308
56	Sonstige Finanzierungen und Veranla	.....	.....	.....	.....	.....	.....	.....	.....	.....
58	Finanzschuld, Währungstauschverträg	.....	8.518,877	.....	8.518,877	8.518,877	1.088,258	.....	1.088,258	- 7.430,619
60	Land-, Forst- und Wasserwirtschaft	142,483	1.682,661	8,736	1.691,397	1.833,880	210,767	0,560	211,327	- 1.622,553
61	Umwelt neu	.....	480,914	1,198	482,112	482,112	270,775	0,004	270,779	- 211,333
63	Wirtschaft und Arbeit	114,825	4.225,803	9,838	4.235,641	4.350,466	4.035,852	2,505	4.038,357	- 312,109
64	Bauten und Technik	78,927	45,752	50,726	96,478	175,405	37,421	0,419	37,840	- 137,565
65	Verkehr, Innovation und Technologie	54,725	2.686,577	176,236	2.862,813	2.917,538	307,625	8,868	316,493	- 2.601,045
70	Öffentliche Leistung und Sport	10,170	67,661	0,594	68,255	78,425	4,238	0,050	4,288	- 74,137
	Summe Allgemeiner Haushalt...	10.620,164	46.301,820	1.385,310	47.687,130	58.307,294	55.506,245	1.971,772	57.478,017	- 829,277
	Ausgleichshaushalt									
51	Kassenverwaltung	.....	.....	23.255,307	23.255,307	23.255,307	.....	23.255,307	23.255,307	.....
54	Bundesvermögen	.....	0,001	.....	0,001	0,001	.....	.....	.....	- 0,001
56	Sonstige Finanzierungen und Veranla	.....	.....	.....	.....	.....	.....	.....	.....	.....
58	Finanzschuld, Währungstauschverträg	.....	.....	18.285,897	18.285,897	18.285,897	.....	19.115,175	19.115,175	+ 829,278
	Summe Ausgleichshaushalt...	.....	0,001	41.541,204	41.541,205	41.541,205	.....	42.370,482	42.370,482	+ 829,277
	Summe Gesamthaushalt...	10.620,164	46.301,821	42.926,514	89.228,335	99.848,499	55.506,245	44.342,254	99.848,499	.....

	davon:	
	Aktivitätsaufwand	8.007,431
	Pensionsaufwand	2.612,733

Anlage I.a Kapitelweise Gegenüberstellung der Ausgaben und Einnahmen, Unterschied zum BVA 2001
(Beträge in Millionen EURO)

Kap.	Ausgaben-Einnahmen Bezeichnung	pers. Erfolgswirksame Ausgaben	sachliche Ausgaben Erfolgswirksame Ausgaben	sachliche Ausgaben Bestandsw. Ausgaben	sachliche Ausgaben Summe	Ausgaben-Summe	Erfolgswirksame Einnahmen	Bestandswirksame Einnahmen	Einnahmen-Summe	günstiger (+) ungünst. (-)
	Allgemeiner Haushalt									
01	Präsidentschaftskanzlei	+ 0,000	+ 0,000	- 0,001	- 0,001	- 0,002	- 0,003	+ 0,002	+ 0,000	+ 0,001
02	Bundesgesetzgebung	+ 0,218	+ 1,495	+ 0,102	+ 1,597	+ 1,816	+ 0,823	+ 0,000	+ 0,823	- 0,993
03	Verfassungsgerichtshof	+ 0,000	- 0,001	- 0,001	- 0,001	- 0,001	+ 0,000	+ 0,000	+ 0,000	+ 0,001
04	Verwaltungsgerichtshof	+ 0,023	- 0,050	- 0,001	- 0,050	- 0,027	+ 0,000	+ 0,000	+ 0,000	+ 0,027
05	Volksanwaltschaft	+ 0,100	+ 0,151	+ 0,001	+ 0,151	+ 0,251	+ 0,002	+ 0,000	+ 0,002	- 0,249
06	Rechnungshof	+ 0,519	+ 0,307	+ 0,001	+ 0,308	+ 0,827	+ 0,000	+ 0,000	+ 0,000	- 0,827
10	Bundeskanzleramt mit Dienststellen	- 0,086	+ 80,347	+ 0,168	+ 80,515	+ 80,429	+ 0,350	+ 0,012	+ 0,363	- 80,066
11	Inneres	- 5,087	- 1,080	- 0,818	- 1,898	- 6,985	+ 0,250	+ 0,635	+ 0,885	+ 7,870
12	Bildung und Kultur	- 2,171	+ 7,814	+ 2,427	+ 10,241	+ 8,070	- 0,069	- 0,001	- 0,070	- 8,140
13	Kunst	+ 0,000	+ 1,817	+ 0,000	+ 1,818	+ 1,818	- 0,001	+ 0,000	+ 0,000	- 1,818
14	Wissenschaft	- 0,001	+ 32,704	+ 36,336	+ 69,041	+ 69,040	+ 105,738	+ 0,000	+ 105,738	+ 36,698
15	Soziale Sicherheit und Generationen	+ 0,000	+ 27,233	+ 1,905	+ 29,138	+ 29,138	- 0,325	+ 0,000	- 0,325	- 29,463
16	Sozialversicherung	.....	+ 340,113	.....	+ 340,113	+ 340,113	+ 0,000	.....	+ 0,000	- 340,113
17	Gesundheit	+ 0,000	+ 13,716	+ 0,590	+ 14,306	+ 14,306	- 0,256	+ 0,000	- 0,256	- 14,562
18	Umwelt	.....	.....	.....	.....	.....	.....	.....	.....	.....
19	Jugend, Familie und Senioren	.....	+ 136,095	+ 2,508	+ 138,603	+ 138,603	+ 137,876	+ 0,727	+ 138,603	+ 0,000
20	Äußeres	+ 0,000	- 3,306	- 0,327	- 3,634	- 3,634	+ 0,000	+ 0,001	+ 0,001	+ 3,635
30	Justiz	+ 0,973	- 3,316	- 1,946	- 5,263	- 4,290	+ 11,408	+ 0,000	+ 11,408	+ 15,698
40	Militärische Angelegenheiten	+ 0,001	- 1,381	- 0,001	- 1,382	- 1,381	+ 0,001	- 0,001	+ 0,000	+ 1,381
50	Finanzverwaltung	- 2,785	+ 45,257	- 0,040	+ 45,217	+ 42,432	+ 87,425	- 2,761	+ 84,664	+ 42,232
51	Kassenverwaltung	- 159,878	- 476,268	- 218,019	- 694,288	- 854,166	+ 46,890	+ 97,726	+ 144,616	+ 998,782
52	Öffentliche Abgaben	.....	- 0,727	.....	- 0,727	- 0,727	+ 1.510,578	.....	+ 1.510,578	+ 1.511,305
53	Finanzausgleich	.....	+ 96,917	.....	+ 96,917	+ 96,917	+ 21,119	.....	+ 21,119	- 75,798
54	Bundesvermögen	.....	+ 323,977	+ 2,028	+ 326,005	+ 326,005	- 387,913	- 143,830	- 531,743	- 857,748
55	Pensionen	+ 89,750	+ 57,704	+ 0,000	+ 57,704	+ 147,454	+ 10,913	- 0,014	+ 10,899	- 136,555
56	Sonstige Finanzierungen und Veranla	.....	.....	.....	.....	.....	.....	.....	.....	.....
58	Finanzschuld, Währungstauschverträg	.....	- 167,688	.....	- 167,688	- 167,688	- 129,646	.....	- 129,646	+ 38,041
60	Land-, Forst- und Wasserwirtschaft	+ 0,144	- 43,751	+ 0,001	- 43,750	- 43,605	+ 0,144	+ 0,000	+ 0,145	+ 43,750
61	Umwelt neu	.....	+ 38,663	- 0,001	+ 38,662	+ 38,662	+ 18,459	+ 0,000	+ 18,459	- 20,203
63	Wirtschaft und Arbeit	+ 0,002	- 274,069	- 0,002	- 274,072	- 274,070	- 250,720	- 1,745	- 252,465	+ 21,605
64	Bauten und Technik	- 4,325	- 187,645	- 162,722	- 350,367	- 354,692	- 28,095	- 0,001	- 28,096	+ 326,596
65	Verkehr, Innovation und Technologie	- 0,490	- 106,820	- 5,754	- 112,574	- 113,065	- 44,393	- 0,001	- 44,394	+ 68,670
70	Öffentliche Leistung und Sport	+ 0,000	- 1,482	- 0,735	- 2,217	- 2,217	+ 0,002	+ 0,000	+ 0,002	+ 2,219
	Summe Allgemeiner Haushalt...	- 83,093	- 63,276	- 344,300	- 407,576	- 490,669	+ 1.110,558	- 49,251	+ 1.061,308	+ 1.551,976
	Ausgleichshaushalt									
51	Kassenverwaltung	.....	.....	+ 0,000	+ 0,000	+ 0,000	.....	+ 0,000	+ 0,000	.....
54	Bundesvermögen	.....	+ 0,000	.....	+ 0,000	+ 0,000	.....	.....	.....	+ 0,000
56	Sonstige Finanzierungen und Veranla	.....	.....	.....	.....	.....	.....	.....	.....	.....
58	Finanzschuld, Währungstauschverträg	.....	.....	+ 4.727,476	+ 4.727,476	+ 4.727,476	.....	+ 3.175,500	+ 3.175,500	- 1.551,976
	Summe Ausgleichshaushalt...	.....	+ 0,000	+ 4.727,476	+ 4.727,476	+ 4.727,476	.....	+ 3.175,500	+ 3.175,500	- 1.551,976
	Summe Gesamthaushalt...	- 83,093	- 63,276	+ 4.383,176	+ 4.319,900	+ 4.236,807	+ 1.110,558	+ 3.126,249	+ 4.236,807	+ 0,000
	davon:									
	Aktivitätsaufwand	- 172,843								
	Pensionsaufwand	+ 89,750								

Anlage I.b Kapitelweise Aufgliederung der Sachausgaben nach Gebarungsgruppen
(Beträge in Millionen EURO)

Kap.	Sachausgaben / Bezeichnung	Anlagen		Förderungen			Aufwendungen			Sachausgaben Summe
		Ges. Verpfl.	Erm. Ausg.	Ges. Verpfl.	Darlehen	Zuschuß	Ges. Verpfl.	Erm. Ausg. /E	Erm. Ausg. /B	
	Allgemeiner Haushalt									
01	Präsidentschaftskanzlei	...	0,134	...	0,014	...	0,347	1,302	...	1,797
02	Bundesgesetzgebung	...	1,249	12,337	0,070	0,609	49,732	20,534	...	84,531
03	Verfassungsgerichtshof	...	0,105	...	0,014	...	1,903	0,599	...	2,621
04	Verwaltungsgerichtshof	...	0,319	...	0,020	...	0,111	0,927	...	1,377
05	Volksanwaltschaft	...	0,051	...	0,015	...	1,357	0,478	...	1,901
06	Rechnungshof	...	0,459	...	0,061	...	0,618	4,276	...	5,414
10	Bundeskanzleramt mit Dienststellen	...	2,785	22,864	0,207	22,980	22,263	251,536	...	322,635
11	Inneres	...	46,363	...	1,670	5,119	82,588	318,399	0,002	454,141
12	Bildung und Kultur	...	46,833	...	3,270	53,507	3.008,979	412,900	...	3.525,489
13	Kunst	...	0,704	...	0,027	71,310	133,736	10,762	...	216,539
14	Wissenschaft	...	139,959	...	1,381	172,987	222,928	792,950	...	1.330,205
15	Soziale Sicherheit und Generationen	...	5,993	...	0,197	86,600	1.692,219	42,179	0,858	1.828,046
16	Sozialversicherung	...	...	...	...	...	5.437,095	...	...	5.437,095
17	Gesundheit	...	3,492	...	...	15,295	445,649	46,383	...	510,819
18	Umwelt	...	...	...	...	...	...	...	...	...
19	Jugend, Familie und Senioren	...	...	1,503	0,073	21,386	4.454,289	7,602	86,125	4.570,978
20	Äußeres	...	5,711	...	0,145	77,057	42,273	106,713	...	231,899
30	Justiz	...	10,072	...	0,850	18,588	86,027	242,899	0,007	358,443
40	Militärische Angelegenheiten	...	2,276	...	3,707	0,265	153,701	705,002	...	864,951
50	Finanzverwaltung	...	4,331	0,727	3,577	42,217	57,883	477,021	...	585,756
51	Kassenverwaltung	...	...	...	...	1,017	268,530	637,239	0,229	907,015
52	Öffentliche Abgaben	...	...	...	...	...	...	8,212	...	8,212
53	Finanzausgleich	...	...	...	...	...	3.212,268	326,022	...	3.538,290
54	Bundesvermögen	134,015	0,012	...	0,656	27,398	10,217	709,621	629,871	1.511,790
55	Pensionen	...	...	...	0,073	...	3.431,540	...	...	3.431,613
56	Sonstige Finanzierungen und Veranla	...	...	...	...	...	...	...	...	...
58	Finanzschuld, Währungstauschverträg	...	...	...	...	...	...	8.518,877	...	8.518,877
60	Land-, Forst- und Wasserwirtschaft	...	8,382	581,383	0,354	912,957	43,408	144,913	...	1.691,397
61	Umwelt neu	...	1,198	...	...	371,320	16,199	93,395	...	482,112
63	Wirtschaft und Arbeit	...	1,761	1,453	8,077	681,424	3.197,955	344,971	...	4.235,641
64	Bauten und Technik	...	50,724	...	0,002	1,956	3,318	40,478	...	96,478
65	Verkehr, Innovation und Technologie	0,001	175,882	109,555	0,353	241,189	78,606	2.257,227	...	2.862,813
70	Öffentliche Leistung und Sport	...	0,517	36,336	0,077	15,669	3,390	12,266	...	68,255
	Summe Allgemeiner Haushalt...	134,016	509,312	766,158	24,890	2.840,850	26.159,129	16.535,683	717,092	47.687,130
	Ausgleichshaushalt									
51	Kassenverwaltung	...	...	...	...	...	...	...	23.255,307	23.255,307
54	Bundesvermögen	...	...	...	...	...	0,001	...	...	0,001
56	Sonstige Finanzierungen und Veranla	...	...	...	...	...	...	...	...	...
58	Finanzschuld, Währungstauschverträg	...	...	...	...	...	...	...	18.285,897	18.285,897
	Summe Ausgleichshaushalt...	...	...	...	...	...	0,001	...	41.541,204	41.541,205
	Summe Gesamthaushalt...	134,016	509,312	766,158	24,890	2.840,850	26.159,130	16.535,683	42.258,296	89.228,335

Anlage I.b Kapitelweise Aufgliederung der Sachausgaben nach Gebarungsgruppen, Unterschied zum BVA 2001
(Beträge in Millionen EURO)

Kap.	Sachausgaben Bezeichnung	Anlagen		Förderungen			Aufwendungen			Sachausgaben Summe
		Ges. Verpfl.	Erm. Ausg.	Ges. Verpfl.	Darlehen	Zuschuß	Ges. Verpfl.	Erm. Ausg. /E	Erm. Ausg. /B	
	Allgemeiner Haushalt									
01	Präsidentschaftskanzlei		+ 0,000		- 0,001		+ 0,000	+ 0,000		- 0,001
02	Bundesgesetzgebung		+ 0,102	+ 0,265	+ 0,000	- 0,344	+ 0,000	+ 1,574		+ 1,597
03	Verfassungsgerichtshof		+ 0,000		- 0,001		- 0,001	+ 0,000		- 0,001
04	Verwaltungsgerichtshof		- 0,001		+ 0,000		+ 0,000	- 0,049		- 0,050
05	Volksanwaltschaft		+ 0,000		+ 0,000		+ 0,151	+ 0,000		+ 0,151
06	Rechnungshof		+ 0,000		+ 0,000		+ 0,002	+ 0,305		+ 0,308
10	Bundeskanzleramt mit Dienststellen		+ 0,168	+ 0,196	+ 0,000	+ 0,007	- 1,077	+ 81,221		+ 80,515
11	Inneres		- 0,818		+ 0,000	- 0,052	+ 1,170	- 2,198	+ 0,000	- 1,898
12	Bildung und Kultur		+ 2,427		+ 0,000	+ 0,437	+ 7,341	+ 0,036		+ 10,241
13	Kunst		+ 0,000		+ 0,001	- 0,264	+ 0,000	+ 2,081		+ 1,818
14	Wissenschaft		+ 36,336		+ 0,000	+ 14,317	+ 32,703	- 14,316		+ 69,041
15	Soziale Sicherheit und Generationen		+ 1,869		+ 0,000	- 0,800	+ 24,224	+ 3,809	+ 0,037	+ 29,138
16	Sozialversicherung						+ 340,113			+ 340,113
17	Gesundheit		+ 0,590			+ 0,226	+ 9,411	+ 4,079		+ 14,306
18	Umwelt									
19	Jugend, Familie und Senioren			+ 0,000	+ 0,000	+ 0,001	+ 136,094	+ 0,000	+ 2,508	+ 138,603
20	Äußeres		- 0,327		+ 0,000	- 2,970	- 0,765	+ 0,428		- 3,634
30	Justiz		- 1,946		+ 0,000	+ 0,618	+ 1,262	- 5,197	+ 0,000	- 5,263
40	Militärische Angelegenheiten		+ 0,000		+ 0,000	+ 0,000	- 6,089	+ 4,708		- 1,382
50	Finanzverwaltung		- 0,042	+ 0,000	+ 0,002	- 0,726	- 0,735	+ 46,718		+ 45,217
51	Kassenverwaltung		- 218,019			- 436,037	+ 79,579	- 119,809	- 0,001	- 694,288
52	Öffentliche Abgaben							- 0,727		- 0,727
53	Finanzausgleich						+ 78,556	+ 18,361		+ 96,917
54	Bundesvermögen	+ 2,245	- 0,001		+ 0,000	+ 8,866	+ 0,219	+ 314,892	- 0,215	+ 326,005
55	Pensionen				+ 0,000		+ 57,704			+ 57,704
56	Sonstige Finanzierungen und Veranla									
58	Finanzschuld, Währungstauschverträg							- 167,688		- 167,688
60	Land-, Forst- und Wasserwirtschaft		+ 0,001	+ 0,000	+ 0,000	- 43,604	- 0,145	- 0,001		- 43,750
61	Umwelt neu		- 0,001			+ 31,347	+ 0,000	+ 7,316		+ 38,662
63	Wirtschaft und Arbeit		- 0,002	+ 0,000	+ 0,000	- 59,600	- 214,468	+ 0,000		- 274,072
64	Bauten und Technik		- 162,722		+ 0,000	+ 0,000	- 12,725	- 174,920		- 350,367
65	Verkehr, Innovation und Technologie	+ 0,000	- 5,753	+ 0,001	- 0,001	+ 12,162	- 0,725	- 118,258		- 112,574
70	Öffentliche Leistung und Sport		- 0,734	+ 1,453	- 0,001	- 2,431	+ 0,001	- 0,504		- 2,217
	Summe Allgemeiner Haushalt...	+ 2,245	- 348,873	+ 1,914	+ 0,001	- 478,847	+ 531,798	- 118,141	+ 2,328	- 407,576
	Ausgleichshaushalt									
51	Kassenverwaltung								+ 0,000	+ 0,000
54	Bundesvermögen						+ 0,000			+ 0,000
56	Sonstige Finanzierungen und Veranla									
58	Finanzschuld, Währungstauschverträg								+ 4.727,476	+ 4.727,476
	Summe Ausgleichshaushalt...						+ 0,000		+ 4.727,476	+ 4.727,476
	Summe Gesamthaushalt...	+ 2,245	- 348,873	+ 1,914	+ 0,001	- 478,847	+ 531,798	- 118,141	+ 4.729,804	+ 4.319,900

Anlage I.c Summarische Aufgliederung der Ausgaben und Einnahmen nach Gebarungsgruppen und Aufgabenbereichen
(Beträge in Millionen Euro)

UT	Gebarungsgruppen	Aufgabenbereiche								
		11 EU	12 FW	13 Kn	14 Kl	21 Gh	22 SW	23 Wb	32 St	33 Vk
	Ausgaben									
	Allgemeiner Haushalt									
	Personalausgaben									
0	A/G-P (E)	2.080,056	987,577	121,627	.....	36,403	85,406	.....	.....	1.177,351
	Sachausgaben									
2	An/G (B)	.....	.....	.....	.....	.....	.....	.....	0,001	.....
3	An (B)	32,981	141,110	51,185	.....	3,951	3,196	0,001	171,844	0,693
4	F/G (E)	36,336	.....	.....	.....	.....	2,956	.....	.....	109,010
5	F-D (B)	0,030	0,006	0,023	.....	.....	7,345	6,786	0,001	1,044
6	F (E)	59,098	281,593	95,651	.....	95,846	700,091	.....	0,880	88,571
7	A/G-S (E)	2.943,918	221,873	229,317	44,490	613,281	14.861,333	1.808,860	2,875	2.876,045
8	A (E)	362,503	818,580	83,003	.....	116,911	344,812	0,002	309,108	2.006,326
9	A-B (B)	.....	.....	.....	.....	.....	86,984	.....	0,001	0,002
	Summe Sachausgaben...	3.434,866	1.463,162	459,179	44,490	829,989	16.006,717	1.815,649	484,710	5.081,691
	Summe Allgem. Haush...	5.514,922	2.450,739	580,806	44,490	866,392	16.092,123	1.815,649	484,710	6.259,042
	Ausgleichshaushalt									
7	A/G-S (Au)	.....	.....	.....	.....	.....	.....	.....	.....	.....
9	A-B (Au)	.....	.....	.....	.....	.....	.....	.....	.....	.....
	Summe Ausgaben...	5.514,922	2.450,739	580,806	44,490	866,392	16.092,123	1.815,649	484,710	6.259,042
	Einnahmen									
	Allgemeiner Haushalt									
0,1	ZE	14,314	23,138	18,748	.....	143,222	8.495,707	.....	98,859	142,286
4-6	E	88,179	196,307	12,683	.....	-1.094,770	-1.087,071	6,779	1,633	2.056,150
	Summe Einnahmen(E)...	102,493	219,445	31,431	.....	-951,548	7.408,636	6,779	100,492	2.198,436
2,3	ZB	.....	0,002	0,005	.....	.....	35,305	.....	7,815	.....
7-9	B	0,102	0,542	0,029	.....	0,053	0,095	14,252	0,638	1,296
	Summe Einnahmen(B)...	0,102	0,544	0,034	.....	0,053	35,400	14,252	8,453	1,296
	Summe Allgem. Haush...	102,595	219,989	31,465	.....	-951,495	7.444,036	21,031	108,945	2.199,732
	Ausgleichshaushalt									
9	Eu	.....	.....	.....	.....	.....	.....	.....	.....	.....
	Summe Einnahmen...	102,595	219,989	31,465	.....	-951,495	7.444,036	21,031	108,945	2.199,732

Anlage I.c Summarische Aufgliederung der Ausgaben und Einnahmen nach Gebarungsgruppen und Aufgabenbereichen
(Beträge in Millionen Euro)

UT	Gebarungsgruppen	Aufgabenbereiche								Summe
		34 Lf	35 En	36 IG	37 ÖD	38 PD	41 Lv	42 SR	43 Hv	
	Ausgaben									
	Allgemeiner Haushalt									
	Personalausgaben									
0	A/G-P (E)	24,103	.....	10,711	35,207	41,205	799,863	1.559,138	3.661,517	10.620,164
	Sachausgaben									
2	An/G (B)	.....	.....	0,002	.....	134,013	.....	.....	.....	134,016
3	An (B)	1,413	0,002	0,348	1,188	0,004	1,883	39,565	59,948	509,312
4	F/G (E)	581,928	.....	0,726	.....	0,001	.....	.....	35,201	766,158
5	F-D (B)	.....	.....	0,001	.....	.....	2,594	0,029	7,031	24,890
6	F (E)	921,744	2,183	132,419	317,076	51,977	1,117	0,001	92,603	2.840,850
7	A/G-S (E)	18,483	.....	3,133	1,843	1,199	114,858	83,964	2.333,657	26.159,129
8	A (E)	114,541	.....	470,404	21,242	27,121	707,681	465,700	10.687,749	16.535,683
9	A-B (B)	0,011	0,002	629,854	.....	.....	.....	0,007	0,231	717,092
	Summe Sachausgaben...	1.638,120	2,187	1.236,887	341,349	214,315	828,133	589,266	13.216,420	47.687,130
	Summe Allgem. Haush...	1.662,223	2,187	1.247,598	376,556	255,520	1.627,996	2.148,404	16.877,937	58.307,294
	Ausgleichshaushalt									
7	A/G-S (Au)	.....	.....	0,001	.....	.....	.....	.....	.....	0,001
9	A-B (Au)	.....	.....	.....	.....	.....	.....	.....	41.541,204	41.541,204
	Summe Ausgaben...	1.662,223	2,187	1.247,599	376,556	255,520	1.627,996	2.148,404	58.419,141	99.848,499
	Einnahmen									
	Allgemeiner Haushalt									
0,1	ZE	118,246	.....	265,259	272,095	5,814	10,316	26,456	419,287	10.053,747
4-6	E	70,465	18,302	69,132	25,947	603,549	30,830	686,416	43.767,967	45.452,498
	Summe Einnahmen(E)...	188,711	18,302	334,391	298,042	609,363	41,146	712,872	44.187,254	55.506,245
2,3	ZB	.....	.....	537,780	.....	.....	.....	.....	0,083	580,990
7-9	B	0,065	0,132	99,606	0,022	0,007	2,479	1,531	1.269,933	1.390,782
	Summe Einnahmen(B)...	0,065	0,132	637,386	0,022	0,007	2,479	1,531	1.270,016	1.971,772
	Summe Allgem. Haush...	188,776	18,434	971,777	298,064	609,370	43,625	714,403	45.457,270	57.478,017
	Ausgleichshaushalt									
9	Eu	.....	.....	.....	.....	.....	.....	.....	42.370,482	42.370,482
	Summe Einnahmen...	188,776	18,434	971,777	298,064	609,370	43,625	714,403	87.827,752	99.848,499

A. Erläuterungen zum Bundesfinanzgesetz für das Jahr 2002

I. Allgemeines

Die Erstellung des Entwurfes des BFG obliegt dem BMF nach Art. 77 Abs. 2 B-VG, in Verbindung mit § 32 BHG und § 2 sowie Teil 2, Abschnitt D, Z 2, der Anlage zu § 2 des Bundesministeriengesetzes 1986, BGBl. Nr. 76.

Der Nationalrat bewilligt das Bundesfinanzgesetz samt Anlagen. Bei Genehmigung des Bundesfinanzgesetzes steht dem Bundesrat keine Mitwirkung zu (Art. 42 Abs. 5 B-VG).

Erstmalig werden die im BFG/01 ausgewiesenen Beträge in Euro angegeben. Grundlage hiefür bildeten die entsprechenden Schilling-Beträge aus dem vorläufigen Entwurf des Bundesfinanzgesetzes 2002. Deren Umrechnung erfolgte auf Grund der Verordnung (EG) Nr. 1103/97 des Rates vom 17. Juni 1997 über bestimmte Vorschriften im Zusammenhang mit der Einführung des Euro, ABl. Nr. L 162/1997. Demgemäß wurde grundsätzlich auf zwei Nachkommastellen und in Ausnahmefällen (wie z. B. Beträge im Artikel IX) aus verwaltungsökonomischen Erwägungen auf ganze Millionen bzw. Tausend Euro gerundet.

Im Übrigen entspricht der Text des BFG/02 im Wesentlichen dem Text des BFG/01; neben den Ausführungen von grundsätzlicher Art werden daher nur die Abänderungen erläutert.

II. Zu den einzelnen Bestimmungen

Zu Artikel I

Der Art. I spricht die Bewilligung des Bundesvoranschlages durch den Nationalrat gemäß Art. 42 Abs. 5 B-VG aus und gibt die Schlusssummen der Einnahmen und Ausgaben nach den Gliederungsvorschriften des BHG wieder.

Zu Artikel II

Im Art. II sind die Vorschriften für die Bedeckung des Abganges enthalten.

Der jeweilige Abgang ergibt sich aus der Gegenüberstellung der Ausgaben und Einnahmen des allgemeinen Haushaltes, wie sie in der Anlage I zum Bundesfinanzgesetz (Bundesvoranschlag) vom Nationalrat genehmigt worden sind. Gleichzeitig räumt der Bundesfinanzgesetzgeber dem Bundesminister für Finanzen das Recht ein, durch Ausübung der im Bundesfinanzgesetz enthaltenen Überschreitungsermächtigungen diese Struktur zu verändern. Die Struktur bzw. die Höhe des Abganges verändert sich auch, wenn Mindereinnahmen eintreten bzw. Mehreinnahmen oder Ausgabeneinsparungen anfallen, die nicht zur Bedeckung von Überschreitungen herangezogen werden. Die Ermächtigung des Art. II berechtigt zur Schuldaufnahme auch für einen strukturell geänderten Abgang. Sie darf jedoch nur bis zum voraussehbaren tatsächlichen Abgang, höchstens jedoch bis zu der in Art. I, II und in Verbindung mit Art. III und VII ausgewiesenen Höhe ausgenützt werden. Der voraussehbare tatsächliche Abgang wird sich grundsätzlich auf die sich in der zweiten Monatshälfte November abzeichnenden Gebarungsdaten stützen müssen.

Für die Bedeckung von Voranschlagsüberschreitungen nach Art. VII sollen Kreditoperationen nur dann getätigt werden, wenn die Bedeckung dieser Mehrausgaben durch Minderausgaben und/oder Mehreinnahmen nicht sichergestellt werden kann. Maßgeblich für die Beurteilung der Bedeckungsmöglichkeit ist die Einschätzung der Gebarungsentwicklung zum Zeitpunkt der Genehmigung der Ansatzüberschreitung, auch unter Bedachtnahme auf die Notwendigkeit für Ansatzüberschreitungen gemäß Art. V und VI des Gesetzes.

Die Ermächtigung im Art. II mit den kurzfristigen Verpflichtungen ist erforderlich, weil der Devisenmittelkurs bei Aufnahmen und Rückzahlungen kurzfristiger Verpflichtungen verschieden ist und deshalb der Bruttoaufnahmebetrag erhöht bzw. vermindert wird.

Zu Artikel III

Für das Jahr 2002 wurde der Veranschlagung der Einnahmen im Entwurf für den Bundesvoranschlag ein nominelles Wachstum des Bruttoinlandsproduktes (BIP) von +4,1 vH zu Grunde gelegt (Prognose-Berechnung des BMF).

Österreich hat im Rahmen der EU-Mitgliedschaft Mittel zur Finanzierung des Gesamthaushaltes an die EU abzuführen. Grundlage hiefür ist der gemäß Art. 269 EG-Vertrag erlassene, und gemäß Art. 2 des EU-Beitrittsvertrages, BGBl. Nr. 45/1995, verbindliche Beschluss 94/728/EWG, Euratom, des Rates über das System der Eigenmittel vom 31. Oktober 1994, ABl. Nr. L 293/9 vom 12. November 1994, bzw. der neue Eigenmittelbeschluss 2000/597/EG, Euratom vom 29. September 2000, ABl. Nr. L 235/42 vom 7. Oktober 2000, dessen Ratifizierung derzeit im Gange ist, sowie die Verordnung (EWG, Euratom) 1552/89 zur Durchführung des Beschlusses 94/728/EWG, Euratom über das System der Eigenmittel der Gemeinschaften, ABl. Nr. L 155/1, in der Fassung der Verordnung (EG, Euratom) Nr. 1150/2000 des Rates vom 22. Mai 2000, ABl. Nr. L 130/1 vom 31. Mai 2000. Art. 2 Abs. 1 des Eigenmittelbeschlusses sieht vor, dass folgende Einnahmen als Eigenmittel in den Haushalt der Gemeinschaften einzusetzen sind:

a) Agrarabschöpfungen, Prämien und andere Abgaben, die von den Gemeinschaftsorganen im Rahmen der Gemeinsamen Agrarpolitik eingeführt worden sind oder noch eingeführt werden, und Abgaben, die im Rahmen der Gemeinsamen Marktorganisation für Zucker vorgesehen sind;
b) Zölle des Gemeinsamen Zolltarifes;
c) Einnahmen, die sich aus der Anwendung eines für alle Mitgliedstaaten einheitlichen Satzes auf die nach Gemeinschaftsvorschriften bestimmte einheitliche Mehrwertsteuer-Bemessungsgrundlage eines jeden Mitgliedstaates ergeben;
d) Einnahmen, die sich ergeben aus der Anwendung eines im Rahmen des Haushaltsverfahrens unter Berücksichtigung aller sonstigen Einnahmen festzulegenden Satzes auf den Gesamtbetrag des Bruttosozialprodukts aller Mitgliedstaaten.

Die in Österreich aus öffentlichen Abgaben aufgebrachten Mittel zur Finanzierung öffentlicher Haushalte sind somit zum Teil für die Finanzierung des EU-Gesamthaushaltes zu verwenden. Diese Eigenmittel der EU sind ausschließlich auf Grund des EU-Rechtes der EU zur Verfügung zu stellen und stehen zur Finanzierung innerstaatlicher Budgets nicht zur Verfügung.

Beim Voranschlagsansatz 2/52904 sind die an den EG-Gesamtshaushalt abzuführenden Eigenmittel veranschlagt. Die im Art. III vorgesehene Bedeckungsermächtigung in Höhe von 20 vH findet ihre Begründung in dem möglichen Eintreten mehrerer Umstände, deren Folgen zum jetzigen Zeitpunkt nur schwer abgeschätzt werden können:

- Es muss im Laufe des Jahres 2002 mit Berichtigungs- und Nachtragshaushaltsplänen (BNH) gerechnet werden, welche gegebenenfalls Mehrausgaben im EU-Hauhalt vorsehen. Weiters ist mit BNH gemäß Art. 15(a) der EU-Haushaltsordnung der Saldo des Vorjahres zu verbuchen. Art. 32(a) bestimmt, dass dieser Saldo aus dem Haushaltsjahr n, je nach dem, ob es sich um einen Haushaltsüberschuss oder um ein -defizit handelt, auf der Einnahmen- oder Ausgabenseite im Haushaltsjahr n+1 eingesetzt wird.
- Des weiteren kann sich auf Grundlage von Art. 10 Abs. 5 VO 1150/00 (Abrechnung der Mehrwertsteuer-Grundlagen des Vorjahres) eine Nachzahlungsverpflichtung von Seiten Österreichs an die EU ergeben, deren Höhe sich derzeit nur schwer schätzen lässt.
- Auf Grund von Artikel 10 Abs. 8 VO 1150/00 ist es möglich, dass bezüglich der Abrechnung der Bruttosozialprodukt(BSP)-Grundlagen aus Vorjahren ebenfalls eine Nachzahlung zu leisten wäre, die hinsichtlich ihrer Höhe aber noch nicht absehbar ist.
- Ebenfalls nicht berücksichtigt wurde der eventuelle Abruf einer BSP-Reserve (Art. 10 Abs. 3 UAbs. 2 und 6 VO 1150/00) im laufenden Haushaltsjahr (höchstens rund 20 Millionen Euro).

Weitere Änderungen können sich insbesondere auf Grund der Anpassung des Haushaltsvolumens 2002 an die Ausführungsbestimmungen ergeben.

Das Auftreten einer oder all dieser o. a. Eventualitäten kann zu erhöhten Eigenmittelabfuhren an die EU führen, welche die Einnahmen aus öffentlichen Abgaben vermindern. In Abs. 2 wird der Bundesminister für Finanzen daher ermächtigt, diese Einnahmenverminderung durch zusätzliche Kreditoperationen abzudecken.

Zu Artikel IV bis VIII

Unter Bedachtnahme auf Art. 51 b B-VG wird neben den bereits in § 41 BHG und Art. III BFG enthaltenen Ermächtigungen in den Art. IV bis VII die bundesfinanzgesetzliche Ermächtigung für die Genehmigung weiterer Voranschlagsansatzüberschreitungen geschaffen.

Die Ermächtigungen basieren auf dem gegebenen Erfordernis, den Ausgabenvollzug der tatsächlichen Entwicklung während des Finanzjahres zweckmäßig und wirtschaftlich anpassen zu können.

Durch die Umschichtungen tritt keine erhebliche Veränderung der Ausgabengliederung des Bundesvoranschlages ein; da die Bedeckung der Mehrausgaben zum überwiegenden Teil durch Ausgabenrückstellungen erfolgt, haben die Überschreitungen auf die Gesamtausgabensumme nur geringfügige Bedeutung.

Die im Art. 51 b Abs. 4 B-VG geforderte 'sachliche' Voraussetzung und die dort in den Z 1 bis 3 genannten Kriterien für die Inanspruchnahme der Überschreitungsermächtigung ergeben sich einerseits aus der bei den einzelnen Bestimmungen enthaltenen Abgrenzung, andererseits aus der generellen Umschreibung des Art. VIII.

'Ziffernmäßig bestimmt oder errechenbar' im Sinne der obgenannten Verfassungsbestimmung ist eine Überschreitungsermächtigung dadurch, dass die zulässige Höhe der Überschreitung entweder in einem absoluten Betrag oder in Relation zu einer bestimmten Bezugsgröße ausgedrückt wird. Die in Art. IV vorgesehenen Überschreitungsermächtigungen sind durch die tatsächlich belegbare Höhe jener 'Mehreinnahmen' errechenbar, auf die die betreffenden Überschreitungsermächtigungen abgestellt sind.

Österreich erhält auf Grund der einschlägigen EU-Verordnungen und der mehrjährigen, von der Europäischen Kommission genehmigten Programme Zahlungen aus den EU-Strukturfonds (vgl. Erläuterungen zu Kapitel 52).

Diese Einnahmen aus dem Europäischen Regionalfonds (EFRE), dem Europäischen Sozialfonds (ESF), dem Europäischen Ausrichtungs- und Garantiefonds für die Landwirtschaft/Abteilung Ausrichtung (EAGFL/A) und dem Finanzinstrument für die Ausrichtung der Fischerei (FIAF) werden für die Periode 1995-1999 unter Titel 513 und für die Periode 2000-2006 unter Titel 514 verrechnet.

Die Verwendung dieser EU-Mittel erfolgt - gemäß EU-Vorschriften - binnen bestimmter Fristen durch entsprechende Ausgaben in den jeweils fachzuständigen Ressorts. Für die Leistung dieser Ausgaben ist in den jeweiligen Budgetkapiteln vorgesorgt.

Die Zahlungen erfolgen in einzelnen Tranchen bzw. als Voraus-, Zwischen- oder Restzahlungen. Der Zeitpunkt des Einlangens der EU-Mittel für die verschiedenen Programme sowie die Höhe der in einem Jahr einlangenden Mittel sind nicht genau zu bestimmen. Soweit daher mehr EU-Strukturfonds-Mittel als veranschlagt einlangen, ist - um diese EU-Mehreinnahmen widmungsgemäß verwenden zu können - zur Bereitstellung der korrespondierenden Mehrausgaben durch eine Überschreitungsermächtigung in Art. IV Abs. 3 vorgesorgt. Art. IV Abs. 4 dient der größeren Budgetflexibilität.

Die Bedeckungen der Überschreitungen des Artikels V erfolgen bei Voranschlagsansätzen in Kapiteln des jeweils selben Zuständigkeitsbereiches eines haushaltsleitenden Organes.

Im Artikel VI sind alle jene Überschreitungen aufgenommen, deren Bedeckung grundsätzlich nicht im eigenen Ressort erfolgt. Darin ist u.a. eine Bestimmung enthalten, die sicherstellt, dass über die im vergangenen Finanzjahr nicht verbrauchten Mittel zur Finanzierung der Forschungs- und Entwicklungsoffensive sowie von konkreten Investitons- und Infrastrukturvorhaben verfügt werden kann. Weiters wird für die ordnungsgemäße Verrechnung der Vergütungen auf Grund der Leistungsabgeltungs-Verordnung, BGBl. II Nr. 388/2000, sowie von Zahlungen im Zusammenhang mit dem Bundesimmobiliengesetz vorgesorgt. Schließlich enthält dieser Artikel eine Bestimmung, wonach die Hälfte des erzielten Erlöses aus Veräußerungen unbeweglichen Bundesvermögens von jenen Ressorts beansprucht werden kann, die es zuletzt genutzt haben; dabei wird allerdings zu berücksichtigen sein, dass dieser Anspruch nur insoweit besteht, als durch die (jeweilige) Veräußerung insgesamt und nachhaltig eine - bezogen auf den gesamten Bundeshaushalt - Verbesserung des Saldos eingetreten

ist (dies wird beispielsweise dann nicht der Fall sein, wenn zwar Einnahmen erzielt werden, dafür aber aus einem anderen Titel Ausgaben wie etwa für Miete oder andere entgeltliche Nutzungen anfallen).

Artikel VII enthält die übrigen Überschreitungen, die grundsätzlich durch Kreditoperationen finanziert werden können.

Artikel VIII Abs. 1 bringt zum Ausdruck, dass die hier zusammengefassten Voraussetzungen für alle Überschreitungen Geltung haben. In diesem Zusammenhang wird auch klargestellt, dass unter Mehreinnahmen auch Einnahmen aus zusätzlichen Kreditoperationen zu verstehen sind.

Gemäß § 52 Abs. 3 BHG können Abfuhren an gesetzlich vorgesehene Rechtsträger und Überweisungen dieser Rechtsträger an den Bund, die sich aus der Abrechnung der das abgelaufene Finanzjahr betreffenden Einnahmen und Ausgaben eines Verwaltungsfonds des Bundes oder sonstiger durch Bundesgesetz bestimmter Gebarungen ergeben, noch bis 25. Jänner des folgenden Finanzjahres durchgeführt werden. Mit der Ausnahmebestimmung des Artikels VIII Abs. 2 wird die Möglichkeit geschaffen, die sich aus derartigen Abrechnungen ergebenden notwendigen und erst zu diesem Zeitpunkt konkret feststehenden Überschreitungen auch nach Ablauf des Finanzjahres zu genehmigen. Derzeit betrifft diese Ausnahme lediglich die Gebarung Arbeitsmarktpolitik sowie den Ausgleichsfonds für Familienbeihilfen.

Zu Artikel IX und X

In Ausführung des § 66 BHG enthält Art. IX die bundesfinanzgesetzliche Ermächtigung für den Bundesminister für Finanzen, Haftungen in den angeführten Fällen einzugehen.

Im Artikel X wird die gemäß § 53 Abs. 4 BHG erforderliche bundesfinanzgesetzliche Ermächtigung für weitere Rücklagenzuführungen geschaffen (insbesondere für die besondere Rücklage, besondere Einnahmen-Rücklage, besondere Aufwendungen-Rücklage sowie für die Flexibilisierungs-Rücklage).

Zu Artikel XI und XII

In den §§ 62 bis 64 BHG sind die Voraussetzungen festgelegt, unter welchen der Bundesminister für Finanzen über Forderungen, über Bestandteile des beweglichen und über Bestandteile des unbeweglichen Bundesvermögens verfügen darf. Dementsprechend werden in den Art. XI und XII die jeweiligen Höchstgrenzen für die Ausnutzung dieses Ermächtigungsrahmens festgelegt.

Zu Artikel XIII und XIV

Die angeführten Artikel verweisen auf die Rechtsgrundlagen für die Personalbewirtschaftung des Bundes und für die Verwaltung der Kraft-, Luft- und Wasserfahrzeuge des Bundes.

Zu Artikel XV

Inbesondere für den Fall notwendiger Bedeckungen im Zusammenhang mit Bezugsregelungen im Bundesbereich wird der BMF durch die gegenständliche Bestimmung ermächtigt, Ausgabenbindungen mit bestimmten Ausnahmen zu verfügen bzw. aufzuheben oder umzuschichten.

Zu Artikel XVI

Diese Verweisungsbestimmung entspricht den Legistischen Richtlinien 1990.

Zu Artikel XVII und XVIII

Diese Artikel betreffen den Wirksamkeitsbeginn und die Vollziehung des BFG.

B. Erläuterungen zum Bundesvoranschlag (Anlage I) für das Jahr 2002

Die Erläuterungen zum Bundesvoranschlag enthält der Arbeitsbehelf zum BFG/02, 1. Teil.

C. Erläuterungen zum Stellenplan (Anlage II) für das Jahr 2002

Die Erläuterungen zum Stellenplan sind der Anlage II zum BFG/02 zu entnehmen.

D. Erläuterungen zum Fahrzeugplan (Anlage III) für das Jahr 2002

Der I. Abschnitt (Allgemeiner Teil) bleibt gegenüber dem Fahrzeugplan 2001 unverändert.

Wie in den Vorjahren kann ein Haltungskostenbeitrag für privateigene Kraftfahrzeuge (Personenkraftwagen oder Krafträder) von Bundesbediensteten nach Maßgabe der dienstrechtlichen Vorschriften gewährt werden, wenn die Voraussetzungen für die Benützung eines bundeseigenen Kraftfahrzeuges, das dem privateigenen Kraftfahrzeug entspricht, durch den Bundesbediensteten gegeben sind und das privateigene Kraftfahrzeug an Stelle eines bundeseigenen benützt wird.

Die Gesamtzahl der im Fahrzeugplan enthaltenen Kraftfahrzeuge verringert sich gegenüber dem Fahrzeugplan 2001 um ein Fahrzeug, die Anzahl der Luftfahrzeuge verringert sich um 6 Fahrzeuge.

Abkürzungen im Text:
BFG = Bundesfinanzgesetz(e)
BFG/02 = Bundesfinanzgesetz für das Jahr 2002
BFG/01 = Bundesfinanzgesetz für das Jahr 2001
BHG = Bundeshaushaltsgesetz, BGBl. Nr. 213/1986 in der jeweils geltenden Fassung
BMF = Bundesminister für Finanzen
B-VG = Bundes-Verfassungsgesetz

REGIERUNGSVORLAGE

Zu 500 der Beilagen zu den Stenographischen Protokollen des Nationalrates XXI. GP

Anlage II zum Bundesfinanzgesetz für das Jahr 2002

Stellenplan

für das Jahr

2002

BUNDESMINISTERIUM
FÜR FINANZEN

Wien 2001

WIENER ZEITUNG
digitale publikationen

740360

Anlage II zum Bundesfinanzgesetz für das Jahr 2002

Stellenplan

für das Jahr

2002

BUNDESMINISTERIUM
FÜR FINANZEN

Wien 2001
WIENER ZEITUNG
digitale publikationen

Stellenplan für das Jahr 2002

Inhaltsverzeichnis

Teil I. **Allgemeiner Teil** 195

Teil II. **Planstellen für Bundesbedienstete**

Abschnitt A Planstellenverzeichnis

01 Präsidentschaftskanzlei 202
02 Parlamentsdirektion 203
03 Verfassungsgerichtshof 204
04 Verwaltungsgerichtshof 205
05 Volksanwaltschaft 207
06 Rechnungshof 208
10 Bundeskanzleramt 209
11 Inneres 212
12 Bildung und Kultur 219
14 Wissenschaft 241
15 Soziale Sicherheit und Generationen 247
17 Gesundheit 249
20 Äußeres 254
30 Justiz 257
40 Militärische Angelegenheiten 263
50 Finanzverwaltung 268
60 Land-, Forst und Wasserwirtschaft 273
63 Wirtschaft und Arbeit 285
64 Bauten und Technik 289
65 Verkehr, Innovation und Technologie 293
70 Öffentliche Leistung und Sport 298

Teil VI. **Planstellenverzeichnis der Bundesbediensteten, die aus zwingenden, erst während des Finanzjahres eintretenden Anlässen aufgenommen oder in unterschiedlichem, vorher nicht bestimmbarem Ausmaß beschäftigt werden** 300

Teil VII. **Verzeichnis der Bundesbediensteten, für die eine Gesamtjahresarbeitsleistung in Stunden festgelegt ist** 305

Teil 1. **Personal des Bundes, das für Dritte leistet** 306

Teil 2. **Lebende Subventionen** 320

Anlagen zum Stellenplan 2002 . . . . . (1)

Anlagen A Übersichten zu den Teilen II.A, VI und VII gegliedert nach Ressorts und Bedienstetenkategorien . . . . . (2)
Anlagen B Gegenüberstellungen des Gesamtstellenplanes zum Vorjahr (gegliedert nach Ressorts) . . . . . (8)
Anlagen B1 Gegenüberstellungen des Gesamtstellenplanes zum Vorjahr (gegliedert nach Planstellenbereichen) . . . . . (11)
Anlage C Entwicklung der Planstellen nach Bedienstetenkategorien bis 1988 . . . . . (17)
Anlage C1 Entwicklung der Planstellen nach Bedienstetenkategorien 1988 und 1989 . . . . . (18)
Anlagen C2 Entwicklung der Planstellen nach Bedienstetenkategorien ab 1990 . . . . . (20)
Anlage D Übersicht über die Entwicklung der Planstellen in den einzelnen Verwaltungszweigen bis 1980 . . . . . (23)
Anlage D1 Übersicht über die Entwicklung der Planstellen in den einzelnen Verwaltungszweigen von 1980 bis 1989 . . . . . (24)
Anlagen D2 Übersicht über die Entwicklung der Planstellen in den einzelnen Verwaltungszweigen ab 1990 . . . . . (25)
Anlagen E Übersichten über die nach Verwendungsgruppen aufgegliederten Planstellenkategorien der einzelnen Ressorts . . . . . (30)
Anlagen F Summarische Übersichten des Stellenplanes . . . . . (48)
Anlage G Gegenüberstellung des ANNEX/Teil 1 zum Vorjahr (Teil V) . . . . . (60)

Erläuterungen zum Stellenplan 2002 . . . . . (62)

I. Allgemeiner Teil

1. Gliederung des Stellenplanes

(1) Der Stellenplan enthält folgende Verzeichnisse:

a) Den Allgemeinen Teil (Teil I.),
b) das Planstellenverzeichnis des Bundes (Teil II.A),
c) das Planstellenverzeichnis der Bundesbediensteten, die aus zwingenden, erst während des Finanzjahres eintretenden Anlässen aufgenommen oder in unterschiedlichem, vorher nicht bestimmbarem Ausmaß beschäftigt werden (Teil VI),
d) das Verzeichnis der Bundesbediensteten, für die eine Gesamtjahresarbeitsleistung in Stunden festgelegt ist (Teil VII),
e) den Annex zum Stellenplan mit dem Teil 1 Personal des Bundes, das für Dritte leistet und Teil 2, Lebende Subventionen.

(2) In den Verzeichnissen werden die Bundesbediensteten gegebenenfalls getrennt nach Beamten sowie nach Vertragsbediensteten der Entlohnungsschemen I und II ausgewiesen. Auf Rechnung einer Planstelle für Vertragsbedienstete sowie für Vertragslehrer oder Vertragsassistenten (§ 26 Abs. 4 des Bundeshaushaltsgesetzes) können mehrere saison- oder teilbeschäftigte Vertragsbedienstete der gleichen Entlohnungsgruppe mit der Einschränkung aufgenommen werden, dass die für die Planstelle vorgesehene Gesamtjahresarbeitsleistung nicht überschritten wird.

(3) Unter Planstellen für Lehrlinge sind Planstellen für Lehrlinge bis zur Beendigung des Lehrverhältnisses und während der gesetzlichen Behaltefrist zu verstehen.

Lehrlinge nach Beendigung der gesetzlichen Behaltefrist, deren Übernahme auf eine Planstelle des Planstellenverzeichnisses des Bundes bis zur Vollendung des 18. Lebensjahres nicht möglich ist, können längstens bis zum Ende des Kalenderjahres weiterbeschäftigt werden, in dem sie das 19. Lebensjahr vollendet haben.

Die Weiterbeschäftigung von Lehrlingen während der gesetzlichen Behaltefrist bedarf keiner Planstellenbindung.

2. Besetzung von Planstellen

Planstellen dürfen nur insoweit besetzt werden, als dadurch die Einhaltung des budgetierten Personalaufwandes gewährleistet ist.

3. Besetzung von Planstellen über den im Stellenplan festgesetzten Stand

(1) Personalaufnahmen, die eine Überschreitung der im Stellenplan festgelegten Anzahl der Planstellen oder der Gesamtjahresarbeitsleistungen erfordern (überplanmäßiger Personalbedarf), bedürfen der bundesfinanzgesetzlichen Bewilligung. Hievon ausgenommen sind die Fälle der Absätze 2 bis 5 sowie des Punktes 8 Abs. 3 lit. b.

(2) Gemäß Absatz 1 letzter Satz können Personen aufgenommen werden, die im Ausland zu Übersetzungsleistungen oder zu Hilfsdiensten im konsularischen Bereich oder zu einer anderen als geistigen Arbeitsleistung herangezogen werden. Die für solcherart beschäftigte Personen erforderliche Anzahl der Gesamtjahresarbeitsleistungen ist vom jeweiligen Bundesminister im Einvernehmen mit dem Bundesminister für öffentliche Leistung und Sport und dem Bundesminister für Finanzen jährlich pauschal festzulegen.

(2a) Weiters können Vertragsbedienstete gemäß Absatz 1 letzter Satz für die Dauer eines dem Bundesverfassungsgesetz über die Kooperation und Solidarität bei der Entsendung von Einheiten und Einzelpersonen in das Ausland, BGBl. I Nr. 38/1997, unterliegenden Einsatzes aufgenommen werden, wenn die Bundesregierung die Teilnahme von Einzelpersonen an einem derartigen Einsatz beschlossen und der Hauptausschuss des Nationalrates dem betreffenden Einsatz zugestimmt hat. Dies gilt auch für die Aufnahme von örtlichem Hilfspersonal.

(3) Werden in einem Planstellenbereich Arbeitsplätze für Behinderte vorgesehen, kann der Bundesminister für öffentliche Leistung und Sport für die Besetzung dieser Arbeitsplätze Planstellen zuweisen. Hiefür stehen 600 Planstellen zusätzlich zur Verfügung. Die für die Zuweisung dieser Planstellen maßgeblichen Richtlinien sind vom Bundesminister für öffentliche Leistung und Sport nach vorheriger Berichterstattung an die Bundesregierung zu erlassen.

(4) Werden in einem Planstellenbereich Arbeitsplätze für die Beschäftigung von älteren Arbeitslosen vorgesehen, kann der Bundesminister für öffentliche Leistung und Sport für die Besetzung dieser Arbeitsplätze Planstellen zuweisen.

Hiefür stehen 200 Planstellen zusätzlich zur Verfügung. Die für die Zuweisung dieser Planstellen maßgeblichen Richtlinien sind vom Bundesminister für öffentliche Leistung und Sport nach vorheriger Berichterstattung an die Bundesregierung zu erlassen.

(5) Gemäß Absatz 1 letzter Satz werden zu Lasten freier Planstellen der Planstellenbereiche '1420 Universitäten' und '1430 Universitäten der Künste' die in den Planstellenbereichen '1421 Universitäten - zweckgebundene Gebarung' und '1431 Universitäten der Künste - zweckgebundene Gebarung' dort beschäftigten Vertragsbediensteten und Vertragsassistenten bis zum Ende der Dienstverträge auslaufend weiterbeschäftigt.

(6) Durch die Absätze 2 bis 5 werden die Bestimmungen über die Überschreitung von Ausgabenansätzen nicht berührt.

4. Bindung von Planstellen

(1) Folgende Bindungen von Planstellen sind zulässig:

1. Innerhalb desselben finanzgesetzlichen Ansatzes können freie Planstellen der Verwendungsgruppen LPA, L1, L2, SI1 und FI1, A1 bis A6, E1, E2a, E2b, MB01, MB02, MBU01, MBU02, MZ01, MZ02, MZU01 und MZU02 mit Bundesbeamten ohne Anspruch auf Zuordnung zu einer Funktionsgruppe oder einer niedrigeren Funktionsgruppe oder mit Beamten einer niedrigeren Verwendungsgruppe besetzt werden.

2. Freie Planstellen für Vertragsbedienstete und Vertragslehrer der Entlohnungsschemen IL und IIL können mit Vertragsbediensteten beziehungsweise Vertragslehrern einer niedrigeren Entlohnungsgruppe besetzt werden.

3. Freie Planstellen für Vertragsbedienstete der Entlohnungsgruppen v3 bis v5 können mit Vertragsbediensteten der Entlohnungsgruppen h1 bis h5 und umgekehrt besetzt werden.

4. Freie Planstellen für Bundesbeamte und Vertragsbedienstete können mit Lehrlingen besetzt werden.

5. Für Bundesbeamte der Verwendungsgruppen A bis E, P1 bis P5, W1 bis W3 sowie H1 und H2, die vom gesetzlichen Optionsrecht nicht Gebrauch machen, sind Planstellen der Verwendungsgruppen A1 bis A7, E1 bis E2c sowie MB01, MB02, MBU01 und MBU02 und soweit gesetzlich vorgesehen, innerhalb dieser Verwendungsgruppen Planstellen der Grundlaufbahn oder Funktionsgruppe zu binden, die der Bewertung und Zuordnung der Arbeitsplätze entsprechen, die dem jeweiligen Bundesbeamten zugewiesen sind.

6. In den Fällen der §§ 141, 141a, 145b, 152b und 152c BDG 1979 ist für die Ernennung in die Wahrungsfunktionsgruppe eine Planstelle jener niedrigeren Funktionsgruppe oder der Grundlaufbahn der entsprechenden Verwendungsgruppe zu binden, der der Arbeitsplatz zugeordnet ist, mit dem der Beamte dauernd betraut worden ist.

7. Für Bundesbedienstete der Entlohnungsgruppen a bis e sowie p1 bis p5, die vom gesetzlichen Optionsrecht nicht Gebrauch machen, sind Planstellen der Entlohnungsgruppen v1 bis v5 sowie h1 bis h5 zu binden, die der Bewertung und Zuordnung der Arbeitsplätze entsprechen, die dem jeweiligen Bediensteten zugewiesen sind.

8. Planstellen der Verwendungsgruppen A1 bis A7, E1 bis E2c sowie MB01, MB02, MBU01 und MBU02 können mit Vertragsbediensteten der Entlohnungsgruppen a bis e und p1 bis p5, v1 bis v5 und h1 bis h5 nach Maßgabe des § 65 Abs. 4 VBG 1948 besetzt werden. Dies gilt für Planstellen für ADV-Bedienstete sinngemäß.

(2) Freie Planstellen für Richter können im selben Planstellenbereich auch mit Richtern, denen eine niedrigere Dienstzulage gebührt, oder die einer niedrigeren Gehaltsgruppe angehören, oder mit Richteramtsanwärtern besetzt werden. Dies gilt auch für Staatsanwälte.

(3) Freie Planstellen für Ordentliche Universitäts-(Hochschul-)professoren und für Außerordentliche Universitätsprofessoren können auch mit Universitätsprofessoren gemäß § 21 des Bundesgesetzes über die Organisation der Universitäten, BGBl. Nr. 805/1993 oder mit Vertragsprofessoren (§ 57 des Vertragsbedienstetengesetzes 1948), besetzt werden.

Für Universitäts-(Hochschul-)dozenten (§ 170 des Beamten-Dienstrechtsgesetzes 1979) und Vertragsdozenten (§ 55 des Vertragsbedienstetengesetzes 1948) sind Planstellen für Universitäts-(Hochschul-)assistenten zu binden.

Für Beamte des höheren Dienstes in wissenschaftlicher Verwendung an Universitäten oder Universitäten der Künste (§§ 141b und 257 des Beamten-Dienstrechtsgesetzes 1979) sind Planstellen der Verwendungsgruppe A1 oder Planstellen für Universitäts-(Hochschul-)assistenten zu binden.

Freie Planstellen für Vertragsprofessoren an den Universitäten der Künste können mit in öffentlich-rechtlichen Bundesdienstverhältnissen stehenden Personen besetzt werden, die gemäß § 247f Abs. 2 oder 4 Beamten-Dienstrechtsgesetz 1979 zum Ordentlichen Universitätsprofessor übergeleitet werden.

Freie Planstellen für Universitätsassistenten an den Universitäten der Künste können mit Bundes- oder Vertragslehrern besetzt werden, wenn eine entsprechende Widmung gemäß § 247f Abs. 5 Beamten-Dienstrechtsgesetz 1979 vorliegt.

(4) Freie Planstellen für Universitäts-(Hochschul-)lehrer, Lehrer, Bundesbeamte des Allgemeinen Verwaltungsdienstes, des Exekutivdienstes und des militärischen Dienstes können zur Versehung gleichwertiger oder niedrigerer Dienste mit Vertragsbediensteten besetzt werden.

(5) Freie Planstellen für Beamte der Verwendungsgruppen PF1 bis PF8 können mit Beamten derselben Verwendungsgruppe ohne Anspruch auf Zuordnung zu einer Dienstzulagengruppe oder mit Beamten einer niedrigeren Verwendungsgruppe ohne Anspruch auf Zuordnung zu einer Dienstzulagengruppe besetzt werden.

Freie Planstellen der Verwendungsgruppen PF1 bis PF9 können mit Beamten der Verwendungsgruppen A1 bis A7 sowie mit Vertragsbediensteten der Entlohnungsgruppen a bis e, p1 bis p5, v1 bis v5 sowie h1 bis h5 und umgekehrt mit der Maßgabe besetzt werden, dass gemäß § 229b des Beamten-Dienstrechtsgesetzes 1979 in der jeweils geltenden Fassung

die Verwendungsgruppe A1 sowie die Entlohnungsgruppen a und v1 der Verwendungsgruppe PF1 oder PF2,

die Verwendungsgruppe A2 sowie die Entlohnungsgruppen b und v2 der Verwendungsgruppe PF2, PF3 oder PF4,

die Verwendungsgruppe A3 sowie die Entlohnungsgruppen c und v3 der Verwendungsgruppe PF5 oder PF6,

die Verwendungsgruppe A4 oder A5 sowie die Entlohnungsgruppen d und v4 der Verwendungsgruppe PF7 oder PF8,

die Verwendungsgruppe A7 sowie die Entlohnungsgruppen e und v5 der Verwendungsgruppe PF9,

die Verwendungsgruppe A3 sowie die Entlohnungsgruppen p1 und h1 der Verwendungsgruppe PF6,

die Verwendungsgruppe A4 sowie die Entlohnungsgruppen p2 und h2 der Verwendungsgruppe PF7,

die Verwendungsgruppe A4 oder A5 sowie die Entlohnungsgruppen p3 und h3 der Verwendungsgruppe PF7 oder PF8,

die Verwendungsgruppe A6 sowie die Entlohnungsgruppen p4 und h4 der Verwendungsgruppe PF8,

die Verwendungsgruppe A7 sowie die Entlohnungsgruppen p5 und h5 der Verwendungsgruppe PF9 entsprechen.

(6) Freie Planstellen der Verwendungsgruppen K1 bis K5 können mit Bundesbeamten einer niedrigeren Verwendungsgruppe besetzt werden. Dies gilt für freie Planstellen der Entlohnungsgruppen k1 bis k5 sinngemäß.

Freie Planstellen für Beamte der Verwendungsgruppen K1 bis K6 können mit Beamten der Verwendungsgruppe A2, A3 oder A4 und freie Planstellen für Vertragsbedienstete der Entlohnungsgruppen k1 bis k6 können mit Vertragsbediensteten der Entlohnungsgruppen b bis d, v2 bis v4 und umgekehrt mit der Maßgabe besetzt werden, dass

- die Verwendungsgruppe A2 der Verwendungsgruppe K1 oder K2,
- die Verwendungsgruppe A3 der Verwendungsgruppe K3, K4 oder K5 und
- die Verwendungsgruppe A4 oder A5 der Verwendungsgruppe K6 und
- die Entlohnungsgruppen b und v2 der Entlohnungsgruppe k1 oder k2,
- die Entlohnungsgruppen c und v3 der Entlohnungsgruppe k3, k4 oder k5 und
- die Entlohnungsgruppen d und v4 der Entlohnungsgruppe k6

entsprechen.

(7) Wird ein nicht im Bundesdienst stehender Bediensteter in einem Planstellenbereich des Bundes verwendet und trägt der Bund, ohne hiezu gesetzlich verpflichtet zu sein, die Personalkosten, so ist für die Dauer der Verwendung eine dem Beschäftigungsausmaß und der Wertigkeit der Dienstleistungen des Bediensteten entsprechende freie Planstelle oder ein dementsprechender Planstellenanteil dieses Planstellenbereiches zu binden.

Diese Bestimmung ist nicht anzuwenden, wenn eine Person, die nicht im Bundesdienst steht, von einem Bundesministerium im Ausland zu Übersetzungsleistungen oder im konsularischen Bereich oder zu einer anderen als geistigen Arbeitsleistung herangezogen wird.

(8) Für Verträge mit Einzelpersonen, die der Sozialversicherungspflicht unterliegen und einem Dienstvertrag oder freien Dienstvertrag entsprechen, ist eine dem Beschäftigungsausmaß und der Wertigkeit der Leistungen entsprechende freie Planstelle oder ein dementsprechender Planstellenanteil des betroffenen Planstellenbereiches zu binden.

Diese Bestimmung gilt nicht bei Dienststellen, die die Flexibilisierungsklausel gemäß §§ 17a und 17b des Bundeshaushaltsgesetzes anwenden.

(9) Ausgeschlossen sind

a) die Bindung freier Planstellen des Teiles VI des Stellenplanes und
b) die Heranziehung freier Gesamtjahresarbeitsleistungen (Teil VII) für Personalbedürfnisse, für die im Teil II.A des Stellenplanes vorzusorgen ist und
c) die Bindung freier Planstellen aus dem Annex zum Stellenplan.

(10) Freie Planstellen in einem Planstellenbereich des Teiles II.A des Stellenplanes dürfen, sofern im Teil II.A für den jeweiligen Planstellenbereich keine gesonderten Bindungsmöglichkeiten vorgesehen sind, vom jeweiligen Bundesminister zugunsten eines anderen Planstellenbereiches des Teiles II.A gebunden werden. Der Bundesminister für öffentliche Leistung und Sport ist in geeigneter Form hievon in Kenntnis zu setzen. Ausgenommen hievon ist die Bindung von Planstellen zugunsten einer Zentralleitung, soweit nicht das Einvernehmen mit dem Bundesminister für öffentliche Leistung und Sport hergestellt worden ist.

(11) Von den in den Teilen II.A und VII des Stellenplanes festgesetzten Planstellen bzw. Normplanstellen für Lehrer im Bereich des Bundesministeriums für Bildung, Wissenschaft und Kultur dürfen insgesamt bis zu 205 Planstellen oder die entsprechende Anzahl von Normplanstellen für Auslandsverwendungen herangezogen werden.

5. Aufnahme von Ersatzkräften

(1) Für einen Bundesbediensteten, der

a) als Mitglied eines Organes der Gesetzgebung, als Mitglied der Volksanwaltschaft, als Präsident des Rechnungshofes, als Mitglied des Verfassungsgerichtshofes oder als oberstes Organ der Vollziehung außer Dienst gestellt ist,

b) als Mitglied des Nationalrates, des Bundesrates oder eines Landtages gemäß § 17 Abs.1 und 2 des Beamten-Dienstrechtsgesetzes 1979 die zur Ausübung des Mandates erforderliche Dienstfreistellung erhält,

c) sich zur Dienstleistung bei einer internationalen Organisation oder sonstigen internationalen Einrichtung im Urlaub gegen Entfall der Bezüge befindet,

d) zur Dienstleistung im Rahmen einer internationalen Organisation oder sonstigen internationalen Einrichtung herangezogen wird,

e) zur Dienstleistung im Sinne des Bundesgesetzes vom 14. Juli 1965, BGBl.Nr. 233, oder im Rahmen der Übernahme einer Schutzmachtfunktion durch die Republik Österreich herangezogen wird,

f) ordentlichen Präsenzdienst gemäß § 27 Abs.2 des Wehrgesetzes 1990 oder außerordentlichen Präsenzdienst gemäß § 27 Abs.3 Ziffer 1 bis 4 und 6 des Wehrgesetzes 1990 leistet,

g) Zivildienst leistet,

h) zu Lasten einer freien Planstelle zur Dienstleistung in einem anderen Personalstand einberufen wird,

i) sich in einem Karenzurlaub, ausgenommen einem solchen aus Anlass einer Ausgliederungsmaßnahme, befindet,

j) für einen Beamten, dessen regelmäßige Wochendienstzeit nach den §§ 50a oder 50b des Beamten-Dienstrechtsgesetzes 1979 oder für einen Vertragsbediensteten, dessen regelmäßige Wochendienstzeit nach § 20 des Vertragsbedienstetengesetzes 1948 in Verbindung mit den §§ 50a oder 50b des Beamten-Dienstrechtsgesetzes 1979 herabgesetzt ist,

k) der eine Teilzeitbeschäftigung nach § 15c des Mutterschutzgesetzes oder nach § 8 des Eltern-Karenzurlaubsgesetzes in Anspruch nimmt oder

l) für eine Tätigkeit im Rahmen eines von einer zwischenstaatlichen Einrichtung, der Österreich angehört, getragenen Projekts zu einer außerhalb dieser gelegenen Einrichtung gemäß § 39a Abs. 1 Z 4 des Beamten-Dienstrechtsgesetzes 1979 oder gemäß § 6a Abs. 1 Z 4 des Vertragsbedienstetengesetzes 1948 entsendet ist,

kann für die Dauer der Außerdienststellung, der erforderlichen Freizeitgewährung, der Dienstleistung, des Karenzurlaubes, des Präsenzdienstes, des Zivildienstes, der Entsendung, der Heranziehung nach lit. d und e oder der Dauer der Herabsetzung der Wochendienstzeit bzw. der Inanspruchnahme einer Teilzeitbeschäftigung unter Bindung seiner Planstelle beziehungsweise unter Bindung des dem Ausmaß der Herabsetzung der Wochendienstzeit oder des Ausmaßes der in Anspruch genommenen Teilzeitbeschäftigung entsprechenden Planstellenteiles ein Vertragsbediensteter aufgenommen werden. Dies gilt jedoch nicht für Lehrlinge während der gesetzlichen Behaltefrist.

Punkt 4 Abs. 5 und 6 gilt sinngemäß. Unter der gleichen Voraussetzung kann für einen Richter, Staatsanwalt oder Richteramtsanwärter ein Richteramtsanwärter, für einen Beamten der Verwendungsgruppe W1, W2, E1, E2a, E2b oder E2c ein provisorischer Beamter der Verwendungsgruppe E2c aufgenommen werden.

(2) Für eine Vertragsbedienstete, die gemäß §§ 3 und 5 des Mutterschutzgesetzes 1979 nicht beschäftigt werden darf, kann für die Dauer des Beschäftigungsverbotes unter Bindung ihrer Planstelle ein Vertragsbediensteter aufgenommen werden. Punkt 4 Abs. 5 und 6 gilt sinngemäß.

(3) Für eine beamtete Lehrerin, die gemäß §§ 3 und 5 des Mutterschutzgesetzes 1979 nicht beschäftigt werden darf, kann für die Dauer des Beschäftigungsverbotes unter Bindung ihrer Planstelle ein Vertragslehrer aufgenommen werden.

(4) Unter den Voraussetzungen des Abs. 1 oder im Fall einer Teilauslastung nach § 23 des Mutterschutzgesetzes oder nach § 10 des Eltern-Karenzurlaubsgesetzes oder einer Herabsetzung der Auslastung nach §§ 76a oder 76b des Richterdienstgesetzes kann für die Dauer dieser Maßnahmen für einen Richter, Staatsanwalt oder Richteramtsanwärter ein Richteramtsanwärter aufgenommen werden.

(5) Für einen Richter oder Staatsanwalt, der aus einem in Absatz 1 oder 4 angeführten Grund vom Dienst abwesend ist, kann über die im Teil II.A für das Kapitel '30 Justiz' festgelegte Zahl von übrigen Richtern und Staatsanwälten ein Richter eines Gerichtshofes erster Instanz (§ 77 Abs. 6 RDG) oder ein Richter eines Bezirksgerichtes (§ 77 Abs. 8 RDG) oder ein Staatsanwalt der Gehaltsgruppe St 1 ernannt werden. Betrifft ein derartiger Abwesenheitsfall einen Richter oder Staatsanwalt einer höheren Gehaltsgruppe, kann ein Richter oder Staatsanwalt der entsprechenden Gehaltsgruppe ernannt werden. Bei Inanspruchnahme dieser Bestimmung ist eine Ersatzaufnahme nach Absatz 1 letzter Absatz ausgeschlossen.

(6) Für einen der im § 154 Z 1 lit. a oder Z 2 lit. a des Beamten-Dienstrechtsgesetzes 1979 genannten Universitäts-(Hochschul-)professoren oder für einen Vertragsprofessor (§ 57 des Vertragsbedienstetengesetzes 1948) der aus einem der in Abs. 1 oder 3 genannten Gründe vom Dienst abwesend ist oder gemäß § 160 des Beamten-Dienstrechtsgesetzes 1979 gegen Entfall der Bezüge freigestellt ist, kann auch ein Vertragsassistent aufgenommen werden.

(7) Für ein Mitglied des Unabhängigen Bundesasylsenates, das aus einem in Absatz 1 angeführten Grund vom Dienst abwesend ist, kann ein weiteres sonstiges Mitglied ernannt werden, wenn dadurch die Zahl der festgesetzten Jahresarbeitsleistungen nicht überschritten wird.

6. Ausgliederungsmaßnahmen

Für Bundesbedienstete, denen im Zuge von Ausgliederungsmaßnahmen, die ihren bisherigen Arbeitsbereich betreffen, Karenzurlaub gewährt wird, dürfen keine Ersatzkräfte aufgenommen werden.

7. Umwandlung von Planstellen

Eine freie Planstelle kann vom zuständigen Bundesminister in eine Planstelle der gleichen oder einer niedrigeren Dienstklasse (Dienststufe, Dienstzulagengruppe) oder niedrigeren Funktionsstufe einer gleichen oder niedrigeren Verwendungsgruppe desselben finanzgesetzlichen Ansatzes umgewandelt werden. Der Bundesminister für öffentliche Leistung und Sport ist hievon in Kenntnis zu setzen.

I. Allgemeiner Teil

8. Bewirtschaftung nach Gesamtjahresarbeitsleistungen

(1) Die Personalbewirtschaftung der Vertragslehrer erfolgt auf der Grundlage des erforderlichen Lehrerwochenstundenaufwandes.

(2) Von dem im Stellenplan festgesetzten Lehrerwochenstundenaufwand ist ein beim jeweiligen Planstellenbereich festgesetzter Anteil für die Abdeckung von Mehrdienstleistungen vorbehalten. Die verbleibende Summe des Lehrerwochenstundenaufwandes ist zum Zweck der Darstellung bei den Planstellenbereichen in eine der Planstelle entsprechende Größe (Normplanstelle) umgerechnet. Unter einer Normplanstelle wird die Rechengröße für einen ganzjährig beschäftigten Vertragslehrer unter Zugrundelegung einer fiktiven wöchentlichen Lehrverpflichtung von 20 Werteinheiten verstanden.

(3) Der zuständige Bundesminister ist verpflichtet, bei Änderung der Gegebenheiten, die für die Festsetzung der Gesamtjahresarbeitsleistungen maßgebend sind, eine Anpassung an die neuen Gegebenheiten vorzunehmen.

Hiefür gilt:

a) Eine voraussichtliche Unterschreitung der Gesamtjahresarbeitsleistungen um mehr als 1 v.H. ist dem Bundesminister für öffentliche Leistung und Sport und dem Bundesminister für Finanzen unverzüglich mit der Wirkung einer sofortigen Bindung mitzuteilen (gebundene Gesamtjahresarbeitsleistungen); die Inanspruchnahme solcherart gebundener Gesamtjahresarbeitsleistungen bedarf der Zustimmung des Bundesministers für öffentliche Leistung und Sport.

b) Eine Überschreitung der festgesetzten Gesamtjahresarbeitsleistungen bedarf der Zustimmung des mit der Vorberatung von Bundesfinanzgesetzen betrauten Ausschusses des Nationalrates; die Zustimmung ist vom Bundesminister für öffentliche Leistung und Sport und dem Bundesminister für Finanzen auf Antrag des zuständigen Bundesministers einzuholen. Diese Überschreitung darf nicht mehr als 2 v.H. der festgesetzten Gesamtjahresarbeitsleistungen betragen.

c) Auf Antrag des zuständigen Bundesministers ist der Bundesminister für öffentliche Leistung und Sport ermächtigt, eine Verschiebung zwischen den für die einzelnen Planstellenbereiche festgelegten Teile des Lehrerwochenstundenaufwandes vorzunehmen. Das Gesamtausmaß der im Stellenplan festgelegten Lehrerwochenstunden darf dadurch jedenfalls nicht überschritten werden.

9. Befugnisse bestimmter Oberster Organe

Die dem Präsidenten des Nationalrates gemäß Art. 30 Abs. 4 des Bundes-Verfassungsgesetzes, die dem Präsidenten des Rechnungshofes gemäß Art. 21 des Bundes-Verfassungsgesetzes und die dem Vorsitzenden der Volksanwaltschaft gemäß Art. 148 h des Bundes-Verfassungsgesetzes zustehenden Rechte auf dem Gebiet der Diensthoheit über die Beamten und Angestellten der Parlamentsdirektion, des Rechnungshofes und der Volksanwaltschaft bleiben unberührt.

10. Organisationsänderungen

Der Bundesminister für öffentliche Leistung und Sport kann im Einvernehmen mit dem zuständigen Bundesminister den Stellenplan einer Organisationsänderung anpassen, wenn diese Organisationsänderung Auswirkungen auf den Stellenplan hat. In gleicher Weise kann der Stellenplan einer Änderung der Geschäftseinteilung und einem daraus resultierenden Bewertungsverfahren nach den §§ 137, 143 und 147 BDG 1979 angepasst werden, wenn sich daraus keine Kostenerhöhung und keine Planstellenvermehrung ergibt. Die Anpassung bedarf der Zustimmung der Bundesregierung.

202 **STELLENPLAN 2002**

Teil II.A **Planstellenverzeichnis**

01 Präsidentschaftskanzlei

Allgemeiner Verwaltungsdienst	Funktionsgruppe										Summe
Verwendungsgruppe	9	8	7	6	5	4	3	2	1	GL	Beamte
A1	1	1	1	7	2	1	2				15
A2			1	5	3						9
A3		1			2	6	14	3			26
A4									9		9
										Summe ...	59

Verwaltungsdienst	Bewertungsgruppe							übrige VB	Summe VB I
Entlohnungsgruppe	7	6	5	4	3	2	1		
v1					2				2
v2			1			1			2
v3					3				3
v4						3			3
								Summe ...	10

Handwerkl. Dienst	Bewertungsgruppe					übrige VB	Summe VB II
Entlohnungsgruppe		4	3	2	1		
h4						4	4
						Summe ...	4

Bindungen gem. Pkt. 4 Abs. 10 des Allgemeinen Teiles :
zuzüglich v. PST-Bereich
1 MB01 4010

	Summe	Vertragsbedienstete		Summe	Summe Lehrlinge	Gesamtsumme
	Beamte	VB I	VB II	VB		
Gesamtsumme 01...	**59**	**10**	**4**	**14**		**73**

Teil II.A **Planstellenverzeichnis**

02 Parlamentsdirektion

Allgemeiner Verwaltungsdienst	Funktionsgruppe										Summe
Verwendungsgruppe	9	8	7	6	5	4	3	2	1	GL	Beamte
A1	1	5	10	8	34	14					* 72
A2			3	7	8	15					33
A3		1	2	9	7	15	12	10	10	5	71
A4								10	18	22	* 50
A5								4	2	22	28
A6										25	25
										Summe ...	279

Verwaltungsdienst	Bewertungsgruppe							übrige VB	Summe VB I
Entlohnungsgruppe	7	6	5	4	3	2	1		
v1			2	20	3	4			* 29
v2			1	2	9	1			13
v3				5	2	5	5		17
v4					7	18			* 25
								Summe ...	84

Von den Bediensteten der Verwendungs-/Entlohnungsgruppe A1/v1 sind 41 Planstellen und von den Bediensteten der Verwendungs-/Entlohnungsgruppe A4/v4 sind 12 Planstellen gem. Art. 30(5) B-VG den parlamentarischen Klubs zugewiesen.

Vertragsbedienstete mit ADV-Sondervertrag	Bedienstetengruppe							übrige VB/SV	Summe VB/SV
	1	2	3	4	5	6	7		
		2	1		1				4

Handwerkl. Dienst	Bewertungsgruppe					übrige VB	Summe VB II
Entlohnungsgruppe		4	3	2	1		
h2					3		3
h4						9	9
						Summe ...	12

Bindungen gem. Pkt. 4 Abs. 10 des Allgemeinen Teiles :
zuzüglich v. PST-Bereich
1 MB02 4010

	Summe Beamte	Vertragsbedienstete VB I	Vertragsbedienstete VB II	Summe VB	Summe Lehrlinge	Gesamtsumme
Gesamtsumme 02...	**279**	**88**	**12**	**100**		**379**

204 STELLENPLAN 2002

Teil II.A Planstellenverzeichnis

03 Verfassungsgerichtshof

Allgemeiner Verwaltungsdienst	Funktionsgruppe										Summe
Verwendungsgruppe	9	8	7	6	5	4	3	2	1	GL	Beamte
A1			1		2	1	13				17
A2						4	1				5
A3					1	1	15	1			18
A7										2	2
										Summe ...	42

Verwaltungsdienst	Bewertungsgruppe							übrige VB	Summe VB I
Entlohnungsgruppe	7	6	5	4	3	2	1		
v1					12				12
v2					2				2
v3					10	2	1		13
v4						1	5		6
								Summe ...	33

Handwerkl. Dienst	Bewertungsgruppe					übrige VB	Summe VB II
Entlohnungsgruppe		4	3	2	1		
h5						5	5
						Summe ...	5

Bindungen gem. Pkt. 4 Abs. 10 des Allgemeinen Teiles :
zuzüglich v. PST-Bereich
1 PF7 6500

	Summe	Vertragsbedienstete		Summe	Summe Lehrlinge	Gesamtsumme
	Beamte	VB I	VB II	VB		
Gesamtsumme 03...	**42**	**33**	**5**	**38**		**80**

Teil II.A

Planstellenverzeichnis

04 Verwaltungsgerichtshof

Allgemeiner Verwaltungsdienst	Funktionsgruppe										Summe
Verwendungsgruppe	9	8	7	6	5	4	3	2	1	GL	Beamte
A1				1	1	4		14		1	21
A2					1	1		2	3		7
A3			1			2	7	5	1		16
A4								1			1
										Summe ...	45

Verwaltungsdienst	Bewertungsgruppe							übrige VB	Summe VB I
Entlohnungsgruppe	7	6	5	4	3	2	1		
v1						11			11
v2						1	1		2
v3					2	6			8
v4						25	3		28
v5								7	7
								Summe ...	56

Handwerkl. Dienst	Bewertungsgruppe					übrige VB	Summe VB II
Entlohnungsgruppe		4	3	2	1		
h2					1		1
h3						2	2
h4						9	9
						Summe ...	12

206 STELLENPLAN 2002

Teil II.A Planstellenverzeichnis

(Fortsetzung)

Richter und Richteramtsanwärter Planstelle (Amtstitel)	Beamte
Präsident des Verwaltungsgerichtshofes	1
Vizepräsident des Verwaltungsgerichtshofes	1
Senatspräsident des Verwaltungsgerichtshofes	12
Hofrat des Verwaltungsgerichtshofes	* 49
Summe	63

Von den Hofräten des Verwaltungsgerichtshofes ist 1 Planstelle für den vorübergehenden Bedarf vorgesehen.

Bindungen gem. Pkt. 4 Abs. 10 des Allgemeinen Teiles :
zuzüglich v. PST-Bereich
2 UAss 1420
2 v4 4010

	Summe	Vertragsbedienstete		Summe	Summe Lehrlinge	Gesamtsumme
	Beamte	VB I	VB II	VB		
Gesamtsumme 04	**108**	**56**	**12**	**68**		**176**

Teil II.A **Planstellenverzeichnis**

05 Volksanwaltschaft

Allgemeiner Verwaltungsdienst	Funktionsgruppe										Summe
Verwendungsgruppe	9	8	7	6	5	4	3	2	1	GL	Beamte
A1	1	3	4	17							25
A2				2	5						7
A3					2	8					10
										Summe ...	42

Verwaltungsdienst	Bewertungsgruppe							übrige VB	Summe VB I
Entlohnungsgruppe	7	6	5	4	3	2	1		
v3							1		1
v4					2				2
								Summe ...	3

	Summe	Vertragsbedienstete		Summe	Summe Lehrlinge	Gesamtsumme
	Beamte	VB I	VB II	VB		
Gesamtsumme 05...	**42**	**3**		**3**		**45**

208 **STELLENPLAN 2002**

Teil II.A **Planstellenverzeichnis**

06 Rechnungshof

Allgemeiner Verwaltungsdienst	Funktionsgruppe										Summe
Verwendungsgruppe	9	8	7	6	5	4	3	2	1	GL	Beamte
A1	5		5	37	83	65					195
A2		4	65								69
A3		1	2	1	8	22	8			1	43
A4									10	6	16
A5										2	2
A6										1	1
A7										2	2
										Summe ...	328

Verwaltungsdienst	Bewertungsgruppe							übrige VB	Summe VB I
Entlohnungsgruppe	7	6	5	4	3	2	1		
v4							3		3
v5								2	2
								Summe ...	5

Handwerkl. Dienst	Bewertungsgruppe					übrige VB	Summe VB II
Entlohnungsgruppe		4	3	2	1		
h5						12	12
						Summe ...	12

	Summe Beamte	Vertragsbedienstete VB I	Vertragsbedienstete VB II	Summe VB	Summe Lehrlinge	Gesamtsumme
Gesamtsumme 06...	**328**	**5**	**12**	**17**		**345**

Teil II.A **Planstellenverzeichnis**

10 Bundeskanzleramt

1000 Zentralleitung

Allgemeiner Verwaltungsdienst	Funktionsgruppe										Summe
Verwendungsgruppe	9	8	7	6	5	4	3	2	1	GL	Beamte
A1	3	5	11	28	13	37	64	27			188
A2		1	18	17	31	27	10	20	3		127
A3		1	2	1	13	10	23	39	8	12	109
A4								2	1	6	9
A5									2	9	11
A6										4	4
										Summe ...	448

Verwaltungsdienst	Bewertungsgruppe							übrige VB	Summe VB I
Entlohnungsgruppe	7	6	5	4	3	2	1		
v1			3	2	18	7			30
v2			4	2	5	11	2		24
v3				1	7	56	22		86
v4					15	41	14		70
v5								10	10
								Summe ...	220

Vertragsbedienstete mit ADV-Sondervertrag	Bedienstetengruppe							übrige VB/SV	Summe VB/SV
	1	2	3	4	5	6	7		
	1	9	23	4	9				46

Handwerkl. Dienst	Bewertungsgruppe					übrige VB	Summe VB II
Entlohnungsgruppe		4	3	2	1		
h1					1		1
h2					3		3
h3						5	5
h4						14	14
h5						6	6
						Summe ...	29

210 **STELLENPLAN 2002**

Teil II.A **Planstellenverzeichnis**

1000 (Fortsetzung)

		Summe
Lehrlinge		16

Bindungen gem. Pkt. 4 Abs. 10 des Allgemeinen Teiles :

zuzüglich v.	PST-Bereich	zuzüglich v.	PST-Bereich
1 v1	1008	1 UAss	1420
1 v2	1008	2 MB01	4010
		1 A1	6300

abzüglich f.	PST-Bereich
1 A1	1010
1 v3	1010
2 A1	2000/2010
1 v1	2000/2010
1 v3	2000/2010

	Summe	Vertragsbedienstete		Summe	Summe Lehrlinge	Gesamtsumme
	Beamte	VB I	VB II	VB		
Summe 1000...	448	266	29	295	16	759

1008 Unabhängiger Bundesasylsenat (UBAS)

Allgemeiner Verwaltungsdienst	Funktionsgruppe										Summe
Verwendungsgruppe	9	8	7	6	5	4	3	2	1	GL	Beamte
A1			1	1	35						37
A2			1		12						13
A3						1	2	2	1	3	9
A4									18	4	22
A6										1	1
										Summe ...	82

Verwaltungsdienst	Bewertungsgruppe							übrige VB	Summe VB I
Entlohnungsgruppe	7	6	5	4	3	2	1		
v1								1	1
v2								1	1
v4						3			3
								Summe ...	5

Bindungen gem. Pkt. 4 Abs. 10 des Allgemeinen Teiles :

abzüglich f.	PST-Bereich
1 v1	1000
1 v2	1000

	Summe	Vertragsbedienstete		Summe	Summe Lehrlinge	Gesamtsumme
	Beamte	VB I	VB II	VB		
Summe 1008...	82	5		5		87

Teil II.A **Planstellenverzeichnis**

1010 Staatsarchiv und Archivamt

Allgemeiner Verwaltungsdienst	Funktionsgruppe										Summe
Verwendungsgruppe	9	8	7	6	5	4	3	2	1	GL	Beamte
A1			1		4	2	1	9	14		31
A2						10	7	10			27
A3					1		10	22	4	2	39
A4								1	2	4	7
A5									1	2	3
A6										1	1
										Summe ...	108

Verwaltungsdienst	Bewertungsgruppe							übrige VB	Summe VB I
Entlohnungsgruppe	7	6	5	4	3	2	1		
v2						1			1
v3					2	1			3
v4						11			11
								Summe ...	15

Handwerkl. Dienst	Bewertungsgruppe					übrige VB	Summe VB II
Entlohnungsgruppe		4	3	2	1		
h3						1	1
h4						1	1
h5						5	5
						Summe ...	7

		Summe
Lehrlinge		1

Bindungen gem. Pkt. 4 Abs. 10 des Allgemeinen Teiles :
zuzüglich v. PST-Bereich
1 A1 1000
1 v3 1000

	Summe	Vertragsbedienstete		Summe	Summe Lehrlinge	Gesamtsumme
	Beamte	VB I	VB II	VB		
Summe 1010...	108	15	7	22	1	131
Gesamtsumme 10...	**638**	**286**	**36**	**322**	**17**	**977**

212 **STELLENPLAN 2002**

Teil II.A **Planstellenverzeichnis**

11 Inneres

1100 Zentralleitung

Allgemeiner Verwaltungsdienst	Funktionsgruppe										Summe
Verwendungsgruppe	9	8	7	6	5	4	3	2	1	GL	Beamte
A1	2	2	11	13	20	57	62	14	8	1	190
A2		2	2	70	127	60	18	11	4		294
A3		1	2	8	22	22	55	96	28	16	250
A4								12	17	12	41
A5									1	8	9
A6										3	3
A7										8	8
										Summe ...	795

Verwaltungsdienst	Bewertungsgruppe							übrige VB	Summe VB I
Entlohnungsgruppe	7	6	5	4	3	2	1		
v1					5	7	3		15
v2				11	10	1	3		25
v3				1	28	34	17		80
v4					8	176	12		196
								Summe ...	316

Vertragsbedienstete mit ADV-Sondervertrag	Bedienstetengruppe							übrige VB/SV	Summe VB/SV
	1	2	3	4	5	6	7		
	1	11	18	12	20	11	5		78

Handwerkl. Dienst	Bewertungsgruppe					übrige VB	Summe VB II
Entlohnungsgruppe		4	3	2	1		
h1					2		2
h2					32		32
h3						9	9
h4						14	14
						Summe ...	57

Bindungen gem. Pkt.4 Abs. 10 des Allgemeinen Teiles :
zuzüglich v. PST-Bereich
1 A1 1130

	Summe	Vertragsbedienstete		Summe	Summe Lehrlinge	Gesamtsumme
	Beamte	VB I	VB II	VB		
Summe 1100...	795	394	57	451		1.246

Teil II.A **Planstellenverzeichnis**

1130 Bundespolizei

Allgemeiner Verwaltungsdienst	Funktionsgruppe										Summe
Verwendungsgruppe	9	8	7	6	5	4	3	2	1	GL	Beamte
A1		1	5	20	27	25	41	50	102	91	362
A2			3	10	27	85	105	93	19	17	359
A3			3	8	40	113	217	126	238		745
A4								151	40	69	260
A5								2	9		11
A6										12	12
A7										24	24
										Summe ...	1.773

Verwaltungsdienst	Bewertungsgruppe							übrige VB	Summe VB I
Entlohnungsgruppe	7	6	5	4	3	2	1		
v1							15		15
v2					4	4	4		12
v3					8	7	71		86
v4					285	172			457
v5								49	49
								Summe ...	619

Handwerkl. Dienst	Bewertungsgruppe					übrige VB	Summe VB II
Entlohnungsgruppe		4	3	2	1		
h1				3	1		4
h2			3	12			15
h3						40	40
h4						7	7
h5						215	215
						Summe ...	281

		Summe
Lehrlinge		90

214 STELLENPLAN 2002

Teil II.A Planstellenverzeichnis

1130 (Fortsetzung)

Exekutivdienst - SWD	Funktionsgruppe												Summe
Verwendungsgruppe	11	10	9	8	7	6	5	4	3	2	1	GL	Beamte
E1	1	1	6	17	21	31	27	18	56	17	8		* 203
E2a					85	172	306	352	1.033	507	63		* 2.518
E2b												7.151	* 7.151
E2c												145	* 145
												Summe ...	10.017

Auf Rechnung freier Planstellen der Verwendungsgruppe E1 können bis zu 20 v2 bzw. Beamte der Allgemeinen Verwaltung (VGr. A2) aufgenommen werden.
Auf Rechnung freier Planstellen der Verwendungsgruppe E2a bzw. E2b können bis zu 30 v3 bzw. Beamte des Allgemeinen Verwaltungsdienstes (VGr. A3) aufgenommen werden.
Auf Rechnung freier Planstellen der Verwendungsgruppe E2b bzw. E2c können bis zu 240 v4 bzw. Beamte des Allgemeinen Verwaltungsdienstes (VGr. A4 bzw. A5) und 150 VB II aufgenommen werden.

Exekutivdienst - KRD	Funktionsgruppe												Summe
Verwendungsgruppe	11	10	9	8	7	6	5	4	3	2	1	GL	Beamte
E1			3	5	13	13	18	21	20	5			* 98
E2a					45	239	389	208	391	1.063			* 2.335
												Summe ...	2.433

Auf Rechnung freier Planstellen der Verwendungsgruppe E1 können bis zu 20 v2 bzw. Beamte der Allgemeinen Verwaltung (VGr. A2) aufgenommen werden.
Auf Rechnung freier Planstellen der Verwendungsgruppe E2a können bis zu 90 v3 bzw. Beamte des Allgemeinen Verwaltungsdienstes (VGr. A3) aufgenommen werden.

Bindungen gem. Pkt.4 Abs. 10 des Allgemeinen Teiles :

abzüglich f. PST-Bereich
1 A1 1100
1 E2b 6500

	Summe	Vertragsbedienstete		Summe	Summe Lehrlinge	Gesamtsumme
	Beamte	VB I	VB II	VB		
Summe 1130...	14.223	619	281	900	90	15.213

1131 Bundespolizei (zweckgeb. Gebarung)

Exekutivdienst	Funktionsgruppe												Summe
Verwendungsgruppe	11	10	9	8	7	6	5	4	3	2	1	GL	Beamte
E2a												22	22
E2b												177	177
												Summe ...	199

	Summe	Vertragsbedienstete		Summe	Summe Lehrlinge	Gesamtsumme
	Beamte	VB I	VB II	VB		
Summe 1131...	199					199

Teil II.A **Planstellenverzeichnis**

1140 Bundesgendarmerie

Allgemeiner Verwaltungsdienst	Funktionsgruppe										Summe
Verwendungsgruppe	9	8	7	6	5	4	3	2	1	GL	Beamte
A1			1								1
A3							2	8	5	9	24
A4									10	22	32
										Summe ...	57

Verwaltungsdienst	Bewertungsgruppe							übrige VB	Summe VB I
Entlohnungsgruppe	7	6	5	4	3	2	1		
v3							21		21
v4					10	24	3	* 858	895
(I/R)								5	5
								Summe ...	921

Von den v4 sind 858 Planstellen (VB/SV) für den Gendarmeriedienst bei der Grenzüberwachung vorgesehen.

Handwerkl. Dienst	Bewertungsgruppe					übrige VB	Summe VB II
Entlohnungsgruppe		4	3	2	1		
h1					6		6
h2			12	15	36		63
h3						9	9
h4						41	41
h5						334	334
(II/R)						33	33
						Summe ...	486

1140 (Fortsetzung)

Exekutivdienst	Funktionsgruppe												Summe
Verwendungsgruppe	11	10	9	8	7	6	5	4	3	2	1	GL	Beamte
E1	2	3	11	11	39	29	68	81	95	48			* 387
E2a					225	364	671	1.249	1.294	746	1.486		* 6.035
E2b												6.929	* 6.929
												Summe ...	13.351

Auf Rechnung freier Planstellen der Verwendungsgruppe E1(GL)
können bis zu 3 Beamte der Allgemeinen Verwaltung(VGr. A2) aufgenommen werden.
Auf Rechnung freier Planstellen der Verwendungsgruppe E2a bzw. E2b können
bis zu 30 v3 bzw. Beamte des Allgemeinen Verwaltungsdienstes (VGr. A3)
aufgenommen werden.
Auf Rechnung freier Planstellen der Verwendungsgruppe E2b können
bis zu 70 v4 bzw. Beamte des Allgemeinen Verwaltungsdienstes
(VGr. A4 bzw. A5) und 50 VB II bzw. Beamte in handwerklicher Verwendung
aufgenommen werden.

	Summe	Vertragsbedienstete		Summe	Summe Lehrlinge	Gesamtsumme
	Beamte	VB I	VB II	VB		
Summe 1140...	13.408	921	486	1.407		14.815

1141 Bundesgendarmerie (zweckgeb. Gebarung)

Verwaltungsdienst	Bewertungsgruppe							übrige VB	Summe VB I
Entlohnungsgruppe	7	6	5	4	3	2	1		
v3							24		24
								Summe ...	24

Exekutivdienst	Funktionsgruppe												Summe
Verwendungsgruppe	11	10	9	8	7	6	5	4	3	2	1	GL	Beamte
E2a							1	1	9	24	42		77
E2b												213	213
												Summe ...	290

	Summe	Vertragsbedienstete		Summe	Summe Lehrlinge	Gesamtsumme
	Beamte	VB I	VB II	VB		
Summe 1141...	290	24		24		314

1150 Flüchtlingsbetreuung und Integration

Allgemeiner Verwaltungsdienst	Funktionsgruppe										Summe
Verwendungsgruppe	9	8	7	6	5	4	3	2	1	GL	Beamte
A2			1	2	3	2	9	1		2	20
A3						2	3	5	1		11
A4								1	1		2
A5										1	1
										Summe ...	34

Teil II. A Planstellenverzeichnis

1150 (Fortsetzung)

Verwaltungsdienst	Bewertungsgruppe							übrige VB	Summe VB I
Entlohnungsgruppe	7	6	5	4	3	2	1		
v1							3		3
v2					2	3			5
v3					3	3	2		8
v4					4	8	7		19
								Summe ...	35

Handwerkl. Dienst	Bewertungsgruppe					übrige VB	Summe VB II
Entlohnungsgruppe		4	3	2	1		
h2					19		19
h3						7	7
h4						25	25
						Summe ...	51

	Summe Beamte	Vertragsbedienstete VB I	Vertragsbedienstete VB II	Summe VB	Summe Lehrlinge	Gesamtsumme
Summe 1150...	34	35	51	86		120

1151 KZ-Gedenkstätte Mauthausen (Mauthausen Memorial)

Allgemeiner Verwaltungsdienst	Funktionsgruppe										Summe
Verwendungsgruppe	9	8	7	6	5	4	3	2	1	GL	Beamte
A2						1					1
A3								1			1
										Summe ...	2

Verwaltungsdienst	Bewertungsgruppe							übrige VB	Summe VB I
Entlohnungsgruppe	7	6	5	4	3	2	1		
v3						1			1
v4						2	1		3
								Summe ...	4

Teil II.A Planstellenverzeichnis

1151 (Fortsetzung)

Handwerkl. Dienst	Bewertungsgruppe					übrige VB	Summe VB II
Entlohnungsgruppe		4	3	2	1		
h3						2	2
h4						2	2
					Summe ...		4

	Summe Beamte	Vertragsbedienstete VB I	Vertragsbedienstete VB II	Summe VB	Summe Lehrlinge	Gesamtsumme
Summe 1151...	2	4	4	8		10

1152 Bundesasylamt

Allgemeiner Verwaltungsdienst	Funktionsgruppe										Summe
Verwendungsgruppe	9	8	7	6	5	4	3	2	1	GL	Beamte
A1				1		1	7	7	12		28
A2				6	34						40
A3						1	1	10	1	5	18
A4								19			19
										Summe ...	105

Verwaltungsdienst	Bewertungsgruppe							übrige VB	Summe VB I
Entlohnungsgruppe	7	6	5	4	3	2	1		
v1							2		2
v2				1					1
v4					18	8			26
								Summe ...	29

	Summe Beamte	Vertragsbedienstete VB I	Vertragsbedienstete VB II	Summe VB	Summe Lehrlinge	Gesamtsumme
Summe 1152...	105	29		29		134
Gesamtsumme 11...	**29.056**	**2.026**	**879**	**2.905**	**90**	**32.051**

Teil II.A

Planstellenverzeichnis

12 Bildung und Kultur

1200 Zentralleitung

Allgemeiner Verwaltungsdienst	Funktionsgruppe										Summe
Verwendungsgruppe	9	8	7	6	5	4	3	2	1	GL	Beamte
A1	1	6	5	19	38	42	53	63	2	1	* 230
A2		1	5	17	29	33	37	16	2	2	* 142
A3		1		1	8	9	17	13	11	12	* 72
A4								4	8	1	* 13
A5										3	3
										Summe ...	460

Verwaltungsdienst	Bewertungsgruppe							übrige VB	Summe VB I
Entlohnungsgruppe	7	6	5	4	3	2	1		
v1				2	4	7			13
v2				5	22	3	1		31
v3				3	17	20	35		* 75
v4					37	23	27		* 87
								Summe ...	206

Vertragsbedienstete mit ADV-Sondervertrag	Bedienstetengruppe							übrige VB/SV	Summe VB/SV
	1	2	3	4	5	6	7		
		6							6

Handwerkl. Dienst	Bewertungsgruppe					übrige VB	Summe VB II
Entlohnungsgruppe		4	3	2	1		
h2					4		4
h3						3	3
						Summe ...	7

Lehrlinge	Summe
	5

Davon für das Zentrum für Schulentwicklung: 10A1, 1A2, 4A3, 1A4, 1v3, 2v4,

	Summe Beamte	Vertragsbedienstete VB I	Vertragsbedienstete VB II	Summe VB	Summe Lehrlinge	Gesamtsumme
Summe 1200...	460	212	7	219	5	684

220 **STELLENPLAN 2002**

Teil II.A **Planstellenverzeichnis**

1240 Hofmusikkapelle

Allgemeiner Verwaltungsdienst	Funktionsgruppe										Summe
Verwendungsgruppe	9	8	7	6	5	4	3	2	1	GL	Beamte
A2						1					1
A3								1			1
										Summe ...	2

Verwaltungsdienst	Bewertungsgruppe							übrige VB	Summe VB I
Entlohnungsgruppe	7	6	5	4	3	2	1		
v3							1		1
v4						2			2
(I/R)								6	6
								Summe ...	9

	Summe Beamte	Vertragsbedienstete VB I	Vertragsbedienstete VB II	Summe VB	Summe Lehrlinge	Gesamtsumme
Summe 1240...	2	9		9		11

1241 Bundesschullandheime und Schulsportveranstaltungen

Allgemeiner Verwaltungsdienst	Funktionsgruppe										Summe
Verwendungsgruppe	9	8	7	6	5	4	3	2	1	GL	Beamte
A2						4	1				5
A3								3	1	1	5
A4									1	2	3
A5								1		7	8
										Summe ...	21

Verwaltungsdienst	Bewertungsgruppe							übrige VB	Summe VB I
Entlohnungsgruppe	7	6	5	4	3	2	1		
v3						2	3		5
v4							1		1
								Summe ...	6

Teil II.A **Planstellenverzeichnis**

1241 (Fortsetzung)

Handwerkl. Dienst	Bewertungsgruppe					übrige VB	Summe VB II
Entlohnungsgruppe		4	3	2	1		
h2				2	6		8
h3						9	9
h4						26	26
						Summe ...	43

	Summe Beamte	Vertragsbedienstete VB I	Vertragsbedienstete VB II	Summe VB	Summe Lehrlinge	Gesamtsumme
Summe 1241...	21	6	43	49		70

1242 Sonstige Einrichtungen für Jugenderziehung

Allgemeiner Verwaltungsdienst	Funktionsgruppe										Summe
Verwendungsgruppe	9	8	7	6	5	4	3	2	1	GL	Beamte
A2								11			11
										Summe ...	11

Verwaltungsdienst	Bewertungsgruppe							übrige VB	Summe VB I
Entlohnungsgruppe	7	6	5	4	3	2	1		
v2						12			12
								Summe ...	12

	Summe Beamte	Vertragsbedienstete VB I	Vertragsbedienstete VB II	Summe VB	Summe Lehrlinge	Gesamtsumme
Summe 1242...	11	12		12		23

1243 Bundesstaatliche Einrichtungen der Erwachsenenbildung

Allgemeiner Verwaltungsdienst	Funktionsgruppe										Summe
Verwendungsgruppe	9	8	7	6	5	4	3	2	1	GL	Beamte
A1								4	10	9	23
A2							2	4	2	1	9
A3								1	1	1	3
A6										1	1
										Summe ...	36

Teil II.A Planstellenverzeichnis

1243 (Fortsetzung)

Verwaltungsdienst	Bewertungsgruppe							übrige	Summe
Entlohnungsgruppe	7	6	5	4	=3	2	1	VB	VB I
v1							4		4
v2					1	4	10		15
v3						2	18		20
v4					2	3	1		6
							Summe ...		45

Handwerkl. Dienst	Bewertungsgruppe					übrige	Summe
Entlohnungsgruppe		4	3	2	1	VB	VB II
h2					1		1
h4						9	9
h5						5	5
						Summe ...	15

Lehrer	Leiter							übrige	Summe
Verwendungsgruppe	Dir.	Dir. (Univ. Inst.)	Dir. (Bds-Konv.)	Dir. Stv.	Abt. Vorst.	Fach-Vorst.	Erz. Leiter	Lehrer	Beamte
L1								11	11
							Summe...		11

	Summe	Vertragsbedienstete		Summe	Summe	Gesamt-
	Beamte	VB I	VB II	VB	Lehrlinge	summe
Summe 1243...	47	45	15	60		107

1244 Museen

Allgemeiner Verwaltungsdienst	Funktionsgruppe										Summe
Verwendungsgruppe	9	8	7	6	5	4	3	2	1	GL	Beamte
A1			1	1	1	4	4	14	37		62
A2					1	3	1	8	1		14
A3					1	1	4	5	2	1	14
A4									1	5	6
A5										3	3
									Summe ...		99

Teil II.A **Planstellenverzeichnis**

1244 (Fortsetzung)

Verwaltungsdienst	Bewertungsgruppe							übrige VB	Summe VB I
Entlohnungsgruppe	7	6	5	4	3	2	1		
v1				1			30		31
v2					1	39			40
v3				3	26	32	16		77
v4					3	67	4		74
v5								27	27
								Summe ...	249

Handwerkl. Dienst	Bewertungsgruppe					übrige VB	Summe VB II
Entlohnungsgruppe		4	3	2	1		
h1					1		1
h2				28			28
h4						4	4
						Summe ...	33

	Summe
Lehrlinge	3

	Summe Beamte	Vertragsbedienstete VB I	Vertragsbedienstete VB II	Summe VB	Summe Lehrlinge	Gesamtsumme
Summe 1244...	99	249	33	282	3	384

1246 Nationalbibliothek

Allgemeiner Verwaltungsdienst	Funktionsgruppe										Summe
Verwendungsgruppe	9	8	7	6	5	4	3	2	1	GL	Beamte
A1		1		1	9		9	11	31		62
A2					1	1	6	38			46
A3					1	1		16	11		29
										Summe ...	137

Verwaltungsdienst	Bewertungsgruppe							übrige VB	Summe VB I
Entlohnungsgruppe	7	6	5	4	3	2	1		
v1							28		28
v2						37			37
v3				1	2	6	37		46
v4						52	2		54
								Summe ...	165

224 STELLENPLAN 2002

Teil II.A Planstellenverzeichnis

1246 (Fortsetzung)

Vertragsbedienstete mit ADV-Sondervertrag	Bedienstetengruppe							übrige VB/SV	Summe VB/SV
	1	2	3	4	5	6	7		
		1	1	3	2				7

Handwerkl. Dienst	Bewertungsgruppe					übrige VB	Summe VB II
Entlohnungsgruppe		4	3	2	1		
h2				3	1		4
h5						1	1
						Summe ...	5

Lehrlinge	Summe
	2

	Summe Beamte	Vertragsbedienstete VB I	Vertragsbedienstete VB II	Summe VB	Summe Lehrlinge	Gesamtsumme
Summe 1246...	137	172	5	177	2	316

1247 Bundesdenkmalamt

Allgemeiner Verwaltungsdienst	Funktionsgruppe										Summe
Verwendungsgruppe	9	8	7	6	5	4	3	2	1	GL	Beamte
A1			1		1	10	2	17	39		70
A2						1	2	9		2	14
A3					1			2	3		6
A4									2		2
A5										4	4
A6										2	2
										Summe ...	98

Verwaltungsdienst	Bewertungsgruppe							übrige VB	Summe VB I
Entlohnungsgruppe	7	6	5	4	3	2	1		
v1							33		33
v2						18	1		19
v3						14	14		28
v4					2	18	8		28
								Summe ...	108

Vertragsbedienstete mit ADV-Sondervertrag	Bedienstetengruppe							übrige VB/SV	Summe VB/SV
	1	2	3	4	5	6	7		
			1		1				2

Teil II.A **Planstellenverzeichnis**

1247 (Fortsetzung)

Handwerkl. Dienst	Bewertungsgruppe					übrige VB	Summe VB II
Entlohnungsgruppe		4	3	2	1		
h4						3	3
h5						1	1
						Summe ...	4

	Summe
Lehrlinge	1

	Summe Beamte	Vertragsbedienstete VB I	Vertragsbedienstete VB II	Summe VB	Summe Lehrlinge	Gesamtsumme
Summe 1247...	98	110	4	114	1	213

1260 Schulaufsichtsbehörden

Allgemeiner Verwaltungsdienst	Funktionsgruppe										Summe
Verwendungsgruppe	9	8	7	6	5	4	3	2	1	GL	Beamte
A1			4	5	4	16	14	17	117	1	* 178
A2			4	18	32	55	87	118	16	3	333
A3					1	20	21	77	27	12	158
A4								4	33	4	41
A5									5	2	7
A6										1	1
A7										2	2
										Summe ...	720

Auf Rechnung freier Planstellen der Beamten der Verwendungsgruppe A1 können bis zu 10 Lehrer ernannt werden.

Verwaltungsdienst	Bewertungsgruppe							übrige VB	Summe VB I
Entlohnungsgruppe	7	6	5	4	3	2	1		
v1						10	26		36
v2				5	33	91	18		147
v3				3	19	58	101		181
v4					20	96	40		156
v5								9	9
								Summe ...	529

226 STELLENPLAN 2002

Teil II.A Planstellenverzeichnis

1260 (Fortsetzung)

Handwerkl. Dienst	Bewertungsgruppe					übrige VB	Summe VB II
Entlohnungsgruppe		4	3	2	1		
h2					1		1
h4						4	4
h5						10	10
						Summe ...	15

Lehrlinge	Summe
	11

Lehrer	Leiter							übrige	Summe
Verwendungsgruppe	Dir.	Dir. (Univ. Inst.)	Dir. (Bds-Konv.)	Dir. Stv.	Abt. Leiter	Fach-Vorst.	Erz. Leiter	Lehrer	Beamte
LPA								1	1
L1								1	1
L2								9	9
								Summe...	11

Beamte des Schulaufsichtsdienstes	Beamte
Verwendungsgruppe (Amtstitel)	
SI 1 (Landesschulinspektor)	88
SI 2 (Bezirks(Berufs)schulinspektor)	144
FI 1 (Fachinspektor)	73
FI 2 (Fachinspektor)	36
Summe...	341

	Summe	Vertragsbedienstete		Summe	Summe Lehrlinge	Gesamtsumme
	Beamte	VB I	VB II	VB		
Summe 1260...	1.072	529	15	544	11	1.627

Teil II.A **Planstellenverzeichnis**

1270 Allgemein bildende höhere Schulen

Allgemeiner Verwaltungsdienst	Funktionsgruppe										Summe
Verwendungsgruppe	9	8	7	6	5	4	3	2	1	GL	Beamte
A2									1		1
A3			2		5	68	20				95
A4								32	75	5	112
A5										1	1
A6										48	48
A7										15	15
										Summe ...	272

Verwaltungsdienst	Bewertungsgruppe							übrige VB	Summe VB I
Entlohnungsgruppe	7	6	5	4	3	2	1		
v3				6	139		4		149
v4					15	182			197
(I/R)								75	75
								Summe ...	421

Handwerkl. Dienst	Bewertungsgruppe				übrige VB	Summe VB II
Entlohnungsgruppe	4	3	2	1		
h2				3		3
h4					208	208
h5					704	704
					Summe ...	915

	Summe
Lehrlinge	2

Lehrer	Leiter							übrige	Summe
Verwendungsgruppe	Dir.	Dir. (Univ. Inst.)	Dir. (Bds-Konv.)	Dir. Stv.	Abt. Vorst.	Fach-Vorst.	Erz. Leiter	Lehrer	Beamte
L1	322						2	10.552	10.876
L2								372	372
L3								2	2
								Summe...	11.250

	Summe	Vertragsbedienstete		Summe	Summe Lehrlinge	Gesamtsumme
	Beamte	VB I	VB II	VB		
Summe 1270...	11.522	421	915	1.336	2	12.860

228 **STELLENPLAN 2002**

Teil II.A **Planstellenverzeichnis**

1271 Höhere Internatsschulen des Bundes

Allgemeiner Verwaltungsdienst	Funktionsgruppe										Summe
Verwendungsgruppe	9	8	7	6	5	4	3	2	1	GL	Beamte
A2						1	1		1		3
A3							1	1	3	1	6
A4								1	1	7	9
A5										4	4
A6										1	1
										Summe ...	23

Verwaltungsdienst	Bewertungsgruppe							übrige VB	Summe VB I
Entlohnungsgruppe	7	6	5	4	3	2	1		
v2						1	1		2
v3						3	8		11
v4					1	2	8		11
(I/R)								3	3
								Summe ...	27

Handwerkl. Dienst	Bewertungsgruppe					übrige VB	Summe VB II
Entlohnungsgruppe		4	3	2	1		
h2			3	2	16		21
h3						13	13
h4						58	58
h5						44	44
						Summe ...	136

Lehrer	Leiter							übrige Lehrer	Summe Beamte
Verwendungsgruppe	Dir.	Dir. (Univ. Inst.)	Dir. (Bds-Konv.)	Dir. Stv.	Abt. Vorst.	Fach-Vorst.	Erz. Leiter		
L1	4			4			4	156	168
L2								12	12
								Summe...	180

	Summe Beamte	Vertragsbedienstete VB I	Vertragsbedienstete VB II	Summe VB	Summe Lehrlinge	Gesamtsumme
Summe 1271...	203	27	136	163		366

Teil II. A **Planstellenverzeichnis**

1274 Bds.-Blindenerz. Inst. und Bds. Inst. für Gehörlosenbildung

Allgemeiner Verwaltungsdienst	Funktionsgruppe										Summe
Verwendungsgruppe	9	8	7	6	5	4	3	2	1	GL	Beamte
A2							2				2
A3									1	1	2
A4								1	1	4	6
A5										2	2
A6										1	1
A7										2	2
										Summe ...	15

Verwaltungsdienst	Bewertungsgruppe							übrige VB	Summe VB I
Entlohnungsgruppe	7	6	5	4	3	2	1		
v1							1		1
v2					2	1			3
v3						4	8		12
v4					1	2	2		5
(I/R)								1	1
								Summe ...	22

Handwerkl. Dienst	Bewertungsgruppe					übrige VB	Summe VB II
Entlohnungsgruppe		4	3	2	1		
h2					4		4
h3						1	1
h4						18	18
h5						23	23
						Summe ...	46

Lehrer	Leiter							übrige	Summe
Verwendungsgruppe	Dir.	Dir. (Univ. Inst.)	Dir. (Bds-Konv.)	Dir. Stv.	Abt. Vorst.	Fach-Vorst.	Erz. Leiter	Lehrer	Beamte
L1	2						2	12	16
L2								58	58
								Summe...	74

230 STELLENPLAN 2002

Teil II.A Planstellenverzeichnis

1274 (Fortsetzung)

Krankenpflegedienst	Beamte der Verwendungsgruppe		Summe	Vertragsbedienstete		Summe	Gesamtsumme
Verw.(Entl.)gruppe		übrige Beamte	Beamte	VB I	VB II	VB	
K2 (k2)		1	1	1		1	2
K4 (k4)		1	1	5		5	6
Summe...		2	2	6		6	8

	Summe	Vertragsbedienstete		Summe	Summe Lehrlinge	Gesamtsumme
	Beamte	VB I	VB II	VB		
Summe 1274...	91	28	46	74		165

1276 Bundesschülerheime (Allgemein bildende)

Allgemeiner Verwaltungsdienst	Funktionsgruppe										Summe
Verwendungsgruppe	9	8	7	6	5	4	3	2	1	GL	Beamte
A3							1	3			4
A4									2		2
A6										3	3
										Summe ...	9

Verwaltungsdienst	Bewertungsgruppe							übrige VB	Summe VB I
Entlohnungsgruppe	7	6	5	4	3	2	1		
v3					1	7	3		11
v4						4			4
								Summe ...	15

Handwerkl. Dienst	Bewertungsgruppe					übrige VB	Summe VB II
Entlohnungsgruppe		4	3	2	1		
h2					4		4
h3						3	3
h4						25	25
h5						18	18
						Summe ...	50

Teil II.A **Planstellenverzeichnis**

1276 (Fortsetzung)

Lehrer	Leiter							übrige	Summe
Verwendungsgruppe	Dir.	Dir. (Univ. Inst.)	Dir. (Bds-Konv.)	Dir. Stv.	Abt. Vorst.	Fach-Vorst.	Erz. Leiter	Lehrer	Beamte
L1			10					2	12
L2								17	17
							Summe...		29

	Summe Beamte	Vertragsbedienstete VB I	Vertragsbedienstete VB II	Summe VB	Summe Lehrlinge	Gesamtsumme
Summe 1276...	38	15	50	65		103

1280 Technische und gewerbliche Lehranstalten

Allgemeiner Verwaltungsdienst	Funktionsgruppe										Summe
Verwendungsgruppe	9	8	7	6	5	4	3	2	1	GL	Beamte
A1							1		1		2
A2						9	11	28	4	12	64
A3						2		22	26	9	59
A4								18	21	31	70
A5								1	1	11	13
A6										17	17
A7										7	7
										Summe ...	232

Verwaltungsdienst	Bewertungsgruppe							übrige	Summe
Entlohnungsgruppe	7	6	5	4	3	2	1	VB	VB I
v1							2		2
v2					9	23	18		50
v3					12	52	103		167
v4					9	106	26		141
(I/R)								26	26
								Summe ...	386

Vertragsbedienstete mit ADV-Sondervertrag	Bedienstetengruppe							übrige	Summe
	1	2	3	4	5	6	7	VB/SV	VB/SV
					1				1

1280 (Fortsetzung)

Handwerkl. Dienst	Bewertungsgruppe					übrige VB	Summe VB II
Entlohnungsgruppe		4	3	2	1		
h2					51		51
h3						15	15
h4						115	115
h5						315	315
						Summe ...	496

		Summe
Lehrlinge		22

Lehrer	Leiter							übrige	Summe
Verwendungsgruppe	Dir.	Dir. (Univ. Inst.)	Dir. (Bds-Konv.)	Dir. Stv.	Abt. Vorst.	Fach-Vorst.	Erz. Leiter	Lehrer	Beamte
L1	63				175			2.939	3.177
L2					2			870	872
								Summe...	4.049

Krankenpflegedienst	Beamte der Verwendungsgruppe		Summe	Vertragsbedienstete		Summe	Gesamtsumme
Verw. (Entl.)gruppe		übrige Beamte	Beamte	VB I	VB II	VB	
K2 (k2)				3		3	3
K4 (k4)		1	1	1		1	2
Summe...		1	1	4		4	5

	Summe	Vertragsbedienstete		Summe	Summe Lehrlinge	Gesamtsumme
	Beamte	VB I	VB II	VB		
Summe 1280...	4.282	391	496	887	22	5.191

1281 Sozialakad., LA f. Tourismus, Sozial- u. wirtsch. Berufe

Allgemeiner Verwaltungsdienst	Funktionsgruppe										Summe
Verwendungsgruppe	9	8	7	6	5	4	3	2	1	GL	Beamte
A2							6	6	10		22
A3					1	2		10	2	2	17
A4								4	9	6	19
A5										1	1
A6										9	9
A7										6	6
										Summe ...	74

Teil II.A **Planstellenverzeichnis**

1281 (Fortsetzung)

Verwaltungsdienst	Bewertungsgruppe							übrige VB	Summe VB I
Entlohnungsgruppe	7	6	5	4	3	2	1		
v2					8	11	24		43
v3				2	7	49	20		78
v4					6	57	11		74
(I/R)								16	16
								Summe ...	211

Handwerkl. Dienst	Bewertungsgruppe					übrige VB	Summe VB II
Entlohnungsgruppe		4	3	2	1		
h2					2		2
h3						3	3
h4						71	71
h5						182	182
						Summe ...	258

		Summe
Lehrlinge		10

Lehrer	Leiter							übrige	Summe
Verwendungsgruppe	Dir.	Dir. (Univ. Inst.)	Dir. (Bds-Konv.)	Dir. Stv.	Abt. Vorst.	Fach-Vorst.	Erz. Leiter	Lehrer	Beamte
LPA	6							20	26
L1	138					5		1.695	1.838
L2	33					101		766	900
								Summe...	2.764

	Summe	Vertragsbedienstete		Summe	Summe	Gesamt-
	Beamte	VB I	VB II	VB	Lehrlinge	summe
Summe 1281...	2.838	211	258	469	10	3.317

1282 Handelsakademien und Handelsschulen

Allgemeiner Verwaltungsdienst	Funktionsgruppe										Summe
Verwendungsgruppe	9	8	7	6	5	4	3	2	1	GL	Beamte
A3				1	3	10	21				35
A4								5	30		35
A6										5	5
A7										1	1
										Summe ...	76

Teil II.A

Planstellenverzeichnis

1282 (Fortsetzung)

Verwaltungsdienst	Bewertungsgruppe							übrige VB	Summe VB I
Entlohnungsgruppe	7	6	5	4	3	2	1		
v3				2	64		3		69
v4					12	64			76
(I/R)								26	26
								Summe ...	171

Handwerkl. Dienst	Bewertungsgruppe				übrige VB	Summe VB II
Entlohnungsgruppe	4	3	2	1		
h4					58	58
h5					190	190
					Summe ...	248

Lehrlinge	Summe
	3

Lehrer	Leiter							übrige	Summe
Verwendungsgruppe	Dir.	Dir. (Univ. Inst.)	Dir. (Bds-Konv.)	Dir. Stv.	Abt. Vorst.	Fach-Vorst.	Erz. Leiter	Lehrer	Beamte
L1	120							2.820	2.940
L2								215	215
								Summe...	3.155

	Summe	Vertragsbedienstete		Summe	Summe Lehrlinge	Gesamtsumme
	Beamte	VB I	VB II	VB		
Summe 1282...	3.231	171	248	419	3	3.653

1286 Bundesschülerheime (Berufsbildende)

Allgemeiner Verwaltungsdienst	Funktionsgruppe										Summe
Verwendungsgruppe	9	8	7	6	5	4	3	2	1	GL	Beamte
A3								2			2
A4									3	1	4
A5										2	2
A6										4	4
A7										1	1
										Summe ...	13

Teil II.A **Planstellenverzeichnis**

1286 (Fortsetzung)

Verwaltungsdienst	Bewertungsgruppe							übrige VB	Summe VB I
Entlohnungsgruppe	7	6	5	4	3	2	1		
v3					1	3	4		8
v4						3			3
								Summe ...	11

Handwerkl. Dienst	Bewertungsgruppe					übrige VB	Summe VB II
Entlohnungsgruppe		4	3	2	1		
h2					3		3
h3						2	2
h4						30	30
h5						22	22
						Summe ...	57

Lehrer	Leiter							übrige	Summe
Verwendungsgruppe	Dir.	Dir. (Univ. Inst.)	Dir. (Bds-Konv.)	Dir. Stv.	Abt. Vorst.	Fach-Vorst.	Erz. Leiter	Lehrer	Beamte
L1			4					19	23
								Summe...	23

Krankenpflegedienst	Beamte der Verwendungsgruppe		Summe	Vertragsbedienstete		Summe	Gesamtsumme
Verw. (Entl.)gruppe		übrige Beamte	Beamte	VB I	VB II	VB	
K2 (k2)		1	1				1
K4 (k4)		2	2	1		1	3
Summe...		3	3	1		1	4

	Summe	Vertragsbedienstete		Summe	Summe Lehrlinge	Gesamtsumme
	Beamte	VB I	VB II	VB		
Summe 1286...	39	12	57	69		108

1290 Pädagogische Akademien

Allgemeiner Verwaltungsdienst	Funktionsgruppe										Summe
Verwendungsgruppe	9	8	7	6	5	4	3	2	1	GL	Beamte
A1							1	1			2
A2						4	7	2	15		28
A3							3	9	2	2	16
A4								1	2	2	5
A5								1	1	1	3
										Summe ...	54

Teil II.A

Planstellenverzeichnis

1290 (Fortsetzung)

Verwaltungsdienst	Bewertungsgruppe							übrige	Summe
Entlohnungsgruppe	7	6	5	4	3	2	1	VB	VB I
v2				1	2		14		17
v3					2	24	10		36
v4					5	10	15		30
(I/R)								7	7
								Summe ...	90

Handwerkl. Dienst	Bewertungsgruppe					übrige	Summe
Entlohnungsgruppe		4	3	2	1	VB	VB II
h2					2		2
h4						14	14
h5						27	27
						Summe ...	43

		Summe
Lehrlinge		7

Lehrer	Leiter							übrige	Summe
Verwendungsgruppe	Dir.	Dir. (Univ. Inst.)	Dir. (Bds-Konv.)	Dir. Stv.	Abt. Leiter	Fach-Vorst.	Erz. Leiter	Lehrer	Beamte
LPA	23				56			427	506
L1								530	530
								Summe...	1.036

	Summe	Vertragsbedienstete		Summe	Summe	Gesamt-
	Beamte	VB I	VB II	VB	Lehrlinge	summe
Summe 1290...	1.090	90	43	133	7	1.230

1291 BA für Kindergartenpädagogik und Sozialpädagogik

Allgemeiner Verwaltungsdienst	Funktionsgruppe										Summe
Verwendungsgruppe	9	8	7	6	5	4	3	2	1	GL	Beamte
A2									1		1
A3						1	4				5
A4									5	5	10
A6										1	1
										Summe ...	17

Teil II.A

Planstellenverzeichnis

1291 (Fortsetzung)

Verwaltungsdienst	Bewertungsgruppe							übrige VB	Summe VB I
Entlohnungsgruppe	7	6	5	4	3	2	1		
v3				1	10	2	2		15
v4					1	12			13
(I/R)								6	6
								Summe ...	34

Handwerkl. Dienst	Bewertungsgruppe					übrige VB	Summe VB II
Entlohnungsgruppe		4	3	2	1		
h4						49	49
h5						25	25
						Summe ...	74

Lehrer	Leiter							übrige	Summe
Verwendungsgruppe	Dir.	Dir. (Univ. Inst.)	Dir. (Bds-Konv.)	Dir. Stv.	Abt. Vorst.	Fach-Vorst.	Erz. Leiter	Lehrer	Beamte
L1	35				30			192	257
L2						1		224	225
								Summe...	482

	Summe Beamte	Vertragsbedienstete VB I	Vertragsbedienstete VB II	Summe VB	Summe Lehrlinge	Gesamtsumme
Summe 1291...	499	34	74	108		607

1292 Berufspädagogische Akademien

Allgemeiner Verwaltungsdienst	Funktionsgruppe										Summe
Verwendungsgruppe	9	8	7	6	5	4	3	2	1	GL	Beamte
A2							1	2	2	3	8
A3								4		1	5
A4								1	1		2
A5									1	2	3
										Summe ...	18

Verwaltungsdienst	Bewertungsgruppe							übrige VB	Summe VB I
Entlohnungsgruppe	7	6	5	4	3	2	1		
v2						1	4		5
v3					1	6	2		9
v4						3	2		5
								Summe ...	19

Teil II.A Planstellenverzeichnis

1292 (Fortsetzung)

Handwerkl. Dienst	Bewertungsgruppe					übrige VB	Summe VB II
Entlohnungsgruppe		4	3	2	1		
h4						3	3
h5						7	7
						Summe ...	10

		Summe
Lehrlinge		5

Lehrer	Leiter							übrige	Summe
Verwendungsgruppe	Dir.	Dir. (Univ. Inst.)	Dir. (Bds-Konv.)	Dir. Stv.	Abt. Leiter	Fach-Vorst.	Erz. Leiter	Lehrer	Beamte
LPA	4				12			8	24
L1								20	20
								Summe...	44

	Summe	Vertragsbedienstete		Summe	Summe Lehrlinge	Gesamtsumme
	Beamte	VB I	VB II	VB		
Summe 1292...	62	19	10	29	5	96

1293 Bundesanstalten für Leibeserziehung

Allgemeiner Verwaltungsdienst	Funktionsgruppe										Summe
Verwendungsgruppe	9	8	7	6	5	4	3	2	1	GL	Beamte
A2										2	2
A3								3			3
A5										2	2
										Summe ...	7

Verwaltungsdienst	Bewertungsgruppe							übrige VB	Summe VB I
Entlohnungsgruppe	7	6	5	4	3	2	1		
v2					1				1
v3					3	10	5		18
v4					2	2	9		13
(I/R)								2	2
								Summe ...	34

Teil II.A **Planstellenverzeichnis**

1293 (Fortsetzung)

Handwerkl. Dienst	Bewertungsgruppe					übrige VB	Summe VB II
Entlohnungsgruppe		4	3	2	1		
h2					3		3
h3						1	1
h4						17	17
h5						7	7
						Summe ...	28

Lehrer	Leiter							übrige	Summe
Verwendungsgruppe	Dir.	Dir. (Univ. Inst.)	Dir. (Bds-Konv.)	Dir. Stv.	Abt. Vorst.	Fach-Vorst.	Erz. Leiter	Lehrer	Beamte
L1	4				10			5	19
								Summe...	19

	Summe	Vertragsbedienstete		Summe	Summe Lehrlinge	Gesamtsumme
	Beamte	VB I	VB II	VB		
Summe 1293...	26	34	28	62		88

1294 Pädagogische Institute

Allgemeiner Verwaltungsdienst	Funktionsgruppe										Summe
Verwendungsgruppe	9	8	7	6	5	4	3	2	1	GL	Beamte
A2							3	4			7
A3							2	2	10		14
A4										1	1
										Summe ...	22

Verwaltungsdienst	Bewertungsgruppe							übrige VB	Summe VB I
Entlohnungsgruppe	7	6	5	4	3	2	1		
v3						2	21		23
v4						5	3		8
								Summe ...	31

Handwerkl. Dienst	Bewertungsgruppe					übrige VB	Summe VB II
Entlohnungsgruppe		4	3	2	1		
h4						3	3
						Summe ...	3

240 STELLENPLAN 2002

Teil II.A Planstellenverzeichnis

1294 (Fortsetzung)

Lehrer	Leiter							übrige	Summe
Verwendungsgruppe	Dir.	Dir. (Univ. Inst.)	Dir. (Bds-Konv.)	Dir. Stv.	Abt. Leiter	Fach-Vorst.	Erz. Leiter	Lehrer	Beamte
LPA	22				45			15	82
L1								51	51
								Summe...	133

	Summe	Vertragsbedienstete		Summe	Summe Lehrlinge	Gesamtsumme
	Beamte	VB I	VB II	VB		
Summe 1294...	155	31	3	34		189
Gesamtsumme 12...	**26.023**	**2.828**	**2.486**	**5.314**	**71**	**31.408**

Teil II.A

Planstellenverzeichnis

14 Wissenschaft

1400 Zentralleitung (Verwaltungsbereich Wissenschaft)

Allgemeiner Verwaltungsdienst	Funktionsgruppe										Summe
Verwendungsgruppe	9	8	7	6	5	4	3	2	1	GL	Beamte
A1	2	1	5	28	3	28	38	43			148
A2			2	17	23	44	3	2	1		92
A3		1			1	7	7	15	1	4	36
A4										4	4
A5										3	3
										Summe ...	283

Verwaltungsdienst	Bewertungsgruppe							übrige VB	Summe VB I
Entlohnungsgruppe	7	6	5	4	3	2	1		
v1					3	9	1		13
v2					4	1	2		7
v3					1	13	9		23
v4					1	28	3		32
								Summe ...	75

Vertragsbedienstete mit ADV-Sondervertrag	Bedienstetengruppe							übrige VB/SV	Summe VB/SV
	1	2	3	4	5	6	7		
		3	9	3	2				17

	Summe
Lehrlinge	6

Bindungen gem. Pkt. 4 Abs. 10 des Allgemeinen Teiles :

zuzüglich v.	PST-Bereich	zuzüglich v.	PST-Bereich
3 A1	1420	5 UAss (1A1/7, 1A1/6 und 3A1/4)	1420
1 A2	1420		
1 v1	1420		
1 v4	1420		
		3 v2	1420
		2 v3	1420

	Summe Beamte	Vertragsbedienstete VB I	Vertragsbedienstete VB II	Summe VB	Summe Lehrlinge	Gesamtsumme
Summe 1400...	283	92		92	6	381

242 **STELLENPLAN 2002**

Teil II.A **Planstellenverzeichnis**

1420 Universitäten

Allgemeiner Verwaltungsdienst	Funktionsgruppe										Summe
Verwendungsgruppe	9	8	7	6	5	4	3	2	1	GL	Beamte
A1			2	5	11	14	21	64	398	66	581
A2		1	9	29	31	49	184	381	64	113	861
A3					4	40	224	159	62	7	496
A4								21	10	46	77
A5								6	10	24	40
A6										7	7
										Summe ...	2.062

Verwaltungsdienst	Bewertungsgruppe							übrige VB	Summe VB I
Entlohnungsgruppe	7	6	5	4	3	2	1		
v1					1	15	216		* 232
v2				1	112	660	731		* 1.504
v3					682	948	208		* 1.838
v4					34	296	438		* 768
v5								15	15
								Summe ...	4.357

Von den v1 und den v2 sind je 3 Planstellen, und von den v3 ist
1 Planstelle für den Fachhochschulrat vorgesehen.
69 Planstellen dürfen erst nach Auflösung der zweckgeb. Geb. besetzt werden.
Von den 768 v4-Planstellen müssen mindestens 157 Planstellen
mit jugendlichen VB besetzt werden.

Vertragsbedienstete mit ADV-Sondervertrag	Bedienstetengruppe							übrige VB/SV	Summe VB/SV
	1	2	3	4	5	6	7		
	14	43	126	72	104	8	2		369

Handwerkl. Dienst	Bewertungsgruppe					übrige VB	Summe VB II
Entlohnungsgruppe		4	3	2	1		
h1			3	11	20		34
h2			25	60	51		136
h3						28	28
h4						258	258
h5						18	18
						Summe ...	474

Lehrlinge	Summe
	304

Teil II.A

Planstellenverzeichnis

1420 (Fortsetzung)

Lehrer	Leiter								
Verwendungsgruppe	Dir.	Dir. (Univ. Inst.)	Dir. (Bds-Konv.)	Dir. Stv.	Abt. Vorst.	Fach-Vorst.	Erz. Leiter	übrige Lehrer	Summe Beamte
L1		12						184	196
L2								16	16
								Summe...	212

Universitätslehrer (Vertragsassistenten)	Beamte
Verwendungsgruppe (Amtstitel)	
Universitätsprofessor (Vertragsprofessor)	* 1.850
Universitätsassistent (Vertragsassistent)	6.345
Summe...	8.195

Hievon 12 Planstellen für Rektoren gemäß §53 UOG 1993

Krankenpflegedienst	Beamte der Verwendungsgruppe		Summe	Vertragsbedienstete		Summe	Gesamt-
Verw. (Entl.)gruppe		übrige Beamte	Beamte	VB I	VB II	VB	summe
K1 (k1)		13	13				13
K2 (k2)		94	94	104		104	198
K4 (k4)				21		21	21
K5 (k5)		1	1				1
K6 (k6)		3	3	14		14	17
Summe...		111	111	139		139	250

Bindungen gem. Pkt.4 Abs. 10 des Allgemeinen Teiles :

zuzüglich v.	PST-Bereich
3 v1	3030
18 A1	3030

abzüglich f.	PST-Bereich
2 UAss	0400
1 UAss	1000
1 v1	1400
3 v2	1400
2 v3	1400
1 v4	1400

abzüglich f.	PST-Bereich
3 A1	1400
1 A2	1400
5 UAss (1A1/7, 1A1/6 und 3A1/4)	1400

	Summe	Vertragsbedienstete		Summe	Summe Lehrlinge	Gesamt-
	Beamte	VB I	VB II	VB		summe
Summe 1420...	10.580	4.865	474	5.339	304	16.223

Teil II.A Planstellenverzeichnis

1424 Wissenschaftliche Anstalten

Allgemeiner Verwaltungsdienst	Funktionsgruppe										Summe
Verwendungsgruppe	9	8	7	6	5	4	3	2	1	GL	Beamte
A1			1	1	5	7	3	22	104		143
A2					1	2	9	30			42
A3						1	16	6	5		28
A4										1	1
A5										1	1
										Summe ...	215

Verwaltungsdienst	Bewertungsgruppe							übrige VB	Summe VB I
Entlohnungsgruppe	7	6	5	4	3	2	1		
v1					1		28		29
v2					3	18	2		23
v3					15	41	15		71
v4						1			* 1
								Summe ...	124

Vertragsbedienstete mit ADV-Sondervertrag	Bedienstetengruppe							übrige VB/SV	Summe VB/SV
	1	2	3	4	5	6	7		
	1	2	4	5	5	6			23

Bindungen gem. Pkt. 4 Abs. 10 des Allgemeinen Teiles :
zuzüglich v. PST-Bereich
1 v4 4010

	Summe Beamte	Vertragsbedienstete VB I	Vertragsbedienstete VB II	Summe VB	Summe Lehrlinge	Gesamtsumme
Summe 1424...	215	147		147		362

1430 Universitäten der Künste

Allgemeiner Verwaltungsdienst	Funktionsgruppe										Summe
Verwendungsgruppe	9	8	7	6	5	4	3	2	1	GL	Beamte
A1						6	7	5	11	1	30
A2				1	4	8	21	21	2	1	58
A3						1	14	19	4		38
A4									3	6	9
A5										1	1
A6										3	3
										Summe ...	139

Teil II.A

Planstellenverzeichnis

1430 (Fortsetzung)

Verwaltungsdienst	Bewertungsgruppe							übrige VB	Summe VB I
Entlohnungsgruppe	7	6	5	4	3	2	1		
v1						3	31		34
v2					14	44	51		109
v3					19	67	34		120
v4					1	24	77		* 102
v5								4	4
								Summe ...	369

Von den 102 v4-Planstellen müssen mindestens 27 mit jugendlichen VB besetzt werden.

Vertragsbedienstete mit ADV-Sondervertrag	Bedienstetengruppe							übrige VB/SV	Summe VB/SV
	1	2	3	4	5	6	7		
		6		6	15				27

Handwerkl. Dienst	Bewertungsgruppe					übrige VB	Summe VB II
Entlohnungsgruppe		4	3	2	1		
h1			1	3	4		8
h2			1	3	13		17
h3						18	18
h4						67	67
h5						7	7
						Summe ...	117

Lehrlinge	Summe
	16

Lehrer	Leiter							übrige Lehrer	Summe Beamte
Verwendungsgruppe	Dir.	Dir. (Univ. Inst.)	Dir. (Bds-Konv.)	Dir. Stv.	Abt. Vorst.	Fach-Vorst.	Erz. Leiter		
L1								61	61
								Summe...	61

246 STELLENPLAN 2002

Teil II.A Planstellenverzeichnis

1430 (Fortsetzung)

Universitätslehrer (Vertragsassistenten)	Beamte
Verwendungsgruppe (Amtstitel)	
Universitätsprofessor (Vertragsprofessor)	* 482
Universitätsassistent (Vertragsassistent)	210
Summe...	692

Von den 482 Planstellen der Universitätsprofessoren dürfen 69 nur mit Vertragsprofessoren besetzt werden.

	Summe	Vertragsbedienstete		Summe	Summe Lehrlinge	Gesamtsumme
	Beamte	VB I	VB II	VB		
Summe 1430...	892	396	117	513	16	1.421
Gesamtsumme 14...	**11.970**	**5.500**	**591**	**6.091**	**326**	**18.387**

Teil II.A **Planstellenverzeichnis**

15 Soziale Sicherheit und Generationen

1500 Zentralleitung

Allgemeiner Verwaltungsdienst	Funktionsgruppe										Summe
Verwendungsgruppe	9	8	7	6	5	4	3	2	1	GL	Beamte
A1	4	5	18	28	51	58	96	59	3	2	324
A2		1	11	29	53	72	29	8	1		204
A3		1		1	4	11	13	46	8	8	92
A4									1	5	6
A5										2	2
A6										1	1
										Summe ...	629

Verwaltungsdienst	Bewertungsgruppe							übrige VB	Summe VB I
Entlohnungsgruppe	7	6	5	4	3	2	1		
v1			1	2	31	19	4		57
v2			7	13	32	9			61
v3				2	11	60	17		90
v4					1				1
(I/R)								4	4
								Summe ...	213

Vertragsbedienstete mit ADV-Sondervertrag	Bedienstetengruppe							übrige VB/SV	Summe VB/SV
	1	2	3	4	5	6	7		
		3	4	1					8

Bindungen gem. Pkt. 4 Abs. 10 des Allgemeinen Teiles :

abzüglich f. PST-Bereich
4 A1 2000/2010
3 v1 2000/2010
4 I/R 2000/2010

	Summe	Vertragsbedienstete		Summe	Summe Lehrlinge	Gesamtsumme
	Beamte	VB I	VB II	VB		
Summe 1500...	629	221		221		850

248 **STELLENPLAN 2002**

Teil II. A **Planstellenverzeichnis**

1570 Bundessozialämter

Allgemeiner Verwaltungsdienst	Funktionsgruppe										Summe
Verwendungsgruppe	9	8	7	6	5	4	3	2	1	GL	Beamte
A1			1	3	4	7	30	20	47	99	211
A2		1	2	6	2	62	93	137	2		305
A3					3	1	11	49	4	35	103
A4								1	3	13	17
A5										1	1
										Summe ...	637

Verwaltungsdienst	Bewertungsgruppe							übrige VB	Summe VB I
Entlohnungsgruppe	7	6	5	4	3	2	1		
v1					1	1	25		27
v2					16	37			53
v3					1	15	26		42
v4						1	2		3
								Summe ...	125

Krankenpflegedienst	Beamte der Verwendungsgruppe	übrige Beamte	Summe Beamte	Vertragsbedienstete VB I	Vertragsbedienstete VB II	Summe VB	Gesamtsumme
Verw. (Entl.)gruppe							
K2 (k2)				3		3	3
K5 (k5)		1	1				1
Summe...		1	1	3		3	4

	Summe Beamte	Vertragsbedienstete VB I	Vertragsbedienstete VB II	Summe VB	Summe Lehrlinge	Gesamtsumme
Summe 1570...	638	128		128		766
Gesamtsumme 15...	**1.267**	**349**		**349**		**1.616**

Teil II.A **Planstellenverzeichnis**

17 Gesundheit

1790 Lebensmitteluntersuchungsanstalten

Allgemeiner Verwaltungsdienst	Funktionsgruppe										Summe
Verwendungsgruppe	9	8	7	6	5	4	3	2	1	GL	Beamte
A1				1	3	2	5	19	11	8	49
A2					2	1	34	20			57
A3						6	8	1	1		16
										Summe ...	122

Verwaltungsdienst	Bewertungsgruppe							übrige VB	Summe VB I
Entlohnungsgruppe	7	6	5	4	3	2	1		
v1						1	15		16
v2				1	16	8	1		26
v3					12	2	4		18
v4					7	1			8
								Summe ...	68

Handwerkl. Dienst	Bewertungsgruppe					übrige VB	Summe VB II
Entlohnungsgruppe		4	3	2	1		
h3						1	1
h4						8	8
						Summe ...	9

Krankenpflegedienst	Beamte der Verwendungsgruppe		Summe	Vertragsbedienstete		Summe	Gesamtsumme
Verw. (Entl.)gruppe		übrige Beamte	Beamte	VB I	VB II	VB	
K2 (k2)				3		3	3
K6 (k6)				1		1	1
Summe...				4		4	4

	Summe Beamte	Vertragsbedienstete VB I	Vertragsbedienstete VB II	Summe VB	Summe Lehrlinge	Gesamtsumme
Summe 1790...	122	72	9	81		203

250 **STELLENPLAN 2002**

Teil II.A **Planstellenverzeichnis**

1791 Bundesinstitut für Arzneimittel

Allgemeiner Verwaltungsdienst	Funktionsgruppe										Summe
Verwendungsgruppe	9	8	7	6	5	4	3	2	1	GL	Beamte
A1			1	1	5	1	4	3	11	3	29
A2							13	2			15
A3								1			1
A4								1			1
										Summe ...	46

Verwaltungsdienst	Bewertungsgruppe							übrige	Summe
Entlohnungsgruppe	7	6	5	4	3	2	1	VB	VB I
v1					1		9		10
v2					6	3			9
v3						8			8
v4					9				9
								Summe ...	36

Handwerkl. Dienst	Bewertungsgruppe					übrige	Summe
Entlohnungsgruppe		4	3	2	1	VB	VB II
h3						3	3
h4						2	2
						Summe ...	5

Krankenpflegedienst	Beamte der Verwendungsgruppe		Summe	Vertragsbedienstete		Summe	Gesamt-
		übrige	Beamte	VB I	VB II	VB	summe
Verw. (Entl.)gruppe		Beamte					
K2 (k2)		1	1	2		2	3
K6 (k6)		1	1	3		3	4
Summe...		2	2	5		5	7

	Summe	Vertragsbedienstete		Summe	Summe Lehrlinge	Gesamt-
	Beamte	VB I	VB II	VB		summe
Summe 1791...	48	41	5	46		94

Teil II.A **Planstellenverzeichnis**

1793 *Bakteriologisch-serologische Untersuchungsanstalten*

Allgemeiner Verwaltungsdienst	Funktionsgruppe										Summe
Verwendungsgruppe	9	8	7	6	5	4	3	2	1	GL	Beamte
A1				1	6	2	1	8	2		20
A2				1	5		2		1		9
A3						1	1	6	3		11
A4								2	1		3
A5									1		1
A6										5	5
										Summe ...	49

Verwaltungsdienst	Bewertungsgruppe							übrige VB	Summe VB I
Entlohnungsgruppe	7	6	5	4	3	2	1		
v1					1	4	11		16
v2				1	6	2			9
v3					3	4	5		12
v4					21	4			25
								Summe ...	62

Handwerkl. Dienst	Bewertungsgruppe					übrige VB	Summe VB II
Entlohnungsgruppe		4	3	2	1		
h1				1			1
h2				1			1
h3						10	10
h4						12	12
						Summe ...	24

Krankenpflegedienst	Beamte der Verwendungsgruppe		Summe	Vertragsbedienstete		Summe	Gesamtsumme
		übrige	Beamte	VB I	VB II	VB	
Verw.(Entl.)gruppe		Beamte					
K2 (k2)		27	27	36		36	63
K5 (k5)				1		1	1
K6 (k6)		2	2	16		16	18
Summe...		29	29	53		53	82

	Summe	Vertragsbedienstete		Summe	Summe Lehrlinge	Gesamtsumme
	Beamte	VB I	VB II	VB		
Summe 1793...	78	115	24	139		217

252 **STELLENPLAN 2002**

Teil II.A **Planstellenverzeichnis**

1795 Veterinärmedizinische Anstalten

Allgemeiner Verwaltungsdienst	Funktionsgruppe										Summe
Verwendungsgruppe	9	8	7	6	5	4	3	2	1	GL	Beamte
A1				1	3	2	5		15	1	27
A2							19	3	4		26
A3							6	2	1	5	14
A4								2		2	4
A6										1	1
										Summe ...	72

Verwaltungsdienst	Bewertungsgruppe							übrige VB	Summe VB I
Entlohnungsgruppe	7	6	5	4	3	2	1		
v1							8		8
v2					9	5			14
v3					1	15	7		23
v4					13	3	2		18
								Summe ...	63

Handwerkl. Dienst	Bewertungsgruppe					übrige VB	Summe VB II
Entlohnungsgruppe		4	3	2	1		
h2				1	2		3
h3						8	8
h4						6	6
						Summe ...	17

Krankenpflegedienst	Beamte der Verwendungsgruppe		Summe	Vertragsbedienstete		Summe	Gesamtsumme
		übrige	Beamte	VB I	VB II	VB	
Verw. (Entl.)gruppe		Beamte					
K2 (k2)		9	9	7		7	16
K5 (k5)		1	1	1		1	2
K6 (k6)		11	11	16		16	27
Summe...		21	21	24		24	45

	Summe	Vertragsbedienstete		Summe	Summe Lehrlinge	Gesamtsumme
	Beamte	VB I	VB II	VB		
Summe 1795...	93	87	17	104		197

Teil II.A **Planstellenverzeichnis**

1796 Veterinärmedizinischer Grenzbeschaudienst

Allgemeiner Verwaltungsdienst	Funktionsgruppe										Summe
Verwendungsgruppe	9	8	7	6	5	4	3	2	1	GL	Beamte
A1									5	2	7
										Summe ...	7

Verwaltungsdienst	Bewertungsgruppe							übrige VB	Summe VB I
Entlohnungsgruppe	7	6	5	4	3	2	1		
v1							24		24
								Summe ...	24

	Summe Beamte	Vertragsbedienstete VB I	Vertragsbedienstete VB II	Summe VB	Summe Lehrlinge	Gesamtsumme
Summe 1796...	7	24		24		31
Gesamtsumme 17...	**348**	**339**	**55**	**394**		**742**
Gesamtsumme 15+17...	**1.615**	**688**	**55**	**743**		**2.358**

254 **STELLENPLAN 2002**

Teil II.A **Planstellenverzeichnis**

20 Äußeres

2000 Zentralleitung und Vertretungsbehörden (2010)

Allgemeiner Verwaltungsdienst	Funktionsgruppe										Summe
Verwendungsgruppe	9	8	7	6	5	4	3	2	1	GL	Beamte
A1	5	14	43	57	57	81	149	30		1	437
A2		5	8	67	76	31	15	5			207
A3		1			5	7	12	36	10	9	80
A4									1		1
A5									2	3	5
A7										2	2
										Summe ...	732

Verwaltungsdienst	Bewertungsgruppe							übrige VB	Summe VB I
Entlohnungsgruppe	7	6	5	4	3	2	1		
v1						14	30		44
v2				3	40	11			54
v3				1	73	200	112		386
v4					162	32	2		196
v5								36	36
								Summe ...	716

Vertragsbedienstete mit ADV-Sondervertrag	Bedienstetengruppe							übrige VB/SV	Summe VB/SV
	1	2	3	4	5	6	7		
		2	5		12	1	4		24

Teil II.A Planstellenverzeichnis

2000 (Fortsetzung)

Handwerkl. Dienst	Bewertungsgruppe					übrige VB	Summe VB II
Entlohnungsgruppe		4	3	2	1		
h3						5	5
h4						14	14
h5						4	4
						Summe ...	23

Bindungen gem. Pkt. 4 Abs. 10 des Allgemeinen Teiles :

zuzüglich v.	PST-Bereich	zuzüglich v.	PST-Bereich	abzüglich f.	PST-Bereich
2 A1	1000	12 MB02	4010	1 A2	2030
1 v1	1000	1 A1	4010		
1 v3	1000	2 MBU01	4010		
4 A1	1500	1 A4	4010		
3 v1	1500	2 A1	6000		
4 I/R	1500	1 A2	6000		
1 v4	3000	1 A4	6000		
1 A4	4000	1 v1	6000		
3 MB01	4010	1 I/R	6000		
		2 v1	6500		
		1 v4	6500		

	Summe Beamte	Vertragsbedienstete VB I	Vertragsbedienstete VB II	Summe VB	Summe Lehrlinge	Gesamtsumme
Summe 2000...	732	740	23	763		1.495

2030 Österreichische Kulturinstitute

Allgemeiner Verwaltungsdienst	Funktionsgruppe										Summe
Verwendungsgruppe	9	8	7	6	5	4	3	2	1	GL	Beamte
A1			1	6	3	1	4				15
A2					4	2					6
A3								1			1
										Summe ...	22

256 **STELLENPLAN 2002**

Teil II.A **Planstellenverzeichnis**

2030 (Fortsetzung)

Verwaltungsdienst	Bewertungsgruppe							übrige VB	Summe VB I
Entlohnungsgruppe	7	6	5	4	3	2	1		
v3					1	5	3		9
v4					5	1			6
v5								1	1
								Summe ...	16

Bindungen gem. Pkt. 4 Abs. 10 des Allgemeinen Teiles :
zuzüglich v. PST-Bereich
1 A2 2000/2010

	Summe Beamte	Vertragsbedienstete VB I	Vertragsbedienstete VB II	Summe VB	Summe Lehrlinge	Gesamtsumme
Summe 2030...	22	16		16		38
Gesamtsumme 20...	**754**	**756**	**23**	**779**		**1.533**

Teil II.A

Planstellenverzeichnis

30 Justiz

3000 Zentralleitung

Allgemeiner Verwaltungsdienst	Funktionsgruppe										Summe
Verwendungsgruppe	9	8	7	6	5	4	3	2	1	GL	Beamte
A1	1	5	8	14	20	25	16	4			* 93
A2			10	9	10	12	8	2			51
A3		1	2	1		10	17	1			32
										Summe ...	176

Von den Beamten der Verwendungsgruppe A1 können 8 Planstellen mit Generalanwälten (auslaufend für Sektions- und Abteilungsleiter) und die übrigen Planstellen nach Maßgabe des §153a BDG 1979 mit Staatsanwälten besetzt werden.

Verwaltungsdienst	Bewertungsgruppe							übrige VB	Summe VB I
Entlohnungsgruppe	7	6	5	4	3	2	1		
v1						1			1
v2					2				2
v3					5	2	13		20
v4					2	33	8		43
								Summe ...	66

Handwerkl. Dienst	Bewertungsgruppe					übrige VB	Summe VB II
Entlohnungsgruppe		4	3	2	1		
h1					2		2
h2					1		1
h4						4	4
						Summe ...	7

Bindungen gem. Pkt.4 Abs. 10 des Allgemeinen Teiles :

zuzüglich v. PST-Bereich
26 Übr Richter 3020
3 Staatsanw 3020
1 E1 3030
5 E2a 3030

abzüglich f. PST-Bereich
1 v4 2000/2010

	Summe Beamte	Vertragsbedienstete VB I	Vertragsbedienstete VB II	Summe VB	Summe Lehrlinge	Gesamtsumme
Summe 3000...	176	66	7	73		249

258 STELLENPLAN 2002

Teil II.A Planstellenverzeichnis

3010 Oberster Gerichtshof und Generalprokuratur

Allgemeiner Verwaltungsdienst	Funktionsgruppe										Summe
Verwendungsgruppe	9	8	7	6	5	4	3	2	1	GL	Beamte
A2				3	1	1		2			7
A3							2		1	1	4
A4										8	8
A5								1		1	2
										Summe ...	21

Verwaltungsdienst	Bewertungsgruppe							übrige VB	Summe VB I
Entlohnungsgruppe	7	6	5	4	3	2	1		
v3					3	1	5		9
v4						1	3		4
v5								1	1
								Summe ...	14

Richter und Richteramtsanwärter	Beamte
Planstelle (Amtstitel)	
Präsident des Obersten Gerichtshofes	1
Vizepräsident des Obersten Gerichtshofes	2
Senatspräsident des Obersten Gerichtshofes	13
Hofrat des Obersten Gerichtshofes	42
Summe...	58

Staatsanwälte	Beamte
Planstelle (Amtstitel)	
Generalprokurator	1
Erster Generalanwalt	3
Generalanwalt	10
Summe...	14

Bindungen gem. Pkt. 4 Abs. 10 des Allgemeinen Teiles :
zuzüglich v. PST-Bereich
6 Übr Richter 3020
1 Staatsanw 3020

	Summe	Vertragsbedienstete		Summe	Summe Lehrlinge	Gesamtsumme
	Beamte	VB I	VB II	VB		
Summe 3010...	93	14		14		107

Teil II.A

Planstellenverzeichnis

3020 Justizbehörden in den Ländern

Allgemeiner Verwaltungsdienst	Funktionsgruppe										Summe
Verwendungsgruppe	9	8	7	6	5	4	3	2	1	GL	Beamte
A2		2	29	56	72	861	80	25	3		1.128
A3			78	60	164	48	238	670	322		1.580
										Summe ...	2.708

Verwaltungsdienst	Bewertungsgruppe							übrige VB	Summe VB I
Entlohnungsgruppe	7	6	5	4	3	2	1		
v1							2		2
v2					7	1	119		127
v3			8	44	151	237	472		912
v4					57	1.087	271		1.415
v5								10	10
								Summe ...	2.466

Handwerkl. Dienst	Bewertungsgruppe					übrige VB	Summe VB II
Entlohnungsgruppe		4	3	2	1		
h3						10	10
h4						40	40
h5						50	50
						Summe ...	100

		Summe
Lehrlinge		35

Richter und Richteramtsanwärter	Beamte
Planstelle (Amtstitel)	
Präsident des Oberlandesgerichtes	4
Vizepräsident des Oberlandesgerichtes	4
Senatspräsident des Oberlandesgerichtes	54
Richter des Oberlandesgerichtes	110
Präsident des Gerichtshofes I. Instanz	21
Vizepräsident des Gerichtshofes I. Instanz	29
Übrige Richter	1.424
Richteramtsanwärter	150
Summe...	1.796

260 STELLENPLAN 2002

Teil II.A Planstellenverzeichnis

3020 (Fortsetzung)

Staatsanwälte Planstelle (Amtstitel)	Beamte
Leitender Oberstaatsanwalt	4
Erster Oberstaatsanwalt	4
Oberstaatsanwalt	11
Leitender Staatsanwalt	17
Erster Staatsanwalt	23
Gruppenleiter einer Staatsanwaltschaft	12
Staatsanwalt	136
Summe...	207

Bindungen gem. Pkt.4 Abs. 10 des Allgemeinen Teiles :

abzüglich f. PST-Bereich
26 Übr Richter 3000
3 Staatsanw 3000
6 Übr Richter 3010
1 Staatsanw 3010

	Summe	Vertragsbedienstete		Summe	Summe Lehrlinge	Gesamtsumme
	Beamte	VB I	VB II	VB		
Summe 3020...	4.711	2.466	100	2.566	35	7.312

3030 Justizanstalten

Allgemeiner Verwaltungsdienst	Funktionsgruppe										Summe
Verwendungsgruppe	9	8	7	6	5	4	3	2	1	GL	Beamte
A1					2	7	6	11	22	29	77
A2				1	1	12	20	26			60
A3							1	3			4
										Summe ...	141

Verwaltungsdienst	Bewertungsgruppe							übrige VB	Summe
Entlohnungsgruppe	7	6	5	4	3	2	1		VB I
v1					1	2	66		69
v2					4	47	10		* 61
v3						3	44		47
v4						74	4		78
								Summe ...	255

Von den v2/1 können bis zu 10 Planstellen mit Vertragslehrern IL/12 besetzt werden.

Teil II. A **Planstellenverzeichnis**

3030 (Fortsetzung)

Handwerkl. Dienst	Bewertungsgruppe					übrige VB	Summe VB II
Entlohnungsgruppe		4	3	2	1		
h1				5			5
h2					10		10
h3						3	3
h4						1	1
h5						1	1
						Summe ...	20

Lehrer	Leiter							übrige	Summe
Verwendungsgruppe	Dir.	Dir. (Univ. Inst.)	Dir. (Bds-Konv.)	Dir. Stv.	Abt. Vorst.	Fach-Vorst.	Erz. Leiter	Lehrer	Beamte
L2	2							4	6
								Summe...	6

Exekutivdienst	Funktionsgruppe												Summe
Verwendungsgruppe	11	10	9	8	7	6	5	4	3	2	1	GL	Beamte
E1			2	4	5	2	5	19	13	29			79
E2a					11	23	48	42	83	434	1.162	291	2.094
E2b												860	860
												Summe ...	3.033

Krankenpflegedienst	Beamte der Verwendungsgruppe		Summe	Vertragsbedienstete		Summe	Gesamtsumme
Verw. (Entl.)gruppe		übrige Beamte	Beamte	VB I	VB II	VB	
K2 (k2)				9		9	9
K3 (k3)		12	12				12
K4 (k4)		6	6	57		57	63
K6 (k6)				12		12	12
Summe...		18	18	78		78	96

Bindungen gem. Pkt. 4 Abs. 10 des Allgemeinen Teiles :

	abzüglich f. PST-Bereich
18 A1	1420
3 v1	1420
1 E1	3000
5 E2a	3000

	Summe	Vertragsbedienstete		Summe	Summe Lehrlinge	Gesamtsumme
	Beamte	VB I	VB II	VB		
Summe 3030...	3.198	333	20	353		3.551

262 **STELLENPLAN 2002**

Teil II.A **Planstellenverzeichnis**

3050 Bewährungshilfe

Allgemeiner Verwaltungsdienst	Funktionsgruppe										Summe
Verwendungsgruppe	9	8	7	6	5	4	3	2	1	GL	Beamte
A1					1		5		4	1	11
A2					3	5	30	51			89
										Summe ...	100

	Summe Beamte	Vertragsbedienstete VB I	Vertragsbedienstete VB II	Summe VB	Summe Lehrlinge	Gesamtsumme
Summe 3050...	100					100
Gesamtsumme 30...	**8.278**	**2.879**	**127**	**3.006**	**35**	**11.319**

Teil II.A **Planstellenverzeichnis**

40 Militärische Angelegenheiten

4000 Zentralleitung

Allgemeiner Verwaltungsdienst	Funktionsgruppe										Summe
Verwendungsgruppe	9	8	7	6	5	4	3	2	1	GL	Beamte
A1	1	1	5	9	16	30	56	33		1	* 152
A2		1	17	40	70	142	15	26	1		312
A3		1		3	11	39	127	163	8	3	355
A4								5			5
										Summe ...	824

Von den Beamten der Verwendungsgruppe A1 kann 1 Planstelle mit 1 Berufsoffizier der Verwendungsgruppe MB01 besetzt werden.

Verwaltungsdienst	Bewertungsgruppe							übrige VB	Summe
Entlohnungsgruppe	7	6	5	4	3	2	1		VB I
v3						19			19
v4						143			143
								Summe ...	162

		Summe
Lehrlinge		5

Bindungen gem. Pkt.4 Abs. 10 des Allgemeinen Teiles :

abzüglich f. PST-Bereich
1 A4 2000/2010

	Summe	Vertragsbedienstete		Summe	Summe	Gesamt-
	Beamte	VB I	VB II	VB	Lehrlinge	summe
Summe 4000...	824	162		162	5	991

4010 Militärpersonen und Heeresverwaltung

Allgemeiner Verwaltungsdienst	Funktionsgruppe										Summe
Verwendungsgruppe	9	8	7	6	5	4	3	2	1	GL	Beamte
A1			1	3	4	27	27	29	91	6	188
A2			13	63	75	272	141	348	203	30	1.145
A3			2	94	233	117	492	656	755	34	2.383
A4								479	325	159	963
A5									2	22	24
A6										28	28
										Summe ...	4.731

264 STELLENPLAN 2002

Teil II.A Planstellenverzeichnis

4010 (Fortsetzung)

Verwaltungsdienst	Bewertungsgruppe							übrige	Summe
Entlohnungsgruppe	7	6	5	4	3	2	1	VB	VB I
v1						1	1		2
v2				2		14	2		18
v3				9	10	10	10		39
v4					15	850			865
v5								4	4
(I/R)								40	40
								Summe ...	968

Vertragsbedienstete mit ADV-Sondervertrag	Bedienstetengruppe							übrige	Summe
	1	2	3	4	5	6	7	VB/SV	VB/SV
	1	21	50	32	23	13	2		142

Handwerkl. Dienst	Bewertungsgruppe					übrige	Summe
Entlohnungsgruppe		4	3	2	1	VB	VB II
h1					2		2
h2			16	220	93		329
h3						50	50
h4						74	74
h5						20	20
(II/R)						4	4
						Summe ...	479

Von den VB können 580 Planstellen mit Bediensteten in Ausübung einer UO-Funktion gem. Wehrgesetz §11 besetzt werden.
Die 4 II/R werden nicht zentral besoldet.

Lehrlinge	Summe
	171

Lehrer	Leiter							übrige	Summe
Verwendungsgruppe	Dir.	Dir. (Univ. Inst.)	Dir. (Bds-Konv.)	Dir. Stv.	Abt. Vorst.	Fach-Vorst.	Erz. Leiter	Lehrer	Beamte
L2								14	14
								Summe...	14

Teil II.A

Planstellenverzeichnis

4010 (Fortsetzung)

Militärischer Dienst	Funktionsgruppe												Summe
Verwendungsgruppe	9	8	7	6	5	4	3	2			1	GL	Beamte
MBO1	2	6	14	44	58	96	105	103			98	8	* 534
MBO2	11	35	116	191	429	220	575	709			136	1	* 2.423
MBUO1			14	72	175	958	2.327	1.445			3.621	262	* 8.874
MBUO2								548			1.670	13	* 2.231
												Summe ...	14.062
MZO1						1	6	8			12	24	51
MZO2							5	20			120	155	300
MZUO1							5	34			161	244	444
MZUO2								207			779	2.382	3.368
MZCh												100	100
												Summe ...	4.263
												Summe Militärischer Dienst ...	18.325

Von den Berufsoffizieren der Verwendungsgruppe MBO1 können
154 Planstellen für eine Verwendung in der Zentralleitung herangezogen und
7 Planstellen für Bedienstete nach anderen Rechtsvorschriften gebunden
werden.
Auf Rechnung von freien Planstellen der Berufsoffiziere der Verwendungsgruppe
MBO1 können Beamte der Verwendungsgruppe A1 ernannt werden.
Von den Berufsoffizieren der Verwendungsgruppe MBO2 können
186 Planstellen für eine Verwendung in der Zentralleitung herangezogen
werden.
Auf Rechnung von freien Planstellen der Berufsoffiziere der Verwendungsgruppe
MBO2 können bis zu 50 Beamte der Verwendungsgruppe A2 ernannt werden.
Von den Beamten der Verwendungsgruppe MBUO1 können 110 Planstellen für eine
Verwendung in der Zentralleitung herangezogen werden.
Die Planstellen der Verwendungsgruppen MBUO1 und MBUO2 können auch mit Beamten
der Verwendungsgruppen A3 bis A7 besetzt werden.

266

STELLENPLAN 2002

Teil II.A

Planstellenverzeichnis

4010 (Fortsetzung)

Krankenpflegedienst	Beamte der Verwendungsgruppe		Summe	Vertragsbedienstete		Summe	Gesamtsumme
Verw. (Entl.)gruppe		übrige Beamte	Beamte	VB I	VB II	VB	
K2 (k2)		33	33	1		1	34
K3 (k3)		29	29	1		1	30
K4 (k4)		8	8	7		7	15
K5 (k5)		3	3	3		3	6
K6 (k6)				2		2	2
Summe...		73	73	14		14	87

Bindungen gem. Pkt.4 Abs. 10 des Allgemeinen Teiles :

abzüglich f.	PST-Bereich	abzüglich f.	PST-Bereich
1 MB01	0100	3 MB01	2000/2010
1 MB02	0240	12 MB02	2000/2010
2 v4	0400	2 MBU01	2000/2010
2 MB01	1000	1 A1	2000/2010
1 v4	1424	1 A4	2000/2010

	Summe	Vertragsbedienstete		Summe	Summe Lehrlinge	Gesamtsumme
	Beamte	VB I	VB II	VB		
Summe 4010...	23.143	1.124	479	1.603	171	24.917

4040 Heeresgeschichtl. Museum, Militärhistorisches Institut

Allgemeiner Verwaltungsdienst	Funktionsgruppe										Summe
Verwendungsgruppe	9	8	7	6	5	4	3	2	1	GL	Beamte
A1					1	1	2	2	8		14
A2				2		10	2	2	1		17
A3							16	4	2	5	27
A4								4			4
										Summe ...	62

Verwaltungsdienst	Bewertungsgruppe							übrige VB	Summe VB I
Entlohnungsgruppe	7	6	5	4	3	2	1		
v4						6	10		16
v5								12	12
								Summe ...	28

Teil II.A Planstellenverzeichnis

4040 (Fortsetzung)

Handwerkl. Dienst	Bewertungsgruppe					übrige VB	Summe VB II
Entlohnungsgruppe		4	3	2	1		
h2			3				3
h3						1	1
h4						3	3
h5						1	1
					Summe ...		8

	Summe Beamte	Vertragsbedienstete VB I	Vertragsbedienstete VB II	Summe VB	Summe Lehrlinge	Gesamtsumme
Summe 4040...	62	28	8	36		98

4050 Allentsteig (betriebsähnl. Einrichtung)

Allgemeiner Verwaltungsdienst	Funktionsgruppe										Summe
Verwendungsgruppe	9	8	7	6	5	4	3	2	1	GL	Beamte
A1								1			1
A2								2			2
A3							1			1	2
A4										2	2
										Summe ...	7

Verwaltungsdienst	Bewertungsgruppe							übrige VB	Summe VB I
Entlohnungsgruppe	7	6	5	4	3	2	1		
(I/K)								21	* 21
							Summe ...		21

Die 21 VB I/K werden nicht zentral besoldet.

Handwerkl. Dienst	Bewertungsgruppe					übrige VB	Summe VB II
Entlohnungsgruppe		4	3	2	1		
(II/K)						36	* 36
					Summe ...		36

Die 36 VB II/K werden nicht zentral besoldet.

	Summe Beamte	Vertragsbedienstete VB I	Vertragsbedienstete VB II	Summe VB	Summe Lehrlinge	Gesamtsumme
Summe 4050...	7	21	36	57		64
Gesamtsumme 40...	**24.036**	**1.335**	**523**	**1.858**	**176**	**26.070**

268 **STELLENPLAN 2002**

Teil II.A **Planstellenverzeichnis**

50 Finanzverwaltung

5000 Zentralleitung

Allgemeiner Verwaltungsdienst	Funktionsgruppe										Summe
Verwendungsgruppe	9	8	7	6	5	4	3	2	1	GL	Beamte
A1	6		12	58	12	73	86	66	1	3	317
A2		1	17	46	70	22	23	18	2	2	201
A3		1			19	21	21	31	2	16	111
A4								2	5	4	11
A5										7	7
A6										7	7
A7										1	1
										Summe ...	655

Verwaltungsdienst	Bewertungsgruppe							übrige VB	Summe VB I
Entlohnungsgruppe	7	6	5	4	3	2	1		
v1					5	7			12
v2				1	1				2
v3					15	64	47		126
v4						19	17		36
v5								22	22
								Summe ...	198

Vertragsbedienstete mit ADV-Sondervertrag	Bedienstetengruppe							übrige VB/SV	Summe VB/SV
	1	2	3	4	5	6	7		
		25	25		3				53

Handwerkl. Dienst	Bewertungsgruppe					übrige VB	Summe VB II
Entlohnungsgruppe		4	3	2	1		
h1					1		1
h2				3	7		10
h3						2	2
h4						11	11
h5						16	16
						Summe ...	40

Teil II. A **Planstellenverzeichnis**

5000 (Fortsetzung)

		Summe
Lehrlinge		8

Bindungen gem. Pkt. 4 Abs. 10 des Allgemeinen Teiles :
zuzüglich v. PST-Bereich
1 E1 5040
2 E2a 5040

	Summe	Vertragsbedienstete		Summe	Summe Lehrlinge	Gesamtsumme
	Beamte	VB I	VB II	VB		
Summe 5000...	655	251	40	291	8	954

5040 Finanzlandesdirektionen

Allgemeiner Verwaltungsdienst	Funktionsgruppe										Summe
Verwendungsgruppe	9	8	7	6	5	4	3	2	1	GL	Beamte
A1		1	5	15	46	81	283	307	270	10	1.018
A2			81	578	324	846	1.824	1.318	2		4.973
A3			6	27	2.048	359	70	868	11	9	3.398
A4								2	6	21	29
A5									5	20	25
A6										7	7
										Summe ...	9.450

Verwaltungsdienst	Bewertungsgruppe							übrige VB	Summe VB I
Entlohnungsgruppe	7	6	5	4	3	2	1		
v1					2	12	35		49
v2			1	7	116	218	3		345
v3				312	231	1.230	337		2.110
v4					1	90			91
v5								10	10
								Summe ...	2.605

Vertragsbedienstete mit ADV-Sondervertrag	Bedienstetengruppe							übrige VB/SV	Summe VB/SV
	1	2	3	4	5	6	7		
			7						7

Teil II.A Planstellenverzeichnis

5040 (Fortsetzung)

Handwerkl. Dienst	Bewertungsgruppe					übrige VB	Summe VB II
Entlohnungsgruppe		4	3	2	1		
h2				1	3		4
h3						6	6
h4						40	40
h5						45	45
						Summe ...	95

Lehrlinge	Summe
	32

Exekutivdienst	Funktionsgruppe												Summe
Verwendungsgruppe	11	10	9	8	7	6	5	4	3	2	1	GL	Beamte
E1			1		11		9		1				22
E2a					14	113	118	146	496	277	343	432	1.939
E2b												258	258
												Summe ...	2.219

Bindungen gem. Pkt.4 Abs. 10 des Allgemeinen Teiles :

abzüglich f. PST-Bereich
1 E1 5000
2 E2a 5000

	Summe	Vertragsbedienstete		Summe	Summe Lehrlinge	Gesamtsumme
	Beamte	VB I	VB II	VB		
Summe 5040...	11.669	2.612	95	2.707	32	14.408

5070 Bundespensionsamt

Allgemeiner Verwaltungsdienst	Funktionsgruppe										Summe
Verwendungsgruppe	9	8	7	6	5	4	3	2	1	GL	Beamte
A1				1		1		3	1		6
A2		2		2	6	6	19	25	4		64
A3						2		5	16	1	24
A4									1		1
A5										1	1
A7										1	1
										Summe ...	97

Teil II. A **Planstellenverzeichnis**

5070 (Fortsetzung)

Verwaltungsdienst	Bewertungsgruppe							übrige VB	Summe VB I
Entlohnungsgruppe	7	6	5	4	3	2	1		
v1							4		4
v2					3	12	13		28
v3						7	25		32
v4					1	17	5		23
v5								1	1
								Summe ...	88

	Summe Beamte	Vertragsbedienstete VB I	Vertragsbedienstete VB II	Summe VB	Summe Lehrlinge	Gesamtsumme
Summe 5070...	97	88		88		185

5071 Finanzprokuratur

Allgemeiner Verwaltungsdienst	Funktionsgruppe										Summe
Verwendungsgruppe	9	8	7	6	5	4	3	2	1	GL	Beamte
A1		1		14		23					38
A2				1		1	1	2			5
A3				1		2	2	2	1		8
										Summe ...	51

Verwaltungsdienst	Bewertungsgruppe							übrige VB	Summe VB I
Entlohnungsgruppe	7	6	5	4	3	2	1		
v1					6	1	2		9
v2					2	2			4
v3					13	2	3		18
v4						17	1		18
								Summe ...	49

Teil II.A

Planstellenverzeichnis

5071 (Fortsetzung)

Handwerkl. Dienst	Bewertungsgruppe					übrige VB	Summe VB II
Entlohnungsgruppe		4	3	2	1		
h3						1	1
h4						4	4
h5						1	1
						Summe ...	6

	Summe Beamte	Vertragsbedienstete VB I	Vertragsbedienstete VB II	Summe VB	Summe Lehrlinge	Gesamtsumme
Summe 5071...	51	49	6	55		106
Gesamtsumme 50...	**12.472**	**3.000**	**141**	**3.141**	**40**	**15.653**

Teil II.A

Planstellenverzeichnis

60 Land-, Forst- und Wasserwirtschaft

6000 Zentralleitung

Allgemeiner Verwaltungsdienst	Funktionsgruppe										Summe
Verwendungsgruppe	9	8	7	6	5	4	3	2	1	GL	Beamte
A1	5	6	15	37	40	89	145	51	5		393
A2		1	6	35	70	66	20	21	2	1	222
A3		1	1	1	10	14	21	16	8	5	77
A4									4	4	8
A5										5	5
										Summe ...	705

Verwaltungsdienst	Bewertungsgruppe							übrige VB	Summe VB I
Entlohnungsgruppe	7	6	5	4	3	2	1		
v1			1		44	8			53
v2			1	33	26	7	4		71
v3				6	49	67	35		157
v4					4	41	3		48
								Summe ...	329

Vertragsbedienstete mit ADV-Sondervertrag	Bedienstetengruppe							übrige VB/SV	Summe VB/SV
	1	2	3	4	5	6	7		
		1	3	1	1	2			8

Handwerkl. Dienst	Bewertungsgruppe					übrige VB	Summe VB II
Entlohnungsgruppe		4	3	2	1		
h1					1		1
h2					2		2
h3						3	3
h4						1	1
						Summe ...	7

274 **STELLENPLAN 2002**

Teil II.A **Planstellenverzeichnis**

6000 (Fortsetzung)

		Summe
Lehrlinge		2

Bindungen gem. Pkt. 4 Abs. 10 des Allgemeinen Teiles :

zuzüglich v.	PST-Bereich
1 v1	6051
1 v2	6051
1 A1	6051
1 v1	6053

abzüglich f.	PST-Bereich
2 A1	2000/2010
1 A4	2000/2010
1 A2	2000/2010
1 v1	2000/2010
1 v4	2000/2010

abzüglich f.	PST-Bereich
1 A3	6300
1 v2	6300
1 h1	6300

	Summe Beamte	Vertragsbedienstete VB I	Vertragsbedienstete VB II	Summe VB	Summe Lehrlinge	Gesamtsumme
Summe 6000...	705	337	7	344	2	1.051

6050 Landwirtschaftliche Bundeslehranstalten

Allgemeiner Verwaltungsdienst	Funktionsgruppe										Summe
Verwendungsgruppe	9	8	7	6	5	4	3	2	1	GL	Beamte
A1				1		1	3	6	2		13
A2							8	5	6		19
A3						3		13	3	4	23
A4									3	26	29
A5									1	2	3
A6										1	1
										Summe ...	88

Verwaltungsdienst	Bewertungsgruppe							übrige VB	Summe VB I
Entlohnungsgruppe	7	6	5	4	3	2	1		
v1							4		4
v2					2	7	2		11
v3					1	23	3		27
v4					1	10			11
(I/R)								3	3
								Summe ...	56

Teil II.A **Planstellenverzeichnis**

6050 (Fortsetzung)

Handwerkl. Dienst	Bewertungsgruppe					übrige VB	Summe VB II
Entlohnungsgruppe		4	3	2	1		
h1				1	5		6
h2				3	51		54
h3						22	22
h4						55	55
h5						58	58
(II/R)						17	17
(II/K)						47	* 47
						Summe ...	259

Die VB II/K werden nicht zentral besoldet.

Lehrlinge	Summe
	* 33

29 Lehrlinge werden nicht zentral besoldet.

Lehrer	Leiter							übrige Lehrer	Summe Beamte
Verwendungsgruppe	Dir.	Dir. (Univ. Inst.)	Dir. (Bds-Konv.)	Dir. Stv.	Abt. Vorst.	Fach-Vorst.	Erz. Leiter		
LPA	1							4	5
L1	9					3		131	143
L2								70	70
L3								1	1
								Summe...	219

	Summe Beamte	Vertragsbedienstete VB I	Vertragsbedienstete VB II	Summe VB	Summe Lehrlinge	Gesamtsumme
Summe 6050...	307	56	259	315	33	655

6051 Bundesämter für Landwirtschaft und landwirtsch. Bundesanst.

Allgemeiner Verwaltungsdienst	Funktionsgruppe										Summe
Verwendungsgruppe	9	8	7	6	5	4	3	2	1	GL	Beamte
A1		1		4	9	5	16	51	54		140
A2			2		6	16	73	39	8		144
A3						12	6	67	24	5	114
A4								10	13	17	40
A5									1	2	3
										Summe ...	441

276 **STELLENPLAN 2002**

Teil II.A **Planstellenverzeichnis**

6051 (Fortsetzung)

Verwaltungsdienst	Bewertungsgruppe							übrige VB	Summe VB I
Entlohnungsgruppe	7	6	5	4	3	2	1		
v1					1	4	26		31
v2					26	30	5		61
v3					19	124	50		193
v4					3	27	15		45
								Summe ...	330

Handwerkl. Dienst	Bewertungsgruppe					übrige VB	Summe VB II
Entlohnungsgruppe		4	3	2	1		
h1			1	6	17		24
h2			4	29	34		67
h3						14	14
h4						7	7
h5						4	4
(II/K)						51	* 51
						Summe ...	167

Die VB II/K werden nicht zentral besoldet.

Lehrlinge	Summe
	* 45

30 Lehrlinge werden nicht zentral besoldet.

Bindungen gem. Pkt. 4 Abs. 10 des Allgemeinen Teiles :

abzüglich f.	PST-Bereich
1 v1	6000
1 v2	6000
1 A1	6000

	Summe Beamte	Vertragsbedienstete VB I	Vertragsbedienstete VB II	Summe VB	Summe Lehrlinge	Gesamtsumme
Summe 6051...	441	330	167	497	45	983

6052 Forstwirtschaftliche Bundeslehranstalten

Allgemeiner Verwaltungsdienst	Funktionsgruppe										Summe
Verwendungsgruppe	9	8	7	6	5	4	3	2	1	GL	Beamte
A2								2			2
A3								1	1		2
A4										4	4
A7										1	1
										Summe ...	9

Teil II.A **Planstellenverzeichnis**

6052 (Fortsetzung)

Verwaltungsdienst	Bewertungsgruppe							übrige VB	Summe VB I
Entlohnungsgruppe	7	6	5	4	3	2	1		
v2						2			2
v3					1	4	1		6
v4							1		1
							Summe ...		9

Handwerkl. Dienst	Bewertungsgruppe					übrige VB	Summe VB II
Entlohnungsgruppe		4	3	2	1		
h2					9		9
h4						9	9
h5						12	12
(II/K)						2	* 2
						Summe ...	32

Die 2 VB II/K werden nicht zentral besoldet.

Lehrlinge	Summe
	* 2

Die Lehrlinge werden nicht zentral besoldet.

Lehrer	Leiter							übrige	Summe
Verwendungsgruppe	Dir.	Dir. (Univ. Inst.)	Dir. (Bds-Konv.)	Dir. Stv.	Abt. Vorst.	Fach-Vorst.	Erz. Leiter	Lehrer	Beamte
L1	3							32	35
L2								9	9
								Summe...	44

	Summe Beamte	Vertragsbedienstete VB I	Vertragsbedienstete VB II	Summe VB	Summe Lehrlinge	Gesamtsumme
Summe 6052...	53	9	32	41	2	96

6053 Forstliche Bundesversuchsanstalt

Allgemeiner Verwaltungsdienst	Funktionsgruppe										Summe
Verwendungsgruppe	9	8	7	6	5	4	3	2	1	GL	Beamte
A1			1		2	6	2	30	26		67
A2						2	6	28	4	1	41
A3						1	4	3	2	1	11
A4								4	2	7	13
										Summe ...	132

278 STELLENPLAN 2002

Teil II.A Planstellenverzeichnis

6053 (Fortsetzung)

Verwaltungsdienst	Bewertungsgruppe							übrige VB	Summe VB I
Entlohnungsgruppe	7	6	5	4	3	2	1		
v1						1	9		10
v2					1	13			14
v3					3	5	22		30
v4					7	5	2		14
								Summe ...	68

Vertragsbedienstete mit ADV-Sondervertrag	Bedienstetengruppe							übrige VB/SV	Summe VB/SV
	1	2	3	4	5	6	7		
			1	1	2				4

Handwerkl. Dienst	Bewertungsgruppe					übrige VB	Summe VB II
Entlohnungsgruppe		4	3	2	1		
h2			1		6		7
h3						4	4
h4						3	3
h5						1	1
(II/K)						15	* 15
						Summe ...	30

Die 15 VB II/K werden nicht zentral besoldet.

Lehrlinge	Summe
	* 2

Die Lehrlinge werden nicht zentral besoldet.

Bindungen gem. Pkt. 4 Abs. 10 des Allgemeinen Teiles :

abzüglich f. PST-Bereich
1 v1 6000

	Summe Beamte	Vertragsbedienstete VB I	Vertragsbedienstete VB II	Summe VB	Summe Lehrlinge	Gesamtsumme
Summe 6053...	132	72	30	102	2	236

6054 Bundesanstalt für Agrarwirtschaft

Allgemeiner Verwaltungsdienst	Funktionsgruppe										Summe
Verwendungsgruppe	9	8	7	6	5	4	3	2	1	GL	Beamte
A1				1		1	2	2	5		11
A2								2	1		3
A4									1		1
A5										1	1
										Summe ...	16

Teil II.A **Planstellenverzeichnis**

6054 (Fortsetzung)

Verwaltungsdienst	Bewertungsgruppe							übrige VB	Summe VB I
Entlohnungsgruppe	7	6	5	4	3	2	1		
v1							4		4
v3				1			3		4
v4						3			3
								Summe ...	11

Handwerkl. Dienst	Bewertungsgruppe					übrige VB	Summe VB II
Entlohnungsgruppe		4	3	2	1		
h4						2	2
h5						2	2
						Summe ...	4

	Summe Beamte	Vertragsbedienstete VB I	Vertragsbedienstete VB II	Summe VB	Summe Lehrlinge	Gesamtsumme
Summe 6054...	16	11	4	15		31

6056 Bundesanstalt für Bergbauernfragen

Allgemeiner Verwaltungsdienst	Funktionsgruppe										Summe
Verwendungsgruppe	9	8	7	6	5	4	3	2	1	GL	Beamte
A1						1		2	3		6
A3							1				1
										Summe ...	7

Verwaltungsdienst	Bewertungsgruppe							übrige VB	Summe VB I
Entlohnungsgruppe	7	6	5	4	3	2	1		
v1							3		3
v2					1				1
v4						2			2
								Summe ...	6

	Summe Beamte	Vertragsbedienstete VB I	Vertragsbedienstete VB II	Summe VB	Summe Lehrlinge	Gesamtsumme
Summe 6056...	7	6		6		13

280

STELLENPLAN 2002

Teil II.A

Planstellenverzeichnis

6058 Bundesamt für Wasserwirtschaft

Allgemeiner Verwaltungsdienst	Funktionsgruppe										Summe
Verwendungsgruppe	9	8	7	6	5	4	3	2	1	GL	Beamte
A1			1		3	1	3	7	6		21
A2						2	4	7	1		14
A3						2	1	1	5		9
A4									2		2
A5										1	1
										Summe ...	47

Verwaltungsdienst	Bewertungsgruppe							übrige VB	Summe VB I
Entlohnungsgruppe	7	6	5	4	3	2	1		
v1						1	4		5
v2				1	3	3	4		11
v3					5	7	11		23
v4						3			3
								Summe ...	42

Vertragsbedienstete mit ADV-Sondervertrag	Bedienstetengruppe							übrige VB/SV	Summe VB/SV
	1	2	3	4	5	6	7		
		1							1

Handwerkl. Dienst	Bewertungsgruppe					übrige VB	Summe VB II
Entlohnungsgruppe		4	3	2	1		
h1					2		2
h2				3			3
h3						2	2
h5						2	2
(II/K)						2	* 2
						Summe ...	11

Die 2 VB II/K werden nicht zentral besoldet.

Lehrlinge	Summe
	* 5

Die Lehrlinge werden nicht zentral besoldet.

	Summe Beamte	Vertragsbedienstete VB I	Vertragsbedienstete VB II	Summe VB	Summe Lehrlinge	Gesamtsumme
Summe 6058...	47	43	11	54	5	106

Teil II.A

Planstellenverzeichnis

6072 Forstliche Ausbildungsstätten

Allgemeiner Verwaltungsdienst	Funktionsgruppe										Summe
Verwendungsgruppe	9	8	7	6	5	4	3	2	1	GL	Beamte
A2							1				1
A3								2		1	3
A4									1	2	3
A5										1	1
A6										1	1
										Summe ...	9

Verwaltungsdienst	Bewertungsgruppe							übrige VB	Summe VB I
Entlohnungsgruppe	7	6	5	4	3	2	1		
v2					1	1			2
v3						5			5
v4						1			1
							Summe ...		8

Handwerkl. Dienst	Bewertungsgruppe					übrige VB	Summe VB II
Entlohnungsgruppe		4	3	2	1		
h2					5		5
h3						1	1
h4						1	1
h5						4	4
(II/K)						1	* 1
						Summe ...	12

Der 1 VB II/K wird nicht zentral besoldet.

Lehrlinge	Summe
	* 4

Die Lehrlinge werden nicht zentral besoldet.

Lehrer	Leiter							übrige Lehrer	Summe Beamte
Verwendungsgruppe	Dir.	Dir. (Univ. Inst.)	Dir. (Bds-Konv.)	Dir. Stv.	Abt. Vorst.	Fach-Vorst.	Erz. Leiter		
L1	2							1	3
L2								15	15
								Summe...	18

	Summe Beamte	Vertragsbedienstete VB I	Vertragsbedienstete VB II	Summe VB	Summe Lehrlinge	Gesamtsumme
Summe 6072...	27	8	12	20	4	51

282 STELLENPLAN 2002

Teil II.A Planstellenverzeichnis

6080 Wildbach- und Lawinenverbauungsdienst

Allgemeiner Verwaltungsdienst	Funktionsgruppe										Summe
Verwendungsgruppe	9	8	7	6	5	4	3	2	1	GL	Beamte
A1				7		7	10	18	42		84
A2							47	6	4		57
A3						3	5	15	11		34
										Summe ...	175

Verwaltungsdienst	Bewertungsgruppe							übrige VB	Summe VB I
Entlohnungsgruppe	7	6	5	4	3	2	1		
v1						3	24		27
v2					25	4	7		36
v3					6	26	45		77
v4						7			7
								Summe ...	147

Handwerkl. Dienst	Bewertungsgruppe					übrige VB	Summe VB II
Entlohnungsgruppe		4	3	2	1		
h5						7	7
(II/K)						100	* 100
						Summe ...	107

Die 100 VB II/K werden nicht zentral besoldet.

		Summe
Lehrlinge		* 19

Die Lehrlinge werden nicht zentral besoldet.

	Summe	Vertragsbedienstete		Summe	Summe Lehrlinge	Gesamtsumme
	Beamte	VB I	VB II	VB		
Summe 6080...	175	147	107	254	19	448

6091 Bundeskellereiinspektion

Allgemeiner Verwaltungsdienst	Funktionsgruppe										Summe
Verwendungsgruppe	9	8	7	6	5	4	3	2	1	GL	Beamte
A2			1		1	22		1			25
A3								1	2		3
										Summe ...	28

Teil II.A **Planstellenverzeichnis**

6091 (Fortsetzung)

Verwaltungsdienst	Bewertungsgruppe							übrige VB	Summe VB I
Entlohnungsgruppe	7	6	5	4	3	2	1		
v3							3		3
								Summe ...	3

	Summe Beamte	Vertragsbedienstete VB I	Vertragsbedienstete VB II	Summe VB	Summe Lehrlinge	Gesamtsumme
Summe 6091...	28	3		3		31

6093 Bundesgärten

Allgemeiner Verwaltungsdienst	Funktionsgruppe										Summe
Verwendungsgruppe	9	8	7	6	5	4	3	2	1	GL	Beamte
A1						1					1
A2				2	1		2	2		1	8
A3					3	8	4	2	25		42
A4									11	4	15
A5										5	5
A6										5	5
										Summe ...	76

Verwaltungsdienst	Bewertungsgruppe							übrige VB	Summe VB I
Entlohnungsgruppe	7	6	5	4	3	2	1		
v2					1				1
v3					3	2	8		13
v4						3	1		4
								Summe ...	18

Handwerkl. Dienst	Bewertungsgruppe					übrige VB	Summe VB II
Entlohnungsgruppe		4	3	2	1		
h1					19		19
h2				31	41		72
h3						4	4
h4						48	48
h5						2	2
(II/K)						11	* 11
						Summe ...	156

Die 11 VB II/K werden nicht zentral besoldet.

284 STELLENPLAN 2002

Teil II.A Planstellenverzeichnis

6093 (Fortsetzung)

Lehrlinge	Summe
	* 62

Die Lehrlinge werden nicht zentral besoldet.

	Summe Beamte	Vertragsbedienstete VB I	Vertragsbedienstete VB II	Summe VB	Summe Lehrlinge	Gesamtsumme
Summe 6093...	76	18	156	174	62	312

6096 Forstwirtschaftliche Bundeslehr- und Versuchsforste

Allgemeiner Verwaltungsdienst	Funktionsgruppe										Summe
Verwendungsgruppe	9	8	7	6	5	4	3	2	1	GL	Beamte
A2								1			1
										Summe ...	1

Verwaltungsdienst	Bewertungsgruppe							übrige VB	Summe VB I
Entlohnungsgruppe	7	6	5	4	3	2	1		
v2						1			1
								Summe ...	1

Handwerkl. Dienst	Bewertungsgruppe					übrige VB	Summe VB II
Entlohnungsgruppe		4	3	2	1		
(II/K)						12	* 12
						Summe ...	12

Die 12 VB II/K werden nicht zentral besoldet.

	Summe Beamte	Vertragsbedienstete VB I	Vertragsbedienstete VB II	Summe VB	Summe Lehrlinge	Gesamtsumme
Summe 6096...	1	1	12	13		14
Gesamtsumme 60...	**2.015**	**1.041**	**797**	**1.838**	**174**	**4.027**

Teil II.A

Planstellenverzeichnis

63 Wirtschaft und Arbeit

6300 Zentralleitung

Allgemeiner Verwaltungsdienst	Funktionsgruppe										Summe
Verwendungsgruppe	9	8	7	6	5	4	3	2	1	GL	Beamte
A1	7	4	13	37	67	61	95	155	4		443
A2		1	6	15	38	93	23	27	6	3	212
A3		1		1	7	24	38	41	11	2	125
A4								7	10	7	24
A5									4		4
A7										1	1
										Summe ...	809

Verwaltungsdienst	Bewertungsgruppe							übrige VB	Summe VB I
Entlohnungsgruppe	7	6	5	4	3	2	1		
v1				1	20	64	5		90
v2					29		12		41
v3					52	42	9		103
v4					60	86			146
v5								10	10
								Summe ...	390

Vertragsbedienstete mit ADV-Sondervertrag	Bedienstetengruppe							übrige VB/SV	Summe VB/SV
	1	2	3	4	5	6	7		
		3	5	6	10	2			26

Handwerkl. Dienst	Bewertungsgruppe					übrige VB	Summe VB II
Entlohnungsgruppe		4	3	2	1		
h3						3	3
h4						5	5
						Summe ...	8

286

STELLENPLAN 2002

Teil II.A

Planstellenverzeichnis

6300 (Fortsetzung)

Lehrlinge		Summe
		18

Bindungen gem. Pkt. 4 Abs. 10 des Allgemeinen Teiles :

zuzüglich v.	PST-Bereich
1 A3	6000
1 v2	6000
1 h1	6000

abzüglich f.	PST-Bereich
1 A1	1000
1 A1	7020

	Summe	Vertragsbedienstete		Summe	Summe Lehrlinge	Gesamtsumme
	Beamte	VB I	VB II	VB		
Summe 6300...	809	416	8	424	18	1.251

6330 Bergbehörden

Allgemeiner Verwaltungsdienst	Funktionsgruppe										Summe
Verwendungsgruppe	9	8	7	6	5	4	3	2	1	GL	Beamte
A1				6		6		5	3		20
A2								1			1
A3						6		5			11
A4									4	3	7
										Summe ...	39

Verwaltungsdienst	Bewertungsgruppe							übrige VB	Summe VB I
Entlohnungsgruppe	7	6	5	4	3	2	1		
v1						3			3
v3						1			1
v4						7			7
								Summe ...	11

Handwerkl. Dienst	Bewertungsgruppe					übrige VB	Summe VB II
Entlohnungsgruppe		4	3	2	1		
h5						2	2
						Summe ...	2

	Summe	Vertragsbedienstete		Summe	Summe Lehrlinge	Gesamtsumme
	Beamte	VB I	VB II	VB		
Summe 6330...	39	11	2	13		52

Teil II.A **Planstellenverzeichnis**

6390 Heimarbeitskommissionen

Allgemeiner Verwaltungsdienst	Funktionsgruppe										Summe
Verwendungsgruppe	9	8	7	6	5	4	3	2	1	GL	Beamte
A2							1				1
A3									1		1
										Summe ...	2

Verwaltungsdienst	Bewertungsgruppe							übrige VB	Summe VB I
Entlohnungsgruppe	7	6	5	4	3	2	1		
v2						4			4
								Summe ...	4

	Summe Beamte	Vertragsbedienstete VB I	Vertragsbedienstete VB II	Summe VB	Summe Lehrlinge	Gesamtsumme
Summe 6390...	2	4		4		6

6392 Arbeitsinspektion

Allgemeiner Verwaltungsdienst	Funktionsgruppe										Summe
Verwendungsgruppe	9	8	7	6	5	4	3	2	1	GL	Beamte
A1					20		20	12	79	2	133
A2						81	77	15	1		174
A3				4				17	9	1	31
A4									1	28	29
A5										6	6
										Summe ...	373

Verwaltungsdienst	Bewertungsgruppe							übrige VB	Summe VB I
Entlohnungsgruppe	7	6	5	4	3	2	1		
v1						10	7		17
v2					11	15			26
v3				3		3	4		10
v4						37			37
								Summe ...	90

Handwerkl. Dienst	Bewertungsgruppe					übrige VB	Summe VB II
Entlohnungsgruppe		4	3	2	1		
h3						1	1
h5						3	3
						Summe ...	4

288 STELLENPLAN 2002

Teil II.A Planstellenverzeichnis

6392 (Fortsetzung)

		Summe
Lehrlinge		1

	Summe Beamte	Vertragsbedienstete VB I	Vertragsbedienstete VB II	Summe VB	Summe Lehrlinge	Gesamtsumme
Summe 6392...	373	90	4	94	1	468
Gesamtsumme 63...	**1.223**	**521**	**14**	**535**	**19**	**1.777**

Teil II.A **Planstellenverzeichnis**

64 Bauten und Technik

6401 Bundesmobilienverwaltung

Allgemeiner Verwaltungsdienst	Funktionsgruppe										Summe
Verwendungsgruppe	9	8	7	6	5	4	3	2	1	GL	Beamte
A2				1		1					2
A3			1			2	3		4		10
A4								11			11
										Summe ...	23

Verwaltungsdienst	Bewertungsgruppe							übrige VB	Summe VB I
Entlohnungsgruppe	7	6	5	4	3	2	1		
v3						1	3		4
v4					2	3	1		6
								Summe ...	10

Handwerkl. Dienst	Bewertungsgruppe					übrige VB	Summe VB II
Entlohnungsgruppe		4	3	2	1		
h1					4		4
h2			2				2
h3						1	1
h4						1	1
						Summe ...	8

	Summe
Lehrlinge	5

	Summe	Vertragsbedienstete		Summe	Summe Lehrlinge	Gesamtsumme
	Beamte	VB I	VB II	VB		
Summe 6401...	23	10	8	18	5	46

6403 Beschussämter

Allgemeiner Verwaltungsdienst	Funktionsgruppe										Summe
Verwendungsgruppe	9	8	7	6	5	4	3	2	1	GL	Beamte
A2				1							1
A3				1		2		6			9
										Summe ...	10

290 **STELLENPLAN 2002**

Teil II.A **Planstellenverzeichnis**

6403 (Fortsetzung)

Verwaltungsdienst	Bewertungsgruppe							übrige VB	Summe VB I
Entlohnungsgruppe	7	6	5	4	3	2	1		
v3						1			1
v4						1			1
								Summe ...	2

Handwerkl. Dienst	Bewertungsgruppe					übrige VB	Summe VB II
Entlohnungsgruppe		4	3	2	1		
h5						1	1
						Summe ...	1

	Summe Beamte	Vertragsbedienstete VB I	Vertragsbedienstete VB II	Summe VB	Summe Lehrlinge	Gesamtsumme
Summe 6403...	10	2	1	3		13

6450 Burghauptmannschaft Österreich

Allgemeiner Verwaltungsdienst	Funktionsgruppe										Summe
Verwendungsgruppe	9	8	7	6	5	4	3	2	1	GL	Beamte
A1					1	1	3	2	1		8
A2			1	7	6	11	6	37			68
A3				4	28		2	6		5	45
A4								2	5	14	21
A5										13	13
A6										2	2
A7										1	1
										Summe ...	158

Verwaltungsdienst	Bewertungsgruppe							übrige VB	Summe VB I
Entlohnungsgruppe	7	6	5	4	3	2	1		
v1					2				2
v2				2	3	6			11
v3				11	5		2		18
v4					2	41	2		45
v5								2	2
								Summe ...	78

Teil II.A **Planstellenverzeichnis**

6450 (Fortsetzung)

Handwerkl. Dienst	Bewertungsgruppe					übrige VB	Summe VB II
Entlohnungsgruppe		4	3	2	1		
h1					3		3
h2					23		23
h3						2	2
h5						5	5
						Summe ...	33

	Summe Beamte	Vertragsbedienstete VB I	Vertragsbedienstete VB II	Summe VB	Summe Lehrlinge	Gesamtsumme
Summe 6450...	158	78	33	111		269

6460 Bundesgebäudeverwaltung - Liegenschaftsverwaltung

Handwerkl. Dienst	Bewertungsgruppe					übrige VB	Summe VB II
Entlohnungsgruppe		4	3	2	1		
(II/R)						127	* 127
						Summe ...	127

Die 127 VB II/R werden nicht zentral besoldet.

	Summe Beamte	Vertragsbedienstete VB I	Vertragsbedienstete VB II	Summe VB	Summe Lehrlinge	Gesamtsumme
Summe 6460...			127	127		127

6490 Bundesamt für Eich- und Vermessungswesen

Allgemeiner Verwaltungsdienst	Funktionsgruppe										Summe
Verwendungsgruppe	9	8	7	6	5	4	3	2	1	GL	Beamte
A1		1	1	6	19	5	25	56	30		143
A2			4	16	34	99	85	340	4		582
A3			3	17	44	24	187	114	1	13	403
A4										6	6
A5										15	15
A6										1	1
										Summe ...	1.150

Teil II.A

Planstellenverzeichnis

6490 (Fortsetzung)

Verwaltungsdienst	Bewertungsgruppe							übrige	Summe
Entlohnungsgruppe	7	6	5	4	3	2	1	VB	VB I
v1							2		2
v2					6	26			32
v3				3	49	118	15		185
v4					3	9	11		23
							Summe ...		242

Vertragsbedienstete mit ADV-Sondervertrag	Bedienstetengruppe							übrige	Summe
	1	2	3	4	5	6	7	VB/SV	VB/SV
			4	1	7	9			21

Handwerkl. Dienst	Bewertungsgruppe					übrige	Summe
Entlohnungsgruppe		4	3	2	1	VB	VB II
h2				1	3		4
h3						2	2
h4						10	10
h5						42	42
						Summe ...	58

Lehrlinge	Summe
	18

	Summe	Vertragsbedienstete		Summe	Summe	Gesamt-
	Beamte	VB I	VB II	VB	Lehrlinge	summe
Summe 6490...	1.150	263	58	321	18	1.489
Gesamtsumme 64...	**1.341**	**353**	**227**	**580**	**23**	**1.944**
Gesamtsumme 63+64...	**2.564**	**874**	**241**	**1.115**	**42**	**3.721**

Teil II.A

Planstellenverzeichnis

65 Verkehr, Innovation und Technologie

6500 Zentralleitung

Allgemeiner Verwaltungsdienst	Funktionsgruppe										Summe
Verwendungsgruppe	9	8	7	6	5	4	3	2	1	GL	Beamte
A1	2	4	6	15	28	28	58	45			186
A2			1	11	25	29	12	3			81
A3			1	1		10	12	23	2	2	51
A4								2	2	2	6
A5										2	2
A7										2	2
										Summe ...	328

Verwaltungsdienst	Bewertungsgruppe							übrige VB	Summe VB I
Entlohnungsgruppe	7	6	5	4	3	2	1		
v1			1		21	18			40
v2			1	13	25	3	1		43
v3				4	18	29	9		60
v4					5	12	1		18
v5								3	3
								Summe ...	164

Vertragsbedienstete mit ADV-Sondervertrag	Bedienstetengruppe							übrige VB/SV	Summe VB/SV
	1	2	3	4	5	6	7		
		1	5		2				8

Handwerkl. Dienst	Bewertungsgruppe					übrige VB	Summe VB II
Entlohnungsgruppe		4	3	2	1		
h3						1	1
h4						3	3
						Summe ...	4

294 STELLENPLAN 2002

Teil II.A Planstellenverzeichnis

6500 (Fortsetzung)

Beamte der Post- und Telegraphenverwaltung	Beamte der Verwendungsgruppe/Dienstzulagengruppe										Summe Beamte
	PF1 - PF5							PF5, PF7, PF8		übrige	
Verwendungsgruppe	S	1	1b	2	2b	3	3b	A	B	Beamte	
PF1	5		3	6		1					15
PF2		16	17	1	14	4	16				68
PF3		13		63							76
PF4										19	19
PF5								18		3	21
PF7										1	1
										Summe ...	200

Bindungen gem. Pkt. 4 Abs. 10 des Allgemeinen Teiles :

zuzüglich v.	PST-Bereich
1 E2b	1130

abzüglich f.	PST-Bereich
1 PF7	0300
2 v1	2000/2010
1 v4	2000/2010

	Summe Beamte	Vertragsbedienstete VB I	Vertragsbedienstete VB II	Summe VB	Summe Lehrlinge	Gesamtsumme
Summe 6500...	528	172	4	176		704

6501 Schifffahrtspolizei

Allgemeiner Verwaltungsdienst	Funktionsgruppe										Summe Beamte
Verwendungsgruppe	9	8	7	6	5	4	3	2	1	GL	
A3			1	16		9	7	36	1		70
A4									9		9
										Summe ...	79

Verwaltungsdienst	Bewertungsgruppe							übrige VB	Summe VB I
Entlohnungsgruppe	7	6	5	4	3	2	1		
v3					7	8			15
								Summe ...	15

	Summe Beamte	Vertragsbedienstete VB I	Vertragsbedienstete VB II	Summe VB	Summe Lehrlinge	Gesamtsumme
Summe 6501...	79	15		15		94

Teil II.A

Planstellenverzeichnis

6541 Wasserstraßendirektion

Allgemeiner Verwaltungsdienst	Funktionsgruppe										Summe
Verwendungsgruppe	9	8	7	6	5	4	3	2	1	GL	Beamte
A1				1		1	2	1		2	7
A2				2	1	6	6	6			21
A3						2	8	1	2	2	15
A4								1		5	6
A5										1	1
										Summe ...	50

Verwaltungsdienst	Bewertungsgruppe							übrige VB	Summe VB I
Entlohnungsgruppe	7	6	5	4	3	2	1		
v1							3		3
v2					4	1			5
v3					3	3	4		10
v4					2	2			4
								Summe ...	22

Handwerkl. Dienst	Bewertungsgruppe					übrige VB	Summe VB II
Entlohnungsgruppe		4	3	2	1		
h3						1	1
						Summe ...	1

	Summe
Lehrlinge	1

	Summe Beamte	Vertragsbedienstete VB I	Vertragsbedienstete VB II	Summe VB	Summe Lehrlinge	Gesamtsumme
Summe 6541...	50	22	1	23	1	74

6550 Bundesprüfanstalt für Kraftfahrzeuge

Allgemeiner Verwaltungsdienst	Funktionsgruppe										Summe
Verwendungsgruppe	9	8	7	6	5	4	3	2	1	GL	Beamte
A1					1			2	1		4
A2				1	4		1				6
A3					2		4	6			12
A5										1	1
										Summe ...	23

STELLENPLAN 2002

Teil II.A

Planstellenverzeichnis

6550 (Fortsetzung)

Verwaltungsdienst	Bewertungsgruppe							übrige VB	Summe VB I
Entlohnungsgruppe	7	6	5	4	3	2	1		
v1							1		1
v2					6	1			7
v3							3		3
v4						4			4
								Summe ...	15

Handwerkl. Dienst	Bewertungsgruppe					übrige VB	Summe VB II
Entlohnungsgruppe		4	3	2	1		
h4						1	1
						Summe ...	1

	Summe Beamte	Vertragsbedienstete VB I	Vertragsbedienstete VB II	Summe VB	Summe Lehrlinge	Gesamtsumme
Summe 6550...	23	15	1	16		39

6580 Österreichisches Patentamt

Allgemeiner Verwaltungsdienst	Funktionsgruppe										Summe
Verwendungsgruppe	9	8	7	6	5	4	3	2	1	GL	Beamte
A1		1	2	12	13	29	68	2			127
A2					1	3	10	4	2		20
A3					1	6	10	14	3		34
A5									1		1
										Summe ...	182

Verwaltungsdienst	Bewertungsgruppe							übrige VB	Summe VB I
Entlohnungsgruppe	7	6	5	4	3	2	1		
v1					1	2			3
v2					3		1		4
v3				1	1	9	15		26
v4						3	13		16
								Summe ...	49

Vertragsbedienstete mit AOV-Sondervertrag	Bedienstetengruppe							übrige VB/SV	Summe VB/SV
	1	2	3	4	5	6	7		
				1	1				2

Teil II.A

Planstellenverzeichnis

6580 (Fortsetzung)

Handwerkl. Dienst	Bewertungsgruppe					übrige VB	Summe VB II
Entlohnungsgruppe		4	3	2	1		
h2				1			1
						Summe ...	1

	Summe Beamte	Vertragsbedienstete VB I	Vertragsbedienstete VB II	Summe VB	Summe Lehrlinge	Gesamtsumme
Summe 6580...	182	51	1	52		234
Gesamtsumme 65...	**862**	**275**	**7**	**282**	**1**	**1.145**

298

STELLENPLAN 2002

Teil II.A

Planstellenverzeichnis

70 Öffentliche Leistung und Sport

7000 Zentralleitung

Allgemeiner Verwaltungsdienst	Funktionsgruppe										Summe
Verwendungsgruppe	9	8	7	6	5	4	3	2	1	GL	Beamte
A1	2		3	9	5	13	18	3		1	54
A2			8	8	6	3	1				26
A3			1		3	3	9	4	1	3	24
A7										1	1
										Summe ...	105

Verwaltungsdienst	Bewertungsgruppe							übrige VB	Summe
Entlohnungsgruppe	7	6	5	4	3	2	1		VB I
v1					3	3	1		7
v2				2	2	1	2		7
v3					8	11	1		20
v4					1	1	2		4
								Summe ...	38

	Summe
Lehrlinge	2

	Summe	Vertragsbedienstete		Summe	Summe Lehrlinge	Gesamtsumme
	Beamte	VB I	VB II	VB		
Summe 7000...	105	38		38	2	145

7020 Verwaltungsakademie

Allgemeiner Verwaltungsdienst	Funktionsgruppe										Summe
Verwendungsgruppe	9	8	7	6	5	4	3	2	1	GL	Beamte
A1					1				4		5
A2					1			4			5
A3						1		3		1	5
A4								1			1
										Summe ...	16

Teil II.A Planstellenverzeichnis

7020 (Fortsetzung)

Verwaltungsdienst	Bewertungsgruppe							übrige VB	Summe VB I
Entlohnungsgruppe	7	6	5	4	3	2	1		
v1			1			4	1		6
v3						3	4		7
v4					1	1			2
								Summe ...	15

Bindungen gem. Pkt. 4 Abs. 10 des Allgemeinen Teiles :
zuzüglich v. PST-Bereich
1 A1 6300

	Summe Beamte	Vertragsbedienstete VB I	Vertragsbedienstete VB II	Summe VB	Summe Lehrlinge	Gesamtsumme
Summe 7020...	16	15		15		31

7031 Bundessportheime und Sporteinrichtungen (Haus des Sports)

Allgemeiner Verwaltungsdienst	Funktionsgruppe										Summe
Verwendungsgruppe	9	8	7	6	5	4	3	2	1	GL	Beamte
A1										1	1
A2						1					1
										Summe ...	2

Verwaltungsdienst	Bewertungsgruppe							übrige VB	Summe VB I
Entlohnungsgruppe	7	6	5	4	3	2	1		
v3							2		2
v4						1	3		4
								Summe ...	6

Handwerkl. Dienst	Bewertungsgruppe					übrige VB	Summe VB II
Entlohnungsgruppe		4	3	2	1		
h3						1	1
						Summe ...	1

	Summe Beamte	Vertragsbedienstete VB I	Vertragsbedienstete VB II	Summe VB	Summe Lehrlinge	Gesamtsumme
Summe 7031...	2	6	1	7		9
Gesamtsumme 70...	**123**	**59**	**1**	**60**	**2**	**185**

300

STELLENPLAN 2002

Teil VI

**Planstellenverzeichnis der Bundesbediensteten,
die aus zwingenden, erst während des Finanzjahres eintretenden Anlässen aufgenommen
oder in unterschiedlichem, vorher nicht bestimmbarem Ausmaß beschäftigt werden**

10 Bundeskanzleramt mit Dienststellen

1010 Staatsarchiv und Archivamt

Verwaltungsdienst	Bewertungsgruppe							übrige VB	Summe VB I
Entlohnungsgruppe	7	6	5	4	3	2	1		
v4							1		1
								Summe ...	1

	Summe Beamte	Vertragsbedienstete VB I	Vertragsbedienstete VB II	Summe VB	Summe Lehrlinge	Gesamtsumme
Gesamtsumme 10...		1		1		1

Teil VI

Planstellenverzeichnis der Bundesbediensteten, die aus zwingenden, erst während des Finanzjahres eintretenden Anlässen aufgenommen oder in unterschiedlichem, vorher nicht bestimmbarem Ausmaß beschäftigt werden

14 Wissenschaft

1420 Universitäten

Verwaltungsdienst	Bewertungsgruppe							übrige VB	Summe VB I
Entlohnungsgruppe	7	6	5	4	3	2	1		
v2						140			* 140
								Summe ...	140

Universitätslehrer (Vertragsassistenten)	Beamte
Verwendungsgruppe (Amtstitel)	
Universitätsassistent (Vertragsassistent)	* 1.077
Summe...	1.077

Krankenpflegedienst	Beamte der Verwendungsgruppe		Summe	Vertragsbedienstete		Summe	Gesamtsumme
		übrige	Beamte	VB I	VB II	VB	
Verw.(Entl.)gruppe		Beamte					
K2 (k2)				190		190	* 190
Summe...				190		190	190

Für die klinischen Bereiche der medizinischen Fakultäten.
Die Inanspruchnahme dieser Planstellen bedarf des Einvernehmens zwischen dem BM für öffentliche Leistung und Sport und dem BM für Bildung, Wissenschaft und Kultur.

	Summe	Vertragsbedienstete		Summe	Summe Lehrlinge	Gesamtsumme
	Beamte	VB I	VB II	VB		
Gesamtsumme 14...	**1.077**	**330**		**330**		**1.407**

Teil VI

**Planstellenverzeichnis der Bundesbediensteten,
die aus zwingenden, erst während des Finanzjahres eintretenden Anlässen aufgenommen
oder in unterschiedlichem, vorher nicht bestimmbarem Ausmaß beschäftigt werden**

20 Äußeres

2000 Zentralleitung und Vertretungsbehörden (2010)

Verwaltungsdienst	Bewertungsgruppe							übrige VB	Summe VB I
Entlohnungsgruppe	7	6	5	4	3	2	1		
v1					2				2
v3					43				* 43
								Summe ...	45

Von den Planstellen für Vertragsbedienstete sind 20 v4 für die
Zeit vom 1.3. - 31.10 vorgesehen;
auf deren Rechnung können VB I/R aufgenommen werden.

	Summe Beamte	Vertragsbedienstete VB I	Vertragsbedienstete VB II	Summe VB	Summe Lehrlinge	Gesamtsumme
Gesamtsumme 20...		**45**		**45**		**45**

Teil VI

**Planstellenverzeichnis der Bundesbediensteten,
die aus zwingenden, erst während des Finanzjahres eintretenden Anlässen aufgenommen
oder in unterschiedlichem, vorher nicht bestimmbarem Ausmaß beschäftigt werden**

50 Finanzverwaltung

5040 Finanzlandesdirektionen

Handwerkl. Dienst	Bewertungsgruppe					übrige VB	Summe VB II
Entlohnungsgruppe		4	3	2	1		
(II/R)						39	* 39
						Summe ...	39

Für die Zeit vom 1.4. - 31.10.

	Summe Beamte	Vertragsbedienstete VB I	Vertragsbedienstete VB II	Summe VB	Summe Lehrlinge	Gesamtsumme
Gesamtsumme 50...			**39**	**39**		**39**

304 STELLENPLAN 2002

Teil VI

Planstellenverzeichnis der Bundesbediensteten,
die aus zwingenden, erst während des Finanzjahres eintretenden Anlässen aufgenommen
oder in unterschiedlichem, vorher nicht bestimmbarem Ausmaß beschäftigt werden

64 Bauten und Technik

6490 Bundesamt für Eich- und Vermessungswesen

Handwerkl. Dienst	Bewertungsgruppe					übrige VB	Summe VB II
Entlohnungsgruppe		4	3	2	1		
(II/R)						23	* 23
						Summe ...	23

Für die Zeit vom 1.4. - 31.10.

	Summe Beamte	Vertragsbedienstete VB I	Vertragsbedienstete VB II	Summe VB	Summe Lehrlinge	Gesamtsumme
Gesamtsumme 64...			**23**	**23**		**23**
Gesamtsumme 63+64...			**23**	**23**		**23**

Teil VII **Verzeichnis der Bundesbediensteten, für die eine Gesamtjahresarbeitsleistung in Stunden festgelegt ist**

Kap. bzw. Par.	Verwaltungsbereich	1.1. bis 31.8.		1.9. bis 31.12.		Normplanstelle errechneter Jahreswert *)
		Lehrerwochenstundenaufwand	davon Mehrdienstleistungen (MDL)	Lehrerwochenstundenaufwand	davon Mehrdienstleistungen (MDL)	
	Hoheitsverwaltung					
12	Bildung und Kultur					
1270	Allgemein bildende höhere Schulen	135.252	39.032	135.252	39.032	4.811
1271	Höhere Internatsschulen des Bundes	3.460	400	3.460	400	153
1274	Bds.-Blindenerz. Inst. und Bds. Inst. für Gehörlosenbildung	1.320	180	1.320	180	57
1276	Bundesschülerheime (Allgemein bildende)	1.300	100	1.300	100	60
1280	Technische und gewerbliche Lehranstalten	72.543	53.157	72.543	53.157	970
1281	Sozialakad., LA f. Tourismus, Sozial- u. wirtsch. Berufe	68.544	20.953	68.544	20.953	2.380
1282	Handelsakademien und Handelsschulen	53.281	22.049	53.281	22.049	1.562
1286	Bundesschülerheime (Berufsbildende)	1.160	90	1.160	90	54
1290	Pädagogische Akademien	6.280	5.000	6.280	5.000	64
1291	BA für Kindergartenpädagogik und Sozialpädagogik	14.702	2.253	14.702	2.253	623
1292	Berufspädagogische Akademien	940	140	940	140	40
1293	Bundesanstalten für Leibeserziehung	60	60	60	60	--
1294	Pädagogische Institute	1.400	180	1.400	180	61
	Summe 12 ...	360.242	143.594	360.242	143.594	10.835
14	Wissenschaft					
1420	Universitäten	6.669	3.369	6.669	3.369	165
1430	Universitäten der Künste	14.377	5.038	14.377	5.038	467
	Summe 14 ...	21.046	8.407	21.046	8.407	632
60	Land-, Forst- und Wasserwirtschaft					
6050	Landwirtschaftliche Bundeslehranstalten	2.816	316	2.816	316	125
6051	Bundesämter für Landwirtschaft und landwirtsch. Bundesanst.	60	--	60	--	3
6052	Forstwirtschaftliche Bundeslehranstalten	452	92	452	92	18
6072	Forstliche Ausbildungsstätten	80	--	80	--	4
	Summe 60 ...	3.408	408	3.408	408	150
	Gesamtsumme...	**384.696**	**152.409**	**384.696**	**152.409**	**11.617**

*) Die 'Normplanstelle errechneter Jahreswert' ist eine Verhältniszahl, die auf Basis des Lehrerwochenstundenaufwandes (LwStA), vermindert um die Mehrdienstleistungen (MDL), errechnet wird (aufgerundet auf ganze Normplanstellen).

Berechnungsformel:

$$\frac{\text{((LwStA - MDL) von 1.1. bis 31.8. x 8 Monate) + ((LwStA - MDL) von 1.9. bis 31.12. x 4 Monate)}}{\text{20 Lehrerwochenstunden x 12 Monate}}$$

ANNEX/Teil 1 **Personal des Bundes, das für Dritte leistet**

10 Bundeskanzleramt mit Dienststellen

1000 Zentralleitung

Allgemeiner Verwaltungsdienst	Funktionsgruppe										Summe
Verwendungsgruppe	9	8	7	6	5	4	3	2	1	GL	Beamte
A1					1						* 1
A2					1						1
										Summe ...	2

Für Zwecke der österreichischen Raumordnungskonferenz.

	Summe Beamte	Vertragsbedienstete VB I	Vertragsbedienstete VB II	Summe VB	Summe Lehrlinge	Gesamtsumme
Summe 1000...	2					2

1021 Amt des Österr. Statistischen Zentralamtes

Allgemeiner Verwaltungsdienst	Funktionsgruppe										Summe
Verwendungsgruppe	9	8	7	6	5	4	3	2	1	GL	Beamte
A1				5	4	4	4	9	16		42
A2			2	7	5	26	20	19	14	1	94
A3			1	7	3	12	12	35	17	5	92
A4									1		1
A5									4	1	5
										Summe ...	234

	Summe Beamte	Vertragsbedienstete VB I	Vertragsbedienstete VB II	Summe VB	Summe Lehrlinge	Gesamtsumme
Summe 1021...	234					234

1031 Amt der Österreichischen Staatsdruckerei

Allgemeiner Verwaltungsdienst	Funktionsgruppe										Summe
Verwendungsgruppe	9	8	7	6	5	4	3	2	1	GL	Beamte
A1					1						1
A2			3	1		4	3	4	9		24
A3							1	1			2
										Summe ...	27

	Summe Beamte	Vertragsbedienstete VB I	Vertragsbedienstete VB II	Summe VB	Summe Lehrlinge	Gesamtsumme
Summe 1031...	27					27
Gesamtsumme 10...	**263**					**263**

308

STELLENPLAN 2002

ANNEX/Teil 1

Personal des Bundes, das für Dritte leistet

11 Inneres

1130 Bundespolizei

Exekutivdienst	Funktionsgruppe												Summe
Verwendungsgruppe	11	10	9	8	7	6	5	4	3	2	1	GL	Beamte
E2b												11	11
												Summe ...	11

	Summe	Vertragsbedienstete		Summe	Summe Lehrlinge	Gesamtsumme
	Beamte	VB I	VB II	VB		
Gesamtsumme 11...	**11**					**11**

ANNEX/Teil 1 **Personal des Bundes, das für Dritte leistet**

12 Bildung und Kultur

1200 Zentralleitung

A) Zentralleitung

Allgemeiner Verwaltungsdienst	Funktionsgruppe										Summe
Verwendungsgruppe	9	8	7	6	5	4	3	2	1	GL	Beamte
A1									1		1
										Summe ...	1

B) Museen

Allgemeiner Verwaltungsdienst	Funktionsgruppe										Summe
Verwendungsgruppe	9	8	7	6	5	4	3	2	1	GL	Beamte
A1			1	1	5	4	6	18	29		64
A2					1	3	5	15	1		25
A3					3		3	11	2		19
A4									3		3
A5								3		2	5
A6										1	1
										Summe ...	117

	Summe	Vertragsbedienstete		Summe	Summe Lehrlinge	Gesamtsumme
	Beamte	VB I	VB II	VB		
Gesamtsumme 12...	**118**					**118**

310 **STELLENPLAN 2002**

ANNEX/Teil 1 **Personal des Bundes, das für Dritte leistet**

13 Kunst

1310 Amt der Bundestheater

Allgemeiner Verwaltungsdienst	Funktionsgruppe										Summe
Verwendungsgruppe	9	8	7	6	5	4	3	2	1	GL	Beamte
A1	1		1	1	2	2	3				10
A2				3	5	13	4	3	4		32
A3					5		10	1			16
										Summe ...	58

	Summe	Vertragsbedienstete		Summe	Summe Lehrlinge	Gesamtsumme
	Beamte	VB I	VB II	VB		
Gesamtsumme 13...	**58**					**58**
Gesamtsumme 12+13...	**176**					**176**

ANNEX/Teil 1 **Personal des Bundes, das für Dritte leistet**

50 Finanzverwaltung

5000 Zentralleitung

Allgemeiner Verwaltungsdienst	Funktionsgruppe										Summe
Verwendungsgruppe	9	8	7	6	5	4	3	2	1	GL	Beamte
A1						1					1
A2				2	3	1		1			7
A3				1							1
A4								1			1
										Summe ...	10

Frei werdende Planstellen dürfen nicht nachbesetzt werden.

	Summe	Vertragsbedienstete		Summe	Summe	Gesamt-
	Beamte	VB I	VB II	VB	Lehrlinge	summe
Summe 5000...	10					10

5080 Österreichisches Postsparkassenamt

Allgemeiner Verwaltungsdienst	Funktionsgruppe										Summe
Verwendungsgruppe	9	8	7	6	5	4	3	2	1	GL	Beamte
A1				10	4	7	5	6	1		33
A2		7	13	8	20	11	18	54	26	2	159
A3			16	42	35	14	8	82	58		255
A4								3		6	9
A5										10	10
										Summe ...	466

Verwaltungsdienst	Bewertungsgruppe							übrige	Summe
Entlohnungsgruppe	7	6	5	4	3	2	1	VB	VB I
v1					1	4	5		10
v2		1	2	2	4	45	52		106
v3			6	22	15	240	160		443
v4						10	130		140
								Summe ...	699

Vertragsbedienstete mit ADV-Sondervertrag	Bedienstetengruppe							übrige	Summe
	1	2	3	4	5	6	7	VB/SV	VB/SV
		5	18	5	18	4	11		61

312 **STELLENPLAN 2002**

ANNEX/Teil 1 **Personal des Bundes, das für Dritte leistet**

5080 (Fortsetzung)

Handwerkl. Dienst	Bewertungsgruppe					übrige VB	Summe VB II
Entlohnungsgruppe		4	3	2	1		
h2					2		2
h3						2	2
						Summe ...	4

	Summe Beamte	Vertragsbedienstete VB I	Vertragsbedienstete VB II	Summe VB	Summe Lehrlinge	Gesamtsumme
Summe 5080...	466	760	4	764		1.230

5081 Österreichische Salinen AG

Allgemeiner Verwaltungsdienst	Funktionsgruppe										Summe
Verwendungsgruppe	9	8	7	6	5	4	3	2	1	GL	Beamte
A2				1				1			2
										Summe ...	2

	Summe Beamte	Vertragsbedienstete VB I	Vertragsbedienstete VB II	Summe VB	Summe Lehrlinge	Gesamtsumme
Summe 5081...	2					2

5082 Amt der Münze Österreich

Allgemeiner Verwaltungsdienst	Funktionsgruppe										Summe
Verwendungsgruppe	9	8	7	6	5	4	3	2	1	GL	Beamte
A1					2						2
A2				2		2					4
A3					3	5	3	6	1		18
A4										4	4
A5										2	2
A6										2	2
A7										1	1
										Summe ...	33

	Summe Beamte	Vertragsbedienstete VB I	Vertragsbedienstete VB II	Summe VB	Summe Lehrlinge	Gesamtsumme
Summe 5082...	33					33

ANNEX/Teil 1 **Personal des Bundes, das für Dritte leistet**

5083 Ämter gem. Poststrukturgesetz

A) Österreichische Post AG

Beamte der Post- und Telegraphenverwaltung	Beamte der Verwendungsgruppe/Dienstzulagengruppe										Summe Beamte
	PT1 - PT5							PT5, PT7, PT8		übrige	
Verwendungsgruppe	S	1	1b	2	2b	3	3b	A	B	Beamte	
PT1	* 24	1	47	45		23	14				154
PT2	5	82	201	119	95	153	118				773
PT3		457	245	1.296		631					2.629
PT4		616								2.146	2.762
PT5		162						36	4	1.901	2.103
PT6										1.252	1.252
PT7								98	1.645	470	2.213
PT8								6	3.682	7.040	10.728
PT9										403	403
										Summe ...	23.017

Von den Planstellen der VGr. PT1, Dienstzulagengruppe S sind 6 für Fixbezüge gem. §82a Abs. 5 GG 1956 vorgesehen.

B) Telekom Austria AG

Beamte der Post- und Telegraphenverwaltung	Beamte der Verwendungsgruppe/Dienstzulagengruppe										Summe Beamte
	PT1 - PT5							PT5, PT7, PT8		übrige	
Verwendungsgruppe	S	1	1b	2	2b	3	3b	A	B	Beamte	
PT1	* 86	52	56	69		40					303
PT2	138	251	198	397	241	491	7				1.723
PT3		923	48	1.423		56				41	2.491
PT4		10								1.693	1.703
PT5								2.495	16	1.476	3.987
PT6										2.484	2.484
PT7								112		1.232	1.344
										Summe ...	14.035

Von den Planstellen der VGr. PT1, Dienstzulagengruppe S sind 5 für Fixbezüge gem. §82a Abs. 5 GG 1956 vorgesehen.

	Summe Beamte	Vertragsbedienstete VB I	Vertragsbedienstete VB II	Summe VB	Summe Lehrlinge	Gesamtsumme
Summe 5083...	37.052					37.052
Gesamtsumme 50...	**37.563**	**760**	**4**	**764**		**38.327**

314 **STELLENPLAN 2002**

ANNEX/Teil 1 **Personal des Bundes, das für Dritte leistet**

60 Land-, Forst- und Wasserwirtschaft

6000 Zentralleitung

A) Bundesversuchswirtschaften

Allgemeiner Verwaltungsdienst	Funktionsgruppe										Summe
Verwendungsgruppe	9	8	7	6	5	4	3	2	1	GL	Beamte
A1							1		1		2
A2							2	2			4
A3						2	1	1			4
										Summe ...	10

B) Umweltbundesamt

Allgemeiner Verwaltungsdienst	Funktionsgruppe										Summe
Verwendungsgruppe	9	8	7	6	5	4	3	2	1	GL	Beamte
A1		1		3	14	2	15	12	2	2	51
A2					2	4	12	5	3	1	27
A3						2	4	3	1		10
										Summe ...	88

C) Spanische Hofreitschule - Bundesgestüt Piber

Allgemeiner Verwaltungsdienst	Funktionsgruppe										Summe
Verwendungsgruppe	9	8	7	6	5	4	3	2	1	GL	Beamte
A1									1		1
A2								3	6		9
A3							2		1	3	6
A4									3	5	8
										Summe ...	24

	Summe	Vertragsbedienstete		Summe	Summe Lehrlinge	Gesamtsumme
	Beamte	VB I	VB II	VB		
Gesamtsumme 60...	**122**					**122**

ANNEX/Teil 1 **Personal des Bundes, das für Dritte leistet**

63 Wirtschaft und Arbeit

6300 Zentralleitung

Allgemeiner Verwaltungsdienst	Funktionsgruppe										Summe
Verwendungsgruppe	9	8	7	6	5	4	3	2	1	GL	Beamte
A1									1		1
A2				1		1	7	1			10
										Summe ...	11

Verwaltungsdienst	Bewertungsgruppe							übrige VB	Summe
Entlohnungsgruppe	7	6	5	4	3	2	1		VB I
v1						1			1
v2					2				2
v3					1	1	1		3
v4						3			3
								Summe ...	9

	Summe	Vertragsbedienstete		Summe	Summe	Gesamt-
	Beamte	VB I	VB II	VB	Lehrlinge	summe
Summe 6300...	11	9		9		20

6350 Ämter des AMS

Allgemeiner Verwaltungsdienst	Funktionsgruppe										Summe
Verwendungsgruppe	9	8	7	6	5	4	3	2	1	GL	Beamte
A1			4	10	11	60	24	20	22	141	292
A2			2	11	21	89	217	865			1.205
A3					6			33	4		43
A4								1		11	12
A5									2	6	8
A6										2	2
										Summe ...	1.562

	Summe	Vertragsbedienstete		Summe	Summe	Gesamt-
	Beamte	VB I	VB II	VB	Lehrlinge	summe
Summe 6350...	1.562					1.562
Gesamtsumme 63...	**1.573**	**9**		**9**		**1.582**

316

STELLENPLAN 2002

ANNEX/Teil 1 — **Personal des Bundes, das für Dritte leistet**

64 Bauten und Technik

6402 Schönbrunner Tiergartenamt

Allgemeiner Verwaltungsdienst	Funktionsgruppe										Summe
Verwendungsgruppe	9	8	7	6	5	4	3	2	1	GL	Beamte
A2						1					1
A3					2	1	3				6
A4								2	5	1	8
A5										1	1
A7										1	1
										Summe ...	17

	Summe	Vertragsbedienstete		Summe	Summe	Gesamt-
	Beamte	VB I	VB II	VB	Lehrlinge	summe
Summe 6402...	17					17

6404 Amt der Bundesimmobilien

Allgemeiner Verwaltungsdienst	Funktionsgruppe										Summe
Verwendungsgruppe	9	8	7	6	5	4	3	2	1	GL	Beamte
A1		1		2	4	3	11	3	3		27
A2			1	11	15	32	23	82			164
A3				16	102	8	39	11	8	4	188
A4								12	22	31	65
A5								1	1	13	15
A6										2	2
										Summe ...	461

	Summe	Vertragsbedienstete		Summe	Summe	Gesamt-
	Beamte	VB I	VB II	VB	Lehrlinge	summe
Summe 6404...	461					461
Gesamtsumme 64...	**478**					**478**
Gesamtsumme 63+64...	**2.051**	**9**		**9**		**2.060**

ANNEX/Teil 1 **Personal des Bundes, das für Dritte leistet**

65 Verkehr, Innovation und Technologie

6500 Zentralleitung

Allgemeiner Verwaltungsdienst	Funktionsgruppe										Summe
Verwendungsgruppe	9	8	7	6	5	4	3	2	1	GL	Beamte
A1							1				1
A2					1						1
										Summe ...	2

	Summe Beamte	Vertragsbedienstete VB I	Vertragsbedienstete VB II	Summe VB	Summe Lehrlinge	Gesamtsumme
Summe 6500...	2					2

6536 Bundesamt FPZ Arsenal

Allgemeiner Verwaltungsdienst	Funktionsgruppe										Summe
Verwendungsgruppe	9	8	7	6	5	4	3	2	1	GL	Beamte
A1					1	2	3	8	17	2	33
A2					1	12	3	15	5		36
A3			1			8	9	3	2	1	24
A6										1	1
										Summe ...	94

	Summe Beamte	Vertragsbedienstete VB I	Vertragsbedienstete VB II	Summe VB	Summe Lehrlinge	Gesamtsumme
Summe 6536...	94					94

6541 Wasserstraßendirektion

Allgemeiner Verwaltungsdienst	Funktionsgruppe										Summe
Verwendungsgruppe	9	8	7	6	5	4	3	2	1	GL	Beamte
A2							1				1
A3							1	8			9
										Summe ...	10

318

STELLENPLAN 2002

ANNEX/Teil 1

Personal des Bundes, das für Dritte leistet

6541 (Fortsetzung)

Handwerkl. Dienst	Bewertungsgruppe					übrige VB	Summe VB II
Entlohnungsgruppe		4	3	2	1		
h2					3		3
h4						1	1
						Summe ...	4

	Summe Beamte	Vertragsbedienstete VB I	Vertragsbedienstete VB II	Summe VB	Summe Lehrlinge	Gesamtsumme
Summe 6541...	10		4	4		14

6542 Amt der Wasserstrassendirektion

Allgemeiner Verwaltungsdienst	Funktionsgruppe										Summe
Verwendungsgruppe	9	8	7	6	5	4	3	2	1	GL	Beamte
A1					1				1		2
A2							2	1			3
A3		1	6		2	2	3	11	4	2	31
A4								13	2	24	39
A5										8	8
A6										2	2
										Summe ...	85

	Summe Beamte	Vertragsbedienstete VB I	Vertragsbedienstete VB II	Summe VB	Summe Lehrlinge	Gesamtsumme
Summe 6542...	85					85
Gesamtsumme 65...	**191**		4	4		195

ANNEX/Teil 1 **Personal des Bundes, das für Dritte leistet**

70 Öffentliche Leistung und Sport

7032 Amt der Bundessporteinrichtungen

Allgemeiner Verwaltungsdienst	Funktionsgruppe										Summe
Verwendungsgruppe	9	8	7	6	5	4	3	2	1	GL	Beamte
A1							2			1	3
A2					3		2				5
A3				1						1	2
A4								1		2	3
A5										5	5
A6										1	1
										Summe ...	19

Lehrer	Leiter							übrige	Summe	VB
Verwendungsgruppe	Dir.	Dir. (Univ. Inst.)	Dir. (Bds-Konv.)	Dir. Stv.	Abt. Vorst.	Fach-Vorst.	Erz. Leiter	Lehrer	Beamte	Vertr. Lehrer
L2								4	4	
								Summe...	4	

	Summe	Vertragsbedienstete		Summe	Summe Lehrlinge	Gesamtsumme
	Beamte	VB I	VB II	VB		
Gesamtsumme 70...	**23**					**23**

320 **STELLENPLAN 2002**

ANNEX/Teil 2 **Lebende Subventionen**

10 Bundeskanzleramt mit Dienststellen

1000 Zentralleitung

Allgemeiner Verwaltungsdienst	Funktionsgruppe										Summe
Verwendungsgruppe	9	8	7	6	5	4	3	2	1	GL	Beamte
A1					1			1			* 2
A2			2		1	1					4
										Summe ...	6

	Summe	Vertragsbedienstete		Summe	Summe Lehrlinge	Gesamtsumme
	Beamte	VB I	VB II	VB		
Gesamtsumme 10...	6					6

ANNEX/Teil 2 Lebende Subventionen

12 Bildung und Kultur

1244 Museen

Allgemeiner Verwaltungsdienst	Funktionsgruppe										Summe
Verwendungsgruppe	9	8	7	6	5	4	3	2	1	GL	Beamte
A1						1		1	4		6
										Summe ...	6

Verwaltungsdienst	Bewertungsgruppe							übrige VB	Summe VB I
Entlohnungsgruppe	7	6	5	4	3	2	1		
v1							5		5
v2						3			3
v3						1			1
v4						1	3		4
v5								3	3
								Summe ...	16

Handwerkl. Dienst	Bewertungsgruppe					übrige VB	Summe VB II
Entlohnungsgruppe		4	3	2	1		
h1				1			1
						Summe ...	1

	Summe Beamte	Vertragsbedienstete VB I	Vertragsbedienstete VB II	Summe VB	Summe Lehrlinge	Gesamtsumme
Summe 1244...	6	16	1	17		23

1270 Allgemein bildende höhere Schulen

Lehrer	Leiter							übrige Lehrer	Summe Beamte	VB Vertr. Lehrer
Verwendungsgruppe	Dir.	Dir. (Univ. Inst.)	Dir. (Bds-Konv.)	Dir. Stv.	Abt. Vorst.	Fach-Vorst.	Erz. Leiter			
L1	70						1	1.734	1.805	
L2								24	24	
Normplanstellen										918
								Summe...	1.829	918

	Summe Beamte	Vertragsbedienstete VB I	Vertragsbedienstete VB II	Summe VB	Summe Lehrlinge	Gesamtsumme
Summe 1270...	1.829	918		918		2.747

ANNEX/Teil 2 Lebende Subventionen

1280 Technische und gewerbliche Lehranstalten

Lehrer	Leiter							übrige	Summe	VB
Verwendungsgruppe	Dir.	Dir. (Univ. Inst.)	Dir. (Bds-Konv.)	Dir. Stv.	Abt. Vorst.	Fach-Vorst.	Erz. Leiter	Lehrer	Beamte	Vertr. Lehrer
L1	11				2			61	74	
L2								40	40	
Normplanstellen										116
								Summe...	114	116

	Summe	Vertragsbedienstete		Summe	Summe Lehrlinge	Gesamtsumme
	Beamte	VB I	VB II	VB		
Summe 1280...	114	116		116		230

1281 Sozialakad., LA f. Tourismus, Sozial- u. wirtsch. Berufe

Lehrer	Leiter							übrige	Summe	VB
Verwendungsgruppe	Dir.	Dir. (Univ. Inst.)	Dir. (Bds-Konv.)	Dir. Stv.	Abt. Vorst.	Fach-Vorst.	Erz. Leiter	Lehrer	Beamte	Vertr. Lehrer
LPA	3							1	4	
L1	72					1		357	430	
L2	22					21		254	297	
Normplanstellen										939
								Summe...	731	939

	Summe	Vertragsbedienstete		Summe	Summe Lehrlinge	Gesamtsumme
	Beamte	VB I	VB II	VB		
Summe 1281...	731	939		939		1.670

1282 Handelsakademien und Handelsschulen

Lehrer	Leiter							übrige	Summe	VB
Verwendungsgruppe	Dir.	Dir. (Univ. Inst.)	Dir. (Bds-Konv.)	Dir. Stv.	Abt. Vorst.	Fach-Vorst.	Erz. Leiter	Lehrer	Beamte	Vertr. Lehrer
L1	18							345	363	
L2								56	56	
Normplanstellen										339
								Summe...	419	339

	Summe	Vertragsbedienstete		Summe	Summe Lehrlinge	Gesamtsumme
	Beamte	VB I	VB II	VB		
Summe 1282...	419	339		339		758

ANNEX/Teil 2 **Lebende Subventionen**

1290 Pädagogische Akademien

Lehrer / Verwendungsgruppe	Leiter: Dir.	Dir. (Univ. Inst.)	Dir. (Bds-Konv.)	Dir. Stv.	Abt. Leiter	Fach-Vorst.	Erz. Leiter	übrige Lehrer	Summe Beamte	VB Vertr.
LPA	14				16			69	99	
L1								219	219	
Normplanstellen										126
Summe...									318	126

	Summe Beamte	Vertragsbedienstete VB I	Vertragsbedienstete VB II	Summe VB	Summe Lehrlinge	Gesamtsumme
Summe 1290...	318	126		126		444

1291 BA für Kindergartenpädagogik und Sozialpädagogik

Lehrer / Verwendungsgruppe	Leiter: Dir.	Dir. (Univ. Inst.)	Dir. (Bds-Konv.)	Dir. Stv.	Abt. Vorst.	Fach-Vorst.	Erz. Leiter	übrige Lehrer	Summe Beamte	VB Vertr. Lehrer
L1	14				6			95	115	
L2						1		74	75	
Normplanstellen										259
Summe...									190	259

	Summe Beamte	Vertragsbedienstete VB I	Vertragsbedienstete VB II	Summe VB	Summe Lehrlinge	Gesamtsumme
Summe 1291...	190	259		259		449

1294 Pädagogische Institute

Lehrer / Verwendungsgruppe	Leiter: Dir.	Dir. (Univ. Inst.)	Dir. (Bds-Konv.)	Dir. Stv.	Abt. Leiter	Fach-Vorst.	Erz. Leiter	übrige Lehrer	Summe Beamte	VB Vertr.
LPA	12				18			10	40	
L1								16	16	
Normplanstellen										10
Summe...									56	10

	Summe Beamte	Vertragsbedienstete VB I	Vertragsbedienstete VB II	Summe VB	Summe Lehrlinge	Gesamtsumme
Summe 1294...	56	10		10		66
Gesamtsumme 12...	**3.663**	**2.723**	**1**	**2.724**		**6.387**

324

STELLENPLAN 2002

ANNEX/Teil 2

Lebende Subventionen

14 Wissenschaft

1420 Universitäten

Allgemeiner Verwaltungsdienst	Funktionsgruppe										Summe
Verwendungsgruppe	9	8	7	6	5	4	3	2	1	GL	Beamte
A1									5		5
A2				1			1	1	1		4
										Summe ...	9

Verwaltungsdienst	Bewertungsgruppe							übrige VB	Summe VB I
Entlohnungsgruppe	7	6	5	4	3	2	1		
v1							9		9
v2						1			1
								Summe ...	10

	Summe	Vertragsbedienstete		Summe	Summe Lehrlinge	Gesamtsumme
	Beamte	VB I	VB II	VB		
Summe 1420...	9	10		10		19

1424 Wissenschaftliche Anstalten

Allgemeiner Verwaltungsdienst	Funktionsgruppe										Summe
Verwendungsgruppe	9	8	7	6	5	4	3	2	1	GL	Beamte
A1						5		1	42		48
A2								3			3
A3								2			2
										Summe ...	53

Verwaltungsdienst	Bewertungsgruppe							übrige VB	Summe VB I
Entlohnungsgruppe	7	6	5	4	3	2	1		
v1					1	1	13		15
v2						4			4
v3					2	1	3		6
v4						2	2		4
								Summe ...	29

	Summe	Vertragsbedienstete		Summe	Summe Lehrlinge	Gesamtsumme
	Beamte	VB I	VB II	VB		
Summe 1424...	53	29		29		82
Gesamtsumme 14...	**62**	**39**		**39**		**101**

STELLENPLAN 2002

ANNEX/Teil 2 **Lebende Subventionen**

60 Land-, Forst- und Wasserwirtschaft

6053 Forstliche Bundesversuchsanstalt

Allgemeiner Verwaltungsdienst	Funktionsgruppe										Summe
Verwendungsgruppe	9	8	7	6	5	4	3	2	1	GL	Beamte
A1									2		2
A2								1			1
										Summe ...	3

Verwaltungsdienst	Bewertungsgruppe							übrige VB	Summe VB I
Entlohnungsgruppe	7	6	5	4	3	2	1		
v3							1		1
								Summe ...	1

	Summe	Vertragsbedienstete		Summe	Summe Lehrlinge	Gesamtsumme
	Beamte	VB I	VB II	VB		
Gesamtsumme 60...	**3**	**1**		**1**		**4**

326

STELLENPLAN 2002

ANNEX/Teil 2

Lebende Subventionen

63 Wirtschaft und Arbeit

6300 Zentralleitung

Allgemeiner Verwaltungsdienst	Funktionsgruppe										Summe
Verwendungsgruppe	9	8	7	6	5	4	3	2	1	GL	Beamte
A1					1						1
A2						2					2
										Summe ...	3

	Summe	Vertragsbedienstete		Summe	Summe Lehrlinge	Gesamtsumme
	Beamte	VB I	VB II	VB		
Gesamtsumme 63...	3					3

ANNEX/Teil 2 **Lebende Subventionen**

70 Öffentliche Leistung und Sport

7031 Bundessportheime und Sporteinrichtungen (Haus des Sports)

Allgemeiner Verwaltungsdienst	Funktionsgruppe										Summe
Verwendungsgruppe	9	8	7	6	5	4	3	2	1	GL	Beamte
A1										1	1
										Summe ...	1

	Summe	Vertragsbedienstete		Summe	Summe Lehrlinge	Gesamtsumme
	Beamte	VB I	VB II	VB		
Gesamtsumme 70...	**1**					**1**

(2) **STELLENPLAN 2002**

Anlage A.G **Gesamtübersicht nach Ressorts und Bedienstetenkategorien (Teil II.A, VI und VII)**

	Oberste Organe						Hoheitsverwaltung							
	PRK	BGG	VfGH	VwGH	VANW	RH	BKA	BMI	BMBK	BMW	BMsSG	BMG	BMAA	BMJ
Beamte														
Beamte des allg. Verwaltungsdienstes.	59	279	42	45	42	328	638	2.766	2.416	2.699	1.266	296	754	3.146
Richter und Richteramtsanwärter.....	-	-	-	63	-	-	-	-	-	-	-	-	-	1.854
Staatsanwälte.....	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	221
Hochschullehrer.....	-	-	-	-	-	-	-	-	-	9.964	-	-	-	-
Lehrer.....	-	-	-	-	-	-	-	-	23.260	273	-	-	-	6
Beamte des Schulaufsichtsdienstes....	-	-	-	-	-	-	-	-	341	-	-	-	-	-
Beamte des Exekutivdienstes.....	-	-	-	-	-	-	-	26.290	-	-	-	-	-	3.033
Beamte des militärischen Dienstes....	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Beamte d. Post u. Telegraphenverwaltung	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Krankenpflegedienst	-	-	-	-	-	-	-	-	6	111	1	52	-	18
Summe Beamte...	59	279	42	108	42	328	638	29.056	26.023	13.047	1.267	348	754	8.278
Vertragsbedienstete - Angestellte														
VB I	10	84	33	56	3	5	241	1.943	2.644	5.394	337	339	777	2.879
VB/SV-ADV.....	-	4	-	-	-	-	46	78	16	436	8	-	24	-
Vertr.Ass. gem. Hochschulass.Gesetz..	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Bed. gem. Kollektivvertrag.....	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Bed. gem. anderer Rechtsvorschriften.	-	-	-	-	-	-	-	5	168	-	4	-	-	-
Summe VB I...	10	88	33	56	3	5	287	2.026	2.828	5.830	349	339	801	2.879
Vertragsbedienstete - Arbeiter	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
VB II	4	12	5	12	-	12	36	846	2.486	591	-	55	23	127
Vertr.Ass. gem. Hochschulass.Gesetz..	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Bed. gem. Kollektivvertrag.....	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Bed. gem. anderer Rechtsvorschriften.	-	-	-	-	-	-	-	33	-	-	-	-	-	-
Summe VB II...	4	12	5	12	-	12	36	879	2.486	591	-	55	23	127
Gesamtsumme...	73	379	80	176	45	345	961	31.961	31.337	19.468	1.616	742	1.578	11.284
Gesamtsumme einschl. Bundesbetriebe...	-	-	-	-	-	-	-	-	31.337	-	-	-	-	-
Jugendliche Bedienstete														
Jugendliche VB.....	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Anlernkräfte.....	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Lehrlinge.....	-	-	-	-	-	-	17	90	71	326	-	-	-	35
Summe...	-	-	-	-	-	-	17	90	71	326	-	-	-	35
Summe Lehrl. inkl. Bundesbetriebe...	-	-	-	-	-	-	-	-	71	-	-	-	-	-
Gesamtsumme einschließlich Lehrlinge...	73	379	80	176	45	345	978	32.051	31.408	19.794	1.616	742	1.578	11.319
Normplanstellen (LwSt).....	-	-	-	-	-	-	-	-	10.835	632	-	-	-	-

STELLENPLAN 2002 (3)

Anlage A.G Gesamtübersicht nach Ressorts und Bedienstetenkategorien (Teil II.A, VI und VII)

Hoheitsverwaltung							Summe Hoheits verw.					Summe Div.	Gesamt-summe
BMLv	BMF	BMLFW	BMWA	VIT	BMöLS								
5.624	10.253	1.734	2.564	662	123	-	35.736	-	-	-	-	-	35.736
-	-	-	-	-	-	-	1.917	-	-	-	-	-	1.917
-	-	-	-	-	-	-	221	-	-	-	-	-	221
-	-	-	-	-	-	-	9.964	-	-	-	-	-	9.964
14	-	281	-	-	-	-	23.834	-	-	-	-	-	23.834
-	-	-	-	-	-	-	341	-	-	-	-	-	341
-	2.219	-	-	-	-	-	31.542	-	-	-	-	-	31.542
18.325	-	-	-	-	-	-	18.325	-	-	-	-	-	18.325
-	-	-	-	200	-	-	200	-	-	-	-	-	200
73	-	-	-	-	-	-	261	-	-	-	-	-	261
24.036	12.472	2.015	2.564	862	123	-	122.341	-	-	-	-	-	122.341
1.132	2.940	1.025	827	265	59	-	20.993	-	-	-	-	-	20.993
142	60	13	47	10	-	-	884	-	-	-	-	-	884
-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
21	-	-	-	-	-	-	21	-	-	-	-	-	21
40	-	3	-	-	-	-	220	-	-	-	-	-	220
1.335	3.000	1.041	874	275	59	-	22.118	-	-	-	-	-	22.118
-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
483	141	539	114	7	1	-	5.494	-	-	-	-	-	5.494
-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
36	-	241	-	-	-	-	277	-	-	-	-	-	277
4	39	17	150	-	-	-	243	-	-	-	-	-	243
523	180	797	264	7	1	-	6.014	-	-	-	-	-	6.014
25.894	15.652	3.853	3.702	1.144	183	-	150.473	-	-	-	-	-	150.473
-	-	-	3.702	1.144	-	-	-	-	-	-	-	-	-
-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
176	40	174	42	1	2	-	974	-	-	-	-	-	974
176	40	174	42	1	2	-	974	-	-	-	-	-	974
-	-	-	42	1	-	-	-	-	-	-	-	-	-
26.070	15.692	4.027	3.744	1.145	185	-	151.447	-	-	-	-	-	151.447
-	-	150	-	-	-	-	11.617	-	-	-	-	-	11.617

(4) **STELLENPLAN 2002**

Anlage A.1 **Übersicht zu den Teilen II.A und VII gegliedert nach Ressorts und Bedienstetenkategorien**

	Oberste Organe						Hoheitsverwaltung							
	PRK	BGG	VfGH	VwGH	VANW	RH	BKA	BMI	BMBK	BMW	BMsSG	BMG	BMAA	BMJ
Beamte														
Beamte des allg. Verwaltungsdienstes.	59	279	42	45	42	328	638	2.766	2.416	2.699	1.266	296	754	3.146
Richter und Richteramtsanwärter.....	-	-	-	63	-	-	-	-	-	-	-	-	-	1.854
Staatsanwälte.....	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	221
Hochschullehrer.....	-	-	-	-	-	-	-	-	-	8.887	-	-	-	-
Lehrer.....	-	-	-	-	-	-	-	-	23.260	273	-	-	-	6
Beamte des Schulaufsichtsdienstes....	-	-	-	-	-	-	-	-	341	-	-	-	-	-
Beamte des Exekutivdienstes.....	-	-	-	-	-	-	-	26.290	-	-	-	-	-	3.033
Beamte des militärischen Dienstes....	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Beamte d. Post u. Telegraphenverwaltung	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Krankenpflegedienst	-	-	-	-	-	-	-	-	6	111	1	52	-	18
Summe Beamte...	59	279	42	108	42	328	638	29.056	26.023	11.970	1.267	348	754	8.278
Vertragsbedienstete - Angestellte														
VB I	10	84	33	56	3	5	240	1.943	2.644	5.064	337	339	732	2.879
VB/SV-ADV.....	-	4	-	-	-	-	46	78	16	436	8	-	24	-
Vertr. Ass. gem. Hochschulass. Gesetz..	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Bed. gem. Kollektivvertrag.....	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Bed. gem. anderer Rechtsvorschriften.	-	-	-	-	-	-	-	5	168	-	4	-	-	-
Summe VB I...	10	88	33	56	3	5	286	2.026	2.828	5.500	349	339	756	2.879
Vertragsbedienstete - Arbeiter	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
VB II	4	12	5	12	-	12	36	846	2.486	591	-	55	23	127
Vertr. Ass. gem. Hochschulass. Gesetz..	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Bed. gem. Kollektivvertrag.....	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Bed. gem. anderer Rechtsvorschriften.	-	-	-	-	-	-	-	33	-	-	-	-	-	-
Summe VB II...	4	12	5	12	-	12	36	879	2.486	591	-	55	23	127
Gesamtsumme...	73	379	80	176	45	345	960	31.961	31.337	18.061	1.616	742	1.533	11.284
Gesamtsumme einschl. Bundesbetriebe...	-	-	-	-	-	-	-	-	31.337	-	-	-	-	-
Jugendliche Bedienstete														
Jugendliche VB.....	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Anlernkräfte.....	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Lehrlinge.....	-	-	-	-	-	-	17	90	71	326	-	-	-	35
Summe...	-	-	-	-	-	-	17	90	71	326	-	-	-	35
Summe Lehrl. inkl. Bundesbetriebe...	-	-	-	-	-	-	-	-	71	-	-	-	-	-
Gesamtsumme einschließlich Lehrlinge...	73	379	80	176	45	345	977	32.051	31.408	18.387	1.616	742	1.533	11.319
Normplanstellen (LwSt).....	-	-	-	-	-	-	-	-	10.835	632	-	-	-	-

STELLENPLAN 2002 (5)

Anlage A.1 **Übersicht zu den Teilen II.A und VII gegliedert nach Ressorts und Bedienstetenkategorien**

Hoheitsverwaltung							Summe Hoheits verw.					Summe Div.	Gesamt-summe
BMLv	BMF	BMLFW	BMWA	VIT	BMöLS								
5.624	10.253	1.734	2.564	662	123	-	35.736	-	-	-	-	-	35.736
-	-	-	-	-	-	-	1.917	-	-	-	-	-	1.917
-	-	-	-	-	-	-	221	-	-	-	-	-	221
-	-	-	-	-	-	-	8.887	-	-	-	-	-	8.887
14	-	281	-	-	-	-	23.834	-	-	-	-	-	23.834
-	-	-	-	-	-	-	341	-	-	-	-	-	341
-	2.219	-	-	-	-	-	31.542	-	-	-	-	-	31.542
18.325	-	-	-	-	-	-	18.325	-	-	-	-	-	18.325
-	-	-	-	200	-	-	200	-	-	-	-	-	200
73	-	-	-	-	-	-	261	-	-	-	-	-	261
24.036	12.472	2.015	2.564	862	123	-	121.264	-	-	-	-	-	121.264
1.132	2.940	1.025	827	265	59	-	20.617	-	-	-	-	-	20.617
142	60	13	47	10	-	-	884	-	-	-	-	-	884
-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
21	-	-	-	-	-	-	21	-	-	-	-	-	21
40	-	3	-	-	-	-	220	-	-	-	-	-	220
1.335	3.000	1.041	874	275	59	-	21.742	-	-	-	-	-	21.742
-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
483	141	539	114	7	1	-	5.494	-	-	-	-	-	5.494
-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
36	-	241	-	-	-	-	277	-	-	-	-	-	277
4	-	17	127	-	-	-	181	-	-	-	-	-	181
523	141	797	241	7	1	-	5.952	-	-	-	-	-	5.952
25.894	15.613	3.853	3.679	1.144	183	-	148.958	-	-	-	-	-	148.958
-	-	-	3.679	1.144	-	-	-	-	-	-	-	-	-
-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
176	40	174	42	1	2	-	974	-	-	-	-	-	974
176	40	174	42	1	2	-	974	-	-	-	-	-	974
-	-	-	42	1	-	-	-	-	-	-	-	-	-
26.070	15.653	4.027	3.721	1.145	185	-	149.932	-	-	-	-	-	149.932
-	-	150	-	-	-	-	11.617	-	-	-	-	-	11.617

(6) **STELLENPLAN 2002**

Anlage A.2 **Übersicht zum Teil VI gegliedert nach Ressorts und Bedienstetenkategorien**

	Oberste Organe						Hoheitsverwaltung							
	PRK	BGG	VfGH	VwGH	VANW	RH	BKA	BMI	BMBK	BMW	BMsSG	BMG	BMAA	BMJ
Beamte														
Beamte des allg. Verwaltungsdienstes.	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Richter und Richteramtsanwärter.....	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Staatsanwälte.....	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Hochschullehrer.....	-	-	-	-	-	-	-	-	-	1.077	-	-	-	-
Lehrer.....	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Beamte des Schulaufsichtsdienstes....	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Beamte des Exekutivdienstes.....	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Beamte des militärischen Dienstes....	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Beamte d. Post u. Telegraphenverwaltung	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Krankenpflegedienst	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Summe Beamte...	-	-	-	-	-	-	-	-	-	1.077	-	-	-	-
Vertragsbedienstete - Angestellte														
VB I	-	-	-	-	-	-	1	-	-	330	-	-	45	-
VB/SV-ADV.....	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Vertr. Ass. gem. Hochschulass. Gesetz..	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Bed. gem. Kollektivvertrag.....	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Bed. gem. anderer Rechtsvorschriften.	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Summe VB I...	-	-	-	-	-	-	1	-	-	330	-	-	45	-
Vertragsbedienstete - Arbeiter	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
VB II	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Vertr. Ass. gem. Hochschulass. Gesetz..	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Bed. gem. Kollektivvertrag.....	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Bed. gem. anderer Rechtsvorschriften.	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Summe VB II...	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Gesamtsumme...	-	-	-	-	-	-	1	-	-	1.407	-	-	45	-
Gesamtsumme einschl. Bundesbetriebe...	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Jugendliche Bedienstete														
Jugendliche VB.....	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Anlernkräfte.....	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Lehrlinge.....	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Summe...	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Summe Lehrl. inkl. Bundesbetriebe...	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Gesamtsumme einschließlich Lehrlinge...	-	-	-	-	-	-	1	-	-	1.407	-	-	45	-
Normplanstellen (LwSt).....	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-

STELLENPLAN 2002 (7)

Anlage A.2 **Übersicht zum Teil VI gegliedert nach Ressorts und Bedienstetenkategorien**

Hoheitsverwaltung							Summe Hoheits verw.					Summe Div.	Gesamt-summe
BMLv	BMF	BMLFW	BMWA	VIT	BMöLS								
-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
-	-	-	-	-	-	-	1.077	-	-	-	-	-	1.077
-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
-	-	-	-	-	-	-	1.077	-	-	-	-	-	1.077
-	-	-	-	-	-	-	376	-	-	-	-	-	376
-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
-	-	-	-	-	-	-	376	-	-	-	-	-	376
-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
-	39	-	23	-	-	-	62	-	-	-	-	-	62
-	39	-	23	-	-	-	62	-	-	-	-	-	62
-	39	-	23	-	-	-	1.515	-	-	-	-	-	1.515
-	-	-	23	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
-	39	-	23	-	-	-	1.515	-	-	-	-	-	1.515
-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-

(8) STELLENPLAN 2002

Anlage B.G

Gegenüberstellung des Gesamtstellenplanes zum Vorjahr (gegliedert nach Ressorts)
(Gesamtübersicht-Teile II.A, VI und VII)

Kap.	Verwaltungsbereich	Stellenplan 2001					Stellenplan 2002					Unterschied gegenüber Vorjahr				
		Beamte	Vertragsbedienstete			Summe	Beamte	Vertragsbedienstete			Summe	Beamte	Vertragsbedienstete			Summe
			VB I	VB II	Lehrl.			VB I	VB II	Lehrl.			VB I	VB II	Lehrl.	
	Hoheitsverwaltung															
01	Präsidentschaftskanzlei	59	10	4	-	73	59	10	4	-	73	-	-	-	-	-
02	Parlamentsdirektion	279	88	12	-	379	279	88	12	-	379	-	-	-	-	-
03	Verfassungsgerichtshof	42	33	5	-	80	42	33	5	-	80	-	-	-	-	-
04	Verwaltungsgerichtshof	108	56	12	-	176	108	56	12	-	176	-	-	-	-	-
05	Volksanwaltschaft	42	3	-	-	45	42	3	-	-	45	-	-	-	-	-
06	Rechnungshof	328	5	12	-	345	328	5	12	-	345	-	-	-	-	-
10	Bundeskanzleramt mit Dienststellen	652	299	36	22	1.009	638	287	36	17	978	- 14	- 12	-	- 5	- 31
11	Inneres	29.650	2.189	1.087	90	33.016	29.056	2.026	879	90	32.051	- 594	- 163	- 208	-	- 965
12	Bildung und Kultur	26.026	2.896	2.506	92	31.520	26.023	2.828	2.486	71	31.408	- 3	- 68	- 20	- 21	- 112
	Normplanstellen (LwSt)	-	*10.835*	-	-	*10.835*	-	*10.835*	-	-	*10.835*	-	-	-	-	-
14	Wissenschaft	13.047	5.854	591	326	19.818	13.047	5.830	591	326	19.794	-	- 24	-	-	- 24
	Normplanstellen (LwSt)	-	*632*	-	-	*632*	-	*632*	-	-	*632*	-	-	-	-	-
15	Soziale Sicherheit und Generationen	1.280	385	2	-	1.667	1.267	349	-	-	1.616	- 13	- 36	- 2	-	- 51
17	Gesundheit	347	341	67	9	764	348	339	55	-	742	+ 1	- 2	- 12	- 9	- 22
20	Äußeres	759	844	24	-	1.627	754	801	23	-	1.578	- 5	- 43	- 1	-	- 49
30	Justiz	8.386	2.904	164	35	11.489	8.278	2.879	127	35	11.319	- 108	- 25	- 37	-	- 170
40	Militärische Angelegenheiten	24.840	1.335	523	176	26.874	24.036	1.335	523	176	26.070	- 804	-	-	-	- 804
50	Finanzverwaltung	12.542	3.252	337	46	16.177	12.472	3.000	180	40	15.692	- 70	- 252	- 157	- 6	- 485
60	Land-, Forst- und Wasserwirtschaft	2.033	1.065	866	177	4.141	2.015	1.041	797	174	4.027	- 18	- 24	- 69	- 3	- 114
	Normplanstellen (LwSt)	-	*150*	-	-	*150*	-	*150*	-	-	*150*	-	-	-	-	-
63	Wirtschaft und Arbeit	1.233	550	15	21	1.819	1.223	521	14	19	1.777	- 10	- 29	- 1	- 2	- 42
64	Bauten und Technik	1.363	384	273	23	2.043	1.341	353	250	23	1.967	- 22	- 31	- 23	-	- 76
65	Verkehr, Innovation und Technologie	878	289	8	3	1.178	862	275	7	1	1.145	- 16	- 14	- 1	- 2	- 33
70	Öffentliche Leistung und Sport	123	62	1	4	190	123	59	1	2	185	-	- 3	-	- 2	- 5
	Gesamtsumme	124.017	22.844	6.545	1.024	154.430	122.341	22.118	6.014	974	151.447	- 1.676	- 726	- 531	- 50	- 2.983
	Gesamtsumme Normplanstellen (LwSt)	-	*11.617*	-	-	*11.617*	-	*11.617*	-	-	*11.617*	-	-	-	-	-

Die kursiv angegebenen Werte der *'Normplanstellen (LwSt)'* Sind in keinem der ausgewiesenen Beträge (Summen) berücksichtigt.

Anlage B.1

Gegenüberstellung des Gesamtstellenplanes zum Vorjahr (gegliedert nach Ressorts)
(Teil II.A und VII)

Kap.	Verwaltungsbereich	Stellenplan 2001					Stellenplan 2002					Unterschied gegenüber Vorjahr				
		Beamte	Vertragsbedienstete			Summe	Beamte	Vertragsbedienstete			Summe	Beamte	Vertragsbedienstete			Summe
			VB I	VB II	Lehrl.			VB I	VB II	Lehrl.			VB I	VB II	Lehrl.	
	Hoheitsverwaltung															
01	Präsidentschaftskanzlei	59	10	4	-	73	59	10	4	-	73	-	-	-	-	-
02	Parlamentsdirektion	279	88	12	-	379	279	88	12	-	379	-	-	-	-	-
03	Verfassungsgerichtshof	42	33	5	-	80	42	33	5	-	80	-	-	-	-	-
04	Verwaltungsgerichtshof	108	56	12	-	176	108	56	12	-	176	-	-	-	-	-
05	Volksanwaltschaft	42	3	-	-	45	42	3	-	-	45	-	-	-	-	-
06	Rechnungshof	328	5	12	-	345	328	5	12	-	345	-	-	-	-	-
10	Bundeskanzleramt mit Dienststellen	652	298	36	22	1.008	638	286	36	17	977	- 14	- 12	-	- 5	- 31
11	Inneres	29.650	2.189	1.087	90	33.016	29.056	2.026	879	90	32.051	- 594	- 163	- 208	-	- 965
12	Bildung und Kultur	26.026	2.896	2.506	92	31.520	26.023	2.828	2.486	71	31.408	- 3	- 68	- 20	- 21	- 112
	Normplanstellen (LwSt)	-	*10.835*	-	-	*10.835*	-	*10.835*	-	-	*10.835*	-	-	-	-	-
14	Wissenschaft	11.970	5.524	591	326	18.411	11.970	5.500	591	326	18.387	-	- 24	-	-	- 24
	Normplanstellen (LwSt)	-	*632*	-	-	*632*	-	*632*	-	-	*632*	-	-	-	-	-
15	Soziale Sicherheit und Generationen	1.280	385	2	-	1.667	1.267	349	-	-	1.616	- 13	- 36	- 2	-	- 51
17	Gesundheit	347	341	67	9	764	348	339	55	-	742	+ 1	- 2	- 12	- 9	- 22
20	Äußeres	759	799	24	-	1.582	754	756	23	-	1.533	- 5	- 43	- 1	-	- 49
30	Justiz	8.386	2.904	164	35	11.489	8.278	2.879	127	35	11.319	- 108	- 25	- 37	-	- 170
40	Militärische Angelegenheiten	24.840	1.335	523	176	26.874	24.036	1.335	523	176	26.070	- 804	-	-	-	- 804
50	Finanzverwaltung	12.542	3.252	297	46	16.137	12.472	3.000	141	40	15.653	- 70	- 252	- 156	- 6	- 484
60	Land-, Forst- und Wasserwirtschaft	2.033	1.065	866	177	4.141	2.015	1.041	797	174	4.027	- 18	- 24	- 69	- 3	- 114
	Normplanstellen (LwSt)	-	*150*	-	-	*150*	-	*150*	-	-	*150*	-	-	-	-	-
63	Wirtschaft und Arbeit	1.233	550	15	21	1.819	1.223	521	14	19	1.777	- 10	- 29	- 1	- 2	- 42
64	Bauten und Technik	1.363	384	250	23	2.020	1.341	353	227	23	1.944	- 22	- 31	- 23	-	- 76
65	Verkehr, Innovation und Technologie	878	289	8	3	1.178	862	275	7	1	1.145	- 16	- 14	- 1	- 2	- 33
70	Öffentliche Leistung und Sport	123	62	1	4	190	123	59	1	2	185	-	- 3	-	- 2	- 5
	Gesamtsumme	122.940	22.468	6.482	1.024	152.914	121.264	21.742	5.952	974	149.932	- 1.676	- 726	- 530	- 50	- 2.982
	Gesamtsumme Normplanstellen (LwSt)	-	*11.617*	-	-	*11.617*	-	*11.617*	-	-	*11.617*	-	-	-	-	-

Die kursiv angegebenen Werte der *'Normplanstellen (LwSt)'* Sind in keinem der ausgewiesenen Beträge (Summen) berücksichtigt.

(10) STELLENPLAN 2002

Anlage B. 2 Gegenüberstellung des Gesamtstellenplanes zum Vorjahr (gegliedert nach Ressorts)
(Teil VI)

Kap.	Verwaltungsbereich	Stellenplan 2001					Stellenplan 2002					Unterschied gegenüber Vorjahr				
		Beamte	Vertragsbedienstete			Summe	Beamte	Vertragsbedienstete			Summe	Beamte	Vertragsbedienstete			Summe
			VB I	VB II	Lehrl.			VB I	VB II	Lehrl.			VB I	VB II	Lehrl.	
	Hoheitsverwaltung															
10	Bundeskanzleramt mit Dienststellen ..	-	1	-	-	1	-	1	-	-	1	-	-	-	-	-
14	Wissenschaft	1.077	330	-	-	1.407	1.077	330	-	-	1.407	-	-	-	-	-
20	Äußeres	-	45	-	-	45	-	45	-	-	45	-	-	-	-	-
50	Finanzverwaltung	-	-	40	-	40	-	-	39	-	39	-	-	- 1	-	- 1
64	Bauten und Technik	-	-	23	-	23	-	-	23	-	23	-	-	-	-	-
	Gesamtsumme...	1.077	376	63	-	1.516	1.077	376	62	-	1.515	-	-	- 1	-	- 1

STELLENPLAN 2002 (11)

Anlage B1.1 **Gegenüberstellung des Gesamtstellenplanes zum Vorjahr (gegliedert nach Planstellenbereichen)**
(Teil II.A und VII)

Kap. bzw. Par.	Verwaltungsbereich	Stellenplan 2001					Stellenplan 2002					Unterschied gegenüber Vorjahr				
		Beamte	Vertragsbedienstete			Summe	Beamte	Vertragsbedienstete			Summe	Beamte	Vertragsbedienstete			Summe
			VB I	VB II	Lehrl.			VB I	VB II	Lehrl.			VB I	VB II	Lehrl.	
	Hoheitsverwaltung															
0	Oberste Organe															
01	Präsidentschaftskanzlei	59	10	4	-	73	59	10	4	-	73	-	-	-	-	-
02	Parlamentsdirektion	279	88	12	-	379	279	88	12	-	379	-	-	-	-	-
03	Verfassungsgerichtshof	42	33	5	-	80	42	33	5	-	80	-	-	-	-	-
04	Verwaltungsgerichtshof	108	56	12	-	176	108	56	12	-	176	-	-	-	-	-
05	Volksanwaltschaft	42	3	-	-	45	42	3	-	-	45	-	-	-	-	-
06	Rechnungshof	328	5	12	-	345	328	5	12	-	345	-	-	-	-	-
	Summe 0...	858	195	45	-	1.098	858	195	45	-	1.098	-	-	-	-	-
10	Bundeskanzleramt mit Dienststellen															
1000	Zentralleitung	458	278	29	18	783	448	266	29	16	759	- 10	- 12	-	- 2	- 24
1008	Unabhängiger Bundesasylsenat (UBAS)	85	5	-	-	90	82	5	-	-	87	- 3	-	-	-	- 3
1010	Staatsarchiv und Archivamt	109	15	7	4	135	108	15	7	1	131	- 1	-	-	- 3	- 4
	Summe 10...	652	298	36	22	1.008	638	286	36	17	977	- 14	- 12	-	- 5	- 31
11	Inneres															
1100	Zentralleitung	795	394	59	-	1.248	795	394	57	-	1.246	-	-	- 2	-	- 2
1130	Bundespolizei	14.635	760	336	90	15.821	14.223	619	281	90	15.213	- 412	- 141	- 55	-	- 608
1132	Bundespolizei	199	-	-	-	199	199	-	-	-	199	-	-	-	-	-
1140	Bundesgendarmerie	13.590	940	625	-	15.155	13.408	921	486	-	14.815	- 182	- 19	- 139	-	- 340
1141	Bundesgendarmerie (zweckgeb. Gebarung)	290	24	-	-	314	290	24	-	-	314	-	-	-	-	-
1150	Flüchtlingsbetreuung und Integration	34	35	60	-	129	34	35	51	-	120	-	-	- 9	-	- 9
1151	KZ-Gedenkstätte Mauthausen (Mauthausen Memorial)	2	4	7	-	13	2	4	4	-	10	-	-	- 3	-	- 3
1152	Bundesasylamt	105	32	-	-	137	105	29	-	-	134	-	- 3	-	-	- 3
	Summe 11...	29.650	2.189	1.087	90	33.016	29.056	2.026	879	90	32.051	- 594	- 163	- 208	-	- 965

(12) STELLENPLAN 2002

Anlage B1.1 Gegenüberstellung des Gesamtstellenplanes zum Vorjahr (gegliedert nach Planstellenbereichen)
(Teil II.A und VII)

Kap. bzw. Par.	Verwaltungsbereich	Stellenplan 2001					Stellenplan 2002					Unterschied gegenüber Vorjahr				
		Beamte	Vertragsbedienstete			Summe	Beamte	Vertragsbedienstete			Summe	Beamte	Vertragsbedienstete			Summe
			VB I	VB II	Lehrl.			VB I	VB II	Lehrl.			VB I	VB II	Lehrl.	
12	Bildung und Kultur															
1200	Zentralleitung	460	212	12	15	699	460	212	7	5	684	-	-	- 5	- 10	- 15
1240	Hofmusikkapelle	2	9	-	-	11	2	9	-	-	11	-	-	-	-	-
1241	Bundesschullandheime und Schulsportveranstaltungen	21	6	49	-	76	21	6	43	-	70	-	-	- 6	-	- 6
1242	Sonstige Einrichtungen für Jugenderziehung	11	12	-	-	23	11	12	-	-	23	-	-	-	-	-
1243	Bundesstaatliche Einrichtungen der Erwachsenenbildung	47	45	15	-	107	47	45	15	-	107	-	-	-	-	-
1244	Museen	99	289	33	3	424	99	249	33	3	384	-	- 40	-	-	- 40
1246	Nationalbibliothek	137	172	5	2	316	137	172	5	2	316	-	-	-	-	-
1247	Bundesdenkmalamt	98	110	4	1	213	98	110	4	1	213	-	-	-	-	-
1260	Schulaufsichtsbehörden	1.075	549	30	22	1.676	1.072	529	15	11	1.627	- 3	- 20	- 15	- 11	- 49
1270	Allgemein bildende höhere Schulen	11.522	421	915	2	12.860	11.522	421	915	2	12.860	-	-	-	-	-
	Normplanstellen (LwSt)	-	*4.811*	-	-	*4.811*	-	*4.811*	-	-	*4.811*	-	-	-	-	-
1271	Höhere Internatsschulen des Bundes	203	27	136	-	366	203	27	136	-	366	-	-	-	-	-
	Normplanstellen (LwSt)	-	*153*	-	-	*153*	-	*153*	-	-	*153*	-	-	-	-	-
1274	Bds.-Blindenerz. Inst. und Bds. Inst. für Gehörlosenbildung	91	28	46	-	165	91	28	46	-	165	-	-	-	-	-
	Normplanstellen (LwSt)	-	*57*	-	-	*57*	-	*57*	-	-	*57*	-	-	-	-	-
1276	Bundesschülerheime (Allgemein bildende)	38	15	50	-	103	38	15	50	-	103	-	-	-	-	-
	Normplanstellen (LwSt)	-	*60*	-	-	*60*	-	*60*	-	-	*60*	-	-	-	-	-
1280	Technische und gewerbliche Lehranstalten	4.282	391	496	22	5.191	4.282	391	496	22	5.191	-	-	-	-	-
	Normplanstellen (LwSt)	-	*970*	-	-	*970*	-	*970*	-	-	*970*	-	-	-	-	-
1281	Sozialakad., LA f. Tourismus, Sozial- u. wirtsch. Berufe	2.838	211	259	10	3.318	2.838	211	258	10	3.317	-	-	- 1	-	- 1
	Normplanstellen (LwSt)	-	*2.380*	-	-	*2.380*	-	*2.380*	-	-	*2.380*	-	-	-	-	-
1282	Handelsakademien und Handelsschulen	3.230	174	246	3	3.653	3.231	171	248	3	3.653	+ 1	- 3	+ 2	-	-
	Normplanstellen (LwSt)	-	*1.562*	-	-	*1.562*	-	*1.562*	-	-	*1.562*	-	-	-	-	-
1286	Bundesschülerheime (Berufsbildende)	39	12	57	-	108	39	12	57	-	108	-	-	-	-	-
	Normplanstellen (LwSt)	-	*54*	-	-	*54*	-	*54*	-	-	*54*	-	-	-	-	-
1290	Pädagogische Akademien	1.090	90	44	7	1.231	1.090	90	43	7	1.230	-	-	- 1	-	- 1
	Normplanstellen (LwSt)	-	*64*	-	-	*64*	-	*64*	-	-	*64*	-	-	-	-	-
1291	BA für Kindergartenpädagogik und Sozialpädagogik	500	37	70	-	607	499	34	74	-	607	- 1	- 3	+ 4	-	-
	Normplanstellen (LwSt)	-	*623*	-	-	*623*	-	*623*	-	-	*623*	-	-	-	-	-
1292	Berufspädagogische Akademien	61	20	10	5	96	62	19	10	5	96	+ 1	- 1	-	-	-
	Normplanstellen (LwSt)	-	*40*	-	-	*40*	-	*40*	-	-	*40*	-	-	-	-	-
1293	Bundesanstalten für Leibeserziehung	27	35	26	-	88	26	34	28	-	88	- 1	- 1	+ 2	-	-
1294	Pädagogische Institute	155	31	3	-	189	155	31	3	-	189	-	-	-	-	-
	Normplanstellen (LwSt)	-	*61*	-	-	*61*	-	*61*	-	-	*61*	-	-	-	-	-
	Summe 12	26.026	2.896	2.506	92	31.520	26.023	2.828	2.486	71	31.408	- 3	- 68	- 20	- 21	- 112
	Summe 12 Normplanstellen (LwSt)	-	*10.835*	-	-	*10.835*	-	*10.835*	-	-	*10.835*	-	-	-	-	-
14	Wissenschaft															
1400	Zentralleitung (Verwaltungsbereich Wissenschaft)	283	105	-	6	394	283	92	-	6	381	-	- 13	-	-	- 13
1420	Universitäten	10.580	4.865	474	304	16.223	10.580	4.865	474	304	16.223	-	-	-	-	-
	Normplanstellen (LwSt)	-	*165*	-	-	*165*	-	*165*	-	-	*165*	-	-	-	-	-
1424	Wissenschaftliche Anstalten	215	158	-	-	373	215	147	-	-	362	-	- 11	-	-	- 11
1430	Universitäten der Künste	892	396	117	16	1.421	892	396	117	16	1.421	-	-	-	-	-
	Normplanstellen (LwSt)	-	*467*	-	-	*467*	-	*467*	-	-	*467*	-	-	-	-	-
	Summe 14	11.970	5.524	591	326	18.411	11.970	5.500	591	326	18.387	-	- 24	-	-	- 24
	Summe 14 Normplanstellen (LwSt)	-	*632*	-	-	*632*	-	*632*	-	-	*632*	-	-	-	-	-
15	Soziale Sicherheit und Generationen															
1500	Zentralleitung	629	248	-	-	877	629	221	-	-	850	-	- 27	-	-	- 27
1570	Bundessozialämter	651	137	2	-	790	638	128	-	-	766	- 13	- 9	- 2	-	- 24
	Summe 15	1.280	385	2	-	1.667	1.267	349	-	-	1.616	- 13	- 36	- 2	-	- 51

Anlage B1.1 **Gegenüberstellung des Gesamtstellenplanes zum Vorjahr (gegliedert nach Planstellenbereichen)**
(Teil II.A und VII)

Kap. bzw. Par.	Verwaltungsbereich	Stellenplan 2001					Stellenplan 2002					Unterschied gegenüber Vorjahr				
		Beamte	Vertragsbedienstete			Summe	Beamte	Vertragsbedienstete			Summe	Beamte	Vertragsbedienstete			Summe
			VB I	VB II	Lehrl.			VB I	VB II	Lehrl.			VB I	VB II	Lehrl.	
17	Gesundheit															
1790	Lebensmitteluntersuchungsanstalten ..	121	72	10	5	208	122	72	9	-	203	+ 1	-	- 1	- 5	- 5
1791	Bundesinstitut für Arzneimittel	48	41	8	-	97	48	41	5	-	94	-	-	- 3	-	- 3
1793	Bakteriologisch-serologische Untersuchungsanstalten	78	115	27	4	224	78	115	24	-	217	-	-	- 3	- 4	- 7
1795	Veterinärmedizinische Anstalten	93	89	22	-	204	93	87	17	-	197	-	- 2	- 5	-	- 7
1796	Veterinärmedizinischer Grenzbeschaudienst	7	24	-	-	31	7	24	-	-	31	-	-	-	-	-
	Summe 17...	347	341	67	9	764	348	339	55	-	742	+ 1	- 2	- 12	- 9	- 22
20	Äußeres															
2000	Zentralleitung und Vertretungsbehörden (2010)	732	776	23	-	1.531	732	740	23	-	1.495	-	- 36	-	-	- 36
2030	Österreichische Kulturinstitute	27	23	1	-	51	22	16	-	-	38	- 5	- 7	- 1	-	- 13
	Summe 20...	759	799	24	-	1.582	754	756	23	-	1.533	- 5	- 43	- 1	-	- 49
30	Justiz															
3000	Zentralleitung	176	68	7	-	251	176	66	7	-	249	-	- 2	-	-	- 2
3010	Oberster Gerichtshof und Generalprokuratur	93	15	-	-	108	93	14	-	-	107	-	- 1	-	-	- 1
3020	Justizbehörden in den Ländern	4.716	2.488	137	35	7.376	4.711	2.466	100	35	7.312	- 5	- 22	- 37	-	- 64
3030	Justizanstalten	3.281	333	20	-	3.634	3.198	333	20	-	3.551	- 83	-	-	-	- 83
3050	Bewährungshilfe	120	-	-	-	120	100	-	-	-	100	- 20	-	-	-	- 20
	Summe 30...	8.386	2.904	164	35	11.489	8.278	2.879	127	35	11.319	- 108	- 25	- 37	-	- 170
40	Militärische Angelegenheiten															
4000	Zentralleitung	824	162	-	5	991	824	162	-	5	991	-	-	-	-	-
4010	Militärpersonen und Heeresverwaltung	23.947	1.124	479	171	25.721	23.143	1.124	479	171	24.917	- 804	-	-	-	- 804
4040	Heeresgeschichtl. Museum, Militärhistorisches Institut	62	28	8	-	98	62	28	8	-	98	-	-	-	-	-
4050	Allentsteig (betriebsähnl. Einrichtung)	7	21	36	-	64	7	21	36	-	64	-	-	-	-	-
	Summe 40...	24.840	1.335	523	176	26.874	24.036	1.335	523	176	26.070	- 804	-	-	-	- 804
50	Finanzverwaltung															
5000	Zentralleitung	655	261	46	8	970	655	251	40	8	954	-	- 10	- 6	-	- 16
5040	Finanzlandesdirektionen	11.700	2.840	242	38	14.820	11.669	2.612	95	32	14.408	- 31	- 228	- 147	- 6	- 412
5070	Bundespensionsamt	98	92	-	-	190	97	88	-	-	185	- 1	- 4	-	-	- 5
5071	Finanzprokuratur	50	50	8	-	108	51	49	6	-	106	+ 1	- 1	- 2	-	- 2
5072	Hauptpunzierungs- und Probieramt	39	9	1	-	49	-	-	-	-	-	- 39	- 9	- 1	-	- 49
	Summe 50...	12.542	3.252	297	46	16.137	12.472	3.000	141	40	15.653	- 70	- 252	- 156	- 6	- 484

(14) STELLENPLAN 2002

Anlage B1.1 Gegenüberstellung des Gesamtstellenplanes zum Vorjahr (gegliedert nach Planstellenbereichen)
(Teil II.A und VII)

Kap. bzw. Par.	Verwaltungsbereich	Stellenplan 2001					Stellenplan 2002					Unterschied gegenüber Vorjahr				
		Beamte	Vertragsbedienstete			Summe	Beamte	Vertragsbedienstete			Summe	Beamte	Vertragsbedienstete			Summe
			VB I	VB II	Lehrl.			VB I	VB II	Lehrl.			VB I	VB II	Lehrl.	
60	Land-, Forst- und Wasserwirtschaft															
6000	Zentralleitung	696	337	5	2	1.040	705	337	7	2	1.051	+ 9	-	+ 2	-	+ 11
6050	Landwirtschaftliche Bundeslehranstalten	306	56	257	33	652	307	56	259	33	655	+ 1	-	+ 2	-	+ 3
	Normplanstellen (LwSt)	-	*125*	-	-	*125*	-	*125*	-	-	*125*	-	-	-	-	-
6051	Bundesämter für Landwirtschaft und landwirtsch. Bundesanst.	437	334	167	45	983	441	330	167	45	983	+ 4	- 4	-	-	-
	Normplanstellen (LwSt)	-	*3*	-	-	*3*	-	*3*	-	-	*3*	-	-	-	-	-
6052	Forstwirtschaftliche Bundeslehranstalten	53	9	32	2	96	53	9	32	2	96	-	-	-	-	-
	Normplanstellen (LwSt)	-	*18*	-	-	*18*	-	*18*	-	-	*18*	-	-	-	-	-
6053	Forstliche Bundesversuchsanstalt	132	72	30	2	236	132	72	30	2	236	-	-	-	-	-
6054	Bundesanstalt für Agrarwirtschaft	16	11	4	-	31	16	11	4	-	31	-	-	-	-	-
6056	Bundesanstalt für Bergbauernfragen	7	6	-	-	13	7	6	-	-	13	-	-	-	-	-
6058	Bundesamt für Wasserwirtschaft	47	43	11	5	106	47	43	11	5	106	-	-	-	-	-
6072	Forstliche Ausbildungsstätten	27	8	12	4	51	27	8	12	4	51	-	-	-	-	-
	Normplanstellen (LwSt)	-	*4*	-	-	*4*	-	*4*	-	-	*4*	-	-	-	-	-
6080	Wildbach- und Lawinenverbauungsdienst	172	150	107	19	448	175	147	107	19	448	+ 3	- 3	-	-	-
6091	Bundeskellereiinspektion	28	3	-	-	31	28	3	-	-	31	-	-	-	-	-
6093	Bundesgärten	81	18	161	62	322	76	18	156	62	312	- 5	-	- 5	-	- 10
6094	Bundesgestüt Piber - Spanische Reitschule	29	16	68	3	116	-	-	-	-	-	- 29	- 16	- 68	- 3	- 116
6096	Forstwirtschaftliche Bundeslehr- und Versuchsforste	2	2	12	-	16	1	1	12	-	14	- 1	- 1	-	-	- 2
	Summe 60...	2.033	1.065	866	177	4.141	2.015	1.041	797	174	4.027	- 18	- 24	- 69	- 3	- 114
	Summe 60 Normplanstellen (LwSt)...	-	*150*	-	-	*150*	-	*150*	-	-	*150*	-	-	-	-	-
63	Wirtschaft und Arbeit															
6300	Zentralleitung	816	435	8	18	1.277	809	416	8	18	1.251	- 7	- 19	-	-	- 26
6330	Bergbehörden	39	13	2	-	54	39	11	2	-	52	-	- 2	-	-	- 2
6390	Heimarbeitskommissionen	2	4	-	-	6	2	4	-	-	6	-	-	-	-	-
6392	Arbeitsinspektion	376	98	5	3	482	373	90	4	1	468	- 3	- 8	- 1	- 2	- 14
	Summe 63...	1.233	550	15	21	1.819	1.223	521	14	19	1.777	- 10	- 29	- 1	- 2	- 42
64	Bauten und Technik															
6401	Bundesmobilienverwaltung	23	10	8	5	46	23	10	8	5	46	-	-	-	-	-
6403	Beschussämter	10	2	1	-	13	10	2	1	-	13	-	-	-	-	-
6450	Burghauptmannschaft Österreich	165	78	37	-	280	158	78	33	-	269	- 7	-	- 4	-	- 11
6460	Bundesgebäudeverwaltung - Liegenschaftsverwaltung	-	-	146	-	146	-	-	127	-	127	-	-	- 19	-	- 19
6490	Einrichtungen des Eich- und Vermessungswesens	1.165	294	58	18	1.535	1.150	263	58	18	1.489	- 15	- 31	-	-	- 46
	Summe 64...	1.363	384	250	23	2.020	1.341	353	227	23	1.944	- 22	- 31	- 23	-	- 76
	Summe 63+64...	2.596	934	265	44	3.839	2.564	874	241	42	3.721	- 32	- 60	- 24	- 2	- 118
65	Verkehr, Innovation und Technologie															
6500	Zentralleitung	542	177	4	-	723	528	172	4	-	704	- 14	- 5	-	-	- 19
6501	Schifffahrtspolizei	80	17	-	-	97	79	15	-	-	94	- 1	- 2	-	-	- 3
6541	Wasserstraßendirektion	50	25	1	1	77	50	22	1	1	74	-	- 3	-	-	- 3
6550	Bundesprüfanstalt für Kraftfahrzeuge	24	15	1	-	40	23	15	1	-	39	- 1	-	-	-	- 1
6580	Österreichisches Patentamt	182	55	2	2	241	182	51	1	-	234	-	- 4	- 1	- 2	- 7
	Summe 65...	878	289	8	3	1.178	862	275	7	1	1.145	- 16	- 14	- 1	- 2	- 33

Anlage B1.1 **Gegenüberstellung des Gesamtstellenplanes zum Vorjahr (gegliedert nach Planstellenbereichen)**
(Teil II.A und VII)

Kap. bzw. Par.	Verwaltungsbereich	Stellenplan 2001					Stellenplan 2002					Unterschied gegenüber Vorjahr				
		Beamte	Vertragsbedienstete			Summe	Beamte	Vertragsbedienstete			Summe	Beamte	Vertragsbedienstete			Summe
			VB I	VB II	Lehrl.			VB I	VB II	Lehrl.			VB I	VB II	Lehrl.	
70	Öffentliche Leistung und Sport															
7000	Zentralleitung	105	40	-	4	149	105	38	-	2	145	-	- 2	-	- 2	- 4
7020	Verwaltungsakademie	16	16	-	-	32	16	15	-	-	31	-	- 1	-	-	- 1
7031	Bundessportheime und Sporteinrichtungen (Haus des Sports)	2	6	1	-	9	2	6	1	-	9	-	-	-	-	-
	Summe 70...	123	62	1	4	190	123	59	1	2	185	-	- 3	-	- 2	- 5
	Gesamtsumme...	122.940	22.468	6.482	1.024	152.914	121.264	21.742	5.952	974	149.932	- 1.676	- 726	- 530	- 50	- 2.982
	Gesamtsumme Normplanstellen (LwSt)...	-	*11.617*	-	-	*11.617*	-	*11.617*	-	-	*11.617*	-	-	-	-	-

(16) STELLENPLAN 2002

Anlage B1.2 Gegenüberstellung des Gesamtstellenplanes zum Vorjahr (gegliedert nach Planstellenbereichen) (Teil VI)

Kap. bzw. Par.	Verwaltungsbereich	Stellenplan 2001					Stellenplan 2002					Unterschied gegenüber Vorjahr				
		Beamte	Vertragsbedienstete			Summe	Beamte	Vertragsbedienstete			Summe	Beamte	Vertragsbedienstete			Summe
			VB I	VB II	Lehrl.			VB I	VB II	Lehrl.			VB I	VB II	Lehrl.	
	Hoheitsverwaltung															
10	Bundeskanzleramt mit Dienststellen															
1010	Staatsarchiv und Archivamt	-	1	-	-	1	-	1	-	-	1	-	-	-	-	-
	Summe 10...	-	1	-	-	1	-	1	-	-	1	-	-	-	-	-
14	Wissenschaft															
1420	Universitäten	1.077	330	-	-	1.407	1.077	330	-	-	1.407	-	-	-	-	-
	Summe 14...	1.077	330	-	-	1.407	1.077	330	-	-	1.407	-	-	-	-	-
20	Äußeres															
2000	Zentralleitung und Vertretungsbehörden (2010)	-	45	-	-	45	-	45	-	-	45	-	-	-	-	-
	Summe 20...	-	45	-	-	45	-	45	-	-	45	-	-	-	-	-
50	Finanzverwaltung															
5040	Finanzlandesdirektionen	-	-	40	-	40	-	-	39	-	39	-	-	- 1	-	- 1
	Summe 50...	-	-	40	-	40	-	-	39	-	39	-	-	- 1	-	- 1
64	Bauten und Technik															
6490	Einrichtungen des Eich- und Vermessungswesens	-	-	23	-	23	-	-	23	-	23	-	-	-	-	-
	Summe 64...	-	-	23	-	23	-	-	23	-	23	-	-	-	-	-
	Summe 63+64...	-	-	23	-	23	-	-	23	-	23	-	-	-	-	-
	Gesamtsumme...	1.077	376	63	-	1.516	1.077	376	62	-	1.515	-	-	- 1	-	- 1

Anlage C

Entwicklung der Planstellen nach Bedienstetenkategorien bis 1988

	Planstellenbereiche der Bundesbediensteten in den Jahren							
	1938	1959 *)	1965	1970	1980	1986	1987	1988
A. Bundesverwaltung								
Beamte der Allgemeinen Verwaltung	20.623	32.531	35.673	44.422	46.812	51.679	52.600	52.829
Beamte in handwerklicher Verwendung	-	-	-	4.025	5.539	5.898	5.966	6.011
Richter	1.460	1.409	1.488	1.518	1.600	1.725	1.739	1.726
Staatsanwälte	120	131	155	164	204	220	220	220
Universitäts-(Hochschul-)lehrer	1.011	1.385	2.989	4.500	6.042	6.430	6.477	6.476
Bundeslehrer	3.606	6.732	11.082	13.464	21.590	23.785	24.509	25.171
Beamte des Schulaufsichtsdienstes	118	179	191	202	218	224	226	226
Wachebeamte	21.147	29.253	29.544	28.780	30.244	31.297	31.400	31.344
Militärpersonen	*28.351*	8.175	11.176	5.652	5.932	4.081	3.381	3.301
Vertragsbedienstete Entlohnungsschema I	4.782	17.310	17.336	14.396	16.262	17.681	17.632	17.163
Vertragsbedienstete Entlohnungsschema IL		2.143	762	581	453	1.345	969	774
Vertragsassistenten		-	-	-	310	340	340	340
Vertragsbedienstete Entlohnungsschema II		11.571	11.093	7.510	6.753	6.587	6.543	6.381
Kollektivvertrag		818	606	1.122	1.240	1.407	1.405	1.400
nach anderen Rechtsvorschriften		2.054	1.240	840	378	113	111	110
nach anderen Rechtsvorschriften IL		-	-	-	6	58	55	55
Lehrlinge		97	71	55	-	-	-	-
Vertragsbedienstete Entlohnungsschema I teilbeschäftigt	*14.670*	248	474	520	1.081	1.294	1.331	1.360
Vertragsbedienstete Entlohnungsschema IL teilbeschäftigt		-	-	-	1.151	988	988	508
Vertragsbedienstete Entlohnungsschema IIL teilbeschäftigt		576	409	246	36	31	31	31
Vertragsassistenten teilbeschäftigt		-	-	-	93	92	92	92
Vertragsbedienstete Entlohnungsschema II teilbeschäftigt		1.343	1.604	1.703	1.717	1.895	1.957	1.939
Kollektivvertrag teilbeschäftigt		3.249	2.974	2.063	1.911	1.976	1.959	1.953
nach anderen Rechtsvorschriften teilbeschäftigt		136	694	746	728	338	340	343
nach anderen Rechtsvorschriften teilbeschäftigt IL		-	-	-	-	-	-	-
nach anderen Rechtsvorschriften teilbeschäftigt IIL		-	-	-	3	8	5	5
Summe A...	*95.888*	119.340	129.561	132.509	150.303	159.492	160.276	159.758
B. Bundesbetriebe (Monopole)								
Beamte der Allgemeinen Verwaltung	21.978	28.930	30.768	36.586	44.125	5.076	4.866	4.712
Beamte der Post- und Telegraphenverwaltung	-	-	-	-	-	40.915	42.398	42.548
Beamte in handwerklicher Verwendung	-	-	-	1.189	1.402	51	61	61
Vertragsbedienstete Entlohnungsschema I	2.784	7.429	15.131	9.253	4.997	5.302	4.524	4.525
Vertragsbedienstete Entlohnungsschema II		4.036	1.879	1.816	1.838	1.797	1.293	1.285
Kollektivvertrag		1.901	2.208	2.194	2.307	1.506	1.505	1.498
nach anderen Rechtsvorschriften		2.045	3.376	2.423	2.275	2.036	2.026	2.010
Lehrlinge		712	972	968	-	-	-	-
Vertragsbedienstete Entlohnungsschema I teilbeschäftigt	*13.405*	2.033	1.508	2.608	2.587	1.586	1.586	1.586
Vertragsbedienstete Entlohnungsschema II teilbeschäftigt		690	526	580	560	560	560	560
Kollektivvertrag teilbeschäftigt		6.607	6.215	5.535	3.827	2.964	2.872	2.807
nach anderen Rechtsvorschriften teilbeschäftigt		6	-	16	191	191	192	182
Forstzöglinge		65	15	-	-	-	-	-
Summe B...	*38.167*	54.454	62.598	63.168	64.109	61.984	61.883	61.774
Summe A und B:								
Öffentlich-rechtlich Bedienstete	*98.414*	108.725	123.066	140.502	163.708	171.381	173.843	171.324
Vertragsbedienstete	*35.641*	65.069	69.093	55.175	50.704	50.095	48.316	50.208
Zusammen...	*134.055*	173.794	192.159	195.677	214.412	221.476	222.159	221.532
C. Bundesbahnen								
Bundesbahnbeamte	*49.996*	62.890	65.903	64.379	54.170	54.005	54.490	54.198
Bundesbahnbedienstete	*7.200*	6.047	2.270	612	600	498	541	520
Lehrlinge	-	270	975	800	-	-	-	-
Lohnbedienstete und Teilbeschäftigte	*7.230*	10.358	11.846	11.708	15.408	14.974	13.763	12.503
Summe C...	*64.426*	79.565	80.994	77.499	70.178	69.477	68.794	67.221
Gesamtsumme A-C...	*202.018*	253.538	273.222	273.218	284.590	290.953	290.953	288.753
Jugendliche Bedienstete	-	-	-	-	4.650	6.443	6.478	5.936

*) Im Dienstpostenplan für das Jahr 1959 wurden erstmals sämtliche Bedienstetenkategorien ausgewiesen. Die Zahl der vergleichbaren Bediensteten, die im Dienstpostenplan 1938 nicht ausgewiesen wurde, ist in Kursivschrift dargestellt.

(18) STELLENPLAN 2002

Anlage C1 Entwicklung der Planstellen nach Bedienstetenkategorien 1988 und 1989

	1988	1989	Untersch. gegenüber d. Vorjahr
Beamte			
Beamte der allgemeinen Verwaltung	57.541	57.846	+ 305
Beamte in handwerklicher Verwendung	6.072	6.102	+ 30
Richter und Richteramtsanwärter	1.726	1.742	+ 16
Staatsanwälte	220	218	- 2
Hochschullehrer	6.476	6.477	+ 1
Lehrer	25.171	25.479	+ 308
Beamte des Schulaufsichtsdienstes	226	226	-
Wachebeamte	31.344	31.440	+ 96
Berufsoffiziere und zvS	3.301	3.278	- 23
Beamte d. Post u. Telegraphenverwaltung	42.548	42.895	+ 347
Summe Beamte	174.625	175.703	+ 1.078
Ganzjährig vollbesch. Bedienstete(VB A)			
VB A/I	21.688	21.260	- 428
VB A/I L	774	721	- 53
VB A/II	7.666	7.460	- 206
VB A/II L	-	-	-
Vertr. Bed. gem. Hochschulass. Gesetz	340	341	+ 1
Vertr. Bed. gem. Kunsthochschul-Do	55	-	- 55
Bed. gem. Kollektivvertrag	2.898	2.892	- 6
Bed. gem. anderer Rechtsvorschriften	2.120	2.115	- 5
Summe VB A	35.541	34.789	- 752
Teilbeschäftigte Bedienstete (VB B)			
VB B/I	2.946	2.968	+ 22
VB B/I L	508	311	- 197
VB B/II	2.499	2.480	- 19
VB B/II L	31	31	-
Vertr. Bed. gem. Hochschulass. Gesetz	92	92	-
Vertr. Bed. gem. Kunsthochschul-Do	5	-	- 5
Bed. gem. Kollektivvertrag	4.505	4.364	- 141
Bed. gem. anderer Rechtsvorschriften	780	765	- 15
Summe VB B	11.366	11.011	- 355
Summe Beamte und VB	221.532	221.503	- 29
Bedienstete der Österr. Bundesbahnen			
Bundesbahnbeamte	54.198	53.648	- 550
Ganzjährig vollbesch. Bundesbahnbed.	11.879	11.731	- 148
Teilbesch. Bundesbahnbedienstete	1.144	1.144	-
Summe ÖBB	67.221	66.523	- 698
Gesamtsumme	288.753	288.026	- 727
Jugendliche Bedienstete (JAL)			
Jugendliche Vertragsbedienstete	1.356	1.378	+ 22
Anlernkräfte	1.505	1.315	- 190
Lehrlinge	3.075	3.048	- 27
Summe JAL	5.936	5.741	- 195
Gesamtsumme einschließlich JAL	294.689	293.767	- 922

Anlage C1

Entwicklung der Planstellen nach Bedienstetenkategorien von 1990 bis 1997

	1990	1991	1992	1993	1994	1995	1996	1997	
Beamte									
Beamte des allg. Verwaltungsdienstes.	63.686	60.349	60.656	60.752	60.969	48.913	48.442	48.328	
Richter und Richteramtsanwärter.....	1.766	1.671	1.673	1.685	1.719	1.736	1.951	1.951	
Staatsanwälte.....	216	214	212	212	212	212	212	212	
Hochschullehrer.....	7.883	8.501	8.752	8.982	9.446	9.584	9.643	9.625	
Lehrer.....	25.646	25.535	25.551	25.528	25.510	25.508	25.499	25.494	
Beamte des Schulaufsichtsdienstes....	226	226	226	227	228	233	233	233	
Beamte des Exekutivdienstes.....	31.928	32.599	32.811	33.068	33.442	33.662	33.469	33.047	
Beamte des mmilitärischen Dienstes...	3.128	2.969	2.967	2.942	2.942	22.313	21.771	21.302	
Beamte d. Post u. Telegraphenverwaltung	43.833	47.913	47.913	47.863	47.865	47.386	45.407	43.905	
Krankenpflegedienst	-	-	68	200	257	276	284	284	
Summe Beamte...	178.312	179.977	180.829	181.459	182.590	189.823	186.911	184.381	
Ganzjährig vollbesch. Bedienstete(VB A)									
VB A/I.....	22.546	23.484	23.151	23.199	22.865	23.182	19.697	18.816	
VB A/II.....	7.481	7.607	7.239	7.021	6.990	7.149	5.734	5.214	
Vertr. Bed. gem. Hochschulass. Gesetz..	707	670	665	549	-	-	-	-	
Bed. gem. Kollektivvertrag.....	2.923	2.932	2.939	1.932	1.927	1.913	1.890	1.874	
Bed. gem. anderer Rechtsvorschriften.	2.110	2.114	2.072	2.055	1.933	1.846	1.763	836	
Summe VB A...	35.767	36.807	36.066	34.756	33.715	34.090	29.084	26.740	
Teilbeschäftigte Bedienstete (VB B)									
VB B/I.....	3.378	3.379	3.470	3.481	3.467	3.483	1.738	1.734	
VB B/II.....	2.474	2.412	2.525	2.473	2.419	2.325	1.729	1.704	
Vertr. Bed. gem. Hochschulass. Gesetz..	12	12	12	12	-	-	-	-	
Bed. gem. Kollektivvertrag.....	4.186	3.729	3.505	4.207	3.175	3.089	2.973	1.598	
Bed. gem. anderer Rechtsvorschriften.	2.564	2.552	2.545	2.532	2.510	2.521	729	705	
Summe VB B...	12.614	12.084	12.057	12.705	11.571	11.418	7.169	5.741	
Summe Beamte und VB...	226.693	228.868	228.952	228.920	227.876	235.331	223.164	216.862	
Bedienstete der Österr. Bundesbahnen									
Bundesbahnbeamte.....	53.543	53.472	53.439	53.270	-	-	-	-	
Ganzjährig vollbesch. Bundesbahnbed..	11.081	10.982	11.112	11.071	-	-	-	-	
Teilbesch. Bundesbahnbedienstete.....	1.144	1.144	1.125	1.118	-	-	-	-	
Summe ÖBB...	65.768	65.598	65.676	65.459	-	-	-	-	
Gesamtsumme...	292.461	294.466	294.628	294.379	227.876	235.331	223.164	216.862	
Jugendliche Bedienstete (JAL)									
Jugendliche Vertragsbedienstete.....	1.307	1.200	1.071	1.002	944	923	504	399	
Anlernkräfte.....	1.222	1.067	1.060	1.058	1.053	653	43	11	
Lehrlinge.....	3.025	2.975	2.892	2.893	1.703	1.559	521	427	
Summe JAL...	5.554	5.242	5.023	4.953	3.700	3.135	1.068	837	
Gesamtsumme einschließlich JAL...	298.015	299.708	299.651	299.332	231.576	238.466	224.232	217.699	
Normplanstellen (LwSt).....	7.727	8.562	9.138	9.371	9.750	10.405	9.834	9.751	

(20) STELLENPLAN 2002

Anlage C2.G

Entwicklung der Planstellen nach Bedienstetenkategorien ab 1998
(Gesamtübersicht-Teile II.A, VI und VII)

	1998	1999	2000 ohne Teil V	2001	2002	Untersch. gegenüber d. Vorjahr			
Beamte									
Beamte des allg. Verwaltungsdienstes.	40.160	40.187	36.867	35.971	35.736	- 235			
Richter und Richteramtsanwärter.....	1.952	1.954	1.927	1.922	1.917	- 5			
Staatsanwälte.....	213	223	223	221	221	-			
Hochschullehrer.....	9.596	9.595	9.963	9.964	9.964	-			
Lehrer.....	24.049	23.924	23.840	23.834	23.834	-			
Beamte des Schulaufsichtsdienstes....	232	341	341	341	341	-			
Beamte des Exekutivdienstes.....	32.919	33.131	32.264	32.166	31.542	- 624			
Beamte des militärischen Dienstes....	20.841	20.272	19.509	19.131	18.325	- 806			
Beamte d. Post u. Telegraphenverwaltung	42.873	41.239	210	206	200	- 6			
Krankenpflegedienst	244	245	259	261	261	-			
Summe Beamte...	173.079	171.111	125.403	124.017	122.341	- 1.676			
Vertragsbedienstete - Angestellte									
VB I.....	27.494	25.909	23.147	21.716	20.993	- 723			
VB/SV-ADV.....	-	-	-	887	884	- 3			
Vertr. Bed. gem. Hochschulass. Gesetz..	-	-	-	-	-	-			
Bed. gem. Kollektivvertrag.....	21	21	21	21	21	-			
Bed. gem. anderer Rechtsvorschriften.	1.238	220	220	220	220	-			
Summe VB I...	28.753	26.150	23.388	22.844	22.118	- 726			
Vertragsbedienstete - Arbeiter									
VB II.....	6.789	6.594	6.379	5.978	5.494	- 484			
Vertr. Bed. gem. Hochschulass. Gesetz..	-	-	-	-	-	-			
Bed. gem. Kollektivvertrag.....	1.892	318	299	300	277	- 23			
Bed. gem. anderer Rechtsvorschriften.	271	311	290	267	243	- 24			
Summe VB II...	8.952	7.223	6.968	6.545	6.014	- 531			
Summe Beamte und VB...	210.784	204.484	155.759	153.406	150.473	- 2.933			
Gesamtsumme...	210.784	204.484	155.759	153.406	150.473	- 2.933			
Jugendliche Bedienstete (JAL)									
Jugendliche VB.....	-	-	-	-	-	-			
Anlernkräfte.....	-	-	-	-	-	-			
Lehrlinge.....	439	1.042	1.066	1.024	974	- 50			
Summe JAL...	439	1.042	1.066	1.024	974	- 50			
Gesamtsumme einschließlich JAL...	211.223	205.526	156.825	154.430	151.447	- 2.983			
Normplanstellen (LwSt).....	11.620	11.617	11.617	11.617	11.617	-			

STELLENPLAN 2002

(21)

Anlage C2.1

Entwicklung der Planstellen nach Bedienstetenkategorien ab 1998
(Teil II.A und VII)

	1998	1999	2000	2001	2002	Untersch. gegenüber d. Vorjahr			
Beamte									
Beamte des allg. Verwaltungsdienstes	37.327	37.252	36.867	35.971	35.736	- 235			
Richter und Richteramtsanwärter	1.952	1.954	1.927	1.922	1.917	- 5			
Staatsanwälte	213	223	223	221	221	-			
Hochschullehrer	8.819	8.818	8.886	8.887	8.887	-			
Lehrer	24.049	23.919	23.840	23.834	23.834	-			
Beamte des Schulaufsichtsdienstes	232	341	341	341	341	-			
Beamte des Exekutivdienstes	32.424	32.636	32.264	32.166	31.542	- 624			
Beamte des militärischen Dienstes	20.841	20.272	19.509	19.131	18.325	- 806			
Beamte d. Post u. Telegraphenverwaltung	214	214	210	206	200	- 6			
Krankenpflegedienst	244	245	259	261	261	-			
Summe Beamte...	126.315	125.874	124.326	122.940	121.264	- 1.676			
Vertragsbedienstete - Angestellte									
VB I	25.957	24.499	22.704	21.340	20.617	- 723			
VB/SV-ADV	-	-	-	887	884	- 3			
Vertr. Bed. gem. Hochschulass. Gesetz	-	-	-	-	-	-			
Bed. gem. Kollektivvertrag	21	21	21	21	21	-			
Bed. gem. anderer Rechtsvorschriften	1.195	220	220	220	220	-			
Summe VB I...	27.173	24.740	22.945	22.468	21.742	- 726			
Vertragsbedienstete - Arbeiter									
VB II	6.774	6.581	6.379	5.978	5.494	- 484			
Vertr. Bed. gem. Hochschulass. Gesetz	-	-	-	-	-	-			
Bed. gem. Kollektivvertrag	1.892	318	299	300	277	- 23			
Bed. gem. anderer Rechtsvorschriften	248	245	225	204	181	- 23			
Summe VB II...	8.914	7.144	6.903	6.482	5.952	- 530			
Summe Beamte und VB...	162.402	157.758	154.174	151.890	148.958	- 2.932			
Gesamtsumme...	162.402	157.758	154.174	151.890	148.958	- 2.932			
Jugendliche Bedienstete (JAL)									
Jugendliche VB	-	-	-	-	-	-			
Anlernkräfte	-	-	-	-	-	-			
Lehrlinge	439	1.042	1.066	1.024	974	- 50			
Summe JAL...	439	1.042	1.066	1.024	974	- 50			
Gesamtsumme einschließlich JAL...	162.841	158.800	155.240	152.914	149.932	- 2.982			
Normplanstellen (LwSt)	11.620	11.617	11.617	11.617	11.617	-			

(22) STELLENPLAN 2002

Anlage C2.2

Entwicklung der Planstellen nach Bedienstetenkategorien ab 1998
(Teil VI)

	1998	1999	2000	2001	2002	Untersch. gegenüber d. Vorjahr			
Beamte									
Beamte des allg. Verwaltungsdienstes.	7	7	-	-	-	-			
Richter und Richteramtsanwärter.....	-	-	-	-	-	-			
Staatsanwälte.....	-	-	-	-	-	-			
Hochschullehrer.....	777	777	1.077	1.077	1.077	-			
Lehrer.....	-	-	-	-	-	-			
Beamte des Schulaufsichtsdienstes....	-	-	-	-	-	-			
Beamte des Exekutivdienstes.....	-	-	-	-	-	-			
Beamte des militärischen Dienstes....	-	-	-	-	-	-			
Beamte d. Post u. Telegraphenverwaltung	-	-	-	-	-	-			
Krankenpflegedienst	-	-	-	-	-	-			
Summe Beamte...	784	784	1.077	1.077	1.077	-			
Vertragsbedienstete - Angestellte									
VB I.....	488	443	443	376	376	-			
VB/SV-ADV.....	-	-	-	-	-	-			
Vertr.Bed. gem. Hochschulass.Gesetz..	-	-	-	-	-	-			
Bed. gem. Kollektivvertrag.....	-	-	-	-	-	-			
Bed. gem. anderer Rechtsvorschriften.	43	-	-	-	-	-			
Summe VB I...	531	443	443	376	376	-			
Vertragsbedienstete - Arbeiter									
VB II.....	-	-	-	-	-	-			
Vertr.Bed. gem. Hochschulass.Gesetz..	-	-	-	-	-	-			
Bed. gem. Kollektivvertrag.....	-	-	-	-	-	-			
Bed. gem. anderer Rechtsvorschriften.	23	66	65	63	62	- 1			
Summe VB II...	23	66	65	63	62	- 1			
Summe Beamte und VB...	1.338	1.293	1.585	1.516	1.515	- 1			
Gesamtsumme...	1.338	1.293	1.585	1.516	1.515	- 1			
Jugendliche Bedienstete (JAL)									
Jugendliche VB.....	-	-	-	-	-	-			
Anlernkräfte.....	-	-	-	-	-	-			
Lehrlinge.....	-	-	-	-	-	-			
Summe JAL...	-	-	-	-	-	-			
Gesamtsumme einschließlich JAL...	1.338	1.293	1.585	1.516	1.515	- 1			
Normplanstellen (LwSt).....	-	-	-	-	-	-			

STELLENPLAN 2002

Anlage D Übersicht über die Entwicklung der Planstellen in den einzelnen Verwaltungszweigen bis 1980

Verwaltungszweige	1959	1965	1970	1975	1978	1979	1980	% *)
1. Allgemeine Verwaltung:								
a) Oberste Organe	301	334	370	461	507	520	528	0,19
b) Zentralstellen	5.392	5.889	6.012	6.494	6.469	6.644	6.896	2,42
c) Verwaltung in administrativer Hinsicht	21.871	21.824	21.458	21.678	21.165	21.342	21.364	7,51
d) Verwaltung in technischer Hinsicht	10.420	10.354	9.527	9.370	9.192	8.589	8.614	3,03
e) Besondere Verwaltung	1.072	2.108	2.218	2.564	2.727	2.753	2.645	0,93
Summe 1	39.686	40.509	39.585	40.567	40.060	39.848	40.047	14,08
2. Sicherheitswesen	28.267	28.513	27.578	28.065	28.000	28.449	28.404	9,98
3. Gerichtsbarkeit und gerichtlicher Strafvollzug	7.913	8.994	9.147	10.030	10.028	10.071	10.214	3,59
4. Unterrichtswesen, Kultur und Forschung (ohne Landeslehrer)	21.105	27.431	33.391	44.807	46.039	47.089	47.969	16,85
5. Heerwesen	20.177	21.775	21.311	20.432	20.835	21.506	22.000	7,73
6. Auswärtige Angelegenheiten	831	1.131	1.184	1.353	1.347	1.388	1.399	0,49
7. Bundesbetriebe und Monopole	135.559	144.869	141.022	141.318	135.229	134.762	134.557	47,28
Gesamtsumme	253.538	273.222	273.218	286.572	281.538	283.113	284.590	100,00

*) Anteil am Gesamt-Stp. ohne 'Landesbedienstete (-lehrer und sonstige Bedienstete), deren Bezüge der Bund trägt', nach Hundertsatz

Anlage 01 **Übersicht über die Entwicklung der Planstellen in den einzelnen Verwaltungszweigen von 1980 - 1989**

Verwaltungszweige	1980	1981	Organisationsänd. 1981	1982	1983	1984	StPl. Änd. Gesetz 1984	1985
1. Allgemeine Verwaltung:								
a) Oberste Organe	528	545	545	557	573	589	589	628
b) Zentralstellen	6.927	6.993	6.993	7.006	6.991	7.070	7.070	7.213
c) Verwaltung in administrativer Hinsicht	19.342	19.604	19.533	19.519	19.625	20.065	20.065	20.324
d) Verwaltung in technischer Hinsicht	9.366	9.388	9.393	9.220	9.215	9.230	9.230	9.273
Summe 1	36.163	36.530	36.464	36.302	36.404	36.954	36.954	37.438
2. Sicherheitswesen	32.318	32.553	32.553	32.585	32.814	32.966	32.966	33.163
3. Gerichtsbarkeit und gerichtlicher Strafvollzug	10.214	10.351	10.363	10.491	10.637	10.886	10.936	11.136
4. Unterrichtswesen, Kultur und Forschung (ohne Landeslehrer)	47.939	48.919	48.973	49.664	50.416	51.338	51.338	52.159
5. Heerwesen	22.000	22.485	22.485	22.815	23.142	23.156	23.156	22.893
6. Auswärtige Angelegenheiten	1.399	1.423	1.423	1.423	1.430	1.391	1.391	1.421
7. Bundesbetriebe und Monopole	134.557	134.320	134.320	133.301	132.886	132.451	132.451	132.227
Gesamtsumme	284.590	286.581	286.581	286.581	287.729	289.142	289.192	290.437

Verwaltungszweige	StPl. Änd. Gesetz 1985	Organisationsänd. 1985	1986	Organisationsänd. 1986	Budgetprov. 1987	BMG-Novelle 1987	1988	
1. Allgemeine Verwaltung:								
a) Oberste Organe	628	628	641	641	657	662	665	
b) Zentralstellen	7.216	7.216	7.315	7.353	7.520	7.573	7.555	
c) Verwaltung in administrativer Hinsicht	20.336	20.336	20.375	20.347	20.393	20.393	20.230	
d) Verwaltung in technischer Hinsicht	9.531	9.531	9.537	9.537	9.540	9.488	9.395	
Summe 1	37.711	37.711	37.868	37.878	38.110	38.116	37.845	
2. Sicherheitswesen	33.163	33.163	33.359	33.359	33.456	33.458	33.429	
3. Gerichtsbarkeit und gerichtlicher Strafvollzug	11.136	11.136	11.148	11.138	11.156	11.156	11.068	
4. Unterrichtswesen, Kultur und Forschung (ohne Landeslehrer)	52.404	52.346	52.794	52.794	53.486	53.485	53.450	
5. Heerwesen	22.893	22.893	22.588	22.588	22.335	22.335	22.260	
6. Auswärtige Angelegenheiten	1.421	1.421	1.423	1.423	1.430	1.430	1.431	
7. Bundesbetriebe und Monopole	132.225	132.283	131.773	131.773	130.975	130.973	129.270	
Gesamtsumme	290.953	290.953	290.953	290.953	290.948	290.953	288.753	

Verwaltungszweige	Organisationsänd. 1988	1989	% *)					
1. Allgemeine Verwaltung:								
a) Oberste Organe	665	679	0,24					
b) Zentralstellen	7.527	7.586	2,63					
c) Verwaltung in administrativer Hinsicht	20.258	20.366	7,07					
d) Verwaltung in technischer Hinsicht	9.395	9.367	3,25					
Summe 1	37.845	37.998	13,19					
2. Sicherheitswesen	33.429	33.595	11,66					
3. Gerichtsbarkeit und gerichtlicher Strafvollzug	11.068	11.072	3,84					
4. Unterrichtswesen, Kultur und Forschung (ohne Landeslehrer)	53.450	53.557	18,59					
5. Heerwesen	22.260	22.246	7,72					
6. Auswärtige Angelegenheiten	1.431	1.452	0,50					
7. Bundesbetriebe und Monopole	129.270	128.106	44,50					
Gesamtsumme	288.753	288.026	100,00					

*) Anteil am Gesamt-Stp. ohne 'Landesbedienstete (-lehrer und sonstige Bedienstete), deren Bezüge der Bund trägt', nach Hundertsatz

Anlage D2.G Gesamtübersicht über die Entwicklung der Planstellen in den einzelnen Verwaltungszweigen ab 1990

Verwaltungszweige	1990	Organisationsänd. 1990	1991	1992	1993	StPl. Änd. Gesetz 1993	1993 Org. Änd. + StPl. Änd.	1994
1. Allgemeine Verwaltung:								
a) Oberste Organe	693	701	738	750	781	781	781	801
b) Zentralstellen	7.810	7.867	8.242	8.452	8.633	8.644	8.681	8.980
c) Verwaltung in administrativer Hinsicht	20.783	20.879	20.867	20.835	20.711	20.705	20.699	20.044
d) Verwaltung in technischer Hinsicht	9.472	9.483	9.431	9.387	9.026	9.029	9.032	8.920
Summe 1	38.758	38.930	39.278	39.424	39.151	39.159	39.193	38.745
2. Sicherheitswesen	33.874	34.275	35.421	35.669	35.454	35.968	35.968	35.208
3. Gerichtsbarkeit und gerichtlicher Strafvollzug	11.246	11.246	11.304	11.288	11.337	11.382	11.382	11.468
4. Unterrichtswesen, Kultur und Forschung (ohne Landeslehrer)	56.221	56.513	57.586	57.679	57.999	57.999	57.999	58.266
Normplanstellen (LwSt) **)	*7.727*	*7.727*	*8.562*	*9.138*	*9.371*	*9.371*	*9.371*	*9.559*
5. Heerwesen	22.212	22.212	22.052	21.884	21.736	21.736	21.736	21.596
6. Auswärtige Angelegenheiten	1.536	1.571	1.582	1.577	1.578	1.578	1.578	1.598
7. Bundesbetriebe und Monopole	133.211	133.211	132.485	132.130	131.510	131.510	131.510	64.431
Gesamtsumme	297.058	297.958	299.708	299.651	298.765	299.332	299.366	231.312

Verwaltungszweige	BFG-Novelle 1994	1995	1996	1997	BFG-Novelle 1997	1998	BFG-Novelle 1998	1999
1. Allgemeine Verwaltung:								
a) Oberste Organe	801	845	846	846	845	850	850	850
b) Zentralstellen	8.980	9.217	9.617	9.531	9.571	9.541	9.553	9.599
c) Verwaltung in administrativer Hinsicht	20.044	19.499	19.179	18.718	18.378	17.868	17.791	17.688
d) Verwaltung in technischer Hinsicht	8.920	8.859	8.701	8.521	8.522	6.901	6.872	6.544
Summe 1	38.745	38.420	38.343	37.616	37.316	35.160	35.066	34.681
2. Sicherheitswesen	35.208	35.714	34.940	34.469	34.399	34.762	34.782	34.782
3. Gerichtsbarkeit und gerichtlicher Strafvollzug	11.634	11.768	11.948	11.951	11.951	11.784	11.770	11.769
4. Unterrichtswesen, Kultur und Forschung (ohne Landeslehrer)	58.364	58.608	58.386	57.966	57.963	56.305	56.302	55.503
Normplanstellen (LwSt) **)	*9.750*	*10.405*	*9.834*	*9.751*	*9.751*	*11.620*	*11.620*	*11.620*
5. Heerwesen	21.596	29.327	28.715	28.115	28.115	26.779	26.779	25.893
6. Auswärtige Angelegenheiten	1.598	1.696	1.703	1.669	1.678	1.709	1.708	1.693
7. Bundesbetriebe und Monopole	64.431	62.933	50.197	48.436	46.277	44.901	44.816	43.181
Gesamtsumme	231.576	238.466	224.232	220.222	217.699	211.400	211.223	207.502

Verwaltungszweige	BFG-Nov. und Anp. 1999	2000	2000 ohne Teil V	2001	2002	% *)	Differenz gegenüber Vorjahr	
1. Allgemeine Verwaltung:								
a) Oberste Organe	850	850	850	842	842	0,56	-	
b) Zentralstellen	9.694	9.802	9.566	9.402	9.265	6,12	- 137	
c) Verwaltung in administrativer Hinsicht	17.640	16.279	14.332	13.998	13.601	8,98	- 397	
d) Verwaltung in technischer Hinsicht	6.591	5.029	4.903	4.121	3.947	2,61	- 174	
Summe 1	34.775	31.960	29.651	28.363	27.655	18,27	- 708	
2. Sicherheitswesen	35.109	34.663	34.138	34.005	32.988	21,78	- 1.017	
3. Gerichtsbarkeit und gerichtlicher Strafvollzug	11.861	11.629	11.629	11.494	11.326	7,48	- 168	
4. Unterrichtswesen, Kultur und Forschung (ohne Landeslehrer)	53.169	53.043	52.937	52.702	52.593	34,73	- 109	
Normplanstellen (LwSt) **)	*11.617*	*11.617*	*11.617*	*11.617*	*11.617*	*7,67*	-	
5. Heerwesen	25.733	26.271	26.271	25.721	24.917	16,45	- 804	
6. Auswärtige Angelegenheiten	1.693	1.661	1.661	1.627	1.578	1,04	- 49	
7. Bundesbetriebe und Monopole	43.186	41.901	538	518	390	0,25	- 128	
Gesamtsumme	205.526	201.128	156.825	154.430	151.447	100,00	- 2.983	

*) Anteil am Gesamt-Stp. ohne 'Landesbedienstete (-lehrer und sonstige Bedienstete), deren Bezüge der Bund trägt', nach Hundertsatz
**) Anm. zu Punkt 4. : Der kursiv angegebene Wert der 'Normplanstellen (LwSt)' ist in keiner der ausgewiesenen Summen berücksichtigt.

Anlage D2.1 Übersicht über die Entwicklung der Planstellen in den einzelnen Verwaltungszweigen ab 1990
(Teil II.A, IV und VII)

Verwaltungszweige	1990	Organisationsänd. 1990	1991	1992	1993	StPl. Änd. Gesetz 1993	1993 Org. Änd. + StPl. Änd.	1994
1. Allgemeine Verwaltung:								
a) Oberste Organe	693	701	738	750	781	781	781	801
b) Zentralstellen	7.708	7.765	8.137	8.343	8.524	8.524	8.561	8.917
c) Verwaltung in administrativer Hinsicht	20.558	20.654	20.684	20.658	20.564	20.572	20.566	19.921
d) Verwaltung in technischer Hinsicht	9.462	9.473	9.421	9.377	8.767	8.767	8.770	8.681
Summe 1	38.421	38.593	38.980	39.128	38.636	38.644	38.678	38.320
2. Sicherheitswesen	33.847	34.248	35.401	35.649	35.454	35.968	35.968	35.202
3. Gerichtsbarkeit und gerichtlicher Strafvollzug	11.245	11.245	11.303	11.288	11.337	11.382	11.382	11.468
4. Unterrichtswesen, Kultur und Forschung (ohne Landeslehrer)	55.096	55.388	56.263	56.426	56.712	56.712	56.712	57.243
Normplanstellen (LwSt) **)	*7.727*	*7.727*	*8.562*	*9.138*	*9.371*	*9.371*	*9.371*	*9.559*
5. Heerwesen	22.212	22.212	22.052	21.884	21.736	21.736	21.736	21.596
6. Auswärtige Angelegenheiten	1.498	1.533	1.524	1.519	1.519	1.519	1.519	1.540
7. Bundesbetriebe und Monopole	129.435	129.435	128.719	128.327	127.725	127.725	127.725	60.660
Gesamtsumme	291.754	292.654	294.242	294.221	293.119	293.686	293.720	226.029

Verwaltungszweige	BFG-Novelle 1994	1995	1996	1997	BFG-Novelle 1997	1998	BFG-Novelle 1998	1999
1. Allgemeine Verwaltung:								
a) Oberste Organe	801	845	846	846	845	850	850	850
b) Zentralstellen	8.917	9.157	9.577	9.491	9.513	9.463	9.478	9.391
c) Verwaltung in administrativer Hinsicht	19.921	16.900	16.737	16.372	16.032	15.950	15.929	15.826
d) Verwaltung in technischer Hinsicht	8.681	8.612	8.459	8.283	8.284	6.691	6.662	6.336
Summe 1	38.320	35.514	35.619	34.992	34.674	32.954	32.919	32.403
2. Sicherheitswesen	35.202	35.194	34.420	33.949	33.879	34.242	34.262	34.262
3. Gerichtsbarkeit und gerichtlicher Strafvollzug	11.634	11.768	11.948	11.951	11.951	11.784	11.770	11.769
4. Unterrichtswesen, Kultur und Forschung (ohne Landeslehrer)	57.341	57.438	57.234	56.552	56.549	54.934	54.932	54.109
Normplanstellen (LwSt) **)	*9.750*	*10.405*	*9.834*	*9.751*	*9.751*	*11.620*	*11.620*	*11.620*
5. Heerwesen	21.596	29.327	28.715	28.115	28.115	26.779	26.779	25.893
6. Auswärtige Angelegenheiten	1.540	1.638	1.645	1.604	1.613	1.644	1.643	1.628
7. Bundesbetriebe und Monopole	60.660	59.192	3.243	3.012	875	536	536	535
Gesamtsumme	226.293	230.071	172.824	170.175	167.656	162.873	162.841	160.599

Verwaltungszweige	BFG-Nov. und Anp. 1999	2000	2001	2002	% *)	Differenz gegenüber Vorjahr		
1. Allgemeine Verwaltung:								
a) Oberste Organe	850	850	842	842	0,56	-		
b) Zentralstellen	9.496	9.556	9.402	9.265	6,18	- 137		
c) Verwaltung in administrativer Hinsicht	15.823	14.288	13.958	13.562	9,05	- 396		
d) Verwaltung in technischer Hinsicht	6.383	4.880	4.098	3.924	2,62	- 174		
Summe 1	32.552	29.574	28.300	27.593	18,41	- 707		
2. Sicherheitswesen	34.589	34.138	34.005	32.988	22,00	- 1.017		
3. Gerichtsbarkeit und gerichtlicher Strafvollzug	11.861	11.629	11.494	11.326	7,55	- 168		
4. Unterrichtswesen, Kultur und Forschung (ohne Landeslehrer)	51.891	51.487	51.294	51.185	34,14	- 109		
Normplanstellen (LwSt) **)	*11.617*	*11.617*	*11.617*	*11.617*	*7,75*	-		
5. Heerwesen	25.733	26.271	25.721	24.917	16,62	- 804		
6. Auswärtige Angelegenheiten	1.628	1.603	1.582	1.533	1,02	- 49		
7. Bundesbetriebe und Monopole	546	538	518	390	0,26	- 128		
Gesamtsumme	158.800	155.240	152.914	149.932	100,00	- 2.982		

*) Anteil am Gesamt-Stp. ohne 'Landesbedienstete (-lehrer und sonstige Bedienstete), deren Bezüge der Bund trägt', nach Hundertsatz
**) Anm. zu Punkt 4. : Der kursiv angegebene Wert der 'Normplanstellen (LwSt)' ist in keiner der ausgewiesenen Summen berücksichtigt.

Anlage D2.2 **Übersicht über die Entwicklung der Planstellen in den einzelnen Verwaltungszweigen ab 1990**
(Teil VI)

Verwaltungszweige	1990	Organisationsänd. 1990	1991	1992	1993	Organisationsänd. 1993		
1. Allgemeine Verwaltung:								
a) Oberste Organe	-	-	-	-	-	-		
b) Zentralstellen	10	10	10	10	10	38		
c) Verwaltung in administrativer Hinsicht	225	225	183	177	147	139		
d) Verwaltung in technischer Hinsicht	-	-	-	-	-	-		
Summe 1 ...	235	235	193	187	157	177		
2. Sicherheitswesen	7	7	-	-	-	-		
3. Gerichtsbarkeit und gerichtlicher Strafvollzug	1	1	1	-	-	-		
4. Unterrichtswesen, Kultur und Forschung (ohne Landeslehrer)	1.120	1.157	1.322	1.252	1.286	1.286		
5. Heerwesen	-	-	-	-	-	-		
6. Auswärtige Angelegenheiten	38	58	58	58	59	59		
7. Bundesbetriebe und Monopole	1.955	1.955	1.955	1.955	1.955	1.955		
Gesamtsumme ...	3.356	3.413	3.529	3.452	3.457	3.477		

Verwaltungszweige	1994	1995	1996	1997	1998	1999		
1. Allgemeine Verwaltung:								
a) Oberste Organe	-	-	-	-	-	-		
b) Zentralstellen	35	32	10	10	10	10		
c) Verwaltung in administrativer Hinsicht	123	123	100	90	90	90		
d) Verwaltung in technischer Hinsicht	-	23	23	23	23	23		
Summe 1 ...	158	178	133	123	123	123		
2. Sicherheitswesen	-	-	-	-	-	-		
3. Gerichtsbarkeit und gerichtlicher Strafvollzug	-	-	-	-	-	-		
4. Unterrichtswesen, Kultur und Forschung (ohne Landeslehrer)	1.022	1.169	1.151	1.150	1.150	1.150		
5. Heerwesen	-	-	-	-	-	-		
6. Auswärtige Angelegenheiten	58	58	58	65	65	65		
7. Bundesbetriebe und Monopole	1.955	1.955	-	-	-	-		
Gesamtsumme ...	3.193	3.360	1.342	1.338	1.338	1.338		

Verwaltungszweige	BFG-Nov. und Anp. 1999	2000	2001	2002	% *)	Differenz gegenüber Vorjahr		
1. Allgemeine Verwaltung:								
a) Oberste Organe	-	-	-	-	-	-		
b) Zentralstellen	10	10	-	-	-	-		
c) Verwaltung in administrativer Hinsicht	45	44	40	39	2,57	- 1		
d) Verwaltung in technischer Hinsicht	23	23	23	23	1,52	-		
Summe 1 ...	78	77	63	62	4,09	- 1		
2. Sicherheitswesen	-	-	-	-	-	-		
3. Gerichtsbarkeit und gerichtlicher Strafvollzug	-	-	-	-	-	-		
4. Unterrichtswesen, Kultur und Forschung (ohne Landeslehrer)	1.150	1.450	1.408	1.408	92,94	-		
5. Heerwesen	-	-	-	-	-	-		
6. Auswärtige Angelegenheiten	65	58	45	45	2,97	-		
7. Bundesbetriebe und Monopole	-	-	-	-	-	-		
Gesamtsumme ...	1.293	1.585	1.516	1.515	100,00	- 1		

*) Anteil am Gesamt-Stp. ohne 'Landesbedienstete (-lehrer und sonstige Bedienstete), deren Bezüge der Bund trägt', nach Hundertsatz

(28)

STELLENPLAN 2002

Zusammensetzung der Verwaltungszweige zu den Anlagen D1 und D2

	Verwaltungszweige - Verwaltungsbereiche
	1. Allgemeine Verwaltung
	a) Oberste Organe
01	Präsidentschaftskanzlei
02	Parlamentsdirektion
05	Volksanwaltschaft
06	Rechnungshof
	b) Zentralstellen
1000	Bundeskanzleramt
1100	Bundesministerium für Inneres
1200	Bundesministerium für Bildung und Kultur
1400	Bundesministerium für Wissenschaft
1500	Bundesministerium für soziale Sicherheit und Generationen
1700	Bundesministerium für Gesundheit
3000	Bundesministerium für Justiz
4000	Bundesministerium für Landesverteidigung
5000	Bundesministerium für Finanzen
6000	Bundesministerium für Land- und Forstwirtschaft, Umwelt und Wasserwirtschaft
6300	Bundesministerium für Wirtschaft und Arbeit
6500	Bundesministerium für Verkehr, Innovation und Technologie
7000	BM f. öffentl. Leistung und Sport
	c) Verwaltung in administrativer Hinsicht
1008	Unabhängiger Bundesasylsenat (UBAS)
1021	Amt des Österr. Statistischen Zentralamtes
1150	Flüchtlingsbetreuung und Integration
1151	Öffentl. Denkmal und Museum Mauthausen samt Außenstellen
1570	Bundessozialämter
1796	Veterinärmedizinischer Grenzbeschaudienst
5040	Finanzlandesdirektionen *(ohne Wachebeamte - Zollwachdienst)*
5070	Bundespensionsamt
5071	Finanzprokuratur
6091	Bundeskellereiinspektion
6350	Ämter des AMS
6390	Heimarbeitskommissionen, Schlichtungsstellen
7020	Verwaltungsakademie

	Verwaltungszweige - Verwaltungsbereiche
	d) Verwaltung in technischer Hinsicht
1790	Lebensmitteluntersuchungsanstalten
1793	Bakteriologisch-serologische Untersuchungsanstalten
1795	Veterinärmedizinische Anstalten
6080	Wildbach- und Lawinenverbauungsdienst
6330	Bergbehörden
6392	Arbeitsinspektion
6403	Beschussämter
6450	Burghauptmannschaft Österreich
6460	Bundesgebäudeverwaltung - Liegenschaftsverwaltung
6490	Bundesamt für Eich- u. Vermessungswesen
6541	Wasserstraßendirektion
6542	Amt der Wasserstraßendirektion
6550	Bundesprüfanstalt für Kraftfahrzeuge
6580	Österreichisches Patentamt
	2. Sicherheitswesen
1130	Bundespolizei
1140	Bundesgendarmerie
1152	Bundesasylamt
5040	Finanzlandesdirektionen *(nur Wachebeamte - Zollwachdienst)*
6501	Schifffahrtspolizei
	3. Gerichtsbarkeit und gerichtlicher Strafvollzug
03	Verfassungsgerichtshof
04	Verwaltungsgerichtshof
3010	Oberster Gerichtshof und Generalprokuratur
3020	Justizbehörden in den Ländern
3030	Justizanstalten
3050	Bewährungshilfe

Zusammensetzung der Verwaltungszweige zu den Anlagen D1 und D2

	Verwaltungszweige - Verwaltungsbereiche
	4. Unterrichtswesen, Kultur u. Forschung (ohne Landeslehrer)
1010	Staatsarchiv und Archivamt
1240	Hofmusikkapelle
1241	Bundesschullandheime und Schulsportveranstaltungen
1242	Sonstige Einrichtungen für Jugenderziehung
1243	Bundesstaatliche Einrichtungen der Erwachsenenbildung
1244	Museen
1246	Nationalbibliothek
1247	Bundesdenkmalamt
1260	Schulaufsichtsbehörden
1270	Allgemeinbildende höhere Schulen
1271	Höhere Internatsschulen des Bundes
1274	Bds.-Blindenerz. Inst. und Bds. Inst. für Gehörlosenbildung
1276	Bundesschülerheime (Allgemeinbildende)
1280	Technische und gewerbliche Lehranstalten
1281	Sozialakad., LA f. Tourismus, Sozial- u. wirtsch. Berufe
1282	Handelsakademien und Handelsschulen
1286	Bundesschülerheime (Berufsbildende)
1290	Pädagogische Akademien
1291	BA für Kindergartenpädagogik und Sozialpädagogik
1292	Berufspädagogische Akademien
1293	Bundesanstalten für Leibeserziehung
1294	Pädagogische Institute
1420	Universitäten
1424	Wissenschaftliche Anstalten
1430	Universitäten der Künste
4040	Heeresgeschichtl. Museum, Militärwissenschaftl. Institut
6050	Landwirtschaftliche Bundeslehranstalten
6051	Bundesämter für Landwirtschaft und landwirtsch. Bundesanst.
6052	Forstwirtschaftliche Bundeslehranstalten
6053	Forstliche Bundesversuchsanstalt
6054	Bundesanstalt für Agrarwirtschaft
6536	Amt des BFPZ Arsenal
7031	Bundessportheime und Sporteinrichtungen (Haus des Sports)

	Verwaltungszweige - Verwaltungsbereiche
6056	Bundesanstalt für Bergbauernfragen
6058	Bundesamt für Wasserwirtschaft
6072	Forstliche Ausbildungsstätten
6401	Bundesmobilienverwaltung
	5. Heerwesen
4010	Militärpersonen und Heeresverwaltung
	6. Auswärtige Angelegenheiten
2000	Zentralleitung u. Vertretungsbehörden (2010)
2030	Österreichische Kulturinstitute
	7. Bundesbetriebe und Monopole
1031	Amt der Österreichischen Staatsdruckerei
1310	Amt der Bundestheater
4050	Allentsteig (betriebsähnl. Einrichtung)
5080	Österreichisches Postsparkassenamt
5081	Österreichische Salinen AG
5082	Amt der Münze Österreich
5083	Amt der Post- und Telekom Austria AG
6000	Landwirtschaftliche Bundesversuchswirtschaften
6093	Bundesgärten
6096	Forstwirtschaftliche Bundeslehr- und Versuchsforste
6099	Bauhöfe
6402	Schönbrunner Tiergartenamt
6404	Amt der Bundesimmobilien
7032	Amt der Bundessporteinrichtungen

(30) STELLENPLAN 2002

Anlage E.G Übersicht über die nach Verwendungsgruppen aufgegliederten Planstellenkategorien der einzelnen Ressorts
(Gesamtübersicht-Teile II.A, VI und VII)

	Oberste Organe						Hoheitsverwaltung							
	PRK	BGG	VfGH	VwGH	VANW	RH	BKA	BMI	BMBK	BMW	BMsSG	BMG	BMAA	BMJ
Beamte und Angestellte														
Beamte des allgemeinen Verwaltungsdienstes														
A1	15	72	17	21	25	195	256	581	629	902	535	132	452	181
A2	9	33	5	7	7	69	167	714	713	1.053	509	107	213	1.335
A3	26	71	18	16	10	43	157	1.049	551	598	195	42	81	1.620
A4	9	50	-	1	-	16	38	354	340	91	23	8	1	8
A5	-	28	-	-	-	2	14	21	56	45	3	1	5	2
A6	-	25	-	-	-	1	6	15	93	10	1	6	-	-
A7	-	-	2	-	-	2	-	32	34	-	-	-	2	-
Summe...	59	279	42	45	42	328	638	2.766	2.416	2.699	1.266	296	754	3.146
Angestellte gem VB Gesetz (VB I)														
v1	2	29	12	11	-	-	31	35	148	308	84	74	46	72
v2	2	13	2	2	-	-	26	43	422	1.783	114	58	54	190
v3	3	17	13	8	1	-	89	220	1.039	2.052	132	61	438	988
v4	3	25	6	28	2	3	85	1.596	988	903	4	60	202	1.540
v5	-	-	-	7	-	2	10	49	36	19	-	-	37	11
VB/SV-ADV	-	4	-	-	-	-	46	78	16	436	8	-	24	-
Summe...	10	88	33	56	3	5	287	2.021	2.649	5.501	342	253	801	2.801
Richter, Richteramtsanwärter und Staatsanwälte														
Richter	-	-	-	63	-	-	-	-	-	-	-	-	-	1.704
Richteramtsanwärter	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	150
Staatsanwälte	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	221
Summe...	-	-	-	63	-	-	-	-	-	-	-	-	-	2.075
Universitäts-(Hochschul-)lehrer														
Univ.(Hochschul)professoren	-	-	-	-	-	-	-	-	-	2.332	-	-	-	-
Univ.(Hochschul)assistenten	-	-	-	-	-	-	-	-	-	7.632	-	-	-	-
Summe...	-	-	-	-	-	-	-	-	-	9.964	-	-	-	-
Lehrer														
LPA	-	-	-	-	-	-	-	-	639	-	-	-	-	-
L1	-	-	-	-	-	-	-	-	19.939	257	-	-	-	-
L2	-	-	-	-	-	-	-	-	2.680	16	-	-	-	6
L3	-	-	-	-	-	-	-	-	2	-	-	-	-	-
Summe...	-	-	-	-	-	-	-	-	23.260	273	-	-	-	6
Beamte des Schulaufsichtsdienstes														
SI 1	-	-	-	-	-	-	-	-	88	-	-	-	-	-
SI 2	-	-	-	-	-	-	-	-	144	-	-	-	-	-
FI 1	-	-	-	-	-	-	-	-	73	-	-	-	-	-
FI 2	-	-	-	-	-	-	-	-	36	-	-	-	-	-
Summe...	-	-	-	-	-	-	-	-	341	-	-	-	-	-
Beamte des Exekutivdienstes														
W1	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
W2	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
W3	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Summe...	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
E1	-	-	-	-	-	-	-	688	-	-	-	-	-	79
E2a	-	-	-	-	-	-	-	10.987	-	-	-	-	-	2.094
E2b	-	-	-	-	-	-	-	14.470	-	-	-	-	-	860
E2c	-	-	-	-	-	-	-	145	-	-	-	-	-	-
Summe...	-	-	-	-	-	-	-	26.290	-	-	-	-	-	3.033

Anlage E.G Übersicht über die nach Verwendungsgruppen aufgegliederten Planstellenkategorien der einzelnen Ressorts
(Gesamtübersicht-Teile II.A, VI und VII)

Hoheitsverwaltung							Summe Hoheits verw.					Summe Div.	Gesamt-summe
BMLv	BMF	BMLFW	BMWA	VIT	BMöLS								
355	1.379	736	747	324	60	-	7.614	-	-	-	-	-	7.614
1.476	5.243	537	1.041	128	32	-	13.398	-	-	-	-	-	13.398
2.767	3.541	319	635	182	29	-	11.950	-	-	-	-	-	11.950
974	41	115	98	21	1	-	2.189	-	-	-	-	-	2.189
24	33	19	38	5	-	-	296	-	-	-	-	-	296
28	14	7	3	-	-	-	209	-	-	-	-	-	209
-	2	1	2	2	1	-	80	-	-	-	-	-	80
5.624	10.253	1.734	2.564	662	123	-	35.736	-	-	-	-	-	35.736
2	74	137	114	47	13	-	1.239	-	-	-	-	-	1.239
18	379	211	114	59	7	-	3.497	-	-	-	-	-	3.497
58	2.286	538	322	114	29	-	8.408	-	-	-	-	-	8.408
1.024	168	139	265	42	10	-	7.093	-	-	-	-	-	7.093
16	33	-	12	3	-	-	235	-	-	-	-	-	235
142	60	13	47	10	-	-	884	-	-	-	-	-	884
1.260	3.000	1.038	874	275	59	-	21.356	-	-	-	-	-	21.356
-	-	-	-	-	-	-	1.767	-	-	-	-	-	1.767
-	-	-	-	-	-	-	150	-	-	-	-	-	150
-	-	-	-	-	-	-	221	-	-	-	-	-	221
-	-	-	-	-	-	-	2.138	-	-	-	-	-	2.138
-	-	-	-	-	-	-	2.332	-	-	-	-	-	2.332
-	-	-	-	-	-	-	7.632	-	-	-	-	-	7.632
-	-	-	-	-	-	-	9.964	-	-	-	-	-	9.964
-	-	5	-	-	-	-	644	-	-	-	-	-	644
-	-	181	-	-	-	-	20.377	-	-	-	-	-	20.377
14	-	94	-	-	-	-	2.810	-	-	-	-	-	2.810
-	-	1	-	-	-	-	3	-	-	-	-	-	3
14	-	281	-	-	-	-	23.834	-	-	-	-	-	23.834
-	-	-	-	-	-	-	88	-	-	-	-	-	88
-	-	-	-	-	-	-	144	-	-	-	-	-	144
-	-	-	-	-	-	-	73	-	-	-	-	-	73
-	-	-	-	-	-	-	36	-	-	-	-	-	36
-	-	-	-	-	-	-	341	-	-	-	-	-	341
-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
-	22	-	-	-	-	-	789	-	-	-	-	-	789
-	1.939	-	-	-	-	-	15.020	-	-	-	-	-	15.020
-	258	-	-	-	-	-	15.588	-	-	-	-	-	15.588
-	-	-	-	-	-	-	145	-	-	-	-	-	145
-	2.219	-	-	-	-	-	31.542	-	-	-	-	-	31.542

(32)

STELLENPLAN 2002

Anlage E.G **Übersicht über die nach Verwendungsgruppen aufgegliederten Planstellenkategorien der einzelnen Ressorts**
(Gesamtübersicht-Teile II.A, VI und VII)

	Oberste Organe						Hoheitsverwaltung							
	PRK	BGG	VfGH	VwGH	VANW	RH	BKA	BMI	BMBK	BMW	BMsSG	BMG	BMAA	BMJ
Beamte des militärischen Dienstes	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
H1	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
H2	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Summe...	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
MB01	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
MB02	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
MBU01	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
MBU02	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Summe MB...	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
MZ01	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
MZ02	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
MZU01	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
MZU02	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
MZCh	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Summe MZ...	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Krankenpflegedienst	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
K1	-	-	-	-	-	-	-	-	-	13	-	-	-	-
K2	-	-	-	-	-	-	-	-	2	94	-	37	-	-
K3	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	12
K4	-	-	-	-	-	-	-	-	4	-	-	-	-	6
K5	-	-	-	-	-	-	-	-	-	1	1	1	-	-
K6	-	-	-	-	-	-	-	-	-	3	-	14	-	-
Summe...	-	-	-	-	-	-	-	-	6	111	1	52	-	18
Krankenpflegedienst gem. VB Gesetz	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
k1	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
k2	-	-	-	-	-	-	-	-	4	294	3	48	-	9
k3	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
k4	-	-	-	-	-	-	-	-	7	21	-	-	-	57
k5	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	2	-	-
k6	-	-	-	-	-	-	-	-	-	14	-	36	-	12
Summe...	-	-	-	-	-	-	-	-	11	329	3	86	-	78
Beamte d. Post u. Telegraphenverwaltung	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Bedienstete nach Kollektivvertrag														
Angestellte (VB I/K)	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Summe...	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Bedienstete nach anderen Rechtsvorschriften														
VB gem. Hochschulassistentengesetz	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Angestellte (VB I/R)	-	-	-	-	-	-	-	5	168	-	4	-	-	-
Summe...	-	-	-	-	-	-	-	5	168	-	4	-	-	-
Summe Beamte und VB I...	69	367	75	164	45	333	925	31.082	28.851	18.877	1.616	687	1.555	11.157

Anlage E.G Übersicht über die nach Verwendungsgruppen aufgegliederten Planstellenkategorien der einzelnen Ressorts
(Gesamtübersicht-Teile II.A, VI und VII)

Hoheitsverwaltung							Summe Hoheits verw.					Summe Div.	Gesamt-summe
BMLv	BMF	BMLFW	BMWA	VIT	BMÖLS								
-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
534	-	-	-	-	-	-	534	-	-	-	-	-	534
2.423	-	-	-	-	-	-	2.423	-	-	-	-	-	2.423
8.874	-	-	-	-	-	-	8.874	-	-	-	-	-	8.874
2.231	-	-	-	-	-	-	2.231	-	-	-	-	-	2.231
14.062	-	-	-	-	-	-	14.062	-	-	-	-	-	14.062
51	-	-	-	-	-	-	51	-	-	-	-	-	51
300	-	-	-	-	-	-	300	-	-	-	-	-	300
444	-	-	-	-	-	-	444	-	-	-	-	-	444
3.368	-	-	-	-	-	-	3.368	-	-	-	-	-	3.368
100	-	-	-	-	-	-	100	-	-	-	-	-	100
4.263	-	-	-	-	-	-	4.263	-	-	-	-	-	4.263
-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
-	-	-	-	-	-	-	13	-	-	-	-	-	13
33	-	-	-	-	-	-	166	-	-	-	-	-	166
29	-	-	-	-	-	-	41	-	-	-	-	-	41
8	-	-	-	-	-	-	18	-	-	-	-	-	18
3	-	-	-	-	-	-	6	-	-	-	-	-	6
-	-	-	-	-	-	-	17	-	-	-	-	-	17
73	-	-	-	-	-	-	261	-	-	-	-	-	261
-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
1	-	-	-	-	-	-	359	-	-	-	-	-	359
1	-	-	-	-	-	-	1	-	-	-	-	-	1
7	-	-	-	-	-	-	92	-	-	-	-	-	92
3	-	-	-	-	-	-	5	-	-	-	-	-	5
2	-	-	-	-	-	-	64	-	-	-	-	-	64
14	-	-	-	-	-	-	521	-	-	-	-	-	521
-	-	-	-	200	-	-	200	-	-	-	-	-	200
21	-	-	-	-	-	-	21	-	-	-	-	-	21
21	-	-	-	-	-	-	21	-	-	-	-	-	21
-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
40	-	3	-	-	-	-	220	-	-	-	-	-	220
40	-	3	-	-	-	-	220	-	-	-	-	-	220
25.371	15.472	3.056	3.438	1.137	182	-	144.459	-	-	-	-	-	144.459

(34) **STELLENPLAN 2002**

Anlage E.G Übersicht über die nach Verwendungsgruppen aufgegliederten Planstellenkategorien der einzelnen Ressorts
(Gesamtübersicht-Teile II.A, VI und VII)

	Oberste Organe						Hoheitsverwaltung							
	PRK	BGG	VfGH	VwGH	VANW	RH	BKA	BMI	BMBK	BMW	BMsSG	BMG	BMAA	BMJ
Arbeiter														
Arbeiter gem. VB Gesetz (VB II)														
h1	-	-	-	-	-	-	1	12	1	42	-	1	-	7
h2	-	3	-	1	-	-	3	129	139	153	-	4	-	11
h3	-	-	-	2	-	-	6	67	50	46	-	22	5	13
h4	4	9	-	9	-	-	15	89	715	325	-	28	14	45
h5	-	-	5	-	-	12	11	549	1.581	25	-	-	4	51
Summe...	4	12	5	12	-	12	36	846	2.486	591	-	55	23	127
Krankenpflegedienst														
k1	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
k2	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
k3	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
k4	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
k5	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
k6	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Summe...	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Bedienstete nach Kollektivvertrag														
Arbeiter (VB II/K)	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Summe...	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Bedienstete nach anderen Rechtsvorschriften														
VB gem. Hochschulassistentengesetz	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Arbeiter (VB II/R)	-	-	-	-	-	-	-	33	-	-	-	-	-	-
Summe...	-	-	-	-	-	-	-	33	-	-	-	-	-	-
Summe VB II...	4	12	5	12	-	12	36	879	2.486	591	-	55	23	127
Gesamtsumme Beamte und VB...	73	379	80	176	45	345	961	31.961	31.337	19.468	1.616	742	1.578	11.284
Jugendliche Bedienstete (JAL)														
Jugendliche Vertragsbedienstete ...	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Anlernkräfte	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Lehrlinge	-	-	-	-	-	-	17	90	71	326	-	-	-	35
Summe JAL...	-	-	-	-	-	-	17	90	71	326	-	-	-	35
Gesamtsumme einschließlich JAL...	73	379	80	176	45	345	978	32.051	31.408	19.794	1.616	742	1.578	11.319
Normplanstellen (LwSt)	-	-	-	-	-	-	-	-	10.835	632	-	-	-	-

Anlage E.G **Übersicht über die nach Verwendungsgruppen aufgegliederten Planstellenkategorien der einzelnen Ressorts**
(Gesamtübersicht-Teile II.A, VI und VII)

Hoheitsverwaltung							Summe Hoheitsverw.					Summe Div.	Gesamtsumme
BMLv	BMF	BMLFW	BMWA	VIT	BMÖLS								
2	1	52	7	-	-	-	126	-	-	-	-	-	126
332	14	219	29	1	-	-	1.038	-	-	-	-	-	1.038
51	9	50	9	2	1	-	333	-	-	-	-	-	333
77	55	126	16	4	-	-	1.531	-	-	-	-	-	1.531
21	62	92	53	-	-	-	2.466	-	-	-	-	-	2.466
483	141	539	114	7	1	-	5.494	-	-	-	-	-	5.494
-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
36	-	241	-	-	-	-	277	-	-	-	-	-	277
36	-	241	-	-	-	-	277	-	-	-	-	-	277
-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
4	39	17	150	-	-	-	243	-	-	-	-	-	243
4	39	17	150	-	-	-	243	-	-	-	-	-	243
523	180	797	264	7	1	-	6.014	-	-	-	-	-	6.014
25.894	15.652	3.853	3.702	1.144	183	-	150.473	-	-	-	-	-	150.473
-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
176	40	174	42	1	2	-	974	-	-	-	-	-	974
176	40	174	42	1	2	-	974	-	-	-	-	-	974
26.070	15.692	4.027	3.744	1.145	185	-	151.447	-	-	-	-	-	151.447
-	-	150	-	-	-	-	11.617	-	-	-	-	-	11.617

(36)

STELLENPLAN 2002

Anlage E.1 **Übersicht über die nach Verwendungsgruppen aufgegliederten Planstellenkategorien der einzelnen Ressorts**
(Teil II.A und VII)

	Oberste Organe						Hoheitsverwaltung							
	PRK	BGG	VfGH	VwGH	VANW	RH	BKA	BMI	BMBK	BMW	BMsSG	BMG	BMAA	BMJ
Beamte und Angestellte														
Beamte des allgemeinen Verwaltungsdienstes														
A1	15	72	17	21	25	195	256	581	629	902	535	132	452	181
A2	9	33	5	7	7	69	167	714	713	1.053	509	107	213	1.335
A3	26	71	18	16	10	43	157	1.049	551	598	195	42	81	1.620
A4	9	50	-	1	-	16	38	354	340	91	23	8	1	8
A5	-	28	-	-	-	2	14	21	56	45	3	1	5	2
A6	-	25	-	-	-	1	6	15	93	10	1	6	-	-
A7	-	-	2	-	-	2	-	32	34	-	-	-	2	-
Summe...	59	279	42	45	42	328	638	2.766	2.416	2.699	1.266	296	754	3.146
Angestellte gem VB Gesetz (VB I)														
v1	2	29	12	11	-	-	31	35	148	308	84	74	44	72
v2	2	13	2	2	-	-	26	43	422	1.643	114	58	54	190
v3	3	17	13	8	1	-	89	220	1.039	2.052	132	61	395	988
v4	3	25	6	28	2	3	84	1.596	988	903	4	60	202	1.540
v5	-	-	-	7	-	2	10	49	36	19	-	-	37	11
VB/SV-ADV	-	4	-	-	-	-	46	78	16	436	8	-	24	-
Summe...	10	88	33	56	3	5	286	2.021	2.649	5.361	342	253	756	2.801
Richter, Richteramtsanwärter und Staatsanwälte														
Richter	-	-	-	63	-	-	-	-	-	-	-	-	-	1.704
Richteramtsanwärter	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	150
Staatsanwälte	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	221
Summe...	-	-	-	63	-	-	-	-	-	-	-	-	-	2.075
Universitäts-(Hochschul-)lehrer														
Univ.(Hochschul)professoren	-	-	-	-	-	-	-	-	-	2.332	-	-	-	-
Univ.(Hochschul)assistenten	-	-	-	-	-	-	-	-	-	6.555	-	-	-	-
Summe...	-	-	-	-	-	-	-	-	-	8.887	-	-	-	-
Lehrer														
LPA	-	-	-	-	-	-	-	-	639	-	-	-	-	-
L1	-	-	-	-	-	-	-	-	19.939	257	-	-	-	-
L2	-	-	-	-	-	-	-	-	2.680	16	-	-	-	6
L3	-	-	-	-	-	-	-	-	2	-	-	-	-	-
Summe...	-	-	-	-	-	-	-	-	23.260	273	-	-	-	6
Beamte des Schulaufsichtsdienstes														
SI 1	-	-	-	-	-	-	-	-	88	-	-	-	-	-
SI 2	-	-	-	-	-	-	-	-	144	-	-	-	-	-
FI 1	-	-	-	-	-	-	-	-	73	-	-	-	-	-
FI 2	-	-	-	-	-	-	-	-	36	-	-	-	-	-
Summe...	-	-	-	-	-	-	-	-	341	-	-	-	-	-
Beamte des Exekutivdienstes														
W1	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
W2	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
W3	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Summe...	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
E1	-	-	-	-	-	-	-	688	-	-	-	-	-	79
E2a	-	-	-	-	-	-	-	10.987	-	-	-	-	-	2.094
E2b	-	-	-	-	-	-	-	14.470	-	-	-	-	-	860
E2c	-	-	-	-	-	-	-	145	-	-	-	-	-	-
Summe...	-	-	-	-	-	-	-	26.290	-	-	-	-	-	3.033

Anlage E.1 Übersicht über die nach Verwendungsgruppen aufgegliederten Planstellenkategorien der einzelnen Ressorts (Teil II.A und VII)

Hoheitsverwaltung							Summe Hoheitsverw.					Summe Div.	Gesamtsumme
BMLv	BMF	BMLFW	BMWA	VIT	BMÖLS								
355	1.379	736	747	324	60	-	7.614	-	-	-	-	-	7.614
1.476	5.243	537	1.041	128	32	-	13.398	-	-	-	-	-	13.398
2.767	3.541	319	635	182	29	-	11.950	-	-	-	-	-	11.950
974	41	115	98	21	1	-	2.189	-	-	-	-	-	2.189
24	33	19	38	5	-	-	296	-	-	-	-	-	296
28	14	7	3	-	-	-	209	-	-	-	-	-	209
-	2	1	2	2	1	-	80	-	-	-	-	-	80
5.624	10.253	1.734	2.564	662	123	-	35.736	-	-	-	-	-	35.736
2	74	137	114	47	13	-	1.237	-	-	-	-	-	1.237
18	379	211	114	59	7	-	3.357	-	-	-	-	-	3.357
58	2.286	538	322	114	29	-	8.365	-	-	-	-	-	8.365
1.024	168	139	265	42	10	-	7.092	-	-	-	-	-	7.092
16	33	-	12	3	-	-	235	-	-	-	-	-	235
142	60	13	47	10	-	-	884	-	-	-	-	-	884
1.260	3.000	1.038	874	275	59	-	21.170	-	-	-	-	-	21.170
-	-	-	-	-	-	-	1.767	-	-	-	-	-	1.767
-	-	-	-	-	-	-	150	-	-	-	-	-	150
-	-	-	-	-	-	-	221	-	-	-	-	-	221
-	-	-	-	-	-	-	2.138	-	-	-	-	-	2.138
-	-	-	-	-	-	-	2.332	-	-	-	-	-	2.332
-	-	-	-	-	-	-	6.555	-	-	-	-	-	6.555
-	-	-	-	-	-	-	8.887	-	-	-	-	-	8.887
-	-	5	-	-	-	-	644	-	-	-	-	-	644
-	-	181	-	-	-	-	20.377	-	-	-	-	-	20.377
14	-	94	-	-	-	-	2.810	-	-	-	-	-	2.810
-	-	1	-	-	-	-	3	-	-	-	-	-	3
14	-	281	-	-	-	-	23.834	-	-	-	-	-	23.834
-	-	-	-	-	-	-	88	-	-	-	-	-	88
-	-	-	-	-	-	-	144	-	-	-	-	-	144
-	-	-	-	-	-	-	73	-	-	-	-	-	73
-	-	-	-	-	-	-	36	-	-	-	-	-	36
-	-	-	-	-	-	-	341	-	-	-	-	-	341
-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
-	22	-	-	-	-	-	789	-	-	-	-	-	789
-	1.939	-	-	-	-	-	15.020	-	-	-	-	-	15.020
-	258	-	-	-	-	-	15.588	-	-	-	-	-	15.588
-	-	-	-	-	-	-	145	-	-	-	-	-	145
-	2.219	-	-	-	-	-	31.542	-	-	-	-	-	31.542

(38) STELLENPLAN 2002

Anlage E.1 **Übersicht über die nach Verwendungsgruppen aufgegliederten Planstellenkategorien der einzelnen Ressorts** (Teil II.A und VII)

	Oberste Organe						Hoheitsverwaltung							
	PRK	BGG	VfGH	VwGH	VANW	RH	BKA	BMI	BMBK	BMW	BMsSG	BMG	BMAA	BMJ
Beamte des militärischen Dienstes	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
H1	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
H2	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Summe...	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
MBO1	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
MBO2	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
MBUO1	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
MBUO2	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Summe MB...	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
MZO1	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
MZO2	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
MZUO1	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
MZUO2	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
MZCh	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Summe MZ...	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Krankenpflegedienst	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
K1	-	-	-	-	-	-	-	-	-	13	-	-	-	-
K2	-	-	-	-	-	-	-	-	2	94	-	37	-	-
K3	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	12
K4	-	-	-	-	-	-	-	-	4	-	-	-	-	6
K5	-	-	-	-	-	-	-	-	-	1	1	1	-	-
K6	-	-	-	-	-	-	-	-	-	3	-	14	-	-
Summe...	-	-	-	-	-	-	-	-	6	111	1	52	-	18
Krankenpflegedienst gem. VB Gesetz	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
k1	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
k2	-	-	-	-	-	-	-	-	4	104	3	48	-	9
k3	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
k4	-	-	-	-	-	-	-	-	7	21	-	-	-	57
k5	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	2	-	-
k6	-	-	-	-	-	-	-	-	-	14	-	36	-	12
Summe...	-	-	-	-	-	-	-	-	11	139	3	86	-	78
Beamte d. Post u. Telegraphenverwaltung	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Bedienstete nach Kollektivvertrag														
Angestellte (VB I/K)	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Summe...	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Bedienstete nach anderen Rechtsvorschriften														
VB gem. Hochschulassistentengesetz	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Angestellte (VB I/R)	-	-	-	-	-	-	-	5	168	-	4	-	-	-
Summe...	-	-	-	-	-	-	-	5	168	-	4	-	-	-
Summe Beamte und VB I...	69	367	75	164	45	333	924	31.082	28.851	17.470	1.616	687	1.510	11.157

Anlage E. 1 **Übersicht über die nach Verwendungsgruppen aufgegliederten Planstellenkategorien der einzelnen Ressorts**
(Teil II. A und VII)

Hoheitsverwaltung							Summe Hoheits verw.					Summe Div.	Gesamt-summe
BMLv	BMF	BMLFW	BMWA	VIT	BMÖLS								
-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
534	-	-	-	-	-	-	534	-	-	-	-	-	534
2. 423	-	-	-	-	-	-	2. 423	-	-	-	-	-	2. 423
8. 874	-	-	-	-	-	-	8. 874	-	-	-	-	-	8. 874
2. 231	-	-	-	-	-	-	2. 231	-	-	-	-	-	2. 231
14. 062	-	-	-	-	-	-	14. 062	-	-	-	-	-	14. 062
51	-	-	-	-	-	-	51	-	-	-	-	-	51
300	-	-	-	-	-	-	300	-	-	-	-	-	300
444	-	-	-	-	-	-	444	-	-	-	-	-	444
3. 368	-	-	-	-	-	-	3. 368	-	-	-	-	-	3. 368
100	-	-	-	-	-	-	100	-	-	-	-	-	100
4. 263	-	-	-	-	-	-	4. 263	-	-	-	-	-	4. 263
-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
-	-	-	-	-	-	-	13	-	-	-	-	-	13
33	-	-	-	-	-	-	166	-	-	-	-	-	166
29	-	-	-	-	-	-	41	-	-	-	-	-	41
8	-	-	-	-	-	-	18	-	-	-	-	-	18
3	-	-	-	-	-	-	6	-	-	-	-	-	6
-	-	-	-	-	-	-	17	-	-	-	-	-	17
73	-	-	-	-	-	-	261	-	-	-	-	-	261
-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
1	-	-	-	-	-	-	169	-	-	-	-	-	169
1	-	-	-	-	-	-	1	-	-	-	-	-	1
7	-	-	-	-	-	-	92	-	-	-	-	-	92
3	-	-	-	-	-	-	5	-	-	-	-	-	5
2	-	-	-	-	-	-	64	-	-	-	-	-	64
14	-	-	-	-	-	-	331	-	-	-	-	-	331
-	-	-	-	200	-	-	200	-	-	-	-	-	200
21	-	-	-	-	-	-	21	-	-	-	-	-	21
21	-	-	-	-	-	-	21	-	-	-	-	-	21
-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
40	-	3	-	-	-	-	220	-	-	-	-	-	220
40	-	3	-	-	-	-	220	-	-	-	-	-	220
25. 371	15. 472	3. 056	3. 438	1. 137	182	-	143. 006	-	-	-	-	-	143. 006

(40)

STELLENPLAN 2002

Anlage E.1 Übersicht über die nach Verwendungsgruppen aufgegliederten Planstellenkategorien der einzelnen Ressorts (Teil II.A und VII)

	Oberste Organe						Hoheitsverwaltung							
	PRK	BGG	VfGH	VwGH	VANW	RH	BKA	BMI	BMBK	BMW	BMsSG	BMG	BMAA	BMJ
Arbeiter														
Arbeiter gem. VB Gesetz (VB II)														
h1	-	-	-	-	-	-	1	12	1	42	-	1	-	7
h2	-	3	-	1	-	-	3	129	139	153	-	4	-	11
h3	-	-	-	2	-	-	6	67	50	46	-	22	5	13
h4	4	9	-	9	-	-	15	89	715	325	-	28	14	45
h5	-	-	5	-	-	12	11	549	1.581	25	-	-	4	51
Summe...	4	12	5	12	-	12	36	846	2.486	591	-	55	23	127
Krankenpflegedienst														
k1	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
k2	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
k3	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
k4	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
k5	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
k6	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Summe...	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Bedienstete nach Kollektivvertrag														
Arbeiter (VB II/K)	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Summe...	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Bedienstete nach anderen Rechtsvorschriften														
VB gem. Hochschulassistentengesetz	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Arbeiter (VB II/R)	-	-	-	-	-	-	-	33	-	-	-	-	-	-
Summe...	-	-	-	-	-	-	-	33	-	-	-	-	-	-
Summe VB II...	4	12	5	12	-	12	36	879	2.486	591	-	55	23	127
Gesamtsumme Beamte und VB...	73	379	80	176	45	345	960	31.961	31.337	18.061	1.616	742	1.533	11.284
Jugendliche Bedienstete (JAL)														
Jugendliche Vertragsbedienstete ...	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Anlernkräfte ...	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Lehrlinge ...	-	-	-	-	-	-	17	90	71	326	-	-	-	35
Summe JAL...	-	-	-	-	-	-	17	90	71	326	-	-	-	35
Gesamtsumme einschließlich JAL...	73	379	80	176	45	345	977	32.051	31.408	18.387	1.616	742	1.533	11.319
Normplanstellen (LwSt) ...	-	-	-	-	-	-	-	-	10.835	632	-	-	-	-

Anlage E. 1 Übersicht über die nach Verwendungsgruppen aufgegliederten Planstellenkategorien der einzelnen Ressorts (Teil II. A und VII)

Hoheitsverwaltung							Summe Hoheitsverw.					Summe Div.	Gesamtsumme
BMLv	BMF	BMLFW	BMWA	VIT	BMöLS								
2	1	52	7	-	-	-	126	-	-	-	-	-	126
332	14	219	29	1	-	-	1. 038	-	-	-	-	-	1. 038
51	9	50	9	2	1	-	333	-	-	-	-	-	333
77	55	126	16	4	-	-	1. 531	-	-	-	-	-	1. 531
21	62	92	53	-	-	-	2. 466	-	-	-	-	-	2. 466
483	141	539	114	7	1	-	5. 494	-	-	-	-	-	5. 494
-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
36	-	241	-	-	-	-	277	-	-	-	-	-	277
36	-	241	-	-	-	-	277	-	-	-	-	-	277
-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
4	-	17	127	-	-	-	181	-	-	-	-	-	181
4	-	17	127	-	-	-	181	-	-	-	-	-	181
523	141	797	241	7	1	-	5. 952	-	-	-	-	-	5. 952
25. 894	15. 613	3. 853	3. 679	1. 144	183	-	148. 958	-	-	-	-	-	148. 958
-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
176	40	174	42	1	2	-	974	-	-	-	-	-	974
176	40	174	42	1	2	-	974	-	-	-	-	-	974
26. 070	15. 653	4. 027	3. 721	1. 145	185	-	149. 932	-	-	-	-	-	149. 932
-	-	150	-	-	-	-	11. 617	-	-	-	-	-	11. 617

(42)

STELLENPLAN 2002

Anlage E.2 **Übersicht über die nach Verwendungsgruppen aufgegliederten Planstellenkategorien der einzelnen Ressorts**
(Teil VI)

	Oberste Organe						Hoheitsverwaltung							
	PRK	BGG	VfGH	VwGH	VANW	RH	BKA	BMI	BMBK	BMW	BMsSG	BMG	BMAA	BMJ
Beamte und Angestellte														
Beamte des allgemeinen Verwaltungsdienstes														
A1	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
A2	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
A3	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
A4	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
A5	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
A6	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
A7	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Summe...	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Angestellte gem VB Gesetz (VB I)														
v1	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	2	-
v2	-	-	-	-	-	-	-	-	-	140	-	-	-	-
v3	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	43	-
v4	-	-	-	-	-	-	1	-	-	-	-	-	-	-
v5	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
VB/SV-ADV	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Summe...	-	-	-	-	-	-	1	-	-	140	-	-	45	-
Richter, Richteramtsanwärter und Staatsanwälte														
Richter	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Richteramtsanwärter	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Staatsanwälte	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Summe...	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Universitäts-(Hochschul-)lehrer														
Univ.(Hochschul)professoren	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Univ.(Hochschul)assistenten	-	-	-	-	-	-	-	-	-	1.077	-	-	-	-
Summe...	-	-	-	-	-	-	-	-	-	1.077	-	-	-	-
Lehrer														
LPA	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
L1	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
L2	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
L3	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Summe...	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Beamte des Schulaufsichtsdienstes														
SI 1	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
SI 2	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
FI 1	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
FI 2	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Summe...	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Beamte des Exekutivdienstes														
W1	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
W2	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
W3	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Summe...	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
E1	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
E2a	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
E2b	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
E2c	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Summe...	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-

Anlage E.2 Übersicht über die nach Verwendungsgruppen aufgegliederten Planstellenkategorien der einzelnen Ressorts (Teil VI)

Hoheitsverwaltung							Summe Hoheitsverw.					Summe Div.	Gesamtsumme
BMLv	BMF	BMLFW	BMWA	VIT	BMÖLS								
-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
-	-	-	-	-	-	-	2	-	-	-	-	-	2
-	-	-	-	-	-	-	140	-	-	-	-	-	140
-	-	-	-	-	-	-	43	-	-	-	-	-	43
-	-	-	-	-	-	-	1	-	-	-	-	-	1
-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
-	-	-	-	-	-	-	186	-	-	-	-	-	186
-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
-	-	-	-	-	-	-	1.077	-	-	-	-	-	1.077
-	-	-	-	-	-	-	1.077	-	-	-	-	-	1.077
-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-

(44) STELLENPLAN 2002

Anlage E.2 Übersicht über die nach Verwendungsgruppen aufgegliederten Planstellenkategorien der einzelnen Ressorts (Teil VI)

	Oberste Organe						Hoheitsverwaltung							
	PRK	BGG	VfGH	VwGH	VANW	RH	BKA	BMI	BMBK	BMW	BMsSG	BMG	BMAA	BMJ
Beamte des militärischen Dienstes	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
H1	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
H2	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Summe...	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
MB01	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
MB02	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
MBU01	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
MBU02	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Summe MB...	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
MZ01	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
MZ02	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
MZU01	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
MZU02	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
MZCh	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Summe MZ...	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Krankenpflegedienst	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
K1	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
K2	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
K3	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
K4	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
K5	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
K6	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Summe...	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Krankenpflegedienst gem. VB Gesetz	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
k1	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
k2	-	-	-	-	-	-	-	-	-	190	-	-	-	-
k3	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
k4	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
k5	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
k6	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Summe...	-	-	-	-	-	-	-	-	-	190	-	-	-	-
Beamte d. Post u. Telegraphenverwaltung	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Bedienstete nach Kollektivvertrag														
Angestellte (VB I/K)	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Summe...	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Bedienstete nach anderen Rechtsvorschriften														
VB gem. Hochschulassistentengesetz	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Angestellte (VB I/R)	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Summe...	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Summe Beamte und VB I...	-	-	-	-	-	-	1	-	-	1.407	-	-	45	-

Anlage E.2 **Übersicht über die nach Verwendungsgruppen aufgegliederten Planstellenkategorien der einzelnen Ressorts**
(Teil VI)

Hoheitsverwaltung							Summe Hoheitsverw.					Summe Div.	Gesamtsumme
BMLv	BMF	BMLFW	BMWA	VIT	BMÖLS								
-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-

Anlage E.2 **Übersicht über die nach Verwendungsgruppen aufgegliederten Planstellenkategorien der einzelnen Ressorts**
(Teil VI)

	Oberste Organe						Hoheitsverwaltung							
	PRK	BGG	VfGH	VwGH	VANW	RH	BKA	BMI	BMBK	BMW	BMsSG	BMG	BMAA	BMJ
Arbeiter														
Arbeiter gem. VB Gesetz (VB II)														
h1	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
h2	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
h3	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
h4	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
h5	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Summe...	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Krankenpflegedienst														
k1	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
k2	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
k3	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
k4	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
k5	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
k6	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Summe...	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Bedienstete nach Kollektivvertrag														
Arbeiter (VB II/K)	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Summe...	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Bedienstete nach anderen Rechtsvorschriften														
VB gem. Hochschulassistentengesetz	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Arbeiter (VB II/R)	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Summe...	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Summe VB II...	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Gesamtsumme Beamte und VB...	-	-	-	-	-	-	1	-	-	1.407	-	-	45	-
Jugendliche Bedienstete (JAL)														
Jugendliche Vertragsbedienstete ...	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Anlernkräfte	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Lehrlinge	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Summe JAL...	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Gesamtsumme einschließlich JAL...	-	-	-	-	-	-	1	-	-	1.407	-	-	45	-
Normplanstellen (LwSt)	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-

Anlage E.2 Übersicht über die nach Verwendungsgruppen aufgegliederten Planstellenkategorien der einzelnen Ressorts (Teil VI)

Hoheitsverwaltung							Summe Hoheitsverw.					Summe Div.	Gesamtsumme
BMLv	BMF	BMLFW	BMWA	VIT	BMöLS								
-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-

(48)

STELLENPLAN 2002

Anlage F.G

Summarische Gesamtübersicht des Stellenplanes
(Teil II.A und VI)

Allgemeiner Verwaltungsdienst	Funktionsgruppe										Summe
Verwendungsgruppe	9	8	7	6	5	4	3	2	1	GL	Beamte
A1	49	69	207	541	736	1.012	1.588	1.427	1.642	343	7.614
A2		24	331	1.204	1.341	3.213	3.285	3.390	414	196	13.398
A3		14	110	261	2.707	1.122	2.084	3.643	1.730	279	11.950
A4								825	745	619	2.189
A5								16	50	230	296
A6										209	209
A7										80	80
										Summe ...	35.736

Verwaltungsdienst	Bewertungsgruppe							übrige VB	Summe VB I
Entlohnungsgruppe	7	6	5	4	3	2	1		
v1			9	28	191	257	753	1	1.239
v2			16	107	679	1.621	1.073	1	3.497
v3			8	425	1.889	3.856	2.230		8.408
v4					886	4.243	1.106	858	7.093
v5								235	235
(I/R)								220	220
(I/K)								21	21
								Summe ...	20.713

Vertragsbedienstete mit ADV-Sondervertrag	Bedienstetengruppe							übrige VB/SV	Summe VB/SV
	1	2	3	4	5	6	7		
	18	140	292	148	221	52	13		884

Handwerkl. Dienst	Bewertungsgruppe					übrige VB	Summe VB II
Entlohnungsgruppe		4	3	2	1		
h1			5	30	91		126
h2			70	419	549		1.038
h3						333	333
h4						1.531	1.531
h5						2.466	2.466
(II/R)						243	243
(II/K)						277	277
						Summe ...	6.014

Lehrlinge	Summe
	974

Anlage F. G

Summarische Gesamtübersicht des Stellenplanes
(Teil II. A und VI)

Richter und Richteramtsanwärter	Beamte
Planstelle (Amtstitel)	
Präsident des Verwaltungsgerichtshofes	1
Vizepräsident des Verwaltungsgerichtshofes	1
Senatspräsident des Verwaltungsgerichtshofes	12
Hofrat des Verwaltungsgerichtshofes	49
Präsident des Obersten Gerichtshofes	1
Vizepräsident des Obersten Gerichtshofes	2
Senatspräsident des Obersten Gerichtshofes	13
Hofrat des Obersten Gerichtshofes	42
Präsident des Oberlandesgerichtes	4
Vizepräsident des Oberlandesgerichtes	4
Senatspräsident des Oberlandesgerichtes	54
Richter des Oberlandesgerichtes	110
Präsident des Gerichtshofes I. Instanz	21
Vizepräsident des Gerichtshofes I. Instanz	29
Übrige Richter	1.424
Richteramtsanwärter	150
Summe...	1.917

Staatsanwälte	Beamte
Planstelle (Amtstitel)	
Generalprokurator	1
Erster Generalanwalt	3
Generalanwalt	10
Leitender Oberstaatsanwalt	4
Erster Oberstaatsanwalt	4
Oberstaatsanwalt	11
Leitender Staatsanwalt	17
Erster Staatsanwalt	23
Gruppenleiter einer Staatsanwaltschaft	12
Staatsanwalt	136
Summe...	221

(50)

STELLENPLAN 2002

Anlage F. G

Summarische Gesamtübersicht des Stellenplanes
(Teil II. A und VI)

Universitätslehrer (Vertragsassistenten)	Beamte
Verwendungsgruppe (Amtstitel)	
Universitätsprofessor (Vertragsprofessor)	2. 332
Universitätsassistent (Vertragsassistent)	7. 632
Summe...	9. 964

Lehrer	Leiter							übrige	Summe
Verwendungsgruppe	Dir.	Dir. (Univ. Inst.)	Dir. (Bds-Konv.)	Dir. Stv.	Abt. Vorst.	Fach-Vorst.	Erz. Leiter	Lehrer	Beamte
LPA	56				113			475	644
L1	702	12	14	4	215	8	8	19. 414	20. 377
L2	35				2	102		2. 671	2. 810
L3								3	3
Summe...									23. 834

Beamte des Schulaufsichtsdienstes	Beamte
Verwendungsgruppe (Amtstitel)	
SI 1 (Landesschulinspektor)	88
SI 2 (Bezirks(Berufs)schulinspektor)	144
FI 1 (Fachinspektor)	73
FI 2 (Fachinspektor)	36
Summe...	341

Exekutivdienst	Funktionsgruppe												Summe
Verwendungsgruppe	11	10	9	8	7	6	5	4	3	2	1	GL	Beamte
E1	3	4	23	37	89	75	127	139	185	99	8		789
E2a					380	911	1. 533	1. 998	3. 306	3. 051	3. 096	745	15. 020
E2b												15. 588	15. 588
E2c												145	145
Summe ...													31. 542

STELLENPLAN 2002 (51)

Anlage F.G

Summarische Gesamtübersicht des Stellenplanes
(Teil II.A und VI)

Militärischer Dienst	Funktionsgruppe												Summe
Verwendungsgruppe	9	8	7	6	5	4	3	2			1	GL	Beamte
MBO1	2	6	14	44	58	96	105	103			98	8	534
MBO2	11	35	116	191	429	220	575	709			136	1	2.423
MBUO1			14	72	175	958	2.327	1.445			3.621	262	8.874
MBUO2								548			1.670	13	2.231
												Summe ...	14.062
MZO1						1	6	8			12	24	51
MZO2							5	20			120	155	300
MZUO1							5	34			161	244	444
MZUO2								207			779	2.382	3.368
MZCh												100	100
												Summe ...	4.263
												Summe Militärischer Dienst ...	18.325

Beamte der Post- und Telegraphenverwaltung	Beamte der Verwendungsgruppe/Dienstzulagengruppe										Summe
	PT1 - PT5							PT5, PT7, PT8		übrige	Beamte
Verwendungsgruppe	S	1	1b	2	2b	3	3b	A	B	Beamte	
PT1.....	5		3	6		1					15
PT2.....		16	17	1	14	4	16				68
PT3.....		13		63							76
PT4.....										19	19
PT5.....								18		3	21
PT7.....										1	1
										Summe ...	200

Krankenpflegedienst	Beamte der Verwendungsgruppe		Summe	Vertragsbedienstete		Summe	Gesamtsumme
		übrige	Beamte	VB I	VB II	VB	
Verw. (Entl.)gruppe		Beamte					
K1 (k1)		13	13				13
K2 (k2)		166	166	359		359	525
K3 (k3)		41	41	1		1	42
K4 (k4)		18	18	92		92	110
K5 (k5)		6	6	5		5	11
K6 (k6)		17	17	64		64	81
Summe...		261	261	521		521	782

	Summe	Vertragsbedienstete		Summe	Summe Lehrlinge	Gesamtsumme
	Beamte	VB I	VB II	VB		
Gesamtsumme 01-78...	**122.341**	**22.118**	**6.014**	**28.132**	**974**	**151.447**

(52) **STELLENPLAN 2002**

Anlage F.1 **Summarische Übersicht zum Teil II.A des Stellenplanes**

Allgemeiner Verwaltungsdienst	Funktionsgruppe										Summe
Verwendungsgruppe	9	8	7	6	5	4	3	2	1	GL	Beamte
A1	49	69	207	541	736	1.012	1.588	1.427	1.642	343	7.614
A2		24	331	1.204	1.341	3.213	3.285	3.390	414	196	13.398
A3		14	110	261	2.707	1.122	2.084	3.643	1.730	279	11.950
A4								825	745	619	2.189
A5								16	50	230	296
A6										209	209
A7										80	80
										Summe ...	35.736

Verwaltungsdienst	Bewertungsgruppe							übrige VB	Summe VB I
Entlohnungsgruppe	7	6	5	4	3	2	1		
v1			9	28	189	257	753	1	1.237
v2			16	107	679	1.481	1.073	1	3.357
v3			8	425	1.846	3.856	2.230		8.365
v4					886	4.243	1.105	858	7.092
v5								235	235
(I/R)								220	220
(I/K)								21	21
								Summe ...	20.527

Vertragsbedienstete mit ADV-Sondervertrag	Bedienstetengruppe							übrige VB/SV	Summe VB/SV
	1	2	3	4	5	6	7		
	18	140	292	148	221	52	13		884

Handwerkl. Dienst	Bewertungsgruppe					übrige VB	Summe VB II
Entlohnungsgruppe		4	3	2	1		
h1			5	30	91		126
h2			70	419	549		1.038
h3						333	333
h4						1.531	1.531
h5						2.466	2.466
(II/R)						181	181
(II/K)						277	277
						Summe ...	5.952

Lehrlinge	Summe
	974

Anlage F. 1 **Summarische Übersicht zum Teil II.A des Stellenplanes**

Richter und Richteramtsanwärter Planstelle (Amtstitel)	Beamte
Präsident des Verwaltungsgerichtshofes	1
Vizepräsident des Verwaltungsgerichtshofes	1
Senatspräsident des Verwaltungsgerichtshofes	12
Hofrat des Verwaltungsgerichtshofes	49
Präsident des Obersten Gerichtshofes	1
Vizepräsident des Obersten Gerichtshofes	2
Senatspräsident des Obersten Gerichtshofes	13
Hofrat des Obersten Gerichtshofes	42
Präsident des Oberlandesgerichtes	4
Vizepräsident des Oberlandesgerichtes	4
Senatspräsident des Oberlandesgerichtes	54
Richter des Oberlandesgerichtes	110
Präsident des Gerichtshofes I. Instanz	21
Vizepräsident des Gerichtshofes I. Instanz	29
Übrige Richter	1.424
Richteramtsanwärter	150
Summe...	1.917

Staatsanwälte Planstelle (Amtstitel)	Beamte
Generalprokurator	1
Erster Generalanwalt	3
Generalanwalt	10
Leitender Oberstaatsanwalt	4
Erster Oberstaatsanwalt	4
Oberstaatsanwalt	11
Leitender Staatsanwalt	17
Erster Staatsanwalt	23
Gruppenleiter einer Staatsanwaltschaft	12
Staatsanwalt	136
Summe...	221

(54)

STELLENPLAN 2002

Anlage F. 1

Summarische Übersicht zum Teil II.A des Stellenplanes

Universitätslehrer (Vertragsassistenten)	Beamte
Verwendungsgruppe (Amtstitel)	
Universitätsprofessor (Vertragsprofessor)	2. 332
Universitätsassistent (Vertragsassistent)	6. 555
Summe...	8. 887

Lehrer	Leiter							übrige Lehrer	Summe Beamte
Verwendungsgruppe	Dir.	Dir. (Univ. Inst.)	Dir. (Bds-Konv.)	Dir. Stv.	Abt. Vorst.	Fach-Vorst.	Erz. Leiter		
LPA	56				113			475	644
L1	702	12	14	4	215	8	8	19. 414	20. 377
L2	35				2	102		2. 671	2. 810
L3								3	3
Summe...									23. 834

Beamte des Schulaufsichtsdienstes	Beamte
Verwendungsgruppe (Amtstitel)	
SI 1 (Landesschulinspektor)	88
SI 2 (Bezirks(Berufs)schulinspektor)	144
FI 1 (Fachinspektor)	73
FI 2 (Fachinspektor)	36
Summe...	341

Exekutivdienst	Funktionsgruppe												Summe
Verwendungsgruppe	11	10	9	8	7	6	5	4	3	2	1	GL	Beamte
E1	3	4	23	37	89	75	127	139	185	99	8		789
E2a					380	911	1. 533	1. 998	3. 306	3. 051	3. 096	745	15. 020
E2b												15. 588	15. 588
E2c												145	145
Summe ...													31. 542

STELLENPLAN 2002

(55)

Anlage F.1

Summarische Übersicht zum Teil II.A des Stellenplanes

Militärischer Dienst	Funktionsgruppe												Summe
Verwendungsgruppe	9	8	7	6	5	4	3	2			1	GL	Beamte
MBO1	2	6	14	44	58	96	105	103			98	8	534
MBO2	11	35	116	191	429	220	575	709			136	1	2.423
MBUO1			14	72	175	958	2.327	1.445			3.621	262	8.874
MBUO2								548			1.670	13	2.231
												Summe ...	14.062
MZO1						1	6	8			12	24	51
MZO2							5	20			120	155	300
MZUO1							5	34			161	244	444
MZUO2								207			779	2.382	3.368
MZCh												100	100
												Summe ...	4.263
												Summe Militärischer Dienst ...	18.325

Beamte der Post- und Telegraphenverwaltung	Beamte der Verwendungsgruppe/Dienstzulagengruppe										Summe
	PT1 - PT5							PT5, PT7, PT8		übrige	Beamte
Verwendungsgruppe	S	1	1b	2	2b	3	3b	A	B	Beamte	
PT1.....	5		3	6		1					15
PT2.....		16	17	1	14	4	16				68
PT3.....		13		63							76
PT4.....										19	19
PT5.....								18		3	21
PT7.....										1	1
										Summe ...	200

Krankenpflegedienst	Beamte der Verwendungsgruppe		Summe	Vertragsbedienstete		Summe	Gesamtsumme
		übrige	Beamte	VB I	VB II	VB	
Verw. (Entl.)gruppe		Beamte					
K1 (k1)		13	13				13
K2 (k2)		166	166	169		169	335
K3 (k3)		41	41	1		1	42
K4 (k4)		18	18	92		92	110
K5 (k5)		6	6	5		5	11
K6 (k6)		17	17	64		64	81
Summe...		261	261	331		331	592

	Summe	Vertragsbedienstete		Summe	Summe Lehrlinge	Gesamtsumme
	Beamte	VB I	VB II	VB		
Gesamtsumme 01-78...	**121.264**	**21.742**	**5.952**	**27.694**	**974**	**149.932**

(56)

STELLENPLAN 2002

Anlage F.2

Summarische Übersicht zum Teil VI des Stellenplanes

Verwaltungsdienst	Bewertungsgruppe							übrige VB	Summe VB I
Entlohnungsgruppe	7	6	5	4	3	2	1		
v1					2				2
v2						140			140
v3					43				43
v4							1		1
								Summe ...	186

Handwerkl. Dienst	Bewertungsgruppe					übrige VB	Summe VB II
Entlohnungsgruppe		4	3	2	1		
(II/R)						62	62
						Summe ...	62

Universitätslehrer (Vertragsassistenten)	Beamte
Verwendungsgruppe (Amtstitel)	
Universitätsassistent (Vertragsassistent)	1.077
Summe...	1.077

Krankenpflegedienst	Beamte der Verwendungsgruppe		Summe	Vertragsbedienstete		Summe	Gesamtsumme
		übrige	Beamte	VB I	VB II	VB	
Verw. (Entl.)gruppe		Beamte					
K2 (k2)				190		190	190
Summe...				190		190	190

	Summe	Vertragsbedienstete		Summe	Summe Lehrlinge	Gesamtsumme
	Beamte	VB I	VB II	VB		
Gesamtsumme 01-78...	**1.077**	**376**	**62**	**438**		**1.515**

STELLENPLAN 2002 (57)

Anlage F.3 **Summarische Übersicht zum ANNEX/Teil 1 des Stellenplanes**

Allgemeiner Verwaltungsdienst	Funktionsgruppe										Summe
Verwendungsgruppe	9	8	7	6	5	4	3	2	1	GL	Beamte
A1	1	2	6	32	50	85	75	76	95	146	568
A2		7	21	47	78	199	319	1.071	68	4	1.814
A3		1	24	67	161	54	99	206	98	16	726
A4								33	36	84	153
A5								4	7	48	59
A6										11	11
A7										2	2
										Summe ...	3.333

Verwaltungsdienst	Bewertungsgruppe							übrige VB	Summe VB I
Entlohnungsgruppe	7	6	5	4	3	2	1		
v1					1	5	5		11
v2		1	2	2	6	45	52		108
v3			6	22	16	241	161		446
v4						13	130		143
								Summe ...	708

Vertragsbedienstete mit ADV-Sondervertrag	Bedienstetengruppe							übrige VB/SV	Summe VB/SV
	1	2	3	4	5	6	7		
		5	18	5	18	4	11		61

Handwerkl. Dienst	Bewertungsgruppe					übrige VB	Summe VB II
Entlohnungsgruppe		4	3	2	1		
h2					5		5
h3						2	2
h4						1	1
						Summe ...	8

Lehrer	Leiter							übrige	Summe	VB
Verwendungsgruppe	Dir.	Dir. (Univ. Inst.)	Dir. (Bds-Konv.)	Dir. Stv.	Abt. Vorst.	Fach-Vorst.	Erz. Leiter	Lehrer	Beamte	Vertr. Lehrer
L2								4	4	
							Summe...		4	

Exekutivdienst	Funktionsgruppe											Summe
Verwendungsgruppe	11	10	9	8	7	6	5	4	3	2	1	GL	Beamte
E2b												11	11
												Summe ...	11

(58)

STELLENPLAN 2002

Anlage F.3

Summarische Übersicht zum ANNEX/Teil 1 des Stellenplanes

Beamte der Post- und Telegraphenverwaltung	Beamte der Verwendungsgruppe/Dienstzulagengruppe										Summe Beamte
	PT1 - PT5							PT5, PT7, PT8		übrige	
Verwendungsgruppe	S	1	1b	2	2b	3	3b	A	B	Beamte	
PT1	110	53	103	114		63	14				457
PT2	143	333	399	516	336	644	125				2.496
PT3		1.380	293	2.719		687				41	5.120
PT4		626								3.839	4.465
PT5		162						2.531	20	3.377	6.090
PT6										3.736	3.736
PT7								210	1.645	1.702	3.557
PT8								6	3.682	7.040	10.728
PT9										403	403
										Summe ...	37.052

	Summe Beamte	Vertragsbedienstete VB I	Vertragsbedienstete VB II	Summe VB	Summe Lehrlinge	Gesamtsumme
Gesamtsumme 01-78...	**40.400**	**769**	**8**	**777**		**41.177**

STELLENPLAN 2002

(59)

Anlage F. 4

Summarische Übersicht zum ANNEX/Teil 2 des Stellenplanes

Allgemeiner Verwaltungsdienst	Funktionsgruppe										Summe
Verwendungsgruppe	9	8	7	6	5	4	3	2	1	GL	Beamte
A1					2	6		3	53	1	65
A2			2	1	1	3	1	5	1		14
A3								2			2
										Summe ...	81

Verwaltungsdienst	Bewertungsgruppe							übrige VB	Summe VB I
Entlohnungsgruppe	7	6	5	4	3	2	1		
v1					1	1	27		29
v2						8			8
v3					2	2	4		8
v4						3	5		8
v5								3	3
								Summe ...	56

Handwerkl. Dienst	Bewertungsgruppe					übrige VB	Summe VB II
Entlohnungsgruppe		4	3	2	1		
h1				1			1
						Summe ...	1

Lehrer	Leiter							übrige	Summe	VB
Verwendungsgruppe	Dir.	Dir. (Univ. Inst.)	Dir. (Bds-Konv.)	Dir. Stv.	Abt. Vorst.	Fach-Vorst.	Erz. Leiter	Lehrer	Beamte	Vertr. Lehrer
LPA	29				34			80	143	
L1	185				8	1	1	2.827	3.022	
L2	22					22		448	492	
Normplanstellen										2.707
								Summe...	3.657	2.707

	Summe	Vertragsbedienstete		Summe	Summe	Gesamt-
	Beamte	VB I	VB II	VB	Lehrlinge	summe
Gesamtsumme 01-78...	**3.738**	**2.763**	**1**	**2.764**		**6.502**

(60)

STELLENPLAN 2002

Anlage G

Gegenüberstellung des ANNEX/Teil 1 zum Vorjahr (Teil 1)

Kap. bzw. Par.	Verwaltungsbereich	Stellenplan 2001					Stellenplan 2002					Unterschied gegenüber Vorjahr				
		Beamte	Vertragsbedienstete			Summe	Beamte	Vertragsbedienstete			Summe	Beamte	Vertragsbedienstete			Summe
			VB I	VB II	Lehrl.			VB I	VB II	Lehrl.			VB I	VB II	Lehrl.	
	Hoheitsverwaltung															
10	Bundeskanzleramt mit Dienststellen															
1000	Zentralleitung	2	-	-	-	2	2	-	-	-	2	-	-	-	-	-
1021	Amt des Österr. Statistischen Zentralamtes	236	-	-	-	236	234	-	-	-	234	- 2	-	-	-	- 2
1031	Amt der Österreichischen Staatsdruckerei	27	-	-	-	27	27	-	-	-	27	-	-	-	-	-
	Summe 10...	265	-	-	-	265	263	-	-	-	263	- 2	-	-	-	- 2
11	Inneres															
1130	Bundespolizei	12	-	-	-	12	11	-	-	-	11	- 1	-	-	-	- 1
	Summe 11...	12	-	-	-	12	11	-	-	-	11	- 1	-	-	-	- 1
12	Bildung und Kultur															
1200	Zentralleitung	118	-	-	-	118	118	-	-	-	118	-	-	-	-	-
	Summe 12...	118	-	-	-	118	118	-	-	-	118	-	-	-	-	-
13	Kunst															
1310	Amt der Bundestheater	62	-	-	-	62	58	-	-	-	58	- 4	-	-	-	- 4
	Summe 13...	62	-	-	-	62	58	-	-	-	58	- 4	-	-	-	- 4
	Summe 12+13...	180	-	-	-	180	176	-	-	-	176	- 4	-	-	-	- 4
50	Finanzverwaltung															
5000	Zentralleitung	12	-	-	-	12	10	-	-	-	10	- 2	-	-	-	- 2
5080	Österreichisches Postsparkassenamt	473	806	5	-	1.284	466	760	4	-	1.230	- 7	- 46	- 1	-	- 54
5081	Österreichische Salinen AG	2	-	-	-	2	2	-	-	-	2	-	-	-	-	-
5082	Amt der Münze Österreich	34	-	-	-	34	33	-	-	-	33	- 1	-	-	-	- 1
5083	Ämter gem. Poststrukturgesetz	38.543	-	-	-	38.543	37.052	-	-	-	37.052	- 1.491	-	-	-	- 1.491
	Summe 50...	39.064	806	5	-	39.875	37.563	760	4	-	38.327	- 1.501	- 46	- 1	-	- 1.548
60	Land-, Forst- und Wasserwirtschaft															
6000	Zentralleitung	99	-	-	-	99	122	-	-	-	122	+ 23	-	-	-	+ 23
	Summe 60...	99	-	-	-	99	122	-	-	-	122	+ 23	-	-	-	+ 23
63	Wirtschaft und Arbeit															
6300	Zentralleitung	11	9	-	-	20	11	9	-	-	20	-	-	-	-	-
6350	Ämter des AMS	1.592	-	-	-	1.592	1.562	-	-	-	1.562	- 30	-	-	-	- 30
	Summe 63...	1.603	9	-	-	1.612	1.573	9	-	-	1.582	- 30	-	-	-	- 30
64	Bauten und Technik															
6402	Schönbrunner Tiergartenamt	17	-	-	-	17	17	-	-	-	17	-	-	-	-	-
6404	Amt der Bundesimmobilien	461	155	42	5	663	461	-	-	-	461	-	- 155	- 42	- 5	- 202
	Summe 64...	478	155	42	5	680	478	-	-	-	478	-	- 155	- 42	- 5	- 202
	Summe 63+64...	2.081	164	42	5	2.292	2.051	9	-	-	2.060	- 30	- 155	- 42	- 5	- 232
65	Verkehr, Innovation und Technologie															
6500	Zentralleitung	2	-	-	-	2	2	-	-	-	2	-	-	-	-	-
6536	Bundesamt FPZ Arsenal	99	-	-	-	99	94	-	-	-	94	- 5	-	-	-	- 5
6541	Wasserstraßendirektion	10	-	4	-	14	10	-	4	-	14	-	-	-	-	-
6542	Amt der Wasserstrassendirektion	92	-	-	-	92	85	-	-	-	85	- 7	-	-	-	- 7
	Summe 65...	203	-	4	-	207	191	-	4	-	195	- 12	-	-	-	- 12

STELLENPLAN 2002 (61)

Anlage G

Gegenüberstellung des ANNEX/Teil 1 zum Vorjahr
(Teil 1)

Kap. bzw. Par.	Verwaltungsbereich	Stellenplan 2001					Stellenplan 2002					Unterschied gegenüber Vorjahr				
		Beamte	Vertragsbedienstete			Summe	Beamte	Vertragsbedienstete			Summe	Beamte	Vertragsbedienstete			Summe
			VB I	VB II	Lehrl.			VB I	VB II	Lehrl.			VB I	VB II	Lehrl.	
70	Öffentliche Leistung und Sport															
7032	Amt der Bundessporteinrichtungen	23	-	-	-	23	23	-	-	-	23	-	-	-	-	-
	Summe 70...	23	-	-	-	23	23	-	-	-	23	-	-	-	-	-
	Gesamtsumme...	41.927	970	51	5	42.953	40.400	769	8	-	41.177	- 1.527	- 201	- 43	- 5	- 1.776

(62)

STELLENPLAN 2002

Erläuterungen zum Stellenplan 2002

ABSCHNITT I

Dem Entwurf des Bundesfinanzgesetzes für das Jahr 2002 (Bundesvoranschlag 2002) ist als Anlage II der Stellenplan angeschlossen, dessen erweiterte Gliederung dem von der Bundesregierung angestrebten Prinzip der Budgetklarheit wesentlich entgegenkommt.

Diese erweiterte Gliederung stellt sich wie folgt dar:

Teil I Allgemeiner Teil

Teil II Planstellen für Bundesbedienstete
Abschnitt A, Planstellenverzeichnis

Teil VI Planstellenverzeichnis der Bundesbediensteten, die aus zwingenden, erst während des Finanzjahres eintretenden Anlässen aufgenommen oder in unterschiedlichem, vorher nicht bestimmbarem Ausmaß beschäftigt werden

Teil VII Verzeichnis der Bundesbediensteten, für die eine Gesamtjahresarbeitsleistung in Stunden festgelegt ist.

Annex zum Stellenplan mit dem
Teil 1 Personal des Bundes, das für Dritte leistet und
Teil 2 Lebende Subventionen

Der Teil III wird seit der Ausgliederung der Österreichischen Bundesbahnen aus dem Bundeshaushalt nicht mehr geführt. Der Teil IV, Planstellen für Jugendliche, Anlernkräfte und Lehrlinge, wurde zwecks vereinfachter Darstellung und einer verwaltungstechnisch einfacheren Verrechnung ab dem Stellenplan 1998 in den Teil II.A integriert, wobei aber für Lehrlinge eine gesonderte Kennzeichnung beibehalten wurde. Der Teil V wurde wegen der nicht mehr aussagekräftigen Darstellung aufgelassen und dafür ein neuer Annex zum Stellenplan geschaffen, der im Teil 1 jene Personalressourcen festhält, die in ausgegliederten Unternehmungen oder Einrichtungen Dienst versehen. Teil 2 dokumentiert die Anzahl der sogenannten 'Lebenden Subventionen', also jene Bundesbedienstete, die anderen Einrichtungen zur Dienstleistung überlassen werden.

Zu den einzelnen Teilen des Stellenplanes ist anzumerken:

Der Teil I, Allgemeiner Teil, wurde im Zuge der Neustrukturierung des Stellenplanes einem neuen systematischen Aufbau und einer sprachlichen Neufassung unterzogen. Die einzelnen Punkte wurden so gefasst, dass eine inhaltliche Bereinigung der zu regelnden Themenkreise erreicht werden konnte.

Punkt 1 umschreibt die Gliederung des Stellenplanes und beinhaltet grundsätzliche Regeln für die Planstellenveranschlagung.

Punkt 2 regelt die Besetzung von Planstellen im Zusammenhang mit den in der UT 0 budgetierten Ausgabenansätzen. Diese Ausgabenansätze dürfen nicht überschritten werden.

Punkt 3 regelt die Besetzung von Planstellen über den im Stellenplan festgesetzten Stand. Hier ist auf die seit dem Bundesvoranschlag 1990 bestehende Neufassung des Absatzes 1 besonders zu verweisen. Diese sieht vor, dass jede Abdeckung eines Personalmehrbedarfes der Bewilligung durch den Bundesfinanzgesetzgeber bedarf.

Die Bundesregierung setzte im Jahr 1995 ein arbeitsmarktpolitisches Signal für die Beschäftigung von älteren arbeitslosen Mitbürgerinnen und Mitbürgern. Im Stellenplan 2002 stehen hiefür 200 Planstellen zur Verfügung.

Da auch die Integration Behinderter in die Arbeitswelt zu den Schwerpunkten der Bundesregierung zählt, stehen im Jahr 2002 600 Planstellen für die Beschäftigung behinderter Mitmenschen zur Verfügung.

Erläuterungen zum Stellenplan 2002

Punkt 4 legt die Grundsätze für die Bindung von Planstellen fest.
Durch die Neufassung des Absatz 10 wird der Ressourcenausgleich zwischen Planstellenbereichen wesentlich erleichtert und der Verwaltungsaufwand reduziert. Weiterhin an die Zustimmung des Bundesministers für öffentliche Leistung und Sport gebunden bleiben die Planstellenbindungen zugunsten von Zentralleitungen.

Punkt 5 regelt die Aufnahme von Ersatzkräften.

Im Punkt 6 wird festgelegt, dass bei Ausgliederungsmaßnahmen, im Falle der Inanspruchnahme von Karenzurlauben, keine Ersatzkräfte aufgenommen werden dürfen.

Im Punkt 7 wird das Verfahren für die Umwandlung von Planstellen festgelegt.

Der Punkt 8 regelt die Bewirtschaftung des Personalbedarfs für Vertragslehrer, wobei die Rahmenbedingungen hiefür durch die Festlegung von Gesamtjahresarbeitsleistungen in Stunden vorgegeben werden.

Der Teil II enthält die Planstellen für Bundesbedienstete, wobei im Abschnitt A, Planstellenverzeichnis, jene Planstellen enthalten sind, die den einzelnen Ressorts für die Vollziehung der ihnen übertragenen Aufgaben zur Verfügung stehen, und zwar in jenem Umfang, der in seiner Gesamtzahl (ausgewiesen in den Spalten 'Summe Beamte', 'Summe Vertragsbedienstete', 'Gesamtsumme') nicht überschritten werden darf.

Im Teil VI, Planstellenverzeichnis der Bundesbediensteten, die aus zwingenden, erst während des Finanzjahres eintretenden Anlässen aufgenommen oder in unterschiedlichem, vorher nicht bestimmbarem Ausmaß beschäftigt werden, sind jene Personalkapazitäten ausgewiesen, für die in der Vergangenheit im Wege der Aufnahme von Vertragsbediensteten über den Stand durch Beschluss der Bundesregierung eine entsprechende Bedeckung erreicht werden musste.

Diese nunmehr gewählte Art der Darstellung dient ebenfalls der Budgetklarheit und soll überdies sicherstellen, dass vom Bundesfinanzgesetzgeber, über den Teil II.A des Stellenplanes hinaus, jene personellen Rahmenvorgaben festgelegt werden, deren tatsächliches Ausmaß zum Zeitpunkt der Erstellung des Stellenplanes nicht genau festlegbar ist. Im wesentlichen handelt es sich hier um Urlaubsersatzkräfte und solche Personalbedürfnisse, die zur Erprobung neuer Konzepte erforderlich sind.

Der Teil VII, Verzeichnis für Bundesbedienstete, für die eine Gesamtjahresarbeitsleistung in Stunden festgelegt ist, soll gewährleisten, dass für jene Bereiche, in denen aufgrund ressortspezifischer Gegebenheiten keine Deckung mit dem Budgetjahr erreicht werden kann (Studienjahr, Schuljahr), die Personalkapazität so festgelegt wird, dass die Bewirtschaftung auch unter wechselnden Bedingungen möglich ist. Es kann zB während eines Schuljahres ein und dieselbe Leistung (Supplierung einer Unterrichtsstunde) als Mehrleistung zu werten sein (wenn sie von einem vollbeschäftigten Lehrer erbracht wird) oder eine stellenplanpflichtige Leistung ergeben, wenn sie von einem teilbeschäftigten Lehrer als zusätzliche Unterrichtsstunde zu leisten ist.

Die Umrechnung auf die Normplanstelle, unter Zugrundelegung von 20 Werteinheiten für eine volle Lehrverpflichtung, dient nur der budgetären Veranschlagung und sagt nichts über die tatsächliche Beschäftigung physischer Personen aus. Durch das Auseinanderfallen des Schuljahres mit dem Budgetjahr - ein Schuljahr teilt sich auf zwei Budgetjahre auf - kommt es zu einer rechnerisch unterschiedlichen Budgetauswirkung. Jedes Schuljahr belastet rechnerisch ein Budgetjahr nur zu einem Drittel (1.9.-31.12.) und das darauf folgende Budgetjahr zu zwei Drittel (1.1.-31.8.). Dadurch tritt aber keine Planstellenvermehrung ein. Die Normplanstelle ist daher nur eine dem Budgetvollzug dienende Rechengröße.

Zusammenfassend wird abermals darauf verwiesen, dass eine Veränderung des Stellenplanes nur mehr im Gesetzeswege erfolgen kann.

(64)

STELLENPLAN 2002

Erläuterungen zum Stellenplan 2002

ABSCHNITT II

Die Bundesregierung will bei der von ihr verfolgten Budgetkonsolidierung auch auf dem Personalsektor eine restriktive und sparsame Politik weiterverfolgen. Diese Bemühungen sind durch die laufende Überprüfung von Betriebskonzepten auf ihre Gültigkeit und die Überprüfung von Verwaltungsabläufen auf ihre Zweckmäßigkeit und Wirtschaftlichkeit gekennzeichnet. Es werden dabei alle sich bietenden Rationalisierungsmaßnahmen ausgenützt. Weiters werden diese Bemühungen durch begleitende Maßnahmen des Personalcontrollings unterstützt.

Bei den Einsparungsbemühungen wurden weitere Schritte gesetzt, die eine Effizienzsteigerung der Verwaltung bewirken und den Intentionen der Bundesregierung nach Ausgliederung jener Bereiche entgegenkommen, deren Aufgaben nicht unbedingt im Rahmen der Bundesverwaltung zu besorgen sind.

Der Stellenplan 2001 weist 209.000 Planstellen aus. Dem gegenüber wird der Stellenplan für das Jahr 2002 nur mehr 204.241 Planstellen ausweisen. Daraus ergibt sich eine Differenz von 4.759 Planstellen. Diese Differenz ergibt sich aus Einsparungen von insgesamt 4.470 Planstellen und aus Ausgliederungen im Gesamtwert von 289 Planstellen.

Die Verteilung dieser Einsparungen bzw. Ausgliederungen stellen sich wie folgt dar:

Bereich	Einsparungen		Ausgliederungen
	Teile II.A,VI u.VII	Annex/Teil 1	
Bundeskanzleramt	- 30	- 2	
BM für Inneres	- 965	- 1	
BM für Bildung, Kultur und Wissenschaft	- 112 - 23		
BM für soziale Sicherheit und Generationen	- 74		
BM für auswärtige Angelegenheiten	- 49		
BM für Justiz	- 170		
BM für Landesverteidigung	- 806		
BM für Finanzen	- 485	- 57	
BM für Land- und Forstwirtschaft, Umwelt und Wasserwirtschaft	- 2	- 1	- 87
BM für Wirtschaft und Arbeit	- 116	- 30	- 202
BM für Verkehr, Innovation und Technologie	- 35	- 12	
BM für öffentliche Leistung und Sport	- 5		
Amt der Österr. Bundestheater		- 4	
Amt der Post- und Telekom Austria AG		- 1.491	
SUMME:	**- 2.872**	**- 1.598**	**- 289**

Erläuterungen zum Stellenplan 2002

Der Stellenplan für das Jahr 2002 zeigt in der Gegenüberstellung zum Stellenplan für das Jahr 2001 (auf der Basis der einzelnen Teile) im Ergebnis bilanziell folgendes Bild:

	Stellenplan 2001	Stellenplan 2002	Differenz
Teil II.A	152.914	149.932	- 2.982
Teil VI	1.516	1.515	- 1
Teil VII (LWStA) *)	11.617	11.617	0
Summe II.A, VI u. VII	**166.047**	**163.064**	**- 2.983**
Annex/Teil 1	42.953	41.177	- 1.776
Gesamtsumme	**209.000**	**204.241**	**- 4.759**

*) LWStA = Lehrerwochenstundenaufwand

Zusätzliche Einsparungen könnten noch erfolgen, wenn im Laufe des Jahres 2002 Planstellen durch weitere Pensionierungen frei werden und nicht mehr nachbesetzt werden sollen.

ABSCHNITT III

Zur Erläuterung der Entwicklung der Stellenpläne und der in Aussicht genommenen Planstellenverminderungen sind nachstehende Übersichten angeschlossen:

Die Anlagen A.G, A.1 und A.2 enthalten eine Zusammenstellung der für das Jahr 2002 vorgesehenen Planstellen, getrennt nach Ressorts, und zwar die Anlage A.G die summarische Zusammenfassung der Anlagen A.1 und A.2, die Anlage A.1 die Planstellen des Teiles II.A, wobei hier der rechnerische Wert der Normplanstellen des Teiles VII als Anmerkung in einer gesonderten Zeile ausgewiesen ist. Die Anlage A.2 jene über die im Teil VI veranschlagten Planstellen.

Die Anlagen B.G, B.1 und B.2 enthalten eine Gegenüberstellung der Teile II.A, VI und VII des Stellenplanes 2002 zum Stellenplan 2001 , die Anlagen B1.1 und B1.2 zusätzlich getrennt nach Planstellenbereichen.

Die Anlage C enthält eine Übersicht über die Entwicklung der Stellenpläne in den einzelnen Besoldungs- und Entlohnungsgruppen (anteilsmäßige Aufgliederungen der Planstellen) in den Jahren 1938, 1959, 1965, 1970, 1980, 1986, 1987 und 1988.

Die Anlage C.1 beginnt mit dem Jahr 1989 und berücksichtigt die der Systematik der Anlage C zugrunde liegende geänderte Gesetzeslage. Zur besseren Vergleichbarkeit wurden die Zahlen für das Jahr 1988 auf die geänderten Grundlagen umgerechnet und der Jahresübersicht 1989 vorangestellt.

Die Anlagen C2.G, C2.1, und C2.2 geben die Planstellenentwicklung nach Bedienstetenkategorien ab 1990 wieder und folgen der Neustrukturierung des Stellenplanes. Da eine systematische Gegenüberstellung mit dem Jahr 1989 nur ein falsches statistisches Bild ergeben würde, wurde eine fiktive Umrechnung des Stellenplanes 1989 nicht vorgenommen.

Die Anlage D enthält eine Übersicht über die Entwicklung der einzelnen Verwaltungsbereiche in den Jahren 1959, 1965, 1970, 1975, 1978, 1979 und 1980.

Die Anlage D.1 enthält eine Übersicht über die Entwicklung der einzelnen Verwaltungszweige seit dem Jahr 1981 unter Berücksichtigung der in diesem Zeitraum eingetretenen Verschiebungen innerhalb des Stellenplanes, wodurch die tatsächliche Entwicklung der Planstellenanzahl in den einzelnen Verwaltungszweigen, vor allem in den Zentralstellen, ersichtlich ist.

(66)

STELLENPLAN 2002

Erläuterungen zum Stellenplan 2002

Die Anlagen D2.G, D2.1 und D2.2 beginnen mit der im Jahr 1990 erfolgten systematischen Neugliederung des Stellenplanes und werden künftighin die Entwicklung der Planstellen in den einzelnen Verwaltungszweigen so wie bisher dokumentieren. Zum besseren Verständnis der Anlagen D.1, D2.1 und D2.2 ist eine Aufstellung angeschlossen, die eine Zuordnung der einzelnen Planstellenbereiche zu den Verwaltungszweigen enthält.

Die Anlagen E.G, E.1 und E.2 enthalten der neuen Systematik folgend Übersichten zum Stellenplan 2002 über die nach Verwendungsgruppen aufgegliederten Personalkapazitäten der einzelnen Ressorts.

Die Anlagen F.G, F.1 und F.2 enthalten der neuen Systematik folgend summarische Übersichten zu den Teilen II.A und VI des Stellenplanes, die nach Besoldungsgruppen im Sinne des § 2 des Gehaltsgesetzes gegliedert sind.

Die Anlagen F 3 und F 4 enthalten summarische Übersichten zu den Teilen 1 und 2 des Annexes zum Stellenplan, die nach Besoldungsgruppen gegliedert sind.

Die Anlage G enthält eine Gegenüberstellung des Annex/Teil 1 des Stellenplanes 2002 zum Stellenplan 2001, zusätzlich getrennt nach Planstellenbereichen.

REGIERUNGSVORLAGE

Zu 500 der Beilagen zu den Stenographischen Protokollen des Nationalrates XXI. GP

Anlage III zum Bundesfinanzgesetz für das Jahr 2002

Fahrzeugplan

für das Jahr 2002

BUNDESMINISTERIUM
FÜR FINANZEN

Wien 2001

WIENER ZEITUNG
digitale publikationen

740361

Anlage III zum Bundesfinanzgesetz für das Jahr 2002

Fahrzeugplan

für das Jahr 2002

BUNDESMINISTERIUM
FÜR FINANZEN

Wien 2001

WIENER ZEITUNG
digitale publikationen

FAHRZEUGPLAN FÜR DAS JAHR 2002

Inhaltsverzeichnis

I. Abschnitt: Allgemeiner Teil 329

II. Abschnitt: Fahrzeugplan

1. Plan der Kraftfahrzeuge 333
2. Plan der Luftfahrzeuge 338
3. Plan der Wasserfahrzeuge 340

III. Abschnitt: Fahrzeugplan (organorientierte Aufgliederung)

1. Plan der Kraftfahrzeuge 342
2. Plan der Luftfahrzeuge 354
3. Plan der Wasserfahrzeuge 355

IV. Abschnitt: Anmerkungen 356

1. zum Plan der Kraftfahrzeuge
2. zum Plan der Luftfahrzeuge
3. zum Plan der Wasserfahrzeuge

I. Abschnitt: Allgemeiner Teil

1. Gliederung des Fahrzeugplanes

(1) Der Fahrzeugplan (Abschnitt II) gliedert sich in den Plan der Kraftfahrzeuge, den Plan der Luftfahrzeuge und den Plan der Wasserfahrzeuge.

(2) Die im Plan der Kraftfahrzeuge vorgesehenen Kraftfahrzeuge werden nach den folgenden Kategorien unterschieden; die Begriffsbestimmungen leiten sich aus § 2 des Kraftfahrgesetzes 1967, BGBl. Nr. 267 in der derzeit geltenden Fassung ab:

1. Personenkraftwagen Kategorie III, das sind Personenkraftwagen bis einschließlich 3 000 ccm Hubraum, die für den Bundespräsidenten, die Präsidenten des Nationalrates und des Bundesrates, den Präsidenten des Rechnungshofes und die Mitglieder der Bundesregierung einschließlich der Staatssekretäre vorgesehen sind. Außerdem ist je ein Kraftfahrzeug der Kategorie III für den Verfassungsgerichtshof, Verwaltungsgerichtshof und den Obersten Gerichtshof vorgesehen.

   Die festgelegte Hubraumgrenze gilt für Kraftfahrzeugmodelle in der Ausführung mit Fremdzündungsmotor. Für die gleichen Modelle in der Ausführung mit Selbstzündungsmotor können die jeweiligen Hubraumgrenzen um bis zu 500 ccm überschritten werden.

   Ausgenommen von der Hubraumbeschränkung ist je ein Personenkraftwagen für den Bundespräsidenten, die Präsidenten des National- und Bundesrates sowie den Bundeskanzler.
2. Personenkraftwagen Kategorie II, das sind Personenkraftwagen mit nicht mehr als fünf Plätzen außer dem Lenkerplatz, die ausschließlich für die österreichischen Vertretungen im Ausland vorgesehen sind. Sie unterliegen keiner Hubraumbeschränkung, jedoch sind die Anschaffungskosten (einschließlich Zusatzausstattung) je Personenkraftwagen mit 23 983 Euro begrenzt.
3. Personenkraftwagen Kategorie Ia, das sind Personenkraftwagen mit nicht mehr als fünf Plätzen außer dem Lenkerplatz mit einem Hubraum von 1 601 ccm bis 2 000 ccm, die nur bei jenen Organen des Bundes vorgesehen werden dürfen, die Fahrzeuge mit größerem Fassungsvermögen oder für repräsentative Zwecke der Bundesverwaltung benötigen.

   Die festgelegte Hubraumgrenze gilt für Kraftfahrzeugmodelle in der Ausführung mit Fremdzündungsmotor. Für die gleichen Modelle in der Ausführung mit Selbstzündungsmotor können die jeweiligen Hubraumgrenzen um bis zu 250 ccm, in der Ausführung mit Selbstzündungsmotor und Katalysator um bis zu 350 ccm überschritten werden.
4. Personenkraftwagen Kategorie I, das sind Personenkraftwagen mit nicht mehr als fünf Plätzen außer dem Lenkerplatz bis einschließlich 1 600 ccm Hubraum die als Dienstkraftwagen für die Bundesverwaltung vorgesehen sind.

   Die festgelegte Hubraumgrenze gilt für Kraftfahrzeugmodelle in der Ausführung mit Fremdzündungsmotor. Für die gleichen Modelle in der Ausführung mit Selbstzündungsmotor können die jeweiligen Hubraumgrenzen um bis zu 250 ccm, in der Ausführung mit Selbstzündungsmotor und Katalysator um bis zu 350 ccm überschritten werden.
5. Fahrzeuge für betriebliche Zwecke. Zu diesen Fahrzeugen zählen:
   a) Kombinationskraftwagen, wenn sie die Voraussetzungen für die Fahrzeug-Kategorien I, Ia und II erfüllen und soweit sie nicht als Kraftfahrzeuge für besondere Zwecke im Sinne des P 1 Abs. 2 Z 9 lit. b erfasst werden;
   b) Personenkraftwagen und Kombinationskraftwagen mit nicht mehr als fünf Plätzen außer dem Lenkerplatz bis einschließlich 2 000 ccm Hubraum, die betrieblichen oder betriebsänlichen Zwecken dienen und als solche durch entsprechende Aufschriften an den beiden vorderen Türen oder auf Zusatztafeln gekennzeichnet sind, aus der das benützende Organ des Bundes ersichtlich sein muss. Z 4 2. Satz gilt sinngemäß;
   c) Personenkraftwagen und Kombinationskraftwagen mit nicht mehr als fünf Plätzen außer dem Lenkerplatz bis einschließlich 2 000 ccm Hubraum, die als Einsatzfahrzeuge Verwendung finden, wenn sie mit Warnleuchten mit blauem Licht (Blaulicht) und Vorrichtungen zum Abgeben von Warnzeichen mit aufeinander folgenden, verschieden hohen Tönen (Tonfolgehorn) ausgestattet sind oder für sie ein Deckkennzeichen zugewiesen ist. Z 4 2. Satz gilt sinngemäß;
   d) Kombinationskraftwagen mit mehr als fünf Plätzen außer dem Lenkerplatz mit einem Hubraum bis 2 250 ccm für Modelle in der Ausführung mit Fremdzündungsmotor und mit einem Hubraum bis 2 500 ccm für Modelle in der Ausführung mit Selbstzündungsmotor.
6. Motorräder über 50 ccm Hubraum. Hiezu zählen auch solche mit Beiwagen, ohne Rücksicht auf ihren Hubraum.
7. Lastkraftwagen mit einer Nutzlast über 1 000 kg.

I. Abschnitt: Allgemeiner Teil

8. Lastkraftwagen mit einer Nutzlast bis einschließlich 1 000 kg.
9. Kraftfahrzeuge für besondere Zwecke. Hiezu zählen:
   a) Kraftfahrzeuge, die auf Grund ihrer Bauart für den Einsatz im Gelände geeignet sind;
   b) Kraftfahrzeuge für spezielle zollspezifische sowie straßen- und sicherheitspolizeiliche Zwecke, soweit diese nicht bereits als Fahrzeuge für betriebliche Zwecke im Sinne des P 1 Abs. 2 Z 5 lit. a erfasst werden;
   c) Omnibusse;
   d) Personenkraftwagen mit mehr als fünf Plätzen außer dem Lenkerplatz (Kleinbusse);
   e) Kombinationskraftwagen und Lastkraftwagen mit Laboratoriumseinrichtungen, Röntgeneinrichtungen, Messeinrichtungen u. dgl.;
   f) Zugmaschinen (zB Radschlepper, Traktoren);
   g) Sonderkraftfahrzeuge (zB Einachszugmaschinen, Kettenschlepper);
   h) Personenkraftwagen und Kombinationskraftwagen mit Elektroantrieb.

(3) Die im Plan der Luftfahrzeuge vorgesehenen Luftfahrzeuge werden gemäß § 4 Abs. 2, 3 und 6 der Zivilluftfahrt-Personalverordnung (ZLPV), BGBl. Nr. 219/1958 in der derzeit geltenden Fassung, nach den folgenden Kategorien unterschieden:

1. Motorflugzeuge, Gewichtsklassen D-F, das sind ein- und mehrmotorige Flugzeuge mit einem Gewicht von 5 700 kg bis 14 000 kg (Gewichtsklasse D), mehrmotorige Flugzeuge mit einem Gewicht von 14 000 kg bis 20 000 kg (Gewichtsklasse E) und mehrmotorige Flugzeuge mit einem Gewicht von mehr als 20 000 kg (Gewichtsklasse F);
2. Motorflugzeuge, Gewichtsklasse C, das sind mehrmotorige Flugzeuge mit einem Gewicht bis 5 700 kg;
3. Motorflugzeuge, Gewichtsklasse B, das sind einmotorige Flugzeuge mit einem Gewicht von 2 000 kg bis 5 700 kg;
4. Motorflugzeuge, Gewichtsklasse A, das sind einmotorige Flugzeuge mit einem Gewicht bis 2 000 kg;
5. Hubschrauber;
6. Segelflugzeuge, Sitzplatzklasse b (zweisitzige und mehrsitzige, zweisitzig geflogene Segelflugzeuge);
7. Segelflugzeuge, Sitzplatzklasse a (einsitzige und zweisitzige, einsitzig geflogene Segelflugzeuge).

(4) Die im Plan der Wasserfahrzeuge vorgesehenen Wasserfahrzeuge werden nach folgenden Kategorien unterschieden:

1. Passagier- und Transportschiffe;
2. Spezialwasserfahrzeuge;
3. Innenbordmotorboote;
4. Außenbordmotorboote;
5. Boote, Zillen uä. mit Außenbordmotor.

(5) Von der Aufnahme im Abschnitt II ausgenommen sind:

a) die im § 27 Abs. 2 BHG, BGBl. Nr. 213/1986 in der derzeit geltenden Fassung, angeführten Fahrzeuge;
b) Motorräder, die nur vorübergehend - jährlich bis zu maximal 12 Wochen - zur ausschließlichen Verwendung im Rahmen der Fahrausbildung für Angehörige der Exekutive behördlich zugelassen werden.

2. Verwendung der Fahrzeuge

(1) Jedes Organ des Bundes darf die für die Verwendung von Kraft-, Luft- oder Wasserfahrzeugen vorgesehenen Ausgaben nur insoweit bestreiten, als sich diese Ausgaben aus der Verwendung der im Abschnitt II zusammengefassten Anzahl und Kategorie solcher Fahrzeuge ergeben, wobei für die erstmalige Verwendung (das ist bei Anschaffung, Miete, unentgeltlicher Zurverfügungstellung) die vom Bundesminister für Finanzen bekannt gegebene Kraftfahrzeug-Empfehlungsliste verbindlich ist.

(2) Ausgaben für bei einem Organ des Bundes vorhandene Fahrzeuge, die über den im Fahrzeugplan vorgesehenen Stand hinausgehen, dürfen nicht bestritten werden. Solche Fahrzeuge sind unter Angabe der Fahrzeugkategorie, der Fahrzeugtype und des Abstellplatzes ebenso wie die Wiederverwendung dem Bundesminister für Finanzen bekannt zu geben. Ausgenommen sind Ausgaben für jene Kraftfahrzeuge,

die aus Anlass von Staatsbesuchen oder Staatsempfängen anfallen, sofern die Bestimmungen in P 3 Abs. 1 eingehalten werden.

(3) Ausgaben für aus den Vorjahren vorhandene Personenkraftwagen der Kategorie Ia, II oder III, die nicht der Kategorie der vorgesehenen Kraftfahrzeuge im Plan der Kraftfahrzeuge für das Jahr 2002 entsprechen, dürfen im Jahr 2002 bei dem gleichen Organ des Bundes nur dann bestritten werden, wenn die unverzügliche Veräußerung eines solchen Kraftfahrzeuges unwirtschaftlich wäre.

(4) Ein Organ des Bundes darf die Ausgaben für den Einsatz eines bei einem anderen Organ des Bundes vorgesehenen Fahrzeuges nur dann bestreiten, wenn bei dem ersteren Organ des Bundes nach dem Einsatz des bei dem anderen Organ des Bundes vorgesehenen Fahrzeuges ein vorübergehender, unabwendbarer Bedarf besteht.

(5) An Stelle der Ausgaben für ein im Abschnitt II enthaltenes Fahrzeug dürfen die Ausgaben für ein Fahrzeug einer niedrigeren Kategorie bestritten werden. Für die betreffenden Fahrzeugkategorien gilt folgende Reihung:

a) Bei P 1 Abs. 2 Z 1 bis 5:
   Personenkraftwagen, Kategorie III,
   Personenkraftwagen, Kategorie II,
   Personenkraftwagen, Kategorie Ia,
   Personenkraftwagen, Kategorie I,
   Fahrzeuge für betriebliche Zwecke;
b) bei P 1 Abs. 2 Z 7 bis 9:
   Lastkraftwagen mit einer Nutzlast über 1 000 kg,
   Lastkraftwagen mit einer Nutzlast bis einschließlich 1 000 kg,
   Kraftfahrzeuge für besondere Zwecke;
c) bei P 1 Abs. 3 Z 1 bis 5:
   Motorflugzeuge, Gewichtsklassen D-F,
   Motorflugzeuge, Gewichtsklasse C,
   Motorflugzeuge, Gewichtsklasse B,
   Motorflugzeuge, Gewichtsklasse A,
   Hubschrauber;
d) bei P 1 Abs. 3 Z 6 und 7:
   Segelflugzeuge, Sitzplatzklasse b,
   Segelflugzeuge, Sitzplatzklasse a;
e) bei P 1 Abs. 4 Z 1 und 2:
   Passagier- und Transportschiffe,
   Spezialwasserfahrzeuge;
f) bei P 1 Abs. 4 Z 3 bis 5:
   Innenbordmotorboote,
   Außenbordmotorboote,
   Boote,
   Zillen uä. mit Außenbordmotor.

(6) Anstelle der Ausgaben für ein im Abschnitt II enthaltenes und den Kategorien lt. Abschnitt I P 1 Abs. 2 Z 1 bis 5 zuzuordnendes Fahrzeug dürfen die Ausgaben für ein Fahrzeug gemäß P 1 Abs. 2 Z 9 lit. h) bestritten werden.

3. Verwendung von Fahrzeugen über den im Fahrzeugplan festgesetzten Stand

(1) Tritt im Laufe des Jahres 2002 ein unabwendbarer Mehrbedarf bezüglich eines Fahrzeuges bei einem Organ des Bundes auf, so dürfen die hiefür erforderlichen Ausgaben mit Zustimmung des Bundesministers für Finanzen dann bestritten werden, wenn

a) ein gegenüber dem Fahrzeugplan zusätzliches Fahrzeug in Dienst gestellt werden muss,
b) ein im Fahrzeugplan enthaltenes Fahrzeug eines anderen Organes des Bundes, das dem gleichen oder auch einem anderen Bundesminister untersteht, nicht zur Verfügung gestellt werden kann und
c) seitens des Organes des Bundes, bei dem der unabwendbare Mehrbedarf bezüglich eines Fahrzeuges auftritt, die finanzielle Bedeckung der Anschaffung und des Betriebes des Fahrzeuges sichergestellt wird. Gemäß den Bestimmungen in § 27 Abs. 3 BHG, BGBl. Nr. 213/1986

in der derzeit geltenden Fassung, hat der Bundesminister für Finanzen hierüber den mit der Vorberatung von Bundesfinanzgesetzen betrauten Ausschuss des Nationalrates einmal jährlich zu berichten.

(2) Ist der unabwendbare Mehrbedarf im Sinne des Abs. 1 dadurch bedingt, dass an Stelle eines im Fahrzeugplan enthaltenen Fahrzeuges ein Fahrzeug einer höheren Fahrzeugkategorie gemäß P 2 Abs. 5 erforderlich ist, so gilt bei Zustimmung zum Mehrbedarf im Sinne des Abs. 1 das im Fahrzeugplan enthaltene Fahrzeug der niedrigeren Kategorie als gebunden.

II.1 Plan der Kraftfahrzeuge
(Anzahl der Fahrzeuge)

Kap. Tit. bzw. Par.	Bezeichnung	Anm.	Personenkraftwagen Kategorie III	II	Ia	I	Fahrzeuge für betriebliche Zwecke	Motorräder über 50ccm Hubraum	Lastkraftw. Nutzlast über 1000kg	bis einschl. 1000kg	Kraftfahrzeuge für besondere Zwecke	Summe 2002	Summe 2001
01	Präsidentschaftskanzlei	*	4	...	...	...	.....	.....	.....	.....	.....	4	4
02	Bundesgesetzgebung:												
021	Nationalrat	*	...	...	...	...	.....	.....	.....	.....	.....	.....	.....
022	Bundesrat	*	...	...	...	...	.....	.....	.....	.....	.....	.....	.....
024	Parlamentsdirektion	*	5	...	1	...	.....	.....	.....	.....	.....	6	6
	Summe 02...		5	...	1	...	.....	.....	.....	.....	.....	6	6
03	Verfassungsgerichtshof		1	...	...	...	.....	.....	.....	.....	.....	1	1
04	Verwaltungsgerichtshof		1	...	...	...	.....	.....	.....	.....	.....	1	1
05	Volksanwaltschaft		...	...	1	...	.....	.....	.....	.....	.....	1	1
06	Rechnungshof		1	...	...	...	.....	.....	.....	.....	.....	1	1
10	Bundeskanzleramt mit Dienststellen:												
1000	Zentralleitung		2	1	3	...	.....	.....	.....	1	.....	7	7
101	Staatsarchiv und Archivamt		...	...	...	...	.....	.....	.....	1	.....	1	1
	Summe 10...		2	1	3	...	.....	.....	.....	2	.....	8	8
11	Inneres:												
1100	Zentralleitung		1	...	4	...	6	.....	5	6	22	44	44
1130	Bundespolizei	*	...	...	17	...	714	158	22	10	524	1.445	1.441
1131	Bundespolizei (zweckgeb. Gebarung)		...	...	...	...	.....	.....	.....	.....	39	39	39
1140	Bundesgendarmerie		...	...	9	...	1.337	317	19	19	1.620	3.321	3.321
1141	Bundesgendarmerie (zweckgeb. Gebarung)		...	...	...	...	.....	10	.....	.....	60	70	70
1150	Flüchtlingsbetreuung und Integration		...	...	...	...	15	.....	.....	1	1	17	17
1151	KZ-Gedenkstätte Mauthausen (Mauthausen Memorial)	*	...	...	...	...	.....	.....	.....	.....	1	1	1
	Summe 11...		1	...	30	...	2.072	485	46	36	2.267	4.937	4.933
12	Bildung und Kultur:												
1200	Zentralleitung (Verwaltungsbereich Bildung)		1	...	2	...	1	.....	.....	.....	1	5	5
1241	Bundesschullandheime und Schulsportveranstaltungen	*	...	...	...	...	3	.....	2	.....	1	6	6
1243	Bundesstaatliche Einrichtungen der Erwachsenenbildung		...	...	...	...	2	.....	.....	.....	2	4	5
1244	Museen		...	...	...	...	2	.....	1	.....	.....	3	5

II.1 Plan der Kraftfahrzeuge
(Anzahl der Fahrzeuge)

Kap. Tit. bzw. Par.	Bezeichnung	Anm.	Personenkraftwagen Kategorie III	II	Ia	I	Fahrzeuge für betriebliche Zwecke	Motorräder über 50ccm Hubraum	Lastkraftw. Nutzlast über 1000kg	bis einschl. 1000kg	Kraftfahrzeuge für besondere Zwecke	Summe 2002	Summe 2001
1246	Nationalbibliothek		...	...	...	...	1	.....	.....	.....	.....	1	1
1247	Bundesdenkmalamt		...	...	...	2	10	.....	1	.....	5	18	16
1270	Allgemein bildende höhere Schulen	*	...	...	...	...	.....	.....	.....	.....	6	6	6
1271	Höhere Internatsschulen des Bundes		...	...	...	...	2	.....	.....	.....	3	5	5
1274	Bds.-Blindenerz. Inst. und Bds. Inst. für Gehörlosenbildung		...	...	...	...	.....	.....	.....	.....	1	1	1
1276	Bundesschülerheime (Allgemein bildende)		...	...	...	...	1	.....	.....	.....	.....	1	1
1280	Technische und gewerbliche Lehranstalten	*	...	...	...	...	4	.....	8	6	6	24	24
1281	Sozialakad., LA f. Tourismus, Sozial- u. wirtsch. Berufe	*	...	...	...	...	.....	.....	.....	.....	2	2	2
1282	Handelsakademien und Handelsschulen	*	...	...	...	...	.....	.....	.....	.....	1	1	1
1286	Bundesschülerheime (Berufsbildende)		...	...	...	...	1	.....	.....	.....	.....	1	1
1293	Bundesanstalten für Leibeserziehung		...	...	...	...	3	.....	.....	.....	2	5	5
	Summe 12...		1	...	2	2	30	.....	12	6	30	83	84
14	**Wissenschaft:**												
1400	Zentralleitung (Verwaltungsbereich Wissenschaft)		...	...	2	...	1	.....	.....	.....	.....	3	3
1420	Universitäten	*	...	...	5	...	30	.....	7	6	50	98	98
1421	Universitäten (zweckgebundene Gebarung)		...	...	...	...	11	.....	.....	.....	18	29	29
1424	Wissenschaftliche Anstalten		...	...	...	...	4	.....	.....	.....	7	11	11
1430	Universitäten der Künste		...	...	...	...	3	.....	1	.....	.....	4	4
1431	Universitäten der Künste (zweckgebundene Gebarung)		...	...	...	...	1	.....	.....	.....	.....	1	1
	Summe 14...		...	...	7	...	50	.....	8	6	75	146	146
15	**Soziale Sicherheit und Generationen:**												
1500	Zentralleitung		2	...	2	...	1	.....	.....	.....	.....	5	5
1570	Bundessozialämter		...	...	...	...	4	.....	.....	.....	.....	4	4
	Summe 15...		2	...	2	...	5	.....	.....	.....	.....	9	9
17	**Gesundheit:**												
1790	Lebensmitteluntersuchungsanstalten	*	...	...	...	...	1	.....	.....	.....	1	2	2
1793	Bakteriologisch-serologische Untersuchungsanstalten		...	...	...	...	.....	.....	.....	.....	1	1	1
1795	Veterinärmedizinische Anstalten	*	...	...	...	...	.....	.....	2	.....	9	11	11
	Summe 17...		...	...	...	...	1	.....	2	.....	11	14	14
20	**Äußeres:**												
2000	Zentralleitung		1	...	4	...	1	.....	.....	.....	.....	6	6
201	Vertretungsbehörden		...	82	...	...	3	7	.....	.....	3	95	95

II.1 Plan der Kraftfahrzeuge
(Anzahl der Fahrzeuge)

Kap. Tit. bzw. Par.	Bezeichnung	Anm.	Personenkraftwagen Kategorie III	II	Ia	I	Fahrzeuge für betriebliche Zwecke	Motorräder über 50ccm Hubraum	Lastkraftw. Nutzlast über 1000kg	bis einschl. 1000kg	Kraftfahrzeuge für besondere Zwecke	Summe 2002	Summe 2001
203	Österreichische Kulturinstitute		...	...	...	...	2	.....	.....	.....	.....	2	2
	Summe 20...		1	82	4	...	6	7	.....	.....	3	103	103
30	**Justiz:**												
300	Bundesministerium für Justiz		1	...	1	...	.....	.....	.....	.....	1	3	3
301	Oberster Gerichtshof und Generalprokuratur		1	...	...	...	.....	.....	.....	.....	.....	1	1
302	Justizbehörden in den Ländern	*	...	...	18	...	1	.....	.....	.....	6	25	25
3030	Justizanstalten	*	...	...	...	...	64	.....	17	.....	30	111	111
3031	Justizanstalt St. Pölten		...	...	...	...	2	.....	.....	.....	.....	2	2
3032	Justizanstalt für Jugendliche Wien-Erdberg		...	...	...	...	1	.....	.....	.....	.....	1	1
	Summe 30...		2	...	19	...	68	.....	17	.....	37	143	143
40	**Militärische Angelegenheiten:**												
400	Bundesministerium für Landesverteidigung		1	...	14	...	2	.....	.....	.....	.....	17	17
401	Heer und Heeresverwaltung	*	...	...	...	...	.....	.....	.....	.....	.....	.....	.....
4040	Heeresgeschichtl. Museum, Militärhistorisches Institut		...	...	...	1	.....	.....	.....	.....	.....	1	1
4050	Allentsteig (betriebsähnl. Einrichtung)		...	...	...	...	.....	.....	6	.....	29	35	35
	Summe 40...		1	...	14	1	2	.....	6	.....	29	53	53
50	**Finanzverwaltung:**												
5000	Zentralleitung		2	...	3	...	1	.....	.....	1	.....	7	7
5040	Dienststellen	*	...	...	7	4	110	5	8	3	194	331	330
5070	Bundespensionsamt		...	...	...	...	1	.....	.....	.....	.....	1	1
5071	Finanzprokuratur	*	...	...	1	...	.....	.....	.....	.....	.....	1	1
5072	*Hauptpunzierungs- und Probieramt*		...	...	...	...	.....	.....	.....	.....	.....	.....	1
	Summe 50...		2	...	11	4	112	5	8	4	194	340	340
60	**Land-, Forst- und Wasserwirtschaft:**												
6000	Zentralleitung	*	1	...	4	...	2	.....	.....	.....	2	9	9
6007	Qualitätskontrolle		...	...	...	...	11	.....	.....	.....	.....	11	11
6050	Landwirtschaftliche Bundeslehranstalten	*	...	...	...	...	13	.....	.....	1	31	45	45
6051	Bundesämter für Landwirtschaft und landwirtsch. Bundesanst.	*	...	...	...	...	34	.....	9	10	37	90	90
6052	Forstwirtschaftliche Bundeslehranstalten		...	...	...	...	4	.....	.....	.....	6	10	8
6053	Forstliche Bundesversuchsanstalt		...	...	1	...	5	.....	1	.....	17	24	24
6058	Bundesamt für Wasserwirtschaft		...	...	...	...	3	.....	1	.....	6	10	10
6072	Forstliche Ausbildungsstätten	*	...	...	...	...	2	.....	1	.....	12	15	15

II.1 Plan der Kraftfahrzeuge
(Anzahl der Fahrzeuge)

Kap. Tit. bzw. Par.	Bezeichnung	Anm.	Personenkraftwagen Kategorie III	II	Ia	I	Fahrzeuge für betriebliche Zwecke	Motorräder über 50ccm Hubraum	Lastkraftw. Nutzlast über 1000kg	bis einschl. 1000kg	Kraftfahrzeuge für besondere Zwecke	Summe 2002	Summe 2001
6080	Wildbach- und Lawinenverbauungsdienst		...	...	7	...	.....	.....	.....	.....	.....	7	7
6091	Bundeskellereiinspektion		...	...	...	...	32	.....	.....	.....	.....	32	32
6093	Bundesgärten	*	...	...	...	...	2	.....	7	4	10	23	23
6096	Forstwirtschaftliche Bundeslehr- und Versuchsforste	*	...	...	...	...	.....	.....	.....	.....	9	9	12
	Summe 60...		1	...	12	...	108	.....	19	15	130	285	286
61	**Umwelt neu:**												
6120	Umweltpolitische Maßnahmen		...	...	...	...	.....	.....	.....	.....	1	1	1
63	**Wirtschaft und Arbeit:**												
6300	Zentralleitung		2	...	4	...	1	.....	.....	.....	.....	7	7
633	Bergbehörden		...	...	1	4	.....	.....	.....	.....	.....	5	5
6392	Arbeitsinspektion		...	...	...	11	3	.....	.....	.....	.....	14	14
	Summe 63...		2	...	5	15	4	.....	.....	.....	.....	26	26
64	**Bauten und Technik:**												
6401	Bundesmobilienverwaltung		...	...	...	...	.....	.....	1	.....	.....	1	1
6450	Burghauptmannschaft Österreich		...	...	1	...	3	.....	.....	.....	1	5	5
6490	Einrichtungen des Eich- und Vermessungswesens		...	...	2	...	50	.....	12	2	59	125	125
	Summe 64...		...	...	3	...	53	.....	13	2	60	131	131
65	**Verkehr, Innovation und Technologie:**												
6500	Zentralleitung		1	...	2	...	.....	.....	.....	.....	1	4	4
6501	Schifffahrtspolizei		...	...	...	...	1	.....	.....	.....	.....	1	1
6502	Post- und fernmeldebehördliche Tätigkeiten		...	...	...	...	10	.....	.....	.....	36	46	46
6541	Wasserstraßendirektion		...	...	2	...	3	.....	.....	.....	3	8	8
655	Bundesprüfanstalt für Kraftfahrzeuge		...	...	...	...	1	.....	3	.....	2	6	6
6562	Bundesstraßen (sonstige Ausgaben)	*	...	...	...	...	226	.....	663	384	307	1.580	1.583
6580	Österreichisches Patentamt		...	...	1	...	1	.....	.....	.....	.....	2	2
	Summe 65...		1	...	5	...	242	.....	666	384	349	1.647	1.650
70	**Öffentliche Leistung und Sport:**												
7000	Zentralleitung		1	...	...	...	1	.....	.....	.....	.....	2	2
7020	Verwaltungsakademie		...	...	...	...	1	.....	.....	.....	.....	1	1
	Summe 70...		1	...	...	...	2	.....	.....	.....	.....	3	3

II.1 Zusammenfassung der Kraftfahrzeuge nach Gruppen und Kapitel
(Anzahl der Fahrzeuge)

Kap.	Bezeichnung	Anm.	Personenkraftwagen Kategorie III	II	Ia	I	Fahrzeuge für betriebliche Zwecke	Motorräder über 50ccm Hubraum	Lastkraftw. Nutzlast über 1000kg	bis einschl. 1000kg	Kraftfahrzeuge für besondere Zwecke	Summe 2002	Summe 2001
0	Oberste Organe												
01	Präsidentschaftskanzlei		4	...	...	...	.....	.....	.....	.....	.....	4	4
02	Bundesgesetzgebung		5	...	1	...	.....	.....	.....	.....	.....	6	6
03	Verfassungsgerichtshof		1	...	...	...	.....	.....	.....	.....	.....	1	1
04	Verwaltungsgerichtshof		1	...	...	...	.....	.....	.....	.....	.....	1	1
05	Volksanwaltschaft		...	...	1	...	.....	.....	.....	.....	.....	1	1
06	Rechnungshof		1	...	...	...	.....	.....	.....	.....	.....	1	1
	Gruppe 0...		12	...	2	...	.....	.....	.....	.....	.....	14	14
1	Innenverwaltung												
10	Bundeskanzleramt mit Dienststellen		2	1	3	...	.....	.....	.....	2	.....	8	8
11	Inneres		1	...	30	...	2.072	485	46	36	2.267	4.937	4.933
12	Bildung und Kultur		1	...	2	2	30	.....	12	6	30	83	84
14	Wissenschaft		...	...	7	...	50	.....	8	6	75	146	146
15	Soziale Sicherheit und Generationen		2	...	2	...	5	.....	.....	.....	.....	9	9
17	Gesundheit		...	...	...	...	1	.....	2	.....	11	14	14
	Gruppe 1...		6	1	44	2	2.158	485	68	50	2.383	5.197	5.194
20	Äußeres		1	82	4	...	6	7	.....	.....	3	103	103
30	Justiz		2	...	19	...	68	.....	17	.....	37	143	143
40	Militärische Angelegenheiten		1	...	14	1	2	.....	6	.....	29	53	53
50	Finanzverwaltung		2	...	11	4	112	5	8	4	194	340	340
6	Wirtschaft												
60	Land-, Forst- und Wasserwirtschaft		1	...	12	...	108	.....	19	15	130	285	286
61	Umwelt neu		...	...	...	...	.....	.....	.....	.....	1	1	1
63	Wirtschaft und Arbeit		2	...	5	15	4	.....	.....	.....	.....	26	26
64	Bauten und Technik		...	...	3	...	53	.....	13	2	60	131	131
65	Verkehr, Innovation und Technologie		1	...	5	...	242	.....	666	384	349	1.647	1.650
	Gruppe 6...		4	...	25	15	407	.....	698	401	540	2.090	2.094
70	Öffentliche Leistung und Sport		1	...	...	...	2	.....	.....	.....	.....	3	3
	Gruppe 7...		1	...	...	...	2	.....	.....	.....	.....	3	3
	Gesamtanzahl...		29	83	119	22	2.755	497	797	455	3.186	7.943	7.944

II.2 Plan der Luftfahrzeuge
(Anzahl der Fahrzeuge)

Kap. Tit. bzw. Par.	Bezeichnung	Motorflugzeuge				Hub-schrauber	Segelflug-zeuge		Summe 2002	Summe 2001
		Gewichtsklasse					Sitzplatzkl.			
	Anm.	D-F	C	B	A		b	a		
11	**Inneres:**									
1110	Flugpolizei und Flugrettungsdienst	.....	.....	1	3	18	.....	.....	22	28
64	**Bauten und Technik:**									
6490	Einrichtungen des Eich- und Vermessungswesens	.....	1	.....	.....	.....	.....	.....	1	1

II.2 Zusammenfassung der Luftfahrzeuge nach Gruppen und Kapitel
(Anzahl der Fahrzeuge)

Kap.	Bezeichnung	Motorflugzeuge				Hubschrauber	Segelflugzeuge		Summe 2002	Summe 2001
		Gewichtsklasse					Sitzplatzkl.			
	Anm.	D-F	C	B	A		b	a		
1	Innenverwaltung									
11	Inneres	.....	.....	1	3	18	.....	.....	22	28
	Gruppe 1...	.....	.....	1	3	18	.....	.....	22	28
6	Wirtschaft									
64	Bauten und Technik	.....	1	.....	.....	.....	.....	.....	1	1
	Gruppe 6...	.....	1	.....	.....	.....	.....	.....	1	1
	Gesamtanzahl...	.....	1	1	3	18	.....	.....	23	29

II.3 Plan der Wasserfahrzeuge
(Anzahl der Fahrzeuge)

Kap. Tit. bzw. Par.	Bezeichnung Anm.	Wasserfahrzeuge mit Kraftantrieb					Summe 2002	Summe 2001
		Passagier- und Transport-schiffe	Spezial-wasser-fahr-zeuge	Innen-bord-	Außen-bord-	Boote, Zillen u. ä. mit Außen-bordmotor		
				Motorboote				
11	**Inneres:**							
1100	Zentralleitung	.....	1	.....	.....	3	4	4
1130	Bundespolizei	.....	.....	9	3	16	28	28
1140	Bundesgendarmerie	.....	.....	46	3	22	71	71
	Summe 11...	.....	1	55	6	41	103	103
12	**Bildung und Kultur:**							
1280	Technische und gewerbliche Lehranstalten	.....	.....	.....	.....	1	1	1
14	**Wissenschaft:**							
1420	Universitäten	.....	.....	.....	.....	2	2	2
1421	Universitäten (zweckgebundene Gebarung)	.....	1	.....	.....	.....	1	1
	Summe 14...	.....	1	.....	.....	2	3	3
50	**Finanzverwaltung:**							
5040	Dienststellen	.....	.....	5	.....	2	7	7
60	**Land-, Forst- und Wasserwirtschaft:**							
6058	Bundesamt für Wasserwirtschaft	.....	.....	3	2	7	12	12
6072	Forstliche Ausbildungsstätten	.....	.....	.....	.....	1	1	1
	Summe 60...	.....	.....	3	2	8	13	13
65	**Verkehr, Innovation und Technologie:**							
6501	Schifffahrtspolizei	.....	16	2	.....	16	34	34
6541	Wasserstraßendirektion	.....	3	.....	.....	3	6	6
	Summe 65...	.....	19	2	.....	19	40	40

II.3 Zusammenfassung der Wasserfahrzeuge nach Gruppen und Kapitel

(Anzahl der Fahrzeuge)

Kap.	Bezeichnung	Anm.	Wasserfahrzeuge mit Kraftantrieb					Summe 2002	Summe 2001
			Passagier- und Transportschiffe	Spezialwasserfahrzeuge	Innenbord-Motorboote	Außenbord-Motorboote	Boote, Zillen u. ä. mit Außenbordmotor		
1	Innenverwaltung								
11	Inneres		.....	1	55	6	41	103	103
12	Bildung und Kultur		.....	.....	.....	.....	1	1	1
14	Wissenschaft		.....	1	.....	.....	2	3	3
	Gruppe 1...		.....	2	55	6	44	107	107
50	Finanzverwaltung		.....	.....	5	.....	2	7	7
6	Wirtschaft								
60	Land-, Forst- und Wasserwirtschaft		.....	.....	3	2	8	13	13
65	Verkehr, Innovation und Technologie		.....	19	2	.....	19	40	40
	Gruppe 6...		.....	19	5	2	27	53	53
	Gesamtanzahl...		.....	21	65	8	73	167	167

342 FAHRZEUGPLAN 2002

III.1 Plan der Kraftfahrzeuge
(Anzahl der Fahrzeuge)

Kap. Tit. bzw. Par.	Bezeichnung	Anm.	Personenkraftwagen Kategorie III	II	Ia	I	Fahrzeuge für betriebliche Zwecke	Motorräder über 50ccm Hubraum	Lastkraftw. Nutzlast über 1000kg	bis einschl. 1000kg	Kraftfahrzeuge für besondere Zwecke	Summe 2002	Summe 2001
01	**Präsidentschaftskanzlei**	*	4	...	...	...	.....	.....	.....	.....	.....	4	4
02	**Bundesgesetzgebung:**												
021	Nationalrat	*	...	...	...	...	.....	.....	.....	.....	.....	.....	.....
022	Bundesrat	*	...	...	...	...	.....	.....	.....	.....	.....	.....	.....
024	Parlamentsdirektion	*	5	...	1	...	.....	.....	.....	.....	.....	6	6
	Summe 02...		5	...	1	...	.....	.....	.....	.....	.....	6	6
03	**Verfassungsgerichtshof**		1	...	...	...	.....	.....	.....	.....	.....	1	1
04	**Verwaltungsgerichtshof**		1	...	...	...	.....	.....	.....	.....	.....	1	1
05	**Volksanwaltschaft**		...	...	1	...	.....	.....	.....	.....	.....	1	1
06	**Rechnungshof**		1	...	...	...	.....	.....	.....	.....	.....	1	1
10	**Bundeskanzleramt mit Dienststellen:**												
1000	Zentralleitung:												
	Zentralleitung		2	...	3	...	.....	.....	.....	1	.....	6	6
	Paris - Österreichische Delegation bei der OECD		...	1	...	...	.....	.....	.....	.....	.....	1	1
	Summe 1000...		2	1	3	...	.....	.....	.....	1	.....	7	7
101	Staatsarchiv und Archivamt		...	...	...	...	.....	.....	.....	1	.....	1	1
	Summe 10...		2	1	3	...	.....	.....	.....	2	.....	8	8
11	**Inneres:**												
1100	Zentralleitung		1	...	4	...	6	.....	5	6	22	44	44
1130	Bundespolizei	*	...	...	17	...	714	158	22	10	524	1.445	1.441
1131	Bundespolizei (zweckgeb. Gebarung)		...	...	...	...	.....	.....	.....	.....	39	39	39
1140	Bundesgendarmerie		...	...	9	...	1.337	317	19	19	1.620	3.321	3.321
1141	Bundesgendarmerie (zweckgeb. Gebarung)		...	...	...	...	.....	10	.....	.....	60	70	70
1150	Flüchtlingsbetreuung und Integration:												
	Betreuungsstelle Bad Kreuzen		...	...	...	...	3	.....	.....	.....	.....	3	3
	- Traiskirchen einschließlich Reichenau		...	...	...	...	7	.....	.....	1	.....	8	8
	- Vorderbrühl		...	...	...	...	2	.....	.....	.....	.....	2	2
	- Thalham des BM für Inneres		...	...	...	...	3	.....	.....	.....	1	4	4
	Summe 1150...		...	...	...	...	15	.....	.....	1	1	17	17

III.1 Plan der Kraftfahrzeuge
(Anzahl der Fahrzeuge)

Kap. Tit. bzw. Par.	Bezeichnung	Personenkraftwagen Kategorie III	II	Ia	I	Fahrzeuge für betriebliche Zwecke	Motorräder über 50ccm Hubraum	Lastkraftw. Nutzlast über 1000kg	bis einschl. 1000kg	Kraftfahrzeuge für besondere Zwecke	Summe 2002	Summe 2001
	Anm.											
1151	KZ-Gedenkstätte Mauthausen (Mauthausen Memorial) ..... *	...	...	...	...	.....	.....	.....	.....	1	1	1
	Summe 11...	1	...	30	...	2.072	485	46	36	2.267	4.937	4.933
12	Bildung und Kultur:											
1200	Zentralleitung (Verwaltungsbereich Bildung)	1	...	2	...	1	.....	.....	.....	1	5	5
1241	*Bundesschullandheime und Schulsportveranstaltungen:* *											
	Zentrale für Sportgeräteverleih und Sportplatzwartung .	...	...	...	...	.....	.....	2	.....	1	3	3
	Bundesschullandheim Mariazell	...	...	...	...	1	.....	.....	.....	.....	1	1
	- Raach bei Gloggnitz	...	...	...	...	1	.....	.....	.....	.....	1	1
	- Radstadt	...	...	...	...	1	.....	.....	.....	.....	1	1
	Summe 1241...	...	...	...	...	3	.....	2	.....	1	6	6
1243	Bundesstaatliche Einrichtungen der Erwachsenenbildung:											
	Bundesinstitut für Erwachsenenbildung in St. Wolfgang .	...	...	...	...	.....	.....	.....	.....	1	1	1
	Förderungsstellen des Bundes für Erwachsenenbildung für Niederösterreich	...	...	...	...	.....	.....	.....	.....	1	1	1
	- *Oberösterreich*	...	...	...	...	.....	.....	.....	.....	.....	.....	1
	- Steiermark	...	...	...	...	1	.....	.....	.....	.....	1	1
	- Tirol	...	...	...	...	1	.....	.....	.....	.....	1	1
	Summe 1243...	...	...	...	...	2	.....	.....	.....	2	4	5
1244	Museen:											
	Naturhistorisches Museum	...	...	...	...	2	.....	.....	.....	.....	2	4
	MUMOK-SLW-Museum moderner Kunst Stiftung Ludwig	...	...	...	...	.....	.....	1	.....	.....	1	1
	Summe 1244...	...	...	...	...	2	.....	1	.....	.....	3	5
1246	Nationalbibliothek:											
	Österreichische Nationalbibliothek	...	...	...	...	1	.....	.....	.....	.....	1	1
1247	Bundesdenkmalamt	...	...	...	2	10	.....	1	.....	5	18	16
1270	Allgemein bildende höhere Schulen: *											
	Deutschlandsberg	...	...	...	...	.....	.....	.....	.....	1	1	1
	Graz/Seebacherstraße	...	...	...	...	.....	.....	.....	.....	1	1	1
	Köflach	...	...	...	...	.....	.....	.....	.....	1	1	1
	Linz/Peuerbachstraße	...	...	...	...	.....	.....	.....	.....	1	1	1
	Schärding	...	...	...	...	.....	.....	.....	.....	1	1	1
	Telfs	...	...	...	...	.....	.....	.....	.....	1	1	1
	Summe 1270...	...	...	...	...	.....	.....	.....	.....	6	6	6
1271	Höhere Internatsschulen des Bundes:											
	Graz-Liebenau	...	...	...	...	.....	.....	.....	.....	1	1	1
	Saalfelden	...	...	...	...	1	.....	.....	.....	1	2	3
	Schloß Traunsee/Altmünster	...	...	...	...	1	.....	.....	.....	.....	1	1
	Wien III	...	...	...	...	.....	.....	.....	.....	1	1	.....
	Summe 1271...	...	...	...	...	2	.....	.....	.....	3	5	5
1274	Bds.-Blindenerz. Inst. und Bds. Inst. für Gehörlosenbildung:											
	Bds.-Blindenerziehungsinstitut Wien II	...	...	...	...	.....	.....	.....	.....	1	1	1

III.1 Plan der Kraftfahrzeuge
(Anzahl der Fahrzeuge)

Kap. Tit. bzw. Par.	Bezeichnung	Personenkraftwagen Kategorie III	II	Ia	I	Fahrzeuge für betriebliche Zwecke	Motorräder über 50ccm Hubraum	Lastkraftw. Nutzlast über 1000kg	bis einschl. 1000kg	Kraftfahrzeuge für besondere Zwecke	Summe 2002	Summe 2001
	Anm.											
1276	Bundesschülerheime (Allgemein bildende):											
	Wien II (einschließlich Expositur Wien XIII)	...	...	...	...	1	.....	.....	.....	.....	1	1
1280	Technische und gewerbliche Lehranstalten: *											
	Höhere Technische Bundeslehranstalt Hallein	...	...	...	...	.....	.....	1	.....	.....	1	1
	- Hallstatt	...	...	...	...	1	.....	.....	.....	.....	1	1
	- Kapfenberg	...	...	...	...	.....	.....	1	.....	.....	1	1
	- Krems	...	...	...	...	.....	.....	1	.....	.....	1	1
	- Linz I	...	...	...	...	.....	.....	1	.....	1	2	2
	- Linz II	...	...	...	...	.....	.....	.....	1	1	2	2
	- Salzburg	...	...	...	...	.....	.....	1	.....	.....	1	1
	- Steyr	...	...	...	...	1	.....	1	.....	.....	2	2
	- Wolfsberg	...	...	...	...	.....	.....	.....	.....	1	1	1
	- und Handelsschule Wien III	...	...	...	...	.....	.....	.....	.....	1	1	1
	Höhere Technische Lehr- und Versuchsanstalt Graz-Gösting	...	...	...	...	.....	.....	1	.....	.....	1	1
	- Innsbruck	...	...	...	...	.....	.....	.....	1	.....	1	1
	- Mödling	...	...	...	...	1	.....	1	.....	1	3	3
	- Rankweil	...	...	...	...	.....	.....	.....	1	.....	1	1
	- St. Pölten	...	...	...	...	.....	.....	.....	1	.....	1	1
	- Villach	...	...	...	...	.....	.....	.....	.....	1	1	1
	- Wien III	...	...	...	...	.....	.....	.....	1	.....	1	1
	- Wiener Neustadt	...	...	...	...	.....	.....	.....	1	.....	1	1
	- Wien XX, Technologisches Gewerbemuseum	...	...	...	...	1	.....	.....	.....	.....	1	1
	Summe 1280...	...	...	...	...	4	.....	8	6	6	24	24
1281	Sozialakad., LA f. Tourismus, Sozial- u. wirtsch. Berufe*											
	Bundesfachschule für wirtschaftl. Berufe Türnitz	...	...	...	...	.....	.....	.....	.....	1	1	1
	Höhere Bundeslehranstalt für wirtschaftl. Berufe Ried	...	...	...	...	.....	.....	.....	.....	1	1	1
	Summe 1281...	...	...	...	...	.....	.....	.....	.....	2	2	2
1282	Handelsakademien und Handelsschulen: *											
	Braunau	...	...	...	...	.....	.....	.....	.....	1	1	1
1286	Bundesschülerheime (Berufsbildende):											
	Bundeskonvikt für Knaben der HTBLA Krems	...	...	...	...	1	.....	.....	.....	.....	1	1
1293	Bundesanstalten für Leibeserziehung:											
	Graz	...	...	...	...	1	.....	.....	.....	.....	1	1
	Innsbruck	...	...	...	...	.....	.....	.....	.....	1	1	1
	Linz	...	...	...	...	1	.....	.....	.....	.....	1	1
	Wien	...	...	...	...	1	.....	.....	.....	1	2	2
	Summe 1293...	...	...	...	...	3	.....	.....	.....	2	5	5
	Summe 12...	1	...	2	2	30	.....	12	6	30	83	84
14	**Wissenschaft:**											
1400	Zentralleitung (Verwaltungsbereich Wissenschaft)	...	...	2	...	1	.....	.....	.....	.....	3	3
1420	Universitäten: *											
	Montanuniversität Leoben	...	...	1	...	1	.....	.....	.....	.....	2	2
	-, Institut für Geophysik	...	...	...	...	.....	.....	.....	.....	1	1	1
	Technische Universität Graz	...	...	...	...	1	.....	.....	.....	.....	1	1
	-, Institut für Hydromechanik, Hydraulik und Hydrologie	...	...	...	...	.....	.....	.....	.....	1	1	1
	-, Institut f. Landwirtsch. Bauwesen u. Ländl. Siedlungswesen	...	...	...	...	1	.....	.....	.....	.....	1	1
	-, Institut f. Techn. Geologie, Petrographie u. Mineralogie	...	...	...	...	.....	.....	.....	.....	1	1	1

III.1 Plan der Kraftfahrzeuge
(Anzahl der Fahrzeuge)

Kap. Tit. bzw. Par.	Bezeichnung	Personenkraftwagen Kategorie				Fahrzeuge für betriebliche Zwecke	Motorräder über 50ccm Hubraum	Lastkraftw. Nutzlast		Kraftfahrzeuge für besondere Zwecke	Summe 2002	Summe 2001
	Anm.	III	II	Ia	I			über 1000kg	bis einschl. 1000kg			
1420	(Fortsetzung)											
	Technische Universität Wien	...	...	1	...	.....	.....	.....	1	.....	2	2
	-, Institut für Fertigungstechnik	...	...	...	...	.....	.....	1	.....	.....	1	1
	-, Institut für Hochbau für Architekten	...	...	...	...	.....	.....	1	.....	.....	1	1
	-, Institut für theoretische Geodäsie und Geophysik	...	...	...	...	.....	.....	.....	.....	1	1	1
	-, Interfakultäre Institutseinrichtung f. Temperaturanlagen	...	...	...	...	.....	.....	1	.....	.....	1	1
	Universität Klagenfurt	...	...	...	...	1	.....	.....	.....	1	2	2
	-, Universitäts-Sportinstitut	...	...	...	...	1	.....	.....	.....	.....	1	1
	Universität für Bodenkultur	...	...	...	...	1	.....	1	.....	.....	2	2
	-, Botanisches Institut	...	...	...	...	1	.....	.....	.....	.....	1	1
	-, Institut für Bodenforschung und Baugeologie	...	...	...	...	.....	.....	.....	.....	1	1	1
	-, Institut für Forstentomologie und Forstschutz	...	...	...	...	.....	.....	.....	.....	1	1	1
	-, Institut für forstliches Bauingenieurw. und Waldarbeit	...	...	...	...	1	.....	.....	.....	.....	1	1
	-, Institut für Waldökologie	...	...	...	...	.....	.....	.....	.....	1	1	1
	-, Institut für Pflanzenbau und Pflanzenzüchtung	...	...	...	...	1	.....	.....	.....	2	3	3
	-, Institut für Pflanzenschutz	...	...	...	...	1	.....	.....	.....	.....	1	1
	-, Institut für Waldbau	...	...	...	...	.....	.....	.....	.....	1	1	1
	-, Institut für Wildbach- und Lawinenverbauung	...	...	...	...	1	.....	.....	.....	.....	1	1
	-, Institut für Wildbiologie und Jagdwirtschaft	...	...	...	...	.....	.....	.....	.....	1	1	1
	-, Lehrforstzentrum	...	...	...	...	1	.....	.....	.....	.....	1	1
	-, Versuchswirtschaft Großenzersdorf	...	...	...	...	1	.....	.....	.....	6	7	7
	Universität Graz	...	...	...	...	2	.....	.....	.....	1	3	3
	-, Universitätsbibliothek	...	...	...	...	1	.....	.....	.....	.....	1	1
	-, Institut für Botanik	...	...	...	...	.....	.....	.....	.....	1	1	1
	-, Institut für Geologie und Paläontologie	...	...	...	...	.....	.....	.....	.....	1	1	1
	-, Universitätssportzentrum	...	...	...	...	.....	.....	.....	.....	1	1	1
	-, Zentrale Versuchstieranlage	...	...	...	...	.....	.....	.....	1	.....	1	1
	Universität Innsbruck	...	...	...	...	.....	.....	1	.....	2	3	3
	-, Universitätsbibliothek	...	...	...	...	1	.....	.....	.....	.....	1	1
	-, Botan. Garten u. Fakultät f. Bauingenieurw. u. Architektur	...	...	...	...	.....	.....	.....	.....	1	1	1
	-, Institut für Anatomie	...	...	...	...	1	.....	.....	.....	.....	1	1
	-, Institut für klassische Archäologie	...	...	...	...	.....	.....	.....	.....	1	1	1
	-, Institut für Ur- und Frühgeschichte	...	...	...	...	.....	.....	.....	.....	1	1	1
	-, Universitäts-Sportinstitut	...	...	...	...	.....	.....	.....	.....	3	3	3
	-, Zentrale Versuchstieranlage	...	...	...	...	.....	.....	.....	1	.....	1	1
	Universität Linz	...	...	1	...	1	.....	.....	.....	.....	2	2
	Universität Salzburg	...	...	1	...	1	.....	1	.....	.....	3	3
	-, Universitätsbibliothek	...	...	...	...	.....	.....	.....	1	.....	1	1
	Universität Wien	...	...	1	...	1	.....	.....	.....	2	4	4
	-, Universitätsbibliothek	...	...	...	...	1	.....	.....	.....	.....	1	1
	-, Zentrum für Biomedizin	...	...	...	...	.....	.....	.....	1	.....	1	1
	-, Institut für Alte Geschichte	...	...	...	...	.....	.....	.....	.....	1	1	1
	-, Institut für Anatomie	...	...	...	...	1	.....	.....	.....	.....	1	1
	-, Institut für Astronomie mit Außenstelle Schöpfl	...	...	...	...	.....	.....	.....	1	.....	1	1
	-, Institut für Botanik und Botanischer Garten	...	...	...	...	1	.....	.....	.....	1	2	2
	-, Institut für Geologie	...	...	...	...	1	.....	.....	.....	.....	1	1
	-, Institut für klassische Archäologie	...	...	...	...	.....	.....	.....	.....	2	2	2
	-, Institut für Meteorologie und Geophysik	...	...	...	...	.....	.....	.....	.....	1	1	1
	-, Institut für Paläontologie	...	...	...	...	.....	.....	.....	.....	1	1	1
	-, Institut für Petrologie	...	...	...	...	.....	.....	.....	.....	1	1	1
	-, Institut für Ökologie und Naturschutz	...	...	...	...	1	.....	.....	.....	.....	1	1
	-, Institut für Ur- und Frühgeschichte	...	...	...	...	.....	.....	.....	.....	1	1	1
	-, Institut für Labortierkunde u. -genetik, Himberg	...	...	...	...	1	.....	.....	.....	.....	1	1
	Veterinärmedizinische Universität Wien	...	...	...	...	2	.....	1	.....	2	5	5
	-, Lehr- und Forschungsgut Merkenstein	...	...	...	...	.....	.....	.....	.....	8	8	8
	Wirtschaftsuniversität Wien	...	...	...	...	1	.....	.....	.....	.....	1	1
	Summe 1420...	...	...	5	...	30	.....	7	6	50	98	98
1421	Universitäten (zweckgebundene Gebarung):											
	Montanuniversität Leoben	...	...	...	...	1	.....	.....	.....	.....	1	1
	-, Institut für Bildungsförderung und Sport	...	...	...	...	1	.....	.....	.....	.....	1	1
	-, Institut für Geophysik	...	...	...	...	.....	.....	.....	.....	1	1	1

III.1 Plan der Kraftfahrzeuge
(Anzahl der Fahrzeuge)

Kap. Tit. bzw. Par.	Bezeichnung	Personenkraftwagen Kategorie III	II	Ia	I	Fahrzeuge für betriebliche Zwecke	Motorräder über 50ccm Hubraum	Lastkraftw. Nutzlast über 1000kg	bis einschl. 1000kg	Kraftfahrzeuge für besondere Zwecke	Summe 2002	Summe 2001
	Anm.											
1421	(Fortsetzung)											
	-, Institut für Verformungskunde und Hüttenmaschinen	...	...	...	...	.....	.....	.....	.....	1	1	1
	Technische Universität Graz, Institut für Werkstoffkunde, Festigkeitslehre und Materialprüfung	...	...	...	...	.....	.....	.....	.....	1	1	1
	Technische Universität Wien, Institut für Allgem. Maschinenlehre und Fördertechnik	...	...	...	...	.....	.....	.....	.....	1	1	1
	-, Institut für Betriebs-, Arbeitswissenschaft und Betriebswirtschaftslehre	...	...	...	...	.....	.....	.....	.....	1	1	1
	-, Institut für Wassergüte und Landschaftswasserbau	...	...	...	...	.....	.....	.....	.....	1	1	1
	Universität Klagenfurt	...	...	...	...	1	.....	.....	.....	.....	1	1
	Universität für Bodenkultur, Dion.	...	...	...	...	.....	.....	.....	.....	1	1	.....
	-, Institut für Obstbau	...	...	...	...	1	.....	.....	.....	3	4	5
	-, Institut für Waldbau	...	...	...	...	1	.....	.....	.....	.....	1	1
	Universität Graz, Sportinstitut	...	...	...	...	.....	.....	.....	.....	1	1	1
	-, Sportinstitut (Universitätsheim Planneralm)	...	...	...	...	.....	.....	.....	.....	1	1	1
	Universität Innsbruck, Institut für Baubetrieb und Bauwirtschaft	...	...	...	...	.....	.....	.....	.....	1	1	1
	-, Sportinstitut	...	...	...	...	1	.....	.....	.....	.....	1	1
	Universität Linz, Sportinstitut	...	...	...	...	.....	.....	.....	.....	1	1	1
	Universität Salzburg, Sportinstitut	...	...	...	...	1	.....	.....	.....	.....	1	1
	Universität Wien	...	...	...	...	.....	.....	.....	.....	2	2	2
	-, I. Chirurgische Universitäts-Klinik	...	...	...	...	1	.....	.....	.....	.....	1	1
	-, Sportinstitut	...	...	...	...	1	.....	.....	.....	1	2	2
	Veterinärmedizinische Universität Wien	...	...	...	...	2	.....	.....	.....	1	3	3
	Summe 1421...	...	...	...	...	11	.....	.....	.....	18	29	29
1424	Wissenschaftliche Anstalten:											
	Geologische Bundesanstalt	...	...	...	...	2	.....	.....	.....	2	4	4
	Österreichisches Archäologisches Institut Wien	...	...	...	...	1	.....	.....	.....	.....	1	1
	Österreichisches Archäologisches Institut Athen	...	...	...	...	.....	.....	.....	.....	1	1	1
	Zentralanstalt für Meteorologie und Geodynamik	...	...	...	...	1	.....	.....	.....	2	3	3
	-, Regionalstelle Salzburg	...	...	...	...	.....	.....	.....	.....	1	1	1
	-, Regionalstelle Tirol/Vorarlberg	...	...	...	...	.....	.....	.....	.....	1	1	1
	Summe 1424...	...	...	...	...	4	.....	.....	.....	7	11	11
1430	Universitäten der Künste:											
	Universität für angewandte Kunst Wien	...	...	...	...	.....	.....	1	.....	.....	1	1
	Universität f. künstlerische u. industrielle Gestaltung Linz	...	...	...	...	1	.....	.....	.....	.....	1	1
	Universität für Musik und darstellende Kunst Graz	...	...	...	...	1	.....	.....	.....	.....	1	1
	-, Expositur Oberschützen	...	...	...	...	1	.....	.....	.....	.....	1	1
	Summe 1430...	...	...	...	...	3	.....	1	.....	.....	4	4
1431	Universitäten der Künste (zweckgebundene Gebarung):											
	Universität für Musik und darstellende Kunst Wien	...	...	...	...	1	.....	.....	.....	.....	1	1
	Summe 14...	...	...	7	...	50	.....	8	6	75	146	146
15	**Soziale Sicherheit und Generationen:**											
1500	Zentralleitung	2	...	2	...	1	.....	.....	.....	.....	5	5
1570	Bundessozialämter:											
	Wien, Niederösterreich und Burgenland	...	...	...	...	1	.....	.....	.....	.....	1	1
	Oberösterreich	...	...	...	...	1	.....	.....	.....	.....	1	1

III.1 Plan der Kraftfahrzeuge
(Anzahl der Fahrzeuge)

Kap. Tit. bzw. Par.	Bezeichnung	Personenkraftwagen Kategorie III	II	Ia	I	Fahrzeuge für betriebliche Zwecke	Motorräder über 50ccm Hubraum	Lastkraftw. Nutzlast über 1000kg	bis einschl. 1000kg	Kraftfahrzeuge für besondere Zwecke	Summe 2002	Summe 2001
	Anm.											
1570	(Fortsetzung)											
	Steiermark	...	...	...	...	1	.....	.....	.....	.....	1	1
	Kärnten	...	...	...	...	1	.....	.....	.....	.....	1	1
	Summe 1570...	...	...	...	...	4	.....	.....	.....	.....	4	4
	Summe 15...	2	...	2	...	5	.....	.....	.....	.....	9	9
17	**Gesundheit:**											
1790	Lebensmitteluntersuchungsanstalten: *											
	Bundesanstalt für Lebensmitteluntersuchung und -forschung Wien	...	...	...	...	.....	.....	.....	.....	1	1	1
	Bundesanstalt für Lebensmitteluntersuchung Graz	...	...	...	...	1	.....	.....	.....	.....	1	1
	Summe 1790...	...	...	...	...	1	.....	.....	.....	1	2	2
1793	Bakteriologisch-serologische Untersuchungsanstalten:											
	Bundesstaatliche bakteriologisch-seriologische Untersuchungsanstalt Wien	...	...	...	...	.....	.....	.....	.....	1	1	1
1795	Veterinärmedizinische Anstalten: *											
	Bundesanstalt für veterinärmedizinische Untersuchungen Mödling	...	...	...	...	.....	.....	2	.....	6	8	8
	- Graz	...	...	...	...	.....	.....	.....	.....	1	1	1
	- Innsbruck	...	...	...	...	.....	.....	.....	.....	1	1	1
	- Linz	...	...	...	...	.....	.....	.....	.....	1	1	1
	Summe 17...	...	...	...	...	1	.....	2	.....	11	14	14
20	**Äußeres:**											
2000	Zentralleitung	1	...	4	...	1	.....	.....	.....	.....	6	6
201	Vertretungsbehörden:											
	Addis Abeba	...	1	...	...	.....	.....	.....	.....	.....	1	1
	Abidjan	...	1	...	...	.....	.....	.....	.....	.....	1	1
	Agram	...	1	...	...	.....	.....	.....	.....	.....	1	1
	Algier	...	...	...	...	.....	.....	.....	.....	1	1	1
	Amman	...	1	...	...	.....	.....	.....	.....	.....	1	1
	Ankara	...	1	...	...	.....	.....	.....	.....	.....	1	1
	Athen	...	1	...	...	.....	.....	.....	.....	.....	1	1
	Bangkok	...	1	...	...	.....	1	.....	.....	.....	2	2
	Beirut	...	1	...	...	.....	.....	.....	.....	.....	1	1
	Belgrad	...	1	...	...	.....	.....	.....	.....	1	2	2
	Berlin	...	1	...	...	.....	.....	.....	.....	.....	1	1
	Bern	...	1	...	...	.....	.....	.....	.....	.....	1	1
	Bogota	...	1	...	...	.....	.....	.....	.....	.....	1	1
	Bonn	...	1	...	...	.....	.....	.....	.....	.....	1	1
	Brasilia	...	1	...	...	.....	.....	.....	.....	.....	1	1
	Brüssel	...	1	...	...	.....	.....	.....	.....	.....	1	1
	Brüssel - Österr. Vertretung bei der Europäischen Union	...	1	...	...	1	.....	.....	.....	.....	2	2
	Budapest	...	1	...	...	.....	.....	.....	.....	.....	1	1
	Buenos Aires	...	1	...	...	.....	.....	.....	.....	.....	1	1
	Bukarest	...	1	...	...	.....	.....	.....	.....	.....	1	1
	Canberra	...	1	...	...	.....	.....	.....	.....	.....	1	1
	Caracas	...	1	...	...	.....	.....	.....	.....	.....	1	1
	Dakar	...	1	...	...	.....	.....	.....	.....	.....	1	1
	Damaskus	...	1	...	...	.....	.....	.....	.....	.....	1	1
	Den Haag	...	1	...	...	.....	.....	.....	.....	.....	1	1
	Dublin	...	1	...	...	.....	.....	.....	.....	.....	1	1
	Genf - Österreichische Vertretung bei den Vereinten Nationen	...	1	...	...	.....	.....	.....	.....	.....	1	1

III.1 Plan der Kraftfahrzeuge
(Anzahl der Fahrzeuge)

Kap. Tit. bzw. Par.	Bezeichnung	Personenkraftwagen				Fahrzeuge für betriebliche Zwecke	Motorräder über 50ccm Hubraum	Lastkraftw.		Kraftfahrzeuge für besondere Zwecke	Summe 2002	Summe 2001
		Kategorie						Nutzlast				
	Anm.	III	II	Ia	I			über 1000kg	bis einschl. 1000kg			
201	(Fortsetzung)											
	Guatemala	...	1	...	...	.....	1	.....	.....	.....	2	2
	Hanoi	...	1	...	...	.....	.....	.....	.....	.....	1	1
	Harare	...	1	...	...	.....	1	.....	.....	.....	2	2
	Havanna	...	1	...	...	.....	.....	.....	.....	.....	1	1
	Helsinki	...	1	...	...	.....	.....	.....	.....	.....	1	1
	Islamabad	...	1	...	...	.....	.....	.....	.....	.....	1	1
	Jakarta	...	1	...	...	.....	1	.....	.....	.....	2	2
	Kairo	...	1	...	...	.....	.....	.....	.....	.....	1	1
	Kiew	...	1	...	...	.....	.....	.....	.....	.....	1	1
	Kopenhagen	...	1	...	...	.....	.....	.....	.....	.....	1	1
	Kuala Lumpur	...	1	...	...	.....	.....	.....	.....	.....	1	1
	Kuwait	...	1	...	...	.....	.....	.....	.....	.....	1	1
	Lagos	...	1	...	...	.....	1	.....	.....	.....	2	2
	Laibach	...	1	...	...	.....	.....	.....	.....	.....	1	1
	Lima	...	1	...	...	.....	.....	.....	.....	.....	1	1
	Lissabon	...	1	...	...	.....	.....	.....	.....	.....	1	1
	London	...	1	...	...	.....	.....	.....	.....	.....	1	1
	Luxemburg	...	1	...	...	.....	.....	.....	.....	.....	1	1
	Madrid	...	1	...	...	.....	.....	.....	.....	.....	1	1
	Manila	...	1	...	...	.....	.....	.....	.....	.....	1	1
	Maskat	...	1	...	...	.....	.....	.....	.....	.....	1	1
	Mexiko	...	1	...	...	.....	.....	.....	.....	.....	1	1
	Moskau	...	1	...	...	1	.....	.....	.....	.....	2	2
	Nairobi	...	1	...	...	.....	.....	.....	.....	.....	1	1
	New Delhi	...	1	...	...	.....	2	.....	.....	.....	3	3
	New York - Österreichische Vertretung bei den Vereinten Nationen (Mietfahrzeug)	...	1	...	...	.....	.....	.....	.....	.....	1	1
	- und Österreichisches Generalkonsulat (Mietfahrzeug)	...	1	...	...	.....	.....	.....	.....	.....	1	1
	Oslo	...	1	...	...	.....	.....	.....	.....	.....	1	1
	Ottawa	...	1	...	...	.....	.....	.....	.....	.....	1	1
	Paris	...	1	...	...	.....	.....	.....	.....	.....	1	1
	Paris - UNESCO	...	1	...	...	.....	.....	.....	.....	.....	1	1
	Peking	...	1	...	...	1	.....	.....	.....	.....	2	2
	Prag	...	1	...	...	.....	.....	.....	.....	.....	1	1
	Preßburg	...	1	...	...	.....	.....	.....	.....	.....	1	1
	Pretoria	...	1	...	...	.....	.....	.....	.....	.....	1	1
	Rabat	...	1	...	...	.....	.....	.....	.....	.....	1	1
	Riga	...	1	...	...	.....	.....	.....	.....	.....	1	1
	Riyadh	...	1	...	...	.....	.....	.....	.....	.....	1	1
	Rom	...	1	...	...	.....	.....	.....	.....	.....	1	1
	Rom-Vatikan	...	1	...	...	.....	.....	.....	.....	.....	1	1
	Santiago de Chile	...	1	...	...	.....	.....	.....	.....	.....	1	1
	Sarajewo	...	...	...	...	.....	.....	.....	.....	1	1	1
	Seoul	...	1	...	...	.....	.....	.....	.....	.....	1	1
	Skopje	...	1	...	...	.....	.....	.....	.....	.....	1	1
	Sofia	...	1	...	...	.....	.....	.....	.....	.....	1	1
	Stockholm	...	1	...	...	.....	.....	.....	.....	.....	1	1
	Straßburg - Österreichische Vertretung beim Europarat	...	1	...	...	.....	.....	.....	.....	.....	1	1
	Tallin	...	1	...	...	.....	.....	.....	.....	.....	1	1
	Teheran	...	1	...	...	.....	.....	.....	.....	.....	1	1
	Tel Aviv	...	1	...	...	.....	.....	.....	.....	.....	1	1
	Tirana	...	1	...	...	.....	.....	.....	.....	.....	1	1
	Tokio	...	1	...	...	.....	.....	.....	.....	.....	1	1
	Tripolis	...	1	...	...	.....	.....	.....	.....	.....	1	1
	Tunis	...	1	...	...	.....	.....	.....	.....	.....	1	1
	Warschau	...	1	...	...	.....	.....	.....	.....	.....	1	1
	Washington (Mietfahrzeug)	...	1	...	...	.....	.....	.....	.....	.....	1	1
	Wilna	...	1	...	...	.....	.....	.....	.....	.....	1	1
	Summe 201...	...	82	...	...	3	7	.....	.....	3	95	95

III.1 Plan der Kraftfahrzeuge
(Anzahl der Fahrzeuge)

Kap. Tit. bzw. Par.	Bezeichnung	Personenkraftwagen Kategorie III	II	Ia	I	Fahrzeuge für betriebliche Zwecke	Motorräder über 50ccm Hubraum	Lastkraftw. Nutzlast über 1000kg	bis einschl. 1000kg	Kraftfahrzeuge für besondere Zwecke	Summe 2002	Summe 2001
	Anm.											
203	Österreichische Kulturinstitute:											
	Rom	...	...	...	...	1	.....	.....	.....	.....	1	1
	Warschau	...	...	...	...	1	.....	.....	.....	.....	1	1
	Summe 203...	...	...	...	...	2	.....	.....	.....	.....	2	2
	Summe 20...	1	82	4	...	6	7	.....	.....	3	103	103
30	**Justiz:**											
300	Bundesministerium für Justiz	1	...	1	...	.....	.....	.....	.....	1	3	3
301	Oberster Gerichtshof und Generalprokuratur	1	...	...	...	.....	.....	.....	.....	.....	1	1
302	Justizbehörden in den Ländern: *											
	4 Gerichtshöfe II. Instanz	...	...	4	...	1	.....	.....	.....	6	11	11
	21 Gerichtshöfe I. Instanz	...	...	14	...	.....	.....	.....	.....	.....	14	14
	Summe 302...	...	...	18	...	1	.....	.....	.....	6	25	25
3030	Justizanstalten: *											
	Justizanstalt Eisenstadt	...	...	...	...	1	.....	.....	.....	.....	1	1
	- Feldkirch	...	...	...	...	2	.....	.....	.....	.....	2	2
	- Garsten	...	...	...	...	2	.....	1	.....	3	6	6
	- Göllersdorf	...	...	...	...	2	.....	.....	.....	.....	2	2
	- Graz-Jakomini	...	...	...	...	3	.....	1	.....	.....	4	4
	- Graz-Karlau	...	...	...	...	3	.....	1	.....	3	7	7
	- Hirtenberg	...	...	...	...	3	.....	1	.....	6	10	10
	- Innsbruck	...	...	...	...	4	.....	1	.....	2	7	7
	- Klagenfurt	...	...	...	...	3	.....	1	.....	4	8	8
	- Korneuburg	...	...	...	...	2	.....	.....	.....	.....	2	2
	- Krems	...	...	...	...	1	.....	.....	.....	.....	1	1
	- Leoben	...	...	...	...	2	.....	.....	.....	.....	2	2
	- Linz	...	...	...	...	3	.....	3	.....	1	7	7
	- Ried	...	...	...	...	1	.....	.....	.....	.....	1	1
	- Salzburg	...	...	...	...	2	.....	.....	.....	.....	2	2
	- Schwarzau	...	...	...	...	2	.....	.....	.....	3	5	5
	- Sonnberg	...	...	...	...	2	.....	1	.....	2	5	5
	- Stein	...	...	...	...	5	.....	3	.....	1	9	9
	- Steyr	...	...	...	...	1	.....	.....	.....	.....	1	1
	- Suben	...	...	...	...	2	.....	1	.....	.....	3	3
	- Wels	...	...	...	...	1	.....	.....	.....	.....	1	1
	- Wien-Favoriten	...	...	...	...	1	.....	.....	.....	.....	1	1
	- Wien-Josefstadt	...	...	...	...	7	.....	1	.....	4	12	12
	- Wien-Mittersteig	...	...	...	...	2	.....	.....	.....	.....	2	2
	- Wien-Simmering	...	...	...	...	3	.....	1	.....	.....	4	4
	- Wiener Neustadt	...	...	...	...	1	.....	.....	.....	.....	1	1
	Justizanstalt für Jugendliche Gerasdorf	...	...	...	...	3	.....	1	.....	1	5	5
	Summe 3030...	...	...	...	...	64	.....	17	.....	30	111	111
3031	Justizanstalt St. Pölten	...	...	...	...	2	.....	.....	.....	.....	2	2
3032	Justizanstalt für Jugendliche Wien-Erdberg	...	...	...	...	1	.....	.....	.....	.....	1	1
	Summe 30...	2	...	19	...	68	.....	17	.....	37	143	143
40	**Militärische Angelegenheiten:**											
400	Bundesministerium für Landesverteidigung	1	...	14	...	2	.....	.....	.....	.....	17	17
401	Heer und Heeresverwaltung *	...	...	...	...	.....	.....	.....	.....	.....	.....	.....
4040	Heeresgeschichtl. Museum, Militärhistorisches Institut	...	...	...	1	.....	.....	.....	.....	.....	1	1

350 **FAHRZEUGPLAN 2002**

III.1 Plan der Kraftfahrzeuge
(Anzahl der Fahrzeuge)

Kap. Tit. bzw. Par.	Bezeichnung	Anm.	Personenkraftwagen Kategorie III	II	Ia	I	Fahrzeuge für betriebliche Zwecke	Motorräder über 50ccm Hubraum	Lastkraftw. Nutzlast über 1000kg	bis einschl. 1000kg	Kraftfahrzeuge für besondere Zwecke	Summe 2002	Summe 2001
4050	Allentsteig (betriebsähnl. Einrichtung)		...	...	...	...	.....	.....	6	.....	29	35	35
	Summe 40...		1	...	14	1	2	.....	6	.....	29	53	53
50	**Finanzverwaltung:**												
5000	Zentralleitung		2	...	3	...	1	.....	.....	1	.....	7	7
5040	Dienststellen:	*											
	Zollwachegeneralinspektorat		...	...	...	...	52	5	2	1	183	243	243
	Finanzlandesdirektion für Kärnten		...	...	1	...	3	.....	.....	.....	.....	4	4
	- Oberösterreich		...	...	1	...	9	.....	1	.....	3	14	14
	- Salzburg		...	...	1	...	8	.....	1	.....	1	11	11
	- Steiermark		...	...	1	...	10	.....	1	.....	.....	12	12
	- Tirol		...	...	1	...	7	.....	.....	.....	.....	8	7
	- Vorarlberg		...	...	1	...	2	.....	.....	1	.....	4	4
	- Wien, Niederösterreich und Burgenland		...	...	1	4	19	.....	3	1	7	35	35
	Summe 5040...		...	...	7	4	110	5	8	3	194	331	330
5070	Bundespensionsamt		...	...	...	...	1	.....	.....	.....	.....	1	1
5071	Finanzprokuratur	*	...	...	1	...	.....	.....	.....	.....	.....	1	1
5072	*Hauptpunzierungs- und Probieramt*		...	...	...	...	.....	.....	.....	.....	.....	.....	1
	Summe 50...		2	...	11	4	112	5	8	4	194	340	340
60	**Land-, Forst- und Wasserwirtschaft:**												
6000	Zentralleitung	*	1	...	4	...	2	.....	.....	.....	2	9	9
6007	Qualitätskontrolle:												
	Graz		...	...	...	...	2	.....	.....	.....	.....	2	2
	Innsbruck		...	...	...	...	1	.....	.....	.....	.....	1	1
	Klosterneuburg		...	...	...	...	6	.....	.....	.....	.....	6	6
	Linz		...	...	...	...	2	.....	.....	.....	.....	2	2
	Summe 6007...		...	...	...	...	11	.....	.....	.....	.....	11	11
6050	Landwirtschaftliche Bundeslehranstalten:	*											
	Bundesseminar für das land- und forstwirtschaftliche Bildungswesen Wien-Ober St. Veit		...	...	...	...	1	.....	.....	.....	.....	1	1
	Höhere Bundeslehranstalt für alpenländische Landwirtschaft Raumberg-Trautenfels		...	...	...	...	1	.....	.....	.....	5	6	6
	- Raumberg-Trautenfels (Leihfahrzeuge)		...	...	...	...	.....	.....	.....	.....	1	1	1
	- Ursprung/Elixhausen		...	...	...	...	.....	.....	.....	.....	3	3	3
	- Ursprung/Elixhausen (Leihfahrzeuge)		...	...	...	...	.....	.....	.....	.....	1	1	1
	Höhere Bundeslehranstalt für Land- und Ernährungswirtschaft Elmberg		...	...	...	...	1	.....	.....	.....	1	2	2
	- Kematen		...	...	...	...	1	.....	.....	.....	1	2	2
	- Kematen (Leihfahrzeuge)		...	...	...	...	.....	.....	.....	.....	1	1	1
	- Pitzelstätten		...	...	...	...	1	.....	.....	.....	1	2	2
	- Pitzelstätten (Leihfahrzeuge)		...	...	...	...	.....	.....	.....	.....	1	1	1
	- Sitzenberg		...	...	...	...	1	.....	.....	.....	1	2	2
	- Sitzenberg (Leihfahrzeuge)		...	...	...	...	.....	.....	.....	.....	1	1	1
	Höhere Bundeslehr- und Versuchsanstalt für Gartenbau Wien		...	...	...	...	2	.....	.....	.....	2	4	4
	Höhere Bundeslehranstalt und Bundesamt für Wein- und Obstbau Klosterneuburg		...	...	...	...	1	.....	.....	1	5	7	7
	- Klosterneuburg (Leihfahrzeuge)		...	...	...	...	.....	.....	.....	.....	1	1	1
	Höhere landwirtschaftliche Bundeslehranstalt Francisco-Josephinum		...	...	...	...	2	.....	.....	.....	2	4	4
	- Franzisco-Josephinum (Leihfahrzeuge)		...	...	...	...	.....	.....	.....	.....	2	2	2

III.1 Plan der Kraftfahrzeuge
(Anzahl der Fahrzeuge)

Kap. Tit. bzw. Par.	Bezeichnung	Anm.	Personenkraftwagen Kategorie III	II	Ia	I	Fahrzeuge für betriebliche Zwecke	Motorräder über 50ccm Hubraum	Lastkraftw. Nutzlast über 1000kg	bis einschl. 1000kg	Kraftfahrzeuge für besondere Zwecke	Summe 2002	Summe 2001
6050	(Fortsetzung)												
	- St. Florian		...	...	...	...	2	.....	.....	.....	.....	2	2
	- St. Florian (Leihfahrzeuge)		...	...	...	...	.....	.....	.....	.....	2	2	2
	Summe 6050...		...	...	...	...	13	.....	.....	1	31	45	45
6051	Bundesämter für Landwirtschaft und landwirtsch. Bundesanst.:	*											
	Bundesamt für Agrarbiologie Linz		...	...	...	...	6	.....	3	1	3	13	13
	Bundesamt und Forschungszentrum für Landwirtschaft		...	...	...	...	18	.....	4	7	14	43	43
	Bundesamt für Weinbau Eisenstadt		...	...	...	...	4	.....	.....	.....	.....	4	4
	Bundesanstalt für alpenländische Landwirtschaft Gumpenstein		...	...	...	...	.....	.....	1	1	13	15	15
	Bundesanstalt für Milchwirtschaft		...	...	...	...	2	.....	.....	.....	.....	2	2
	Bundesanstalt für alpenländische Milchwirtschaft		...	...	...	...	1	.....	1	.....	.....	2	2
	Bundesanstalt für Landtechnik		...	...	...	...	3	.....	.....	1	7	11	11
	Summe 6051...		...	...	...	...	34	.....	9	10	37	90	90
6052	Forstwirtschaftliche Bundeslehranstalten:												
	Forstliche Fachschule Waidhofen an der Ybbs		...	...	...	...	1	.....	.....	.....	3	4	2
	Höhere Lehranstalt für Forstwirtschaft Bruck/Mur		...	...	...	...	.....	.....	.....	.....	2	2	2
	- Gainfarn		...	...	...	...	3	.....	.....	.....	1	4	4
	Summe 6052...		...	...	...	...	4	.....	.....	.....	6	10	8
6053	Forstliche Bundesversuchsanstalt		...	...	1	...	5	.....	1	.....	17	24	24
6058	Bundesamt für Wasserwirtschaft:												
	Bundesamt für Wasserwirtschaft		...	...	...	...	3	.....	1	.....	6	10	10
6072	Forstliche Ausbildungsstätten:	*											
	Ort/Gmunden		...	...	...	...	1	.....	.....	.....	4	5	5
	Ort/Gmunden (Leihfahrzeuge)		...	...	...	...	.....	.....	.....	.....	2	2	2
	Ossiach		...	...	...	...	1	.....	1	.....	5	7	7
	Ossiach (Leihfahrzeuge)		...	...	...	...	.....	.....	.....	.....	1	1	1
	Summe 6072...		...	...	...	...	2	.....	1	.....	12	15	15
6080	Wildbach- und Lawinenverbauungsdienst:												
	Forsttechnischer Dienst für Wildbach- und Lawinenverbauung, Sektion Kärnten/Villach		...	...	1	...	.....	.....	.....	.....	.....	1	1
	-, Sektion Oberösterreich/Linz		...	...	1	...	.....	.....	.....	.....	.....	1	1
	-, Sektion Salzburg/Salzburg		...	...	1	...	.....	.....	.....	.....	.....	1	1
	-, Sektion Steiermark/Graz		...	...	1	...	.....	.....	.....	.....	.....	1	1
	-, Sektion Tirol/Innsbruck		...	...	1	...	.....	.....	.....	.....	.....	1	1
	-, Sektion Vorarlberg/Bregenz		...	...	1	...	.....	.....	.....	.....	.....	1	1
	-, Sektion Wien, NÖ u. Bgld./Wien		...	...	1	...	.....	.....	.....	.....	.....	1	1
	Summe 6080...		...	...	7	...	.....	.....	.....	.....	.....	7	7
6091	Bundeskellereiinspektion		...	...	...	...	32	.....	.....	.....	.....	32	32
6093	Bundesgärten:	*											
	Innsbruck		...	...	...	...	.....	.....	2	.....	2	4	4
	Wien-Schönbrunn		...	...	...	...	2	.....	5	4	8	19	19
	Summe 6093...		...	...	...	...	2	.....	7	4	10	23	23
6096	Forstwirtschaftliche Bundeslehr- und Versuchsforste:	*											
	Bruck/Mur		...	...	...	...	.....	.....	.....	.....	1	1	1
	Bruck/Mur (Leihfahrzeuge)		...	...	...	...	.....	.....	.....	.....	1	1	1

III.1 Plan der Kraftfahrzeuge
(Anzahl der Fahrzeuge)

Kap. Tit. bzw. Par.	Bezeichnung	Personenkraftwagen Kategorie III	II	Ia	I	Fahrzeuge für betriebliche Zwecke	Motorräder über 50ccm Hubraum	Lastkraftw. Nutzlast über 1000kg	bis einschl. 1000kg	Kraftfahrzeuge für besondere Zwecke	Summe 2002	Summe 2001
	Anm.											
6096	(Fortsetzung)											
	Lahnhube	...	...	...	...	.....	.....	.....	.....	1	1	1
	Merkenstein	...	...	...	...	.....	.....	.....	.....	2	2	2
	Merkenstein (Leihfahrzeuge)	...	...	...	...	.....	.....	.....	.....	1	1	1
	Kollerhube	...	...	...	...	.....	.....	.....	.....	2	2	2
	Kollerhube (Leihfahrzeuge)	...	...	...	...	.....	.....	.....	.....	1	1	1
	Ulmerfeld	...	...	...	...	.....	.....	.....	.....	.....	.....	2
	Ulmerfeld (Leihfahrzeuge)	...	...	...	...	.....	.....	.....	.....	.....	.....	1
	Summe 6096...	...	...	...	...	.....	.....	.....	.....	9	9	12
	Summe 60...	1	...	12	...	108	.....	19	15	130	285	286
61	**Umwelt neu:**											
6120	Umweltpolitische Maßnahmen:											
	Vorarlberg	...	...	...	...	.....	.....	.....	.....	1	1	1
63	**Wirtschaft und Arbeit:**											
6300	Zentralleitung	2	...	4	...	1	.....	.....	.....	.....	7	7
633	Bergbehörden:											
	Berghauptmannschaft Innsbruck	...	...	...	1	.....	.....	.....	.....	.....	1	1
	- Salzburg	...	...	...	2	.....	.....	.....	.....	.....	2	2
	- Wien	...	...	1	1	.....	.....	.....	.....	.....	2	2
	Summe 633...	...	...	1	4	.....	.....	.....	.....	.....	5	5
6392	Arbeitsinspektion:											
	Arbeitsinspektion Wien	...	...	...	1	3	.....	.....	.....	.....	4	4
	Arbeitsinspektorat Eisenstadt	...	...	...	1	.....	.....	.....	.....	.....	1	1
	- Graz	...	...	...	1	.....	.....	.....	.....	.....	1	1
	- Klagenfurt	...	...	...	1	.....	.....	.....	.....	.....	1	1
	- Krems	...	...	...	1	.....	.....	.....	.....	.....	1	1
	- Leoben	...	...	...	1	.....	.....	.....	.....	.....	1	1
	- Linz	...	...	...	1	.....	.....	.....	.....	.....	1	1
	- Salzburg	...	...	...	1	.....	.....	.....	.....	.....	1	1
	- St. Pölten	...	...	...	1	.....	.....	.....	.....	.....	1	1
	- Vöcklabruck	...	...	...	1	.....	.....	.....	.....	.....	1	1
	- Wels	...	...	...	1	.....	.....	.....	.....	.....	1	1
	Summe 6392...	...	...	...	11	3	.....	.....	.....	.....	14	14
	Summe 63...	2	...	5	15	4	.....	.....	.....	.....	26	26
64	**Bauten und Technik:**											
6401	Bundesmobilienverwaltung	...	...	...	...	.....	.....	1	.....	.....	1	1
6450	Burghauptmannschaft Österreich:											
	Burghauptmannschaft Österreich	...	...	1	...	3	.....	.....	.....	1	5	5
6490	Einrichtungen des Eich- und Vermessungswesens:											
	Bundesamt für Eich- und Vermessungswesen	...	...	1	...	.....	.....	.....	.....	.....	1	1
	Abteilung F 2	...	...	1	...	4	.....	2	2	10	19	19
	Abteilung V 1	...	...	...	...	5	.....	.....	.....	12	17	17
	Abteilung V 3	...	...	...	...	1	.....	.....	.....	3	4	4
	Abteilung M 4	...	...	...	...	2	.....	.....	.....	.....	2	2

III.1 Plan der Kraftfahrzeuge
(Anzahl der Fahrzeuge)

Kap. Tit. bzw. Par.	Bezeichnung	Anm.	Personenkraftwagen Kategorie III	II	Ia	I	Fahrzeuge für betriebliche Zwecke	Motorräder über 50ccm Hubraum	Lastkraftw. Nutzlast über 1000kg	bis einschl. 1000kg	Kraftfahrzeuge für besondere Zwecke	Summe 2002	Summe 2001
6490	(Fortsetzung)												
	Gruppe A		...	...	...	...	4	.....	.....	.....	.....	4	4
	Eich- und Vermessungsämter:												
	Burgenland		...	...	...	...	2	.....	1	.....	1	4	4
	Kärnten		...	...	...	...	1	.....	1	.....	4	6	6
	Niederösterreich		...	...	...	...	10	.....	2	.....	3	15	15
	Oberösterreich		...	...	...	...	8	.....	2	.....	7	17	17
	Salzburg		...	...	...	...	.....	.....	1	.....	5	6	6
	Steiermark		...	...	...	...	6	.....	1	.....	4	11	11
	Tirol / Vorarlberg		...	...	...	...	6	.....	2	.....	4	12	12
	Wien		...	...	...	...	1	.....	.....	.....	6	7	7
	Summe 6490...		...	...	2	...	50	.....	12	2	59	125	125
	Summe 64...		...	...	3	...	53	.....	13	2	60	131	131
65	**Verkehr, Innovation und Technologie:**												
6500	Zentralleitung		1	...	2	...	.....	.....	.....	.....	1	4	4
6501	Schifffahrtspolizei		...	...	...	...	1	.....	.....	.....	.....	1	1
6502	Post- und fernmeldebehördliche Tätigkeiten		...	...	...	...	10	.....	.....	.....	36	46	46
6541	Wasserstraßendirektion:												
	Wasserstraßendirektion		...	...	2	...	.....	.....	.....	.....	.....	2	2
	Wasserstraßenverwaltung West		...	...	...	...	1	.....	.....	.....	1	2	2
	- Ost		...	...	...	...	1	.....	.....	.....	1	2	2
	- Mitte		...	...	...	...	1	.....	.....	.....	1	2	2
	Summe 6541...		...	...	2	...	3	.....	.....	.....	3	8	8
655	Bundesprüfanstalt für Kraftfahrzeuge		...	...	...	...	1	.....	3	.....	2	6	6
6562	Bundesstraßen (sonstige Ausgaben):	*											
	Bundesstraßenverwaltung Burgenland		...	...	...	...	2	.....	43	24	16	85	85
	- Kärnten		...	...	...	...	75	.....	91	31	49	246	246
	- Niederösterreich		...	...	...	...	76	.....	166	74	59	375	375
	- Oberösterreich		...	...	...	...	8	.....	95	54	58	215	215
	- Salzburg		...	...	...	...	7	.....	40	20	28	95	95
	- Steiermark		...	...	...	...	38	.....	149	90	45	322	322
	- Tirol		...	...	...	...	14	.....	66	75	45	200	200
	- Vorarlberg		...	...	...	...	2	.....	9	14	6	31	30
	- Wien		...	...	...	...	4	.....	4	2	1	11	15
	Summe 6562...		...	...	...	...	226	.....	663	384	307	1.580	1.583
6580	Österreichisches Patentamt		...	...	1	...	1	.....	.....	.....	.....	2	2
	Summe 65...		1	...	5	...	242	.....	666	384	349	1.647	1.650
70	**Öffentliche Leistung und Sport:**												
7000	Zentralleitung		1	...	...	...	1	.....	.....	.....	.....	2	2
7020	Verwaltungsakademie		...	...	...	...	1	.....	.....	.....	.....	1	1
	Summe 70...		1	...	...	...	2	.....	.....	.....	.....	3	3

III.2 Plan der Luftfahrzeuge
(Anzahl der Fahrzeuge)

Kap. Tit. bzw. Par.	Bezeichnung	Motorflugzeuge				Hub-schrauber	Segelflug-zeuge		Summe 2002	Summe 2001
		Gewichtsklasse					Sitzplatzkl.			
	Anm.	D-F	C	B	A		b	a		
11	**Inneres:**									
1110	Flugpolizei und Flugrettungsdienst:									
	Graz					2			2	3
	Hohenems					1			1	1
	Innsbruck					1			1	1
	Klagenfurt					1			1	3
	Lienz									1
	Linz					2			2	4
	Salzburg					1			1	2
	Wien			1	3	4			8	8
	Technischer Umlauf (Reserve)					6			6	5
	Summe 11...			1	3	18			22	28
64	**Bauten und Technik:**									
6490	Einrichtungen des Eich- und Vermessungswesens		1						1	1

III.3 Plan der Wasserfahrzeuge
(Anzahl der Fahrzeuge)

Kap. Tit. bzw. Par.	Bezeichnung Anm.	Wasserfahrzeuge mit Kraftantrieb					Summe 2002	Summe 2001
		Passagier- und Transport-schiffe	Spezial-wasser-fahr-zeuge	Innen-bord-	Außen-bord-	Boote, Zillen u. ä. mit Außen-bordmotor		
				Motorboote				
11	**Inneres:**							
1100	Zentralleitung	.....	1	.....	.....	3	4	4
1130	Bundespolizei	.....	.....	9	3	16	28	28
1140	Bundesgendarmerie	.....	.....	46	3	22	71	71
	Summe 11	.....	1	55	6	41	103	103
12	**Bildung und Kultur:**							
1280	Technische und gewerbliche Lehranstalten:							
	Höhere technische Bundeslehranstalt in Hallstatt	.....	.....	.....	.....	1	1	1
14	**Wissenschaft:**							
1420	Universitäten:							
	Universität Wien, Institut für Ökologie u. Naturschutz	.....	.....	.....	.....	1	1	1
	Universität für Bodenkultur, Institut für Wasservorsorge, Gewässergüte und Fischereiwirtschaft	.....	.....	.....	.....	1	1	1
	Summe 1420	.....	.....	.....	.....	2	2	2
1421	Universitäten (zweckgebundene Gebarung):							
	Universität Wien, Institut für Ökologie u. Naturschutz	.....	1	.....	.....	.....	1	1
	Summe 14	.....	1	.....	.....	2	3	3
50	**Finanzverwaltung:**							
5040	Dienststellen:							
	Zollwachegeneralinspektorat	.....	.....	5	.....	2	7	7
60	**Land-, Forst- und Wasserwirtschaft:**							
6058	Bundesamt für Wasserwirtschaft	.....	.....	3	2	7	12	12
6072	Forstliche Ausbildungsstätten:							
	Forstliche Ausbildungsstätte Ossiach	.....	.....	.....	.....	1	1	1
	Summe 60	.....	.....	3	2	8	13	13
65	**Verkehr, Innovation und Technologie:**							
6501	Schifffahrtspolizei	.....	.....	2	.....	16	18	18
	- Schleppschiffe	.....	16	.....	.....	.....	16	16
	Summe 6501	.....	16	2	.....	16	34	34
6541	Wasserstraßendirektion:							
	Donau - March - Thaya	.....	.....	.....	.....	3	3	3
	- Zugschiffe über 200 PS: Schleppschiffe	.....	3	.....	.....	.....	3	3
	Summe 6541	.....	3	.....	.....	3	6	6
	Summe 65	.....	19	2	.....	19	40	40

IV. Anmerkungen

1. Anmerkungen zum Plan der Kraftfahrzeuge

Kap. Tit. bzw. Par.	Anmerkung
01	Hievon 2 Personenkraftwagen (Kategorie III) für offizielle repräsentative Zwecke.
021	Die Betreuung der Fahrzeuge obliegt der Parlamentsdirektion.
022	Die Betreuung dieses Fahrzeuges obliegt der Parlamentsdirektion.
024	Abweichend vom Fahrzeugplan stehen derzeit nur 5 Personenkraftwagen der Kategorie III, davon 2 Personenkraftwagen als Reserve bzw. für offizielle repräsentative Zwecke, in Verwendung, da der Zweite Präsident des Nationalrates und der Parlamentsdirektor auf den ihnen laut Fahrzeugplan jeweils zustehenden Personenkraftwagen verzichten.
1130	In den ausgewiesenen 524 Kraftfahrzeugen für besondere Zwecke sind auch 2 Traktoren enthalten.
1151	Bei dem ausgewiesenen Kraftfahrzeug für besondere Zwecke handelt es sich um einen Traktor.
1241	Bei dem ausgewiesenen Kraftfahrzeug für besondere Zwecke handelt es sich um einen Traktor, der für die Zentrale für Sportgeräteverleih und Sportplatzwartung vorgesehen ist.
1270	Bei den ausgewiesenen 6 Kraftfahrzeugen für besondere Zwecke handelt es sich um Traktoren.
1280	In den ausgewiesenen 8 Lastkraftwagen (mit einer Nutzlast über 1000 kg) sind 7 Fahrzeuge enthalten, die bei den angeführten Bundesorganen mit Ausnahme der HTBLA Kapfenberg auch als Unterrichtsbehelf dienen. Bei den ausgewiesenen 6 Lastkraftwagen (mit einer Nutzlast bis einschließlich 1000 kg) dient lediglich das für die HTBLVA Innsbruck vorgesehene Fahrzeug auch als Unterrichtsbehelf.
1281	Bei den ausgewiesenen Kraftfahrzeugen für besondere Zwecke handelt es sich um Traktoren.
1282	Bei dem ausgewiesenen Kraftfahrzeug für besondere Zwecke handelt es sich um einen Traktor.
1420	Von den ausgewiesenen 7 Lastkraftwagen (mit einer Nutzlast über 1000 kg) dient das für das Institut für Fertigungstechnik der technischen Universität Wien vorgesehene Fahrzeug auch als Unterrichtsbehelf. In den ausgewiesenen 50 Kraftfahrzeugen für besondere Zwecke sind 22 Traktoren enthalten, die für das Institut für Pflanzenbau und Pflanzenzüchtung der Universität für Bodenkultur (1), die Versuchswirtschaft Großenzersdorf der Universität für Bodenkultur (6), die Universität Graz (1), das Universitätssportzentrum der Universität Graz (1), die Universität Innsbruck (1), das Universitäts-Sportinstitut der Universität Innsbruck (3), für das Lehr- und Forschungsgut Merkenstein der veterinärmedizinischen Universität Wien (7), für die Universität Klagenfurt (1) sowie für das Institut für Botanik und Botanischen Garten der Universität Wien (1) vorgesehen sind.
1790	Das Fahrzeug für betriebliche Zwecke der Bundesanstalt für Lebensmitteluntersuchung Graz wird auch im Rahmen des Zivilschutzes eingesetzt.
1795	In den ausgewiesenen 9 Kraftfahrzeugen für besondere Zwecke sind 2 Traktoren für die Bundesanstalt für veterinärmedizinische Untersuchungen Mödling enthalten; weiters wird ein Fahrzeug auch im Rahmen des Zivilschutzes eingesetzt.
302	Die Fahrzeuge sind für die 4 Gerichtshöfe II. Instanz (Oberlandesgerichte in Graz, Innsbruck, Linz und Wien) und die 21 Gerichtshöfe I. Instanz (Landesgerichte für Zivilrechtssachen in Graz und Wien; Landesgerichte für Strafsachen in Graz und Wien; Landesgerichte in Eisenstadt, Feldkirch, Innsbruck, Klagenfurt, Korneuburg, Krems an der Donau, Leoben, Linz, Ried im Innkreis, Salzburg, Steyr, St. Pölten, Wels und Wr. Neustadt; Handelsgericht Wien; Jugendgerichtshof Wien; Arbeits- und Sozialgerichtshof Wien) vorgesehen.
3030	Bei den ausgewiesenen 30 Kraftfahrzeugen für besondere Zwecke handelt es sich um: 4 Gefangenentransportwagen für die Justizanstalt Wien-Josefstadt; 24 Traktoren, die für die Justizanstalten Garsten(2), Graz-Karlau(3), Hirtenberg(5), Innsbruck(2), Klagenfurt(4), Linz(1), Schwarzau(3), Sonnberg(2), Stein(1) und für die Justizanstalten für Jugendliche Gerasdorf(1) vorgesehen sind; 2 Kühlwagen für die Justizanstalten in Garsten und Hirtenberg.
401	Gemäß den Bestimmungen in § 27 Abs. 2 BHG, BGBl. Nr. 213/1986 in der derzeit geltenden Fassung, sind die Fahrzeuge des Bundesheeres und der Heeresverwaltung im Fahrzeuplan nicht zu erfassen.
5040	Einschließlich der Fahrzeuge des dem Bundesministerium für Finanzen direkt unterstehenden Zollwachegeneralinspektorates; weiters werden 25 Fahrzeuge im Rahmen der Schwarzarbeiterbekämpfung eingesetzt.
5071	Der ausgewiesene Personenkraftwagen (Kategorie Ia) wird im Bedarfsfall auch vom Bundesministerium für Finanzen mitbenützt.
6000	Von den ausgewiesenen Kraftfahrzeugen für besondere Zwecke wird 1 Fahrzeug auch im Rahmen des Zivilschutzes eingesetzt.
6050	In den ausgewiesenen 31 Kraftfahrzeugen für besondere Zwecke sind 26 Traktoren enthalten, die für die höheren Bundeslehranstalten für alpenländische Landwirtschaft in Raumberg-Trautenfels (4) und Ursprung/Elixhausen (3), für die höheren Bundeslehranstalten für Land- und Ernährungswirtschaft in Elmberg/Oberösterreich (1), Kematen/Tirol (2), Pitzelstätten (2) und Sitzenberg (2), für die höhere Bundeslehr- und Versuchsanstalt für Gartenbau in Wien (2), für die höhere Bundeslehranstalt und Bundesamt für Wein- und Obstbau in Klosterneuburg (5) sowie für die höheren landwirtschaftlichen Bundeslehranstalten Francisco-Josephinum (3) und St. Florian (2) vorgesehen sind.
6051	In den ausgewiesenen 37 Kraftfahrzeugen für besondere Zwecke sind 33 Traktoren enthalten, die für das Bundesamt und Forschungszentrum für Landwirtschaft in Wien (14), für das Bundesamt für Agrarbiologie in Linz (3), für die Bundesanstalt für alpenländische Landwirtschaft in Gumpenstein (11) sowie für die Bundesanstalt für Landtechnik (5) vorgesehen sind.
6072	In den ausgewiesenen 12 Kraftfahrzeugen für besondere Zwecke sind 3 Traktoren enthalten, die für die forstlichen Ausbildungsstätten in Ort/Gmunden (2) und Ossiach (1) vorgesehen sind.
6093	In den ausgewiesenen 10 Kraftfahrzeugen für besondere Zwecke sind 5 Traktoren enthalten, die für die Bundesgärten in Innsbruck (1) und Wien-Schönbrunn (4) vorgesehen sind.
6096	In den ausgewiesenen 9 Kraftfahrzeugen für besondere Zwecke sind 4 Traktoren enthalten, die für die Bundeslehr- und Versuchsforste in Bruck/Mur (1), Merkenstein (2) und Kollerhube (1) vorgesehen sind.

IV. Anmerkungen

Kap. Tit. bzw. Par.	Anmerkung
6562	Bei den ausgewiesenen Kraftfahrzeugen für besondere Zwecke handelt es sich um Zugmaschinen.

2. Anmerkungen zum Plan der Luftfahrzeuge

(entfällt)

3. Anmerkungen zum Plan der Wasserfahrzeuge

Den einzelnen Kategorien sind folgende Wasserfahrzeuge zugeordnet:

Kategorie	Zugeordnete Fahrzeuge	Kennziffer der RIM *)
Passagier- und Transportschiffe	Passagier- und Transportschiffe	220, 221
Spezialwasserfahrzeuge	Barken, Leichter, Prähme	222, 223
	Schleppschiffe, Schleppboote, Zugschiffe, sonstige Spezialwasserfahrzeuge	224
	Bagger	226
Innenbord- und Außenbord-Motorboote	Motorboote (Patrouillenfahrzeuge, Fischereifahrzeuge, Jachten, Kabinenboote u. ä.)	227
Boote, Zillen u. ä. mit Außenbordmotor	Sonstige Wasserfahrzeuge mit Außenbordmotor	227, 228

*) Richtlinien für die Sachenverwaltung des Bundes (Inventar-Kontenrahmen).

Arbeitsbehelf

zum

Bundesfinanzgesetz

für das Jahr

2002

I. Teil

(Allgemeine und Kapitel-Erläuterungen)

BUNDESMINISTERIUM
FÜR FINANZEN

Wien 2001
WIENER ZEITUNG
digitale publikationen

740362

Arbeitsbehelf

zum

Bundesfinanzgesetz

für das Jahr

2002

I. Teil

(Allgemeine und Kapitel-Erläuterungen)

BUNDESMINISTERIUM
FÜR FINANZEN

Wien 2001
WIENER ZEITUNG
digitale publikationen

Inhalt

I . T E I L

Abschnitt A. Ausgaben und Einnahmen des Bundesvoranschlages 2002 sowie Vergleiche mit den Voranschlags/Gebarungsziffern der Jahre 2001 und 2000:

Gesamtgebarung und Aufgabenstellung 5

Grundsätzliche Ausführungen zu den Kapiteln 01 bis 70 9

Kapitel 01: Präsidentschaftskanzlei 11

Kapitel 02: Bundesgesetzgebung 12

Kapitel 03: Verfassungsgerichtshof 15

Kapitel 04: Verwaltungsgerichtshof 16

Kapitel 05: Volksanwaltschaft 17

Kapitel 06: Rechnungshof 18

Kapitel 10: Bundeskanzleramt mit Dienststellen. 19

Kapitel 11: Inneres 23

Kapitel 12: Bildung und Kultur 32

Kapitel 13: Kunst 59

Kapitel 14: Wissenschaft 64

Kapitel 15: Soziale Sicherheit und Generationen 78

Kapitel 16: Sozialversicherung 87

Kapitel 17: Gesundheit 97

Kapitel 19: Jugend, Familie und Senioren 107

Kapitel 20: Äußeres 115

Kapitel 30: Justiz 120

Kapitel 40: Militärische Angelegenheiten 126

Kapitel 50: Finanzverwaltung 131

Kapitel 51: Kassenverwaltung 144

Kapitel 52: Öffentliche Abgaben 150

Kapitel 53: Finanzausgleich 177

Kapitel 54: Bundesvermögen 183

Kapitel 55: Pensionen 197

Kapitel 58: Finanzschuld, Währungstauschverträge 203

Kapitel 60: Land-, Forst- und Wasserwirtschaft 207

Kapitel 61: Umwelt neu 226

Kapitel 63: Wirtschaft und Arbeit 229

Kapitel 64: Bauten und Technik 240

Kapitel 65: Verkehr, Innovation und Technologie 246

Kapitel 70: Öffentliche Leistung und Sport 258

Abschnitt B. Sonstiges (Punkt I bis V)

I. Hauptüberblick über den Bundesvoranschlag 2002:

Nachfrage(un)wirksame Gebarung 261
Personalstand und Personalausgaben 265
Starrheit des Bundeshaushaltes 268
Investitionen und Investitionsförderung 269
Vermögens- und Schuldenrechnung des Bundes 271
Zahlungsströme zu bzw. von ausgegliederten Institutionen 272
Außerbudgetäre Finanzierungsvorhaben des Bundes 274

II. Der Bundeshaushalt im Rahmen der öffentlichen Haushalte und der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung:

Der Staat im Rahmen der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung 276

III. Bundesgebarung der Vorjahre:

Vorläufiger Gebarungserfolg 2000 283

IV. Budgetgrogramm:

Budgetprogramm und Budgetbericht des Bundesministeriums für Finanzen gemäß BHG 285

V. Gliederung des Bundesvoranschalges:

Gliederung des Bundesvoranschlages 287

Ausgaben und Einnahmen des Bundesvoranschlages 2002 sowie Vergleiche mit den Voranschlags/Gebarungsziffern der Jahre 2001 und 2000

Dem Bundesfinanzgesetz ist als **Anlage I** der **Bundesvoranschlag** für das Jahr 2002 angeschlossen. Dieser enthält unter Bedachtnahme auf § 16 BHG sämtliche im Finanzjahr 2002 zu erwartende Einnahmen und voraussichtlich zu leistende Ausgaben des Bundes und zeigt nachstehende Schlussziffern, die gegenüber dem Bundesvoranschlag für das Jahr 2001 bzw. dem vorläufigen Gebarungserfolg 2000 folgendes Vergleichsbild ergeben:

	2002 BVA-E	2001 BVA	2000 vorl. Erf.
		in Millionen Euro *)	
Allgemeiner Haushalt:			
Ausgaben	58.307	58.798	58.209
Einnahmen	57.478	56.417	55.356
Abgang	829	2.381	2.854
Ausgleichshaushalt:			
Ausgaben	41.541	36.814	63.418
Einnahmen	42.370	39.195	66.272
Überschuss	829	2.381	2.854
Bruttoinlandsprodukt (BIP) in Milliarden Euro	223,5	213,3	206,2
Abgang des allgemeinen Haushaltes in Prozent des BIP	0,4%	1,1%	1,4%

BIP: lt. Prognose des WIFO vom Dezember 2000 (Ausnahme BVA 2001: Stand Oktober 2000).

**) Die Beträge wurden nach den mathematischen Regeln auf- bzw. abgerundet; daher können bei Summen- und Saldenbeträgen Rechendifferenzen auftreten.*

1. Budgetpolitische Zielsetzung

Diese Bundesregierung hat sich im Interesse der künftigen Generationen zum Ziel gesetzt, die budgetpolitischen Versäumnisse der Vergangenheit, wie Inkaufnahme hoher Budgetdefizite und deutliche Zunahme der Schuldenlast, durch nachhaltige Konsolidierungsmaßnahmen aufzuholen und das Defizit gemäß den Verpflichtungen aus dem Stabilitätsprogramm zur Erreichung eines ausgeglichenen Haushaltes zu reduzieren.

Das österreichische Stabilitätsprogramm für die Jahre 2000 bis 2004 sieht bis zum Jahr 2002 eine Senkung des öffentlichen Defizites auf Null Prozent des Bruttoinlandsprodukts (BIP) vor, wobei das Defizit des Bundes auf 0,75 Prozent sinken wird. Im Jahr 2001 soll das öffentliche Defizit 0,75 Prozent des BIP betragen. Damit wird auch die gesamtstaatliche Schuldenquote bereits im Jahr 2002 unter den Referenzwert von 60 Prozent des BIP fallen. Dies ist die Antwort der Bundesregierung auf die internationale Kritik (EU, IWF und OECD) an der zu langsamen und endlastigen Konsolidierung. Mit diesem Budgetkurs wird Österreich nicht mehr Schlusslicht in der EU sein, sondern eine solide Position in der Mitte einnehmen.

Diese rasche und nachhaltige Budgetkonsolidierung sichert
- den Wirtschaftsstandort Österreich und damit die hohe Beschäftigung sowie nachhaltiges Wirtschaftswachstum,
- die Kreditwürdigkeit Österreichs auf den internationalen Kapitalmärkten,
- günstigere Zinssätze für Investitionen des Staates, der Wirtschaft und der Konsumenten,
- den Haushaltsspielraum für Zukunftsaufgaben (insbesondere für Forschung, Technologie, Infrastruktur, Bildung, Ausbildung) und somit
- Österreichs Zukunft

Auf dem Weg zu einem ausgeglichenen Budget und zur modernsten Verwaltung Europas wird die österreichische Bundesverwaltung bei der Konzeption und Umsetzung struktureller Budgetsanierungsmaßnahmen durch einen international renommierten Berater unterstützt. Darüber hinaus ist es gelungen, im Rahmen der Finanzausgleichsverhandlungen ein Abkommen mit den Ländern und Gemeinden zu erreichen, das die Einhaltung des neuen Defizitziels ermöglicht.

Das Konsolidierungsprogramm birgt auch expansive Signale: so werden für ein Offensivprogramm für Forschung und Entwicklung, Investitions- und Infrastrukturvorhaben ab 2001 insgesamt 10 Milliarden Schilling über die Legislaturperiode zur Verfügung gestellt.

Die Konsolidierungsstrategie für 2002 ist zu rund 2/3 ausgabenseitig und zu rund 1/3 einnahmenseitig ausgerichtet.

Der Entwurf für den **Bundesvoranschlag 2002** sieht ein administratives Nettodefizit von rund 829 Millionen Euro (rd. 11,4 Milliarden Schilling) oder 0,4 Prozent des Bruttoinlandsprodukts vor. Das Nettodefizit liegt damit um rund 1,6 Milliarden Euro (rund 21,4 Milliarden Schilling) unter dem Bundesvoranschlag 2001 und um rund 2,0 Milliarden Euro (rund 27,9 Milliarden Schilling) unter dem Bundesrechnungsabschluss 2000.

Im Sinne des beabsichtigten Schuldenreduzierungsprogrammes der Bundesregierung wird das im österreichischen Stabilitätsprogramm für das Jahr 2002 vorgesehene Nettodefizit des Bundes unterschritten, um damit für die Zukunft die Zinsenbelastung geringer zu halten.

Es wird davon ausgegangen, dass mit dem vorliegenden Entwurf des Bundesvoranschlages 2002 das angestrebte Maastricht-Ziel von 0,75 Prozent für den Bund jedenfalls erreicht und der vorgezeichnete Konsolidierungspfad für das gesamtstaatliche Defizit von 0,0 Prozent für 2002 eingehalten werden kann.

Der vorliegende Entwurf des Bundesvoranschlages 2002 ist somit in zweifacher Hinsicht historisch bedeutsam:

- **Erstens ist es der erste Bundesvoranschlag, der in Euro erstellt wird und**
- **zweitens ist es das erste Budget, das erstmals als Ziel ein Finanzierungsdefizit der öffentlichen Haushalte mit 0,0 Prozent des BIP ausweist.**

2. Wirtschaftliche Rahmenbedingungen

In der Europäischen Währungsunion ist die Wirtschaft im vergangenen Jahr kräftig expandiert. Allerdings hat der Konjunkturaufschwung seit dem vergangenen Sommer etwas an Tempo verloren. Im Jahresdurchschnitt 2000 dürfte nach der Dezember-Prognose des WIFO die gesamtwirtschaftliche Produktion um 3,3 Prozent zugenommen haben. Seit Ende des letzten Jahres reagiert die Konjunktur in den USA aber zunehmend negativ auf den Anstieg der Energiekosten und die restriktive Geldpolitik. Die Landung der Wirtschaft im laufenden Jahr könnte härter als bisher erwartet ausfallen. Dies wird auch die EU-Konjunktur beeinträchtigen und heuer eine leichte Wachstumsverlangsamung verursachen. Dennoch bleiben die Konjunkturauftriebskräfte erhalten.

Von diesen Effekten und von der erwarteten - bzw. schon erfolgten - raschen geld- und fiskalpolitischen Reaktion in den USA profitiert die gesamtwirtschaftliche Expansion im Euroraum, die sich bereits in der zweiten Hälfte 2001 leicht beschleunigen dürfte. Vor allem die Exporte des Euroraums werden einmal mehr eine wichtige Konjunkturstütze sein. Mit den verbesserten Export-

chancen werden auch die Ausrüstungsinvestitionen wieder deutlicher zunehmen.

Die Veränderung in den internationalen konjunkturellen Rahmenbedingungen macht sich auch in der österreichischen Wirtschaft bemerkbar. Der kräftige Aufschwung der österreichischen Wirtschaft im letzten Jahr wird heuer durch die Auswirkungen der Erdölverteuerung, die Abschwächung der Konjunktur in den USA und die Auswirkungen der Budgetkonsolidierung etwas gebremst. Die heimische Konjunktur erreichte im letzten Sommer ihren Höhepunkt, seither hat sie an Schwung verloren.

Der private Konsum war im 1. Halbjahr 2000 die wichtigste Konjunkturstütze. Ab dem dritten Quartal war jedoch ein deutlicher Nachfragerückgang zu verzeichnen, der durch die Kaufkrafteinbußen der Konsumenten durch die starke Erdölverteuerung hervorgerufen wurde. Im Jahresdurchschnitt 2000 stiegen die privaten Konsumausgaben zwar kräftig, aber schwächer als bisher angenommen. Heuer wird die mäßige Zunahme der realen Nettomasseneinkommen den Spielraum für die Konsumausweitung nicht erweitern.

Die Investitionstätigkeit war im 1. Halbjahr 2000 außerordentlich rege, verlor aber mit der zunehmenden Unsicherheit über den weiteren Konjunkturverlauf an Schwung. Die Stagnation der Importe von Investitionsgütern im Herbst weist darauf hin, dass auch die Investoren durch die Rohölpreishausse zurückhaltender wurden. Gegen Jahresende bewirkte die bevorstehende Streichung der Investitionsprämie Vorzieheffekte.

Im Jahresdurchschnitt 2000 hat die Teuerungsrate 2,3 Prozent betragen. Der Harmonisierte Verbraucherpreisindex (HVPI) stieg mit 1,8 Prozent deutlich langsamer als der VPI. Die Teuerungsrate gemäß HVPI liegt damit unter dem EU-Durchschnitt von 2,3 Prozent. Für 2001 wird ein Rückgang der Inflationsrate auf 1,5 Prozent erwartet. Entscheidend für den Rückgang der Inflationsrate im laufenden Jahr ist der Wegfall des Energiepreiseffekts, der 2000 fast +1 Prozentpunkt ausmachte. Ab Juni 2001 fallen auch die Auswirkungen der Anhebung der Verbrauchsteuern.

Den österreichischen Exporten ist im letzten Jahr der Aufschwung der Weltwirtschaft und die Schwäche des Euro zugute gekommen. Die Ausfuhr ist stark gestiegen, besonders in Staaten außerhalb der EU (allerdings nicht in die OPEC). Die Warenexporte nahmen real um etwa 12 Prozent zu, deutlich stärker als in den Jahren 1998 und 1999 (jeweils rund +8 Prozent). Das Wirtschaftswachstum wurde damit, vor allem im 1. Halbjahr, vom Export entscheidend stimuliert. Die sich abzeichnende Abschwächung der Weltkonjunktur wird heuer auch die österreichische Ausfuhr beeinträchtigen, sie wird real um 7 Prozent steigen (nach +12 Prozent 2000).

Das rege Wirtschaftswachstum hat sich im letzten Jahr in einer deutlichen Verbesserung der Arbeitsmarktlage niedergeschlagen. Der Zuwachs der Beschäftigung hat sich jedoch seit dem Frühsommer verlangsamt. Mit dem Abflauen der Wirtschaftsdynamik wird sich das Tempo der Beschäftigungsausweitung 2001 etwas verlangsamen. Die Arbeitslosigkeit wird heuer weiterhin deutlich zurückgehen, aber ebenfalls etwas schwächer als im letzten Jahr. 2001 ist eine Arbeitslosenquote von nur noch 5,3 Prozent (nach nationaler Definition) zu erwarten.

Im Jahr 2002 dürfte die Konjunktur wieder anziehen. Die Dynamik reicht aus, um die Arbeitslosenrate weiter zurückgehen zu lassen. Auch die Inflationsrate wird bei sinkendem Erdölpreis und Dollarkurs deutlich verringert.

Bei der Erstellung des Entwurfes des Bundesvoranschlages 2002 wurde von folgenden wirtschaftlichen Eckdaten für das Jahr 2002 ausgegangen (Wirtschaftsdaten aufgrund der Prognose des Österreichischen Instituts für Wirtschaftsforschung vom Dezember 2000):

nominelles Wirtschaftswachstum	+4,1%
reales Wirtschaftswachstum	+2,8%
Unselbständig Beschäftigte	+0,9%
Verbraucherpreise	+1,3%
Arbeitslosenquote (nationale Abgrenzung)	5,2%
Arbeitslosenquote (EU Abgrenzung)	3,2%
Bruttoverdienste je Arbeitnehmer	2,5%

3. Budgetvollzug 2000

Im Bundesvoranschlag 2000 (allgemeiner Haushalt) waren Ausgaben in Höhe von 56,8 Milliarden Euro (781,5 Milliarden Schilling) und Einahmen von 52,8 Milliarden Euro (726,8 Milliarden Schilling) budgetiert. Der administrative Budgetabgang betrug fast 4,0 Milliarden Euro (54,6 Milliarden Schilling; zum Zeitpunkt der Budgeterstellung waren dies 2,0% des BIP). Im Vollzug waren die Ausgaben um 1,4 Milliarden Euro (19,5 Milliarden Schilling; das sind 2,5 %) und die Einnahmen um 2,5 Milliarden Euro (34,9 Milliarden Schilling; das sind +4,8%) höher. Der Abgang verminderte sich um 1,1 Milliarden Euro (15,4 Milliarden Schilling) auf 2,9 Milliarden Euro (39,3 Milliarden Schilling; 1,4% vom BIP).

Durch den strikten Budgetvollzug und die gute Konjunkturlage konnte das Budgetdefizit gegenüber dem Bundesvoranschlag 2000 um fast 30 Prozent und gegenüber dem Rechnungsabschluss 1999 um 42 Prozent (das sind 2,1 Milliarden Euro bzw. 28,9 Milliarden Schilling) reduziert werden.
Damit wurde der Finanzschuldenzuwachs des Bundes eingebremst und die Zinsenbelastung künftiger Jahre deutlich reduziert.

Weitere Details über den vorläufigen Gebarungserfolg 2000 können den Ausführungen ab Seite 283 entnommen werden.

Grundsätzliche Ausführungen zu den Kapiteln 01 bis 70:

Allgemeine Bemerkungen

Bundesfinanzgesetz

Das Bundesfinanzgesetz (BFG) enthält neben dem Text des Bundesgesetzes über die Bewilligung des jährlichen Bundesvoranschlages als Anlagen den Voranschlag der Einnahmen und Ausgaben des Bundes (Bundesvoranschlag), den Stellenplan sowie den Fahrzeugplan. Die Erstellung der Entwürfe zum Bundesvoranschlag und zum Fahrzeugplan obliegt dem Bundesminister für Finanzen, der Entwurf zum Stellenplan wird vom Bundesminister für öffentliche Leistung und Sport erstellt. Der Entwurf des Bundesfinanzgesetzes ist sodann vom Bundesminister für Finanzen der Bundesregierung zur Beschlußfassung vorzulegen.

Die Bundesregierung hat den von ihr beschlossenen Entwurf des Bundesfinanzgesetzes für das folgende Finanzjahr dem Nationalrat spätestens zehn Wochen vor Ablauf des jeweils laufenden Finanzjahres vorzulegen (Art. 51 Abs. 2 B-VG).

Der Beschluss über die Bewilligung des Bundesvoranschlages durch den Nationalrat unterliegt nicht dem Mitwirkungsrecht des Bundesrates (Art. 42 Abs. 5 B-VG).

Hat die Bundesregierung dem Nationalrat nicht zeitgerecht den Entwurf eines Bundesfinanzgesetzes vorgelegt oder beschließt der Nationalrat vor Ablauf des Finanzjahres kein Bundesfinanzgesetz und trifft er auch keine vorläufige Vorsorge durch Bundesgesetz, enthält Art. 51 Abs. 4 und 5 B-VG besondere Vorsorgen.

Bemerkungen zum Bundesvoranschlag 2002

1. Voranschlagserstellung in Euro

Bedingt durch die Währungsumstellung mußte auch der Bundesvoranschlag erstmals in Euro erstellt werden. Soweit für Vergleichszwecke in Übersichten, Tabellen und Texten auch Beträge der Vorjahre angegeben sind, wurden auch diese in der Regel auf Euro umgerechnet.

2. Bedingte Vergleichbarkeit der Voranschlagsbeträge 2002 mit den Vorjahren

Auf Grund der Neuordnung der Ministerialkompetenzen mit Wirkung 1. April 2000 gemäß der Novelle zum Bundesministeriengesetz 1986, BGBl. I Nr. 16/2000, und bedingt durch Ausgliederungen, wie zB. Statistisches Zentralamt(Titel 102), einige Museen(Paragraf 1244; Technisches Museum, Museum für angewandte Kunst, Graphische Sammlung Albertina, Österreichische Galerie und Kunsthistorisches Museum), weiters das Bundesgestüt Piber mit der Spanischen Hofreitschule, durch die Auflassung des Hauptpunzierungs- und Probieramtes mit 1. April 2001 und durch die Neuordnung der Bau- und Liegenschaftsverwaltung des Bundes (Kap. 64) gemäß Bundesimmobiliengesetz, BGBl. I Nr. 141/2000, sind die Voranschlagsziffern 2002 mit dem BVA 2001 bzw. mit dem vorläufigen Gebarungserfolg 2000 nur bedingt vergleichbar.

Im Zusammenhang mit den Kompetenzänderungen wurden die Kapitel 61 'Umwelt-neu' und 70 'Öffentliche Leistungen und Sport' geschaffen und das Kapitel 18 'Umwelt' aufgelassen. Weiters entfällt das Kap. 56 'Sonstige Finanzierungen und Veranlagungen', da auf Grund der Bundeshaushaltsgesetznovelle, BGBl. I Nr. 26/2000, die Einnahmen und Ausgaben aus der Durchführung von Finanzierungen für sonstige Rechtsträger ab dem Jahre 2001 nicht mehr voranschlagswirksam zu verrechnen sind.

3. Flexibilisierungsklausel

Die Bestimmungen gemäß § 17a BHG werden für folgende Organisationseinheiten angewandt:

3.1 Bereich Justiz:

Justizanstalt St. Pölten (Paragraf 3031) und Justizanstalt für Jugendliche Wien-Erdberg (Paragraf 3032).

3.2. Bereich Land-, Forst- und Wasserwirtschaft

Bundesanstalt für Bergbauernfragen (Paragraf 6056) und Bundesamt für Wasserwirtschaft (Paragraf 6058).

4. Personalausgaben

Bei der Veranschlagung der Personalausgaben wurde grundsätzlich vom BVA 2000 unter Berücksichtigung der ganzjährigen Auswirkung der Bundesministeriengesetz-Novelle 2000 ausgegangen. Die Auswirkungen des Struktureffektes, der Besoldungsreform und der Bezugserhöhung sind durch Personalreduktionen und sonstige erforderliche Maßnahmen auf dem Personalsektor auszugleichen.

Mit 1. Jänner 2001 wurden die Bezüge der aktiven Bundesbediensten um einen Fixbetrag von 500 Schilling erhöht und mit 1. Jänner 2002 ist eine 0,8%-ige Erhöhung vorgesehen.

5. Neuorganisation der Bau- und Liegenschaftsverwaltung des Bundes

Gemäß Bundesimmobiliengesetz, BGBl. I Nr. 141/2000, wurde die wirtschaftliche Nutzung, Verwaltung und Verwertung bundeseigener Liegenschaften neu geregelt. Mit Ausnahme der historischen Objekte und der militärisch genutzten Liegenschaften wurden die Immobilien des Bundes (einschließlich der bisherigen Fruchtgenußliegenschaften) gegen Entgelt in das Eigentum der BIG übertragen. Die Bundesgebäuderverwaltung wurde in die Immobilienmanagementgesellschaft des Bundes mbH ausgegliedert. Die Verwaltung der historischen Objekte wird von der Burghauptmannschaft Österreich als nachgeordnete Dienststelle des Bundesministeriums für Wirtschaft und Arbeit und die Betreuung der militärisch genutzten Liegenschaften vom Bundesministerium für Landesverteidigung wahrgenommen.
Die Nutzer der in das Eigentum der BIG übertragenen Liegenschaften haben einen entsprechenden Mietzins zu entrichten. Im BVA 2002 wurde das Hochbaubudget bei Kap. 64 nur mehr auf den Bedarf der Burghauptmannschaft Österreich ausgerichtet. Bis zur endgültigen Festlegung der Mietzinsverpflichtungen der jeweiligen Nutzerressorts wurde als Zwischenlösung für das Finanzjahr 2002 bei Kap. 54 (VA-Ansatz 1/54608) ein Pauschalbetrag vorgesehen, der im Wege der Überschreitungsermächtigung gemäß Art. VI Abs. 1 Z 3 BFG 2002 in Anspruch genommen werden kann.

6. Bezugsvorschüsse

Gemäß § 23 des Gehaltsgesetzes 1956, BGBl. Nr. 54, und § 25 des Vertragsbedienstetengesetzes 1948, BGBl. Nr. 86, in der jeweils geltenden Fassung, kann Bundesbediensteten, die unverschuldet in eine Notlage geraten sind oder wenn sonst berücksichtigungswürdige Gründe vorliegen, auf Antrag ein unverzinslicher Vorschuss aus Bundesmitteln bewilligt werden.

7. Erfolg bzw. Bundesvoranschlag

Die Zahlen der einzelnen Jahre stellen dar:
- 2000: Vorläufiger Gebarungserfolg (Stand 31.1.2001)
- 2001: Bundesvoranschlag
- 2002: Bundesvoranschlagsentwurf

Erläutert werden grundsätzlich die Voranschlagsbeträge 2002 und die wesentlichsten Veränderungen gegenüber dem Vorjahr.

8. Rundungsdifferenzen

Die Beträge wurden nach den mathematischen Regeln auf- bzw. abgerundet; daher können sich bei Summen- und Saldenbeträgen Rechendifferenzen ergeben.

9. Redaktionsschluss 15. Februar 2001

Kapitel 01 Präsidentschaftskanzlei

Gesetzliche Grundlagen und Aufgaben

Die Einnahmen und Ausgaben dieses Kapitels ergeben sich aus dem Wirkungsbereich des Bundespräsidenten, geregelt im Bundes-Verfassungsgesetz vom 1. Oktober 1920, StGBl. Nr. 450, in der Fassung von 1929, BGBl. Nr. 1/1930, zuletzt geändert durch das Bundes-Verfassungsgesetz BGBl. I Nr. 68/2000.

Die Präsidentschaftskanzlei führt auch die Agenden der Ehrenzeichenkanzlei.

Gesamtgebarung

	Personal-ausgaben	Sach-ausgaben	Summe	Einnahmen
	Millionen Euro			
2000	2,8	2,1	4,9	0,1
2001	2,8	1,8	4,6	0,1
2002	2,8	1,8	4,6	0,1

Für Orden und Ehrenzeichen sind im Bundesvoranschlag 2002 beim Voranschlagsansatz 1/01008 'Aufwendungen' 0,187 Mio. Euro vorgesehen.

Bezüge des Bundespräsidenten

Die Bezüge des Bundespräsidenten sind im Bundesbezügegesetz (Art. 2 des Bezügebegrenzungsgesetzes, BGBl. I Nr. 64/1997, zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 97/2000) geregelt und werden beim Voranschlagsansatz 1/01007 'Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen)' verrechnet.

Kapitel 02 Bundesgesetzgebung

Die Ausgaben und Einnahmen dieses Kapitels ergeben sich aus den Aufgaben der Gesetzgebungsorgane des Bundes, insbesondere gemäß den Artikeln 24 und 51 ff. des Bundes-Verfassungsgesetzes in der Fassung von 1929 (B-VG); weiters aus der Tätigkeit der Parlamentsdirektion zur Unterstützung der parlamentarischen Aufgaben und zur Besorgung der Verwaltungsangelegenheiten im Bereich der Organe der Gesetzgebung des Bundes sowie gleichartiger Tätigkeiten für die österreichischen Mitglieder des Europäischen Parlaments gemäß Artikel 30 B-VG, sowie auf Grund sonstiger Gesetze, die unter den jeweiligen Titeln angegeben sind.

Gesamtgebarung

	Personal-ausgaben	Sach-	Summe	Ein-nahmen
	Millionen Euro			
2000	15,4	89,6	105,0	2,1
2001	15,6	82,9	98,5	2,2
2002	15,8	84,5	100,3	3,0

Im Einzelnen ist zu den Bereichen zu bemerken:

Titel 021 Nationalrat

Gesetzliche Grundlagen

Bundes-Verfassungsgesetz in der Fassung von 1929;
Geschäftsordnungsgesetz 1975, BGBl. Nr. 410/1975, zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 163/ 1998;
Bezügegesetz, BGBl. Nr. 273/1972, zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 128/2000;
Bundesbezügegesetz, BGBl. I Nr. 64/1997, zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 97/2000;
Parlamentsmitarbeitergesetz, BGBl. Nr. 288/1992, zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 138/1997;
Bundesgesetz über den Nationalfonds der Republik Österreich für Opfer des Nationalsozialismus, BGBl. Nr. 432/1995, zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 131/1999.

Aufgaben

Der Nationalrat übt gemeinsam mit dem Bundesrat die Gesetzgebung des Bundes aus. Außerdem ist er zur Mitwirkung beim Abschluss von Staatsverträgen, sofern sie politischen oder gesetzändernden Inhaltes sind, berufen.
Der Hauptausschuss des Nationalrates ist gemäß Artikel 23 e und f B-VG mit der Wahrnehmung der Rechte des Nationalrates betreffend Vorhaben der Europäischen Union betraut.
Ferner bedürfen bestimmte Verordnungen der Bundesregierung oder eines Bundesministers, bei denen dies bundesgesetzlich festgesetzt wird, des Einvernehmens mit dem Hauptausschuss des Nationalrates.
Hinsichtlich der finanziellen Gebarung des Bundes obliegt dem Nationalrat die Genehmigung des Bundesvoranschlages, die Prüfung und Genehmigung des Rechnungsabschlusses, die Genehmigung der Aufnahme oder Konvertierung von Bundesanleihen sowie die Verfügung über Bundesvermögen.
Der Nationalrat überprüft die Geschäftsführung der Bundesregierung im Wege des Interpellations-, Resolutions- und Enqueterechts. Der Hauptausschuss des Nationatrates kann weiters die Abhaltung einer parlamentarischen Enquete über Angelegenheiten, in denen die Gesetzgebung Bundessache ist, beschließen.
Beim Nationalrat ist auch der Nationalfonds der Republik Österreich für Opfer des Nationalsozialismus eingerichtet. Ebenso werden unter diesem Titel Zahlungen im Zusammenhang mit Restitutionsfragen verrechnet (Paragraf 0211).

	Personal-ausgaben	Sach-	Summe	Einnahmen
	Millionen Euro			
2000	0,0	49,1	49,1	1,5
2001	0,0	45,2	45,2	1,6
2002	0,0	45,0	45,0	2,3

Unterschiede gegen Vorjahr
Mehreinnahmen ergeben sich aus der Erhöhung der Pensionsbeiträge, Pensionsversicherungsbeiträge und Pensionssicherungsbeiträge der Mandatare (gilt auch für die Einnahmen bei den Titeln 022 und 023).

Titel 022 Bundesrat

Gesetzliche Grundlagen
Bundes-Verfassungsgesetz in der Fassung von 1929;
Geschäftsordnung des Bundesrates, BGBl. Nr. 361/1988, zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 192/1999;
Bezügegesetz, BGBl. Nr. 273/1972, zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 128/2000;
Bundesbezügegesetz, BGBl. I Nr. 64/1997, zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 97/2000.

Aufgaben
Der Bundesrat setzt sich aus den von den einzelnen Landtagen entsendeten Vertretern zusammen und übt gemeinsam mit dem Nationalrat die Bundesgesetzgebung aus. Seine vornehmliche Aufgabe ist hiebei, die Interessen der Länder zu wahren. Der Bundesrat hat das Recht der Gesetzesinitiative, das Recht der Erhebung von Einsprüchen gegen die vom Nationalrat gefassten Gesetzesbeschlüsse mit Ausnahme der in Artikel 42 Abs. 5 Bundes-Verfassungsgesetz bestimmten Fälle sowie das Interpellations- und Resolutionsrecht. Außerdem kommt dem Bundesrat ebenso wie dem Nationalrat eine Mitwirkung beim Abschluss von Staatsverträgen, sofern sie politischen oder gesetzändernden Inhaltes sind, zu. Ferner hat der Bundesrat gemäß Artikel 23 e und f BV-G Mitwirkungsrechte in EU-Angelegenheiten. Weiters steht in einigen Fällen dem Bundesrat das Recht der Zustimmung zu Beschlüssen des Nationalrates zu, wie zB. bei gewissen Fristsetzungen für die Erfassung von Ausführungsgesetzen durch die Länder, bei Verfassungsgesetzen bzw. verfassungsändernden Staatsverträgen, die in die Zuständigkeit der Länder eingreifen, und bei Staatsverträgen, welche Angelegenheiten des selbständigen Wirkungskreises der Länder regeln.
In der Geschäftsordnung des Bundesrates ist ferner auch vorgesehen, dass dieser die Abhaltung von parlamentarischen Enqueten über Angelegenheiten, die in seine Zuständigkeit fallen, beschließen kann.

	Personal-ausgaben	Sach-	Summe	Einnahmen
	Millionen Euro			
2000	0,0	6,8	6,8	0,3
2001	0,0	7,2	7,2	0,3
2002	0,0	7,2	7,2	0,4

Titel 023 Gemeinsame Ausgaben für Mitglieder des NR, BR und EP

Gesetzliche Grundlagen
Klubfinanzierungsgesetz 1985, BGBl. Nr. 156/1985, zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 130/1997;
Satzung des Europarates, BGBl. Nr. 121/1956, zuletzt geändert durch BGBl. III Nr. 124/1999;
Bezügegesetz, BGBl. Nr. 273/1972, zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 128/2000;
Bundesbezügegesetz, BGBl. I Nr. 64/1997, zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 97/2000.

Aufgaben
Zu den von der Parlamentsdirektion wahrzunehmenden gemeinsamen unterstützenden Tätigkeiten für Nationalrat und Bundesrat zählen auch die Vollziehung des Klubfinanzierungsgesetzes sowie jene

Verwaltungstätigkeiten, welche die Teilnahme österreichischer Mandatare an internationalen Institutionen wie der Interparlamentarischen Union, des Europarates einschließlich dessen Ausschüsse, der Parlamentarischen Versammlung der OSZE sowie die Betreuung entsprechender Veranstaltungen in Österreich zum Inhalt haben. Unter diesen Titel fallen auch Bezügeangelegenheiten der österreichischen Mitglieder des Europäischen Parlaments.

	Personal-ausgaben	Sach-	Summe	Einnahmen
	Millionen Euro			
2000	0,0	15,2	15,2	0,1
2001	0,0	15,2	15,2	0,1
2002	0,0	15,8	15,8	0,1

Titel 024 Parlamentsdirektion

Gesetzliche Grundlagen

Bundes-Verfassungsgesetz in der Fassung von 1929;
Geschäftsordnungsgesetz 1975, BGBl. Nr. 410/1975, zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 163/ 1998;
Geschäftsordnung des Bundesrates, BGBl. Nr. 361/1988, zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 192/1999.

Aufgaben

Die von der Parlamentsdirektion zu besorgende Unterstützung der parlamentarischen Aufgaben umfasst insbesondere die Betreuung parlamentarischer Sitzungen bzw. Veranstaltungen, die Drucklegung, die Verteilung und Verwaltung (Archivierung) der parlamentarischen Materialien einschließlich der Stenographischen Protokolle des Nationalrates und des Bundesrates sowie der Vorlagen in EU-Angelegenheiten, wissenschaftliche Serviceleistungen sowie schließlich die Bereitstellung der erforderlichen Räume samt Infrastruktur (inklusive des parlamentarischen Informations- und Kommunikationssystems PARLINKOM) und der entsprechenden Sachausgaben. Gemäß Artikel 30 Absatz 5 B-VG weist der Präsident des Nationalrates den parlamentarischen Klubs zur Erfüllung ihrer Aufgaben auch Bedienstete der Parlamentsdirektion zur Dienstleistung zu.
Zu den Verwaltungsangelegenheiten, die von der Parlamentsdirektion zu besorgen sind, gehört neben der notwendigen Personalverwaltung insbesondere die Verwaltung der Parlamentsgebäude einschließlich der Wahrnehmung aller damit im Zusammenhang stehender technischer Angelegenheiten, weiters die Vollziehung des Bezügegesetzes und Bundesbezügegesetzes für die Mitglieder des Nationalrates und des Bundesrates, die Mitglieder der Volksanwaltschaft und den Präsidenten des Rechnungshofes sowie die Vollziehung des Parlamentsmitarbeitergesetzes für die parlamentarischen Mitarbeiter der Abgeordneten sowie die Verwaltungsangelegenheiten, die die österreichischen Abgeordneten des Europäischen Parlaments betreffen.

	Personal-ausgaben	Sach-	Summe	Einnahmen
	Millionen Euro			
2000	15,4	18,6	34,0	0,2
2001	15,6	15,4	31,0	0,2
2002	15,8	16,5	32,3	0,2

Unterschiede gegen Vorjahr

Die Budgetierung der Ausgaben orientiert sich an den vom Bundesministerium für Finanzen erlassenen Richtlinien zum Budget 2002. Die auf Grund eines Abänderungsantrages im Bundesfinanzgesetz 2001 beschlossenen Ausgabenkürzungen bei mehreren VA-Posten dieses Titels (z.B. Instandhaltung von Gebäuden, Öffentlichkeitsarbeit, Miet- und Pachtzinse, Amts- und Parlamentseinrichtung) wurden daher im Budgetentwurf 2002 nicht berücksichtigt.

Kapitel 03 Verfassungsgerichtshof

Die Einnahmen und Ausgaben dieses Kapitels ergeben sich aus dem Wirkungsbereich des Verfassungsgerichtshofes, der durch folgende Bestimmungen geregelt ist:
Art. 126 a, 137 bis 148, 148 e, f und i B-VG, § 10 F-VG, § 10 des Unvereinbarkeitsgesetzes 1983, BGBl. Nr. 330, Art. 58 Abs. 2 und 3 der Vorarlberger Landesverfassung, LGBl. Nr. 30/1984, Verfassungsgerichtshofgesetz, BGBl. Nr. 85/1953, zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 142/2000 und Geschäftsordnung des Verfassungsgerichtshofes, BGBl. Nr. 202/1946.

Aufgaben

Der Verfassungsgerichtshof entscheidet im wesentlichen
über vermögensrechtliche Ansprüche an den Bund, die Länder und die Gemeinden, die weder im ordentlichen Rechtsweg auszutragen noch durch Bescheid einer Verwaltungsbehörde zu erledigen sind,
über die Verfassungswidrigkeit von Gesetzen, die Rechtswidrigkeit von Staatsverträgen und über die Gesetzwidrigkeit von Verordnungen,
über die Frage, ob bei der Wiederverlautbarung einer Rechtsvorschrift die Grenzen der erteilten Ermächtigung überschritten wurden,
über Beschwerden gegen letztinstanzliche Bescheide, soweit der Beschwerdeführer in einem verfassungsgesetzlich gewährleisteten Recht oder wegen Anwendung genereller Normen in seinen Rechten verletzt zu sein behauptet,
über Wahlanfechtungen und Anträge auf Mandatsverlust,
über Anklagen, mit denen die verfassungsmäßige Verantwortlichkeit der obersten Bundes- und Landesorgane geltend gemacht wird,
über Kompetenzkonflikte zwischen Gerichten und Verwaltungsbehörden, zwischen Verwaltungsgerichtshof und allen anderen Gerichten einschließlich dem Verfassungsgerichtshof selbst, zwischen den ordentlichen Gerichten und anderen Gerichten, zwischen den Ländern untereinander sowie zwischen einem Land und dem Bund,
über einen Antrag der Bundes- oder einer Landesregierung auf Feststellung, ob
1. ein Akt der Gesetzgebung oder Vollziehung in die Zuständigkeit des Bundes oder der Länder fällt,
2. eine Vereinbarung im Sinne des Art. 15 a Abs. 1 B-VG vorliegt und ob von einem Land oder dem Bund die aus einer solchen Vereinbarung folgenden Verpflichtungen, soweit es sich nicht um vermögensrechtliche Ansprüche handelt, erfüllt worden sind,
über Meinungsverschiedenheiten über die Auslegung der gesetzlichen Bestimmungen, die die Zuständigkeit des Rechnungshofes regeln, zwischen dem Rechnungshof und einem Rechtsträger sowie
über Meinungsverschiedenheiten über die Auslegung der gesetzlichen Bestimmungen, die die Zuständigkeit der Volksanwaltschaft bzw. eines Landesvolksanwaltes regeln, zwischen diesen Organen und der Bundesregierung, einem Bundesminister oder einer Landesregierung.

Gesamtgebarung

	Personal-ausgaben	Sach-	Summe	Einnahmen
	Millionen Euro			
2000	2,6	2,6	5,2	0,0
2001	2,6	2,6	5,2	0,1
2002	2,6	2,6	5,2	0,1

Kapitel 04 Verwaltungsgerichtshof

Die Einnahmen und Ausgaben dieses Kapitels ergeben sich aus dem Wirkungsbereich des Verwaltungsgerichtshofes gemäß den Art. 129 bis 136 des Bundes-Verfassungsgesetzes in der Fassung von 1929.

Gesetzliche Grundlagen

Art. 129 und 130 bis 136 des Bundes-Verfassungsgesetzes in der Fassung von 1929; hier insbesondere in der Fassung der Bundes-Verfassungsgesetz-Novelle 1988, BGBl. Nr. 685 und 87/1997;

Verwaltungsgerichtshofgesetz 1985, BGBl. Nr. 10/1985, zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 158/1998 und in der Fassung der Kundmachung BGBl. I Nr. 31/2000;

Geschäftsordnung des Verwaltungsgerichtshofes, BGBl. Nr. 45/1965;

Verordnung des Bundeskanzlers, BGBl. Nr. 416/1994.

Aufgaben

Der Verwaltungsgerichtshof ist zur Sicherung der Gesetzmäßigkeit der gesamten öffentlichen Verwaltung berufen. Er erkennt gemäß Art. 130 des B-VG über Beschwerden - mit Ausnahme der in Art. 133 des B-VG angeführten Angelegenheiten -, womit

1. Rechtswidrigkeit von letztinstanzlichen Bescheiden der Verwaltungsbehörden einschließlich der unabhängigen Verwaltungssenate oder
2. Verletzung der Entscheidungspflicht der Verwaltungsbehörden einschließlich der unabhängigen Verwaltungssenate

behauptet wird.

Weiters erkennt er über Beschwerden gegen Weisungen gemäß Art. 81 a Abs. 4 B-VG.

Der Vollversammlung des Verwaltungsgerichtshofes obliegen die im § 7 Abs. 2 und im § 10 VwGG genannten Aufgaben.

Gesamtgebarung

	Personal-ausgaben	Sach-ausgaben	Summe	Einnahmen
	Millionen Euro			
2000	9,7	1,3	11,0	0,3
2001	10,1	1,4	11,5	0,3
2002	10,1	1,4	11,5	0,3

Kapitel 05 Volksanwaltschaft
Die Einnahmen und Ausgaben dieses Kapitels ergeben sich aus dem Wirkungsbereich der Volksanwaltschaft.

Gesetzliche Grundlagen
Die Tätigkeit der Volksanwaltschaft gründet sich auf das Siebente Hauptstück des Bundes-Verfassungsgesetzes in der Fassung der Bundesverfassungsgesetz-Novelle 1997, BGBl. I Nr. 87, das Volksanwaltschaftsgesetz 1982, BGBl. Nr. 433, zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 158/1998, und das Geschäftsordnungsgesetz, BGBl. Nr. 410/1975, zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 194/1999, und Geschäftsordnungsgesetz des Bundesrates, BGBl. Nr. 361/1988, zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 192/1999. Die Länder können die Volksanwaltschaft durch Landesverfassungsgesetz auch für den Bereich der Verwaltung des betreffenden Landes für zuständig erklären. Von dieser Möglichkeit haben das Land Salzburg mit Landesverfassungsgesetz vom 13. Juli 1977, Landesgesetzblatt für das Land Salzburg Nr. 61 und schließlich mit Landesverfassungsgesetz vom 24. Oktober 1979, Landesgesetzblatt für das Land Salzburg Nr. 86/1979, das Land Wien mit Landesverfassungsgesetz vom 17. März 1978, Landesgesetzblatt für Wien Nr. 28/1968, in der Fassung des Landesgesetzblattes für Wien Nr. 11/1987, das Land Steiermark mit Landesverfassungsgesetz vom 7. Dezember 1979, Landesgesetzblatt für Steiermark vom 12. März 1980, Nr. 7/1980 in der Fassung des Landesgesetzblattes für Steiermark Nr. 57/1991, das Land Kärnten mit Landesverfassungsgesetz vom 31. Jänner 1980, Landesgesetzblatt für Kärnten vom 23. April 1980, Nr. 25/1980, das Land Oberösterreich mit Landesverfassungsgesetz vom 7. Juni 1989, Landesgesetzblatt für Oberösterreich Nr. 39/1989, das Land Niederösterreich mit Landesverfassungsgesetz vom 30. Oktober 1980, Landesgesetzblatt für Niederösterreich Nr. 0003-0/1980, und das Land Burgenland mit Verfassungsgesetz vom 9. März 1981, Landesgesetzblatt für das Burgenland Nr. 18/1981 in der Fassung des Landesgesetzblattes für das Burgenland Nr. 42/1981, Gebrauch gemacht.
Geschäftsordnung der Volksanwaltschaft, BGBl. II Nr. 102/1999.

Aufgaben
Die Aufgaben der Volksanwaltschaft sind im Bundes-Verfassungsgesetz festgelegt.
Die Volksanwaltschaft hat jede Beschwerde wegen behaupteter Missstände in der Verwaltung des Bundes einschließlich dessen Tätigkeit als Träger von Privatrechten zu prüfen. Sie ist berechtigt, von ihr vermutete Missstände in der Verwaltung des Bundes einschließlich dessen Tätigkeit als Träger von Privatrechten von Amts wegen zu prüfen;
den mit den obersten Verwaltungsgeschäften des Bundes betrauten Organen, dem zuständigen Organ der Selbstverwaltung oder der weisungsfreien Behörde Empfehlungen für die in einem bestimmten Fall oder aus Anlass eines bestimmten Falles zu treffenden Maßnahmen zu erteilen und
beim Verfassungsgerichtshof die Feststellung der Gesetzwidrigkeit von Verordnungen zu beantragen.
Die Volksanwaltschaft hat dem Nationalrat, dem Bundesrat und jenen Ländern, welche die Volksanwaltschaft für deren Bereich für zuständig erklärt haben, jährlich über ihre Tätigkeit zu berichten.
Der Volksanwaltschaft obliegt ferner die Mitwirkung an der Erledigung der an den Nationalrat gerichteten Petitionen und Bürgerinitiativen.

Gesamtgebarung

	Personal-ausgaben	Sach-	Summe	Einnahmen
	Millionen Euro			
2000	2,2	1,6	3,8	0,1
2001	2,3	1,7	4,0	0,1
2002	2,4	1,9	4,3	0,1

Kapitel 06 Rechnungshof

Allgemeines

Am 23. Dezember 1761 wurde die Hofrechenkammer als unabhängige Stelle für die Kontrolle der staatlichen Finanzverwaltung und die Organisation des staatlichen Rechnungswesens gegründet. Nach mehrmaliger Änderung des Namens, des Aufgabenkreises und der Stellung zu den anderen Verwaltungsbehörden wurde diese Einrichtung erstmalig am 21. November 1866 als Oberster Rechnungshof bezeichnet. Die Umbenennung in Rechnungshof erfolgte am 1. Oktober 1920.

Gesetzliche Grundlagen

Fünftes Hauptstück des Bundes-Verfassungsgesetzes in der Fassung von 1929.

Bundesgesetz vom 16. Juni 1948, BGBl. Nr. 144, zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 39/1999.

Bundesverfassungsgesetz über die Begrenzung von Bezügen öffentlicher Funktionäre, BGBl. I Nr. 64/1997 in der Fassung BGBl. I Nr. 5/2000.

Aufgaben

Dem Rechnungshof obliegt die Kontrolle der Gebarung des Bundes, der Länder, der Gemeindeverbände und Gemeinden (in der Regel jedoch nur solcher mit mindestens 20.000 Einwohnern).

Ferner hat der Rechnungshof die Gebarung der Träger der Sozialversicherung, jener Fonds, Stiftungen und Anstalten, die von Organen des Bundes, eines Landes oder einer Gemeinde beziehungsweise durch von diesen bestellten Personen verwaltet werden, sowie die Gebarung aller Unternehmungen, an denen Bund, Länder oder Gemeinden finanziell beteiligt sind, zu überprüfen.

Dem Rechnungshof obliegt weiters die Überprüfung der Gebarung der gesetzlichen beruflichen Vertretungen, eingeschränkt auf die Prüfungskriterien der ziffernmäßigen Richtigkeit, Übereinstimmung mit den bestehenden Vorschriften, Sparsamkeit und Wirtschaftlichkeit.

Der Rechnungshof hat alljährlich den Bundesrechnungsabschluss zu verfassen und ihn gemeinsam mit einem Nachweis über den Stand der Bundesschulden dem Nationalrat vorzulegen.

Im Abstand von zwei Jahren hat der Rechnungshof dem Nationalrat über die durchschnittlichen Einkommen sowie Leistungen für Pensionen von Mitgliedern des Vorstandes und des Aufsichtsrates sowie den Beschäftigten der der Prüfungszuständigkeit und Berichterstattungspflicht des Rechnungshofes an den Nationalrat unterliegenden Unternehmungen und Einrichtungen zu berichten.

Der Rechnungshof hat ferner in jedem zweiten Kalenderjahr alle Personen, deren jährliche Bezüge und Ruhebezüge von Rechtsträgern, die der Kontrolle des Rechnungshofes unterliegen, insgesamt den in § 8 Abs. 1 des Bundesverfassungsgesetzes über die Begrenzung von Bezügen öffentlicher Funktionäre genannten Betrag übersteigen, in einen Bericht aufzunehmen und zugleich dem Nationalrat, Bundesrat und den Landtagen über die durchschnittlichen Einkommen der gesamten Bevölkerung, nach Branchen, Berufsgruppen und Funktionen getrennt, zu berichten.

Mit der ständigen Führung des Generalsekretariates der INTOSAI ('International Organization of Supreme Audit Institutions' = Internationale Organisation der Obersten Rechnungskontrollbehörden) wurde der österreichische Rechnungshof im Jahre 1965 vom V. Internationalen Kongress in Jerusalem betraut.

Gesamtgebarung

	Personal-ausgaben	Sach-ausgaben	Summe	Einnahmen
	Millionen Euro			
2000	17,5	4,3	21,8	0,1
2001	17,8	5,1	22,9	0,1
2002	18,3	5,4	23,7	0,1

Bezüge des Präsidenten

Die Bezüge des Präsidenten des Rechnungshofes sind im Bundesgesetz vom 9. Juli 1972, BGBl. Nr. 273, sowie im Bundesbezügegesetz, BGBl. I Nr. 64/1997, beide zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 97/2000, geregelt und beim VA-Ansatz 1/06007 veranschlagt.

Kapitel 10 Bundeskanzleramt mit Dienststellen

Die Einnahmen und Ausgaben dieses Kapitels ergeben sich aus dem Wirkungsbereich des Bundeskanzleramtes gemäß Bundesministeriengesetz 1986, BGBl. Nr. 76, zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 141/2000, insbesondere Anlage zu § 2, Teil 2, Abschnitt A.

Gesamtgebarung

	Personal-ausgaben	Sach-	Summe	Einnahmen
	Millionen Euro			
2000	52,3	264,2	316,5	20,3
2001	44,4	242,1	286,5	22,0
2002	44,3	322,6	367,0	22,3

Durch die Neuordnung der Ministerialkompetenzen auf Grund der Bundesministeriengesetz-Novelle mit Wirksamkeit 1.4.2000 sind die Voranschlagsziffern für das Finanzjahr 2002 nur bedingt mit den Erfolgsziffern des Jahres 2000 vergleichbar.

Titel 100 Bundeskanzleramt

Gesetzliche Grundlagen

Bezügegesetz, BGBl . Nr. 273/1972, zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 128/2000;
Bezügebegrenzungsgesetz, BGBl. 1 Nr. 64/1997, zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 5/2000;
Rundfunkgesetz, BGBl. Nr. 195/1966, wiederverlautbart mit BGBl. Nr. 379/1984, zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 142/2000;
Regionalradiogesetz, BGBl. Nr. 506/1993, zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 51/2000;
Bundesgesetz über das Bundesgesetzblatt, BGBl. Nr. 33/1920, wiederverlautbart mit BGBl. Nr. 660/1996, zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 158/1998.
Bundesgesetz über den unabhängigen Bundesasylsenat BGBl. I Nr. 77/1997.

Aufgaben

Dem Bundeskanzleramt obliegen im Wesentlichen Verwaltungsgeschäfte im Zusammenhang mit den Angelegenheiten der allgemeinen Regierungspolitik, der Informationstätigkeit der Regierung, der Amtshilfe online 'HELP' ('help.gv.at'), der staatlichen Verfassung, der OECD, zusammenfassende Behandlung der Strukturpolitik, des Unabhängigen Bundesasylsenates, Koordination der umfassenden Landesverteidigung und des staatlichen Krisenmanagements, der grundlegenden Verhandlungspositionen der Bundesregierung gegenüber der Europäischen Union, der Information der österreichischen Bevölkerung über die EU sowie der Euroinitiative (Euro-Kampagne), der Durchführung des Auslandsdienstes des ORF, der zusammenfassenden Behandlung der Strukturpolitik und der Koordination der finanziellen Abwicklung des Europäischen Regionalfonds, Angelegenheiten der Raumforschung, Raumordnung, Raumplanung und Regionalpolitik einschließlich der Koordination von Regionalprogrammen im Rahmen der EU-Strukturfonds, Angelegenheiten der Kunst und Bundestheater, der Information und Dokumentation sowie des Datenschutzes.

	Personal-ausgaben	Sach-	Summe	Einnahmen
	Millionen Euro			
2000	33,4	146,1	179,5	7,8
2001	30,2	136,8	167,0	11,0
2002	30,3	221,7	251,9	11,6

Ausgaben

Unterschiede gegen Vorjahre

Die Steigerung der Sachausgaben resultiert im Wesentlichen aus der Änderung im Abwicklungsmodus für die Regional- und Strukturförderungen (Aufnahme der Budgetmittel in den Bundesvoranschlag).

Paragraf 1000 Zentralleitung

Förderungen
Die veranschlagten Mittel sind vor allem für die Weiterführung des HOPE-Jugendbeschäftigungsprogrammes, die Austria Film- und Video-GmbH, das Österreichiche Institut für Raumplanung, die Unterstützung des Jewish Welcome Service, die Unterstützung der Beobachtungsstelle für Rassismus und Fremdenfeindlichkeit, die Fortführung der EURO-Kampagne sowie die Förderung von Projekten in Zusammenhang mit der Europäischen Integration vorgesehen.

Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen)
Hier sind die Bezüge der Regierungsmitglieder, die Zahlungen für Landeshauptleute und deren Stellvertreter, die Ruhe- und Versorgungsbezüge gemäß Artikel V und VI des Bezügegesetzes, sowie die Versorgungsbezüge gemäß Verfassungsgerichtshofgesetz zu veranschlagen.
Weiters ist hier für die Beiträge an die OECD sowie für die OECD-Energieagentur vorgesorgt.

Voranschlagsansatz 1/10038 Bundesgesetzblatt
Hier sind die Ausgaben, die mit der Herstellung und dem Vertrieb des Bundesgesetzblattes anfallen, veranschlagt.

Paragraf 1004 Regional- und strukturpolitische Maßnahmen
Im Rahmen der dem Bundeskanzleramt zugeordneten Aufgaben der Raumordnung und Raumplanung sind hier Mittel zur Förderung von Beratungs- und Betreuungseinrichtungen veranschlagt.
Weiters werden Transferzahlungen der EU im Rahmen des Europäischen Regionalfonds an die Bundesländer bei diesem Paragrafen abgewickelt.
Durch die Änderung des Abwicklungsmodus der Programme der Jahre 2000 bis 2003 bei den Regional- und Strukturförderungen wurden Mittel in der voraussichtlichen Höhe der Transferzahlungen der EU vorgesehen.

Voranschlagsansatz 1/10078 Zahlungen an die BIG
Hier sind die Ausgaben für Mietzahlungen an die Bundesimmobiliengesellschaft veranschlagt.

Paragraf 1008 Unabhängiger Bundesasylsenat (UBAS)
Mit Inkrafttreten des Bundesgesetzes über den Unabhängigen Bundesasylsenat 1997 wurde eine gerichtsähnliche Einrichtung dem Verwaltungsgerichtshof vorgeschaltet, die über Berufungen in Asylangelegenheiten zu entscheiden hat.
Bei diesem Paragraf sind neben den erforderlichen Geldmitteln für den laufenden Dienstbetrieb auch Entschädigungen gemäß Gebührenanspruchsgesetz und Gerichtskosten veranschlagt. Die zu veranschlagenden Kosten ergeben sich im Wesentlichen aus der (steigenden) Zahl der Berufungen.

Einnahmen
Die Einnahmen setzen sich im Wesentlichen aus Vergütungen für die Benützung des zentralen Ausweichsystems, Vergütungen für die Benützung des Rechtsinformationssystems, aus Kostenersätzen der Europäischen Union, Einnahmen aus dem Bundesgesetzblatt (Abonnementgebühren) und Pensionsbeiträgen der Obersten Organe zusammen.

Titel 101 Staatsarchiv und Archivamt

Gesetzliche Grundlagen
Bundesarchivgesetz BGBl I Nr. 162/1999;
Denkmalschutzgesetz, BGBl. Nr. 533/1923, zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 170/1999.

Aufgaben
Administration der Agenden der sechs Archivabteilungen Allgemeines Verwaltungsarchiv (und Verkehrsarchiv)', 'Archiv der Republik', 'Finanz- und Hofkammerarchiv', 'Haus-, Hof- und Staatsarchiv' und 'Kriegsarchiv' sowie der 'Bibliothek des Österreichischen Staatsarchivs' und deren Koordinierung durch die Generaldirektion. Wahrnehmung der dem Österreichischen Staatsarchiv obliegenden behördlichen Tätigkeiten zur Durchführung von gesamtösterreichischen Sicherungsmaßnahmen bei in staatlichem und privatem Eigentum stehenden Archivalien sowie die Gewährung von Zuschüssen zur Erhaltung privater Archive, die von allgemeinem Interesse sind.

	Personal-ausgaben	Sach-	Summe	Einnahmen
	Millionen Euro			
2000	4,4	1,6	6,0	0,1
2001	4,5	2,3	6,8	0,2
2002	4,5	2,2	6,7	0,2

Titel 102 Bundesstatistik (Statistisches Zentralamt)

Gesetzliche Grundlagen
Bundesstatistikgesetz 2000, BGBl I Nr. 163/1999;
Volkszählungsgesetz 1980 BGBl. Nr. 199 i.d.F. 505/1994;
Arbeitsstättenzählungsgesetz BGBl Nr. 119/1973.

Aufgaben
Zentrale Erstellung der Bevölkerungs-, Agrar-, gesamten Wirtschafts-, Außenhandels- (insbesondere die EU-Binnenhandelsstatistik INTRASTAT), Sozial- und Finanzstatistik, der Statistik des Volkseinkommens, der Umweltstatistik und der Wissenschafts- und Technologiestatistik.

	Personal-ausgaben	Sach-	Summe	Einnahmen
	Millionen Euro			
2000	8,6	52,1	60,6	8,6
2001	8,3	60,1	68,4	9,3
2002	8,1	55,8	63,9	9,1

Unterschiede gegen Vorjahre
Hier werden die Personalausgaben und damit zusammenhängende Sachausgaben des eigenen Wirtschaftskörpers 'Statistik Österreich' verrechnet, die zur Gänze dem Bund ersetzt werden.

Die Verminderung der Sachausgaben ergibt sich durch die Reduzierung der bereitgestellten Mittel für die Durchführung der Großzählungen gemäß § 73 Bundesstatistikgesetz 2000, BGBl. I Nr. 163/1999 sowie den Zusatzabgeltungen gemäß § 32 leg. cit.

Titel 103 Österreichische Staatsdruckerei

Gesetzliche Grundlage
Staatsdruckereigesetz 1996, BGBl. 1 Nr. 1/1997, zuletzt geändert durch BGBl. 1 Nr. 93/1999.

Aufgaben
Überwiegend die Herstellung von Druckprodukten für die Bundesverwaltung.

	Personal-ausgaben	Sach-	Summe	Einnahmen
	Millionen Euro			
2000	1,4	0,0	1,4	1,4
2001	1,5	0,0	1,5	1,5
2002	1,5	0,0	1,5	1,5

Hier werden die Personalausgaben und damit zusammenhängende Sachausgaben des eigenen Wirtschaftskörpers 'Österreichische Staatsdruckerei' verrechnet, die zur Gänze dem Bund ersetzt werden.

Titel 104 Presse- und Parteienförderung

Gesetzliche Grundlagen
Presseförderungsgesetz, BGBl. Nr. 228/1985, zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 130/1999;
Parteiengesetz, BGBl. Nr. 404/1975, zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 130/2000;
Bundesgesetz über die Förderung politischer Bildungsarbeit und Publizistik, BGBl. Nr. 369/1984, zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 129/2000.

Aufgaben
Maßnahmen zur Förderung der politischen Parteien, der staatsbürgerlichen Bildungsarbeit im Bereich der politischen Parteien, der Publizistik und der Presse.

	Personal-ausgaben	Sach-	Summe	Einnahmen
	Millionen Euro			
2000	0,0	39,3	39,3	0,0
2001	0,0	39,1	39,1	0,0
2002	0,0	39,3	39,3	0,0

Von den für 2002 veranschlagten Ausgaben entfallen:

8,5 Millionen Euro auf Zuwendungen an politische Akademien,
14,3 Millionen Euro auf Zuwendungen an politische Parteien,
0,4 Millionen Euro auf Zuwendungen für politische Bildungsarbeit und Publizistik,
5,9 Millionen Euro auf die allgemeine Presseförderung,
9,6 Millionen Euro auf die besondere Presseförderung und
0,5 Millionen Euro auf die Presseförderung-Joumalistenausbildung.

Titel 105 Bundesministerium; Sonstiger Zweckaufwand

Paragraf 1050 Volksgruppenförderung

Gesetzliche Grundlage
Volksgruppengesetz, BGBl. Nr. 396/1976, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 24/1988.

Aufgaben
Maßnahmen zur Förderung der Volksgruppen in Österreich.

	Personal-ausgaben	Sach-	Summe	Einnahmen
	Millionen Euro			
2000	0,0	4,5	4,5	0,0
2001	0,0	3,8	3,8	0,0
2002	0,0	3,8	3,8	0,0

Paragraf 1051 Zwangsarbeiter-Entschädigungen

Gesetzliche Grundlage
Versöhnungsfondsgesetz, BGBl. I Nr. 74/2000.

Unter diesem Paragraf werden Entschädigungszahlungen an ehemalige Zwangsarbeiter verrechnet.

Kapitel 11 Inneres

Die Einnahmen und Ausgaben dieses Kapitels ergeben sich aus dem Wirkungsbereich des Bundesministeriums für Inneres gemäß Bundesministeriengesetz 1986, BGBl. Nr. 76/1986, zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 141/2000, insbesondere Anlage zu § 2 Teil 2 Abschnitt E.

Gesamtgebarung

	Personal-ausgaben	Sach-	Summe	Einnahmen
	Millionen Euro			
2000	1.206,5	462,5	1.668,9	95,7
2001	1.195,7	456,0	1.651,7	93,8
2002	1.190,6	454,1	1.644,7	94,7

Mit Inkrafttreten der BMG-Novelle 2000, BGBl. I Nr. 16/2000, werden die Ausgaben im Zusammenhang mit der Räumung (Sanierung) von Deponien (bis März 2000 beim Voranschlagsansatz 1/11198 mitveranschlagt) beim Kapitel 61 Umwelt neu verrechnet.

Im Einzelnen ist zu bemerken:

Titel 110 Bundesministerium für Inneres

Aufgaben

Dem Bundesministerium für Inneres obliegen die obersten Verwaltungsgeschäfte über die Angelegenheiten des Sicherheitswesens, soweit sie nicht in den Wirkungsbereich eines anderen Bundesministeriums fallen, weiters die Angelegenheiten der Staatsgrenzen, mit Ausnahme ihrer Vermessung und Vermarkung, des Dienstbetriebes der Bundespolizei und der Bundesgendarmerie und sonstiger Wachkörper, soweit sie nicht in den Wirkungsbereich eines anderen Bundesministeriums fallen, die Angelegenheiten der Staatsbürgerschaft und des Heimatrechts, die Personenstandsangelegenheiten, soweit sie nicht von Justizbehörden zu vollziehen sind, die Angelegenheiten der auf Grund der Bundesverfassung vorgesehenen Wahlen, Volksbegehren, Volksbefragungen und Volksabstimmungen, die Angelegenheiten der Organisation der inneren Verwaltung in den Ländern, die Angelegenheiten der Gemeinden und Gemeindeverbände, soweit sie nicht in den Wirkungsbereich des Bundeskanzleramtes fallen, die Angelegenheiten des Stiftungs- und Fondswesens, soweit sie nicht in den Wirkungsbereich eines anderen Bundesministeriums fallen, der Kriegsgräberfürsorge, des Zivildienstes, die Führung der KZ-Gedenkstätte Mauthausen (Mauthausen Memorial) sowie die Angelegenheiten der staatlichen Verwaltung, die nicht ausdrücklich einem anderen Bundesministerium zugewiesen sind.

	Personal-ausgaben	Sach-	Summe	Einnahmen
	Millionen Euro			
2000	74,5	81,1	155,6	2,7
2001	73,1	88,4	161,6	2,6
2002	73,1	84,9	158,0	2,6

Im einzelnen setzen sich die Ausgaben wie folgt zusammen:

	Vorl. Erf. 2000	2001	2002
	Millionen Euro		
Zentralleitung	140,3	145,3	141,4
Zahlungen an die BIG	15,0	15,0	15,3
Menschenrechteskoordinator und Beiräte	0,3	1,3	1,3
Summe	155,6	161,6	158,0

Paragraf 1100 Zentralleitung
Anlagen
Veranschlagt sind insbesondere Investitionen im ADV-Bereich sowie Ausgaben für den Ankauf bzw. Ersatz von Kraftfahrzeugen, Amtseinrichtungen und technischer Ausstattung.

Förderungen
Die hier veranschlagten Ausgaben werden für Zahlungen an nicht auf Gewinn berechnete Institutionen für ihre im Interesse des Bundesministeriums für Inneres gelegenen Förderungsvorhaben verwendet. Überdies sind hier noch die Förderungsmittel für die Verkehrs-, Unfall- und Einsatzstatistik sowie für die Unterstützung der Sportvereine der Sicherheitsexekutive veranschlagt.

Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen)
Dieser Voranschlagsansatz beinhaltet den Aufwand für die Familienbeihilfen und den Mutter-Kind-Pass-Bonus, die Ausgaben an öffentlichen Abgaben und die Wahlkosten.

Aufwendungen
Darunter fallen neben dem allgemeinen administrativen Aufwand die Aufwendungen für die automationsunterstützte Datenverarbeitung in Höhe von rund 22,1 Millionen Euro. Weiters sind die Mitgliedsbeiträge zu internationalen Organisationen, insbesondere die österreichischen Beiträge im Zusammenhang mit dem Schengener Abkommen, zur INTERPOL sowie zur EUROPOL veranschlagt.

Paragraf 1101 Zahlungen an die BIG
Bei diesem Paragraf wurden im Sinne der Bestimmungen des BIG-Gesetzes, BGBl. Nr. 419/1992, zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 141/2000 die Zahlungen (Mieten und Betriebskosten) des Ressorts an die BundesimmobiliengesmbH. (BIG) für die Nutzung von in die Verwaltung an die BIG übertragenen Gebäuden und Liegenschaften veranschlagt.

Paragraf 1102 Menschenrechtskoordinator und Beiräte
Dieser Paragraf beinhaltet den Aufwand für den auf der Grundlage des Beschlusses der Bundesregierung vom 20. Juli 1999 eingerichteten Menschenrechtskoordinator und den mit Novelle zum Sicherheitspolizeigesetz, BGBl. I Nr. 146/1999, geschaffenen Menschrechtsbeirat.

Titel 111 Bundesministerium für Inneres (Zweckaufwand)
Gesetzliche Grundlagen
Bundes-Verfassungsgesetz in der Fassung von 1929, zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 114/2000;
Vereinbarung gemäß Art. 15 a B-VG zwischen dem Bund und dem Land Kärnten über einen gemeinsamen Hubschrauber-Rettungsdienst, BGBl. Nr. 273/1984;
Vereinbarung gemäß Art. 15 a B-VG zwischen dem Bund und dem Land Steiermark über einen gemeinsamen Hubschrauber-Rettungsdienst, BGBl. Nr. 301/1985;
Vereinbarung gemäß Art. 15 a B-VG zwischen dem Bund und dem Land Vorarlberg über einen gemeinsamen Hubschrauberdienst, BGBl. Nr. 428/1986;
Vereinbarung gemäß Art. 15 a B-VG zwischen dem Bund und dem Land Tirol über Hubschrauberdienste, BGBl. Nr. 26/1987, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 259/1988;
Vereinbarung gemäß Art. 15 a B-VG zwischen dem Bund und dem Land Salzburg über einen gemeinsamen Hubschrauber-Rettungsdienst, BGBl. Nr. 191/1987;
Vereinbarung gemäß Art. 15 a B-VG zwischen dem Bund und dem Land Oberösterreich über einen gemeinsamen Hubschrauber-Rettungsdienst, BGBl. Nr. 626/1987;
Vereinbarung gemäß Art. 15 a B-VG zwischen dem Bund und dem Land Wien über einen gemeinsamen Hubschrauberdienst, BGBl. Nr. 106/1990;
Bundesgesetz über Maßnahmen zur Vorbeugung und Beseitigung von Katastrophenschäden (Katastrophenfondsgesetz 1996), BGBl. Nr. 201/1996, zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 143/2000;
Vereinbarung gemäß Art. 15 a B-VG zwischen dem Bund und den Ländern über die Aufteilung und Verwendung der nach § 3 Z 4 lit. c des Katastrophenfondsgesetzes 1996, in der derzeit geltenden Fassung, zur Verfügung stehenden Mittel für ein Warn- und Alarmsystem sowie die Einräumung wechselseitiger Benützungsrechte an den Anlagen dieses Systems samt Anlagen, BGBl. Nr. 87/1988;
Bundes-Verfassungsgesetz über Kooperation und Solidarität bei der Entsendung von Einheiten und Einzelpersonen in das Ausland, BGBl. I Nr. 38/1997, zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 35/1998;
Zivildienstgesetz 1986, BGBl. Nr. 679/1986, zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 133/2000;
Sicherheitspolizeigesetz, BGBl. Nr. 566/1991, zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 85/2000.

Aufgaben bzw. Organisation

Flugpolizei und Flugrettungsdienst

Unter 'Flugpolizei' ist der Einsatz von Luftfahrzeugen für sicherheits-, ordnungs- und verkehrspolizeiliche Zwecke zu verstehen. Der 'Flugrettungsdienst' umfaßt Rettungs- und Ambulanzflüge und wurde im Jahre 2001 an einen privaten Betreiber übergeben. Weiters obliegt dem Bundesministerium für Inneres auch die fliegerische Ausbildung von Exekutivbeamten für Aufgaben der Flugpolizei.
Zur Besorgung dieser Aufgaben stehen dem Bundesministerium für Inneres 18 Hubschrauber und 4 Motorflugzeuge zur Verfügung.
Zur Erhöhung der Aktionsfähigkeit sind die Luftfahrzeuge auf die sieben Einsatzstellen Wien (Meidlinger Kaserne), Flughafen Linz/Hörsching, Flughafen Salzburg/Maxglan, Flughafen Innsbruck/Kranebitten, Flughafen Graz/Thalerhof, Flughafen Klagenfurt/Wörthersee, Flugplatz Hohenems/Dornbirn sowie auf die Außenstelle Wien am Flugplatz Vöslau verteilt. Die Flugeinsatzstelle Lienz wurde im Zuge der Abgabe der Flugrettung aufgelassen.

Zivilschutz

Der Zivilschutz wird zu einem umfassenden Katastrophenschutz ausgebaut, der alle humanitären Maßnahmen zur Bewältigung von Krisensituationen, die insbesondere durch Naturereignisse oder technische Störfälle verursacht werden, treffen kann. Hiefür sind behördliche Vorsorgen, Vorkehrungen der Hilfs- und Rettungsorganisationen - als maßgebliche Träger des Zivilschutzes - und eine vermehrte Öffentlichkeitsarbeit durch den Österreichischen Zivilschutzverband zur Stärkung der Selbstschutzmaßnahmen des Einzelnen erforderlich. Bei Bedarf können Fahrzeuge, die bei der Bundespolizei und der Bundesgendarmerie systemisiert sind, für Zivilschutzzwecke herangezogen werden.

	Personal-ausgaben	Sach-	Summe	Einnahmen
	Millionen Euro			
2000	0,0	97,2	97,2	53,3
2001	0,0	70,2	70,2	49,1
2002	0,0	69,2	69,2	48,2

Im Einzelnen setzen sich die Ausgaben wie folgt zusammen:

	Vorl. Erf. 2000	2001	2002
	Millionen Euro		
Flugpolizei und Flugrettungsdienst	6,9	6,6	5,8
Zivilschutz: 1)			
Vorsorge für alle Ressorts			
Bereich Inneres	1,5	1,7	1,7
Zivilschutz (Mittel des Katastrophenfonds)	3,5	3,6	3,6
Kriminalpolizeilicher Beratungsdienst			
und Opferschutzeinrichtungen	2,0	2,0	2,1
Auslandseinsätze gemäß BGBl. I Nr. 38/1997	3,6	3,9	3,9
Zivildienst	57,8	48,0	47,7
Einrichtungen zur Verkehrsüberwachung	4,0	4,3	4,3
Angelegenheiten gemäß Anlage zu §2, Teil 2,			
Abschn. E, Z 13 BMG	17,9	0,1	0,1
Summe	97,2	70,2	69,2

Fußnote:
1) Der Aufwand für den Zivilschutz wird pauschal beim Paragraf 1/1111 veranschlagt, die Verrechnung erfolgt, soweit es sich um in die Kompetenz des Bundesministeriums für Inneres fallende Zivilschutzaufgaben handelt, bei Kapitel 11, ansonsten aber nach Genehmigung der erforderlichen überplanmäßigen Ausgaben bei den in Betracht kommenden anderen Ressorts, und zwar bei den Paragrafen 6000 und 6304.

Paragraf 1110 Flugpolizei und Flugrettungsdienst
Bei diesem Paragraf sind die Ausgaben für den Betrieb und die Instandhaltung der Luftfahrzeuge veranschlagt.

Paragraf 1111 Zivilschutz
Hier ist der Aufwand für die Selbstschutz-Informationszentren, die Öffentlichkeitsarbeit, die Zivilschutzschule des Bundesministeriums für Inneres sowie für die Leitungsmieten im Rahmen des Warn- und Alarmdienstes veranschlagt.

Paragraf 1112 Zivilschutz (Mittel d.Katastrophenfonds)(zweckgeb.Gebarung)
Bei diesem Paragraf wurden die Bestimmungen des Katastrophenfondsgesetzes berücksichtigt, die vorsehen, dass jährlich ab 1. Jänner 1987 maximal 3,6 Millionen Euro zur Finanzierung des Warn- und Alarmdienstes bereitgestellt werden. Die hiefür erforderliche Vereinbarung gemäß Art. 15 a B-VG zwischen dem Bund und den Ländern wurde getroffen.

Paragraf 1114 Kriminalpol. Beratungsdienst und Opferschutzeinrichtungen
Bei diesem Paragraph werden Ausgaben für Förderungen von Vorhaben im Sinne des § 25 Abs.2 Sicherheitspolizeigesetz verrechnet, die der Vorbeugung gefährlicher Angriffe auf Leben, Gesundheit oder Vermögen von Menschen dienen. Weiters werden Ausgaben im Zusammenhang mit der vertraglichen Beauftragung bewährter geeigneter Opferschutzeinrichtugen im Sinne des § 25 Abs. 3 Sicherheitspolizeigesetz verrechnet mit dem Ziel, Menschen zum Zwecke ihrer Beratung und immateriellen Unterstützung anzusprechen. Überdies sind hier die Ausgaben für den Kriminalpolizeilichen Beratungsdienst veranschlagt, worunter insbesondere Kosten für öffentlichkeitswirksame Präventionskampagnen fallen.

Paragraf 1116 Auslandseinsätze gemäß BGBl. I Nr.38/1997
Hier ist der Aufwand für die Österreichischen Polizeikontingente im Ausland veranschlagt.

Paragraf 1117 Zivildienst
Bei diesem Paragraf sind die Ausgaben für die im ordentlichen Zivildienst eingesetzten Zivildienstpflichtigen veranschlagt.

Paragraf 1118 Einrichtungen zur Verkehrsüberwachung
Die Höhe der Ausgaben für die Beschaffung und Erhaltung von Verkehrsüberwachungseinrichtungen richtet sich nach den eingehenden Strafgeldern gemäß § 100 StVO.

Paragraf 1119 Angelegenheiten gem.Anlage zu §2,Teil 2,Abschn.E,Z13.BMG
Verrechnung der Kosten für Angelegenheiten der staatlichen Verwaltung, die nicht ausdrücklich einem anderen Bundesministerium als dem Bundesministerium für Inneres zugewiesen sind.

Titel 112 Bundesministerium für Inneres (Sonstiger Zweckaufwand)

	Personal-ausgaben	Sach-ausgaben	Summe	Einnahmen
	Millionen Euro			
2000	0,0	2,6	2,6	0,0
2001	0,0	3,2	3,2	0,0
2002	0,0	3,3	3,3	0,0

Im Einzelnen gliedern sich die Ausgaben des Titels 112 wie folgt:

	Vorl. 2000	Erf. 2000	2001	2002
	Millionen Euro			
Einrichtungen für die Kriegsgräberfürsorge	0,4	0,4		0,4
Fremdenwesen	2,2	2,8		2,9
Summe	2,6	3,2		3,3

Paragraf 1121 Einrichtungen für die Kriegsgräberfürsorge
Gesetzliche Grundlagen

Staatsvertrag von Saint-Germain-en-Laye, StGBI. Nr. 303/1920, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 154/1934;

Bundesgesetz über die Fürsorge für Kriegsgräber aus dem Ersten und Zweiten Weltkrieg, BGBl. Nr. 175/1948;

Bundesgesetz über die Fürsorge und den Schutz der Kriegsgräber und Kriegsdenkmäler aus dem Zweiten Weltkrieg für Angehörige der Alliierten, Vereinten Nationen und für Opfer des Kampfes um ein freies, demokratisches Österreich und Opfer politischer Verfolgung, BGBl. Nr. 176/1948, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 422/1974;

Staatsvertrag, betreffend die Wiederherstellung eines unabhängigen und demokratischen Österreich, BGBl. Nr. 152/1955.

Aufgaben

Der Kriegsgräberfürsorge obliegt die Fürsorge für die Gräber der Gefallenen des Ersten und des Zweiten Weltkrieges und der Opfer der KZ-, Anhalte- und Arbeitslager, der Bombenopfer sowie der Flüchtlinge. Die Aufgaben werden von den Ämtern der Landesregierungen vorgenommen.

Paragraf 1122 Fremdenwesen
Gesetzliche Grundlage

Bundesgesetz über die Einreise, den Aufenthalt und die Niederlassung von Fremden (Fremdengesetz 1997), BGBl. I Nr. 75/1997, zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 134/2000;

Verordnung des Bundesministers für Inneres zur Durchführung des Fremdengesetzes (Fremdengesetz-Durchführungsverordnung 1997), BGBl. II Nr. 418/1997, zuletzt geändert durch BGBl. II Nr. 368/2000.

Aufgaben

Bei diesem Paragraf sind jene Ausgaben veranschlagt, die im Rahmen der Vollziehung des Fremdengesetzes vom Bund zu tragen sind. Weiters sind Förderungsmittel für die Schubhaftbetreuung vorgesehen.

Titel 113 Bundespolizei
Gesetzliche Grundlagen

Verordnung der Bundesregierung vom 24. Februar 1999, BGBl. II Nr. 56/1999, über die Errichtung von Bundespolizeidirektionen und die Festlegung ihres örtlichen Wirkungsbereiches (Bundespolizeidirektionen-Verordnung);

Sicherheitspolizeigesetz, BGBl. Nr. 566/1991, zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 85/2000;

Richtlinien-Verordnung, BGBl. Nr. 266/1993;

Straßenverkehrsordnung BGBl. Nr. 159/1960, zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 142/2000;

Anhalteordnung, BGBl. II Nr. 128/1999.

Aufgaben

In 14 Städten werden die Polizeiagenden von Bundespolizeibehörden wahrgenommen.

Organisation

Die Bundespolizeibehörden gliedern sich in 14 Bundespolizeidirektionen: Wien, Linz, Salzburg, Innsbruck, Graz, Klagenfurt, Eisenstadt, Wiener Neustadt, St. Pölten, Steyr, Wels, Leoben, Villach und Schwechat. Den Bundespolizeibehörden sind 4 Grenzkontrollstellen angeschlossen. Sicherheitsdirektionen bestehen in allen Bundesländern (zusammen 9).

	Personal-ausgaben	Sach-	Summe	Ein-nahmen
	Millionen Euro			
2000	534,3	112,0	646,3	32,4
2001	533,8	117,6	651,4	34,5
2002	529,6	118,3	647,9	35,6

Im Einzelnen setzen sich die Ausgaben wie folgt zusammen:

	Vorl. Erf. 2000	2001	2002
	Millionen Euro		
Bundespolizei	640,1	645,1	641,6
Bundespolizei (zweckg. Gebarung)	6,2	6,3	6,3
Summe	646,3	651,4	647,9

Polizei-Massafonds

Zur Beschaffung von Dienstkleidern für die Beamten der österreichischen Bundespolizei wurde mit Ministerratsbeschluss vom 6. Dezember 1949 der Polizei-Massafonds als Fonds mit eigener Rechtspersönlichkeit errichtet.

Dem Fonds werden im Jahre 2002 voraussichtlich zufließen:

	Millionen Euro
Aus dem Bundeshaushalt (Massapauschale und Massaeinlage)	2,95
Sonstiges	0,03
Zusammen	2,98

Dieser Betrag wird voraussichtlich wie folgt verwendet werden:

	Millionen Euro
Beschaffung von Massasorten	2,94
Fondsaufwand	0,02
Zuführung an Rücklagen	0,02
Zusammen	2,98

Wohlfahrtsfonds der Bundespolizei

Zur Unterstützung hilfsbedürftiger Bediensteter der Bundespolizeibehörden und deren Hinterbliebenen wurde mit Erlass vom 24. Dezember 1953 der Wohlfahrtsfonds der Bundespolizei als Fonds mit eigener Rechtspersönlichkeit errichtet.

Dem Fonds werden im Jahre 2002 voraussichtlich zufließen:

	Millionen Euro
Aus dem Bundeshaushalt (Überweisung von Geldbußen und Geldstrafen)	0,04
Sonstiges	0,06
Zusammen	0,10

Dieser Betrag wird voraussichtlich wie folgt verwendet werden:

	Millionen Euro
Unterstützungen	0,07
Zuführung an Rücklagen	0,03
Zusammen	0,10

Titel 114 Bundesgendarmerie

Gesetzliche Grundlagen

Gendarmeriegesetz 1894, RGBl. Nr. 1/1895, zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 191/1999;
Gendarmeriegesetz 1918, StGBl. Nr. 75/1918, zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 191/1999;
Sicherheitspolizeigesetz; BGBl. Nr. 566/1991, zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 85/2000;
Richtlinien-Verordnung, BGBl. Nr. 266/1993;
Sondereinheiten-Verordnung, BGBl. II Nr. 207/1998;
Bezirksgendarmeriekommanden-Verordnung, BGBl. Nr. 268/1993;
Straßenverkehrsordnung BGBl. Nr. 159/1960, zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 142/2000;
Anhalteordnung, BGBl. II Nr. 128/1999.

Aufgaben

Die Bundesgendarmerie hat die Aufrechterhaltung der öffentlichen Ruhe, Ordnung und Sicherheit im ganzen Bundesgebiete zu besorgen, soweit diese Aufgaben nicht der Bundespolizei obliegen.

Organisation

Die Zahl der Dienststellen beträgt: 8 Landesgendarmeriekommanden mit 8 Stabsabteilungen, 8 Schulungsabteilungen mit 3 Außenstellen, 8 Verkehrsabteilungen mit 34 Außenstellen, 8 Kriminalabteilungen mit 6 Außenstellen, 86 Bezirksgendarmeriekommanden, 834 Gendarmerieposten mit 2 Außenstellen, 71 Grenzüberwachungsposten und Grenzkontrollstellen sowie 1 Gendarmeriezentralschule und 1 Gendarmerieeinsatzkommando.

	Personal-ausgaben	Sach-	Summe	Einnahmen
	Millionen Euro			
2000	589,5	131,2	720,7	6,5
2001	580,7	140,7	721,4	6,8
2002	579,8	142,1	721,8	7,4

Im Einzelnen setzen sich die Ausgaben wie folgt zusammen:

	Vorl. Erf. 2000	2001	2002
	Millionen Euro		
Bundesgendarmerie	706,6	708,0	708,5
Bundesgendarmerie (zweckgeb. Gebarung)	14,1	13,4	13,4
Summe	720,7	721,4	721,9

Massafonds der Bundesgendarmerie

Zur Beschaffung von Dienstkleidern für die Beamten der österreichischen Bundesgendarmerie wurde mit Ministerratsbeschluss vom 6. Dezember 1949 der Massafonds der Bundesgendarmerie als Fonds mit eigener Rechtspersönlichkeit errichtet.

Dem Fonds werden im Jahre 2002 voraussichtlich zufließen:

	Millionen Euro
Aus dem Bundeshaushalt (Massapauschale und Massaeinlage)	3,96
Sonstiges	0,05
Zusammen	4,01

Die Ausgaben werden voraussichtlich betragen:

	Millionen Euro
Beschaffung von Massasorten	3,97
Fondsaufwand	0,04
Zusammen	4,01

Titel 115 Besondere Einrichtungen
Gesetzliche Grundlagen
Paragraf 1150 Flüchtlingsbetreuung und Integration

Bundesgesetz über die Gewährung von Asyl (Asylgesetz 1997), BGBl. I Nr. 76/1997, zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 41/1999;

Bundesgesetz, mit dem die Bundesbetreuung von Asylwerbern geregelt wird (Bundesbetreuungsgesetz), BGBl. Nr. 405/1991, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 134/2000;

Verordnung über die Bundesbetreuung für Asylwerber, BGBl. Nr. 31/1992, zuletzt geändert durch BGBl. II Nr. 180/1998;

Bundesgesetz über die Einreise, den Aufenthalt und die Niederlassung von Fremden (Fremdengesetz 1997), BGBl. I Nr. 75/1997, zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 134/2000;

Paragraf 1151 KZ-Gedenkstätte Mauthausen (Mauthausen Memorial)

Bundesgesetz über die Fürsorge und den Schutz der Kriegsgräber und Kriegsdenkmäler aus dem Zweiten Weltkrieg für Angehörige der Alliierten, Vereinten Nationen und für Opfer des Kampfes um ein freies, demokratisches Österreich und Opfer politischer Verfolgung, BGBl. Nr. 176/1948, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 422/1974;

Staatsvertrag, betreffend die Wiederherstellung eines unabhängigen und demokratischen Österreich, BGBl. Nr. 152/1955.

Paragraf 1152 Bundesasylamt

Bundesgesetz über die Gewährung von Asyl (Asylgesetz 1997), BGBl. I Nr. 76/1997, zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 41/1999;

Übereinkommen über die Bestimmung des zuständigen Staates für die Prüfung eines in einem Mitgliedstaat der Europäischen Gemeinschaften gestellten Asylantrages, BGBl. III Nr. 165/1997.

	Personal-ausgaben	Sach-	Summe	Einnahmen
	Millionen Euro			
2000	8,2	37,9	46,1	0,8
2001	8,1	35,1	43,2	0,8
2002	8,1	35,2	43,3	0,8

Im Einzelnen gliedern sich die Ausgaben des Titels 115 wie folgt:

	Vorl. Erf. 2000	2001	2002
	Millionen Euro		
Flüchtlingsbetreuung und Integration	36,0	32,5	32,5
KZ-Gedenkstätte Mauthausen (Mauthausen Memorial)	2,9	3,3	3,3
Bundesasylamt	7,2	7,4	7,4
Summe	46,1	43,2	43,2

Paragraf 1150 Flüchtlingsbetreuung und Integration

Bei diesem Paragraf sind vor allem die Ausgaben für die Betreuung, Verpflegung und Unterbringung der Asylwerber und Flüchtlinge, der Kriegsflüchtlinge aus Bosnien-Herzegowina und der Kriegsvertriebenen aus dem Kosovo bzw. Aufwendungen für Integrationsmaßnahmen sowie die Beiträge an internationale Organisationen veranschlagt.

Der Beitrag zum Fonds zur Integration von Flüchtlingen in Höhe von 1,4 Millionen Euro ist als Unterstützung für die Integrationsbemühungen von Flüchtlingen bestimmt.

Einnahmen

Die in den Betreuungsstellen und Gasthöfen untergebrachten Asylwerber und Flüchtlinge haben gemäß Bundesbetreuungsverordnung Beiträge für Unterkunft und Verpflegung zu entrichten.

Betreuungsstellen und Insassen

Die Zahl der Betreuungsstellen und der darin untergebrachten Personen betrug im Jahresdurchschnitt:

	1997	1998	1999	2000
Betreuungsstellen	6	6	6	6
Insassen 1)	1.020	1.150	1.400	1.400
Unterbringung in Gasthöfen	400	450	2.500	2.500

Fußnote:
1) In dieser Summe sind im Jahre 1997 380, im Jahre 1998 150, im Jahre 1999 60 Kriegsflüchtlinge aus Bosnien-Herzegowina sowie in den Jahren 1997 und 1998 jeweils 100 und in den Jahren 1999 und 2000 157 Konventionsflüchtlinge enthalten.

Paragraf 1151 KZ-Gedenkstätte Mauthausen (Mauthausen Memorial)
Ausgaben
Darunter fallen insbesondere die Ausgaben für den laufenden Betrieb, Instandsetzung und Instandhaltung des ehemaligen Konzentrationslagers Mauthausen bzw. der Gedenkstätten Melk und Ebensee, die Ausgaben für wissenschaftliche Projekte, die Neugestaltung und Sanierung der KZ-Gedenkstätte Mauthausen, sowie die Befreiungsfeier 2002.

Einnahmen
Die Einnahmen resultieren hauptsächlich aus den für den Besuch der KZ-Gedenkstätte Mauthausen einzuhebenden Eintrittsgebühren sowie aus dem verkauf von Büchern und Broschüren.

Paragraf 1152 Bundesasylamt
Aufgaben bzw. Organisation
Das Asylgesetz 1997 sieht als Asylbehörde 1. Instanz das Bundesasylamt vor, das über Asylanträge gemäß den normierten Verfahrensläufen zu entscheiden hat.
Zur besseren Abwicklung der Asylverfahren wurden in den Bundesländern 7 Außenstellen des Bundesasylamtes eingerichtet.
Gleichzeitig ist das Bundesasylamt jene zur Durchführung des Dubliner Übereinkommens zuständige Behörde.

Ausgaben
Bei diesem Paragraf sind die erforderlichen Geldmittel zur Vollziehung des Asylgesetzes 1997, insbesondere die Gebühren für Dolmetscher und Flüchtlingsberater, veranschlagt.

Titel 116 Sicherheitsakademie
Gesetzliche Grundlagen
Sicherheitspolizeigesetz, BGBl. Nr. 566/1991, zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 85/2000.

Aufgaben
Ausbildung von Führungs- und Lehrkräften sowie Erstellung von Gutachten.

	Personal-ausgaben	Sach-ausgaben	Summe	Einnahmen
	Millionen Euro			
2000	0,0	0,4	0,4	0,0
2001	0,0	0,9	0,9	0,0
2002	0,0	1,2	1,2	0,0

Ausgaben
Bei diesem Titel sind hauptsächlich Ausgaben für die Erstausstattung der Sicherheitsakademie sowie für den laufenden Lehrbetrieb enthalten.

Kapitel 12 Bildung und Kultur

Die Einnahmen und Ausgaben dieses Kapitels ergeben sich aus dem Wirkungsbereich des Bundesministeriums für Bildung, Wissenschaft und Kultur (Verwaltungsbereich Bildung und Kultur) gemäß Bundesministeriengesetz 1986, BGBl. Nr. 76, zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 141/2000, insbesondere Anlage zu § 2 Teil 2 Abschnitt C und des fünften Zusatzvertrages, BGBl. Nr. 609/1996, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 680/1996.

Gesamtgebarung

	Personal-ausgaben	Sach-ausgaben	Summe	Einnahmen
	Millionen Euro			
2000	2.067,7	3.465,5	5.533,2	78,0
2001	2.111,0	3.515,2	5.626,3	100,5
2002	2.108,9	3.525,5	5.634,3	100,5

Im Einzelnen ist zu den Bereichen zu bemerken:

Titel 120 Bundesministerium für Bildung, Wissenschaft und Kultur

Gesetzliche Grundlagen

Vertrag zwischen dem Heiligen Stuhl und der Republik Österreich zur Regelung von vermögensrechtlichen Beziehungen, BGBl. Nr. 195/1960, in der Fassung des Zusatzvertrages zwischen dem Heiligen Stuhl und der Republik Österreich, BGBl. Nr. 107/1970, des Zweiten Zusatzvertrages, BGBl. Nr. 220/1976, des Dritten Zusatzvertrages, BGBl. Nr. 49/1982, des Vierten Zusatzvertrages, BGBl. Nr. 86/1990, des Fünften Zusatzvertrages, BGBl. Nr. 609/1996, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 680/1996,

Bundesgesetz über äußere Rechtsverhältnisse der Evangelischen Kirche, BGBl. Nr. 182/1961, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 318/1996,

Bundesgesetz über finanzielle Leistungen an die Altkatholische Kirche, BGBl. Nr. 221/1960, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 316/1996,

Bundesgesetz über finanzielle Leistungen an die israelitische Religionsgesellschaft, BGBl. Nr. 222/1960, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 317/1996.

Aufgaben

Dem Bundesministerium für Bildung, Wissenschaft und Kultur (Verwaltungsbereich Bildung und Kultur) obliegen die obersten Verwaltungsgeschäfte des Bundes auf dem Gebiete des Schulwesens einschließlich Schulerhaltung, Schulerrichtung und Schulauflassung mit Ausnahme der Schulerhaltung, Schulerrichtung und Schulauflassung der land- und forstwirtschaftlichen Bundesschulen, Erziehungswesen in den Angelegenheiten der Schülerheime; Aus- und Weiterbildung sowie Dienstprüfung der Lehrer; Mitwirkung des Bundes in Angelegenheiten des Dienstrechts und der Erstellung der Stellenpläne für Landeslehrer, soweit sie nicht in die Zuständigkeit des Bundesministeriums für Land- und Forstwirtschaft, Umwelt und Wasserwirtschaft fällt; Kindergarten- und Hortwesen.

Angelegenheiten der Hofmusikkapelle, der Bundesmuseen, der Nationalbibliothek und des Bundesdenkmalamtes.

Angelegenheiten des Kultus.

Angelegenheiten der Volksbildung.

Angelegenheiten der schulischen, kulturellen und kirchlichen Stiftungen und Fonds.

Angelegenheiten der Förderung der Schul- und Kulturfilme.

Angelegenheiten der innerstaatlichen Durchführung kultureller und pädagogischer Auslandsangelegenheiten (Koordination und Organisation).

	Personal-ausgaben	Sach-	Summe	Ein-nahmen
	Millionen Euro			
2000	31,7	276,8	308,5	19,0
2001	33,1	320,0	353,1	44,2
2002	33,5	334,0	367,5	43,8

Unterschiede gegen Vorjahr
Die Erhöhung der Personalausgaben ergibt sich durch die Ausgliederung des Museums moderner Kunst Stiftung Ludwig sowie die damit verbundene Übernahme der pragmatischen Bediensteten durch die Zentralstelle des Bundesministeriums für Bildung, Wissenschaft und Kultur. Ebenso ergibt sich eine Erhöhung der Sachausgaben durch die Basisabgeltung des Bundes an dieses Museum sowie aus der Veranschlagung der Anteiles aus der Technologiemilliarde. Die Erhöhung der Einnahmen resultiert aus der Refundierung der Personalbezüge der pragmatischen Bediensteten durch dieses ausgegliederte Museum sowie durch Veräußerungen von Optionsrechten.

Anlagen
Bei diesem Voranschlagsansatz ist unter anderem für die Zahlung der jährlichen Rate zum Ankauf des Schulhaus-Bootes und für die Beschaffung der notwendigen Amtseinrichtung einschließlich moderner Büroautomation Vorsorge getroffen.

Förderungen
Die Förderungen betreffen vor allem Zwecke der 'Allgemeinen Kulturförderung', des 'Bildungsfilms', des 'Österr. Kulturservice', bzw. sind sie bestimmt zur Förderung von Minderheiten, der geistigen Landesverteidigung, der Mädchen- und Frauenbildung, von 'Anniversarien' und EU-Kulturprojekten sowie für Vereinigungen, die kulturelle und kulturvermittelnde Aufgaben erfüllen. Hier wird auch für das kulturpädagogische Konzept zur Förderung des Musikverständnisses und Kulturbewusstseins der jungen Generation vorgesorgt.

Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen)
Kultus - Ständige Leistungen
Die Leistungen an die Katholische, Evangelische und Altkatholische Kirche sowie an die israelitische Religionsgesellschaft gehen auf Entschädigungsmaßnahmen gemäß Art. 26 des Staatsvertrages, BGBl. Nr. 152/1955, zurück.
Der Globalbetrag der ständigen Leistungen in der Höhe von 15,1 Millionen Euro setzt sich zusammen aus einem festen Betrag und einem variablen Betrag, der dem Gegenwert der Bezüge von insgesamt 1.358 Bediensteten der Gehaltsstufe A/IV/5 entspricht.

Aufwendungen
Hier wird für den Administrativaufwand der Zentralleitung vorgesorgt. Veranschlagt sind u.a. Beträge für die innerstaatliche Durchführung der in Zusammenarbeit mit dem Bundesministerium für auswärtige Angelegenheiten abgeschlossenen Kulturabkommen (Expertenaustausch im Schul- und Kulturbereich; Übermittlung von Österreich-Literatur und einschlägigem Informationsmaterial); weiterer Ausbau von Österreich-Zentren im Ausland; Finanzierung und Durchführung von Ministerbesuchen.

Schulraumbeschaffung und -bewirtschaftung
Der veranschlagte Betrag dient zur Fortsetzung des Schulraumbeschaffungsprogrammes (inklusive Begleitmaßnahmen des Sportstätten- und Schülerheimzuschussprogrammes). Damit werden die vertraglich festgelegten Raten der Projekte des Schulraumbeschaffungsprogrammes, die Refundierung der anteiligen Instandhaltungskosten an den Eigentümer dieser nicht im Eigentum des Bundes befindlichen Objekte sowie die Entgelte für die mit diesen Projekten im Zusammenhang stehenden bautechnischen Kollaudierungen, Planungsstudien u.dgl. bezahlt.
Ferner sind verschiedene auf vertragliche Verpflichtungen des Bundes zurückzuführende Mitgliedsbeiträge veranschlagt.

Paragraf 1201 Zahlungen an die BIG

Gesetzliche Grundlage
Bundesgesetz, mit dem die Bau- und Liegenschaftsverwaltung des Bundes neu organisiert sowie über Bundesvermögen verfügt wird (Bundesimmobiliengesetz), BGBl. I Nr. 141/2000.

Aufwendungen
Hier sind sämtliche Zahlungsverpflichtungen gegenüber der Bundesimmobiliengesellschaft (BIG) gemäß altem Bundesimmobiliengesetz (BIG-Gesetz, BGBl. Nr. 419/1992 in der Fassung BGBl. I Nr. 16/2000) veranschlagt. Neue Zahlungsverpflichtungen, die sich aus dem BIG-Gesetz, BGBl. I Nr. 141/2000 ergben, sind darin nicht enthalten.

Paragraf 1202 BM f. Bild., Wiss. u. Kult.-Schulraum (zweckgeb. Gebarung)

Gesetzliche Grundlage
Schulorganisationsgesetz, BGBl. Nr. 242/1962, zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 96/1999.

Aufwendungen
Bei Schulraumüberlassungen gemäß § 128a Schulorganisationsgesetz ist im Rahmen der zweckgebundenen Gebarung auch der anteilige Mietenaufwand an Drittnutzer zu verrechnen, wenn beim entsprechenden Objekt die Mieten bei der Schulraumbeschaffung verausgabt werden.

Paragraf 1203 Schulen in BIG-Gebäuden (zweckgeb. Gebarung)

Gesetzliche Grundlage
Schulorganisationsgesetz, BGBl. Nr. 242/1962 zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 96/1999.

Aufwendungen
Bei Schulraumüberlassungen gemäß § 128a Schulorganisationsgesetz ist im Rahmen der zweckgebundenen Gebarung auch der anteilige Mietenaufwand an Drittnutzer zu verrechnen, wenn beim entsprechenden Objekt die Mieten bei Zahlungen an die BIG verausgabt werden.

Paragraf 1205 Museen (Anstalten öffentlichen Rechts)
Dieser Paragraf dient zur Verrechnung der Basisabgeltungen des Bundes an ausgegliederte Bundesmuseen gemäß Bundesmuseen-Gesetz, BGBl. I Nr. 115/1998, zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 142/2000 und zur Verrechnung der Personalrefundierungen der ausgegliederten Bundesmuseen.

Titel 122 Bundesministerium; Zweckaufwand

Aufgaben
Dieser Zweckaufwand umfasst vor allem den gesamten Förderungsbereich für die allgemein pädagogischen Erfordernisse, für die Erwachsenenbildung, für das allgemein bildende Schulwesen, für das berufsbildende Schulwesen, für die Lehrer- und Erzieherbildung und für den Denkmalfonds sowie den Bereich der Aufwendungen für die allgemein pädagogischen Erfordernisse.

	Personal-ausgaben	Sach-ausgaben	Summe	Einnahmen
	Millionen Euro			
2000	0,0	90,6	90,6	0,2
2001	0,0	92,0	92,0	0,1
2002	0,0	92,7	92,7	0,1

Paragraf 1220 Allgemein-pädagogische Erfordernisse

Gesetzliche Grundlagen
Schülerbeihilfengesetz, BGBl. Nr. 455/1983, zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 54/1999,
Studienförderungsgesetz, BGBl. Nr. 305/1992, zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 142/2000,
Land- und forstwirtschaftliches Privatschulgesetz, BGBl. Nr. 318/1975.

Anlagen
Hier sind vor allem die Mittel für Einrichtungserfordernisse für die beiden Zentren für Schulentwicklung veranschlagt.

Förderungen
Förderungszuwendungen an Vereine zur Unterstützung der Integration, für Publikationen, für die Österreichische Länderbühne und andere Schultheater, den Buchklub der Jugend, das Museum Arbeitswelt in Steyr, das Österreichische Gesellschafts- und Wirtschaftsmuseum, für Maßnahmen der Umweltbildung, der Kulturvermittlung, der Kulturkontakte (Bildungskooperation) sowie für sonstige Unternehmungen und gemeinnützige Einrichtungen ermöglichen pädagogische Vorhaben, die vom Bundesministerium für Bildung, Wissenschaft und Kultur nicht selbst durchgeführt werden können.

Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen)
Hier sind die Mittel für Schülerbeihilfen und Studienförderungen, die Transferzahlungen an das Land Niederösterreich für konfessionelle und sonstige private land- und forstwirtschaftliche Berufs- und Fachschulen sowie Beträge für Gutachterkommissionen veranschlagt.

Aufwendungen
Die veranschlagten Beträge dienen zum Ausbau der Schul- und Unterrichtsversuche zur Neugestaltung der Schule, zur politischen Bildung und staatsbürgerlichen Erziehung, der Entwicklung und Einführung von neuen Lehrplänen, dem Ausbau der Schülervertretung, zur Erprobung neuer Modelle der Führung von Schulbüchereien, für Maßnahmen der Umwelterziehung, für die Beteiligung an EU-Projekten, für EU-Informationen der Schulen, für den Österreichischen Akademischen Austauschdienst, für Projekte der autonomen Entwicklung von Schulkultur, zur sportlichen Ertüchtigung der Schuljugend bei Schulwettkämpfen und für den internationalen Lehreraustausch.
Obwohl durch das Studienförderungsgesetz und das Schülerbeihilfengesetz bestimmten Gruppen von Studierenden und Schülern Anspruch auf eine Beihilfe des Bundes eingeräumt wird, sind zusätzliche Unterstützungen für Härtefälle und zur Förderung besonderer Studienleistungen vorgesehen. Neben Unterstützungen aller Schüler an Übungsschulen an Pädagogischen Akademien und an mittleren und höheren Schulen für die Teilnahme an Schulveranstaltungen sind auch Leistungsstipendien nach dem Studienförderungsgesetz für Studierende an Sozialakademien und Fahrtkostenzuschüsse für Studienbeihilfenbezieher veranschlagt.

Paragraf 1221 Erwachsenenbildung

Gesetzliche Grundlage
Bundesgesetz, BGBl. Nr. 171/1973, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 286/1990.

Förderungen
Weiterführung und Ausbau des kooperativen Systems der Erwachsenenbildung. Darüber hinaus sind folgende Schwerpunkte zur weiteren Strukturverbesserung der Erwachsenenbildung vorgesehen:
Zweckgebundene Personalsubventionen als notwendige Voraussetzung für eine gezielte Ausweitung der Bildungsangebote mit entsprechender Planung und Betreuung durch hauptberufliches pädagogisches Personal,
Ausbau des zweiten Bildungsweges insbesondere 'e-learning' (Lernen mit neuen Medien),
Bildungsprogramme für Frauen,
Integration benachteiligter Gruppen,
IT-Weiterbildungsoffensive,
Auf- und Ausbau der regionalen Bildungsinformation und -beratung,
Förderung im Zusammenhang mit EU-Programmen.

Paragraf 1225 Allgemein bildendes Schulwesen

Förderungen
Dieser Voranschlagsansatz umfasst den gesamten Förderungsbereich des allgemein bildenden Schulwesens. Vor allem sind die Bundeszuschüsse für die Internationale Schule Wien veranschlagt; darüber hinaus jene für die Österreichischen Waldorfschulen sowie verschiedene Baukostenzuschüsse, schließlich Beträge für die Anschaffung von Lehrmitteln und Einrichtungsgegenständen an Privatschulen

sowie für deren Ausbau und Modernisierung, insbesondere auch für die Ausstattung mit Unterrichtscomputern und für Refundierungen. Weiters dienen die veranschlagten Beträge der Förderung von den im Netzwerk zusammengefassten Alternativschulen.

Paragraf 1226 Berufsbildendes Schulwesen

Förderungen
Dieser Voranschlagsansatz umfasst den Förderungsbereich des berufsbildenden Schulwesens. Mit den zur Verfügung stehenden Mitteln werden einerseits private berufsbildende Schulen - insbesondere der Ausbau der Informationstechnologien - gefördert, anderseits außerschulische kulturelle Projekte im Bereich der berufsbildenden Pflichtschulen.

Paragraf 1227 Lehrer- und Erzieherbildung

Förderungen
Die privaten Pädagogischen Akademien und die Privat-Bildungsanstalten erhalten Zuschüsse zur lehrplanmäßigen Ausstattung der Unterrichtsräume auf Grund der 7. SchOG-Novelle. Jährlicher Beitrag an den Kulturfonds des Europarates für insgesamt 50 Reisestipendien zur Lehrerfortbildung in Österreich für Lehrer aus Mitgliedstaaten des Europarates.

Paragraf 1229 Denkmalfonds (zweckgebundene Gebarung)
Dieser Voranschlagsparagraf ist seit der Novelle 1990 zum Denkmalschutzgesetz erforderlich. Die Fondsmittel sollen unter anderem durch Spenden aufgebracht werden.

Titel 124 Nachgeordnete Dienststellen

Organisation
Zu den nachgeordneten Dienststellen gehören die Hofmusikkapelle, die Bundesschullandheime, die sonstigen Einrichtungen für Jugenderziehung, die bundesstaatlichen Einrichtungen der Erwachsenenbildung, weiters die (noch nicht ausgegliederten) Bundesmuseen, die Nationalbibliothek und das Bundesdenkmalamt.

	Personal-ausgaben	Sach-	Summe	Einnahmen
	Millionen Euro			
2000	39,8	70,4	110,2	12,2
2001	38,5	71,4	109,9	11,6
2002	35,9	66,8	102,7	11,3

Unterschiede gegen Vorjahr
Die Verminderung der Personal- und Sachausgaben ergibt sich durch die Ausgliederung des Museums moderner Kunst Stiftung Ludwig.

Paragraf 1240 Hofmusikkapelle

Aufgaben
Weiterführung des klassischen Kirchengesanges aus der Zeit vor dem II. Vatikanischen Konzil mit den Wiener Sängerknaben, den Mitgliedern des Wiener Staatsopernorchesters und der Choralscola.

	Personal-ausgaben	Sach-	Summe	Einnahmen
	Millionen Euro			
2000	0,7	0,4	1,1	0,4
2001	0,7	0,4	1,1	0,4
2002	0,7	0,4	1,1	0,4

Aufwendungen
Hier sind die Mittel für den laufenden Betrieb, vor allem für Entgelte an Einzelpersonen (Pflichtdienste der Wiener Sängerknaben, Choralsänger, Gastsolisten und -dirigenten), veranschlagt.

Paragraf 1241 Bundesschullandheime und Schulsportveranstaltungen

Aufgaben
Vorsorge für 4 Bundesheime, 8 Bundesspielplätze und Durchführung von Schulsportveranstaltungen.

	Personal-ausgaben	Sach-	Summe	Einnahmen
	Millionen Euro			
2000	1,8	1,4	3,2	1,7
2001	1,8	1,4	3,2	1,7
2002	1,8	1,4	3,2	1,7

Aufwendungen
Hier sind die Mittel für den administrativen Betrieb (inkl. Verpflegsausgaben), für die Erhaltung und Instandsetzung von Spielplätzen und Einrichtungen sowie für die Anschaffung von Sportgeräten veranschlagt. Weiters sind hier die Ausgaben für die Durchführung Schulsportveranstaltungen vorgesehen.

Paragraf 1242 Sonstige Einrichtungen für Jugenderziehung

Aufgaben
Durchführung von staatsbürgerlichen Erziehungsaktionen und internationalen Jugendaktionen.

	Personal-ausgaben	Sach-	Summe	Einnahmen
	Millionen Euro			
2000	0,9	4,5	5,4	4,9
2001	0,8	4,8	5,6	4,7
2002	0,8	4,8	5,6	4,7

Aufwendungen
Hier sind die Mittel zur Durchführung der staatsbürgerlichen Erziehungsaktion 'Österreichs Jugend lernt ihre Bundeshauptstadt kennen' und 'Europas Jugend lernt Wien kennen', an welchen im Schuljahr 1999/2000 1.531 Gruppen mit 36.048 Schülern bzw. 144 Gruppen mit 3.011 Schülern teilgenommen haben.

Paragraf 1243 Bundesstaatliche Einrichtungen der Erwachsenenbildung

Gesetzliche Grundlage
BGBl. Nr. 171/1973, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 286/1990.

Aufgaben
Aus- und Weiterbildung von Erwachsenenbildnern sowie Auf- und Ausbau der Bildungsinformations- und -beratungsstellen für Erwachsene bei den Förderungsstellen des Bundes für Erwachsenenbildung und beim Bundesinstitut für Erwachsenenbildung St. Wolfgang.

	Personal-ausgaben	Sach-	Summe	Einnahmen
	Millionen Euro			
2000	3,3	2,7	6,0	1,0
2001	3,5	2,5	6,0	0,9
2002	3,5	2,5	6,0	0,9

Aufwendungen
Hier sind die Mittel für den administrativen Betrieb der Förderungsstellen und die zentralen Veranstaltungen des Bundesinstitutes für Erwachsenenbildung St. Wolfgang veranschlagt. Weiters werden sie für die Einrichtung von Bildungsinformations- und Bildungsberatungsstellen für Erwachsene, für die Kosten der Wanderbüchereien und für diverse Publikationen ('Erwachsenenbildung in Österreich - Ein Überblick' usw.) sowie für Print- und Onlinematerialien zur Rechtschreibreform eingesetzt.

Paragraf 1244 Museen
Paragraf 1245 Museen (zweckgebundene Gebarung)
Gesetzliche Grundlagen
Forschungsorganisationsgesetz, BGBl. Nr. 341/1981, zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 142/2000,
Bundesgesetz zur Errichtung einer Museumsquartier-, Errichtungs- und Betriebsgesellschaft, BGBl. Nr. 372/1990, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 252/1993,
Bundesgesetz betreffend die Finanzierung des Erwerbs der 'Sammlung Leopold', BGBl. Nr. 621/1994.

Aufgaben
Dem Bundesministerium für Bildung, Wissenschaft und Kultur obliegen die obersten Verwaltungsaufgaben für die dem Ministerium unterstehenden Bundesmuseen.
Weiters wird für die Bezüge der Bediensteten des Österreichischen Museums für Volkskunde sowie für die des Leiters des Ethnographischen Museums in Kittsee vorgesorgt.
Zahlungen für die Stiftung Ludwig, die Stiftung Leopold und die Ersätze für das Museumsquartier sind ebenfalls aus den Museumskrediten zu bedecken.
Die Aufgaben der Bundesmuseen umfassen insbesondere den Aufbau von Sammlungen, die Erhaltung sowie Restaurierung und Sicherung, ferner die Darbietung ausgewählter Objekte für Schausammlungen und Ausstellungen.
Das Museumssanierungsprogramm auf Grund der Ministerratsbeschlüsse 1987 und 1990 ('Museumsmilliarde') wird fortgesetzt. Demnach werden schwerpunktmäßig jene Investitionen getätigt, die einer Anhebung des Standards zur Benutzerfreundlichkeit in den Bundesmuseen dienen.

	Personal-ausgaben	Sach-	Summe	Einnahmen
	Millionen Euro			
2000	13,7	35,8	49,6	0,6
2001	12,3	38,4	50,7	0,4
2002	9,8	33,9	43,7	0,3

	Personal-ausgaben	Sach-	Summe	Einnahmen
	Millionen Euro			
2000	0,2	1,3	1,5	0,7
2001	0,1	0,9	1,0	0,4
2002	0,0	0,6	0,7	0,1

Unterschiede gegen Vorjahr
Die Verminderung der Personal- und Sachausgaben sowie der Einnahmen ergibt sich durch die Ausgliederung des Museums moderner Kunst Stiftung Ludwig.

Ausgaben

Anlagen
Die Mittel sind für den Ausbau der Schausammlungen sowie für notwendige Einrichtungsmaßnahmen der (noch nicht ausgegliederten) Bundesmuseen vorgesehen.

Förderungen
Für die gemäß BGBl. Nr. 621/1994 vorgesehene Finanzierung des Erwerbes der 'Sammlung Leopold' sind 9,8 Millionen Euro veranschlagt.
Aus den Förderungsbeträgen werden Museen, die nicht vom Bund erhalten werden, wie Heimat- und Vereinsmuseen, unterstützt. Weiters sind hier die Bundesbeiträge für die Freilichtmuseen, für Internationale Großausstellungen sowie der Aufwand für den Betrieb des Österreichischen Museums für Volkskunde vorgesehen.

Aufwendungen
Die Mittel sind für die fixen Betriebsaufwendungen der (noch nicht ausgegliederten) Bundesmuseen und für die Finanzierung der nicht ständigen Ausstellungen sowie für die Kosten des wissenschaftlichen Betriebs und die Feldforschung vorgesehen. Weiters sind hier die Beträge für die Stiftung Ludwig, der Betriebsaufwand der Stiftung Leopold und die Ersätze für das Museumsquartier veranschlagt.

Paragraf 1245 Museen (zweckgebundene Gebarung)
Bei diesem Paragraf ist auch der Anteil des zwischen den Museen und dem Bundesdenkmalamt aufzuteilenden 15%igen Bundesanteils aus dem Kunstförderungsbeitrag veranschlagt.

Paragraf 1246 Nationalbibliothek
Paragraf 1249 Nationalbibliothek (zweckgebundene Gebarung)

Gesetzliche Grundlage
Forschungsorganisationsgesetz, BGBl. Nr. 341/1981, zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 142/2000.

Aufgaben
Der Österreichischen Nationalbibliothek obliegt die Beschaffung, Aufschließung und Bereitstellung der österreichischen sowie auf Österreich bezogenen Literatur und sonstiger Informationsträger und Kulturgüter.

	Personal-ausgaben	Sach-	Summe	Einnahmen
	Millionen Euro			
2000	11,3	6,6	17,9	0,0
2001	11,0	5,8	16,8	0,1
2002	11,0	5,8	16,8	0,1

	Personal-ausgaben	Sach-	Summe	Einnahmen
	Millionen Euro			
2000	0,0	0,5	0,5	0,5
2001	0,0	0,5	0,5	0,5
2002	0,0	0,5	0,5	0,5

Anlagen
Hier sind die Mittel für Einrichtungserfordernisse, für den Auf- und Ausbau der EDV-Infrastruktur sowie für die Erweiterung der Sammlungsbestände veranschlagt.
Aufwendungen
Hier sind die Betriebsaufwendungen sowie die Mittel für die Beschaffung von Druckwerken und Tonträgern veranschlagt.

Paragraf 1247 Bundesdenkmalamt
Paragraf 1248 Bundesdenkmalamt (zweckgebundene Gebarung)

Gesetzliche Grundlagen
Bundesgesetz vom 25. September 1923, BGBl. Nr. 533, zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 170/1999 sowie Bundesgesetz zur Umsetzung der Richtlinie 93/7/EWG über die Rückgabe von unrechtmäßig aus dem Hoheitsgebiet eines Mitgliedstaates der Europäischen Gemeinschaft verbrachten Kulturgüter, BGBl. I Nr. 67/1998 in der Fassung BGBl. I Nr. 170/1999,
Verordnung (EWG) Nr. 3911/92 des Rates über die Ausfuhr von Kulturgütern sowie diverse Durchführungsverordnungen,
Konvention zum Schutz von Kulturgut bei bewaffneten Konflikten, BGBl. Nr. 58/1964.

Aufgaben
Das Bundesdenkmalamt (BDA) hat die Aufgabe, neben den hoheitsrechtlichen Aufgaben des Denkmalschutzes auch Maßnahmen der Denkmalpflege im ganzen Bundesgebiet wahrzunehmen. Dazu gehört auch die wissenschaftliche Erfassung und Erforschung des gesamten unbeweglichen und beweglichen Denkmalbestandes. Weiters kommen dem BDA hoheitsrechtliche und sonstige Aufgaben auf dem Gebiet des Verbots der Ausfuhr von Kulturgütern, der Rückgabe widerrechtlich aus anderen EU-Ländern nach Österreich verbrachter oder Rückforderung Österreichs widerrechtlich aus Österreich in andere EU-Länder ausgeführter Kulturgüter zu sowie auch hoheitsrechtliche Aufgaben im Rahmen der Haager Konvention zum Schutz von Kulturgut bei bewaffneten Konflikten.

	Personal-ausgaben	Sach-	Summe	Einnahmen
	Millionen Euro			
2000	7,8	14,0	21,9	0,0
2001	8,1	13,5	21,7	0,0
2002	8,1	13,5	21,7	0,0

	Personal-ausgaben	Sach-	Summe	Einnahmen
	Millionen Euro			
2000	0,0	3,2	3,2	2,3
2001	0,0	3,3	3,3	2,4
2002	0,0	3,4	3,4	2,5

Förderungen
Mit diesen Förderungsmitteln trägt der Bund dazu bei, dass die nicht im Bundeseigentum stehenden Denkmale (Objekte von künstlerischer, geschichtlicher oder sonstiger kultureller Bedeutung, als auch technische, volkskundliche und archäologische Denkmale) vor dem Verfall bewahrt werden. Auch sollten Härten, die durch Maßnahmen des Denkmalschutzes und der Denkmalpflege entstehen, gemildert werden.

Aufwendungen
Neben dem administrativen Betriebsaufwand sind Aufwendungen für Versuchs- und Restaurierungsarbeiten, wissenschaftliche Forschungsarbeiten und für die Drucklegung von Publikationen (zentrale Kartei der Denkmalfunde, jährliche Herausgabe einer umfassenden wissenschaftlichen Dokumentation über die Funde) verpflichtet.

Auch Ausgaben für die Restaurierung bundeseigener Kunstdenkmale sowie für die Durchführung archäologischer Forschungs- und vor allem Rettungsausgrabungen sind hier vorgesehen.
Weiters sind Aufwendungen zu bestreiten, die durch Maßnahmen zur Verhinderung der Ausfuhr von Kulturgut oder der Rückführung widerrechtlich ausgeführten Kulturguts sowie bei der Anordnung von Sicherheitsmaßnahmen bei gefährdeten Denkmalen entstehen.

Paragraf 1248 Bundesdenkmalamt (zweckgebundene Gebarung)

Hier sind jene Beträge vorgesehen, die als Spenden an das Bundesdenkmalamt bezahlt wurden. Bei diesem Paragraf ist auch der Anteil des zwischen den Museen und dem Bundesdenkmalamt aufzuteilenden 15%igen Bundesanteiles aus dem Kunstförderungsbeitrag veranschlagt. Weiters sind auch die Einnahmen und Ausgaben des Bundesdenkmalamtes im Rahmen der organisatorischen Einrichtungen, Restaurierwerkstätten, Kunstdenkmale und Baudenkmale gemäß § 40 DMSG veranschlagt.

Titel 126 Nachgeordnete Dienststellen auf Landesebene

Unter diesem Titel sind die Ausgaben und Einnahmen der nachgeordneten Dienststellen auf Landesebene, das sind die Schulaufsichtsbehörden und die schulpsychologischen Beratungsstellen, veranschlagt.

	Personal-ausgaben	Sach-	Summe	Einnahmen
	Millionen Euro			
2000	58,9	16,7	75,6	17,6
2001	58,7	15,7	74,5	16,2
2002	58,7	15,7	74,5	16,4

Paragraf 1260 Schulaufsichtsbehörden

Gesetzliche Grundlagen
Bundes-Schulaufsichtsgesetz, BGBl. Nr. 240/1962, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 321/1975,
Schulorganisationsgesetz, BGBl. Nr. 242/1962, zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 96/1999,
Schulunterrichtsgesetz, BGBl. Nr. 472/1986, zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 53/2000.

Aufgaben
In den Bundesländern üben die Landesschulräte und in den politischen Bezirken die Bezirksschulräte die Schulverwaltung und Schulaufsicht aus. Bei den Landesschulräten und Bezirksschulräten sind nach Art. 81 a Abs. 3 lit. a des Bundes-Verfassungsgesetzes Kollegien eingerichtet. Soweit dies Landesgesetze vorsehen, besorgen die Landesschulräte und Bezirksschulräte auch Agenden der Landesverwaltung gegen Ersatz des Behördenaufwandes (§ 20 Abs. 3 B-SchAufsG).
Im Amt des Landesschulrates ist die Schulpsychologie-Bildungsberatung (Landesreferat sowie die schulpsychologischen Beratungsstellen als Außenstellen) eingerichtet (§ 11 Abs. 5 B-SchAufsG). Zu den Aufgaben der Schulpsychologie-Bildungsberatung zählen insbesondere die psychologische Beratungs-, Untersuchungs- und Sachverständigentätigkeit; die psychologische Förderung, Betreuung und Behandlung; die Förderung der Kooperation im Bereich Schule; die psychologische Forschung im Bereich Schule; die Mitwirkung bei der Planung und Koordination von Aus-, Weiter- und Fortbildungsangeboten im Schulsystem sowie die Information der Öffentlichkeit über bedeutsame psychologische Erkenntnisse und deren praktische Anwendung.

	Personal-ausgaben	Sach-	Summe	Einnahmen
	Millionen Euro			
2000	51,6	15,2	66,8	16,1
2001	58,7	15,7	74,5	16,2
2002	58,7	15,7	74,5	16,4

Ausgaben

Anlagen
Hier sind die Mittel für die Einrichtungsgegenstände für die Landesschulräte (Stadtschulrat für Wien) und die Bezirksschulräte sowie für die schulpsychologischen Beratungsstellen veranschlagt.

Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen)
Hier sind die Mittel für öffentliche Abgaben, für Bedienstete gemäß Punkt 4 Abs. 7 des Allgemeinen Teiles des Stellenplanes sowie die Entschädigungen für Prüfungskommissionen veranschlagt.

Aufwendungen
Hier sind die für den administrativen Betrieb erforderlichen Mittel veranschlagt.

Titel 127 Allgemein bildende Schulen

Gesetzliche Grundlagen
Schulorganisationsgesetz, BGBl. Nr. 242/1962, zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 96/1999,
Religionsunterrichtsgesetz, BGBl. Nr. 190/1949, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 256/1993,
Bundesgesetz über die Abgeltung von Prüfungstätigkeiten, BGBl. Nr. 314/1976, zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 100/1999,
Privatschulgesetz, BGBl. Nr. 244/1962, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 448/1994,
Unterrichtspraktikumsgesetz, BGBl. Nr. 145/1988, zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 78/2000.

Aufgaben
Die allgemein bildenden höheren Schulen haben die Aufgabe, den Schülern eine umfassende und vertiefte Allgemeinbildung zu vermitteln und sie zugleich zur Universitäts- und Hochschulreife zu führen.
Siehe auch die Übersicht am Ende der Erläuterungen zu Kapitel 12.

	Personal-ausgaben	Sach-ausgaben	Summe	Einnahmen
	Millionen Euro			
2000	912,5	2.758,9	3.671,4	11,2
2001	934,6	2.762,6	3.697,1	10,9
2002	934,6	2.762,6	3.697,1	11,0

Gemäß der Novelle zum Schulorganisationsgesetz 1962, BGBl. Nr. 330/1996, in der Fassung des Bundesgesetzes BGBl. I Nr. 20/1998 sind die Leiter/innen von Schulen oder Schülerheimen ermächtigt, Einnahmen aus der Überlassung oder Nutzung von Schuleinrichtungen durch Dritte oder aus sonstigen Maßnahmen vereinnahmte Drittmittel speziell (zweckgebunden) für die Bedeckung der aus der Fremdnutzung bzw. Leistungserbringung (für Dritte) entstandenen Mehrausgaben bzw. für Anschaffungen, Instandhaltungen oder zur Finanzierung anderer schulischer Zwecke zu verwenden.

Für die Verrechnung dieser zweckgebundenen Einnahmen und Ausgaben sind im Bundesvoranschlag folgende Paragrafe vorgesehen:

Bereich:	Paragraf
Allgemein bildende höhere Schulen	1272
Höhere Internatschulen des Bundes	1273
Bundes-Blindenerziehungsinstitut und Bundesinstitut für Gehörlosenbildung	1277
Bundesschülerheime (Allgemein bildende)	1278

Paragraf 1270 Allgemein bildende höhere Schulen
Paragraf 1272 Allgemein bildende höhere Schulen (zweckgebundene Gebarung)

Aufgaben
Öffentliche allgemein bildende höhere Schulen im Sinne des § 14 Abs. 6 B-VG sind die vom Bund erhaltenen Gymnasien, Realgymnasien, Wirtschaftskundlichen Realgymnasien, Aufbaugymnasien und -realgymnasien, Oberstufengymnasien und -realgymnasien, Realgymnasien und Wirtschaftskundliche Realgymnasien für Berufstätige.
Ganztägige Schulformen sind Einrichtungen an allgemein bildenden höheren Schulen, die dazu bestimmt sind, Schüler auch neben einem Unterrichtsteil zu beaufsichtigen und zu betreuen.

	Personal-ausgaben	Sach-	Summe	Einnahmen
	Millionen Euro			
2000	880,4	81,7	962,1	3,0
2001	901,9	79,7	981,6	3,1
2002	901,9	79,7	981,6	3,2

	Personal-ausgaben	Sach-	Summe	Einnahmen
	Millionen Euro			
2000	0,0	2,3	2,3	2,7
2001	0,0	2,3	2,3	2,3
2002	0,0	2,3	2,3	2,3

Ausgaben

Anlagen
Hier sind die Mittel zur teilweisen oder vollständigen Erneuerung der Einrichtungsgegenstände für einzelne Räume oder Raumgruppen veranschlagt, die durch Funktionssanierungen oder Neubauten erforderlich werden. Darüber hinaus sind Lehrmittel sowie Geräte zur Nutzung der neuen Technologien dem Bedarf zeitgemäßer Unterrichtsmethodik anzupassen bzw. zu erneuern.

Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen)
Hier sind die Mittel für öffentliche Abgaben, für Bedienstete gemäß Punkt 4 Abs. 7 des Allgemeinen Teiles des Stellenplanes, für Lehrer gemäß § 19 Abs. 3 bis 5 des Privatschulgesetzes, Religionslehrer, Unterrichtspraktikanten und Austauschlehrer, sowie für die Entschädigungen für Prüfungskommissionen veranschlagt.
Weiters sind hier Leistungen nach § 58 B-KUVG und § 130 ASVG präliminiert.

Aufwendungen
Die Schwerpunkte der Aufwendungen liegen bei den Kosten für den gesamten Unterricht und den Betrieb der allgemein bildenden höheren Schulen, bei Schulveranstaltungen und bei verpflichtenden Zahlungen an die im Inland und vor allem im Ausland tätigen Lehrer.

Paragraf 1271 Höhere Internatsschulen des Bundes
Paragraf 1273 Höhere Internatsschulen des Bundes (zweckgebundene Gebarung)

Aufgaben

Höhere Internatsschulen des Bundes sind allgemein bildende höhere Schulen, die mit einem Schülerheim derart organisch verbunden sind, dass die Schüler nach einem einheitlichen Erziehungsplan Unterricht, Erziehung und Betreuung, ferner Unterkunft und Verpflegung erhalten.
Sie bieten ein erweitertes Bildungs- und differenziertes Freizeitangebot.
Im Schuljahr 2000/2001 werden 4 Anstalten mit 108 Klassen geführt.

	Personal-ausgaben	Sach-	Summe	Einnahmen
	Millionen Euro			
2000	20,2	3,1	23,4	2,8
2001	20,4	2,9	23,3	2,9
2002	20,4	2,9	23,3	2,9

	Personal-ausgaben	Sach-	Summe	Einnahmen
	Millionen Euro			
2000	0,0	0,1	0,1	0,1
2001	0,0	0,0	0,0	0,0
2002	0,0	0,0	0,0	0,0

Ausgaben

Anlagen
Hier sind die Mittel für die Einrichtungserfordernisse sowie für die Ausstattung der Lehrmittelsammlungen veranschlagt.

Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen)
Hier sind die Mittel für öffentliche Abgaben, Religionslehrer, Unterrichtspraktikanten und Austauschlehrer sowie für die Entschädigungen für Prüfungskommissionen veranschlagt.

Aufwendungen
Hier sind die Mittel für den administrativen Betrieb und für die Verpflegung veranschlagt.

Paragraf 1274 Bds.-Blindenerz.Inst. und Bds.Inst. für Gehörlosenbildung
Paragraf 1277 Bds.Blindenerz.Inst.u.Bds.Inst.f. Gehörlosenb. (zweckg.Geb.)

Aufgaben

Das 'Bundes-Blindenerziehungsinstitut' und das 'Bundesinstitut für Gehörlosenbildung' sind die Erziehungs-, Unterrichts- und Berufsbildungseinrichtungen des Bundes als Sonderschulen für seh- und gehörgeschädigte Kinder.

	Personal-ausgaben	Sach-	Summe	Einnahmen
	Millionen Euro			
2000	7,4	1,6	9,0	0,7
2001	7,5	1,5	9,1	0,5
2002	7,5	1,5	9,1	0,6

	Personal-ausgaben	Sach-	Summe	Einnahmen
	Millionen Euro			
2000	0,0	0,0	0,0	0,1
2001	0,0	0,0	0,0	0,0
2002	0,0	0,0	0,0	0,0

Anlagen
Hier sind die Mittel für Neu- und Ersatzanschaffungen von Einrichtungen und für Lehrmittel für beide Schulen und Internate sowie für Berufsbildungseinrichtungen, Blindendruckerei, Leihbücherei und für den steigenden Bedarf der Lehrmittelzentrale veranschlagt.

Aufwendungen
Die Schwerpunkte der Aufwendungen liegen bei den Kosten für den gesamten Unterricht und Betrieb der beiden Schulen und Internate (inkl. Verpflegung) sowie der Lehrmittelzentrale.

Paragraf 1275 Allgemein bildende Pflichtschulen

Allgemeines
Nach § 4 des Finanzausgleichsgesetzes 2001, BGBl. Nr. 3/2001, ersetzt der Bund den Ländern von den Aktivitätsbezügen der Lehrer an öffentlichen allgemein bildenden Pflichtschulen 100 vH.

	Personal-ausgaben	Sach-	Summe	Einnahmen
	Millionen Euro			
2000	0,0	2.668,4	2.668,4	0,0
2001	0,0	2.674,1	2.674,1	0,0
2002	0,0	2.674,1	2.674,1	0,0

Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen)
Hier sind die Mittel für Lehrer gemäß § 19 Abs. 3 bis 5 Privatschulgesetz, für Prüfungskommissionen für Externistenprüfungen zur Erwerbung eines Abschlusszeugnisses einer allgemein bildenden Pflichtschule sowie die laufenden Transferzahlungen an die Länder veranschlagt.
Der in den Kostenersätzen an die Länder für Landeslehrer an Privatschulen enthaltene Aufwand wird voraussichtlich 85,027 Millionen Euro betragen.

Aufwendungen
Hier sind die Mittel für Unterrichtsmaterialien, die Fortbildung der Lehrer, für Schadensvergütungen, für die Sonderpädagogischen Zentren sowie für Entschädigungen von außerschulischen Begleitpersonen bei Schulveranstaltungen veranschlagt.

Paragraf 1276 Bundesschülerheime (Allgemein bildende)
Paragraf 1278 Bundesschülerheime (Allgemein bildende) (zweckgeb. Gebarung)

Aufgaben

Bundesschülerheime (Bundeskonvikte) sind staatliche Schülerheime für Schüler und Schülerinnen, die zur Absolvierung ihres Studiums einer internatsmäßigen Unterbringung bedürfen.
Im Jahre 2000/2001 stehen insgesamt sieben Bundesschülerheime sowie zwei Bundestagesschulheime in Betrieb, die alle zu allgemein bildenden höheren Schulen in Verbindung stehen.

	Personal-ausgaben	Sach-	Summe	Einnahmen
	Millionen Euro			
2000	4,4	1,8	6,2	1,8
2001	4,8	1,8	6,6	1,9
2002	4,8	1,8	6,6	1,9

	Personal-ausgaben	Sach-ausgaben	Summe	Einnahmen
	Millionen Euro			
2000	0,0	0,0	0,0	0,1
2001	0,0	0,0	0,0	0,0
2002	0,0	0,0	0,0	0,0

Anlagen
Hier sind die Mittel für notwendige Erneuerungen von Einrichtungserfordernissen veranschlagt.

Aufwendungen
Hier sind die Mittel für den administrativen Betrieb und für die Verpflegung veranschlagt.

Titel 128 Berufsbildende Schulen

Gesetzliche Grundlagen
Schulorganisationsgesetz, BGBl. Nr. 242/1962, zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 96/1999,
Religionsunterrichtsgesetz, BGBl. Nr. 190/1949, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 256/1993,
Bundesgesetz über die Abgeltung von Prüfungstätigkeiten, BGBl. Nr. 314/1976, zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 100/1999,
Privatschulgesetz, BGBl. Nr. 244/1962, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 448/1994,
Unterrichtspraktikumsgesetz, BGBl. Nr. 145/1988, zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 78/2000.

Aufgaben

Die berufsbildenden höheren Schulen haben die Aufgabe, den Schülern eine höhere allgemeine und fachliche Bildung zu vermitteln, die sie zur Ausübung eines gehobenen Berufes auf technischem, gewerblichem, kunstgewerblichem, kaufmännischem oder humanberuflichem Gebiet befähigt, und sie zugleich zur Universitäts- und Hochschulreife zu führen.
Siehe auch Übersicht am Ende der Erläuterungen zu Kapitel 12.

Arten der berufsbildenden höheren Schulen

Berufsbildende höhere Schulen sind:

1. Höhere technische und gewerbliche (einschließlich kunstgewerbliche) Lehranstalten,
2. Handelsakademien,
3. Höhere Lehranstalten für Tourismus, wirtschaftliche Berufe sowie Mode und Bekleidungstechnik,
4. Sonderformen der in 1. bis 3. genannten Arten.

Die berufsbildenden mittleren Schulen haben die Aufgabe, den Schülern jenes grundlegende fachliche Wissen und Können zu vermitteln, das unmittelbar zur Ausübung eines Berufes auf gewerblichem, technischem, kunstgewerblichem, kaufmännischem oder humanberuflichem Gebiet befähigt. Zugleich haben sie die erworbene Allgemeinbildung in einer der künftigen Berufstätigkeit des Schülers angemessenen Weise zu erweitern und zu vertiefen.
Siehe auch die Übersicht am Ende der Erläuterungen zu Kapitel 12.

Arten der berufsbildenden mittleren Schulen

Berufsbildende mittlere Schulen sind:

1. Gewerbliche, technische und kunstgewerbliche Fachschulen,
2. Handelsschulen,
3. Fachschulen für wirtschaftliche Berufe, Mode und Bekleidungstechnik, Hotelfachschulen und Tourismusfachschulen,
4. Fachschulen für Sozialberufe,
5. Sonderformen der in 1. bis 4. genannten Arten.

Berufsbildende mittlere Schulen können aus dem Grunde der fachlichen Zusammengehörigkeit gemeinsam mit berufsbildenden höheren Schulen geführt werden.

	Personal-ausgaben	Sach-	Summe	Einnahmen
	Millionen Euro			
2000	891,8	208,0	1.099,8	16,1
2001	910,4	210,5	1.121,0	15,9
2002	910,4	210,7	1.121,1	16,1

Gemäß der Novelle zum Schulorganisationsgesetz 1962, BGBl. Nr. 330/1996, in der Fassung des Bundesgesetzes BGBl. I Nr. 20/1998, sind die Leiter/innen von Schulen oder Schülerheimen ermächtigt, Einnahmen aus der Überlassung oder Nutzung von Schuleinrichtungen durch Dritte oder aus sonstigen Maßnahmen vereinnahmte Drittmittel speziell (zweckgebunden) für die Bedeckung der aus der Fremdnutzung bzw. Leistungserbringung (für Dritte) entstandenen Mehrausgaben bzw. für Anschaffungen, Instandhaltungen oder zur Finanzierung anderer schulischer Zwecke zu verwenden.

Für die Verrechnung dieser zweckgebundenen Einnahmen und Ausgaben sind im Bundesvoranschlag folgende Paragrafen vorgesehen:

Bereich	Paragraf
Technische und gewerbliche Lehranstalten	1283
Sozialakademien, LA f. Tourismus, Sozial- und wirtschaftliche Berufe	1284
Handelsakademien und Handelsschule	1287
Bundesschülerheime (Berufsbildende)	1288

Paragraf 1280 Technische und gewerbliche Lehranstalten
Paragraf 1283 Technische und gewerbl. Lehranstalten (zweckgeb. Gebarung)

Aufgaben

Die höheren technischen und gewerblichen Lehranstalten dienen der Erwerbung technischer oder gewerblicher Bildung auf den verschiedenen Fachgebieten der industriellen und gewerblichen Wirtschaft. Hiebei ist in einem Werkstättenunterricht oder in einem sonstigen praktischen Unterricht auch eine sichere praktische Fertigkeit zu vermitteln. Höheren technischen und gewerblichen Lehranstalten können Versuchsanstalten angegliedert werden.

Gewerbliche, technische und kunstgewerbliche Fachschulen dienen der Erlernung eines oder mehrerer Gewerbe oder der Ausbildung auf technischem oder kunstgewerblichem Gebiet. Hiebei ist in einem Werkstättenunterricht oder einem sonstigen praktischen Unterricht eine sichere handwerkliche oder praktische Fertigkeit zu vermitteln.

	Personal-ausgaben	Sach-	Summe	Einnahmen
	Millionen Euro			
2000	367,8	40,9	408,7	0,5
2001	375,1	40,2	415,2	0,6
2002	375,1	40,2	415,2	0,6

	Personal-ausgaben	Sach-	Summe	Einnahmen
	Millionen Euro			
2000	0,0	5,2	5,2	5,6
2001	0,0	5,3	5,3	5,3
2002	0,0	5,4	5,4	5,4

Ausgaben

Anlagen
Hier sind die Mittel für die Einrichtung und Ausstattung von Lehr- und Versuchsanstalten sowie für Anschaffungen von modernen, dem aktuellen Stand der Wirtschaft entsprechenden Technologien veranschlagt.

Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen)
Hier sind die Mittel für öffentliche Abgaben, für Bedienstete gemäß Punkt 4 Abs. 7 des Allgemeinen Teiles des Stellenplanes, für Lehrer gemäß § 19 Abs. 3 bis 5 des Privatschulgesetzes, Religionslehrer, Unterrichtspraktikanten und Austauschlehrer, sowie die Entschädigungen für Prüfungskommissionen veranschlagt.

Aufwendungen
Diese Mittel umfassen den laufenden Betriebsaufwand der Lehr- und Versuchsanstalten sowie die Erfordernisse des fachpraktischen Unterrichts.

Paragraf 1281 Sozialakad., LA f.Tourismus, Sozial- u. wirtsch. Berufe
Paragraf 1284 Sozialakad.,LA f.Tourismus,Soz.- u.wirt.Berufe (zweckg.Geb.)

Aufgaben

Die Lehranstalten für wirtschaftliche Berufe dienen der Erwerbung wirtschaftlicher Bildung, die zur Ausübung gehobener Berufe in den Bereichen Wirtschaft, Verwaltung, Ernährung, Tourismus und Kultur befähigt.
Die Lehranstalten für Mode und Bekleidungstechnik dienen dem Erwerb höherer Bildung auf dem Gebiet der Bekleidungswirtschaft.
Die Lehranstalten für Tourismus dienen dem Erwerb höherer Bildung unter besonderer Berücksichtigung der Tourismus- und Freizeitwirtschaft.
Die Sozialakademien haben die Aufgabe - aufbauend auf dem Bildungsgut einer höheren Schule - das für die Ausübung einer gehobenen Berufstätigkeit auf dem Gebiet der Sozialarbeit erforderliche Wissen und Können zu vermitteln.
Die Fachschulen für Sozialberufe dienen der Erwerbung von Fachkenntnissen für die Ausübung eines Berufes auf sozialem Gebiet.

	Personal-ausgaben	Sach-	Summe	Einnahmen
	Millionen Euro			
2000	254,4	29,8	284,1	0,4
2001	256,6	30,0	286,5	0,2
2002	256,6	30,0	286,5	0,2

	Personal-ausgaben	Sach-	Summe	Einnahmen
	Millionen Euro			
2000	0,0	4,8	4,8	5,2
2001	0,0	5,2	5,2	5,2
2002	0,0	5,3	5,3	5,3

Ausgaben

Anlagen
Die Mittel dienen der Einrichtung und Modernisierung der Ausstattung der Anstalten sowie zur Finanzierung der notwendigen Informationstechnologien.

Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen)
Hier sind die Mittel für öffentliche Abgaben, für Bedienstete gemäß Punkt 4 Abs. 7 des Allgemeinen Teiles des Stellenplanes, für Lehrer gemäß § 19 Abs. 3 bis 5 des Privatschulgesetzes, Religionslehrer, Unterrichtspraktikanten und Austauschlehrer, für Lehrbeauftragte und Gastvortragende sowie die Entschädigungen für Prüfungskommissionen veranschlagt.

Aufwendungen
Hier sind die Mittel für die laufende Betriebsführung und Erhaltung der Infrastruktur der Lehranstalten, insbesondere die Erfordernisse für den theoretischen und praktischen Unterricht veranschlagt.

Paragraf 1282 Handelsakademien und Handelsschulen
Paragraf 1287 Handelsakademien und Handelsschulen (zweckgeb. Gebarung)

Aufgaben

Die Aufgabe der Handelsakademien ist die Vermittlung in integrierter Form von umfassender Allgemeinbildung und höherer kaufmännischer Ausbildung, die sowohl zur Ausübung von gehobenen Berufen in allen Zweigen der Wirtschaft und Verwaltung als auch zum Studium an Akademien, Fachhochschulen und Universitäten befähigt und berechtigt. Die Ausbildung schließt mit der Reife- und Diplomprüfung ab.
Die Aufgabe der Handelsschulen ist die Vermittlung in integrierter Form von Allgemeinbildung und kaufmännischer Ausbildung, die zur Berufsausübung in allen Zweigen der Wirtschaft und Verwaltung befähigt und berechtigt. Die Ausbildung schließt mit der Abschlussprüfung ab.

	Personal-ausgaben	Sach-	Summe	Einnahmen
	Millionen Euro			
2000	265,3	23,7	289,0	0,1
2001	274,1	23,6	297,7	0,1
2002	274,1	23,6	297,7	0,1

	Personal-ausgaben	Sach-	Summe	Einnahmen
	Millionen Euro			
2000	0,0	0,6	0,6	0,7
2001	0,0	0,8	0,8	0,8
2002	0,0	0,8	0,8	0,8

Ausgaben

Anlagen
Die Mittel dienen der Einrichtung und Ausstattung der Schulen und der laufenden Erhöhung und Verbesserung des technologischen Standards.

Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen)
Hier sind die Mittel für öffentliche Abgaben, für Lehrer gemäß § 19 Abs. 3 bis 5 des Privatschulgesetzes, Religionslehrer, Unterrichtspraktikanten und Austauschlehrer, sowie die Entschädigungen für Prüfungskommissionen veranschlagt.

Aufwendungen
Hier sind die Mittel für die laufende Betriebsführung und Erhaltung der Infrastruktur der Lehranstalten, insbesondere die Erfordernisse für den theoretischen und praktischen Unterricht veranschlagt.

Paragraf 1285 Berufsbildende Pflichtschulen

Aufgaben

Die Berufsschulen haben die Aufgabe, in einem berufsbegleitenden fachlich einschlägigen Unterricht den berufsschulpflichtigen Personen die grundlegenden theoretischen Kenntnisse zu vermitteln, ihre betriebliche Ausbildung zu fördern und zu ergänzen sowie ihre Allgemeinbildung zu erweitern.
Die Schüler sind im betriebswirtschaftlichen und fachtheoretischen Unterricht durch die Einrichtung von Leistungsgruppen zu fördern, sofern hiefür eigene Schülergruppen gemäß den auf Grund des § 8a Abs. 3 SchOG erlassenen Ausführungsgesetzen einzurichten sind. Zur Vorbereitung für die Berufsreifeprüfung sind interessierte Schüler nach Möglichkeit durch Differenzierungsmaßnahmen im Unterricht und durch Freigegenstände zu fördern.
Die Personalausgaben einschließlich Reise- und Übersiedlungsgebühren sowie der Bildungszulagen der Landeslehrer werden auf Grund von Bestimmungen des Finanzausgleichsgesetzes 2001, BGBl. Nr. 3/2001, im Budget der Länder bei den Personalausgaben veranschlagt und vom Bund an die Länder mit 50% ersetzt.

	Personal-ausgaben	Sach-ausgaben	Summe	Einnahmen
	Millionen Euro			
2000	0,0	100,3	100,3	0,0
2001	0,0	102,7	102,7	0,0
2002	0,0	102,7	102,7	0,0

Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen)
Die Mittel sind insbesondere für die laufenden Transferzahlungen an die Länder vorgesehen.

Aufwendungen
Darunter fallen vor allem Ausgaben für Schulversuche und Lehrplanarbeiten.

Paragraf 1286 Bundesschülerheime (Berufsbildende)
Paragraf 1288 Bundesschülerheime (Berufsbildende) (zweckgeb. Gebarung)

Aufgaben

Bundesschülerheime sind vom Bund betriebene Heime für Schüler und Schülerinnen, die zur Absolvierung ihres Studiums an einer berufsbildenden mittleren oder höheren Schule einer Unterbringung in einem Heim bedürfen.
Dazu zählen die früher als Bundeskonvikte der berufsbildenden Schulen bezeichneten Heime, die Internate der Lehranstalten für wirtschaftliche Berufe und der Lehranstalten für Tourismus sowie das Schülerheim der höheren technischen Bundeslehranstalt, Bundeshandelsakademie und Bundeshandelsschule Wien 3.

	Personal-ausgaben	Sach-	Summe	Einnahmen
	Millionen Euro			
2000	4,4	2,7	7,1	3,5
2001	4,7	2,8	7,5	3,7
2002	4,7	2,8	7,5	3,8

	Personal-ausgaben	Sach-	Summe	Einnahmen
	Millionen Euro			
2000	0,0	0,0	0,0	0,0
2001	0,0	0,0	0,0	0,0
2002	0,0	0,0	0,0	0,0

Anlagen
Hier sind die Mittel für die Einrichtung und Erneuerung der Ausstattung an berufsbildenden Bundesschülerheimen veranschlagt.

Aufwendungen
Hier sind die Mittel für den Betriebsaufwand (inkl. Verpflegung) der berufsbildenden Bundesschülerheime veranschlagt.

Titel 129 Anstalten der Lehrer- und Erzieherbildung

Gesetzliche Grundlagen
Akademien-Studiengesetz 1999, BGBl. I Nr. 94/1999,
Schulorganisationsgesetz, BGBl. Nr. 242/1962, zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 96/1999;
Religionsunterrichtsgesetz, BGBl. Nr. 190/1949, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 256/1993;
Bundesgesetz über die Abgeltung von Prüfungstätigkeiten, BGBl. Nr. 314/1976, zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 100/1999,
Privatschulgesetz, BGBl. Nr. 244/1962, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 448/1994,
Unterrichtspraktikumsgesetz, BGBl. Nr. 145/1988, zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 78/2000,
Bundesgesetz über die Abgeltung von bestimmten Unterrichts- und Erziehungstätigkeiten, BGBl. Nr. 656/1987, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 325/1993,
Bundesgesetz vom 6. Feber 1974 über Schulen zur Ausbildung von Leibeserziehern und Sportlehrern, BGBl. Nr. 140/1974, zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 76/1999.

Aufgaben

Im Bereich der Pädagogischen Akademien werden Volksschullehrer, Hauptschullehrer, Sonderschullehrer und Lehrer für Polytechnische Schulen ausgebildet bzw. in Kooperation mit den Pädagogischen Instituten weitergebildet. Den Pädagogischen Akademien sind Übungsvolks- und Übungshauptschulen eingegliedert. Die Lehre an den Akademien ist mit berufsfeldbezogener Forschung und Entwicklung zu verbinden.
Die Bildungsanstalten für Kindergartenpädagogik und die Bildungsanstalten für Sozialpädagogik haben die Aufgabe, Schüler/innen für das jeweilige Berufsfeld (Kindergärten, Horte, Heime, außerschulische Jugendarbeit usw.) auszubilden.
Die Bundesanstalten für Leibeserziehung dienen der Ausbildung von Sportlehrer.
Die Pädagogischen Institute dienen der Fortbildung von Personen mit abgeschlossener Erstausbildung bzw. der Vorbereitung für zusätzliche Befähigungen.
Siehe auch die Übersicht am Ende der Erläuterungen zu Kapitel 12.

Organisation

Anstalten der Lehrer- und Erzieherbildung:

8 Pädagogische Akademien des Bundes mit Übungsschulen,
6 private Pädagogische Akademien mit Übungsschulen,
6 Religionspädagogische Akademien der Diözesen,
1 Evangelische Religionspädagogische Akademie der Evangelischen Kirche A. B. u. H. B. in Österreich,
1 Jüdische Religionspädagogische Akademie,
1 Islamische Religionspädagogische Akademie der islamischen Religionsgemeinde Wien,
4 Berufspädagogische Akademien des Bundes,
8 Pädagogische Institute des Bundes,
3 Pädagogische Institute der Länder,
1 Pädagogisches Institut der Erzdiözese Wien,
9 Religionspädagogische Institute der Diözesen,
1 Religionspädagogisches Institut der Evangelischen Kirche A. B. und H. B.,
16 Bundes-Bildungsanstalten für Kindergartenpädagogik,
13 Privat-Bildungsanstalten für Kindergartenpädagogik,
1 Bundes-Bildungsanstalt für Sozialpädagogik,
1 Bundesinstitut für Sozialpädagogik,
5 Privat-Bildungsanstalten für Sozialpädagogik,
4 Bundesanstalten für Leibeserziehung.

	Personal-ausgaben	Sach-	Summe	Einnahmen
	Millionen Euro			
2000	133,0	44,0	177,1	1,7
2001	135,7	43,0	178,7	1,7
2002	135,7	43,0	178,7	1,7

Gemäß der Novelle zum Schulorganisationsgesetz 1962, BGBl. Nr. 330/1996, in der Fassung des Bundesgesetzes BGBl. I Nr. 20/1998 sind die Leiter/innen von Schulen oder Schülerheimen ermächtigt, Einnahmen aus der Überlassung oder Nutzung von Schuleinrichtungen durch Dritte oder aus sonstigen Maßnahmen vereinnahmte Drittmittel speziell (zweckgebunden) für die Bedeckung der aus der Fremdnutzung bzw. Leistungserbringung (für Dritte) entstandenen Mehrausgaben bzw. für Anschaffungen, Instandhaltungen oder zur Finanzierung anderer schulischer Zwecke zu verwenden.

Die gesetzliche Grundlage hinsichtlich der Gebarung betreffend den Paragraf 1298 ist das BGBl. Nr. 770/1996.

Für die Verrechnung dieser zweckgebundenen Einnahmen und Ausgaben sind im Bundesvoranschlag folgende Paragrafen vorgesehen:

Bereich	Paragraf
Pädagogische Akademien	1295
Bildungsanstalten für Kindergartenpädagogik und Sozialpädagogik	1296
Berufspädagogische Akademien	1297
Bundesanstalten für Leibeserziehung	1298
Pädagogische Institute	1299

Paragraf 1290 Pädagogische Akademien
Paragraf 1295 Pädagogische Akademien (zweckgebundene Gebarung)

Aufgaben

Die Pädagogischen Akademien haben gemäß dem Schulorganisationsgesetz die Aufgabe, Personen, die eine höhere Schule erfolgreich abgeschlossen haben, im Rahmen einer Erstausbildung jene Berufsgesinnung sowie jenes Berufswissen und Können zu vermitteln, das sie befähigt, den Beruf des Volksschullehrers, Hauptschullehrers, Sonderschullehrers und Lehrers für Polytechnische Schulen auszuüben. Sie führen außerdem Studienberechtigungsprüfungen durch und unterstützen in Kooperation mit den Pädagogischen Instituten die Lehrer bei der Erweiterung ihrer Ausbildung (Weiterbildung).
Die Personalausgaben für die Religionspädagogischen Akademien sind bei diesem Paragrafen gleichfalls veranschlagt.

	Personal-ausgaben	Sach-	Summe	Einnahmen
	Millionen Euro			
2000	67,7	14,5	82,2	0,2
2001	69,3	14,0	83,2	0,2
2002	69,3	14,0	83,2	0,2

	Personal-ausgaben	Sach-	Summe	Einnahmen
	Millionen Euro			
2000	0,0	0,2	0,2	0,2
2001	0,0	0,1	0,1	0,1
2002	0,0	0,1	0,1	0,1

Ausgaben

Anlagen
Hier sind die Mittel für Ergänzungsanschaffungen von Lehrmitteln, für Ergänzung bzw. Austausch von Hard- und Software sowie für Neueinrichtungen, insbesondere die Neuausstattung der Pädagogischen Akademie des Bundes in Salzburg im Zuge der Generalsanierung, veranschlagt.

Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen)
Hier sind die Mittel für öffentliche Abgaben, für Bedienstete gemäß Punkt 4 Abs. 7 des Allgemeinen Teiles des Stellenplanes, für Lehrer gemäß § 19 Abs. 3 bis 5 des Privatschulgesetzes, Religionslehrer und Austauschlehrer, für Lehrbeauftragte und Gastvortragende sowie für die Entschädigungen für Prüfungskommissionen veranschlagt.

Aufwendungen
Hier sind die Mittel für die Verwaltung und den Studienbetrieb, die Erfordernisse für die Pädagogische Tatsachenforschung, den Aufwand für die Stiftung 'Pädagogische Akademie Burgenland', die Wartung und Weiterentwicklung des Bibliothekssystems ALEPH und der EDV-unterstützten Verwaltung, die Beiträge gemäß Hochschülerschaftsgesetz 1998 und die Unterstützung des Bildungswesens in Ost- und Südosteuropa (Studentenaustausch) veranschlagt.

Paragraf 1291 BA für Kindergartenpädagogik und Sozialpädagogik
Paragraf 1296 BA für Kindergartenpäd. u. Sozialpäd. (zweckgeb. Gebarung)

Aufgaben
Die Bildungsanstalten für Kindergartenpädagogik und die Bildungsanstalten für Sozialpädagogik sind höhere Schulen und haben die Aufgabe, die Schüler im Anschluss an die 8. Schulstufe in fünfjähriger Ausbildung bzw. Maturanten oder Absolventen der Studienberechtigungsprüfung bzw. Berufsreifeprüfung in viersemestrigen Kollegs (für Berufstätige bis zu 6 Semester) für die Erfüllung der Erziehungs-

und Bildungsaufgaben in den Kindergärten bzw. zu Sozialpädagogen (Erziehern) heranzubilden.
Die fünfjährige Ausbildung schließt mit der Reife- und Diplomprüfung ab, die Kollegs schließen mit der Diplomprüfung ab. In speziellen Lehrgängen (4 bis 6 Semester) werden auch Sonderkindergärtner/innen bzw. Sondererzieher/innen ausgebildet.
Gemäß SchOG ist jeder Bildungsanstalt ein Übungskindergarten bzw. Übungshort einzugliedern; darüber hinaus sind Besuchskindergärten bzw. -horte vorzusehen.

	Personal-ausgaben	Sach-	Summe	Einnahmen
	Millionen Euro			
2000	47,9	8,9	56,7	1,1
2001	48,5	8,8	57,2	1,0
2002	48,5	8,8	57,2	1,0

	Personal-ausgaben	Sach-	Summe	Einnahmen
	Millionen Euro			
2000	0,0	0,1	0,1	0,1
2001	0,0	0,0	0,0	0,0
2002	0,0	0,0	0,0	0,0

Ausgaben

Anlagen
Veranschlagt sind die Mittel für die Einrichtung nach der Generalsanierung bzw. nach dem Zubau bei den Bundes-Bildungsanstalten für Kindergartenpädagogik in Graz und Linz. Weiters für verschiedene Ersatzanschaffungen, um die Ausbildung gemäß den Lehrplänen durchführen zu können.

Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen)
Hier sind die Mittel für öffentliche Abgaben, für Bedienstete gemäß Punkt 4 Abs. 7 des Allgemeinen Teiles des Stellenplanes, für Lehrer gemäß § 19 Abs. 3 bis 5 des Privatschulgesetzes, Religionslehrer, Unterrichtspraktikanten und Austauschlehrer, für Lehrbeauftragte und Gastvortragende sowie für die Entschädigungen für Prüfungskommissionen veranschlagt.

Aufwendungen
Veranschlagt sind die Mittel für die Einrichtung (Anteil der geringwertigen Wirtschaftsgüter) nach der Generalsanierung bzw. nach dem Zubau bei den Bundes-Bildungsanstalten für Kindergartenpädagogik in Graz und Linz. Weiters für Aufwendungen für den laufenden Betrieb der Bundes-Bildungsanstalten sowie für die Erfordernisse der Ausbildung. Gemäß Vertrag des Bundes mit der Stadt Wien vom 30. August 1984 sind für die Privatschulen der Stadt Wien Vergütungen in Höhe von insgesamt 1,94 Millionen Euro zu leisten.

Paragraf 1292 Berufspädagogische Akademien
Paragraf 1297 Berufspädag. Akademien (zweckgebundene Gebarung)

Aufgaben

An den Berufspädagogischen Akademien werden aufbauend auf dem Bildungsgut einer höheren Schule, einer Meisterausbildung oder gleichwertigen Befähigung im Rahmen einer Erstausbildung Berufsschullehrer, Lehrer für den ernährungswissenschaftlichen und haushaltsökonomischen oder technisch- bzw. gewerblichen Fachunterricht an berufsbildenden mittleren und höheren Schulen sowie Lehrer für Textverarbeitung herangebildet, die nach Berufsgesinnung, Berufswissen und Berufskönnen geeignet sind, die Aufgaben des betreffenden Lehrberufes zu erfüllen. Sie führen außerdem Studienberechtigungsprüfungen durch und bieten in Kooperation mit den Pädagogischen Instituten

Aufbaustudien zum Erwerb weiterer Lehrämter und Akademie-Lehrgänge zur Weiterbildung an. Die Lehre an diesen Akademien ist mit berufsfeldbezogener Forschung und Entwicklung zu verbinden.

	Personal-ausgaben	Sach-	Summe	Einnahmen
	Millionen Euro			
2000	4,9	1,4	6,3	0,0
2001	5,0	1,5	6,5	0,0
2002	5,0	1,5	6,5	0,0

	Personal-ausgaben	Sach-	Summe	Einnahmen
	Millionen Euro			
2000	0,0	0,0	0,0	0,0
2001	0,0	0,0	0,0	0,0
2002	0,0	0,0	0,0	0,0

Ausgaben

Anlagen
Hier sind die Mittel für Ersatzanschaffungen (insbesondere Austausch von Hard- und Software) für den administrativen Betrieb sowie für die Aufrechterhaltung des Studienbetriebes veranschlagt.

Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen)
Hier sind die Mittel für Bedienstete gemäß Punkt 4 Abs. 7 des Allgemeinen Teiles des Stellenplanes, für Lehrbeauftragte und Gastvortragende sowie für die Entschädigungen für Prüfungskommissionen veranschlagt.

Aufwendungen
Hier sind die Mittel für den Studienbetrieb, die Betriebs- und Wartungskosten für das Bibliotheksorganisationssystem (ALEPH) und für die EDV-unterstützten Verwaltung veranschlagt.

Paragraf 1293 Bundesanstalten für Leibeserziehung
Paragraf 1298 Bundesanstalten für Leibeserziehung (zweckgeb. Gebarung)

Aufgaben

Die Bundesanstalten für Leibeserziehung dienen der Ausbildung von Leibeserziehern und Sportlehrern (gemäß § 1 Bundesgesetz über Schulen zur Ausbildung von Leibeserziehern und Sportlehrern, BGBl. Nr. 140/1974, zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 76/1999).

	Personal-ausgaben	Sach-	Summe	Einnahmen
	Millionen Euro			
2000	3,1	2,7	5,8	0,0
2001	3,2	2,7	5,8	0,0
2002	3,2	2,7	5,8	0,0

	Personal-ausgaben	Sach-	Summe	Einnahmen
	Millionen Euro			
2000	0,0	0,0	0,0	0,0
2001	0,0	0,0	0,0	0,0
2002	0,0	0,0	0,0	0,0

Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen)
Hier sind die Mittel für öffentliche Abgaben, für die Lehrbeauftragten und die Entschädigungen für die Prüfungskommissionen veranschlagt.

Aufwendungen
Hier sind die Aufwendungen für die Administration und die Betriebsführung der Anlagen veranschlagt.

Paragraf 1294 Pädagogische Institute
Paragraf 1299 Pädagogische Institute (zweckgebundene Gebarung)

Aufgaben
Die Pädagogischen Institute haben gemäß § 125 SchOG, BGBl. Nr. 242/1962, zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 96/1999, die Aufgabe,

1. Personen mit abgeschlossener Erstausbildung fortzubilden,
2. Unterrichtspraktikanten auszubilden,
3. Berufsschullehrer auf den 2. Studienabschnitt vorzubereiten und
4. in Kooperation mit Pädagogischen und Berufspädagogischen Akademien Lehrer/innen weiterzubilden.

Ferner können Absolventen/innen der Bildungsanstalten für Kindergartenpädagogik oder für Sozialpädagogik fortgebildet werden. Die Lehre an diesen Akademien ist mit berufsfeldbezogener Forschung und Entwicklung zu verbinden.

Die Pädagogischen Institute sind zumeist in vier Abteilungen gegliedert:

1. Abteilung für Lehrer an allgemein bildenden Pflichtschulen,
2. Abteilung für Lehrer an Berufsschulen,
3. Abteilung für Lehrer an allgemein bildenden höheren Schulen (die auch der Fortbildung der Lehrer an Bildungsanstalten für Kindergartenpädagogik und Bildungsanstalten für Sozialpädagogik dient) und
4. Abteilung für Lehrer an berufsbildenden Schulen (ausgenommen für Berufsschullehrer).

	Personal-ausgaben	Sach-	Summe	Einnahmen
	Millionen Euro			
2000	9,5	16,2	25,7	0,0
2001	9,9	15,7	25,6	0,0
2002	9,9	15,7	25,6	0,0

	Personal-ausgaben	Sach-	Summe	Einnahmen
	Millionen Euro			
2000	0,0	0,1	0,1	0,1
2001	0,0	0,1	0,1	0,1
2002	0,0	0,1	0,1	0,1

Ausgaben

Anlagen
Hier sind die Mittel für Ersatzanschaffungen (insbesondere Austausch von Hard- und Software) für den administrativen Betrieb der Pädagogischen Institute des Bundes sowie für die Durchführung der Fort- und Weiterbildung veranschlagt.

Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen)
Hier sind die Mittel für Bedienstete gemäß Punkt 4 Abs. 7 des Allgemeinen Teiles des Stellenplanes, für Lehrbeauftragte und Gastvortragende sowie für die Entschädigungen für Prüfungskommissionen veranschlagt.

Aufwendungen
Hier sind die Mittel für den administrativen Betrieb und für die Durchführung von Fort- und Weiterbildungsveranstaltungen, für die Prüfungskommissionen für das Lehramt an Hauptschulen, Sonderschulen und Polytechnischen Schulen in allen Bundesländern sowie für die Pädagogische Tatsachenforschung veranschlagt.
Weiters sind hier die auf Grund der 7. SchOG-Novelle für die Pädagogischen Institute der Länder die vertraglich vereinbarten Refundierungen vorgesehen.

Öffentliche Schulen (Stand September 2000)

Schulformen	Schuljahr	Schulen	Klassen (Jahrgänge)	Schüler/innen
Allgemein bildende Pflichtschulen	1997/98	4.881	32.929	658.739
	1998/99	4.876	32.914	659.385
	1999/00	4.876	33.036	663.645
	2000/01	4.867	33.040	664.000
Allgemein bildende höhere Schulen	1997/98	249	6.277	157.220
	1998/99	249	6.344	157.872
	1999/00	249	6.349	157.606
	2000/01	249	6.350	158.000
Berufsbildende Pflichtschulen	1997/98	187	5.283	126.106
	1998/99	187	5.285	126.300
	1999/00	183	5.497	130.538
	2000/01	183	5.500	130.500
Berufsbildende mittlere Schulen	1997/98	322	1.742	40.798
	1998/99	319	1.749	40.395
	1999/00	319	1.722	38.826
	2000/01	319	1.710	38.500
Berufsbildende höhere Schulen	1997/98	220	4.093	102.312
	1998/99	222	4.215	105.200
	1999/00	229	4.369	108.981
	2000/01	229	4.400	110.000
Berufsbildende Akademien (Akademien für Sozialarbeit)	1997/98	2	14	601
	1998/99	2	14	601
	1999/00	2	14	541
	2000/01	2	14	550
Lehrerbildende mittlere und höhere Schulen	1997/98	20	360	9.401
	1998/99	20	366	9.211
	1999/00	21	367	9.203
	2000/01	21	365	9.200
Lehrerbildende Akademien	1997/98	13	-*)	4.781
	1998/99	13	-*)	7.612
	1999/00	13	-*)	7.997
	2000/01	13	-*)	8.000

Bei den Zahlenangaben für das Schuljahr 2000/01 handelt es sich um Schätzwerte.
*) Keine Vergleichsbasis, da nur nach Semestern geführt.

Kapitel 13 Kunst

Die Einnahmen und Ausgaben dieses Kapitels ergeben sich aus dem Wirkungsbereich des Bundeskanzleramtes gemäß dem Bundesministeriengesetz 1986, BGBl. Nr. 76, zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 141/2000, soweit Angelegenheiten der Kultur- und Kunstförderung betroffen sind.

Gesetzliche Grundlagen

Privatwirtschaftsverwaltung (Art. 17 Bundesverfassungsgesetz) in der Fassung des Art. 17a Grundrechtskatalog des Staatsgrundgesetzes,

Kunstförderungsgesetz, BGBl. Nr. 146/1988, zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 132/2000;

Künstler-Sozialversicherungsfondsgesetz (K-SVFG), BGBl. I Nr. 131/2000

Bundesgesetz über die Neuorganisation der Bundestheater (Bundestheaterorganisationsgesetz BThOG), BGBl. I Nr. 108/1998.

Gesamtgebarung

	Personal-ausgaben	Sach-	Summe	Einnahmen
	Millionen Euro			
2000	3,3	212,6	215,9	3,3
2001	3,7	214,7	218,4	2,8
2002	3,7	216,5	220,2	2,8

Im Einzelnen ist zu den Bereichen zu bemerken:

Paragraf 1300 Bildende Künste, künstlerische Fotografie

Aufgaben

Förderung der bildenden Künste, der künstlerischen Fotografie und des Ausstellungswesens in Österreich und im Ausland. Kunstankäufe im Bereich der zeitgenössischen Kunst sowie Durchführung von Kulturabkommen und Bundesausstellungen im Bereich der bildenden Kunst.

	Personal-ausgaben	Sach-	Summe	Einnahmen
	Millionen Euro			
2000	0,0	10,2	10,2	0,0
2001	0,0	7,5	7,5	0,0
2002	0,0	8,1	8,1	0,0

Anlagen

Hier sind die Kosten für Kunst- und Fotoankäufe sowie die Einrichtungserfordernisse für die Bundesateliers und Stipendiatenwohnungen im Ausland veranschlagt.

Förderungen

An Förderungsmaßnahmen sind u. a. vorgesehen:
Druckkosten für Kataloge, Vergabe von Stipendien (Arbeits-, Projekt-, Reise- und Staatsstipendien) und Preisen (Förderungs-, Würdigungs- und Staatspreise), Förderung von Architektur & Design sowie Mode. Ateliergründungszuschüsse, kommerzielle Galerieförderung, Förderung von Bundes- und Landesmuseen und Investitionszuschüsse. Beiträge für die Jahrestätigkeit von Institutionen der bildenden Kunst.

Aufwendungen

Hier sind die Ausgaben für Bundesausstellungen, Beträge für Verwaltung und Instandhaltung der im Eigentum des Bundes stehenden Kunstwerke und Bundesateliers im In- und Ausland sowie Mieten für Stipendiatenwohnungen, Bundesateliers und Beiratsaufwendungen für die Kunstjury veranschlagt.

Paragraf 1301 Musik u. darst. Kunst; Allg. Kulturangelegenheiten

Aufgaben
Förderung der Musik und darstellenden Kunst, Kunstschulen, Festspiele und allgemeine Kulturangelegenheiten.

	Personal-ausgaben	Sach-	Summe	Einnahmen
	Millionen Euro			
2000	0,0	37,1	37,1	0,0
2001	0,0	36,7	36,7	0,0
2002	0,0	38,5	38,5	0,0

Förderungen
An Förderungen sind u.a. vorgesehen:
Zuschüsse für Theater und Musikvereinigungen, für Kompositionsaufträge, an sonstige gemeinnützige Einrichtungen, Kunstschulen sowie für Festwochen und Festspiele in Wien und in den Bundesländern, Stipendien und Preise, Reise- und Tourneezuschüsse, Förderungen von Konzertveranstaltern und Investitionszuschüsse.

Aufwendungen
Bundesbeitrag zum Salzburger Festspielfonds. Gemäß BGBl. Nr. 147/1950 ist der Bund verpflichtet 40% des Abganges der Festspiele zu übernehmen.
Ehrengaben, Beiratsaufwendungen für Bühnen- und Musikbeirat.

Paragraf 1302 Literatur- und Verlagswesen

Aufgaben
Förderung der Literatur und des Verlagswesens.

	Personal-ausgaben	Sach-	Summe	Einnahmen
	Millionen Euro			
2000	0,0	9,0	9,0	0,0
2001	0,0	9,0	9,0	0,0
2002	0,0	9,0	9,0	0,0

Anlagen
Ausgaben für die Literaturwohnung in Rom sowie für weitere Stipendiatenwohnungen im Ausland.

Förderungen
An Förderungsmaßnahmen sind u.a. vorgesehen:
Bei der Literatur: Stipendien (Nachwuchs, Dramatiker, Staats-, Robert Musil-, Projekt- und Arbeitsstipendien), Preise, Übersetzerzuschüsse, Verlagsförderung (Druckkosten- und Sachbuchförderung).

Aufwendungen
Ehrengaben, Beiratsaufwendungen für Literaturangelegenheiten, Mieten für Stipendiatenwohnungen.

Paragraf 1303 Kunstförderungsbeiträge (zweckgeb. Gebarung)

Gesetzliche Grundlage
Kunstförderungsbeitragsgesetz, BGBl. Nr. 573/1981, zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 132/2000.

Aufbringung der Einnahmen
Der Kunstförderungsbeitrag ist eine monatliche Abgabe in Höhe von 0,48 Euro, die von jedem angemeldeten Rundfunkteilnehmer eingehoben und beim Voranschlagsansatz 2/52180 verrechnet wird. Diese Einnahmen werden nach Verminderung um die Einhebungsvergütung an die GIS (Gebühren Info Service GmbH) zwischen dem Bund und den Ländern im Verhältnis 70:30 und der Bundesanteil zwischen dem BKA und dem BMBWK im Verhältnis 85:15 aufgeteilt und für Zwecke der Kunstförderung verwendet.

	Personal-ausgaben	Sach-	Summe	Einnahmen
	Millionen Euro			
2000	0,0	5,7	5,7	0,0
2001	0,0	8,3	8,3	0,0
2002	0,0	8,3	8,3	0,0

Anlagen
Kunst- und Fotoankäufe.

Förderungen
Zur Beratung des Bundeskanzlers bzw. des Staatssekretärs für Kunst und Medien und des Bundesministers für Bildung, Wissenschaft und Kultur über die Verwendung des Kunstförderungsbeitrages ist ein Beirat eingesetzt.
An Förderungen sind u. a. vorgesehen:
Zuschüsse bzw. Investitionszuschüsse für die Bereiche Bildende Künste und Ausstellungen, Musik und darstellende Kunst, Literatur, Jugendliteratur, Foto- und Filmwesen, kultureller Auslandsangelegenheiten und der Kulturentwicklung/Kulturinitiativen.

Aufwendungen
Künstlerhilfen, sonstige Beihilfen, Karenzgeld für Künstlerinnen.

Paragraf 1304 Film und neue Medien

Aufgaben
Förderung des Films und des Österreichischen Filminstituts gemäß Filmförderungsgesetz, BGBl. Nr. 557/1980, zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 34/1998.

	Personal-ausgaben	Sach-	Summe	Einnahmen
	Millionen Euro			
2000	0,0	13,1	13,1	0,0
2001	0,0	13,0	13,0	0,0
2002	0,0	12,4	12,4	0,0

Anlagen
Film- und Videoankäufe, Stipendiatenwohnungen im Ausland.

Förderungen (D)
Vorgesehen sind Darlehen für die Weltorganisation zum Schutze geistigen Eigentums WIPO' (Internat. Filmtitelregister).

Förderungen
An Förderungen sind u. a. vorgesehen:
Einzelförderungen (Stipendien, Drehbücher, Ausstellungskosten, Druckkosten), Preise, Förderung von Filmeinrichtungen (infrastrukturelle Maßnahmen, Investitionszuschüsse, Produktions- und Herstellungsförderung). Durch die Novelle zum Filmförderungsgesetz 1998 erfolgt eine zusätzliche Förderung des innovativen experimentellen österreichischen Filmes.

Aufwendungen
Ehrengaben, Zuschüsse für die Filmarchivierung in Laxenburg, Filmwochen, Festivals im Ausland, Mitgliedsbeiträge EURIMAGES, Beiratsaufwendungen für Film- und Videojury.

Paragraf 1305 Künstlerhilfe

Gesetzliche Grundlage
Künstler-Sozialversicherungsfondsgesetz - K-SVFG, BGBl. I Nr. 131/2000

Aufgaben
Für Künstler (Literatur, Tonkunst, bildende Kunst und Filmkunst) leistet der Künstlersozialversicherungsfonds im Rahmen des Künstler-Sozialversicherungsfondsgesetzes Zuschüsse zu den von den Künstlern zu leistenden Beiträgen zur Pflichtversicherung in die Pensionsversicherung.

	Personal-ausgaben	Sach-	Summe	Einnahmen
	Millionen Euro			
2000	0,0	0,0	0,0	0,0
2001	0,0	2,6	2,6	0,0
2002	0,0	2,6	2,6	0,0

Förderungen
Beiträge des Bundes, die den Künstlersozialversicherungsfonds in die Lage versetzen sollen, seine vertraglichen Verpflichtungen gegenüber den versicherten Künstlern einzuhalten.

Paragraf 1306 Bi- u. multilaterale, kult. Angelegenh.; Auszeichnungsangel.

Aufgaben
Koordination der innerstaatlichen Durchführung der kulturellen Auslandsangelegenheiten und der Kulturabkommen sowie Organisation aller Auslandsangelegenheiten für die Sektion.

	Personal-ausgaben	Sach-	Summe	Einnahmen
	Millionen Euro			
2000	0,0	0,4	0,4	0,0
2001	0,0	0,4	0,4	0,0
2002	0,0	0,4	0,4	0,0

Förderungen
Zuschüsse an Institutionen und Einzelpersonen, die kulturelle Aufgaben im internationalen Bereich zu erfüllen haben.

Aufwendungen
Erfüllung der Kulturabkommen, der Kulturübereinkommen, Zusammenarbeit im Europarat, Auszeichnungen und Berufstitel im künstlerischen Bereich.

Paragraf 1307 Kulturentwicklung-Kulturinitiativen

Aufgaben
Förderung von Modellen basisorientierter Kultur- und Zielgruppenarbeit, Dokumentation und wissenschaftliche Evaluation der Kulturarbeit.

	Personal-ausgaben	Sach-	Summe	Einnahmen
	Millionen Euro			
2000	0,0	3,3	3,3	0,0
2001	0,0	3,3	3,3	0,0
2002	0,0	3,3	3,3	0,0

Förderungen
Interdisziplinäre Kunst- und Kulturprojekte, Projekte für Minderheiten und Ausländer, Projekt- und Programmzuschüsse, Investitionszuschüsse, Trainee-Stipendien.

Aufwendungen
Projektstudien, Beiratsaufwendungen.

Paragraf 1308 Zahlungen an die BIG

Aufgaben
Bezahlung der Mietkosten für Ateliers sowie für Stipendiatenwohnungen.

Paragraf 1309 EU-Angelegenheiten

Aufgaben
Förderung von kulturellen Projekten in Zusammenarbeit mit der EU, dem Bund, den Bundesländern und den Gemeinden.

Titel 131 Bundesministerium (Sonstiger Zweckaufwand)

Mit Wirkung 1. September 1999 wurde nach dem Bundesgesetz über die Neuorganisation des Österreichischen Bundestheaterverbandes (Bundestheaterorganisationsgesetz - BThOG), BGBl. I Nr. 108/1998, das Amt der Bundestheater sowie die Bundestheatergesellschaften eingerichtet. Bis 31. August 1999 unterstanden die Bundestheater (Kap. 71) als Bundesbetrieb dem Bundeskanzleramt.

	Personal-ausgaben	Sach-	Summe	Einnahmen
	Millionen Euro			
2000	3,3	133,7	137,0	3,3
2001	3,7	133,8	137,4	2,8
2002	3,7	133,8	137,4	2,8

Paragraf 1310 Amt der Bundestheater

Durch die Ausgliederung des Österreichischen Bundestheaterverbandes werden hier die für die Beamten erforderlichen Gehaltszahlungen, Bezugsvorschüsse, Kommunalsteuerzahlungen als auch die Ausgaben dieser Bundesbediensteten für Reisen sowie die anfallenden Fahrtkostenzuschüsse budgetiert.

Paragraf 1311 Bundestheatergesellschaften

Bei diesem Voranschlagsparagraf ist vor allem die Basisabgeltung gemäß § 7 Abs. 2 BThOG für den laufenden Betrieb der 'Bundestheater-Holding GmbH', der 'Burgtheater GmbH', der 'Wiener Staatsoper GmbH', der Volksoper Wien GmbH' und der 'Theaterservice GmbH' zur Erfüllung des kulturpolitischen Auftrages veranschlagt.

Kapitel 14 Wissenschaft

Die Einnahmen und Ausgaben dieses Kapitels ergeben sich aus dem Wirkungsbereich des Bundesministeriums für Bildung, Wissenschaft und Kultur (Verwaltungsbereich Wissenschaft) gemäß Bundesministeriengesetz 1986, BGBl. Nr. 76, zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 141/2000, insbesondere Anlage zu § 2 Teil 2 Abschnitt C, soweit Angelegenheiten der Wissenschaft und Forschung betroffen sind.

Gesamtgebarung

	Personal-ausgaben	Sach-	Summe	Einnahmen
	Millionen Euro			
2000	1.023,8	1.220,6	2.244,4	43,3
2001	1.034,3	1.261,2	2.295,4	111,8
2002	1.034,3	1.330,2	2.364,5	217,5

Im Einzelnen ist zu den Bereichen zu bemerken:

Titel 140 Bundesministerium für Bildung, Wissenschaft und Kultur

Aufgaben

Dem Bundesministerium für Bildung, Wissenschaft und Kultur (Verwaltungsbereich Wissenschaft) obliegen im Bereich Wissenschaft und Forschung die obersten Verwaltungsgeschäfte des Bundes auf dem Gebiet der Koordination der Forschungsvorhaben des Bundes zur Wahrung der allen Verwaltungszweigen gemeinsamen Interessen auf diesem Gebiet sowie die Koordination der Planung des Einsatzes von Bundesmitteln zum Zweck der Forschung.
Angelegenheiten der Wissenschaften, insbesondere der wissenschaftlichen Forschung und Lehre.
Dazu gehören insbesondere auch:
Angelegenheiten der wissenschaftlichen und künstlerischen Universitäten sowie anderer wissenschaftlicher Anstalten und Forschungseinrichtungen einschließlich der Österreichischen Akademie der Wissenschaften, die Angelegenheiten der wissenschaftlichen Berufsvorbildung, Berufsausbildung und Berufsfortbildung, des wissenschaftlichen Bibliotheks-, Dokumentations- und Informationswesens, der studentischen Interessenvertretung und der Studienbeihilfen und Stipendien, die Förderung des Baues von Studentenheimen sowie die Angelegenheiten der wissenschaftlichen Sammlungen und Einrichtungen.

	Personal-ausgaben	Sach-	Summe	Einnahmen
	Millionen Euro			
2000	17,9	136,9	154,8	2,6
2001	16,6	147,0	163,6	2,2
2002	16,6	147,0	163,6	2,2

Paragraf 1400 Zentralleitung (Verwaltungsbereich Wissenschaft)

	Personal-ausgaben	Sach-	Summe	Einnahmen
	Millionen Euro			
2000	16,8	8,6	25,4	1,4
2001	16,6	8,9	25,6	2,2
2002	16,6	8,9	25,6	2,2

Anlagen
Bei diesem Voranschlagsansatz ist vor allem für die Beschaffung der notwendigen Amtseinrichtung einschließlich moderner Büroautomation Vorsorge getroffen.

Förderungen
Die Förderungen betreffen vor allem Zuschüsse für wissenschaftliche Zeitschriften und allgemeine Kulturförderungen.

Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen)
Hier sind die Beiträge für Familien- und Geburtenbeihilfen sowie die Ausgaben für öffentliche Abgaben veranschlagt.

Aufwendungen
Hier wird für den Administrativaufwand der Zentralleitung vorgesorgt.

Voranschlagsansatz 14018 Zahlungen an die BIG

Gesetzliche Grundlage
Bundesgesetz über die Errichtung einer Bundesimmobiliengesellschaft (BIG-Gesetz), BGBl. Nr. 419/1992, zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 47/1999;
Bundesimmobiliengesetz, BGBl. I Nr. 141/2000.

Aufwendungen
Bei diesem Voranschlagsansatz werden Zahlungen an die Bundesimmobiliengesellschaft getätigt (Normmieten, Zuschlagsmieten, Mieterinvestitionen und Betriebskosten).

	Personal-ausgaben	Sach-	Summe	Einnahmen
	Millionen Euro			
2000	0,0	128,2	128,2	0,0
2001	0,0	138,1	138,1	0,0
2002	0,0	138,1	138,1	0,0

Titel 141 Bundesministerium (Zweckaufwand)

Aufgaben
Dem Bundesministerium für Bildung, Wissenschaft und Kultur (Verwaltungsbereich Wissenschaft) obliegen die obersten Verwaltungsgeschäfte des Bundes über Angelegenheiten der hochschulischen, wissenschaftlichen und bibliothekarischen Einrichtungen, Forschungsvorhaben der wissenschaftlichen Forschung, der Forschungseinrichtungen, der Österreichischen Akademie der Wissenschaften und Forschungsinstitute und der Forschungsvorhaben in internationaler Kooperation.

	Personal-ausgaben	Sach-ausgaben	Summe	Einnahmen
	Millionen Euro			
2000	0,0	330,2	330,2	0,3
2001	0,0	279,5	279,5	0,0
2002	0,0	312,2	312,2	32,7

Paragraf 1410 Hochschulische Einrichtungen

Gesetzliche Grundlage
Studienförderungsgesetz, BGBl. Nr. 305/1992, zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 142/2000.

Unterschied gegen Vorjahre
Die Erhöhung bei den Sachausgaben ergibt sich hauptsächlich aus der Erweiterung der Studienförderungsmaßnahmen (Studienbeihilfen, Leistungsstipendien).

Aufgaben
Neubau bzw. Renovierung von Studentenheimen, Zuschüsse an die Österreichische Hochschülerschaft, Studienförderung, Vorsorge für Wissenschafter- und Studentenaustausch, internationale Abkommen.

Förderungen
Hervorzuheben ist die Förderung des Neubaues bzw. der Renovierung von Studentenheimen und die Förderung der Führung von Mensen, dadurch werden den Studenten kostengünstige Unterkunftsmöglichkeiten und Verpflegung geboten.

Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen)
Bei diesem Voranschlagsansatz sind Mittel für die Studienförderung (Studienbeihilfen und Begabtenstipendien) der Studierenden an den Universitäten und an den Universitäten der Künste veranschlagt.

Aufwendungen
Vorsorge für Wissenschaftler- und Studentenaustausch auf Grund von Verpflichtungen aus internationalen Abkommen.
Durchführung von neu abgeschlossenen wissenschaftlich-technischen Abkommen, die vor allem die Gewährung von Forschungs- und Studienstipendien, die Organisation von Studienreisen, Kursen, Vorträgen, wissenschaftlich-technischen Kolloquien und Austausch von Dokumentations- und Filmmaterial vorsehen.
Stipendien an absolvierte Akademiker zur weiteren Ausbildung und ständige Unterstützungsaktionen.
Studienunterstützungen werden Studenten, die nach den Bestimmungen des Studienförderungsgesetzes einen gesetzlichen Anspruch nicht geltend machen können, gewährt.
Leistungen des Bundes an den Hauptverband der Sozialversicherungsträger als Beitrag zur Sozialversicherung der Studenten.
Außerdem ist die Jahresrate zur Errichtung des Universitätszentrums Althanstraße veranschlagt.

Paragraf 1411 Wissenschaftliche Einrichtungen

Aufgaben
Beitragsleistungen für internationale Vereinigungen und Beihilfen für Zwecke der Wissenschaft.
Förderungen
Unter den Förderungen sind hauptsächlich Unterstützungen für wissenschaftliche Einrichtungen, die teils namentlich den in der Postbezeichnung genannten Institutionen, teils Subventionswerben (u. a. wissenschaftliche Vereine) oder Einzelvorhaben (Kongresse, Studienreisen, Druckkostenzuschüsse) zufließen.

Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen)
Beitragsleistungen sind vorgesehen für internationale Organisationen.

Aufwendungen
Veranschlagt sind Verpflichtungen aus internationalen Abkommen, Beihilfen für Zwecke der Wissenschaft und Beiträge für internationale Organisationen.

Paragraf 1412 Bibliothekarische Einrichtungen

Förderungen
Hier sind Beträge für Einrichtungen im Interesse des gesamtösterreichischen Bibliothekswesens, für wissenschaftliche Einrichtungen für Zwecke der Literaturversorgung und für Dokumentationsaufgaben veranschlagt.

Paragraf 1413 Forschungsvorhaben

Gesetzliche Grundlage
Forschungsorganisationsgesetz, BGBl. Nr. 341/1981, zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 142/ 2000.

Die Paragrafen 1413 bis 1418 werden unter der Bezeichnung 'Forschungsblock' geführt, da die Ausgaben entweder zu 100% forschungswirksam sind, oder die Einrichtungen aktiv einen wesentlichen Beitrag zur Forschung in Österreich leisten.

Aufwendungen
Durch die Mittel für Expertengutachten, die nur einen kleinen Teil des Voranschlagsansatzes betragen, sollen Fachexperten zur Erstellung forschungspolitischer Gutachten in interdisziplinärer Teamarbeit herangezogen werden.
Die Auftragsforschung soll der Forschung, wo nötig, neue Impulse geben und eine enge Verbindung von Staat, Wissenschaft und Wirtschaft im Forschungsbereich bewirken. In den hochentwickelten Industriestaaten ist Auftragsforschung die wichtigste Form der Forschungsförderung.
Forschungsschwerpunkte werden vom Bundesminister für Bildung, Wissenschaft und Kultur festgelegt.
Die allgemeine Auftragsforschung dient u. a. zur Vorbereitung neuer Schwerpunkte bzw. zur auslaufenden Finanzierung beendeter Schwerpunkte.

Paragraf 1414 Wissenschaftliche Forschung

Gesetzliche Grundlage
Forschungs- und Technologieförderungsgesetz, BGBL Nr. 434/1982, zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 48/2000.

Förderungen
In diesem Voranschlagsansatz sind die Erwin-Schrödinger-Auslandsstipendien, die Lise-Meitner-Stipendien sowie die Habilitationsstipendien veranschlagt. Diese Stipendien dienen der Förderung des wissenschaftlichen Nachwuchses.

Paragraf 1416 Forschungseinrichtungen

Gesetzliche Grundlage
Forschungsorganisationsgesetz, BGBl. Nr. 341/1981, zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 142/2000.

Aufwendungen
In diesem Voranschlagsansatz wird für die Absicherung von Projektfinanzierungen im Rahmen der Forschungs- und Technologieoffensive der Bundesregierung Vorsorge getragen.

Förderungen
In diesem Voranschlagsansatz sind u.a. die Förderungsmittel für die Ludwig-Boltzmann-Gesellschaft, das Österreichische Ost- und Südosteuropa-Institut, andere Ostforschungseinrichtungen, das Institut für Konfliktforschung, die Ministerratsprotokolle der Monarchie und der 1. Republik, das Institut für Internationale Politik, das Österreichische Institut für Berufsbildungsforschung, die Österreichische Gesellschaft für historische Quellenstudien, das Institut für die Wissenschaften vom Menschen, die Studiengesellschaft für Kybernetik, das Internationale Forschungszentrum Kulturwissenschaften, das österr. Studienzentrum für Frieden und Konfliktlösung, das Erwin-Schrödinger-Institut für Mathematische Physik und Beträge für die Verleihung von Staatspreisen veranschlagt.

Paragraf 1417 Österr. Akademie der Wissenschaften und Forschungsinstitute

Gesetzliche Grundlage
ÖAW-Gesetz, BGBl. Nr. 569/1921, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 115/1947.

Förderungen
Die Förderungen enthalten die für den ordentlichen Betrieb der Zentrale und der Institute erforderlichen Mittel, weiters Mittel für die Technologiefolgeabschätzung sowie Mittel, mit denen gezielt die Infrastruktur der ÖAW im Hinblick auf die internationale Konkurrenzfähigkeit ausgebaut werden soll.
Weiters werden bei diesem Voranschlagsansatz die Ausgaben für APART/APART-DOC veranschlagt:
APART (Austrian Programme for Advanced Research and Technology) dient der Förderung von 'postdoktoraler Forschung auf allen Gebieten der Wissenschaft' zur Wettbewerbsfähigkeit von österreichischen Wissenschaften in Europa. Die Doktorandenstipendien werden für alle Bereiche der Forschung an hochqualifizierte DissertantInnen vergeben.

Aufwendungen
In diesem Voranschlagsansatz sind zusammengefasst:
Die innerösterreichischen Kosten bi- und multilateraler Projekte (Man and Biosphere, Geophysik der Erdkruste, Geologisches Korrelationsprogramm, Hydrologie Österreichs, Natural Distaster Reduction Programme, Intern. Geosphere Biosphere Programme), die Kosten nationaler Programme (Galerie der Forschung, Wissenschaft und Technologie für die Entwicklung, IIASA-Kommission) sowie Beitragsleistungen zu internationalen Organisationen (Inst. Laue-Langewin, ELETTRA), wo die ÖAW für die Republik non government-Organisationen beigetreten ist.
Weiters sind die Kosten aus der Mitgliedschaft zum IIASA Internationales Institut für angewandte Systemanalyse), zur IFAC (International Federation of Automatic Control), zur IFSR (international Federation for Systems Research), der österreichische Beitrag zur Internationalen Universität und zum CISM (Centre International de Sciences Mecaniques = Internationales Zentrum für mechanische Wissenschaft) zusammengefasst.
Weiters sind hier die Kosten des *u*Instituts für Molekulare und Zelluläre Bioinformatik (IMBA), das in enger Verbindung mit dem Foschungsinstitut für Molekulare Pathologie (IMP) und der Univ. Wien im Vienna Biocenter angesiedelt wird, budgetiert.

Paragraf 1418 Forschungsvorhaben in internationaler Kooperation

Gesetzliche Grundlagen
CERN: BGBl. Nr. 41/1960 zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 176/1971,
EKMB: BGBl. Nr. 273/1970,
EMBL: BGBl. Nr. 562/1975,
EZMW: BGBl. Nr. 29/1976,
WMO: BGBl. Nr. 64/1958.

Förderungen
Diese Mittel dienen überwiegend zur Finanzierung nicht von der EU übernommener Kosten, insbesondere im Rahmen von Forschungsprogrammen, sowie von langfristigen Forschungsprogrammen int. Art, welche die Projektlaufzeit des FWF deutlich übersteigen und daher vom FWF nicht finanziert werden können. Weiters werden hier überwiegend im internationalen Bereich tätige Einrichtungen finanziert.

Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen)
Dieser Voranschlagsansatz beinhaltet die Österreichischen Mitgliedsbeitragsleistungen zur Europäischen Kernforschungsorganisation (CERN), zur Europäischen Molekularbiologiekonferenz (EKMB), dem Europäischen Laboratorium für Molekularbiologie (EMBL), zum Europäischen Zentrum für mittelfristige Wettervorhersage (EZMW) und zur Weltorganisation für Meteorologie (WMO).

Aufwendungen
Die unter diesem Voranschlagsansatz veranschlagten Mittel dienen der int. wissenschaftlichen Kooperation vorwiegend zwischen Österreich und der EU, der Finanzierung der bilateralen Wissenschaftsbeziehungen mit ostmitteleuropäischen Forschungseinrichtungen, den Kosten aus den wissenschaftlich-technischen Abkommen, den Entsendungskosten österreichischer Experten in internationale Gremien. Bei diesem Voranschlagsansatz werden die START-Wittgenstein-Stipendien sowie die Stiftung Dokumentationsarchiv finanziert.
In diesem Ansatz werden schrittweise die sich aus der int. Einbindung ergebenden Kosten, nationaler und internationaler Art, veranschlagt.

Titel 142 Universitäten und wissenschaftliche Einrichtungen

Dem Bundesministerium für Bildung, Wissenschaft und Kultur obliegen die obersten Verwaltungsaufgaben im Bereich der Universitäten, der Bibliotheken und der Wissenschaftlichen Anstalten.

	Personal-ausgaben	Sach-ausgaben	Summe	Einnahmen
	Millionen Euro			
2000	909,6	646,0	1.555,6	35,4
2001	921,4	711,5	1.632,9	102,8
2002	921,4	732,4	1.653,8	174,0

Paragraf 1420 Universitäten
Gesetzliche Grundlagen
Ausbildung zum Zahnarzt, BGBl. Nr. 381/1925 zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 191/1999;
Bundesgesetz über die Organisation der Universitäten - UOG 1993, BGBl. Nr. 805/1993, zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 132/1999;
Universitäts-Studiengesetz (UniStG), BGBl. 1 Nr. 48/1997, zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 142/2000;
Linzer Hochschulfonds, BGBl. Nr. 189/1962;
Hochschul-Taxengesetz 1972, BGBl. Nr. 76/1972, zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 142/2000;
Bundesgesetz über die Abgeltung von Lehr- und Prüfungstätigkeiten an Hochschulen, BGBl. Nr. 463/1974, zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 142/2000;
Krankenanstaltengesetz, BGBl. Nr. 1/1957, zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 80/2000;
Studienförderungsgesetz, BGBl. Nr. 305/1992, zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 142/2000;
Bundesgesetz über sozial- und wirtschaftswissenschaftliche Studienrichtungen, BGBl. Nr. 57/ 1983, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 48/1997;
Bundesgesetz über die Gründung der Hochschule für Bildungswissenschaften in Klagenfurt, BGBl. Nr. 48/1970, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 803/1993;
Bundesgesetz über technische Studienrichtungen, BGBl. Nr. 373/1990, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 48/1997;
Bundesgesetz über montanistische Studienrichtungen, BGBl. Nr. 291/1969, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 48/1997;

Bundesgesetz über Studienrichtungen der Bodenkultur, BGBl. Nr. 292/1969, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 48/1997;
Bundesgesetz über katholisch-theologische Studienrichtungen, BGBl. Nr. 293/1969, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 48/1997;
Bundesgesetz über evangelisch-theologische Studienrichtungen, BGBl. Nr. 48/1997;
Bundesgesetz über geisteswissenschaftliche und naturwissenschaftliche Studienrichtungen, BGBl. Nr. 326/1971, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 48/1997;

Bundesgesetz über die Studienrichtung Medizin, BGBl. Nr. 123/1973, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 48/1997;
Bundesgesetz über die Studienrichtung Veterinärmedizin, BGBl. Nr. 346/1993, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 48/1997;
Bundesgesetz über das Studium der Rechtswissenschaften, BGBl. Nr. 140/1978, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 48/1997;
Bundesgesetz über die Errichtung des Universitätszentrums für Weiterbildung mit der Bezeichnung Donau-Universität Krems, BGBl. Nr. 269/1994, zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 128/1998;
Tierversuchsgesetz 1988, BGBl. Nr. 501/1989, zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 169/1999;
Strahlenschutzgesetz, BGBl. Nr. 227/1969, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 657/1996;
Studienberechtigungsgesetz, BGBl. Nr. 292/1985, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 620/1994.

Aufgaben
Die Universitäten sind berufen, der wissenschaftlichen Forschung und Lehre zu dienen und dadurch auch verantwortlich zur Lösung der Probleme der menschlichen Gesellschaft sowie zur gedeihlichen Weiterentwicklung beizutragen.
Die leitenden Grundsätze für die Tätigkeit der Universitäten sind: Die Freiheit der Wissenschaft und ihrer Lehre, die Verbindung von Forschung und Lehre, die Vielfalt wissenschaftlicher Lehrmeinungen und Methoden, die Entwicklung der Wissenschaften, die Heranbildung des wissenschaftlichen Nachwuchses, die wissenschaftliche Berufsvorbildung, die Koordinierung der wissenschaftlichen Forschung und Lehre.

Organisation
Universität Wien, Universität Linz, Universität Salzburg, Universität Innsbruck, Universität Graz, Wirtschaftsuniversität Wien, Universität für Bodenkultur, Veterinärmedizinische Universität Wien, Technische Universität Wien, Technische Universität Graz, Montanuniversität Leoben und Universität Klagenfurt.

	Personal-ausgaben	Sach-ausgaben	Summe	Einnahmen
	Millionen Euro			
2000	886,6	612,8	1.499,4	4,4
2001	901,3	683,5	1.584,7	80,1
2002	901,3	704,4	1.605,6	151,3

Unterschiede gegen Vorjahr
Die Erhöhung bei den Sachausgaben ist vor allem auf vermehrte Investitionen, Strukturmaßnahmen und Verbesserung im Lehr- und Studienbetrieb zurückzuführen. Die Erhöhung bei den Einnahmen ergibt sich aufgrund des erstmaligen Anfalls von Studienbeiträgen für Inländer und den erhöhten Beiträgen für Ausländer.

Anlagen
Hier sind die Investitionsausgaben für die Ersteinrichtungen der Universitätsneubauten veranschlagt. Außerdem muss die überaltete, apparative Laboreinrichtung an den Technischen Universitäten und Naturwissenschaftlichen sowie Medizinischen Fakultäten erneuert werden.

Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen)
Bei diesen gesetzlichen Verpflichtungen sind hauptsächlich die Ausgaben für die öffentlichen Abgaben, Remunerationen, Kollegiengeldabgeltungen, Prüfungsentgelte für Lehrbeauftragte, Gastprofessoren und Gastvortragende sowie die Ausbildungskosten zum Facharzt für Zahn-, Mund- und Kieferheilkunde vorgesehen.

Aufwendungen
In diesem Bereich sind die laufenden Aufwendungen für den administrativen Betrieb der Universitäten veranschlagt. Zusätzliche Aufwendungen entstehen auch durch die Inbetriebnahme neuer Universitätsgebäude. Wichtige Schwerpunkte sind außerdem die laufenden Aufwendungen im Bereich der Forschung und Lehre. Darüber hinaus sind hier Beiträge für wissenschaftliche und sportliche Veranstaltungen, für sportliche Wettkämpfe, Exkursionen, Fernstudienprojekte und für Vorbereitungslehrgänge veranschlagt.
Klinischer Mehraufwand
Bei den Aufwendungen sind im BVA 2002 auch die anteiligen Bundesbeiträge für den klinischen Aufwand sowie für Neu-, Zu- und Umbauten an den Universitätskliniken in Wien, Graz und Innsbruck in Höhe von 278,0 Millionen Euro mitveranschlagt.

Einnahmen
Bei den Einnahmen handelt es sich vor allem um Kostenersätze für die Benützung von Bundeseinrichtungen sowie um Erlöse aus Vermietung und Verpachtung.

Paragraf 1421 Universitäten (zweckgebundene Gebarung)
Gesetzliche Grundlagen
Hochschul-Taxengesetz 1972, BGBl. Nr. 76/1972, zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 142/2000;
Bundesgesetz über die Organisation der Universitäten - UOG 1993, BGBl. Nr. 805/1993, zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 132/1999.

	Personal-ausgaben	Sach-	Summe	Einnahmen
	Millionen Euro			
2000	6,8	22,5	29,4	30,7
2001	3,9	18,5	22,4	22,4
2002	3,9	18,5	22,4	22,4

Anlagen
Hier sind die Ausgaben für die Einrichtung und apparative Ausstattung von Universitätsinstituten und Labors veranschlagt. Außerdem ist für den notwendigen Austausch von Kraftfahrzeugen vorgesorgt.

Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen)
Hier sind die Ausgaben für öffentliche Abgaben, die Abgeltung von Lehrtätigkeit und die Anteile der Universitätslehrkräfte an Taxen veranschlagt.

Aufwendungen
Neben den Aufwendungen für den administrativen Betrieb und den Unterrichts- und Forschungsbetrieb werden in diesem Bereich auch die Aufwendungen für die widmungsgemäße Verwendung der Erlöse aus den Universitäts-Taxen veranschlagt.

Einnahmen
Bei diesen Einnahmen, die zur Bedeckung der zweckgebundenen Ausgaben herangezogen werden, fallen vor allem Einnahmen auf Grund des Hochschultaxengesetzes und aus der Verordnung über die Nebentätigkeit der Hochschullehrer an.

Paragraf 1422 Bibliotheken (zweckgebundene Gebarung)
Paragraf 1423 Bibliotheken
Gesetzliche Grundlagen
Hochschul-Taxengesetz 1972, BGBl. Nr. 76/1972, zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 142/2000.

Aufgaben
Den Bibliotheken des Österreichischen Archäologischen Institutes und des Institutes für österreichische Geschichtsforschung obliegt die Beschaffung, Aufschließung und Bereitstellung der auf die für sie jeweils relevanten Fakultäten und Institute bezogene Literatur und sonstige Informationsträger. Dem Arbeitskreis für Bibliotheksautomation obliegt die Planung, der Ausbau und der Betrieb des österreichischen Bibliothekenverbundes.

Organisation
Derzeit bestehen die Bibliotheken des Österreichischen Archäologischen Institutes und des Institutes für österreichische Geschichtsforschung und der Arbeitgruppe für Bibliotheksautomation.

	Personal-ausgaben	Sach-ausgaben	Summe	Einnahmen
	Millionen Euro			
2000	0,0	0,0	0,0	0,1
2001	0,0	0,0	0,0	0,0
2002	0,0	0,0	0,0	0,0

	Personal-ausgaben	Sach-ausgaben	Summe	Einnahmen
	Millionen Euro			
2000	0,0	2,0	2,1	0,0
2001	0,1	1,4	1,5	0,0
2002	0,1	1,4	1,5	0,0

Anlagen
Die Ausgaben sind für die Amtseinrichtung, Einrichtungserfordernisse sowie für die ADV-Ausstattung des Arbeitskreises für Bibliotheksautomation zur Erweiterung des Bibliothekenverbundes vorgesehen.

Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen)
Hier sind vor allem die Ausgaben für öffentliche Abgaben veranschlagt.

Aufwendungen
Neben den Ausgaben für universitätsübergreifende Bibliotheksangelegenheiten wie Konsortien, Datenbanken uä. sind hauptsächlich Aufwendungen im Zusammenhang mit dem Betrieb des österreichischen Bibliothekenverbundes, Mittel für Zwecke der Auftragsforschung und der Informationsvermittlung, für die Aus- und Fortbildung der Bibliothekarinnen und EU-Aktivitäten im Bibliothekswesen sowie die Literaturkredite des österreichischen Archäologischen Instituts und des Instituts für österreichische Geschichtsforschung veranschlagt.

Zweckgebundene Gebarung
Auf Grund des Hochschul-Taxengesetzes und des Forschungsorganisationsgesetzes sind im Jahre 2002 Einnahmen in Höhe von 0,027 Millionen Euro zu erwarten, die zweckgebunden für die Anschaffung und den Betrieb verschiedener Einrichtungen verwendet werden.

Paragraf 1424 Wissenschaftliche Anstalten
Paragraf 1425 Wissenschaftliche Anstalten (zweckgebundene Gebarung)

Gesetzliche Grundlagen
Forschungsorganisationsgesetz, BGBl. Nr. 341/1981, zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 142/2000;
Lagerstättengesetz, BGBl. Nr. 246/1947.

Organisation
Geologische Bundesanstalt, Zentralanstalt für Meteorologie und Geodynamik, Österreichisches Archäologisches Institut, Institut für Österreichische Geschichtsforschung.

Aufgaben

Geologische Bundesanstalt
Untersuchungen und Forschung in den Bereichen der Geowissenschaften und der Geotechnik sowie auf dem Gebiet der mineralischen Roh- und Grundstoffe, im Besonderen die Durchforschung des Bundesgebietes nach nutzbaren Lagerstätten und Durchführung von geologischen Landesaufnahmen, Sammlung, Bearbeitung und Evidenzhaltung der Ergebnisse dieser Untersuchungen und Forschung sowie Information und Dokumentation über diese Bereiche. Ferner werden Arbeiten für Gebietskörperschaften und Arbeiten, die im öffentlichen Interesse gelegen sind, durchgeführt.

Zentralanstalt für Meteorologie und Geodynamik
Kurz- und mittelfristige Wettervorhersage und die Verbreitung der Ergebnisse, Führung, Ausstattung und Kontrolle eines Messnetzes einschließlich von Beobachtungen der freien Atmosphäre mit Radiosonden und Radar sowie die Aufnahme von Sendungen von meteorologischen Satelliten, Führung eines seismischen und erdmagnetischen Dienstes, Forschung auf meteorologischem einschließlich klimatologischem und geophysikalischem Gebiet sowie im Bereich des Umweltschutzes und anderer Randgebiete der Meteorologie und Geophysik, Sammlung von Beobachtungsdaten, Beobachtung und Evidenzhaltung der Untersuchungen sowie Information und Dokumentation.

Österreichisches Archäologisches Institut
Forschung, Dokumentation und Information auf dem Gebiet der Archäologie, Grabungen im In- und Ausland, Konservierung von historischem Kulturgut.

Institut für Österreichische Geschichtsforschung
Erforschung der österreichischen Geschichte und die vertiefte Ausbildung für die Forschungsaufgaben der österreichischen Geschichtswissenschaften unter Einschluss der historischen Hilfswissenschaften.

	Personal-ausgaben	Sach-	Summe	Einnahmen
	Millionen Euro			
2000	16,1	8,6	24,7	0,1
2001	16,1	8,1	24,2	0,2
2002	16,1	8,1	24,2	0,2

	Personal-ausgaben	Sach-	Summe	Einnahmen
	Millionen Euro			
2000	0,0	0,0	0,0	0,2
2001	0,0	0,0	0,0	0,0
2002	0,0	0,0	0,0	0,0

Anlagen
Vorsorgen für Neueinrichtung und für die laufende Nachschaffung von Betriebseinrichtungen; Ausbau der archäologischen Datenbank.

Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen)
Hier sind die Ausgaben für öffentliche Abgaben und Aufwendungen für Eignungsausbildungsteilnehmer sowie Leistungen nach § 58 13-KUVG und § 130 ASVG veranschlagt.

Aufwendungen
Hier sind die Mittel für die Sanierung der Grabungssiedlungen, für Betriebsmaterialien (u.a. Radiosonden für den Wetterdienst der Zentralanstalt für Meteorologie und Geodynamik), die Gebühren für Aufnahmegeologen, der Regieaufwand und die Ausgaben für Forschungstagungen veranschlagt. Des weiteren sind Mittel für den Vollzug des Lagerstättengesetzes vorgesehen.

Zweckgebundene Gebarung
Unter Paragraf 1425 werden die zweckgebundenen Einnahmen und Ausgaben im Rahmen der wissenschaftlichen Anstalten verrechnet. Im BVA 2002 sind dafür 0,028 Millionen Euro veranschlagt.

Titel 143 Universitäten der Künste

Aufgaben
Dem Bundesministerium für Bildung, Wissenschaft und Kultur obliegen die obersten Verwaltungsaufgaben im Bereich der Universitäten der Künste.

	Personal-ausgaben	Sach-ausgaben	Summe	Einnahmen
	Millionen Euro			
2000	96,3	42,3	138,6	5,0
2001	96,3	42,6	138,8	6,8
2002	96,3	43,7	140,0	8,6

Gesetzliche Grundlagen
Bundesgesetz über die Organisation der Universitäten der Künste (KUOG), BGB. I Nr. 130/1998, zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 132/1999;
Akademie-Organisationsgesetz, BGBl. Nr. 25/1988, zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 132/1999 für die Akademie der bildenden Künste;
Kunsthochschul-Organisationsgesetz, BGBl. Nr. 54/1970, zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 132/1999, für die Hochschule für angewandte Kunst in Wien, die Hochschulen für Musik und darstellende Kunst in Wien, Salzburg und Graz sowie die Hochschule für künstlerische und industrielle Gestaltung in Linz;
Bundesgesetz vom 9. Mai 1973 über die Errichtung der Hochschule für künstlerische und industrielle Gestaltung in Linz, BGBl. Nr. 251/1973;
Bundesgesetz über die Studien an den Universitäten (UniStG), BGBl. I Nr. 48/1997, zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 142/2000;
Bundesgesetz über die Abgeltung von Lehr- und Prüfungstätigkeiten an Hochschulen, BGBl. Nr. 463/1974, zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 142/2000.
Hochschul-Taxengesetz 1972,, BGBl. Nr. 76/1972, zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 142/2000

Aufgaben
Die Universitäten der Künste haben die Ausbildung ihrer Studierenden in Anlehnung an ihre Tradition, unter Wahrung der hohen internationalen Reputation und unter Berücksichtigung neuester didaktischer Erkenntnisse sicherzustellen und eine vollständige Integration von Kunst und Wissenschaft herbeizuführen.
Die vorrangige Aufgabe der Universitäten der Künste besteht in der Vermittlung einer hochqualifizierten künstlerischen, künstlerisch-pädagogischen und künstlerisch-wissenschaftlichen Berufsvorbildung. Die Universitäten der Künste haben die Studierenden zur Fähigkeit heranzuführen, durch selbständiges künstlerisches Schaffen und Reflexion über Kunst zur Entwicklung und Erschließung der Künste beizutragen.

Weitere Aufgaben der Universitäten der Künste sind die Entwicklung und Erschließung der Künste sowie die Forschung, die Lehre der Kunst und die wissenschaftliche Lehre, die Ausbildung der künstlerischen und wissenschaftlichen Fähigkeiten bis zur höchsten Stufe, die Heranbildung und Förderung des hochqualifizierten Nachwuchses, die Unterstützung der Nutzung und Umsetzung ihrer Forschungsergebnisse in der Praxis und die Unterstützung der gesellschaftlichen Einbindung von Ergebnissen der Entwicklung und Erschließung der Künste, die Weiterbildung insbesondere der Absolventinnen und Absolventen der Universitäten der Künste, die Unterstützung der internationalen Zusammenarbeit im Bereich der Kunst, Forschung und Lehre, die Pflege der Kontakte zu den Absolventinnen und Absolventen sowie die Information der Öffentlichkeit über die Erfüllung ihrer Aufgaben.

Organisation

Zum Bereich der Universitäten der Künste sind die
Akademie der bildenden Künste Wien,
die Universität für angewandte Kunst Wien,
die Universität für Musik und darstellende Kunst Wien,
die Universität Mozarteum Salzburg,
die Universität für Musik und darstellende Kunst Graz und
die Universität für künstlerische und industrielle Gestaltung Linz zu zählen.

	Personal-ausgaben	Sach-	Summe	Einnahmen
	Millionen Euro			
2000	96,3	42,3	138,6	5,0
2001	96,3	42,6	138,8	6,8
2002	96,3	43,7	140,0	8,6

Unterschied gegen Vorjahre

Die Erhöhung bei den Einnahmen ergibt sich aufgrund der erstmaligen Einhebung von Studienbeiträgen für Inländer und der erhöhten Beiträge für Ausländer.

Anlagen

Hier finden die Ersteinrichtungs- und Erstausstattungsinvestitionen, die Anlagenkäufe für Amts-, Betriebs- und Geschäftsausstattungen, die Investitionen für Maschinen und Geräte, die instrumentalen Erneuerungs- und Ergänzungsinvestitionen, die EDV-Anlagen und die bibliotheksbezogenen Investitionen der Universitäten der Künste ihren Niederschlag.

Förderungen

An Förderungsmaßnahmen sind u. a. vorgesehen:
Die Gewährung von Subventionen an das Mediacult Internationales Institut für audiovisuelle Kommunikation und kulturelle Entwicklung; früher: IMDI), Druckkostenzuschüsse für Publikationen, die den Bereich der Universitäten der Künste betreffen, sowie Zuschüsse für Studientätigkeit und für Wettbewerbe und künstlerisch-wissenschaftliche Veranstaltungen und Förderungen an künstlerisch-wissenschaftliche Einrichtungen, Institutionen und Vereinigungen, die in einem engen Konnex zur Ausbildungs- und Forschungsarbeit der Universitäten der Künste stehen.

Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen)

Hier sind die öffentlichen Abgaben, die Remuneration der Lehrtätigkeit (Lehrbeauftragte), die Vergütungen an Gastprofessoren, die Prüfungsentschädigungen, die Lehrveranstaltungs-Abgeltungen, die Abgeltungen an die Mitarbeiter im Lehrbetrieb und die Dienstgeberbeiträge veranschlagt.

Aufwendungen

Hier sind der Betriebs- und Verwaltungsaufwand, die für die infrastrukturellen Einrichtungen erforderlichen Aufwendungen, die Lehr- und Forschungserfordernisse, die Aufwendungen für die Entwicklung und Erschließung der Künste, für Ausstellungen, für universitäre Publikationen, für bibliothekarische Erfordernisse, für Exkursionen, Austauschaktionen, In- und Auslandsdienstreisen, Sozialleistungen, Repräsentationen und Veranstaltungen der Universitäten der Künste veranschlagt.

Des weiteren finden hier die Aufwendungen für Auslandsaktivitäten ihren Niederschlag.
Außerdem ist für außerordentliche Studienbeihilfen und -unterstützungen sowie für Auslandsstipendien und Stipendien für Graduierte österreichischer Universitäten der Künste vorgesorgt.

Einnahmen
Bei den erfolgswirksamen Einnahmen finden unter anderem die Veräußerung von Handelswaren, Gebühren und Personalkostenersätze sowie die Anteile des Landes Oberösterreich und der Stadt Linz am Gebarungsabgang der Linzer Kunstuniversität ihren Niederschlag.

Paragraf 1431 Universitäten der Künste (zweckgebundene Gebarung)

Gesetzliche Grundlagen
Hochschul-Taxengesetz 1972, BGBl. Nr. 76/1972, zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 142/2000;
Bundesgesetz über die Organisation der Universitäten der Künste (KUOG), BGBl. I Nr. 130/1998, zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 132/1999;
Kunsthochschul-Organisationsgesetz, BGBl. Nr. 54/1970, zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 132/1999, für die Hochschule für angewandte Kunst in Wien, die Hochschulen für Musik und darstellende Kunst in Wien, Salzburg und Graz sowie die Hochschule für künstlerische und industrielle Gestaltung in Linz;
Akademie-Organisationsgesetz, BGBl. Nr. 25/1988, zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 132/1999, für die Akademie der bildenden Künste.

	Personal-ausgaben	Sach-ausgaben	Summe	Einnahmen
	Millionen Euro			
2000	0,1	1,9	2,1	1,9
2001	0,1	1,5	1,6	1,6
2002	0,1	1,5	1,6	1,6

Anlagen
Hier wird für die ergänzende Amts-, Betriebs- und instrumentale und maschinelle Ausstattung der Universitäten der Künste vorgesorgt.

Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen)
Hier finden die Aufwendungen für öffentliche Abgaben, die Remuneration der Lehrtätigkeit und dazu die adäquaten Dienstgeberbeiträge und die Anteile der Universitätslehrkräfte an Taxen ihren Niederschlag.

Aufwendungen
Die Taxen, Unterrichtsgelder und Prüfungsgebühren, sonstigen Gebühren und Kostenersätze und die Einnahmen aus Veranstaltungen sind anteilsmäßig für Unterrichtserfordernisse, Druckwerke, für den Lehr-, Forschungs-, Kunst- und Veranstaltungsbetrieb, zur Intensivierung der internationalen Zusammenarbeit und für Exkursionen zu verwenden.
Ferner sind hier die Aufwendungen der 'Internationalen Sommerakademie' der Universität Mozarteum Salzburg zu bestreiten. Ebenso wird hier für Mietaufwendungen, Studienbeihilfen, Dienstreisen, Reisekostenzuschüsse und Austauschaktionen mit dem Ausland vorgesorgt.

Einnahmen
Bei diesen Einnahmen, die zur Bedeckung der zweckgebundenen Ausgaben herangezogen werden, fallen vor allem Einnahmen aus dem Verkauf von Drucksorten, den Unterrichtsgeldern und Prüfungsgebühren, den Beiträgen für Exkursionen, den Teilnehmergebühren an der Internationalen Sommerakademie der Universität Mozarteum Salzburg, den Kostenersätzen und den Einnahmen aus Veranstaltungen an.

Titel 146 Fachhochschulen

Gesetzliche Grundlage
Bundesgesetz über Fachhochschul-Studiengänge (FHStG), BGBl. Nr. 340/1993, zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 72/1998.

Aufgaben
Aufbau eines nicht universitären Hochschulsektors, der durch eine Synthese von wissenschaftlich fundierter und berufsfeldbezogener Ausbildung charakterisiert ist.

	Personal-ausgaben	Sach-	Summe	Einnahmen
	Millionen Euro			
2000	0,0	65,2	65,2	0,0
2001	0,0	80,6	80,6	0,0
2002	0,0	94,9	94,9	0,0

Unterschiede gegen Vorjahr
Die Steigerung ist auf die wachsende Zahl von Studierenden (Die Studiendauer beträgt meistens vier Jahre, wobei jährlich ein neuer Lehrgang beginnt) und ein Hinzukommen von neuen Studiengängen laut dem Entwicklungsplan im Fachhochschulbereich zurückzuführen.

Anlagen
Hier wurde hauptsächlich für die Anschaffung der erforderlichen Betriebs- und Geschäftsausstattung Vorsorge getroffen.

Förderungen
Hier wurden Zahlungen an juristische Personen veranschlagt.

Aufwendungen (Gesetzliche Verpflichtungen)
Dieser Voranschlagsansatz dient zur Abdeckung öffentlicher Abgaben und Interessentenbeiträge.

Aufwendungen
Im Wesentlichen werden hier die Ausgaben für die Deckung der Kosten für die Geschäftsstelle des Fachhochschulrates sowie für den laufenden Betrieb (Energiebezüge, Sachverständigengutachten zu den Fachhochschulstudienplänen, Mitgliedsbeiträge an in- und ausländischen Institutionen) veranschlagt.

Kapitel 15 Soziale Sicherheit und Generationen

Die Einnahmen und Ausgaben dieses Kapitels ergeben sich aus dem Wirkungsbereich des Bundesministeriums für Soziale Sicherheit und Generationen gemäß Bundesministeriengesetz 1986, BGBl. Nr. 76, zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 141/2000, insbesondere aus Abschnitt J des Teiles 2 der Anlage zu § 2 ausgenommen die bei den Kapiteln 16 (Sozialversicherung), 17 (Gesundheit) und 19 (Jugend, Familie und Senioren) zu verrechnenden Ausgaben und Einnahmen.

Gesamtgebarung

	Personal-ausgaben	Sach-	Summe	Einnahmen
	Millionen Euro			
2000	79,8	2.742,9	2.822,7	810,4
2001	60,3	1.798,9	1.859,2	8,2
2002	60,3	1.828,0	1.888,3	7,9

Durch die Neuordnung der Ministerialkompetenzen auf Grund der Bundesministeriengesetz-Novelle 2000 sind die Voranschlagsziffern für das Finanzjahr 2002 nur bedingt mit den Erfolgsziffern des Jahres 2000 vergleichbar.

Die Leistungen des Familienlastenausgleiches sowie der Jugend- und Familienpolitik sind wie bisher bei Kapitel 19 veranschlagt.

Im Einzelnen ist zu den Bereichen zu bemerken:

Titel 150 BM für soziale Sicherheit und Generationen

Aufgaben
Dem Bundesministerium für soziale Sicherheit und Generationen obliegen die obersten Verwaltungsgeschäfte des Bundes in Angelegenheiten der Sozialversicherung (ausgenommen Arbeitslosenversicherung), der allgemeinen und besonderen Fürsorge, der Pflegevorsorge sowie Behinderten-, Versorgungs- und Sozialhilfeangelegenheiten, in Angelegenheiten der Frauenpolitik, des Familienlastenausgleiches und Familienförderung, Angelegenheiten der Jugendwohlfahrt und -erziehung, der Seniorenpolitik, des Gesundheitswesens, des Strahlenschutzes, weiters in Angelegenheiten des Sanitäts- und Veterinärwesens, der Nahrungsmittelkontrolle und Gentechnologie.

	Personal-ausgaben	Sach-	Summe	Einnahmen
	Millionen Euro			
2000	34,8	30,3	65,2	2,9
2001	34,0	33,9	67,9	3,0
2002	34,0	33,6	67,6	2,8

Anlagen
Vorsorge für die Anschaffung von Amtsausstattung und ADV-Geräten.

Förderungen
Diese Ausgaben betreffen, abgesehen von Reisekostenvergütungen an Stipendiaten der Vereinten Nationen und deren Spezialorganisationen, im Wesentlichen die Förderung des Betriebsaufwandes des Österreichischen Bundesinstitutes für Gesundheitswesen einschließlich der Vergiftungszentrale sowie von sozial innovativen Projekten und Frauenberatungs- und -betreuungsstellen sowie sozialpolitische Projekte im Zusammenhang mit der EU, des Internationalen Rates für soziale Wohlfahrt, des UN-Weltaktionsprogramms für Behinderte, einer Arbeitsgruppe der UN-Kommission für soziale Entwicklung, des 'Österreichischen Komitees für Sozialarbeit' sowie des Dokumentationsarchives des österreichischen Widerstandes.

Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen)
Die Gesetzlichen Verpflichtungen erwachsen in erster Linie aus der Mitgliedschaft Österreichs bei der Weltgesundheitsorganisation. Weiters ist der Aufwand für Familienbeihilfen vorgesehen.

Aufwendungen
Dieser Voranschlagsansatz berücksichtigt den allgemeinen Verwaltungsaufwand sowie den ADV-Aufwand der Zentralleitung.
Überdies sind Mittel für sozialpolitische Forschung und Grundlagenarbeit als Entscheidungshilfe im Hinblick auf die Themenschwerpunkte EU-Integration, Pflegewesen und Harmonisierung der Pensionsversicherungssysteme, sozialpolitische Fragen des Gesundheitswesens, Finanzierung der sozialen Sicherungssysteme sowie Frauenfragen des Ressorts bereitgestellt.

Paragraf 1501 Zahlungen im Zusammenhang mit der EU

Voranschlagsansatz 1/15016 Förderungen
Vorsorge für die Weitergabe der Rückflüsse aus der EU. Die Mittelzuweisung erfolgt entsprechend dem Einlangen des Geldes von der EU.

Voranschlagsansatz 1/15018 Aufwendungen
Vorsorge für die Weitergabe der Rückflüsse aus der EU. Die Mittelzuweisung erfolgt entsprechend dem Einlangen des Geldes von der EU.
Weiters Schaffung einer Möglichkeit zur Rückzahlung allfälliger nicht den EU-Vorschriften entsprechend verwendeter EU-Fördermittel.

Einnahmen
Im Wesentlichen Kostenersätze des Kurhauses Ferdinand Hanusch, des Ausgleichstaxfonds sowie Bezugsvorschussersätze und Beiträge zu den Kosten der Bundesaufsicht, Benützungsentgelt für Garagenabstellplätze und Kostenersätze der EU für Dienstreisen.

Bundesaufsicht
Träger der Sozialversicherung
Die Bundesaufsicht über die Träger der Sozialversicherung wird vom Bundesministerium für soziale Sicherheit und Generationen auf Grund der Bestimmungen des
- Allgemeinen Sozialversicherungsgesetzes - ASVG,
- des Gewerblichen Sozialversicherungsgesetzes - GSVG,
- des Bauern-Sozialversicherungsgesetzes - BSVG,
- des Beamten-Kranken- und Unfallversicherungsgesetzes - B-KUVG,
- des Bundespflegegeldgesetzes - BPGG und
- des Notarversicherungsgesetzes 1972 - NVG 1972 ausgeübt.

Mit der Durchführung der Bundesaufsicht werden vom Bundesminister für soziale Sicherheit und Generationen bzw. von den Landeshauptmännern bestimmte Bedienstete der Aufsichtsbehörde betraut.
Zur Deckung der durch die Aufsicht erwachsenden Kosten haben die Versicherungsträger durch Entrichtung einer Aufsichtsgebühr beizutragen.

Voranschlagsansatz 1/15038 Zahlungen an die BIG
Mietzinszahlungen und sonstige im Zusammenhang mit der Verwaltung von Liegenschaften stehende Zahlungen an die Bundesimmobiliengesellschaft m. b. H. aufgrund des Bundesimmobiliengesetzes 2000.

Titel 151 Bundesministerium; Opferfürsorge

Gesetzliche Grundlagen
- Opferfürsorgegesetz (OFG), BGBl. Nr. 183/1947, zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 16/1999;
- Ehrengaben- und Hilfsfondsgesetz, BGBl. Nr. 197/1988, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 757/ 1996;
- Verordnung über die Rentenanpassung in der Opferfürsorge für das Kalenderjahr 2001, BGBl. II Nr. 50/2001.

Aufgaben
Angelegenheiten der Fürsorge für die Opfer des Kampfes für ein freies, demokratisches Österreich und für die Opfer politischer Verfolgung.

	Personal-ausgaben	Sach-	Summe	Einnahmen
	Millionen Euro			
2000	0,0	15,3	15,3	0,0
2001	0,0	16,8	16,8	0,0
2002	0,0	18,8	18,8	0,0

Voranschlagsansatz 1/15117 Heilfürsorge
An Inhaber einer Amtsbescheinigung oder Empfänger einer Rentenfürsorgeleistung, die keinen Leistungsanspruch aus der gesetzlichen Krankenversicherung haben, werden von den Gebietskrankenkassen die den Pflichtversicherten gebührenden Leistungen erbracht und vom Bund ersetzt.

Voranschlagsansatz 1/15127 Versorgungsgebühren
Gegenstand der Rentenfürsorge sind Opfer-, Hinterbliebenen- und Unterhaltsrenten sowie die Beihilfen.
Neben den Rentengebühren sind hier noch die Aufwendungen für Rentenabfertigungen und Sterbegeld sowie für Pflegegeld nach dem Bundespflegegeldgesetz an Rentenbezieher nach dem Opferfürsorgegesetz veranschlagt.
Die Opfer- und Hinterbliebenenrenten unterliegen wie die Einkommensgrenzen der einkommensabhängigen Unterhaltsrenten und Beihilfen der jährlichen Anpassung im selben Ausmaß wie die Pensionen nach dem ASVG.

Am 1. Juli 2000 standen 2.415 Personen im Bezuge einer Opfer- oder Hinterbliebenenrente gegenüber 2.536 Personen am 1. Juli 1999.

Voranschlagsansatz 1/15137 Entschädigungen
Aufwand für einmalige, noch nicht liquidierte Entschädigungen für erlittene Haft, Freiheitsbeschränkungen und Berufsschäden.

Voranschlagsansatz 1/15147 Orthopädische Versorgung
Versorgung der Beschädigten nach dem OFG mit orthopädischen Hilfsmitteln.

Voranschlagsansatz 1/15158 Aufwendungen
Als wesentlicher Aufwand sind die Kosten für Leistungen im Härteausgleich gemäß § 15a OFG und ärztliche Begutachtungen hervorzuheben.

Paragraf 1516 Ehrengaben- und Hilfsfondsgesetz

Voranschlagsansatz 1/15166 Förderungen
Veranschlagt ist die Förderung von Projekten der Pflegebetreuung für Opfer der politischen Verfolgung, die im Ausland leben.

Titel 152 Bundesministerium; Hilfeleistungen an Opfer von Verbrechen

Gesetzliche Grundlage
Bundesgesetz über die Gewährung von Hilfeleistungen an Opfer von Verbrechen, BGBl. Nr. 288/ 1972, zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 11/1999.

Aufgaben
Entscheidung über Ansuchen um Gewährung von Hilfeleistungen nach dem VOG durch das örtlich zuständige Bundessozialamt.

	Personal-ausgaben	Sach-	Summe	Einnahmen
	Millionen Euro			
2000	0,0	1,4	1,4	0,1
2001	0,0	1,7	1,7	0,1
2002	0,0	1,8	1,8	0,1

Voranschlagsansatz 1/15207 Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen)
Aufwand für Ersatzleistungen (Verdienst- oder Unterhaltsentgang) an Opfer von Verbrechen, für die Rückersatzansprüche nicht mehr bestehen.
Am 1. Juli 2000 bezogen 130 Personen (65 Opfer und 65 Hinterbliebene) eine laufende Geldleistung gemäß § 2 gegenüber 136 Personen am 1. Juli 1999.

Voranschlagsansatz 1/15217 Heilfürsorge
Für auf Grund eines Verbrechens erlittene Körperverletzungen und Gesundheitsschädigungen erhalten Opfer und deren Hinterbliebene ärztliche Hilfe, Heilmittel, Heilbehelfe, Anstaltspflege und Zahnbehandlung.
Im Rahmen der Heilfürsorge sind weiters Maßnahmen vorgesehen, die der Festigung der Gesundheit dienen. Weiters werden ab 1. Jänner 1999 die Selbstkosten für die kausalen psychotherapeutischen Behandlungen von Verbrechensopfern und deren Hinterbliebene geleistet.

Voranschlagsansatz 1/15227 Orthopädische Versorgung
Versorgung der Opfer von Verbrechen und deren Hinterbliebene mit orthopädischen Hilfsmitteln.

Voranschlagsansatz 1/15237 Rehabilitation
Aufwand für Rehabilitationsmaßnahmen, wenn durch den zuständigen Sozialversicherungsträger keine Vorsorge getroffen wurde oder wenn der Beschädigte eine zumutbare Beschäftigung, die den krankenversicherungsrechtlichen Schutz gewährleistet, nicht mehr ausüben kann.

Voranschlagsansatz 1/15248 Aufwendungen
Neben den Kosten für ärztliche Begutachtungen sind als wesentlich noch Gerichtskosten für im Gerichtswege durchgesetzte Ansprüche und Kosten für Leistungen im Härteausgleich hervorzuheben.

Voranschlagsansatz 1/15255 Darlehen
Darlehen zur Ermöglichung der Fortsetzung der Erwerbstätigkeit.

Voranschlagsansatz 1/15269 Aufwendungen (B)
Aufwand für Ersatzleistungen (Verdienst- oder Unterhaltsentgang), Heilfürsorgeleistungen, Leistungen für orthopädische Versorgung und Rehabilitation an Opfer von Verbrechen, denen Forderungen gegenüberstehen.

Einnahmen
Hervorzuheben sind Einnahmen aus Schadenersatzansprüchen für nach diesem Bundesgesetz erbrachte Leistungen.

Titel 153 Bundesministerium; Sonstige Leistungen

Gesetzliche Grundlagen
Impfschadengesetz, BGBl. Nr. 371/1973, zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 16/1999;
Kleinrentnergesetz, BGBl. Nr. 251/1929, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 239/1930 und GBlfÖ. Nr. 181/1939;
Bundesgesetz betreffend die Abänderung und Ergänzung des Kleinrentnergesetzes, BGBl. Nr. 90/1955, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 433/1995;

Verordnung über die Durchführung der Krankenversicherung für die gemäß § 9 ASVG in die Krankenversicherung einbezogenen Personen, BGBl. Nr. 278/1974, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 669/ 1991;
Verordnung über die Höhe der Kleinrenten für das Kalenderjahr 2001, BGBl. II Nr. 50/2001;
Bundespflegegeldgesetz, BGBl. Nr. 110/1993, zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 111/1998;
Verordnung über die Anpassung der Entschädigungsleistungen im Bereich des Impfschadengesetzes für das Kalenderjahr 2001, BGBl. II Nr. 50/2001.

Aufgaben
Entschädigung von Impfschäden, Kleinrentnerentschädigung und Kostenersatz an die Träger der gesetzlichen Pensions- und Unfallversicherung für die Aufwendungen in Durchführung des Bundespflegegeldgesetzes.

	Personal-ausgaben	Sach-	Summe	Einnahmen
		Millionen Euro		
2000	0,0	1.266,3	1.266,3	0,0
2001	0,0	1.274,0	1.274,0	0,0
2002	0,0	1.310,4	1.310,4	0,0

Voranschlagsansatz 1/15317 Entschädigungen nach dem Impfschadengesetz
Bei diesem Ansatz ist für die nach dem Impfschadengesetz vorgesehenen Entschädigungen (Behandlungs- und Rehabilitationskosten sowie Geldleistungen) vorgesorgt.
Die Geldleistungen unterliegen der jährlichen Anpassung im selben Ausmaß wie die Pensionen nach dem ASVG.

Voranschlagsansatz 1/15327 Kleinrentnerentschädigung
Im Rahmen der Kleinrentnerfürsorge sind neben den Rentenleistungen der Aufwand für Krankenversicherungsbeiträge und außerordentliche Hilfeleistungen veranschlagt.

Paragraf 1534 Pflegevorsorge (Kostenersatz)

Voranschlagsansatz 1/15347 Leistungen nach dem Bundespflegegeldgesetz
Bei diesem Ansatz ist der vom Bund an die Träger der gesetzlichen Pensions- und Unfallversicherung zu leistende Kostenersatz gemäß § 23 BPGG veranschlagt.
Zum 1. Juli 2000 bezogen in der Pensions- und Unfallversicherung 245.406 Personen Pflegegeld nach dem Bundespflegegeldgesetz.

Titel 154 Bundesministerium; Allgemeine Fürsorge

Gesetzliche Grundlagen
Bundesbehindertengesetz, Abschnitt IV und V, BGBl. Nr. 283/1990, zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 177/1999.

Aufgaben
Förderung sozialer Wohlfahrtseinrichtungen und Verwaltung des Nationalfonds zur besonderen Hilfe für Behinderte.

	Personal-ausgaben	Sach-	Summe	Einnahmen
		Millionen Euro		
2000	0,0	5,7	5,7	0,0
2001	0,0	78,4	78,4	0,0
2002	0,0	78,4	78,4	0,0

Unterschiede gegen Vorjahre
Die Erhöhung der Sachausgaben gegenüber dem Erfolg 2000 ist auf besondere Förderungsmaßnahmen für Behinderte zurückzuführen.

Voranschlagsansatz 1/15436 Förderungen
Förderung bundesweiter Projekte von Organisationen bzw. Vereinen der freien Wohlfahrtspflege in den Bereichen der Pflegevorsorge sowie der Behinderten- und Altenhilfe.

Voranschlagsansatz 1/15446 Nationalfonds für Behinderte
Dem Nationalfonds zur besonderen Hilfe für Behinderte ist der Aufwand, der dem Fonds aus der Abgeltung der Mehrbelastung bei Lieferung von Kraftfahrzeugen für Behinderte durch die Normverbrauchsabgabe und die anteilige Umsatzsteuer erwächst, zu ersetzen.
Weiters werden dem Nationalfonds für Behinderte für Maßnahmen der medizinischen, beruflichen oder sozialen Rehabilitation, sofern andere Förderungsmöglichkeiten nicht bestehen und dadurch soziale Härten beseitigt werden, Mittel zur Verfügung gestellt.

Voranschlagsansatz 1/15456 Maßnahmen für Behinderte
Förderung von Maßnahmen für behinderte Personen, insbesondere Förderung ihrer beruflichen Integration durch Qualifizierungs- und Beschäftigungsmaßnahmen auf Projektebene.

Titel 157 Einrichtungen der Kriegsopfer- und Heeresversorgung

Gesetzliche Grundlagen
Kriegsopferversorgungsgesetz (KOVG) 1957, BGBl. Nr. 152, zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 16/1999;
Kriegsgefangenenentschädigungsgesetz, BGBl. I Nr. 142/2000;
Vertrag zwischen der Republik Österreich und der Bundesrepublik Deutschland über Kriegsopferversorgung und Beschäftigung Schwerbeschädigter, BGBl. Nr. 218/1964;
Zusatzvertrag zur Durchführung und Ergänzung des Vertrages zwischen der Republik Österreich und der Bundesrepublik Deutschland über Kriegsopferversorgung und Beschäftigung Schwerbeschädigter, BGBl. Nr. 201/1970;
Heeresversorgungsgesetz (HVG), BGBl. Nr. 27/1964, zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 16/1999;
Arbeitsmarktservice-Begleitgesetz, BGBl. Nr. 314/1994, Artikel 33 in der geltenden Fassung.
Verordnung über die Rentenanpassung in der Kriegsopferversorgung für das Kalenderjahr 2001, BGBl. II Nr. 50/2001;
Verordnung über die Feststellung der Aufwertungsfaktoren der Mindest- und Höchstbemessungsgrundlage und die Rentenanpassung in der Heeresversorgung für das Kalenderjahr 2001, BGBl. II Nr. 50/2001.

Aufgaben
Dem Bundesministerium für soziale Sicherheit und Generationen obliegt in unmittelbarer Bundesverwaltung die Vollziehung der Kriegsopfer- und Heeresversorgung. Im Rahmen der Versorgung werden an Beschädigte und Hinterbliebene Renten- und Rehabilitationsleistungen erbracht. Weiters werden Beschädigten Heilfürsorgeleistungen und Leistungen der orthopädischen Versorgung gewährt. Österreichische Staatsbürger, die während des Zweiten Weltkrieges in Kriegsgefangenschaft osteuropäischer Staaten gerieten, erhalten zu einer bestehenden Pensions-, Renten- oder Versorgungsleistung eine monatliche Entschädigung nach dem Kriegsgefangenenentschädigungsgesetz.

Organisation
Bundessozialamt Wien, Niederösterreich, Burgenland in Wien;
Bundessozialamt Oberösterreich in Linz;
Bundessozialämter Kärnten in Klagenfurt, Salzburg in Salzburg, Steiermark in Graz, Tirol in Innsbruck und Vorarlberg in Bregenz.

	Personal-ausgaben	Sach-	Summe	Ein-nahmen
	Millionen Euro			
2000	27,0	387,2	414,2	6,6
2001	26,2	394,1	420,4	5,1
2002	26,2	385,1	411,3	5,0

Im Einzelnen ist zu bemerken:

Paragraf 1570 Bundessozialämter
Vorgesehen sind die Personalausgaben und die Ausgaben für Anlagen und Aufwendungen der Bundessozialämter und der beim Bundessozialamt Wien, Niederösterreich, Burgenland eingerichteten Schiedskommission. Neben der Vollziehung des Kriegsopfer- und Heeresversorgungsgesetzes sind die Bundessozialämter mit der Vollziehung des Behinderteneinstellungsgesetzes (Ausgleichstaxfonds), Bundesgesetz über die Gewährung von Hilfeleistungen an Opfer von Verbrechen, Bundesbehindertengesetzes (Nationalfonds, Sozial-Service), Kriegsopferfondsgesetzes (Kriegsopferfonds) und Impfschadengesetzes befasst.

Anlagen
Der Bedarf betrifft Einrichtungsgegenstände und die ADV-Ausstattung der Bundessozialämter.

Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen)
Unter diesem VA-Ansatz sind im Wesentlichen die Ausgaben für Familienbeihilfen veranschlagt.

Aufwendungen
Neben den Erfordernissen für den laufenden Betrieb sind die Aufwendungen für Leistungen der Post, Geldverkehrsspesen (von den Buchhaltungen der Bundessozialämter werden auch sämtliche Scheckverkehrs-Baranweisungen des Arbeitsmarktservice und der Untersuchungsanstalten durchgeführt), Vergütungen für Leistungen der Bundesrechenzentrum GmbH (BRZG) und für ärztliche Begutachtungen hervorzuheben.

Voranschlagsansatz 1/15717 Entschädigung für Kriegsgefangenschaft
Bei diesem VA-Ansatz ist der für Entschädigungsleistungen nach dem Kriegsgefangenenentschädigungsgesetz erforderliche Aufwand veranschlagt.

Voranschlagsansatz 2/15714 Entschädigung für Kriegsgefangenschaft
Rückzahlung von Kostenersätzen der Entscheidungsträger aus der Abrechnung der Leistungen nach dem Kriegsgefangenenentschädigungsgesetz.

Voranschlagsansatz 1/15737 Heilfürsorge
Beschädigte haben Anspruch auf Heilfürsorge bei jeder als Dienstbeschädigung anerkannten Gesundheitsschädigung und deren Folgen. Die Heilfürsorge umfasst ärztliche Hilfe, Zahnbehandlung, Haus- und Krankenanstaltspflege sowie Krankengeld. Im Rahmen der erweiterten Heilfürsorge, die unter bestimmten Voraussetzungen gewährt wird, sind Kuraufenthalt sowie die Unterbringung in Rehabilitationskrankenanstalten und Genesungsheimen vorgesehen.

Voranschlagsansatz 1/15747 Berufliche und soziale Maßnahmen
Die berufliche Ausbildung dient der Eingliederung oder Wiedereingliederung der Beschädigten in das Erwerbsleben. Weiters sind Maßnahmen zur Ermöglichung der Fortsetzung der Erwerbstätigkeit und der sozialen Rehabilitation für Beschädigte vorgesehen. Ihre Bedeutung verlagert sich infolge des steigenden Alters der Kriegsbeschädigten zunehmend in den Bereich der Heeresversorgung.

Voranschlagsansatz 1/15757 Orthopädische Versorgung
Das Ziel der orthopädischen Versorgung ist die Wiedergewinnung oder Erhöhung der infolge Dienstbeschädigung geminderten Erwerbsfähigkeit und die Behebung oder Erleichterung der Folgen der Dienstbeschädigung. Die orthopädische Versorgung umfasst die Ausstattung mit Körperersatzstücken, orthopädischen und anderen Hilfsmitteln sowie deren Wiederherstellung und Erneuerung.

Voranschlagsansatz 1/15767 Versorgungsgebühren
Vorgesehen sind hier die Rentenleistungen für Beschädigte und Hinterbliebene nach dem Kriegsopfer- oder Heeresversorgungsgesetz. Neben den Rentenleistungen sind hier noch die Aufwendungen für Rentenabfertigungen und Sterbegeld sowie für Pflegegeld nach dem Bundespflegegeldgesetz an Rentenbezieher nach dem KOVG und HVG veranschlagt. Die Renten unterliegen der jährlichen Anpassung im selben Ausmaß wie die Pensionen nach dem ASVG. Der Anpassungsfaktor für 2002 beträgt 0,000 (1995: 1,028, 1996: 1,023, 1997: 1,000, 1998: 1,0133, 1999: 1,015, 2000: 1,006, 2001: 1,008).

Der Voranschlag 2002 berücksichtigt den Minderbedarf infolge des natürlichen Rückganges der Zahl der Anspruchsberechtigten. Die Zahl der Rentenempfänger ist seit vielen Jahren rückläufig; dieser Rückgang liegt derzeit bei rd. 7,0% jährlich. Am 1. Juli 2000 standen 69.189 Versorgungsberechtigte (32.489 Beschädigte, 35.462 Witwen, 1.079 Waisen, 159 Eltern) im Rentenbezug gegenüber 74.339 am 1. Juli 1999.
Die Gesamtzahl der Anspruchsberechtigten nach dem Heeresversorgungsgesetz betrug am 1. Juli 2000 1.710 Personen und zwar 1.621 Beschädigte, 48 Witwen, 23 Waisen und 18 Eltern gegenüber 1.707 Personen am 1. Juli 1999.

Voranschlagsansatz 1/15777 Krankenversicherung
Hinterbliebenen und Angehörigen von Schwerbeschädigten nach dem KOVG und HVG wird, sofern sie nicht auf Grund anderer gesetzlicher Vorschriften versichert sind, krankenversicherungsrechtlicher Schutz gewährleistet. Die Versicherten erhalten die in der Allgemeinen Sozialversicherung vorgesehenen Leistungen. Der Aufwand der Träger der Krankenversicherung ist vom Bund zu ersetzen.

Voranschlagsansatz 1/15778 Härteausgleiche
Vorgesehen sind hier die Leistungen für Beschädigte und Hinterbliebene nach dem Kriegsopfer- oder Heeresversorgungsgesetz, die als Ausgleich auf Grund besonderer Härten gewährt werden.

Paragraf 1578 Vertrag mit der Bundesrepublik Deutschland
Die Aufwendungen auf Grund des Vertrages über Kriegsopferversorgung und Beschäftigung Schwerbeschädigter betreffen im wesentlichen Heilfürsorge, Krankenbehandlung und orthopädische Versorgung der deutschen Versorgungsberechtigten in Österreich und der österreichischen Versorgungsberechtigten in der Bundesrepublik Deutschland.

Voranschlagsansatz 1/15798 Fahrausweise und Sonderfürsorge
Beschädigten ab einer Minderung der Erwerbsfähigkeit von 70 vH werden für die Gewährung von Fahrpreisermäßigungen Berechtigungsmarken beigestellt.
Außerdem ist bei diesem Voranschlagsansatz für die Gewährung von Unterstützungen an bedürftige Versorgungsberechtigte in Notstandsfällen vorgesorgt.

Voranschlagsansatz 2/15784 Vertrag mit der Bundesrepublik Deutschland/Kostenersatz
Kostenersatz der Bundesrepublik Deutschland für die Aufwendungen Österreichs für die deutschen Versorgungsberechtigten im Rahmen des Vertrages über Kriegsopferversorgung und Beschäftigung Schwerbeschädigter.

Voranschlagsansatz 2/15794 Sonstige Einnahmen der Kriegsopfer- und Heeresversorgung
Hauptsächlich Beiträge der nach dem KOVG und HVG Krankenversicherten sowie Beihilfe gem. GSBG.

Ausgleichstaxfonds
Der Ausgleichstaxfonds hat seine Rechtsgrundlage im § 10 des Behinderteneinstellungsgesetzes, BGBl. Nr. 22/1970, zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 106/1999.
Die Einnahmen des Fonds bestehen im wesentlichen aus den nach dem Behinderteneinstellungsgesetz zu entrichtenden Ausgleichstaxen. Die Mittel des Fonds werden vorwiegend für die berufliche Rehabilitation von Behinderten verwendet. Diverse Maßnahmen werden mit Mittel des Europäischen Sozialfonds kofinanziert.
Der Fonds wird von der Bundesministerin für soziale Sicherheit und Generationen unter Anhörung eines Beirates verwaltet.

Kriegsopferfonds
Der Kriegsopferfonds hat seine Rechtsgrundlage im Bundesgesetz BGBl. Nr. 217/1960, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 757/1996, und wird von der Bundesministerin für soziale Sicherheit und Generationen unter Anhörung eines Beirates verwaltet.
Zweck des Fonds ist die Fürsorge für Beschädigte und Witwen mit einem Anspruch auf eine Rente nach dem Kriegsopfer- oder Heeresversorgungsgesetz, die einer finanziellen Hilfe bedürfen, und zwar durch Gewährung zinsenfreier Darlehen.

Nationalfonds zur besonderen Hilfe für Behinderte
Der Nationalfonds zur besonderen Hilfe für Behinderte hat seine Rechtsgrundlage im Bundesbehindertengesetz, BGBl. Nr. 283/1990, zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 177/1999.
Aus dem Fonds werden Leistungen für besondere Maßnahmen der medizinischen, beruflichen oder sozialen Rehabilitation gewährt, sofern keine anderen Förderungsmöglichkeiten bestehen und dadurch soziale Härtefälle beseitigt werden. Zuwendungen erfolgen nach Maßgabe der Fondsmittel.
Weiters wird behinderten Menschen unter bestimmten Voraussetzungen die Mehrbelastung abgegolten, die sich aus der Normverbrauchsabgabe und der anteiligen Umsatzsteuer beim Ankauf von Kraftfahrzeugen ergibt. Diese Ausgaben werden dem Fonds vom Bund ersetzt (siehe auch Voranschlagsansatz 1/15446).
Die Verwaltung des Fonds obliegt der Bundesministerin für soziale Sicherheit und Generationen. Organ des Fonds ist ein Kuratorium, dem Vertreter des Bundes, der Länder, der im Hauptausschuss des Nationalrates vertretenen Parteien, des Hauptverbandes der österreichischen Sozialversicherungsträger und von Vereinigungen, die Förderung der wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Interessen von Behinderten zum Ziele haben, angehören.

Kapitel 16 Sozialversicherung

Die Einnahmen und Ausgaben dieses Kapitels ergeben sich aus dem Wirkungsbereich des Bundesministeriums für soziale Sicherheit und Generationen gemäß Bundesministeriengesetz 1986, BGBl. Nr. 76, zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 141/2000, insbesondere Anlage zu § 2, Teil 2, Abschnitt J, für die Sozialversicherung.

Gesamtgebarung

	Personal-ausgaben	Sach-	Summe	Einnahmen
		Millionen Euro		
2000	0,0	4.997,3	4.997,3	398,8
2001	0,0	5.097,0	5.097,0	10,5
2002	0,0	5.437,1	5.437,1	10,5

Im Einzelnen ist zu bemerken:

Titel 160 Bundesministerium; Pensionsversicherung (Bundesbeitrag)

Gesetzliche Grundlagen

Allgemeines Sozialversicherungsgesetz (ASVG), BGBl. Nr. 189/1955, zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 5/2001, § 80;

Gewerbliches Sozialversicherungsgesetz (GSVG), BGBl. Nr. 560/1978, zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 5/2001, § 34;

Bundesgesetz über die Sozialversicherung freiberuflich selbständig Erwerbstätiger (FSVG), BGBl. Nr. 624/1978, zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 141/1998 (11. Novelle); unter Berücksichtigung der Verordnung des Bundesministers für soziale Verwaltung vom 23. Dezember 1978, BGBl. Nr. 662/1978;

Bauern-Sozialversicherungsgesetz (BSVG), BGBl. Nr. 559/1978, zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 5/2001, § 31;

Nachtschwerarbeitsgesetz (NSchG), BGBl. Nr. 354/1981, zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 7/2001, Art. XI;

Aufwertungszahl für 2002 X,XXX gemäß BGBl. II Nr. 000/2001;

Anpassungsfaktor für 2002 X,XXX gemäß BGBl. II Nr. 000/2001.

Aufgaben

Die Grundsätze, nach denen die Errechnung der Bundesbeiträge zur Pensionsversicherung erfolgten, waren nach Kriegsende vielen Änderungen unterworfen. Eine ausführliche Darstellung dieser Änderungen und die Entwicklung bis zum Jahre 1984 ist im Amtsbehelf zum Bundesfinanzgesetz 1977 1. Teil, Abschnitt C. Sonstiges (Punkt VII. 4.11) und in den entsprechenden Abschnitten der Amtsbehelfe der Folgejahre enthalten. Ab dem Jahre 1985 sind die Bundesbeiträge in der Pensionsversicherung sowohl der Unselbständigen als auch der Selbständigen in Form einer Ausfallhaftung mit einem Mehrertrag von 0,5 %, ab dem Jahre 1987 mit einem Mehrertrag von 0,2 % der Gesamtaufwendungen und ab dem Jahre 1994 ohne Mehrertrag festgesetzt.

Die Aufbringung der Mittel in der Pensionsversicherung nach dem ASVG erfolgt durch Beiträge der Versicherten, der Dienstgeber und durch den Bundesbeitrag; in der Pensionsversicherung nach dem GSVG und dem BSVG tritt anstelle der Dienstgeberbeiträge ein Beitrag des Bundes.

	Personal-ausgaben	Sach-ausgaben	Summe	Einnahmen
	Millionen Euro			
2000	0,0	4.151,8	4.151,8	386,1
2001	0,0	4.155,8	4.155,8	0,0
2002	0,0	4.639,0	4.639,0	0,0

Unterschiede gegen Vorjahre

Durch die Umschichtungsmaßnahmen der Budgetbegleitgesetze 2001 und 2002 wird der zu erwartende Aufwand für das Jahr 2002 deutlich abgesenkt. Die Erhöhung des Aufwandes gegenüber dem Jahr 2001 ist vor allem auf die für das Jahr 2002 angenommene Pensionsanpassung und auf ein geringeres Ausmaß der Umschichtungen an den Ausgleichsfonds der Pensionsversicherungsträger zurückzuführen. Bei den im Jahr 2000 aufscheinenden Einnahmen handelt es sich um die Refundierung von in den Vorjahren zu hoch akontierten Bundesbeiträgen.

Ausgaben

In der Pensionsversicherung nach dem ASVG leistet der Bund gemäß § 80 ASVG für jedes Geschäftsjahr einen Beitrag in der Höhe des Betrages, um den die Aufwendungen die Erträge übersteigen. Hiebei sind bei den Aufwendungen die Ausgleichszulagen, bei den Erträgen der Bundesbeitrag und die Ersätze für Ausgleichszulagen außer Betracht zu lassen.

In der Pensionsversicherung nach dem GSVG hat der Bund gemäß § 34 Abs. 1 GSVG für jedes Geschäftsjahr einen Beitrag zu leisten. Gemäß § 34 Abs. 2 leistet der Bund darüber hinaus einen Beitrag in der Höhe des Betrages, um den die Aufwendungen die Erträge übersteigen.

In der Pensionsversicherung nach dem BSVG hat der Bund gemäß § 31 Abs. 2 BSVG für jedes Geschäftsjahr einen Beitrag zu leisten. Gemäß § 31 Abs. 3 leistet der Bund darüber hinaus einen Beitrag in der Höhe des Betrages, um den die Aufwendungen die Erträge übersteigen.

In der Pensionsversicherung nach dem GSVG bzw. dem BSVG sind bei der Berechnung des Bundesbeitrages gemäß § 34 Abs. 2 GSVG bzw. § 31 Abs. 3 BSVG bei den Aufwendungen die Ausgleichszulagen, bei den Erträgen der Bundesbeitrag und die Ersätze für Ausgleichszulagen außer Betracht zu lassen.

Daten der Pensionsversicherungsträger (2002)

Gesamte Pensionsversicherung		in Mio. Euro
Durchschnittlicher Stand an Pensionen	1,996.364	
Durchschnittlicher Stand an Pflichtversicherten	3,227.200	
Durchschnittspension in Euro	743,30	
Durchschnittliche Beitragsgrundlage in Euro	1.944,58	
Pensionsaufwand		21.092,8
Sonstiger Aufwand		1.999,7
Pflichtbeiträge		13.716,7
Überweisungen aus dem Ausgleichsfonds		4.525,8
Sonstige Erträge		211,0
Bundesmittel		4.639,0
Pensionsversicherungsanstalt der Arbeiter		
Durchschnittlicher Stand an Pensionen	977.655	
Durchschnittlicher Stand an Pflichtversicherten	1,248.000	
Durchschnittspension in Euro	600,06	
Durchschnittliche Beitragsgrundlage in Euro	1.722,78	
Pensionsaufwand		8.330,4
Sonstiger Aufwand		740,2
Pflichtbeiträge		4.773,1
Überweisungen aus dem Ausgleichsfonds		2.663,3
Sonstige Erträge		56,5
Bundesbeitrag		1.577,7

		in Mio. Euro
Versicherungsanstalt der österr. Eisenbahnen		
Durchschnittlicher Stand an Pensionen	17.217	
Durchschnittlicher Stand an Pflichtversicherten	24.300	
Durchschnittspension in Euro	855,94	
Durchschnittliche Beitragsgrundlage in Euro	2.194,79	
Pensionsaufwand		209,9
Sonstiger Aufwand		34,8
Pflichtbeiträge		118,4
Überweisungen aus dem Ausgleichsfonds		79,8
Sonstige Erträge		2,4
Bundesbeitrag		44,1
Pensionsversicherungsanstalt der Angestellten		
Durchschnittlicher Stand an Pensionen	633.805	
Durchschnittlicher Stand an Pflichtversicherten	1,475.000	
Durchschnittspension in Euro	1.019,02	
Durchschnittliche Beitragsgrundlage in Euro	2.289,92	
Pensionsaufwand		9.191,0
Sonstiger Aufwand		772,5
Pflichtbeiträge		7.549,2
Überweisungen aus dem Ausgleichsfonds		1.426,7
Sonstige Erträge		123,9
Bundesbeitrag		863,7
Versicherungsanstalt der österr. Bergbaues		
Durchschnittlicher Stand an Pensionen	23.560	
Durchschnittlicher Stand an Pflichtversicherten	8.200	
Durchschnittspension in Euro	1.036,39	
Durchschnittliche Beitragsgrundlage in Euro	2.776,76	
Pensionsaufwand		344,8
Sonstiger Aufwand		46,4
Pflichtbeiträge		57,7
Überweisungen aus dem Ausgleichsfonds		208,3
Sonstige Erträge		3,4
Bundesbeitrag		121,8
Sozialversicherungsanstalt der gewerblichen Wirtschaft		
Durchschnittlicher Stand an Pensionen nach dem GSVG	154.951	
Durchschnittlicher Stand an Pensionen nach dem FSVG	1.254	
Durchschnittlicher Stand an Pflichtversicherten n. d. GSVG	272.000	
Durchschnittlicher Stand an Pflichtversicherten n. d. FSVG	14.700	
Durchschnittspension nach dem GSVG in Euro	813,65	
Durchschnittspension nach dem FSVG in Euro	1.428,31	
Durchschnittliche Beitragsgrundlage n. d. GSVG in Euro	1.613,77	
Durchschnittliche Beitragsgrundlage n. d. FSVG in Euro	2.480,83	
Pensionsaufwand nach dem GSVG		1.793,9
Pensionsaufwand nach dem FSVG		25,6
Sonstiger Aufwand		156,5

Sozialversicherung der gewerblichen Wirtschaft (Fortsetzung)		in Mio. Euro
Pflichtbeiträge der selbständig Erwerbstätigen		701,4
Pflichtbeiträge der neuen Selbständigen		87,6
Pflichtbeiträge der freiberuflich selbständig Erwerbstätigen		87,5
Überweisungen aus dem Ausgleichsfonds		73,6
Sonstige Erträge		13,2
Bundesmittel		1.012,7
Sozialversicherungsanstalt der Bauern		
Durchschnittlicher Stand an Pensionen	187.922	
Durchschnittlicher Stand an Pflichtversicherten	185.000	
Durchschnittspension in Euro	448,61	
Durchschnittliche Beitragsgrundlage in Euro	1.062,04	
Pensionsaufwand		1.197,2
Sonstiger Aufwand		249,3
Pflichtbeiträge		341,8
Überweisungen aus dem Ausgleichsfonds		74,1
Sonstige Erträge		11,6
Bundesmittel		1.019,0

Anpassung der Pensionen

In verschiedenen Novellen zum ASVG und später auch zum GSPVG war der Versuch unternommen worden, durch eine pauschale und später durch eine individuelle Aufwertung der Pensionen der wirtschaftlichen Entwicklung Rechnung zu tragen und damit möglichst alle Pensionen, ungeachtet des Zeitpunktes ihres Anfalles, dem Lohn- und Gehaltsniveau eines bestimmten Jahres anzupassen.

Ab dem Jahre 1966 wurde im Zusammenhang mit der Einführung der Pensionsdynamik eine Neuregelung in Form des Pensionsanpassungsgesetzes, BGBl. Nr. 96/1965, getroffen.

Durch dieses Bundesgesetz wurden die bisher nur fallweisen Nachziehungen der laufenden Geldleistungen aus der Pensions- und Unfallversicherung durch ein System regelmäßiger Anpassung ersetzt.

Der Bundesminister für soziale Sicherheit und Generationen hat jedes Jahr für das folgende Kalenderjahr den Anpassungsfaktor unter Bedachtnahme auf das Gutachten der Kommission zur langfristigen Pensionssicherung durch Verordnung festzusetzen. Die Verordnung ist der Bundesregierung zur Zustimmung vorzulegen.

Die Entwicklung der Anpassungsfaktoren ab 1966 zeigt die folgende Übersicht:

1966:	1,070	1978:	1,069	1990:	1,040	2002:	1,016
1967:	1,081	1979:	1,065	1991:	1,050		(Annahme)
1968:	1,064	1980:	1,056	1992:	1,040		
1969:	1,071	1981:	1,051	1993:	1,040		
1970:	1,054	1982:	1,052	1994:	1,025		
1971:	1,071	1983:	1,055	1995:	1,028		
1972:	1,074	1984:	1,040	1996:	1,023		
1973:	1,090	1985:	1,033	1997:	1,000		
1974:	1,104	1986:	1,035	1998:	1,0133		
1975:	1,102	1987:	1,038	1999:	1,015		
1976:	1,115	1988:	1,023	2000:	1,006		
1977:	1,070	1989:	1,021	2001:	1,008		

Die Wirkung der Anpassung auf die Höhe der einzelnen Pensionen veranschaulicht die folgende Übersicht. Den Erhöhungen durch die Anpassung wurden die Steigerungen des Index der Verbraucherpreise gegenübergestellt.

Eine Pension von 145,35 Euro im Jahre 1965 erhöhte sich seither

	auf Euro	jährliche Steigerung der Pension in Prozent	jährliche Steigerung des VPI in Prozent
1966	155,52	7,0	2,2
1967	168,11	8,1	4,0
1968	178,88	6,4	2,8
1969	191,58	7,1	3,1
1970	201,93	5,4	4,4
1971	216,27	7,1	4,7
1972	232,27	7,4	6,3
1973	253,17	9,0	7,6
1/1974	279,50	.....	.....
7/1974	287,89	12,1 (im Durchschnitt)	9,5
1/1975	317,25	.....	.....
7/1975	326,77	13,5 (im Durchschnitt)	8,4
1976	364,35	13,1	7,3
1977	389,86	7,0	5,5
1978	416,76	6,9	3,6
1979	443,86	6,5	3,7
1980	468,71	5,6	6,4
1981	492,61	5,1	6,8
1982	518,23	5,2	5,4
1983	546,73	5,5	3,3
1984	568,60	4,0	5,6
1985	587,36	3,3	3,2
1986	607,92	3,5	1,7
1987	631,03	3,8	1,4
1/1988	631,03	.....	.....
7/1988	645,54	1,2 (im Durchschnitt)	2,0
1989	659,09	3,3	2,5
1990	685,65	4,0	3,3
1991	719,93	5,0	3,3
1992	748,73	4,0	4,1
1993	778,68	4,0	3,6
1994	798,15	2,5	3,0
1995	820,50	2,8	2,2
1996	839,37	2,3	1,9
1997	839,37	0,0	1,3
1998	850,53	1,33	0,9
1999	863,30	1,5	0,6
2000	872,79	1,1 (im Durchschnitt)	2,3
2001	879,78	0,8	1,5 (Schätzwert)
2002	893,86	1,6 (Annahme)	1,3 (Schätzwert)

Titel 161 Bundesministerium; Ausgleichszulagen

Gesetzliche Grundlagen

Allgemeines Sozialversicherungsgesetz (ASVG), BGBl. Nr. 189/1955, zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 5/2001, § 293;

Gewerbliches Sozialversicherungsgesetz (GSVG), BGBl. Nr. 560/1978, zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 5/2001, § 150;

Bauern-Sozialversicherungsgesetz (BSVG), BGBl. Nr. 559/1978, zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 5/2001, § 141;

Aufwertungszahl für 2002 X,XXX gemäß BGBl. II Nr. 000/2001;

Anpassungsfaktor für 2002 X,XXX gemäß BGBl. II Nr. 000/2001;

Finanzausgleichsgesetz 2001 (FAG 2001), BGBl. I Nr. 3/2001.

Aufgaben
Durch die Ausgleichszulage soll dem Pensionsberechtigten - außerhalb der eigentlichen Versicherungsleistungen - eine gewisse Mindestleistung (Richtsatz) unter Berücksichtigung seines Gesamteinkommens und seines Familienstandes garantiert werden.

	Personalausgaben	Sachausgaben	Summe	Einnahmen
	Millionen Euro			
2000	0,0	741,1	741,1	0,1
2001	0,0	881,5	881,5	0,0
2002	0,0	732,3	732,3	0,0

Unterschiede gegen Vorjahre
Der Rückgang des Aufwandes gegenüber 2001 ist auf die Gewährung eines Wertausgleiches gemäß § 299a ASVG, § 156a GSVG und § 147a BSVG im Jahr 2001 zurückzuführen.

Ausgaben
Nach den Bestimmungen des Finanzausgleichsgesetzes 2001 trägt der Bund die nach dem ASVG, GSVG und BSVG ausbezahlten Ausgleichszulagen.

Gemäß den §§ 293 ASVG, 150 GSVG und 141 BSVG betragen die Richtsätze ab 1. Jänner 2002 (zum Vergleich ab 1. Jänner 2001):

	2002 in Euro	2001 in Euro
1. für Pensionsberechtigte aus eigener Pensionsversicherung		
a) wenn sie mit dem Ehegatten (der Ehegattin) im gemeinsamen Haushalt leben	888,76	874,76
b) wenn die Voraussetzungen nach a) nicht zutreffen	622,95	613,14
2. für Pensionsberechtigte auf Witwen-(Witwer-)Pension	622,95	613,14
3. für Pensionsberechtigte auf Waisenpension		
a) bis zur Vollendung des 24. Lebensjahres	232,65	228,99
falls beide Elternteile verstorben sind	349,32	343,82
b) nach Vollendung des 24. Lebensjahres	413,41	406,90
falls beide Elternteile verstorben sind	622,95	613,14

Der Richtsatz nach 1. erhöht sich für jedes Kind um 66,30 (65,26) Euro.

Die Richtsätze sind in der Vergangenheit mehrere Male über die normale Anpassung der Pensionen hinaus erhöht worden. Die Entwicklung der Mindestpension (Richtsatz) für Alleinstehende und Verheiratete seit 1966 zeigt die nachstehende Übersicht. Gegenübergestellt wurden die Steigerungen des Pensionistenindex.

Richtsätze für Ausgleichszulagenempfänger

	RS für A in Euro	jährl. Steig. in %	RS für V in Euro	jährl. Steig. in %	jährl. Steig. d. PI in %
7/1965	66,50	-	91,93	-	-
1966	71,15	7,0	98,40	7,0	2,6
1967	77,61	9,1	107,77	9,5	5,8
1968	82,56	6,4	114,68	6,4	3,3
1969	88,44	7,1	122,82	7,1	3,4
1/1970	93,24	...	129,50	...	...
7/1970	96,87	7,5	134,52	7,5	5,0
1/1971	103,78	...	144,11	...	...
7/1971	111,04	13,0	154,21	13,0	5,4
1972	119,26	11,0	165,62	11,0	6,9
1973	130,81	9,7	187,13	13,0	7,8
1/1974	145,35	...	207,92	...	...
7/1974	149,71	12,8	214,17	12,8	8,5
1/1975	166,06	...	237,64	...	...
7/1975	171,07	14,3	244,76	14,3	9,1
1976	190,77	13,2	272,89	13,1	8,0
1977	207,84	9,0	297,23	8,9	6,0
1978	224,70	8,1	321,36	8,1	3,7
1979	240,40	7,0	343,82	7,0	3,7
1980	253,85	5,6	363,07	5,6	6,0
1981	269,11	6,0	386,33	6,4	7,3
1982	287,42	6,8	412,56	6,8	5,9
1983	303,26	5,5	435,24	5,5	3,2
1984	317,58	4,7	454,86	4,5	6,0
1985	328,05	3,3	469,90	3,3	3,3
1986	339,53	3,5	486,33	3,5	2,1
1987	353,77	4,2	506,75	4,2	0,4
1988	363,65	2,8	520,92	2,8	1,1
1989	373,10	2,6	534,44	2,6	1,9
1/1990	394,90	...	565,69	...	...
7/1990	405,08	7,2	580,22	7,2	2,8
1991	436,04	9,0	624,99	9,1	3,6
1992	472,37	8,3	677,09	8,3	3,5
1993	508,71	7,7	724,33	7,0	3,0
1994	545,05	7,1	777,60	7,4	2,8
1995	560,31	2,8	799,40	2,8	1,5
1996	573,17	2,3	817,79	2,3	2,1
1997	573,17	0,0	817,79	0,0	1,6
1998	580,80	1,33	828,69	1,33	1,2
1999	589,52	1,5	841,12	1,5	0,3
2000	604,06	2,5	861,83	2,5	1,6
2001	613,14	1,5	874,76	1,5	*) 1,1
2002	*) 622,95	1,6	*) 888,76	1,6	*) 1,1

A = Alleinstehende, V = Verheiratete, RS = Richtsatz, PI = Pensionistenindex
*) Schätzwert

Titel 162 Bundesministerium; Leistungen zur Krankenversicherung

Gesetzliche Grundlagen
Allgemeines Sozialversicherungsgesetz (ASVG), BGBl. Nr. 189/1955, zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 5/2001, § 132a;

Gewerbliches Sozialversicherungsgesetz (GSVG), BGBl. Nr. 560/1978, zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 5/2001, § 88;
Bauern-Sozialversicherungsgesetz (BSVG), BGBl. Nr. 559/1978, zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 5/2001, § 81;
Aufwertungszahl für 2002 X,XXX gemäß BGBl. II Nr. 000/2001;
Anpassungsfaktor für 2002 X,XXX gemäß BGBl. II Nr. 000/2001.

Aufgaben
Die Träger der Krankenversicherung haben die bei ihnen pflichtversicherten Jugendlichen zwecks Überwachung ihres Gesundheitszustandes jährlich mindestens einmal einer ärztlichen Untersuchung zu unterziehen.

	Personal-ausgaben	Sach-	Summe	Ein-nahmen
		Millionen Euro		
2000	0,0	49,7	49,7	0,0
2001	0,0	1,7	1,7	0,0
2002	0,0	1,7	1,7	0,0

Unterschiede gegen Vorjahre
Die Verringerung des Aufwandes ist auf die Aufhebung des Bundesbeitrages zur Krankenversicherung nach dem BSVG ab dem Jahr 2001 zurückzuführen.

Ausgaben
Gemäß den §§ 132a Abs. 4 ASVG, 88 Abs. 4 GSVG und 81 Abs. 4 BSVG hat der Bund für Jugendlichenuntersuchungen den Trägern der Krankenversicherung 50% der Untersuchungskosten sowie 60% der Fahrtkosten zu ersetzen. Im Jahre 2002 kommen die Ersätze für das Jahr 2001 zur Abrechnung.

Titel 164 Bundesministerium; sonst. Leistungen zur Sozialversicherung

Gesetzliche Grundlagen
Allgemeines Sozialversicherungsgesetz (ASVG), BGBl. Nr. 189/1955, zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 5/2001, § 74a;
Bauern-Sozialversicherungsgesetz (BSVG), BGBl. Nr. 559/1978, zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 5/2001, § 31;
Beamten-Kranken- und Unfallversicherungsgesetz (B-KUVG), BGBl. Nr. 200/1967, zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 5/2001, § 117;
Auslandsrenten-Übernahmegesetz (ARÜG), BGBl. Nr. 290/1961, samt Ergänzung, BGBl. Nr. 114/1962, § 18;
Aufwertungszahl für 2002 X,XXX gemäß BGBl. II Nr. 000/2001;
Anpassungsfaktor für 2002 X,XXX gemäß BGBl. II Nr. 000/2001.

Aufgaben
Zur Verbesserung des Unfallversicherungsschutzes können die Mitglieder der Freiwilligen Feuerwehren (Feuerwehrverbände), die Mitglieder der Landesverbände des Österreichischen Roten Kreuzes sowie die Mitglieder sonstiger im § 176 Abs. 1 Z 7 ASVG genannten Körperschaften (Vereinigungen) in die Zusatzversicherung in der Unfallversicherung einbezogen werden.
Nach dem ARÜG können die Versicherungsträger unter gewissen Voraussetzungen an österreichische Staatsbürger Vorschüsse auf Rentenansprüche aus einer ausländischen Rentenversicherung und auf Leistungsansprüche aus einer ausländischen Unfallversicherung gewähren.
In der Unfallversicherung nach dem BSVG beteiligt sich der Bund an der Finanzierung der Aufwendungen.
Über Ersuchen internationaler Organisationen werden von der Bundesregierung österreichische Einheiten zur Hilfeleistung in das Ausland (z.B. Nahostkonflikt, Zypernkrise) entsendet, wobei die Mitglieder dieser Einheiten unter vollem Versicherungsschutz stehen.

	Personal-ausgaben	Sach-	Summe	Einnahmen
	Millionen Euro			
2000	0,0	27,5	27,5	1,4
2001	0,0	28,6	28,6	0,0
2002	0,0	30,1	30,1	0,0

Ausgaben
Gemäß § 74a Abs. 2 ASVG leistet der Bund für jeden gemäß § 22a ASVG in der Zusatzversicherung in der Unfallversicherung Versicherten einen Jahresbeitrag. Dieser Beitrag ist nach Ablauf des betreffenden Kalenderjahres der Allgemeinen Unfallversicherungsanstalt zu überweisen.
Gemäß § 31 Abs. 4 BSVG leistet der Bund zu der von der Sozialversicherungsanstalt der Bauern durchgeführten Unfallversicherung für jedes Geschäftsjahr einen Beitrag in der Höhe eines Drittels der für dieses Jahr fällig gewordenen Beiträge gemäß § 30 Abs. 1 und 6 sowie in der Höhe eines Drittels der in diesem Geschäftsjahr eingezahlten Beiträge gemäß § 30 Abs. 3.
Gemäß § 117 B-KUVG hat der Bund der Versicherungsanstalt öffentlich Bediensteter Aufwendungen für Leistungen zu ersetzen, die auf Grund von Dienstunfällen und Berufskrankheiten an Personen zu gewähren sind, die von der Bundesregierung auf Ersuchen internationaler Organisationen ins Ausland entsendet werden.

Titel 165 BM; Leistungen n. d. Nachtschwerarbeitsgesetz (NSchG)

Gesetzliche Grundlagen
Nachtschwerarbeitsgesetz (NSchG), BGBl. Nr. 354/1981, zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 7/2001, Art. XI;
Aufwertungszahl für 2002 X,XXX gemäß BGBl. II Nr. 000/2001;
Anpassungsfaktor für 2002 X,XXX gemäß BGBl. II Nr. 000/2001.

Aufgaben
Für Arbeitnehmer, die Nachtschwerarbeit leisten, sind besondere gesetzliche Schutzmaßnahmen zur Verhinderung, Beseitigung oder Milderung der mit diesen Arbeiten verbundenen Erschwernisse oder zum Ausgleich von Belastungen vorgesehen.

	Personal-ausgaben	Sach-	Summe	Einnahmen
	Millionen Euro			
2000	0,0	27,2	27,2	11,3
2001	0,0	29,4	29,4	10,5
2002	0,0	34,1	34,1	10,5

Unterschiede gegen Vorjahre
Die Erhöhung der Ausgaben ist auf einen Anstieg der Zahl der Sonderruhegeldempfänger zurückzuführen.

Ausgaben
Gemäß Artikel XI Abs. 2 NSchG ersetzt der Bund den Trägern der Pensionsversicherung nach dem ASVG den Aufwand für das Sonderruhegeld (Artikel X NSchG). Weiters ersetzt der Bund die Beiträge für die Krankenversicherung der Empfänger von Sonderruhegeld und die Leistungen der Gesundheitsvorsorge (Artikel IX NSchG) bis zum Höchstausmaß von 10% des Aufwandes für das Sonderruhegeld.
Gemäß Artikel XI Abs. 4 NSchG erhalten die Träger der Krankenversicherung eine Vergütung von den abgeführten Beiträgen (Voranschlagsansatz 2/16504).

Einnahmen

Gemäß Artikel XI Abs. 3 und 5 NSchG haben die Dienstgeber für jeden Nachtschwerarbeit leistenden Dienstnehmer (Artikel VII Abs. 2 NSchG) einen Nachtschwerarbeits-Beitrag im Ausmaß von 2,0% der für die Pensionsversicherung geltenden allgemeinen Beitragsgrundlage zu leisten. Dieser Beitrag ist auch von den Sonderzahlungen zu entrichten.

Statistische Daten

1. Durchschnittseinkommen und Beitragsgrundlagen in der Pensionsversicherung der Unselbständigen

	Durchschn. monatl. Arbeitnehmereinkommen 1)		Durchschnittl. monatl. Beitragsgrundlage (inklusive aliquoter Sonderzahlungen) in der Pensionsversicherung der		
	ESVG 1979	ESVG 1995	Arbeiter (inkl. Eisenbahnen)	Angestellten	Knappschaft
	Beträge in Euro				
1990	1.617,12	.	1.189,07	1.549,97	1.846,18
1991	1.721,33	.	1.258,62	1.640,23	1.941,31
1992	1.816,97	.	1.332,38	1.740,73	2.065,00
1993	1.892,33	.	1.389,94	1.820,53	2.245,81
1994	1.955,48	.	1.443,50	1.895,60	2.391,59
1995	2.028,37	1.969,03	1.494,23	1.965,80	2.519,93
1996	2.066,09	1.985,16	1.527,66	2.005,04	2.591,95
1997	2.080,19	1.998,80	1.548,88	2.045,89	2.668,33
1998	2.134,33	2.058,78	1.586,23	2.080,26	2.713,31
1999		2.099,77	1.610,72	2.127,28	2.736,13
2000 *)		2.141,77	1.641,39	2.163,47	2.749,79
2001 *)		2.199,60	1.682,81	2.222,12	2.764,26
2002 *)		2.254,59	1.731,79	2.289,92	2.776,76

1) Beschäftigungsverhältnisse.
Quelle: WIFO (Stand: 15. Februar 2001)
*) Vorläufige bzw. Schätzwerte

2. Entwicklung der Höchstbeitragsgrundlage und der Beitragssätze der Arbeiter und Angestellten in der Pensionsversicherung

DG = Dienstgeber, DN = Dienstnehmer

	monatl. Höchstbeitrasgrundlage in Euro	Beitrag gem. § 51 ASVG		Zusatzbeitr. gem. § 51a ASVG		zusammen
		DN	DG	DG	DN	
		in Prozent der Beitragsgrundlage				
1990	2.100	9,25	9,25	3,3	1,0	22,80
1991	2.190	9,25	9,25	3,3	1,0	22,80
1992	2.310	9,25	9,25	3,3	1,0	22,80
1993	2.430	9,25	9,25	3,3	1,0	22,80
1994	2.610	9,25	9,25	3,3	1,0	22,80
1995	2.760	9,25	9,25	3,3	1,0	22,80
1996	2.820	9,25	9,25	3,3	1,0	22,80
1997	2.970	9,25	9,25	3,3	1,0	22,80
1998	3.060	9,25	9,25	3,3	1,0	22,80
1999	3.090	9,25	9,25	3,3	1,0	22,80
2000	3.150	9,25	9,25	3,3	1,0	22,80
2001	3.240	9,25	9,25	3,3	1,0	22,80
2002	3.300	9,25	9,25	3,3	1,0	22,80

Kapitel 17 Gesundheit

Die Einnahmen und Ausgaben dieses Kapitels ergeben sich aus dem Wirkungsbereich des Bundesministeriums für soziale Sicherheit und Generationen gemäß Bundesministeriengesetz 1986, BGBl. Nr. 76, zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 141/2000, insbesondere aus Abschnitt J des Teiles 2 der Anlage zu § 2, soweit Angelegenheiten des Gesundheits- und Veterinärwesens betroffen sind.

Gesamtgebarung

	Personal-ausgaben	Sach-	Summe	Einnahmen
	Millionen Euro			
2000	23,7	603,0	626,7	56,6
2001	28,3	496,5	524,8	67,5
2002	28,3	510,8	539,1	67,3

Durch die Neuordnung der Ministerialkompetenzen (im Jahr 2000) auf Grund der Bundesministeriengesetz-Novelle sind die Voranschlagsziffern für das Finanzjahr 2002 nur bedingt mit den Erfolgsziffern des Jahres 2000 vergleichbar.

Im Einzelnen ist zu den Bereichen zu bemerken:

Titel 172 Bundesministerium; Gesundheitsvorsorge

Gesetzliche Grundlagen

Gesetz vom 30. April 1870 betreffend die Organisation des öffentlichen Sanitätsdienstes, RGBl. Nr. 68;

Bundesgesetz über Maßnahmen gegen die Verbreitung des erworbenen Immundefektsyndroms (AIDS-Gesetz), BGBl. Nr. 728/1993, zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 117/1999;

Bundesgesetz über die gehobenen medizinisch-technischen Dienste, BGBl. Nr. 460/1992, zuletzt - geändert durch BGBl. Nr. 327/1996;

Ärztegesetz 1998, BGBl. I Nr. 169/1998, zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 81/2000;

Bundesgesetz über die Regelung des med.-techn. Fachdienstes und des Sanitätshilfsdienstes, BGBl. Nr. 102/1961, zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 46/1999;

Gesundheits- und Krankenpflegegesetz, BGBl. I Nr. 108/1997, zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 116/1999;

Bundesgesetz über öffentliche Schutzimpfungen gegen übertragbare Kinderlähmung, BGBl. Nr. 244/1960, zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 52/1998;

Blutsicherheitsgesetz, BGBl. I Nr. 44/1999, zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 119/1999;

Apothekengesetz, RGBl. Nr. 5/1907, zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 120/1998;

Rezeptpflichtgesetz, BGBl. Nr. 413/1972, zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 78/1998;

Suchtmittelgesetz, BGBl. I Nr. 112/1997, zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 30/1998;

Suchtgiftverordnung, BGBl. II Nr. 374/1997;

Psychotropenverordnung, BGBl. II Nr. 375/1997;

Vorläuferstoffeverordnung, BGBl. II Nr. 376/1997;

Suchtgift-Grenzmengenverordnung, BGBl. II Nr. 377/1997;

Psychotropen-Grenzmengenverordnung, BGBl. II Nr. 378/1997;

Kundmachung über Einrichtungen und Vereinigungen mit Betreuungsangebot für Personen im Hinblick auf Suchtgiftmißbrauch, BGBl. II Nr. 379/1997, zuletzt geändert durch BGBl. II Nr. 45/1999;

Arzneimittelgesetz, BGBl. Nr. 185/1983, zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 78/1998;

Arzneiwareneinfuhrgesetz, BGBl. Nr. 179/1970, zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 112/1997;

Arzneiwareneinfuhrverordnung, BGBl. Nr. 120/1972;

Arzneibuchgesetz, BGBl. Nr. 195/1980;

Kondomprüfungsverordnung, BGBl. Nr. 630/1990, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 130/1996;

Tabakgesetz, BGBl. Nr. 431/1995;

Verordnung zur Festlegung von Verfahren für die Messung und Kontrolle des Kondensat-(Teer-) und Nikotingehalts im Rauch von Zigaretten, BGBl. Nr. 738/1996;

Behördenüberleitungsgesetz, StGBl. Nr. 94/1945, zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 78/1998;

Bundesgesetz über die Errichtung eines Fonds 'Österreichisches Bundesinstitut für Gesundheitswesen', BGBl. Nr. 63/1973, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 256/1993;
Übereinkommen zur gegenseitigen Anerkennung von Inspektionen betreffend Herstellung pharmazeutischer Produkte, BGBl. Nr. 132/1972, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 331/1994;
Finanzausgleichsgesetz 2001 (FAG 2001), BGBl. I Nr. 3/2001;
Krankenanstaltengesetz, BGBl. Nr. 1/1957, zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 5/2001;
Psychologengesetz, BGBl. Nr. 360/1990;
EWR-Psychologengesetz, BGBl. I Nr. 113/1999;
Psychotherapiegesetz, BGBl. Nr. 361/1990,
EWR-Psychotherapiegesetz, BGBl. I Nr. 114/1999;
Übereinkommen über die Ausarbeitung eines Europäischen Arzneibuches, BGBl. Nr. 181/1979, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 664/1992;
Kardiotechnikergesetz, BGBl. I Nr. 96/1998;
Familienlastenausgleichsgesetz, BGBl. Nr. 376/1967, zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 142/2000;
Medizinproduktegesetz, BGBl. Nr. 657/1996, zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 117/1999;
Bundesgesetz über Maßnahmen und Initiativen zur Gesundheitsförderung, -aufklärung und -information, BGBl. I Nr. 51/1998;
Bundesgesetz über die Einrichtung eines Fonds zur Finanzierung der In-vitro-Fertilisation, BGBl. I Nr. 180/1999.

Aufgaben
Vorsorgemedizin und Gesundheitsförderung, -aufklärung und -information; AIDS-Forschung, Information, Beratung und Betreuung; Ausbildung von Angehörigen der verschiedenen Gesundheitsberufe; Schutzimpfungen gegen Poliomyelitis, Diphtherie, Tetanus, Pertussis, Röteln, Masern, Mumps, Haemophilus influenzae b, Hepatitis B; Bekämpfung von Infektionskrankheiten; Kariesprophylaxe; Mutter-Kind-Betreuung einschließlich Angelegenheiten des Mutter-Kind-Passes; Bekämpfung des Alkoholmissbrauches, des Missbrauches von Medikamenten und des Rauchens; Psychische Hygiene; Medizinische Angelegenheiten der Behinderten; Vorbeugungsmaßnahmen gegen Krebs; Beteiligung an WHO-Projekten; Bekämpfung des Suchtmittelmissbrauches; Zivilschutz; Arzneimittelwesen; Krankenanstaltenwesen; Medizinische Strahlenangelegenheiten; Medizinprodukte; Qualitätssicherung.

	Personal-ausgaben	Sach-	Summe	Einnahmen
	Millionen Euro			
2000	0,0	104,9	104,9	35,3
2001	0,0	59,1	59,1	40,6
2002	0,0	62,6	62,6	40,6

Paragraf 1720 Vorsorgemedizin; Epidemiologische Maßnahmen

Anlagen
Für die Aufklärung der Bevölkerung über gesundheitliche Belange sind Filme und Spots herzustellen.

Förderungen
Die Ausbildung von Ärzten für Allgemeinmedizin in Lehrpraxen wird unter bestimmten Voraussetzungen gefördert.
Für die Unterstützung jener Einrichtungen, die flächendeckende Beratung und Betreuung Aidsgefährdeter wahrnehmen, ist vorgesorgt.
Gesellschaften und Vereinigungen, die wesentliche Arbeiten auf dem Gebiete der Volksgesundheit leisten, werden unterstützt.
Die Förderung diverser vorsorgemedizinischer Programme wird fortgesetzt.
Die Forschungsarbeiten bestimmter Ludwig-Boltzmann-Institute werden im Hinblick auf deren grundlegende Bedeutung für Maßnahmen auf dem Gebiete des Gesundheitswesens gefördert.
Die Unterstützung des Hepatitis-C-Fonds ist vorgesehen.

Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen)
Zur Erreichung bzw. Aufrechterhaltung eines ausreichenden Impfschutzes der österreichischen Bevölkerung gegen Kinderlähmung wird im Jahr 2002 folgender Impfplan durchgeführt:
1. Komplette Grundimmunisierung bei bereits oral angeimpften Kindern,
2. Auffrischungsimpfungen im Schulalter (1. und 8. Schulstufe),
3. Auffrischungsimpfung im Erwachsenenalter bis zur Vollendung des 21. Lebensjahres.

Es ist für den Ankauf des zur Durchführung der Impfaktion notwendigen Impfstoffes vorgesorgt.

Aufwendungen
Im Rahmen der Prophylaxe ist wieder für die Durchführung von Impfungen entsprechend dem aktuellen Stand der medizinischen Wissenschaften sowie der epidemiologischen Erfordernisse vorgesorgt, wobei schwerpunktmäßig noch bestehende Impflücken beseitigt werden.
Für die Abgeltung von Kosten für Gesundenuntersuchungen, FSME-Impfungen und für humangenetische Untersuchungen Nichtversicherter gemäß den einschlägigen Bestimmungen des ASVG ist Vorsorge getroffen.
Die Information der Bevölkerung über verschiedene gesundheitliche Belange, wie Fragen der Ernährung, Zahngesundheit, Gesundheit von Mutter und Kind sowie Gesundheitsförderung ist dringend geboten.
Für die Kosten der Sachverständigen im Arzneimittelbeirat, bei klinischen Gutachten auf Grund des Arzneimittelgesetzes, im Bereich der einzelnen Gesundheitsberufe ist vorgesorgt.
Mit der Ausarbeitung von Studien über diverse Fachfragen zu Gesundheitsproblemen werden fachlich autorisierte Stellen befasst. Bei einem Teil dieser Arbeiten handelt es sich um Fortsetzungsprojekte aus den Vorjahren.
Das Arzneimittel-Informationssystem 'Rote Hand' warnt vor nachteiligen Wirkungen von Medikamenten.
Auf Grund der EU-Richtlinien hat Österreich an einem europäischen Sicherheitsmeldesystem für Medizinprodukte teilzunehmen.
Für die Durchführung und Fortsetzung von Projekten der Qualitätssicherung ist vorgesorgt.
Der Ankauf von Kalium-Jodid-Tabletten ist im Jahr 2002 vorgesehen.

Paragraf 1722 Bekämpfung des Suchtmittelmissbrauches
Für die Förderung von Einrichtungen und Vereinigungen, die Beratung und Betreuung von Suchtmittelmissbrauch wahrnehmen, ist unter Bedachtnahme auf die Bestimmungen des neuen Suchtmittelgesetzes vorgesorgt. Auch werden Mittel für den Ankauf von Suchtmittelrezepten sowie für die Durchführung von Studien und von Aufklärungsmaßnahmen gegen Suchtmittelmissbrauch bereitgestellt.

Paragraf 1723 Gesundheitsförderung,Aufklärung u. Information (zweckg.Geb.)
In diesem Bereich sind die Mittel für die Ergänzung der bereits etablierten Vorsorgemaßnahmen der Förderung und Durchführung kohärenter praktischer Aktivitäten und flankierender wissenschaftlicher Studien in der Gesundheitsförderung veranschlagt. Die Finanzierung erfolgt durch Mitteln aus der Umsatzsteuer für Tabakwaren.

Paragraf 1724 Mutter-Kind-Pass (zweckgeb. Gebarung)
Sowohl für die Produktion des Passes als auch für die Abgeltung von Untersuchungsleistungen ist vorgesorgt.

Einnahmen
Gutachterhonorare und Entgelte für Verwaltungsleistungen auf Grund des AMG; Bescheidgebühren für pharmazeutische Spezialitäten;
Zweckgebundene Einnahmen aus dem Familienlastenausgleichsfonds zugunsten des Mutter-Kind-Passes.
Zweckgebundene Einnahmen aus der Umsatzsteuer zugunsten Gesundheitsförderung, -aufklärung und -information.

Titel 173 Veterinärw.,Lebensmittelang., Gentechnologie u.Strahlensch.

Gesetzliche Grundlagen
Tierseuchengesetz, RGBl. Nr. 177/1909, zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 66/1998 samt Durchführungsverordnungen;
Tiergesundheitsgesetz, BGBl. I Nr. 133/1999;
Geflügelhygieneverordnung, BGBl. II Nr. 243/2000;
Bienenseuchengesetz, BGBl. Nr. 290/1988, zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 66/1998;

Bangseuchengesetz, BGBl. Nr. 147/1957, zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 133/1999;
Rinderleukosegesetz, BGBl. Nr. 272/1982, zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 133/1999;
Deckseuchengesetz, BGBl. Nr. 22/1949;
Fleischuntersuchungsgesetz, BGBl. Nr. 522/1982, zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 66/1998 samt Durchführungsverordnungen;
Tierärztegesetz, BGBl. Nr. 16/1975, zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 30/1998;
Lebensmittelgesetz 1975 (LMG 1975), BGBl. Nr. 86, zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 63/1998;
Chemikaliengesetz 1996, BGBl. I Nr. 53/1997;
IBR/IPV-Gesetz, BGBl. Nr. 636/1989, zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 133/1999;
Gentechnikgesetz, BGBl. Nr. 510/1994, zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 73/1998;
Trinkwasser-Nitratverordnung, BGBl. Nr. 557/1989 zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 714/1996;
Trinkwasser-Pestizidverordnung, BGBl. Nr. 448/1991;
Milchhygieneverordnung, BGBl. Nr. 897/1993, zuletzt geändert durch BGBl. II Nr. 40/1998;
Vollzugsanweisung betreffend Tierkörperverwertung, StGBl. Nr. 241/1919, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 660/1977;
Strahlenschutzgesetz, BGBl. Nr. 227/1969, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 657/1996 samt Durchführungsverordnungen.

Aufgaben
Abwehr von Tierseuchen; Untersuchungen im Zusammnhang mit BSE; Fleisch- und Schlachthofhygiene; Entschädigung nach Veterinärgesetzen; Erlassung lebensmittelrechtlicher Vorschriften und Lebensmittelkontrolle; Entschädigungen nach dem Lebensmittelgesetz; Genehmigung und Kontrolle von dem Strahlenschutzgesetz unterliegenden Anlagen; Angelegenheiten der Strahlenhygiene, des medizinischen Strahlenschutzes und der medizinischen Radiologie, medizinischen Beurteilung der Anwendung ionisierender und nichtionisierender Strahlen sowie der Radiopharmaka; Angelegenheiten der Gentechnologie sowie Anmelde- und Zulassungsverfahren gemäß dem Gentechnikgesetz.

	Personal-ausgaben	Sach-ausgaben	Summe	Einnahmen
	Millionen Euro			
2000	0,0	2,0	2,0	0,2
2001	0,0	11,6	11,6	0,5
2002	0,0	13,3	13,3	0,5

Unterschiede gegen Vorjahre
Die Erhöhung der Ausgaben ergibt sich aus der Einführung des Tiergesundheitsgesetzes und der Schweinedatenbank.

Paragraf 1731 Veterinärwesen

Förderungen
Bereinigung allfälliger Re-Infektionen durch Beihilfen für die Schlachtung von Tbc-Reagenten sowie Förderung sonstiger Veterinärmaßnahmen.

Epizootie
Die bisherigen Erfahrungen mit Tierseuchen rechtfertigen im Hinblick auf die Gewährleistung der Aktionsfähigkeit die Veranschlagung von Mitteln für Bekämpfungsaktionen.
Es sind hier auch die nach tierseuchenrechtlichen Bestimmungen zu leistenden staatlichen Entschädigungen sowie die Kosten für Nach- und Wiederholungsuntersuchungen, Desinfektionen und Kennzeichnungsbehelfe veranschlagt.
Darüber hinaus sind die Aufwendungen gemäß § 61 Tierseuchengesetz und die vom Bund zu tragenden Kosten für Tollwutbekämpfungsmaßnahmen gemäß § 1 Abs. 5 in Verbindung mit § 25a leg. cit. sowie Ausgaben nach dem Tiergesundheitsgesetz berücksichtigt.

Aufwendungen
Neben den Mitteln zur Erfüllung der gesetzlich verankerten Leistungen für die Aus- und Weiterbildung der Amtstierärzte wurde für die Fortführung von Forschungsaufträgen sowie für den Aufbau und Betrieb einer Schweinedatenbank vorgesorgt.

Paragraf 1732 Lebensmittel, Chemikalien

Förderungen
Unterstützung wesentlicher Arbeiten im Bereich der Toxikologie sowie der Lebensmittelkontrolle.

Entschädigungen
Bei diesem Voranschlagsansatz sind die nach dem Lebensmittelgesetz zu leistenden staatlichen Entschädigungen veranschlagt.

Lebensmittel- und Chemikalienkontrolle
Mittel für Forschungsaufträge und Expertengutachten und die Rindfleisch-Etikettierungs-Gebührenverordnung sowie für die Vollziehung des Chemikaliengesetzes sind veranschlagt.

Paragraf 1733 Gentechnologie

Förderungen
Unterstützung von Zweckforschungsaktivitäten und von einschlägigen Fachveranstaltungen in Vollziehung des Gentechnikgesetzes.

Aufwendungen
Forschungsaufträge und Expertengutachten im Interesse des Vollzugs des Gentechnikgesetzes sowie als Folge internationaler Reglementierung.

Paragraf 1734 Strahlenschutz

Förderungen
Unterstützung wesentlicher Aufgaben im Bereich Strahlenschutz in strahlenhygienischer Hinsicht.

Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen)
Hier sind die Aufwendungen für ärztliche Untersuchungen gemäß § 35 Strahlenschutzgesetz veranschlagt.

Aufwendungen
Mittel für die erforderlichen Sachverständigen in strahlenschutzrechtlichen Bewilligungsverfahren sowie für die Fortführung von Forschungsaufträgen.

Einnahmen
Ersatz von Sachverständigenkosten in Bewilligungsverfahren nach dem Strahlenschutzgesetz durch den Konsenswerber.

Titel 174 Bundesministerium; Gesundheit; Rechtsangelegenheiten

Gesetzliche Grundlagen
Epidemiegesetz 1950, BGBl. Nr. 186, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 702/1974;
Geschlechtskrankheitengesetz, StGBl. Nr. 152/1945, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 345/1993;
Verordnung des Bundesministers für Gesundheit und Umweltschutz vom 9. Mai 1974 über die gesundheitliche Überwachung von Personen, die mit ihrem Körper gewerbsmäßig Unzucht betreiben, BGBl. Nr. 314/1974, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 591/1993;
Bazillenausscheidergesetz, StGBl. Nr. 153/1954, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 131/1964;
Ärztegesetz 1998, BGBl. I Nr. 169/1998, zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 81/2000;
Bundesgesetz zur Bekämpfung der Tuberkulose, BGBl. Nr. 127/1968, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 344/1993;
Bäderhygienegesetz, BGBl. Nr. 254/1976, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 658/1996;
Studienförderungsgesetz 1992, BGBl. Nr. 305/1992, zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 142/2000;
Schülerbeihilfengesetz 1983, BGBl. Nr. 455, zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 54/1999;

Vereinbarung gemäß Art. 15a B-VG über die Neustrukturierung des Gesundheitswesens und der Krankenanstaltenfinanzierung, BGBl. I Nr. 00/0000;
Krankenanstaltengesetz, BGBl. Nr. 1/1957, zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 5/2001;
Bundesgesetz über die Dokumentation im Gesundheitswesen, BGBl. Nr. 745/1996, zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 5/2001;
Verordnung der Bundesministerin für Gesundheit und Konsumentenschutz betreffend die Diagnosen- und Leistungsdokumentation im stationären Bereich, BGBl. Nr. 783/1996, zuletzt geändert durch BGBl. II Nr. 420/2000;
Kostenrechnungsverordnung für Fondskrankenanstalten, BGBl. Nr. 784/1996;
Statistikverordnung für Fondskrankenanstalten, BGBl. Nr. 785/1996;
Statistikverordnung für Nichtfondskrankenanstalten, BGBl. Nr. 786/1996;
Psychotherapiegesetz, BGBl. Nr. 361/1990;
Psychologengesetz, BGBl. Nr. 360/1990.

Aufgaben
Beobachtung, Analyse, Planung und Weiterentwicklung des Gesundheitswesens, Weiterentwicklung der leistungsorientierten Vergütungssysteme, Überwachung von einvernehmlich festgelegten Plänen und Vorgaben, Durchführung von Qualitätssicherungsmaßnahmen sowie Unterstützung des Einsatzes von Informations- und Kommunikationstechnologien im Gesundheitswesen. Weiters alle sachlichen Rechtsangelegenheiten des Bereiches Gesundheitswesen, woraus in erster Linie Zahlungen von Zweckzuschüssen auf Grund des Krankenanstaltengesetzes, Zahlungen auf Grund des Tuberkulosegesetzes, Entschädigungen nach sonstigen Sanitätsgesetzen sowie Studienförderungen und Schülerbeihilfen resultieren.

	Personal-ausgaben	Sach-	Summe	Einnahmen
		Millionen Euro		
2000	0,0	480,2	480,2	0,0
2001	0,0	402,9	402,9	0,0
2002	0,0	411,0	411,0	0,0

Voranschlagsansatz 1/17408 Aufwendungen
Bei diesem Voranschlagsansatz sind insbesondere die Mittel für die Fahrtkostenzuschüsse und für die Studienunterstützungen in Härtefällen für Studierende an medizinisch-technischen Schulen/ Akademien und Hebammenakademien vorgesehen. Weiters sind Zahlungen nach § 197 Ärztegesetz 1998 veranschlagt.

Voranschlagsansatz 1/17417 Aufwand nach dem Bäderhygienegesetz
Bei diesem Voranschlagsansatz sind die Kosten für die Umsetzung der Richtlinie der EU, 76/160/ EWG veranschlagt.

Voranschlagsansatz 1/17427 Zweckzuschüsse nach dem Krankenanstaltengesetz (KAG)
Bundeszuschüsse für die Krankenanstaltenfinanzierung gemäß Krankenanstaltengesetz.

Voranschlagsansatz 1/17437 Aufwand nach dem Tuberkulosegesetz
Bei diesem Voranschlagsansatz sind Untersuchungs- und Behandlungskosten gemäß dem Tuberkulosegesetz vorgesehen.

Voranschlagsansatz 1/17447 Entschädigungen nach Sanitätsgesetzen
Bei diesem Voranschlagsansatz sind der auf Grund des Epidemie- und Geschlechtskrankheitengesetzes anfallende Aufwand und die zu leistenden staatlichen Entschädigungen sowie die Aufwendungen nach dem Bazillenausscheidergesetz veranschlagt.

Voranschlagsansatz 1/17457 Studienförderung/Medizinisch-technische Schulen
Hier ist für Studienbeihilfen nach dem Studienförderungsgesetz für Studierende der gehobenen medizinisch-technischen Schulen/Akademien sowie der Hebammenakademien Vorsorge getroffen.

Voranschlagsansatz 1/17467 Schülerbeihilfen
Die bei diesem Voranschlagsansatz veranschlagten Mittel sind für Schul- und Heimbeihilfen für Schüler von medizinisch-technischen Fachschulen vorgesehen.

Titel 179 Dienststellen

Die Ausgaben und Einnahmen dieses Titels ergeben sich aus der Tätigkeit des Bundesinstitutes für Arzneimittel, der bakteriologisch-serologischen Untersuchungsanstalten und der Bundes-Hebammenakademien. Ab dem Jahr 2000 wurde das Bundesinstitut für Arzneimittel aus dem Verbund der bakteriologisch-serologischen Untersuchungsanstalten herausgelöst. Ab April 2000 werden unter diesem Titel auch die Gebarung der Lebensmitteluntersuchungsanstalten der veterinärmedizinischen Anstalten und des veterinärmedizinischen Grenzbeschaudienstes ausgewiesen.

Gesetzliche Grundlagen
Behördenüberleitungsgesetz, StGBl. Nr. 94/1945, zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 78/1998;
Epidemiegesetz 1950, BGBl. Nr. 186, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 702/1974;
Bundesgesetz zur Bekämpfung der Tuberkulose, BGBl. Nr. 127/1968, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 344/1993;
Geschlechtskrankheitengesetz, StGBl. Nr. 152/1945, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 345/1993;
Verordnung zum Geschlechtskrankheitengesetz, BGBl. Nr. 314/1974, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 591/1993;
Bazillenausscheidergesetz, StGBl. Nr. 153/1945, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 131/1964;
Verordnung zum Bazillenausscheidergesetz, BGBl. Nr. 128/1946, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 358/1969;
Bäderhygienegesetz, BGBl. Nr. 254/1976, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 658/1996;
Arzneimittelgesetz, BGBl. Nr. 185/1983, zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 78/1998;
Arzneibuchgesetz, BGBl. Nr. 195/1980;
Bundesgesetz über Maßnahmen gegen die Verbreitung des erworbenen Immundefektsyndroms (AIDS-Gesetz), BGBl. Nr. 728/1993, zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 117/1999;
Hebammengesetz, BGBl. Nr. 310/1994, zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 116/1999;
Hebammen-Ausbildungsverordnung, BGBl. Nr. 599/1995;
Lebensmittelgesetz 1975 (LMG 1975), BGBl. Nr. 86, zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 157/1999 samt Durchführungsverordnungen;
Waschmittelgesetz, BGBl. Nr. 300/1984;
Trinkwasser-Pestizidverordnung, BGBl. Nr. 488/1991;
Pflanzenschutzmittelgesetz 1997, BGBl. I Nr. 60/1997;
Bundesgesetz über die veterinärmedizinischen Bundesanstalten, BGBl. Nr. 563/1981, zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 79/2000;
Fleischuntersuchungsgesetz, BGBl. Nr. 522/1982, zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 66/1998 samt Durchführungsverordnungen;
Tierseuchengesetz, RGBl. Nr. 177/1909, zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 66/1998 samt Durchführungsverordnungen;
Tiergesundheitsgesetz, BGBl. I Nr. 133/1999;
Rinderleukosegesetz, BGBl. Nr. 272/1982, zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 133/1999;
IBR/IPV-Gesetz, BGBl. Nr. 636/1989, zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 133/1999;
Bangseuchengesetz BGBl. Nr. 14/1957, zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 133/1999.

	Personal-ausgaben	Sach-ausgaben	Summe	Einnahmen
	Millionen Euro			
2000	23,7	15,9	39,6	21,1
2001	28,3	22,9	51,3	26,4
2002	28,3	24,0	52,3	26,2

Paragraf 1790 Lebensmitteluntersuchungsanstalten

Aufgaben
Der Bund betreibt zur Erfüllung der Aufgaben in Vollziehung des Lebensmittelgesetzes 1975 die Bundesanstalt für Lebensmitteluntersuchung und -forschung in Wien und je eine Bundesanstalt für Lebensmitteluntersuchung in Linz, Graz, Innsbruck und Salzburg.

Anlagen
Ergänzungen unentbehrlicher Grundausstattungen, apparative Ausrüstung der Anstalten für die Kontaminationskontrolle von Lebensmitteln unter anderem auf radioaktive Substanzen und die vermehrte Rückstandskontrolle (Schädlingsbekämpfungsmittel, Hormone, Schwermetalle u. dgl.) und für Untersuchungen von Trinkwasser auf Pestizidrückstände. Weiters ist auch für Ersatzanschaffungen vorgesorgt.

Aufwendungen
Hier sind die Kosten zur Aufrechterhaltung des laufenden Betriebes der Anstalten veranschlagt.

Einnahmen
Einnahmen aus Untersuchungen, die ohne behördliches oder lebensmittelpolizeiliches Einschreiten erfolgen.

Paragraf 1791 Bundesinstitut für Arzneimittel

Aufgaben
Das Bundesinstitut für Arzneimittel erfüllt Aufgaben auf Grund des Arzneimittel- und Apothekenrechts, balneochemische Untersuchungen, balneologische Untersuchungen und Aufgaben auf Grund des AIDS-Gesetzes.

Anlagen
Zwecks Erfüllung der insbesondere im Rahmen der europäischen Arzneimittelzulassungsverfahren zu erfüllenden Aufgaben ist eine den spezifischen Erfordernissen entsprechende apparative Ausstattung erforderlich.

Aufwendungen
Hier sind die Betriebskosten veranschlagt.

Einnahmen
Betriebseinnahmen aus Chargenfreigaben und anteilsmäßige Einnahmen aus Gebühren zentraler Zulassungsverfahren im Rahmen der Europäischen Union.

Paragraf 1793 Bakteriologisch-serologische Untersuchungsanstalten

Aufgaben und Organisation
Bundesstaatliche bakteriologisch-serologische Untersuchungsanstalten bestehen in Wien, Linz, Salzburg, Graz, Klagenfurt und Innsbruck, die im Wesentlichen folgende Tätigkeiten durchführen:
Untersuchungen auf Grund des
- Epidemiegesetzes zur Diagnostizierung von Infektionskrankheiten,
- Tuberkulosegesetzes,
- Bazillenausscheidergesetzes,
- Bäderhygienegesetzes,
- Geschlechtskrankheitengesetzes,
- AIDS-Gesetzes
- Mutter-Kind-Passes,
- Führung von Referenzzentralen,
- Trinkwasseruntersuchungen aus medizinisch-hygienischer Sicht,
- Sterilitätsprüfungen (Autoklavenprüfungen) in Krankenanstalten, Bakteriologisch-serologische Untersuchungen in freier Konkurrenz zu Privatlaboratorien,
- Untersuchungen von Infusionspräparaten.

Anlagen
Durch die vermehrte Tätigkeit im Rahmen der europäischen epidemiologischen Überwachung verschiedener Infektionskrankheiten ist zur Aufrechterhaltung eines hohen Qualitätsstandards die Anschaffung moderner, den spezifischen Erfordernissen entsprechenden Laborgeräte und ADV-Anlagen erforderlich.

Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen)
Hier ist insbesondere für die zu entrichtende Kommunalsteuer vorgesorgt.

Aufwendungen
Hier sind die Betriebskosten der Untersuchungsanstalten veranschlagt. Die Aufwendungen beinhalten auch die Anteile an Untersuchungsgebühren (Taxen).

Einnahmen
Betriebseinnahmen aus gebührenpflichtigen Untersuchungen, Rückersätze von Reisekosten bei Wasseruntersuchungen.

Paragraf 1794 Bundes-Hebammenakademien

Aufgaben
In den Bundes-Hebammenakademien Salzburg und Klagenfurt wird die Ausbildung auf die neuesten Erfahrungen und Erkenntnisse abgestimmt, wobei durch den Beitritt zur EU die Ausbildung auf drei Jahre verlängert und das Ausbildungsniveau angehoben wurde. Die Ausbildung ist darauf ausgerichtet, eine Senkung der Säuglingssterblichkeit durch richtige Versorgung der werdenden Mütter und der Neugeborenen zu erzielen.

Aufwendungen
Dieser Ansatz berücksichtigt die Kosten für die Führung der beiden Akademien.

Einnahmen
Kostenersätze der Länder für Betriebsführung.

Paragraf 1795 Veterinärmedizinische Anstalten

Aufgaben
Der Bund betreibt zur Erfüllung der Aufgaben im Rahmen der Tierseuchenbekämpfung und -überwachung je eine veterinärmedizinische Anstalt in Mödling, Linz, Graz und Innsbruck.
Diese Anstalten haben diagnostische Aufgaben wie auch Rückstandskontrollen bei Fleisch (Veterinärpharmaka, Hormone, Schwermetalle) sowie Untersuchungen im Zusammenhang mit BSE durchzuführen. An der Bundesanstalt für veterinärmedizinische Untersuchungen Mödling wird auch Impfstoff produziert.

Anlagen
Vorgesehen sind die apparative Ausstattung von Anstalten für Zwecke von Rückstandskontrollen, sonstige vordringliche Anschaffungen im Zuge von Rationalisierungsmaßnahmen und Ersatzanschaffungen.

Aufwendungen
Hier sind die Betriebskosten dieser Anstalten veranschlagt, wovon nicht unerhebliche Mittel für Rückstandsuntersuchungen, die Anschaffung von Diagnostika für periodische, Wiederholungs- und Nachuntersuchungen im Rahmen der Leukose-, Brucellose- und IBR/IPV-Bekämpfung und die Reagenzien für die Salmonellen- und BVD-Bekämpfung bestimmt sind.

Einnahmen
Betriebseinnahmen für Untersuchungen, ausgenommen die kostenlos zu untersuchenden Einsendungen nach dem Tierseuchen- und Tiergesundheitsgesetz.

Paragraf 1796 Veterinärmedizinischer Grenzbeschaudienst

Aufgaben
Amtshandlungen der Grenztierärzte bei der Einfuhr und Durchfuhr von Tieren, tierischen Rohstoffen und Produkten sowie Ausfuhrkontrolle.

Anlagen
Vorgesehen ist Amts- und Laborausstattung für EU-konforme Abfertigung an den Grenzeintrittsstellen.

Aufwendungen
Veranschlagung der Kosten zur Aufrechterhaltung des laufenden Betriebes der veterinärbehördlichen Grenzeintrittsstellen.

Einnahmen
Gebühren gemäß veterinärbehördlicher Ein- und Durchfuhrverordnung. Die Einnahmenhöhe richtet sich nach der Anzahl der Ein- und Durchfuhren von Tieren und tierischen Produkten.

Kapitel 19 Jugend, Familie und Senioren

Die Einnahmen und Ausgaben dieses Kapitels ergeben sich aus dem Wirkungsbereich des Bundesministeriums für soziale Sicherheit und Generationen gemäß dem Bundesministeriengesetz 1986, BGBl. Nr. 76, zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 141/2000, insbesondere Anlage zu 2 Teil 2, Abschnitt J, soweit Angelegenheiten der Familien-, Jugend- und Seniorenpolitik sowie des Familienlastenausgleiches betroffen sind.

Gesamtgebarung

	Personal-ausgaben	Sach-	Summe	Einnahmen
	Millionen Euro			
2000	0,0	4.322,1	4.322,1	4.312,4
2001	0,0	4.432,4	4.432,4	4.419,5
2002	0,0	4.571,0	4.571,0	4.558,1

Im Einzelnen ist zu den Bereichen zu bemerken:

Die Personal- und Sachausgaben für den Bereich Jugend, Familie und Senioren sind beim Titel 150 mitveranschlagt.

Titel 191 Familien- und seniorenpolitische Maßnahmen

	Personal-ausgaben	Sach-	Summe	Einnahmen
	Millionen Euro			
2000	0,0	3,0	3,0	0,0
2001	0,0	5,1	5,1	0,0
2002	0,0	5,1	5,1	0,0

Voranschlagsansatz 1/19114 Förderungen (Gesetzl. Verpflichtungen)
Der hier veranschlagte Betrag dient zur Unterstützung der Beratung, Information und Betreuung von Senioren durch Seniorenorganisationen als allgemeine Seniorenförderung sowie für den Ersatz der Aufwendungen der Seniorenkurie (§ 19 Bundes-Seniorengesetz).
Im BVA 2002 sind dafür 1,503 Millionen Euro veranschlagt.

Voranschlagsansatz 1/19116 Förderungen
Für familien- und seniorenpolitische Maßnahmen sind 2002 1,545 Millionen Euro veranschlagt. Diese Mittel werden für die Förderung der Verbände und Institutionen, die vorwiegend auf dem Gebiete der Familienpolitik oder Altenarbeit tätig sind, verwendet.
Es handelt sich dabei unter anderem auch um Familienorganisationen, die auch im Familienpolitischen Beirat beim Bundesministerium für soziale Sicherheit und Generationen vertreten sind und deren Aktivitäten den Familien direkt zugute kommen, andererseits um freie Träger der Altenarbeit im sozialen, kulturellen und präventiven Bereich. Weiters werden von gemeinnützigen Einrichtungen getragene Projekte gefördert.

Voranschlagsansatz 1/19118 Aufwendungen
Bei diesem Voranschlagsansatz werden die Ausgaben für Veranstaltungen von familienpolitisch bedeutsamen Symposien, von Veranstaltungen im Internationalen Jahr der Freiwilligen und generationenübergreifenden Projekten, die Herstellung von Publikationen sowie für bewusstseinsbildende Maßnahmen veranschlagt.

Voranschlagsansatz 1/19137 Zahlung an den Reservefonds für Familienbeihilfen

Gesetzliche Grundlage
Familienlastenausgleichsgesetz 1967, § 40 Abs. 6 und 7.

Dieser Voranschlagsansatz trägt der Regelung Rechnung, dass der Bund im Falle, dass die Mittel des Reservefonds für Familienbeihilfen erschöpft sind, einen Abgang aus der Gebarung des Ausgleichsfonds für Familienbeihilfen in Anrechnung auf seine Verbindlichkeiten gegenüber dem Reservefonds zu tragen hat. Sind alle Mittel des Reservefonds erschöpft, hat der Bund die Abgänge aus der Gebarung des Ausgleichsfonds für Familienbeihilfen vorläufig aus allgemeinen Budgetmitteln zu decken.

Titel 193 Ausgleichsfonds für Familienbeihilfen (zweckgeb.Geb.)

Gesetzliche Grundlage
Familienlastenausgleichsgesetz 1967, BGBl. Nr. 376, zuletzt geändert durch das Bundesgesetz BGBl. I Nr. 142/2000.

Aufgaben
Nach dem FLAG werden folgende Leistungen erbracht:
Die Gewährung einer nach der Anzahl und dem Alter der Kinder gestaffelten Familienbeihilfe sowie eines Mehrkindzuschlages;
die Gewährung einer Kleinkindbeihilfe;
die Gewährung eines Mutter-Kind-Pass-Bonusses;
die Gewährung von Schulfahrtbeihilfen;
die Finanzierung der Schülerfreifahrten und die Finanzierung von Schulbüchern;
die Finanzierung der Lehrlingsfreifahrten;
die Fahrtenbeihilfe für Lehrlinge;
die Finanzierung der Wiedereinstellungsbeihilfe;
die Förderung von Familienberatungsstellen;
die Förderung von Elternbildung, Mediation sowie Eltern- und Kinderbegleitung in Scheidungs- und Trennungssituationen;
die Kosten für Forschungsförderungen und Forschungsaufträge sowie sonstige wissenschaftliche Untersuchungen und Arbeiten im Interesse der Familien und Generationenbeziehungen
die Gewährung von Zuwendungen aus dem Familienhärteausgleich;
die Leistung eines Kostenanteiles für die Untersuchungen nach dem Mutter-Kind-Pass;
die Zahlung von Vorschüssen auf den gesetzlichen Unterhalt;
die Beitragsleistung zur Schülerunfallversicherung;
der Teilersatz der Aufwendungen für das Wochengeld;
der Teilersatz der Kosten der Betriebshilfe an Mütter, die in der gewerblichen Wirtschaft oder in der Land- und Forstwirtschaft selbständig erwerbstätig sind;
die Pensionsbeiträge für Pflegepersonen von schwerstbehinderten Kindern;
der Ersatz der Teilzeitbeihilfe;
der Beitrag zum Fonds zur Mitfinanzierung der In-vitro-Fertilisation.

	Personal-ausgaben	Sach-ausgaben	Summe	Einnahmen
		Millionen Euro		
2000	0,0	4.312,4	4.312,4	4.312,4
2001	0,0	4.419,5	4.419,5	4.419,5
2002	0,0	4.558,1	4.558,1	4.558,1

Übersicht über die Gebarung:

	Ausgaben	Einnahmen	Überschuß (+) Abgang (-)
		Millionen Euro	
1990	3.041,8	3.119,5	+804,4
1991	3.190,6	3.061,3	-129,3
1992	3.632,0	3.523,8	-108,2
1993	3.863,9	3.616,6	-247,3
1994	4.187,5	3.851,1	-336,4
1995	4.049,1	3.827,3	-221,8
1996	3.964,0	3.902,1	-61,9
1997	3.939,8	3.983,9	+44,1
1998	3.677,8	4.104,3	-433,7
1999	3.745,1	4.198,7	+453,7
2000 (vorl. Erfolg)	4.207,8	4.312,4	+104,6
2001 (BVA)	4.419,5	4.399,9	-19,6
2002 (BVA)	4.526,2	4.558,1	+31,9

Gebarung
Die Gebarung des Familienlastenausgleiches wird über den Ausgleichsfonds für Familienbeihilfen abgewickelt, der keine Rechtspersönlichkeit besitzt.

Voranschlagsansatz 1/19307 Familienbeihilfen
Die Familienbeihilfe beträgt seit 1. Jänner 2000 für jedes Kind 105,4 Euro; sie erhöht sich ab Beginn des Kalendermonats, in dem das Kind das 10. Lebensjahr vollendet, um monatlich 18,2 Euro und erhöht sich ab Beginn des Kalendermonats, in dem das Kind das 19. Lebensjahr vollendet hat, um weitere 21,8 Euro monatlich. Für ein erheblich behindertes Kind erhöht sich die Familienbeihilfe um monatlich 131 Euro.
Ab 1. Jänner 2000 wird - zusätzlich zur Familienbeihilfe - ein vom Familieneinkommen abhängiger Mehrkindzuschlag für jedes dritte und jedes weitere Kind in Höhe von 29,1 Euro monatlich gewährt.
Ab 1. Jänner 2000 ist eine Geschwisterstaffelung in Kraft getreten. Dadurch erhöht sich die Familienbeihilfe bei zwei Kindern um 12,8 Euro monatlich. Ab drei oder mehr Kindern erhöht sich die Familienbeihilfe um 25,5 Euro monatlich.
Vom Ausgleichsfonds für Familienbeihilfen wurde im Jahresdurchschnitt 2000 an rund 1.005.454 Anspruchsberechtigte für rund 1.702.492 Kinder Familienbeihilfe gewährt. Ferner wird für 56.199 erheblich behinderte Kinder die erhöhte Familienbeihilfe gewährt. Die Anzahl der Personen (vorwiegend Grenzgänger), die Ausgleichszahlungen erhielten, betrug im Jahre 1999 6.393.
Nicht vom Ausgleichsfonds für Familienbeihilfen wird gemäß § 46 FLAG 1967 der Aufwand für jene Familienbeihilfen getragen, die

1. der Bund, die Länder und die Gemeinden (letztere nur, wenn ihre Einwohnerzahl 2.000 übersteigt), mit Ausnahme der von diesen Gebietskörperschaften verwalteten Betriebe, Unternehmungen, Anstalten, Stiftungen und Fonds, ferner die gemeinnützigen Krankenanstalten, ihren Empfängern von Dienstbezügen sowie von Ruhe- und Versorgungsgenüssen auszahlen und
2. den Empfängern von wiederkehrenden Geldleistungen aus der Kriegsopferversorgung, aus der Heeresversorgung und aus der Opferfürsorge ausgezahlt werden.

Diese Familienbeihilfen werden daher auch nicht im Titel 193 des Bundeshaushaltes verrechnet.

Voranschlagsansatz 1/19317 Mutter-Kind-Pass-Bonus und Kleinkindbeihilfen
Der Mutter-Kind-Pass-Bonus beträgt einmal 145,4 Euro und wird mit Vollendung des ersten Lebensjahres des Kindes ausgezahlt, wenn die vorgeschriebenen Mutter-Kind-Pass-Untersuchungen nachgewiesen sind.

Die vom Familieneinkommen abhängige Kleinkindbeihilfe beträgt 73 Euro monatlich, höchstens für zwölf Monate.

Voranschlagsansatz 1/19327 Schulfahrtbeihilfen und Lehrlingsfahrtbeihilfen
Die Schulfahrtbeihilfe bzw. die Lehrlingsfahrtbeihilfe wird gewährt, wenn keine Möglichkeit einer Freifahrt besteht.

Schulfahrtbeihilfe:

Schuljahr	Anträge	Ausgaben in Mio. Euro	Durchschnittsausgaben pro Antrag in Euro
1995/1996	9.225	1,8	199,12
1996/1997	8.537	1,8	210,46
1997/1998	8.819	1,9	212,57
1998/1999	9.495	2,0	211,26

Fahrtenbeihilfe f. Lehrlinge

Lehrjahr	Anzahl d. Anträge	Ausgaben in Euro	Durchschnittsausgaben pro Antrag in Euro
1995	1.287	54.348	42,23
1996	923	41.202	44,64
1997	1.570	68.019	43,32
1998	1.836	82.662	45,02
1999	2.099	96.314	45,89

Voranschlagsansatz 1/19337 Schülerfreifahrten

Die Kosten für die Schülerfreifahrten betragen:

	vorl. Erfolg 2000	BVA 2001	BVA 2002
	in Millionen Euro		
1. Linienverkehr	231,9	239,0	245,0
2. Gelegenheitsverkehr	51,2	59,4	62,4

Die Schülerfreifahrten wurden in den letzten Schuljahren wie folgt in Anspruch genommen:

Schuljahr	Anzahl d. Anträge	Ausgaben in Mio. Euro	Durchschnittsausgaben pro Antrag in Euro
1995/1996	863.100	329,3	381,53
1996/1997	804.900	294,9	366,42
1997/1998	775.900	282,5	364,02
1998/1999	785.200	276,0	351,74

Der Eigenanteil beträgt 20 Euro pro Kind.

Voranschlagsansatz 1/19347 Schulbücher

In den abgelaufenen Schuljahren wurden durch die Schulbuchaktion erfasst:

Schuljahr	Schüleranzahl	Ausg. in Mio. Euro	Durchschnittsausgaben in Euro pro Kind	pro Buch
1994/1995	1.160.609	85,7	73,8	8,5
1995/1996	1.165.664	86,2	74,0	8,8
1996/1997	1.169.717	87,3	74,7	9,3
1997/1998	1.171.595	91,1	77,8	9,5
1998/1999	1.178.493	91,3	77,4	9,8
1999/2000	1.188.793	92,0	77,4	10,1

Voranschlagsansatz 1/19357 Lehrlingsfreifahrten

Gemäß § 30j FLAG 1967 werden unter den im Gesetz bestimmten Voraussetzungen die Kosten für die Beförderung der Lehrlinge im Linienverkehr zwischen der Wohnung und der betrieblichen Ausbildungsstätte aus Mitteln des FLAF getragen.

Paragraf 1936 Härteausgleich

Gemäß § 38a Abs. 1 FLAG 1967 können Familien sowie werdenden Müttern, die durch ein besonderes Ereignis unverschuldet in Not geraten sind, zur Milderung oder Beseitigung der Notsituation finanzielle Zuwendungen gewährt werden.

Paragraf 1937 Familienberatungsstellen
Gemäß § 39b FLAG 1967 ist der Aufwand für die Förderung der Familienberatungsstellen nach dem Familienberatungsförderungsgesetz, BGBl. Nr. 80/1974, zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 130/ 1997, aus Mitteln des Ausgleichsfonds für Familienbeihilfen zu tragen.
Im Jahre 2002 werden voraussichtlich rd. 360 Familienberatungsstellen gefördert werden.

Paragraf 1938 Sonstige familienpolitische Maßnahmen
Voranschlagsansatz 1/19386 Förderungen
Gemäß §39c FLAG 1967 ist der Aufwand für die Förderung gemeinnütziger Einrichtungen, die das Angebot qualitativer Elternbildung und von Mediation oder Eltern- und Kinderbegleitung in Scheidungs- und Trennungssituationen gewährleisten, BGBl. I Nr. 136/1999, aus Mitteln des Ausgleichsfonds für Familienbeihilfen zu tragen. Weiters sind gemäß § 39i FLAG 1967 die Kosten für Forschungsförderungen im Interesse der Familien und Generationenbeziehungen aus Mittel des Ausgleichsfonds für Familienbeihilfen zu tragen.

Voranschlagsansatz 1/19387 Sonstige Maßnahmen
Wiedereinstellungsbeihilfe
Gemäß § 39a Abs. 7 FLAG 1967 ist der Aufwand für die Wiedereinstellungsbeihilfe nach Art. XXI des Karenzurlaubserweiterungsgesetzes, BGBl. Nr. 408/1990, zu leisten.
Im Jahre 2002 sind dafür 1,5 Millionen Euro veranschlagt.

Mutter-Kind-Pass
Die Kosten für die im Mutter-Kind-Pass festgelegten ärztlichen Untersuchungen der Schwangeren und der Kinder werden zu zwei Drittel vom Ausgleichsfonds für Familienbeihilfen und zu einem Drittel von den Trägern der gesetzlichen Krankenversicherung getragen. Die Kosten für die Auflage des Mutter-Kind-Passes werden ebenfalls vom Ausgleichsfonds für Familienbeihilfen getragen.
Im Jahre 2002 sind dafür 30,6 Millionen Euro veranschlagt.

Schülerunfallversicherung
Gemäß § 39a Abs. 1 FLAG 1967 ist an die Allgemeine Unfallversicherungsanstalt für die gesetzliche Unfallversicherung der Schüler und Studenten ab 1991 ein jährlicher Betrag von 4,4 Millionen Euro zu zahlen.

Wochengeld
Gemäß § 39a Abs. 3 FLAG 1967 sind den Trägern der gesetzlichen Krankenversicherung aus dem Ausgleichsfonds für Familienbeihilfen 70vH der Aufwendungen für das Wochengeld zu ersetzen.
Im Jahre 2002 sind für diesen Zweck 209,4 Millionen Euro veranschlagt.

Betriebshilfe
Gemäß § 39a Abs. 4 FLAG 1967 sind 70 vH der Aufwendungen für Leistungen der Betriebshilfe an Mütter, die in der gewerblichen Wirtschaft oder in der Land- und Forstwirtschaft selbständig erwerbstätig sind, den entsprechenden Sozialversicherungsträgern zu ersetzen (siehe hiezu das Bundesgesetz BGBl. Nr. 359/1982 in der Fassung des Bundesgesetzes BGBl. Nr. 433/1996).
Im BVA 2002 sind dafür 5,7 Millionen Euro vorgesehen.

Teilzeitbeihilfe
Gemäß § 39 Abs. 3 FLAG 1967 ist der Aufwand für die Teilzeitbeihilfe (Barleistungen einschließlich Krankenversicherungsbeiträge) nach dem Arbeitslosenversicherungsgesetz zu tragen.
Im Voranschlag 2002 sind für diesen Zweck 2,2 Millionen Euro vorgesehen.

Pensionsbeiträge für Pflegepersonen von Schwerstbehinderten
Gemäß § 39a Abs. 5 FLAG 1967 sind den Trägern der gesetzlichen Pensionsversicherung die Pensionsbeiträge für die nach § 18a des Allgemeinen Sozialversicherungsgesetzes Selbstversicherten aus Mitteln des Ausgleichsfonds für Familienbeihilfen zu zahlen.
Im BVA 2002 sind dafür 6,9 Millionen Euro vorgesehen.

Überweisung an den Ausgleichsfonds der PV-Träger
Gemäß § 40a FLAG 1967 sind dem Ausgleichsfonds der Pensionsversicherungsträger als Beitrag zur Finanzierung der Ersatzzeiten der Kindererziehung 33,4 Millionen Euro aus Mitteln des Ausgleichsfonds für Familienbeihilfen zu überweisen.

Beitrag In-Vitro-Fertilisation
Gemäß § 3 Abs. 1 BGBl. I Nr. 180/1999 sind 50% der Kosten dem Fonds zur Mitfinanzierung der In-vitro-Fertilisation zu überweisen.

Kostenersatz für den Verwaltungsaufwand
Gemäß § 39g FLAG 1967 sind dem Bund (Bundesminister für Finanzen) als Kostenersatz für den Verwaltungsaufwand 21,8 Millionen Euro aus Mittel des Ausgleichsfonds für Familienbeihilfen zu überweisen.

Studienförderung
Gemäß § 39h FLAG 1967 ist aus Mittel des Ausgleichsfonds für Familienbeihilfen für Zwecke der Gewährung von Förderungsmaßnahmen nach dem Studienförderungsgesetz 1992, BGBl. Nr.305/1992 an den Bund ein Betrag von 14,5 Millionen Euro zu überweisen.

Voranschlagsansatz 1/19388 Aufwendungen
Gemäß § 39e Abs. 10 FLAG 1967 werden Maßnahmen im Zusammenhang mit dem Absinken der Mutter-Kind-Pass-Untersuchungsfrequenz getroffen.
Gemäß § 39c Abs. 2 FLAG 1967 kann der Bund zur Sicherung der kontinuierlichen Inanspruchnahme von Elternbildungsangeboten notwendige Maßnahmen zur Bewusstseinsbildung durchführen. Weiters sind gemäß § 39i FLAG 1967 die Kosten für Forschungsaufträge sowie sonstige wissenschaftliche Untersuchungen und Arbeiten im Interesse der Familien und Generationenbeziehungen aus Mittel des Ausgleichsfonds für Familienbeihilfen zu tragen.
Im BVA 2002 sind dafür 2,4 Millionen Euro veranschlagt.

Voranschlagsansatz 1/19389 Unterhaltsvorschüsse
Gemäß § 39 Abs. 8 FLAG 1967 sind die nach dem Unterhaltsvorschussgesetz, BGBl. Nr. 451/1985, zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 140/1997, zu leistenden Vorschüsse auf den gesetzlichen Unterhalt aus dem Ausgleichsfonds für Familienbeihilfen zu finanzieren.
Die Unterhaltsvorschüsse werden von den Oberlandesgerichten ausgezahlt und diesen zu Lasten des vorliegenden Voranschlagsansatzes ersetzt.
Im Jahre 2002 wird mit rd. 39.000 Fällen von Unterhaltsbevorschussungen gerechnet.
Die Rückzahlungen für die Vorschüsse werden beim Voranschlagsansatz 2/19382 beim Ausgleichsfonds für Familienbeihilfen vereinnahmt.

Voranschlagsansatz 1/19397 Überweisungen
Gemäß § 40 Abs. 4 FLAG 196 7 sind allfällige Überschüsse aus der jährlichen Gebarung des Ausgleichsfonds für Familienbeihilfen an den Reservefonds für Familienbeihilfen zu überweisen.

Einnahmen

Voranschlagsansatz 2/19300 Dienstgeberbeiträge (Sektion A)
Der Dienstgeberbeitrag zum Ausgleichsfonds für Familienbeihilfen beträgt 4,5vH der Bruttoarbeitslöhne (§ 41 FLAG 1967). Den Dienstgeberbeitrag haben alle Dienstgeber zu leisten, die im Bundesgebiet Dienstnehmer beschäftigen.

Von der Leistung des Dienstgeberbeitrages sind befreit:
1. der Bund, die Länder und die Gemeinden mit Ausnahme der von diesen Gebietskörperschaften verwalteten Betriebe, Unternehmungen, Anstalten, Stiftungen und Fonds; die Gemeinden jedoch nur, wenn ihre Einwohnerzahl 2.000 übersteigt;
2. die gemeinnützigen Krankenanstalten (§ 16 des Krankenanstaltengesetzes, BGBl. Nr. 1/1957 in der derzeit geltenden Fassung).

Voranschlagsansatz 2/19301 Mehrkindzuschlag (Ersatz von Selbstträgern)
Für Zeiträume, für die die Familienbeihilfe gemäß § 46 FLAG 1967 von einem Selbstträger auszuzahlen ist, sind die Beträge an Mehrkindzuschlag, die vorerst grundsätzlich aus Mitteln des Ausgleichsfonds für Familienbeihilfen geleistet wurden, diesem Fonds gemäß § 9d FLAG 1967 in der Fassung des Art. XVI des Budgetbegleitgesetzes 1998, BGBl. I Nr. 79/1998, vom Selbstträger zu ersetzen.

Voranschlagsansatz 2/19310 Anteil der Einkommen- und Körperschaftsteuer
Nach § 39 Abs. 5 lit. b FLAG 1967 sind Anteile vom Aufkommen an Einkommen- und Körperschaftsteuer an den Ausgleichsfonds für Familienbeihilfen zu leisten. Die Höhe der Anteile richtet sich nach den Bestimmungen des jeweiligen Finanzausgleichsgesetzes. Diese Anteile werden bei den Voranschlagsansätzen 2/52004 bis 2/52024 und 2/52034 in Einnahme und beim Voranschlagsansatz 2/52874 in Ausgabe und schließlich beim Voranschlagsansatz 2/19310 als Einnahme des Ausgleichsfonds für Familienbeihilfen verrechnet.

Voranschlagsansatz 2/19311 Abgeltung von Ansätzen für Einkommensteuer
Als Abgeltung für den Wegfall der Kinderabsetzbeträge und deren Ersatz durch höhere Familienbeihilfen sind gemäß § 39 Abs. 5 lit. a FLAG 1967 vom Aufkommen an Einkommen- und Lohnsteuer 690,4 Millionen Euro dem Ausgleichsfonds für Familienbeihilfen zuzuweisen; davon entfallen 172,6 Millionen Euro auf die veranlagte Einkommensteuer und 517,8 Millionen Euro auf die Lohnsteuer.
Diese Abgeltungsbeträge werden bei den Voranschlagsansätzen 2/52004 und 2/52014 in Einnahme und beim Voranschlagsansatz 2/52875 in Ausgabe und schließlich beim Voranschlagsansatz 2/19311 als Einnahme des Ausgleichsfonds für Familienbeihilfen verrechnet.

Voranschlagsansatz 2/19320 Beiträge von land- und forstwirtschaftlichen Betrieben
Der Beitrag von land- und forstwirtschaftlichen Betrieben ist
1. von allen land- und forstwirtschaftlichen Betrieben im Sinne des § 1 Abs. 2 Z 1 des Grundsteuergesetzes 1955, BGBl. Nr. 149
2. von Grundstücken im Sinne des § 1 Abs. 2 Z 2 des Grundsteuergesetzes 1955, soweit es sich um unbebaute Grundstücke handelt, die nachhaltig land- und forstwirtschaftlich genutzt werden, zu entrichten.

Voranschlagsansatz 2/19330 Beiträge der Länder
Die Länder entrichten Beiträge zum Ausgleichsfonds für Familienbeihilfen in Höhe von 1,74 Euro pro Jahr und Landeseinwohner, soweit dieser das 18. Lebensjahr vollendet hat.
Die Höhe der Beiträge der einzelnen Bundesländer wurde auf Grund des Ergebnisses der Volkszählung 1991 festgesetzt und ist aus der Verordnung des Bundesministers für Umwelt, Jugend und Familie, BGBl. Nr. 379/1993, zu ersehen.

Voranschlagsansatz 2/19340 Transferzahlungen von privaten Haushalten (Selbstbehalt)
Gemäß § 31 Abs. 1 FLAG 1967 ist für alle aus Mitteln des Ausgleichsfonds für Familienbeihilfen zur Verfügung gestellte Schulbücher ein Selbstbehalt von 10vH der für die Schüler maßgeblichen Limits zu bezahlen.
Sonderschüler zahlen keinen Selbstbehalt; der pädagogische Sonderbedarf eines Schülers ist auch vom Selbstbehalt befreit.
Weiters werden bei diesem VA-Ansatz auch die Selbstbehalte im Rahmen der Schulfreifahrt und der Lehrlingsfreifahrt im Bereich des Linienverkehrs im Betrag von 20 Euro pro Person und Jahr verrechnet.

Voranschlagsansatz 2/19382 Unterhaltsvorschüsse
Die zu Lasten des Voranschlagsansatzes 1/19389 ausgezahlten Vorschüsse auf den gesetzlichen Unterhalt sind von den Empfängern bzw. von den Unterhaltspflichtigen zurückzuzahlen. Die Rückzahlung erfolgt über die Jugendämter und Oberlandesgerichte an den Ausgleichsfonds für Familienbeihilfen.

Voranschlagsansatz 2/19390 Ersatz vom Reservefonds für Familienbeihilfen
Gemäß § 40 Abs. 5 FLAG 1967 ist ein jährlicher Abgang aus der Gebarung des Ausgleichsfonds für Familienbeihilfen vom Reservefonds für Familienbeihilfen zu ersetzen.

Der Reservefonds für Familienbeihilfen weist mit Ende Dezember 2000 ein Vermögen von 108,9 Millionen Euro aus.

Titel 194 Jugend

	Personal-ausgaben	Sach-	Summe	Einnahmen
	Millionen Euro			
2000	0,0	6,8	6,8	0,0
2001	0,0	7,8	7,8	0,0
2002	0,0	7,8	7,8	0,0

Paragraf 1941 Außerschulische Jugenderziehung

Förderungen
Die Jugendgemeinschaften, die Jugendorganisationen, Jugendvereine, Jugendinitiativen, das Österreichische Insitut für Jugendforschung (eine Institution auf Vereinsbasis) und andere Einrichtungen der außerschulischen Jugenderziehung sowie der Jugendwohlfahrt werden gefördert.
Auch Zuschüsse für die Errichtung von Jugendheimen und Zuwendungen für den bilateralen Jugendaustausch finden hier Bedeckung.

Aufwendungen
Bei diesem Ansatz werden Kosten für Jugendveranstaltungen, Mitarbeiterfortbildung, den österreichischen Jugendredewettbewerb, die Jugendministerkonferenz, den Jugendbericht, das österreichische Bundesjugendsingen, die Sektenbroschüre, den internationalen Jugendaustausch sowie gemeinsame Veranstaltungen mit den Landesjugendreferaten der Bundesländer gezahlt. Weiters wurde für öffentlichkeitswirksame Aktivitäten zur Verankerung der Rechte der Kinder im Bewusstsein der Bevölkerung vorgesorgt.

Kapitel 20 Äußeres

Die Einnahmen und Ausgaben dieses Kapitels ergeben sich aus dem Wirkungsbereich des Bundesministeriums für auswärtige Angelegenheiten gemäß Bundesministeriengesetz 1986, BGBl. Nr. 76, zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 141/2000, insbesondere Anlage zu § 2 Teil 2 Abschnitt B.

Gesamtgebarung

	Personal-ausgaben	Sach-	Summe	Ein-nahmen
	Millionen Euro			
2000	67,8	250,5	318,2	6,6
2001	67,9	235,5	303,4	7,3
2002	67,9	231,9	299,8	7,3

Auf Grund der Neuordnung der Ministerialkompetenzen wurde im Bundesvoranschlag 2000 der bisher beim Kapitel 10 'Bundeskanzleramt mit Dienststellen' unter dem Paragrafen 1006 'Zusammenarbeit mit ZOR und NUS' angesiedelte Bereich dem Kapitel 20 'Äußeres' per 1. April 2000 übertragen und hier als neuer Paragraf 2007 'Ost-Förderprogramme für MOEL und NUS' aufgenommen. Die Erfolgsziffern für 2000 sind daher mit den Folgejahren nur bedingt vergleichbar.

Im Einzelnen ist zu den Bereichen zu bemerken:

Titel 200 Bundesministerium für auswärtige Angelegenheiten

Aufgaben
Dem Bundesministerium für auswärtige Angelegenheiten obliegen die auswärtigen Angelegenheiten in allen Bereichen der staatlichen Vollziehung.

Gesetzliche Grundlagen
Das Bundesministerium für auswärtige Angelegenheiten wurde mit Bundesgesetz BGBl. Nr. 172/1959 als selbständiges Bundesministerium errichtet.

	Personal-ausgaben	Sach-	Summe	Ein-nahmen
	Millionen Euro			
2000	26,8	107,8	134,6	0,9
2001	26,5	92,0	118,5	1,3
2002	26,5	89,9	116,3	1,3

Unterschiede gegenüber Vorjahre
Die Verminderung der Sachausgaben gegenüber dem Vorjahr ist im wesentlichen auf die Verringerung der freiwilligen Beiträge an internationale Organisationen zurückzuführen.

Anlagen
Nach Umstellung der gesamten IT-Infrastruktur im Bundesministerium für auswärtige Angelegenheiten wurde zur Sicherstellung des ordnungsgemäßen Betriebes dieses Systems im Jahr 2002 insbesondere für den Austausch veralteter Clients vorgesorgt. Daneben wurde im Rahmen der gebotenen Sparsamkeit auf die Erhaltung der Amts- und Telekommunikationseinrichtungen Bedacht genommen.

Förderungen
Die vorgesehenen Förderungen umfassen einerseits freiwillige Beiträge an internationale Organisationen und andererseits Subventionen an Institutionen, die es dem Bundesministerium für auswärtige Angelegenheiten ermöglichen, auch außerhalb des Rahmens des Ministeriums aktuelle Fragen der internationalen Politik zu diskutieren bzw. deren Tätigkeiten im Interesse des Bundesministeriums für auswärtige Angelegenheiten liegen. Daneben sind Beiträge zur Unterbringung

der Sekretariate von internationalen Organisationen und zur Hilfestellung Österreichs bei der Unterbringung von Vertretungsbehörden aus Entwicklungsländern und Neuen Unabhängigen Staaten in Wien veranschlagt, ferner die im Zusammenhang mit der Ausgliederung der Diplomatischen Akademie und der Deutschkurse an den Kulturinstituten im Ausland vom Bundesministerium für auswärtige Angelegenheiten weiterhin zu tragenden Kosten.

Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen)
Neben Familienbeihilfen, verschiedenen Gebühren und öffentlichen Abgaben sind hier die Pflichtbeiträge Österreichs an internationale Organisationen veranschlagt.
Die Mitgliedschaft Österreichs bei internationalen Organisationen und die Höhe der Beitragszahlungen sind aus dem Teilheft (Postenverzeichnis bei den Voranschlagsansätzen 1/20036 und 1/20037) bzw. aus der Beilage P zum Amtsbehelf ersichtlich. Die Unterschiede des Bedarfs sind auf die Neufestsetzung einzelner Beitragszahlungen und auf Kursschwankungen zurückzuführen.

Aufwendungen
Neben der Bedeckung der Kosten des laufenden Aufwandes, insbesondere für Outsourcing und den Betrieb des EDV-Netzes (WAN) wurde vor allem für die Gewährleistung eines ordnungsgemäßen Betriebes des Büroautomatisierungssystems und des ELAKS im Bundesministerium für auswärtige Angelegenheiten vorgesorgt. Ferner war weiterhin die Bedeckung für entsprechende Beiträge zu OSZE-Institutionen bereitzustellen. Schließlich waren im Rahmen der EU-Mitgliedschaft auch die erforderlichen Mittel für Zahlungen im Zusammenhang mit der Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik (GASP) zu veranschlagen.

Einnahmen
Die Einnahmen resultieren hauptsächlich aus Transportspesenersätzen, Miet- und Pachtzinsen sowie Kostenersätzen der EU für Dienstreisen.

Paragraf 2007 Ost-Förderprogramme für MOEL und NUS
Die veranschlagten Mittel dienen zur Finanzierung von Projekten für Hilfs- und Beratungsmaßnahmen sowie von projektbegleitenden Beratungsverträgen, die die Mittel- und Osteuropäischen Länder (MOEL) sowie die Neuen Unabhängigen Staaten (NUS) in ihrem Übergang zur Demokratie und Marktwirtschaft unterstützen sollen. Gegenstand dieser Unterstützung ist der Transfer des österreichischen Know-hows sowie die Ankurbelung von Produktion und Beschäftigung vor Ort. Schwerpunktmäßig wird die Hilfe an die begünstigten Länder des Stabilitätspaktes für Südosteuropa gewährt.

Titel 201 Vertretungsbehörden

Dienststellen im Ausland
Derzeit bestehen 104 effektive Vertretungsbehörden im Ausland, und zwar 82 diplomatische, 16 konsularische und 6 Dienststellen besonderer Art.

Diplomatische Vertretungsbehörden
Die diplomatischen Vertretungsbehörden (davon drei in Form eines Büros des Handelsrates) sind in folgenden Orten eingerichtet: Abidjan, Abu Dhabi (Büro Handelsrat), Addis Abeba, Agram, Algier, Amman, Ankara, Athen, Bagdad (Büro Handelsrat), Bangkok, Beirut, Belgrad, Berlin, Bern, Bogota, Bonn (als Außenstelle der Botschaft Berlin), Brasilia, Brüssel, Budapest, Buenos Aires, Bukarest, Canberra, Caracas, Dakar, Damaskus, Den Haag, Dublin, Guatemala, Hanoi, Harare, Havanna, Heiliger Stuhl, Helsinki, Islamabad, Jakarta, Kairo, Kiew, Kinshasa (derzeit geschlossen), Kopenhagen, Kuala Lumpur, Kuwait, Lagos, Laibach, Lima, Lissabon, London, Luxemburg, Madrid, Manila, Maskat, Mexiko, Moskau, Nairobi, New Delhi, Oslo, Ottawa, Paris, Peking, Prag, Preßburg, Pretoria, Rabat, Riga, Riyadh, Rom, Santiago de Chile, Sarajewo, Seoul, Singapur (Büro Handelsrat), Skopje, Sofia, Stockholm, Tallinn, Teheran, Tel Aviv, Tirana, Tokio, Tripolis, Tunis, Warschau, Washington und Wilna.
Die diplomatische Vertretungsbehörde in Vaduz und die Vertretung für die Staaten Südkaukasiens und Zentralasiens haben ihren Sitz in Wien.
In Brüssel besteht die Ständige Vertretung Österreichs bei der Europäischen Union, in New York die Ständige Vertretung bei den Vereinten Nationen, in Genf die Ständige Vertretung beim Büro der Vereinten Nationen und den Spezialorganisationen, in Paris die Ständige Vertretung bei der UNESCO, in Straßburg die Ständige Vertretung beim Europarat und in Wien die Ständige Vertretung bei den Vereinten Nationen (Wien), IAEO und UNIDO.

Konsularische Vertretungsbehörden
Berufskonsulate im Ausland bestehen in Chikago, Hamburg, Hongkong, Istanbul, Kapstadt, Krakau, Los Angeles, Mailand, München, New York, Rio de Janeiro, Sao Paulo, Shanghai, Straßburg, Triest und Zürich.
Außerdem werden 2002 etwa 255 Honorarkonsulate amtieren. In Washington besteht ferner ein in die Botschaft integrierter österreichischer Informationsdienst, in Kampala und Managua gibt es jeweils Regionalbüros für Entwicklungszusammenarbeit.

	Personal-ausgaben	Sach-	Summe	Ein-nahmen
		Millionen Euro		
2000	38,2	76,5	114,7	5,2
2001	38,7	76,6	115,3	3,4
2002	38,7	76,8	115,6	3,4

Anlagen
Der Voranschlagsbetrag ist zum überwiegenden Teil für die Instandsetzung bzw. den Neubau von bundeseigenen Objekten im Ausland vorgesehen. Betreffend Amtseinrichtung und Telekommunikation wurde im Rahmen der vorgegebenen Sparmaßnahmen vorgesorgt.

Förderungen
Die hier veranschlagten 0,366 Millionen Euro sind ausschließlich für Auslandsösterreicher, davon 0,305 Millionen Euro als Bundesbeitrag an dem gemäß Bundesgesetz BGBl. Nr. 381/1967 errichteten 'Fonds zur Unterstützung österreichischer Staatsbürger im Ausland' und 0,061 Millionen Euro für sonstige Unterstützungen bestimmt.

Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen)
Neben verschiedenen Gebühren und öffentlichen Abgaben sind hier die Kosten für Leistungen nach § 58 B-KUVG und § 130 ASVG veranschlagt.

Aufwendungen
Die umfassenden Agenden des Bundesministeriums für auswärtige Angelegenheiten sowie die allgemeine Teuerung und der Umstieg von Weich- zu Hartwährungen in vielen Ländern erfordern die Bereitstellung entsprechender Ausgabenbeträge für 2002. Daneben sind die Bezüge der in das Ausland entsendeten Bediensteten sowie die Kosten der Instandhaltung von bundeseigenen und angemieteten Gebäuden sowie für bauliche und sonstige Sicherheitsmaßnahmen bei den Vertretungsbehörden zu bedecken.

Einnahmen
Die Einnahmen stammen größtenteils aus den Ersätzen zur Krankenversicherung der Auslandsbediensteten, den Kursdifferenzen aus Fremdwährungsgebarung und Zinsen aus dem Geldverkehr.

Konsulargebühren
Die Konsulargebühren werden gemäß Bundesgesetz BGBl. Nr. 100/1992, zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 52/1999, erhoben und bei Kapitel 52 'Öffentliche Abgaben' verrechnet.

Titel 203 Österreichische Kulturinstitute

Die derzeit bestehenden zehn Kulturinstitute sind in folgenden Orten eingerichtet: Agram, Budapest, Istanbul, London, Mailand, New York, Paris, Prag, Rom und Warschau.

Kulturabkommen
Mit folgenden Staaten bestehen Abkommen auf den Gebieten der Kultur, des Bildungswesens und der Wissenschaften: Ägypten (BGBl. Nr. 435/1973), Belgien (BGBl. Nr. 35/1953), Bulgarien (BGBl. Nr. 340/1974), Finnland (BGBl. Nr. 213/1979), Frankreich (BGBl. Nr. 220/1947), Großbritannien (BGBl. Nr. 60/1953), Guatemala (BGBl. Nr. 524/1989), Indonesien (BGBl. Nr. 271/1976), Italien (BGBl. Nr. 270/1954), Luxemburg (BGBl. Nr. 372/1972), Mexiko (BGBl. Nr. 611/1975), Norwegen (BGBl. Nr. 131/1973), Polen (BGBl. Nr. 434/1973), Portugal (BGBl. Nr. 230/1984), Rumänien (BGBl. Nr. 140/

1973), Russland (BGBl. III Nr. 179/1999), Slowakei (BGBl. Nr. 170/2000), Spanien (BGBl. Nr. 480/1976), Tunesien (BGBl. Nr. 534/ 1988), Ungarn (BGBl. Nr. 519/1977).
Das seinerzeit mit der Tschechoslowakei abgeschlossene Kulturabkommen (BGBl. Nr. 586/1978) gilt im Verhältnis zur Tschechischen Republik weiter. Das seinerzeit mit der Sozialistischen Föderativen Republik Jugoslawien abgeschlossene Kulturabkommen (BGBl. Nr. 436/1973) gilt im Verhältnis zur Bundesrepublik Jugoslawien (Kundmachung im BGBl. III Nr. 156/1997) und zu Kroatien (Kundmachung im BGBl. Nr. 474/1996) weiter.
Soweit aus diesen Abkommen Ausgaben nur für die innerstaatliche Durchführung erwachsen, fallen diese in die Kompetenzen des Bundeskanzleramtes bzw. des Bundesministeriums für Bildung, Wissenschaft und Kultur und sind daher bei diesen Ressorts veranschlagt (siehe Paragraf 1/1306 und Voranschlagsansatz 1/14108).
Auslagen im Ausland werden in der Regel vom Partnerstaat, fallweise aber auch vom Bundesministerium für auswärtige Angelegenheiten (Voranschlagsansatz 1/20408), Bundeskanzleramt bzw. Bundesministerium für Bildung, Wissenschaft und Kultur übernommen.

	Personal-ausgaben	Sach-	Summe	Einnahmen
	Millionen Euro			
2000	2,8	5,2	7,9	0,1
2001	2,7	5,6	8,3	0,1
2002	2,7	5,0	7,6	0,1

Anlagen
Vorgesorgt ist für unbedingt erforderliche Anschaffungen in den Bereichen Amtsausstattung, ADV und Telekommunikation.

Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen)
Neben Familienbeihilfen, verschiedenen Gebühren und öffentlichen Abgaben sind hier die Kosten für Leistungen nach § 58 B-KUVG und § 130 ASVG veranschlagt.

Aufwendungen
Außer den Kosten für den eigentlichen Verwaltungsaufwand sind hier auch die Bezüge für die in das Ausland entsendeten Bediensteten veranschlagt.

Einnahmen
Die Einnahmen stammen größtenteils aus den Kursdifferenzen aus Fremdwährungsgebarung sowie Zinsen aus dem Geldverkehr.

Titel 204 Kulturelle Vorhaben

	Personal-ausgaben	Sach-	Summe	Einnahmen
	Millionen Euro			
2000	0,0	4,6	4,6	0,1
2001	0,0	5,1	5,1	0,1
2002	0,0	5,0	5,0	0,1

Kulturelle Vorhaben
Zur Festigung und Verdeutlichung eines modernen und wirklichkeitsnahen Österreichbildes wird es notwendig sein, Projekte, die zeitgenössische österreichische Kunst und Kultur in einem weiten Begriffsverständnis vorstellen, verstärkt auch in westlichen Industrieländern nicht nur zu initiieren, sondern auch mitzufinanzieren.
Das Wissen um das Verständnis für Österreich und seine kulturelle Identität ist in den EU-Staaten teilweise gering. Um dies im Interesse der österreichischen Position in Europa positiv zu verändern, müssen gezielt Kulturveranstaltungen vorbereitet werden, die finanziell in größerem Ausmaß oder sogar ganz allein von Österreich getragen werden. Gleichzeitig muß Österreich durch

intensivierte kulturelle Tätigkeit in den Beitrittsländern signalisieren, dass es voll und ganz zu seiner positiven Stellungnahme zu den EU-Beitrittskandidaten steht und eine besondere kulturelle Verbundenheit besteht.
Mit Projekten, die die Vielfalt und Aktualität österreichischen Kulturschaffens präsentieren und damit ein umfassendes Bild der österreichischen Gesellschaft vermitteln, wird ein wesentlicher Beitrag zur Formung des Österreichbildes geleistet.

Titel 205 Entwicklungshilfe

Gesetzliche Grundlage
Entwicklungshilfegesetz, BGBl. Nr. 474/1974, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 579/1989.

	Personal-ausgaben	Sach-	Summe	Einnahmen
		Millionen Euro		
2000	0,0	56,4	56,4	0,4
2001	0,0	56,3	56,3	2,4
2002	0,0	55,2	55,2	2,4

Die hier für Programm- und Projektförderung veranschlagten Förderungsmittel werden vom Bund unter Bedachtnahme auf das der Bundesregierung jährlich vorzulegende Entwicklungshilfeprogramm gewährt.

Die Programm- und Projektförderung umfaßt Vorhaben, die der wirtschaftlichen, kulturellen und sozialen Entwicklung der Entwicklungsländer dienen. Hiezu sind insbesondere auch Vorhaben für Bildung und Ausbildung in Entwicklungsländern sowie die entwicklungspolitische Öffentlichkeitsarbeit in Österreich zu zählen.

Kapitel 30 Justiz

Die Einnahmen und Ausgaben dieses Kapitels ergeben sich aus dem Wirkungsbereich des Bundesministeriums für Justiz gemäß Bundesministeriengesetz 1986, BGBl. Nr. 76, zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 141/2000, insbesondere Anlage zu § 2 Teil 2 Abschnitt F.

Gesamtgebarung

	Personal-ausgaben	Sach-	Summe	Einnahmen
	Millionen Euro			
2000	442,0	361,2	803,2	569,9
2001	444,4	363,7	808,1	636,2
2002	445,4	358,4	803,8	647,6

Im Einzelnen ist zu den Bereichen zu bemerken:

Titel 300 Bundesministerium für Justiz

Aufgaben

Dem Bundesministerium für Justiz obliegen die obersten Verwaltungsgeschäfte des Bundes auf dem Gebiete der Zivil- und Strafrechtspflege.
Auf Grund der Bundesministeriengesetz-Novelle 2000 sind dem Bundesministerium für Justiz auch die Angelegenheiten des Konsumentenschutzes übertragen worden.

	Personal-ausgaben	Sach-	Summe	Einnahmen
	Millionen Euro			
2000	13,5	24,3	37,8	1,1
2001	14,1	26,1	40,2	1,2
2002	14,1	26,4	40,5	1,2

Unterschiede gegen Vorjahre

Die Erhöhung der Sachausgaben im Jahr 2001 ist insbesondere auf die Übertragung der Angelegenheiten des Konsumentenschutzes von Kapitel 10 und auf die Einrichtung eines verbesserten Kanzleiinformationssystems zurückzuführen.

Förderungen

Hervorzuheben ist die Förderung von Vereinen für Sachwalterschaft und Patientenanwaltschaft. Diese haben die Aufgabe, geeignete Sachwalter für behinderte Personen auszubilden und den Gerichten zur Wahrnehmung deren Aufgaben nach §§ 273 ff ABGB zur Verfügung zu stellen sowie für Patientenanwälte für in geschlossenen Bereichen von Anstalten nach dem Unterbringungsgesetz angehaltene Personen bereitzustellen. Die Vereine leisten damit einen wichtigen Beitrag für die rechtliche Betreuung psychisch Kranker und geistig Behinderter.
Als weitere Förderungen sind Subventionen an Einrichtungen für Opferhilfe, für das Institut für Rechts- und Kriminalsoziologie und für Vereine, deren Tätigkeit im Interesse des Justizressorts liegt (z. B. im Rahmen eines Entwicklungsprogrammes für Osteuropa), veranschlagt.

Aufwendungen

Neben der Vorsorge für den laufenden Aufwand sind auch Zahlungen an die BIG veranschlagt.

Titel 301 Oberster Gerichtshof und Generalprokuratur

Gesetzliche Grundlagen

Bundesgesetz vom 19. Juni 1968 über den Obersten Gerichtshof (OGHG), BGBl. Nr. 328/1968, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 20/1991;

Staatsanwaltschaftsgesetz, BGBl. Nr. 164/1986, zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 5/1999,

Verordnung des Bundesministers für Justiz vom 16. Juni 1986, BGBl. Nr. 338, zur Durchführung des Staatsanwaltschaftsgesetzes (DV - StAG).

Aufgaben

Der Oberste Gerichtshof ist oberste Instanz in Zivil- und Strafrechtssachen nach Art. 92 Abs. 1 Bundes-Verfassungsgesetz und Kartellobergericht gemäß § 88 Abs. 2 Kartellgesetz. Weiters sind beim Obersten Gerichtshof die Oberste Rückstellungskommission und die Oberste Berufungs- und Disziplinarkommission für Rechtsanwälte und Rechtsanwaltsanwärter eingerichtet.

Der Generalprokuratur beim Obersten Gerichtshof obliegt die Mitwirkung bei der Erledigung von Rechtsmitteln in Strafrechtsfällen durch den Obersten Gerichtshof, die Erhebung von Nichtigkeitsbeschwerden zur Wahrung des Gesetzes, die Stellung von Anträgen auf Erneuerung des Strafverfahrens sowie die Mitwirkung bei der Tätigkeit der Obersten Berufungs- und Disziplinarkommission für Rechtsanwälte und Rechtsanwaltsanwärter.

	Personal-ausgaben	Sach-ausgaben	Summe	Einnahmen
	Millionen Euro			
2000	8,9	0,9	9,7	0,2
2001	9,0	1,0	9,9	0,2
2002	9,0	0,9	9,9	0,2

Titel 302 Justizbehörden in den Ländern

Gesetzliche Grundlagen

Gerichtsorganisationsgesetz, RGBl. Nr. 217/1896, zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 26/2000;

Staatsanwaltschaftsgesetz, BGBl. Nr. 164/1986, zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 5/1999; Verordnung des Bundesministers für Justiz vom 16. Juni 1986, BGBl. Nr. 338, zur Durchführung des Staatsanwaltschaftsgesetzes (DV - StAG);

Richterdienstgesetz, BGBl. Nr. 305/1961, zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 142/2000;

Gerichtsgebührengesetz (GGG), BGBl. Nr. 501/1984, zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 142/2000 (Gebührenbeträge in der Fassung der Verordnungen BGBl. Nrn. 912/1994 und 600/1995);

Gebühren für Verwahrnisse der gerichtlichen Verwahrungsabteilungen, BGBl. Nr. 182/1962, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 532/1993;

Gerichtskostenmarkenverordnung 1985, BGBl. Nr. 535/1984, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 497/1989 und BGBl. Nr. 76/1990 (DFB);

Gebührenanspruchsgesetz 1975, BGBl. Nr. 136/1975, zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 140/ 1997; (Gebührenbeträge in der Fassung der Verordnung BGBl. II Nr. 407/1997)

Bundesgesetz über die allgemein beeideten und gerichtlich zertifizierten Sachverständigen und Dolmetscher - SDG (§ 4a Abs. 3), BGBl. Nr. 137/1975, zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 168/1998, in Verbindung mit Verordnung BGBl. II Nr. 167/1999;

Vollzugs- und Wegegebührengesetz, BGBl. Nr. 413/1975, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 519/ 1995;

Gerichtliches Einbringungsgesetz 1962, BGBl. Nr. 288, zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 26/2000;

Pauschalvergütung an den Österreichischen Rechtsanwaltskammertag, § 47 RAO, RGBl. Nr. 96/ 1868, zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 27/2000, in Verbindung mit Verordnung BGBl. Nr. 755/1995 und BGBl. II Nr. 499/1999 (Sonderpauschalvergütung 1998), Art. 11 § 7 Abs. 5 BG BGBl. Nr. 570/1973;

Mediengesetz, BGBl. Nr. 314/1981, zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 105/1997;

Strafrechtliches Entschädigungsgesetz, BGBl. Nr. 270/1969, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 91/1993;

Verordnung des Bundesministers für Justiz vom 18. Juli 1968 über das Anbringen von Freistempelabdrucken zur Entrichtung von Gerichtsgebühren, BGBl. Nr. 315/1968, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 136/1985;

Vereinssachwalter- und Patientenanwaltschaftsgesetz - VSPAG, BGBl. Nr. 156/1990;

Unterbringungsgesetz - UbG, BGBl. Nr. 155/1990, zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 12/1997;

Arbeits- und Sozialgerichtsgesetz - ASGG, BGBl. Nr. 104/1985, zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 120/1999;
Grundrechtsbeschwerde-Gesetz - GRBG, BGBl. Nr. 864/1992 (§§ 8 und 9), in Verbindung mit Verordnung BGBl. Nr. 35/1993:
Rechtsanwaltsprüfungsgesetz - RAPG (§28), BGBl. Nr. 556/1985, zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 71/1999;
Notariatsprüfungsgesetz - NPG (§28), BGBl. Nr. 522/1987, zuletzt geändert durch BGBI. I Nr. 72/1999;
Berufsprüfungs-Anrechnungsgesetz - BARG (§ 5 Abs. 2 und § 6 Abs. 2), BGBl. Nr. 523/1987, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 21/1993;
jeweils in Verbindung mit Verordnung BGBl. Nr. 619/1993 (Vergütungen und Gebühren für die Rechtsanwaltsprüfung und die Notariatsprüfung), zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 962/1994.

Aufgaben
Den Justizbehörden in den Ländern obliegt die Rechtsprechung in Zivil- und Strafsachen, die Erstattung von Besetzungsvorschlägen anläßlich der Ernennung von Richtern sowie die Erledigung der in ihren Bereich fallenden Justizverwaltungsangelegenheiten.

Organisation
Die Justizbehörden in den Ländern umfassen:

4 Oberlandesgerichte;
4 Oberstaatsanwaltschaften;
21 Gerichtshöfe 1. Instanz;
17 Staatsanwaltschaften;
192 Bezirksgerichte.

	Personal-ausgaben	Sach-ausgaben	Summe	Einnahmen
	Millionen Euro			
2000	283,0	224,6	507,6	534,5
2001	283,7	222,2	505,9	600,5
2002	284,3	218,3	502,5	609,0

Unterschiede gegen Vorjahre
Die Einsparungen bei den Sachausgaben erfolgen insbesondere bei den Entgelten für Reinigung, Veröffentlichungen in Firmenbuchsachen und für sicherheitstechnische Zentren. Die Erhöhung der Einnahmen im Jahr 2001 ist insbesondere auf den Entfall von Gebührenbefreiungen und auf Gebührenanpassungen zurückzuführen.

Anlagen
Bei diesem Voranschlagsansatz ist für die Weiterführung der ADV-Projekte vorzusorgen. Weiters ist die Einrichtung von Gerichtsneubauten und generalsanierten Gerichtsgebäuden durchzuführen.

Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen)
Bei diesem Voranschlagsansatz sind Ausgaben für Familienbeihilfen, für Entschädigungen gemäß dem Gebührenanspruchsgesetz und dem ASGG und für Ausbildungsbeiträge an Rechtspraktikanten veranschlagt.

Aufwendungen
Vorsorge für den laufenden Aufwand der Gerichte und staatsanwaltschaftlichen Behörden, insbesondere auch für die Leistungen der BRZ-GesmbH und für die Pauschalvergütungen an den österr. Rechtsanwaltskammertag.

Einnahmen
Die Einnahmen resultieren in erster Linie aus Gebühren und Ersätzen in Rechtssachen, aus den Ersätzen der Sozialversicherungsträger sowie aus Strafgeldern und Geldbußen.

Titel 303 Justizanstalten

Gesetzliche Grundlagen

Strafvollzugsgesetz, BGBl. Nr. 144/1969, zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 26/2000;
Strafgesetzbuch, BGBl. Nr. 60/1974, zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 58/2000;
Jugendgerichtsgesetz, BGBl. Nr. 599/1988, zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 55/1999;
Strafprozessordnung 1975, BGBl. Nr. 631, zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 108/2000;
Strafrechtsanpassungsgesetz, BGBl. Nr. 422/1974;
Strafvollzugsanpassungsgesetz, BGBl. Nr. 424/1974, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 605/1987;

Aufgaben

Den Justizanstalten obliegt der Vollzug von Untersuchungs- und Strafhaft sowie die Unterbringung nach §§ 21 bis 23 StGB. Dazu gehört neben der sicheren Verwahrung die volle und insbesondere auch medizinische Versorgung der Insassen.
In den Werkstätten, Ökonomien und Wirtschaftsbetrieben werden die Gefangenen mit nützlicher Arbeit beschäftigt. Überdies erhalten sie eine Berufsausbildung, um sich nach ihrer Entlassung wieder leichter in ein geordnetes Berufsleben einfügen zu können. Eine ganz besondere Sorgfalt wird der Berufsausbildung der Jugendlichen zugewendet.
Der Justizwachschule obliegt die Ausbildung des Justizwache- und Erziehungspersonals.

Organisation

Derzeit werden folgende Justizanstalten betrieben:

17 Gerichtshofgefängnisse mit 7 Außenstellen,
7 Strafvollzugsanstalten mit 7 Außenstellen,
1 Sonderanstalt für männliche Jugendliche,
1 Justizanstalt für die Unterbringung nach § 21 Abs. 1 StGB,
1 Justizanstalt nach § 21 Abs. 2 StGB mit einer Außenstelle,
1 Sonderanstalt für die Unterbringung nach § 22 StGB mit einer Außenstelle,
1 Justizanstalt für die Unterbringung nach § 23 StGB.

	Personal-ausgaben	Sach-ausgaben	Summe	Einnahmen
	Millionen Euro			
2000	130,9	88,8	219,7	34,0
2001	132,0	91,0	223,0	34,3
2002	132,4	89,4	221,8	37,2

Unterschiede gegen Vorjahre

Die Einsparungen bei den Sachausgaben erfolgen bei den steuerbaren Ausgaben. Die Erhöhung der Einnahmen ist auf die vermehrten Einnahmen aus betriebsmäßigen Leistungen zurückzuführen.

Anlagen

Bei diesen Voranschlagsansätzen sind die Ausgaben für erforderliche Ersatz- und Neubeschaffungen von Amts-und Anstaltsausstattung, Maschinen und maschinelle Anlagen, Kraftfahrzeugen und ADV-Einrichtungen veranschlagt.

Förderungen

Unter den Förderungen sind hauptsächlich Subventionen für Vereinigungen veranschlagt, die eine Nachbetreuung von Haftentlassenen durchführen.

Aufwendungen (Gesetzliche Verpflichtungen)

Bei diesen Voranschlagsansätzen sind ua. Arbeitslosenversicherungsbeiträge für Häftlinge und die Gebühren für die Benützung von Gemeindeeinrichtungen veranschlagt.

Aufwendungen

Bei den Aufwendungen sind Kosten für die Betreuung der Gefangenen und deren medizinische Versorgung sowie für den Betrieb und die Erhaltung der Justizanstalten und auch die Vergütungen für die

Gefangenenarbeiten veranschlagt.

Einnahmen
Der Großteil der Einnahmen resultiert aus den Vollzugskostenbeiträgen der Strafgefangenen.

Flexibilisierungsklausel
Gemäß BGBl. II Nr. 456 und 457/1999 gelangt bei der Justizanstalt für Jugendliche Wien-Erdberg und bei der Justizanstalt St. Pölten die Flexibilisierungsklausel im Sinne der §§ 17a und 17b des Bundeshaushaltsgesetzes, BGBl. Nr. 213/1986 in der Fassung des Bundesgesetzes BGBl. I Nr. 30/1999, zur Anwendung.
Der Projektzeitraum beginnt am 1. Jänner 2000 und endet am 31. Dezember 2001 und wird voraussichtlich bis 31. Dezember 2003 verlängert.

Justizwache - Massafonds
Dem Massafonds der Justizwache obliegt die leihweise Beistellung von Dienstkleidern an die dem Dienstzweig 'Justizwache und Dienst der Erzieher' zugehörigen Bediensteten nach Maßgabe der vom Ministerrat in der Sitzung am 6. Dezember 1949 hierüber beschlossenen Massavorschrift. Dem Fonds werden im Jahre 2002 voraussichtlich 0,945 Millionen Euro (Massapauschale und -einlagen) zufließen.

Verpflegstage
Die Anzahl der Verpflegstage für Gefangene und Untergebrachte in den Justizanstalten beträgt:

1998	2.558.903
1999	2.560.000
2000	2.563.000

Titel 305 Bewährungshilfe
Gesetzliche Grundlagen
Bewährungshilfegesetz, BGBl. Nr. 146/1969, zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 55/1999;
Jugendgerichtsgesetz, BGBl. Nr. 599/1988, zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 55/1999;
Strafgesetzbuch, BGBl. Nr. 60/1 974, zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 58/2000;
Strafvollzugsanpassungsgesetz, BGBl. Nr. 424/1974, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 605/1987;
Strafprozessordnung 1975, BGBl. Nr. 631, zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 108/2000.

Aufgaben
Den Bewährungshelfern obliegt die Betreuung Entlassener und bedingt Verurteilter, um sie vor Rückfall zu bewahren sowie die Durchführung diversioneller Maßnahmen (StPO-Novelle 1999 BGBl. I Nr. 55/1999).

Organisation
Ab 1. Jänner 1999 werden die Aufgaben der Bewährungshilfe im ganzen Bundesgebiet gemäß § 24 Abs. 1 des Bewährungshilfegesetzes von einer privaten Vereinigung besorgt.
Das Bewährungshilfegesetz sieht am Sitze jedes in Strafsachen tätigen Gerichtshofes 1. Instanz die Errichtung einer Dienststelle für Bewährungshilfe vor. Dem Auftrag des Gesetzgebers folgend, wurden dort Geschäftsstellen für Bewährungshilfe errichtet. Neben den Geschäftsstellen wurden bisher in Wien sieben, im Bereich der Geschäftsstellen für Bewährungshilfe Eisenstadt und Feldkirch je eine Außenstelle, im Bereich der Geschäftsstelle Salzburg zwei und in den Sprengeln der Geschäftsstellen für Bewährungshilfe Innsbruck und Klagenfurt je drei Außenstellen eröffnet. Bei der Geschäftsstelle für Bewährungshilfe Graz sind zwei Zweigstellen, bei der Geschäftsstelle für Bewährungshilfe Leoben zwei Außenstellen eingerichtet. Für den Bereich Außergerichtlicher Tatausgleich (ATA) wurden in Wien, Salzburg, Innsbruck, Linz, Wels, Wr. Neustadt, Graz sowie in Dornbirn und Klagenfurt eigene Räum-lichkeiten angemietet. Zentralstellen für Haftentlassenenhilfe bestehen in Wien, Linz, Salzburg, Innsbruck, Graz, Klagenfurt, St. Pölten und Wr. Neustadt.

	Personal-ausgaben	Sach-	Summe	Ein-nahmen
	Millionen Euro			
2000	5,7	22,5	28,3	0,0
2001	5,6	23,4	29,0	0,0
2002	5,6	23,4	29,0	0,0

Unterschiede gegen Vorjahre
Die Sachausgaben werden nach Umstrukturierung der Bewährungshilfe, den Fallzahlensteigerungen vor allem beim Außergerichtlichen Tatausgleich für Erwachsene (ATA/E), dem Bezug neuer Geschäftsstellenräumlichkeiten für die Weiterführung der diversionellen Maßnahmen auf Grund der StPO-Novelle 1999, BGBl. I Nr. 55/1999 benötigt.

Förderungen
Bei den Förderungen sind vor allem die Zuwendungen an den Verein für Bewährungshilfe und soziale Arbeit veranschlagt.

Aufwendungen
Der Großteil der bei diesem Voranschlagsansatz veranschlagten Mittel betrifft die Entgelte an Bewährungs-hilfevereinigungen.

Kapitel 40 Militärische Angelegenheiten

Die Einnahmen und Ausgaben dieses Kapitels ergeben sich aus dem Wirkungsbereich des Bundesministeriums für Landesverteidigung gemäß Bundesministeriengesetz 1986, BGBl. Nr. 76, zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 141/2000, insbesondere Anlage zu § 2 Teil 2 Abschnitt G.

Gesamtgebarung

	Personal-ausgaben	Sach-	Summe	Ein-nahmen
	Millionen Euro			
2000	797,8	935,9	1.733,7	44,4
2001	805,1	866,3	1.671,5	43,7
2002	805,1	865,0	1.670,1	43,7

Im Einzelnen ist zu den Bereichen zu bemerken:

Titel 400 Bundesministerium für Landesverteidigung

Aufgaben
Dem Bundesministerium für Landesverteidigung obliegen die obersten Verwaltungsangelegenheiten des Bundes auf dem Gebiete der Landesverteidigung.

	Personal-ausgaben	Sach-	Summe	Ein-nahmen
	Millionen Euro			
2000	54,2	16,8	71,0	12,2
2001	54,3	17,7	72,0	11,9
2002	54,3	17,7	72,0	11,9

Anlagen
Bei diesem Voranschlagsansatz werden die Kosten für die Anschaffung von ADV-Geräten, Kraftfahrzeugen und sonstiger Amtsausstattung der Zentralstelle verrechnet.

Bezugsvorschüsse
An Bezugsvorschüssen werden für aktive Bundesbedienstete im Jahre 2002 3,707 Millionen Euro (2001 3,464 Millionen Euro) bereitgestellt. Hievon werden 1,113 Millionen Euro als Bezugsvorschüsse für Wohnbauzwecke aufgewendet.

Förderungen
Die Mittel für Förderungen sind für Soldatenvereinigungen, zur Förderung der Körperertüchtigung im Rahmen von Heeressportvereinigungen und zur Unterstützung von Vereinigungen bestimmt, die der umfassenden Landesverteidigung dienen.
Die bei der Voranschlagspost 7666 zweckgebunden veranschlagten Mittel kommen den 'Vereinigten Altösterreichischen Militärstiftungen' zugute. Die korrespondierenden Einnahmen aus Geldbußen und Geldstrafen sind auf der Einnahmenseite beim Voranschlagsansatz 2/40000 veranschlagt.

Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen)
Bei diesem Voranschlagsansatz sind neben der Familienbeihilfe und dem Mutter-Kind-Pass-Bonus für die Angehörigen der Zentralstelle auch die Kosten für Leistungen nach § 58 B-KUVG und § 130 ASVG für Bedienstete, die im dienstlichen Auftrag im Ausland sind, veranschlagt; ebenso die Entschädigungen gemäß § 6 Abs. 6 WG für die Vorsitzenden der Beschwerdekommission.

Aufwendungen
Beim Voranschlagsansatz 1/40008 werden die Aufwendungen zur Aufrechterhaltung des Dienstbetriebes

in der Zentralstelle sowie die Kosten für die Anschaffung von geringwertigen Wirtschaftsgütern und von geringwertiger Amtsausstattung verrechnet.

Zahlungen an die BIG
Beim Voranschlagsansatz 1/40018 werden die Miet-, Investitions- und Betriebskosten für Liegenschaften, die in der Verwaltung der Bundesimmobiliengesellschaft stehen, bezahlt.

Einnahmen
Dem Voranschlag für Einnahmen wurden die bisher vorliegenden Erfolgsziffern sowie der Rechnungsabschluss 1999 zugrunde gelegt.

Zweckgebundene Einnahmen
Die Einnahmen aus Geldstrafen und Geldbußen werden gemäß § 78 Abs. 5 des Heeresdisziplinargesetzes 1994 für Aufwendungen der 'Vereinigten Altösterreichischen Militärstiftungen' verwendet.

Titel 401 Heer und Heeresverwaltung
Gesetzliche Grundlagen
Wehrgesetz 1990, BGBl. Nr. 305, zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 140/2000;
Heeresdisziplinargesetz 1994, BGBl. Nr. 522/1994, zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 87/2000;
Heeresgebührengesetz 1992, BGBl. Nr. 422/1992, zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 87/2000;
Bundesverfassungsgesetz über Kooperation und Solidarität bei der Entsendung von Einheiten und Einzelpersonen in das Ausland, BGBl. I Nr. 38/1997, zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 35/1998 (DFB);
Auslandseinsatzgesetz, BGBl. Nr. 233/1965, zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 67/1999;
Munitionslagergesetz, BGBl. Nr. 736/1995, zuletz geändert durch BGBl. I Nr. 87/2000;
Sperrgebietsgesetz 1995 - SperrGG 1995, BGBl. Nr. 260/1995, zuletz geändert durch BGBl. I Nr. 87/2000;
Militärleistungsgesetz, BGBl. Nr. 174/1968, zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 87/2000;
Beamten-Dienstrechtsgesetz, BGBl. Nr. 333/1979, zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 142/2000;
Allgemeines Sozialversicherungsgesetz, BGBl. Nr. 189/1955, zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 142/2000;
Bauern-Sozialversicherungsgesetz, BGBl. Nr. 559/1978, zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 142/2000;
Beamten-Kranken- und Unfallversicherungsgesetz, BGBl. Nr. 200/1967, zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 142/2000;
Gewerbliches Sozialversicherungsgesetz, BGBl. Nr. 560/1978, zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 142/2000;
Arbeitsplatz-Sicherungsgesetz 1991, BGBl. Nr. 683/1991, zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 30/1998;
Luftfahrtgesetz, BGBl. Nr. 253/1957, zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 105/1999;
Kraftfahrgesetz 1967, BGBl. Nr. 267, zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 146/1998;
Tapferkeitsmedaillen-Zulagengesetz 1962, BGBl. Nr. 146/1962, zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 87/2000;
Kärntner Kreuz-Zulagengesetz, BGBl. Nr. 194/1970, zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 87/2000;
Bundesgesetz über militärische Auszeichnungen, BGBl. Nr. 361/1989, zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 87/2000;
Verwundetenmedaillengesetz, BGBl. Nr. 371/1975, zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 87/2000.
Auslandszulagengesetz, BGBl. I Nr. 66/1999; zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 142/2000.
Einsatzzulagengesetz, BGBl. Nr. 423/1992, zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 127/1999;
Vertragsbedienstetengesetz, BGBl. Nr. 86/1948, zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 142/2000;
Gehaltsgesetz, BGBl. Nr. 54/1956, zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 142/2000;
Bundesgesetz über die Berufsförderung von Militärpersonen auf Zeit (Militärberufsförderungsgesetz-MilBFG), BGBl. Nr. 524/1994, zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 127/1999;

Aufgaben
Vorbereitung und Vollzug der dem Bundesheer gemäß Artikel 79 B-VG obliegenden Aufgaben.

	Personal-ausgaben	Sach-	Summe	Ein-nahmen
	Millionen Euro			
2000	738,7	911,0	1.649,7	23,6
2001	745,6	839,9	1.585,5	22,9
2002	745,6	838,5	1.584,1	22,9

Liegenschaftsankäufe
Der bei diesem Voranschlagsansatz enthaltene Ausgabenbetrag ist für den Erwerb von Schieß- und Übungsplätzen sowie zur Arrondierung und Erweiterung bestehender Übungsplätze vorgesehen. Weiters werden hier auch die Kosten für Servitutsrechte und Grundstückstauschvorhaben verrechnet.

Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen)
Bei diesem Voranschlagsansatz werden vor allem die Ausgaben für die Ansprüche der Wehrpflichtigen und Frauen im Ausbildungsdienst nach dem Heeresgebührengesetz 1992 verrechnet. Dazu gehören: Heilungskosten für Wehrpflichtige und Frauen im Ausbildungsdienst, Monatsgeld, Prämie im Grundwehrdienst, Dienstgradzulage, Fahrtkostenvergütungen, Treueprämie, Entschädigung für Waffenübungen und freiwillige Waffenübungen sowie die Besoldung im Wehrdienst als Zeitsoldat, Versicherungsleistungen für Versicherte, die im dienstlichen Auftrag im Ausland sind sowie Zahlungen gemäß § 56a ASVG für Versicherte im Präsenz- und Ausbildungsdienst.

Familienbeihilfe und Mutter-Kind-Pass-Bonus, öffentliche Abgaben, Begräbniskosten, Kosten für die berufliche Bildung von Präsenzdienstleistenden nach § 27 Abs. 1 Z 5 WG (Zeitsoldaten) und Frauen im Ausbildungsdienst, Zahlungen nach dem MilBFG, Versicherungsleistungen für Wehrpflichtige und Frauen im Ausbildungsdienst, Geldleistungen für Soldaten des Miliz- u. Reservestandes, die gemäß Bundesverfassungsgesetz beim UN-Sicherheitsbataillon im Nahen Osten und in Cypern bzw. bei der österreichischen UN-Beobachtungstruppe sowie bei AUSLOG/SFOR in Bosnien und AUCON/KFOR im Kosovo Dienst versehen, Zulagen nach dem Tapferkeitsmedaillen-Zulagengesetz 1962 sowie Kärntner Kreuzzulagen nach dem Kärntner Kreuz-Zulagengesetz 1970.

Aufwendungen
Hier werden alle Ausgaben für den Betrieb des ÖBH, inklusive Ausbildung, Einsatz im In- und Ausland, sowie für Investitionen im Rüstungs- und Infrastrukturbereich verrechnet.

Mit den veranschlagten Ausgabenbeträgen sollen folgende Vorhaben durchgeführt werden:
1. Die eingeschränkte Aufrechterhaltung des Betriebes des Bundesheeres,
2. die Aufrechterhaltung der Ausbildung der Wehrpflichtigen und Weiterbildung des Kaders,
3. die Sicherstellung des Assistenzeinsatzes für das BMI,
4. die Sicherstellung der eingegangenen internationalen Verpflichtungen,
5. Beginn der Beschaffung von bewaffneten Mehrzweckhubschraubern,
6. die Weiterführung der Modernisierung der Ausrüstung des Bundesheeres nur im bereits vertraglich gebundenen Umfang und
7. die eingeschränkte Berücksichtigung von Erfordernissen, die der Erhaltung der Infrastruktur dienen.

Einnahmen
Zu den laufenden Einnahmen zählen Kostenerstattungen gemäß §§ 58 und 59 B-KUVG und § 130, Abs. 3 und 4 ASVG, Veräußerungen von Anlagen, Betriebsstoffen und Verbrauchsgütern, Verpflegungsgeldersätze, Kostenersätze für Treibstoffe, Kostenersätze für Mittel zur ärztlichen Betreuung, Miet- und Pachtzinse sowie Vergütungen von Bundesdienststellen für Leistungen des Bundesheeres.

Auf Grund der Vereinbarung zwischen dem Bundesministerium für auswärtige Angelegenheiten und den Vereinten Nationen leisten diese für die österreichischen UN-Kontingente als Kostenersatz folgende Beträge:

UN-Bataillon Naher Osten pro Mann und Monat	1.058 US-Dollar
für 10% Spezialisten zusätzlich	291 US-Dollar
UN-Bataillon Cypern pro Mann und Monat	1.058 US-Dollar
für 10% Spezialisten zusätzlich	291 US-Dollar
KFZ- und Gerätemiete jährlich	0,465 Mio. Euro (6,4 Mio S)

Titel 402 Heer und Heeresverwaltung (zweckgebundene Gebarung)

Gesetzliche Grundlage
III. Hauptstück Par. 14 des Heeresgebührengesetzes 1992, BGBl. Nr. 422/1992, zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 122/1998.

Aufgaben
Für den Aufenthalt von Wehrpflichtigen während der Freizeit sind Soldatenheime eingerichtet, wo auch ein diesem Verwendungszweck angemessenes Angebot an Waren für den persönlichen Bedarf bereitzustellen ist.

	Personalausgaben	Sachausgaben	Summe	Einnahmen
	Millionen Euro			
2000	0,0	6,1	6,1	6,1
2001	0,0	6,2	6,2	6,2
2002	0,0	6,3	6,3	6,3

Einnahmen
Die Einnahmen der Soldatenheime sind zur Bestreitung der unmittelbar mit den Ausgaben in Zusammenhang stehenden Aufwendungen zu verwenden.

Titel 404 Heeresgeschichtl. Museum, Militärhistorisches Institut

Aufgaben
Das Heeresgeschichtliche Museum ging aus der Sammlung des kaiserlichen Zeughauses in Wien hervor. Es wurde nach modernen Erfordernissen neu gestaltet und enthält die heereskundliche Darstellung des österreichischen Soldatentums und eine Würdigung seiner europäischen Leistung vom 17. bis zum 20. Jahrhundert. In mehreren Sälen werden bedeutsame militärische Ereignisse an Hand von kunst- und kulturgeschichtlich wertvollen Bildern, graphischen Blättern, Aquarellen, Handzeichnungen, lebensgroßen Figuren und Vitrinenobjekten mit Erinnerungsstücken und Autogrammen der Öffentlichkeit näher gebracht und dabei die Entwicklung der militärischen Bekleidung, der Bewaffnung, Ausrüstung und Organisation in sinnvollen Reihen besonders zusammengestellt.
In der Militärhistorischen Abteilung werden alle militärhistorischen Angelegenheiten, auch in Verbindung mit anderen wissenschaftlichen Institutionen, bearbeitet.

	Personalausgaben	Sachausgaben	Summe	Einnahmen
	Millionen Euro			
2000	2,7	0,9	3,5	0,2
2001	2,6	1,1	3,8	0,3
2002	2,6	1,1	3,8	0,3

Die Ausgaben sind zur Aufrechterhaltung des Museumsbetriebes sowie zur Erhaltung der Sammlungsobjekte erforderlich.
Die Einnahmen bestehen vorwiegend aus Eintrittsgebühren und Erlösen der zweckgebundenen Gebarung.

Titel 405 Heeres-Land- und Forstwirtschaftsbetriebe

Aufgaben
Auf dem Truppenübungsplatz Allentsteig wird der Heeres-Land- und Forstwirtschaftsbetrieb Allentsteig als betriebsähnliche Einrichtung geführt, die vorwiegend für die Erhaltung des Übungsplatzes in einem für die Benützung durch die Truppe ausreichenden Zustand zu sorgen hat.
Der landwirtschaftlichen Abteilung des Betriebes obliegt in diesem Zusammenhang die Planung und Durchführung aller einschlägigen Arbeiten auf dem Gebiete der Landwirtschaft, wie Pflanzen- und Futterbau, Düngung, Pflanzenschutz, Tierzucht usw. sowie die Rekultivierung.
Die forstwirtschaftliche Abteilung dieses Betriebes hat die Aufgabe, alle Aufforstungsmaßnahmen, den Forstschutz, die Forstpflege, die Schädlingsbekämpfung und die Forstaufschließung durchzuführen.

	Personalausgaben	Sachausgaben	Summe	Einnahmen
	Millionen Euro			
2000	2,2	1,1	3,3	2,2
2001	2,6	1,3	4,0	2,4
2002	2,6	1,3	4,0	2,4

Unter diesem Titel werden die Mittel für unbedingt notwendige Ersatzanschaffungen sowie für die Aufrechterhaltung des Betriebes der Heeres-Land- und Forstwirtschaft Allentsteig veranschlagt und verrechnet.
Die Einnahmen resultieren aus Erträgen der Feld- und Forstwirtschaft, aus der Jagd sowie aus Miet- und Pachtzinsen.

Kapitel 50 Finanzverwaltung

Die Einnahmen und Ausgaben dieses Kapitels ergeben sich aus dem Wirkungsbereich des Bundesministeriums für Finanzen gemäß Bundesministeriengesetz 1986, BGBl. Nr. 76, zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 141/2000, insbesondere der Anlage zu § 2 Teil 1 und 2 Abschnitt D.

Gesamtgebarung

	Personal-ausgaben	Sach-	Summe	Einnahmen
	Millionen Euro			
2000	1.721,0	492,5	2.213,6	1.416,6
2001	1.768,4	540,5	2.308,9	1.447,8
2002	1.765,6	585,8	2.351,3	1.532,5

Auf Grund der Neuordnung der Ministerialkompetenzen sind die Voranschlagsbeträge 2002 mit den Vorjahren nicht vergleichbar. Von der Kompetenzverschiebung sind die Zentrale Personalkoordination (ehemals Sektion VII) sowie die Euro-Initiative und das VIP-Marketing betroffen (Überstellung zu Kap. 70 bzw. 10).
Im Einzelnen ist zu den Bereichen zu bemerken:

Titel 500 Bundesministerium für Finanzen

Aufgaben

Dem Bundesministerium für Finanzen obliegen die obersten Verwaltungsgeschäfte des Bundes auf dem Gebiete der Finanzverwaltung.

Insbesondere handelt es sich dabei um:

Angelegenheiten der Finanz-, Budget- und Wirtschaftspolitik (letztere soweit sie nicht in die Zuständigkeit des Bundeskanzleramtes oder eines anderen Bundesministeriums fallen),

Angelegenheiten der Bundesfinanzen und des Finanzausgleiches, des Budget- und Finanzcontrollings,

Angelegenheiten über die Verfügung von Bundesvermögen, über Staatshaftungen und -schulden,

Angelegenheiten der ÖIAG und deren Beteiligungen, der Verwaltung der Anteilsrechte des Bundes an den auf Grund des Poststrukturgesetzes, BGBl. Nr. 201/1996, errichteten Gesellschaften, der Österreichischen Postsparkasse,

Angelegenheiten der öffentlichen Abgaben und Beiträge des Zollwesens, der Finanz- und Zollverwaltung,

Angelegenheiten des Währungs-, Bank- und Börsegesetzes,

Angelegenheiten der Vertragsversicherungsaufsicht,

Angelegenheiten der finanziellen Durchführung des Staatsvertrages sowie der Kriegsschadens-, der Rückstellungs- und Rückgabeangelegenheiten,

Angelegenheiten des Pensionsrechtes öffentlich Bediensteter.

	Personal-ausgaben	Sach-	Summe	Einnahmen
	Millionen Euro			
2000	43,3	106,0	149,3	92,4
2001	45,1	100,1	145,2	90,3
2002	45,8	100,2	145,9	184,8

Voranschlagsansatz 1/50007 Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen)

Das Bundesministerium für Finanzen leistet Zahlungen an folgende internationale Institution:
Rat für die Zusammenarbeit auf dem Gebiete des Zollwesens, Brüssel; Beitragsleistung gemäß Art. XII des BGBl. Nr. 165/1955; im Jahre 2002 107.000 Euro.
Weiters ist für Ausgleichsabgaben an den Ausgleichstaxfonds ein Betrag von 228.918 Euro vorgesehen.

Voranschlagsansatz 1/50008 Aufwendungen

Neben den allgemeinen Verwaltungsaufwendungen der Zentralleitung sind hier die Kostenersätze an das

Österreichische Institut für Wirtschaftsforschung, an das Wiener Institut für internationale Wirtschaftsvergleiche, an das Wirtschafts- und sozialwissenschaftliche Rechenzentrum Wien für alle Arbeiten, die diese Institute im Auftrag von Bundesdienststellen leisten, veranschlagt. Außerdem wurde für Ersatzzahlungen an die GIS (Gebühren Info Service Ges. m. b. H.) vorgesorgt.

Zollwache-Massafonds
Zur Beschaffung von Dienstkleidern für die Zollwachebeamten wurde mit Ministerratsbeschluß vom 6. Dezember 1949 (Massavorschrift) der Fonds zur Beschaffung von Dienstkleidern für Zollwachebeamte (Zollwache-Massafonds) errichtet.
Dem Fonds werden im Jahr 2002 aus dem Bundeshaushalt voraussichtlich 685.000 Euro(Massapauschale und Massaeinlagen gemäß §§ 3, 4 und 5 der Massavorschrift) und sonstige Einnahmen in Höhe von 36.336 Euro zufließen.
Diese Mittel werden für die Beschaffung von Masssasorten für Zollwachebeamte und für die Instandhaltung (Reparatur) der aus dem Massafonds beigestellten Dienstkleider gemäß § 1 Abs. 2 und § 9 der Massavorschrift und für den sonstigen Fondsaufwand (zB. Verpackung, Versand) verwendet werden.

Voranschlagsansatz 2/50004 Erfolgswirksame Einnahmen
Bei diesem VA-Ansatz werden die laufenden Einnahmen verrechnet. Im BVA 2002 wurde hier auch für die Radio- und Fernsehgebühren sowie Vergütungen für etwaige Verfahrenskosten von GIS (Gebühren Info Service G. m. b. H.) in der Höhe von 53,306 Millionen Euro vorgesorgt. Außerdem wurde eine Refundierungszahlung für den Aufwand des Finanzressorts aus dem Familienlastenausgleichsfonds veranschlagt.

Voranschlagsansatz 2/50014 Einhebungsvergütungen
Siehe die Erläuterungen zum Titel 2/529

Paragraf 5002 IT-Bereich
Gesetzliche Grundlage
Durch das Bundesgesetz über die Bundesrechenzentrum GmbH, BGBl. Nr. 757/1996, zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 79/1998, wurde der ADV-Bereich des Bundesrechenamtes ausgegliedert und die BRZ GmbH errichtet.

Aufgaben
Unternehmensgegenstand der Gesellschaft ist die Wahrnehmung von gesetzlich oder durch Verordnung übertragenen und von vertraglich übernommenen Aufgaben der Informations- und Kommunikationstechnologie (IT). Insbesondere hat die BRZ GmbH alle bis zum 31. Dezember 1996 dem Bundesrechenamt zugewiesenen IT-Aufgaben zu übernehmen und fortzuführen.
Durch die Errichtung der BRZ GmbH als Dienstleiter ist für die von der Gesellschaft für die Finanzverwaltung erbrachten IT-Dienstleistungen ein Entgelt zu entrichten; ebenso ist für die der BRZ GmbH obliegenden Aufgaben der Verwaltung des BRZ-Amtsgebäudes, das teilweise von der IT-Sektion genutzt wird, seitens des Bundesministeriums für Finanzen ein Beitrag zu den Betriebsaufwendungen zu entrichten.
Unter diesem Paragraf sind auch die Aufwendungen für fachspezifische Schulungen der Finanzbediensteten, für die Datennetzwerke und für IT-Projekte veranschlagt.

	Personal-ausgaben	Sach-	Summe	Einnahmen
	Millionen Euro			
2000	0,0	84,9	84,9	0,0
2001	0,0	79,5	79,5	2,4
2002	0,0	79,5	79,5	2,4

Unterschied gegen Vorjahr
Die Steigerung der Einnahmen gegenüber dem Vorjahr resultiert aus der Veranschlagung einer Refundierungszahlung für den Aufwand des Finanzressorts aus dem Familienlastenausgleichsfonds.
Titel 501 Bundesministerium für Finanzen (Zweckaufwand)
Unter diesem Titel werden insbesondere die Ausgaben für die Zurückstellung von Silbermünzen, für die Reduzierung der Zinsen für an hochverschuldete Entwicklungsländern gewährte Darlehen und

Kredite, für die Österreichische Bundesfinanzierungsagentur, für die Bundes-Wertpapieraufsicht, für die Beschaffungs-GmbH und die Dienstgeberabgabe für die U-Bahn Wien veranschlagt.

	Personal-ausgaben	Sach-	Summe	Ein-nahmen
	Millionen Euro			
2000	0,0	80,8	80,8	13,5
2001	0,0	107,4	107,4	2,7
2002	0,0	153,2	153,2	2,8

Unterschiede gegen Vorjahre
Die Steigerung der Ausgaben betrifft hauptsächlich die Zahlungen für Schuldenerleichterungen infolge internationaler Aktionen.

Im Einzelnen ist zu bemerken:

Voranschlagsansatz 1/50107 Zurückstellung von Silbermünzen
Voranschlagsansatz 2/50100 Einschmelzerlöse aus zurückgestellten Silbermünzen

Gesetzliche Grundlage
Scheidemünzengesetz 1988, BGBl. Nr. 597, zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 72/2000 .

Aufgaben
Mit Wirkung vom 1. Jänner 1989 brachte der Bund das Österreichische Hauptmünzamt mit sämtlichen Aktiven und Passiven im Wege einer Gesamtrechtsnachfolge in eine von der OeNB gegründete 'Münze Österreich AG' ein. Die Aktien aus der entsprechenden Kapitalerhöhung verkaufte der Bund an die OeNB. Das Münzregal steht der Münze Österreich AG auf Grund des Scheidemünzengestzes seit 1. Jänner 1989 zu.
Sammeln sich bis zum 31. Dezember 1988 ausgegebene Silbergedenkmünzen in den Kassen der Oesterreichischen Nationalbank und übersteigen diese Münzen einen gewissen Hundertsatz des Umlaufes, so sind diese Münzen vom Bund zurückzunehmen. Die dadurch entstehende Schuld ist in jährlichen Raten zu tilgen. Auch der Einschmelzerlös aus den dem Bund zurückgestellten Silbergedenkmünzen ist zur Tilgung heranzuziehen.
Dafür sind im BVA 2002 5,816 Millionen Euro veranschlagt.

Voranschlagsansatz 1/50118 Österreichische Bundesfinanzierungsagentur (ÖBFA)

Gesetzliche Grundlage
Bundesgesetz über die Verwaltung und Koordination der Österreichischen Staatsschulden (Bundesfinanzierungsgesetz), BGBl. Nr. 763/1992, zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 142/2000.

Aufgaben
Gemäß Bundesfinanzierungsgesetz wurde die Verwaltung und Koordination der Finanz- und sonstigen Bundesschulden sowie die Kassenverwaltung des Bundes der Österreichischen Bundesfinanzierungsagentur (ÖBFA) übertragen. Weiters ist die Österreichische Bundesfinanzierungsagentur auch ermächtigt, nach Aufforderung des Bundesministers für Finanzen, den Abschluß von Währungstauschverträgen und die Veranlagungen auch für sonstige Rechtsträger und Sonderkonten des Bundes durchzuführen.
Auf Grund dieses Gesetzes hat der Bund die Aufwendungen der Österreichischen Bundesfinanzierungsagentur unter Einrechnung der geleisteten Vorschüsse in dem Ausmaß abzudecken, in dem diese die Erträge der ÖBFA übersteigen.
Dafür sind im BVA 2002 2,166 Millionen Euro veranschlagt.

Voranschlagsansatz 1/50128 Bundes-Wertpapieraufsicht (BWA)
Voranschlagsansatz 2/50124 Bundes-Wertpapieraufsicht (BWA)

Gesetzliche Grundlage
Gemäß dem Wertpapieraufsichtsgestz (WAG) BGBl. Nr. 753/1996, wurde eine Bundeswertpapieraufsicht (BWA) als Anstalt öffentlichen Rechts mit eigener Rechtspersönlichkeit eingerichtet.

90% des Personal- und Sachaufwandes der Bundes-Wertpapieraufsicht sind dem Bund von den Marktteilnehmern zu erstatten. Zur Kontrolle der finanziellen Gebarung der Bundes-Wertpapieraufsicht ist ein Beirat bestellt.
Der Bundesminister für Finanzen hat nähere Regelungen über die Kostenaufteilung und ihre Vorschreibung (Termine der Kostenbescheide, Zahlungsfristen) mit Verordnung festzusetzen, wobei als Bemessungsgrundlage zwischen laufender Aufsicht und der Verarbeitung von Meldungen unterschieden wird; die Kosten der laufenden Aufsicht sind einmal jährlich im nachhinein vorzuschreiben. Laut § 7 WAG sowie der entsprechenden Verordnung, sind auf Grund des Jahresabschlusses 2000 der BWA und des darin ausgewiesenen Personal- und Sachaufwandes, rund 2,565 Millionen Euro an Einnahmen zu erwarten.
Im BVA 2002 sind für die Tätigkeit der BWA Ausgaben in Höhe von 2,943 Millionen Euro veranschlagt.

Voranschlagsansatz 1/50138 Schuldenerleichterung infolge internationaler Aktionen

Gesetzliche Grundlage
Ausfuhrförderungsgesetz 1981, BGBl. Nr. 215, zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 63/2000.

Aufgaben
Schuldenerleichterungen auf Grund internationaler, multilateral abgestimmter Aktionen. Die Mittel kommen für die Beteiligung an Schuldenerleichterungen im Rahmen von Umschuldungen (Zinssatzreduktion/Schuldenstreichung) für die ärmsten und hochverschuldeten Staaten auf Grund der Vereinbarung von Toronto und deren Weiterentwicklung bis hin zu den sogenannten 'Cologne Terms'/Enhanced HIPC Initiative' (bis zu 90% und mehr) sowie für Länder mit mittlerem Einkommen zum Einsatz.
Im BVA 2002 sind für Länder nach dem Post-Toronto-Abkommen und deren Weiterentwicklung 114,671 Millionen Euro und für Länder mit mittlerem Einkommen 24,781 Millionen Euro veranschlagt.

Voranschlagsansatz 1/50148 Bundesbeschaffungs GmbH (BB-GmbH)

Gesetzliche Grundlage
Bundesbeschaffungsgesetz, BGBl. I Nr. xxx/2001
Aufgaben
Der Bund hat die Aufwendungen der Gesellschaft unter Einrechnung allfällig geleisteter Vorschüsse in dem Ausmaß abzudecken, in dem diese die Erträge der Gesellschaft übersteigen.
Im BVA 2002 wurden dafür 2,180 Millionen Euro veranschlagt.

Voranschlagsansatz 1/50187 Dienstgeberabgabe für U-Bahn Wien
Für die im Bereiche des Landes Wien bestehenden Dienstverhältnisse ist an das Land eine Dienstgeberabgabe zu leisten, die als zweckgebundene Landesabgabe zur teilweisen Finanzierung des U-Bahnbaues bestimmt ist.
Für sämtliche im Bundesland Wien bestehenden Bundesdienstverhältnisse ist im Jahre 2002 ein fixer Pauschalbetrag von 655.000 Euro zu leisten.

Voranschlagsansatz 2/50134 Amtshaftungsrückersätze
Hier werden allfällige Rückersätze (Regreßzahlungen) von ersatzpflichtigen Amtsorganen veranschlagt.
Die Veranschlagung der Entschädigungszahlungen auf Grund des Amtshaftungsgesetzes (BGBl. Nr. 20/1949 in der Fassung BGBl. Nr. 218/1956 und 38/1959) erfolgt bei den einzelnen Ressorts unter Posten 692. 'Schadensvergütungen'.

Voranschlagsansatz 2/50194 Erfolgswirksame Einnahmen
Die im Voranschlag 2002 vorgesehenen Beträge werden hauptsächlich aus Pönalzinsen auf Grund des Bankwesengesetzes, BGBl. Nr. 532/1993, erwartet.

Titel 502 Bundesministerium für Finanzen (Förderungsmaßnahmen)

Gesetzliche Grundlagen
Hagelversicherungs-Förderungsgesetz, BGBl. Nr. 64/1955, zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 130/1997;
Tierversicherungsförderungsgesetz, BGBl. Nr. 442/1969;
Ausfuhrfinanzierungsförderungsgesetz 1981, BGBl. Nr. 216/1981, zuletzt geändert durch BGBl. I Nr.

64/2000 ;
Innovations- und Technologiefondsgesetz, BGBl. Nr. 603/1987, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 26/2000;
Garantiegesetz 1977, BGBl. Nr. 296/1977, zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 89/1998;
Wohnhaussanierungsgesetz, BGBl. Nr. 483/1984;
2. Verstaatlichungsgesetz, BGBl. Nr. 81/1947, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 762/1992;
Abschluß von Kooperationsvereinbarungen mit internationalen Finanzinstitutionen, BGBl. Nr. 294/1987, zuletzt geändert durch BGBl. Nr 90/1997;
Bundesgesetz über die Beteiligung Österreichs an der HIPC-Initiative (Initiative zur Schuldenreduktion für die ärmsten Entwicklungsländer, BGBl. I Nr. 118/2000).

Aufgaben
Unter diesem Titel werden vor allem folgende Zahlungen des Bundesministeriums für Finanzen veranschlagt: Hagelversicherung, Tierversicherungsförderungsgesetz, Betreuung der Bundesbediensteten und ihrer Angehörigen, Zuschüsse an die OeKB-AG, Zuschüsse an die Finanzierungsgarantie Ges. m. b. H., Bezugsvorschüsse und Sonstige Förderungen.

	Personal-ausgaben	Sach-	Summe	Einnahmen
		Millionen Euro		
2000	0,0	68,1	68,1	19,3
2001	0,0	79,2	79,2	18,5
2002	0,0	80,7	80,7	18,3

Voranschlagsansatz 1/50216 Tierversicherungsförderungsgesetz
Auf Grund des Tierversicherungsförderungsgesetzes soll jenen Tierhaltern, für die der Verlust von Tieren existenzgefährdend ist, der Abschluß einer Tierversicherung erleichtert werden. Analog der Hagelversicherung ist vorgesehen, dass der Bund und das betreffende für den Versicherungsverein zuständige Bundesland gemeinsam eine Beihilfe für die Rückversicherungsprämie aufbringen. Um die Abwicklung zu vereinfachen, wird die Beihilfe nicht mit den einzelnen rückversicherten Tierversicherungsvereinen abgerechnet, sondern mit dem Rückversicherungsverein der kleinen Rindvieh- und Pferdeversicherungsvereine auf Gegenseitigkeit.
Für das Jahr 2002 wurden Ausgaben in Höhe von 18.000 Euro veranschlagt.

Voranschlagsansatz 1/50226 Betreuung der Bundesbediensteten und ihrer Angehörigen
Der veranschlagte Betrag dient zur Förderung freiwilliger sozialer Einrichtungen (zB Beihilfen zur Erhaltung und zum Betrieb von Erholungsheimen und Unterstützungseinrichtungen aller Art) und des Betriebssportes für Bundesbedienstete und deren Angehörige. Die Förderung des Betriebssportes erfolgt ua. in jenen Fällen, in denen bei internationalen Veranstaltungen Sportvereinigungen öffentlich Bediensteter teilnehmen.
Im BVA 2002 sind dafür 144.000 Euro veranschlagt.

Voranschlagsansatz 1/50236 Förderungen - Zuschuss
Voranschlagsansatz 2/50234 Laufende Einnahmen aus Zuschüssen
Für Zahlungen an die OeKB-AG sind im Jahre 2002 veranschlagt:
10,175 Millionen Euro für die Verminderung der Beschaffungskosten von Kreditoperationen der OeKB-AG gemäß Ausfuhrfinanzierungsförderungsgesetz,
7,267 Millionen Euro für Finanzierungen auf Grund des Schwellenländerprogrammes und
4,360 Millionen Euro für Kofinanzierungen mit der Weltbank.
Die Einnahmen in Höhe von 2,235 Millionen Euro ergeben sich aus Zinsen.

Voranschlagsansatz 1/50238 Aufwendungen
Bei diesem VA-Ansatz erfolgt die Verrechnung der Ausgaben für das Studienfinanzierungsprogramm (Exportoffensive).

Paragraf 1/5024 Zahlungen an Innovations- und Technologiefonds
Gemäß Innovations- und Technologiefondsgesetz wird der Fonds aus Bundesmitteln gespeist.
Für 2002 sind dafür 31,977 Millionen Euro vorgesehen.

Paragraf 1/5025 Hagel-Frostversicherung (Mittel d.Kat.Fonds) (zweckgeb.Geb.)
Voranschlagsansatz 1/50256 Förderungen
Voranschlagsansatz 2/50250 Zweckgebundene erfolgswirksame Einnahmen
Das Hagelversicherungs-Förderungsgesetz bestimmt, dass der Österreichische Hagelversicherungs-Versicherungsverein auf Gegenseitigkeit alljährlich aus Mitteln des Katastrophenfonds (Titel 1/534) eine Beihilfe gewährt wird, die zur Verbilligung von Prämien im Rahmen der Landwirtschaftsförderung zu verwenden ist. Die Gewährung solcher Förderungen ist an Bereitstellung von Landesmitteln in gleicher Höhe gebunden.
Im Voranschlag 2002 sind dafür 12,354 Millionen Euro vorgesehen.

Voranschlagsansatz 1/50294 Zuschuss an Finanzierungsgarantie Ges.m.b.H.
Auf Grund des Garantiegesetzes in der geltenden Fassung ist die Finanzierungsgarantie-Ges. m. b. H. ermächtigt, Finanzierungshilfen zur Durchführung der Sanierung von Unternehmungen mit Sitz im Inland zu leisten, wofür der Bund seit dem Jahre 1981 jährlich nicht rückzahlbare Mittel zur Verfügung stellt.
Im BVA 2002 sind dafür 726.000 Euro budgetiert.

Voranschlagsansatz 1/50296 Sonstige Förderungen
1. Kooperationsabkommen mit internationalen Finanzinstitutionen
Auf Grund des Bundesgesetzes BGBl. Nr. 294/1987, zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 90/1997, kann Österreich mit internationalen Finanzinstitutionen Kooperationsvereinbarungen über die Finanzierung der Heranziehung österreichischer Konsulenten und Planungsunternehmen abschließen. Es wurden auf Grund dieses Bundesgesetzes nachfolgende Kooperationsabkommen abgeschlossen:

a) Kooperationsabkommen mit der Weltbank (allgemein): Dotierung 2 Millionen US-Dollar für die Periode 1987 bis 1992. Seit 1993 erfolgt die Dotierung jährlich.
Für 2002 sind Mittel in Höhe von 727.000 Euro vorgesehen.

b) Kooperationsabkommen mit der Weltbank für Ost- und Mitteleuropa: Dotierung bis zu 5 Millionen US-Dollar für die Periode 1991 bis 1995. Seither erfolgt die Dotierung jährlich.
Für 2002 sind Mittel in Höhe von 1.235.000 Euro vorgesehen.

c) Kooperationsabkommen mit der Afrikanischen Entwicklungsbank: Dieses 1988 abgeschlossene Abkommen lief 1991 aus. Ein neues Abkommen wurde bisher nicht geschlossen.

d) Kooperationsabkommen mit der Europäischen Bank für Wiederaufbau und Entwicklung: Dotierung bis 5 Millionen US-Dollar für die Periode 1991 bis 1995. Seit 1996 erfolgt die Dotierung jährlich.
Für 2002 sind Mittel in Höhe von 397.000 Euro vorgesehen.

e) Kooperationsabkommen mit der Inter-Amerikanischen Entwicklungsbank: Dotierung bis zu 1 Million US-Dollar (Laufzeit bis zur Ausschöpfung der Mittel).
Für 2002 sind Mittel in Höhe von 145.000 Euro vorgesehen.

f) Globale Umweltfazilität(GEF)-Kooperationsfonds: Dotierung 4,5 Millionen SZR für die Periode 1994 bis 1996. Seit 1997 erfolgt die Dotierung jährlich:
Für 2002 sind Mittel in Höhe von 872.000 Euro Schilling vorgesehen.

g) HIPC-Trustfund: Dieser erstmals im BVA 2000 eröffnete Posten wird als Erinnerungsposten weitergeführt.

2. Sonstige Förderungsmaßnahmen
Weiters sind Förderungszuwendungen an das Institut für höhere Studien und wissenschaftliche Forschung (906.000 Euro), an das Institut für Finanzwissenschaften und Steuerrecht (9.000 Euro), an das Österreichische College (43.000 Euro), an den Gemeinde- und Städtebund (3,274 Millionen Euro) und sonstige Förderungsbeiträge (316.000 Euro) veranschlagt.

Titel 503 Bundesministerium für Finanzen; Staatsvertrag
Unter diesem Titel (bis 1988 unter Kapitel 57) werden die Ausgaben und Einnahmen im Zusammenhang mit der Durchführung des Staatsvertrages veranschlagt und verrechnet.

	Personal-ausgaben	Sach-ausgaben	Summe	Einnahmen
	Millionen Euro			
2000	0,0	5,1	5,1	5,2
2001	0,0	5,7	5,7	4,5
2002	0,0	5,0	5,0	2,7

Unterschiede gegen Vorjahre
Die Verminderung bei den Sachausgaben gegenüber dem BVA 2001 ergibt sich dadurch, da in vielen Fällen Entschädigungen an Rechtsnachfolger der ursprünglich Geschädigten zu zahlen sind, die erst ausgeforscht werden müssen. Bei den Einnahmen erklärt sich der Rückgang mit dem Ausmaß der bereits veräußerten Teile des ehemals deutschen Eigentums.

Paragraf 5030 Schäden im Inland

Gesetzliche Grundlagen
Staatsvertrag, BGBl. Nr. 152/1955;
Besatzungsschädengesetz (BSG), BGBl. Nr. 126/1958, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 317/1961;
Kriegs- und Verfolgungssachschädengesetz, BGBl. Nr. 127/1958, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 99 und 305/1959;
Staatsvertrag, BGBl. Nr. 152/1955; Reichsleistungsgesetz;
Gesetzblatt für Österreich Nr. 1205/1939;
Vergütungsgesetz, BGBl. Nr. 55/1956, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 167/1957;
Aushilfegesetz, BGBl. Nr. 712/1976;

Im BVA 2002 sind dafür nur mehr Erinnerungsposten vorgesehen.

Paragraf 5031 Schäden im Ausland

Gesetzliche Grundlagen
Vertrag zwischen der Republik Österreich und der Tschechoslowakischen Sozialistischen Republik zur Regelung bestimmter finanzieller und vermögensrechtlicher Fragen, samt Anlagen mit Briefwechsel, BGBl. Nr. 451/1975;
Vertrag zwischen der Republik Österreich und der Deutschen Demokratischen Republik zur Regelung offener vermögensrechtlicher Fragen, BGBl. Nr. 188/1988;
Verteilungsgesetz DDR, BGBl. Nr. 189/1988, zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 125/1997;
Entschädigungsgesetz CSSR, BGBl. Nr. 452/1975 und 557/1979, zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 125/1997;
Bundesgesetz vom 13. Dezember 1976, mit dem bestimmte Vermögenswerte erfaßt und abgewickelt werden, BGBl. Nr. 713/1976.
Für die Zahlungen nach dem Entschädigungsgesetz CSSR wurden für das Jahr 2002 4,460 Millionen Euro veranschlagt. Die Einnahmen von 15.000 Euro sind Erträgnisse des Erfassungs- und Abwicklungsgesetzes, BGBl. Nr. 713/1976.
Auf Grund des gemäß § 27 des Verteilungsgesetzes DDR von der BVK nunmehr erstellten Verteilungsplanes wurden 264.000 Euro veranschlagt.
Beim VA-Ansatz 'Sonstige Zahlungen' wurde für die Kosten der Verwaltung für in Österreich befindliche CSSR-Vermögen mit 7.000 Euro vorgesorgt.

Paragraf 5032 Finanz- und Ausgleichsvertrag

Gesetzliche Grundlagen
Finanz- und Ausgleichsvertrag, BGBl. Nr. 283/1962;
Anmeldegesetz, BGBl. Nr. 12/1962, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 64/1963 und Nr. 132/1964;
Umsiedler- und Vertriebenen-Entschädigungsgesetz (UVEG), BGBl. Nr. 177/1962, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 105/1965;
Bundesgesetz betreffend die Erweiterung des Anwendungsbereiches des Besatzungschäden- und des Kriegs- und Verfolgungssachschädengesetzes, BGBl. Nr. 176/1962;
Bundesgesetz vom 1. Dezember 1970, BGBl. Nr. 375, womit das Anmeldegesetz, BGBl. Nr. 12/1962, und das Umsiedler- und Vertriebenen-Entschädigungsgesetz, BGBl. Nr. 177/1962, neuerlich abgeändert

werden (Anmeldegesetz- und UVEG-Novelle 1070).
Für die Verrechnung solcher Entschädigungszahlungen nach dem UVEG sind im BVA 2002 nur Erinnerungsposten vorgesehen.

Paragraf 5033 Sonstige Leistungen im Zusammenhang mit dem Staatsvertrag

Gesetzliche Grundlage
Bundesgesetz vom 15. Dezember 1923, BGBl. Nr. 602/1923.

Bei diesem Paragraf wurde im BVA 2002 mit 7.000Euro für die Ausgaben vorgesorgt, die von der Republik Österreich auf Grund des österreichisch-jugoslawischen Archiv- und Restitutions-abkommens zu tragen sind.

Paragraf 5034 Verwaltung ehemals deutscher Vermögenswerte

Gesetzliche Grundlage
Staatsvertrag, BGBl. Nr. 152/1955;
1. Staatsvertragsdurchführungsgesetz, BGBl. Nr. 119/1956, zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 119/1997;
Österreichisch-deutscher Vermögensvertrag, BGBl. Nr. 119/1958.

Im BVA 2002 wurde mit 34.000 Euro für die Verwaltung der Liegenschaften der ehemals deutschen Vermögenswerte vorgesorgt. Die Einnahmen von 415.000 Euro setzen sich zusammen aus den Erträgnissen der Liegenschaftsverwaltungen und den Darlehensrückzahlungen der ehemals deutschen Vermögenswerte.

Paragraf 5035 Verwertung ehemals deutscher Vermögenswerte

Gesetzliche Grundlage
1. Staatsvertragsdurchführungsgesetz, BGBl. Nr. 165/1956, zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 119/1997.

Die Ausgaben für die Abwicklungskosten der ehemals deutschen Vermögenswerte wurden für 2002 mit 223.000Euro und die Einnahmen auf Grund von geringem Kaufinteresse mit 2,185 Millionen Euro veranschlagt.

In der nachstehenden Übersicht wird die Höhe der einzelnen Entschädigungen, die auf Grund des Staatsvertrages gezahlt wurden, ausgewiesen.

Art der Entschädigungszahlung	Zahlungen bis bis einschl. 2000	BVA 2001	BVA 2002
	in Millionen Euro		
1. Entschädigungen für Vermögensverluste im Inland:			
Besatzungsschädengesetz	30,383	0,001	0,001
Kriegs- und Verfolgungssachschädengesetz	104,351		
2. Entschädigungen für Vermögensverluste im Ausland:			
11. Staatsvertragsdurchführungsgesetz	44,637	-	-
Jugoslawien	0,137	-	-
ehemalige CSSR	95,700	3,852	4,460
Deutschland (ehem. DDR)	93,91	1,671	0,264
Polen	5,189	-	-
3. Finanz- und Ausgleichsvertrag:			
a) Entschädigungszahlungen an Vertriebene und Umsiedler:			
Gemäß Art. 2	76,025	0,002	0,002
Gemäß Art. 8	5,823	0,001	0,001
Sonstige Zahlungen	2,318	-	-
b) Aushilfezahlungen(Sachleistungen)	97,291	0,003	0,003

Titel 504 Finanzlandesdirektionen

Gesetzliche Grundlagen

Abgabenverwaltungsorganisationsgesetz, BGBl. Nr. 18/1975, zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 142/2000, sowie die AVOG-DV, BGBl. Nr. 463/1996, zuletzt geändert durch BGBl. II Nr. 194/1999;

Grenzkontrollgesetz - GrekoG, BGBl. Nr. 435/1996, sowie Verordnung des Bundesministers für Inneres, mit der die Durchführung der Grenzkontrolle auf Zollorgane übertragen wird, BGBl. II Nr. 176/1997, zuletzt geändert durch BGBl. II Nr. 297/1998;

Zollkodex - ZK samt Zollrechtsdurchführungsgesetz - ZollR-DG, BGBl. Nr. 659/1994, zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 146/1999.

Aufgaben

Neben der Erhebung der öffentlichen Abgaben obliegen den Finanzlandesdirektionen und deren nachgeordneten Dienststellen verschiedene andere Aufgaben, wie die Durchführung des Familienlastenausgleichsgesetzes 1967 sowie die Zuerkennung von Mietzinsbeihilfen.

Die Schulung der Bediensteten erfolgt hauptsächlich am Bildungszentrum der Finanzverwaltung sowie an der Bundeszoll- und Zollwachschule.

Die Verwaltung der öffentlichen Abgaben wird von den Finanzlandesdirektion (Wien, Linz, Salzburg, Graz, Klagenfurt, Innsbruck und Feldkirch), Finanzämtern, Großbetriebsprüfungen, Hauptzollämtern, Zollämtern, Zollamtszweigstellen, Abfertigungsstellen, Kontrollposten und Zollwacheabteilungen besorgt.

	Personal-ausgaben	Sach-	Summe	Einnahmen
	Millionen Euro			
2000	477,8	150,8	628,6	19,1
2001	493,2	161,9	655,2	44,8
2002	496,9	161,9	658,8	46,4

Paragraf 5040 Dienststellen

	Personal-ausgaben	Sach-	Summe	Einnahmen
	Millionen Euro			
2000	477,8	82,5	560,3	18,9
2001	493,2	84,0	577,3	44,8
2002	496,9	84,0	580,9	46,4

Unter diesem Paragraf sind neben den üblichen Verwaltungs- und Betriebsaufwendungen der Finanzlandesdirektionen und der nachgeordneten Finanz- und Zollämter (wie zB. Ausgaben für Leistungen der Post und Österreichischen Postsparkasse, für Mieten, Energiebezüge, Instandhaltungen und Anschaffungen, Inlandreisen, Aufwandsentschädigungen, für Gutachten etc.) auch Familienbeihilfen (BVA 2002: 12,067 Millionen Euro), die auf Grund der Selbstträgerschaft zu leisten sind, veran-schlagt.

Die Einnahmen betreffen hauptsächlich Vergütungen für die Einhebung von Abgaben (zB. Kammer der gewerblichen Wirtschaft).

Voranschlagsansatz 1/50418 Ausfuhrerstattungen gemäß EU-Vorschriften

Gesetzliche Grundlage

Bundesgesetz über die Durchführung der Ausfuhrerstattungen im Rahmen des Marktordnungsrechtes der Europäischen Gemeinschaft (Ausfuhrerstattungsgesetz) BGBl. Nr. 660/1994.

Aufgaben

Nach Artikel 34 EG-Vertrag in der Fassung des Vertrages von Amsterdam sind zur Erreichung der Ziele der gemeinsamen Agrarpolitik Einrichtungen zur Stabilisierung der Ein- oder Ausfuhr vorgesehen.

Zu diesen gemeinsamen Einrichtungen zählt u. a. die Maßnahme der Ausfuhrerstattungen, die das Ziel des Preisausgleiches zwischen den Preisen der landwirtschaftlichen Erzeugnisse auf dem Weltmarkt

und den Gemeinschaftspreisen bei der Ausfuhr derartiger Erzeugnisse haben.
Die Höhe der Erstattungssätze, die die Grundlage für die Berechnung sind, wird durch die EU-Kommission festgesetzt. Der Europäische Ausrichtungs- und Garantiefonds für die Landwirtschaft (EAGFL), Abteilung Garantie, übernimmt gemäß Artikel 1 der VO(EG) Nr. 1258/1999 die Finanzierung dieser Maßnahme.
Die innerstaatliche Vollziehung der Erstattung-Förderungsregelung in Österreich erfolgt durch die Zollbehörden. Das Zollamt Salzburg/Erstattungen ist bundesweit für die Zahlung der Ausfuhrerstattungen zuständig, wenn ein entsprechender Antrag einer Ausfuhr vorliegt.
Die Mitgliedstaaten sind in diesem Zusammenhang infolge der Abrechnungsmodalitäten der Europäischen Kommission gefordert, nach Maßgabe des Mittelbedarfs ihrer Zahlstellen die zur Deckung der gezahlten Erstattungen erforderlichen Mittel bis zur Abgeltung durch die Europäische Kommission bereitzustellen.
Weitere Erläuterungen über die Zahlungen zwischen EU und Österreich siehe auch bei Kap. 52, Titel 529.
Im BVA 2002 sind dafür 72,673 Millionen Euro veranschlagt.

Voranschlagsansatz 1/50428 Zahlungen an die BIG
Gesetzliche Grundlage
Bundesgesetz über die Errichtung einer Bundesimmobiliengesellschaft (BIG-Gesetz), BGBl. Nr. 419/1992, zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 47/1999.
Bundesimmobiliengesetz, BGBl. I Nr. 141/2000

Im BVA 2002 sind für Zahlungsverpflichtungen (Aufwendungen) gegenüber der Bundesimmobiliengesellschaft (BIG) gemäß BIG-Gesetz 5,232 Millionen Euro veranschlagt.

Voranschlagsansatz 2/50434 Gebarung gemäß § 22 KHVG
Der § 22 des Kraftfahrzeug-Haftpflichtversicherungsgesetzes (KHVG), BGBl. Nr. 651/1994, regelt die Versicherungspflicht für ausländische Kraftfahrzeuge und Anhänger, die bei der Einreise den Nachweis einer für Österreich gültigen Kraftfahrzeughaftpflichtversicherung nicht erbringen können. Zur Gewährleistung der Ordnung von Ansprüchen aus Verkehrsunfällen werden ausländische Kraftfahrzeuge und Anhänger, die ohne einer gültigen internationalen Versicherungskarte in das Bundesgebiet eingebracht werden, durch Bezahlung einer Prämie an das Zollamt und gegen Aushändigung eines Versicherungsscheines versichert.
Die bei den Zollämtern vereinnahmten Beträge für Versicherungsscheine werden im Sinne des § 16 Abs. 2 Z 10 BJG 1986 in der geltenden Fassung durchlaufend verrechnet.
Die Gewinne aus der Grenzversicherung für das abgelaufende Geschäftsjahr werden weiterhin vom Verband der Versicherungsunternehmen Österreichs eingefordert und beim VA-Ansatz 2/50404 vereinnahmt.

Titel 507 Sonstige nachgeordnete Dienststellen
Unter diesem Titel sind die Ausgaben und Einnahmen des Bundespensionsamtes (bis 1996 Bundesrechenamt)und der Finanzprokuratur veranschlagt.

	Personal-ausgaben	Sach-	Summe	Einnahmen
	Millionen Euro			
2000	11,1	3,6	14,7	4,5
2001	10,4	3,4	13,9	2,6
2002	10,1	3,5	13,6	2,4

Paragraf 5070 Bundespensionsamt

Gesetzliche Grundlage
Bundespensionsamtsgesetz, BGBl. Nr. 758/1996.

Aufgaben
Das Bundespensionsamt ist eine dem Bundesministerium für Finanzen nachgeordnete Dienststelle. Die Aufgaben des Bundespensionsamtes sind im § 2 des Bundespensionsamtgesetzes normiert.

	Personal-ausgaben	Sach-	Summe	Einnahmen
	Millionen Euro			
2000	5,5	2,8	8,4	0,7
2001	5,7	2,9	8,7	0,7
2002	5,8	3,1	8,9	0,7

Paragraf 5071 Finanzprokuratur

Gesetzliche Grundlage

Prokuraturgesetz, StGBl. Nr. 172/1945, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 763/1992.
Die Befassung der Finanzprokuratur oder ihre Parteistellung ist in zahlreichen Bundesgesetzen und zwischenstaatlichen Übereinkommen geregelt.

Aufgaben

Die Prokurataur ist berufen, die Republik Österreich (auch hinsichtlich ihrer Anstalten, Unternehmungen, Betriebe und sonstigen Einrichtungen) sowie alle Fonds, Stiftungen, Anstaltungen, Unternehmungen, Einrichtungen und sonstigen Vermögensmassen mit selbständiger Rechtspersönlichkeit, welche von staatlichen Organen unmittelbar verwaltet werden oder bei denen der Staat für einen Gebarungsabgang aufzukommen hat, zu vertreten. Dies gilt auch für sonstige Stiftungen nach Maßgabe des § 2 Abs. 1 Z 3 des Prokuraturgesetzes auf der nunmehrigen Grundlage des Bundes-Stiftungs- und Fonds-Gesetzes. Eine Ausdehnung der Vertretungsbefugnis der Prokuratur im Verordnungswege ist im § 2 Abs. 2 des Prokuraturgesetztes vorgesehen.
Die Prokuratur ist ferner allgemein berufen, vor allen Gerichten und Verwaltungsbehörden einzuschreiten, wenn sie von der zuständigen Behörde zum Schutze öffentlicher Interessen hiefür in Anspruch genommen wird oder die Dringlichkeit des Falles ihr sofortiges Einschreiten erfordert.
Außer der Vertretung vor den Gerichten, den Verwaltungsbehörden und Gerichtshöfen öffentlichen Rechtes obliegt der Prokuratur die Abgabe von Rechtsgutachten an die von ihr zu vertretenden Rechtsträger sowie die Mitwirkung beim Abschluß von Rechtsgeschäften und bei der Abfassung von Rechtsurkunden.
Die Befugnis der Finanzprokuratur zur Vertretung vor den ordentlichen Gerichten und Arbeitsgerichten ist eine ausschließliche, soweit gesetzlich nicht etwas anderes bestimmt ist.
Vor dem Verfassungsgerichtshof, dem Verwaltungsgerichtshof, dem Obersten Patent- und Markensenat und den Verwaltungsbehörden einzuschreiten, ist sie nur über Verlangen berechtigt.

	Personal-ausgaben	Sach-	Summe	Einnahmen
	Millionen Euro			
2000	4,1	0,4	4,5	1,9
2001	4,2	0,4	4,6	1,7
2002	4,3	0,4	4,7	1,7

Titel 508 Unternehmungen mit Bundesbediensteten

Unter diesem Titel werden die Personalausgaben und die damit zusammenhängenden Sachausgaben des Österreichischen Postsparkassenamtes, der Österreichischen Salinen AG, des Amtes der Münze Österreich und des Amtes der Post und Telekom Austria AG verrechnet. Diese Ausgaben werden mit Ausnahme der Überweisungsbeträge gemäß § 311 ASVG des Amtes der Post und Telekom Austria AG dem Bund ersetzt. Außerdem werden sowohl vom Österreichischen Postsparkassenamt als auch vom Amt der Post und Telekom Austria AG jene Ausgaben nicht refundiert, die im Zusammenhang mit dem Pensionsreformgesetz 2000 (BGBl. I Nr. 95/2000) entstehen.

	Personal-ausgaben	Sach-	Summe	Einnahmen
	Millionen Euro			
2000	1.188,7	78,2	1.266,9	1.262,6
2001	1.219,6	82,7	1.302,3	1.284,3
2002	1.212,8	81,2	1.294,0	1.275,1

Paragraf 5080 Österreichisches Postsparkassenamt

Gesetzliche Grundlage
Postsparkassengesetz, BGBl. Nr. 458/1969, zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 25/2000.

Aufgaben
Besorgung aller Geschäfte der Österreichischen Postsparkasse sowie die Verrichtung aller sonstigen Arbeiten durch Bundesbeamte oder Vertragsbedienstete des Bundes. Die Dienststelle der bei der Österreichischen Postsparkasse tätigen Bundesbeamten oder Vertragsbediensteten des Bundes ist das Österreichische Postsparkassenamt.

	Personal-ausgaben	Sach-	Summe	Einnahmen
	Millionen Euro			
2000	39,6	1,2	40,8	40,2
2001	40,8	1,3	42,0	41,4
2002	41,2	1,3	42,5	41,9

Die Sachausgaben enthalten vor allem die Erfordernisse für Kommunalsteuer, Fahrtkostenzuschüsse und Aufwandsentschädigungen. Die Einnahmen beinhalten im Sinne des § 7 Abs. 4 des Postsparkassengesetzes die Ersätze der Österreichischen Postsparkasse für die Personalausgaben sowie für die zugehörigen Sachausgaben.

Paragraf 5081 Österreichische Salinen AG

Gesetzliche Grundlage
Salzmonopolgesetz, BGBl. Nr. 124/1978, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 518/1995.

Aufgaben
Mit Wirkung vom 1. Jänner 1979 ging die wirtschaftliche Verwaltung des österreichischen Salzmonopols auf die Österreichische Salinen Aktiengesellschaft über (§ 6 Abs. 1 des Salzmonopolgesetzes). Gemäß § 8 Abs. 1 Z 3 dieses Gesetzes werden die Beamten, die am 31. Dezember 1978 bei den Österreichischen Salinen beschäftigt waren, auf die Dauer ihres Dienststandes unter Wahrung ihrer Rechte der Aktiengesellschaft zur Dienstleistung zugewiesen. Die Aktiengesellschaft hat für sie dem Bund die Kosten der Besoldung zu ersetzen. Beim vorliegenden VA-Ansatz sind die Kosten der Besoldung für zwei der Österreichischen Salinen Aktiengesellschaft zugeteilte Beamte sowie deren Ersätze durch die Aktiengesellschaft veranschlagt.
Im BVA 2002 sind für Personal- und Sachausgaben 141.000 Euro vorgesehen.

Paragraf 5082 Amt der Münze Österreich

Gesetzliche Grundlage
Scheidemünzengesetz 1988, BGBl. Nr. 597/1988, zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 72/2000.

Aufgaben
Gemäß Scheidemünzengesetz ging das Österreichische Hauptmünzamt in eine von der OeNB gegründete 'Münze Österreich AG' ein. Nach den Bestimmungen dieses Gesetzes wurden die Beamten, die am 31. Dezember 1988 beim Österreichischen Hauptmünzamt beschäftigt waren, auf die Dauer ihres Dienststandes unter Wahrung ihrer Rechte der Aktiengesellschaft zur Dienstleistung zugewiesen. Die Aktiengesellschaft ersetzt für diese Bediensteten dem Bund die Kosten der Besoldung.
Im BVA 2002 sind Personal- und Sachausgaben für 34 Bedienstete in Höhe von 1,421 Millionen Euro veranschlagt.

Paragraf 5083 Ämter gem. Poststrukturgesetz

Gesetzliche Grundlage
Poststrukturgesetz, BGBl. Nr. 201/1996, Artikel 95, zuletzt geänderd durch BGBl. I Nr. xxx/2001

Aufgaben
Gemäß Bundesgesetz über die Errichtung und Aufgaben der Post und Telekom Austria Aktiengesellschaft wurden die Aufgaben der Post- und Telegraphenverwaltung mit Wirkung vom 1. Mai 1996 an die Post und Telekom Austria Aktiengesellschaft übertragen. Die bisher der Post- und Telekom Austria Aktiengesellschaft zugewiesenen Beamten werden, wenn sie überwiegend im Unternehmensbereich der Gebühren Info Service GmbH oder Österreichischen Post Aktiengesellschaft beschäftigt sind, letzterer, der Telekom Austria Aktiengesellschaft beschäftigt sind dieser, oder der Österreichischen Postbus Aktiengesellschaft beschäftigt sind, dieser auf die Dauer ihres Dienststandes zur Dienstleistung zugewiesen. Die Aktiengesellschaften ersetzen für diese Bediensteten dem Bund den Aufwand der Aktivbezüge. Um die Zuordnung zu den einzelnen Aktiengesellschaften vornehmen zu können, wurde für jedes Personalamt eine eigene Dienststellenkennzal eröffnet. Von diesem Ersatz ausgenommen sind jedoch die Überweisungsbeträge gemäß § 311 ASVG, die vom Bund zu tragen sind.

	Personal-ausgaben	Sach-ausgaben	Summe	Einnahmen
	Millionen Euro			
2000	1.147,6	77,0	1.224,6	1.220,9
2001	1.177,3	81,4	1.258,7	1.241,4
2002	1.170,0	79,9	1.250,0	1.231,6

In den Sachausgaben sind vor allem die Zahlungen für Aufwandsentschädigungen und Fahrtkostenzuschüsse enthalten.

Kapitel 51 Kassenverwaltung

Gesamtgebarung

	Allgemeiner Haushalt		Ausgleichshaushalt		Gesamthaushalt	
	Ausgaben	Einnahmen	Ausgaben	Einnahmen	Ausgaben	Einnahmen
	Millionen Euro					
2000	1.579,5	3.070,0	39.234,0	39.234,0	40.813,5	42.304,0
2001	1.761,2	1.691,5	23.255,3	23.255,3	25.016,5	24.946,8
2002	907,0	1.836,1	23.255,3	23.255,3	24.162,3	25.091,4

Im Einzelnen ist zu den Bereichen zu bemerken:

Titel 510 Effekten- und Geldverkehr des Bundes

	Personal-ausgaben	Sach-	Summe	Ein-nahmen
	Millionen Euro			
2000	0,0	0,0	0,0	145,5
2001	0,0	3,6	3,6	54,5
2002	0,0	3,6	3,6	56,3

Voranschlagsansatz 1/51038 Kursverluste
Voranschlagsansatz 2/51034 Kursgewinne
Bei diesen Voranschlagsansätzen werden die Verluste und Gewinne bei der Gebarung aus dem Effekten- und Geldverkehr des Bundes veranschlagt.
Im BVA 2002 sind Ausgaben in Höhe von 3,6 Millionen EURO veranschlagt.

Paragraf 1/5104 Effekten- und Geldverkehrskosten
Voranschlagsansatz 1/51048 Aufwendungen
Voranschlagsansatz 2/51044 Erträge aus dem Effekten- und Geldverkehr
Soweit im Zusammenhang mit dem Effekten- und Geldverkehr mit Ausnahme des Postscheckverkehrs im Bereiche der Finanzverwaltung Ausgaben bzw. Einnahmen (z.B. Zinsen aus Effekten oder der Veranlagung von Kassenbeständen) anfallen, sind diese bei diesen VA-Ansätzen zu verrechnen.
Im BVA 2002 werden Einnahmen in Höhe von 56,3 Millionen Euro erwartet.

Titel 511 Geldverkehr des Bundes (zweckgeb. Gebarung)

	Personal-ausgaben	Sach-	Summe	Ein-nahmen
	Millionen Euro			
2000	0,0	184,6	184,6	647,7
2001	0,0	246,2	246,2	46,5
2002	0,0	264,1	264,1	42,2

Paragraf 5110 Innovations- und Technologiefonds
Zur Finanzierung von Forschungen, Entwicklungen und Umstellungen für den Bereich der gewerblichen Wirtschaft wurde gemäß Innovations- und Technologiefondsgesetz (ITFG), BGBL. Nr. 603/1987, ein Fonds eingerichtet.
Gemäß Bundesgesetz BGBl. Nr. 972/1993, mit dem ua. das ITFG geändert wurde, kommen dem Fonds im Jahre 2002 31,981 Millionen Euro zu. Diese können für Zwecke der Finanzierung von Forschungen, Entwicklungen und Umstellungen verwendet werden. Überweisung an das Bundesministerium für Verkehr, Innovation und Technologie (VA-Ansatz 2/65300).

Paragraf 5111 Siedlungswasserwirtschaft
Unter diesem Paragraf werden die Zinsen und Spesen veranschlagt, die aus der kurzfristigen Veranlagung von Förderungsmitteln für die Siedlungswasserwirtschaft entstehen.

Ab 1999 werden unter diesem Paragrafen auch die Überweisungen von Steueranteilen auf das Sonderkonto und die Weiterleitung der Förderungsmittel für Zwecke der Siedlungswasserwirtschaft budgetmäßig dargestellt.
Gemäß Finanzausgleichsgestz 2001, BGBl. I Nr. 3/2001, erfolgt im Jahr 2002 keine Dotierung mit Steueranteilen.

Titel 512 Rücklagen

	Personal-ausgaben	Sach-	Summe	Ein-nahmen
	Millionen Euro			
2000	0,0	1.209,2	1.209,2	929,6
2001	0,0	0,2	0,2	277,8
2002	0,0	0,2	0,2	375,5

Haushaltsrechtliche und bundesfinanzgesetzliche Ermächtigungen sehen vor, dass in Höhe der durch Zahlung nicht in Anspruch genommenen Teile gewisser Ausgabenansätze, durch Zahlung nicht in Anspruch genommenen zweckgebundene Einnahmen und ein Überschuß der Einnahmen über die Ausgaben des Gesamthaushaltes einer Rücklage zugeführt werden können bzw. zuzuführen sind. Bei Inanspruchnahme dieser Rücklagen oder Teilen davon in den darauf folgenden Haushaltsjahren ergeben sich für den Bundeshaushalt entsprechende Einnahmen bei diesem Titel und der Rücklagenwidmung gemäß bei den zuständigen Zweckansätzen der Ressorts gleich hohe Ausgaben.

Voranschlagsansatz 1/51219 Zuführung an allgemeine Rücklage
Voranschlagsansatz 2/51217 Entnahme aus allgemeiner Rücklage (nicht veranschlagt)
Voranschlagsansatz 2/51218 Entnahme aus allgemeiner Rücklage (veranschlagt)
Im Bundeshaushaltsgesetz, § 53 Abs. 1 Pkt. 2 und 3, bzw. im Art. X Abs. 1 Z 1 des Bundesfinanzgesetzes 2002 wird der Bundesminister für Finanzen ermächtigt, in Höhe der durch Zahlung nicht in Anspruch genommenen Teile der Ausgabenbeträge für Anlagen sowie der bei den Voranschlagsansätzen 1/64698, 1/64708 und der beim Voranschlagsansatz 1/40108 als Investitionsausgaben für die Landesverteidigung veranschlagten Ausgabenbeträge eine Reservierung im Wege einer Rücklagenzuführung vorzunehmen.
Den beim Voranschlagsansatz 2/51218 veranschlagten Rücklagenentnahmen stehen im Bundesvoranschlag 2002 Ausgaben beim folgenden Voranschlagsansatz gegenüber:

	Millionen Euro
1/65023	0,727

Voranschlagsansatz 1/51229 Zuführung an Rücklage (Flexibilisierungsklausel)
Voranschlagsansatz 2/51227 Entn.aus Rückl.(Flexibilisierungsklausel)(nicht veranschl.)
Voranschlagsansatz 2/51228 Entn.aus Rücklage (Flexibilisierungsklausel) (veranschl.)
Gemäß Art. X Abs. 3 des Bundesfinanzgesetzes 2002 hat der Bundesminister für Finanzen für eine widmungsgemäße Verwendung in einem späteren Finanzjahr den im Finanzjahr 2002 gemäß §17a Abs. 4 und 5 BHG ermittelten Unterschiedsbetrag der Paragrafe 3031, 3032, 6056 und 6058 einer Rücklage zuzuführen.

Voranschlagsansatz 1/51249 Zuführung an zweckgebundene Einnahmen-Rücklage
Voranschlagsansatz 2/51247 Entnahme aus zweckgeb. Einnahmen-Rücklage (nicht veranschl.)
Voranschlagsansatz 2/51248 Entnahme aus zweckgeb. Einnahmen-Rücklage (veranschlagt)
Gemäß § 53 Abs. 2 BHG sind durch Zahlungen nicht in Anspruch genommene zweckgebundene Einnahmen jedenfalls einer Rücklage zuzuführen, wenn die Zweckbestimmung weiterhin gegeben ist.
Den beim Voranschlagsansatz 2/51248 veranschlagten Rücklagenentnahmen stehen im Bundesvoranschlag 2002 Ausgaben bei folgenden Voranschlagsansätzen gegenüber:

	Millionen Euro
1/10103	0,002
1/10108	0,001
1/51118	221,943
1/65204	0,727

Voranschlagsansatz 1/51259 Zuführung an Ausgleichsrücklage
Voranschlagsansatz 2/51257 Entnahme aus Ausgleichsrücklage
Voranschlagsansatz 2/51258 Verringerung der Ausgleichsrücklage
Gemäß § 53 Abs. 3 des Bundeshaushaltsgesetzes hat der Bundesminister für Finanzen einen Überschuss der Einnahmen über die Ausgaben des Gesamthaushaltes einer Ausgleichsrücklage zuzuführen. Ein Ausgabenüberschuss im Gesamthaushalt ist durch Entnahme aus der Ausgleichsrücklage auszugleichen.

Voranschlagsansatz 1/51269 Zuführung an besondere Rücklage
Voranschlagsansatz 2/51267 Entnahme aus besonderer Rücklage (nicht veranschlagt)
Voranschlagsansatz 2/51268 Entnahme aus besonderer Rücklage (veranschlagt)
Im Bundesvoranschlag 2002 sind für Rücklagenzuführungen bzw. -entnahmen auf Grund von Sondergesetzen bzw. der Ermächtigungen gemäß Art. X Abs. 1 Z 2 und Z 3 des Bundesfinanzgesetzes 2002 entsprechende Voranschlagsansätze vorgesehen.

Voranschlagsansatz 1/51279 Zuführung an besondere Einnahmen-Rücklage
Voranschlagsansatz 2/51277 Entnahme aus besonderer Einnahmen-Rückl. (nicht veranschl.)
Voranschlagsansatz 2/51278 Entnahme aus besonderer Einnahmen-Rückl. (veranschlagt)
Im Bundesvoranschlag 2002 sind für Rücklagenzuführen bzw. -entnahmen gemäß Art. X Abs. 2 des Bundesfinanzgesetzes 2002 entsprechende Voranschlagsansätze vorgesehen.

Voranschlagsansatz 1/51289 Zuführung an besondere Aufwendungen-Rücklage
Voranschlagsansatz 2/51287 Entnahme aus bes. Aufwendungen-Rücklage (nicht veranschl.)
Voranschlagsansatz 2/51288 Entnahme aus bes. Aufwendungen-Rücklage (veranschlagt)
Gemäß Art. X Abs. 1 Z 4 können 50% jener Ausgabenbeträge des Ermessens der Unterteilung 8, die nicht ohnedies bereits nach dem BHG oder dem BFG 2002 rücklagefähig sind, mit Ausnahme der Vergütungen und Überweisungen im Bundeshaushalt sowie der Ausgaben für Finanzschulden, im Wege einer Rücklagenzuführung für spätere Jahre reserviert werden.
Den beim Voranschlagsansatz 2/51288 veranschlagten Rücklagenentnahmen stehen im Bundesvoranschlag 2002 Ausgaben beim folgenden Voranschlagsansatz gegenüber:

	Millionen Euro
1/65118	0,363

Voranschlagsansatz 2/51297 Auflösung von Rücklagen
Für den Fall, dass die seinerzeitige Zweckbindung dem Grunde oder der Höhe nach wegfällt, sind Rücklagen voranschlagswirksam aufzulösen und im Sinne von § 38 Abs. 1 BHG zu verwenden.
Im Bundesvoranschlag 2002 sind folgende Rücklagenauflösungen vorgesehen:

	Millionen Euro
1/64503	2,206
1/64508	0,384
1/64533	2,048
1/64538	0,538
1/64608	2,487
1/64613	6,391
1/64663	0,727
1/64673	0,231
1/64713	9,417
1/64718	0,034
1/64723	9,645
1/64728	0,174
1/64743	3,533
1/64748	0,013
1/64753	3,412
1/64758	4,683
1/51817	52,811
1/51818	52,812

Stand der Rücklagen
Der Stand der Rücklagen am 31. Jänner 2001 stellt sich wie folgt dar:

	Millionen Euro	
1. Allgemeine Rücklage		**283,5**
hievon:		
Universitäten und wissenschaftliche Einrichtungen	26,2	
Internationale Finanzinstitutionen	84,4	
2. Zweckgebundene Einnahmen-Rücklage		**1.100,5**
hievon:		
Mittel des ITF (2/51100)	5,7	
Katastrophenfonds	29,1	
Ausfuhrförderung (AFG)	202,3	
Sicherheitsabgabe	33,4	
Universitäten	30,2	
Altlastenbeitrag	154,2	
Gesundheitsförderung	14,9	
Siedlungswasserwirtschaft	529,5	
3. Ausgleichsrücklage		**164,9**
4. Besondere Rücklage		**756,7**
hievon:		
Klinischer Aufwand	99,9	
Sonstige Umweltmaßnahmen	50,5	
Jugendausbildung	37,7	
Beschäftigungsprogramm, arbeitsmarktpol. Maßnahmen	44,7	
Pauschalvorsorge	135,6	
Ausfuhrförderung	197,4	
Regional- und strukturpolitische Maßnahmen (Kap. 65)	7,7	
Technologiemilliarde, Exportoffensive	31,0	
5. Besondere Einnahmen-Rücklage		**27,0**
6. Besondere Aufwendungen-Rücklage		**98,8**
7. Rücklagen im Rahmen der Flexibilisierungsklausel		**0,6**
Summe Z 1 bis 7		**2.432,0**
Abzüglich der im BVA 2002 veranschlagten Rücklagenentnahmen und - auflösungen		-375,3
verbleiben		**2.056,7**

Titel 513 Zahlungen von der EU
Österreich hat auf Grund diverser Bestimmungen des EU-Rechtes Zahlungen von der EU zu erwarten. Unter dem Titel 2/513 werden die Rückflüsse aus der Programmperiode 1994-1999 und unter dem Titel 2/514 die Rückflüsse der Periode 2000-2006 verrechnet

Bezüglich der EU-Zahlungen wird auf die Erläuterungen unter Kap. 52, Titel 2/529 verwiesen.

	Personal-ausgaben	Sach-	Summe	Einnahmen
	Millionen Euro			
2000	0,0	0,0	0,0	202,7
2001	0,0	0,0	0,0	84,9
2002	0,0	0,0	0,0	46,7

Titel 2/514 Zahlungen aus den EU-Strukturfonds (Periode 2000-2006)

	Personal-ausgaben	Sach-	Summe	Einnahmen
	Millionen Euro			
2000	0,0	0,0	0,0	1.083,1
2001	0,0	0,0	0,0	1.180,5
2002	0,0	0,0	0,0	1.267,9

Titel 518 Sonstige Pauschalvorsorgen

	Personal-ausgaben	Sach-	Summe	Einnahmen
	Millionen Euro			
2000	0,0	0,0	0,0	0,0
2001	159,9	1.105,7	1.265,5	0,0
2002	0,0	427,6	427,6	0,0

Paragraf 5181 Pauschalvorsorge für Sachausgaben

Die Pauschalvorsorge für Sachausgaben in Höhe von 427,563 Millionen Euro ist für bestimmte unaufschiebbare Mehrausgaben bzw. als allgemeine Vorsorge für unvorhergesehene Entwicklungen mit negativen Auswirkungen auf das Budget, wie zB Eintritt eines geringeren Wirtschaftswachstums als bei der Budgeterstellung angenommen, vorgesehen. Da die notwendige Bewilligung von überplanmäßigen Ausgaben im Wege eines Bundesgesetzes oft aus zeitlichen oder anderen Gründen nicht zeitgerecht eingeholt werden kann, würden sich bei Realisierung unaufschiebbarer Zahlungen haushaltsrechtliche Schwierigkeiten ergeben. Insbesondere ist dies der Fall bei Hilfeleistungen in Katastrophenfällen im In- und Ausland, in Seuchen- und Epidemiefällen sowie für Sondermaßnahmen der Bundesregierung im In- und Ausland, die Durchführung von Staatsbesuchen, Konferenzen, Tagungen uä.

Titel 519 Sonstige Kassenverwaltungs-Ausgaben

	Allgemeiner Haushalt		Ausgleichshaushalt		Gesamthaushalt	
	Ausgaben	Einnahmen	Ausgaben	Einnahmen	Ausgaben	Einnahmen
			Millionen Euro			
2000	185,7	61,3	39.234,0	39.234,0	39.419,7	39.295,3
2001	245,6	47,3	23.255,3	23.255,3	23.500,9	23.302,6
2002	211,5	47,6	23.255,3	23.255,3	23.466,8	23.302,9

Voranschlagsansatz 1/51908 Allgemeine Ausgaben
Voranschlagsansatz 2/51904 Allgemeine Einnahmen

Diese Voranschlagsansätze sind für die Verrechnung sonstiger möglicherweise anfallender Ausgaben und Einnahmen vorgesehen. Hiebei handelt es sich um Beträge, die im Zusammenhang mit inkamerierten Resten zweckgebundener Einnahmen anfallen.

Paragraf 5191 Kurzfristige Verpflichtungen

Laut § 16 (1) BHG, BGBl. Nr. 213/1986, sind ab dem BVA 1988 auch die für die Aufnahme von Geldverbindlichkeiten zur vorübergehenden Kassenstärkung nötigen Einnahmen und Ausgaben (brutto) im Ausgleichshaushalt darzustellen. Zur Erhaltung der Verfügbarkeit des mit Wirkung März 1999 für kurzfristige Finanzierungen aufgelegten 'Austrian Treasury Bill' (ATB) Programms ist eine laufende Begebung, unabhängig vom Bedarf, erforderlich. Werden diese Mittelaufnahmen liquiditätspolitisch nicht benötigt, führt die Veranlagung zu Nettoerträgen des Bundes. Für diesen Zweck sind im BVA 2002 beim VA-Ansatz 7/51919 bzw. 8/51919 je 12,4 Milliarden EURO vorgesehen.
Auf Grund der Situation auf dem Geld- und Kapitalmarkt im In- und Ausland bei Erstellung des Bundesvoranschlages 2002 ist für derartige Kreditoperationen, deren Laufzeit spätestens am 31. Dezember 2002 zu enden hat, mit einem Zinsenaufwand von 211,5 Millionen Euro zu rechnen.

Paragraf 5192 Devisentermingeschäfte

Bei diesem Paragraph werden alle Einnahmen und Ausgaben für Devisentermingeschäfte zur Absicherung von kurzfristigen Verpflichtungen des Bundes verrechnet.

Bei der Begebung von 'Austrian Treasury Bills' in Fremdwährung werden Devisentermingeschäfte abgeschlossen, um generell bei der Kapitalrückzahlung das Wechselkursrisiko zu beseitigen und die Zinsbelastung, gebunden an den Euribor, zu fixieren.

Für diesen Zweck sind im BVA 2002 beim VA-Ansatz 7/51929 bzw. 8/51929 je 10,9 Milliarden Euro vorgesehen. Die Zinsvorteile aus diesen Devisentermingeschäften sind mit 47,6 Millionen Euro beim VA-Ansatz 2/51924 veranschlagt.

Kapitel 52 Öffentliche Abgaben

Gesamtgebarung

	Personal-ausgaben	Sach-	Summe	Einnahmen
	Millionen Euro			
2000	0,0	7,1	7,1	33.037,3
2001	0,0	8,9	8,9	36.467,2
2002	0,0	8,2	8,2	37.977,7

Allgemeines zur Veranschlagung
Die Schätzungen der öffentlichen Abgaben beruhen im Wesentlichen auf einer Fortschreibung der Ergebnisse 2000 unter Berücksichigung der im Rahmen des Budgetbegleitgesetzes 2001 (BGBl. I Nr. 142/2000) auf dem Steuersektor getroffenen Maßnahmen. Die Fortschreibung erfolgte bei den wichtigsten Steuern auf Grund der prognostizierten Entwicklung der nächstliegenden volkswirtschaftlichen Größen und der entsprechenden Aufkommenselastizitäten.

In den Texterläuterungen zu den einzelnen Voranschlagsansätzen sind entsprechend der derzeit geltenen Rechtslage teilweise noch Schillingbeträge angegeben. Die für die Umstellung auf Euro-Beträge erforderlichen Gesetzesnovellen sind derzeit in Vorbereitung.

Ausgaben
Auf der Ausgabenseite des Kapitels 52 'Öffentliche Abgaben' gelangen nur solche Ausgaben zur Verrechnung, die den Abgabenertrag unmittelbar schmälern (Stempelmarkengebarung und Kosten des Einbringungs- und Strafverfahrens). Personal- und Sachausgaben aus der Veranlagung, Einhebung und Einringung der öffentlichen Abgaben sind bei Kapitel 50 'Finanzverwaltung' veranschlagt.

Zu den einzelnen Titeln ist zu bemerken:

Titel 520 Einkommen- und Vewrmögensteuern

	Personal-ausgaben	Sach-	Summe	Einnahmen
	Millionen Euro			
2000	0,0	0,0	0,0	23.841,4
2001	0,0	0,0	0,0	26.704,4
2002	0,0	0,0	0,0	28.274,1

Voranschlagsansatz 2/52004 Veranlagte Einkommensteuer
Gesetzliche Grundlage
Einkommensteuergesetz 1988, BGBl. Nr. 400, zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 142/2000.

Sachlicher Überblick
Die E i n k o m m e n s t e u e r ist die Steuer vom Einkommen der natürlichen Personen. Der Einkommensbegriff ist, ohne einer bestimmten Einkommenstheorie zu folgen, durch folgende Einkunftsarten umschrieben: Einkünfte aus Land- und Forstwirtschaft, aus selbständiger Arbeit, aus Gewerbebetrieb, aus nichtselbständiger Arbeit, aus Kapitalvermögen, aus Vermietung und Verpachtung und sonstige (bestimmt bezeichnete) Einkünfte.
Das Einkommensteuergesetz 1988 geht vom Grundsatz der Individualbesteuerung aus. Die Höhe der Einkommensteuer (Lohnsteuer) bemisst sich nach einem progressiven Stufentarif. Die erste Tarifstufe bis 50.000 S wird nicht besteuert. Der Steuersatz beginnt mit 21vH für Einkommensteile zwischen 50.000 S und 100.000 S und beträgt maximal 50vH bei Einkommen über 700.000 S.
Die sich auf Grund des Tarifs ergebende Steuer vermindert sich bei jedem Steuerpflichtigen um einen allgemeinen Absetzbetrag von jährlich 12.200 S, der aber in verschiedenen Einkommensbereichen unterschiedlich verschliffen wird. Die Einschleifzone endet bei 487.400 S. Über dieser Grenze steht

kein allgemeiner Absetzbetrag zu. Übersteigen die Einkünfte des einen Ehegatten nicht bestimmte Jahresbeträge, dann steht dem anderen Ehegatten der Alleinverdienerabsetzbetrag von jährlich 5.000 S zu. Dieser Absetzbetrag ist auch einem in einer eheähnlichen Gemeinschaft lebenden Alleinverdiener mit mindestens einem unterhaltsberechtigten Kind zu gewähren. Einem Alleinerzieher, das ist eine Person, die allein für mindestens ein unterhaltsberechtigtes Kind zu sorgen hat, ist ein Alleinerzieherabsetzbetrag von 5.000 S jährlich zu gewähren. Wird einer Person Familienbeihilfe gewährt, steht ihr im Wege der gemeinsamen Auszahlung mit der Familienbeihilfe ein Kinderabsetzbetrag von monatlich 700 S je Kind zu. Einer Person, die für nicht zu ihrem Haushalt gehörige Kinder den gesetzlichen Unterhalt leistet, steht ein Unterhaltsabsetzbetrag von 350 S für das erste, 525 S für das zweite, und 700 S für jedes weiter Kind pro Monat zu. Bei Einkünften aus nichtselbständiger Arbeit ist ein Arbeitnehmerabsetzbetrag von 750 S jährlich (weitere 750 S werden als zusätzliche Förderung zur Pensionsvorsorge gewährt) und ein Verkehrsabsetzbetrag von jährlich 4.000 S zu berücksichtigen. Pensionisten steht hingegen ein Pensionistenabsetzbetrag von 5.500 S jährlich zu. Dieser wird zwischen 230.000 und 300.000 S Jahreseinkommen linear eingeschliffen. Ab einem Einkommen von 300.000 steht kein Pensionistenabsetzbetrag mehr zu.
Die genannten Steuerabsetzbeträge sind von der sich nach dem Tarif ergebenden Steuer bis zur Höhe dieser Steuer abzusetzen, der Alleinverdienerabsetzbetrag bei mindestens einem Kind, der Alleinerzieherabsetzbetrag und der Arbeitnehmerabsetzbetrag (bis zu 1.500 S) können auch zu einer Steuergutschrift führen.
Ein sehr bedeutender Teil der Einkommensteuer wird im Wege der Einbehaltung an der Quelle erhoben. Diese besondere Erhebungsform der Einkommensteuer findet vor allem Anwendung auf Einkünfte aus nichtselbständiger Arbeit (Lohnsteuer) und auf bestimmte inländische Kapitalerträge und Zinsen (Kapitalertragsteuern).

Voranschlagsansatz 2/52014 Lohnsteuer
Gesetzliche Grundlage
Einkommensteuergesetz 1988, BGBl. Nr. 400, zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 142/2000.

Sachlicher Überblick
Die Lohnsteuer ist eine Quellensteuer auf Einkünfte aus nichtselbständiger Arbeit (Löhne und Gehälter, Pensionen) und wird nach Steuersätzen bemessen, die aus dem Einkommensteuertarif abgeleitet sind, wobei jedoch bestimmte Einkommensbestandteile (z.B. 13. und 14. Bezug, Zulagen und Zuschläge, Prämien, Diäten) steuerfrei sind oder einer begünstigten Besteuerung unterliegen. Sie ist vom Arbeitgeber für den Arbeitnehmer bei jeder Lohnzahlung einzubehalten und monatlich an das Finanzamt der Betriebsstätte abzuführen.

Voranschlagsansatz 2/52024 Kapitalertragsteuer
Gesetzliche Grundlage
Einkommensteuergesetz 1988, BGBl. Nr. 400, zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 142/2000.

Sachlicher Überblick
Die Kapitalertragsteuer wird von inländischen Kapitalerträgen erhoben, wie insbesondere von Gewinnanteilen (Dividenden), Zinsen und sonstigen Bezügen aus Anteilen an juristischen Personen sowie aus der Beteiligung an einem Handelsgewerbe als stiller Gesellschafter. Der Steuerabzug beträgt 25vH von den vollen Kapitalerträgen. Die entstehende Steuerschuld für Einkommensteuer - ausgenommen stille Beteiligungen - ist damit abgegolten.

Voranschlagsansatz 2/52025 Kapitalertragsteuer auf Zinsen
Gesetzliche Grundlage
Einkommensteuergesetz 1988, BGBl. Nr. 400, zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 142/2000.

Sachlicher Überblick
Die Kapitalertragsteuer auf Zinsen wird von Einlagezinsen und bestimmten festverzinslichen Wertpapierzinsen im Ausmaß von 25vH erhoben. Die entstehende Steuerschuld für Einkommen- und Erbschaftssteuer ist damit abgegolten.
Bezieher niedriger Einkommen, die unter der Besteuerungsgrenze liegen, können eine Erstattung beantragen.

Voranschlagsansatz 2/52034 Körperschaftsteuer
Gesetzliche Grundlage
Körperschaftsteuergesetz 1988, BGBl. Nr. 401, zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 142/2000.

Sachlicher Überblick
Die Körperschaftsteuer ist die Einkommensteuer der juristischen Personen. Der Einkommensbegriff und die Art der Ermittlung des Einkommens bestimmen sich nach den Vorschriften des Einkommensteuergesetzes. Die Körperschaftsteuer beträgt 34vH. Für alle unbeschränkt steuerpflichtigen Kapitalgesellschaften ist eine Mindestkörperschaftsteuer vorgesehen. Sie beträgt 48.160 S für AG, 24.080 S für GmbH und 75.000 S für Kreditinstitute und Versicherungsunternehmen. Für neu gegründete Kapitalgesellschaften beträgt sie im ersten Jahr 15.000 S.
Von Privatstiftungen erzielte Zinserträge unterliegen einer allgemeinen Zwischenbesteuerung von 12,5 v.H., die im Ausmaß kapitalertragsteuerpflichtiger Zuwendungen an Begünstigte aus der Stiftung unterbleibt. Erfolgen Zuwendungen nach dem Jahr des Erzielens der Zinserträge wird eine früher ermittelte Zwischensteuer gutgeschrieben.

Voranschlagsansatz 2/52036 Abgabe von Zuwendungen
Gesetzliche Grundlage
Einkommensteuergesetznovelle 1975, Art. 11, BGBl. Nr. 391, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 739/1988.

Sachlicher Überblick
Der Abgabe von Zuwendungen unterliegen Zuwendungen von Berufs- und Wirtschaftsverbänden (Interessenvertretungen) mit freiwilliger Mitgliedschaft an politische Parteien sowie an Organisationen, die einer politischen Partei nahe stehen oder die nicht selbst als Berufs- und Wirtschaftsverband (Interessenvertretung) anzusehen sind. Die gleiche Abgabepflicht besteht auch für Zuwendungen dieser Berufs- und Wirtschaftsverbände (Interessenvertretungen) an Personen oder Personengemeinschaften, wenn die Zuwendungen unter das Spendenabzugsverbot des Einkommensteuergesetzes oder des Körperschaftsteuergesetzes fallen. Abgabepflichtig sind die Zuwendungen gewährenden Berufs- und Wirtschaftsverbände Interessenvertretungen; die Abgabe beträgt 15vH der zugewendeten Beträge.

Voranschlagsansatz 2/52066 Erbschafts- und Schenkungssteuer
Gesetzliche Grundlage
Erbschafts- und Schenkungssteuergesetz 1955, BGBl. Nr. 141/1955, zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 2/2001.

Sachlicher Überblick
Für Erwerbe von Todes wegen (Erbanfälle, Vermächtnisse) und Schenkungen unter Lebenden wird die Erbschafts- und Schenkungssteuer eingehoben. Zahlungspflichtig ist der Erwerber, bei einer Schenkung auch der Geschenkgeber. Der Steuersatz ist sowohl nach der Höhe des Erwerbes als auch nach dem Verwandtschaftsverhältnis zwischen Erblasser (Geschenkgeber) und Erwerber nach fünf Steuerklassen gestaffelt und beträgt für die Steuerklasse I 2vH bis 15vH und für die übrigen Steuerklassen 4vH bis 60vH. Freibeträge richten sich jeweils nach den Steuerklassen. Weiters gibt es einen Freibtrag von bis zu 5 Mio.S für Betriebsübergaben. Ermäßigungen für gemeinnützige Institutionen sowie Befreiungen aus sozialen Gründen sind vorgesehen. Es besteht die Möglichkeit, die Schenkungssteuer durch Parteienvertreter selbst berechnen zu lassen.

Voranschlagsansatz 2/52074 Abgabe von land- und forstwirtschaftlichen Betrieben
Gesetzliche Grundlage
Bundesgesetz über die Abgabe von land- und forstwirtschaftlichen Betrieben, BGBl. Nr. 166/ 1960, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 486/1984.

Sachlicher Überblick
Nach dem Bundesgesetz über die Abgabe von land- und forstwirtschaftlichen Betrieben wird von land- und forstwirtschaftlichen Betrieben und land- und forstwirtschaftlich genutzten Grundstücken eine Abgabe erhoben, die mit 400vH. des Grundsteuermessbetrages festzusetzen ist.

Voranschlagsansatz 2/52084 Bodenwertabgabe
Gesetzliche Grundlage
Bundesgesetz, BGBl. Nr. 285/1960, zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 142/2000.

Sachlicher Überblick
Gegenstand der B o d e n w e r t a b g a b e sind die unbebauten Grundstücke einschließlich der unbebauten Betriebsgrundstücke, wobei für bestimmte Grundstücke Befreiungen vorgesehen sind. Überdies ist bei der Errichtung eines Einfamilienhauses durch den Abgabeschuldner diesem die für die letzten fünf Jahre entrichtete Bodenwertabgabe rückzuerstatten.
Die Bodenwertabgabe beträgt 1vH des maßgebenden Einheitswertes, soweit dieser 14.600 Euro übersteigt.

Voranschlagsansatz 2/52086 Wohnbauförderungsbeitrag
Gesetzliche Grundlagen
Bundesgesetz über die Einhebung des Wohnbauförderungsbeitrages, BGBl. Nr. 13/1952, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 376/1986;
Wohnbauförderungsgesetz 1984, BGBl. Nr. 482/1984, zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 26/2000;
Bundesgesetz, BGBl. Nr. 301/1989.
Sachlicher Überblick
Beitragspflichtig sind Dienstnehmer (Heimarbeiter), solange sie Anspruch auf Entgelt haben, und deren Dienstgeber (Auftraggeber). Ausgenommen von der Beitragspflicht sind die im § 2 Abs. 3 genannten Personengruppen.
Der Beitrag beträgt gemäß § 3 Abs. 1 des oben zitierten Gesetzes für jeden beitragspflichtigen Dienstnehmer (Heimarbeiter),
1. der in der Krankenversicherung pflichtversichert ist, 5 vT der allgemeinen Beitragsgrundlage in der Krankenversicherung (in der Krankenversicherung der Bundesangestellten der Bemessungsgrundlage) bzw., wenn der Dienstnehmer (Heimarbeiter) zwar nicht in der Krankenversicherung, jedoch in der Pensionsversicherung pflichtversichert ist, der allgemeinen Beitragsgrundlage in der Pensionsversicherung;
2. der weder in der Krankenversicherung noch in der Pensionsversicherung pflichtversichert ist, 5vT des Arbeitsverdienstes aus dem Dienstverhältnis, für das der Beitrag zu entrichten ist.
Der Beitrag darf jedoch keinesfalls 5vT der jeweiligen Höchstbeitragsgrundlage in der Krankenversicherung nach dem Allgemeinen Sozialversicherungsgesetz, BGBl. Nr. 189/1955, überschreiten.
Der Dienstgeber (Auftraggeber) hat einen gleich hohen Beitrag für jeden von ihm beschäftigten beitragspflichtigen Dienstnehmer (Heimarbeiter) zu leisten.

Titel 521 Einkommen- und Vermögensteuern (zweckgebundene Beiträge)

	Personal-ausgaben	Sach-	Summe	Einnahmen
	Millionen Euro			
2000	0,0	0,0	0,0	10,6
2001	0,0	0,0	0,0	14,5
2002	0,0	0,0	0,0	14,5

Voranschlagsansatz 2/52180 Kunstförderungsbeitrag
Gesetzliche Grundlage
Bundesgesetz, BGBl. Nr. 573/1981, zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 132/2000.
Sachlicher Überblick
Abgabepflichtig sind die Inhaber einer unbefristeten Rundfunk-Hauptbewilligung. Die Abgabe ist in Höhe von 6,60 S monatlich zu entrichten.
Nach Abzug der Einhebungsvergütung und des Anteiles der Länder wird der verbleibende Ertrag zur Gänze für Zwecke der Kunstförderung, der Museen und des Bundesdenkmalamtes verwendet.

Titel 522 Umsatzsteuer

	Personal-ausgaben	Sach-	Summe	Einnahmen
	Millionen Euro			
2000	0,0	0,0	0,0	17.056,0
2001	0,0	0,0	0,0	17.877,5
2002	0,0	0,0	0,0	18.458,9

Voranschlagsansatz 2/52204 Umsatzsteuer
Gesetzliche Grundlage
Umsatzsteuergesetz 1994, BGBl. Nr. 663, zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 142/2000.

Sachlicher Überblick
Mit Wirksamkeit 1. Jänner 1995 ist das neue Umsatzsteuergesetz 1994, bestehend aus einem allgemeinen Teil und einem Anhang, der die Binnenmarktregelung enthält, in Kraft getreten. Die Binnenmarktregelung betrifft die Besteuerung des innergemeinschaftlichen Handels zwischen den Mitgliedstaaten der EU.
Die U m s a t z s t e u e r (Mehrwertsteuer) ist eine allgemeine Verkehrsteuer. Sie wird auf allen Stufen des Wirtschaftsablaufes erhoben. Steuergegenstand sind die Lieferungen und sonstigen Leistungen, die ein Unternehmer im Inland gegen Entgelt im Rahmen seines Unternehmens ausführt, ferner der Eigenverbrauch, die Einfuhr und der innergemeinschaftliche Erwerb. An die Stelle der Einfuhrumsatzsteuer, die nur mehr im Handel mit Drittländern außerhalb der EU gilt, tritt für innergemeinschaftliche Lieferungen zwischen Unternehmern die Umsatzsteuer auf den Erwerb eines Gegenstandes im Inland (Erwerbsteuer). Korrespondierend zur Steuerpflicht des innergemeinschaftlichen Erwerbs ist die innergemeinschaftliche Lieferung steuerfrei, wenn der Gegenstand in das übrige Gemeinschaftsgebiet gelangt, der Erwerber Unternehmer oder eine nicht steuerpflichtige juristische Person ist und der Erwerb des Gegenstandes der Lieferung beim Abnehmer in einem anderen Mitgliedstaat der Umsatzsteuer unterliegt. Zur Abwicklung des innergemeinschaftlichen Handels benötigen Unternehmer eine Umsatzsteuer-Identifikationsnummer, die von den Mitgliedstaaten ausgestellt werden. Innergemeinschaftliche Lieferungen an Privatpersonen unterliegen dagegen - mit Ausnahme von besonderen Regelungen für den Versandhandel und für neue Fahrzeuge - nur im Ursprungsland der Besteuerung. Bemessungsgrundlage für die Mehrwertsteuer ist bei Lieferungen und sonstigen Leistungen das Entgelt, das ist alles, was der Empfänger einer Lieferung oder sonstigen Leistung aufzuwenden hat, um die Lieferung oder sonstige Leistungen zu erhalten. Beim Eigenverbrauch ist Bemessungsgrundlage der Einkaufspreis bzw. die Selbstkosten des entnommenen Gegenstandes oder die auf die Nutzung des Gegenstandes entfallenden Kosten oder die auf die Ausführung der Leistungen entfallenden Kosten oder die nichtabzugsfähigen Ausgaben (Aufwendungen). Bei der Einfuhr richtet sich die Bemessungsgrundlage nach dem Zollwert. Auch der innergemeinschaftliche Erwerb wird nach dem Entgelt bemessen, wobei Verbrauchsteuern, die im Entgelt nicht enthalten sind, aber vom Erwerber geschuldet werden, einzubeziehen sind.
Unter bestimmten Voraussetzungen ist der Unternehmer berechtigt, die Umsatzsteuerbeträge, die von anderen Unternehmern in Rechnungen über Leistungen im Inland an sein Unternehmen ausgewiesen werden, als Vorsteuer von dem von ihm zu zahlenden Umsatzsteuerbetrag in Abzug zu bringen. Ebenso kann der Unternehmer unter bestimmten Voraussetzungen die bei der Einfuhr entrichtete Einfuhrumsatzsteuer und die Steuer für den innergemeinschaftlichen Erwerb als Vorsteuer in Abzug bringen. Durch den Vorsteuerabzug wird erreicht, dass in jeder Wirtschaftsstufe im Ergebnis nur der Nettoumsatz besteuert bzw. die Kumulativwirkung ausgeschaltet wird.
Der allgemeine Steuersatz beträgt 20vH der Bemessungsgrundlage. Für die in den Gebieten Jungholz und Mittelberg bewirkten Umsätze beträgt er 16vH, wenn der Unternehmer einen Wohnsitz (Sitz), gewöhnlichen Aufenthalt oder Betriebsstätte in diesen Gebieten hat. Die Steuer ermäßigt sich auf 10vH für die Lieferungen, den Eigenverbrauch, die Einfuhr von in der Anlage dieses Bundesgesetzes aufgezählten Gegenständen (insbesondere Lebensmittel, landwirtschaftliche Erzeugnisse, verschiedene Rohstoffe, Waren des Buchhandels) sowie u. a. für die Vermietung von Grundstücken zu Wohnzwecken, für die Beherbergung samt Nebenleistungen, gewisse Leistungen der Wohnungseigentümergemeinschaften, die sonstigen Leistungen aus der Tätigkeit als Künstler, verschiedene Leistungen im Kultur- und Unterhaltungsbereich, Leistungen von Jugendheimen, Leistungen der Altersheime und Pflegeanstalten, Leistungen bestimmter gemeinnütziger Institutionen und die Beförderung von Personen, soweit diese

Leistungen nicht befreit sind.
Für die Lieferung und den Eigenverbrauch von Wein aus eigener Erzeugung durch Weinbauern ist noch ein ermäßigter Steuersatz von 12vH vorgesehen.
Das Gesetz unterscheidet zwischen Steuerbefreiungen, bei denen das Recht zum Vorsteuerabzug unberührt bleibt (echte Befreiungen) und solchen, bei denen der Vorsteuerabzug ausgeschlossen ist (unechte Befreiungen). Zu den echten Steuerbefreiungen zählen insbesondere Ausfuhrlieferungen und innergemeinschaftliche Lieferungen, Lohnveredlungen an Gegenständen der Ausfuhr in das Drittlandsgebiet, Umsätze für die Seeschiffahrt und für die Luftfahrt, Beförderung von Gegenständen im grenzüberschreitenden Verkehr (ausgenommen innergemeinschaftliche Beförderungen), sonstige Leistungen bezogen auf Gegenstände der Einfuhr, Ausfuhr und die grenzüberschreitende Personenbeförderung mit Schiffen und Luftfahrzeugen und Goldlieferungen an Zentralbanken. Unter die unechten Steuerbefreiungen fallen insbesondere die Umsätze der Sozialversicherungs- und Fürsorgeträger sowie Leistungen im Bereich der Geld- und Kreditwirtschaft, Leistungen, die anderen Verkehrsteuern (z. B. Grunderwerbsteuer) unterliegen, die Umsätze der Blinden, Umsätze von privaten Schulen und anderen allgemein bildenden oder berufsbildenden Einrichtungen unter bestimmten Voraussetzungen, die Umsätze aus der Tätigkeit als Bausparkassen- oder Versicherungsvertreter, die Umsätze gemeinnütziger Sportvereinigungen, die Vermietung und Verpachtung von Grundstücken (ausgenommen für Wohnzwecke), die Umsätze der Kranken- und Pflegeanstalten, der Alters-, Blinden- und Siechenheime von Körperschaften des öffentlichen Rechts oder von gemeinnützigen Institutionen, die Umsätze aus der Tätigkeit als Arzt, Dentist oder Psychotherapeut, Zahntechnikerleistungen, die Lieferungen von menschlichen Organen, menschlichem Blut und Frauenmilch, die Krankenbeförderung, die Leistungen der Jugend- und Erziehungsheime von Körperschaften des öffentlichen Rechts oder von gemeinnützigen Institutionen, Theater-, Musik- und Gesangsaufführungen, Museen, botanische oder zoologische Gärten und Naturparks von Bund, Ländern und Gemeinden und die Umsätze der Kleinunternehmer.
Neu eingeführt wurde durch das Umsatzsteuergesetz 1994 die Margenbesteuerung für Reisebüros. Weiters ist bei Lieferungen von Gebrauchtgegenständen, Kunstgegenständen, Sammlungsstücken und Antiquitäten, die ein Unternehmer von einem nicht zum Vorsteuerabzug Berechtigten erworben hat, nur noch der Unterschied zwischen dem Verkaufs- und Ankaufspreis der Umsatzsteuer zu unterwerfen (sog. Differenzbesteuerung). Dabei ist grundsätzlich der allgemeine Steuersatz anzuwenden.
Bei nicht buchführungspflichtigen Unternehmern, die Umsätze im Rahmen eines land- und forstwirtschaftlichen Betriebes ausführen und die nicht die Besteuerung nach den allgemeinen Vorschriften dieses Gesetzes verlangen, wird die Steuer für diese Umsätze mit 10vH festgesetzt. Soweit diese Umsätze an einen Unternehmer für dessen Unternehmen erbracht werden, wird die Steuer für diese Umsätze mit 12vH der Bemessungsgrundlage festgesetzt. Die diesen Umsätzen zuzurechnenden Vorsteuerbeträge werden in gleicher Höhe festgesetzt. Für die Lieferungen und den Eigenverbrauch der in der Anlage zu diesem Gesetz nicht angeführten Getränke und alkoholischen Flüssigkeiten ist eine zusätzliche Steuer von 10vH, soweit diese Umsätze an einem Unternehmer für dessen Unternehmen erbracht werden, eine zusätzliche Steuer von 8vH der Bemessungsgrundlage zu entrichten. Wenn auf diese Umsätze die Voraussetzungen des § 10 Abs. 3 Z 1 UStG 1994 zutreffen, ist keine zusätzliche Steuer zu entrichten.

Titel 523 Ein- und Ausfuhrabgaben

	Personal-ausgaben	Sach-ausgaben	Summe	Einnahmen
	Millionen Euro			
2000	0,0	0,0	0,0	260,9
2001	0,0	0,0	0,0	254,4
2002	0,0	0,0	0,0	254,4

Gesetzliche Grundlagen
für Ein- und Ausfuhrabgaben generell:
Verordnung (EWG) Nr. 2913/92 des Rates vom 12. Oktober 1992 zur Festlegung des Zollkodex der Gemeinschaften (Zollkodex-ZK), ABIEG Nr. L 302 vom 19. Oktober 1992, S. 1, zuletzt geändert durch VO-Nr. 955/1999 vom 13. April 1999, ABIEG Nr. L 119 vom 7. Mai 1999, S. 1;
Verordnung (EWG) Nr. 2454/93 der Kommission vom 2. Juli 1993 mit Durchführungsvorschriften zu der Verordnung (EWG) Nr. 2913/92 des Rates zur Festlegung des Zollkodex der Gemeinschaften, ABIEG Nr. L 253 vom 11. Oktober 1993, S. 1, (Zollkodex-Durchführungsverordnung - ZK-DVO), zuletzt geändert durch VO-Nr. 1602/2000 vom 24. Juli 2000, ABIEG Nr. L 188 vom 26. Juli 2000, S. 1;

Verordnung (EWG) Nr. 918/83 des Rates vom 28. März 1983 über das gemeinschaftliche System der Zollbefreiungen, (Zollbefreiungsverordnung - ZBefrVO) ABIEG Nr. L 105 vom 23. April 1983, S. 1, samt einer Reihe von Durchführungsverordnungen der Kommission;

Bundesgesetz betreffend ergänzende Regelungen zur Durchführung des Zollrechts der Gemeinschaften (Zollrechts-Durchführungsgesetz - ZollR-DG), BGBl. Nr. 659/1994, zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 146/1999;

Verordnung des Bundesministers für Finanzen zur Durchführung des Zollrechts (Zollrechts-Durchführungsverordnung - ZollR-DV), BGBl. Nr. 1104/1994, zuletzt geändert durch BGBl. II Nr. 346/1999.

Alle diese Rechtsvorschriften sind in der zum jeweils maßgebenden Zeitpunkt geltenden Fassung der Erhebung der Ein- oder Ausfuhrabgaben zugrunde zu legen.

Sachlicher Überblick

Die nach dem gemeinschaftlichen (EG-)Zollrecht zu erhebenden Ein- und Ausfuhrabgaben sind als traditionelle Eigenmittel von den Mitgliedstaaten an die Gemeinschaft abzuführen. Österreich behält sich jedoch wie die anderen Mitgliedstaaten 10vH davon als Erhebungsaufwand ein. (Art. 2 Abs. 3 des Beschlusses 94/728/EG, Euratom des Rates vom 31. Oktober 1994, ABIEG Nr. L293 vom 12. November 1994.

Ein- und Ausfuhrabgaben, die auf Grund von vor dem EU-Beitritt verwirklichten zollschuldrechtlichen Tatbeständen erhoben werden, fallen weiterhin der Republik Österreich zu. Für deren tatbestandsmäßige Voraussetzungen sowie abgabenrechtliche Grundlagen sind weiterhin die in § 120 Abs. 2 ZollR-DG angeführten früheren Bestimmungen maßgebend.

Voranschlagsansatz 2/52304 Zölle und andere Ein- und Ausfuhrabgaben

Gesetzliche Grundlagen

Gemeinschaftliches Zollrecht:

Verordnung (EWG) Nr. 2658/87 des Rates vom 23. Juli 1987 über die zolltarifliche und statistische Nomenklatur sowie den Gemeinsamen Zolltarif (KN-VO), ABIEG Nr. L 256 vom 7. September 1987, S. 1, zuletzt geändert durch Verordnung (EG) Nr. 2204/97 der Kommission vom 12. Oktober 1999;

Verordnung (EG) Nr. 2820/98 des Rates vom 21. Dezember 1998 über ein Mehrjahresschema allgemeiner Zollpräferenzen für bestimmte Waren mit Ursprung in Entwicklungsländern für den Zeitraum 1999 bis 2001, ABIEG Nr. L 357 vom 30. Dezember 1998;

Verordnung (EG) Nr. 2026/97 des Rates vom 6. Oktober 1997, ABIEG Nr. L 288 vom 21. Oktober 1997, über den Schutz gegen subventionierte Einfuhren aus nicht zur Europäischen Gemeinschaft gehörenden Ländern;

Verordnung (EG) Nr. 384/96 des Rates vom 22. Dezember 1995, ABIEG Nr. L 56 vom 6. März 1996, über den Schutz gegen gedumpte Einfuhren aus nicht zur Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft gehörenden Ländern;

Verordnung (EWG) Nr. 1766/92 des Rates über die gemeinsame Marktorganisation für Getreide vom 30. Juni 1992, ABIEG Nr. L 181/21 vom 1. Juli 1992, zuletzt geändert durch Verordnung (EG) Nr. 1666/2000, ABIEG Nr. L 193 vom 29. Juli 2000; gleichartige Verordnungen bestehen auch für die anderen gemeinsamen Marktorganisationen;

Verordnung (EG) Nr. 32/2000 des Rates vom 17. Dezember 1999 zur Eröffnung und Verwaltung von im GATT gebundenen Gemeinschaftszollkontingenten und bestimmten anderen Gemeinschaftszollkontingenten zur Festlegung der Verfahren zur Änderung oder Anpassung dieser Zollkontingente und zur Aufhebung der Verordnung (EG) Nr. 1808/95, ABIEG Nr. L 5 vom 8. Jänner 2000, S. 1;

Sachlicher Überblick

Diese sind nach den für die Verrechnung mit der Gemeinschaft geltenden Unterteilungen

Zölle, ausgenommen die nachstehend genannten,
EGKS-Zölle auf Waren des Kohle- und Stahlsektors,
Ausgleichs- und Antidumpingzölle,
Zölle und andere Einfuhrabgaben betreffend den Agrarbereich
Ausfuhrabgaben

veranschlagt.

Zölle werden bei der Einfuhr von Waren nach den näheren Anordnungen der Kombinierten Nomenklatur (KN) erhoben. Die Einfuhrzölle sind nach den in der KN festgelegten Zollsätzen zu berechnen, soweit nicht günstigere Vertragszollsätze vereinbart sind oder etwas anderes bestimmt ist. Die Zölle werden nach dem Wert oder dem Gewicht bemessen.

Bei der Einfuhr von Waren sind neben dem Zoll die Einfuhrumsatzsteuer und Verbrauchsteuern nach den

hiefür geltenden Vorschriften zu erheben, die nach gemeinschaftsrechtlichen Vorgaben (Richtlinien) durch österreichische Gesetze geregelt sind.
Ausgleichs- und Antidumpingzölle werden unter Anwendung der von der Kommission festgesetzten Sätze erhoben. Die Erhebung kann vorläufig in Form einer Sicherheit oder endgültig als zusätzlicher AD-Zoll erfolgen.
Bei der Einfuhr von Waren mit Ursprung in Ländern, die Vertragsparteien des Allgemeinen Zoll- und Handelsabkommens (GATT) sind, oder in Ländern, mit denen die Europäische Gemeinschaft die Meistbegünstigung auf dem Gebiet der Zölle enthaltende Abkommen vereinbart hat, sind die vertragsmäßigen Zollsätze zu erheben. Vorbehaltlich abweichender Regelungen sind diese vertragsmäßigen Zollsätze auch anzuwenden auf andere als die vorgenannten Waren bei deren Einfuhr aus allen Drittländern.
Bei der Einfuhr von Waren aus
den Staaten der Europäischen Freihandelsassoziation (EFTA),
den Mitgliedstaaten des Europäischen Wirtschaftsraumes (EWR),
den AKP-Staaten,
allen jenen Staaten und Gebieten, mit denen die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft (EWG) oder die Europäische Gemeinschaft (EG) Assoziations- oder Kooperationsabkommen abgeschlossen hat, dzt. die Baltischen Staaten, Ungarn, Polen, Tschechien, Slowakei, Bulgarien, Rumänien, Slowenien, frühere jugoslawische Republik Mazedonien, Kroatien, Bosnien-Herzegowina, alle Mittelmeeranrainerstaaten, die Türkei (nur in Bezug auf EGKS-Waren),
werden unter bestimmten Voraussetzungen (Nachweis über Ursprung und Herkunft sowie teilweise auch Nichtinanspruchnahme einer Zollrückvergütung) begünstigte Zollsätze bis zur Zollfreiheit gewährt. Die Zollbegünstigungen gelten überwiegend für industriell-gewerbliche Waren.
Bei der Einfuhr von nicht durch Marktordnungsregelungen betroffenen landwirtschaftlichen Verarbeitungserzeugnissen und von industriell-gewerblichen Waren (ausgenommen die vom Regelungsbereich der EG für Kohle und Stahl, EGKS, erfassten Waren) aus der Türkei wird im Rahmen einer Zollunion unter der Voraussetzung, dass die Ausfuhr aus der Türkei aus dem 'freien Verkehr' erfolgte, die Zollfreiheit gewährt. Betreffend EGKS-Waren gelten jedoch die zuvor beschriebenen Voraussetzungen ('Ursprungsregeln').
Bei der Einfuhr von bestimmten Waren, die aus Entwicklungsländern stammen, werden unter bestimmten Voraussetzungen (Nachweis über Ursprung und Herkunft) autonome Vorzugszollsätze erhoben.

Im Rahmen der gemeinsamen Agrarpolitik können gemäß den verschiedenen Marktorganisationen (z. B. für Getreide, für Obst und Gemüse, für Schweinefleisch) bei der Einfuhr Zölle und andere Abgaben und bei der Ausfuhr Ausfuhrabgaben erhoben werden. Die zu erhebenden Abgabensätze werden in je nach Marktorganisation unterschiedlichen Zeitabständen von der Europäischen Kommission im Verwaltungsausschussverfahren festgesetzt und im Amtsblatt der Europäischen Gemeinschaften kundgemacht.

Titel 524 Verbrauchsteuern

	Personal-ausgaben	Sach-ausgaben	Summe	Einnahmen
	Millionen Euro			
2000	0,0	0,0	0,0	4.238,8
2001	0,0	0,0	0,0	4.378,5
2002	0,0	0,0	0,0	4.407,6

Voranschlagsansatz 2/52404 Tabaksteuer
Gesetzliche Grundlage
Tabaksteuergesetz 1995, BGBl. Nr. 704/1994, zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 142/2000.

Sachlicher Überblick
Der T a b a k s t e u e r unterliegen Tabakwaren, das sind Zigaretten, Zigarren und Zigarillos sowie Rauchtabak (Feinschnitt für selbstgedrehte Zigaretten und anderer Rauchtabak). Für Zigaretten gilt ein gemischter Steuersatz, der aus einer mengen- und einer wertabhängigen Komponente besteht und bei der gängigsten Preisklasse nach EU-rechtlichen Vorgaben zu einer Verbrauchsteuerbelastung von mindestens 57vH des Kleinverkaufspreises führen muss. Der Steuersatz beträgt 19,11 Euro je

1.000 Stück und 42 vH des Kleinverkaufspreises, mindestens 65 Euro je 1.000 Stück. Für Zigarren und Zigarillos beträgt die Tabaksteuer 13vH, mindestens 32,7 Euro je 1.000 Stück, für Feinschnitt 47vH und für anderen Rauchtabak 34vH des Kleinverkaufspreises.

Voranschlagsansatz 2/52414 Biersteuer
Gesetzliche Grundlage
Biersteuergesetz 1994, BGBl. Nr. 701/1994, zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 142/2000.

Sachlicher Überblick
Steuergegenstand sind Bier und bestimmte bierhaltige Getränke. Die B i e r s t e u e r wird nach dem Stammwürzegehalt berechnet. Sie beträgt je Hektoliter Bier 2,08 Euro je Grad Plato (Steuerklasse). Wird dieser Steuersatz auf Bier mit einem durchschnittlichen Stammwürzegehalt von rund 12 Grad Plato angewendet, ergibt sich ein Steuersatz von 340 S je Hektoliter. Für Kleinbrauereien (bis zu einer Gesamtjahreserzeugung von maximal 50.000 Hektoliter sind Steuersatzermäßigungen vorgesehen.

Voranschlagsansatz 2/52444 Mineralölsteuer
Gesetzliche Grundlage
Mineralölsteuergesetz 1995, BGBl. Nr. 630/1994, zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 142/2000.

Sachlicher Überblick
Gegenstand der M i n e r a l ö l s t e u e r sind die meisten flüssigen und einige gasförmige kohlenwasserstoffhältige Waren. Eine tatsächliche verbrauchsteuerliche Belastung tragen jedoch nur solche Waren, die als Treibstoff oder zum Verheizen verwendet werden sollen. Ferner unterliegen alle sonstigen Waren, die als Treibstoff verwendet werden, als Kraftstoff und sonstige kohlenwasserstoffhaltige Waren, ausgenommen Erdgas, Kohle und dieser vergleichbare feste Kohlenwasserstoffe, die zum Verheizen verwendet werden, der Mineralölsteuer. Die Steuer beträgt für verbleite Benzine 479 Euro, für unverbleite Benzine sowie für Produkte, die diesen Mineralölen gleichartig sind, 407 Euro, für andere Mineralöle (z.B. für Petroleum oder Dieselöl) 282 Euro für jeweils 1.000 Liter und für Flüssiggas als Treibstoff 261 Euro und für Flüssiggas zum Verheizen 43 Euro für 1.000 Kilogramm Eigengewicht. Für besonders gekennzeichnetes, zum Verheizen abgegebenes Gasöl ist die Mineralölsteuer auf 69 Euro je 1.000 Liter ermäßigt. Für Heizöle leicht, mittel und schwer ist, wenn sie zum Verheizen verwendet werden, ein Steuersatz von 36 Euro für 1.000 Kilogramm Eigengewicht, und wenn sie zu sonstigen Zwecken verwendet werden, ein Steuersatz von 282 Euro je 1.000 Liter vorgesehen. Biogene Stoffe sind von der Mineralölsteuer befreit. Der Steuersatz für Kraftstoffe beträgt 407 Euro für 1.000 Liter, wenn sie anstelle von Benzin als Treibstoff verwendet werden sollen, ansonsten 282 Euro.
Biogene Stoffe sind von der Mineralölsteuer befreit, ebenso wei Heizöle leicht, mittel und schwer sowei Flüssiggase, die zur Stromerzeugung verwendet werden.
Für Gasöl, das von Eisenbahnunternehmen zum Antrieb von Schienenfahrzeugen, und für Gasöl, das zum Antrieb von Gesamtenergieanlagen, stationären Anlagenzur Erzeugung elektrischer Energie und stationären Wärmepumpen verwendet wird, wird eine Mineralölsteuervergütung von 0,213 Euro je Liter geleistet.

Voranschlagsansatz 2/52464 Alkoholsteuer
Gesetzliche Grundlage
Alkohol - Steuer- und Monopolgesetz 1995, BGBl. Nr. 703/1994, zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 142/2000.

Sachlicher Überblick
Der A l k o h o l s t e u e r unterliegen Alkohol und alkoholartige Waren (Erzeugnisse). Die Steuer zum Regelsatz beträgt 1000 Euro je Liter. Daneben gibt es für Kleinerzeuger ermäßigte Steuersätze in Höhe von 54 vH bzw 90 vH des Regelsatzes.

Voranschlagsansatz 2/52484 Schaumweinsteuer
Gesetzliche Grundlage
Schaumweinsteuergesetz 1995, BGBl. Nr. 702/1994, zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 142/2000.

Sachlicher Überblick

Der Schaumweinsteuer unterliegen Traubenschaumwein, Obstschaumwein sowie Weine und Obstweine, die wie Schaumwein aufgemacht sind. Die Steuer zum Regelsatz beträgt betraägt 144 Euro je Hektoliter, Produkte mit einem Alkoholgehalt von weniger als 7 % vol unterliegen einem ermäßigten Steuersatz in Höhe von 72 Euro.

Der Zwischenerzeugnissteuer unterliegen jene alkoholischen Getränke, die nach der kombinierten Nomenklatur zwar von den Positionen für Traubenwein, Fruchtwein usw. erfasst werden, jedoch weder dem Wein, dem Schaumwein noch dem Bier zugerechnet werden können, weil sie entweder einen zu hohen Alkoholanteil aufweisen oder ihnen Alkohol zugesetzt wurde. Zwischenerzeugnisse umfassen im Wesentlichen Likörweine, aber auch aromatisierte, d.h. mit alkoholhaltigen Aromen versetzte Weine. Die Steuer auf Zwischenerzeugnisse beträgt 73 Euro je Hektoliter, für Zwischenerzeugnisse, die den Kriterien eines Schaumweins entsprechen, 144 Euro je Hektoliter.

Titel 525 Stempel-, Rechtsgebühren und Bundesverwaltungsabgaben

	Personal-ausgaben	Sach-ausgaben	Summe	Einnahmen
	Millionen Euro			
2000	0,0	0,0	0,0	791,1
2001	0,0	0,0	0,0	799,4
2002	0,0	0,0	0,0	812,6

Voranschlagsansatz 2/52514 Stempel-, Rechtsgebühren und Bundesverwaltungsabgaben

Gesetzliche Grundlage

Gebührengesetz 1957, BGBl. Nr. 267, zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 142/2000.

Sachlicher Überblick

Den Stempel- und Rechtsgebühren unterliegen die im Gebührengesetz 1957 erschöpfend aufgezählten Schriften (z.B. Eingaben und deren Beilagen, amtliche Ausfertigungen, Ausweise und Zeugnisse) und bestimmte beurkundete Rechtsgeschäfte (z.B. Bestandverträge, Darlehensverträge, Kreditverträge, Hypothekarverschreibungen, Vergleiche, Wechsel, Zessionen). Wetten anlässlich sportlicher Veranstaltungen und Ausspielungen (z.B. Tombolen und Lotterien) sind auch ohne Beurkundung gebührenpflichtig. Zahlungspflichtig sind bei Schriften diejenigen, in deren Interesse die Einbringung oder Abfassung der Schriften erfolgt, bei Rechtsgeschäften die Vertragsteile. Die Gebühren sind entweder feste Gebühren (50 S bis 10.000 S) oder Hundertsatzgebühren (1/16vH bis 2vH vom Wert des Geschäftsgegenstandes). Im Regelfall sind die festen Gebühren ohne Rücksicht auf ihre Höhe und die Hundertsatzgebühren bis zu einem Betrage von 2.000 S durch Verwendung von Stempelmarken zu entrichten. Sie können in bestimmten Fällen auch durch Barzahlung mittels Eurochequekarte oder Kreditkarte entrichtet werden. Bei Bestandverträgen ist die Selbstberechnung durch den Bestandgeber zwingend, bei anderen Rechtsgeschäften besteht die Möglichkeit der Selbstberechnung durch Parteienvertreter. Die Gewinstgebühren bei bestimmten Sportwetten und Ausspielungen betragen 1vH bis 25vH und sind ebenso wie die mit 16vH vom Wetteinsatz zu berechnende Gebühr für Ausspielungen, deren Durchführung nach dem Glücksspielgesetz durch Erteilung einer Konzession übertragen werden kann, ohne amtliche Bemessung unmittelbar zu entrichten.

Verwaltungsabgaben

Gesetzliche Grundlage

Bundes-Verwaltungsabgabenverordnung 1983, BGBl. Nr. 24, zuletzt geändert durch BGBl. II Nr. 146/2000

Sachlicher Überblick

Verwaltungsabgaben (§ 78 AVG, BGBl. Nr. 172/1950, in der Fassung BGBl. Nr. 45/1968) sind Abgaben für Amtshandlungen von Behörden. Diese Abgaben sind von der in der Sache in erster Instanz zuständigen Behörde einzuheben und fließen der Gebietskörperschaft zu, die den Aufwand dieser Behörde zu tragen hat. Die von Behörden der unmittelbaren Bundesverwaltung eingehobenen Verwaltungsabgaben sind in Stempelmarken, in bar, durch Einzahlung mit Erlagschein, Eurochequekarte oder Kreditkarte zu entrichten.

Titel 526 Verkehrssteuern

	Personal-ausgaben	Sach-	Summe	Einnahmen
	Millionen Euro			
2000	0,0	0,0	0,0	3.933,8
2001	0,0	0,0	0,0	4.321,9
2002	0,0	0,0	0,0	4.372,3

Voranschlagsansatz 2/52604 Kapitalverkehrsteuern
Gesetzliche Grundlage
Kapitalverkehrsteuergesetz, DRGBl. 1 S. 1058/1934, zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 29/2000.

Sachlicher Überblick
Als K a p i t a l v e r k e h r s t e u e r n werden die Gesellschaftssteuer, die Wertpapiersteuer und die Börsenumsatzsteuer bezeichnet.

Der G e s e l l s c h a f t s s t e u e r unterliegen der Erwerb von Gesellschaftsrechten an einer inländischen Kapitalgesellschaft durch den ersten Erwerber sowie Leistungen, die von den Gesellschaftern einer inländischen Kapitalgesellschaft auf Grund einer im Gesellschaftsverhältnis begründeten Verpflichtung bewirkt werden sowie bestimmte freiwillige Leistungen eines Gesellschafters. Die Steuer beträgt 1 v.H der Bemessungsgrundlage.

Der B ö r s e n u m s a t z s t e u e r wurde mit VO BGBL. II Nr. 324/2000 ab 1.10.2000 abgeschaffft.

Voranschlagsansatz 2/52605 Sicherheitsabgabe
Gesetzliche Grundlage
Bundesgesetz BGBl. Nr. 824/1992, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 201/1996.

Sachlicher Überblick
Die S i c h e r h e i t s a b g a b e ist von Passagieren zu entrichten, die von inländischen Zivilflugplätzen einen Flug antreten. Die Einnahmen dienen zur Abdeckung der Kosten aus der Durchführung von Sicherheitskontrollen.

Voranschlagsansatz 2/52606 Werbeabgabe
Gesetzliche Grundlage
Werbeabgabegesetz, BGBl. I Nr. 29/2000, zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 142/2000.

Sachlicher Überblick
Der Werbeabgabe unterliegen Werbeleistungen, soweit sie im Inland gegen Entgelt erbracht werden. Als Werbeleistung gilt die Veröffentlichung von Werbeeinschaltungen in Druckwerken, Hörfunk und Fernsehen sowie die Benützung von Flächen und Räumen zur Verbreitung von Werbebotschaften. Die Abgabe beträgt 5vH der Bemessungsgrundlage. Bemessungsgrundlage für die Werbeabgabe ist das Entgelt im Sinne des § 4 UStG 1994, das der Übernehmer des Auftrages dem Auftraggeber in Rechnung stellt.

Voranschlagsansatz 2/52614 Punzierungskontrollgebühr
Gesetzliche Grundlage
Punzierungsgesetz 2000, BGBl. I Nr. XX/2001

Sachlicher Überblick
Für jeden Edelmetallgegenstand, der im Inland erzeugt, zu Handeslzwecken ins Bundesgebiet verbracht oder von Privatpersonen zur öffentlichen oder gewerbsmäßigen Veräußerung übernommen wird, ist eine Punzierungskontrollgebühr zu entrichten. Die Abgabe ist nach dem Gewicht des Edelmetallgegenstandes zu bemessen und wird in ihrer Höhe durch Verordnung festgelegt. Edelmetallgegenstände im Sinne des Gesetzes sind Gegenstände aus Platin, Gold oder Silber bzw. deren Legierungen mit einem festgesetzten Mindestfeingehalt, soferne es sich nicht um Gegenstände mit wissenschaftlichem, künsterlischen, kulturgeschichtlichen Wert oder Münzen, Barren, Roh- und Halbfertigwaren handelt.

Voranschlagsansatz 2/52615 Energieabgabe
Gesetzliche Grundlage
Elektrizitätsabgabegesetz, BGBl. Nr. 201/1996, Art. 60, zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 26/2000;
Erdgasabgabegesetz, BGBl. Nr. 201/1996, Art. 61, zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 9/1998;
Energieabgabenvergütungsgesetz, BGBl. Nr. 201/1996, Art. 62, zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 10/1998.

Sachlicher Überblick
Der Energieabgabe unterliegen Strom und Erdgas. Die Abgabe für Gas beträgt 0,60 S je Kubikmeter und für Strom 0,015 Euro je Kilowattstunde.
Für Betriebe, deren Schwerpunkt nachweislich in der Herstellung körperlicher Wirtschaftsgüter besteht, werden die Energieabgaben mit 0,35vH der Wertschöpfung plafondiert.

Voranschlagsansatz 2/52624 Normverbrauchsabgabe
Gesetzliche Grundlage
Normverbrauchsabgabengesetz, BGBl. Nr. 695/1991, zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 142/2000.

Sachlicher Überblick
Der Normverbrauchsabgabe unterliegen Motorräder, Personenkraftwagen und Kombinationskraftwagen. Steuerpflichtig ist der Verkauf an den Letztverbraucher ab 1. Jänner 1992 bzw. die Erstzulassung im Inland (Ersatztatbestand). Befreit sind Elektroautos, Ausfuhrlieferungen, Taxis u.a. sowie Kraftfahrzeuge zur kurzfristigen Vermietung. Der Steuersatz ist abhängig vom Kraftstoffverbrauch des Kraftfahrzeuges.

Voranschlagsansatz 2/52634 Grunderwerbsteuer
Gesetzliche Grundlage
Grunderwerbsteuergesetz 1987, BGBl. Nr. 309, zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 142/2000.

Sachlicher Überblick
Gegenstand der Grunderwerbsteuer ist der Erwerb inländischer Grundstücke, denen auch Baurechte und Gebäude auf fremden Boden gleichstehen. Der Normalsteuersatz beträgt 3,5vH.

Voranschlagsansatz 2/52644 Versicherungssteuer
Gesetzliche Grundlage
Versicherungssteuergesetz 1953, BGBl. Nr. 133, zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 26/2000.

Sachlicher Überblick
Der Versicherungssteuer unterliegt die Zahlung des Versicherungsentgeltes an Versicherer mit Sitz im EWR, wenn die Versicherung im Inland gelegene Risken deckt sowie an Versicherer mit Sitz außerhalb des EWR, wenn der Versicherungsnehmer seinen Wohnsitz im Inland hat oder eine im Inland gelegene Sache versichert wird. Die Steuer beträgt bei Krankenversicherungen 1vH, bei der Alters-, Hinterbliebenen- und Invaliditätsversorgung im Sinne des Pensionskassengesetzes 2,5vH, bei Lebens- und ähnlichen Versicherungen 4vH, bei Lebensversicherungen mit Laufzeiten unter zehn Jahren, wenn keine laufenden, im wesentlichen gleichbleibende Prämienzahlungen vereinbart sind, und bei allen anderen Versicherungen 11vH des Versicherungsentgeltes; bei Hagelversicherungen für jedes Versicherungsjahr 0,2 vT der Versicherungssumme.

Voranschlagsansatz 2/52645 Motorbezogene Versicherungssteuer
Gesetzliche Grundlage
Versicherungssteuergesetz 1953, BGBl. Nr. 133, zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 26/2000.

Sachlicher Überblick
Bei Kraftfahrzeug-Haftpflichtversicherungen für im Inland zugelassene Kraftfahrzeuge mit einem höchstzulässigen Gesamtgewicht bis 3,5 Tonnen unterliegt die Zahlung des Versicherungsentgeltes einer erhöhten Versicherungssteuer. Neben der in einem Hundertsatz vom Versicherungsentgelt zu berechnenden Steuer ist ein fester Betrag (motorbezogene Versicherungssteuer) weiterer Teil der Versicherungssteuer. Dessen Höhe hängt vom jeweils versicherten Kraftfahrzeug und dem Zeitraum, für den das Versicherungsentgelt entrichtet wird, ab.

Bei Personenkraftwagen, Kombinationskraftwagen sowie allen übrigen Kraftwagen mit einem höchstzulässigen Gesamtgewicht bis 3,5 Tonnen beträgt die motorbezogene Versicherungssteuer je Monat Versicherungsdauer 0,55 Euro je kW der um 24 kW verringerten Motorleistung, mindestens aber 5,50 Euro. Bei Krafträdern beträgt die Steuer 0,022 Euro je Kubikzentimeter Hubraum. Diese Sätze gelten bei jährlicher Zahlung; bei halbjährlicher, vierteljährlicher oder monatlicher Zahlung erhöht sich die Steuer um 6vH, 8vH bzw. 10vH. Unter anderem sind Feuerwehrfahrzeuge, Rettungs- und Krankenwagen, im Mietwagen- und Taxigewerbe verwendete Kraftfahrzeuge, elektrisch angetriebene Kraftfahrzeuge und Krafträder bis 100 ccm von der Steuer befreit.

Voranschlagsansatz 2/52654 Straßenbenützungsabgabe
Gesetzliche Grundlagen
Bundesgesetz BGBl. Nr. 629/1994, zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 4/2000;

Sachlicher Überblick
Der Straßenbenützungsabgabe unterliegt ab 1. Jänner 1995 die Benützung von Straßen mit öffentlichem Verkehr im Inland durch Kraftfahrzeuge und Fahrzeugkombinationen des Güterkraftverkehrs, deren höchstens zulässiges Gesamtgewicht allein oder in Verbindung mit einem Anhänger 12 Tonnen oder mehr beträgt. Bei Fahrzeugen mit ausländischem EU-Kennzeichen unterliegt nur die Benützung von Autobahnen, Schnellstraßen und des Felbertauerntunnels der Abgabe. Entsprechend der Dauer der Straßenbenützung kann die Abgabe nach Kalendertagen, Kalenderwochen, Kalendermonaten oder für das Kalenderjahr entrichtet werden. Der Tagessatz beträgt ab 1997 bis Juni 2000 80 S, der Wochensatz 440 S, der Monatssatz 1.670 S. Die Jahresabgabe beträgt das Zehnfache des Monatssatzes.
Ab Juli 2000 beträgt der Tagessatz 110 S, der Wochensatz für Kraftfahrzeuge (Fahrzeugkombinationen) mit bis zu drei Achsen je nach dem Grad des Emissionsverhaltens 358 S, 400 S bzw. 440 S, der Monatssatz 1.032 S, 1.168 S bzw. 1.320 S. Bei Kraftfahrzeugen (Fahrzeugkombinationen) mit vier Achsen oder mehr beträgt der Wochensatz 564 S, 620 S bzw. 688 S und der Monatssatz 1.720 S, 1.926 S bzw. 2.132 S. Die Jahresabgabe beträgt das Zehnfache des jeweiligen Monatssatzes.

Voranschlagsansatz 2/52661 Kraftfahrzeugsteuer (zweckgebundene Einnahmen) und
Voranschlagsansatz 2/52664 Kraftfahrzeugsteuer

Gesetzliche Grundlage
Kraftfahrzeugsteuergesetz 1992, BGBl. Nr. 449/1992, zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 142/2000.

Sachlicher Überblick

Der Kraftfahrzeugsteuer nach dem Kraftfahrzeugsteuergesetz 1992 unterliegen in einem inländischen Zulassungsverfahren zugelassene Kraftfahrzeuge mit einem höchstzulässigen Gesamtgewicht von mehr als 3,5 Tonnen sowie Zugmaschinen und Motorkarren; ebenso inländische Kraftfahrzeuge, für die keine Haftpflichtversicherung besteht, in einem ausländischen Zulassungsverfahren zugelassene Kraftfahrzeuge, die auf Straßen mit öffentlichem Verkehr im Inland benützt werden und Kraftfahrzeuge, die ohne die kraftfahrrechtlich erforderliche Zulassung verwendet werden.
Unter anderem sind Feuerwehrfahrzeuge, Rettungs- und Krankenwagen, Omnibusse sowie im Mietwagen- und Taxigewerbe verwendete Kraftfahrzeuge, Krafträder bis 100 ccm, landwirtschaftliche Zugmaschinen, elektrisch angetriebene Kraftfahrzeuge sowie Kraftfahrzeuge jener Personen, denen eine Steuerbefreiung auf Grund von Staatsverträgen, Gegenseitigkeitserklärung oder sonst nach den Grundsätzen des zwischenstaatlichen Steuerrechtes zukommt, von der Steuer befreit.
Die Kraftfahrzeugsteuer wird bei Krafträdern nach dem Hubraum, bei Personenkraftwagen, Kombinationskraftwagen sowie allen anderen Kraftfahrzeugen mit einem höchsten zulässigen Gesamtgewicht bis 3,5 Tonnen von der um 24 kW verringerten Motorleistung berechnet. Bei Fahrzeugen über 3,5 Tonnen höchstzulässigem Gesamtgewicht ist die Kraftfahrzeugsteuer pro Tonne zu entrichten. Die Steuer beträgt ab 1. Jänner 2001 für Krafträder 0,0242 Euro je ccm Hubraum, bei Kraftfahrzeugen mit einem höchstzulässigen Gesamtgewicht bis 3,5 Tonnen 0,6 Euro von der um 24 KW verringerten Moterleistung (mindestens aber 6 Euro), bei allen anderen Kraftfahrzeugen und Anhängern mit einem höchstzulässigen Gesamtgewicht von mehr als 3,5 Tonnen für jede angefangene Tonne 8,5 Euro, mindestens 73 Euro, höchstens 350 Euro, für Anhänger höchstens 272 Euro monatlich. Die Steuer ist jeweils für die Dauer eines Kalendervierteljahres von Steuerschuldner selbst zu berechnen und ohne behördliche Festsetzung an das Fionanzamt zu entrichten.

Voranschlagsansatz 2/52674 Spielbankabgabe
Gesetzliche Grundlage
Glücksspielgesetz, BGBl. Nr. 620/1989, zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 90/1998.

Sachlicher Überblick
Die Spielbankabgabe, die eine gemeinschaftliche Bundesabgabe ist, ist von den Spielbankunternehmungen zu entrichten. Die Bemessungsgrundlage der Spielbankabgabe bilden die Jahresbruttospieleinnahmen aus französischem Roulette, Baccarat und Baccarat chemin de fer für die ersten 500.000 S 35vH und steigt progressiv bis zu 80vH, aus sonstigen in der Spielbank betriebenen Glückspielen von den Jahresbruttospieleinnahmen 48vH.

Voranschlagsansatz 2/52675 Konzessionsabgabe
Gesetzliche Grundlage
Glücksspielgesetz, BGBl. Nr. 620/1989, zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 90/1998.
Sachlicher Überblick
Die Konzessionsabgabe ist eine ausschließliche Bundesabgabe. Die Bemessungsgrundlage der Konzessionsabgabe bilden die Summen der Wetteinsätze, für elektronische Lotterien die Jahresbruttospieleinnahmen (Einsätze minus Gewinne) eines Kalenderjahres. Die Konzessionsabgabe beträgt für Lotto, Toto, Zusatzspiele und andere Ausspielungen für die ersten 1.200 Millionen Schilling 18,5vH und steigt progressiv bis zu 27,5vH. Für Sofort- und Nummerlotterien beträgt die Konzessionsabgabe 17,5vH, für das Zahlenlotto 27,5vH und für die Klassenlotterie 2vH. Für elektronische Lotterien 24vH und für Bingo und Keno 27,5vH.

Voranschlagsansatz 2/52690 Altlastenbeitrag (zweckgebundene Einnahmen)
Gesetzliche Grundlage
Altlastensanierungsgesetz, BGBl. Nr. 299/1989, zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 142/2000.

Sachlicher Überblick
Der zweckgebundene Altlastenbeitrag wird pro angefangene Tonne für Baurestmassen oder für Erdaushub, der den Kriterien für Baurestmassen der Deponieverordnung entspricht mit 7,2 Euro festgesetzt. Für Erdaushaub, der nicht den Kriterien der Bauresmassen entspricht ist er mit 14,5 Euro und für alle übrigen Abfälle mit 43,6 Euro festgesetzt.
Der Altlastenbeitrag erhöht sich (um 2,1 Euro bis 58 Euro) sofern die Abfälle auf einer Deponie abgelagert werden, die über kein Deponiebasisdichtungssystem, keine vertikale Umschließung und keine dem Stand der Technik entsprechende Deponiegaserfassung und -behandlung verfügt.
85vH des Aufkommens werden zur Förderung von Maßnahmen zur Sicherung und Sanierung von Altlasten (einschließlich der hiefür erforderlichen Investitionen in Abfallbehandlungsanlagen) verwendet.
15vH des Aufkommens können zur Erfassung, Abschätzung und Bewertung von Verdachtsflächen verwendet werden.

Titel 527 Verschiedene Kosten bzw. Nebenansprüche und Resteingänge weggefallener Abgaben

	Personal-ausgaben	Sach-	Summe	Einnahmen
	Millionen Euro			
2000	0,0	7,1	7,1	254,0
2001	0,0	8,9	8,9	145,3
2002	0,0	8,2	8,2	181,7

Zu den verschiedenen Kosten zählen die im Zusammenhang mit der Stempelmarkengebarung anfallenden Druckkosten und Verkaufsvergütungen bzw. jene Aufwendungen, die im Abgaben-, Devisen-, Straf- und Einbringungsverfahren anfallen.
Zu den Einnahmen aus Nebenansprüchen zählen neben Geldstrafen, Wertersätzen und Verfallserlösen auch die Einnahmen gemäß § 60 ZolIG und § 69 ZolIR-DG.
Ab dem Jahre 1998 erfolgt die haushaltsmäßige Verrechnung der Steuerguthaben strikt nach dem Kassenprinzip, wodurch die bisherige Asymetrie zwischen Verrechnung von Guthaben und Rückständen beseitigt wird.

Titel 2/528 Ab Überweisungen

	Personal-ausgaben	Sach-	Summe	Einnahmen
	Millionen Euro			
2000	0,0	0,0	0,0	15.257,3
2001	0,0	0,0	0,0	15.666,8
2002	0,0	0,0	0,0	16.400,0

Gesetzliche Grundlagen
Oberweisungen gemäß
1. Finanzausgleichsgesetz 2001, BGBl. I Nr. 3/2001;
2. Familienlastenausgleichsgesetz, BGBl. Nr. 376/1967, zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 142/2000;
3. Katastrophenfondsgesetz 1996, BGBl. Nr. 201/1996, zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. xx/2001.

Voranschlagsansatz 2/52804 Ertragsanteile der Länder und Gemeinden
Über die Höhe der veranschlagten Ertragsanteile an den gemeinschaftlichen Bundesabgaben gibt die Tabelle auf den Seiten 172 und 173 Aufschluss:
Die Teile der Erträge der gemeinschaftlichen Bundesabgaben, die auf die Länder und länderweise auf die Gemeinden entfallen, werden auf diese Gebietskörperschaften nach folgenden Schlüsseln aufgeteilt:
1. bei der **veranlagten Einkommensteuer, bei der Lohnsteuer, bei der Kapitalertragsteuer I und bei der Körperschaftsteuer auf die Länder**
   a) 77,967 vH nach der Volkszahl und
   b) 22,033vH in folgendem Verhältnis:

Burgenland	1,616 vH
Kämten	5,364 vH
Niederösterreich	14,376 vH
Oberösterreich	15,843 vH
Salzburg	7,853 vH
Steiermark	10,761 vH
Tirol	10,555 vH
Vorarlberg	6,833 vH
Wien	26,799 vH;

2. bei der **veranlagten Einkommensteuer einschließlich Abzugsteuer, bei der Lohnsteuer, bei der Kapitalertragsteuer I und bei der Körperschaftsteuer auf die Gemeinden**
   a) 72,753 vH nach dem abgestuften Bevölkerungsschlüssel und
   b) 27,247 vH in folgendem Verhältnis:

Burgenland	1,407 vH
Kärnten	4,709 vH
Niederösterreich	12,941 vH
Oberösterreich	16,271 vH
Salzburg	7,647 vH
Steiermark	8,869 vH
Tirol	8,788 vH
Vorarlberg	5,652 vH
Wien	33,716 vH;

3. bei der **Erbschafts- und Schenkungssteuer** auf die Länder und bei der **Grunderwerbsteuer** und der **Bodenwertabgabe** auf die Gemeinden nach dem örtlichen Aufkommen;
4. bei der **Kapitalertragsteuer II** auf die Länder 70 vH nach der Volkszahl und 30 vH nach dem örtlichen Aufkommen an veranlagter Einkommensteuer; auf die Gemeinden nach dem abgestuften Bevölkerungsschlüssel;

5. bei der **Umsatzsteuer auf die Länder**
   a) zuerst 0,949 vH des Aufkommens an der Umsatzsteuer nach Abzug des in § 9 Abs. 2 Z 1 genannten Betrages in folgendem Verhältnis:

Burgenland	2,572 vH
Kärnten	6,897 vH
Niederösterreich	14,451 vH
Oberösterreich	13,692 vH
Salzburg	6,429 vH
Steiermark	12,884 vH
Tirol	7,982 vH
Vorarlberg	3,717 vH
Wien	31,376 vH,

   b) die verbleibenden Anteile nach der Volkszahl;
6. bei der **Umsatzsteuer auf die Gemeinden**
   a) 33,581 vH nach der Volkszahl,
   b) 42,893 vH nach dem abgestuften Bevölkerungsschlüssel,
   c) 9,319 vH in folgendem Verhältnis:

Burgenland	1,583 vH
Kärnten	5,247 VH
Niederösterreich	15,004 vH
Oberösterreich	16,318 vH
Salzburg	9,326 vH
Steiermark	9,657 vH
Tirol	9,021 vH
Vorarlberg	6,428 vH
Wien	27,416 vH

   d) 14,207 vH als Getränkesteuerausgleich in folgendem Verhältnis:

Burgenland	2,505 vH
Kärnten	8,496 vH
Niederösterreich	15,185 vH
Oberösterreich	14,587 vH
Salzburg	9,426 vH
Steiermark	13,086 vH
Tirol	14,512 vH
Vorarlberg	4,811 vH
Wien	17,392 vH,

7. bei der **Biersteuer** auf die Länder 46,437 vH und auf die Gemeinden 69,904 vH nach der Volkszahl, weiters auf die Länder 53,563 vH und auf die Gemeinden 30,096 vH in folgendem Verhältnis:

Burgenland	2,327 vH
Kärnten	8,812 vH
Niederösterreich	17,831 vH
Oberösterreich	17,964 vH
Salzburg	8,832 vH
Steiermark	14,879 vH
Tirol	11,761 vH
Vorarlberg	4,331 vH
Wien	13,263 vH;

8. bei der **Schaumweinsteuer, bei der Zwischenerzeugnissteuer, bei der Alkoholsteuer** auf die Länder und Gemeinden nach der Volkszahl;
9. bei der **Mineralölsteuer** auf die Länder und Gemeinden zu einem Viertel nach der Volkszahl und zu drei Vierteln in folgendem Verhältnis:

Burgenland	3,758 vH
Kärnten	8,203 vH
Niederösterreich	22,431 vH
Oberösterreich	16,756 vH
Salzburg	7,359 vH
Steiermark	15,645 vH
Tirol	10,332 vH
Vorarlberg	4,007 vH
Wien	11,509 vH;

10. bei der **Kraftfahrzeugsteuer und der motorbezogenen Versicherungssteuer** in folgendem Verhältnis:

Burgenland	3,243 vH
Kärnten	6,769 vH
Niederösterreich	19,261 vH
Oberösterreich	16,993 vH
Salzburg	6,557 vH
Steiermark	14,757 vH
Tirol	7,548 vH
Vorarlberg	4,246 vH
Wien	20,626 vH;

11. bei der **Werbeabgabe** auf die **Länder** in folgendem Verhältnis:

Kärnten	30,352 vH
Steiermark	57,082 vH
Vorarlberg	12,566 vH;

12. bei der **Werbeabgabe** auf die **Gemeinden** 10vH nach der Volkszahl und die verbleibenden Anteile als Gemeinde-Werbesteuernausgleich in folgendem Verhältnis:

Burgenland	0,118 vH
Kärnten	1,019 vH
Niederösterreich	14,471 vH
Oberösterreich	7,248 vH
Salzburg	4,937 vH
Steiermark	2,480 vH
Tirol	1,077 vH
Vorarlberg	0,797 vH
Wien	67,853 vH;

13. beim **Kunstförderungsbeitrag** auf die Länder nach der Volkszahl;

14. der Reinertrag der **Spielbankabgabe** ist auf den Bund, auf die Länder (Wien als Land) und auf die Gemeinden (Wien als Gemeinde) aufzuteilen. Die Aufteilung auf die Länder und Gemeinden hat hiebei nach dem örtlichen Aufkommen zu erfolgen, wobei die Aufteilung des Gemeindeanteiles an der Spielbankabgabe ausschließlich auf jene Gemeinden zu beschränken ist, in denen eine Spielbank betrieben wird. Es erhalten der Bund 60 vH, die Länder 5 vH und die Gemeinden 35 vH bis zu einem jährlichen Aufkommen je Gemeinde von 725.000 Euro; von dem darüberliegenden Aufkommen erhalten der Bund 70 vH, die Länder 15 vH und die Gemeinden 15vH.

Voranschlagsansatz 2/52805 Steueranteil für Krankenanstaftenfinanzierung
Siehe die Erläuterungen zum Voranschlagsansatz 1/53207 Zuschüsse für Krankenanstaltenfinanzierung.

Voranschlagsansatz 2/52814 Gewerbesteuer an die Gemeinden
Von demselben Besteuerungsgegenstand Gewerbebetrieb im Sinne des Gewerbesteuergesetzes 1953, BGBl. Nr. 2/1954, erheben der Bund (Bundesgewerbesteuer) und die Gemeinden (Gewerbesteuer) für Zeiträume bis 31. Dezember 1993 gleichartige Abgaben. Da jedoch beide Abgaben vom Bund eingehoben werden, ist die Überweisung der Resteingänge von Gewerbesteuer an die berechtigten Gebietskörperschaften vorzunehmen.

Voranschlagsansatz 2/52824 Umsatzsteueranteil für Gesundheitsförderung
Gemäß §9 Abs. 2 Z 2 FAG 2001 sind vom Aufkommen der Umsatzsteuer für Zwecke der Gesundheitsförderung, -aufklärung und -information jährlich 7,3 Millionen Euro bereitzustellen. (Siehe ergänzend auch die Erläuterungen zum Voranschlagsansatz 1/17236.)

Voranschlagsansatz 2/52825 Für Gesundheits- und Sozialbereichs-Beihilfengesetz

Gesetzliche Grundlage
Bundesgesetz, mit dem Beihilfen im Gesundheits- und Sozialbereich geregelt werden (Gesundheits- und Sozialbereich-Beihilfengesetz GSBG) BGBl. Nr. 746/1996, zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 142/2000.

Gemäß EU-Beitrittsvertrag waren spätestens mit 1. Jänner 1997 die (unechte) USt-Befreiung für viele Leistungen des Gesundheits- und Sozialfürsorgebereichs einzuführen. Zielsetzung des GSBG ist, Kostensteigerungen, die sich aus dem Entfall des Vorsteuerabzuges auf Grund der USt-Befreiung ergeben, nicht auf Sozialversicherungsträger und Träger des öffentlichen Führsorgewesens durchschlagen zu lassen. Kranken- und Kuranstalten sowie der Rettungs- und Blutspendedienst erhalten aus diesem Grund eine Beihilfe in Höhe der nicht mehr abziehbaren Vorsteuer abzüglich eines Kürzugsbetrages für Einnahmen von privater Seite. Beihilfen bzw. Ausgleichszahlungen für Sozialversicherungsträger, Ärzte sowie andere Gesundheitsberufe werden mittels Pauschalsätzen, die auf statistischen Informationen über die Vorsteuer-Umsatz-Relationen der jüngsten Vergangenheit beruhen, ermittelt.

Im BVA 2002 sind dafür 1.219,450 Millionen Euro veranschlagt.

Voranschlagsansatz 2/52834 Steueranteil für Siedlungswasserwirtschaft
Unter diesem Voranschlagsansatz werden die nach § 10 Abs. 5 FAG 2001 für Zwecke der Siedlungswasserwirtschaft vorgesehenen Budgetmittel verrechnet. Gemäß FAG 2001 werden diese Mittel auf ein Sonderkonto überwiesen und bis zur tatsächlichen Inanspruchnahme vorübergehend veranlagt (budgetmäßige Darstellung unter Kapitel 51, Paragraf 5111).
Für 2002 wird die Dotierung ausgesetzt.

Voranschlagsansatz 2/52874 An Ausgleichsfonds für Familienbeihilfen (Anteile)
An den Ausgleichsfonds für Famillenbeihilfen sind 1,75vH der Einnahmen an veranschlagter Einkommensteuer, Lohnsteuer, Kapitalertragsteuer I und Körperschaftsteuer zu überweisen.

Voranschlagsansatz 2/52875 An Ausgleichsfonds für Familienbeihilfen (Abgeltungen)
Vom Aufkommen an veranlagter Einkommen- und Lohnsteuer sind 690,392 Millionen Euro (9.500 Millionen Schilling) dem Ausgleichsfonds für Familienbelhilfen zuzuweisen.

Voranschlagsansatz 2/52894 An den Katastrophenfonds
An den Katastrophenfonds sind 1,30vH der Einnahmen an veranschlagter Einkommensteuer, Lohnsteuer, Kapitalertragsteuer I und Körperschaftsteuer zu überweisen.

Titel 2/529 Ab Überweisungen (II)

	Personal-ausgaben	Sach-	Summe	Einnahmen
	Millionen Euro			
2000	0,0	0,0	0,0	2.091,9
2001	0,0	0,0	0,0	2.361,8
2002	0,0	0,0	0,0	2.398,1

1. Überblick

Entsprechend den gemeinschaftsrechtlichen Vorschriften leistet Österreich Beiträge zum EU-Haushalt und empfängt aus diesem Haushalt Leistungen der EU. Einen Überblick über die diesbezüglichen Zahlungen gibt die nachstehende Tabelle:

Beitragsleistungen:

	1997 Erf.	1998 Erf.	1999 Erf.	2000 Vorl. Erf	2001 BVA	2002 BVA
Zahlungen 1)	2.293,796	1.905,858	2.118,547	2.360,777	2.361,110	2.398,204
Abzügl. Einhebungsverg.	28,361	27,050	27,182	30,003	27,979	120,000
Summe	2.265,435	1.878,807	2.091,364	2.330,774	2.333,131	2.278,204
Rückflüsse 2):						
Art. 81	70,945	35,314	-	-	-	-
ESF	132,226	110,327	106,644	72,520	129,410	104,070
EFRE	88,315	72,475	60,649	94,795	96,823	185,875
EAGFL-Garantie 3)	825,883	811,307	845,414	1.025,551	973,817	1.010,153
EAGFL-Ausrichtung	99,464	104,321	141,571	92,955	65,406	14,536
Sonst. Rückflüsse 4)	71,263	94,380	85,400	94,475	94,475	94,475
Summe	1.288,095	1.228,123	1.239,678	1.380,296	1.359,930	1.409,109

Fußnoten:

1) Brutto, inkl. 10% Einhebungsvergütung (ab 2002 rückwirkend ab 2001 inkl. 25% Ehv.) der traditionellen Eigenmittel.
2) Werte der Bundeshaushaltsverrechnung mit Ausnahme der sonstigen Rückflüsse.
3) 1996 bis 1999 exkl. Länderanteil an den erhöhten ÖPUL-Zahlungen (1997: 31,852 Mio. Euro, 1998: 36,088 Mio. Euro und 1999: 36,653 Mio. Euro).
4) Beinhalten überwiegend Zahlungen an private Empfänger (nicht im BVA dargestellt) sowie vereinzelt Bundesdienststellen. Inbesondere Zahlungen aus den Bereichen Bildung und Jugend, Energie und Umwelt, Transeuropäische Netze und Forschung. Beträge 2000 bis 2002 stellen lediglich Grobschätzungen dar. Werte 1995 bis 1999 gemäß Jahresberichte des EURH.

Im Folgenden werden die rechtlichen und rechnerischen Grundlagen dieser Transfers zwischen der EU und Österreich erläutert:

2. Gesetzliche Grundlagen:

Art. 269 Abs. 1 EG- Vortrag

Dieser Art. legt fest, dass der Haushalt der EU unbeschadet der sonstigen Einnahmen vollständig aus Eigenmitteln zu finanzieren ist.

Eigenmittelbeschluß.- Beschluß 94/728/EG, EURATOM des Rates vom 31. Oktober 1994 (ABl. Nr. L 293/9 vom 12. November 1994)
In Ausführung des Art. 269 EG-Vertrag legt Art. 1 des Eigenmittelbeschlusses 94/728 vom 31. Oktober 1994 (bzw. des neuen Eigenmittelbeschlusses 2000/597/EG, Euratom vom 29.9.2000, Abl. Nr. L 235/42 vom 7.10.2000, dessen Ratifizierung derzeit im Gange ist) fest, dass den Gemeinschaften zur Finanzierung ihres Haushalts Eigenmittel zugewiesen werden. In den Haushalt der EU sind (mit Ausnahme der Bereiche EGKS, EURATOM, EEF) alle Ausgaben aufzunehmen (Art. 268 EG-Vertrag); er wird unbeschadet der sonstigen Einnahmen vollständig aus Eigenmittein (Zölle, Zölle aus dem Agrarbereich, Zuckerabgabe, MwSt., BSP) der Gemeinschaft finanziert.

3. Österreichische Beitragsleistungen
Allgemeines:
In Österreich ist im Bundesministerium für Finanzen für die Abwicklung der Eigenmittelleistungen an die EU das 'Artikel 9 Konto' eingerichtet, welches im Rahmen des Bundeshaushaltes geführt wird. Gemäß Art. 9 VO 1150/00 müssen die Mitgliedstaaten die Eigenmittel auf einem gesonderten Konto gutschreiben:
- die BSP- und Mehrwertsteuereigenmittel am ersten Werktag jedes Monats in Höhe eines Zwölftels der sich aus dieser Hinsicht aus dem Europäischen Haushaltsplan ergebenden Beträge,
- die traditionellen Eigenmittel nach Abzug von 10% für Erhebungskosten (VA-Ansatz 2/50014) (Im Jahr 2002 rückwirkend ab 2001 25%) spätestens am 19. des zweiten Monats, der auf den Monat der Feststellung folgt.

Die Gutschriften auf dieses Konto werden in der Bundeshaushaltsverrechnung in der voranschlagswirksamen Verrechnung als Schuld (Phase 4) verrechnet; die EU verrechnet in ihrem Haushalt diese Gutschriften (nach dem Forderungsprinzip) als Einnahmen. Erst wenn die Europäische Kommission Zahlungen von ihrem Guthaben auf dem 'Artikel 9 Konto' abruft, werden auch beim Bund - entsprechend dem Kassenprinzip - haushaltswirksame Ausgaben (Zahlungen Phase 5) verrechnet. Dabei kann es auf Grund eines Restsaldos aus dem Vorjahr (Differenz zwischen höheren Gutschriften und tatsächlich abgerufenen Zahlungen) im darauffolgenden Jahr zu Zahlungen kommen, die betragsmäßig die Gutschriften dieses Jahres übersteigen. Die jährliche Budgetbelastung Österreichs (Phase 5) unterscheidet sich daher von den Einnahmen, welche die EU in ihrem Haushalt desselben Jahres verrechnet. Das Artikel 9 Konto wird ab 1. Jänner 1999 in EURO geführt.

Die jährliche Höhe der Gutschriften stellt sich wie folgt dar:

	1997 Erf.	1998 Erf.	1999 Erf. Vorl.	2000 Erf.	2001 BVA	2002 BVA
Gutschriften(netto)	2.115,317	2.011,817	2.143,354	2.095,285	2.263,577	2.268,788

Lastenteilung mit Ländern und Gemeinden
Gemäß Finanzausgleichsgesetz 2001 (§ 10 Abs. 2 Z 2 und § 10 Abs. 3 Z 1 lit. a) beteiligen sich Länder und Gemeinden an der Finanzierung der EU-Beitragsleistungen. Demnach sind für 2002 Beiträge der Länder in Höhe von 479,207 Mio. Euro und der Gemeinden in Höhe von 87,921 Mio. Euro zu erwarten. Der Beitrag zur Lastentragung kommt in einer Verminderung der Überweisungen von Ertragsanteilen an Länder und Gemeinden beim Titel 2/528 zum Ausdruck.

4. Rückflüsse
Österreich hat auf Grund diverser Bestimmungen des EU-Rechtes Zahlungen von der EU zu erwarten. Diese werden wie folgt bei Titel 513 und 514 verrechnet:

Strukturfondsrückflüsse
Im Jahr 2000 startete die neue Programmplanungsperiode 2000 bis 2006. Rückflüsse sind jedoch auch noch aus der abgelaufenen Programmplanungsperiode 1994 bis 1999 zu etwarten (bis 2002). Zusätzlich zu den bei Titel 513 eingerichteten Voranschlagsansätzen (Periode 1994 bis 1999) wurden bei Titel 514 Voranschlagsansätze eröffnet um die Zahlungen aus der Periode 2000 bis 2006 darstellen zu können.

Europäischer Sozialfonds
Voranschlagsansatz 2/51305 Europ. Sozialfonds (EU/Arbeitsmarktpolitik)
Für 2002 sind aus dem Europäischen Sozialfonds (Periode 1994 bis 1999) keine Rückflüsse veranschlagt. Sollten dennoch Rückflüsse aus der Periode 94 bis 99 eintreffen, ist ausgabenseitig wie bisher im Wege einer Überschreitungsermächtigung vorgesorgt (Art. IV Abs. 3 BFG).

Voranschlagsansatz 2/51325 Europ. Sozialfonds (EU/Übrige)
Siehe VA 2/51305.

Voranschlagsansatz 2/51405 Europ. Sozialfonds (EU/Arbeitsmarktpolitik)
Für 2002 sind Rückflüsse aus der Programmplanungsperiode 2000 bis 2006 in Höhe von rund 104,067 Mio. Euro veranschlagt. Für die Verwendung der Rückflüsse aus den Gemeinschaftsinitiativen ist ausgabenseitig wie bisher im Wege einer Überschreitungsermächtigung vorgesorgt (Art. IV Abs. 3 BFG).

Voranschlagsansatz 2/51406 Europ. Sozialfonds (EU/Übrige)
Für 2002 können die Rückflüsse aus der Periode 2000 bis 2006 derzeit nur grob abgeschätzt werden. Es wurden daher keine Beträge eingesetzt. Für die korrespondierenden Ausgaben wurde im Wege einer Überschreitungsermächtigung vorgesorgt (Art. IV Abs. 3 BFG); diese Überschreitungsbeträge werden nach Maßgabe der tatsächlichen Rückflüsse verwendet werden.

Die korrespondierenden Ausgaben werden im Bundeshaushalt bei Kap. 63 dargestellt:

Europäischer Regionalfonds
Die im Jahre 2002 zu erwartenden Rückflüsse aus dem Europäischen Regionalfonds setzen sich aus den Rückflüssen der Periode 1995 bis 1999 und jenen der neuen Strukturfondsperiode 2000 bis 2006 zusammen. Der weiter unten dargestellte Übergang von einem Vorschuss- auf ein Erstattungssystem wird die Rückflüsse leichter prognostizierbar machen. Deshalb werden die Rückflüsse aus der neuen Periode auch betragsmäßig budgetiert.

Voranschlagsansatz 2/51306 Europ. Regionalfonds (EU)
Die im Jahre 2002 zu erwartenden Rückflüsse der Periode 1994 bis 1999 werden iHv. 46,707 Mio. Euro veranschlagt. Für Mehreinnahmen wurde im Wege einer Überschreitungsermächtigung vorgesorgt (Art. IV Abs. 3 BFG); diese Überschreitungsbeträge werden nach Maßgabe der tatsächlichen Rückflüsse verwendet werden.

Voranschlagsansatz 2/51415 Europ. Regionalfonds
Für 2002 werden Rückflüsse der Programmperiode 2000 bis 2006 in Höhe von 139,168 Mio. Euro erwartet. Die Mittelverwendung erfolgt in Kap. 10 unter Titel 100.

EAGLF-Ausrichtung
Voranschlagsansatz 2/51315 EAGLF-Ausrichtung und FIAF (EU)
Im Landwirtschaftsbereich (EAGLF-Ausrichtung) sind für Rückflüsse aus der Periode 1994 bis 1999 lediglich 0,001 Mio. Euro veranschlagt. Sollten dennoch Rückflüsse aus der Periode 94 bis 99 eintreffen, ist ausgabenseitig wie bisher im Wege einer Überschreitungsermächtigung vorgesorgt (Art. IV Abs. 3 BFG).

Voranschlagsansatz 2/51425 EAGLF-Ausrichtung und FIAF (EU)
Aus der Programmplanungsperiode 2000 bis 2006 wird aus dem EAGFL-Ausrichtungsfonds mit Zahlungen in Höhe von 14,535 Mio. Euro gerechnet.
Die Mittelverwendung erfolgt bei den VA-Ansätzen des Strukturfonds bei Titel 602.

Rückflüsse im Zusammenhang mit Zahlungen der EU im Rahmen der EU-Strukturfondsfinanzierungen (Europäischen Sozialfonds, Europäischen Regionalfonds und EAGFL-Ausrichtung) hängen von der Genehmigung der von Österreich vorgelegten Programmdokumente und dem Fortschritt der Förderungsvorhaben ab.
Die Verwendung dieser EU-Mittel im Rahmen der Programmplanungsperiode 1994 bis 1999 erfolgt - gemäß den EU-Vorschriften binnen bestimmter Fristen (in der Regel zwei Monate) - durch entsprechende Ausgaben in den jeweils fachzuständigen Ressorts.

In der neuen Programmplanungsperiode (2000 - 2006) geht die EU von einem Vorschusssystem zu einem Erstattungssystem über (VO 1260/99). Bei der ersten Mittelbindung eines Programmes leistet die Europäische Kommission eine Vorauszahlung an die für jedes Programm einzurichtende Zahlstelle. Die Zwischenzahlungen der Kommission dienen der Erstattung von tatsächlich getätigten und von der Zahlstelle bescheinigten Ausgaben. Die Anträge für die Zwischenzahlungen sind möglichst zusammengefasst dreimal jährlich der Kommission einzureichen. Die Zahlung des Restbetrages (5% der EU-Mittel) ist an verschiedene Bedingungen geknüpft. Auch in diesem Falle erfolgt die Abwicklung im Wege der zuständigen Ressorts.
Für die Leistung der Ausgaben ist in den jeweiligen Fachkapiteln vorgesorgt (vgl. hiezu die Erläuterungen zu den VA-Ansätzen 2/51305, 2/51306, 2/51405 und 2/51415).

EAGFL-Garantie
Voranschlagsansatz 2/51426 EAGFL-Garantie (EU)
Für Zahlungen der EU im Rahmen der gemeinschaftlichen Marktordnung ist für 2002 ein Betrag von 1.010,152 Mio. Euro zu erwarten.
Die Verwendung der Mittel erfolgt im Rahmen des Titels 1/603 bzw. beim VA-Ansatz 1/50418 Ausfuhrerstattungen.

Voranschlagsansatz 2/51314 EAGFL-Garantie (EU)
Für Zahlungen der EU aus den Jahren bis 1999 ist eine Erinnerungspost von 0,001 Mio. Euro vorgesehen.

Einen knappen Überblick über die Verrechnung der Vereinnahmung und Verwendung der EU-Rückflüsse gibt die nachstehende Tabelle:

TRANSFER	VEREINNAHMUNG	VERWENDUNG
Landwirtschaft		
Obergangszahlungen gem. Art. 81		
Beitrittsvertrag	2/51304	Titel 606
EAGFL/Garantie	2/51314	Titel 603
	2/51426	Titel 603
		1/50418
EAGFL/Ausrichtung	2/51315	Titel 602
	2/51425	Titel 602
Europ. Sozialfonds		
	2/51305	1/63636
		1/63638
	2/51325	div. Kap
	2/51405	1/63636
		1/63638
	2/51406	div. Kap
Europ. Regionalfonds		
	2/51306	1/10008
	2/51415	1/10046
		1/10048
		1/18656
		1/63186
		1/65236
Sonstige budgetwirksame Rückflüsse		
Verrechnung beim jew. Budgetkapitel		
zB TEN-Zuschüsse	2/65120	1/65128
Außerbudgetäre Rückflüsse		
zB Forschungsprogramme	direkt an private Empfänger	direkt an private Empfänger

5. Nettoposition.
Zur Darstellung der sogenannten Nettoposition werden üblicherweise die Beiträge, die die einzelnen Mitgliedstaaten (MS) an den Gemeinschaftshaushalt leisten (Eigenmitteigutschriften) den Ausgaben des Gemeinschaftshaushaltes für die einzelnen Mitgliedstaaten gegenübergestellt.
Um den Aussagegehalt solcher Darstellungen richtig beurteilen zu können, sind die folgenden Sachverhalte zu berücksichtigen:

Bei den traditionellen Eigenmitteln (Zölle, Agrarzölle, Zuckerabgabe) ist zu beachten, dass diese jenen Mitgliedstaaten zugerechnet werden, an dessen Grenzstelle die Zahlungen geleistet werden. Das Aufkommen in den einzelnen Mitgliedstaaten hängt somit von der Frequenz an den Grenzübertrittsstellen der einzelnen Mitgliedstaaten ab; Mitgliedstaaten mit wichtigen Umschlagplätzen weisen höhere Werte auf als die anderen Mitgliedstaaten ('Rotterdameffekt'). Hiebei bleibt unbeachtet, dass gegebenenfalls der Abgaben-Träger (zB. Importeur) einem anderen Mitgliedstaat zuzurechnen wäre; dies führt zu Verzerrungen bei der Einnahmenzurechnung und damit auch der Nettopositionen. Mit zunehmender Rückläufigkeit der traditionellen Eigenmittel tritt dieses Problem allerdings in den Hintergrund. Nähere Erläuterungen zur Problematik der Nettoposition siehe den Bericht der Kommission über das Funktionieren des Eigenmittelsystems, Oktober 1998 (http://europa.eu.int/comm/budget/de/financement/budget/index.htm).
Als einheitliche Grundlage für Vergleiche zwischen den Mitgliedstaaten der EU-15 kann nur der vom Europäischen Rechnungshof (EuRH) für jedes Haushaltsjahr im November des Folgejahres veröffentlichte Bericht herangezogen werden, da nur dieses Budgetdokument offizielle Informationen über die Aufgliederungen der Rückflüsse nach Mitgliedstaaten ausweist (derzeit liegt der Jahresbericht 1999 vor; vgl. ABI. EG Nr. C 342 vom 1. Dezember 2000, insbesondere die Seiten 14 und XVII. Der Jahresbericht 2000 wird im November 2001 vorliegen.
Die vom EuRH darin getroffene Untergliederung ist relativ grob, so dass genaue Vergleiche. mit den österreichischen Aufzeichnungen nicht möglich sind: Der EuRH weist die Werte gemäß den gemeinschaftlichen Haushaltsvorschriften in Euro aus. Die Differenzen zwischen den österreichischen und den Aufzeichnungen der EU sind im wesentlichen auf unterschiedliche Periodenabgrenzungen zurückzuführen. Der EuRH nimmt entsprechend den Haushaltsvorschriften der EU (Art. 6 und 101 EU-Haushaltsordnung) eine andere Periodenabgrenzung der Rückflüsse vor. Zahlungen der EU bis 15. Jänner werden dem vergangenen Haushaltsjahr zugerechnet, hingegen sind diese in der österreichischen Rechnung schon Einnahmen für das laufende Finanzjahr.

1999 beläuft sich die Nettoposition auf rd. 0,4% des BIP.

Teilung der gemeinschaftlichen Bundesabgaben gemäß §§ 9 und 10 FAG 2001

Abgabenart	Teilungsverhältnis in %		
	Bund	Länder	Gemeinden
Veranlagte Einkommensteuer	71,891	14,941	13,168
Lohnsteuer	71,891	14,941	13,168
Kapitalertragsteuer	71,891	14,941	13,168
Kapitalertragsteuer auf Zinsen	53,000	27,000	20,000
Körperschaftsteuer	71,891	14,941	13,168
Erbschafts-u. Schenkungssteuer	83,333	16,667	—
Bodenwertabgabe	4,000	—	96,000
Kunstförderungsbeitrag	70,000	30,000	—
Umsatzsteuer	67,437	18,341	14,222
Abgabe v. alk. Getränken	40,000	30,000	30,000
Biersteuer	57,733	23,328	18,939
Schaumweinsteuer	38,601	33,887	27,512
Weinsteuer	38,601	33,887	27,512
Alkoholsteuer	55,508	24,556	19,936
Mineralölsteuer	91,291	6,575	2,134
Werbeabgabe	4,000	9,083	86,917
Grunderwerbsteuer	4,000	—	96,000
Kraftfahrzeugsteuer	88,775	11,225	—
Motorbez. Versicherungssteuer	66,779	33,221	—
Spielbankabgabe	68,100	14,700	17,200

Auf Basis der im BVA 2002 veranschlagten gemeinschaftlichen Bundesabgaben entfallen auf die Gebietskörperschaften Bund, Länder und Gemeinden folgende Beträge:

Abgabenart	Anteil der jew. Gebietskörperschaften in Mio. Euro			
	Bund	Länder	Gemeinden	Summe Länder und Gemeinden
Veranlagte Einkommensteuer	2.279,2	427,2	399,8	827,0
Lohnsteuer	11.905,4	2.231,5	2.088,5	4.320,0
Kapitalertragsteuer	350,0	65,6	61,4	127,0
Kapitalertragsteuer auf Zinsen	924,4	424,7	343,3	768,0
Körperschaftsteuer	3.422,1	641,4	600,3	1.241,7
Erbschafts-u. Schenkungssteuer	163,5	29,5	0,0	29,5
Bodenwertabgabe	0,2	0,0	5,1	5,1
Kunstförderungsbeitrag	9,8	4,2	0,0	4,2
Umsatzsteuer	11.620,9	2.850,5	2.301,0	5.151,5
Abgabe v. alk. Getränken	0,8	0,5	0,6	1,1
Biersteuer	117,5	42,8	37,9	80,7
Schaumweinsteuer	9,8	7,9	6,8	14,7
Weinsteuer	0,4	0,2	0,3	0,5
Alkoholsteuer	68,6	27,4	24,2	51,6
Mineralölsteuer	2.554,2	165,9	58,8	224,7
Werbeabgabe	2,9	6,0	62,2	68,2
Grunderwerbsteuer	18,6	0,0	439,4	439,4
Kraftfahrzeugsteuer	167,8	19,1	0,0	19,1
Motorbez. Versicherungssteuer	737,7	331,0	0,0	331,0
Spielbankabgabe	75,5	15,5	18,0	33,5
Summe	34.429,3	7.290,9	6.447,6	13.738,5
Hiezu Pauschalvorsorge für die Abrechnung der Ertragsanteile 2001				+815,4
abzüglich Abschlag auf Grund des Überweisungsrhythmus der Abgabenanteile				-941,3
Veranschlagung BVA 2002 bei VA-Ansatz 2/52804				**13.612,6**

Kurze Erläuterungen zur Ermittlung der Ertragsanteile (BVA 2002):

Basis für die Ermittlung der Ertragsanteile sind grundsätzlich die im BVA veranschlagten Einnahmen aus gemeinschaftlichen Abgaben, wobei bei der veranlagten Einkommensteuer, Lohnsteuer, Umsatzsteuer und Kraftfahrzeugsteuer gemäß § 9 Abs. 2 FAG 2001 die Abgeltungen für den Familienlastenausgleich, weiters die Ausgaben des Bundes für die Beihilfen gemäß dem Gesundheits- und Sozialbereich-Beihilfengesetz, die Ausgaben für Zwecke der Gesundheitsförderung, -aufklärung und -Information und ein Betrag für den Bund bei der Kraftfahrzeugsteuer vor der Teilung in Abzug gebracht werden.
Beim Kunstförderungsbeitrag wird vor der Teilung die Einhebungsvergütung abgezogen
Weiters werden bei der Berechnung der Ertragsanteile die Beiträge der Länder und Gemeinden an der EU-Finanzierung, die sogenannten Konsolidierungsbeiträge der Länder und Gemeinden, die Abzüge für Zwecke der Siedlungswasserwirtschaft und der Gemeinde-Anteil an der Krankenanstaltenfinanzierung berücksichtigt.

Übersicht über die öffentlichen Abgaben in den Jahren 1998 bis 2002 (in Mio. Euro)

	1998 BRA	1999 BRA	2000 v. Erf.	2001 BVA	2002 BVA
Einkommen- und Vermögensteuern:					
Veranlagte Einkommensteuer	3.013,9	2.895,8	2.817,5	3.197,6	3.343,0
Lohnsteuer	14.073,2	14.753,1	14.467,7	16.133,4	17.078,1
Kapitalertragsteuer	390,4	444,4	471,5	472,4	486,9
Kapitalertragsteuer auf Zinsen	1.548,9	1.388,2	1.473,5	1.598,8	1.744,1
Körperschaftsteuer	3.787,3	3.246,9	3.865,0	4.505,7	4.760,1
Abgabe von Zuwendungen	0,5	0,5	0,3	0,4	0,4
Gewerbesteuer	31,7	10,9	9,8	0,0	—
Bundesgewerbesteuer	23,6	8,1	7,3	0,0	—
Vermögensteuer	3,7	6,9	1,0	—	—
Erbschaftssteueräquivalent	2,7	0,1	0,2	—	—
Erbschafts-u. Schenkungssteuer	104,5	119,6	111,2	152,6	196,2
Abgabe von land-. u. forstw. Betrieben	20,1	20,2	20,0	20,3	20,3
Bodenwertabgabe	5,5	5,3	5,0	5,5	5,5
Wohnbauförderungsbeitrag	557,9	576,3	594,8	617,7	639,5
Sonderabgabe von Banken	2,6	0,0	-3,4	—	—
Kunstförderungsbeitrag (zw. Einn.)	10,1	10,0	10,6	14,5	14,5
Summe Einkommen-u. Vermögenssteuern	23.576,2	23.486,5	23.852,0	26.718,9	28.288,6
Umsatzsteuer	15.715,3	16.493,3	17.056,0	17.877,5	18.458,9
Zölle	239,6	244,3	260,9	254,4	254,4
Verbrauchsteuern:					
Tabaksteuer	1.095,7	1.157,4	1.196,6	1.257,2	1.257,2
Biersteuer	148,3	144,0	161,5	203,5	203,5
Mineralölsteuer	2.590,6	2.695,0	2.725,7	2.768,8	2.797,9
Alkoholsteuer	87,4	87,6	130,4	123,5	123,5
Schaumweinsteuer	23,2	22,2	24,6	25,4	25,4
Summe Verbrauchsteuern	3.945,2	4.106,3	4.238,8	4.378,5	4.407,6
Stempel-, Rechtsgebühren und Bundesverwaltungsabgaben	861,3	747,4	791,1	799,4	812,6
Verkehrsteuern:					
Kapitalverkehrsteuern	110,6	111,5	115,5	123,5	123,5
Sicherheitsabgabe	25,2	25,8	28,1	30,5	32,7
Werbeabgabe	—	—	33,3	72,7	72,7
Punzierungskontrollgebühr	—	—	—	—	1,3
Energieabgabe	397,2	404,9	562,5	712,2	654,1
Normverbrauchsabgbe	391,2	438,9	433,4	436,0	436,0
Grunderwerbsteuer	404,6	414,2	452,2	457,8	465,1
Versicherungssteuer	726,0	728,5	745,2	741,3	770,3
Motorbezogene Versicherungssteuer	709,6	719,5	975,1	1.090,1	1.104,6
Straßenbenützungsabgabe	76,0	77,3	84,0	72,7	79,9
Kraftfahrzeugsteuer (zw. Einn.)	74,2	76,3	78,4	79,2	79,2
Kraftfahrzeugsteuer	50,7	52,3	53,8	106,1	127,6
Spielbankabgabe	97,5	99,4	104,5	101,7	109,0
Konzessionsabgabe	194,2	186,0	197,5	203,5	210,8
Altlastenbeitrag (zw. Einn:)	43,4	63,8	70,5	94,5	105,4
Summe Verkehrsteuern	3.300,3	3.398,3	3.933,8	4.321,9	4.372,3
Nebenansprüche und Resteingänge	1.070,9	199,2	254,0	145,3	181,7
Summe Öffentl. Abgaben - Brutto:	**48.708,8**	**48.675,2**	**50.386,6**	**54.495,9**	**56.776,1**

Ab Überweisungen (I):

	1998 BRA	1999 BRA	2000 v. Erf.	2001 BVA	2002 BVA
			in Mio. Euro		
Ertragsant. der Länd. U. Gemeinden	11.845,3	12.213,9	12.602,8	12.962,7	13.612,6
Steueranteil f. Krankenanstaltenfin.	93,1	97,2	104,3	107,9	110,7
Gewerbesteuer an Gemeinden	30,1	11,3	11,8	0,0	0,0
Ust-Anteil f. Gesundheitsförderung	7,3	7,3	7,3	7,3	7,3
Gesundheits-und Sozialbereichs-Beihilfengesetz	—	—	1.090,3	1.177,3	1.219,5
Steueranteil f. Siedlungswasserwirtschaft	—	163,7	47,3	0,0	0,0
Ausgleichsfonds f. Familienbeih. (Anteile)	397,9	399,4	404,8	414,9	435,0
Ausgleichsfonds f. Familienbeih. (Abgelt.)	690,4	690,4	690,4	690,4	690,4
Katastrophenfonds	293,4	295,4	298,3	306,3	324,7
Summe Ab Überweisungen (I)	**13.357,4**	**13.878,4**	**15.257,4**	**15.666,9**	**16.400,1**
Ab Überweisungen (II)					
Beitrag zur Europäischen Union	1.905,9	2.118,5	2.092,0	2.361,9	2.398,2
Summe Öffentl. Abgaben - Netto:	**33.445,5**	**32.678,3**	**33.037,3**	**36.467,2**	**37.977,7**

Allgemeine Verfahrensvorschriften

Für die Erhebung der öffentlichen Abgaben des Bundes sind derzeit folgende Allgemeine Verfahrensvorschriften maßgebend:

Aufbau der Abgabenverwaltung
Bundesgesetz über den Aufbau der Abgabenverwaltung des Bundes (Abgabenverwaltungsorganisationsgesetz - AVOG), BGBl. Nr. 18/1975, zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 142/2000. Dieses Gesetz regelt die Behördenorganisation der Bundesabgabenverwaltung und die sachliche Zuständigkeit der Abgabenbehörden des Bundes.

Bundesabgabenordnung
Bundesgesetz betreffend allgemeine Bestimmungen und das Verfahren für die von den Abgabenbehörden des Bundes verwalteten Abgaben (Bundesabgabenordnung - BAO), BGBl. Nr. 194/ 1961, zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 142/2000. Dieses Gesetz enthält allgemeine Grundsätze des Abgabenrechts, zB Vorschriften über das Entstehen des Abgabenanspruches, über die Beurteilung abgabenrechtlicher Tatbestände, Begriffsbestimmungen für Wohnsitz, gewöhnlicher Aufenthalt, Geschäftsleitung, Gewerbebetrieb, Betriebsstätte. Das Gesetz regelt weiters insbesondere die abgabenrechtliche Geheimhaltungspflicht, die örtliche Zuständigkeit, abgabenrechtliche Besonderheiten im Bereich des Zustellwesens, das Ermittlungsverfahren (einschließlich Beweisverfahren) und die abgabenbehördlichen Nachschau- und Prüfungsbefugnisse; es umschreibt die weiteren Befugnisse der Abgabenbehörden und die Obliegenheiten der Abgabepflichtigen, insbesondere deren Verpflich-tung zur Führung von Büchern und Aufzeichnungen, weiters das Feststellungs-, Meßbetrags-, Zerle-gungs-, Zuteilungs- und Abgabenfestsetzungsverfahren, schließlich die Abgabeneinhebung und das Abgabenrechtsmittelverfahren.

Abgabenexekutionsordnung
Abgabenexekutionsordnung, BGBl. Nr. 104/1949, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 164/1999. Dieses Gesetz regelt die zwangsweise Einbringung-der öffentlichen Abgaben im finanzbehördlichen Vollstreckungsverfahren.

Finanzstrafgesetz
Bundesgesetz betreffend das Finanzstrafrecht und das Finanzstrafverfahrensrecht (Finanzstrafgesetz), BGBl. Nr. 129/1958, zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 138/2000. Dieses Gesetz regelt die Ahndung von Finanzvergehen betreffend bundesrechtlich geregelte Abgaben und Beiträge.

Bewertungsgesetz
Bundesgesetz über die Bewertung von Vermögenschaften (Bewertungsgesetz 1955), BGBl. Nr. 148/1955, zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 142/2000.
Dieses Gesetz enthält grundsätzliche Bewertungsvorschriften für alle bundesrechtlich geregelten Abgaben und Beiträge. Soweit einzelne Abgabenvorschriften keine Spezialregelungen enthalten, im Besonderen Bewertungsvorschriften für die Vermögensteuer, Stempel- und Rechtsgebühren, Erbschafts- und Schenkungssteuer, Grunderwerbsteuer, Grundsteuer, Gewerbesteuer und die Beiträge nach dem Wohnhaus-Wiederaufbaugesetz.

Bodenschätzungsgesetz
Bodenschätzungsgesetz 1970, BGBl. Nr. 233.
Dieses Gesetz enthält Vorschriften über die Bestandsaufnahme und die Feststellung der Ertragsfähigkeit der landwirtschaftlich genutzten Flächen.

Zollverfahren (Zollgesetz)
Verordnung (EWG) Nr. 2913/92 des Rates vom 12. Oktober 1992 zur Festlegung des Zollkodex der Gemeinschaften (Zollkodex - ZK), ABIEG Nr. L 302 vom 19. Oktober 1992, S. 1, zuletzt geändert durch Verordnung (EG) Nr. 82 vom 19. Dezember 1996, ABIEG Nr. 17 vom 21. Jänner 1997, S. 1;
Verordnung (EWG) Nr. 2454/93 der Kommission vom 2. Juli 1993 mit Durchführungsvorschriften zu der Verordnung (EWG) Nr. 2913/92 des Rates zur Festlegung des Zollkodex der Gemeinschaften, ABIEG Nr. L 253 vom 11. Oktober 1993, S. 1, (Zollkodex-Durchführungsverordnung - ZK-DVO), zuletzt geändert durch Verordnung (EG) Nr. 1427/97 vom 23. Juli 1997, ABIEG Nr. 196 vom 24. Juli 1997, S. 31;
Bundesgesetz betreffend ergänzende Regelungen zur Durchführung des Zollrechts der Gemeinschaften (Zollrechts-Durchführungsgesetz - ZollR-DG), BGBl. Nr. 659/1994, zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 126/1998;
Verordnung des Bundesministers für Finanzen zur Durchführung des Zollrechts (Zollrechts-Durchführungsverordnung - ZollR-DV), BGBl. Nr.1104/1994, zuletzt geändert durch BGBl. II Nr. 345/2000;
Verordnung (EWG, EURATOM) Nr. 1182/71 des Rates vom 3. Juni 1971 zur Festlegung der Regeln für die Fristen, Daten und Termine, ABIEG Nr. L 124/1 vom 8. Juni 1971.

Kapitel 53 Finanzausgleich

Das Wesen des österreichischen Finanzausgleiches und dessen rechtliche Grundlagen

Der österreichische Finanzausgleich ist von der Grundidee der verbundenen Steuerwirtschaft beherrscht. Demgemäß sind die wichtigsten öffentlichen Abgaben - nach Maßgabe ihrer Ausgestaltung durch die Bundesgesetzung - Gemeinschaftsbesitz der am Finanzausgleich beteiligten Gebietskörperschaften (Bund, Länder, Gemeinden). Daneben bestehen ausschließliche Abgaben je zugunsten des Bundes, der Länder bzw. der Gemeinden. Schließlich dienen der Vervollständigung und Härtenvermeidung die Einrichtungen der Finanzzuweisungen und der zweckgebundenen Zuschüsse. Alle diese Bausteine sind dem Ziele zugeordnet, einen gerechten Finanzausgleich zu erreichen, dessen Erkennungsmerkmal eine solche Ausgewogenheit in der Mittelverteilung ist, dass die jeweilige Finanzausgleichsregelung in Übereinstimmung mit der Verteilung der Lasten der öffentlichen Verwaltung steht und zugleich Bedacht darauf nimmt, dass die Grenzen der Leistungsfähigkeit der beteiligten Gebietskörperschaften nicht überschritten werden.

Die den Finanzausgleich regelnden Rechtsvorschriften sind, gestützt auf langjährige Erfahrung, auf zwei Bundesgesetz verteilt: ein Bundesverfassungsgesetz, das die vielfach der Ausführung durch einfaches Bundesgesetz bedürftigen Grundsätze enthält, das Finanzverfassungsgesetz - mit Wirkung ab 1. Jänner 1948 steht das Bundesverfassungsgesetz, BGBl. Nr. 45/1948, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 201/1996, über die Regelung der finanziellen Beziehungen zwischen dem Bund und den übrigen Gebietskörperschaften (Finanz-Verfassungsgesetz 1948 - F-VG 1948) in Geltung - und ein einfaches Bundesgesetz, das die Konkretisierung der im Finanzverfassungsgesetz festgelegten Grundsätze für einen bestimmten Zeitraum unter Rücksichtnahme auf die jeweiligen wirtschaftlichen Verhältnisse und den Finanzbedarf der Gebietskörperschaften im Rahmen der vorhandenen Mittel regelt. Diese Aufgabe erfüllt das Bundesgesetz, BGBl. I Nr. 3/2001, mit dem der Finanzausgleich für die Jahre 2001 bis 2004 geregelt wird und sonstige finanzausgleichsrechtliche Bestimmungen getroffen werden (Finanzausgleichsgesetz 2001 - FAG 2001).

Damit wird der Weg einer langfristigen Finanzausgleichsregelung fortgesetzt, der allen Gebietskörperschaften wirtschaftliche Planungen auf längere Sicht ermöglicht.

Gebarungsübersichten
Gebarungsübersichten betreffend die Bundesländer, Gemeindeverbände und Gemeinden werden jährlich von der Statistik Österreich in der Reihe 'Beiträge zur Österreichischen Statistik' in Zusammenarbeit mit dem Bundesministerium für Finanzen herausgegeben. Diese Gebarungsübersichten liegen seit 1955 in lückenloser Folge vor.

Gesamtgebarung

	Personalausgaben	Sachausgaben	Summe	Einnahmen
	Millionen Euro			
2000	0,0	3.280,0	3.280,0	382,1
2001	0,0	3.441,4	3.441,4	414,3
2002	0,0	3.538,3	3.538,3	435,4

Im Einzelnen ist zu den Bereichen zu bemerken:
Titel 530 Leistungen an Länder und Gemeinden

	Personalausgaben	Sachausgaben	Summe	Einnahmen
	Millionen Euro			
2000	0,0	1.013,6	1.013,6	0,0
2001	0,0	1.189,5	1.189,5	0,0
2002	0,0	1.265,6	1.265,6	0,0

Unterschiede gegen Vorjahre
Die Steigerung der Ausgaben gegenüber dem Vorjahr ergibt sich vor allem aus der Bedarfszuweisung an Länder.
Im Einzelnen ist zu bemerken:

Voranschlagsansatz 1/53007 Ertragsanteilekopfquoten-Ausgleich der Länder
Das FAG sieht die Ergänzung der Ertragsanteile der Länder (mit Wien) auf den Betrag vor, der sich unter Zugrundelegung der auf ein Jahr berechneten Durchschnittskopfquote der Ertragsanteile der Länder mit Wien als Land für das einzelne Land ergibt. Der aus Bundesmitteln im Jahre 2002 zu leistende Kopfquotenausgleichsbetrag, der auf Grund der Abrechnung der Ertragsanteile für das Jahr 2001 voraussichtlich anfällt, ist mit 102,5 Millionen Euro zu erwarten.
Die nachstehende Übersicht zeigt die unterschiedliche Höhe und die Entwicklung der Kopfquoten:

Ertragskopfquote für nebenstehende Jahre	1995	1996	1997	1998	1999
niedrigste	669	729	733	771	782
höchste	781	858	849	903	910
im Durchschnitt	720	789	794	834	844

Das Erfordernis für den Ertragsanteilekopfquoten-Ausgleich in den Jahren 1996 bis 2002 beträgt:

Jahr	Betrag in Mio. Euro
1996	98,3
1997	101,5
1998	91,5
1999	99,8
2000	99,0
2001 (BVA)	101,0
2002 (BVA)	102,5

Die Ertragsanteile der Länder und Gemeinden an den gemeinschaftlichen Bundesabgaben sind im Voranschlag 2002 - ebenso wie in den Vorjahren - als Abzugspost von dem Bruttoertrag der öffentlichen Abgaben dargestellt (siehe VA-Ansatz 2/52804).

Voranschlagsansatz 1/53017 Finanzkraftstärkung der Gemeinden
Gemäß § 21 FAG 2001 gewährt der Bund Gemeinden (Wien als Gemeinde) als Hilfe zur Bewältigung der ihnen obliegenden Aufgaben eine Finanzzuweisung. Diese beträgt 1,26 vH der Ertragsanteile der Gemeinden (Wien als Gemeinde) zuzüglich 9,1 Millionen Euro. Auf diese Finanzzuweisung haben jene Gemeinden (ohne Wien) Anspruch, die eine solche Finanzzuweisung zur Aufrechterhaltung oder Wiederherstellung des Gleichgewichtes im Haushalt benötigen.
Für das Jahr 2002 sind 90,1 Millionen Euro vorgesehen, die erforderlichen Mittel werden vom Bund den Ländern (mit Wien) überwiesen.

Voranschlagsansatz 1/53027 Bedarfszuweisung an Länder
Gemäß § 22 FAG 2001 gewährt der Bund den Ländern eine Bedarfszuweisung zur Aufrechterhaltung oder Wiederherstellung des Gleichsgewichts im Haushalt.
Für das Jahr 2002 sind 785,6 Millionen Euro vorgesehen. Weiters wird eine Bedarfszuweisung in Höhe von 4,4 Millionen Euro als Ausgleich für Ausgaben im Zusammenhang mit Ausgliederungen und Schuldenreduzierungen gewährt.
Beide Zuweisungen werden nach der Volkszahl auf die Bundesländer verteilt.

Voranschlagsansatz 1/53047 Finanzzuweisung f. umweltschonende u. energiesparende Maßn.
Gemäß § 20 Abs. 7 FAG 2001 gewährt der Bund den Ländern eine Finanzzuweisung zur Finanzierung von umweltschonenden und energiesparenden Maßnahmen in Höhe von 11,835 vH des Aufkommens an Energieabgabe.
Für das Jahr 2002 sind für diese Zwecke 77,4 Millionen Euro veranschlagt.

Voranschlagsansatz 1/53057 Bedarfszuweisung an Gemeinden
Gemäß § 23 FAG 2001 gewährt der Bund den in Abs. 2 Z 2 angeführten Gemeinden zur Aufrechterhaltung oder Wiederherstellung des Gleichgewichts im Haushalt und allen Gemeinden als Ausgleich für

Ausgaben im Zusammenhang mit Ausgliederungen und Schuldenreduzierungen eine Bedarfszuweisung.
Für das Jahr 2002 sind 18,7 Millionen Euro vorgesehen.

Voranschlagsansatz 1/53058 Bedarfszuweisungen an Gemeinden
Durch das Bundesgesetz BGBl. Nr. 346/1982 wurde die gesetzliche Grundlage geschaffen, jenen Gemeinden, deren finanzielle Situation sich durch nicht vorhersehbare bzw. nicht beeinflussbare Umstände so ungünstig entwickelt hat, dass es auch bei größter Sparsamkeit nicht mehr möglich ist, die eingegangenen rechtsgültigen Verpflichtungen zu erfüllen und gleichzeitig den Aufgabenverpflichtungen ordnungsgemäß nachzukommen, aus Bundesmitteln eine finanzielle Hilfe in Form von Bedarfszuweisungen zu gewähren.
Im Jahre 2002 ist für diese Zwecke ein Betrag von 1,1 Millionen Euro vorgesehen.

Voranschlagsansatz 1/53067 Polizeikostenersatz an Städte mit eigenem Statut
Gemäß § 20 FAG 2001, ersetzt der Bund ab 1. Oktober 1986 den Städten mit eigenem Statut Krems a.d. Donau und Waidhofen a.d. Ybbs jene Kosten, die diesen Städten nachweislich dadurch entstehen, dass sie für den Bund Aufgaben erfüllen, die in anderen Städten mit eigenem Statut von Bundespolizeibehörden erfüllt werden. Aus verwaltungsökonomischen Gründen ist der Kostenersatz in einem Pauschale festgelegt. Dieses darf nicht höher sein, als der Aufwand, der dem Bund entstehen würde, wenn er in diesen Gemeinden Bundespolizeibehörden eingerichtet hätte.
Im Jahre 2002 ist ein Betrag von 1,9 Millionen Euro vorgesehen.

Voranschlagsansatz 1/53077 Finanzzuweisungen in Agrarangelegenheiten
Der Bund gewährt den Ländern im Jahre 2002 gemäß § 20 Abs. 6 FAG 2001 zur Finanzierung der Förderung der Landwirtschaft eine Finanzzuweisung in Höhe von 14,5 Millionen Euro.

Voranschlagsansatz 1/53097 Finanzzuweisungen in Nahverkehrsangelegenheiten
Der Bund gewährt den Ländern und Gemeinden im Jahre 2002 gemäß § 20 Abs. 2 bis 4 FAG 2001 zur Förderung des Personennahverkehrs Finanzzuweisungen von insgesamt 169,5 Millionen Euro.

Titel 532 Zweckzuschüsse des Bundes I

	Personal-ausgaben	Sach-	Summe	Einnahmen
		Millionen Euro		
2000	0,0	1.985,8	1.985,8	104,3
2001	0,0	1.945,5	1.945,5	107,9
2002	0,0	1.948,0	1.948,0	110,7

Unterschiede gegen Vorjahre
Die Steigerung der Ausgaben gegenüber dem BVA 2001 ergibt sich vor allem bei den Zuschüssen für Krankenanstalten.
Im Einzelnen ist zu bemerken:

Voranschlagsansatz 1/53207 Zuschüsse für Krankenanstalten
Gemäß § 24 Abs. 2 FAG 2001 gewährt der Bund den Ländern zum Zwecke der Krankenanstaltenfinanzierung einen Zweckzuschuss in Höhe von 0,642 vH des Aufkommens an der Umsatzsteuer abzüglich der Ausgaben des Bundes für Beihilfen gemäß dem Gesundheits- und Sozialbereich-Beihilfengesetz, BGBl. Nr. 746/1996. Dieser Zweckzuschuss wird durch einen Vorwegabzug von den Ertragsanteilen der Gemeinden finanziert (§ 10 Abs. 4 FAG 2001) und stellt somit den 'Gemeindebeitrag' an der Finanzierung der Krankenanstalten dar. Die Finanzierung durch den Vorwegabzug wird beim Voranschlagsansatz 2/52805 Steueranteil für Krankenanstaltenfinanzierung, die entsprechenden Einnahmen des Bundes werden beim Voranschlagsansatz 2/53205 Überweisung für Krankenanstaltenfinanzierung dargestellt. Im BVA 2002 ist der Zweckzuschuß für die Krankenanstaltenfinanzierung mit 110,7 Millionen Euro budgetiert.

Voranschlagsansatz 1/53217 Zuschüsse nach dem Bundes-Sonderwohnbaugesetz
Gemäß Bundesgesetz, BGBl. Nr. 165/1982, gewährt der Bund zur Förderung der Errichtung von 5.000 Wohnungen, der Baubeginn in die Jahre 1982 und 1983 fällt, Zinsen- und Annuitätenzuschüsse zu Hypothekardarlehen, die zur Deckung der gesamten Baukosten aufgenommen werden.

5000 Wohnungen, deren Baubeginn in die Jahre 1984 und 1985 fällt, sowie von 5.000 Wohnungen, deren Baubeginn in die Jahre 1986 und 1987 fällt, Zinsen- und Annuitätenzuschüsse zu Hypothekardarlehen, die zur Finanzierung der Baukosten aufgenommen werden.
Im Jahre 2002 ist für diesen Zweck ein Betrag von 24 Millionen Euro veranschlagt.

Voranschlagsansatz 1/53227 Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen)
Der Bund gewährt gemäß § 24 Abs. 1 Z 1 FAG 2001 Ländern und Gemeinden für die auf eigene Rechnung geführten Theater und jene Theater, zu deren Abgangsdeckung sie vertraglich verpflichtet sind, Zweckzuschüsse im Ausmaß von 21,3 Millionen Euro jährlich.
In Betracht kamen hiefür die Vereinigten Bühnen Graz, das Landestheater Linz, das Landestheater Salzburg, das Stadt- und Landestheater Klagenfurt, das Tiroler Landestheater, das Stadttheater Baden sowie das Theater in St. Pölten und die Vereinigten Bühen Wien.

Voranschlagsansatz 1/53228 Aufwendungen
Für das Theater am Kornmarkt in Bregenz wurden gemäß § 24 Abs. 1 Z 1 lit.e FAG 2001 für das Jahr 2002 0,2 Millionen Euro budgetiert.

Voranschlagsansatz 1/53237 Zuschüsse nach §3 WBF-ZG
Gemäß § 3 Zweckzuschussgesetz 2001, BGBl. Nr. 691/1988, zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 3/2001, hat der Bund den Ländern zur Finanzierung von Annuitätenzuschüssen und Wohnbeihilfen, die von den Ländern bis 31. Dezember 1987 gemäß dem WSG zugesichert bzw. bescheidmäßig zuerkannt wurden, Zweckzuschüsse zu gewähren.
Im Haushaltsjahr 2002 werden voraussichtlich 4,4 Millionen Euro erforderlich sein.

Voranschlagsansatz 1/53247 Zuschüsse nach §1 und §5 WBF-ZG
Die Wohnbauförderungstransfers des Bundes an die Länder werden ab dem Zeitpunkt der Übertragung der Wohnbauförderungskompetenzen auf die Länder (1. Jänner 1988) in Form von Zweckzuschüssen gemäß § 12 F-VG geleistet. Mit dem Finanzausgleich ab 2001 wird die Zweckbindung auch auf Verwendungen im Zusammenhang mit Infrastrukturmaßnahmen und Maßnahmen zur Treibhausgasreduktion erweitert. Die Höhe dieser Zweckzuschüsse beträgt gemäß § 1 des novellierten und in Zweckzuschussgesetz , BGBl. I Nr. 3/2001, umbenannten Wohnbauförderungs-Zweckzuschussgesetz 1989, BGBl. Nr. 691/1988 idF BGBl. Nr. 201/1996, im Jahr 2002 1.780,5 Millionen Euro.

Voranschlagsansatz 1/53287 Zuschüsse für Umweltschutz an Länder und Gemeinden
Der Bund gewährt den Ländern gemäß § 24 Abs. 1 Z 2 FAG 2001 zur Förderung des Umweltschutzes, insbesondere der Errichtung und Verbesserung von Müllbeseitigungsanlagen, unter Bedachtnahme auf den Umfang, die Lage und Gefährdung der Wohngebiete und der Erholungsgebiete, im Jahre 2002 einen Zweckzuschuss von 6,9 Millionen Euro.

Voranschlagsansatz 1/53307 Zuschüsse aufgrund von Sondergesetzen
Im Jahr 2002 sind für Zuschüsse aufgrund von Sondergesetzen keine Mittel vorgesehen.

Voranschlagsansatz 2/53204 Übergenüsse an Zweckzuschüssen des Bundes
Voranschlagsansatz 2/53214 Übergenüsse an Finanzzuweisungen des Bundes
Für allfällige Rückzahlungen von Finanzzuweisungen und Zweckzuschüssen des Bundes sind nur Verrechnungsposten vorgesehen.

Voranschlagsansatz 2/53205 Überweisung für Krankenanstaltenfinanzierung
Siehe die Erläuterungen zum Voranschlagsansatz 1/53207 Zuschüsse für Krankenanstaltenfinanzierung.

Titel 534 Katastrophenfonds (zweckgeb.Geb.)

	Personal-ausgaben	Sach-ausgaben	Summe	Einnahmen
	Millionen Euro			
2000	0,0	276,6	276,6	277,8
2001	0,0	306,4	306,4	306,4
2002	0,0	324,7	324,7	324,7

Im Einzelnen ist zu bemerken:

Nach dem Katastrophenfondsgesetz 1996, BGBl. Nr. 201/1996, zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. xx/2001, sind die Mittel des Fonds für die zusätzliche Finanzierung von Maßnahmen zur Vorbeugung gegen künftige und zur Beseitigung von eingetretenen, im Gesetz näher genannten Katastrophenschäden zu verwenden.
Die Katastrophenfondsmittel werden nach den Bestimmungen des Finanzausgleichsgesetzes 2001 - FAG 2001, BGBl. Nr. 3/2001, aufgebracht und sind nutzbringend anzulegen. Der nicht verbrauchte, einer Rücklage zugeführte Rest an zweckgebundenen Einnahmen zum 31. Dezember d.J. ist gemäß § 5 KatFG 1996 mit 29 Millionen Euro begrenzt. Der Überhang des Jahres 2000 beträgt 22,6 Millionen Euro (Ansatz 2/54834).

Von den Ausgaben im Jahre 2000 entfallen:

	Millionen Euro (gerundet)
1. für Zwecke der Förderung der Behebung von Schäden im Vermögen physischer und juristischer Personen mit Ausnahme der Gebietskörperschaften	24,8
2. für Maßnahmen zur Behebung von Schäden im Vermögen des Bundes im Bereiche der Bundesministerien für wirtschaftliche Angelegenheiten sowie für Verkehr, Innovation und Technologie	17,2
Summe 1 und 2	42,0
3. für Zwecke der Förderung der Behebung von Schäden im Vermögen der Länder	6,3
4. für Zwecke der Förderung der Beschaffung von Katastropheneinsatzgeräten der Feuerwehren an die Länder	20,5
5. für Zwecke der Förderung der Behebung von Schäden im Vermögen der Gemeinden	24,0
6. für Maßnahmen des Schutzbaues zur Vorbeugung gegen künftige Hochwasser-und Lawinenschäden	
6.1 im Bereiche des BM für Land- und Forstwirtschaft, Umwelt und Wasserwirtschft	
für den Ausbau von hydrographischen Einrichtungen	4,9
als Bundeszuschuss für Wildbach- und Lawinenverbauung	69,8
als Bauaufwand für Bundesflüsse	24,5
als Bundeszuschuss für Konkurrenzgewässer	24,4
Summe 6.1	123,6
6.2 im Bereiche der Bundesministerien für wirtschaftliche Angelegenheiten sowie für Verkehr, Innovation und Technologie	
für Förderungsmaßnahmen bei Wasserbauten	9,3
als Aufwendungen für Wasserbauten	3,6
als Bundeszuschuss für die Donau-Hochwasserschutz-Konkurrenz	1,1
für Lawinenschutzbauten an Bundesstraßen	31,6
Summe 6.2	45,6
Summe 6.	169,2
7. für das Warn- und Alarmsystem	3,6
8. für die Hagelversicherung	11,0
Summe 1-6	**276,6**

Für das Jahr 2002 wurden Einnahmen und Ausgaben in folgender Höhe budgetiert:

	Millionen Euro (gerundet)
Einnahmen	
2/534000 Dotierung des Fonds	324,7
Ausgaben	
1/53408 Schäden im Vermögen privater Personen	11,5
1/53418 Zahlungen an Länder	32,3
1/53428 Schäden im Vermögen der Gemeinden	24,9
1/53438 Bankspesen	0,0
1/53458 Schäden im Vermögen des Bundes	20,3
1/53468 Vorbeugung gegen Hochwasser- und Lawinenschäden	219,7
1/53478 Warn- und Alarmsystem	3,6
1/53488 Hagelversicherung	12,4
Summe	**324,7**

Kapitel 54 Bundesvermögen

Gesamtgebarung

	Allgemeiner Haushalt		Ausgleichshaushalt		Gesamthaushalt	
	Ausgaben	Einnahmen	Ausgaben	Einnahmen	Ausgaben	Einnahmen
	Millionen Euro					
2000	774,9	2.373,7	0,0	0,0	774,9	2.373,7
2001	1.185,8	2.976,8	0,0	0,0	1.185,8	2.976,8
2002	1.511,8	2.445,0	0,0	0,0	1.511,8	2.445,0

Zu den einzelnen Bereichen ist zu bemerken:

Titel 540 Kapitalbeteiligung

Gesetzliche Grundlagen

1. Verstaatlichungsgesetz, BGBl. Nr. 168/1946; generell und in der Fassung BGBl. Nr. 23/1957;
2. Verstaatlichungsgesetz, BGBl. Nr. 81/1947, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 762/1992;
ÖIAG-Gesetz 2000, BGBl. I Nr. 24/2000;
Erstes Verstaatlichungs-Entschädigungsgesetz, BGBl. Nr. 189/1954;
Zweites Verstaatlichungs-Entschädigungsgesetz, BGBl. Nr. 3/1960;
Bundesministeriengesetz 1986, BGBl. Nr. 76/1986, zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 16/2000;
Bundesschatzscheingesetz, BGBl. Nr. 172/1991;
Nationalbankgesetz, BGBl. Nr. 50/1984, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. I 72/2000;
EU-Beitrittsvertrag, BGBl. Nr. 45/1995;
Abkommen über den Internationalen Währungsfonds und über die Internationale Bank für Wiederaufbau und Wirtschaftsförderung, BGBl. Nr. 105/1949;
Erhöhung der Quote Österreichs beim Internationalen Währungsfonds, BGBl. I Nr. 60/1998; Leistung eines österreichischen Beitrages zum vom internationalen Währungsfonds verwalteten Treuhandfonds für die Erweiterung der ergänzenden Strukturanpassungsfazilität, BGBl. Nr. 385/1995; Zeichnung von zusätzlichen Kapitalanteilen bei der Internationalen Bank für Wiederaufbau und Entwicklung, BGBl. Nr. 417/1988;
Abkommen über die internationale Entwicklungsorganisation (IDA), BGBl. Nr. 201/1961; Leistung eines achten (BGBl. Nr. 30/1988), neunten (BGBl. Nr. 466/1990), zehnten (BGBl. Nr. 696/1993), elften (BGBl. Nr. 625/1996) und zwölften (BGBl. I Nr. 152/1999) zusätzlichen Beitrages zur Internationalen Entwicklungsorganisation;
Abkommen über die Internationale Finanz-Corporation, BGBl. Nr. 204/1956;
Übereinkommen zur Errichtung der Multilateralen Investitions-Garantie Agentur (MIGA), BGBl. I Nr. 181/1997; Zeichnung von zusätzlichen Kapitalanteilen bei der Multilateralen Investitions-Garantie Agentur (MIGA), BGBl. Nr. 185/1998;
Bundesgesetz über die Leistung eines Beitrages zur von der Weltbank verwalteten Globalen Umweltfazilität, BGBl. Nr. 417/1991; Leistung eines Beitrages zur ersten Wiederauffüllung der Globalen Umweltfazilität, BGBl. Nr. 387/1995; Leistung eines Beitrages zur zweiten Wiederauffüllung der Globalen Umweltfazilität (GEF 2), BGBl. I Nr. 61/1999.
Übereinkommen zur Errichtung der Afrikanischen Entwicklungsbank samt Anlagen, Allgemeinen Vorschriften für die Aufnahme nichtregionaler Staaten als Mitglieder der Bank und Anhang I, BGBl. Nr. 252/1983; Zeichnung von zusätzlichen Kapitalanteilen bei der Afrikanischen Entwicklungsbank (AfEB), BGBl. I Nr. 69/1999;
Übereinkommen über die Errichtung des Afrikanischen Entwicklungsfonds samt Anlagen, BGBl. Nr. 37/1982; Leistung eines österreichischen Beitrages zur 6. Wiederauffüllung (ADF VI), BGBl. Nr. 24/1992, 7. Wiederauffüllung (ADV VII), BGBl. Nr. 718/1996, 8. Wiederauffüllung (ADF VIII), BGBl. I Nr. 151/1999, des Afrikanischen Entwicklungsfonds.
Abkommen über die Errichtung der Asiatischen Entwicklungsbank, BGBl. Nr. 13/1967; Leistung eines Beitrages zum Asiatischen Entwicklungsfonds und zum Technischen Hilfe Sonderfonds der Asiatischen Entwicklungsbank, BGBl. Nr. 458/1992; Beteiligung Österreichs an der 4. allgemeinen Kapitalerhöhung der Asiatischen Entwicklungsbank, BGBl. Nr. 386/1995; Leistung eines Beitrages zum Asiatischen Entwicklungsfonds der Asiatischen Entwicklungsbank, BGBl. I Nr. 14/1998;

Übereinkommen zur Errichtung der Inter-Amerikanischen Entwicklungsbank, BGBl. Nr. 174/1977; Beteiligung Österreichs an der 8. allgemeinen Mittelerhöhung der Inter-Amerikanischen Entwicklungsbank, BGBl. Nr. 384/1995;

Übereinkommen zur Errichtung der Inter-Amerikanischen Investitionsgesellschaft samt Anlage, BGBl. Nr. 559/1986; Zeichnung von zusätzlichen Anteilen im Rahmen der allgemeinen Kapitalerhöhung der Iner-Amerikanischen Investitionsgesellschaft (IIC), BGBl. I Nr. 57/2000.

Übereinkommen zur Errichtung des Internationalen Fonds für landwirtschaftliche Entwicklung samt Anlagen, BGBl. Nr. 38/1978; Leistung eines zusätzlichen Beitrages zum Internationalen Fonds für landwirtschaftliche Entwicklung (IFAD3), BGBl. Nr. 174/1991; Leistung eines zusätzlichen Beitrages zum Internationalen Fonds für landwirtschaftliche Entwicklung (IFAD4), BGBl. Nr. 92/1997;

Übereinkommen zur Gründung des Gemeinsamen Rohstoffonds, BGBl. Nr. 507/1989;

Leistung eines freiwilligen Beitrages zum zweiten Fenster des Gemeinsamen Rohstofffonds, BGBl. Nr. 416/1991;

Übereinkommen zur Errichtung der Europäischen Bank für Wiederaufbau und Entwicklung, BGBl. Nr. 222/1991; Zeichnung von zusätzlichen Kapitalanteilen bei der Europäischen Bank für Wiederaufbau und Entwicklung, BGBl. Nr. 750/1996;

Aufgaben

Finanzielle Angelegenheiten im Zusammenhang mit der Verwaltung bzw. der Veräußerung von Anteilsrechten des Bundes an

der Ersten Donau-Dampfschiffahrts-Gesellschaft,

der Österreichischen Industrieholding AG (bis April 1986; Österreichische Industrieverwaltungs-AG) - ÖIAG,

der Österreichischen Elektrizitätswirtschafts-AG (Verbundgesellschaft)

und Internationalen Finanzinstitutionen;

Vertretung der finanziellen Interessen an privatwirtschaftlichen Unternehmungen mit Bundesbeteiligung einschließlich haushaltsmäßiger Behandlung von Verrechnungsagenden, soweit - insbesondere nach BGBl. Nr. 439/1984 - die Zuständigkeit für den Erwerb und die Verwaltung von Anteilsrechten des Bundes beim Bundesministerium für Finanzen verblieben ist. Diese Gesellschaften sind vorwiegend den wirtschaftlichen Bereichen: Kunst, Wohnungsbau, Straßen, Verkehr, Banken, Industrie und Gewerbe sowie öffentliche und private Dienstleistungen zuzuordnen.

Außerdem ist die Realisierung von Verstaatlichungs-Entschädigungszahlungen anhand eingereichter Wertpapiere zu nennen.

	Personal-ausgaben	Sach-	Summe	Einnahmen
		Millionen Euro		
2000	0,0	80,7	80,7	796,8
2001	0,0	131,8	131,8	895,0
2002	0,0	134,0	134,0	580,8

Voranschlagsansatz 1/54013 Anlagen

Voranschlagsansatz 2/54014 Österreichische Industrieholding Aktiengesellschaft

Im BVA 2002 ist keine Kapitalbeteiligung an der ÖIAG vorgesehen. Ebenso ist für das Geschäftsjahr 2001 keine Dividendenzahlung zu erwarten.

Voranschlagsansatz 1/54043 Sonstige Elektrizitätswirtschaft (2. Verstaatlichungsgesetz)

Voranschlagsansatz 2/54044 Erfolgswirksame Einnahmen

Ausgabenveranschlagungen zu den direkten Beteiligungen des Bundes an der Verbundgesellschaft waren seit 1988 nicht notwendig.

An laufenden Einnahmen sind Dividendenzahlungen der Österr. Elektrizitätswirtschafts-AG (Verbundgesellschaft) veranschlagt. Aus diesem Titel wurden für das Geschäftsjahr 2001 18,276 Millionen Euro budgetiert.

Voranschlagsansatz 1/54052 Internationale Finanzinstitutionen
Österreich ist Mitglied des Internationalen Währungsfonds (IMF), der Internationalen Bank für Wiederaufbau und Entwicklung (IBRD), der Internationalen Entwicklungsorganisation (IDA), der Internationalen Finanzkorporation (IFC), der Multilateralen Investitions-Garantie-Agentur (MIGA), der Afrikanischen Entwicklungsbank (AfEB), des Afrikanischen Entwicklungsfonds (AfEF), der Asiatischen Entwicklungsbank (AEB), der Inter-Amerikanischen Entwicklungsbank (IAEB), der Inter-Amerikanischen Investitionsgesellschaft (IIC), des Internationalen Fonds für landwirtschaftliche Entwicklung (IFAD), des Gemeinsamen Rohstoffonds (CF), der Europäischen Bank für Wiederaufbau und Entwicklung (EBRD), der Europäischen Investitionsbank (EIB) und des Europäischen Entwicklungsfonds (EEF) und ist an der Kapitalausstattung dieser Institutionen mit unterschiedlichen Quoten beteiligt. Bei den Banken wird zwischen einzuzahlendem Kapital (paid-in capital) und abrufbarem Kapital (callable capital) unterschieden. Bei den Fonds gibt es nur einzahlbare Beiträge. In beiden Fällen sind die einzuzahlenden Beträge über mehrere Jahre verteilt zu leisten.
Die Beiträge zu diesen Finanzinstitutionen werden, neben einem bei einigen Finanzinstitutionen bar einbezahlten Anteil, durch den Erlag unverzinslicher, auf Abruf einzulösender Bundesschatzscheine (BSS) geleistet. Die Ermächtigung zur Begebung dieser BSS ist durch das Bundesschatzscheingesetz, BGBl. Nr. 172/1991 gegeben.
Bei den veranschlagten Beträgen handelt es sich daher größtenteils um Einlösungen von BSS. Da sich die Einlösungen nach dem Mittelbedarf für Kreditauszahlungen der Finanzinstitutionen richtet, ist keine gleichmäßige Gebarung möglich.

1. Internationaler Währungsfonds (IWF)
Anläßlich des Beitrittes zum Abkommen von Bretton Woods ist die Republik Österreich mit Wirkung vom 27. August 1948 Mitglied des Internationalen Währungsfonds geworden (BGBl. Nr. 105/1949).
Die Mitglieder dieser Organisation haben bestimmte Quoten einzuzahlen. Durch die 11. Quotenrevision wurde Österreichs Quote von 1.188,3 Millionen Sonderziehungsrechten auf 1.872,3 Millionen Sonderziehungsrechte erhöht (BGBl. I Nr. 190/1998). Die gesamte Quote wurde gemäß Bundesgesetz BGBl. Nr. 309/1971 auf die Oesterreichische Nationalbank übertragen.

2. Afrikanische Entwicklungsbank
Die Afrikanische Entwicklungsbank wurde 1964 ursprünglich von afrikanischen Ländern mit dem Ziel errichtet, die wirtschaftliche und soziale Entwicklung ihrer Mitglieder durch die Gewährung von Darlehen und technischer Hilfe zu fördern. Im Jahre 1982 kam es zur Öffnung des Kapitals auch für nichtregionale Staaten.
Österreich ist mit Wirkung vom 30. März 1983 Mitglied der Afrikanischen Entwicklungsbank geworden (BGBl. Nr. 252/1983) und hat sich am Kapital der Afrikanischen Entwicklungsbank mit 0,38% beteiligt; das waren 1.996 Anteile zu je 10.000 Bankrechnungseinheiten. 1998 wurde eine Kapitalerhöhung beschlossen, an der sich Österreich mit 3.715 Kapitalanteilen zu je 10.000 Bankrechnungseinheiten beteiligt hat. Davon sind 6% in acht Jahresraten ab 2000 einzuzahlen. Der österreichische Anteil an der Bank wird dann 0,44% betragen (9.707 Anteile).
Für 2002 ist für Schatzscheineinlösungen ein Betrag von 436.000 Euro vorgesehen.

3. Afrikanischer Entwicklungsfonds
Die Notwendigkeit der Bereitstellung von Finanzierungsmitteln zu besonders günstigen Bedingungen führte 1972 zur Errichtung des Afrikanischen Entwicklungsfonds. Es ist dies eine rechtlich selbständige Institution, die jedoch organisatorisch und personalmäßig eng mit der Afrikanischen Entwicklungsbank verbunden ist.
Österreich wurde am 30. Dezember 1981 Mitglied des Afrikanischen Entwicklungsfonds (BGBl. Nr. 37/1982) und zeichnete Stammeinlagen in Höhe von 15 Millionen Fondsrechnungseinheiten zum Gegenwert von 16.666.650 US-Dollar (BGBl. Nr. 601/1981).
1999 wurde von den Mitgliedern eine achte Wiederauffüllung beschlossen, an der sich Österreich mit einem Betrag von 26,4 Millionen Euro beteiligt (BGBl. Nr. 151/1999).
Für 2002 ist für Schatzscheineinlösungen ein Betrag von 10,9 Millionen Euro vorgesehen.

4. Internationale Bank für Wiederaufbau und Entwicklung (IBRD)
Österreich ist mit Wirkung 27. August 1948 der IBRD beigetreten (BGBl. Nr. 105/1949) und hat sich seit seinem Beitritt an allen Kapitalerhöhungen der IBRD beteiligt. Gegenwärtig entspricht der österreichische Kapitalanteil dem Euro-Gegenwert von 1.334.600.000 US-Dollar, das sind 0,71% des gesamten Kapitals. Für 2002 sind keine Zahlungen geplant.

5. Internationale Entwicklungsorganisation (IDA)
Österreich ist seit 1961 Mitglied der Internationalen Entwicklungsorganisation. Das Abkommen mit dieser Organisation trat am 28. Juni 1961 in Kraft (BGBl. Nr. 201/1961). Mit BGBl. I Nr. 152/1999 hat sich Österreich an der zwölften Wiederauffüllung der Internationalen Entwicklungsorganisation mit 83,25 Millionen Euro beteiligt. Die Leistung erfolgt zur Gänze durch Erlag von Bundesschatzscheinen. Für 2002 sind für Schatzscheineinlösungen 47.237.000 Euro budgetiert.

6. Asiatische Entwicklungsbank
Österreich ist der Asiatischen Entwicklungsbank 1966 beigetreten. Das Abkommen trat am 29. September 1966 in Kraft (BGBl. Nr. 13/1967). Die ursprüngliche Beteiligung am Kapital der Bank betrug 5 Millionen US-Dollar mit dem Gewicht und Feingehalt vom 31. Jänner 1966.
Gemäß Bundesgesetz vom 9. Juni 1995, BGBl. Nr. 386/1995, übernimmt der Bund bei der Asiatischen Entwicklungsbank 6.020 zusätzliche Kapitalanteile in Höhe von je 10.000 US-Dollar mit dem Gewicht und Feingehalt vom 31. Jänner 1966; 1997 wurde eine Wiederauffüllung des Asiatischen Entwicklungsfonds (ADF VII) beschlossen, an der sich Österreich mit 17,6 Millionen Euro beteiligt (BGBl. I Nr. 14/1998). Am 9. September 2000 wurden die Verhandlungen zur siebten Wiederauffüllung (ADF VIII) abgeschlossen. Österreich wird sich daran mit 24.586.338 Euro, die in vier Raten mittels Schatzscheinerlag in den Jahren 2001 bis 2004 zu leisten sind, beteiligen.
Für 2002 sind Bundesschatzscheineinlösungen in Höhe von 9.811.000 Euro vorgesehen.

7. Inter-Amerikanische Entwicklungsbank (IDB)
Die Inter-Amerikanische Entwicklungsbank wurde im Jahr 1959 gegründet.
Österreich ist am 10. Jänner 1977 Mitglied der Bank geworden (BGBl. Nr. 174/1977). Die Beteiligung Österreichs am Kapital der Bank und am Fonds für Sondergeschäfte belief sich ursprünglich auf je 5.054.578 US-Dollar mit dem Gewicht und Feingehalt vom 18. Oktober 1973.
Auf Grund des Bundesgesetzes vom 9. Juni 1995, BGBl. Nr. 384/1995, hat sich Österreich an der 8. allgemeinen Mittelerhöhung der Inter-Amerikanischen Entwicklungsbank beteiligt und übernimmt einen Höchstbetrag von 9.313 zusätzlichen Kapitalanteilen der Inter-Amerikanischen Entwicklungsbank in Höhe von je 10.000 US-Dollar mit dem Gewicht und Feingehalt vom 1. Jänner 1959, zum Fonds für Sondergeschäfte wird ein Beitrag von 4.113.056 Euro geleistet.
Für 2002 sind für Barzahlungen und Bundesschatzscheineinlösungen insgesamt 1.526.000 Euro vorgesehen.

8. Internationale Finanzkorporation (IFC)
Die Internationale Finanzkorporation wurde im Jahre 1956 als Mitglied der Weltbankgruppe gegründet und hat die Aufgabe, den Zufluss einheimischen und ausländischen Kapitals in produktive Unternehmungen in Entwicklungsländern zu fördern. Dies geschieht vor allem durch Gewährung von Darlehen und Kapitalbeteiligungen.
Österreich zählt zu den Gründungsmitgliedern der IFC und hat vom ursprünglichen Grundkapital von 100 Millionen US-Dollar einen Betrag von 554.000 US-Dollar gezeichnet (BGBl. Nr. 204/1956). Österreich beteiligte sich an der letzten Kapitalerhöhung (1992) mit 8,538 Millionen US-Dollar.
Für 2002 sind keine Zahlungen geplant.

9. Inter-Amerikanische Investitionsgesellschaft (IIC)
Die Inter-Amerikanische Investitionsgesellschaft wurde 1984 gegründet. Österreich hat sich als Gründungsmitglied an dieser Finanzinstitution, die sich dem Privatsektor in Lateinamerika widmet, mit einem Betrag von 1 Million Dollar beteiligt, der in vier Teilbeträgen zu je 250.000 Dollar zu zahlen war (BGBl. Nr. 559/1986). Die letzte Zahlung erfolgte 1990.
An der 1999 abgeschlossenen Kapitalerhöhung beteiligt sich Österreich mit 2,45 Millionen US-Dollar (BGBl. I Nr. 57/2000).
Für 2002 sind für Barzahlungen 436.000 Euro veranschlagt.

10. Internationaler Fonds für landwirtschaftliche Entwicklung (IFAD)
Der Internationale Fonds für landwirtschaftliche Entwicklung hat die Aufgabe, durch Gewährung von begünstigten Krediten und nicht rückzahlbaren Zuschüssen die landwirtschaftliche Produktion in den Entwicklungsländern zu fördern. Österreich hat das Abkommen über diese internationale Finanzinstitution am 12. Dezember 1977 ratifiziert (BGBl. Nr. 38/1978) und beteiligte sich daran mit 4,8 Millionen US-Dollar.
An der 4. Wiederauffüllung hat sich Österreich im Gesamtausmaß von 5.428.661 Euro beteiligt (BGBl. I Nr. 92/1997). An der 5. Wiederauffüllung, die im Juli 2000 beschlossen wurde, wird sich Öster-

reich mit 5.665.180 Euro beteiligen. Für diesen Betrag werden in den Jahren 2001 und 2002 Bundesschatzscheine hinterlegt.
Für 2002 sind Schatzscheineinlösungen in Höhe von 2.253.000 Euro vorgesehen.

11. Gemeinsamer Rohstoffonds (CF)
Die Zielsetzung dieser Institution ist
1. die Finanzierung von internationalen oder international koordinierten nationalen Rohstoffausgleichslagern und
2. die Finanzierung anderer Maßnahmen (Forschungs- und Entwicklungsprojekte, Verbesserung der Produktivität usw.) in Entwicklungsländern.

Das Übereinkommen zur Gründung des Gemeinsamen Rohfstoffonds wurde am 4. Mai 1983 von Österreich ratifiziert, ist jedoch erst am 19. Juni 1989 in Kraft getreten (BGBl. Nr. 507/1989). Der österreichische Anteil beträgt 2.391.005 Fondsrechnungseinheiten(FRE). Auf Grund des BGBl. Nr. 416/1991 leistet Österreich zum 2. Fenster des Gemeinsamen Rohstoffonds einen freiwilligen Beitrag in Höhe von 2 Millionen US-Dollar. Dieser Betrag wurde bereis anläßlich der 5. Welthandelskonferenz im Mai 1979 von Österreich zugesagt. 10% dieses Betrages wurden bisher bezahlt.
Für 2002 sind keine Zahlungen vorgesehen.

12. Europäische Bank für Wiederaufbau und Entwicklung (EBRD)
Das Übereinkommen zur Errichtung der EBRD wurde am 29. Mai 1990 von Österreich unterzeichnet und ist am 28. März 1991 in Kraft getreten (BGBl. Nr. 222/1991). Österreich hat 22.800 Anteile im Gegenwert von 228 Millionen Euro gezeichnet. Davon waren 68,4 Millionen Euro (30vH) in fünf gleichen Jahresraten zum Teil durch Schatzscheinerlag (je 6,84 Millionen Euro), zum Teil bar (je 6,84 Millionen Euro) in den Jahren 1991 bis 1996 einzuzahlen.
Mit Bundesgesetz vom 30. Dezember 1996, BGBl. Nr. 750/1996, wurde die Zeichnung von zusätzlichen 22.800 Anteilen zu je 10.000 Euro genehmigt.
Für 2002 ist für Barzahlungen und die Einlösung von Bundesschatzscheinen ein Betrag von 6.540.000 Euro veranschlagt.

13. Europäische Investitionsbank (EIB)
Durch den Beitritt Österreichs zur Europäischen Gemeinschaft mit 1. Jänner 1995, EU-Beitrittsvertrag, BGBl. Nr. 45/1995, wurde Österreich gleichzeitig auch Mitglied der Europäischen Investitionsbank (EIB). Am gezeichneten Kapital der EIB ist Österreich mit 2,445 Milliarden Euro bzw. 2,44% beteiligt.
Für 2002 sind keine Zahlungen vorgesehen.

14. Bank für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung im Nahen Osten und Nordafrika (MENA-Bank)
Die Gründungsvorbereitungen für die Bank wurden von den interessierten Staaten aus politischen Gründen bis auf weiteres eingestellt. Für Österreich war ein Kapitalanteil von 1% (5 Milliarden US-Dollar) vorgesehen.

15. Multilaterale Investitions-Garantie-Agentur (MIGA)
Österreich ist der Multilateralen Investitions-Garantie Agentur im Jahre 1997 beigetreten (BGBl. I Nr. 181/1997).
Der Kapitalanteil Österreichs beträgt 775 Sonderziehungsrechte zum Festkurs von 1.082 US-Dollar, wovon 10% des gezeichneten Kapitals 1997 in bar einbezahlt wurden. Weitere 10% wurden in Form von unverzinslichen Bundesschatzscheinen hinterlegt. Mit BGBl. I Nr. 185/1998 hat sich Österreich zur Zeichnung von 591 zusätzlichen Kapitalanteilen im Wert von 6.394.620 US-Dollar verpflichtet, davon waren 17,65% (das sind 1.128.650 US-Dollar) in den Jahren 2000 und 2001 in bar zu leisten.
Für 2002 sind keine Zahlungen vorgesehen.

16. Europäischer Entwicklungsfonds (EEF)
Das Übereinkommen zur Errichtung des 8. EEF wurde mit BGBl. Nr. 119/1998 veröffentlicht. Der Kapitalanteil Österreichs zum 8. EEF beträgt 340 Millionen Euro (das sind 2,65% des Gesamtvolumens).
Im Dezember 1999 wurde Einigung über die Dotierung des 9. EEF erzielt. Dieser wurde Mitte 2000 i.H.v. 13,8 Milliarden Euro beschlossen. Der österreichische Anteil am 9. EEF wird 366 Millionen Euro betragen (das sind 2,65% des Gesamtvolumens).
Für 2002 sind Mittel in der Höhe von 58.591.000 Euro vorgesehen.

Voranschlagsansatz 1/54093 Sonstige Unternehmungen
Voranschlagsansatz 2/54094 Sonstige Unternehmungen
Die Kapitaleinzahlungen erfolgen in bar oder im Verrechnungsweg zu Dividendenumwandlungen in Kapitalbeteiligung und werden zu vorangegangenen Kapitalerhöhungen der Gesellschaften mit übernommenen Einzahlungsverpflichtungen des Bundes geleistet.

Etwaigen Ausgaben stehen gleich hohe Einnahmen bei den VA-Ansätzen 2/54094 und 2/54307 gegenüber.
Die Einnahmen stammen hauptsächlich aus Dividendenzahlungen folgender Gesellschaften: Gemeinnützige Wohnungsgesellschaft für Bundesbedienstete Ges. m. b. H., Wohnungsanlagenges. m. b. H. Linz, Gemeinnützige Eisenbahnsiedlungsgesellschaft Linz, Ges. m. b. H., Gemeinnützige Eisenbahnsiedlungsgesellschaft, Ges. m. b. H. in Villach, Wohnbaugesellschaft der Österreichischen Bundesbahnen, Gemeinn. Ges. m. b. H., Grossglockner Hochalpenstrassen AG, Monopol Verwaltungsgesellschaft m. b. H., Flughafen Linz Ges. m. b. H., Flughafen Graz Ges. m. b. H. sowie Salzburger Flughafen Ges. m. b. H.

Paragraf 2/5407 Oesterreichische Nationalbank
Die Abfuhr der Oesterreichischen Nationalbank setzt sich aus dem gemäß § 69 Abs. 3 des Nationalbankgesetzes 1984, BGBl. Nr. 50, idF des Bundesgesetzes BGBl. I Nr. 72/2000, errechneten Anteil des Bundes am Reingewinn der Notenbank sowie der Auschüttung einer Dividende an den Bund in seiner Eigenschaft als Aktionär der genannten Unternehmung zusammen. Der Gewinn der Oesterreichischen Nationalbank beruht vornehmlich auf dem Ertrag des Devisen-Valuten-Geschäftes.
Für das Geschäftsjahr 2001 werden 553,8 Millionen Euro Gewinnabfuhr und eine Dividende in Höhe von 0,6 Millionen Euro erwartet.

Titel 541 Kapitalbeteiligung (Sonstiger Aufwand)
Gesetzliche Grundlagen
Gemäß Artikel XII des Bundesfinanzgesetzes ist die Verfügungsermächtigung des Bundesministers für Finanzen hinsichtlich der Beteiligungen des Bundes an Unternehmungen beschränkt. Vor allem ist er zu keinen Verfügungen ermächtigt über Beteiligungen an Unternehmungen und Betrieben, die unter das 1. Verstaatlichungsgesetz, BGBl. Nr. 168/1946, oder das 2. Verstaatlichungsgesetz, BGBl. Nr. 81/1947, fallen. Weiters ist er nicht ermächtigt zu Verfügungen über Beteiligungen des Bundes an Unternehmungen, wenn an Kapitalgesellschaften die Beteiligung des Bundes ein Viertel des Grundkapitals (Stammkapitals), bei anderen Unternehmungen der Wert der Beteiligung, über die verfügt wird, ein Viertel des Wertes des Unternehmens übersteigt.

	Personal-ausgaben	Sach-	Summe	Einnahmen
	Millionen Euro			
2000	0,0	0,0	0,0	50,8
2001	0,0	0,1	0,1	0,0
2002	0,0	0,1	0,1	0,0

Titel 542 Bundesdarlehen
Aufgaben
Finanzielle Interessenvertretung des Bundes und haushaltsmäßige Behandlung von Bundesdarlehen, die an verstaatlichten oder privatwirtschaftlichen Unternehmungen mit Bundesbeteiligung, welche nach BGBl. Nr. 439/1984 im primären Zuständigkeitsbereich des Bundesministeriums für Finanzen verblieben sind, gegeben worden sind oder gegeben werden, Darlehen, im Rahmen der Hilfeleistungen an osteuropäische Staaten sowie Mitwirkung an der Interessenvertretung des Bundes, Auszahlung und haushaltsmäßige Verrechnung von Wohnbaudarlehen der österreichischen Bundesbahnen und Post und Telekom Austria AG.

	Personal-ausgaben	Sach-	Summe	Einnahmen
	Millionen Euro			
2000	0,0	0,4	0,4	156,6
2001	0,0	0,7	0,7	227,5
2002	0,0	0,7	0,7	125,8

Unterschiede gegen Vorjahre
Der Rückgang bei den Einnahmen im Jahre 2002 ist vor allem auf geringere Darlehensrückzahlungen der ÖIAG zurückzuführen.

Paragraf 2/5421 Österreichische Industrieholding Aktiengesellschaft
Die Verrechnung der im Zusammenhang mit dem nachrangigen Darlehen an die Österreichische Industrieholding Aktiengesellschaft stehenden Zinsen und Darlehensrückzahlungen ist bei diesem Paragrafen vorgesehen.
Im BVA 2002 wurden für Zinsen 3,270 Millionen Euro und für Tilgung 98,471 Millionen Euro veranschlagt.

Voranschlagsansatz 1/54255 Sonstige Unternehmungen
Paragraf 2/5425 Sonstige Unternehmungen
Für das Jahr 2002 wurden ausschließlich den Wohnbausektor betreffende Bundesdarlehen veranschlagt, und zwar: für Wohnbaudarlehen der Österreichischen Bundesbahnen (102.000 Euro) und der Post und Telekom Austria AG (105.000 Euro) zur Finanzierung der Wohnraumbeschaffung für ihre Bediensteten. Außerdem wurden auf Grund entsprechender Dalehensbestimmungen zu den BUWOG-; ÖBB- und PTA-Wohnbaudarlehen für die Kapitalisierung von Darlehenszinsen (weitere Darlehenszuzählung) rund 400.000 Euro veranschlagt.
Die Auszahlung von Wohnbaudarlehen der ÖBB und PTA erfolgt laut Anforderung der beiden Stellen an gemeinnützige Wohnungsbau- und Siedlungsgenossenschaften mit und ohne Bundesbeteiligung.
Bei den Einnahmen handelt es sich hauptsächlich um Darlehenszinsen und Darlehensrückzahlungen aus dem Wohnbaubereich sowie allgemein aus früheren Darlehensgewährungen an Gesellschaften mit Bundesbeteiligung, wie zB Salzburger Flughafen Ges. m. b. H., Flughafen Linz Ges. m. b. H. und Aichfeld-Murboden Ges. m. b. H. Die Beträge werden teils bar an den Bundeshaushalt abgeführt oder buchmäßig verrechnet.

Im BVA 2002 sind für Zinseinnahmen 5,963 Millionen Euro und für Darlehensrückzahlungen 8,583 Millionen Euro veranschlagt.

Paragraf 2/5428 Ausland
Aus Darlehen, die in früheren Jahren an osteuropäische Staaten im Rahmen der gemeinsamen Zahlungsbilanzhilfe der Industriestaaten gewährt wurden, sind im BVA 2002 Zinseinnahmen in Höhe von 0,691 und Darlehensrückzahlungen in Höhe von 8,857 Millionen Euro präliminiert.

Titel 543 Beitragsleistungen für Miteigentumsanteile

Aufgaben
Bei der Zusammenführung Treuhandvermögen - Betriebsvermögen bei der Flughafen Graz Betriebsges. m. b. H. wurde das Treuhandvermögen mit dem Buchwert als Sacheinlage in die Gesellschaft eingebracht. Gemäß Sacheinlagevertrag ist der Wert den Treugebern (Republik Österreich, Land Steiermark und Stadt Graz) verzinst im Verhältnis ihrer Beteiligung zu bezahlen.
Im BVA 2002 wurde für Kapitalrückzahlung 454.000 Euro und für Zinsen 163.000 Euro veranschlagt.

	Personal-ausgaben	Sach-	Summe	Einnahmen
	Millionen Euro			
2000	0,0	0,0	0,0	0,0
2001	0,0	0,0	0,0	0,6
2002	0,0	0,0	0,0	0,6

Titel 545 Einziehungen zum Bundesschatz

Gesetzliche Grundlage
Verbotsgesetz, StGBl. Nr. 13/1945.

Aufgaben
1. Ehemaliges NS-Vermögen
Das ehemalige NS-Vermögen ist auf Grund des Verbotsgesetzes in das Eigentum der Republik Österreich übergegangen. Die restlichen Erlöse aus dieser nahezu vollständig liquidierten Vermögensmasse fließen dem Bundeshaushalt zu. Ebenso werden die Erträgnisse aus solchen Vermögenswerten und deren Verwaltungskosten beim Titel 545 verrechnet.

2. Erblose Nachlässe, Abgabenüberzahlungen und Verwahrnisse
Als weitere Einnahmen sind Einziehungen zum Bundesschatz von erblosen Nachlässen auf Grund des § 760 ABGB, von Abgabenguthaben und von nicht beanspruchten Verwahrnissen veranschlagt. Mit diesen Einnahmen korrelieren Ausgaben, welche aus der Rückzahlung von zum Bundesschatz eingezogenen Beträgen entstehen und infolge nicht beeinflussbarer Willenserklärung der Anspruchsberechtigten nur schwer präliminierbar sind.

	Personal-ausgaben	Sach-	Summe	Einnahmen
	Millionen Euro			
2000	0,0	0,0	0,0	4,3
2001	0,0	0,1	0,1	4,5
2002	0,0	0,1	0,1	4,4

Die Voranschlagsbeträge richten sich nach der Entwicklung der Vorjahre.

Titel 546 Unbewegliches Bundesvermögen
Gesetzliche Grundlagen
Bundesfinanzgesetz 2002 - Art. XI;
Vermögensverfallamnestie, BGBl. Nr. 155/1956, in der Fassung BGBl. Nr. 173,1962;
Bundesgesetz über die Errichtung einer Bundesimmobiliengesellschaft (BIG-Gesetz) BGBl. Nr. 419/1992, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 47/1999;
Bundesimmobiliengesetz, BGBl. I Nr. 141/2000;
Bundesforstegesetz 1996, BGBl. Nr. 793/1996, zuletz geändert durch BGBl. I Nr. 142/2000;
Infrastrukturfinanzierungsgesetz, BGBl. I Nr. 113/1997, zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 16/1998.

Aufgaben
Das unbewegliche Bundesvermögen wird von mehreren Bundesorganen unmittelbar oder auch mittelbar verwaltet. Dem Bundesminister für Finanzen obliegt es, Verfügungen über dieses unbewegliche Bundesvermögen, wie Verkäufe, Täusche, Belastungen mit Baurechten, Servitutseinräumungen, im Rahmen der ihm vom Gesetzgeber eingeräumten Befugnisse derartig zu treffen, dass eine gleichartige und kontinuierliche Vorgangsweise gewährleistet ist. Sind aber Verfügungen erforderlich, die im BFG rechtlich nicht begründet sind, hat der Bundesminister für Finanzen die Zustimmung des Gesetzgebers im Wege eines gesonderten Ermächtigungsgesetzes einzuholen.

	Personal-ausgaben	Sach-	Summe	Ein-nahmen
	Millionen Euro			
2000	0,0	0,6	0,6	682,2
2001	0,0	1,2	1,2	1.000,1
2002	0,0	372,6	372,6	883,8

Unterschiede gegen Vorjahre
Ausgabenseitig wurde im BVA 2002 als Übergangslösung zentral mit einem Betrag von 371,429 Millionen Euro für Mietzahlungen an die BIG vorgesorgt. Der tatsächliche Zahlungsfluss zur BIG erfolgt jedoch von den einzelnen Nutzerressorts. Dieser Voranschlagsbetrag wird zur Bedeckung der bei den Ressorts entstehenden überplanmäßigen Ausgaben verwendet.
Die Veranschlagung der Einnahmen für 2002 richtet sich hauptsächlich nach dem Basisentgelt für Eigentumsübertragungen, das die BIG für die ihr übertragenen Liebenschaften zu leisten hat und nach den in Aussicht genommenen Grundstücksveräußerungen (vor allem durch die BIG).
Die Einnahmen ergeben sich aus Veräußerungserlösen sowie aus Entgelten für Belastungen von Grundstücken (zB Bauzinse, einmalige Servitutsentgelte einschließlich Fruchtgenussentgelt) in allen Fällen aus dem gesamten Bereich der Hoheitsverwaltung. Für die Veräußerung von Grundstücken wurden 759,447 Millionen Euro vorgesehen. Ferner wurden die im Bereich des Finanzressorts anfallenden Bestandzinse (Nutzungen usw.) veranschlagt. Die Abfuhrbeträge der Bundesimmobiliengesellschaft m.b.H. wurden 2002 mit 0,001 Millionen Euro und jene der Österreichischen Bundesforste AG mit 7,267 Millionen Euro veranschlagt. Außerdem wurden 7,267 Millionen Euro für Fruchtgenussentgelte im Zusammenhang mit Art. I § 11 des Infrastrukturfinanzierungsgesetzes präliminiert.

Titel 547 Haftungsübernahmen des Bundes
Unter diesem Titel werden Ausgaben und Einnahmen im Zusammenhang mit der Übernahme von Haftungen durch den Bund verrechnet.

Gesetzliche Grundlagen
Energieanleihegesetze, BGBl. Nr. 50/1953, 58/1955, 75/1957, in der Fassung BGBl. Nr. 175/1957, 48/1958, 176/1959, 269/1959, 223/1960, 273/1961, 197/1962, 287/1963, 291/1964, 168/1965, 93/1966, 153/1967, 230/1968, 110/1969, 326/1970, 225/19172, 578/1973, 789/1974, 294/1975, 139/1978, 59/1979, in der Fassung BGBl. Nr. 311/1994 sowie 547/1982, in der Fassung BGBl. Nr. 114/1994 und BGBl. Nr. 79/1998;
Haftungen für Investitionskredite land- und forstwirtschaftlicher Betriebe auf Grund der Bundesfinanzgesetze 1959 bis 1988;
Auslandsanleihegesetz 1962, BGBl. Nr. 74/1962;
Prämiensparförderungsgesetz, BGbl. Nr. 143/1962, in der Fassung BGBl. Nr. 532/1993;
Bundesgesetz betreffend die Übernahme der Bundeshaftung für Auslandskredite an die Österreichische Elektrizitäts-Wirtschafts AG (Verbundgesellschaft) und andie Tauernkraftwerke AG, BGBl. Nr. 159/1963;
Atomhaftpflichtgesetz, BGBl. Nr. 117/1964, in der Fassung BGBl. Nr. 628/1991;
Atomhaftungsgesetz 1999, BGBl. I Nr. 170/1998;
Bundesgesetz betreffend die Finanzierung der Autobahn Innsbruck-Brenner, BGBl. Nr. 135/1964, in der Fassung BGBl. Nr. 638/1975;
Ausfuhrförderungsgesetz 1981, BGBl. Nr. 215/1981, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 63/2000 ;
Ausfuhrfinanzierungsförderungsgesetz, BGBl. Nr. 216/1981, zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 64/2000 ;
Ausfuhrförderungsverordnung, BGBl. Nr. 257/1981, zuletzt geändert durch BGBl. II Nr. 90/2000 ;
Bundesgesetz betreffend die Übernahme der Bundeshaftung für Kredite an die Felbertauernstraße-Aktiengesellschaft, BGBl. Nr. 293/1964, in der Fassung BGBl. Nr. 256/1968;
Haftungen des Bundes für Kreditoperationen (Anleihen, Darlehen und sonstige Kredite) des 'Wasserwirtschaftsfonds' auf Grund der Bundesfinanzgesetze 1976, 1977, 1979, 1980, 1982 bis 1986;

Haftungen des Bundes für Kreditoperationen (Anleihen und sonstige Kredite) des 'Umwelt- und Wasserwirtschaftsfonds' auf Grund der Bundesfinanzgesetze 1987 bis 1993;
Bundesgesetz betreffend die Übernahme der Bundeshaftung für Darlehen und sonstige Kredite der Flughafen Wien Betriebsges. m. b. H., BGBl. Nr. 116/1973;
ÖIAG-Gesetz, BGBl. I Nr. 24/2000 ;
Erdölbevorratungs-Förderungsgesetz, BGBl. Nr. 161/1977, zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 79/1998;
Garantiegesetz 1977, BGBl. Nr. 296/1977, zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 89/1998;
Bundesgesetz, mit dem eine Autobahnen- und Schnellstraßen-Finanzierung-Aktiengesellschaft errichtet wird, BGBl. Nr. 591/1982, zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 113/1997;
Bundesgesetz über die Errichtung einer Schieninfrastrukturfinanzierungs-Gesellschaft (Schieneninfrastrukturfinanzierungsgesetz - SCHIG), BGBl. Nr. 201/1996;
Haftungen des Bundes für Kreditoperationen des 'Bundes-Wohn-und Siedlungsfonds' und des 'Wohnhaus-Wiederaufbau-Stadterneuerfonds' auf Grund des Bundesfinanzgesetzes 1988;
Haftung für Schuldverschreibungen von Einlagensicherungseinrichtungen gemäß § 93 Abs. 3 BWG; BGBl. Nr. 532/1993 im Art. IX des BFG in der geltenden Fassung;
Haftung des Bundes für Kreditoperationen der Österreichischen Bundesbahnen bei der EURO-FIMA, BGBl. Nr. 968/1993, zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 79/1998 ;
Haftung des Bundes für Kreditoperationen gemäß Arbeitsmarktförderungsgesetz und Arbeitslosenversicherungsgesetz auf Grund des Bundesfinanzgesetzes 1994 in der Fassung BGBl. Nr. 665/1994 und BGBl. Nr. 975/1994 sowie des Bundesfinanzgesetzes 1998, BGBl. I Nr. 1/1998;
KMU-Förderungsgesetz, BGBl. Nr. 432/1996 in der Fasung BGBl. I Nr. 82/2000;
Forschungsförderungsgesetz - FFG, BGBl. Nr. 434/1982, zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 48/2000;
Bundesgesetz betreffend die Übernahme einer Garantie für eine von der Oesterreichischen Nationalbank gegenüber der Bank für Internationalen Zahlungsausgleich 'BIZ') einzugehende Haftung, BGBl. I Nr. 40/1999.

Aufgaben

Im Rahmen der Aktivitäten des Bundes zur Förderung der Wirtschaft hat das Instrument der Bundeshaftungen zur Entwicklung der österreichischen Wirtschaft - vornehmlich auf dem Gebiete der Investitionsfinanzierung und auf dem Gebiete der Exportförderung - zunehmend an Bedeutung erlangt.

Bis einschließlich 1999 wurden Bundeshaftungen von rund 237.944 Millionen Euro übernommen.

	Millionen Euro
Die Rechnungsabschlüsse der Jahre bis einschließlich 1999 weisen Inanspruchnahmen des Bundes aus übernommenen Haftungen von zusammen	rd 13.247
aus, denen Einnahmen aus Haftungsentgelten (hauptsächlich bei der Ausfuhrförderung) und Rückzahlungen von Regressforderungen im Betrage von	rd 12.247
gegenüberstehen. Die Nettobelastung des Bundes betrug	rd 980
somit nur rund 0,41% der bisher übernommenen Bundeshaftungen.	

	Personal-ausgaben	Sach-	Summe	Einnahmen
	Millionen Euro			
2000	0,0	650,5	650,5	655,6
2001	0,0	907,0	907,0	843,0
2002	0,0	929,5	929,5	843,7

Die Veranschlagung der Einnahmen und Ausgaben im Rahmen des AFG und AFFG beruht auf der Einschätzung der internationalen Entwicklung.

Entwicklung des Haftungsobligos des Bundes

In der folgenden Tabelle wird das Haftungsobligo des Bundes zu Ende der Jahre ab 1980 aufgezeigt, wie es sich jeweils aus den Haftungsübernahmen abzüglich der erfolgten Tilgungen ergab.
(Angeführt sind die Kapitalbeträge. In der Regel wird die Bundeshaftung auch für Zinsen und Kosten übernommen; das tatsächliche Haftungsobligo ist und war daher um diese nur schwer abschätzbaren Nebenkosten höher, als in der Tabelle aufgezeigt wird):

Stand der Haftungen

Jahr	in Millionen Euro
1980	18.779
1985	36.161
1990	43.487
1995	49.584
1996	49.634
1997	52.403
1998	53.629
1999	56.542

Stand der Haftungen des Bundes per 30. September 2000

	in Millionen Euro	
Elektrizitätswirtschaft:		
a) Auslandkredite	57,74	
b) Auslandanleihen	143,29	
c) Energieanleihen (InLand)	5,84	
d) sonstige Inlandkredite	15,04	
		221,91
Ausfuhrförderungsgesetz		28.440,62
Ausfuhrfinanzierungsförderungsgesetz		17.703,93
Agrarinvestitionskredite		12,74
Österreichische Industrieholding AG		1.692,43
Unternehmen an denen der Bund beteiligt ist:		
a) Strassenbau	4.370,05	
b) Bundeshochbauten	306,46	
c) Eisenbahnhochleistungsstrecken	1.106,27	
d) Schieneninfrastruktur-Finanzierung	1.426,44	
e) Sonstiges	0,91	
		7.210,13
Umwelt- und Wassewirtschaftsfonds		973,50
Bundeswohnbaufonds		100,07
Sonstige Kredite:		
a) Prämiensparen	0,01	
b) Finanzierungsgarantie Ges. m. b. H.	394,75	
c) Atomhaftpflichtgesetz	81,39	
d) Erdöllagerges. m. b. H.	71,65	
e) ÖBB-EUROFIMA	227,02	
f) Arbeitsmarktförderung	4,36	
g) BÜRGES-Förderungsbank	355,95	
h) Forschungsförderungsfonds(FFF)	81,90	
i) Österr. Hotel und Tourismusbank (ÖHT)	10,36	
		1.227,39
Gesamtsumme:		**57.582,72**

Neben diesen vom Bundesminister für Finanzen auf Grund bestimmter gesetzlicher Ermächtigungen übernommenen Haftungen haftet der Bund gemäß § 1 Abs. 2 des Postsparkassengesetzes BGBl. Nr. 458/1969, auch für die Verbindlichkeiten der Österreichischen Postsparkasse. Diese betrugen mit Jahresende 1999 281.357 Millionen Schilling (20.477 Millionen Euro).
Gemäß Kundmachung des Bundesministers für Finanzen, BGBl. II Nr. 371/2000, wurde die Haftung des Bundes für die Verbindlichkeiten der Österr. Postsparkasse AG mit Wirkung 31. Dezember 2000 aufgekündigt.

Haftungsinanspruchnahmen und Rückflüsse aus Haftungsinanspruchnahmen:

	Ausfuhrförderung		Übrige	
	Inanspruchnahme	Rückflüsse	Inanspruchnahme	Rückflüsse
	in Millionen Euro			
1980	138,0	67,4	26,6	3,1
1985	515,8	505,9	39,8	4,9
1990	699,7	421,8	37,0	2,0
1995	754,1	601,9	100,3	5,7
1996	707,5	365,8	184,1	0,0
1997	613,5	534,1	173,5	0,0
1998	531,5	326,9	175,6	0,0
1999	559,2	334,1	151,3	0,0
2000	624,3	342,0		

Titel 548 Besondere Zahlungsverpflichtungen bzw. Forderungen

Gesetzliche Grundlagen

Bundesgesetz betreffend den Übergang von ERP-Verbindlichkeiten, BGBl. Nr. 237/1965;
Bundesgesetz betreffend den Übergang von ERP-Verbindlichkeiten, BGBl. Nr. 644/1973;
IAKW-Finanzierungsgesetz, BGBl. Nr. 150/1972, zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 54/1997;
Abkommen über die Errichtung und Verwaltung eines Gemeinsamen Fonds zur Finanzierung größerer Reparaturen und Erneuerungen im Internationalen Zentrum Wien, BGBl. Nr. 364/1981, zuletzt geändert durch BGBl. III Nr. 74/1998;
ÖIAG-Gesetz 2000, BGBl. I Nr. 24/2000;
Bundesgesetz über die Gewährung von Zuschüssen an Gesellschaften, an denen der Bund mehrheitlich beteiligt ist, BGBl. Nr. 484/1985;
Bundesgesetz betreffend ua. die Finanzierung von Bundeshochbauten, BGBl. Nr. 510/1987;
Bundesgesetz betreffend ua. die Finanzierung von Eisenbahn-Hochleistungsstrecken, BGBl. Nr. 135/1989, zuletzt durch BGBl. Nr. 655/1994;
Leistung eines weiteren Beitrages zur Weltbank-Konsultativgruppe für internationale landwirtschaftliche Forschung (CGIAR), BGBl. Nr. 255/1990 und BGBl. Nr. 767/1992;
Leistung eines Beitrages zur von der Weltbank verwalteten Globalen Umweltfazilität, BGBl. Nr. 417/1991; Leistung eines Beitrages zur 2. Wiederauffüllung d. GEF, BGBl. I Nr. 61/1999.
Übergang einer ERP-Verbindlichkeit der indischen Regierung auf den Bund als Alleinschuldner, BGBl. Nr. 317/1979;
Bundesgesetz betreffend Börsefondsüberleitungsgesetz, BGBl. I Nr. 11/1998;
Bundesgesetz über die Einrichtung und Aufgaben der Post und Telekom Austria Aktiengesellschaft - Poststrukturgesetz, BGBl. Nr. 201/1996, zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 79/1998.

Aufgaben

Haushaltsrechtliche und haushaltsmäßige Behandlung verschiedener Zahlungen des Bundes an Gesellschaften mit Bundesbeteiligung oder anderen Einrichtungen, wozu die Durchführung dem Bundesministerium für Finanzen vorbehalten oder übertragen wurde, und die auf Grund von Bundesgesetzen, Ministerratsbeschlüssen, gesellschaftsrechtlichen Beschlüssen oder grundsätzlicher Genehmigung im Rahmen des Bundesfinanzgestzes geleistet werden. Unter diese Zahlungen fallen: Rückzahlungen an den ERP-Fonds, Kostenersatzzahlungen an die IAKW oder die ÖKZ, Beitragsleistungen an den Reparaturfonds des VIC, Baukostenzuschüsse an die DOKW-AG für die Finanzierung von Mehrzweckanlagen bei Kraftwerksbauten, Zuschüsse an Gesellschaften für die Abdeckung des laufenden Aufwandes oder Verlustabdeckung sowie Investitionszuschüsse, Zuschüsse an die DDSG, ersatzweise Zahlung von Zins- und Tilgungsbeträgen an oder für die ÖIAG gemäß den Bundesgesetzen zum ÖIAG-Anleihegesetz, sowie Zahlungen an Internationale Finanzinstitutionen. Bei den Einnahmen handelt es sich um eine Abschöp-

des Katastrophenfonds und um Rückzahlungen des Industrieentwicklungsfonds für Portugal.

	Allgemeiner Haushalt		Ausgleichshaushalt		Gesamthaushalt	
	Ausgaben	Einnahmen	Ausgaben	Einnahmen	Ausgaben	Einnahmen
			Millionen Euro			
2000	42,6	27,4	0,0	0,0	42,6	27,4
2001	144,9	6,1	0,0	0,0	144,9	6,1
2002	74,7	5,9	0,0	0,0	74,7	5,9

Unterschiede gegen Vorjahre
Die Verminderung bei den Ausgaben resultiert aus dem Auslaufen der Zahlungsverpflichtung an die Bank Austria AG.

Voranschlagsansatz 1/54817 ERP-Fonds
Gemäß BGBl. Nr. 237/1965 sind die ERP-Verbindlichkeiten von drei Unternehmungen des Kohlen- und Buntmetallbergbaues auf den Bund übergegangen. Hinsichtlich der stillgelegten Bergbaubetriebe Grünbach und Tauchen ist die Verpflichtung des Bundes erloschen. Für die Kupferbergbau Mitterberg Ges. mb. H. hat der Bund Zahlungen in der Höhe von rund 436.000 Euro in 50 Jahrenesraten an den ERP-Fonds zu leisten.
Als 36. Rate werden für 2002 9.000 Euro benötigt.
Gemäß Artikel I des Bundesgesetzes Nr. 644/1973 sind die ERP-Verbindlichkeiten von drei Gesellschaften des Kohlenbergbaues und der Fernheizkraftwerk Pinkafeld Ges. m. b. H. auf den Bund als Alleinschuldner übergegangen. Die Tilgung erfolgt in 50 Jahresraten.
Als Jahresrate 2002 wurden für Kapital und Zinsen 374.000 Euro veranschlagt.

Paragraf 1/5482 Internationales Amtssitz- und Konferenzzentrum Wien
Unter diese Ausgaben fallen die jährlichen Kostenersatzzahlungen des Bundes zum Bau, Betrieb und zur Finanzierung des Internationalen Zentrums Wien sowie Österreichischen Konferenzzentrums und Beitragsleistungen an den Reparaturfonds des Internationalen Zentrums Wien. Die Einnahmen betreffen Mieterträge aus der Untervermietung von Räumlichkeiten im Internationalen Zentrum Wien.
Für das Jahr 2002 wurden als Kostenersatz des Bundes 17,223 Millionen Euro (lfd. Transferzahlungen) veranschlagt. Als Mietertrag aus der Untervermietung von Räumlichkeiten im internationalen Zentrum Wien werden 219.000 Euro erwartet.
Das Abkommen über die Errichtung und Verwaltung eines gemeinsamen Fonds zur Finanzierung größerer Reparaturen und Erneuerungen im Internationalen Zentrum Wien (BGBl. Nr. 364/1981) bestand bis 1985 zwischen der Republik Österreich, den Vereinten Nationen und der Internationalen Atomenergieorganisation und wurde mit 1. Jänner 1986 auf die UNIDO ausgedehnt. Von der Republik Österreich sind größere Reparaturen und Erneuerungen zu bevorschussen.
Für 2002 wurden hiefür insgesamt 1,671 Millionen Euro veranschlagt.

Voranschlagsansatz 1/54838 Abgeltung an Donaukraftwerke f. Aufwand im öffentl. Interesse
Zur Durchführung des Ausbauprogramms der Verbundgruppe werden neben der Zuführung von Eigenkapital den Gesellschaften jene Kosten abgegolten, die ihnen aus der Errichtung von nicht der Stromerzeugung dienenden Anlagen, wie zB Schleusen, entstehen.
Der Beitrag für das Kraftwerk Greifenstein der VERBUND-Austria Hydro Power AG (vormals Österreichischen Donaukraftwerke AG) wurde gemäß Ministerratsbeschluss vom 31. März 1981 mit 170,781 Millionen Euro (2.350 Millionen Schilling) zuzüglich Umsatzsteuer festgelegt. In weiterer Folge wurde auf eine Zwischenfinanzierung durch die Gesellschaft übergegangen.
Für das Jahr 2002 sind 18,168 Millionen Euro vorgesehen.

Der Betrag für das Kraftwerk Freudenau der Österreichischen Donaukraftwerke AG wurde gemäß Ministerratsbeschluss vom 28. Juli 1982 mit 109,009 Millionen Euro (1.500 Millionen Schilling) zuzüglich Zwischenfinanzierungskosten festgelegt.
Für das Jahr 2002 sind 19,625 Millionen Euro veranschlagt.

Voranschlagsansatz 1/54846 Förderungen
Hiezu zählen Zuschüsse an die Erste Donau-Dampfschiffahrts-Gesellschaft (DDSG) zur Abdeckung des zu erwartenden Finanzierungsbedarfes für den Pensionsaufwand (364.000 Euro) und einen Zuschuss an die Wiener Börse AG (2,181 Millionen Euro).

Voranschlagsansatz 1/54847 Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen)
Voranschlagsansatz 7/54847 Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen)
1. Ersatz an ÖIAG
Auf Grund des ÖIAG-Gesetzes, BGBl.I Nr. 24/2000 ist der Bund verpflichtet, der ÖIAG die Ausgaben für Zinsen und Tilgung von Anleihen, Darlehen und Krediten, die die ÖIAG mit Bundeshaftung aufgenommen hat und für die eine Refundierungsverpflichtung des Bundes besteht, zu ersetzen.
Für 2002 wurden auf Grund der Verwendung der Gewinne aus Privatisierungen keine Beträge für Tilgungen und aufgrund des voraussichtlichen Bilanzgewinnes der ÖIAG für das Wirtschaftsjahr 2001 keine Beträge für Zinsen veranschlagt.

2. Beiträge an die Konsultativgruppe für internationale landwirtschaftliche Forschung (CGIAR)
Gefördert von der Weltbank, der FAO und dem UNDP wurde die CGIAR im Jahre 1971 mit dem Ziel gegründet, die Unterstützung für die internationale Forschung auf dem Gebiet der Landwirtschaft zu koordinieren und zu verstärken, um die Produktion von Nahrungsmitteln in den Entwicklungsländern zu verbessern.
Österreich leistete 1986 erstmals einen Beitrag von 1 Million US-Dollar (BGBl. Nr. 486/1985). Mit den Bundesgesetzen BGBl. Nr. 719/1996 und BGBl. I. Nr. 62/1999 wurde für die Jahre 1996 bis 2001 ein jährlicher Beitrag Österreichs von 1,5 Millionen US-Dollar festgesetzt.
Für das Jahr 2002 ist wieder ein Betrag in Höhe von 1,5 Millionen US-Dollar, das sind 1,6 Millionen Euro, vorgesehen

3. Globale Umweltfazilität der Weltbank
1991 wurde die Globale Umweltfazilität der Weltbank gegründet, die die Finanzierung von Programmen und Projekten zur Bekämpfung globaler Umweltprobleme zum Ziel hat. Österreich hat sich dabei zur Leistung eines Beitrages in Höhe von 400 Millionen Schilling verpflichet (BGBl. Nr. 417/1991).
Mit Bundesgesetz BGBl. I Nr. 61/1999, hat sich Österreich zur Leistung eines Beitrages zur 2. Wiederauffüllung der Globalen Umweltfazilität in Höhe von 231,14 Millionen Schilling verpflichtet. Dieser Betrag wird zur Gänze in Bundesschatzscheinen in vier gleichen Raten, beginnend im Jahre 1999, geleistet.
Für 2002 ist für Schatzscheineinlösungen ein Betrag von 5,6 Millionen Euro vorgesehen.

Voranschlagsansatz 2/54834 Verschiedene Abfuhren
Gemäß Katastrophenfondsgesetz sind 29 Millionen Euro für allfällige Schadenszahlungen in Reserve zu halten. Der darüber hinausgehende Betrag wird gemäß § 5 Abs. 1 leg. cit. am Jahresende abgeschöpft und für allgemeine Bedeckungszwecke verwendet.
Auf Grund dieser Bestimmung sind im BVA 2002 Einnahmen in Höhe von 2,539 Millionen Euro budgetiert.

Paragraf 2/5484 Sonstige Zahlungsverpflichtungen bzw. Forderungen
EFTA-Indsutrieentwicklungsfonds für Portugal
Zur Stärkung der portugiesischen Wirtschaft beschloß der EFTA-Rat die Errichtung des EFTA-Industrieentwicklungsfonds für Portugal, zu dem die EFTA-Mitgliedstaaten durch fünf Jahre Beiträge leisten. Die innerhalb dieser fünf Jahre nicht angeforderten Beiträge können während fünf weiterer Jahre nachgefordert werden. Die Zahlung des Restbetrages erfolgte im Jahr 1987. Der Fonds vergibt Darlehen zur Entwicklung der portugiesischen Industrie. Die Rückzhalung des Fondskapitals an die Mitgliedstaten sollte ab dem zehnten Jahr des Inkrafttretens des Fonds in 15 Jahresraten erfolgen. Als erste Rate gingen im Jahr 1988 0,998 Millionen Euro ein. Auf Ersuchen Portugals wurden vom EFTA-Rat die weiteren Rückzahlungen jedoch bis zum Jahr 1997 aufgeschoben.
Ab dem fünften jahr des Bestehens des Fonds werden für die geleisteten Beiträge Zinsen gezahlt. Für das jahr 1998 erfolgte eine Rückzahlung von 2,952 Millionen Euro, für 1999 2,890 Millionen Euro und für 2000 3,257 Millionen Euro. Für Zinsen langten für 1998 0,442 Millionen Euro, für 1999 0,347 Millionen Euro ein und für 2000 0,293 Millionen Euro ein.
Für das Jahr 2001 und 2002 wurden für die Rückzahlungen 3,081 Millionen Euro und für die Zinsen 0,182 bzw. 0,087 Millionen Euro veranschlagt.

Kapitel 55 Pensionen

Bei diesem Kapitel werden bei den Ausgaben die Pensionen einschließlich der Todesfallbeiträge und des Bundespflegegeldes sowie die Dienstgeberbeiträge nach dem B-KUVG für die Bediensteten der Hoheitsverwaltung des Bundes und für die sonstigen Bediensteten (der Börsebeteiligungsgesmbh, der Österreichischen Bundestheater GesmbH, der Österr. Bundesforste AG, der Verwertungsstelle des Österreichischen Alkoholmonopols, der Österreichischen Salinen AG, der Münze Österreich AG, der Österreichischen Staatsdruckerei/Print Media Austria AG veranschlagt, ebenso die Ersätze für Pensionen der Landeslehrer sowie die Pensionen der Österreichischen Bundesbahnen und der Österr. Post AG, Telekom Austria AG und Zahlungen nach dem Kriegsgefangenenentschädigungsgesetz. Bei den Einnahmen werden die Pensionsbeiträge und besonderen Pensionsbeiträge der aktiven Bediensteten und die Pensionssicherungsbeiträge der Pensionisten veranschlagt, ebenso die Überweisungen der Pensionsversicherungsträger, die Beiträge der Österreichischen Postsparkasse AG, der Bundesmuseen (Anst. öffentl. Rechts), der Bundesanstalt Statistik Österreich (Anst. öffentl. Rechts), der Österreichischen Donau-Betriebs-AG, der Bundesversuchswirtschaften GesmbH, der Österreichischen Forschungs- und Prüfzentrum Arsenal GesmbH, der Schönbrunner Tiergarten GesmbH, der Umweltbundesamt GesmbH, der Bundessporteinrichtungen GesmbH, von Institutionen (Kunsthalle Wien), der Spanischen Hofreitschule-Bundesgestüt Piber GesmbH, der Immobilienmanagementgesellschaft des Bundes mbH, Beiträge von Landeslehrern, der Österreichischen Salinen AG, der Bundesrechenzentrum GesmbH, der Österreichischen Staatsdruckerei/Print Media Austria AG, die Ersätze der Österreichischen Bundesforste AG, die Beiträge der Österreichischen Bundestheater GesmbH, der Münze Österreich AG, der Österreichischen Bundesbahnen und der Österr. Post AG, Telekom Austria AG zur Deckung der Pensionsaufwendungen und einige andere Ersatzleistungen. Die Anzahl der Pensions- und Provisionsempfänger am Ende der Jahre 1996 bis 2000 ist der Übersicht am Ende der Erläuterungen zu Kap. 55 zu entnehmen.

Gesamtgebarung

	Personal-ausgaben	Sach-ausgaben	Summe	Einnahmen
	Millionen Euro			
2000	2.431,3	3.308,3	5.739,6	1.411,8
2001	2.523,0	3.373,9	5.896,9	1.489,1
2002	2.612,7	3.431,6	6.044,3	1.500,0

Im Einzelnen ist zu bemerken:

Titel 550 Bedienstete der Hoheitsverwaltung des Bundes

Gesetzliche Grundlagen

Pensionsgesetz 1965, BGBl. Nr. 340, zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 142/2000;
Pensionsüberleitungsgesetz, BGBl. Nr. 187/1949;
Gehaltsgesetz 1956, BGBl. Nr. 54, zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 142/2000;
Bundespflegegeldgesetz, BGBl. Nr. 110/1993, zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 111/1998;
Bundesgesetz BGBl. Nr. 295/1969 über die Anrechnung von Ruhestandszeiten und über die Gewährung von Zulagen an Bundesbeamte;
Nebengebührenzulagengesetz, BGBl. Nr. 485/1971, zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 142/2000;
Familienlastenausgleichsgesetz 1967, BGBl. Nr. 376, zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 142/2000;
Beamten-Kranken- und Unfallversicherungsgesetz, BGBl. Nr. 200/1967, zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 142/2000;
Postsparkassengesetz, BGBl. Nr. 458/1969, zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 25/2000;
Bundesmuseen-Gesetz, BGBl. I Nr. 115/1998, zuletz geändert durch BGBl. I Nr. 142/2000;
Bundesgesetz BGBl. I Nr. 149/1998 über die Neuorganisation der Bundessporteinrichtungen - BSEOG und Änderung des Bundes-Sportförderungsgesetzes;
Umweltkontrollgesetz, BGBl. I Nr. 152/1998;
Bundesstatistikgesetz 2000, BGBl. I Nr. 163/1999;
Spanische Hofreitschule-Gesetz, BGBl. I Nr. 115/2000.
Bundesimmobiliengesetz, BGBl. I Nr. 141/2000
Kriegsgefangenenentschädigungsgesetz, BGBl. I Nr. 142/2000
Bundesbeschaffungs-GmbH-Gesetz BGBl. I Nr. XXX/2001

Die Ruhe(Versorgungs)genüsse von Pensions(Provisions)parteien, die weder unter die Bestimmungen des Gehaltsüberleitungsgesetzes noch unter jene des Pensionsüberleitungsgesetzes fallen, wurden auf Grund des § 11 Abs. 2 des Pensionsüberleitungsgesetzes unter Bedachtnahme auf die Grundsätze dieses Bundesgesetzes durch Verordnung der Bundesregierung mit Zustimmung des Hauptausschusses des Nationalrates oder neu durch Bundesgesetz geregelt. Diese Regelungen wurden mit den BGBl. Nrn. 15/1951, 51/1952, 52/1952, 53/1952, 148/1952, 159/1958, 120/1960, 121/1960, 120/1963, 255/1967 und 295/1973 bekannt gegeben.
Der Aufwand für die außerordentliche Versorgungsgenüsse ist bedingt durch die im Gnadenwege vom Herrn Bundespräsidenten bewilligten Bezüge.

	Personal-ausgaben	Sach-	Summe	Einnahmen
	Millionen Euro			
2000	2.346,8	42,8	2.389,6	19,7
2001	2.437,8	44,0	2.481,8	8,8
2002	2.524,7	45,0	2.569,7	8,7

Unterschied gegen Vorjahre
Die Erhöhung bei den Ausgaben ergibt sich durch den Anstieg der Pensionsparteien.

Titel 551 Ersätze an Länder
Gesetzliche Grundlage
Finanzausgleichsgesetz 2001, BGBl. I Nr. 3/2001.

Aufgaben
Gemäß § 3 des Finanzausgleichsgesetzes ersetzt der Bund den Ländern die Pensionsausgaben für die unter ihrer Diensthoheit stehenden Lehrer an öffentlichen allgemein bildenden Pflichtschulen, an berufsbildenden Pflichtschulen und an land- und forstwirtschaftlichen Berufs- und Fachschulen sowie für die Angehörigen und Hinterbliebenen dieser Lehrer in der Höhe des Unterschiedsbetrages zwischen dem Pensionsaufwand für diese Personen und den für die Landeslehrer von den Ländern vereinnahmten Pensionsbeiträgen, besonderen Pensionsbeiträgen, Pensionssicherungsbeiträgen und Überweisungsbeträgen.

	Personal-ausgaben	Sach-	Summe	Einnahmen
	Millionen Euro			
2000	0,0	696,7	696,7	13,7
2001	0,0	710,4	710,4	14,1
2002	0,0	730,1	730,1	14,3

Titel 552 Sonstige Bedienstete
Gesetzliche Grundlagen
Die beim Titel 550 angeführten Bundesgesetze und zusätzlich
Salzmonopolgesetz, BGBl. Nr. 124/1978, zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 518/1995;
Dorotheumsgesetz, BGBl. Nr. 66/1979, zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 127/1999;
Staatsdruckereigesetz, BGBl. Nr. 340/1981, zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 93/1999;
Scheidemünzengesetz 1988, BGBl. Nr. 597/1988, zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 72/2000;
Alkohol - Steuer und Monopolgesetz 1995, BGBl. Nr. 703/1994, zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 142/2000;
Bundestheaterorganisationsgesetz BGBl. I Nr. 108/1998;
Bundestheaterpensionsgesetz, BGBl. Nr. 159/1958, zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 142/2000.
Börsefondsüberleitungsgesetz, BGBl. I Nr. 11/1998

Bei diesem Titel ist der Aufwand für Pensions- und Provisionsparteien nachstehender Stellen bzw. Bedienstetengruppen veranschlagt: Mozarteum, Südtiroler und Kanaltaler, Stadtschutzwache, Doro-

theum, Vertragspensionen, Pensionisten und Provisionisten der 'Austria' Tabakwerke AG., der Börsebeteiligungsgesmbh, der Österreichischen Staatsdruckerei/Print Media Austria AG, der Österr. Bundestheater GesmbH, der Österreichischen Salinen AG, der Verwertungsstelle des Österreichischen Alkoholmonopols, der Münze Österreich AG, der Österreichischen Bundesforste AG sowie außerordentliche Versorgungsbezüge für Volksdeutsche und Heimatvertriebene.

	Personal-ausgaben	Sach-	Summe	Einnahmen
	Millionen Euro			
2000	84,5	1,9	86,4	12,4
2001	85,1	2,5	87,6	11,3
2002	87,9	2,5	90,5	11,9

Unterschiede gegen Vorjahr
Die Erhöhung bei den Ausgaben ergibt sich durch den Anstieg der Pensionsparteien und begründet sich bei den Einnahmen durch das Ansteigen der Zahl der beitragspflichtigen ausgegliederten Unternehmungen.

Voranschlagsansatz 1/55305 Pensionsvorschüsse
Voranschlagsansatz 2/55309 Pensionsvorschussersätze
Nach § 29 Pensionsgesetz 1965 können Vorschüsse an unverschuldet in Notlage geratene Pensionsparteien gewährt werden. Sie sind in Regel binnen vier Jahren zurückzuzahlen.
Im BVA 2002 sind für Pensionsvorschüsse 73.000 Euro vorgesehen. Aus Rückzahlungen sind Ein-nahmen in Höhe von 51.000 Euro zu erwarten.

Voranschlagsansatz 1/55400 Geldaushilfen
Wenn eine Person, die Anspruch auf Ruhe- oder Versorgungsgenuss hat, unverschuldet in Notlage geraten ist oder sonst berücksichtigungswürdige Gründe vorliegen, kann ihr gemäß § 29 Abs. 4 des Pensionsgesetzes 1965 eine Geldaushilfe gewährt werden.
Im BVA 2002 sind für diesen Zweck 73.000 Euro veranschlagt.

Titel 555 Sonstige Pensionsleistungen

	Personal-ausgaben	Sach-	Summe	Einnahmen
	Millionen Euro			
2000	0,0	2.566,8	2.566,8	757,8
2001	0,0	2.616,1	2.616,1	797,1
2002	0,0	2.653,2	2.653,2	799,3

Im Einzelnen ist dazu zu bemerken:

Paragraf 5550 Österreichische Bundesbahnen

	Personal-ausgaben	Sach-	Summe	Einnahmen
	Millionen Euro			
2000	0,0	1.694,6	1.694,6	484,5
2001	0,0	1.714,5	1.714,5	510,1
2002	0,0	1.730,2	1.730,2	511,1

Gesetzliche Grundlage
Bundesbahngesetz 1992, BGBl. Nr. 825/1992, zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 142/2000.

Gemäß § 21 Abs. 2 Bundesbahngesetz 1992 hat der Bund ab 1994 den Pensionsaufwand für die Ruhe- und Versorgungsgenussempfänger der Österreichischen Bundesbahnen zu tragen. Zur teilweisen Deckung

dieses Pensionsaufwandes leisten die Österreichischen Bundesbahnen einen Beitrag in Höhe von 26 vH des Aufwandes an Aktivbezügen für Bundesbahnbeamte. Die von den Bediensteten zu leistenden Pensionsbeiträge verbleiben dem Unternehmen.

Paragraf 5551 Ämter gem. Poststrukturgesetz

	Personal-ausgaben	Sach-	Summe	Einnahmen
	Millionen Euro			
2000	0,0	872,3	872,3	273,2
2001	0,0	901,6	901,6	286,9
2002	0,0	923,0	923,0	288,2

Gesetzliche Grundlage
Poststrukturgesetz 1996, BGBl. Nr. 201/1996, Art. 95, zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. xx/2001.

Gemäß Poststrukturgesetz hat der Bund ab Mai 1996 den Pensionsaufwand für die Ruhe- und Versorgungsgenussempfänger der Österr. Post AG, Postbus AG und Telekom Austria AG zu tragen. Zur teilweisen Deckung dieses Pensionsaufwandes wird dem Bund ein Beitrag in Höhe von 29,6 vH des Aufwandes an Aktivbezügen überwiesen. Die von den Bediensteten zu leistenden Pensionsbeiträge verbleiben den Unternehmen.

Titel 2/556 Sonstige Pensionseinnahmen

	Personal-ausgaben	Sach-	Summe	Einnahmen
	Millionen Euro			
2000	0,0	0,0	0,0	608,1
2001	0,0	0,0	0,0	657,1
2002	0,0	0,0	0,0	665,0

Unterschiede gegen Vorjahr
Infolge Ansteigens des Pensionsaufwandes (1/550 und 1/552) kommt es zu einer Erhöhung der Einnahmen nach § 13a PG 1965 beim VA-Ansatz 2/55615.

Gesetzliche Grundlagen
Gehaltsgesetz 1956, BGBl. Nr. 54, zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 142/2000;
Nebengebührenzulagengesetz, BGBl. Nr. 485/1971, zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 142/2000.

Nach § 22 Abs. 2 des Gehaltsgesetzes 1956 beträgt der Pensionsbeitrag ab 1. Oktober 2000 12,55 vH vom Gehalt und den für die Bemessung des Ruhegenusses anrechenbaren Zulagen sowie von den Sonderzahlungen der aktiven Bundesbeamten. Nach § 3 des Nebengebührenzulagengesetztes werden Pensionsbeiträge in Höhe von 12,25 vH auch von anspruchsbegründenden Nebengebühren einbehalten.
Im Jahre 2002 werden Pensionsbeiträge in Höhe von insgesamt 555,947 Euro erwartet.

Voranschlagsansatz 2/55614 Überweisungen von Pensionsträgern
Gesetzliche Grundlagen
Bundesgesetz BGBl. Nr. 177/1948 (§ 6 Abs. 3);
Allgemeines Sozialversicherungsgesetz, BGBl. Nr. 189/1955, zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 142/2000.
Die Überweisungen von Pensionsträgern wurden für 2002 mit 18,168 Millionen Euro veranschlagt.

Voranschlagsansatz 2/55615 Beitrag zur Pension gem. § 13a PG
Gesetzliche Grundlage
Pensionsgesetz 1965, BGBl. Nr. 340, in der Fassung des BGBl. I Nr. 142/2000.

Im Jahre 2002 sind Einnahmen in Höhe von 90,841 Millionen Euro zu erwarten.

Statistische Daten

1. Dem Bundesvoranschlag für 2002 wurden folgende Stände zugrunde gelegt:

Ansatz	und Bezeichnung	Pensions-	Provisions-parteien	Summe
550	Bedienstete der Hoheitsverwaltung des Bundes 1)			
55000	Ruhebezüge	56.308	-	56.308
55010	Versorgungsbezüge	28.597	-	28.597
55020	Ao. Versorgungsgenüsse	57	-	57
	Titel 550 (Summe)	84.962	-	84.962
552	Sonstige Bedienstete 2)			
55200	Ruhebezüge	190	2.155	2.345
55210	Versorgungsbezüge	230	1.005	1.235
55220	Ao. Versorgungsgenüsse	340	-	340
	Titel 552 (Summe)	760	3.160	3.920
	Kapitel 55 (Summe)	85.722	3.160	88.882

Veränderung gegenüber BVA 2001: + 2.045 Pensionsparteien, + 59 Provisionsparteien, + 2.444 Gesamt

2. Stand der Pensions- und Provisionsparteien am Jahresende:

		1996	1997	1998	1999	2000
550	Bedienstete der Hoheitsverwaltung des Bundes (einschl. Österreichische Postsparkasse AG)					
55000	Ruhebezüge	50.044	49.897	50.250	50.728	53.124
55010	Versorgungsbezüge	27.964	28.054	28.168	28.237	28.286
55020	Ao. Versorgungsgenüsse	89	84	75	68	.62
	Titel 550 (Summe)	78.097	78.035	78.493	79.033.	81.472
552	Sonstige Bedienstete 3)					
55200	Ruhebezüge	676	628	588	2.186	2.200
55210	Versorgungsbezüge	736	771	711	1.245	1.213
55220	Ao. Versorgungsgenüsse	457	447	412	378	350
	Titel 552 (Summe)	1.869	1.846	1.711	3.809	3.783
	Kapitel 55 (Summe)	79.966	79.881	80.204	82.842	85.235

Fußnoten:

1) Einschließlich der Unterhaltsempfänger: Ruhebezüge (20) und Versorgungsbezüge (29).

2) Bei diesem Voranschlagsansatz sind die Empfänger von außerordentlichen Versorgungsgenüssen auf Grund des Bonner Regierungsabkommens vom 27. April 1953 sowie die übernommenen Pensionisten und Provisionisten der Austria Tabakwerke AG, der Österreichischen Salinen, des Dorotheums, AG, der Österreichischen Staatsdruckerei/Print Media Austria AG, der Münze Österreich AG, der Verwertungsstelle des Österreichischen Alkoholmonopols, der Österreichischen Bundesforste AG, der Österreichischen Bundestheater GesmbH und der Börsebeteiligungsgesmbh enthalten.

3) Hievon Provisionsparteien:

	1996	1997	1998	1999	2000
Ruhebezüge	495	442	409	2.019	2.036
Versorgungsbezüge	508	483	451	986	980
Ao. Versorgungsbezüge	-	-	-	-	-
Summe	1.003	925	860	3.005	3.016

Pensionsstände der Österreichischen Bundesbahnen

	Ruhegenuß-empfänger	Versorgungs-genußempfänger	Summe
1999	45.806	26.536	72.342
2000	46.355	26.093	72.448
2001 *)	46.363	25.659	72.022
2002 *)	46.243	25.275	71.518

Pensionsstände der Österreichischen Post AG, Postbus AG und Telekom Austria AG

	Ruhegenuß-empfänger	Versorgungs-genußempfänger	Summe
1999	27.734	11.998	39.732
2000	28.888	11.881	40.769
2001 *)	30.002	11.945	41.947
2002 *)	30.975	12.003	42.978

*) Die Angaben für 2001 und 2002 sind Schätzziffern

Kapitel 58 Finanzschuld, Währungstauschverträge

Gesetzliche Grundlagen

Gemäß § 16 (1) des Bundeshaushaltsgesetzes (BHG) vom 4. April 1986, BGBl. Nr. 213, sind ab dem BVA 1988 die Einnahmen aus der Aufnahme und die Ausgaben für die Rückzahlung von Finanzschulden von den allgemeinen Einnahmen und Ausgaben gesondert in einem Ausgleichshaushalt darzustellen.

Auf Grund der Novelle zum BHG, BGBl. Nr. 619/1989, sind auch die Einnahmen und Ausgaben aus Währungstauschverträgen Gegenstand der Veranschlagung.

Die Zinsenzahlungen und die Beträge für den sonstigen Aufwand sowie allgemeine Einnahmen sind im allgemeinen Haushalt zu veranschlagen.

Die Rechtsvorschriften über Finanzschulden sind im Art. 42 Abs. 5 und Art. 51 Abs. B-VG, im § 65, 65a und b BHG und im jeweiligen Bundesfinanzgesetz enthalten.

Verbindlichkeiten aus Währungstauschverträgen stellen keine Finanzschulden dar. Unter Währungstauschverträgen werden solche Verträge verstanden, die von den Vertragspartnern zu dem Zweck abgeschlossen werden, Zins- und/oder Kapitalbeträge auszutauschen.

Verwaltung und Koordination der Staatsschulden

Gemäß Bundesfinanzierungsgesetz, BGBl. Nr. 763/1992, zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 142/2000, wurde die Verwaltung und Koordination der Finanz- und sonstigen Bundesschulen und die Kassenverwaltung des Bundes der Österreichischen Bundesfinanzierungsagentur übertragen.

Gesamtgebarung

	Allgemeiner Haushalt		Ausgleichshaushalt		Gesamthaushalt	
	Ausgaben	Einnahmen	Ausgaben	Einnahmen	Ausgaben	Einnahmen
	Millionen Euro					
2000	8.677,6	1.685,1	17.757,2	20.610,7	26.434,8	22.295,8
2001	8.686,6	1.217,9	13.558,4	15.939,7	22.245,0	17.157,6
2002	8.518,9	1.088,3	18.285,9	19.115,2	26.804,8	20.203,4

Unterschiede gegen Vorjahre

Das Mehrerfordernis ergibt sich - abgesehen von Veränderungen in der Höhe der Zinssätze und Kursschwankungen bei Finanzierungen in fremder Währung - vor allem durch den Anstieg der Finanzschulden unter Berücksichtigung der Schulden und Forderungen aus Währungstauschverträgen (Nettodarstellung) von rd. 118,0 Milliarden Euro Ende 1999 auf rd. 120,8 Milliarden Euro Ende 2000.

Titel 580 Titrierte Finanzschuld in heimischer Währung

	Allgemeiner Haushalt		Ausgleichshaushalt		Gesamthaushalt	
	Ausgaben	Einnahmen	Ausgaben	Einnahmen	Ausgaben	Einnahmen
	Millionen Euro					
2000	5.445,7	389,7	9.072,3	14.008,1	14.518,0	14.397,8
2001	5.156,3	241,9	8.549,3	1.501,7	13.705,6	1.743,5
2002	4.736,3	241,5	11.017,3	1.509,1	15.753,6	1.750,6

Bei diesem Titel werden die Zinsen und Tilgungen für Anleihen, Bundesobligationen und Bundesschatzscheine sowie Ankäufe und Verkäufe von Wertpapieren verrechnet.

Titel 581 Nicht titrierte Finanzschuld in heimischer Währung

	Allgemeiner Haushalt		Ausgleichshaushalt		Gesamthaushalt	
	Ausgaben	Einnahmen	Ausgaben	Einnahmen	Ausgaben	Einnahmen
	Millionen Euro					
2000	1.194,2	0,0	1.076,8	360,0	2.271,0	360,0
2001	1.152,9	0,0	958,6	0,0	2.111,5	0,0
2002	1.095,1	0,0	1.965,2	0,0	3.060,3	0,0

Bei diesem Titel werden die Zinsen und Tilgungen für Darlehen und Kredite in heimischer Währung verrechnet.

Titel 582 Titrierte Finanzschuld in fremder Währung

	Allgemeiner Haushalt		Ausgleichshaushalt		Gesamthaushalt	
	Ausgaben	Einnahmen	Ausgaben	Einnahmen	Ausgaben	Einnahmen
	Millionen Euro					
2000	823,2	2,0	2.083,5	806,7	2.906,7	808,7
2001	805,0	1,8	2.078,0	0,0	2.883,0	1,8
2002	622,3	1,8	1.049,7	0,0	1.672,0	1,8

Bei diesem Titel werden die Zinsen und Tilgungen für Anleihen, Schuldverschreibungen und Bundesschatzscheine in fremder Währung sowie Ankäufe und Verkäufe von Wertpapieren verrechnet.

Titel 583 Nicht titrierte Finanzschuld in fremder Währung

	Allgemeiner Haushalt		Ausgleichshaushalt		Gesamthaushalt	
	Ausgaben	Einnahmen	Ausgaben	Einnahmen	Ausgaben	Einnahmen
	Millionen Euro					
2000	64,2	0,0	11,0	0,0	75,2	0,0
2001	65,2	0,0	0,0	0,0	65,2	0,0
2002	68,2	0,0	0,0	0,0	68,2	0,0

Bei diesem Titel werden die Zinsen und Tilgungen für Kredite und Darlehen in fremder Währung verrechnet.

Titel 584 Ausgaben aus Währungstauschverträgen

	Allgemeiner Haushalt		Ausgleichshaushalt		Gesamthaushalt	
	Ausgaben	Einnahmen	Ausgaben	Einnahmen	Ausgaben	Einnahmen
	Millionen Euro					
2000	553,1	834,5	1.486,6	1.395,8	2.039,8	2.230,3
2001	621,8	971,2	368,6	396,8	990,4	1.368,0
2002	600,7	844,9	1.753,7	1.612,2	2.354,4	2.457,1

Den Einnahmen aus Währungstauschverträgen stehen entsprechende Ausgaben bei den Ansätzen der dazugehörigen Finanzschuld bei den Titeln 580, 581, 582 und 583 gegenüber. Ausgaben und Einnahmen im Zusammenhang mit Emissionsdisagio bzw. - agio und Spesen aus dem Abschluss von Währungstauschverträgen werden beim Titel 589 mitveranschlagt.

Titel 587 Gebarung mit Gegenposition

	Allgemeiner Haushalt		Ausgleichshaushalt		Gesamthaushalt	
	Ausgaben	Einnahmen	Ausgaben	Einnahmen	Ausgaben	Einnahmen
			Millionen Euro			
2000	63,8	154,1	3.848,9	3.848,9	3.912,7	4.002,9
2001	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
2002	0,0	0,0	1.500,0	1.500,0	1.500,0	1.500,0

Bei diesem Titel wird die unmittelbar miteinander verbundene Gebarung verrechnet.

Titel 588 Pauschalvorsorge und Devisentermingeschäfte

	Allgemeiner Haushalt		Ausgleichshaushalt		Gesamthaushalt	
	Ausgaben	Einnahmen	Ausgaben	Einnahmen	Ausgaben	Einnahmen
			Millionen Euro			
2000	0,0	2,6	178,0	191,2	178,0	193,8
2001	191,2	3,1	1.603,9	14.041,2	1.795,1	14.044,2
2002	933,7	0,0	1.000,0	14.493,9	1.933,8	14.493,9

Paragraf 5880 Ausgelaufene Schulden in fremder Währung (PV)
Für ausgelaufene Schulden in fremder Währung wurden an Zinsen 0,003 Millionen Euro und an Tilgung 0,001 Millionen Euro veranschlagt.

Voranschlagsansatz 8/58809 Schuldaufnahmen gem. Art. II BFG

Gesetzliche Grundlage
Bundeshaushaltsgesetz, BGBl. Nr. 213/1986 in der geltenden Fassung § 16 Abs. 1 und § 65b Abs. 1.
Die Veranschlagung der Erlöse aus Kreditaufnahmen (ausgenommen Einnahmen aus Währungstauschverträgen und aus bereits im Laufe dieses Jahres durchgeführten Kreditoperationen) erfolgt bei diesem VA-Ansatz, da die Zuordnung zu den endgültigen Verrechnungsansätzen erst nach der jeweiligen Kreditaufnahme durchgeführt werden kann.
Im Voranschlag 2002 sind die Erlöse aus solchen Kreditaufnahmen mit 14.493,9 Millionen Euro angesetzt.

Paragraf 5881 Kreditoperationen nach Voranschlagserstellung (PV)

Gesetzliche Grundlagen
Bundeshaushaltsgesetz, BGBl. Nr. 213/1986, § 41, Abs. 3 Z. 2.
Bei diesem Paragraph wird der Zinsen- und Tilgungsdienst für die 2002 nach Erstellung des Voranschlages durchzuführenden Kreditoperationen veranschlagt. Da diese neuen Kreditoperationen erst bei ihrer Durchführung den endgültigen Verrechnungsansätzen zugeordnet werden können, dient die Vorsorge bei diesem Ansatz der Bedeckung von Überschreitungen (überplanmäßige Ausgaben gemäß § 41 Abs. 3 BHG und Art. V Abs. 3 BFG) bei den Titeln 580, 581, 582, 583 und 584.
Im Voranschlag 2002 sind für Zinsen und Aufgeld 933,7 Millionen Euro und für Tilgungen 1.000,0 Millionen Euro vorgesehen.

Paragraf 5882 Devisentermingeschäfte
Bei diesem Paragraph werden alle Einnahmen und Ausgaben für Devisentermingeschäfte zur Absicherung von Verpflichtungen bzw. Forderungen des Bundes aus dem Titel Finanzschuld verrechnet.

Titel 589 Sonstiger Aufwand

	Personal-ausgaben	Sach-	Summe	Ein-nahmen
		Millionen Euro		
2000	0,0	533,4	533,4	302,3
2001	0,0	694,2	694,2	0,0
2002	0,0	462,5	462,5	0,0

Voranschlagsansatz 1/58908 Aufwendungen
Voranschlagsansatz 2/58904 Erfolgswirksame Einnahmen
Bei diesen Voranschlagsansätzen werden vor allem Emissionsdisagio, Provisionen und Spesen bzw. Emissionsagio im Zusammenhang mit der Finanzschuldengebarung und dem Abschluss von Währungstauschverträgen veranschlagt.

Voranschlagsansatz 1/58918 Aufwendungen mit Gegenposition
Voranschlagsansatz 2/58914 Erfolgswirksame Einnahmen mit Gegenposition
Bei diesen VA-Ansätzen werden Agio und Disagio von unmittelbar miteinander verbundener Gebarung verrechnet.

Kapitel 60 Land-, Forst- und Wasserwirtschaft

Die Einnahmen und Ausgaben dieses Kapitels ergeben sich aus dem Wirkungsbereich des Bundesministeriums für Land- und Forstwirtschaft, Umwelt und Wasserwirtschaft gemäß Bundesministeriengesetz 1986, BGBl. Nr. 76, zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 141/2000, insbesondere der Anlage zu § 2, Teil 1 und 2, Abschnitt H (ausgenommen Angelegenheiten des Umweltschutzes und der Altlastensanierung).

Gesamtgebarung

	Personal-ausgaben	Sach-	Summe	Einnahmen
		Millionen Euro		
2000	143,7	1.808,4	1.952,1	196,8
2001	142,3	1.735,1	1.877,5	211,2
2002	142,5	1.691,4	1.833,9	211,3

Im Zusammenhang mit der Neuordnung der Ministerialkompetenzen auf Grund der Bundesministeriengesetz-Novelle sind ab dem BVA 2000 auch Personalausgaben des Umweltbereiches im Titel 600 enthalten. Die Voranschlagsziffern 2001 und 2002 sind daher nur bedingt mit dem Vorjahr vergleichbar.

Im Einzelnen ist zu den Bereichen Folgendes zu bemerken:

Titel 600 BM f. Land- und Forstwirtsch., Umwelt u. Wasserwirtschaft

Gesetzliche Grundlagen

Marktordnungsgesetz 1985, BGBl. Nr. 210, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 298/1995; AMA-Gesetz, BGBl. Nr. 376/1992, zuletzt geändert durch BGBl. 1 Nr. 113/1997;
Landwirtschaftsgesetz, BGBl. Nr. 375/1992, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 420/1996;
Forstgesetz, BGBl. Nr. 440/1975, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 419/1996;
Wasserbautenförderungsgesetz, BGBl. Nr. 148/1985, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 516/ 1994;
Wasserrechtsgesetz 1959, BGBl. Nr. 215/1959, zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 142/2000;
Hydrographiegesetz, BGBl. Nr. 58/1979, zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 156/1999;
Wassergüteerhebungsverordnung, BGBl. Nr. 338/1991;
Qualitätsklassengesetz, BGBl. Nr. 161/1967, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 523/1995;
Düngemittelgesetz 1994, BGBl. Nr. 513/1994, zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 72/1997;
Weingesetz 1999, BGBl. I Nr. 141/1999, zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 39/2000;
Bundesgesetz, mit dem die Spanische Hofreitschule und das Bundesgestüt Piber rechtlich verselbständigt werden (Spanische Hofreitschule-Gesetz), BGBL. I Nr.115/2000.
Bundesgesetz über die Bundesämter der Land- und Forstwirtschaft und landwirtschaftlichen Bundesämter, BGBl. Nr. 515/1994, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 201/1996;
Sortenschutzgesetz, BGBl. Nr. 108/1993 zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 72/1997;
Futtermittelgesetz 1999, BGBl. I Nr. 139/1999;
Saatgutgesetz 1997, BGBl. I Nr. 72/1997, zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 39/2000;
Rebenverkehrsgesetz 1996, BGBl. Nr. 418/1996;
Pflanzgutgesetz 1997, BGBl. I Nr. 73/1997, zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 89/2000;
Pflanzenschutzmittelgesetz 1997, BGBl. I Nr. 60/1997, zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 89/2000;
Pflanzenschutzgrundsatzgesetz, BGBl. I Nr. 140/1999, zuletzt geändert durch BGBl. I. Nr. 89/2000.

Aufgaben

Angelegenheiten der Agrarpolitik und des Landwirtschaftsrechts, Ernährungswesen; Angelegenheiten der Forstpolitik und des Forstrechts; Ordnung des Binnenmarktes hinsichtlich land-, ernährungs- und forstwirtschaftlicher Erzeugnisse, Futter-, Dünge- und Pflanzenschutzmittel mit Ausnahme der Preisregelung, Preisüberwachung und der Angelegenheiten der Preistreiberei; Regelung der Ein- und Ausfuhr von Waren, die Gegenstand der Urproduktion der heimischen Landwirtschaft sind; Weinrecht und Weinaufsicht; Angelegenheiten der Bodenreform und der Agrarbehörde; Verkehr mit land- und forstwirtschaftlichen Grundstücken; Entschuldung der Land- und Forstwirtschaft; Angelegenheiten des Wasserrechts und der Wasserwirtschaft mit Ausnahme der wasserbautechnischen Angelegenheiten der

Wasserstraßen sowie der Wasserversorgung und Kanalisation; Angelegenheiten der Schulerhaltung der land- und forstwirtschaftlichen Bundesschulen sowie Dienstrechtsangelegenheiten der Lehrer an land- und forstwirtschaftlichen Schulen, soweit diese nicht dem Bundeskanzleramt obliegen; Land- und forstwirtschaftliches Börsenwesen; Angelegenheiten der beruflichen Vertretung der auf dem Gebiet der Land- und Forstwirtschaft selbständig Erwerbstätigen; Verwaltung der spezifischen land- und forstwirtschaftlich genutzten Liegenschaften des Bundes einschließlich der Angelegenheiten der Österr. Bundesforste, Bundesgärten, Spanischen Reitschule; Angelegenheiten der Jagd und Fischerei; Wahrung der wasserrechtlichen und wasserwirtschaftlichen Belange bezüglich aller Grenzgewässer und der wasserbautechnischen Belange bezüglich der Grenzgewässer gegenüber dem Ausland, soweit es sich dabei nicht um die schiffbaren Flüsse Donau und March und die Thaya von der Staatsgrenze bei Bernhardsthal bis zur Mündung in die March handelt; bi- und multilaterale sowie internationale Wasserwirtschaft, Wasserwirtschaft der Europäischen Union.

	Personal-ausgaben	Sach-	Summe	Ein-nahmen
	Millionen Euro			
2000	40,6	97,0	137,6	14,5
2001	45,8	97,9	143,7	32,9
2002	45,9	97,7	143,7	34,4

Unterschiede gegenüber dem Vorjahr
In den angeführten Beträgen sind auch die Personalkosten der Beamten des ehemaligen Paragraphen 6094 'Spanische Reitschule - Bundesgestüt Piber' sowie die aufgrund des Bundesgesetzes, mit dem die Spanische Hofreitschule und das Bundesgestüt Piber rechtlich verselbständigt werden (Spanische Hofreitschule-Gesetz), zu leistende Bareinlage veranschlagt.

Paragraf 6000 Zentralleitung
Der Paragraph 6000 umfasst die Gebarung des Bundesministeriums einschließlich der Bundesaufsicht, und der Bezugsvorschüsse. Weiters ist bei diesem Voranschlagsansatz der Aufwand für den Obersten Agrarsenat gemäß BGBl. Nr. 1/1951, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 902/ 1993, für wasserrechtliche und wasserwirtschaftliche Fachgutachten und Untersuchungen gemäß BGBl. Nr. 11/316/1934 und 144/1947, für die Staubeckenkommission gemäß BGBl. Nr. 222/1985, sowie den Mitgliedsbeitrag für Internationale Donauschutzkommission gemäß BGBl. Nr. 139/1998, vorgesehen.
Unter diesem Paragraf ist auch für die Zahlungen des Bundesministeriums für Land- und Forstwirtschaft, Umwelt und Wasserwirtschaft an internationale Institutionen und für internationale Aufgaben vorgesorgt, vor allem für die FAO, für das Internationale Weinamt, die Europäische Pflanzenschutzorganisation und anderes mehr.

Voranschlagsansatz 1/60018 Agrarmarkt Austria
Die Bundesaufsicht über die 'Agrarmarkt Austria' wird auf Grund der Bestimmungen des AMA-Gesetzes 1992 vom Bundesminister für Land- und Forstwirtschaft, Umwelt und Wasserwirtschaft ausgeübt. Unter diesem Voranschlagsansatz sind die Verwaltungsaufwendungen der Agrarmarkt Austria budgetiert.
Im BVA 2002 sind für diesen Zweck 36,9 Millionen Euro vorgesehen.

Voranschlagsansatz 1/60027 Zahlungen im Zuge von Ausgliederungen
Unter diesem Voranschlagsansatz sind ab dem Jahr 2001 die Bareinlagen des Bundesministers für Land- und Forstwirtschaft, Umwelt und Wasserwirtschaft aufgrund des Bundesgesetzes, mit dem die Spanische Hofreitschule und das Bundesgestüt Piber rechtlich verselbständigt werden (Spanische Hofreitschule-Gesetz), BGBL. I Nr. 115/2000 veranschlagt. Im Jahr 2002 ist hiefür ein Bundesbeitrag in Höhe von 3,2 Mio Euro vorgesehen.

Paragraf 6003 Agrar- und forstpol. sowie wasserwirtschaftliche Unterlagen
Voranschlagsansatz 1/60038 Aufwendungen
Die veranschlagten Mittel dienen der Erstellung des in §9 LWG vorgesehenen Lageberichtes ('Grüner Bericht') sowie der Information über die österreichische Land- und Forstwirtschaft. Mit diesem Bericht an die Bundesregierung und an das Parlament wird auch die Öffentlichkeit über die Probleme der Agrarwirtschaft sowie die Situation der bäuerlichen Familien im ländlichen Raum informiert. Weiters sind die veranschlagten Mittel für Anerkennungsprämien an buchführende Landwirte vorgese-

hen. Österreich hat Daten von freiwillig buchführenden Landwirten auch an die EU zu liefern.
Die veranschlagten Mittel dienen auch der Führung des Wasserwirtschaftskatasters sowie der Erstellung wasserwirtschaftlicher Unterlagen gemäß § 25 Abs. 1 und 2 Wasserbautenförderungsgesetz, der Erstellung des Gewässerschutzberichtes gemäß Wasserrechtsgesetz und des Wassergüteberichtes gemäß Hydrographiegesetz.

Weiters dienen die Mittel dieses Voranschlagsansatzes zur Finanzierung von Arbeitsaufträgen an das land- und forstwirtschaftliche Rechenzentrum und Arbeiten im Zusammenhang mit der Durchführung des Integrierten Verwaltungs- und Kontrollsystems (INVEKOS).

Die Mittel unter der Voranschlagspost 'forstpolitische Unterlagen' dienen der Erforschung des Beitrages der Forstwirtschaft zur Einnahmenschöpfung bäuerlicher Betriebe, der Erforschung betriebswirtschaftlicher Daten von Forstbetrieben, der Bewertung gemeinwirtschaftlicher Leistungen des Waldes sowie marktorientierter Analysen bezüglich forstlicher Produkte und Leistungen. Außerdem sind hier Mittel für die Wahrnehmung und Weiterentwicklung der Forststatistik und des forstlichen Informationswesens sowie für den Österreichischen Waldbericht und den Wildschadensbericht gemäß § 16 Forstgesetz veranschlagt. Des weiteren sind hier Mittel für österreichische Beiträge zu internationalen forstlichen Statistiken und Berichten veranschlagt. Weiters sind bei diesem Voranschlagsansatz Mittel für die Beschaffung von Unterlagen zur forstlichen Raumplanung (Abschnitt II des Forstgesetzes 1975) und zur Erstellung von Raumplanungsrichtlinien für den Forstdienst sowie für außerforstlich raumplanerisch tätige Institutionen vorgesehen; darüber hinaus ist die Auswertung und die Herausgabe der jeweiligen Gesamtergebnisse des Waldentwicklungsplanes Österreichs sowie des Landesschutzwaldkonzeptes erforderlich. Soweit für diese Aufgaben auch Druckkosten erwachsen, sind Mittel hiefür veranschlagt.

Paragraf 6004 Notstandspol.Maßnahmen gem.§§ 31 u.138 WRG 1959
Voranschlagsansatz 1/60048 Aufwendungen
Unter diesem Voranschlagsansatz wird für den Aufwand vorgesorgt, der dadurch entsteht, dass die Wasserrechtsbehörde bei Gefahr im Verzug die zur Gewässerreinhaltung notwendige Anordnung trifft und durchführen lässt.

Paragraf 6005 Vollziehung des Hydrographiegesetzes
Wasserkreislauf
In Angelegenheiten der Hydrographie ist gemäß Art. 10 Abs. 1 Z 10 des Bundes-Verfassungsgesetzes die Gesetzgebung und Vollziehung Bundessache. Mit 1. Jänner 1980 ist das Bundesgesetz über die Erhebung des Wasserkreislaufes (Hydrographiegesetz) in Kraft getreten. Nach diesem Gesetz hat der Hydrographische Dienst die Erhebungen des Wasserkreislaufes durchzuführen, die sich auf das Oberflächenwasser einschließlich Seen, das unterirdische Wasser einschließlich der Quellen, den Niederschlag, die Verdunstung und die Feststoffe in den Gewässern hinsichtlich Verteilung nach Menge und Dauer, die Temperatur von Luft und Wasser, die Eisbildung in den Gewässern und im Hochgebirge sowie auf die den Wasserkreislauf beeinflussenden oder durch ihn ausgelösten Nebenerscheinungen beziehen.
Gemäß § 10 Abs. 1 des Hydrographiegesetzes trägt der Bund die Anschaffungs-/Errichtungskosten der zur Durchführung der Beobachtung des Wasserkreislaufes erforderlichen gewässerkundlichen Einrichtungen zur Gänze und den angemessenen Aufwand für die Beobachtung zu zwei Dritteln.
Der jeweilige Landeshauptmann hat - in der mittelbaren Bundesverwaltung als operative Aufgabe der Vollziehung - die Beobachtungen und Messungen an den gewässerkundlichen Einrichtungen durchzuführen und die beobachteten und gemessenen hydrographischen Daten unter Bedachtnahme auf ihren Zusammenhang so zu verarbeiten, dass sie als Grundlage für wasserwirtschaftliche Planungen, Wasserhaushaltsuntersuchungen, Katastrophenwarnung und -vorsorge sowie für wasserrechtliche Entscheidungen herangezogen werden können und für eine Bearbeitung mit Hilfe von Anlagen der automationsunterstützten Datenverarbeitung sowie für Veröffentlichungen, insbesondere im Hydrographischen Jahrbuch, geeignet sind. Die verarbeiteten Daten sind so rasch wie möglich dem Bundesminister für Land- und Forstwirtschaft, Umwelt und Wasserwirtschaft zu übermitteln.
Die vom jeweiligen Landeshauptmann übermittelten Daten sind vom Bundesminister für Land- und Forstwirtschaft, Umwelt und Wasserwirtschaft zusammenfassend zu bearbeiten und die Ergebnisse dieser Bearbeitungen, die von allgemeiner Bedeutung sind, zu veröffentlichen. Insbesondere ist für jedes Jahr ein Hydrographisches Jahrbuch herauszugeben.

Wassergüte
Gemäß § 10 Abs. 1 des Hydrographiegesetzes in der Fassung der Novelle 1999 trägt der Bund wie bei der Erfassung des Wasserkreislaufes, die Errichtungskosten der zur Durchführung der Beobachtungen der Wassergüte erforderlichen gewässerkundlichen Einrichtungen zur Gänze und den angemessenen Aufwand für die Beobachtung der Wassergüte zu zwei Dritteln.
Als gewässerkundliche Einrichtungen versteht man dabei Messstellen, d. h. ortsfeste Einrichtungen zur Probenentnahme aus Oberflächengewässern und aus dem Grundwasser (Grundwasseraufschlüsse mit Entnahmeeinrichtungen). Unter den Begriff Beobachtung fällt die Probenentnahme, die Analytik und Auswertung der Proben für die Erst-, Wiederholungs- und Sonderbeobachtungen gemäß der laut Hydrographiegesetz erlassenen Wassergüte-Erhebungsverordnung (BGBl. Nr. 338/ 1991) von Grundwasser, Fließgewässern und Seen.
Die vom jeweiligen Landeshauptmann übermittelten Daten sind vom Bundesministerium für Land- und Forstwirtschaft, Umwelt und Wasserwirtschaft zusammenfassend zu bearbeiten und zu veröffentlichen.
Diese Maßnahmen werden zum Großteil mit Mitteln aus dem Katastrophenfonds finanziert.

Voranschlagsansatz 1/60068 Land-, forst- und wasserwirtschaftliche Sonderaufgaben
Im Sinne einer bürgernahen und transparenten Verwaltung gehört eine aktive Öffentlichkeitsarbeit zu den Aufgaben des Bundesministeriums für Land- und Forstwirtschaft, Umwelt und Wasserwirtschaft. So werden Kommunikationstätigkeiten gesetzt, um beispielsweise Landwirte oder Konsumenten über Neuerungen oder bestimmte Tätigkeiten des Ressorts zu informieren. Weiters wird mit den veranschlagten Mitteln die Herausgabe der Fachzeitschrift 'Der Ländliche Raum' als Nachfolger des Förderungsdienstes finanziert.
Im Bereich des Forstwesens werden aus diesem Voranschlagsansatz Maßnahmen der Öffentlichkeitsarbeit sowie des Publikations-, Berichts-, Informations- und Veranstaltungswesens finanziert. Darüber hinaus werden Mittel für internationale forstliche Aktivitäten sowie für die Ministerkonferenz zum Schutz der Wälder in Europa und für die Einrichtung eines österreichweiten für alle Waldgesellschaften repräsentativen Netzes von Naturwaldreservaten bereitgestellt.
Im Bereich der Wasserwirtschaft werden aus diesem Voranschlagsansatz Maßnahmen der Öffentlichkeitsarbeit, das sind insbesondere Broschüren und sonstige Publikationen, Aktivitäten zum 'Tag des Wassers', Veranstaltungen wie Enqueten, Symposien, Seminare und Filmaktivitäten finanziert.

Paragraf 6007 Qualitätskontrolle
Die Qualitätskontrolle ist auf Grund des Qualitätsklassengesetzes und folgender Verordnungen der EU über Qualitäts- und Vermarktungsnormen für verschiedene landwirtschaftliche Erzeugnisse durchzuführen: VO (EWG) Nr. 2200/96, VO (EWG) Nr. 2251/92, VO (EWG) Nr. 3220/84, VO (EWG) Nr. 2967/85, VO (EWG) Nr. 1208/81, VO (EWG) Nr. 2930/81, VO (EWG) Nr. 1186/90, VO (EWG) Nr. 344/91, VO (EWG) Nr. 2137/92, VO (EWG) Nr. 1906/90, VO (EWG) Nr. 1538/91, VO (EWG) Nr. 2782/75, VO (EWG) Nr. 1868/77, VO (EWG) Nr. 1967/90, VO (EWG) Nr. 1274/91, VO (EWG) Nr. 316/68, VO (EWG) Nr. 315/68. Weitere Bestimmungen finden sich in nach dem Qualitätsklassengesetz erlassenen Verordnungen des Bundesministers für Land- und Forstwirtschaft, Umwelt und Wasserwirtschaft. Die diesbezüglichen Kontrollen sind sowohl am Ort der Zollabfertigung als auch beim Warenverkehr im Inland durchzuführen.

Paragraf 6008 Sonstige Aufgaben
Voranschlagsansatz 1/60086 Förderungen
Bei diesem Voranschlagsansatz werden die Förderungen von privaten Institutionen, die der Land-, Forst- und Wasserwirtschaft in ihrem Aufgabengebiet dienen, veranschlagt. Weiters ist unter diesem Voranschlagsansatz auch für Förderungsmaßnahmen im Rahmen der Osthilfe sowie für die Klagenfurter Messe, das IUFRO-Sekretariat und die Förderung forstlicher Symposien und Institutionen Vorsorge getroffen worden.

Voranschlagsansatz 1/60087 Intern. Nahrungsmittelhilfe (Gesetzl. Verpflichtungen)
Auf Grund des Nahrungsmittelhilfe-Übereinkommens ist Österreich zur jährlichen Lieferung von 8.900 Tonnen Getreide verpflichtet. Für die Erfüllung der Verpflichtungen aus diesem Übereinkommen wurden 1,5 Millionen Euro veranschlagt.

Voranschlagsansatz 1/60088 Internationale Maßnahmen
Österreich leistet auf Grund eines Beschlusses der Bundesregierung im Jahre 1998 zum Welternährungsprogramm der FAO Beiträge in Höhe von insgesamt rd. 2,2 Millionen Euro.
Weiters sind Mittel für forstliche Projekte im Zusammenhang mit der FAO veranschlagt.

Paragraf 6009 Vollziehung des Forstgesetzes 1975
Voranschlagsansatz 1/60098 Aufwendungen
Bei diesem Voranschlagsansatz sind Mittel für Ersatzaufforstungen gemäß § 18 (3) Forstgesetz sowie für die Anschaffung von Hinweistafeln gemäß § 33 (2) lit. a Forstgesetz veranschlagt. Weiters ist für den allfälligen Ersatz der Kosten aus Anlass der Feststellung forstschädlicher Luftverunreinigungen gemäß Abschnitt IV Forstgesetz 1975 und für Waldbrandbekämpfungskosten gemäß § 42 lit. f Forstgesetz sowie die Anlage von Samenplantagen und Klonarchiven und Forstschädlingsprognosen vorgesorgt.

Titel 601 BM (Förderung d.Land- u.Forstwirtsch.u.d. Ernährungswesens)
Gesetzliche Grundlagen
Land- und forstwirtschaftliches Berufsausbildungsgesetz, BGBl. Nr. 298/1990, zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 102/1998;
Weingesetz 1999, BGBl. I Nr. 141/1999, zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 39/2000;
Landwirtschaftsgesetz, BGBl. Nr. 375/1992, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 420/1996;
Forstgesetz 1975, BGBl. Nr. 440/1975, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 419/1996;
Wasserrechtsgesetz 1959, BGBl. Nr. 215/1959, zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 142/2000;
Wasserbautenförderungsgesetz, BGBl. Nr. 148/1985, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 516/ 1994.

Aufgaben
Dem Bundesministerium für Land- und Forstwirtschaft, Umwelt und Wasserwirtschaft obliegt die Aufgabe, durch geeignete agrarmarkt- und förderungspolitische Maßnahmen, unterstützt durch die Beratung und Forschung sowie durch gezielte Bildungsaktivitäten dazu beizutragen, die Einkommenssituation der bäuerlichen Familien zu verbessern und ihnen die Teilnahme an der allgemeinen Wohlstandsentwicklung zu sichern. Die bestmögliche Versorgung mit Nahrungsmitteln und wichtige landeskulturelle Aufgaben für die Erhaltung funktionsfähiger ländlicher Räume erfordern zielgerechte nationale Förderungsmaßnahmen sowie die Abstimmung mit der Struktur- und Marktpolitik der Europäischen Union.
Die von der Bundesregierung jährlich herausgegebenen Grünen Berichte gemäß Landwirtschaftsgesetz und die Jahresberichte informieren umfassend über die wirtschaftliche und soziale Situation der bäuerlichen Familien und haben auch die Marktverhältnisse in der tierischen und pflanzlichen Produktion unter EU-Bedingungen sowie die Verwendung der öffentlichen Gelder zum Inhalt.

	Personal-ausgaben	Sach-ausgaben	Summe	Einnahmen
	Millionen Euro			
2000	0,0	97,1	97,1	0,8
2001	0,0	138,8	138,8	0,0
2002	0,0	117,3	117,3	0,0

Unterschiede gegenüber Vorjahr
Unter dem Titel 601 sind die Budgetmittel für die nationalen land- und forstwirtschaftlichen Förderungsmaßnahmen veranschlagt. Der Minderbedarf gegenüber dem Jahr 2001 resultiert aus der Dotierung der Förderung für die Vergabe von land- und forstwirtschaftlichen Investitionskrediten.

Voranschlagsansatz 1/60106 Beratungs- und Weiterbildungsmaßnahmen
Beratungswesen
Die veranschlagten Bundesmittel sind für Zuschüsse zu den Personalkosten der Beratungskräfte der Landwirtschaftskammern vorgesehen, die im Zuge der Anpassung an geänderte Erfordernisse und Zielsetzungen im Agrarbereich, insbesondere durch die Agenda 2000 beträchtliche Aufgaben wahrzunehmen haben.
Im Einzelnen ist die Förderung folgender Maßnahmen vorgesehen:
Fortbildung der Fachkräfte des landwirtschaftlichen Beratungswesens, Durchführung von Beratungsveranstaltungen, Erarbeitung, Anschaffung von Beratungsunterlagen und Behelfen zu den obengenannten Schwerpunkten, erforderliche Investitionen, insbesondere EDV-Geräte für die Beratungsarbeit und die Erstellung von Beratungsunterlagen.
Im Bereich der Forstwirtschaft sind die veranschlagten Bundesmittel für Maßnahmen bzw. Programme der forstlichen Aufklärung sowie Weiterbildung und Beratung der in der Forstwirtschaft Tätigen vor-

gesehen. Darüber hinaus dienen sie zur Förderung bzw. Bezuschussung der Personalkosten der forstlichen Beratungsorgane bei den Landwirtschaftskammern Österreichs und zur Finanzierung von forstlicher Aus- und Weiterbildung von Bergbauern an den Forstlichen Ausbildungsstätten.

Kammereigene Bildungsstätten
Umfangreiche Bildungsmaßnahmen erfordern geeignete Räumlichkeiten sowie Verpflegungs- und Unterbringungsmöglichkeiten.

Voranschlagsansatz 1/60126 Erschl.v.Wildbacheinzugsgeb.(Mittel d.Kat.Fonds,zweckg.Geb.)
Die Mittel sind insbesondere für flächenwirtschaftliche und begleitende technische Maßnahmen einschließlich notwendiger Erschließungen in Wildbach- und Lawineneinzugsgebieten vorgesehen.

Voranschlagsansatz 1/60136 Förderung der Weinwirtschaft
Förderung der Weinwirtschaft
Die veranschlagten Bundesmittel dienen der Verwirklichung der Ziele gemäß Weingesetz 1999, BGBl. Nr. 141/1999, zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 39/2000, nämlich der Förderung des Absatzes der Produkte, der Förderung der Qualitätsproduktion sowie der Förderung der Marktstabilisierung.

Voranschlagsansatz 1/60146 Qualitätsverbessernde und produktionsumlenkende Maßnahmen
Qualitätsverbesserung im Pflanzenbau
Die Maßnahmen zur Qualitätsverbesserung in der pflanzlichen Produktion betreffen den Pflanzen- und Futterbau, die Saatgutwirtschaft, den integrierten Pflanzenschutz, Garten-, Gemüse-, Obst- und Weinbau und sonstige Spezialkulturen.
Durch diese Maßnahmen soll die Wettbewerbsfähigkeit der heimischen Landwirtschaft im In- und Ausland im Wege der Verbesserung der Qualität ihrer Erzeugnisse gesichert werden.
Es sind ua. folgende Maßnahmen vorgesehen:
Verbesserung der Produktionsgrundlagen und Wachstumsbedingungen zur kostengünstigen und ausreichenden Versorgung der Bevölkerung mit pflanzlichen Produkten, Durchführung entsprechender Maßnahmen beratenden und aufklärenden Charakters und Förderung der Bildung aller geeigneten Formen überbetrieblicher Zusammenschlüsse in der pflanzlichen Produktion.
Die für den integrierten Pflanzenschutz vorgesehenen Mittel dienen produktionsverbessernden Zielen unter den Bedingungen einer umweltschonenden und gesundheitlich unbedenklichen Anwendung der Präparate im Sinne des integrierten Pflanzenschutzes, wozu auch eine Abstimmung der Maßnahmen mit den Anrainerstaaten zu zählen ist, sowie der Heranzucht gesunden Pflanzenmaterials. Die im Saatgutwesen vorgesehenen Mittel dienen der Sicherung der Versorgung der Landwirtschaft mit hochwertigem Saat- und Pflanzgut.

Qualitätsverbesserung und Produktionsalternativen in der Tierhaltung
Die vorgesehenen Mittel sind für qualitätsverbessernde Maßnahmen in der Tierzucht, Tierhaltung und Milcherzeugung sowie für tierische Produktionsalternativen bestimmt. Die Förderungsmaßnahmen sollen mithelfen, die tierischen Produkte in ihrer Beschaffenheit und Qualität weiter zu verbessern und die Möglichkeiten des weiteren Aufbaues der tierischen Alternativen zu nutzen.
Durch die Förderung tierischer Produktionsalternativen sollen die fallweise noch vorhandenen Marktlücken stärker ausgenutzt werden.
Die Förderungsmittel sollen darüber hinaus für die Förderung der Qualitätsproduktion, der Qualitätssicherung, der Klassifizierung von Schlachtkörpern und die Durchführung von Hygiene- und Gesundheitsprogrammen verwendet werden.
Außerdem stehen für wichtige Investitionsmaßnahmen und die Beschaffung der für die Rationalisierung und Qualitätsverbesserung der Tier- und Milcherzeugung erforderlichen Einrichtungen Zinsenzuschüsse zu Agrarinvestitionskrediten und Investitionszuschüsse zur Verfügung.

Förderung von Innovationen
Die veranschlagten Mittel sind für die Schaffung von Einkommensalternativen für landwirtschaftliche Betriebe durch innovative Maßnahmen in der pflanzlichen und tierischen Produktion und Vermarktung sowie im Dienstleistungsbereich vorgesehen.

Förderung des biologischen Landbaues
Die veranschlagten Mittel sind vor allem für Verbände von biologisch wirtschaftenden Landwirten vorgesehen, wobei insbesondere Beratung und Öffentlichkeitsarbeit gefördert werden soll.

Förderung landtechnischer Maßnahmen
Aus den veranschlagten Mitteln wird der überbetriebliche Landmaschineneinsatz (die Maschinenringe) unterstützt. Auf Grund der kleinbäuerlichen Betriebsstruktur der österreichischen Landwirtschaft sind der Eigenmechanisierung enge Grenzen gesetzt. Die Maschinenringe als Selbsthilfeeinrichtung der Landwirte erweisen sich als besonders wirkungsvolle Form der Zusammenarbeit.
Weiters wird die Abhaltung land- und energietechnischer Kurse sowie die Aus- und Weiterbildung der Maschinenringgeschäftsführer unterstützt; darin werden den Landwirten die Kenntnisse vermittelt, den Maschinenpark zu pflegen und einfachere Reparaturen selbst durchzuführen. Weiters werden Selbsthilfekurse im landwirtschaftlichen Bauwesen gefördert. Ebenso wird die Erarbeitung und Herausgabe landtechnischer Informationen und Untersuchungsergebnisse finanziert (ÖKL).

Energie aus Biomasse
Aus diesen Mitteln werden einzelbetriebliche Investitionen für die Energieerzeugung (Biomasse-Heizanlagen, Biogasanlagen u.a.) sowie vor allem kleinräumige Biomasse-Nahwärmeversorgungsanlagen gefördert, für welche keine EU-Förderungen vorgesehen sind.

Forstliche Maßnahmen
Die für forstliche Maßnahmen veranschlagten Mittel dienen zur Gewährung von Beiträgen für Forstschutzmaßnahmen, zur Holzmanipulation und Weiterverarbeitung, außerdem zur Durchführung von Aufforstungs- und forstlichen Bestandesumbaumaßnahmen, Melioration sowie zur Weiterführung langjähriger Regionalprogramme der Hochlagenaufforstung und Schutzwaldsicherung. Zur Verbesserung der Erholungswirkung des Waldes sollen Förderungsmaßnahmen, wie z. B. die Schaffung von Parkplätzen, Wanderwegen und Spielplätzen usw. gesetzt und mit Bundesmitteln gefördert werden. Darüber hinaus werden Waldbrandversicherungsprämien, die Sanierung geschädigter Wälder und die Errichtung von Erhaltungsbeständen und Naturwaldgesellschaften mit Bundesmitteln bezuschusst.

Voranschlagsansatz 1/60156 Betriebserhaltende und infrastrukturelle Maßnahmen
Verkehrserschließung ländlicher Gebiete
Die veranschlagten Mittel sind zum Ausbau von dringend benötigten Zufahrten für bäuerliche Betriebe und deren Wirtschaftsflächen vorgesehen.
Durch diese Maßnahme wird die Existenz der landwirtschaftlichen Betriebe gesichert und in raumordnungspolitischer Hinsicht ein Beitrag zur Erhaltung der Siedlungsdichte und damit auch der Kulturlandschaft erbracht.

Landwirtschaftlich-bauliche Investitionen
Die veranschlagten Mittel sind für einzelbetriebliche Förderungsmaßnahmen bestimmt. Um eine zeitgemäße Bewirtschaftung der bäuerlichen Betriebe zu ermöglichen, wird die Errichtung und Verbesserung landwirtschaftlicher Wirtschaftsgebäude und sonstiger baulicher Anlagen gefördert, wobei auf die Erhaltung wertvoller Bausubstanz und auf eine landschaftsgerechte Bauweise zu achten ist.

Forstliche Bringungsanlagen und Forstaufschließung
Mit den bei diesem Voranschlagsansatz veranschlagten Mitteln soll die Errichtung von forstlichen Bringungsanlagen zur Ermöglichung einer pfleglichen und naturnahen Waldbewirtschaftung gefördert werden. Beim Bau von Forstwegen ist auf eine landschaftsgerechte ökologische sorgsame Vorgangsweise Bedacht zu nehmen.

Voranschlagsansatz 1/60166 Absatz- und Verwertungsmaßnahmen
Werbung und Markterschließung
Mit den veranschlagten Mitteln können Maßnahmen zur Absatzverbessung und Direktvermarktung landwirtschaftlicher Produkte im pflanzlichen und tierischen Bereich einschließlich Produkte des biologischen Landbaues gefördert werden. Beiträge für Werbe- und Marktpflegemaßnahmen bei der Gästebeherbergung für nicht gewerbliche Betriebe (Urlaub am Bauernhof) einschließlich gezielter Aktivitäten im In- und Ausland für Bundes- und Landesorganisationen sollen bereitgestellt werden. Weiters sind Zuschüsse zur Präsentation von Produkten und Leistungen der österreichischen Landwirtschaft bei Ausstellungen und Messen vorgesehen.

Verbesserung der Marktstruktur
Die veranschlagten Mittel sind für die Förderung von Investitionen zur Verbesserung der Marktstruktur, Be-, Verarbeitung und Vermarktung landwirtschaftlicher Produkte, insbesondere für Maßnahmen zur Qualitätsverbesserung, Entwicklung und Vermarktung von Markenprodukten, der Direktver-

marktung, für die Anwendung neuer Verarbeitungsverfahren erforderlich.

Voranschlagsansatz 1/60176 Sozialpolitische Maßnahmen
Die im Landwirtschaftsgesetz verankerte Förderungsaktion Landarbeitereigenheimbau wurde ab 1. Jänner 1995 auf die Länder übertragen.

Paragraf 6018 Land- und forstwirtschaftliche Kredite
Voranschlagsansatz 1/60186 Förderungen
Die veranschlagten Mittel sind für Zinsenzuschüsse zu Investitionen im land- und forstwirtschaftlichen Bereich wie Agrarinvestitionskredite, Konsolidierungskredite, Darlehen des Besitzstrukturfonds und Zinsenzuschüsse des EU - Fitnessprogrammes sowie für die noch aushaftenden Agrarsonderkredite bestimmt.

Voranschlagsansatz 1/60188 Aufwendungen
Entgelte für die Abwicklung von ausgelagerten Investitionsförderungen sowie für die Bearbeitung von Zinsenzuschüssen zu Krediten im Rahmen des EU - Fitnessprogrammes für die Nahrungsmittelwirtschaft.

Voranschlagsansatz 1/60196 Förderung von Forschungs- und Versuchsvorhaben
Unter diesem Voranschlagsansatz sind Mittel für die Förderung von forstwirtschaftlichen Forschungsprojekten veranschlagt.
Es werden schwerpunktmäßig forstliche biotechnologische Forschungsprojekte gefördert, die die Entwicklung von biochemischen Analyse-, Identifikations-, Kontroll- und Mikrovegetation - Vermehrungsverfahren bei Forstgehölzen zum Inhalt haben. Weiters werden Forschungsvorhaben im Schnittstellenbereich zur Holzwirtschaft finanziell unterstützt.

Voranschlagsansatz 1/60198 Forschungs- und Versuchswesen
Die veranschlagten Mittel dienen zur Finanzierung von Forschungsaufträgen auf dem Gebiet der Land-, Forst- und Wasserwirtschaft.
Für die Teilnahme der Bundesanstalten an internationalen Forschungskooperationen wurde budgetäre Vorsorge getroffen.

Landwirtschaft
Unter den angeführten Zielvorgaben - Steigerung der Qualität land- und forstwirtschaftlicher Produkte, Natur- und Umweltschutz, Erhaltung der Wettbewerbsfähigkeit landwirtschaftlicher Produkte erfolgt die Vergabe von Forschungsaufträgen, wobei auf internationale Kooperationen besonderes Augenmerk gelegt wird.

Forstwirtschaft
Bedeckung laufender Forschungsaufträge, BOKU - Spezialforschungsbereich, Waldökosystemsanierung, Waldökosystemforschung am Schwerpunktstandort Achenkirch inklusive Baumphysiologie- und Eintragsforschung, Forschungsaufträge zum sozioökonomischen Themenkreis (Diversifikation und Marketing), Forschungsaufträge zum Themenkreis Ökologisierung der Waldbewirtschaftungssysteme.

Wasserwirtschaft
Schwerpunktthemen sind gewässerökologische Fragestellungen, Grundwasserschutz und Grundwassersanierung im engen Zusammenhang mit Vorgaben aus der EU-Wasserrahmenrichtlinie.

Titel 602 Agrarische Strukturförderung
Gesetzliche Grundlagen
Landwirtschaftsgesetz 1992, BGBl. Nr. 375/1992, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 420/1996;
Rechtsvorschriften der Europäischen Union über die agrarische Strukturförderung.

Aufgaben
Dem BMLFUW obliegt die Eingliederung der österreichischen Land- und Forstwirtschaft in die Gemeinsame Agrarpolitik (GAP). Dabei muss die bestmögliche Versorgung mit qualitativ hochwertigen Nahrungsmitteln, die Hebung des Einkommens und der Lebensqualität der in der Land- und Forstwirtschaft Tätigen, die Pflege und Erhaltung von Umwelt und Landschaft sowie die Erhaltung der Funktionsfähigkeit des ländlichen Raumes gewährleistet werden.
Die veranschlagten Mittel dienen der Förderung der Bauern und der Nahrungsmittelindustrie zur Bewältigung der Herausforderungen des EU-Binnenmarktes.

	Personal-ausgaben	Sach-	Summe	Ein-nahmen
		Millionen Euro		
2000	0,0	201,4	201,4	0,0
2001	0,0	108,8	108,8	0,0
2002	0,0	24,8	24,8	0,0

Unterschiede zu Vorjahren
Durch den Wegfall der Ausfinanzierung der Programmperiode 1995 - 1999 des EAGFL-Ausrichtungsfonds ergibt sich im Jahr 2002 ein Minderbedarf an Förderungsmitteln.

Beim Titel 602 sind die Mittel für die Förderung des Finanzinstrumentes für die Ausrichtung der Fischerei (FIAF), die Förderung des Ziel-1-Gebietes und des Leader-Programmes im Rahmen des Österreichischen Programmes für die Entwicklung des ländlichen Raumes gem. Agenda 2000 sowie die entsprechenden Bundesanteile an diesen Förderungsmaßnahmen hier veranschlagt.

Voranschlagsansatz 1/60206 Kofinanzierte Förderungsmaßnahmen (EAGFL-Ausrichtung)
Der Strukturfonds 'Europäischer Ausrichtungs- und Garantiefonds für die Landwirtschaft, Abteilung Ausrichtung' beteiligt sich an der Finanzierung struktur- und regionalpolitischer Fördermaßnahmen im Bereich der Landwirtschaft und des ländlichen Raums.
In diesem Ansatz werden die Maßnahmen des EAGFL-Ausrichtung, die die Periode 2000 bis 2006 betreffen (Ziel 1 und Gemeinschaftsinitiative Leader) gefördert.

Voranschlagsansatz 1/60216 Kofinanzierte Förderungsmaßnahmen; Anteile des Bundes
Dieser Ansatz umfasst die Bundesanteile der für die Verwendung der bei Ansatz 1/60206 dargestellten Maßnahmen erforderlichen nationalen Kofinanzierung, sofern sie das Bundesministerium für Land- und Forstwirtschaft, Umwelt und Wasserwirtschaft betreffen.

Voranschlagsansatz 1/60226 Nationale Förderungsmaßnahmen
Die veranschlagten Mittel sind als Direktzahlungen zur Einkommenssicherung jener Bergbauernbetriebe bzw. Betriebe in den benachteiligten Gebieten vorgesehen, welche durch die Anwendung der EU-Ausgleichszulage geringere Förderungen erhalten würden als nach den bisherigen österreichischen Direktzahlungen. Entsprechende Beihilfen sind Österreich durch das Ergebnis der Beitrittsverhandlungen bis zum Jahr 2004 gestattet.

Voranschlagsansatz 1/60236 Finanzinstrument f.d. Ausr.d.Fischerei (FIAF); Mittel der EU
Voranschlagsansatz 1/60246 Sektorpl.Fischerei u.Aquak.,Erzeugerorg. d. Fisch.wes.;BA
Förderung von Investitionen im Bereich der Aquakultur und Fischereiwirtschaft (Bau, Modernisierung von Aquakulturanlagen, Optimierung des fischereilichen Potentials der Binnengewässer, Verbesserung der Produktivität, der Qualität und der Hygiene), der Verarbeitung und Vermarktung (zB. Modernisierung der Verarbeitungs- und Vermarktungsräume).
Weiters sollen damit Erzeugerorganisationen der Fischereiwirtschaft gefördert werden.

Titel 603 Marktordnungsmaßnahmen
Gesetzliche Grundlagen
Marktordnungsgesetz, BGBl. Nr. 210/1985, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 298/1995;
Rechtsvorschriften der Europäischen Union über Agrarmarktordnungen.

Aufgaben
Die Europäische Union leistet Direktzahlungen in Form von Marktordnungsprämien an die Bauern. Diese wurden im Zuge der Reform der Gemeinsamen Agrarpolitik eingeführt, weil die EU die Erzeugerpreise senkte, im Gegenzug dafür aber den Bauern einen Ausgleich in Form von Direktzahlungen gewährt.
Darüber hinaus gewährt die Europäische Union im Rahmen ihrer Agrarmarktordnungen eine Reihe weiterer Förderungen.

	Personal-ausgaben	Sach-	Summe	Einnahmen
	Millionen Euro			
2000	0,0	1.214,3	1.214,3	35,0
2001	0,0	1.209,1	1.209,1	36,8
2002	0,0	1.271,0	1.271,0	36,8

Unterschiede zu Vorjahren
Für die Förderung des Österreichischen Programmes für die Entwicklung des ländlichen Raumes sind vor allem im Bereich der Ausgleichszulage durch Einführung eines Sockelbetrages höhere Mittel vorgesehen.

Voranschlagsansatz 1/60304 EAGFL-Garantie (Ackerkult.,Zucker u.Textilpfl.)Überw.a.d.AMA
Mit dem Beitritt Österreichs zur Europäischen Union sind im Agrarbereich die Bestimmungen der gemeinsamen Marktorganisation zu vollziehen. Mit der Marktordnungsgesetznovelle 1994, BGBl. Nr. 664, wurde die Rechtsgrundlage für Verordnungen zur Durchführung der gemeinsamen Marktorganisationen geschaffen.
Der Ansatz beinhaltet Maßnahmen der öffentlichen Lagerhaltung im Bereich von Getreide sowie Hektarbeihilfen für die Erzeugung von Getreide und Mais, Ölsaaten, Öllein, Eiweißpflanzen, Faserpflanzen, sowie Beihilfen für die Flächenstillegung und Rohstofferzeugung auf diesen Flächen laut EU-VO 1251/1999 und deren Durchführungsbestimmungen. Weiters enthält dieser VA-Ansatz die Beihilfen und sonstigen Interventionen für Trockenfutter und Körnerleguminosen, Verarbeitungsbeihilfen für Faserpflanzen, die Lagerkostenvergütung und die Produktionserstattung für Zucker, die Produktionserstattung für Stärke sowie die Stärkeprämie und die Ausgleichszahlung für Kartoffelstärke.

Voranschlagsansatz 1/60314 EAGFL-G., (Obst u. Gem., Weinb. u. sonst. pflanzl. Erz.)
Im Rahmen der Gemeinsamen Marktorganisationen für die betroffenen Produkte werden für bestimmte Maßnahmen (Intervention, Erstattung, Verarbeitung, Sanierung der Erzeugung, Lagerhaltung, Rodung, Destillation, Umstellung, absatzfördernde Maßnahmen, operationelle Programme ua.) Beihilfen gewährt. Die veranschlagten Mittel sind zur Durchführung dieser Maßnahmen in Österreich erforderlich und werden nach Vorfinanzierung durch den Mitgliedstaat zur Gänze von der Europäischen Union erstattet.

Voranschlagsansatz 1/60324 EAGFL-Garantie (Tierische Erzeugnisse), Überw. an die AMA
Der Europäische Ausrichtungs- und Garantiefonds für die Landwirtschaft finanziert Interventionen und Beihilfen auf dem Sektor der tierischen Erzeugnisse (Fleisch und Milch), die nach Gemeinschaftsvorschriften im Rahmen der gemeinsamen Organisation der Agrarmärkte vorgenommen und von Österreich vorfinanziert werden.

Voranschlagsansatz 1/60346 Flankierende Maßnahmen (EAGFL-Garantie)
Die veranschlagten Mittel sind nach der EU-VO 1221/97 für Maßnahmen zur Verbesserung der Erzeugung und Vermarktung von Honig vorgesehen.

Voranschlagsansatz 1/60356 Nationale Marktordnungsausg. u. flank. Maßn. (Bundesanteile)
Im Rahmen der gemeinsamen Organisation der Agrarmärkte ist eine zusätzliche Förderung der Mutterkuhhaltung vorgesehen. Zudem sind bei diesem Ansatz Mittel für weitere nationale Marktordnungsmaßnahmen, wie z.B. nationale Zuschüsse für Lagerhaltung und für Maßnahmen zur Verbesserung der Erzeugung und Vermarktung von Honig nach der EU-VO 1221/97, veranschlagt.

Voranschlagsansatz 1/60366 Förderungen der Entwicklung d.ländl. Raumes, EAGFL-Garantie
Die Maßnahmen der Entwicklung des ländlichen Raums werden ab dem Jahr 2000 aus der Abteilung Garantie des Europäischen Ausrichtungs- und Garantiefonds für die Landwirtschaft (EAGFL) kofinanziert. Diese Maßnahmen lösen eine Reihe von Maßnahmen, die bisher aus der Abteilung Ausrichtung des EAGFL kofinanziert wurden, ab (Ziel 5a und Ziel 5b).

Die Maßnahmen umfassen im gesamten Bundesgebiet:

die Agrarumweltmaßnahmen (ÖPUL);
die Ausgleichszulage für Landwirte in benachteiligten Gebieten;
die Aufforstung landwirtschaftlicher Flächen;
in den Gebieten außerhalb des Zieles 1 (Burgenland) betreffen die Förderungen außerdem Maßnahmen in den Bereichen:
Investitionen in landwirtschaftlichen Betrieben;
Prämien für die erste Niederlassung von Junglandwirten; - Berufsbildungsmaßnahmen;
Verbesserung der Verarbeitung und Vermarktung landwirtschaftlicher Erzeugnisse;
Forstwirtschaft;
Anpassung und Entwicklung von ländlichen Gebieten;
wie sie im 'Österreichischen Programm für die Entwicklung des ländlichen Raums' dargestellt sind.

Insgesamt stehen für den Programmzeitraum 2000 bis 2006 Mittel des EAGFL-Garantie in Höhe von 215,1 Millionen Euro zu Preisen wie 1999 zur Verfügung.

Voranschlagsansatz 1/60376 Förderung der Entwicklung des ländl. Raumes, Bundesanteil
Dieser Ansatz umfasst die Bundesanteile der für die Verwendung der bei Ansatz 1/60366 dargestellten Maßnahmen, sofern sie das Bundesministerium für Land- und Forstwirtschaft, Umwelt und Wasserwirtschaft betreffen.

Voranschlagsansatz 2/60305 Zucker, EU-Eigenmittel
Im Rahmen der Zuckermarktordnung der EU wird von den Mitgliedstaaten gemäß VO 1785/81 die Zuckerabgabe eingehoben, welche abzüglich der Verwaltungstangente an die EU weitergeleitet wird.

Titel 605 Lehr- und Versuchsanstalten

Gesetzliche Grundlagen
Land- und forstwirtschaftliches Bundesschulgesetz, BGBl. Nr. 175/1966, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 647/1994;
Bundesgesetz über die Bundesämter der Land- und Forstwirtschaft und landwirtschaftlichen Bundesämter, BGBl. Nr. 515/1994, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 201/1996;
Saatgutgesetz 1997, BGBl. I Nr. 72/1997, zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 39/2000;
Weingesetz 1999, BGBl. I Nr. 141/1999, zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 39/2000;
Düngemittelgesetz, BGBl. Nr. 513/1994, zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 72/1997;
Forstgesetz, BGBl. Nr. 440/1975, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 532/1995;
Futtermittelgesetz 1999, BGBl. I Nr. 139/1999;
Pflanzenschutzmittelgesetz 1997, BGBl. I Nr. 60/1997, zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 89/2000;

	Personal-ausgaben	Sach-ausgaben	Summe	Einnahmen
	Millionen Euro			
2000	76,7	29,4	106,1	13,4
2001	75,1	27,8	102,9	12,8
2002	75,2	27,8	103,0	12,9

Paragraf 6050 Landwirtschaftliche Bundeslehranstalten

Aufgaben
Zur Ausbildung des landwirtschaftlichen Nachwuchses sowie von Führungskräften bestehen in Österreich nachstehend angeführte, dem Bundesministerium für Land- und Forstwirtschaft, Umwelt und Wasserwirtschaft unterstehende höhere Lehranstalten sowie das Bundesseminar für das land- und forstwirtschaftliche Bildungswesen in Wien.

Der Wirkungsbereich der höheren Bundeslehranstalt und Bundesamt für Wein- und Obstbau sowie der Höheren Bundeslehr- und Versuchsanstalt für Gartenbau umfasst darüber hinaus laut BGBl. Nr. 515/1994 hoheitliche Aufgaben und Aufgaben des landwirtschaftlichen Forschungs- und Kontrollwesens.

Dazu gehören u.a.:
1. Forschung auf den Gebieten Weinbau, Obstbau, Obstlagerung, Kellerwirtschaft und Obstverarbeitung; amtliche Weinkommission.
2. Forschung auf dem Gebiet Gartenbau einschließlich Pflanzenzüchtung und Verwertung gärtnerischer Produkte; Sortenprüfung.

Organisation
In Wien:
Die Höhere Bundeslehr- und Versuchsanstalt für Gartenbau sowie das Bundesseminar für das land- und forstwirtschaftliche Bildungswesen in Wien (land- und forstwirtschaftliche Berufspädagogische Akademie mit dem land- und forstwirtschaftlichen berufspädagogischen Institut).

In Niederösterreich:
Die Höhere landwirtschaftliche Bundeslehranstalt 'Francisco-Josephinum' in Weinzierl, die Höhere Bundeslehranstalt und Bundesamt für Wein- und Obstbau in Klosterneuburg sowie die Höhere Bundeslehranstalt für Land- und Ernährungswirtschaft in Sitzenberg mit Wirtschaftsbetrieb.

In Oberösterreich:
Die Höhere Bundeslehranstalt für Land- und Ernährungswirtschaft mit Wirtschaftsbetrieb in Elmberg bei Linz und die Höhere landwirtschaftliche Bundeslehranstalt in St. Florian.

In Salzburg:
Die Höhere Bundeslehranstalt für alpenländische Landwirtschaft in Ursprung-Elixhausen mit Wirtschaftsbetrieb.

In Steiermark:
Die Höhere Bundeslehranstalt für alpenländische Landwirtschaft in Raumberg-Trautenfels mit Wirtschaftsbetrieb.

In Kärnten:
Die Höhere Bundeslehranstalt für Land- und Ernährungswirtschaft in Pitzelstätten mit Wirtschaftsbetrieb.

In Tirol:
Die Höhere Bundeslehranstalt für Land- und Ernährungswirtschaft in Kematen mit Wirtschaftsbetrieb.

Paragraf 6051 Bundesämter für Landwirtschaft und landwirtsch. Bundesanst.
Aufgaben
Der Wirkungsbereich der Bundesämter für Landwirtschaft und landwirtschaftlichen Bundesanstalten umfasst hoheitliche Aufgaben und Aufgaben des landwirtschaftlichen Forschungs- und Kontrollwesens.

Es bestehen u.a. die Aufgaben, durch Versuche auf allen einschlägigen Gebieten der Landwirtschaft, wie Pflanzen- und Futterbau, Düngung, Bodenwirtschaft, Pflanzenschutz, landwirtschaftliches Betriebswesen, Verfahrens- und Arbeitstechnik in der Landwirtschaft, der Tierzucht sowie der Milchwirtschaft und Landtechnik wissenschaftliche Erkenntnisse zu erproben, auszuwerten und der praktischen Landwirtschaft nutzbar zu machen.

Organisation
Diesen Zwecken dienen laut BGBl. Nr. 515/1994 folgende Bundesämter und Bundesanstalten:

Bundesamt und Forschungszentrum für Landwirtschaft (Wien)
Der Wirkungsbereich umfasst die Gebiete Boden und Standort, landwirtschaftliche Pflanzen -und Tierproduktion, landwirtschaftliche Produktionsmittel, land- und ernährungswirtschaftliche Erzeugnisse, landwirtschaftlicher und gartenbaulicher Pflanzenschutz und Ökologie unter besonderer Berücksichtigung chemischer, physikalischer und biologischer Vorgänge, Forschung auf dem Gebiet Bienenzucht und -haltung, Bienenkrankheiten und Erzeugung von Bienenprodukten.
Dazu gehören ua. die Überwachung des geschäftlichen Verkehres mit Saat- und Pflanzgut, Futter-, Dünge- und Pflanzenschutzmittel; Angelegenheiten des Schutzes von Pflanzensorten (Sortenschutzamt); die Kontrolle, Untersuchung, Begutachtung von landwirtschaftlichen Produktionsgrundlagen, -verfahren und -mitteln, von Kulturpflanzen und deren Sämereien, Pflanzenschutzmitteln und -ver-

fahren und von Pflanzen und pflanzlichen Produkten auf ihren Gesundheitszustand und Freiheit von Schadorganismen (amtlicher Pflanzenschutzdienst), Prüfung von Verfahren der landwirtschaftlichen Produktion und der Be- und Verarbeitung ihrer Erzeugnisse einschließlich Weinbehandlung. Untersuchung von Weinaufsichtsproben, Forschung auf den Gebieten der landwirtschaftlichen Ökosysteme und ihrer Wechselbeziehungen, des Verhaltens von Nähr-, Wirk- und Schadstoffen im System Boden-Pflanze-Tier; der landwirtschaftlichen Pflanzenproduktion einschließlich Pflanzenzüchtung und Verwertung pflanzlicher Erzeugnisse sowie Sorten- und Saatgutwesen; des landwirtschaftlichen und gartenbaulichen Pflanzenschutzes; der Bodenökologie sowie Boden- und Standortkunde.

Bundesamt für Agrarbiologie (Linz)
Der Wirkungsbereich umfasst unter besonderer Berücksichtigung chemischer, physikalischer und biologischer Vorgänge die Gebiete Ökologie, landwirtschaftliche Pflanzen- und Tierproduktion einschließlich landwirtschaftlicher Produktionsmittel und landwirtschaftlicher Erzeugnisse und Verarbeitungsprodukte.
Dazu gehören insbesondere die Überwachung des geschäftlichen Verkehres mit Saat- und Pflanzgut, Futter-, Dünge- und Pflanzenschutzmitteln; die Kontrolle, Untersuchung, Begutachtung von landwirtschaftlichen Produktionsgrundlagen und -mitteln, von Saat- und Pflanzgut. Prüfung von Verfahren der landwirtschaftlichen Produktion und der Be- und Verarbeitung ihrer Erzeugnisse.
Forschung u. a. auf den Gebieten der landwirtschaftlichen Ökosysteme und ihrer Wechselbeziehungen, des Verhaltens von Nähr-, Wirk- und Schadstoffen im System Boden-Pflanze-Tier; im Bereich von landwirtschaftlichen Produktionsgrundlagen, -mitteln und -methoden, landwirtschaftlichen Erzeugnisse; im Bereich der biologischen Landwirtschaft und Biodiversität.

Bundesamt für Weinbau (Eisenstadt)
Der Wirkungsbereich umfasst unter besonderer Berücksichtigung der landeskulturellen Verhältnisse im Burgenland die Gebiete Weinbau und Weinuntersuchung.
Inbesondere gehören dazu die Forschung über Weinbau und Wein, die Untersuchung und Begutachtung von Trauben, Most und Wein sowie deren Sekundärprodukte, von Wein anlässlich der Erteilung der staatlichen Prüfnummer sowie die amtliche Weinkostkommission; Behörde 1. Instanz bei der Bescheiderteilung über die staatliche Prüfnummer.

Bundesanstalt für alpenländische Landwirtschaft (Gumpenstein)
Ihr Wirkungsbereich umfasst die Gebiete Pflanzen- und Tierproduktion, Technik und Bauwesen, Ökologie sowie Arbeits- und Betriebswirtschaft in der Landwirtschaft im alpenländischen Raum.
Forschung u. a. auf dem Gebiet der Pflanzen- und Tierproduktion mit besonderer Berücksichtigung der Grünlandwirtschaft und des Ackerbaues in Bergregionen. In der Tierproduktion Durchführung von Haltungs-, Fütterungs-, Kreuzungs- und Aufzuchtversuchen.

Bundesanstalt für alpenländische Milchwirtschaft (Rotholz)
Zu ihrem Wirkungsbereich gehören Forschung, Entwicklung, Qualitätssicherung und Untersuchungen auf dem Sektor Milch und Milcherzeugnisse unter besonderer Berücksichtigung der Produktionsbedingungen und der traditionellen Milcherzeugnisse in den alpenländischen Gebieten, sowie Gewinnung, Be- und Verarbeitung von Milch in dem für Forschungs-, Versuchs- und Ausbildungszwecke notwendigen Ausmaß und Vermarktung der hiebei entstehenden Erzeugnisse, Züchtung und Abgabe von Käsereikulturen.

Bundesanstalt für Milchwirtschaft (Wolfpassing)
Ihr Wirkungsbereich umfasst Forschung und Entwicklung auf den Sektoren Eutergesundheit, Milchhygiene, Gewinnungs- und Sammlungstechnik, Verfahrenstechnik, Qualitätssicherung, Analysentechnik im chemischen und mikrobiologischen Bereich, die Untersuchung von Milch und Erzeugnissen aus Milch, die Begutachtung von Molkereihilfsstoffen, Zusatzstoffen, Reinigungs- und Desinfektionsmitteln, Maschinen und Geräten, weiters die Be- und Verarbeitung von Milch, in dem für Forschungs-, Versuchs- und Ausbildungszwecke notwendigen Ausmaß und Vermarktung der hierbei entstehenden Erzeugnisse sowie Herstellung und Vertrieb von Standard-Eichlösungen.
Beide Anstalten sind darüber hinaus in die milchwirtschaftliche Aus- und Weiterbildung eingebunden.

Bundesanstalt für Landtechnik in Wieselburg.
Ihr Wirkungsbereich umfasst gemäß BGBl. Nr. 515/1994 das Gebiet der Landtechnik, das sind alle maschinen-, verfahrens-, energie- und arbeitstechnischen Angelegenheiten in der Landwirtschaft und die nachwachsenden Rohstoffe für den Nichtnahrungsmittelbereich, insbesondere Forschung und Entwicklung auf dem Gebiet der Landtechnik und der nachwachsenden Rohstoffe;

Untersuchung von Verfahren der landwirtschaftlichen Arbeitswirtschaft einschließlich der Hauswirtschaft sowie der ergonomischen Arbeitsplatzgestaltung;
Prüfung landwirtschaftlicher Fahrzeuge, Maschinen, Geräte, technischer Einrichtungen und Verfahren hinsichtlich technischer und leistungsmäßiger Eigenschaften für die Land-, Forst- und Ernährungswirtschaft, auf Betriebs- und Arbeitssicherheit, ergonomisch richtige Gestaltung, Wirtschaftlichkeit und Umweltfreundlichkeit und die Verleihung von Prüfzeichen hierüber; Untersuchung und Prüfung von Produkten aus nachwachsenden Rohstoffen für den Nichtnahrungsmittelbereich.

Paragraf 6052 Forstwirtschaftliche Bundeslehranstalten

Aufgaben und Organisation
Bei diesem Paragrafen ist der Aufwand für die Höheren Lehranstalten für Forstwirtschaft in Gainfarn bei Bad Vöslau und in Bruck/Mur (BGBl. Nr. 225/1976) sowie für die einjährige Forstfachschule in Waldhofen/Ybbs, die 1974 eingerichtet wurde (BGBl. Nr. 649/1975), veranschlagt.
Die Höheren Lehranstalten für Forstwirtschaft vermitteln die Ausbildung für den gehobenen Forstdienst (Förster) sowie eine fundierte Ausbildung für die Bereiche Natur- und Umweltschutz. Der Maturant erreicht die Studienberechtigung an Universitäten, Fachhochschulen und Akademien.
Die Forstfachschule vermittelt die Ausbildung für Forstwarte, zur Mitwirkung bei der Durchführung des forst- und jagdlichen Betriebsdienstes, sowie für den Forstschutz- und forstlichen Beratungsdienst, wobei für schon bisher in der Forstwirtschaft tätige Personen eine qualifizierte Ausbildung eröffnet wird.

Paragraf 6053 Forstliche Bundesversuchsanstalt

Waldforschungszentrum FBVA
Forschungsbereich und Fachgebiete
Als Hauptträgerin des angewandten forstlichen Forschungs- und Versuchswesens in Österreich ist die Forstliche Bundesversuchsanstalt mit der fachwissenschaftlichen Bearbeitung und Lösung forstlicher Fragen beauftragt. Ihre Aufgaben bestehen aus Forschung, Versuchstätigkeit, Gutachtertätigkeit und Beratung. Die Forstliche Bundesversuchsanstalt umfasst die acht Fachinstitute Waldbau, Forstgenetik, Forstökologie, Forstschutz, Waldwachstum und Betriebswirtschaft, Immissionsforschung Forstchemie sowie Lawinen- und Wildbachforschung, weiters sechs Abteilungen für wissenschaftliche und technische Hilfsdienste.
Die Schwerpunkte der Forschungs- und Untersuchungstätigkeit sind Waldschadenserhebungen und Umwelt-Monitoring sowie Programme zur Erhaltung und Sicherung des österreichischen Waldes und zur Risikoabschätzung von Muren und Lawinen. Viele Arbeiten dienen der Erfüllung internationaler Verpflichtungen, so der Einrichtung und wissenschaftlichen Betreuung des österreichischen Naturwaldreservatennetzes (Ende 1999 164 Reservate mit 7.955 ha Fläche) und der beiden Projekte 'Österreichisches Waldschaden-Beobachtungssystem' und 'Flächen zur intensiven und fortgesetzten Waldzustandsüberwachung', welche Daten über den österreichischen Waldzustand für EU- und andere internationale Gremien erheben. Sie liefern gleichzeitig Eckdaten für die österreichische Forstpolitik, was in besonderem Ausmaß auch für die österreichische Waldinventur gilt. Das österreichische Bioindikatornetz ermöglicht eine Abschätzung der Schadstoffbelastung des Waldes, in erster Linie in Bezug auf Schwefeleinwirkung.
Im Rahmen der ökosystemaren Studien am Höhenprofil Achenkirch in Tirol erforscht die FBVA gemeinsam gemeinsam mit zahlreichen in- und ausländischen Forschungsinstitutionen die Belastung und Belastbarkeit von Waldökosystemen, unter anderem durch Ozon.

1999 wurde das weltweit erste mehrdimensionale Lawinenkatastrophenmodell SAMOS, eine Gemeinschaftsforschung der FBVA, WLV, der TU Wien und der Grazer Firma AVL, einsatzfähig.

Weitere wichtige Projekte dienen der Erhaltung der genetischen Vielfalt der österreichischen Wälder und der Zusammenarbeit im Rahmen der EU im Bereich der Forstgenetik (Biodiversität in alpinen Waldökosystemen, Abschätzung der genetischen Variation im Vermehrungsgut der Rotbuche), der Forstökologie (Beziehungen zwischen Wachstumsänderungen und Ernährungszustand in europäischen Fichten-, Kiefern- und Buchenwäldern), im Forstschutz (Befallsrisiko von Splintholznematoden in Zusammenhang mit der südeuropäischen Kiefernwelke und Holzimporten aus Asien), in der Immissionsforschung (Reaktion junger Fichten auf Ozon-, Wasser- und Nährstoffstress) und in der Lawinenforschung (Lawinenkartierung, Modellvalidierung und Warnsysteme sowie Concerted Action on Forecasting, Prevention and Reduction of Landslide and Avalanche Risks).

Paragraf 6054 Bundesanstalt für Agrarwirtschaft
Der Sitz der Bundesanstalt für Agrarwirtschaft ist Wien.
Ihr Wirkungsbereich umfasst gemäß BGBl. Nr. 515/1994 das Gebiet Agrarwirtschaft unter mikro- und makroökonomischen Gesichtspunkten.

Zum Wirkungsbereich gehören insbesondere:
Forschung auf dem Gebiet der Agrarwirtschaft Österreichs hinsichtlich Betriebswirtschaft, Agrarsoziologie, Regionalforschung und Regionalpolitik, Natur- und Umweltschutz, Agrarstatistik sowie internationaler Wirtschaftsintegration und Weltagrarwirtschaft;
Führung einer agrarwirtschaftlichen Spezialbibliothek und Dokumentationsstelle Österreichs.

Paragraf 6056 Bundesanstalt für Bergbauernfragen
Der Sitz der Bundesanstalt für Bergbauernfragen ist Wien.
Ihr Wirkungsbereich umfasst gemäß BGBl. Nr. 515/1994 das Gebiet Probleme des Bergraumes und anderer Gebiete mit ungünstiger Struktur und der in diesen Räumen lebenden Bevölkerung.
Zu ihrem Wirkungsbereich gehören insbesondere:
Forschung in Angelegenheiten des Bergraumes sowie Analysen der natürlichen, gesellschaftlichen, ökonomischen und politischen Ursachen der Probleme des Bergraumes und anderer Gebiete mit ungünstiger Struktur; Analyse und Bewertung von Maßnahmen und Instrumenten zur Lösung der Probleme des Bergraumes und anderer Gebiete mit ungünstiger Struktur.
Die Bundesanstalt für Bergbauernfragen wurde mit BGBl. II Nr. 424/1999 als eine jener Dienststellen bestimmt, auf die die Flexibilisierungsklausel gemäß §§ 17a und 17b Bundeshaushaltsgesetz mit einer Laufzeit bis 31. 12. 2003 Anwendung findet.

Paragraf 6058 Bundesamt für Wasserwirtschaft
Unter diesem Paragraph sind die Ausgaben für das Bundesamt für Wasserwirtschaft veranschlagt, dessen Rechtsgrundlage das Bundesgesetz, BGBl. Nr. 516/1994, bildet. Das Bundesamt für Wasserwirtschaft wurde mit BGBl. II Nr. 425/1999 als eine jener Dienststellen bestimmt, auf die die Flexibilisierungsklausel gemäß §§ 17a und 17b Bundeshaushaltsgesetz mit einer Laufzeit bis 31. 12. 2003 Anwendung findet.

Organisation und Aufgaben
1. Institut für Wassergüte in Wien
Der Aufgabenbereich umfasst die Erarbeitung fachlicher Grundlagen im Rahmen der nationalen und internationalen Interessen und Aufgaben des Bundes mit übergeordneter Bedeutung in sachlicher, örtlicher oder budgetärer Hinsicht.
Dies umschließt insbesondere die Mitwirkung an wasserwirtschaftlichen Planungen und Untersuchungen sowie der Erhebung der Wassergüte und der Umsetzung von wasserbezogenen EU-Regelungen angewandte Forschung sowie die Mitarbeit in einschlägigen internationalen Gremien und Organisationen.

2. Institut für Kulturtechnik und Bodenwasserhaushalt in Petzenkirchen
Der Aufgabenbereich des Institutes umfasst Untersuchungen, die angewandte Forschung, und Gutachtenerstellung sowie den nationalen und internationalen Erfahrungsaustausch auf den Gebieten des Bodenwasserhaushaltes und der Kulturtechnik mit Schwerpunkt Grundwasserschutz sowie Mitarbeit an der Beurteilung des Guten Zustandes beim Grundwasser gemäß EU-Rahmenrichtlinie.

3. Institut für Wasserbau und hydrometrische Prüfung in Wien
Die Aufgabe des Institutes ist die modelltechnische Simulierung von beabsichtigten Veränderungen und Eingriffen in den natürlichen Ablauf der Gewässer, insbesondere im Rahmen von Hochwasserschutzbauten, Kraftwerksanlagen, Verkehrsanlagen und sonstigen Bauten an Gewässern mit dem Ziele der rechtzeitigen und umfassenden Berücksichtigung der gesamtvolkswirtschaftlichen Aspekte des Wasserhaushaltes, insbesondere im Rahmen einer entsprechenden Effizienz der staatlichen Wasserbautenförderung und der Wahrnehmung der internationalen Rechte und Verpflichtungen Österreichs gegenüber seinen Nachbarstaaten. Ferner obliegt dem Institut die Prüfung und Eichung der hydrometrischen Messgeräte.

4. Institut für Gewässerökologie, Fischereibiologie und Seenkunde
Der Aufgabenbereich umfasst Erarbeitung sachlicher Grundlagen zur Erhaltung der ökologischen Funktionsfähigkeit der Gewässer im Zusammenhang mit Wasserbauten und Sicherung der Vielfalt autochthoner Fischarten, das Forschungs- und Versuchswesen auf dem Gebiet der gewässerverträglichen

Fischerei und gewässerverträglichen Methoden zur Produktion gesunder aquatischer Organismen, die Erfassung von Fischregionen und Fischartenkartierung, Mitarbeit an der Beurteilung des Guten Zustandes beim Grundwasser gemäß EU-Rahmenrichtlinie sowie die Erfassung des Zustandes von stehenden Gewässern und der Einflussfaktoren und die Beurteilung von Sanierungsstrategien.

Titel 607 Sonstige Einrichtungen des Schul- und Ausbildungswesens

Gesetzliche Grundlagen

Grundsätze über die land- und forstwirtschaftlichen Berufs- und landwirtschaftlichen Fachschulen, BGBl. Nr. 319 und 320/1975, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 648 und 649/1994;
Forstgesetz, BGBl. Nr. 440/1975, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 419/1996;
Finanzausgleichsgesetz 2001, BGBl. I Nr. 3/2001.

	Personal-ausgaben	Sach-ausgaben	Summe	Einnahmen
	Millionen Euro			
2000	1,7	34,8	36,5	0,6
2001	1,7	33,7	35,4	0,7
2002	1,7	33,7	35,4	0,7

Paragraf 6071 Land- und forstw. Berufs- und landwirtsch. Fachschulen

Gemäß § 3 Abs. 1 Z 2 Finanzausgleichsgesetz 1997 ersetzt der Bund den Ländern von den Kosten der Besoldung (Aktivitätsbezüge) der Lehrer an land- und forstwirtschaftlichen Berufs- und Fachschulen 50%. Der Personalaufwand der übrigen Bediensteten, die nicht Lehrer sind, sowie der übrige Sachaufwand werden zur Gänze von den Ländern getragen.

Aufgaben

Die Landwirtschaftsschulen haben die Aufgabe, die in der Landwirtschaft tätige Jugend fachlich aus- und weiterzubilden. Die Landwirtschaftsschulen gliedern sich in land- und forstwirtschaftliche Berufs- und landwirtschaftliche Fachschulen. Während die land- und forstwirtschaftlichen Berufsschulen die unmittelbar schulentlassene Jugend erfassen und ihr die für ihren land- und forstwirtschaftlichen Beruf notwendige allgemeine und grundlegende fachliche Bildung vermitteln, haben die landwirtschaftlichen Fachschulen die Aufgabe, die reifere ländliche Jugend fachlich so auszubilden, dass sie imstande ist, entweder selbst einmal einen landwirtschaftlichen Betrieb zu führen oder im landwirtschaftlichen Beruf tätig zu sein.

Paragraf 6072 Forstliche Ausbildungsstätten

Aufgaben

Die forstlichen Ausbildungsstätten haben die Aufgabe, die in der Forstwirtschaft Tätigen durch geeignete Veranstaltungen, wie Kurse, Vorträge und Vorführungen, fachlich weiterzubilden. Sie sind ferner ermächtigt, Forstschutzorgane auszubilden.
Die Forstlichen Ausbildungsstätten haben weiters die Aufgabe, die bei der praktischen Erprobung von forstlichen Arbeitsverfahren, Geräten und Maschinen gewonnenen Erkenntnisse weiterzugeben. Im Rahmen dieser Tätigkeit übernehmen sie auch die Ausbildung bäuerlicher Waldbesitzer und machen sie mit den Fortschritten der modernen Forstwirtschaft vertraut.
Sie nehmen darüber hinaus zunehmend Aufgaben der forstlichen Öffentlichkeitsarbeit sowie der Waldpädagogik wahr.
Gemäß § 6 der Verordnung des Bundesministers für Land- und Forstwirtschaft, BGBl. Nr. 649/ 1975, bestehen Forstliche Ausbildungsstätten in Ort bei Gmunden und in Ossiach.

Titel 608 Einrichtungen für Schutzwasserbau und Lawinenverbauung

Gesetzliche Grundlagen

Gesetz betreffend Vorkehrungen zur unschädlichen Ableitung von Gebirgsgewässern, RGBl. 117/1884, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 54/1959;
Wasserbautenförderungsgesetz, BGBl. Nr. 148/1985, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 516/1994;
Katastrophenfondsgesetz, BGBl. Nr. 201/1996, zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 143/2000.

	Personal-ausgaben	Sach-ausgaben	Summe	Einnahmen
	Millionen Euro			
2000	11,5	126,1	137,6	127,3
2001	10,9	114,2	125,1	124,4
2002	10,9	114,2	125,1	123,0

Paragraf 6080 Wildbach- und Lawinenverbauungsdienst
Gemäß Art. 102 des Bundes-Verfassungsgesetzes wird der Wildbach- und Lawinenverbauungsdienst unmittelbar von Bundesdienststellen versehen.

Aufgaben und Organisation
Der Forsttechnische Dienst für Wildbach- und Lawinenverbauung hat die Projekte für die Wildbach- und Lawinenverbauung, die in der zuständigen Gruppe des Bundesministeriums für Land- und Forstwirtschaft, Umwelt und Wasserwirtschaft fachlich und kostenmäßig überprüft werden, auszuarbeiten und nach ihrer Genehmigung auch auszuführen. Außerdem wirkt er im Erhaltungs- und Betreuungsdienst im Sinne des § 13 Wasserbautenförderungsgesetz mit.
Die Projektsverfassung und Baudurchführung erfolgt durch die in den Bundesländern befindlichen Gebietsbauleitungen des Forsttechnischen Dienstes für Wildbach- und Lawinenverbauung.
Die Sektionen des Dienstzweiges verwalten die für die Durchführung der Baumaßnahmen erforderlichen Gelder, das sind die auf Grund des Bundesfinanzgesetzes jeweils bewilligten, beim VA-Ansatz 1/60826 veranschlagten Bundeszuschüsse, die Mittel des Katastrophenfonds bei den VA-Ansätzen 1/60126, 1/60836 und 1/60838 sowie die Landes- und Interessentenbeiträge.

Paragraf 6081 Öffentliches Wassergut
Gemäß Verordnung des Bundesministers für Land- und Forstwirtschaft, BGBl. Nr. 280/1969, ist die Verwaltung des öffentlichen Wassergutes nach Art. 104 Abs. 2 des Bundesverfassungsgesetzes den Landeshauptmännern übertragen. Im Zusammenhang mit der Verwaltung dieses öffentlichen Wassergutes ergeben sich laufend Einnahmen und sind auch ständig Ausgaben zu begleichen. Die Einnahmen ergeben sich aus Miet- und Pachtzinsen sowie aus Nutzungen, die Ausgaben fallen für den Ankauf von Grundstücken zur ordnungsgemäßen Verwaltung des öffentlichen Wassergutes sowie die Herstellung der Grundbuchsordnung, für Vermessungen und dergleichen an.

Paragraf 6082 Wildbach- und Lawinenverbauung
Im BVA 2002 sind nur Erinnerungsposten vorgesehen.

Paragraf 6083 Wildbach- und Lawinenverbauung (Mittel d.Katastrophenfonds)
Voranschlagsansatz 1/60836 Bundeszuschüsse für vorbeugende Maßnahmen (zweckgeb.Geb.)
Die aus dem Katastrophenfonds zur Verfügung gestellten Mittel sind zweckgebunden für vorbeugende Maßnahmen gegen Naturkatastrophen und für die Sanierung von geschädigten Wäldern sowie für Erhebungen und Projektierungen in Wäldern mit Schutzwirkung vorgesehen und werden als Bundeszuschüsse weitergegeben.

Voranschlagsansatz 1/60838 Projektierungsk.f.Wildbach-u. Lawinenverbauungen(zweckg.Geb)
Die aus dem Katastrophenfonds zur Verfügung gestellten Mittel sind zweckgebunden für die Bedeckung von Erhebungs-, Planungs- und Projektierungskosten für die nach § 9 des Wasserbautenförderungsgesetzes 1985 gegebenen Aufgabenstellungen der Wildbach- und Lawinenverbauung zu verwenden.

Paragraf 6084 Bundesflüsse
Mit den vorgesehenen Mitteln werden die Kosten für die Instandhaltung der Gewässer, die Herstellungs-, Instandhaltungs- und Betriebskosten von Schutz-, Regulierungs- und Hochwasserrückhaltemaßnahmen von Projekten, generellen Projekten, Gefahrenzonenplänen, Schutzwasserwirtschaftlichen Grundsatzkonzepten, Gutachten usw. sowie von Vorsorge- und Ersatzmaßnahmen an Grenzgewässern und sonstigen vom Bund betreuten Gewässern nach den Bestimmungen der §§ 1, 8, 25 und 26 des Wasserbautenförderungsgesetzes 1985 bestritten. Ausgenommen sind lediglich die wasserbautechnischen Angelegenheiten an der Donau, March und Thaya von der Staatsgrenze in Bernhardsthal bis zur Mündung in die March, die entsprechend dem Bundesministeriengesetz 1986 in den Wirkungsbereich des Bundesministeriums für wirtschaftliche Angelegenheiten fallen. Die in den Posten 1/60848 6120 161

bzw. 162 angeführten Beträge resultieren aus der automatisationsunterstützten Verrechung der Interessentenmitteleinnahmen bei den VA-Ansätzen 2/60844 bzw. 2/60845.

Paragraf 6085 Bundesflüsse (Mittel des Katastrophenfonds)
Die aus dem Katastrophenfonds zur Verfügung gestellten Mittel sind zweckgebunden zur Bedeckung der Kosten für die Instandhaltung der Gewässer, die Herstellungs-, Instandhaltungs- und Betriebskosten von Schutz-, Regulierungs- und Hochwasserrückhalteanlagen, von Projekten, generellen Projekten, Gefahrenzonenplänen, schutzwasserwirtschaftlichen Grundsatzkonzepten, Gutachten usw. sowie von Vorsorge- und Ersatzmaßnahmen an Grenzgewässern und sonstigen vom Bund betreuten Gewässern nach den Bestimmungen der §§ 1, 8, 25 und 26 des Wasserbautenförderungsgesetzes. Ausgenommen sind die wasserbautechnischen Angelegenheiten an der Donau, March und Thaya von der Staatsgrenze in Bernhardsthal bis zur Mündung in die March, die entsprechend dem Bundesministeriengesetz 1986 in den Wirkungsbereich des Bundesministeriums für wirtschaftliche Angelegenheiten fallen.

Paragraf 6087 Interessentengewässer (Mittel des Katastrophenfonds)
Aus den bei diesem Voranschlagsansatz aus dem Katastrophenfonds zur Verfügung gestellten zweckgebundenen Mitteln werden Beiträge (Bundeszuschüsse) zu den Kosten für Maßnahmen zur Verbesserung der Abflussverhältnisse, für Schutz-, Instandhaltungs- und Regulierungsmaßnahmen, für Projekte, generelle Projekte, Gefahrenzonenpläne, schutzwasserwirtschaftliche Grundsatzkonzepte, Gutachten usw. und Vorsorge- und Ersatzmaßnahmen an Gewässern, die nicht zu den Grenzgewässer bzw. sonstigen vom Bund betreuten Gewässern gehören, nach den Bestimmungen der §§ 1, 5, 6, 25, 26 und 28 des Wasserbautenförderungsgesetzes gewährt. Die Maßnahmen sind für die Sicherung von Siedlungen, Verkehrsflächen und landwirtschaftlichen Kulturflächen außerordentlich wichtig.

Voranschlagsansatz 2/60844 Bundesflüsse (erfolgswirksame Einnahmen)
Bei diesem Voranschlagsansatz werden jene Interessentenbeiträge verrechnet, die nach den Bestimmungen der §§ 1, 8, 25, 26 und 28 des Wasserbautenförderungsgesetzes von den örtlichen Interessenten zu Maßnahmen an Bundesflüssen zu leisten sind. Die für derartige Maßnahmen bestimmten Bundesmittel sind bei dem Voranschlagsansatz 1/60848 zu leisten.

Voranschlagsansatz 2/60890 Mittel des Katastrophenfonds (zweckgebundene Einnahmen)
Diese Mittel werden aus dem beim Kapitel 53 mitveranschlagten Katastrophenfonds zur Verfügung gestellt und bei den Voranschlagsansätzen 1/60126, 1/60808, 1/60836, 1/60838, 1/60858 und 1/60876 verausgabt.

Titel 609 Sonstige nachgeordnete Dienststellen

Gesetzliche Grundlagen
Weingesetz 1999, BGBl. I Nr. 141/1999, zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 39/2000;
Bundesgesetz über Maßnahmen zum Schutze gegen das Verbringen von Schadorganismen der Pflanzen und Pflanzenerzeugnisse (Pflanzenschutzgesetz 1995), BGBl. Nr. 532/1995, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 73/1997;
Pflanzgutgesetz 1997, BGBl. I Nr. 73/1997, zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 39/2000;
Pflanzenschutzmittelgesetz 1997, BGBl. I Nr. 60/1997, zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 39/2000;
Forstgesetz, BGBl. Nr. 440/1975, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 532/1995.

	Personal-ausgaben	Sach-	Summe	Einnahmen
	Millionen Euro			
2000	13,2	8,3	21,5	4,7
2001	8,9	4,7	13,7	3,5
2002	8,9	4,7	13,6	3,5

Unterschiede zu Vorjahren
Infolge der Ausgliederung der Spanischen Reitschule - Bundesgestüt Piber und Umwandlung in eine GesmbH mit Wirkung vom 1. Jänner 2001 ist der Paragraph 6094 ab dem Jahr 2001 nicht mehr dotiert.

Paragraf 6090 Phytosanitäre Kontrollen

Bei diesem Paragraf erfolgt die Verrechnung der Ausgaben, die bei phytosanitären Kontrollen von Pflanzen und Pflanzenerzeugnissen auf Grund des Bundesgesetzes über Maßnahmen zum Schutz gegen das Verbringen von Schadorganismen der Pflanzen und Pflanzenerzeugnisse (Pflanzenschutzgesetz 1995) sowie sonstiger Maßnahmen im Pflanzenschutzbereich entstehen. Weiters sind hier Mittel für die fachliche Kontrolle von eingeführtem Vermehrungsgut gemäß Forstgesetz 1975 veranschlagt.

Paragraf 6091 Bundeskellereiinspektion

Aufgaben und Organisation
Auf Grund des § 51 Abs. 1 des Weingesetzes 1999 idgF obliegt der Bundeskellereiinspektion, die dem Bundesminister für Land- und Forstwirtschaft unterstellt ist, die Überwachung des Verkehrs mit Wein und Obstwein, für die Dauer ihrer kellereimäßigen Bearbeitung auch aller sonstigen aus dem Saft frischer Weintrauben gewonnenen Produkte, sowie der Weinbehandlungsmittel.
Sie ist durch ihre Organe berechtigt, überall wo obgenannte Produkte erzeugt, gelagert oder in Verkehr gebracht werden, Nachschau zu halten. Erforderlichenfalls sind die Produkte einschließlich der Behälter zu beschlagnahmen oder in besonderen Fällen die Betriebsräume oder Transportmittel zu versiegeln.

Darüber hinaus wirkt die Bundeskellereiinspektion beratend und helfend und leistet damit bundesweit einen wesentlichen Beitrag für die Weinwirtschaft.

Paragraf 6093 Bundesgärten

Aufgaben und Organisation
Zu den Bundesgärten zählen:
in Wien die Parkanlagen der Schlösser Schönbrunn und Belvedere, der Augarten, weiters der Burggarten und der Volksgarten;
in Innsbruck der Hofgarten und der Schlosspark in Ambras.

Der Bundesgartenverwaltung obliegen nachstehende Aufgaben:

Pflege und gärtnerische Ausgestaltung der historischen bundeseigenen Parkanlagen
Erhaltung und Ausbau der botanisch äußerst wertvollen Pflanzensammlungen,
Durchführung von Pflanzenschauen, Palmenhaus, um der Öffentlichkeit das Material der Sammlungen zugänglich zu machen,
Ausführung von Dekorationen bei Staatsbesuchen, Empfängen, Kongressen, sonstigen offiziellen Veranstaltungen u. dgl.,
Produktion des für die vorangeführten Aufgaben erforderlichen Pflanzen- und Schnittmaterials.

Darüber hinaus hat die Bundesgartenverwaltung im Raum Wien zahlreiche Bundesgebäude (z.B. Hofburg, Parlament, Justizpalast usw.) gärtnerisch zu betreuen.

Paragraf 6096 Forstwirtschaftliche Bundeslehr- und Versuchsforste

Aufgaben und Organisation
Bei diesem Paragrafen sind die Ausgaben für die Bundeslehr- und Versuchsforste Merkenstein, Ulmerfeld, Lahnhube, Kollerhube, Bruck an der Mur, Ort und Ossiach veranschlagt.
Der Bundeslehr- und Versuchsforst Merkenstein dient der Höheren Lehranstalt für Forstwirtschaft (Försterschule) Gainfarn als Lehrforst, während das Forstgut Ulmerfeld Lehrforst der Forstfachschule Waidhofen an der Ybbs, das Forstgut Lahnhube und der Lehr- und Versuchsforst Bruck an der Mur Lehrforst der Höheren Lehranstalt für Forstwirtschaft Bruck an der Mur ist.
Der Lehrforst Ort dient der Forstlichen Ausbildungsstätte Ort und das Forstgut Kollerhube sowie der Lehrforst Ossiach der Forstlichen Ausbildungsstätte Ossiach zur praktischen Ausbildung im Wald.
Außerdem werden in den oben angeführten Lehrforsten von den genannten Dienststellen sowie von der Forstlichen Bundesversuchsanstalt Versuchstätigkeiten durchgeführt.

Kapitel 61 Umwelt neu

Die Einnahmen und Ausgaben dieses Kapitels ergeben sich aus dem Wirkungsbereich des Bundesministeriums für Land- und Forstwirtschaft, Umwelt und Wasserwirtschaft gemäß dem Bundesministeriengesetz 1986, BGBl. Nr. 76, zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 141/2000, insbesondere Anlage zu § 2 Teil 2, Abschnitt H, soweit Angelegenheiten der Umweltpolitik und des Umweltschutzes betroffen sind.

Gesamtgebarung

	Personal-ausgaben	Sach-	Summe	Einnahmen
	Millionen Euro			
2000	0,0	289,0	289,0	187,6
2001	0,0	443,4	443,4	252,3
2002	0,0	482,1	482,1	270,8

Auf Grund der Bundesministeriengesetz-Novelle 2000 sind die Angelegenheiten der Umweltpolitik und des Umweltschutzes mit Wirkung 1. April 2000 dem Bundesministerium für Land- und Forstwirtschaft, Umwelt und Wasserwirtschaft übertragen worden. Die mit dem Umweltschutz in Zusammenhang stehenden Ausgaben und Einnahmen waren bis vor dem Inkrafttreten der Bundesministeriengesetz-Novelle bei Kapitel 18 veranschlagt.

Titel 610 Bundesministerium; Zweckaufwand I

	Personal-ausgaben	Sach-	Summe	Einnahmen
	Millionen Euro			
2000	0,0	5,8	5,8	0,3
2001	0,0	7,4	7,4	0,2
2002	0,0	7,4	7,4	0,2

Die Personalausgaben für die Zentralleitung sind beim Titel 600 mitveranschlagt.
Unter den Sachausgaben sind die Ausgaben für die Zentralleitung des Umweltbereiches (Anlagen, Aufwendungen) veranschlagt.

Titel 611 Bundesministerium; Zweckaufwand II

	Personal-ausgaben	Sach-	Summe	Einnahmen
	Millionen Euro			
2000	0,0	10,8	10,8	0,0
2001	0,0	16,2	16,2	0,0
2002	0,0	16,2	16,2	0,0

Paragraf 6110 Umweltbundesamt Gesellschaft m.b.H. (UBA-GmbH)
Gesetzliche Grundlage
Bundesgesetz über die Umweltkontrolle und die Einrichtung einer Umweltbundesamt Gesellschaft mit beschränkter Haftung, BGBl. I Nr. 152/1998, zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 138/1999.

Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen)
Hier werden Zahlungen an die mit 1. Jänner 1999 gegründete UBA-GmbH verrechnet.

Titel 612 Umweltschutz

Gesetzliche Grundlagen

Umweltförderungsgesetz, BGBl. Nr. 185/1993, zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 142/2000;

Verordnung der Bundesregierung über die Vergütung für die Mitglieder und Ersatzmitglieder des Umweltsenates, BGBl. II Nr. 95/1997;

Bundesgesetz über die Förderung des Wasserbaues aus Bundesmitteln (Wasserbautenförderungsgesetz 1985), BGBl. Nr. 148/1985, zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 96/1997;

Umwelt- und Wasserwirtschaftsfondsgesetz, BGBl. Nr. 79/1987, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 256/1993;

Finanzausgleichsgesetz 2001, BGBl. I Nr. 3/2001;

Umweltverträglichkeitsprüfungsgesetz, BGBl. Nr. 697/1993, zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 89/2000;

Bundesgesetz über den Umweltsenat, BGBl. I Nr. 114/2000;

Bundesgesetz über die Gründung und Beteiligung an der Nationalparkgesellschaft Donau-Auen GmbH, BGBl. Nr. 653/1996;

Bundesgesetz über die Gründung und Beteiligung an der Nationalpark Oberösterreichische Kalkalpen Gesellschaft m. b. H., BGBl. I Nr. 50/1997;

Bundesgesetz über die Gründung und Beteiligung an der Nationalpark Thayatal GmbH, BGBl. I Nr. 57/1998;

Vereinbarung gemäß Art. 15a B-VG zwischen dem Bund und den Ländern Kärnten, Salzburg und Tirol über die Zusammenarbeit in Angelegenheiten des Schutzes und der Förderung des Nationalparks Hohe Tauern, BGBl. Nr. 570/1994;

Pflanzenschutzmittelgesetz, BGBl. I Nr. 39/2000;

Washingtoner Artenschutzübereinkommen-Durchführungsgesetz, BGBl. Nr. 179/1996;

Vereinbarung über die Festlegung von Immissionsgrenzwerten für Luftschadstoffe und über Maßnahmen zur Verringerung der Belastung der Umwelt samt Anlagen, BGBl. Nr. 443/1987;

Smogalarmgesetz, BGBl. Nr. 38/1989, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 210/1992;

Ozongesetz, BGBl. Nr. 210/1992, zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 115/1997;

Bundesgesetz zum Schutz vor Immissionen durch Luftschadstoffe, BGBl. I Nr. 115/1997;

Umweltkontrollgesetz, BGBl. I Nr. 152/1998, zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 138/1999;

Chemikaliengesetz, BGBl. I Nr. 53/1997, zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 105/2000;

Giftverordnung, BGBl. Nr. 212/1989, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 449/1993;

Altlastensanierungsgesetz, BGBl. Nr. 299/1989, zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 142/2000;

Abfallwirtschaftsgesetz, BGBl. Nr. 325/1990, zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 90/2000;

Bundesgesetz zur Schaffung eines Gütezeichens für Holz und Holzprodukte aus nachhaltiger Nutzung, BGBl. Nr. 309/1992, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 228/1993;

Bundesgesetz über ein Verbot des Verbrennens biogener Materialien außerhalb von Anlagen, BGBl. Nr. 405/1993;

Umweltinformationsgesetz, BGBl. Nr. 495/1993, zuletzt geändert duch BGBl. I Nr. 137/1999;

Gentechnikgesetz, BGBl. Nr. 510/1994, zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 73/1998;

Strahlenschutzgesetz, BGBl. Nr. 227/1969, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 657/1996.

Aufgaben

Die Zielsetzungen der Umweltförderung nach dem Umweltförderungsgesetz sind:

die Förderung der Siedlungswasserwirtschaft,
die Umweltförderung im Inland,
die Umweltförderung im Ausland (Osteuropa) und
die Förderung der Altlastensanierung.

Mit der Abwicklung der Förderungen wurde die Kommunalkredit Austria AG betraut.

	Personal-ausgaben	Sach-ausgaben	Summe	Einnahmen
	Millionen Euro			
2000	0,0	272,5	272,5	187,3
2001	0,0	419,9	419,9	252,2
2002	0,0	458,6	458,6	270,6

Unterschiede gegen Vorjahre
Die Erhöhung der Sachausgaben resultiert aus Zahlungsverpflichtungen aufgrund von Förderungszusagen in den Vorjahren (vorwiegend im Bereich der Siedlungswasserwirtschaft und der Altlastensanierung). Daraus ergeben sich in gleicher Höhe zu veranschlagende zweckgebundene Einnahmen.

Paragraf 6120 Umweltpolitische Maßnahmen
Anlagen
Hier ist für die Einrichtung von Messstellen nach dem Smogalarmgesetz vorgesorgt.

Förderungen
Im Sinne des Koordinierungsauftrages werden Vorhaben einschlägiger Gesellschaften, Vereinigungen und sonstige Einrichtungen auf dem Gebiete des Umweltschutzes gefördert.
Die Förderungsmaßnahmen zur Wahrung der Bundesinteressen im Naturschutz werden fortgesetzt.
Insbesondere sind Förderungsmittel für den Betrieb und Erweiterungen von Nationalparks veranschlagt.

Aufwendungen
Neben den Instandhaltungskosten für Messgeräte und Fahrzeuge sind hier die Mittel für die Fortführung von Forschungsaufträgen, für internationale Beiträge und andere umweltpolitische Aktivitäten veranschlagt. Darüber hinaus ergeben sich auch Ausgaben im Zusammenhang mit der Vollziehung der Gesetze und der Finanzierung der Nationalparkgesellschaften Donau-Auen, Kalkalpen und Thayatal.

Paragraf 6121 Ersatzvornahmen (Altlasten)
Verrechnung der Kosten für Ersatzvornahmen nach dem Verwaltungsvollstreckungsgesetz vorwiegend bei Entsorgungsmaßnahmen (Vollstreckungskosten), die bei Nichtbegleichung durch den Verpflichteten als Zweckaufwand in der mittelbaren Bundesverwaltung unmittelbar bei ihrer Entstehung zu tragen sind.
Im Wesentlichen sind hier Ausgaben für die Räumung (Sanierung) von Deponien veranschlagt.

Paragraf 6122 Altlastensanierung (zweckgeb.Geb.)
Nach Maßgabe der zweckgebundenen Einnahmen auf Grund des Altlastensanierungsgesetzes werden diese Mittel für die Sanierung oder Sicherung von Altlasten, weiters für Studien und Projekte zur Erfassung, Abschätzung und Bewertung von Verdachtsflächen und zur Erfassung von Altlasten (§ 13 und § 14), die Erstellung der Prioritätenklassifizierung (§ 14) und für die Kostentragung der Aufwendungen der Länder für Aufgaben gemäß § 13 und § 14 ALSAG verwendet.

Paragraf 6123 Siedlungswasserwirtschaft (zweckgeb.Geb.)
Unter diesem Paragraf wurde für die Förderung der Wasser- und Abwasserwirtschaft gemäß § 16f UFG nach Maßgabe des Finanzausgleichsgesetzes vorgesorgt.

Paragraf 6124 Sonstige Umweltmaßnahmen
Bei diesem Paragraf werden Mittel für die Umweltförderung im Inland und im Ausland gemäß § 23f UFG sowie das Entgelt für die Abwicklungsstelle gemäß § 11 UFG veranschlagt.

Paragraf 6125 Strahlenschutz
Neben den Mitteln für die Wartung und Instandhaltung der Messgeräte der Beobachtungsstationen des Strahlenwarnsystems wurde im Rahmen des einen Bestandteils des Strahlenfrühwarnsystems bildenden Fernwirksystems für die notwendigen Leitungswege, die Wartung und Instandhaltung vorgesorgt. Ebenfalls veranschlagt sind die für den Betrieb des Strahlenfrühwarnsystems erforderlichen Mittel.
Weiters sind die Kosten für die erforderlichen Sachverständigen in strahlenschutzrechtlichen Bewilligungsverfahren sowie die Mittel für die Fortführung von Forschungsaufträgen berücksichtigt.
Außerdem wurde für die Kostentragung zur Verarbeitung, Zwischenlagerung und sonstigen Entsorgung radioaktiver Abfälle Vorsorge getroffen.

Voranschlagsansatz 1/61266 EU-Förderungen
Bei diesem Ansatz wird der Anteil der Europäischen Union an Aktionsprogrammen und Strukturfonds im Umweltbereich verrechnet.
Weitere Details über EU-Beträge und Rückflüsse können den Erläuterungen zu Kapitel 52, Titel 529, entnommen werden.

Kapitel 63 Wirtschaft und Arbeit

Die Einnahmen und Ausgaben dieses Kapitels ergeben sich aus dem Wirkungsbereich des Bundesministeriums für Wirtschaft und Arbeit gemäß Bundesministeriengesetz 1986, BGBl. Nr. 76, zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 141/2000, insbesondere Anlage zu § 2 Teil 2 Abschnitt L.

Gesamtgebarung

	Personal-ausgaben	Sach-	Summe	Einnahmen
	Millionen Euro			
2000	101,2	3.889,8	3.991,0	3.520,3
2001	114,8	4.509,7	4.624,5	4.290,8
2002	114,8	4.235,6	4.350,5	4.038,4

Durch die Neuordnung der Ministerialkompetenzen auf Grund der Bundesministeriengesetz-Novelle 2000 sind die Voranschlagsziffern für das Finanzjahr 2002 nur bedingt mit den Erfolgsziffern des Jahres 2000 vergleichbar.

Im Einzelnen ist zu den Bereichen zu bemerken:

Titel 630 Bundesministerium für Wirtschaft und Arbeit

Aufgaben
Dem Bundesministerium für Wirtschaft und Arbeit obliegen die obersten Verwaltungsgeschäfte auf folgenden Gebieten:
Angelegenheiten des Gewerbes und der Industrie, des Bergwesens, der Wirtschafts- und Strukturpolitik, der Preisregelung, Preisüberwachung und Preistreiberei, des Wettbewerbs, des Tourismus, der Technologie- und Innovationspolitik, des Energiewesens, der Handels- und Wirtschaftspolitik gegenüber dem Ausland, Mitwirkung in Angelegenheiten des EU-Binnenmarktes, der wirtschaftlichen Landesverteidigung, der Verwaltung von Bauten und Liegenschaften des Bundes einschließlich der von Bundeseinrichtungen genutzten Liegenschaften, soweit sie nicht in den Wirkungsbereich eines anderen Bundesministeriums fallen, des Bau-, Wohnungs- und Siedlungswesens, der wirtschaftlich-technischen Forschung, der Normalisierung und Typisierung elektrischer Anlagen und Einrichtungen, der Vermarkung und Vermessung der Staatsgrenzen, des Maschinenwesens einschließlich des Dampfkesselwesens, des Ingenieur- und Ziviltechnikerwesens.

	Personal-ausgaben	Sach-	Summe	Einnahmen
	Millionen Euro			
2000	46,5	246,4	292,9	19,9
2001	45,0	30,3	75,2	20,9
2002	45,0	23,8	68,7	20,9

Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen)
Hier sind hauptsächlich der Beitrag zur Internationalen Arbeitsorganisation, die Beiträge für die WTO und an sonstige Institutionen im Ausland veranschlagt.

Titel 631 Bundesministerium (Förderungsmaßnahmen)

Gesetzliche Grundlagen
Gewerbestrukturverbesserungsgesetz, BGBl. Nr. 453/1969, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 577/1989;
Bundesgesetz über besondere Förderung von kleinen und mittleren Unternehmen (KMU-Förderungsgesetz), BGBl. Nr. 432/1996;

Fernwärmeförderungsgesetz, BGBl. Nr. 640/1982, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 341/1991;
Bergbauförderungsgesetz, BGBl. Nr. 137/1979, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 837/1995;
Forschungsförderungsgesetz, BGBl. Nr. 434/1982, zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 48/2000.

Aufgaben

Die Förderungen erfolgen in:
Angelegenheiten des Tourismus;
Angelegenheiten des Energiewesens und der Elektrizitätswirtschaft;
Angelegenheiten des Gewerbes und der Industrie, soweit sie nicht in den Wirkungsbereich anderer Bundesministerien fallen;
Angelegenheiten des Bergwesens (Bergbau und Grundstoffeförderung);
Angelegenheiten der Technologie und der gewerblichen Forschung.

	Personal-ausgaben	Sach-	Summe	Ein-nahmen
		Millionen Euro		
2000	0,0	140,7	140,7	1,8
2001	0,0	111,1	111,1	2,2
2002	0,0	123,2	123,2	2,2

Förderungen

Tourismusförderung

Förderungsziel ist die Erhaltung und weitere Stärkung der Konkurrenzfähigkeit der österreichischen Tourismuswirtschaft durch Anhebung der Qualität und Bereicherung des Angebotes. In dieser Aktion werden besonders Investitionen gefördert, die in ihren wirtschaftlichen Auswirkungen eine Weiterentwicklung des Gebietes, des Ortes oder des Betriebes erwarten lassen bzw. durch die eine vorhandene Unterkunfts- oder Verpflegungskapazität besser ausgenützt wird.

Energieförderung

Das Bundesministerium für Wirtschaft und Arbeit fördert im Rahmen des Fernwärmeförderungsgesetzes,
- die Errichtung von Fernwärmeversorgungsanlagen,
- örtliche und regionale Energieversorgungskonzepte und Studien.

Damit soll einerseits ein wichtiger Beitrag zur Substitution sensitiver Energieträger unter Berücksichtigung des optimalen Energieeinsatzes sowie zur Verbesserung der Umweltsituation, vor allem in Ballungsgebieten, geleistet werden; andererseits wird die Koordination der leitungs-gebundenen Energien im Sinne einer langfristigen, vorteilhaften Gestaltung des Verhältnisses von Fernwärme, Gas und elektrischer Energie zueinander angestrebt.

Gewerbeförderung

Das Bundesministerium für Wirtschaft und Arbeit fördert Maßnahmen zur Hebung der Wettbewerbsfähigkeit sowie zur Gründung von österreichischen Gewerbeunternehmen.

Sonstige Förderungen

Aus diesen Mitteln werden die Förderung von Ostinitiativen sowie die bereits abgeschlossenen Papierförderungsaktionen, die Zinsen-Zuschüsse an die österreichische Papierindustrie für Umweltschutz- und Strukturverbesserungsmaßnahmen vorsehen, dotiert.
Weiters wird der notwendige Ausbau und die erforderliche Erhaltung der Schutzhütten der österreichischen alpinen Vereinigungen, die beim Verband alpiner Vereine Österreichs angeschlossen sind, nach einem vom Verband alpiner Vereine Österreichs bekannt gegebenen Verteilerschlüssel durch Bereitstellung von nicht rückzahlbaren Zuschüssen gefördert.
Hier ist auch für den Zuschuss des Bundes an die Tiergarten Schönbrunn GesmbH., an die Schloss Schönbrunn GesmbH. und an die Austrian Business Agency vorgesorgt.

Bergbau und Grundstoffe-Förderung

Der ausgewiesene Betrag ist auf Grund des Bergbauförderungsgesetzes für die Vergabe von Zuschüssen vor allem zur Sicherung des Bestandes von Bergbaubetrieben vorgesehen.
Ferner wird ab 1983 auch die Förderung der Verarbeitung von mineralischen Roh- zu hochwertigen Grundstoffen mit einbezogen.

Die wichtigsten geförderten Bodenschätze Österreichs sind: Erdöl und Erdgas, Kohle, Magnesit und Eisenerz. Dazu kommen noch Buntmetallerze - Blei-, Zink- und Antimonerze sowie Erze für Stahlveredler -, Wolframerze, außerdem Salz, Gips, Graphit, Talk, Kaolin und verschiedene andere Minerale.
Erdöl und Erdgas werden hauptsächlich im Raum von Matzen und in den verschiedenen Erdölfeldern bei Zistersdorf und bei Kremsmünster gefördert.

Technologie- und Forschungsförderung (gewerblich)
Beim Bundesministerium für Wirtschaft und Arbeit sind Mittel für die gewerbliche Wirtschaft veranschlagt.

Aufwendungen
Verein Österreich Werbung
Dem im Jahre 1954 gegründeten Verein 'Österreich-Werbung' obliegt satzungsgemäß die Ausländerwerbung und seit dem Jahre 1975 auch eine Basis-Inlandswerbung für den gesamtösterreichischen Tourismus. Dieser Verein wird gemäß den Statuten aus den Mitgliedsbeiträgen finanziert.
Eine der Hauptaufgaben der Österreich Werbung ist es, im Ausland ein Österreichbild zu vermitteln, das den historischen, soziologischen und sozialpsychologischen Entwicklungen inner- und außerhalb Österreichs entspricht.

Sonstige Aufwendungen
Neben Untersuchungs- und Entwicklungsarbeiten auf dem Gebiet des Tourismus und der Sonstigen Wirtschaft sowie Werkleistungen im Rahmen der Osthilfe ist hier vor allem für die Abgeltung des Verwaltungsaufwandes der BÜRGES und der ÖHT, die Beiträge an die Innovationsagentur und den Verein zur Förderung des Inlandsabsatzes österreichischer Erzeugnisse vorgesorgt.

Titel 633 Bergbehörden

Gesetzliche Grundlagen
Mineralrohstoffgesetz - MinroG, BGBl. I Nr. 38/1999, zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 184/ 1999;
die Erdöl-Bergpolizeiverordnung, BGBl. Nr. 278/1937, zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 38/ 1999 sowie der Kundmachung BGBl. Nr. 265/1961, die Verordnung zur Verhütung einer Vergeudung der Energie von Erdöl- und Erdgaslagerstätten,
Verordnungs- und Amtsblatt für den Reichsgau Wien Nr. 48/1944, zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 38/1999,
die Staubschädenbekämpfungsverordnung, BGBl. Nr. 185/1954,
die Allgemeine Bergpolizeiverordnung, BGBl. Nr. 114/1959, zuletzt geändert durch BGBl. II 412/1999,
die Sprengmittelzulassungsverordnung für den Bergbau, BGBl. Nr. 215/ 1963, zuletzt geändert durch BGBl. II Nr. 38/1999,
die Bergpolizeiverordnung für die Seilfahrt, BGBl. II Nr. 38/1999,
die Bergpolizeiverordnung über das Grubenrettungswesen, BGBl. II Nr. 412/1999,
Bergpolizeiverordnung für Elektrotechnik, BGBl. I Nr. 38/1999;
Lagerstättengesetz, BGBl. Nr. 246/1947;
Bundesgesetz über das Grubenwehrehrenzeichen, BGBl. Nr. 63/1954;
Verordnung betreffend statistische Erhebungen über Brennstoffe, BGBl. Nr. 383/1967.

Aufgaben
Die Aufgabe der Berghauptmannschaften Wien, Salzburg, Graz, Leoben, Klagenfurt und Innsbruck besteht insbesondere darin, die bergrechtlichen Bestimmungen zu handhaben, die Einhaltung der bergpolizeilichen Vorschriften regelmäßig zu überprüfen und als Beauftragte des Bundesministeriums für Wirtschaft und Arbeit gemäss § 55 AVG tätig zu werden.

	Personal-ausgaben	Sach-	Summe	Einnahmen
	Millionen Euro			
2000	1,9	0,5	2,4	21,8
2001	1,9	0,5	2,4	20,2
2002	1,9	0,5	2,4	20,2

Einnahmen
Bei den Einnahmen handelt es sich zum weitaus überwiegenden Teil um Flächen-, Feld-, Speicher- und Förderzinse.

Titel 634 Bundesministerium; Sonstiger Zweckaufwand

	Personal-ausgaben	Sach-	Summe	Einnahmen
	Millionen Euro			
2000	0,0	192,1	192,1	0,0
2001	0,0	0,0	0,0	21,8
2002	0,0	0,0	0,0	0,0

Paragraf 6341 Zahlungen im Zusammenhang mit der EU
Vorsorge für Weitergabe der Rückflüsse aus der EU aus dem EPPD 1995 bis 1999.

Paragraf 6342 Insolvenz-Ausfallgeld-Fonds (zweckgeb.Geb.)
Gemäß BGBl. I Nr. 107/1997 ist der Insolvenz-Ausfall-Geldfonds berechtigt, dem Bund zweckgebundene Mittel zur Bedeckung von Ausgaben zur Verfügung zu stellen.

Voranschlagsansatz 1/63457 Bundesbeitrag zur Arbeitsmarktpolitik
Der Bundesbeitrag gem. § 6 Abs. 1 AMPFG in Verbindung mit § 1 Abs. 1 Z 2 AMPFG entfällt ab dem Jahr 2001. Für die Möglichkeit der Überweisung des Bundes aus der Verpflichtung gem. § 6 Abs. 8 AMPFG (Abgangsdeckung) ist weiterhin Vorsorge getroffen.

Titel 635 Arbeitsmarktpolitik (I)

Gesetzliche Grundlagen
Arbeitsmarktservicegesetz, BGBl. Nr. 313/1994, zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 142/2000,
Arbeitslosenversicherungsgesetz 1977, BGBl. Nr. 609, zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 142/ 2000;
Arbeitsmarktpolitik-Finanzierungsgesetz, BGBl. Nr. 315/1994, zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 142/2000;
Bundesgesetz betreffend die Arbeitsmarktförderung (Arbeitsmarktförderungsgesetz), BGBl. Nr. 31/1969, zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 142/2000;
Bundesgesetz über die Gewährung einer Sonderunterstützung (Sonderunterstützungsgesetz - SUG), BGBl. Nr. 642/1973, zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 142/2000;
Karenzgeldgesetz BGBl. 1 Nr. 47/1997, zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 142/2000.

Organisation
Durch das Arbeitsmarktservicegesetz (AMSG), BGBl. Nr. 313/1994, wurde die frühere Arbeitsmarktverwaltung mit 1. Juli 1994 als eigener Rechtsträger Arbeitsmarktservice geschaffen.

Aufgaben
Im Rahmen der Fortsetzung der Beschäftigungspolitik der Bundesregierung ist es das Ziel des Arbeitsmarktservice zur Verhütung und Beseitigung von Arbeitslosigkeit unter Wahrung sozialer und ökonomischer Grundsätze im Sinne einer aktiven Arbeitsmarktpolitik auf ein möglichst vollständiges, wirtschaftlich sinnvolles und nachhaltiges Zusammenführen von Arbeitskräfteangebot und -nachfrage hinzuwirken, und dadurch die Versorgung der Wirtschaft mit Arbeitskräften und die Beschäftigung aller Personen, die dem österreichischen Arbeitsmarkt zur Verfügung stehen, bestmöglich zu sichern.

Dies schließt die Sicherung der wirtschaftlichen Existenz während der Arbeitslosigkeit im Rahmen der gesetzlichen Bestimmungen ein.
Das Arbeitsmarktservice hat zur Erreichung dieses Zieles im Rahmen der gesetzlichen Bestimmungen Leistungen zu erbringen, die darauf gerichtet sind,

1. auf effiziente Weise die Vermittlung von geeigneten Arbeitskräften herbeizuführen, die möglichst eine den Vermittlungswünschen des Arbeitsuchenden entsprechende Beschäftigung bieten,
2. die Auswirkungen von Umständen, die eine unmittelbare Vermittlung im Sinne der Z 1 behindern, überwinden zu helfen,
3. der Unübersichtlichkeit des Arbeitsmarktes entgegenzuwirken,
4. quantitative oder qualitative Ungleichgewichte zwischen Arbeitskräfteangebot und Arbeitskräftenachfrage zu verringern,
5. Arbeitsplätze zu erhalten und
6. die wirtschaftliche Existenz der Arbeitslosen zu sichern.

Das Arbeitsmarktservice bestreitet die Personal- und Sachausgaben für die Vollziehung des AMSG, des Arbeitslosenversicherungsgesetzes 1977, des Sonderunterstützungsgesetzes, des Ausländerbeschäftigungsgesetzes sowie sonstiger dem Arbeitsmarktservice zur Vollziehung übertragener Bundesgesetze in eigenem Namen und auf eigene Rechnung.
Die Ausgaben für finanzielle Leistungen nach dem AMSG, nach dem Arbeitslosenversicherungsgesetz 1977, nach dem Sonderunterstützungsgesetz und nach Art. XXI des Karenzurlaubserweiterungsgesetzes, BGBl. Nr. 408/1990, idgF bestreitet das Arbeitsmarktservice im Namen und auf Rechnung des Bundes.

	Personal-ausgaben	Sach-	Summe	Einnahmen
		Millionen Euro		
2000	37,2	3.208,7	3.245,9	3.473,0
2001	51,2	4.152,4	4.203,6	4.203,6
2002	51,2	3.921,8	3.972,9	3.972,9

Paragraf 6350 Ämter des AMS
Im Zuge der Reform der Arbeitsmarktverwaltung und der Einrichtung des Arbeitsmarktservice Österreich als öffentliches Dienstleistungsunternehmen wurde vorgesehen, dass Beamte, die bisher in der Arbeitsmarktverwaltung Aufgaben wahrgenommen haben, die nunmehr von den Geschäftsstellen des Arbeitsmarktservice zu erledigen sind, im Arbeitsmarktservice beschäftigt werden. Zur Wahrung ihrer dienst- und besoldungsrechtlichen Stellung gehören sie den Ämtern des Arbeitsmarktservice an, die für den Bereich jedes Bundeslandes und für die Bundesorganisation eingerichtet sind. Der Betrag von 53,924 Millionen Euro umfasst den Personalaufwand für die im Arbeitsmarktservice tätigen Beamten zuzüglich der anteiligen Aufwendungen für Dienstreisen, Sozialleistungen und Ausbildungskosten.

Paragraf 6351 Arbeitsmarktpolitische Maßnahmen gemäß AMFG und AMSG
Angesichts der im Jahr 2002 zu erwartenden Wirtschafts- und Beschäftigungsentwicklung wurden die verschiedenen Maßnahmen je nach Arbeitsmarktlage - sowohl bundesweit, instrumentell, als auch regionsspezifisch - adäquat abgestimmt.
Grundsatz der arbeitsmarktpolitischen Ausrichtung ist die Nutzung der finanziellen Spielräume für jene, die der materiellen Unterstützung am dringendsten bedürfen. Generell wird dabei davon ausgegangen, dass jene finanziellen und sonstigen Hilfestellungen Priorität vor existenzsichernden Leistungen haben, die durch (Wieder-)Aufnahme einer Erwerbstätigkeit und dem damit verbundenen Erwerbseinkommen die Notwendigkeit von Transferleistungen beseitigen, abgesehen von den positiven Refinanzierungseffekten für den allgemeinen und die Haushalte der Sozial- und Arbeitslosenversicherung. In besonderer Weise gilt das für Bezieherinnen von Notstandshilfen, die bereits längere Zeit ohne Arbeit sind und für die eine neue Erwerbstätigkeit wesentlich ist für die materielle Existenzsicherung.
Dementsprechend verfolgt der Einsatz der arbeitsmarktpolitischen Instrumente das Ziel der Aktivierung vor Versorgung, Vermittlung vor Administration von Leistungsanweisungen, finanzielle Mittel zur (Wieder-)Eingliederung in den Arbeitsmarkt, Qualifizierung und Ausbildung vor Arbeitslosengeld und Notstandshilfe, Sicherung von Arbeitsplätzen vor Arbeitslosigkeit.

Darüber hinaus kann die Arbeitsmarktpolitik durch den Beitritt zur EU und die damit verbundenen Angebote der Förderung und Mitfinanzierung im Rahmen der Strukturfonds ihren instrumentellen und finanziellen Spielraum wie auch ihre Reichweite erheblich steigern, indem die verschiedenen Instrumente und Maßnahmen auf Ältere, Langzeitarbeitslose, Notstandshilfebezieherinnen, Behinderte, benachteiligte Jugendliche und Frauen mit Beschäftigungsproblemen konzentriert werden, aber auch jene ArbeitnehmerInnen umfassend unterstützt werden, die in Branchen arbeiten, die von der Anpassung an den gemeinsamen Markt besonders betroffen sind.
Das Bundesministerium für Wirtschaft und Arbeit trägt gegenüber der Europäischen Union die budgetäre Verantwortung hinsichtlich des Europäischen Sozialfonds, die in der Form eingelöst wird, dass auf der Grundlage der mit der Europäischen Union vereinbarten Planungsdokumente zur Gestaltung der Arbeitsmarktpolitik und dem Einsatz ihrer Instrumente eine jährliche Kofinanzierung festgelegt wird, die vorsieht, dass das Arbeitsmarktservice für alle in ihrem Zuständigkeitsbereich liegenden Programme im jährlichen Budget Vorsorge trifft. Der entsprechende Anteil wird ebenfalls unter Paragraf 6351 verbucht.
Eine wesentliche Aufgabe des Arbeitsmarktservice im Rahmen des Einsatzes finanzieller Leistungen liegt darin, den Anteil der Langzeitarbeitslosigkeit entscheidend zu verringern und damit einen überdurchschnittlichen Effekt zur Reduzierung des Niveaus der Arbeitslosigkeit in Österreich zu erzielen.
In diesem Zusammenhang ist finanziell sicherzustellen, dass alle Maßnahmen zur Vermittlungsvorbereitung - von der Qualifizierung über Berufsorientierung bis hin zu Job-Finding-Clubs - angeboten werden. Gerade im Konjunkturaufschwung haben Anschlussmaßnahmen der Vermittlungsunterstützung wie Einstellungs- und Einschulungsbeihilfen hohe Erfolgsaussichten.
Persönliche und soziale Behinderungen sind vielfach untrennbar mit hohem Risiko verbunden, lange Zeit keine Beschäftigung zu finden. Geschützte Werkstätten oder sozialökonomische Betriebe zählen gleichermaßen zum Standardrepertoire der Förderung der Erwerbstätigkeit von behinderten Arbeitnehmerinnen wie auf die spezifische Situation der Behinderten ausgerichtete Ausbildungsgänge
Internationale Maßnahmen zur Integration von Behinderten wie die persönliche Begleitung von behinderten Arbeitskräften beim Einstieg in die Arbeitswelt (Arbeitsassistenz, Coaching) oder aber Arbeitsmarktinstitute wie in Schweden zur Zusammenführung von Beratung und Vermittlung mit weitergehenden Rehabilitationsschritten erweisen sich als äußerst erfolgreich. Es erscheint zielführend, die Übertragbarkeit dieser internationalen Maßnahmen in Zusammenarbeit der Geschäftsstellen des Arbeitsmarktservice mit den Bundessozialämtern zu prüfen und - in Kombination mit verschiedenen Förderungen zur Beschäftigungsaufnahme für Behinderte - systematisch einzurichten.
ArbeitnehmerInnen mit unzureichender berufs- bzw. arbeitsplatzspezifischer Ausbildung sind von Arbeitslosigkeit besonders betroffen oder bedroht. In der Dynamik der laufenden Anpassung von Arbeitsplätzen an veränderte Marktbedingungen, Produktionsverfahren, Arbeitsorganisation und neue Werkstoffe können Arbeitskräfte ohne Qualifizierung nicht immer Schritt halten, vielfach scheitert auch der Umstieg auf eine neue Beschäftigung. Der Strukturwandel in der Arbeitswelt und berufliche Qualifizierung sind untrennbar miteinander verbunden. Auch eine einmal erworbene Ausbildung reicht vielfach nicht aus, die erarbeitete Stellung im Beruf zu halten oder aber bei Arbeitsplatzverlust umgehend eine neue Beschäftigung zu finden.
Primär gilt dies für Arbeitskräfte ohne weitergehende Ausbildung.
Gerade dieser Personenkreis findet nur sehr schwer Zugang zu Ausbildungsmaßnahmen, die die Vermittlungsaussichten nachhaltig verbessern; in der Regel reicht auch ein spezifischer Lehrgang nicht aus, um eine adäquate Beschäftigung zu erhalten. In diesem Zusammenhang erfolgt unmittelbar im Anschluss an das Scheitern von Vermittlungsbemühungen der Einstieg in Ausbildungsmaßnahmen, um unproduktive Wartezeiten im Leistungsbezug zu vermeiden, wobei ein modulares System gewährleistet, dass die einzelnen Abschnitte von der Berufsfindung und -orientierung bis zur Spezialausbildung für bestimmte Produktionstechniken reichen.
Für Erwachsene, insbesondere Frauen und ausländische Arbeitskräfte, bietet der Lehrabschluss mit daran anknüpfenden Weiterbildungsmaßnahmen hohe Erfolgswahrscheinlichkeit für die Begründung einer stabilen Berufskarriere. Letztlich fördern auch neue Formen der betriebsübergreifenden Berufsausbildung die Arbeitsmarktstabilisierung bzw. erfolgreiche Mobilität von ArbeitnehmerInnen.
Der Eintritt Österreichs in die Europäische Union bietet über den Einsatz der Mittel der Europäischen Sozialfonds auch die Chance, die Schulung von Beschäftigten ohne Ausbildung zu forcieren, die von Arbeitslosigkeit bedroht sind; diese Möglichkeit sollte in jedem Fall auch präventiv bei der Gefährdung von Standorten einbezogen werden.
Österreich hat im weltweiten Vergleich eine äußerst niedrige Jugendarbeitslosigkeit. Dennoch muss jenen Jugendlichen besonderes Augenmerk geschenkt werden, die bei der Eingliederung in die Berufs- und Arbeitswelt scheitern oder aber langfristig keine stabile Erwerbskarriere aufbauen können, weil

eine fundierte Berufsausbildung und in weiterer Folge die Qualifizierung durch besondere Kenntnisse und Fertigkeiten fehlt. Das Instrumentarium der Arbeitsmarktpolitik wurde bisher erfolgreich eingesetzt; die geplante Weiterentwicklung in Richtung Ausbau der Berufsinformationszentren, differenzierte Beratung zur Ausbildungs- und Berufslaufbahnplanung, Erschließung neuer Berufsfelder und Ausbildungsformen, gerade auch für Mädchen und junge Frauen erscheint richtungsweisend. In jenen Regionen mit für Österreich vergleichsweise hoher Jugendarbeitslosigkeit werden zusätzliche Beschäftigungsprojekte und Integrationsvorhaben gemeinsam mit lokalen und regionalen Trägereinrichtungen bzw. Gemeinden initiiert und umgesetzt.

Voranschlagsansatz 1/63527 Überweisungen für sonstige Maßnahmen
Überweisungen an den Bund gem. § 6 Abs. 7 AMPFG für Zwecke der unternehmensbezogenen Arbeitsmarktförderungen und für Zwecke der Gewährung von Förderungsmaßnahmen nach dem Studienförderungsgesetz.

Voranschlagsansatz 1/63547 Sonderunterstützung
Nach § 1 Absatz 1:
Angenommen wurden 1800 Anspruchsberechtigte (ehemalige Bedienstete des österreichischen Bergbaues) mit einem durchschnittlichen Monatsaufwand von 1.560 Euro. Der Gesamtaufwand (14 Monate) inklusive der Beiträge zur Kranken- und Pensionsversicherung wurde mit rund 48 Millionen Euro veranschlagt.

Voranschlagsansatz 1/63554 Wiedereinstellungsbeihilfe gemäß KGG
Gemäß BGBl. I Nr. 47/1997 erhält der Arbeitgeber eine Wiedereinstellungsbeihilfe, wenn das Karenzurlaubsgeld nach dem AIVG bis zum Ablauf des zweiten Lebensjahres des Kindes nur von einem Elternteil in Anspruch genommen wurde.

Voranschlagsansatz 1/63557 Leistungen nach dem AlVG und KGG
Angenommen wurden im Jahresdurchschnitt 97.000 Bezieher/innen von Arbeitslosengeld, 67.400 Bezieher/innen von Notstandshilfe und 6.500 Bezieher/innen von Sondernotstandshilfe.
Das durchschnittliche Arbeitslosengeld wurde mit 764 Euro monatlich, die durchschnittliche Notstandshilfe mit 631 Euro monatlich und die durchschnittliche Sondernotstandshilfe mit 482 Euro monatlich angenommen. Hiezu kommen noch Kranken- und Pensionsversicherungsbeiträge.
Für die Krankenversicherung der angeführten Leistungsbezieher wurden 9,1vH des doppelten Unterstützungsaufwandes veranschlagt. Für die Pensionsversicherung der Arbeitslosengeld- und Notstandshilfebezieher/innen wurden 22,8vH des Unterstützungsaufwandes veranschlagt.

Voranschlagsansatz 1/63558 Aufwendungen
Verrechnung von Aufwendungen für die Vollziehung des Arbeitslosenversicherungsgesetzes.

Voranschlagsansatz 1/63567 Zahlungen und Überweisungen gem. AMPFG
Überweisung an den Ausgleichsfonds der PV-Träger gemäß § 6 Abs. 6 AMPFG.

Voranschlagsansatz 1/63577 Überweisung an das AMS
Die durch Kreditaufnahme des Arbeitsmarktservice entstehenden Kosten, wie Zinsen, Kreditvertrags- und Kontoführungsgebühren und sonstige Spesen, sowie die Tilgung sind dem Arbeitsmarktservice vom Bund zu Lasten der Gebarung Arbeitsmarktpolitik zu ersetzen.
Für die Möglichkeit der Zahlung des Bundes an das Arbeitsmarktservice gemäß § 1 Abs. 2 Z 12 in Verbindung mit § 6 Abs. 5 AMPFG (Überschüsse der Gebarung Arbeitsmarktpolitik) ist vorgesorgt.

Voranschlagsansatz 1/63578 Überweisung an das AMS gem. § 41 (2) AMSG
Hier sind die Personal- und Sachaufwendungen (ausgenommen Ruhegenüsse für Beamte sowie Entnahmen aus der Arbeitsmarktrücklage) des Arbeitsmarktservice für die Vollziehung des Arbeitsmarktservicegesetzes, des Arbeitslosenversicherungsgesetzes, des Sonderunterstützungsgesetzes, des Ausländerbeschäftigungsgesetzes sowie sonstiger zur Vollziehung übertragener Bundesgesetze veranschlagt.

Voranschlagsansatz 1/63587 Kostenersatz an die Träger der Krankenversicherung
Die den Trägern der gesetzlichen Krankenversicherung für die Einhebung der Arbeitslosenversicherungsbeiträge erwachsenden Kosten werden in einem hier veranschlagten Pauschalbetrag abgegolten.

Voranschlagsansatz 1/63597 Beitrag d. Arbeitslosenvers. z. Schlechtw.entsch. im Baugew.
Hier ist der erforderliche Beitrag der Arbeitslosenversicherung gemäß den Ausgaben und Einnahmen im Rahmen der Schlechtwetterentschädigung veranschlagt.

Voranschlagsansatz 2/63510 Zweckgebundene erfolgswirksame Einnahmen
Hier sind insbesondere Rückzahlungen von Darlehenszinsen und von Betriebsförderungen veranschlagt.

Voranschlagsansatz 2/63513 Zweckgebundene Darlehensrückzahlungen
Hier sind Darlehensrückzahlungen veranschlagt.

Voranschlagsansatz 2/63530 Überweisungen für arbeitsmarktpol. Maßn. (EU)
Bei diesem Ansatz werden Rückflüsse aus der EU für arbeitsmarktpolitische Maßnahmen (Gemeinschaftsinitiativen) verrechnet.

Voranschlagsansatz 2/63550 Überweisung vom Familienlastenausgleich (zweckgeb. Einn.)
Hier werden die Einnahmen vom Familienlastenausgleichsfonds für die Refundierung der Wiedereinstellungsbeihilfe veranschlagt.

Voranschlagsansatz 2/63570 Überweisung vom AMS
Hier sind Beiträge des Arbeitsmarktservice an die Gebarung Arbeitsmarktpolitik gemäß § 1 Abs. 1 Z 9 in Verbindung mit § 6 Abs. 4 Arbeitsmarktpolitikfinanzierungsgesetz (Abgangsfinanzierung durch das Arbeitsmarktservice) vorgesehen.

Voranschlagsansatz 2/63580 Arbeitslosenversicherungsbeiträge (zweckgeb. Einnahmen)
Der Arbeitslosenversicherungsbeitrag gemäß § 1 Abs. 1 Ziffer 1 AMPFG ist bis zu der für die Pensionsversicherung festgesetzten Höchstbeitragsgrundlage gemäß § 45 ASVG mit einem Beitragssatz von 6,0vH einzuheben.
Der Ermittlung der Einnahmen an Arbeitslosenversicherungsbeiträgen wurden rd. 2.663.000 Beschäftigte mit Arbeitslosenversicherungspflicht mit einer durchschnittlichen Beitragsgrundlage von rd. 1.766 Euro monatlich (zuzüglich Sonderzahlungen) zugrunde gelegt.

Voranschlagsansatz 2/63581 Beitrag der Gebietskörperschaften (zweckgeb.Gebarung)
Unter diesem VA-Ansatz sind die Beiträge der Gemeinden für Ausgaben der Sondernotstandshilfe gemäß § 6 Abs. 3 AMPFG veranschlagt.

Voranschlagsansatz 2/63590 Überweisungen von der BUAK
Hier wird die Überweisung der Bauarbeiter-Urlaubs- und Abfertigungskasse gemäß § 13j Abs. 3 Bauarbeiter-Urlaubs- und Abfertigungsgesetz, BGBl. I Nr. 417/1996 (Winterfeiertagsvergütung) veranschlagt.

Voranschlagsansatz 2/63591 Bundesbeitrag zur Arbeitsmarktpolitik
Hier wird Vorsorge für den Beitrag des Bundes zur Arbeitsmarktpolitik gemäß § 6 Abs. 8 AMPFG getroffen, der im Falle eines Abganges der Gebarung Arbeitsmarktpolitik zu leisten ist.

Titel 636 Arbeitsmarktpolitik (II)

Gesetzliche Grundlagen
Bundesgesetz über die Gewährung von Überbrückungshilfen an ehemalige Bundesbedienstete, BGBl. Nr. 174/1963, zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 47/1997;
Hausgehilfen- und Hausangestelltengesetz, BGBl. Nr. 235/1962, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 44/2000;
Mutterschutzgesetz, BGBl. Nr. 221/1979, zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 9/1997;
Jugendausbildungs-Sicherungsgesetz, BGBl. I Nr. 91/1998, zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 142/2000;
Bundesgesetz betreffend die Arbeitsmarktförderung (Arbeitsmarktförderungsgesetz), BGBl. Nr. 31/1969, zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 142/2000.

Aufgaben
Vollziehung der angeführten Gesetze durch das Arbeitsmarktservice.

	Personal-ausgaben	Sach-	Summe	Ein-nahmen
		Millionen Euro		
2000	0,0	96,9	96,9	0,0
2001	0,0	208,2	208,2	21,8
2002	0,0	159,2	159,2	21,8

Voranschlagsansatz 1/63626 Sicherung der Jugendausbildung
Bei diesem Voranschlagsansatz werden Ausgaben gemäß BGBl. I Nr. 14/1999 (Jugendausbildungs-Sicherungsgesetz) verrechnet.

Voranschlagsansatz 1/63627 Überbrückungshilfen an ehemalige öffentlich Bedienstete
Hier ist der Aufwand für Unterstützungsleistungen (einschließlich Krankenversicherung) für Leistungsbezieher nach diesem Bundesgesetz veranschlagt.

Paragraf 6363 Arbeitsmarktpolitische Maßnahmen (EU)
Hier sind die EU-Anteile arbeitsmarktpolitischer Maßnahmen gemäß AMFG und AMSG für die Agenda 2000 veranschlagt.

Voranschlagsansatz 1/63656 Beschäftigungsprogramm
Die Umsetzung des nationalen Aktionsplanes zur Beschäftigung wird ab dem BVA 2000 bei 1/63516 veranschlagt.

Paragraf 1/6366 Unternehmensbezogene Arbeitsmarktförderung gem. AMFG
Unternehmensbezogene Arbeitsmarktförderung nach dem AMFG

Paragraf 2/6366 Unternehmensbezogene Arbeitsmarktförderung gem. AMFG
Hier werden die Einnahmen bzw. Rückflüsse aus der unternehmensbezogenen Arbeitsmarktförderung gem. AMFG und die Einnahme aus der Gebarung Arbeitsmarktpolitik für Zwecke der unternehmensbezogenen Arbeitsmarktförderung veranschlagt.

Voranschlagsansatz 1/63665 Förderungen (D)
Unternehmensbezogene Förderungen (Darlehen) nach dem AMFG an klein- und mittelständische Unternehmen, Unternehmen in Problemregionen und Unternehmen in Verfolgung übergeordneter beschäftigungspolitischer Ziele zur Schaffung und Erhaltung von Arbeitsplätzen.

Voranschlagsansatz 1/63666 Förderungen
Unternehmensbezogene Förderungen (Zuschüsse) nach dem AMFG an klein- und mittelständische Unternehmen, Unternehmen in Problemregionen und Unternehmen in Verfolgung übergeordneter beschäftigungspolitischer Ziele zur Schaffung und Erhaltung von Arbeitsplätzen.

Titel 639 Verschiedene Dienststellen

Gesetzliche Grundlagen
Arbeitsverfassungsgesetz, BGBl. Nr. 22/1974, zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 14/2000;
Schlichtungsstellen - Geschäftsordnung, BGBl. Nr. 444/1987;
Heimarbeitsgesetz 1960, BGBl. Nr. 105/1961, zuletzt geändert durch Art. 5 des BGBl. I Nr. 44/2000;
Verordnung über die Errichtung von Heimarbeitskommissionen, BGBl. Nr. 683/1995;
Heimarbeitskommissions-Rahmengeschäftsordnung, BGBl. Nr. 223/1954, zuletzt geändert durch die Verordnung BGBl. Nr. 737/1993;
Arbeitsinspektionsgesetz 1993, BGBl. Nr. 27/1993, zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 63/1997;
Strahlenschutzgesetz, BGBl. Nr. 227/1969, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 657/1996;
Strahlenschutzverordnung, BGBl. Nr. 47/1972;
Bundesbediensteten-Schutzgesetz - BSG, BGBl. I Nr. 70/1999;
Ausländerbeschäftigungsgesetz 1975, BGBl. Nr. 218/1975, zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 82/1997.
Mineralrohstoffgesetz - MinroG, BGBl. I Nr. 38/1999, zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 184/1999.

	Personal-ausgaben	Sach-	Summe	Ein-nahmen
	Millionen Euro			
2000	13,0	3,9	16,9	0,3
2001	16,8	7,2	24,0	0,3
2002	16,8	7,2	23,9	0,3

Paragraf 6390 Heimarbeitskommissionen

Aufgaben und Organisation
Anzahl der Ämter:
Bei den 16 für Arbeits- und Sozialrechtssachen zuständigen Gerichtshöfen erster Instanz sind auf Antrag Schlichtungsstellen gemäß § 144 Abs. 1 Arbeitsverfassungsgesetz zu errichten;
3 Heimarbeitskommissionen, u. zw. 2 in Wien und eine in Vorarlberg; Berufungskommission für Heimarbeit.
Die Schlichtungsstellen entscheiden in Streitigkeiten über den Abschluss, die Änderung oder die Aufhebung von Betriebsvereinbarungen gemäß §§ 96 a Abs. 1 und 97 Abs. 1 Z 1-6 a Arbeitsverfassungsgesetz.
Die Heimarbeitskommissionen sind auf Grund des Heimarbeitsgesetzes 1960 errichtet. Sie haben die Aufgabe, für die ihrer Zuständigkeit unterworfenen Zweige der Heimarbeit die Arbeits- und Lieferungsbedingungen zu regeln, Heimarbeitstarife zu erlassen, Entgeltberechnungen auf ihre Übereinstimmung mit dem jeweils geltenden Heimarbeitsgesamtvertrag, Heimarbeitstarif (Kollektivvertrag, Tarifordnung) oder Einzelvertrag zu überprüfen und das für die Stück- oder Leistungseinheit gebührende Entgelt festzustellen (zur Erledigung dieser Aufgabe hat die Heimarbeitskommission einen Entgeltberechnungsausschuss einzusetzen). Weiters haben die Heimarbeitskommissionen einen Kataster der von ihnen erlassenen Heimarbeitstarife und der hinterlegten Heimarbeitsgesamtverträge zu führen bzw. Gutachten über deren Auslegung abzugeben.
Die Berufungskommission für Heimarbeit entscheidet über Berufungen gegen Bescheide der Entgeltberechnungsausschüsse endgültig.

Ausgaben
Dieser Paragraf umfasst die Personalausgaben und die Ausgaben für Anlagen und Aufwendungen der Heimarbeitskommissionen und der Berufungskommission; hinsichtlich der Schlichtungsstellen sind die Aufwandsentschädigungen der Vorsitzenden, der Beisitzer und Kanzleibediensteten sowie andere Verwaltungsaufwendungen berücksichtigt.
Die Kanzleigeschäfte der Schlichtungsstellen werden von Bediensteten aus dem Personalstand des jeweils zuständigen mit Arbeits- und Sozialrechtssachen in erster Instanz befassten Gerichtshofes besorgt.

Paragraf 6392 Arbeitsinspektion

Aufgaben und Organisation
Die Arbeitsinspektion hat auf Grund des Arbeitsinspektionsgesetzes 1993, BGBl. Nr. 27, im Rahmen ihres Wirkungsbereiches den gesetzlichen Schutz der ArbeitnehmerInnen wahrzunehmen. Es bestehen 20 Arbeitsinspektorate, u. zw.: 7 Inspektorate mit dem Sitz in Wien (der Wirkungsbereich von 2 Arbeitsinspektoraten und des Arbeitsinspektorates für Bauarbeiten erstreckt sich zum Teil auch auf Gebiete von Niederösterreich) und je ein Inspektorat in Wiener Neustadt, St. Pölten, Krems, Linz, Wels, Vöcklabruck, Salzburg, Graz, Leoben, Klagenfurt, Innsbruck (mit einer Außenstelle in Lienz), Bregenz und Eisenstadt. Durch das Inkrafttreten des Bundesbediensteten-Schutzgesetzes - BSG, BGBl. Nr. 164/1977, mit 1. Jänner 1978 (Inkrafttreten des ersten Bundesbedienstetenschutzgesetzes, das nunmehr durch das B-BSG ersetzt wurde) wurde der Aufgabenbereich der Arbeitsinspektion auf die Dienststellen des Bundes, ausgenommen jene, die der Verkehrs-Arbeitsinspektion unterliegen, ausgedehnt. Mit Inkrafttreten des Mineralrohstoffgesetzes, BGBl. I Nr. 38/1999, zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 194/1999, mit 1. Jänner 1999 wurde der Arbeitsinspektion auch die Wahrnehmung des Arbeitnehmerschutzes im gesamten Bereich der Mineralrohstoffgewinnung, der zuvor von den Bergbehörden wahrgenommen wurde, übertragen.

Anlagen
Vor allem wurde für die durch die immer weiterschreitende technische Entwicklung in der Arbeitswelt notwendige Vervollständigung des technischen Ausstattungsstandards auf dem Messgerätesektor vorgesorgt.
Der restliche Voranschlag betrifft die Anschaffung von Büromaschinen und Amtsausstattung.

Förderungen
Nach § 3 Abs. 4 des Arbeitsinspektionsgesetzes 1993 hat die Arbeitsinspektion auf die Weiterentwicklung des ArbeitnehmerInnenschutzes besonders zu achten und nötigenfalls die hiefür notwendigen Veranlassungen zu treffen. Die hier vorgesehenen Mittel dienen dieser der Arbeitsinspektion auferlegten Verpflichtung.

Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen)
Auf Grund des Strahlenschutzgesetzes, BGBl. Nr. 227/1969, und der Strahlenschutzverordnung, BGBl. Nr. 47/1972, ist der Bund verpflichtet, die Kosten der ärztlichen Untersuchungen beruflich strahlenexponierter Personen zu einem Drittel, für einen besonderen Personenkreis jedoch zur Gänze, zu tragen. Die Kosten der Untersuchungen auf Inkorporation radioaktiver Stoffe (Ganzkörpermessungen und Ausscheidungsanalysen) sind besonders hoch.
Weiters ist der Aufwand für Familienbeihilfen vorgesehen.

Aufwendungen
Für die Durchführung der Aufgaben der Arbeitsinspektion sind 363 Planstellen für Arbeitsinspektoren vorgesehen. Die noch zu intensivierende Tätigkeit dieser Organe erfolgt zum größten Teil im Außendienst; in erster Linie werden Betriebsinspektionen durchgeführt. Ferner nehmen die Arbeitsinspektoren an kommissionellen Verhandlungen im Zuge der Errichtung oder Erweiterung von Betriebsanlagen teil und führen besondere Erhebungen in Angelegenheiten des technischen und arbeitshygienischen Arbeitnehmerschutzes sowie des Verwendungsschutzes und Kontrollen hinsichtlich der illegalen Ausländerbeschäftigung (inklusive Parteistellung im Verfahren) durch. Infolge des großen Umfanges der Außendiensttätigkeit entfällt rd. ein Viertel der Aufwendungen auf Inlandreisen.
Weiters ist hier auch der Verwaltungsaufwand berücksichtigt.

Kapitel 64 Bauten und Technik

Die Einnahmen und Ausgaben dieses Kapitels ergeben sich aus dem Wirkungsbereich des Bundesministeriums für Wirtschaft und Arbeit gemäß Bundesministeriengesetz 1986, BGBl. Nr. 76, zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 141/2000, insbesondere Anlage zu § 2 Teil 2 Abschnitt L, Z 21 bis 30.

Gesamtgebarung

	Personal-ausgaben	Sach-	Summe	Einnahmen
	Millionen Euro			
2000	94,1	507,4	601,5	73,1
2001	83,3	446,8	530,1	65,9
2002	78,9	96,5	175,4	37,8

Im Einzelnen ist zu den Bereichen zu bemerken:

Titel 640 Verwaltungs- und betr.ähnl. Einrichtungen

Die gesetzlichen Grundlagen und die Aufgaben werden bei den jeweiligen Dienststellen des Bundesministeriums erläutert.

	Personal-ausgaben	Sach-	Summe	Einnahmen
	Millionen Euro			
2000	2,0	3,6	5,5	0,9
2001	17,4	4,4	21,8	17,6
2002	17,4	4,4	21,8	17,6

Paragraf 6401 Bundesmobilienverwaltung

Aufgaben
Nach Kriegsende 1918 wurde das k. u. k. Hofmobilien- und Materialdepot von der Republik als Bundesmobiliendepot übernommen. Die heutige Aufgabe des Bundesmobiliendepots ist eine zweifache:

1. Verwaltung, Pflege und Instandhaltung der kunsthistorisch wertvollen Möbel aus ehemals kaiserlichem Besitz;
2. Einrichtung der staatlichen Repräsentationsräume, wie beispielsweise Gesandtschaften und Ministerien, sowie Beistellung von Mobilien, Tafelgeschirr, Teppiche usw. bei Staatsbesuchen und sonstigen Veranstaltungen der Bundesregierung.

Neben diesen allgemeinen Aufgaben werden auch die seinerzeitigen Schlösser: Hofburg Wien und Innsbruck, Belvedere und Schloss Schönbrunn im Interesse des Fremdenverkehrs mit Stilmöbeln ausgestattet. In den eigenen Räumen in Wien VII, Mariahilfer Straße 88 und in der Wiener Hofburg wurde eine ständige Schausammlung dem Publikum eröffnet.

Ausgaben
Die veranschlagten Mittel werden für die Aufrechterhaltung des laufenden Betriebes (hauptsächlich Heiz-, Energie- und Instandhaltungskosten) und für die Anschaffung von Schauobjekten verwendet.

Paragraf 6402 Schönbrunner Tiergartenamt

Gesetzliche Grundlage
Bundesgesetz über die Errichtung einer Schönbrunner Tiergarten-Gesellschaft mbH., BGBl. Nr. 420/1991, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 117/1994.

Aufgaben
Das Schönbrunner Tiergartenamt ist die Dienststelle für Beamte, die vor Beginn des Pachtverhältnis-

ses beim bisherigen Tiergarten Schönbrunn beschäftigt waren.

Paragraf 6403 Beschussämter

Gesetzliche Grundlage
Beschussgesetz, BGBl. Nr. 141/1951, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 233/1984.

Aufgaben
Die Beschussämter Wien und Ferlach führen die Erprobung und amtliche Kennzeichnung aller Handfeuerwaffen mit Ausnahme der Militärwaffen und die Prüfung der in Österreich erzeugten sowie der nach Österreich importierten Patronen durch.
Daneben führen beide Beschussämter auch schießtechnische Untersuchungen, Erprobungen und Entwicklungsarbeiten durch, wie zB die Erprobung der Schusssicherheit verschiedener Materialien (Glas, Kunststoff und Stahl). Sie betreiben auch je eine Schießstätte, die Büchsenmacher, Jägern usw. das Einschießen sowie Schusserprobungen ermöglichen.
Fallweise werden die Beschussämter auch zur Erstattung von Gutachten für Gerichte herangezogen.
Von den Bediensteten der Beschussämter werden auf Grund des Bundesgesetzes auch laufende Kontrollen bei den Waffenhändlern und Erzeugern durchgeführt, um nicht erprobte oder mit ungültigen Beschusszeichen versehene Waffen aus dem Verkehr ziehen zu können.

Ausgaben
Hier sind die Kosten für den laufenden Betrieb und für die notwendige Anschaffung von Anlagengütern veranschlagt.

Paragraf 6404 Amt der Bundesimmobilien

Gesetzliche Grundlage
Bundesgesetz, mit dem die Bau- und Liegenschaftsverwaltung des Bundes neu organisiert sowie über Bundesvermögen verfügt wird (Bundesimmobiliengesetz), BGBl. I Nr. 141/2000.

Aufgaben
Im Zusammenhang mit der Neuorganisation der Bau- und Liegenschaftsverwaltung des Bundes wurde gemäß § 24 des Bundesimmobiliengesetzes als nachgeordnete Dienstelle des BMWA das Amt der Bundesimmobilien geschaffen. Dieser Dienstelle gehören ab dem Zeitpunkt der Ausgliederung der Bundesgebäudeverwaltung die Beamten der ehemaligen Dienststellenbereiche 6450 und 6453 (ausgenommen Beamte der Burghauptmannschaft Österreich) an und werden der Immobilienmanagementgesellschaft des Bundes mbH zur Dienstleistung zugewiesen. Die Gesellschaft hat für die dienstzugewiesenen Beamten den Gesamtaktivitätsaufwand samt Nebenkosten zu ersetzen und zur teilweisen Deckung des Pensionsaufwandes einen Beitrag in Höhe von 31,1% des Aufwandes an Aktivbezügen zu leisten.

Paragraf 6406 Bäder

Aufgaben
Führung der laufenden Geschäfte des Bundesbades Alte Donau.
Ausgaben
Veranschlagung der Betriebskosten des Bundesbades. Die Personalausgaben werden bei der Burghauptmannschaft Österreich verrechnet.

Paragraf 6407 Regierungsgebäude

Hier wird der Aufwand für die Verwaltung des Regierungsgebäudes veranschlagt.

Titel 641 Förderungsmaßnahmen (Bauten und Technik)

Bei diesem Titel werden die Förderungsmaßnahmen im Rahmen des Wohnbaues, des Technischen Versuchswesens, der Allgemeinen Bauforschung und die Sonstigen Förderungsmaßnahmen verrechnet.
Die gesetzlichen Grundlagen und die Aufgaben werden bei den einzelnen Bereichen erläutert.

	Personal-ausgaben	Sach-	Summe	Einnahmen
	Millionen Euro			
2000	0,0	6,5	6,5	2,7
2001	0,0	3,2	3,2	0,6
2002	0,0	3,2	3,2	0,6

Paragraf 6414 Wohnbauforschung

Gesetzliche Grundlage
Wohnbauförderungsgesetz 1984, BGBl. Nr. 482/1984, zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 26/2000.

Aufgaben
Die Forschung auf dem Gebiet des Wohnungsbaues umfasst insbesondere Untersuchungen, Gutachten, Architektenwettbewerbe, Versuchs-, Vergleichs- und Demonstrativbauten, durch die Verbesserungen bezüglich Wohnen und Umwelt in gesundheitlicher, sozialer, gesellschaftlicher, volkswirtschaftlicher, städteplanerischer, regional- oder ortsplanerischer sowie technischer und rechtlicher Hinsicht zu erwarten sind.

Ausgaben
Die veranschlagten Mittel werden überwiegend zur Abwicklung der bis 31. Dezember 1987 genehmigten Förderungsansuchen oder Forschungsaufträge verwendet.

Paragraf 6417 Technisches Versuchswesen

Gesetzliche Grundlagen
Forschungsförderungsgesetz, BGBl. Nr. 434/1982, zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 48/2000;
Forschungsorganisationsgesetz, BGBl. Nr. 341/1981, zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 47/2000.

Aufgaben
Gewährung von Förderungsbeiträgen für Neu-, Aus- und Umbauten, für die apparative Ausrüstung von Versuchseinrichtungen, für die Entwicklung von Prüf-, Mess- und Versuchsverfahren zur Durchführung von Forschungs- und Entwicklungsvorhaben sowie für Arbeiten der angewandten Forschung und technischen Entwicklung, die nicht ausschließlich im Interesse der Produktion der gewerblichen Wirtschaft gelegen sind. Darüber hinaus kann der Einsatz der Mittel aus diesem Ansatz zur Abgeltung forschungsverwandter Tätigkeiten der Kooperativen Forschungsinstitute der gewerblichen Wirtschaft Österreichs sowie zur Förderung der Beteiligung an zwischenstaatlichen und internationalen Forschungs- und Entwicklungsvorhaben und für Zwecke der Dokumentation und Information erfolgen.
Ausgaben
Die veranschlagten Mittel dienen zur Sicherung und Durchführung der in den Aufgaben bezeichneten Vorhaben.

Paragraf 6418 Allgemeine Bauforschung

Gesetzliche Grundlagen
Forschungsförderungsgesetz, BGBl. Nr. 434/1982, zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 48/2000;
Forschungsorganisationsgesetz, BGBl. Nr. 341/1981, zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 47/2000.

Aufgaben
Die Mittel dienen zur Förderung der allgemeinen Bauforschung, der es obliegt, alle jene offenen Fragen des weiten Bereiches des Bauwesens zu behandeln, für deren Lösung eine Förderung aus Forschungsmitteln, die gesetzmäßig gebunden sind (Wohnbauforschung), nicht erfolgen kann.

Ausgaben
Die Mittel werden herangezogen für Forschungs- und Entwicklungsvorhaben (einschließlich bauliche und gerätemäßige Ausstattung) auf dem Gebiete des Bauwesens, einschlägige Vorhaben auf den Gebieten der Raumordnung, der Normung, der Dokumentation und Information sowie Austausch und Verbreitung bautechnischer Erkenntnisse, wie zB Ausstellungen und Fachveranstaltungen.

Paragraf 6419 Sonstige Förderungsmaßnahmen

Aufwendungen
Im Wesentlichen sind hier die Beiträge an INFOTHERM und das Österreichische Institut für Schul- und Sportstättenbau veranschlagt.

Titel 645 bis 647 (Bundesgebäudeverwaltung, Liegenschaftsverwaltung und Hochbau)

Allgemeine Bemerkungen
Mit dem Bundesimmobiliengesetz, BGBl. I Nr. 141/2000, wurde die Bau- und die Liegenschaftsverwaltung des Bundes grundlegend reformiert und somit den gewandelten Rahmenbedingungen und Anforderungen angepaßt.
Auf Grund dieses Gesetzes wurde die 'Bundesgebäudeverwaltung Österreich' ausgegliedert und die in die Zuständigkeit des BMWA fallenden Liegenschaften wurden gegen Entgelt der BIG übertragen. Für diese von Bundesdienstellen benützten Liegenschaften sind Mieten zu entrichten. Ausgenommen von dieser Übertragung sind historische Objekte, die von der 'Burghauptmannschaft Österreich' (Paragraf 6450) betreut werden.

Titel 645 Bundesgebäudeverwaltung
Unter diesem Titel werden die Ausgaben und Einnahmen der Burghauptmannschaft Österreich sowie des Kongresszentrums in der Wiener Hofburg veranschlagt. (Bis zur Neuorganisation der Immobilienverwaltung waren unter diesem Titel die Ausgaben und Einnahmen der Dienststellen der Bundesgebäudeverwaltung budgetiert.)

	Personal-ausgaben	Sach-ausgaben	Summe	Einnahmen
	Millionen Euro			
2000	37,1	6,8	43,9	6,5
2001	11,6	6,0	17,6	1,7
2002	9,3	4,2	13,5	1,5

Paragraf 6450 Burghauptmannschaft Österreich

Aufgaben
Gemäß § 22 Bundesimmobiliengesetz obliegt der Burghauptmannschaft Österreich als nachgeordnete Dienststelle des Bundesministeriums für Wirtschaft und Arbeit die Verwaltung und bautechnische Betreuung der nach der Neuorganisation der Immobilienverwaltung dem Bund verbliebenen Liegenschaften - insbesondere der historischen Objekte.

Gebarung
Unter diesem Paragraf sind daher die aus dem laufenden Betrieb der Burghauptmannschaft Österreich resultierenden Personal-, Sachausgaben und Einnahmen veranschlagt.

Paragraf 6452 Kongresszentrum in der Wiener Hofburg

Die veranschlagten Mittel dienen dem Betrieb und der Erhaltung des Kongresszentrums.

Titel 646 Bundesgebäudeverwaltung - Liegenschaftsverwaltung

Ausgaben
Unter diesem Titel werden die üblichen Betriebskosten (zB. Hausbesorgerentgelte, Ausgaben für Steuern, Energiebezüge, Kanalgebühren, Müllabfuhr, Versicherungen, Instandhaltungen udgl.) und die Einnahmen aus Mieten und sonstigen Leistungen verrechnet.

	Personal-ausgaben	Sach-	Summe	Einnahmen
	Millionen Euro			
2000	2,6	38,0	40,5	27,0
2001	2,2	36,1	38,3	31,1
2002	0,3	7,8	8,0	3,3

Titel 647 Bundesgebäudeverwaltung (Hochbau)

Ausgaben
Unter diesem Titel werden die Ausgaben für Neubauten, Instandsetzungen und Instandhaltungen von Gebäuden, die in den Zuständigkeitsbereich der Burghauptmannschaft Österreich fallen, veranschlagt.

	Personal-ausgaben	Sach-	Summe	Einnahmen
	Millionen Euro			
2000	0,0	370,1	370,1	2,4
2001	0,0	383,5	383,5	1,4
2002	0,0	63,3	63,3	1,4

Titel 649 Bundesamt für Eich- und Vermessungswesen
Gesetzliche Grundlagen
Maß- und Eichgesetz, BGBl. Nr. 152/1950, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 636/1994 und die dazu ergangenen Verordnungen;
Vermessungsgesetz, BGBl. Nr. 306/1968, zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 30/1997 und die dazu ergangenen Verordnungen.

	Personal-ausgaben	Sach-	Summe	Einnahmen
	Millionen Euro			
2000	50,9	13,7	64,6	12,2
2001	52,0	13,7	65,7	13,5
2002	52,0	13,7	65,7	13,5

Aufgaben des Eichwesens
1. Aufbewahrung der Etalons für die gesetzlichen Maßeinheiten, für ihren Anschluss an die internationalen Etalons sorgen sowie die einschlägigen Darstellungsverfahren festlegen;
2. verbindliche Verfahrensvorschriften, Werte des spektralen Hellempfindlichkeitsgrades für Lichtmessungen, Normspektralwerte für Farbmessungen und Bewertungsfunktionen für objektive Schallpegelmessungen samt dem Bezugswert entsprechend dem Stand der Messtechnik durch Verordnung festlegen;
3. für die eichpflichtigen Messgerätegattungen die Eichvorschriften und die Eichanweisungen erlassen und im 'Amtsblatt für das Eichwesen' kundmachen;
4. Zulassung neuer Messgerätebauarten zur Eichung;
5. Eichung von Messgeräten;
6. Überwachung der Einhaltung der gesetzlichen Bestimmungen durch eichpolizeiliche Revisionen;
7. Prüfung und Beglaubigung von Messgeräten im Rahmen des physikalisch-technischen Prüfungsdienstes, Durchführung entsprechender Untersuchungen und Förderung der Messtechnik durch wissenschaftliche Arbeiten; Erlassung von Prüf- und Beglaubigungsvorschriften für Messgeräte.

Aufgaben des Vermessungswesens
Die auszuführenden Arbeiten dienen der Schaffung und Erhaltung von technischen Unterlagen für die verschiedensten Zweige technisch-wirtschaftlicher Planungen - zB für den Ausbau und die Regulierung

von Straßen- und Wasserbauanlagen, für die Errichtung von Wasserkraftwerken und Maßnahmen im Zuge der Bodenreform -, im Besonderen aber zur Erfüllung der durch das Vermessungsgesetz auferlegten Aufgaben der staatlichen Hoheitsverwaltung. Zu diesen gehören insbesondere:

1. Die Grundlagenvermessungen, und zwar
a) die Schaffung und Erhaltung eines engmaschigen Festpunktfeldes,
b) die astronomisch-geodätischen Arbeiten für die Zwecke des Festpunktfeldes und solche zur Erforschung der Erdgestalt,
c) die Schaffung und Erhaltung von Höhepunkten besonderer Genauigkeit (Präzisionsnivellement) und
d) die Arbeiten zur Erforschung des Schwerkraftfeldes der Erde und für die geophysikalische Landesaufnahme;
2. die teilweise Neuanlegung des Grenzkatasters;
3. die allgemeine Neuanlegung des Grenzkatasters;
4. die Übernahme der Ergebnisse eines Verfahrens der Agrarbehörden in den Angelegenheiten der Bodenreform in den Grenzkataster;
5. die Führung des Grenzkatasters;
6. die Amtshandlungen im Zusammenhang mit dem Grenzkataster;
7. die Vermarkung und Vermessung der Staatsgrenzen;
8. Herstellung, Evidenzhaltung und Vervielfältigung der staatlichen Landkarten durch (§ 1, Ziffer 7, 8 und 9 des Vermessungsgesetzes).

Ausgaben und Einnahmen

Die veranschlagten Mittel werden zur Erfüllung der obliegenden Aufgaben verwendet. Im Wesentlichen sind bei den Aufwendungen die Familien- und Geburtenbeihilfen, sowie die Reisekostenersätze an die Bediensteten (im Zusammenhang mit der Eich- und Vermessungstätigkeit) und die Kosten für den laufenden Betrieb (zB Energiekosten) bzw. für die Instandhaltung veranschlagt.
Bei den Einnahmen handelt es sich um Eich-, Prüfungs- und Vermessungsgebühren.

Kapitel 65 Verkehr, Innovation und Technologie

Die Einnahmen und Ausgaben dieses Kapitels ergeben sich aus dem Wirkungsbereich des Bundesministeriums für Verkehr, Innovation und Technologie gemäß Bundesministeriengesetz 1986, BGBl. Nr. 76/1986, zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 141/2000, insbes. Anlage zu § 2 Teil 2 Abschnitt K.

Gesamtgebarung

	Personal-ausgaben	Sach-	Summe	Einnahmen
	Millionen Euro			
2000	47,1	2.654,5	2.701,6	994,2
2001	55,2	2.975,4	3.030,6	360,9
2002	54,7	2.862,8	2.917,5	316,5

Im Einzelnen ist zu den Bereichen zu bemerken:

Titel 650 Bundesministerium für Verkehr, Innovation und Technologie

Aufgaben
Der Aufgabenbereich des Bundesministeriums für Verkehr, Innovation und Technologie umfasst im Wesentlichen Folgendes:
Angelegenheiten der Verkehrspolitik,
Angelegenheiten des Verkehrswesens bezüglich Eisenbahnen, Schifffahrt und Luftfahrt,
Angelegenheiten der Straßenpolizei, Unfallforschung, Kraftfahrwesen,
Angelegenheiten der Bundesstraßen und der Unternehmen, die mit Bau und Erhaltung von Bundesstraßen betraut sind,
Angelegenheiten des Wasserbaues hinsichtlich der Flüsse Donau, March, Thaya und sonstiger Wasserstraßen, Hochwasserschutzangelegenheiten, Verwaltung des Marchfeldkanals (veranschlagt bei Titel 654),
Angelegenheiten des gewerblichen Personen- und Güterverkehrs und der Beförderung im Werksverkehr,
Angelegenheiten der Österreichischen Bundesbahnen und der Verwaltung der Anteilsrechte des Bundes an Eisenbahnunternehmungen, an der Schieneninfrastrukturfinanzierungs-Gesellschaft mbH, der Schienen-Control Österreichische Gesellschaft für Schienenverkehrsmarktregulierung GmbH, der Brenner Eisenbahn GmbH, der Graz-Köflacher Eisenbahn GmbH, der Raab-Oedenburg-Ebenfurter Eisenbahn AG, der Lokalbahn Lambach-Vorchdorf-Eggenberg AG, der Verkehrsverbund-Ost-Region GmbH, der Eisenbahn-Hochleistungsstrecken-AG und der Zillertaler Verkehrsbetriebe AG,
Angelegenheiten des Arbeitsschutzes für Arbeitnehmer der Verkehrsbetriebe,
Regulierung des Post- und Telekommunikationswesens,
Angelegenheiten der wirtschaftlich-technischen Forschung (soweit sie nicht in den Wirkungsbereich eines anderen Bundesministeriums fallen) und
Angelegenheiten des gewerblichen Rechtsschutzes insbesondere Patentwesens (veranschlagt bei Titel 658).

	Personal-ausgaben	Sach-	Summe	Einnahmen
	Millionen Euro			
2000	30,6	22,9	53,5	840,4
2001	32,5	27,5	60,0	133,2
2002	32,5	27,5	60,0	75,2

Unterschiede gegenüber Vorjahre
Die Verminderung der Einnahmen resultiert aus der nur im Jahr 2000 veranschlagten Versteigerung der UMTS-Mobilfunklizenz und wesentlich niederer geschätzten weiteren Lizenzeinnahmen.

Paragraf 6500 Zentralleitung
Unter diesem Paragrafen sind die Verwaltungsausgaben des Bundesministeriums und auch Beiträge an internationale Organisationen, wie ICAO-Montral, für die CEMT, ECAC-Paris, Zentralamt für den internationalen Eisenbahnverkehr-Bern, IMO-London, TER, TEM und AIPCR veranschlagt.

Ebenso sind die Instandhaltung und Betriebskosten des elektronischen Ökopunktesystems veranschlagt. Ab 2001 sind die 2000 unter Paragraph 6503 veranschlagten Personal- und Verwaltungsausgaben für den mit Wirkung vom 1. April 2000 von Kapitel 64 übernommenen Aufgabenbereich hier mitveranschlagt.

Paragraf 6501 Schifffahrtspolizei
Gesetzliche Grundlagen
Schifffahrtsgesetz, BGBl. I Nr. 62/1997, zuletzt geändert mit BGBl. I Nr. 9/1998;
Wasserstraßen-Verkehrsordnung, BGBl. Nr. 265/1993, zuletzt geändert mit BGBl. II Nr. 237/1999.

Aufgaben
Die Aufgaben der Schifffahrtspolizei sind rein hoheitlicher Natur und umfassen insbesondere die Überwachung der die Schifffahrt betreffenden Verwaltungsvorschriften, die Erteilung schifffahrtspolizeilicher Weisungen, die Regelung der Schifffahrt, insbesondere die Anbringung, Instandhaltung und Entfernung von Schifffahrtszeichen und die Bezeichnung des Fahrwassers, sowie die Hilfeleistung im Havariefall auf der Wasserstraße Donau.

Außenstellen der Schifffahrtspolizei (Strom-, Schleusen- und Hafenaufsicht) befinden sich entlang der Donau in Hainburg, Wildungsmauer, Wien-Freudenau, Wien-Praterkai, Greifenstein, Altenwörth, Krems, Melk, Persenbeug, Grein, Wallsee, Abwinden, Linz, Ottensheim, Aschach und Engelhartszell.

Paragraf 6502 Post- und fernmeldebehördliche Tätigkeiten
Gesetzliche Grundlagen
Telekommunikationsgesetz - TKG, BGBl. I Nr. 100/1997, zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 26/2000;
Art. 7 der Richtlinie 90/388/EWG;
Regionalradiogesetz, BGBl. Nr. 506/1993, zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 51/2000;
Telekommunikationsgebührenverordnung - TKGV, BGBl. II Nr. 29/1998.

Aufgaben
Wahrnehmung auf dem Gebiet des Fernmeldewesens, die im Art. 7 der EWG-Richtlinie über den Wettbewerb auf dem Markt für Telekommunikationsdienste aufgezählten Agenden, wie:
die Erteilung von betrieblichen Genehmigungen,
die Überwachung der Zulassungen und die verbindlichen Spezifikationen,
die Zuteilung der Frequenzen und die Überwachung der Nutzungsbedingungen,
die Ahndung der Verletzungen des fernmeldebehördlichen Hoheitsrechtes,
Erstellung des Frequenznutzungsplanes, Frequenzzuordnung und Bewilligung gemäß Regionalradiogesetz.

Titel 651 Bundesministerium (Zweckaufwand)
Gesetzliche Grundlagen
Bundesbahngesetz, BGBl. Nr. 825/1992, zuletzt geändert mit BGBl. I Nr. 26/2000;
Privatbahnunterstützungsgesetz 1988, BGBl. Nr. 606/1988, zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 82/1999;
Hochleistungsstreckengesetz, BGBl. Nr. 135/1989, zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 81/1999;
Bundesgesetz zur Errichtung einer Brenner-Eisenbahn-Gesellschaft, BGBl. I Nr. 81/1999;
Bundesgesetz über die Austro Control GesmbH, BGBl. Nr. 898/1993, zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 45/1997;
Bundesgesetz, mit dem das Eisenbahngesetz 1957, das Bundesbahngesetz 1992 und das Schieneninfrastrukturfinanzierungsgesetz geändert werden (Schienenverkehrsmarkt-Regulierungsgesetz), BGBl. I Nr. 166/1999;
Bundesgesetz über die Ordnung des öffentlichen Personennah- und Regionalverkehrs, BGBl. I Nr. 204/1999 (ÖPNRV-G);
Kraftfahrliniengesetz, BGBl. I Nr. 203/1999;
Schieneninfrastrukturfinanzierungsgesetz - SCHIG, BGBl. Nr. 201/1996, zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 267/2000;

Poststrukturgesetz, BGBl. Nr. 201/1996, zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 161/1999;
Postgesetz 1997, zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 26/2000;
Fernsprechentgeltzuschussgesetz, BGBl. I Nr. 142/2000
Führerscheingesetz - FSG, BGBl. I Nr. 120/1997, zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 134/1999;
Richtlinien der Bundesregierung gemäß § 13 (4) Forschungsorganisationsgesetz, BGBl. Nr. 341/1981, über die Vergabe und Durchführung von Forschungsaufträgen und Aufträgen für sonstige wissenschaftliche Untersuchungen;
Grund- und Finanzierungsverträge der Verkehrsverbünde.

Aufgaben

Zurverfügungstellung der Eisenbahninfrastruktur gem. § 2 Bundesbahngesetz 1992; Abgeltung der gemeinwirtschaftlichen Leistungen gemäß § 3 Bundesbahngesetz 1992, § 2 Privatbahnunterstützungsgesetz und § 3 Poststrukturgesetz.
Der Bundesminister für Wissenschaft und Verkehr überträgt durch Verordnung den Österreichischen Bundesbahnen, der Eisenbahn-Hochleistungsstrecken-AG bzw. der Brenner-Eisenbahn-Gesellschaft die Planung und den Bau bestimmter Eisenbahninfrastrukturvorhaben, wofür der Bund ganz bzw. teilweise die Kosten zu tragen hat.
Für Zwecke der Finanzierung der Schieneninfrastrukturinvestitionen, der Benutzungsentgeltfestsetzung und -einhebung, der Fahrplantrassenvermittlung, der Interessentensuche für neue Operateure usw., wurde die Schieneninfrastrukturfinanzierungs-Gesellschaft m. b. H. (SCHIG) gegründet. Auf Grund des Infrastrukturfinanzierungsgesetzes sind die von der ASFINAG eingegangenen Verpflichtungen zur Finanzierung von Eisenbahnhochleistungsstrecken auf die SCHIG übergegangen und sind dieser die Zinsen zu ersetzen.
Zwecks Marktbeobachtung und Erleichterung des Zuganges zum Schienenverkehrsmarkt wurde die Schienen-Control Österreichische Gesellschaft für Schienenverkehrsmarktregulierung GmbH gegründet. Die Schienen-Control GmbH nimmt u.a. die Aufgaben der Geschäftsführung für die Schienen-Control Kommission wahr.
Nur die konsequente Durchführung von verschiedensten Maßnahmen lässt eine Verbesserung der Sicherheit im Straßenverkehr erwarten.
Auch im Verkehrsbereich wird es immer notwendiger, konkrete Auftragsforschungen zu vergeben. Darüber hinaus darf nicht übersehen werden, dass vorwiegend langfristige Investitionen auf dem kapitalintensiven Verkehrssektor zu tätigen sind, was im Hinblick auf die Optimierung der einzusetzenden Mittel und unter Berücksichtigung der mehrschichtigen Ressortbelange objektive Beurteilungskriterien erfordert.
Im Bereich der Verkehrsverbünde ergibt sich durch die Einführung einheitlicher Verbundfahrkarten für die an den Verkehrsverbünden beteiligten Verkehrsträger ein sogenannter 'Durchtarifierungsverlust', der durch den Bund teilweise abgegolten wird. Zusätzlich soll durch das ÖPNRV-G die Struktur der Verkehrsverbünde und deren Organisation entsprechend den europarechtlichen Vorgaben neu geordnet werden.
Gemäß § 11 des Bundesgesetzes über die Austro Control hat der Bund der Austro Control für die im öffentlichen Interesse erbrachten Leistungen ein Entgelt nach dem Kostendeckungsprinzip zu leisten.

	Personal-ausgaben	Sach-	Summe	Einnahmen
		Millionen Euro		
2000	0,0	1.857,7	1.857,7	0,0
2001	0,0	2.051,1	2.051,1	0,0
2002	0,0	1.927,4	1.927,4	0,0

Unterschiede gegen Vorjahre

Minderveranschlagung (Einsparvorgabe) für Eisenbahninfrastruktur und gemeinwirtschaftliche Leistungen ÖBB, keine Zahlung mehr für Postzeitungsversand.

Aufwendungen

	Millionen Euro
Kosten für Eisenbahninfrastruktur	1.166,399
Gemeinwirtschaftliche Leistungen ÖBB	590,977
Gemeinwirtschaftliche Leistungen Privatbahnen	41,402
Gemeinwirtschaftliche (Postzeitungsversand und Telefonentgeltzuschuss)	54,505
Verkehrsverbünde/ÖPNRV-G	69,788
Allgemeiner Verkehr	4,275

Titel 652 Bundesministerium (Förderungsmaßnahmen)

Gesetzliche Grundlagen

Vereinbarung vom 9. Mai 1979 zwischen dem Bund und dem Land Wien gemäß Art. 15 a B-VG (Schienenverbund), BGBl. Nr. 18/1980;

Bundesgesetz vom 25. Februar 1987, BGBl. Nr. 80/1987;

Hafeneinrichtungen-Förderungsgesetz, BGBl. Nr. 160/1955, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 412/1994;

Privatbahnunterstützungsgesetz 1988, BGBl. Nr. 606/1988, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 82/1999;

Konzessionsverlängerung von Eisenbahnbetrieben;

Allgemeine Rahmenrichtlinien des Bundesministeriums für Finanzen für die Gewährung von Förderungen aus Bundesmitteln;

Richtlinien des Bundesministeriums für öffentliche Wirtschaft und Verkehr für die Förderung von Investitionen auf dem Verkehrssektor;

Sonderrichtlinien für die Förderung von industriell-gewerblichen Infrastrukturprojekten (Regionale Infrastrukturförderung) des Bundesministeriums für Verkehr, Innovation und Technologie.

Aufgaben

Auf Grund des sogenannten Schienenverbundvertrages 1979 und der Folgeverträge hat der Bund die Verpflichtung übernommen, jährlich 109,010 Millionen Euro für den Bau der U-Bahnlinien zu leisten.

Vorrangige Aufgabe der Verkehrsförderung ist die Unterstützung der Verkehrsverlagerung von der Straße auf die Schiene und auf das Schiff. Wegen der Knappheit an ERP-Kreditmitteln werden Investitionen und Projekte von besonderem verkehrspolitischem Interesse durch Zinsen- oder Investitionskostenzuschüsse aus Budgetmitteln gefördert.

Gemäß dem Privatbahnunterstützungsgesetz sind den nicht-bundeseigenen Unternehmungen, die Haupt- oder Nebenbahnen betreiben, auch Anschlusskosten abzugelten (Verknüpfung Privatbahn-ÖBB).

Weiters sind Zuschüsse für Investitionen veranschlagt, die von den nicht bundeseigenen Haupt- und Nebenbahnen zu Verbesserungen des Eisenbahnverkehrs vorgenommen werden müssen.

Für den Eisenbahnbetrieb der Graz-Köflacher Eisenbahn GesmbH hat der Bund für den aus der Aufrechterhaltung des Bahnbetriebes erwachsenden Betriebsabgang vorzusorgen, weiters ist er verpflichtet, Zuschüsse für die notwendigen Investitionen zu leisten. Dies bezieht sich auch auf Investitionen der AG der Wiener Lokalbahnen.

Im Rahmen der innovations- und strukturpolitischen Aufgaben werden Ausbau und Upgrading von Impulszentren, Gründungen aus Universitäten und Fachhochschulen, die Weiterentwicklung des österreichischen Innovationssystems und der Ausbau der Technologieinfrastruktur gefördert.

	Personal-ausgaben	Sach-ausgaben	Summe	Einnahmen
	Millionen Euro			
2000	0,0	151,5	151,5	0,8
2001	0,0	144,4	144,4	0,3
2002	0,0	144,4	144,4	0,3

Förderungen (Gesetzl. Verpflichtungen)

109,010 Millionen Euro Bundesbeitrag für den U-Bahnteil (Schienenverbund);

Förderungen
5,259 Millionen Euro Beitragsleistungen für Verkehrsförderung;
3,060 Millionen Euro Beitragsleistungen für Innovation und strukturpolitische Maßnahmen;
26,234 Millionen Euro Beitragsleistungen zur Aufrechterhaltung der Betriebssicherheit nicht bundeseigener Haupt- und Nebenbahnen;

Innovations- und strukturpolitsche Maßnahmen
Die Regionale Innovationsprämie ist ab 2000 bei Kapitel 63 veranschlagt. Für die im Kapitel 65, Titel 652, angeführten übrigen regional- und strukturpolitischen Förderungsmaßnahmen (Abwicklung der bereits genehmigten Förderungen aus RIF - Regionale Infrastrukturförderung und sonstigen regional- und strukturpolitischen Förderungsmaßnahmen) wurde vorgesorgt.

Titel 653 Wirtschaftlich-technische Forschung/Technologie

Gesetzliche Grundlagen
Innovations- und Technologiefondsgesetz 1987, BGBl. Nr. 603/1987, zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 26/2000;
Forschungsorganisationsgesetz, BGBl. Nr. 341/1981, zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 47/ 2000;
Forschungsförderungsgesetz, BGBl. Nr. 434/1982, zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 48/2000;
Bundesgesetz über das Österreichische Forschungs- und Prüfzentrum Arsenal Gesellschaft mbH, BGBl. I Nr. 15/1997;
ESA, BGBl. Nr. 95/1987;
EUMETSAT, BGBl. Nr. 304/1994.

	Personal-ausgaben	Sach-	Summe	Einnahmen
	Millionen Euro			
2000	3,2	175,4	178,6	29,1
2001	4,5	200,1	204,6	36,8
2002	4,4	198,4	202,8	36,7

Paragraf 6530 Mittel d.Innovations-u. Technologiefonds(ITF)(zweckgeb.Geb.)
Aufgaben
Die Mittel des Innovations- und Technologiefonds sind für Zwecke der Finanzierung von Forschungen, Entwicklungen und Umstellungen für den Bereich der gewerblichen Wirtschaft zu verwenden.
Gefördert werden sollen insbesondere industriell-gewerbliche Entwicklungstätigkeiten, die Umsetzung von Forschungs- und Entwicklungsergebnissen in neue und verbesserte Produkte, Leistungen und Verfahren, immaterielle Investitionen insbesondere im Hinblick auf Innovations- und Qualitätsmanagement; Technologietransfer und Umsetzungstätigkeiten und damit verbundene infrastrukturelle Maßnahmen; Beteiligung an oder Gründung von Unternehmen, die förderbare Vorhaben gemäß § 3 Abs. 1 Z 1 bis 5 ITF-Gesetz durchführen.
Die unter Voranschlagsansatz 1/65308 veranschlagten Mittel dienen der internationalen wissenschaftlichen Kooperation in verschiedenen ESA-Programmen (die Finanzierung der ESA-Wahlprogramme erfolgt auf der Basis des § 3 Abs. 3 Z 3 ITF-Gesetz).

Einnahmen
Diese Einnahmen setzen sich aus
Überweisungen gemäß Innovations- und Technologiefonds-Gesetz,
Darlehenszinsen und
Darlehensrückzahlungen zusammen.

Paragraf 6531 Technologie- u. Forschungsförderung (gewerbliche)/FFF
Förderungen
Dem Forschungsförderungsfonds für die gewerbliche Wirtschaft obliegt die Förderung konkreter Forschungsvorhaben natürlicher Personen (Einzelforscher oder -gruppen) oder juristischer Personen (zB. GmbH, AG) - einschließlich der Gewährung von Forschungsbeihilfen für Forschungsvorhaben des wissenschaftlichen Nachwuchses - im Bereich der gewerblichen Wirtschaft in Österreich.

Paragraf 6532 Technologie- u. Forschungsförderung (wissenschaftl.)/FWF
Förderungen
Aufgabe des Fonds zur Förderung der wissenschaftlichen Forschung ist die Förderung der Forschung, die der weiteren Entwicklung der Wissenschaft in Österreich dient und nicht auf Gewinn gerichtet ist. Dabei werden Forschungsvorhaben einzelner oder mehrerer natürlicher Personen gefördert.
Bei den Spezialforschungsbereichen werden fächerübergreifende, langfristige Forschungsprogramme von österreichischen Forschungsstätten (Universitäten, Kunsthochschulen oder gemeinnützige außeruniversitären Forschungseinrichtungen) gefördert. Weiters werden hier Ausgaben für die Stimulierung europäischer Forschungskooperation veranschlagt.

Paragraf 6533 Forschungs- und Technologietransfer
Förderungen
Unter diesem VA-Ansatz sind Förderungsmittel für die Einrichtung und Stärkung außeruniversitärer Forschungseinrichtungen, welche wirtschaftsnahe Forschung und Entwicklung für die Wirtschaft und mit der Wirtschaft betreiben, veranschlagt. Der VA-Ansatz ermöglicht eine Verbesserung des Wissenstransfers durch Vernetzung bestehender Forschungs- und Entwicklungseinrichtungen.

Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen)
Dieser VA-Ansatz beinhaltet die österreichischen Mitgliedsbeitragsleistungen zu EUMETSAT (Übereinkommen über die Nutzung von Meteorologischen Satelliten) sowie jene Kosten, die sich aus der Mitgliedschaft bei der ESA (Europäische Weltraumorganisation) ergeben.

Einnahmen
Bei diesen Einnahmen handelt es sich um die Urheberrechtsgebühren des ORF für die Benützung von EUMETSAT-Satellitendaten.

Aufwendungen
Durch die Mittel für Expertengutachten sollen Fachexperten zur Erstellung forschungspolitischer Gutachten in interdisziplinärer Teamarbeit herangezogen werden.
Die Auftragsforschung sieht die Vergabe öffentlicher Aufträge zur Durchführung notwendiger Forschungsvorhaben für den Staat vor. Diese Aufträge sollen der Forschung, wo nötig, neue Impulse geben und eine enge Verbindung von Staat, Wissenschaft und Wirtschaft im Forschungsbereich bewirken.
Technologieschwerpunkte werden von der Bundesregierung für eine mehrjährige Periode, nationale Forschungsschwerpunkte vom Bundesminister für Verkehr, Innovation und Technologie festgelegt.
Das Bundesministerium für Verkehr, Innovation und Technologie hat nicht nur die Aufgabe, bestehende Forschungseinrichtungen sowie einzelne Forschungsvorhaben zu fördern, sondern vor allem auch zur Verstärkung der Effektivität des wissenschaftlichen Informationsflusses, zur Stärkung des Forschungsbewusstseins und zur Verbesserung des Forschungsmanagements beizutragen. Weiters enthält dieser VA-Ansatz auch Mittel für Vorträge, Seminare, Tagungen und Forschungspublikationen. Ebenfalls enthalten sind darin Beiträge an internationale Organisationen, Mitgliedsbeiträge an nationale Institutionen sowie Mittel die für den Rat für Forschung und Technologieentwicklung vorgesehen sind.

Paragraf 6534 Sondervorhaben-Technologie
Förderungen
Bei diesem VA-Ansatz werden jene Ausgaben veranschlagt, die im Bereich der Technologiepolitik für die Förderung von Forschung und Entwicklung sowie für die Unterstützung des Technologietransfers von der Wissenschaft zur Wirtschaft zur Verfügung gestellt werden. Weiters sind hier die Mittel für die Kompetenzzentren veranschlagt. In den Kompetenzzentren sollen industrielle und wissenschaftliche Forschungskompetenz zu kritischen Massen zusammengeführt werden und international wettbewerbsfähige Spitzenleistungen erbringen. Dabei werden maximal 35 % vom Bund gefördert.

Aufwendungen
Im Bereich der Technologieoffensive werden Mittel für neue Impulssetzung zur Unterstützung von Unternehmen der österreichischen Wirtschaft vergeben sowie Vorhaben zur Stärkung der technologischen Infrastruktur in Österreich mit besonderer Ausrichtung auf die Verbesserung der Zusammenarbeit zwischen Wissenschaft und Wirtschaft finanziert.

Paragraf 6535 Forschungsunternehmungen
Förderungen
Der VA-Ansatz enthält die Bundeszuschüsse an die Österreichische Gesellschaft für Weltraumfragen sowie an die Österreichische Forschungszentrum Seibersdorf GmbH (ÖFZS) (vormals Österreichische Studiengesellschaft für Atomenergie GmbH - OSGAE). Die Leistungen des Bundes ergeben sich aus dem jeweiligen Syndikatsabkommen.

Aufwendungen
Dieser Titel beinhaltet laufende Transferzahlungen an die per 1. Jänner 1997 gemäß Bundesgesetz (BGBl. I Nr. 15/1997) gegründete Österreichische Forschungs- und Prüfzentrum Arsenal GmbH, die mit Einbringungsvertrag vom 16. März 1999 gemäß § 2 Abs. 4 leg. cit. in die Österreichische Forschungszentrum Seibersdorf GmbH eingegliedert wurde.

Paragraf 6536 Bundesamt FPZ Arsenal
Durch die Ausgliederung des BFPZ Arsenal werden hier die für die Bundesbediensteten erforderlichen Personalausgaben, Kommunalsteuerzahlungen wie auch die Ausgaben dieser Bundesbediensteten für Reisen (In- und Ausland) sowie die erforderlichen Fahrtkostenzuschüsse budgetiert. Das Bundesforschungs- und Prüfzentrum Arsenal (betr. ähnl. Einr.) war bis zum Jahr 1996 unter dem Paragraf 1426 veranschlagt.

Einnahmen
Refundierung durch die ÖFZ Arsenal GmbH von Personalkosten für Beamte, die dem Bundesamt FPZ Arsenal gemäß § 8 Abs. 1 Bundesgesetz über das Österreichische Forschungs- und Prüfzentrum Arsenal dienstzugeteilt sind.

Titel 654 Wasserbauverwaltung

Gesetzliche Grundlagen
Katastrophenfondsgesetz, BGBl. Nr. 201/1996, zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 143/2000;
Marchfeldkanalgesetz, BGBl. Nr. 507/1985, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 495/1990;
Syndikatsvertrag zwischen der Republik Österreich und dem Land Niederösterreich betreffend die Errichtung und den Betrieb eines Marchfeldkanalsystems BGBl. Nr. 508/1985
Wasserbautenförderungsgesetz, BGBl. Nr. 1 48/1985, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 96/1997;
Donau-Hochwasserschutz-Konkurrenz, BGBl. Nr. 372/1927, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 367/1973;
Organisationsprivatisierung der Wasserstraßendirektion, BGBl. Nr. 11/1992;
Wasserstraßen-Verordnung, BGBl. Nr. 274/1985;
Verträge betreffend Grenzgewässer, BGBl. Nr. 106/1970.

	Personal-ausgaben	Sach-ausgaben	Summe	Einnahmen
	Millionen Euro			
2000	4,4	18,6	22,9	14,7
2001	6,3	60,8	67,1	58,0
2002	6,0	73,4	79,5	70,6

Unterschiede gegen Vorjahre
Erhöhung 2002 aufgrund höherer zweckgebundener Katastrophenfondsmittel.

Paragraf 6541 Wasserstraßendirektion
Aufgaben
Der Wasserstraßendirektion obliegen die unter Bedachtnahme ökologischer Aspekte durchzuführenden Erhaltungsarbeiten an den bestehenden Regulierungsbauten und die Durchführung der notwendigen Wasserbaumaßnahmen zur klaglosen Aufrechterhaltung der Schifffahrt und der unschädlichen Abfuhr der Wässer und des Eises auf der gesamten österreichischen Donau- und Marchstrecke und einem bestimmten Streckenteil der Thaya.
Die Bauarbeiten an den Grenzstrecken der Donau, March und Thaya werden hinsichtlich der Grenzstrecke zur Slowakei und zu Tschechien aufgrund des Vertrages zwischen der Republik Österreich und der (ehemaligen) Tschechoslowakischen Sozialistischen Republik über die Regelung von wasserwirt-

schaftlichen Fragen an den Grenzgewässern hinsichtlich der Grenzstrecke zur Bundesrepublik Deutschland aufgrund des Vertrages über die wasserwirtschaftliche Zusammenarbeit im Einzugsgebiet der Donau ausgeführt.

Paragraf 6542 Amt der Wasserstrassendirektion

Aufgaben
Gemäß Bundesgesetzblatt über die Organisationsprivatisierung der Wasserstraßendirektion und die Gründung einer 'Österreichische Donau-Betriebs-Aktiengesellschaft' wurde das Amt der Wasserstraßendirektion als Dienststelle der bei der Österreichischen Donau-Betriebs-AG tätigen Beamten des Bundes eingerichtet.

Voranschlagsansatz 1/65438 Donau-Hochwasserschutz-Konkurrenz
Voranschlagsansatz 1/65448 Donau-Hochwasserschutz-Konkurrenz (zweckgebundene Gebarung)
Aufgaben
Der Aufgabenbereich der Donau-Hochwasserschutz-Konkurrenz umfasst die Arbeiten an Donau-Hochwasserschutzanlagen im Bereich vom Raum Krems bis zur Marchmündung und Erhaltungsarbeiten am Wiener Donaukanal einschließlich der Instandhaltung und den Betrieb der Wehr- und Schleusenanlage Nußdorf.

Voranschlagsansatz 1/65466 Wasserbau - Mittel des Katastrophenfonds (zweckgeb. Geb.)
Aufgaben
Auf Grund des Wasserbautenförderungsgesetzes und des Katastrophenfondsgesetzes kann der Bund Beiträge zu dem wasserbautechnischen Ausbau der Häfen an der Donau, zur Errichtung von Hochwasserschutzdämmen und zu vorbeugenden Maßnahmen zum Schutz gegen Hochwasser leisten.

Voranschlagsansatz 1/65474 Marchfeldkanal Betriebsgesellschaft Marchfeldkanal-Betriebsgesellschaft

Aufgaben
Auf Grund des Syndikatsvertrages zwischen Bund und dem Land Niederösterreich hat sich der Bund zu einem jährlichen Betriebskostenbeitrag von 0,545 Mio. Euro verpflichtet (gesetzliche Verpflichtung).

Voranschlagsansatz 1/65476 Marchfeldkanal - Errichtungsgesellschaft

Aufgaben
Auf Grund des Marchfeldkanalgesetzes werden bei diesem Ansatz Förderungsmittel des Bundes zur Deckung der Kosten, die der Errichtungsgesellschaft Marchfeldkanal in Erfüllung ihrer Aufgaben erwachsen, veranschlagt.

Voranschlagsansatz 1/65486 Zuschüsse an Unternehmungen mit Budesbeteiligung

Aufgaben
Hier ist für den Zuschuss des Bundes an die Österreichische Donau Betriebs-AG vorgesorgt.

Titel 655 Bundesprüfanstalt für Kraftfahrzeuge

Gesetzliche Grundlagen
Kraftfahrgesetz 1967, BGBl. Nr. 267/1967, zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 146/1998;
Kraftfahrgesetz-Durchführungsverordnung 1967, BGBl. Nr. 399/1967, zuletzt geändert durch BGBl. II Nr. 308/1999;
Gefahrgutbeförderungsgesetz-Straße, BGBl. Nr. 209/1979, zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 194/1999;
Prüf- und Begutachtungsstellverordnung, BGBl. II Nr. 78/1998.

Aufgaben
Die Bundesprüfanstalt für Kraftfahrzeuge ist zur Bearbeitung, Lösung und Begutachtung kraftfahrtechnischer und verkehrstechnischer Fragen und zur Prüfung und Begutachtung von Kraftfahrzeugen und Anhängern und von Teilen und Ausrüstungsgegenständen sowie der Ladung solcher Fahrzeuge berechtigt. Sie hat dem Bund als kraftfahrtechnische Prüfanstalt zu dienen und Gutachten zu erstatten. Die Aktivitäten der Bundesprüfanstalt dienen der Hebung der Sicherheit des Straßenverkehrs.

	Personal-ausgaben	Sach-	Summe	Einnahmen
	Millionen Euro			
2000	1,2	1,0	2,2	0,6
2001	1,3	1,2	2,5	0,3
2002	1,3	1,2	2,5	0,3

Titel 656 Bundesstrassenverwaltung

Gesetzliche Grundlagen

Bundesstraßengesetz 1971, BGBl. Nr. 286/1971, zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 142/2000;
Finanzausgleichsgesetz 2001, BGBl. I Nr. 3/2001;
Katastrophenfondsgesetz 1996, BGBl. Nr. 201/1996, zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 143/2000;
ASFINAG-Gesetz, BGBl. Nr. 591/1982, zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 142/2000;
Artikel II der ASFINAG-Gesetznovelle 1991, BGBl. Nr. 419/1991;
Bundesstraßenfinanzierungsgesetz 1996, BGBl. Nr. 201/1996, zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 142/2000;
Bundesgesetz betreffend Maßnahmen im Bereich der Bundesstraßengesellschaften BGBl. Nr. 826/1992, zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 113/1997;
ASFINAG-Ermächtigungsgesetz 1997, BGBl. I Nr. 113/1997, zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 107/1999.

Aufgaben

Aufgabe der Bundesstraßenverwaltung ist es, den auf Grund stetig zunehmender Motorisierung immer stärker werdenden Verkehrsströmen des Durchzugsverkehrs (Inland, zwischenstaatlicher Verkehr) ein sicheres und leistungsfähiges Straßennetz zur Verfügung zu stellen. Um den Anschluss an die ausländischen Verkehrswege zu gewährleisten, wird die Planung mit den Nachbarstaaten koordiniert.
Weiters obliegen dem Bundesministerium die Verwaltung der Anteilsrechte des Bundes an der Autobahnen- und Schnellstraßen-Finanzierungs-Aktiengesellschaft (ASFINAG).

	Personal-ausgaben	Sach-	Summe	Einnahmen
	Millionen Euro			
2000	0,0	422,4	422,4	84,9
2001	0,0	483,3	483,3	104,4
2002	0,0	483,6	483,6	105,5

Bundesstraßen

Anlagen

Hier werden die Ausgaben für den Neubau einschließlich des Liegenschaftserwerbes für Bundesstraßen veranschlagt.

Aufwendungen

Neben den Überweisungen an andere Rechtsträger für Baumaßnahmen, die für diese im Zuge des Ausbaues der Bundesstraßen erforderlich sind, wird hier für die Instandhaltungsmaßnahmen der Bundesstraßen vorgesorgt.

Paragraf 6565 Katastrophenfonds - Vorbeugende Maßnahmen (zweckgeb.Geb.)
Paragraf 6566 Katastrophenfonds - Beseitigung von Schäden (zweckgeb.Geb.)

Anlagen

Die Mittel des Katastrophenfonds sind für vorbeugende Maßnahmen, zB. den Ausbau der Lawinenschutzbauten an Bundesstraßen vorgesehen.

Aufwendungen

Einerseits sind die Mittel für die Beseitigung von Schäden an Bundesstraßen einschließlich der

Ersätze gem. FAG 2001, andererseits für den Ersatz der Planungskosten für die Lawinenschutzbauten gemäß FAG 2001 bestimmt.

Paragraf 6567 Straßenforschung

Die für die Straßenforschung vorgesehenen Mittel werden im Interesse der Steigerung der Wirtschaftlichkeit im Straßenbau und der Sicherheit der Verkehrsabwicklung sowohl für die Erteilung von Forschungs- und Entwicklungsaufträgen gegen Entgelt als auch für die Förderung von Forschungs- und Entwicklungsvorhaben physischer oder juristischer Personen durch Gewährung von Zuschüssen oder Darlehen sowie für Zwecke der Dokumentation und Information in diesen Bereichen verwendet.
Die Verfügung über diese Mittel obliegt dem Bundesminister für Verkehr, Innovation und Technologie.

Titel 657 Österreichischer Verkehrssicherheitsfonds (zweckgeb.Geb.)

Gesetzliche Grundlage

Kraftfahrgesetz 1967, BGBl. Nr. 267/1967, zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 146/1998.

Aufgaben

Der Österreichische Verkehrssicherheitsfonds wurde als Verwaltungsfonds zur Förderung der Verkehrssicherheit in Österreich geschaffen. Seine Einnahmen rekrutieren sich aus den Abgaben und Kostenbeiträgen für die Zuweisung eines Wunschkennzeichens, aus sonstigen Zuweisungen und aus Erträgnissen aus Veranlagungen.
Seine konkrete Aufgabenstellung liegt in der zweckgebundenen Verwendung der Mittel für

1. die Förderung von allgemeinen Maßnahmen und konkreten Projekten zur Verbesserung der Sicherheit im Straßenverkehr, insbesondere die Förderung der Verkehrserziehung;
2. die Durchführung von Studien und Forschungen sowie für Informationen über Forschungen auf dem Gebiet der Straßenverkehrssicherheit;
3. vorbereitende Maßnahmen der Planung und Erarbeitung von Orientierungshilfen für Planungen auf dem Gebiet der Straßenverkehrssicherheit;
4. die Unterstützung der Behörden bei der Administration der Kennzeichen iS des § 48 a Abs. 6 und
5. die Verwaltung und Aufteilung der dem Fonds zufließenden Einnahmen.

	Personal-ausgaben	Sach-	Summe	Einnahmen
	Millionen Euro			
2000	0,0	2,4	2,4	2,7
2001	0,0	3,4	3,4	3,4
2002	0,0	3,4	3,4	3,4

Titel 658 Einrichtungen des Patentwesens

Gesetzliche Grundlagen

Patentgesetz 1970, BGBl. Nr. 259/1970, zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 175/1998 und BGBl. I Nr. 191/1999;
Patentverträge-Einführungsgesetz, BGBl. Nr. 52/1979, zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 175/1998;
Schutzzertifikatsgesetz 1996, BGBl. Nr. 11/1997;
Halbleiterschutzgesetz, BGBl. Nr. 372/1988, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 428/1996;
Gebrauchsmustergesetz, BGBl. Nr. 211/1994, zuletzt geändert BGBl. I Nr. 175/1998;
Markenschutzgesetz 1970, BGBl. Nr. 260/1970, zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 111/1999 und BGBl. I Nr. 191/1999;
Musterschutzgesetz 1990, BGBl. Nr. 497/1990, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 772/1992;
Europäisches Patentübereinkommen, BGBl. Nr. 350/1979, zuletzt geändert durch BGBl. III Nr. 63/1999;
Vertrag über die internationale Zusammenarbeit auf dem Gebiet des Patentwesens, BGBl. Nr. 348/1979, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 525/1984;
Verordnung (EG) Nr. 40/1994 über die Gemeinschaftsmarke, ABl. Nr. L 011 vom 14. Jänner 1994, S 1, in der Fassung der Verordnung (EG) Nr. 3288/1994 zur Änderung der Verordnung (EG) Nr. 40/ 1994 zur Umsetzung der im Rahmen der Uruguay-Runde geschlossenen Obereinkünfte, ABl. Nr. L 349 vom 31. Dezember 1994, S 83;

Verordnung (EWG) Nr. 2081/1992 zum Schutz von geografischen Angaben und Ursprungsbezeichnungen für Agrarerzeugnisse und Lebensmittel, ABl. Nr. 208 vom 14. Juli 1992, S 1, zuletzt geändert durch die Verordnung (EG) Nr. 1068/1997, ABl. Nr. L 156 vom 13. Juni 1997, S 10;
Madrider Abkommen über die internationale Registrierung von Marken BGBl. Nr. 400/1973 in der Fassung BGBl. Nr. 123/1984;
Protokoll zum Madrider Abkommen über die internationale Registrierung von Marken, BGBl. III Nr. 32/1999, BGBl. I Nr. 191/1999;
Patent-Gebrauchsmuster-Marken- und Musterverordnung, BGBl. Nr. 226/1994, zuletzt geändert durch BGBl. II Nr. 238/1997;
Verordnung des Bundesministers für wirtschaftliche Angelegenheiten über die Herausgabe amtlicher Publikationen des Patentamtes, BGBl. II Nr. 237/1997;
Halbleiterschutzverordnung, BGBl. Nr. 528/1988, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 439/1996;
Musteranmeldestellenverordnung, BGBl. Nr. 715/1990;
Patentamtsverordnung, PBI. 1. Teil 1990, Nr. 161, zuletzt geändert durch Verordnung PBl. I. Teil 1999, Nr. 154;Teilrechtsfähigkeitsverordnung, PBl. I. Teil 1996, Nr. 222.

Aufgaben
Patentangelegenheiten
Zuständigkeit für die Prüfung, Erteilung, Rücknahme, Nichtigerklärung, Aberkennung, Abhängigerklärung von Patenten, die Entscheidung über die Nennung als Erfinder, das Bestehen des Vorbenützerrechtes, Feststellungsanträge und Lizenzeinräumungen sowie alle Eintragungen in das Patentregister.
Weiters Zuständigkeit für alle internationalen Angelegenheiten und die internationale Zusammenarbeit auf dem Gebiet des Patentwesens, insbesondere nach dem Patentzusammenarbeitsvertrag von Washington (April 1979), dem Europäischen Patentübereinkommen von München (Mai 1979) und dem PCT-Patentzusammenarbeitsvertrages (Patent Cooperation Treaty). Das Österreichische Patentamt ist internationale Prüfungs- und Recherchenbehörde nach dem PCT.

Weitere Schutzrechte
Zuständigkeit für alle nationalen und internationalen Belange betreffend
Schutzzertifikate;
Halbleiterschutz;
Gebrauchsmuster;
(Geschmacks-)Muster (Designschutz).

Markenangelegenheiten
Zuständigkeit in Markenangelegenheiten für das gesamte Prüfungs-, Anmelde-, Registrierungs- und Markenverwaltungsverfahren sowie Lizenz- und Pfandrechtseinräumungen an nationalen österreichischen Marken; Entscheidung über die Eintragung von geografischen Angaben oder Ursprungsbezeichnungen für Agrarerzeugnisse und Lebensmittel in das von der Kommission der Europäischen Gemeinschaften geführte Verzeichnis der geschützten Ursprungsbezeichnungen und der geschützten geografischen Angaben; Führung des nationalen und internationalen Markenregisters.
Weiters Zuständigkeit für alle internationalen Angelegenheiten und die internationale Zusammenarbeit auf dem Gebiet des Markenwesens, wie insbesondere nach dem Madrider Markenabkommen, dem Protokoll zum Madrider Markenabkommen, der Verordnung (EG) Nr. 40/1994 über die Gemeinschaftsmarke.

Verwaltungsaufgaben mit richterlichem Einschlag
Entscheidung über Streitigkeiten in allen Schutzrechtsangelegenheiten, wie insbesondere die Beschwerde gegen Entscheidungen in Patent- oder Markenangelegenheiten oder die Nichtigerklärung und/oder Löschung von Patenten, Schutzzertifikaten, Gebrauchsmuster, Mustern und Marken.

Oberste Behörde für den gewerblichen Rechtsschutz (in Personalunion mit dem Österreichischen Patentamt)
Patentwesen auch hinsichtlich der Angelegenheiten der Patentanwälte und ihrer beruflichen Vertretung, soweit hiefür nicht eine Sektion zuständig ist; Angelegenheiten des Schutzes von Mustern, Marken und anderen Warenbezeichnungen; Wahrnehmung und Vertretung internationaler Belange auf diesen Gebieten sowie auf dem Gebiet des Schutzes von Herkunftsangaben und anderen geografischen Bezeichnungen gegenüber dem Ausland und internationalen Institutionen, einschließlich des Verkehrs mit den österreichischen Vertretungsbehörden; Vorbereitung, Verhandlung und Durchführung einschlägiger Staatsverträge; Vertretung Österreichs hinsichtlich der Zugehörigkeit zu int. Organisationen.

	Personal-ausgaben	Sach-	Summe	Einnahmen
	Millionen Euro			
2000	7,7	2,5	10,2	21,0
2001	10,6	3,5	14,2	24,4
2002	10,6	3,5	14,1	24,4

Einnahmen

Bei den Einnahmen handelt es sich in erster Linie um Gebühren, die nach den Bestimmungen des Patent-, Patentverträge-Einführungs-, Schutzzertifikats-, Halbleiterschutz-, Gebrauchsmuster-, Markenschutz- und Musterschutzgesetzes eingehoben werden.

Kapitel 70 Öffentliche Leistung und Sport

Die Einnahmen und Ausgaben dieses Kapitels ergeben sich aus dem Wirkungsbereich des Bundesministeriums für öffentliche Leistung und Sport gemäß Bundesministeriengesetz 1986, BGBl. Nr. 76, zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 141/2000, insbesondere Anlage zu § 2, Teil 2, Abschnitt 1.

Gesamtgebarung

	Personal-ausgaben	Sach-	Summe	Ein-nahmen
		Millionen Euro		
2000	6,6	52,4	59,1	0,9
2001	10,2	70,5	80,6	4,3
2002	10,2	68,3	78,4	4,3

Die bei Kapitel 70 budgetierten Ausgaben und Einnahmen gliedern sich wie folgt auf:
Titel 700 Zentralleitung, Titel 702 Verwaltungsakademie, Titel 703 Sportangelegenheiten.

Titel 700 BM für öffentliche Leistung und Sport

Aufgaben

Dem Bundesministerium für öffentliche Leistung und Sport obliegen
die allgemeinen Personalangelegenheiten von öffentlich Bediensteten (soweit sie nicht in den Aufgabenbereich des Bundesministeriums für Finanzen fallen),
Angelegenheiten des Verwaltungsmanagements,
Angelegenheiten der staatlichen Verwaltung hinsichtlich der automationsunterstützten Datenverwaltung und
Angelegenheiten des Sports.

	Personal-ausgaben	Sach-	Summe	Ein-nahmen
		Millionen Euro		
2000	4,5	5,3	9,7	0,0
2001	7,3	9,5	16,8	3,3
2002	7,3	8,7	16,0	3,3

Anlagen

Hier sind überwiegend Ausgaben für Hardware (ADV) und Amtseinrichtung budgetiert.

Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen)

Hier ist für Ausgleichsabgaben an den Ausgleichstaxfonds ein Betrag von 3,270 Mio. Euro vorgesehen.

Aufwendungen

Diese Ausgaben betreffen den Administrativaufwand der Zentralleitung und den Aufwand für die automationsunterstützte Datenverarbeitung. Weitere Ausgaben für allgemeine Angelegenheiten der Verwaltungsentwicklung, Planung und Koordination von Maßnahmen im Rahmen eines Verwaltungsinnovationsprogrammes der Bundesregierung sowie für allgemeine Angelegenheiten der Informationstechnik einschließlich der Koordination ihrer Planung und ihres Einsatzes sowie der Beurteilung der Anwendungen der Informationstechnik unter Gesichtspunkten der Wirtschaftlichkeit, Zweckmäßigkeit und Sparsamkeit und für die Koordination von IT-Angelegenheiten unter dem Gesichtspunkt der Vermeidung von Mehrfachentwicklungen, der Interoperabilität und Nutzung von Synergieeffekten und des elektronischen Bürgerinformationssystems help.gv.

Einnahmen
Bei den Einnahmen handelt es sich in erster Linie um Refundierungen der Ausgleichszahlungen aus dem Ausgleichstaxfonds.

Titel 702 Dienststellen

Paragraf 7020 Verwaltungsakademie

Gesetzliche Grundlagen
Verwaltungsakademiegesetz, BGBl. Nr. 122/1975, zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 61/1997.

Aufgaben
Ausbildung von Bundesbediensteten, und zwar im Rahmen einer Grundausbildung, einer für den Aufstieg in höhere Verwendung, einer berufsbegleitenden Fortbildung und der Schulung von Führungskräften.

	Personal-ausgaben	Sach-	Summe	Einnahmen
	Millionen Euro			
2000	1,3	2,7	4,0	0,2
2001	1,7	3,4	5,1	0,0
2002	1,7	3,4	5,1	0,0

Im Bundesvoranschlag 2002 sind auch Förderungsmittel für die Zusammenarbeit mit Verwaltungsakademien aus zentral- und osteuropäischen Ländern sowie aus den Neuen Unabhängigen Staaten vorgesehen.

Titel 703 Sportangelegenheiten

Gesetzliche Grundlagen
Bundes-Sportförderungsgesetz, BGBl. Nr. 2/1970, zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 158/1999;
Glücksspielgesetz, BGBl. Nr. 620/1989, zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 158/1999;
Bundesgesetz über die Neuorganisation der Bundessporteinrichtungen, BGBl. I Nr. 149/1998.

Aufgaben
Förderung und Unterstützung des Sports auf gesamtösterreichischer und internationaler Ebene.

	Personal-ausgaben	Sach-	Summe	Einnahmen
	Millionen Euro			
2000	0,8	44,5	45,3	0,7
2001	1,2	57,6	58,8	0,9
2002	1,2	56,2	57,4	0,9

Paragraf 7030 Sportförderung

Förderungen (Gesetzl. Verpflichtungen)
Sportförderung aus besonderen Förderungsmitteln (Sporttoto). Sie dienen insbesondere zur Errichtung und Erhaltung von Sportstätten aller Art sowie für die Beschickung und Durchführung von Wettkämpfen und Lehrgängen.

Förderungen (D)
Hier werden Beträge für Investitionsdarlehen veranschlagt.

Förderungen
Unterstützung von Vorhaben der österreichischen Dach- und Fachverbände mit Schwerpunkt österreichische Meisterschaften und Trainerförderung. Weitere Schwerpunkte werden im Bereich der Sportmedizin und Sportwissenschaft sowie zur Verbesserung der hochrangigen Sportinfrastruktur gesetzt.
Der Bund ist ermächtigt, sich an der Errichtung von Sportstätten gemäß § 1 des Bundessportförderungsgesetzes durch Bundeszuschüsse zu beteiligen.

Aufwendungen
Veranschlagt sind Beiträge für die Herstellung von Sportliteratur, für Ehrenpreise, das Österreichische Sport- und Turnabzeichen, für Tagungen und Veranstaltungen sowie Mitgliedsbeiträge an Institutionen im Inland, sowie das Anti-Doping-Comitee.

Paragraf 7031 Bundessportheime und Sporteinrichtungen (Haus des Sports)
Hier sind die Mittel für den Betrieb der Bundessporteinrichtung Haus des Sports veranschlagt.

Paragraf 7032 Amt der Bundessporteinrichtungen
Die hier veranschlagten Mittel dienen zur Abdeckung der Kosten der Personalverwaltung der Beamten der sieben Bundessporteinrichtungen: Wien-Blattgasse, Südstadt, Obertraun, Hintermoos, Schielleiten, Faakersee und St. Christoph. Diese Ausgaben werden von der Bundessporteinrichtungen Gesellschaft m.b.H. gemäß § 11 des Bundesgesetzes über die Neuorganisation der Bundessporteinrichtungen (BSEOG)und durch den Österreichischen Skiverband refundiert.

Einnahmen
Die Einnahmen ergeben sich aus der Refundierung von Personalkosten durch die Bundessporteinrichtungen Gesellschaft m.b.H. und den Österreichischen Skiverband für die do. tätigen Beamten.

Paragraf 7033 Bundessporteinrichtungen Gesellschaft m.b.H.
Die hier veranschlagten Mittel sind für Gesellschafterzuschüsse, die Refundierung von Kosten sowie Ausgleichszahlungen an die Bundessporteinrichtungen Gesellschaft m.b.H. gemäß § 5 und 10 des BSEOG vorgesehen.

B. Sonstiges

I. Hauptüberblick über den Bundesvoranschlag 2002

Nachfrage(un)wirksame Gebarung

Die nachfolgenden Übersichten geben Aufschluss über die Größenordnung einzelner Einnahmen- und Ausgabengruppen:

EINNAHMEN	2000 Erfolg	2001 BVA	2002 BVA
	Millionen Euro *)		
1. Allgemeiner Haushalt:			
1.1 Öffentliche Abgaben:			
1.11 Kapitel 52 (netto):			
Einkommen- und Vermögensteuern	15.782	18.496	19.677
Übrige öffentliche Abgaben	19.327	20.315	20.682
Sonstige Einnahmen	20	18	17
Summe/Abgaben	35.129	38.829	40.376
Hievon ab:			
Beitrag zur Europäischen Union	2.092	2.362	2.398
Summe 1.11	33.037	36.467	37.978
1.12 Überweisungen (Abgabenanteile):			
an Ausgleichsfonds für Familienbeihilfen bzw. Katastrophenfonds	1.371	1.412	1.450
für Krankenanstaltenfinanzierung bzw. Siedlungswasserwirtschaft	160	115	118
Summe 1.12	1.531	1.527	1.568
Summe 1.1	34.568	37.994	39.546
1.2 Abgabenähnliche Einnahmen:			
Direkte Abgaben	6.868	7.069	7.322
Indirekte Abgaben	34	36	36
Summe 1.2	6.903	7.106	7.359
1.3 Sonstige Einnahmen	13.885	11.317	10.574
Summe 1	55.356	56.417	57.478
2. Ausgleichshaushalt	66.272	39.195	42.370
Insgesamt	121.627	95.612	99.848

ab: **3. Nachfrageunwirksame Einnahmen des allgemeinen Haushaltes:**	2000 Erfolg	2001 BVA	2002 BVA
	Millionen Euro *)		
3.1 Einnahmen aus der EU und dem Ausland:			
Veräußerungen von ausländischen Beteiligungen	-	0	0
Veräußerungen von ausländischen Wertpapieren	-	-	-
Rückzahlung von Darlehen aus dem Ausland	7	21	14
Einnahmen aus Vermögensverträgen	0	0	0
Vertrag über Kriegsopferversorgung und Beschäftigung Schwerstbeschädigter	0	0	0
Sonstige laufende Einnahmen aus dem Ausland	1.348	1.322	1.463
Kapitaltransferzahlungen aus dem Ausland	-	0	0
Zinsen aus Forderungen	625	532	413
Summe 3.1	1.980	1.875	1.891
3.2 Überweisungen vom Arbeitsmarktservice	-	0	0
3.3 Entnahmen aus bzw. Auflösung von Rücklagen:			
Haushaltsrücklagen	930	278	375
Ersatz vom Reservefonds für Familienbeihilfen	-	19	0
Summe 3.3	930	297	375
3.4 Sonstige unwirksame Einnahmen:			
Kursgewinne	78	2	2
Entnahme von Wertpapieren von Trägern des öffentlichen Rechtes (einschließlich Wertpapiere des Umlaufvermögens)	-	-	-
Haftungsübernahmen des Bundes	656	843	844
Überweisungen des ERP-Fonds	-	0	0
Einschmelzerlöse aus zurückgestellten Silbermünzen	10	0	0
Überweisungen zwischen Kapiteln des Bundeshaushaltes auf Grund von Gesetzen	969	941	664
Summe 3.4	1.713	1.786	1.509
ab: **4. Nachfrageunwirksame Einnahmen des Ausgleichshaushaltes:**			
Aufnahme von Finanzschulden in heimischer Währung	15.628	13.888	14.494
Aufnahme von Finanzschulden in fremder Währung	892	0	0
Aufnahme von Schulden/Währungstauschverträge (SWAP)	21.808	11.451	12.513
Kapitalrückzahlung	1.025	0	0
Entnahmen aus dem Bundesbesitz	5.152	1.502	3.009
Aufnahme von Schulden (ohne Finanzschulden) für den laufenden Aufwand	21.768	12.354	12.354
Summe 4	66.272	39.195	42.370
Summe (Nachfrageunwirksame Einn.)	70.895	43.153	46.146
Verbleibende Einnahmen	50.733	52.459	53.703

AUSGABEN	2000 Erfolg	2001 BVA	2002 BVA
	Millionen Euro *)		
1. Allgemeiner Haushalt	58.209	58.798	58.307
2. Ausgleichshaushalt	63.418	36.814	41.541
Insgesamt	121.627	95.612	99.848
ab: **3. Nachfrageunwirksame Ausgaben des allgemeinen Haushaltes:**			
3.1 Ausgaben an die EU und das Ausland:			
Käufe der Landesverteidigung im Ausland	148	208	190
Erwerb von ausländischen Beteiligungen	80	132	134
Erwerb von ausländischen Wertpapieren	-	-	-
Gewährung von Darlehen an das Ausland	-	0	0
Ausgaben für Personal (Ausland)	22	24	24
Zinsen an das Ausland	166	225	191
Laufende Transferzahlungen (Ausland)	198	172	194
Kapitaltransferzahlungen (Ausland)	14	17	17
Summe 3.1	628	779	750
3.2 Überweisungen an das Arbeitsmarktservice	323	216	216
3.3 Zuführung an Rücklagen:			
Haushaltsrücklagen	1.209	0	0
Überweisungen an den Reservefonds für Familienbeihilfen	105	0	32
Summe 3.3	1.314	0	32
3.4 Finanzschuldenverwaltung (einschließlich sonstige Finanzierungen und Veranlagungen):			
Zinsen an das Ausland	967	870	690
Emissionsverluste	131	245	86
Sonstige Auslandszahlungen	7	1	1
Summe 3.4	1.105	1.116	777
3.5 Sonstige unwirksame Zahlungen:			
Kursverluste	179	223	223
Erwerb von Wertpapieren von Trägern des öffentl. Rechtes (einschl. Wertpapiere des Umfaufvermögens)	-	-	-
Haftungsübernahmen des Bundes	651	907	930
Überweisungen an den ERP-Fonds	33	75	161
Zahlungen an ASFINAG	0	2	2
Zurückstellung von Silbermünzen	16	6	6
Überweisung an den Ausgleichsfonds der PV-Träger	316	465	33
Überweisungen zwischen Kapiteln des Bundeshaushaltes auf Grund von Gesetzen	974	941	664
Summe 3.5	2.170	2.619	2.018

	2000 Erfolg	2001 BVA	2002 BVA
	Millionen EURO		*)
ab: 4. Nachfrageunwirksame Ausgaben des Ausgleichshaushaltes:			
Ersatz an Österr. Industrieholding AG(Tilgung)	-	0	0
Rückzahlung von Finanzschulden in heimischer Währung	10.031	9.508	12.529
Rückzahlung von Finanzschulden in fremder Währung	2.297	2.078	1.050
Rückzahlung von Schulden/Währungstausch-verträge (SWAP)	21.485	11.420	12.655
Kapitalauszahlung-Forderungszugänge	3.449	0	0
Erwerb von Bundestiteln	3.973	1.453	2.953
Rückzahlung von Schulden (ohne Finanzschulden) für den laufenden Aufwand	22.183	12.354	12.354
Summe 4	63.418	36.814	41.541
Summe nachfrageunwirksame Ausgaben	68.958	41.544	45.334
Verbleibende Ausgaben	52.670	54.068	54.513
Saldo I	1.937	1.609	812
ab: 5. Beitrag zur Europäischen Union	2.092	2.362	2.398
Saldo II	*155*	*753*	*1.586*

*) Rundungsdifferenzen

Nachfrage(un)wirksame Gebarung

Zur Beurteilung der volkswirtschaftlichen Auswirkungen des Voranschlages wurden von der Einnahmen- bzw. Ausgabensumme diejenigen Einahmen bzw. Ausgaben abgezogen, die die Nachfrage nicht beeinflussen. Weiters sind die Tilgungszahlungen für Finanzschulden abgezogen, weil sie nicht direkt und unmittelbar die Nachfrage nach Gütern und Dienstleistungen im Inland erhöhen. Ob diese Tilgungszahlungen im weiteren Wirtschaftsablauf tatsächlich nachfrageunwirksam bleiben, hängt von der Liquiditätssituation der Empfänger der Zahlungen, von der Konjunktursituation und anderen Faktoren ab. Mehrere Gründe sprechen aber dafür, dass die Tilgungszahlungen weitgehend nachfrageunwirksam bleiben. Soweit die Tilgungszahlungen an ausländische Inhaber von österreichischen Schuldtiteln geleistet werden und dafür Devisenzahlungen notwendig werden, kann die Liquidität der inländischen Kreditunternehmungen verringert werden und dadurch tendenziell sogar eine nachfrageverringernde Wirkung entstehen. Tilgungszahlungen an inländische Gläubiger, sei es an Kreditunternehmungen, Kapitalsammelstellen, Unternehmungen oder private Haushalte, erhöhen zwar die liquiden Mittel dieser Gläubiger, die Liquiditätssituation, die Konjunkturlage und die Kreditnachfrage des Bundes und der Wirtschaft sprechen aber dafür, dass diese Mittel wieder in Krediten im Inland veranlagt werden.

Personalstand und Personalausgaben

Dem Bundesfinanzgesetz 2002 ist als Anlage II der Stellenplan angeschlossen. In diesem sind die Planstellen für Bundesbedienstete (einschließlich Lehrlinge) festgesetzt. Soweit die Besetzung dieser Planstellen im Jahre 2002 vorgesehen ist, ist der hiefür erforderliche Aufwand bei den Personalausgaben des Bundesvoranschlages vorgesehen.

Darüber hinaus ist bei den Personalausgaben des Bundes auch der Aufwand für Bedienstete des Bundes, die gemäß Pkt. 3 und 5 des Stellenplanes aufgenommen werden, enthalten.

Der Gesamtstand der im Stellenplan des Bundes festgesetzten Planstellen (siehe auch die Erläuterungen zum Stellenplan) stimmt daher mit dem der Veranschlagung bei den Personalausgaben zugrunde gelegten Personalstand nicht überein.

Hinsichtlich der veranschlagten Stände wird auf den Amtsbehelf zum BFG 2002, II. Teil, Beilage G 'Personalstand und Personalausgaben' verwiesen.

		2002	2001
Stellenplan des Bundes - Teil II.A		149.932	152.914
Bundesbedienstete - Teil VI	1)	1.515	1.516
Bundesbedienstete - Teil VII	1)	11.617	11.617
Bundesbedienstete - ANNEX/Teil 1	2)	41.177	42.953

Außerdem erbringt der Bund zu Lasten der Sachausgaben unter den im § 1 Abs. 2 des Finanzausgleichsgesetzes 2001, BGBl. I Nr. 3/2001 enthaltenen Voraussetzungen als Zweckaufwand anzusehende Geldleistungen an die Länder, die diesen aus der Einstellung von nichtständigem Personal bei Durchführung von Projektierungs-, Bauaufsichts-, Bauoberleitungs-, Bauführungs- und Verwaltungsaufgaben erwachsen.

Bezüge und Entgelte
Beamte und Vertragsbedienstete

Der Veranschlagung liegen hinsichtlich der Bezüge der Beamten die Gehaltsansätze des Gehaltsgesetzes 1956, BGBl. Nr. 54, zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 142/2000, und hinsichtlich der Vertragsbediensteten die im Vertragsbedienstetengesetz 1948, BGBl. Nr. 86, zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 142/2000, festgesetzten Entgelte zugrunde.

Einzelne Gruppen von Vertragsbediensteten des Bundes sind gemäß § 1 des Vertragsbedienstetengesetzes 1948 sowie den auf Grund § 1 Abs. 4 leg. cit. erlassenen Verordnungen der Bundesregierung von der Anwendung des Vertragsbedienstetengesetzes 1948 ausgenommen. Ihre Entgelte sind in Anlehnung an die in der Privatwirtschaft geltenden Kollektivverträge geregelt. Insbesondere trifft dies zu bei einzelnen Gruppen von Arbeitern, etwa der Bühnenarbeiter der Bundestheater.

Sonstige Zahlungen
Bei der Veranschlagung der Bezüge der Beamten des Bundes und der Vertragsbediensteten des Bundes nach den Entlohnungsschemen I, II, I L und II L wurden u.a. berücksichtigt:

Karenzurlaub aus Anlaß der Mutterschaft
Das Bundesgesetz vom 27. Juni 1974 über Geldleistungen an öffentlich Bedienstete (im Wesentlichen Beamte) während des Karenzurlaubes aus Anlass der Mutterschaft, Karenzurlaubsgeldgesetz, BGBl. Nr. 395, zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 142/2000.

---

1) Bundesbedienstete, die aus zwingenden, erst während des Finanzjahres eintretenden Anlässen aufgenommen oder in unterschiedlichem, vorher nicht bestimmbarem Ausmaß beschäftigt werden, oder für die eine Gesamtjahresarbeitsleistung in Stunden festgelegt ist.
2) Bundesbedienstete, für die dem Bund die Personalausgaben zur Gänze von anderen Rechtsträgen ersetzt werden.

Sonderzahlungen (Bezüglich der Erhöhung der Sonderzahlungen im öffentlichen Dienst im Jahre 1967 siehe auch BGBl. Nr. 71/1967.)
Die allen Bundesbediensteten (Beamten und Vertragsbediensteten) gemäß § 3 Abs. 3 des Gehaltsgesetzes 1956, BGBl. Nr. 54 (in der Fassung der 2. Gehaltsgesetznovelle, BGBl. Nr. 247/1959), bzw. § 8 a des Vertragsbedienstetengesetzes 1948 (in der Fassung der 6. Vertragsbedienstetengesetznovelle, BGBl. Nr. 346/1978) jährlich zustehenden vier Sonderzahlungen (in Höhe von 50 vH des Monatsbezuges). Außerdem wurden die Sonderzahlungen, die den nicht unter das Gehaltsgesetz 1956 und das Vertragsbedienstetengesetz 1948 fallenden Bundesbediensteten gewährt werden, mitveranschlagt.

Familien- und Geburtenbeihilfen
Auf Grund des § 46 des Familienlastenausgleichsgesetzes 1967, BGBl. Nr. 376, zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 142/2000, hat der Bund mit Ausnahme der von ihm verwalteten Betriebe, Untemehmungen, Anstalten, Stiftungen und Fonds den Aufwand an Familien- und Geburtenbeihilfen für seine Empfänger von Dienstbezügen sowie von Ruhe- und Versorgungsgenüssen aus eigenen Mitteln zu tragen. Dieser Aufwand wird ab 1974 bei Voranschlagsposten der Sachausgaben verrechnet.

Jubiläumszuwendungen
In gleicher Weise wurden bei Ermittlung der Personalausgaben im Voranschlag 1997 die gemäß § 20 c des Gehaltsgesetzes 1956, BGBl. Nr. 54/1956 (in der Fassung der 24. Gehaltsgesetznovelle, BGBl. Nr. 214/1972, der 31. Gehaltsgesetznovelle, BGBl. Nr. 662/1977, und der 42. Gehaltsgesetznovelle, BGBl. Nr. 548/1984 und Artikel 2 des BGBl. I Nr. 95/2000), vorgesehenen Jubiläumszuwendungen unter Berücksichtigung der Novelle BGBl. I Nr. 61/1997 in Veranschlagung gebracht.

Lehrverpflichtung der Bundeslehrer
Das Ausmaß der Lehrverpflichtung der Bundeslehrer ist im Bundeslehrer-Lehrverpflichtungsgesetz BGBl. Nr. 244/1965, zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 142/2000, geregelt. Dieses Bundesgesetz findet Anwendung auf die in einem Dienstverhältnis zum Bund stehenden Lehrer an Schulen, mit Ausnahme der Universitäten und Universitäten der Künste, ferner auf Personen, die an diesen Schulen im Unterricht verwendet werden.

Mittelbare Bundesverwaltung
Auch im Jahre 2002 werden wie in den Vorjahren die Personalausgaben der mittelbaren Bundesverwaltung nach den Bestimmungen des § 1 Abs. 1 des Finanzausgleichsgesetzes 2001, BGBl. I Nr. 3/2001, von den Bundesländern getragen.

Besoldung der Landeslehrer
Nach § 4 des Finanzausgleichsgesetzes 2001, BGBl. I Nr. 3/2001, ersetzt der Bund den Ländern von den Aktivitätsbezügen der Lehrer an öffentlichen allgemein bildenden Pflichtschulen 100 vH. Von den Aktivitätsbezügen der Lehrer an öffentlichen berufsbildenden Pflichtschulen sowie an land- und forstwirtschaftlichen Berufs- und Fachschulen ersetzt der Bund 50 vH. Diese Kostenersätze werden seit 1973 bei Posten der Sachausgaben verrechnet. Über die Personalausgaben den veranschlagten Stand betreffend gibt die Beilage G. 10.2 im Amtsbehelf zum BFG 2002, II. Teil, Auskunft.

Pensionsaufwand und Stand der Pensionisten im Jahre 2002 (siehe auch Amtsbehelf zum Bundesfinanzgesetz 2002, II. Teil, Beilage G. 10)

Bei der Veranschlagung des Pensionsaufwandes wurden im wesentlichen folgende Bestimmungen berücksichtigt: das Pensionsgesetz 1965, BGBl. Nr. 340, zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 142/2000, das Gehaltsgesetz 1956, BGBl. Nr. 54, zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 142/2000, das Nebengebührenzulagengesetz, BGBl. Nr. 485/1971, zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 142/2000, das Bundespflegegeldgesetz, BGBl. Nr. 110/1993, zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 111/1998, das Kriegsgefangenenentschädigungsgesetz, BGBl. I Nr. 142/2000, die Salinenarbeiter-Pensionsordnung 1967, BGBl. Nr. 5/1968, in der Fassung BGBl. Nr. 89/1979, die Staatsdruckerei-Verordnung, BGBl. Nr. 52/1952, in der Fassung der Verordnungen BGBl. Nr. 120/1960 und BGBl. Nr. 120/1963, das Bundestheaterpensionsgesetz,

BGBl. Nr. 159/1958, zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 142/2000 und das Bundesbahngesetz 1992, BGBl. Nr. 825/1992, zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 95/2000.

Weiters waren zu beachten: das Salzmonopolgesetz, BGBl. Nr. 124/1978, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 518/1995, das Dorotheumsgesetz, BGBl. Nr. 66/1979, zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 127/1999, das Staatsdruckereigesetz, BGBl. Nr. 340/1981, zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 93/1999, das Scheidemünzengesetz, BGBl. Nr. 597/1988, zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 72/2000, das Schönbrunner Tiergartengesetz, BGBl. Nr. 420/1991, Bundesgesetz über die Gründung einer Österr. Donau-Betriebs-AG, BGBl. Nr. 11/1992, das Alkohol-Steuer und Monopolgesetz 1995, BGBl. Nr. 703/1994, das Postsparkassengesetz, BGBl. Nr. 742/1996, das Bundesgesetz über die Bundesrechenzentrum GmbH, BGBl. Nr. 757/1996, das Bundesversuchswirtschaftengesetz, BGBl. Nr. 794/1996, das Bundesgesetz über die Österr. Forschungs- und Prüfzentrum Arsenal GesmbH, BGBl. I Nr. 15/1997, das Börsefondsüberleitungsgesetz, BGBl. I Nr. 11/1998, das Bundestheaterorganisationsgesetz, BGBl. I Nr. 108/1998, das Bundesmuseen-Gesetz, BGBl. I Nr. 115/1998, zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 142/2000, das Umweltkontrollgesetz, BGBl. I Nr. 152/1998, das Bundessporteinrichtungsorganisationsgesetz, BGBl. I Nr. 149/1998, das Bundesstatistikgesetz 2000, BGBl. I Nr. 163/1999, das Spanische Hofreitschule-Gesetz, BGBl. I Nr. 115/2000, das Bundesimmobiliengesetz, BGBl. I Nr. 141/2000, das Bundesbeschaffungs-GmbH-Gesetz, BGBl. I Nr. XXX/2001, das Bundesbahn-Pensionsgesetz, BGBl. I Nr. 95/2000, zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 142/2000 und das Poststrukturgesetz, BGBl. I Nr. 201/1996, zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 95/2000.

Für die Empfänger von außerordentlichen Versorgungsgenüssen gelten die gemäß der Entschließung des Herrn Bundespräsidenten jeweils für gebührliche Ruhe-(Versorgungs-)Bezüge sinngemäß anzuwendenden Vorschriften.

Die Pensionsverpflichtungen der Österreichischen Bundesforste werden nach § 2 Abs. 2 Bundesforstegesetz 1996, BGBl. Nr. 793/1996, zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 142/2000, zur Gänze von der Österreichischen Bundesforste AG ersetzt.

Mittelbare Bundesverwaltung
Der Aufwand für die Pensionsparteien im Bereich der mittelbaren Bundesverwaltung wird nach den Bestimmungen des § 1 Abs. 1 des Finanzausgleichsgesetzes 2001, BGBl. I Nr. 3/2001, von den Bundesländern getragen.

Außerordentliche Versorgungsgenüsse für Heimatvertriebene
Für die vom Bundespräsidenten aus Billigkeitsgründen gewährten außerordentlichen Versorgungsgenüsse an bestimmte Personengruppen des öffentlichen Dienstes, deren Versorgungsansprüche und Versorgungsanwartschaften gegenüber ihren früheren Dienstherren oder Versorgungsträgern zurzeit nicht verwirklicht werden können oder deren Versorgungsanspruch sich gegen das Deutsche Reich richtete, hat die Bundesrepublik Deutschland für die im Bonner Regierungsabkommen vom 27. April 1953 vorgesehenen jährlichen Beitragsleistungen im Jahre 1991 eine Pauschalabfindung von 12,5 Millionen Euro gezahlt. Damit sind alle Zahlungsverpflichtungen der Bundesrepublik Deutschland aus diesem Abkommen abgegolten, und es bleibt die Republik Österreich allein verpflichtet, die Versorgung dieser Personen bis zur Beendigung fortzuführen.

Ersätze für Pensionen der Landeslehrer
Gemäß § 4 Abs. 5 des Finanzausgleichsgesetzes 2001, BGBl. I Nr. 3/2001, ersetzt der Bund den Ländern den Pensionsaufwand für die unter ihrer Diensthoheit stehenden Lehrer an öffentlichen allgemein bildenden Pfichtschulen, an berufsbildenden Pflichtschulen und an land- und forstwirtschaftlichen Berufs- und Fachschulen sowie für die Angehörigen und Hinterbliebenen dieser Lehrer in der Höhe des Unterschiedsbetrages zwischen dem Pensionsaufwand für diese Personen und den für die Landeslehrer von den Ländern vereinnahmten Pensionsbeiträgen, besonderen Pensionsbeiträgen und Überweisungsbeträgen. Beim Unterschiedsbetrag wird auch der Pensionssicherungsbeitrag gemäß § 107 a des Landeslehrer-Dienstrechtsgesetzes 1984, BGBl. Nr. 302, zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 142/2000, berücksichtigt. Diese Kostenersätze werden ab 1973 bei Voranschlagsposten der Sachausgaben verrechnet.

Starrheit des Bundeshaushaltes

Ausgewiesen werden nur die Ausgaben des Allgemeinen Haushalts (der überwiegende Teil dieser Ausgaben ist gesetzlich oder vertraglich gebunden). Der Ausgleichshaushalt enthält die Ausgaben (BVA 2002: 41.541 Millionen Euro; BVA 2001: 36.814 Millionen Euro) für die Tilgungen von Finanzschulden, Währungstauschverträgen und sonstigen Finanzierungen, die keiner Dispositionsmöglichkeit unterliegen.

Allgemeiner Haushalt

	BVA 2002 Mill. Euro	%	BVA 2001 Mill. Euro	%
1. Gesetzliche Verpflichtungen				
1.1. Personalausgaben	10.620	18,2	10.703	18,2
1.2. Sachausgaben	27.059	46,4	26.523	45,1
Summe 1.....	37.679	64,6	37.226	63,3
2. Ermessensausgaben (auch einem Teil dieser Ausgaben liegen vertragliche Verpflichtungen zugrunde)	20.628	35,4	21.571	36,7
Hievon Ausgaben nach Maßgabe zweckgebundener Einnahmen	*3.013*	*5,2*	*2.950*	*5,0*
Summe 1. und 2.....	58.307	100,0	58.797	100,0

Investitionen und Investitionsförderung

Zur Durchführung von konjunkturbeeinflussenden Maßnahmen eignen sich von den mit dem Bundeshaushalt in Zusammenhang stehenden Ausgaben in erster Linie die Ausgabenbeträge, die für Eigeninvestitionen des Bundes, die für die Instandhaltung bundeseigener Vermögenswerte und die für die der Investitionsförderung im Bereiche der Wirtschaft dienenden Subventionen und Darlehen vorgesehen sind.

	2000 Erfolg	2001 BVA	2002 BVA
	Millionen Euro		
Investitionsausgaben:			
Eigeninvestitionen:			
Bruttoinvestitionen und Instandhaltungsausgaben des Bundes (ohne Landesverteidigung)	1.103	1.439	931
Geringwertige Wirtschaftsgüter des Anlagevermögens (ohne Landesverteidigung)	51	58	61
Bauten und Ausrüstung (einschließlich geringwertige Wirtschaftsgüter des Anlagevermögens und Instandhaltung) für die Landesverteidigung (Ausgaben im Inland)	315	218	239
Investitionsförderung im Bereiche der Wirtschaft (Ausgaben im Inland)	4.187	3.873	3.843
Summe	5.656	5.588	5.074
Hievon:			
Investitionen für Erziehung und Unterricht sowie Forschung und Wissenschaft	*455*	*543*	*403*
Wohnungsbau	*1.818*	*1.817*	*1.816*
Übrige Gebäude	*628*	*591*	*235*
Straßenbau (einschließlich dazugehörige Gebäude)	*281*	*283*	*288*
Investitionsfinanzierungen auf Grund von Ermächtigungen des Bundesfinanzgesetzes:			
Bundeswohnbaufonds (Bundes-Wohn- und Siedlungsfonds, Wohnhaus-Wiederaufbau- und Stadterneuerungsfonds)	-	36	36
Autobahn- und Schnellstraßen-Finanzierungs-Aktiengesellschaft (ASFINAG)	-	363	363
Schieneninfrastrukturfinanzierungs-Gesellschaft	-	291	291

Investitionen und Investitionsfinanzierungen:

In den Investitionsausgaben sind nur die inlandwirksamen Ausgabenbeträge einzelner Positionen der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung, und zwar Bruttoinvestitionen, Instandhaltung, Kapitaltransfers und Darlehen für Investitionsförderung einschließlich der vorgesehenen Mittel für geringwertige Wirtschaftsgüter des Anlagevermögens, für Kapitalaufstockung sowie einschließlich der gemäß § 1 Absatz 2 Ziffer 2 des Finanzausgleichsgesetzes (FAG) den Ländern als Abgeltung für Projektierungs-, Bauleitungs- und Bauführungsaufgaben zustehenden Überweisungsbeträge ausgewiesen. Die Beträge dieser Positionen sind nicht ident mit den im Bundesvoranschlag bei den Voranschlagsätzen ausgewiesenen Beträgen. Anlagenansätze des Voranschlages umfassen neben den vorgenannten volkswirtschaftlichen Positionen zB auch Ausgaben für Liegenschaftsankäufe und ähnliches. Die ausgewiesenen Investitionsausgaben verstehen sich jedoch ohne Ausgaben auf Grund von Haftungsermächtigungen des Bundesministers für Finanzen. Die in den Investitionsfinanzierungen (auf Grund von Ermächtigungen des Bundesfinanzgesetzes) enthaltenen Ausgaben belasten nur die betreffenden Haushalte der Fonds bzw. Gesellschaften.

Nach Aufgabenbereichen gegliederte Investitionsausgaben:

BVA 2002	Eigeninvestitionen				Investitionsförderung			
	Insth.	Gerinw. Wirtschg	Überwsg gem. FAG	Brutto-invest.	Zusch.	Darl.	Kapital-Beteil.	Summe
	Millionen Euro *)							
Erziehung u. Unterricht	8	18	0	33	12	0	-	71
Forschung u. Wissensch.	23	11	0	141	157	0	-	332
Kunst	17	1	-	51	29	-	0	98
Gesundheit	1	1	-	5	70	-	0	77
Soziale Wohlfahrt	1	1	-	3	15	0	-	20
Wohnungsbau	0	-	-	-	1.809	7	0	1.816
Straßen	271	4	24	157	10	0	0	466
Sonstiger Verkehr	5	0	-	1	1.238	0	0	1.244
Land- und Forstwirts.	27	1	-	1	192	-	0	221
Energiewirtschaft	-	-	-	-	0	-	0	0
Industrie und Gewerbe	0	0	-	0	3	-	0	3
Öffentliche Dienstl.	3	1	0	1	292	-	0	297
Private Dienstleist.	-	-	-	-	2	-	0	2
Landesverteidigung	78	0	-	163	4	-	-	245
Staats-u. Rechtssicherh.	22	15	-	40	-	-	-	77
Übrige Hoheitsverwalt.	36	8	0	58	3	-	0	105
Summe	492	61	24	654	3.836	7	0	5.074

Erfolg 2000	Eigeninvestitionen				Investitionsförderung			
	Insth.	Gerinw. Wirtschg	Überwsg gem. FAG	Brutto-invest.	Zusch.	Darl.	Kapital-Beteil.	Summe
	Millionen Euro *)							
Erziehung u. Unterricht	50	18	8	93	14	0	—	182
Forschung u. Wissensch.	46	8	4	76	138	—	—	272
Kunst	13	1	—	48	24	—	—	87
Gesundheit	2	0	—	2	46	—	—	50
Soziale Wohlfahrt	1	1	—	1	32	—	—	35
Wohnungsbau	6	0	—	0	1.808	5	1	1.819
Straßen	251	1	32	160	6	—	—	450
Sonstiger Verkehr	3	0	—	0	942	0	365	1.311
Land- u. Forstwirts.	35	0	—	9	343	—	0	388
Energiewirtschaft	—	—	—	—	0	—	1	1
Industrie und Gewerbe	0	0	—	0	30	—	—	30
Öffentliche Dienstl.	4	1	1	1	203	—	—	209
Private Dienstleist.	—	—	—	—	4	—	219	223
Landesverteidigung	85	1	—	232	4	—	—	321
Staats-u. Rechtssicherh.	27	12	—	47	0	—	—	87
Übrige Hoheitsverwalt.	84	8	8	89	2	—	—	191
Summe	606	51	53	759	3.596	5	586	5.656

*) Rundungsdifferenzen

Vermögens- und Schuldenrechnung des Bundes

Das Rechnungswesen des Bundes ist in der Lage, mit Hilfe des vollautomatisierten Verrechnungsverfahrens die Verrechnung der haushaltsmäßigen Geldeinnahmen und Geldausgaben sowohl nach kameralistischen als auch nach doppischen Grundsätzen durchzuführen. Dadurch ist es möglich, dem Gebot der Aufstellung von Bestandsverrechnungen für den gesamten Bereich der Bundesverwaltung Rechnung zu tragen. Die Gliederung der Vermögens- und Schuldenrechnung entspricht sinngemäß den Bestimmungen des Aktiengesetzes und berücksichtigt den Ansatz- und Kontenplan des Bundes.

Das Vermögen des Bundes umfaßt grundsätzlich die Gesamtheit der im Verfügungsbereich des Bundes befindlichen Sach- und Geldwerte einschließlich der Rechte und Forderungen, welche nach ihrer dauerenden oder vorübergehenden Nutzung den Gruppen des Anlage- oder Umlaufvermögens zugeordnet sind. Dem Vermögensnachweis des Bundes liegen die Ergebnisse über den Vermögensstand der von den anweisenden Stellen geführten Bestandsrechnungen zugrunde. Die Abschreibung der Bestandteile des Vermögens - ausgenommen jene der betriebsähnlichen Einrichtungen und der Bundesbetriebe - erfolgt nach bundeseinheitlichen Richtlinien, und zwar mit 50% im Jahr der Anschaffung oder Herstellung sowie mit den restlichen 50% des Anschaffungs- oder Herstellungswertes anläßlich ihres Ausscheidens.

Zu den Schulden des Bundes zählen alle in Geld zu erfüllenden Verpflichtungen des Bundes. Dem Schuldennachweis liegen alle Geldverpflichtungen des Bundes zugrunde, welche in den Bestandsrechnungen der anweisenden Stellen enthalten sind. Die Passive Rechnungsabgrenzung enthält die bis zum 20. Jänner des Nachjahres geleisteten Zahlungen (Auslaufzeitraum).

Nähere Details über die Jahresbestandsrechnung des Bundes können den jeweiligen Bundesrechnungsabschlüssen entnommen werden (Band 2, Abschnitt B).

Arbeitsbehelf - 1. Teil

Zahlungsströme zu bzw. von ausgegliederten Institutionen

	2000 Erfolg	2001 BVA	2002 BVA *)
		Millionen Euro	
a) Zahlungen vom Bund an ausgegliederte Institutionen: 1)			
ASFINAG	0	2	2
Austro Control	-	0	0
Bewährungshilfeorganisationen	32	29	29
Bundesbeschaffungs GmbH	-	-	2
Bundesimmobiliengesellschaft mbH (BIG)	278	322	694
Bundesrechenzentrum GmbH	0	0	0
Bundessporteinrichtungen GmbH	8	7	6
Bundestheatergesellschaften	231	201	203
Bundesversuchswirtschaften Ges. m. b. H	0	1	0
Bundeswertpapieraufsicht	3	3	3
Diplomatische Akademie	3	2	2
Münze Österreich AG	3	3	3
Museen (Anstalten öffentlichen Rechts)	71	54	62
ÖFPZ Arsenal GmbH	16	15	15
Österreichische Bundesfinanzierungsagentur	2	2	2
Österreichische Donau Betriebs AG	4	5	5
Österreich Institut GmbH	1	1	1
Österreichische Bundesbahnen	3.700	3.446	3.393
Österreichische Bundesforste AG	1	1	1
Österreichische Postsparkasse AG	66	62	72
Österreichische Salinen AG	12	11	11
Österreichische Staatsdruckerei/ Wiener Zeitung - Digitale Publikationen GmbH	5	5	5
Postgesellschaften (Österreichische Post AG/ Telekom Austria AG/Postbus AG)	2.574	2.272	2.230
Schloss Schönbrunn GmbH	-	0	-
Spanische Hofreitschule-Piber Ges. m. b. H.	5	5	5
Statistik Österreich - BA öffentlichen Rechts	65	68	64
Tiergarten Schönbrunn GmbH	1	2	0
Umweltbundesamt Gesellschaft m. b. H.	6	20	20
b) Zahlungen von ausgegliederten Institutionen an den Bund:1)			
ASFINAG	24	7	7
Austro Control	0	0	0
Bewährungshilfeorganisationen	0	0	0
Bundesimmobiliengesellschaft mbH (BIG)	72	903	792
Bundesrechenzentrum GmbH	0	0	0
Bundessporteinrichtungen GmbH	1	1	1
Bundestheatergesellschaften	23	20	20
Bundesversuchswirtschaften Ges. m. b. H	1	8	8
Bundeswertpapieraufsicht	3	3	3
Münze Österreich AG.	2	2	2
Museen (Anstalten öffentlichen Rechts)	5	6	6
ÖFPZ Arsenal GmbH	1	6	5
Österreichische Donau Betriebs AG	2	6	6
Österreichische Bundesbahnen	557	510	511
Österreichische Bundesforste AG	11	123	125
Österreichische Postsparkasse AG	46	47	48
Österreichische Salinen AG	0	0	0
Österreichische Staatsdruckerei/ Wiener Zeitung - Digitale Publikationen GmbH	2	2	2
Postgesellschaften (Österreichische Post AG/ Telekom Austria AG/Postbus AG)	1.710	1.544	1.537
Schloss Schönbrunn GmbH	0	0	0
Spanische Hofreitschule-Piber Ges. m. b. H.	-	2	2

	2000 Erfolg	2001 BVA	2002 BVA
		Millionen Euro	*)
Statistik Österreich - BA öffentlichen Rechts	10	11	11
Tiergarten Schönbrunn GmbH.	1	1	1
Umweltbundesamt Gesellschaft m. b. H.	1	4	4

*) Rundungsdifferenzen
1) Ausgenommen Leistungsentgelte, jedoch einschließlich BIG-(Mieten- und IMB-)Zahlungen

Ausserbudgetäre Finanzierungsvorhaben des Bundes (Gemäß §35 Z 7 BHG)

Im Bundeshaushaltsgesetz (BHG), BGBl. Nr. 213/1986 idgF ist normiert, dass der Bundesminister für Finanzen Übersichten zum geltenden Bundesfinanzgesetz zu verfassen hat, welche Angaben über die Entwicklung und den Stand der ausserbudgetären Finanzierungsvorhaben enthalten.
Als ausserbudgetäre Finanzierungsvorhaben mit Auswirkungen auf den Bundeshaushalt gelten:
a) Investitionsvorhaben des Bundes, die von ihm selbst oder für ihn von Rechtsträgern, die zu deren Durchführung bundesgesetzlich berufen sind, durchgeführt werden, sowie
b) Finanzierungsvorhaben im Bereiche der verstaatlichten Industrie,
c) die von - vom Bund verschiedenen - Rechtsträgern auf Grund bundesgesetzlicher Regelung zur Gänze oder teilweise durch Aufnahme von Fremdkapital zwischenfinanziert werden, wobei der Bund durch Bundesgesetz verpflichtet ist, dem Rechtsträger die nicht gedeckten Ausgaben des Rechtsträgers, insbesondere für die Bedienung des Fremdkapitals (Tilgungen, Zinsen, Spesen), zu ersetzen.

Wesentliches Element dieser Definition ist, dass die Verpflichtungen zur Zwischenfinanzierung und zur Refundierung durch ein besonderes Bundesgesetz normiert sind. Die **gesetzliche Refundierungsverpflichtung** unterscheidet die Sonderfinanzierungsvorhaben von Vorbelastungen im Sinne des § 45 Abs 1 bis 4 BHG; bei diesen resultiert die Verpflichtung des Bundes aus einem **rechtsgeschäftlichen Handeln des zuständigen anweisenden Organs** (gemäß § 5 Abs 4 Z 3 BHG).

Rechtsträger von ausserbudgetären Finanzierungen und deren Aufgaben:

Rechtsträger	Aufgabe
a) Österreichische Industrieholding AG(ÖIAG)	Finanzierung von Maßnahmen zur Umstrukturierung und Neuordnung des ÖIAG-Konzerns,
b) Schieneninfrastrukturfinanzierungs-GesmbH (SCHIG)	Finanzierung von Eisenbahninfrastrukturinvestitionen,
c) Internationales Amtssitz und Konferenzzentrum AG (IAKW-AG)	Finanzierung und Bau des Österreichischen Konferenzzentrums

Ausserdem werden die Mittelzuführungen an die Verstaatlichte Industrie gemäß der ÖIAG-Finanzierungsgesetze (BGBl. Nr. 298/1981, 602/1981, 633/1982, 589/1983, 298/1987 und 973/1993) als besonderer Fall ausserbudgetärer Finanzierungsvorhaben betrachtet.
Gemäß den Regelungen in Art. III des ÖIAG-Gesetzes 2000, BGBl. I Nr. 24/2000, ist aber davon auszugehen, dass die Bezahlung der Zinsen und Tilgungen für die in den oben genannten Gesetzen geregelten Finanzierungen durch die ÖIAG erfolgen wird.

Die nachfolgende Aufstellung über ausserbudgetäre Finanzierungsvorhaben des Bundes gibt an:
1. Die voraussichtlichen Gesamtkosten (einschließlich Zinsen und Tilgung, laufende Erhaltung und Verwaltung bis zur Fertigstellung bzw. bis zum Ende der Tilgungszeit) des Vorhabens,
2. die voraussichtlichen Ausgaben des Rechtsträgers im jeweiligen Finanzjahr gemäß Z 1.,
3. die im jeweiligen Bundesvoranschlag veranschlagten Leistungen des Bundes zu den Gesamtkosten gemäß Z 1.

Rechtsträger Bezeichnung des Rechtsträgers und gesetzl. Grundlage	voraussichtliche Gesamtkosten in Mio. Euro	Bau-	Ausgaben 2002	Auswirkungen auf BVA 2002 VA-Ansatz/Post	Mio. Euro
1) Finanzierung (ausschließlich)					
a) ÖIAG					
BGBl. I Nr. 24/2000,	8.636	—	—	1/54847/7417	0,001
				7/54847/7417	0,001
b) SCHIG	1)				
BGBl. Nr. 201/1996, 113/1997	6.032	6.032	872	1/65148/7280	94,471
2) Finanzierung und Bau					
IAKW-AG	2)				
BGBl. Nr. 223/1985	357,6	232,6	—	1/54828/7280	1,671

Fußnoten auf der folgenden Seite.

Die nachstehende Übersicht gibt einen Überblick über die Entwicklung der Verschuldung der ASFINAG (einschließlich der ehemaligen Strassensonderfinanzierungsgesellschaften) bis 31.12. 1996, der SCHIG, der ÖIAG 3) und der IAKW-AG, die Nettoveränderung der Schuldenstände gegenüber dem Vorjahr sowie über den gesetzlichen Haftungsrahmen der Finanzierungsgesellschaften.

	Verschuldung zum 31.12.	Brutto-Darlehensaufnahme durch ausserbudgetäre Sonderfinanzierung	Nettoveränderung der Schuldenstände gegenüber dem Vorj.	gesetzl. Haftungsrahmen 4) zum 31.12.
	in Milliarden Euro			
1990	8,18	0,99	+0,68	19,85 5)
1991	8,60	0,68	+0,42	24,59 5)
1992	9,41	0,77	+0,81	24,59 5)
1993	9,96	1,05	+0,55	24,59 5)
1994	10,57	1,07	+0,61	24,59 5)
1995	10,99	1,50	+0,42	24,59 5)
1996	10,67	0,95	-0,32	24,59 5)
1997	5,39	0,60	-5,28	15,30
1998	5,85	0,50	+0,47	15,30
1999	6,22	0,57	+0,37	15,30
2000 6)	6,49	0,57	+0,27	15,30

Fußnoten:

1) 4,36 Milliarden Euro (60 Milliarden Schilling) Kapital zuzüglich Zinsen und weitere 1,671 Milliarden Euro (23 Milliarden Schilling) Eisenbahninfrastrukturschulden der ASFINAG mit Inkrafttreten der ASFINAG/SCHIG-Novelle 1997.

2) Die Gesamtkosten stellen die bis einschließlich 1999 angefallenen Kosten dar. Bei einem Austritt der arabischen Partner ist gemäß Sydikatsvertrag (spätestens in 50 Jahren nach Vertragsabschluss 1984) bei der anzunehmenden 'Schillingvariante' die übernommene Beteiligung von 1,5 Milliarden Schilling (109 Millionen Euro) zuzüglich einer Prämie von 25% zu leisten.

3) In der Spalte Verschuldung zum 31. 12. ist nur die Verschuldung auf Grund der Finanzierungsgesetze ausgewiesen. Die Spalte Gesetzliche Haftungsrahmen zum 31. 12. beinhaltet alle Haftungsgesetze.

4) Für Kapital, Zinsen und Kosten.

5) Die für die ehemaligen Straßensonderfinanzierungsgesellschaften übernommenen Haftungen sind mit dem zum 31. Dezember 1986 aushaftenden Betrag auf den ASFINAG-Haftungsrahmen anzurechnen.

6) Vorläufige Werte |

II. Der Bundeshaushalt im Rahmen der öffentlichen Haushalte und der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen

A. Die öffentlichen Haushalte in administrativer Abgrenzung (Übersichten 1 bis 3)

Dem bundesstaatlichen Aufbau entsprechend weist Österreich neben dem Bundeshaushalt noch die Haushalte der anderen Gebietskörperschaften auf. Daneben gibt es noch eine große Anzahl von Institutionen, die dem öffentlichen Recht zugehören. In den nachfolgenden Übersichten 1 und 2 sind diese Rechtsträger zu Gruppen zusammengefasst. Die Gebarungsergebnisse dieser Rechtsträger werden jährlich von der Bundesanstalt Statistik Österreich (bis 1999: Österreichisches Statistisches Zentralamt) ausgewertet und publiziert ('Gebarungsübersichten' in der Reihe 'Beiträge zur österreichischen Statistik'). Für das Rechnungsjahr 1999 umfasste diese Finanzstatistik insgesamt knapp 3.700 Rechtsträger (neben Bund und Bundesländern etwa 2.360 Gemeinden, 1.000 Gemeindeverbände, 110 Bundes- Landes- und Gemeindefonds, 80 Kammern und 50 Sozialversicherungsträger).

Brutto- und Nettogebarung laut Finanzstatistik

In den Übersichten 1 und 2 sind zunächst die Bruttoausgaben und Bruttoeinnahmen der öffentlichen Rechtsträger dargestellt. Das sind die Gesamtausgaben/-einnahmen laut Rechnungsabschluss plus nicht über den Rechnungsabschluss geführte Ausgaben/Einnahmen minus Schuldentilgung/-aufnahmen. Für die Darstellung der Nettogebarung (Übersicht 3) werden folgende Positionen in Abzug gebracht:

a) Interne Verrechnungen innerhalb desselben Rechtsträgers,
b) Zuführung an/Entnahme aus Rücklagen,
c) Überweisungen zwischen den einzelnen Rechtsträgem. Weiters werden die Ausgaben und Einnahmen der brutto verrechneten Erwerbsbetriebe durch die entsprechenden Abgänge oder Überschüsse ersetzt.

Übersicht 1

Bruttoausgaben (in Mrd. Euro) 1)

	1996	1997	1998	1999	2000 2)	2001 3)	2002 3)
Bund 4)	54,89	60,57	58,21	60,35	58,28	58,86	
Länder (ohne Wien)	17,12	17,34	18,26	18,66	19,10		
Gemeinden (ohne Wien)	11,97	12,15	12,54	12,86	13,19		
Wien (als Land und Gemeinde)	9,29	8,91	9,46	9,83	10,33		
Gemeindeverbände 5)	0,54	1,78	1,93	2,12	2,40		
Bundesfonds	4,96	5,24	3,37	2,87	2,91		
Landesfonds 6)	—	4,03	5,09	5,25	5,25		
Sonst. Träger öffentl. Rechts 7)	2,04	2,20	2,43	2,62	2,76		
Sozialversicherungsträger	35,17	36,10	36,55	39,62	42,88		
Staat (Summe)	**135,98**	**148,32**	**147,84**	**154,16**	**157,10**		

Bruttoausgaben (Anteile in %)

	1996	1997	1998	1999	2000 2)	2001 3)	2002 3)
Bund 4)	40,4	40,8	39,4	39,1	37,1		
Länder (ohne Wien)	12,6	11,7	12,4	12,1	12,2		
Gemeinden (ohne Wien)	8,8	8,2	8,5	8,3	8,4		
Wien (als Land und Gemeinde)	6,8	6,0	6,4	6,4	6,6		
Gemeindeverbände 5)	0,4	1,2	1,3	1,4	1,5		
Bundesfonds	3,6	3,5	2,3	1,9	1,9		
Landesfonds 6)	—	2,7	3,4	3,4	3,3		
Sonst. Träger öffentl. Rechts 7)	1,5	1,5	1,6	1,7	1,8		
Sozialversicherungsträger	25,9	24,3	24,7	25,7	27,3		
Staat (Summe)	**100,0**	**100,0**	**100,0**	**100,0**	**100,0**		

Übersicht 2

Bruttoeinnahmen (in Mrd. Euro) 1)

	1996	1997	1998	1999	2000 2)	2001 3)	2002 3)
Bund 4)	48,42	55,69	52,24	54,10	55,45	56,54	
Länder (ohne Wien)	16,93	17,69	18,42	18,68	19,11		
Gemeinden (ohne Wien)	11,70	12,13	12,38	12,55	12,86		
Wien (als Land und Gemeinde)	9,23	8,99	9,57	10,00	10,39		
Gemeindeverbände 5)	0,53	1,65	1,78	1,91	2,18		
Bundesfonds	5,13	5,15	3,47	2,98	2,98		
Landesfonds 6)	—	4,03	5,14	5,31	5,31		
Sonst. Träger öffentl. Rechts 7)	2,06	2,17	2,36	2,89	3,05		
Sozialversicherungsträger	34,93	36,12	36,78	39,74	42,88		
Staat (Summe)	**128,91**	**143,62**	**142,14**	**148,17**	**154,21**		

Bruttoeinnahmen (Anteile in %)

	1996	1997	1998	1999	2000 2)	2001 3)	2002 3)
Bund 4)	37,6	38,8	36,8	36,5	36,0		
Länder (ohne Wien)	13,1	12,3	13,0	12,6	12,4		
Gemeinden (ohne Wien)	9,1	8,4	8,7	8,5	8,3		
Wien (als Land und Gemeinde)	7,2	6,3	6,7	6,8	6,7		
Gemeindeverbände 5)	0,4	1,2	1,2	1,3	1,4		
Bundesfonds	4,0	3,6	2,4	2,0	1,9		
Landesfonds 6)	—	2,8	3,6	3,6	3,4		
Sonst. Träger öffentl. Rechts 7)	1,6	1,5	1,7	2,0	2,0		
Sozialversicherungsträger	27,1	25,2	25,9	26,8	27,8		
Staat (Summe)	**100,0**	**100,0**	**100,0**	**100,0**	**100,0**		

Anmerkungen zu den Übersichten 1 und 2:

Quelle: Statistik Österreich (bis einschl. 1999); Bundesministerium für Finanzen (BMF)

1) Daten laut Finanzstatistik; ohne Schuldentilgung bzw. Schuldenaufnahme einschließlich nicht über den Rechnungsabschluss geführte Ausgaben bzw. Einnahmen.

2) Schätzungen.

3) Bundesvoranschlag bzw. -entwurf, allgemeiner Haushalt

4) Einschließlich Akademie der Wissenschaften und Österreichische Hochschülerschaften.

5) Bis 1996 Gemeindeverbände im Range einer Gebietskörperschaft (Sozialhilfe- und Schulgemeindeverbände), ab 1997 einschließlich aller neu erhobenen Verbände (insbesondere Wasserversorgungs-, Umwelt-, Reinhalte- und Bezirkskrankenhausverbände).

6) 1997: Landeskrankenanstaltenfonds (einschließlich Wien), ab 1998 einschließlich aller neu erhobenen Landesfonds (einschließlich Wien).

7) Insbesondere Kammern.

Übersicht 3

Nettogebarung (Staat, in Mrd. Euro) 1)

	1996	1997	1998	1999	2000	2001
Bruttoausgaben 2)	**135,98**	**148,32**	**147,84**	**154,16**		
minus Saldo d. Bereiniungspost. 3)	-13,74	-11,43	-12,75	-9,99		
minus Intergovernmentale Transfers 4)	-22,60	-24,92	-26,86	-27,81		
Nettoausgaben	**99,65**	**111,96**	**108,23**	**116,36**		
Bruttoeinnahmen 5)	**128,91**	**143,62**	**142,14**	**148,17**		
minus Saldo d. Bereiniungspost. 3)	-14,28	-11,18	-12,12	-10,69		
minus Intergovernmentale Transfers 4)	-19,39	-22,97	-25,61	-26,62		
Nettoeinnahmen	**95,24**	**109,46**	**104,41**	**110,85**		

Übersicht 3 (Fortsetzung)
Nettogebarung (Bund, in Mrd. Euro) 1)

	1996	1997	1998	1999	2000	2001
Bruttoausgaben 2)	**54,89**	**60,57**	**58,21**	**60,35**		
minus Saldo der Bereiniungs-Posten 3)	-3,87	-2,09	-2,65	-2,22		
minus Intergovernmentale Transfers 4)	-16,25	-17,15	-18,35	-18,97		
Nettoausgaben	**34,78**	**41,33**	**37,22**	**39,16**		
Bruttoeinnahmen 5)	**48,42**	**55,69**	**52,24**	**54,10**		
minus Saldo der Bereiniungs-Posten 3)	-4,14	-2,01	-2,19	-2,13		
minus Intergovernmentale Transfers 4)	-0,36	-0,22	-0,19	-0,24		
Nettoeinnahmen	**43,92**	**53,45**	**49,85**	**51,72**		

Anmerkungen zu Übersicht 3:
1) Quelle: Statistik Österreich; Daten laut Finanzstatistik.
2) Siehe Übersicht 1.
3) Vergütuntgen, Vorjahre-Abwicklungen, Zuführungen an den außerordentlichen/vom ordentlichen Haushalt, Zuführungen an/Entnahmen aus Rücklagen, Ausgaben/Einnahmen der bruttoverrechneten Erwerbsbetriebe abzüglich Abgänge/Überschüsse, Erwerb von Bundestiteln/Entnahme aus dem Bundesbesitz, Ausgaben/Einnahmen aus Bedarfszuweisungsmitteln sowie Gemeindeanteile an Abgaben.
4) Laufende Transfers sowie Kapitaltransfers zwischen den einzelnen öffentlich-rechtlichen Körperschaften, Darlehensgewährungen an/-rückzahlungen von Trägern öffentlichen Rechts.
5) Siehe Übersicht 2.

B. Volkswirtschaftliche Abgabenquote
(Übersicht 4)
Von den in Österreich von Trägern des öffentlichen Rechtes erhobenen Abgaben - das sind die Steuern und tatsächlichen Sozialbeiträge gemäß Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnungen (VGR) - betragen die vom Bund eingehobenen rund zwei Drittel. Übersicht 4 zeigt die entsprechenden Gebarungsergebnisse. Ab 1995 ist ein Teil der Steuereinnahmen direkt dem EU-Haushalt zuzurechnen (Zölle, Agrarabschöpfungen, Zuckerabgaben, Mehrwertsteuereigenmittel). Bei der Abgabenquote (Abgaben, in Prozent des Bruttoinlandsproduktes -BIP) ist daher zwischen den in Österreich eingehobenen Abgaben (Staat + EU/Summe) und den in den Haushalten der österreichischen Rechtsträger vereinnahmten Abgaben (Staat) zu unterscheiden.
Übersicht 4 enthält neben den Abgabenquoten als weitere Kennziffer die 'Aufkommenselastizität'. Das ist das Verhältnis der prozentuellen Steigerung der Abgaben zur prozentuellen Steigerung des BIP.

Übersicht 4
Abgaben (Steuern und tatsächliche Sozialbeiträge) in Mrd. Euro 1)

	1996	1997	1998	1999	2000	2001	2002
Bund	49,61	52,53	55,11	56,71	58,21	63,00	65,60
Länder (ohne Wien)	0,52	0,49	0,50	0,51	0,51	0,54	0,55
Gemeinden (mit Wien)	3,12	3,19	3,26	3,31	3,27	3,27	3,36
Kammern	1,02	1,03	1,10	1,15	1,16	1,17	1,18
Sozialversicherungsträger	22,11	22,75	23,48	24,34	25,17	26,06	26,89
Fonds	0,08	0,07	0,07	0,07	0,07	0,07	0,07
Staat (Summe)	**76,47**	**80,07**	**83,53**	**86,09**	**88,40**	**94,11**	**97,66**
Beiträge zum EU-Haushalt 2)	1,64	1,74	1,47	1,53	1,49	1,45	1,45
Staat + EU (Summe)	**78,11**	**81,80**	**85,00**	**87,61**	**89,89**	**95,56**	**99,11**
Bruttoinlandsprodukt(BIP)	178,05	182,66	190,01	197,09	206,25	214,70	223,52

Übersicht 4 (Fortsetzung)

Abgaben (Steuern und tatsächliche Sozialbeiträge) in % des BIP 1)	1996	1997	1998	1999	2000	2001	2002
Staat (Summe)	42,9	43,8	44,0	43,7	42,9	43,8	43,7
Staat+EU (Summe)	43,9	44,8	44,7	44,5	43,6	44,5	44,3
Abgaben (Steuern und tatsächliche Sozialbeiträge), Veränderung gegenüber dem Vorjahr 1)							
Abgaben, Staat+EU							
in Mrd. Euro	4,98	3,69	3,20	2,62	2,28	5,68	3,55
in %	6,8	4,7	3,9	3,1	2,6	0,5	0,3
BIP (gemäß ESVG 1995)							
in Mrd. Euro	5,76	4,62	7,35	7,08	9,15	8,45	8,82
in %	3,3	2,6	4,0	3,7	4,6	4,1	0,3
Abgaben (Steuern und tatsächliche Sozialbeiträge), Aufkommenselastizität 1)							
(Abgaben, Staat+EU)/BIP	2,06	1,81	0,98	0,84	0,57	1,54	0,90

Anmerkungen zu Übersicht 4

Quelle: Statistik Österreich (bis einschließlich 2000, BIP bis einschließlich 1999); Österreichisches Institut für Wirtschaftsforschung (WIFO) (Dezember-Prognose 2000); BMF

1) Daten laut Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnungen (ESVG 1995), Stand: 15. Feb. 2001.

2) Einschließlich der an der nicht-österreichischen Aussengrenze des EU-Binnenmarktes eingehobenen Importabgaben.

C. Der Staat im Rahmen der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen (VGR)

(Übersichten 5 bis 8)

Der Staat ist im Rahmen der Gesamtwirtschaft so bedeutungsvoll, weil er einerseits den Betrieben und privaten Haushalten im Wege der Besteuerung Mittel entzieht und andererseits diese laufenden öffentlichen Einnahmen im Wesentlichen für die Befriedigung von Gemeinschaftsbedürfnissen, für die Zuführung von Einkommen an private Haushalte und für die Förderung der Wirtschaft verwendet. In den Übersichten 5 bis 8 werden einige Hauptaggregate der VGR, die Komponenten der Ausgaben und Einnahmen des Staates und des Bundes laut VGR sowie Daten zur öffentlichen Verschuldung zusammengefasst.

Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen

Die Definitionen und Konventionen der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen (VGR) sind durch internationale Vereinbarungen festgelegt und in von internationalen Organisationen herausgegebenen Handbüchern dokumentiert. Die Vorläufer der heute gültigen Standards gehen bis 1947 zurück. Weltweit verbindlich ist derzeit das SNA 1993. Die vom Europäischen Rat im Juni 1996 beschlossene Verordnung über das 'Europäische System der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen' (ESVG 1995 Verordnung) verpflichtet die Mitgliedstaaten, der Europäischen Kommission ab dem Jahr 1999 VGR-Daten nach den Konzepten des neuen ESVG zu liefern. Das ESVG 1995 (das Methodenhandbuch selbst ist als Anhang A in der ESVG 1995 Verordnung enthalten) stimmt mit den weltweit geltenden Regeln des SNA 1993 überein, berücksichtigt jedoch stärker die Gegebenheiten und den Datenbedarf der Europäischen Union.

Die erste Phase der Implementierung des ESVG 1995 in die österreichische VGR konnte im **September 1999** mit der Berechnung der 'Hauptaggregate' für die Berichtsjahre 1995 bis 1998 abgeschlossen werden. Gemäß 'Lieferprogramm' mußte Österreich erstmals im September 1999 VGR-Daten nach dem neuen System an Eurostat übermitteln (Tabelle 1 'Hauptaggregate, jährlich', bestehend aus 12 Teiltabellen) und Tabelle 2 ('Hauptaggregate für den Staat'. National wurden die Ergebnisse in Form von zwei Aufsätzen im Heft 11 /1999 der Statistischen Nachrichten des ÖSTAT publiziert. Seit dem Jahr 2000 sind die Berichtstermine April für die Tabellen 1 und August für die Tabellen 2. Ab 2001 ist die Tabelle 2 zusätzlich im März zu melden.

Auf der höchsten Aggregationsstufe liefert die VGR wichtige Gesamtgrößen über das wirtschaftliche Leistungsergebnis in einer bestimmten Periode: Entstehung von Waren und Dienstleistungen, Verteilung der erzielten Einkommen und Verwendung der Waren und Dienstleistungen. Bereinigt man das BIP um die Abschreibungen und die Zahlungen (Primäreinkommen und Transfers) aus der übrigen Welt, so erhält man das Verfügbare Nettonationaleinkommen. Übersicht 5 quantifiziert die Zusammenhänge zwischen diesen VGR-Hauptaggregaten.

Ausgaben und Einnahmen des Staates bzw. des Bundes
In der VGR werden die Ausgaben und Einnahmen ('Transaktionen') der einzelnen Einheiten in einer zusammenhängenden Serie von Konten dargestellt. Für die Darstellung der Ausgaben und Einnahmen des Staates wurde eine eigene Form entwickelt (Übersichten 6 und 7).

Fiskalische Maastricht-Kennzahlen
Im Zusammenhang mit der Europäischen Wirtschafts- und Währungsunion werden für die Beurteilung der finanziellen Lage der öffentlichen Haushalte zwei Kennzahlen berechnet:
a) Öffentliches Defizit, in % des BIP (siehe Übersicht 6),
b) Öffentliche Verschuldung, in % des BIP (siehe Übersicht 8).

Übersicht 5
Hauptaggregate der Volkswirtsch. Gesamtrechnungen (gemäß ESVG 1995) in Mrd. Euro

	1996	1997	1998	1999	2000	2001	2002
Arbeitnehmerentgelt	94,15	95,60	99,38	103,06	106,42	110,50	114,29
Bruttobetriebsüberschuss und Selbständigeneinkommen	62,22	63,32	66,74	68,70	73,39	77,27	81,28
Produktionsabgaben minus Subventionen	21,67	23,75	23,90	25,33	26,43	26,93	27,96
BIP zu Marktpreisen	**178,05**	**182,66**	**190,01**	**197,09**	**206,25**	**214,70**	**223,53**
Konsumausgaben	137,92	140,65	145,60	150,71	157,99	163,36	169,04
Bruttoinvestitionen	42,20	44,17	45,91	47,33	49,77	52,11	54,46
Exporte	70,49	78,07	82,68	88,86	98,56	106,52	115,59
minus Importe	-72,48	-80,89	-83,82	-89,83	-100,08	-107,30	-115,57
Staatistische Differenz	-0,08	0,66	-0,36	0,02	0,00	0,00	0,00
BIP zu Marktpreisen	**178,04**	**182,66**	**190,01**	**197,09**	**206,25**	**214,70**	**223,52**
plus/minus Primäreinkommen aus der übrigen/an die übrige Welt	-1,09	-1,16	-1,45	-3,18	-3,06	-2,62	-2,73
Bruttonationaleinkommen	**176,95**	**181,50**	**188,56**	**193,92**	**203,19**	**212,08**	**220,80**
minus Abschreibungen	-25,19	-26,11	-27,16	-28,22	-29,21	-30,29	-31,20
plus/minus laufende Transfers aus der übrigen/an die übrige Welt	-0,83	-0,74	-1,21	-1,02	-1,27	-1,31	-1,31
Verfügb. Nettonationaleink.	**150,93**	**154,66**	**160,20**	**164,68**	**172,71**	**180,48**	**188,30**

Quelle: Statistik Österreich (bis einschließlich 1999), Stand 15. Februar 2001; Österreichisches Institut für Wirtschaftsforschung (WIFO) (Dezember-Prognose 2000).

Übersicht 6
Einnahmen, Ausgaben und Finanzierungssaldo des Staates in Mrd. Euro 1)

	1996	1997	1998	1999	2000	2001	2002
EINNAHMEN							
Marktproduktion und Nichtmarktproduktion für die Eigenverwendung	3,58	3,55	3,50	3,47	3,41	3,49	3,56
Erlöse d. Nichtmarktproduzenten	4,81	2,33	2,72	2,84	2,95	3,01	3,06
Produktions-u. Importabgaben	25,82	27,37	28,44	29,66	30,47	31,85	32,59
Vermögenseinkommen	2,72	2,46	2,10	2,09	2,03	1,93	1,94
Einkommen-u. Vermögensteuern	23,34	24,67	26,03	26,41	27,11	30,25	31,83
Sozialbeiträge	31,07	31,68	32,77	33,73	34,98	35,99	36,96
Sonst. laufende Transfers	2,40	2,62	2,76	2,89	3,15	2,11	1,96
Vermögenstransfers	0,23	0,51	0,33	0,49	0,23	0,15	0,15
Summe Einnahmen	**93,97**	**95,18**	**98,65**	**101,57**	**104,32**	**108,76**	**112,05**

Übersicht 6 (Fortsetzung)

	1996	1997	1998	1999	2000	2001	2002
AUSGABEN							
Vorleistungen	11,55	10,12	10,82	11,39	11,80	12,04	12,30
Arbeitnehmerentgelt	21,97	20,95	21,56	22,54	23,16	23,58	23,77
Produktions-u. Importabgaben	0,48	0,50	0,54	0,54	0,51	0,50	0,50
Subventionen	4,68	4,68	5,27	5,19	5,12	5,79	5,59
Zinsen für die Staatsschuld	7,54	7,07	7,16	7,01	7,14	7,33	7,33
Monetäre Sozialleistungen plus soziale Sachtransfers	40,97	43,11	44,25	46,12	47,67	48,48	49,99
Sonst. laufende Transfers	4,99	4,66	5,28	5,40	5,62	5,08	5,12
Vermögenstransfers	3,55	3,81	4,63	3,92	3,96	4,11	4,00
Bruttoinvestitionen	5,04	3,59	3,53	3,65	3,39	3,60	3,56
Nettozugang an nichtproduzierten Vermögensgütern	0,01	-0,12	-0,03	-0,02	-1,38	-0,16	-0,09
Summe Ausgaben	**100,77**	**98,36**	**103,01**	**105,74**	**106,99**	**110,34**	**112,05**
Finanzierungsaldo (=öffentliches Defizit/-)	-6,81	-3,19	-4,36	-4,17	-2,67	-1,57	0,00
BIP(gemäß ESVG 1995)	178,05	182,66	190,01	197,09	206,25	214,70	223,52
Öffentl. Defizit in % des BIP	**3,8**	**1,7**	**2,3**	**2,1**	**1,3**	**0,43**	**0,0**

Anmerkungen zu Übersicht 6:
Quelle: Statistik Österreich (bis einschließlich 1999); BMF
1) Daten laut Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnung (ESVG 1995), Stand: 15. Februar 2001.

Übersicht 7
Einnahmen, Ausgaben und Finanzierungssaldo des Bundes in Mrd. Euro 1)

EINNAHMEN	1996	1997	1998	1999	2000	2001	2002 2)
Marktproduktion und Nichtmarktproduktion für die Eigenverwendung	0,04	0,03	0,03	0,03	0,03	0,04	0,04
Erlöse d. Nichtmarktproduzenten	0,28	0,27	0,27	0,26	0,26	0,27	0,27
Produktions-u. Importabgaben	17,73	19,50	20,48	21,26	21,78	22,89	23,41
Vermögenseinkommen	1,73	1,35	0,86	1,02	0,98	0,73	0,80
Einkommen-u. Vermögensteuern	15,74	16,95	17,91	18,28	18,74	21,51	22,80
Sozialbeiträge	6,28	6,42	6,64	6,82	7,11	7,22	7,34
Sonst. laufende Transfers	3,49	3,05	2,66	3,06	3,22	3,27	3,42
Vermögenstransfers	0,15	0,43	0,14	0,20	0,22	0,18	0,18
Summe Einnahmen	**45,43**	**47,99**	**48,99**	**50,93**	**52,34**	**56,12**	**58,26**
AUSGABEN							
Vorleistungen	2,96	2,92	3,24	3,33	3,41	3,46	3,53
Arbeitnehmerentgelt	8,39	8,46	8,65	9,03	9,28	9,42	9,33
Produktions-u. Importabgaben	0,17	0,16	0,17	0,17	0,17	0,16	0,16
Subventionen	2,10	2,04	2,33	2,26	2,27	3,04	2,86
Zinsen für die Staatsschuld	6,34	6,42	6,52	6,41	6,55	6,77	6,77
Monetäre Sozialleistungen plus soziale Sachtransfers	11,79	11,48	11,01	11,33	11,55	11,45	11,90
Sonst. laufende Transfers	16,72	17,58	18,41	19,23	20,03	20,87	21,41
Vermögenstransfers	3,11	2,90	3,28	2,97	3,07	3,15	3,07
Bruttoinvestitionen	1,06	0,91	0,92	0,88	0,68	0,93	0,85
Nettozugang an nichtproduzierten Vermögensgütern	-0,05	-0,05	-0,02	-0,07	-1,38	-0,04	-0,04
Summe Ausgaben	**52,59**	**52,84**	**54,52**	**55,54**	**55,63**	**59,19**	**59,84**
Finanzierungsaldo des Bundes	-7,15	-4,85	-5,52	-4,61	-3,29	-3,07	-1,58
BIP (gemäß ESVG 1995)	178,05	182,66	190,01	197,09	206,25	214,70	223,52
Finanzierungssaldo in % d.BIP	**-4,0**	**-2,7**	**-2,9**	**-2,3**	**-1,6**	**-1,4**	**-0,7**

Übersicht 8
Öffentliche Verschuldung in Mrd. Euro 1)

	1996	1997	1998	1999	2000	2001	2002
Bund:							
Finanzschulden lt. Bundes-Rechnungsabschluß	102,91	108,82	114,02	122,66	126,94		
plus Netto-SWAP-Schulden	0,08	-0,12	0,29	0,18	0,04		
minus eigene Bundestitel	-1,47	-1,44	-2,70	-4,86	-6,28		
minus Bundesanleihen im Besitz anderer öffentl. Rechtsträger	-0,58	-2,26	-2,78	-2,69	-3,07		
minus Darlehen von öffentl. Rechtsträgern	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00		
plus Silbermünzen (OeNB)	0,14	0,20	0,19	0,22	0,24		
Verschuldung des Bundes laut EU-Rats-Verordnung	**101,07**	**105,20**	**109,01**	**115,51**	**117,88**	**120,26**	**121,09**
ASFINAG	5,83	0,00	0,00	0,00			
Bundesfonds	1,64	1,51	1,30	1,09			
Länder (ohne Wien)	4,66	4,40	4,30	4,30			
Landesfonds	0,80	0,71	0,69	0,60			
Gemeinden (ohne Wien)	4,78	3,43	3,49	3,28			
Wien	3,60	2,30	2,13	1,89			
Gemeindefonds	0,02	0,01	0,03	0,03			
Sozialversicherungsträger	0,77	0,67	0,58	0,67			
Öffentliche Verschuldung laut EU-Rats-Verordnung	**123,16**	**118,25**	**121,52**	**127,37**	**129,74**	**131,42**	**132,22**
Bruttoinlandsprodukt (BIP)	178,05	182,66	190,01	197,09	206,25	214,70	223,52
Öffentliche Verschuldung in % des BIP	**69,2**	**64,7**	**64,0**	**64,6**	**62,9**	**61,2**	**59,2**

Anmerkungen zu Übersicht 7:
Quelle: Statistik Österreich (bis einschließlich 2000, BIP bis einschließlich 1999);
Österreichisches Institut für Wirtschaftsforschung (WIFO) (Dezember-Prognose 2000); BMF.
1) Daten laut Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnung (ESVG 1995), Stand: 15. Februar 2001.
2) Sondereffekte wie die geplante Ausgliederung der Bundesimmobilien sind nicht berücksichtigt.

Anmerkungen zu Übersicht 8:
Quelle: Statistik Österreich (bis einschließlich 1999); BMF
1) Daten gemäß EU-Rats-Verordnung Nr. 475/2000, Stand 15. Februar 2001.

III. Bundesrechnungsabschluss

Allgemeines zum Bundesrechnungsabschluss

Gemäß Art 121 Abs 2 des Bundes-Verfassungsgesetzes und § 9 Abs 1 des Rechnungshofgesetzes 1948 in Verbindung mit § 98 des Bundeshaushaltsgesetzes idgF wird der Bundesrechnungsabschluss vom Rechunungshof erstellt und dem Nationalrat zur verfassungsmäßigen Behandlung vorgelegt.
Diese Obliegenheit erfüllt der Rechnungshof auf Grund der ihm von den haushaltsleitenden Organen des Bundes (§ 5 Abs 1 BHG) zu übermittelnden Teilrechnungsabschlüsse. Der Bundesrechnungsabschluss ist vor der Vorlage an den Nationalrat vom Rechnungshof dem Bundesminister für Finanzen zur Stellungnahme zu übermitteln. Der Bundesminister für Finanzen kann sodann innerhalb dreier Wochen Äußerungen zum Bundesrechnungsabschluss erstatten. Der Rechnungshof hat den Bundesrechnungsabschluss in der Folge dem Nationalrat spätestens Ende September des nächstfolgenden Finanzjahres vorzulegen.
Die Genehmigung des Bundesrechnungsabschlusses durch den Nationalrat erfolgt in der Form eines Gesetzesbeschlusses, der nicht dem Mitwirkungsrecht des Bundesrates (Art. 42 Abs. 5 B-VG) unterliegt und als solcher im Bundesgesetzblatt kundzumachen ist.
Der Bundesrechnungsabschluss selbst wird als gesondertes, käufliches Druckwerk im Wege des Rechnungshofes, 1030 Wien, Dampfschiffstraße 2, der Öffentlichkeit zugänglich gemacht.

Im folgenden Abschnitt wird kurz über die Gebarung des Finanzjahres 2000 berichtet. Es wird ausdrücklich darauf hingewiesen, dass es sich noch um vorläufige Daten mit Stand 31. 1. 2001 handelt, die noch der Prüfung des Rechnungshofes unterzogen werden.

Vorläufiger Gebarungserfolg 2000

1. Allgemeine wirtschaftliche Entwicklung

Die wichtigsten wirtschaftlichen Eckdaten im Zeitpunkt der Erstellung des Bundesvoranschlages bzw. die derzeit aktuellen Werte für das Finanzjahr 2000 (lt. Wifo-Prognose vom Dezember 2000) sind aus der folgenden Übersicht zu ersehen:

	wirtschaftliche Eckdaten	
	im Zeitpunkt der Budgeterstellung	derzeit aktuelle Werte
nominelles Wirtschaftswachstum	+3,6%	+4,6%
reales Wirtschaftswachstum	+2,8%	+3,3%
Unselbständig Beschäftigte	+1,0%	+1,0%
Verbrauerpreise	+1,1%	+2,4%
Arbeitslosenquote (nat. Abgrenzung)	6,5%	5,9%
Arbeitslosenquote (EU-Abgrenzung)	4,2%	3,3%

2. Gesamtgebarung

Im Voranschlag des allgemeinen Haushaltes waren Ausgaben in Höhe von 781,5 Mrd. S und Einahmen von 726,8 Mrd. S budgetiert. Der administrative Budgetabgang betrug 54,6 Mrd. S (das waren zum damaligen Zeitpunkt 2,0% des BIP). Im Vollzug waren die Ausgaben um 19,5 Mrd. S (+2,5 %) und die Einnahmen um 34,9 Mrd. S (+4,8%) höher. Der Abgang verminderte sich um 15,4 Mrd. S auf 39,3 Mrd. S (das sind 1,4% vom BIP).

3. Maastricht-Defizit und öffentliche Verschuldung im Jahre 2000

Das Maastricht-Defizit des Bundes beträgt 2000 rund 45,4 Mrd. S oder 1,6% des BIP. Nach ersten Berechnungen liegt das gesamtstaatliche öffentliche Defizit gemäß Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnungen (Maastricht Defizit) bei 1,3% des Bruttoinlandsprodukts. Der öffentliche Schuldenstand nach vorläufigen Berechnungen macht Ende 2000 rund 62,9% des BIP aus.

4. Einnahmen (allgemeiner Haushalt)

4.1 Öffentliche Abgaben (Kap. 52)

Die Bruttoeinnahmen an öffentlichen Abgaben lagen im Jahre 2000 mit 693,3 Mrd. S um 8,7 Mrd. S (1,3%) über dem BVA. Für die Ertragsanteile der Länder und Gemeinden, für die Krankenanstaltenfinanzierung, Siedlungswasserwirtschaft, Gesundheitsförderung sowie für den Familienlastenausgleichs- und Katastrophenfonds wurden insgesamt fast 194,9 Mrd. S (BVA 2000: 193,9 Mrd. S) und an die Europäische Union 28,8 Mrd. S (BVA 2000: 32,5 Mrd. S) überwiesen.
Weiters wurden die Beihilfen gemäß Gesundheits- und Sozialbereich-Beihilfengesetz (BGBl. Nr.

746/1996), die im BVA 2000 noch beim VA-Ansatz 1/50204 mit 15,2 Mrd. S budgetiert waren, zufolge geänderter Rechtslage rückwirkend mit 1.1.2000 beim Titel 528 verrechnet (siehe auch Hinweis bei den Sachausgaben). Unter Einbeziehung dieser Beihilfen erhöhten sich die Zahlungen beim Titel 2/528 um 15,0 Mrd. S auf 209,9 Mrd S.
Nach Umstellung der Verrechnung dieser Beihilfen verblieben dem Bund netto an Steuereinnahmen 454,6 Mrd. S; somit um 3,6 Mrd. S (0,8%) weniger als budgetiert (nach der alten Rechtslage wäre der Nettoabgabenerfolg um 11,4 Mrd. S, das sind 2,4%, höher gewesen als der Voranschlag.)

4.2 Sonstige Einnahmen
Erlös aus der Versteigerung der UMTS-Lizenz +7,2 Mrd. S. (BVA: 4,1 Mrd. S.), Darlehensrückzahlung der ÖIAG +1,7 Mrd. S und des UWWF +6,8 Mrd. S. (zweckgeb. Einnahmen, die für Zwecke der Siedlungswasserwirtschaft bestimmt sind und der Rücklage zugeführt wurden), Veräußerung von Liegenschaften des Bundes +2,9 Mrd. S., Rücklagenentnahmen +5,3 Mrd. S., EU-Rückflüsse aus den Strukturfonds (alte und neue Periode) +3,4 Mrd. S., Zinsen- und Provisionserträge aus Rechtsträgerfinanzierungen +3,6 Mrd. S., Mehreinnahmen im Rahmen der Finanzschuldengebarung aus Emissions- und Kursgewinnen, Stückzinsen, Zinsen aus Wertpapieren im Bundesbesitz +4,1 Mrd. S., Zinsen aus der Veranlagung von Kassenmitteln des Bundes und aus der Durchführung des ATB-Programmes +2,6 Mrd. S, Guthaben aus der Abrechnung der im Jahre 1999 vorschussweise geleisteten Bundesbeiträge zur Pensionsversicherung +2,0 Mrd. S., Dienstgeberbeiträge für den Familienlastenausgleichsfonds +0,7 Mrd. S., Arbeitslosenversicherungsbeiträge +0,2 Mrd. S., weiters Einnahmen aus Haftungen -1,5 Mrd. S, Ersätze der Post und Telekom Austria AG zum Aktivitätsaufwand -0,6 Mrd. S ua.

5. Ausgaben
5.1 Personalausgaben
Die Personalausgaben (UT 0) wurden per Saldo um 0,9 Mrd. S (0,6%) unterschritten.
Diese Voranschlagsabweichung resultiert aus einer Unterschreitung des Aktivitätsaufwandes in Höhe von 1,5 Mrd. S. (1,4%) und einer Überschreitung des Pensionsaufwandes in Höhe von 0,6 Mrd. S. (1,9%) infolge vermehrter Pensionierungen.
Im Sinne eines restriktiven Budgetvollzuges wurden die für die aktiven Bediensten veranschlagten Ausgaben in den meisten Bereichen unterschritten, insbesondere in den Bereichen 12 Bildung und Kultur um 0,6 Mrd. S., beim Amt der Post und Telekom Austria AG um 0,5 Mrd. S und bei den Finanzlandesdirektionen um 0,2 Mrd. S

5.2 Sachausgaben
Bei den Sachausgaen sind vor allem folgende Voranschlagsabweichungen zu nennen:
Kapitalbeteiligungen an ÖBB und BIG in Höhe von 5,0 bzw. 3,0 Mrd. S, Bundesbeiträge zur Pensionsversicherung +2,4 Mrd. S., Ausgaben für Maßnahmen im Rahmen der agrarischen Strukturförderung und Marktordnung (Direktzahlungen an Bauern für Getreide, Tiere und tierische Erzeugnisse, Flächenstilllegungen, für Lagerkosten, Absatz- und Umweltmaßnahmen, etc.) +3,4 Mrd. S (EU- Mittel und nationaler Anteil), Mehrausgaben für Katastrophen-, Grenz- und Auslandseinsätze des Bundesheeres sowie für Investitionen und Instandhaltungen im militärischen Bereich +1,1 Mrd. S., Überweisungen für den klinischen Aufwand +0,8 Mrd. S., Abgeltung gemeinwirtschaftlicher Leistungen der Post +0,8 Mrd. S., für Zinsen und Provisionen aus Rechtsträgerfinanzierungen +3,6 Mrd. S., für Zinsen aus der Aufnahme von Kassenstärkern, aus der Durchführung des ATB-Programmes und für Zinsenzahlungen im Finanzschuldenbereich insgesamt +2,3 Mrd. S., Mehrausgaben bei verschiedenen Kapiteln im Zusammenhang mit den oben schon angeführten EU-Rückflüssen, Zahlungen für Haftungen -3,0 Mrd. S, für Leistungen nach dem AlVG -0,9 Mrd. S; weiters ist durch die Umstellung der Verrechnung der Beihilfen nach dem Gesundheits- und Sozialbereich-Beihilfengesetz bei Kapitel 50 eine Unterschreitung der Sachausgaben in Höhe von 15,2 Mrd. S eingetreten ua.
Der Familienlastenausgleichsfonds schloss im Vorjahr mit einem Überschuss von 1,4 Mrd. S. und die zweckgebundene Gebarung der Arbeitsmarktpolitik auch mit einem Überschuss von 1,75 Mrd. S. ab.

6. Ausgleichshaushalt
Die Mehrausgaben im Ausgleichshaushalt (+376,6 Mrd. S) und die Mehreinnahmen in Höhe von (+361,3 Mrd. S) sind vor allem auf folgende Umstände zurückzuführen:
Kurzfristige Aufnahme bzw. Tilgung von Kassenstärkern und Durchführung des ATB-Programmes +259,9 Mrd. S., Aufnahme und Tilgungen im Zusammenhang mit Rechtsträgerfinanzierungen +80,2 Mrd. S, weiters Erwerb und Veräußerung von Wertpapieren in Bundesbesitz ua.

IV. Budgetprogramm und Budgetbericht des Bundesministeriums für Finanzen gemäß BHG

Allgemeine Bemerkungen

Die Bundesregierung hat spätestens sechs Monate nach ihrer Ernennung dem Nationalrat ein Budgetprogramm zur Kenntnis zu bringen (§ 12 BHG).
Darüber hinaus hat die Bundesregierung jährlich spätestens zu Beginn der Beratungen im Budgetausschuss über den von ihr vorgelegten Entwurf eines Bundesfinanzgesetzes auch einen Bericht über Lage, Rahmenbedingungen und Entwicklung des Bundeshaushaltes sowie der außerbudgetären Finanzierungsvorhaben (Budgetbericht) vorzulegen (§ 13 BHG).

Mit dem Budgetprogramm und Budgetbericht, steht der Bundesregierung erstmals auch ein stärker bindendes Instrument für eine mittelfristig orientierte Budgetpolitik zur Verfügung. Das Budgetprogramm soll als Grundlage für die Planung, Umsetzung und Kontrolle der im Regierungsprogramm festgelegten Vorhaben und Budgetziele dienen. Damit soll die Konsolidierung erleichtert werden. Weiters soll damit auch die dispositive Flexibilität erhöht und so die Qualität des Budgets verbessert werden. Wichtigste Probleme sind in diesem Zusammenhang, einer bloßen Fortschreibung der Vergangenheit ('Inkrementalismus') und einer bloßen operativen Detailorientierung entgegenzuwirken. Das Budgetprogramm ist weder rechtlich bindend noch bedarf es der Zustimmung durch das Parlament. Die Erstellung des Budgetprogrammes obliegt dem Bundesministerium für Finanzen.

Der jährliche Budgetbericht enthält für den Nationalrat und für die interessierte Öffentlichkeit Informationen über wichtige Vorhaben und Maßnahmen, über die Entwicklung des Bundeshaushaltes und die Erfüllung des Budgetprogrammes.

Budgetprogramm für die Jahre 2000 bis 2003

Gemäß dem Budgetprogramm der Bundesregierung für die Jahre 2000 bis 2003 soll bereits 2002 für den Gesamtstaat ein ausgeglichener Haushalt erreicht werden. Die Bundesregierung wird damit nicht nur den internationalen Herausforderungen gerecht, sondern sichert auch die Attraktivität und Stabilität des Wirtschaftsstandortes Österreich und den hohen sozialen Standard ab.

Die Rückführung des Bundesdefizits erfolgt soweit als möglich über die Ausgabenseite. Die Konsolidierung des Bundeshaushaltes wird durch eine Vielzahl von Einzelmaßnahmen erreicht und durch strukturelle Reformen mit der Wirkung mittel- und langfristiger Budgetentlastung und Qualitätsverbesserung abgesichert.

Die Ausgaben für die öffentliche Verwaltung werden auf dem Niveau von 2000 stabilisiert, und zwar insbesondere durch Verbesserung der Produktivität und Effizienz in der Verwaltung.

Im Bereich der gesetzlichen Pensionsversicherung und im Beamtenpensionsrecht wurden bereits Reformmaßnahmen umgesetzt, welche die Ausgabensteigerung bis zum Jahr 2003 um rund 1,1 Milliarden Euro (15 Milliarden Schilling) bzw. 0,5% des BIP senken werden.

Die Zielsicherheit öffentlicher Leistungen wurde erhöht, indem die Sozialleistungen stärker auf die tatsächlich Hilfsbedürftigen konzentriert worden sind. Die finanziellen Rahmenbedingungen für Familien werden verbessert. Im Gesundheitsbereich wurden von der Bundesregierung bereits strukturelle Maßnahmen eingeleitet.

Die Förderungen werden primär zur Steigerung des Innovations- und Wachstumspotentials eingesetzt. Priorität soll in den nächsten Jahren den Bereichen Forschung, Entwicklung und Innovation zukommen. Die erforderlichen zusätzlichen Mittel werden durch Umschichtungen und Privatisierungserlöse bereitgestellt. Die Betriebe werden durch eine stufenweise Senkung der Lohnnebenkosten entlastet, um den Wirtschaftstandort Österreich weiterhin attraktiv zu halten.

Die Bundesregierung hat die beabsichtigte rasche Rückführung der Staatsverschuldung durch Privatisierungserlöse und sonstige Vermögenstransaktionen in Angriff genommen und konnte bereits erste Erfolge verbuchen. Durch den Schuldenabbau wird sich die zukünftige jährliche Budgetbelastung aus den Zinsen für die Staatsschuld nachhaltig reduzieren.